

3. FEB. 1955

GP 1979/988

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Jahrgang 1953

## INHALTSVERZEICHNIS

### a) nach der Heftfolge

#### Heft Nr. 1

Probleme der nächsten Bundeswahl

#### Heft Nr. 2

1. Die Viehhaltung in der Freien u. Hansestadt Hamburg
2. Milcherzeugung und Milchverwendung 1952

#### Heft Nr. 3

1. Erster Überblick über die Ergebnisse des Wohnungsbaues im Jahre 1952
2. Die Butter- und Fettpreise in Hamburg
3. Die Bevölkerungsentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg und der übrigen Länder des Bundesgebietes seit der Volkszählung
4. Die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg im Vergleich mit anderen Großstädten des Bundesgebiets
5. Die Erkrankungen an Kinderlähmung in Hamburg und im Bundesgebiet in den ersten 3 Vierteljahren 1952

#### Heft Nr. 4

Die Einkommensverhältnisse der Angestellten in der Hamburger Wirtschaft (Erste Ergebnisse der repräsentativen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1951/52)

#### Heft Nr. 5

Die Löhne in der Industrie Hamburgs im November 1952

#### Heft Nr. 6

Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1952 im Vergleich mit den Vorjahren

#### Heft Nr. 7

Hamburg als Arbeitsplatz auswärts wohnender Erwerbspersonen

#### Heft Nr. 8

Die Altersversorgung der Hamburger Erwerbspersonen

#### Heft Nr. 9

Der Hamburger Flugverkehr

#### Heft Nr. 10

Probleme der nächsten Bundestagswahl (Fortsetzung)

#### Heft Nr. 11

Der Bauüberhang am 31. Dezember 1952

#### Heft Nr. 12

Hamburg im überseeischen Personenverkehr

#### Heft Nr. 13

Die öffentlichen Nahverkehrsmittel für die Personbeförderung in Hamburg 1952

#### Heft Nr. 14

Die Schichtung der Löhne und Gehälter in der Hamburger Wirtschaft. (Weitere Ergebnisse der repräsentativen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1951/52)

#### Heft Nr. 15

1. Das Wahlergebnis im Bundesgebiet 1919—1949
2. Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl nach Ländern
3. Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl umgerechnet auf das neue Wahlrecht
4. Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl in den Großstädten
5. Das politische Gesicht Hamburgs 1928—1949 (umgerechnet auf das jetzige Gebiet)
6. Ungelöste Probleme der nächsten Bundestagswahl

#### Heft Nr. 16

Vieh- und Fleischgroßmarkt, Schlachtungen und Fleischverbrauch in Hamburg seit der Währungsreform 1948, im Vergleich mit früher

8/13 H/m 1953  
1221/6

Statistisches Landesamt  
(24a) Hamburg 11, Steckelhörn 12  
1. Ex.

**Heft Nr. 17**

Die Pfandhäuser in Hamburg von Januar 1952 bis Mai 1953

**Heft Nr. 18**

Der Wohnungsbau in Hamburg im Kalenderjahr 1952 (Endgültige Ergebnisse)

**Heft Nr. 19**

Die Preise in Hamburg von Juli 1952 bis Juli 1953

**Heft Nr. 20**

Die Steuerzahler Hamburgs

**Heft Nr. 21**

Der Hamburger Kraftfahrzeugbestand im Jahre 1952 im Vergleich mit den Vorjahren

**Heft Nr. 22**

Die Löhne in der Industrie Hamburgs im ersten Halbjahr 1953

**Heft Nr. 23**

Die gegenwärtige Situation im Wohnungsbau in der Freien und Hansestadt Hamburg

**Heft Nr. 24**

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wähler bei der Bundestagswahl vom 6. September 1953 in Hamburg

**Heft Nr. 25**

Der Dommarkt in Hamburg 1952 — Eine Rückschau zu Beginn des Dommarktes 1953 —

**Heft Nr. 26**

Die Baukosten in Hamburg

**Heft Nr. 27**

Hamburg als Hauptsitz der größten Krankenkassen der sozialen Krankenversicherung (Ergebnisse der Jahreserhebung 1952)

**Heft Nr. 28**

1. Die Art der Raumbeheizung im Wohnungsbau 1952 in der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Die Preisindexziffer für den Wohnungsbau in Hamburg nach dem Stande von Mitte November 1953

## b) nach der Buchstabenfolge

(Die Ziffern geben die Nummer der Hefte und die Seitenzahl an. Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen.)

Altersversorgung 8 S. 63

Angestelltegehälter 4 S. 17, 14 S. 135

Art der Raumbeheizung 28 S. 337

Baukosten 26 S. 317, 28 S. 339

Bauüberhang 11 S. 89

Bevölkerungsentwicklung 3 S. 14, 3 S. 15

Bundestagswahl 1 S. 1, 10 S. 81, 15 S. 143, 24 S. 305

Butter- und Fettpreise 3 S. 13

Dommarkt 25 S. 311

Einkommensverhältnisse der Angestellten in der Hamburger Wirtschaft 4 S. 17, 14 S. 135

Fleisch 16 S. 159

Flugverkehr 9 S. 73

Gehälter und Löhne 4 S. 17, 5 S. 31, 14 S. 135, 22 S. 297

Heizung 28 S. 337

Kinderlähmung 3 S. 16

Kraftfahrzeugbestand 21 S. 291

Krankenkassen 27 S. 321

Löhne 5 S. 31, 14 S. 135, 22 S. 297

Milcherzeugung 2 S. 9

Milchverwendung 2 S. 9

Nahverkehr 13 S. 111

Pendelwanderung 7 S. 45

Personenverkehr (überseeischer) 12, S. 97

Pfandhäuser 17 S. 231

Preise 3 S. 13, 16 S. 159, 19 S. 247

Preisindexziffer für den Wohnungsbau 26 S. 317, 28 S. 339

Raumbeheizung 28 S. 337

Soziale Krankenversicherung 27 S. 321

Steuerzahler 20 S. 255

Stimmabgabe 24 S. 305

Straßenverkehrsunfälle 6 S. 37

Überseeischer Personenverkehr 12 S. 97

Unfälle 6 S. 37

Verkehr 12 S. 97, 13 S. 111

Viehhaltung 2 S. 5

Vieh und Fleisch 16 S. 159

Wahl (Bundestags-) 1 S. 1, 10 S. 81, 15 S. 143, 24 S. 305

Wahlbeteiligung 24 S. 305

Wahlergebnisse 15 S. 143

Wohnungsbau 3 S. 11, 11 S. 89, 18 S. 237, 23 S. 301, 26 S. 317, 28 S. 337

kosten, im zweiten Falle eine Unterbezahlung stattfinden, selbst wenn die Länder noch so gerecht verteilen wollten. **Vor allem die Stadtstaaten** (Hamburg, Bremen und später Berlin) würden bei diesem Erstattungssystem unter die Räder kommen, da in diesen 3 Ländern ein Ausgleich durch eine Unterverteilung auf kleine, mittlere und große Gemeinden unmöglich wäre, und sie nur den Bundeseinheitssatz erhalten würden, der dem Bundesdurchschnitt, also den Wahlkosten einer mittelgroßen Gemeinde je Wahlberechtigten, entsprechen würde.

Aber es kommt noch etwas anderes hinzu: früher waren die Vergütungssätze je Wahlberechtigten einheitlich im Reichsgebiet nach Gemeindegrößen festgelegt, also zentral geregelt, während künftig die Länder bei der Unterverteilung freie Hand erhalten würden. **Als Folge würden Land gegen Land und Stadt gegen Stadt ausgespielt und Reibungen provoziert werden, die in unserer mit Konfliktstoff sowieso angefüllten Zeit durchaus entbehrlich sind.** Für die Länder und großen Städte muß es also bezüglich der Wahlkostenerstattung heißen: zurück zum alten Reichswahlrecht.

Hierbei empfiehlt sich die Übernahme der **damaligen Gemeindegrößenklassen**, weil sich ihre Abstufung in der Praxis bewährt hat. Die letzte Regelung findet sich im RdErl. d. RMdL. v. 15. 8. 1938 — Ib 1748/38 — 2317a (RMBIIV. S. 1351). Zuletzt wurde nur noch eine Gemeindegruppe mit mehr als 2 Millionen Wahlberechtigten hinzugefügt.

Ebenso können als Ausgangspunkt die **früheren Pfennigsätze** für je 1 Wahlberechtigten benutzt werden, weil diese anfangs auf Grund der eingereichten tatsächlichen Unterlagen in der Höhe und in der gegenseitigen Abstufung festgelegt und später durch Erhebungen in den Gemeinden überprüft worden sind; so wurden z. B. die Vergütungssätze für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 vom Deutschen Städtetag und dem Reichsstädtebund durch stichprobenmäßige Erhebungen über die Höhe der den Gemeinden tatsächlich erwachsenen Kosten nachgeprüft. Die Umfrage erstreckte sich auf 1536 Gemeinden.

**Zu diesen Kopfsätzen muß noch  $\frac{1}{4}$  hinzugeschlagen werden**, weil früher nur  $\frac{1}{5}$  der Wahlkosten den Gemeinden rückerstattet wurden, wie bereits erwähnt worden ist.

Und dann muß schließlich die **Verteuerung des Wahlbedarfs seit 1938** in Rechnung gestellt werden. Hierfür wurde früher vom Reichsminister des Innern und Reichsrat immer die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten verwendet, und zwar nach dem Stand vom Monat vor der Wahl. Auch die Steigerung der Großhandelspreise für Papier wurde herangezogen, z. B. bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933. Nach den Hamburger Kostenaufstellungen für die letzte Bundestagswahl nahm der Papierbedarf 25 v. H. der gesamten Wahlkosten ein, d. h. daß der Lebenskostenindex zu 75 v. H. und der Papierkostenindex zu 25 v. H. Verwendung finden sollten. Vor allem handelt es sich beim Papier um Stimmzettel, Umschläge, Wahlscheine, Wählerlisten, Verpackungspapier, Bekanntmachungen und Plakate. Die beiden Indexziffern haben sich im Bundesgebiet folgendermaßen entwickelt:

Indexziffer für	1938	August 1949	Dezember 1952
Lebenskosten . . .	100	162	171
Papier . . . . .	100	250	345
zusammen <sup>1)</sup> . . . .	100	184	215

<sup>1)</sup> im Verhältnis 3:1.

Nach den bisherigen Ausführungen käme man zu folgendem Schema der Wahlkostenerstattung an die Gemeinden:

Gemeindegruppe	Gemeindegröße (Zahl der Stimmberechtigten)	Einheitssätze für je 1 Stimmberechtigten in Pfennigen				
		im Jahre 1938		August 1949 (Soll) <sup>1)</sup>	Dezember 1952 (Soll) <sup>2)</sup>	
		tatsächlich ( $\frac{1}{5}$ der Wahlkosten)	+ $\frac{1}{4}$ volle Wahlkosten			
I bis	600	1,3	0,3	1,6	2,9	3,4
II über	600 — 1 000	1,3	0,3	1,6	2,9	3,4
III	1 000 — 2 000	1,3	0,3	1,6	2,9	3,4
IV	2 000 — 5 000	2,4	0,6	3,0	5,5	6,5
V	5 000 — 10 000	2,6	0,7	3,3	6,1	7,1
VI	10 000 — 20 000	3,2	0,8	4,0	7,4	8,6
VII	20 000 — 25 000	3,2	0,8	4,0	7,4	8,6
VIII	25 000 — 50 000	3,4	0,9	4,3	7,9	9,3
IX	50 000 — 100 000	3,6	0,9	4,5	8,3	9,7
X	100 000 — 250 000	3,7	0,9	4,6	8,5	9,9
XI	250 000 — 600 000	5,2	1,3	6,5	12,0	14,0
XII	600 000 — 1 000 000	5,7	1,4	7,1	13,1	15,3
XIII	1 000 000 — 2 000 000	6,2	1,6	7,8	14,4	16,8
XIV	2 000 000	6,7	1,7	8,4	15,5	18,1

<sup>1)</sup> Verteuerung 1938 bis August 1949 (Bundestagswahl) um 84 v. H. (siehe oben).

<sup>2)</sup> Verteuerung 1938 bis Dez. 1952 um 115 v. H. (siehe oben).

Diese Sätze wären eine Mindestforderung, denn es handelte sich bei der Kostenerstattung der Reichstagswahlen nicht um die Erstattung der sämtlichen Wahlausgaben, sondern nur um die sogenannten „**erstattungsfähigen**“ **Wahlkosten**, also nicht um die Kosten und Überstunden des Stammpersonals bei einer Wahl, nicht um die Nachholarbeiten der Wahlkarteien für die durch die Wahl in Rückstand gekommenen Arbeiten usw. In Hamburg belaufen sich allein die Nachholarbeiten durch eine Wahl auf denselben Betrag wie die Personalkosten bei einer Wahl (je 84 000 DM für Hilfskräfte ohne das Stammpersonal). Wenn nun die Begründung zum Entwurf eines neuen Bundeswahlgesetzes den Grundsatz vertritt, daß der Bund die Kosten der Wahl trägt, ist zu prüfen, ob nicht z. B. auch die Bezahlung des Stammpersonals während der Wahl erstattet werden müßte.

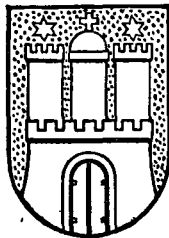
Dasselbe gilt für die Kosten der Gemeinden für ihre **Wahlkarteien (Anschaffung und Fortführung), Wahlurnen und Wahlzellen**. Durch die Zerstörungen im letzten Krieg hatten viele Gemeinden ganz erhebliche Ausgaben für Neuanschaffungen (auch im Interesse der Bundeswahlen), die irgendwie abgegolten werden müßten.

Für Wahlen im Winter müßte die Erstattung im Hinblick auf die **Beleuchtung und Heizung der Wahllokale** etwas erhöht werden; so wurden bei der Novemberwahl 1932 die Erstattungssätze trotz der gesunkenen Indexziffern für Lebenshaltungskosten und Papierpreise nicht herabgesetzt im Hinblick auf Heizung und Beleuchtung der Wahllokale.

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 16. Februar 1953



Jahrgang 1953 — Heft Nr. 1

## Probleme der nächsten Bundeswahl

### 1. Die Erstattung der Wahlkosten

Für die Gemeinden des Bundesgebiets wird es von ganz erheblicher Bedeutung sein, inwieweit ihnen die Kosten bei künftigen Bundeswahlen rückerstattet werden. Im ersten Augenblick sieht die beabsichtigte Regelung sehr großzügig aus. Sowohl im Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag v. 20. Dez. 1952, § 23 a (Bundesgesetzbl. I S. 831) als auch im Entwurf des neuen Bundeswahlgesetzes (§ 55) ist nämlich vorgesehen, daß der Bund die Kosten der Bundeswahlen trägt, also  $\frac{2}{3}$  der Wahlkosten. Das frühere Reichswahlrecht kannte zwar auch eine volle Erstattung der Kosten bei den Landesbehörden und Wahlleitern, aber nur eine Vergütung von  $\frac{1}{5}$  der Wahlkosten bei den Gemeinden (Reichswahlgesetz §§ 41 u. 42), und zwar von  $\frac{1}{5}$  der sogenannten „erstattungsfähigen“ Wahlkosten ohne die Ausgaben für das Stammpersonal, für das Nachholen der durch eine Wahl liegengebliebenen Karteiarbeiten sowie für die Fortführung und Amortisation der Wahlkartei. Diese 80prozentige Erstattung der direkten Wahlkosten der Gemeinden ging auf die Zeit der Inflation zurück, in der diese Bestimmungen entstanden sind, und auf die Tatsache, daß die Gemeinden anfangs ihre wirklichen Wahlausgaben nachweisen mußten und zur Sparsamkeit erzogen werden sollten.

Es wäre nun falsch zu sagen, daß man sich jetzt von einer 80prozentigen zu einer 100prozentigen Rückerstattung der gemeindlichen Wahlkosten fortentwickelt habe. In Wirklichkeit ist die beabsichtigte neue Regelung ein großer Rückschritt gegenüber dem alten Reichswahlrecht. Um das zu verstehen, muß man sich die Fassung der einschlägigen Bestimmungen in ihrer früheren und künftigen Form vor Augen halten. Das alte Reichswahlgesetz bestimmte:

#### § 41

Das Reich erstattet den Ländern die bei den Landesbehörden und den Wahlleitern entstandenen Kosten der Reichstagswahl. . . . .

#### § 42

Das Reich vergütet den Gemeinden zum Ersatze der Kosten der Reichstagswahl für jeden Wahlberechtigten einen festen, nach Gemeindegrößen abgestuften Betrag, der so berechnet wird, daß mit ihm durchschnittlich vier Fünftel der den Gemeinden entstandenen Kosten gedeckt werden. Der Betrag wird für jede Wahl vom Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzt.

Werden mit der Reichstagswahl Landeswahlen, Abstimmungen auf Grund der Landesgesetze oder Wahlen zu kommunalen Vertretungskörpern verbunden, so vergütet das Reich den Gemeinden nur einen der Zahl der verbundenen Wahlen und Abstimmungen entsprechenden Bruchteil des Einheitssatzes.

Demgegenüber soll nach dem Entwurf des künftigen Bundeswahlgesetzes die Erstattung folgendermaßen aussehen:

#### § 55

(1) Der Bund trägt die Kosten der Wahl. Für jede Wahl erstattet er den Ländern, zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände), einen festen, nach der Zahl der Wahlberechtigten bemessenen Betrag, der vom Bundesminister des Innern mit Zustimmung des Bundesrates festgesetzt wird.

(2) Werden mit der Wahl zum Bundestag Landeswahlen, Abstimmungen auf Grund der Landesgesetze oder Wahlen zu kommunalen Vertretungskörpern verbunden, so werden die Kosten anteilig erstattet. Als verbunden gelten Wahlen oder Abstimmungen, die am gleichen Tage oder kurz nacheinander abgehalten werden, sofern für sie die Wahl- und Abstimmungsvorbereitungen im wesentlichen gemeinsam getroffen werden.

Es würde also in Zukunft jedes Land einen bundeseinheitlichen Kopfsatz je Wahlberechtigten erhalten, **obgleich die Verteilung der Groß-, Mittel- und Kleinstädte auf die einzelnen Länder sehr unterschiedlich ist** und die Wahlkosten doch von dieser Gruppierung der Wahlberechtigten nach Gemeindegrößen weitgehend abhängen. Letzteres ist eine altbekannte Tatsache, die in zahlreichen Erhebungen über die Wahlkosten festgestellt und im alten Reichswahlrecht anerkannt worden ist. Man braucht beispielsweise nur auf die unverhältnismäßig hohen Wahlkosten der Großstädte durch Plakate und Zeitungsbekanntmachungen hinzuweisen, die infolge der räumlichen Ausdehnung und der zahlreichen ortsansässigen Zeitungen erforderlich werden. Erfahrungsgemäß standen vor dem letzten Kriege die Wahlkosten einer kleinen Gemeinde (bis 2000 Wahlberechtigte) im Vergleich zu Berlin im Verhältnis 1 : 5,2 je Wahlberechtigten. Den Ländern würde es künftig überlassen bleiben, den ihnen vom Bund zugewiesenen Betrag (Zahl der Wahlberechtigten  $\times$  Bundeseinheitssatz) innerhalb ihres Landes nach Gutdünken auf sich und ihre Gemeinden zu verteilen, d. h. also, daß **die Agrarländer mit wenigen Großstädten finanziell viel günstiger behandelt würden als die Industrieländer im Bundesgebiet**. Im ersten Falle würde eine Überbezahlung der gemeindlichen Wahl-

Für den **Versand oder das Austragen von Benachrichtigungskarten** der Wähler über ihre Eintragung in die Wählerliste, ihre Eintragsnummer und das Wahllokal müßten wie früher besondere **Erstattungssätze** festgelegt werden. Eine Bestimmung, daß auch kleine Gemeinden solche Benachrichtigungskarten versenden müssen, ist überflüssig, aber im neuen Bundeswahlgesetz oder der Wahlordnung beabsichtigt. Das müßte den Gemeinden überlassen bleiben und eine Erstattung käme wieder nur je Kopf der tatsächlich Benachrichtigten in Frage. Beim Postversand würde sich die Ausgabe auf 4,5—4,7 Pfg. (davon 4 Pfg. Porto) belaufen. Dieser Betrag müßte in den Großstädten eingesetzt werden; bei den übrigen Gemeindegrößenklassen könnte man eine Abstufung entsprechend dem früheren Schema durchführen.

Gemeindegruppe	Gemeindegröße (Zahl der Stimmberechtigten)		Einheitssatz (Pfg.) für jeden tatsächlich benachrichtigten Stimmberechtigten	
			1938	jetzt (Vorschlag)
I	bis	600	0,3	1,2
II	über	600 — 1 000	0,3	1,2
III	"	1 000 — 2 000	0,3	1,2
IV	"	2 000 — 5 000	0,5	2,0
V	"	5 000 — 10 000	0,5	2,0
VI	"	10 000 — 20 000	0,6	2,4
VII	"	20 000 — 25 000	0,6	2,4
VIII	"	25 000 — 50 000	0,7	2,7
IX	"	50 000 — 100 000	0,7	2,7
X	"	100 000 — 250 000	0,7	4,5
XI	"	250 000 — 600 000	1,0	4,6
XII	"	600 000 — 1 000 000	1,1	4,7
XIII	"	1 000 000 — 2 000 000	1,2	4,7
XIV	"	2 000 000	1,3	4,7

Unter Zugrundelegung der vorgeschlagenen Gemeindegruppen und Kopfsätze würden sich die gemeindlichen Wahlkosten für das Bundesgebiet (ohne Berlin) folgendermaßen gestalten (Stand vom Dezember 1952):

Wahlkosten der Gemeinden . . . . .	2 380 000 DM
Benachrichtigungskarten . . . . .	397 000 <sup>1)</sup> „
zusammen: . . . . .	2 777 000 DM

<sup>1)</sup> etwas überhöht, da eine Benachrichtigung der sämtlichen Wahlberechtigten in allen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern zugrunde gelegt ist.

Möglicherweise wird sich die Haltung der Bundesregierung zur Frage einer Erstattung der gemeindlichen Wahlkosten noch völlig verschieben. Bekanntlich ist ja zwischen dem Bundesrat und der Bundesregierung ein Streit entbrannt, ob das neue Wahlgesetz der Zustimmung des Bundesrates bedürfe, oder anders ausgedrückt, ob die Durchführung der Bundestagswahlen Bundes- oder Ländersache sei. Das Bundesministerium des Innern vertritt dabei den Standpunkt, daß der Bund innerhalb einer „ungeschriebenen Bundeskompetenz“ handle und daß seine Zuständigkeit aus dem Sachzusammenhang gegeben sei. Die Wahlleiter seien deshalb Organe des Bundes und die Länder leisteten Amtshilfe. Die Durchführung der Bundestagswahlen sei nämlich kein Verwaltungsakt nach Art. 84 Abs. 1 des Grundgesetzes, sondern ein Organisationsakt des Bundes. Demgegenüber wies der Bundesrat darauf hin, daß für die Kompetenz des Bundes allein die geschriebenen

Bestimmungen des GG maßgebend seien. Außerhalb dieser Bestimmungen seien „ungeschriebene Bundeskompetenzen“ nicht anzuerkennen. Von einer „Amtshilfe“ könne nur bei Hilfsleistungen die Rede sein, aber nicht dann, wenn praktisch die gesamte Durchführung der Wahl bei den Länder- und Gemeindebehörden liege. Auch in USA führten die einzelnen Staaten die Wahlen für das Repräsentantenhaus durch, ohne daß sich daraus rechtliche und verwaltungsmäßige Schwierigkeiten ergäben. Es sei kein Grund vorhanden, warum im Bundesgebiet nicht ebenso wie 1949 die Wahl von den Ländern durchgeführt werden sollte.

Es kann durchaus so werden, daß die Bundesregierung nunmehr sagt: wenn die Durchführung des Wahlgesetzes eigene Angelegenheit der Länder wird, dann ist die Finanzverantwortung als notwendiges Korrelat der Verantwortlichkeit nicht davon zu trennen. Bei einer Ausführung der Bundesgesetze nach Art. 83 des Grundgesetzes als Ländersache hätten die Länder verfassungsgemäß auch die Kosten hierfür zu tragen. Das ist eine Behauptung des Bundesfinanzministers, die vom Bundestag bereits im Dezember 1951 zurückgewiesen wurde:

„Einer Übernahme der Wahlkosten auf den Bund steht Artikel 83 GG nicht entgegen. Aus dieser Grundgesetzbestimmung kann keineswegs zwingend gefolgert werden, daß die Länder bei der Ausführung von Bundesgesetzen jeweils alle Kosten der Durchführung zu tragen haben. Für die Wahlkosten ist vielmehr entscheidend, daß es sich bei der Durchführung der Wahlen seitens der Länder um eine Auftragsangelegenheit handelt.“

(Begründung des Bundesrats zum Entwurf einer Abänderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag.)

Auch bei der **Finanzierung der Bundesstatistik** vertrat der Bundesfinanzminister immer wieder diesen Standpunkt, daß die Kosten von Bund und Ländern nach Maßgabe der bei ihnen anfallenden Arbeiten zu tragen seien und nicht vom Auftraggeber oder nach dem Interesse an den Zahlen. Aber gleichzeitig hat der Bundesfinanzminister trotzdem in zahlreichen Fällen Kostenerstattungen für die Länderarbeiten seitens des Bundes bewilligt (Volkszählung usw.). Mindestens 20 derartige Bundesstatistiken sind seit Inkrafttreten des Grundgesetzes von den Ländern bearbeitet und vom Bund „verfassungswidrig“ finanziert worden, weil es eben mit diesem angeblichen Verstoß gegen das Grundgesetz nicht weit her ist.

Für die Entscheidung über die Ersatzpflicht der Wahlkosten durch den Bund wird das Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag v. 20. Dez. 1952 von erheblichem Einfluß sein (Bundesgesetzbl. I S. 831). Schon vor Monaten wurde ja durch Gesetz festgelegt, daß der Bund bei **Nachwahlen** die vollen Kosten den Ländern und Gemeinden zu ersetzen hat — und diese Nachwahlen wurden von den Ländern und Gemeinden durchgeführt.

## 2. Verteilung der Wahlkreissitze auf die Länder

Bei der ersten Bundestagswahl wurden 400 Sitze auf die einzelnen Länder entsprechend den damaligen Einwohnerzahlen verteilt. Ferner wurde in § 8 des ersten Bundeswahlgesetzes bestimmt, daß die Landesregierungen die ihren Ländern zugeteilten Sitze zwischen Wahlkreisen und Landesergän-

zungsvorschlägen im ungefähren Verhältnis von 60 : 40 verteilen sollten. Auf diese Weise entstanden 242 Wahlkreise im Bundesgebiet. Im Anschluß daran sind im Entwurf eines neuen Bundeswahlgesetzes ebenfalls 242 Wahlkreise für die nächste Wahl vorgesehen, wobei aber nicht gesagt ist, daß auch die frühere Verteilung dieser 242 Sitze auf die Länder ebenfalls übernommen werden soll. Vielmehr wird in § 6 des Entwurfs nur erwähnt, daß „die Einteilung der Wahlkreise“ durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll.

Unwillkürlich entsteht da die Frage, ob überhaupt die damalige Verteilung richtig war und bei der nächsten Wahl ohne weiteres wiederum Verwendung finden könnte. Hierzu sind einige Bemerkungen nötig.

Bei der ersten Bundestagswahl mußte man notgedrungen die Einwohnerzahlen der Länder als Maßstab bei der Berechnung der Sitzzahl der einzelnen Länder benutzen. War das aber richtig? Und ist dieser damalige Behelf geeignet für künftige Bundestagswahlen? Es gibt Länder mit Agrarstruktur, wo unter 100 Einwohnern viele Kinder und infolgedessen verhältnismäßig wenige Wahlberechtigte sind. Umgekehrt ist es in Industrieländern und Stadtstaaten. **Maßgebend müßte deshalb die Zahl der Wahlberechtigten sein**, denn auf diese kommt es bei einer Wahl an, nicht auf die Einwohnerzahl. Die erste Bundestagswahl lieferte uns die erforderlichen Unterlagen über die unterschiedliche Verteilung der Wahlberechtigten von Land zu Land und müßte deshalb den Ausgangspunkt für die nächste Bundeswahl bilden.

Land	Bevölkerung <sup>1)</sup> ohne Ausländer in Lagern	Wahl- berechtigte <sup>2)</sup>	v. H. der Bevölkerung waren wahl- berechtigt
	Stand von Mitte August 1949 (erste Bundestagswahl)		
Schleswig-Holstein . . .	2 710 600	1 731 022	63,9
H a m b u r g . . . . .	1 546 150	1 141 214	73,8
Niedersachsen . . . . .	6 877 000	4 425 610	64,4
Bremen . . . . .	541 750	379 839	70,1
Nordrhein-Westfalen . .	12 922 350	8 681 794	67,2
Rheinland-Pfalz . . . . .	2 890 200	1 900 797	65,8
Hessen . . . . .	4 300 800	2 906 239	67,6
Bayern <sup>3)</sup> . . . . .	9 276 100	5 984 175	64,5
Württemberg-Baden . . .	3 863 450	2 517 274	65,2
Baden . . . . .	1 285 850	813 924	63,3
Württemberg.-Hohenzoll.	1 135 450	725 732	63,9
<b>Bundesgebiet . . . . .</b>	<b>47 349 700</b>	<b>31 207 620</b>	<b>65,9</b>

<sup>1)</sup> „Statistische Berichte“, hrsg. v. Statist. Amt d. Vereinigten Wirtschaftsgebiets, mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt (Arb.-Nr. VIII/7/3 vom 22. 12. 1949).

<sup>2)</sup> „Die Bundestagswahl am 14. August 1949“ (in „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Band 10).

<sup>3)</sup> einschl. Lindau.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß Hamburg 12 Prozent Wahlberechtigte je 100 Einwohner über dem Bundesdurchschnitt hatte, und daß also nicht Einwohner = Einwohner bei einer Wahl ist. Das Grundgesetz fordert eine gleiche Wahl, also einen gleichen Erfolgswert jeder Stimme von Land zu Land. Im Widerspruch hierzu würde stehen, wenn einem Land unverhältnismäßig mehr Abgeordnete zugeteilt würden als einem anderen Land,

weil man die Einwohnerzahlen und nicht die Stimmberechtigtenzahlen zugrundegelegt hat. Die Zuteilung der Sitze an die Länder muß sowieso revidiert werden, da seit 1949 eine starke Flüchtlingsbewegung zu erheblichen Umlagerungen im Bundesgebiet geführt hat. In diesem Zusammenhang kann man an eine Berichtigung der alten Verteilung der Wahlkreissitze auf die Länder herangehen.

Land	Zahl der Abgeordneten			
	im Aug. 1949 nach § 8 des Wahl- gesetzes (Ist)	nach der Bevöl- kerung Mitte August 1949	Nach der Zahl der Wahlberechtigten	
			Aug. 1949 (erste Bundes- tagswahl) (Soll)	am 30. Sept. 1952 <sup>1)</sup>
1	2	3	4	
Schleswig-Holstein . . .	23	23	22	19
H a m b u r g . . . . .	13	13	15	15
Niedersachsen . . . . .	58	58	57	54
Bremen . . . . .	4	5	5	5
Nordrhein-Westfalen . .	109	109	111	116
Rheinland-Pfalz . . . . .	25	24	24	26
Hessen . . . . .	36	36	37	37
Bayern . . . . .	78	78	77	74
Württemberg-Baden . . .	33	33	32	54
Baden . . . . .	11	11	11	
Württemberg.-Hohenzoll.	10	10	9	
<b>Bundesgebiet . . . . .</b>	<b>400</b>	<b>400</b>	<b>400</b>	<b>400</b>

<sup>1)</sup> Fortgeschriebene Wohnbevölkerung („Statistische Berichte“, Arb.-Nr. VIII/7/21 v. 21. Jan. 1953), umgerechnet unter Verwendung der prozentualen Wahlberechtigung bei der ersten Bundestagswahl.

Diese Übersicht (Sp. 1 u. 3) zeigt, daß bei der ersten Bundestagswahl die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Südwest-Staat zum Nachteil der übrigen Länder bei der Verteilung der Sitze begünstigt worden sind.

Die Festsetzung der Zahl der Wahlkreise im Verhältnis 60 : 40 innerhalb der Länder würde dann folgendermaßen aussehen:

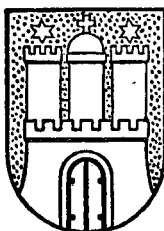
Land	Zahl der Wahlkreise		
	bei der ersten Bundestags- wahl (tatsächlich)	bei der nächsten Wahl (Stand von Ende Sept. 1952)	Plus (+) oder Minus (-)
Schleswig-Holstein . . .	14	12	- 2
H a m b u r g . . . . .	8	9	+ 1
Niedersachsen . . . . .	34	32	- 2
Bremen . . . . .	3	3	-
Nordrhein-Westfalen . .	66	70	+ 4
Rheinland-Pfalz . . . . .	15	16	+ 1
Hessen . . . . .	22	23	+ 1
Bayern . . . . .	47	45	- 2
Südwest-Staat . . . . .	33	32	- 1
<b>Bundesgebiet . . . . .</b>	<b>242</b>	<b>242</b>	<b>-</b>

Der Bundesrat empfahl zwar, Zahl und Einteilung der Wahlkreise von 1949 diesmal noch für die Bundeswahl 1953 beizubehalten (Beschluß vom 6. Februar 1953). Ob aber angesichts der Bevölkerungsverchiebung seit 1949 eine Revision der Wahlkreiseinteilung zu umgehen ist, wird sich noch bei den weiteren Verhandlungen erweisen.

Dr. K ä s t n e r

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 21. Februar 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 2

INHALT: 1. Die Viehhaltung in der Freien und Hansestadt Hamburg  
2. Milcherzeugung und Milchverwendung 1952

## Die Viehhaltung in der Freien und Hansestadt Hamburg

### 1. Der Viehbestand in Hamburg nach der Zählung am 3. Dezember 1952

Nach den endgültigen Ergebnissen der Viehzählung vom 3. Dezember 1952 ist bei fast allen Tierarten in Hamburg gegenüber den Dezemberbeständen des Vorjahres eine mehr oder weniger starke Abnahme festzustellen. Nur beim Rindvieh ist eine geringe Zunahme eingetreten.

#### Veränderungen im Viehbestand 1952 gegen 1951

Viehart	Anfang	Anfang	Zu- bzw. Abnahme v. H.
	Dezember <sup>1)</sup> 1951	Dezember <sup>1)</sup> 1952	
	Stücke		
Pferde . . . . .	5 710	5 261	— 7,9
Rindvieh . . . . .	16 740	16 916	+ 1,1
Schweine . . . . .	33 819	30 597	— 9,5
Schafe . . . . .	4 017	3 745	— 6,8
Ziegen . . . . .	4 697	4 227	— 10,0
Hühner <sup>2)</sup> . . . . .	666 768	601 751	— 9,8
Gänse . . . . .	11 876	11 103	— 6,5
Enten . . . . .	9 674	8 351	— 13,7
Bienenvölker . . . . .	8 270	8 198	— 0,9

<sup>1)</sup> ohne Schlachthöfe.

<sup>2)</sup> ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner.

Die seit Jahren wahrnehmbare Bestandsabnahme an Pferden hat auch im Erhebungsjahr weiter angehalten. Vermindert hat sich in erster Linie die Zahl der jüngeren bis 3 Jahre alten Pferde, welche hinter dem Bestand vom Jahre 1951 um 20,6 v. H. zurückgeblieben ist.

Vom Gesamtbestand entfielen auf die einzelnen Altersgruppen bei den Pferden in v. H.:

	1938	1952
unter 3 Jahren . . . . .	13,4	13,2
3 bis unter 9 Jahren . . . . .	23,9	49,2
9 Jahre und darüber . . . . .	62,7	37,6

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß der heutige Pferdebestand zur Hälfte aus Pferden im Alter von 3 bis 9 Jahren besteht, wogegen vor dem Krieg

diese Altersgruppe nur etwa den vierten Teil des damaligen Pferdebestandes ausmachte.

Während das Pferd trotz zunehmender Motorisierung noch eine gewisse Bedeutung in den landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betrieben behalten hat, ist es als Zugkraft in den gewerblichen Unternehmen, mit Ausnahme von einigen Brauereibetrieben, die aus Tradition noch Pferde halten, fast ganz verdrängt worden. Sehr beträchtlich dagegen ist die Zahl der Pferde, die für fahr- und reitsportliche Zwecke Verwendung finden. Etwa 850 Pferde wurden in Stallungen für pferdesportliche Einrichtungen (Rennbahnen, Reitställe) festgestellt. Zählt man hierzu noch eine Anzahl von Pferden, die in Einzelställen für den gleichen Zweck gehalten werden, so ergibt sich, daß annähernd ein Fünftel aller Pferde in Hamburg pferdesportlichen Zwecken dienen.

Entgegen der allgemeinen Bestandsabnahme der Tierhaltung seit 1951 ist die Rindviehhaltung um 176 Tiere größer geworden. Gemessen am Gesamtbestand von 16 916 Tieren spielt diese Zunahme um 1,1 v. H. aber nur eine geringe Rolle. Wie die nachstehende Zusammenstellung zeigt, waren die Veränderungen in den einzelnen Nutzungs- und Altersgruppen unterschiedlich:

Rindvieh- haltung	Anfang	Anfang	Zu- bzw. Abnahme v. H.
	Dezember <sup>1)</sup> 1951	Dezember <sup>1)</sup> 1952	
	Stücke		
Kälber u. 3 Mon. alt	855	997	+ 16,6
Jungvieh zusamm.	5 481	5 772	+ 5,3
davon 3 Mon. bis noch nicht 1 Jahr	2 808	3 028	+ 7,8
dar. männlich	280	392	+ 40,0
1 Jahr bis noch nicht 2 Jahre . . .	2 673	2 744	+ 2,7
dar. männlich	200	277	+ 38,5
Über 2 Jahre altes Rindvieh . . . . .	10 404	10 147	— 2,5
dar. Milchkühe	8 929	8 576	— 4,0
<b>Rindvieh insgesamt</b>	<b>16 740</b>	<b>16 916</b>	<b>+ 1,1</b>

<sup>1)</sup> ohne Schlachthöfe.

Ortsamt Stadtteil Bezirk	Pferde		Rinder				Schweine					Schafe	Ziegen	Hühner <sup>1)</sup>	Gänse und Enten	Bienen- völker
	ins- gesamt	dar- unter Pferde unter 3 Jahre alt	ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	darunter								
				Kälber unter 3 Mon. alt	Kühe und Färsen			Ferkel unter 8 Woch. alt	Jung- schwei- ne 8 Woch. bis un- t. 1/2 Jahr alt	Zucht- sau- en 1/2 Jahr alt und älter	Schlacht- schwei- ne 1/2 Jahr alt und älter					
					zu- sam- men	dar- unter Milch- kühe										
Stücke																
Ortsamt Billstedt	136	36	265	7	192	178	715	86	269	18	341	114	49	39 079	1 191	180
Ortsamt Veddel-Rthb.	51	5	2	—	—	—	82	4	47	1	30	20	10	9 720	235	20
Ortsamt Finkenwerder	123	25	423	29	221	172	749	94	313	37	303	374	19	12 215	406	36
Restgebiet des Bezirks	208	5	—	—	—	—	58	9	18	—	31	1	3	3 721	97	47
<b>Bezirk 1 Hamburg-Mitte</b>	<b>518</b>	<b>71</b>	<b>690</b>	<b>36</b>	<b>413</b>	<b>350</b>	<b>1 604</b>	<b>193</b>	<b>647</b>	<b>56</b>	<b>705</b>	<b>509</b>	<b>81</b>	<b>64 735</b>	<b>1 929</b>	<b>283</b>
Ortsamt Blankenese	225	26	1 047	77	645	571	2 282	379	1 049	95	753	302	63	50 546	1 394	660
dar. Lurup	28	8	43	3	34	31	476	62	200	21	192	68	15	17 239	595	113
Osdorf	58	2	287	25	180	159	483	173	105	40	164	129	14	5 407	209	75
Sülldorf	53	10	373	30	233	219	855	119	537	28	167	9	8	2 438	65	68
Rissen	63	6	333	19	191	156	314	25	151	6	132	50	12	8 257	188	117
Restgebiet des Bezirks	338	30	97	4	72	60	687	135	290	44	212	31	25	24 707	529	477
<b>Bezirk 2 Altona</b>	<b>563</b>	<b>56</b>	<b>1 144</b>	<b>81</b>	<b>717</b>	<b>631</b>	<b>2 969</b>	<b>514</b>	<b>1 339</b>	<b>139</b>	<b>965</b>	<b>333</b>	<b>88</b>	<b>75 253</b>	<b>1 923</b>	<b>1 137</b>
Ortsamt Lokstedt	138	7	588	18	420	326	1 888	292	914	125	555	377	63	43 854	1 700	512
dar. Schnelsen	66	3	384	14	276	199	1 149	194	606	48	300	148	19	15 324	659	152
Ortsamt Stellingen	108	11	123	6	79	71	598	111	234	28	221	87	32	24 133	611	233
dar. Eidelstedt	20	—	103	6	64	61	508	96	216	28	164	62	18	12 240	377	138
Restgebiet des Bezirks	12	—	—	—	—	—	4	—	3	—	1	—	—	2 811	27	98
<b>Bezirk 3 Eimsbüttel</b>	<b>258</b>	<b>18</b>	<b>711</b>	<b>24</b>	<b>499</b>	<b>397</b>	<b>2 490</b>	<b>403</b>	<b>1 151</b>	<b>153</b>	<b>777</b>	<b>464</b>	<b>95</b>	<b>70 798</b>	<b>2 338</b>	<b>843</b>
Ortsamt Barmb.-Uhl.	36	—	—	—	—	—	21	2	10	—	9	—	3	5 475	81	90
Ortsamt Fuhsbüttel	67	10	227	7	133	117	851	128	297	38	386	111	21	29 788	545	513
dar. Langenhorn	65	10	225	7	131	115	823	120	291	38	372	105	21	19 796	452	263
Restgebiet des Bezirks	143	1	10	—	7	7	136	10	62	5	57	58	1	14 145	216	364
<b>Bezirk 4 Hamburg-Nord</b>	<b>246</b>	<b>11</b>	<b>237</b>	<b>7</b>	<b>140</b>	<b>124</b>	<b>1 008</b>	<b>140</b>	<b>369</b>	<b>43</b>	<b>452</b>	<b>169</b>	<b>25</b>	<b>49 408</b>	<b>842</b>	<b>967</b>
Ortsamt Bramfeld	56	2	138	8	78	67	684	166	209	66	241	105	17	32 006	580	307
Ortsamt Alstertal	133	20	693	40	420	365	1 104	133	317	52	598	177	49	39 203	1 182	798
dar. Sasel	24	2	98	11	58	53	241	30	54	16	139	93	34	16 277	634	319
Poppenbüttel	34	6	189	14	94	77	471	45	145	14	266	44	10	14 327	268	341
Hummelsbüttel	71	12	388	15	253	223	343	49	107	20	166	37	5	5 280	235	29
Ortsamt Walddörfer	238	34	1 171	60	727	635	2 356	346	948	119	937	440	62	30 264	1 351	836
dav. Lemsahl-Mellingst.	32	1	228	11	152	130	823	37	469	17	298	69	1	5 449	272	120
Duvenstedt	66	13	320	12	195	159	360	54	122	19	164	203	20	4 471	301	59
Wohldorf-Ohlstedt	39	4	239	15	147	141	510	101	155	40	212	92	9	3 873	302	238
Bergstedt	63	8	198	7	119	103	461	128	133	34	165	38	17	6 252	229	108
Volksdorf	38	8	186	15	114	102	202	26	69	9	98	38	15	10 219	247	311
Ortsamt Rahlstedt	166	19	787	34	554	523	977	149	346	46	432	242	59	29 734	1 212	285
Restgebiet des Bezirks	554	92	356	27	245	213	1 202	86	470	42	587	155	24	46 423	862	702
<b>Bezirk 5 Wandsbek</b>	<b>1 147</b>	<b>167</b>	<b>3 145</b>	<b>169</b>	<b>2 024</b>	<b>1 803</b>	<b>6 323</b>	<b>880</b>	<b>2 290</b>	<b>325</b>	<b>2 795</b>	<b>1 119</b>	<b>211</b>	<b>177 630</b>	<b>5 187</b>	<b>2 928</b>
OA Vier- u. Marschld.	1 127	170	4 598	292	2 780	2 359	6 089	1 088	1 955	231	2 809	385	3 159	34 964	3 062	505
dav. Curslack	114	23	376	27	224	183	355	66	101	15	172	42	200	3 315	135	111
Altengamme	173	41	607	40	383	325	614	126	163	17	308	92	380	2 473	93	64
Neuengamme	138	17	654	45	388	335	612	78	186	25	323	20	500	3 212	42	49
Kirchwerder	179	17	813	55	460	381	1 706	356	450	61	836	16	1 664	8 629	2 080	147
Ochsenwerder	79	9	538	33	348	299	972	97	406	33	436	26	182	4 279	188	12
Reitbrook	86	19	346	18	206	174	322	62	127	29	103	18	44	1 289	49	—
Allermöhe	134	18	478	34	281	240	342	58	101	9	174	53	79	2 176	115	30
Billwerder	130	18	453	14	279	239	436	103	156	31	145	95	32	6 486	285	79
Moorfleet	52	3	170	11	87	79	293	88	51	8	146	17	24	1 701	50	13
Tatenberg	15	4	76	13	50	43	154	37	43	2	72	6	33	704	12	—
Spadenland	27	1	87	2	74	61	283	17	171	1	94	—	21	700	13	—
Restgebiet des Bezirks	110	2	271	9	201	167	1 093	216	364	64	443	101	82	25 480	566	664
<b>Bezirk 6 Bergedorf</b>	<b>1 237</b>	<b>172</b>	<b>4 869</b>	<b>301</b>	<b>2 981</b>	<b>2 526</b>	<b>7 182</b>	<b>1 304</b>	<b>2 319</b>	<b>295</b>	<b>3 252</b>	<b>486</b>	<b>3 241</b>	<b>60 444</b>	<b>3 628</b>	<b>1 169</b>
Ortsamt Wilhelmsburg	228	40	712	45	443	388	1 444	384	394	98	562	132	106	29 358	1 162	100
dar. Moorwerder	92	20	349	25	219	199	442	147	89	33	172	20	45	2 296	184	5
Ortsamt Süderelbe	803	124	4 189	274	2 001	1 738	5 578	996	2 069	292	2 208	286	201	31 675	1 335	314
dar. Altenwerder	82	15	452	24	301	255	371	42	135	4	190	13	9	3 128	67	—
Moorburg	90	14	935	50	550	490	746	153	261	52	275	25	19	3 060	175	30
Neugraben-Fischb.	123	8	530	20	310	286	1 172	168	484	37	481	57	59	12 662	317	124
Francop	146	23	744	71	261	226	910	176	322	80	329	58	21	1 932	151	10
Neuenfelde	328	64	1 354	95	484	391	1 958	392	771	96	697	92	60	5 765	503	97
Restgebiet des Bezirks	261	38	1 219	60	713	619	1 999	302	594	130	970	247	179	42 450	1 110	457
dar. Neuland	86	20	487	26	283	233	319	50	100	15	154	66	42	4 829	200	5
Marmstorf	45	7	197	8	118	105	414	74	136	39	164	27	20	3 830	181	62
<b>Bezirk 7 Harburg</b>	<b>1 292</b>	<b>202</b>	<b>6 120</b>	<b>379</b>	<b>3 157</b>	<b>2 745</b>	<b>9 021</b>	<b>1 682</b>	<b>3 057</b>	<b>520</b>	<b>3 740</b>	<b>665</b>	<b>486</b>	<b>103 483</b>	<b>3 607</b>	<b>871</b>
<b>Hamburg insges.<sup>2)</sup></b>	<b>5 261</b>	<b>697</b>	<b>16 916</b>	<b>997</b>	<b>9 931</b>	<b>8 576</b>	<b>30 597</b>	<b>5 116</b>	<b>11 172</b>	<b>1 531</b>	<b>12 686</b>	<b>3 745</b>	<b>4 227</b>	<b>601 751</b>	<b>19 454</b>	<b>8 198</b>

1) Hähne, Hennen und Küken, ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner.

2) ohne Schlachthöfe.



# BENACHBARE KREISE UND GEMEINDEN DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

----- 30-km-Kreis um das Hamburger Rathaus  
 ———— 50-km-Kreis um das Hamburger Rathaus

VERZEICHNIS DER GEMEINDEN DEREN NAMEN IN DER KARTE NICHT EINGETRAGEN SIND  
 Außerhalb des 50 km-Kreises nur Gemeinden mit Pendlern nach Hamburg

## 1 KREIS PINNEBERG

- 1 Hellingen
- 2 Egenbüttel
- 3 Friedrichsgabe
- 4 Kummerfeld
- 5 Prisdorf
- 6 Heidgraben
- 7 Gross-Bordande
- 8 Seeth-Bokholt
- 9 Kllin-Halsiek
- 10 Bullenkulhen
- 11 Bokholt-Haarredder
- 12 su Barnstedt
- 13 Brande-Hörnerkirchen
- 14 Bokelsee
- 15 Osterhorn

## 4 KREIS SEGEBERG

- 1 Borstel
- 2 Hasenkrug
- 3 Oerendorf
- 4 Kattendorf
- 5 Winsen
- 6 Sieverhütten
- 7 Fredendorf
- 8 Wittenborn
- 9 Fahrnkrug
- 10 Sockackendorf
- 11 Hamdorf
- 12 Gross-Rönnau
- 13 Klein-Rönnau
- 14 Stipendorf
- 15 Schlarau
- 16 Stubben
- 17 Bümsdorf
- 18 Wakendorf I
- 19 Droggers
- 20 Altengrös
- 21 Neungrös
- 22 Klein-Heide
- 23 Klein-Oldaburgen
- 24 Traventhal
- 25 Bebensee
- 26 Schwiesel
- 27 Mßen
- 28 Hsardorf

## 2 KREIS STORMARN

- 1 Harkheide
- 2 Klein-Hansdorf
- 3 Timmerhorn
- 4 Büningstedt
- 5 Dellingdorf
- 6 Hamoor
- 7 Lebek Out
- 8 Lebek Dorf
- 9 Schulenburg
- 10 Barkhorst
- 11 Mollhagen
- 12 Ostendorf
- 13 Grosshandorf-Schmalenbek
- 14 Ahrensfelde
- 15 Mellisdorf
- 16 Langelohe
- 17 Kronshorst
- 18 Willinghusen
- 19 Ost-Steinbek
- 20 Havighorst
- 21 Hausdorf
- 22 Hamfelde i. Holst.
- 23 Hohenfelde
- 24 Sühlen
- 25 Schlammerdorf
- 26 Sehmstedt
- 27 Meddesade
- 28 Benstaben
- 29 Klein-Barnitz
- 30 Gross-Barnitz
- 31 Lokfeld
- 32 Klein-Sohlenberg
- 33 Klein-Wesenberg
- 34 Gross-Wesenberg
- 35 Stubbendorf
- 36 Ratsbek
- 37 Hamberge
- 38 Hanfelde
- 39 Badendorf
- 40 Dahmsdorf
- 41 Pöhl
- 42 Willendorf
- 43 Heidekamp

## 10 KREIS STADE

- 1 Königreich
- 2 Bestbrügge
- 3 Ladaop
- 4 Damhausen
- 5 Heukloster
- 6 Hedendorf
- 7 Grundoldendorf
- 8 Ruachwedel
- 9 Nindorf
- 10 Goldbek
- 11 Nottendorf
- 12 Bullenbruch (gemeindefrei)
- 13 Neuenkirchen
- 14 Westhankirchen
- 15 Gudenandriental
- 16 Gründeloh
- 17 Ahrensamoor
- 18 Bokel
- 19 Haddorf
- 20 Mitteltdorf
- 21 Kuhla
- 22 Borstel
- 23 Breitenwisch

## 5 KREIS STEINBURG

- 1 Altemoor
- 2 zu Breitenburg
- 3 Moorhof
- 4 Kronmoor
- 5 Breitenburg
- 6 Kollmoor
- 7 Westmoor
- 8 Rausdorf
- 9 Breitenberg
- 10 Moordiek
- 11 Wittenbergen
- 12 Walfmoor
- 13 Siebenseeknoll
- 14 Hingsheide
- 15 Stürkathen
- 16 Rade
- 17 Gesehübttel
- 18 Bensing
- 19 Heiligensteden
- 20 Heiligensteden Kamp
- 21 Störforf
- 22 Wilster
- 23 Hodorf
- 24 Krepmerheide
- 25 Krepmermoor

## 11 KREIS LÜNEBURG

- 1 Obermarschacht
- 2 Horburg
- 3 St. Dionys
- 4 Sasendorf
- 5 Hittbergen
- 6 Barföde
- 7 Ralstorf
- 8 Ralstorf
- 9 Hücklingen
- 10 Heiligenthal

## 6 KREIS EUTIN

## 7 KREIS RENDSBURG

## 8 KR. SÜDERDITHMARSCHEN

- 1 Höpnbüßen
- 2 Stuckenborstel

## 9 KREIS HARBURG

- 1 Ketzendorf
- 2 Uvelgüne
- 3 Innenbeck
- 4 Klendorf
- 5 Rhestorf
- 6 Vahrendorf
- 7 Sottorf
- 8 Leversen
- 9 Henndorf
- 10 Eckel
- 11 Idansen
- 12 Tötansen
- 13 Beckedorf
- 14 Hetzendorf
- 15 Emmendorf
- 16 Fleestedt
- 17 Ollingen
- 18 Lindhorst
- 19 Klocken
- 20 Holmsdorf
- 21 Harmsdorf
- 22 Krummesse
- 23 Badesdorf
- 24 Steinbeck
- 25 Trede
- 26 Kakenstorf

## 13 KREIS LAND HADELN

- 1 Hemmoor
- 2 Osten
- 3 Warstade
- 4 Hebel
- 5 Bornberg
- 6 Lamstedt
- 7 Launhühen

## 14 KREIS SOLTAU

- 1 Volkwardingen

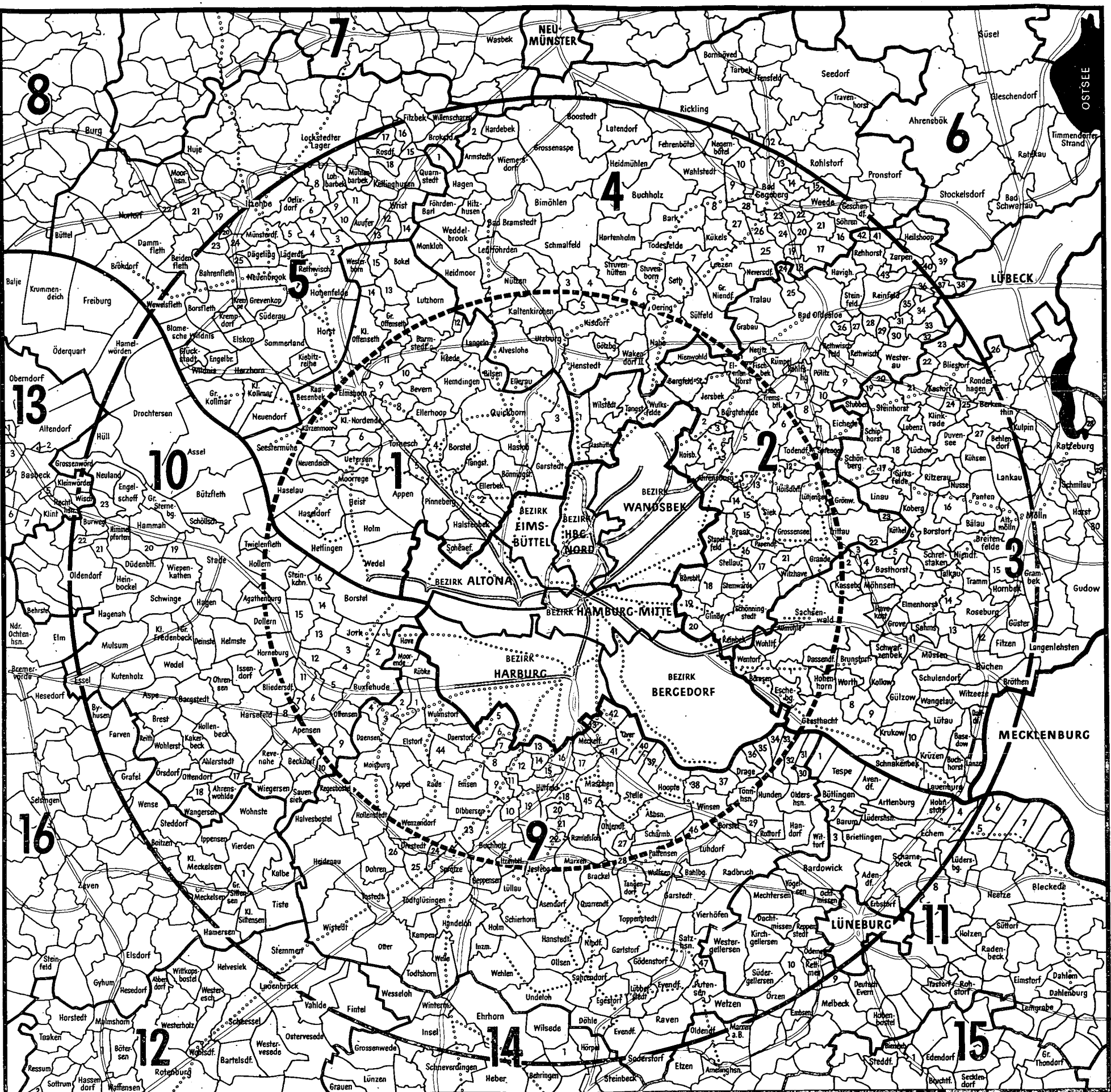
## 15 KREIS ÜLZEN

- 1 Wichmannsburg

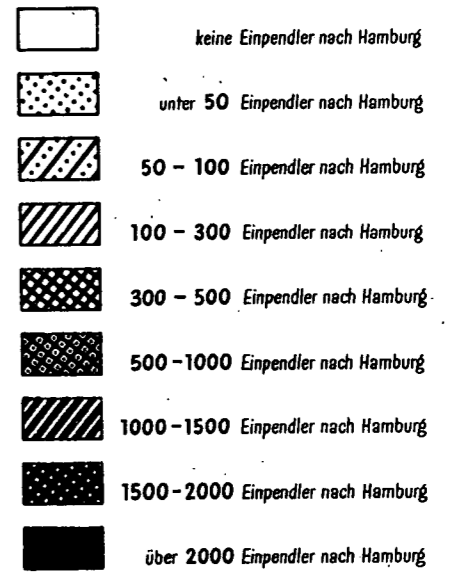
## 16 KREIS BREMERVÖRDE

- 1 Longenbootel

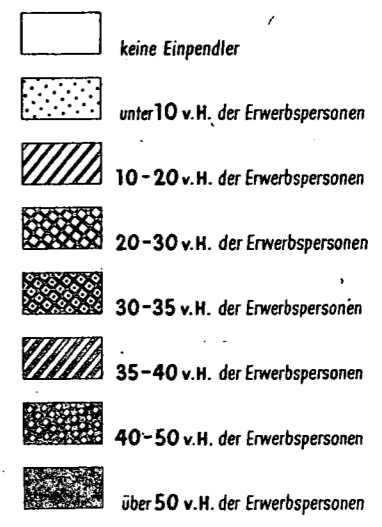
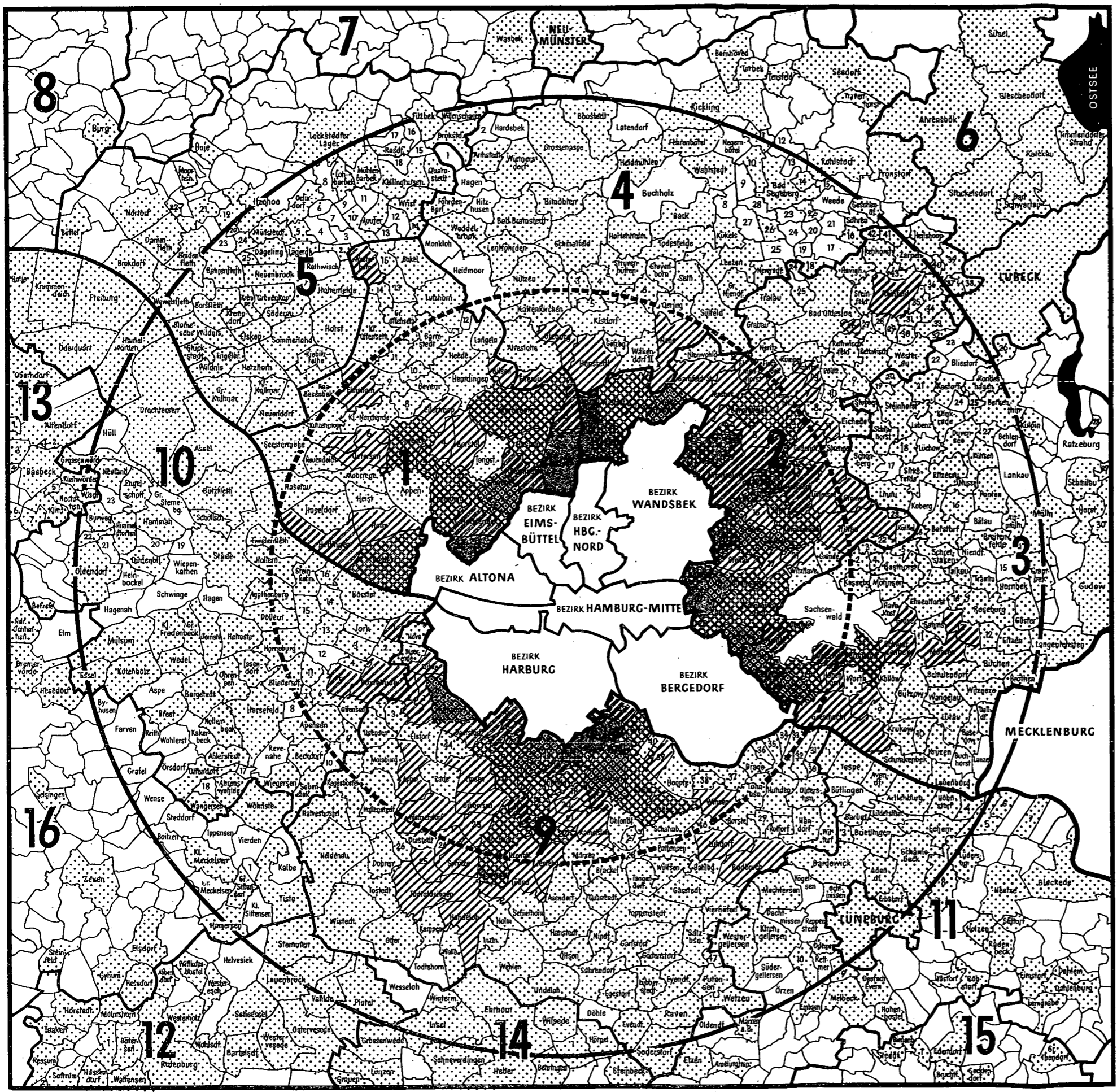
VERKEHRSLINIEN:  
 ———— Hauptverkehrsstrecken der Bundesbahn  
 ———— Vorortstrecken der Bundesbahn  
 ———— Nebenstrecken der Bundesbahn und Privatbahnen  
 ..... Autobuslinien  
 ———— Ring u. Vorortstrecken der Hamburger Hochbahn AG.



ZAHL DER EINPENDLER NACH HAMBURG  
 AUS DEN GEMEINDEN DER NACHBARKREISE  
 NACH DER VOLKSZÄHLUNG VOM 13. SEPTEMBER 1950



ANTEIL DER EINPENDLER NACH HAMBURG  
AN DEN ERWERBSPERSONEN  
DER GEMEINDEN DER NACHBARKREISE  
NACH DER VOLKSZÄHLUNG VOM 13. SEPTEMBER 1950



Der Mehrbestand ist in erster Linie eine Folge der Ausweitung in der Kälberaufzucht und in der Jungviehhaltung. Dagegen hat sich die Gesamtzahl der Milchkuhe vermindert, deren Bestand mit insgesamt 8576 um rd. 350 Stück oder 4 v. H. hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurückbleibt. Die starke Zunahme, insbesondere der männlichen Tiere, beim Jungvieh und die seit zwei Jahren anhaltende Abnahme des Milchkuhbestandes dürfte darin zu suchen sein, daß sich die Tierhalter in vermehrtem Umfange der Schlachtviehproduktion gewidmet haben.

Der Umfang und die Intensität der Rindviehhaltung wird in erster Linie durch die Größe der wirtschaftseigenen Futterfläche bestimmt. In diesem Zusammenhang ist deshalb eine Betrachtung der Rindviehhaltung in Beziehung zur landwirtschaftlichen Nutzfläche angebracht. In Hamburg kommen nach Abzug des Gartenlandes auf je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche im Durchschnitt 64 Rinder. In den anderen Ländern des Bundes bewegt sich die Zahl zwischen 65 und 90 Stück Rindvieh je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Die Zahl der Schweine war nach der letzten Zählung um rd. 3200 Tiere kleiner als zu Anfang Dezember 1951. Diese Abnahme ist nicht so sehr auf eine Einschränkung in den landwirtschaftlichen Betrieben als vielmehr auf die zunehmende Drosselung in Kleinstbetrieben und in Haushaltungen mit Schweinehaltung zurückzuführen. An der Bestands-einschränkung waren mit Ausnahme der Eber alle Nutzungs- und Altersklassen beteiligt, wie die folgende Übersicht zeigt:

Schweinehaltung	Anfang	Anfang	Zu- bzw. Abnahme v. H.
	Dezember <sup>1)</sup> 1951	Dezember <sup>1)</sup> 1952	
	... Stücke		
Ferkel unter 8 Wochen alt	5 628	5 116	— 9,1
Jungschweine, 8 Wochen b. noch nicht 1/2 Jahr alt	13 322	11 172	— 16,1
Schlacht- und Mastschweine	13 171	12 686	— 9,0
Zuchtsauen, 1/2 Jahr und älter	1 624	1 531	— 5,7
Eber, 1/2 Jahr und älter	74	92	+ 24,3
<b>Schweine insgesamt</b>	<b>33 819</b>	<b>30 597</b>	<b>— 9,5</b>

<sup>1)</sup> ohne Schlachthöfe.

Eine weitere Abnahme hat auch die Schaf- und Ziegenhaltung erfahren, und zwar um 6,8 bzw. 10,0 v. H. Nach dem verhältnismäßig starken Rückgang des Bestandes an jüngeren Tieren zu schließen, wird auch fernerhin noch mit weiteren Einschränkungen der Schaf- und Ziegenhaltung zu rechnen sein. Der Grund für die Bestandsverminderung an beiden Tiergattungen mag zum Teil an der geringen Wirtschaftlichkeit liegen. Andererseits spricht der Rückgang an Schafen und insbesondere an Ziegen seit Aufhebung der Zwangswirtschaft dafür, daß die Voraussetzung für das Halten dieser Tiere infolge steigender Kuhmilcherzeugung nicht mehr im gleichen Maße wie früher vorliegt.

In der Geflügelhaltung sind die Bestände ebenfalls noch weiter zurückgegangen. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Hühner zwar um 10 v. H. gegenüber 1951 vermindert hat, sie liegt aber immer noch 41 v. H. über dem Vorkriegsstand. Infolge der verhältnismäßig hohen Eierpreise halten viele Haushaltungen, vor allem die Schrebergartenbewohner, auch weiterhin an einer verstärkten Hühnerhaltung fest, und zwar werden in erster Linie Legehennen bevorzugt.

Der Gänsebestand ist ebenfalls kleiner geworden und liegt um 6,5 v. H. hinter dem vorjährigen Ergebnis. In gleicher Weise ist auch die Entenhaltung eingeschränkt worden, und zwar um nahezu 14 v. H. Die Zahl der Bienenvölker ist nach der neuesten Zählung fast unverändert geblieben.

Die gebietsweise Verteilung der Viehbestände Hamburgs im Dezember 1952 ist aus der Übersicht 1 zu entnehmen.

## 2. Entwicklung des Viehbestandes von 1938 bis 1952

Nach dem Kriege war die hamburgische Landwirtschaft bestrebt, die durch die Kriegswirtschaft z. T. stark gelichteten Viehbestände wieder zu erhöhen. Dies konnte aber nur langsam vor sich gehen. Zur Sicherstellung der menschlichen Ernährung wurden der Viehwirtschaft wesentliche Mengen an Futtermitteln inländischer Produktion, vor allem Kartoffeln und Futtergetreide, entzogen. Der Wiederaufbau des Viehbestandes wurde weiterhin durch die zunächst noch in Kraft befindlichen zwangswirtschaftlichen Maßnahmen der Kriegszeit und durch den Währungsverfall stark gehemmt. Im Vergleich mit dem Tiefstand der Viehhaltung im Jahre 1945 ist aber bis zum Jahre 1948 eine gewisse Zunahme unverkennbar.

Wie sich aus der Übersicht 2 ergibt, wurde die Viehhaltung bei fast allen Tierarten nach der Währungsreform und Beseitigung der Zwangswirtschaft zunächst noch ständig größer und erreichte in den Jahren 1949 und 1950 ihren Höchststand in der Nachkriegszeit. In den beiden letzten Jahren hat sich diese Aufwärtsentwicklung nicht weiter fortgesetzt; sie ist vielmehr einer rückläufigen Entwicklung gewichen.

Der Pferdebestand, der in den Kriegsjahren nicht unbedeutende Verluste erlitten hatte, hat sich unmittelbar nach dem Kriege bis zur ersten Nachkriegszählung teils durch freigewordene Militärpferde und teils durch den Zustrom von Flüchtlingspferden so weit gehoben, daß der Vorkriegsstand wieder erreicht wurde. In den folgenden Jahren setzte dann ein anhaltender Rückgang ein, der sich bisher noch nicht verlangsamte.

Der Rindviehbestand konnte sich während und nach dem Kriege etwa auf Vorkriegshöhe halten. Als Folge einer sehr schlechten Futterernte ist im Jahre 1947 ein etwas tieferer Einbruch in die Rindviehbestände zu verzeichnen gewesen.

## Die Viehbestände in Hamburg von 1938 bis 1952

Jahr	Zählung Anfang Dezember <sup>1)</sup>									
	Pferde	Rindvieh		Schweine	Schafe	Ziegen	Hühner <sup>2)</sup>	Gänse	Enten	Bienen-völker
		insgesamt	darunter Milchkuhe							
Stücke										
1938	8 288 <sup>3)</sup>	19 407	9 667	35 965	6 834	5 913	427 682	15 928	13 709	7 439
1945	8 242	18 311	9 840	13 819	6 710	4 820	185 131 <sup>1)</sup>	9 315	3 582	
1946	7 658	17 343	9 634	15 210	7 216	4 628	196 868	9 024	2 667	4 749
1947	7 917	16 650	8 829	16 492	7 829	4 998	243 286	9 586	2 340	4 402
1948	7 705	17 114	8 790	19 792	8 665	5 694	405 975	18 081	5 666	7 585
1949	6 851	17 195	8 969	28 102	6 414	5 654	623 511	17 718	11 835	9 654
1950	6 578	17 064	9 041	33 326	4 484	5 207	701 988	13 821	10 618	8 330
1951	5 710	16 740	8 929	33 819	4 017	4 697	666 768	11 876	9 674	8 270
1952	5 261	16 916	8 576	30 597	3 745	4 227	601 751	11 103	8 351	8 198

<sup>1)</sup> ohne Schlachthöfe und Viehmärkte,

<sup>2)</sup> ohne Militärpferde,

<sup>3)</sup> ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner,

<sup>4)</sup> nur Hennen (Jung- und Legehennen).

Ein wesentlich anderes Bild zeigt die Entwicklung der Schweinehaltung. Da bis zum Auslaufen der öffentlichen Bewirtschaftung die Futterbasis für das Halten von Schweinen besonders stark gedrosselt war, mußte sich dies in einem Abbau der Schweinehaltung auswirken. Im Jahre 1945 wurden nur noch 39 v. H. des Bestandes von 1938 gezählt. Die Schweinebestände, die dann bis zum Jahre 1950 im Zeichen ihres Wiederaufbaues nach dem Tiefstand der ersten Nachkriegsjahre ständig zugenommen hatten, erreichten im Dezember 1950 ihren Höhepunkt.

Bei den Schafen und Ziegen waren in der Nachkriegszeit die Bestände noch durchweg gestiegen. Nach Erreichung des Höchststandes im Jahre 1948 ist ihre Zahl ständig zurückgegangen und unter den Vorkriegsstand gesunken.

Die Geflügelhaltung, deren Bedeutung in Hamburg dadurch zum Ausdruck kommt, daß nach dem Ergebnis der Zählung von Dezember 1949 von insgesamt 653 000 Stück Federvieh (Hühner, Enten und Gänse) 431 000 in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, Klein- und Schrebergärten usw. gehalten wurden, hatte ebenfalls starke Einbußen zu verzeichnen. Im Jahre 1945 wurde nur etwa die Hälfte des 1938 vorhandenen Bestandes gezählt. Infolge der schnellen Nachzuchtmöglichkeiten und der inzwischen eingetretenen Erleichterung in der Futtersversorgung wurden die Lücken bald ausgefüllt, so daß im Dezember 1950 sogar 59 v. H. mehr Federvieh als vor dem Kriege vorhanden war.

### 3. Entwicklung der Viehbestände im Bundesgebiet

In den einzelnen Ländern des Bundes verlief die Entwicklung der Viehbestände 1951/52 nicht wesentlich anders als in Hamburg. Abweichend von der Entwicklung der Hühnerbestände in

Hamburg ist für Niedersachsen und für die süddeutschen Länder noch eine Zunahme festzustellen. Während sich der Entenbestand in den nord- und süddeutschen Ländern gegenüber Dezember 1951 mehr oder weniger stark verringerte, zeigt sich in Niedersachsen eine erhebliche Zunahme, in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bremen hat die Gesamtzahl der Enten gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zugenommen.

Wie die Übersicht 3 weiter zeigt, hat die Entwicklung der Viehbestände dagegen von 1938 bis 1952 in den einzelnen Bundesländern einen recht unterschiedlichen Verlauf genommen. Die ungleichmäßige rückläufige Entwicklung der Pferdehaltung in den einzelnen Gebieten (0,7 bis 36,5 v. H. Abnahme) dürfte in der Hauptsache mit der verschieden großen Ausdehnung der Motorisierung im Zusammenhang stehen. Nennenswerte Abnahmen sind vor allem in den Stadtstaaten sowie in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, wo im allgemeinen die großbäuerlichen und Großbetriebe vorherrschend sind, zu verzeichnen. In der Rindviehhaltung haben sich die Bestände gegenüber der Dezemberzählung 1938 zwar auch vermindert, jedoch sind die Veränderungen in den einzelnen Ländern des Bundes wesentlich geringer. Demgegenüber ist eine Vergrößerung der Schweinehaltung bei gleichzeitiger Bestandsverminderung in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg festzustellen. Besonders hoch ist die Zunahme in Schleswig-Holstein mit 37 v. H. Die Bestände an Schafen und Ziegen sind in fast allen Ländern stark zurückgegangen. Die Entwicklung der Geflügelhaltung verlief in den Ländern recht unterschiedlich. Während sich der Hühnerbestand in den Hansestädten um mehr als zwei Fünftel vermehrte, zeigt sich in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hessen nur eine geringe Zunahme, in den übrigen Ländern dagegen eine geringfügige Abnahme.

## Die Entwicklung des Viehbestandes in den Ländern des Bundes 1938 bis 1952

Land	Zählung vom 3. Dezember 1952									
	Pferde	Rindvieh		Schweine	Schafe	Ziegen	Hühner <sup>1)</sup>	Gänse	Enten	Bienenstöcke
		insgesamt	darunter Milchkühe							
Bestand am 3. Dezember 1952 in 1000 Stück <sup>2)</sup>										
Hamburg . . . . .	5,3	16,9	8,6	30,6	3,7	4,2	601,8	11,1	8,4	8,2
Schleswig-Holstein . . . . .	134,3	1 044,0	453,0	1 121,6	129,5	12,6	3 569,2	145,1	114,9	79,9
Niedersachsen . . . . .	359,6	2 249,0	1 044,5	3 790,7	348,6	182,9	9 596,7	335,0	301,9	163,2
Bremen . . . . .	3,2	19,5	7,6	25,2	1,5	2,0	332,6	4,1	5,6	4,4
Nordrhein-Westfalen . . . . .	240,2	1 527,3	850,3	2 456,2	218,7	138,7	11 167,7	230,6	186,0	178,1
Hessen . . . . .	100,8	798,7	439,1	1 091,6	188,7	213,5	4 297,6	203,0	50,7	126,4
Rheinland-Pfalz . . . . .	81,9	702,7	371,4	645,6	78,6	135,5	3 281,7	80,4	29,1	91,0
Baden-Württemberg . . . . .	137,3	1 681,5	873,1	1 277,5	209,7	225,1	6 611,1	280,3	133,1	354,5
Bayern . . . . .	297,3	3 590,5	1 769,2	2 532,4	363,3	230,3	11 789,2	796,9	168,9	542,4
<b>Bundesgebiet . . . . .</b>	<b>1 359,9</b>	<b>11 631,6</b>	<b>5 816,7</b>	<b>12 971,6</b>	<b>1 543,6</b>	<b>- 1 144,8</b>	<b>51 245,8</b>	<b>2 086,5</b>	<b>998,5</b>	<b>1 548,0</b>

Zu- bzw. Abnahme der Viehbestände Dezember 1952 gegenüber Dezember 1951 in v. H.

Hamburg . . . . .	- 7,9	+ 1,1	- 4,0	- 9,5	- 6,8	- 10,0	- 9,8	- 6,5	- 13,7	- 0,9
Schleswig-Holstein . . . . .	- 9,1	+ 5,0	- 0,3	- 0,1	- 0,7	- 9,1	- 3,0	- 10,0	- 5,9	- 15,7
Niedersachsen . . . . .	- 5,1	+ 5,4	+ 1,3	+ 2,2	- 4,3	- 14,3	+ 3,2	+ 1,2	+ 19,5	- 11,4
Bremen . . . . .	- 8,4	+ 5,1	- 1,3	- 1,8	- 3,3	- 14,1	- 3,7	- 3,8	+ 4,8	+ 8,7
Nordrhein-Westfalen . . . . .	- 9,3	+ 3,5	+ 1,1	- 3,7	- 7,0	- 13,0	- 1,6	- 8,0	+ 3,5	- 5,3
Hessen . . . . .	- 6,7	- 0,0	- 1,8	- 6,1	- 12,1	- 13,4	+ 0,6	- 14,2	- 11,0	- 9,5
Rheinland-Pfalz . . . . .	- 4,4	+ 0,7	- 0,2	- 11,9	- 4,4	- 13,6	+ 3,6	- 17,1	- 13,8	- 0,3
Baden-Württemberg . . . . .	- 3,4	+ 0,3	- 1,4	- 10,6	- 9,3	- 9,4	+ 5,7	- 9,6	- 4,1	- 7,9
Bayern . . . . .	- 6,5	+ 0,8	+ 0,7	- 10,7	- 9,7	- 10,1	+ 1,2	- 7,0	- 1,9	- 2,9
<b>Bundesgebiet . . . . .</b>	<b>- 6,5</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>- 4,6</b>	<b>- 7,3</b>	<b>- 12,1</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>- 7,6</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>- 6,4</b>

Zu- bzw. Abnahme der Viehbestände Dezember 1952 gegenüber Dezember 1938 in v. H.

Hamburg . . . . .	- 36,5	- 12,8	- 11,3	- 14,9	- 45,2	- 28,5	+ 40,7	- 30,3	- 39,1	+ 10,2
Schleswig-Holstein . . . . .	- 17,8	- 2,4	+ 5,5	+ 37,2	- 28,8	- 12,0	+ 9,5	+ 17,4	- 1,5	- 3,9
Niedersachsen . . . . .	- 8,0	- 0,1	+ 2,5	+ 7,7	- 21,3	- 17,9	- 3,3	+ 3,3	+ 11,2	- 16,0
Bremen . . . . .	- 27,6	- 7,7	- 9,9	+ 14,7	+ 16,6	- 34,5	+ 43,8	+ 18,8	- 22,9	+ 48,5
Nordrhein-Westfalen . . . . .	- 20,9	- 0,6	+ 1,1	+ 4,5	- 5,1	- 39,2	+ 4,9	+ 4,1	+ 18,9	+ 0,9
Hessen . . . . .	- 10,7	- 5,0	- 2,0	+ 0,1	- 25,0	- 3,9	+ 14,0	- 6,7	- 9,9	+ 22,1
Rheinland-Pfalz . . . . .	- 0,7	- 12,2	- 13,5	- 9,8	- 17,3	- 1,7	- 6,0	+ 17,9	+ 12,1	- 3,3
Baden-Württemberg . . . . .	- 16,7	- 8,0	- 8,7	- 0,4	- 33,8	+ 0,3	- 9,2	+ 14,3	- 18,2	- 2,0
Bayern . . . . .	- 7,7	- 3,6	+ 0,5	+ 9,0	- 34,9	- 15,1	- 5,1	- 19,3	- 20,7	+ 14,9
<b>Bundesgebiet . . . . .</b>	<b>- 12,4</b>	<b>- 3,8</b>	<b>- 1,7</b>	<b>+ 6,7</b>	<b>- 26,0</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 5,5</b>	<b>- 2,4</b>	<b>+ 3,5</b>

<sup>1)</sup> ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner.<sup>2)</sup> Vorläufige Ergebnisse, bei Hamburg dagegen endgültiges Ergebnis (ohne den Bestand auf Schlachthöfen).

## Milcherzeugung und Milchverwendung 1952

Bei einem Gesamtbestand von 8929 Milchkühen in Hamburg ergibt sich für das Jahr 1952 eine Gesamterzeugung an Milch von nahezu 28,3 Millionen kg gegen 28,8 Millionen kg im Jahre 1951. Diese Milchmenge dürfte bei einem durchschnittlichen Tagesverbrauch von rund 330 000 kg Milch ausreichen, die Großstadt Hamburg etwa 80 Tage mit Trinkmilch zu versorgen.

Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh und Jahr betrug im Berichtsjahr 3166 kg und lag somit um 21 kg niedriger als im Vorjahr. Der Grund dieser Abnahme ist in erster Linie auf die teilweise recht ungünstigen Weide- und Futtermittelverhältnisse in den Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1952 und auch auf die seit zwei Jahren anhaltende Maul- und Klauenseuche zurückzuführen.

# Übersicht 1

Monat	Kuhmilcherzeugung <sup>1)</sup>						Verwendung der erzeugten Kuhmilch				
	Kontrollkühe		Andere Kühe		Kühe zusammen		Ablieferung an		Im Haushalt des Kuhhalters verbraucht		Verfüttert an Kälber
	je Kuh	Insgesamt	je Kuh	Insgesamt	je Kuh	Insgesamt	Molkereien und Händler	Verbraucher unmittelbar	frisch verbraucht <sup>2)</sup>	verarbeitet zu Landbutter und -käse	
	in kg						in kg				
Januar . . .	215,0	697 460	183,9	1 045 541	195,2	1 743 001	1 477 215	24 718	134 214	4 500	102 354
Februar . . .	208,2	675 401	176,5	1 003 679	188,0	1 679 080	1 402 746	26 291	137 681	4 260	108 102
März . . . .	265,1	859 984	233,0	1 324 984	244,7	2 184 968	1 833 213	29 782	172 331	4 721	144 921
April . . . .	305,0	989 420	273,1	1 552 836	284,7	2 542 256	2 090 279	49 517	199 050	5 189	198 221
Mai . . . . .	400,1	1 297 600	372,4	2 117 087	382,5	3 414 687	2 999 251	48 319	201 411	5 495	160 211
Juni . . . . .	393,4	1 276 190	365,3	2 076 556	375,5	3 352 746	2 948 356	49 104	198 712	4 855	151 719
Juli . . . . .	361,1	1 171 408	333,0	1 892 932	343,2	3 064 340	2 717 095	47 921	177 315	4 716	117 293
August . . .	307,2	996 557	278,6	1 583 564	289,0	2 580 121	2 281 360	44 251	159 173	4 615	90 722
September . .	268,7	871 663	240,5	1 367 246	250,7	2 238 909	1 974 559	37 311	142 491	3 806	80 742
Oktober . . .	215,9	700 380	187,6	1 066 260	197,9	1 766 640	1 517 930	32 618	135 211	3 760	77 121
November . .	215,9	700 380	179,2	1 018 497	192,5	1 718 877	1 400 960	41 306	133 778	3 633	139 200
Dezember . .	269,7	879 492	195,3	1 106 751	222,4	1 986 243	1 531 393	111 230	160 886	5 958	176 776
<b>1952 insges.</b>	<b>3 425,3</b>	<b>11 115 935</b>	<b>3 018,4</b>	<b>17 155 933</b>	<b>3 166,3</b>	<b>28 271 868</b>	<b>24 174 357</b>	<b>542 368</b>	<b>1 952 253</b>	<b>55 508</b>	<b>1 547 382</b>
Dageg. 1951	3 413,0	12 532 600	3 029,0	16 263 205	3 185,0	28 795 805	25 411 758	368 149	1 462 289	64 835	1 488 774

<sup>1)</sup> Für die Berechnung der Gesamtmilcherzeugung wurde 1952 ein durchschnittlicher Kuhbestand von 3 244 Kontrollkühen und 5 685 nicht unter Leistungskontrolle stehenden Kühen zugrunde gelegt.

<sup>2)</sup> Zu Eigenbedarf, Altenteil und Deputat.

Von der in Hamburg erzeugten Milch gelangten in den Jahren

	1951	1952
	v.H.	v.H.
zur Ablieferung		
1. an Molkereien und Händler	88,2	85,5
2. an Verbraucher unmittelbar	1,3	1,9
zur Verwendung im Erzeugerbetrieb		
1. im Haushalt frisch verbraucht	5,1	6,9
2. verarbeitet zu Landbutter und -käse	0,2	0,2
3. verfüttert an Kälber	5,2	5,5

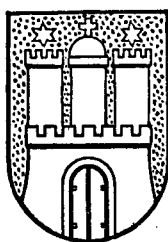
Infolge der guten molkereimäßigen Milchverwertung wird in Hamburg ein sehr hoher Anteil des Milchanfalls zur Ablieferung an Molkereien gebracht. Während der Ab-Hof-Verkauf und der Selbstverbrauch in den Erzeugerbetrieben leicht angestiegen ist, lag die zur Verfütterung gekommene Vollmilch etwa auf Vorjahrshöhe.

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 24. Februar 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 3

- INHALT: 1. Erster Überblick über die Ergebnisse des Wohnungsbaues im Jahre 1952.  
2. Die Butter und Fettpreise in Hamburg  
3. Die Bevölkerungsentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg und der übrigen Länder des Bundesgebiets seit der Volkszählung  
4. Die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg im Vergleich mit anderen Großstädten des Bundesgebiets  
5. Die Erkrankungen an Kinderlähmung in Hamburg und im Bundesgebiet in den ersten 3 Vierteljahren 1952

## Erster Überblick über die Ergebnisse des Wohnungsbaues im Jahre 1952

Nach einer ersten vorläufigen Auszählung der bisher eingegangenen Bauzählkarten sind im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg im Kalenderjahr 1952 rund 23 300 Wohnungen fertiggestellt worden. Damit ist der Bauerfolg des Vorjahres, in dem rund 26 100 Wohnungen fertiggestellt waren, nicht wieder erreicht; die Abnahme beträgt also rund 2800 oder fast 11 v. H. Eine Abnahme der Bauleistung war aber zu erwarten, da das Kalenderjahr 1952 einen erheblich geringeren Bauüberhang an bereits begonnenen, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungsbauten vom Vorjahr übernommen hatte als das Kalenderjahr 1951. Dieser Überhang, der an der Wende 1950/51 rund 17 000 Wohnungen betragen hatte, umfaßte am Beginn des Jahres 1952 nur rund 14 000 Wohnungen. Dieser Unterschied von rund 3000 Wohnungen entspricht etwa der Abnahme an fertiggestellten Wohnungen.

Zur Beurteilung der Bauentwicklung muß man aber weiterhin auch die Zahl der im Laufe des Berichtsjahres genehmigten Bauvorhaben und die der Baubeginne berücksichtigen. Bei beiden ist ebenfalls eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Die Zahl der genehmigten Wohnungen im Kalenderjahre 1952 war mit fast 20 000 um rund 4300 geringer als im Vorjahr, in dem rund 24 300 Wohnungen genehmigt waren. Hierbei muß man allerdings beachten, daß am Beginn des Jahres 1952 ein besonders großer Überhang von rund 11 500 genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen vorhanden war, wogegen das Jahr 1951 nur einen Überhang von rund

8400 genehmigten aber noch nicht begonnenen Wohnungen vom Vorjahr übernommen hatte. Demnach standen im Jahre 1952 insgesamt rund 31 500 genehmigte Wohnungen für den Baubeginn zur Verfügung. Wieviele hiervon im Laufe des Jahres begonnen sind, geht aus der Statistik der Baubeginne hervor. Die Zahl der im Kalenderjahr 1952 begonnenen Wohnungen beträgt nach einer vorläufigen Auszählung rund 19 700 Wohnungen; im Vorjahr waren es rund 23 000 gewesen; die Abnahme der Baubeginne beträgt hiernach also über 3000.

Weiterhin sind für die Beurteilung der Entwicklung des Wohnungsbaues im Jahre 1952 auch die Ergebnisse der Erhebung des Bauüberhangs an der Wende der Jahre 1952/53 von Bedeutung. Diese Erhebung hat ergeben, daß am Beginn des Kalenderjahres 1953 ein Überhang von rund 12 000 im Bau befindlichen Wohnungen vorhanden war. Dieser Überhang ist geringer als in den beiden Vorjahren, denn, wie oben bereits mitgeteilt wurde, hat der Überhang der begonnenen Wohnungen am Anfang des Kalenderjahres 1952 rund 14 000 und am Anfang des Jahres 1951 sogar rund 17 000 betragen. Dieser erneute Rückgang des Überhangs ist für die Beurteilung der Bauleistung von Bedeutung, die im Kalenderjahr 1953 zu erwarten sein wird. Nähere Einzelheiten über die Gliederung des Bauüberhangs 1952/53 werden noch in einem besonderen Aufsatz mitgeteilt werden. Zunächst sollen hier noch einige Zahlen über die Gliederung der im Jahre 1952 fertiggestellten Wohnungsbauten gegeben werden. Hierüber unterrichtet die folgende Übersicht.



## Zugang an Wohnungen und Wohngebäuden

Art des Zugangs	Zahl der neu- und wiederhergestellten Wohnungen und Wohngebäude in den Jahren				Zu- bzw. Abnahme 1952 zu 1951 <sup>1)</sup>	
	1951		1952		überhaupt	v. H.
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
<b>Wohnungen</b>						
Neubau . . . . .	13 284	50,8	13 070	56,0	— 214	— 1,6
Wiederaufbau . . . . .	10 954	41,9	9 332	39,9	— 1 622	— 14,8
Wiederherstellung <sup>1)</sup> . . . . .	803	3,0	225	1,0	— 578	— 72,0
Um-, Ausbau, Erweiterung <sup>1)</sup> . . . . .	1 125	4,3	734	3,1	— 391	— 34,8
<b>Zugang insgesamt</b> . . . . .	<b>26 166</b>	<b>100</b>	<b>23 361</b>	<b>100</b>	<b>— 2 805</b>	<b>— 10,7</b>
davon durch						
Private Bauherren . . . . .	13 138	50,2	11 725	50,2	— 1 413	— 10,8
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen . . . . .	12 246	46,8	11 255	48,2	— 991	— 8,1
Behörden und Körperschaften des öffentl. Rechts . . . . .	782	3,0	381	1,6	— 401	— 51,3
<b>Wohngebäude</b>						
Neubau . . . . .	4 789	80,1	3 169	75,3	— 1 620	— 33,8
Wiederaufbau . . . . .	1 169	19,6	982	23,3	— 187	— 16,0
Umbau ganzer Gebäude . . . . .	18	0,3	57	1,4	+ 39	+ 216,7
<b>Zugang insgesamt<sup>2)</sup></b> . . . . .	<b>5 976</b>	<b>100</b>	<b>4 208</b>	<b>100</b>	<b>— 1 768</b>	<b>— 29,6</b>
davon mit						
1 Wohnung . . . . .	3 181	53,2	1 757	41,8	— 1 424	— 44,8
2—4 Wohnungen . . . . .	1 151	19,3	686	16,3	— 465	— 40,4
5 und mehr Wohnungen . . . . .	1 634	27,3	1 761	41,9	+ 127	+ 7,8

<sup>1)</sup> ohne Wohnungen, die durch Baumaßnahmen lediglich in der Größe verändert wurden.

<sup>2)</sup> Abweichungen in den Summen durch Zugang von Wohngebäuden, deren erster Bauabschnitt ohne Wohnungen fertiggestellt und gemeldet wurde.

Man kann hieraus zunächst entnehmen, daß die Abnahme der fertiggestellten Wohnungen beim Wiederaufbau erheblich größer als beim Neubau war, denn die Zahl der fertiggestellten Neubauwohnungen hat nur um 214 oder 1,6 v. H., die Zahl der durch Wiederaufbau errichteten Wohnungen dagegen um 1622 oder 14,8 v. H. abgenommen. Dadurch hat sich der Anteil der Neubauwohnungen am Gesamtzugang auf Kosten der anderen Baumaßnahmen um 5 v. H. erhöht. Allerdings ist die richtige Zuteilung der Wohnungen nach diesen beiden Gruppen mitunter zweifelhaft. Hierauf soll in einem späteren Aufsatz noch näher eingegangen werden. Weiterhin ist beachtenswert, daß die Abnahme der fertiggestellten Wohnungen sich bei den privaten Bauherren etwas stärker auswirkt als bei den Gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen. Die Übersicht läßt weiterhin erkennen, daß der Anteil der durch Neubau errichteten Wohngebäude von 80 v. H. im Vorjahre auf 75 v. H. zurückgegangen ist. Diese Abnahme trifft offenbar nur die kleineren Wohngebäude, denn der Zugang an Mehrfamilienhäusern ist größer als im Vorjahre. Damit hat sich auch die Durchschnittsgröße der Wohngebäude beim Neubau erhöht; 1951 entfielen beim Neubau im Durchschnitt 2,8 Wohnungen auf 1 Wohngebäude, 1952 aber 4,1 Wohnungen. Beim Wiederaufbau hat sich dagegen die durchschnittliche Gebäudegröße kaum verändert.

Wie eine besondere Untersuchung der im Jahre 1952 fertiggestellten Wohnungen nach der Art ihrer Finanzierung ergeben hat, sind von den rund 23 300 im Jahre 1952 fertiggestellten Wohnungen rund 15 400 mit öffentlichen Mit-

teln gefördert. Die übrigen 8000 sind steuerbegünstigte oder freifinanzierte Wohnungen. Bei den mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen handelt es sich jedoch nicht nur um Wohnungen, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues gefördert sind, sondern zu einem kleinen Teil auch um Wohnungen, bei denen aus anderen Gründen öffentliche Mittel zur Finanzierung beigesteuert sind. Weitere Einzelheiten können hierüber erst später geboten werden. Der Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen an der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen beträgt im Jahre 1952 wie im Vorjahre wieder rund zwei Drittel.

Endlich können auch schon einige vorläufige Zahlen über den Bauaufwand für die im letzten Jahre fertiggestellten Wohnungen geboten werden. Die Höhe der veranschlagten Baukosten für die 23 300 Wohnungen, die im Kalenderjahr 1952 fertiggestellt waren, beläuft sich auf rund 270 Millionen DM; demgegenüber waren für die 26 000 Wohnungen, die im Vorjahre fertiggestellt waren, nur 252 Millionen DM veranschlagt worden. Trotz der geringeren Zahl der fertiggestellten Wohnungen ist also der Betrag der hierfür veranschlagten Kosten im Jahre 1952 etwas größer als im Vorjahre. Dies ist auf die Erhöhung der Baukosten zurückzuführen. Ob der tatsächliche Aufwand für die Fertigstellung dieser Wohnungen sich in gleichem Maße erhöht hat wie die Summe der veranschlagten Kosten, kann in diesem Zusammenhang leider nicht festgestellt werden.

Dr. I d e

## Die Butter- und Fettpreise in Hamburg

Die Entwicklung des Butterpreises war im letzten Halbjahr 1952 einer heftigen Kritik ausgesetzt. Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, daß der Butterpreis, der im Februar 1952 noch 6,32 DM je kg und im Juni 5,62 DM je kg betragen hatte, bis zum Ende des Jahres, also im Dezember, auf 7,50 DM je kg gestiegen war. Überblickt man einen längeren Zeitraum, so zeigt sich, daß die Butter im Juni 1950 nur 5,26 DM je kg gekostet hatte. Seitdem ist der Butterpreis fast stetig gestiegen, nur die Monate April bis Juli, d. h. die Monate der größten Buttererzeugung, zeigen jeweils leicht fallende Preise. Vergleicht man den Butterpreis am Ende des Jahres 1952 mit dem entsprechenden Butterpreis in der Vorkriegszeit, so zeigt sich gegenüber 1938, wo die Butter nur 3,20 RM je kg gekostet hatte, eine Zunahme um 134 v. H. Seit Anfang des Jahres 1953 ist jedoch eine Senkung der Butterpreise

zu verzeichnen. Die letzte Preiserhebung am 13. Februar 1953 hat in Hamburg einen durchschnittlichen Butterpreis von 6,48 DM je kg ergeben.

Wenn man die Entwicklung der Butterpreise in ihrer Bedeutung für den Haushalt breiter Bevölkerungsschichten richtig beurteilen will, muß man aber beachten, daß der Butterverbrauch in den meisten Haushaltungen nur einen kleinen Teil des Gesamtverbrauchs an Fetten ausmacht. Nach den Wirtschaftsrechnungen von 4köpfigen Hamburger Arbeitnehmerhaushaltungen mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von etwa 350 DM pro Monat betrug der Verbrauch an Butter pro Kopf und Monat im Jahre 1952 durchschnittlich 0,2 kg, dagegen wurden 1,5 kg anderer Fette einschl. Margarine verbraucht. Unter diesen Umständen ist es wichtig, daß man außer der Entwicklung der Butterpreise gleichzeitig auch die Preisentwicklung der übrigen Fette beobachtet.

### Die Preise von Butter, Margarine und Schmalz

(Preis für 1 kg)

Fette	1938	Juni 1950	Juni 1951	Febr. 1952	April 1952	Juni 1952	Aug. 1952	Okt. 1952	Dez. 1952
	RM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
Markenbutter . . . . .	3,20	5,26	5,96	6,32	5,92	5,62	6,34	6,86	7,50
Margarine (Spitzensorte) . . . . .	2,20	2,42	2,44	2,32	2,22	2,12	2,00	2,00	2,00
Tafelmargarine . . . . .	1,26	1,84	1,90	1,72	1,64	1,40	1,36	1,24	1,24
Schmalz, Import- . . . . .	2,16	2,72	3,50	3,40	3,00	2,58	2,52	2,46	2,40
Schmalz, incl. Flomenschmalz . . . . .	2,16	3,52	4,28	4,64	4,10	3,72	3,74	4,06	3,98

Wie nun die vorstehende Übersicht erkennen läßt, zeigt die Entwicklung des **Margarinepreises** einen völlig anderen Verlauf als die der Butterpreise. Gegenüber 1938 zogen die Preise der Spitzemargarine bis Juni 1951 um 11 v. H. an und die Preise für Tafelmargarine um 50,8 v. H. Heute liegen die Preise beider Sorten unter dem Niveau von 1938. Diese überaus günstige Entwicklung der Margarinepreise dürfte wohl in erster Linie auf eine Preissenkung der Margarinerohstoffe auf dem Weltmarkt zurückzuführen sein.

Die Preise für **Importschmalz** und für **inländisches Flomenschmalz** befanden sich 1938 noch auf gleicher Höhe. Beide Preise erreichten im Januar 1952 ihren Höchststand mit 3,90 bzw. 4,92 DM je kg; sie lagen damit um 80,6 v. H. bzw. 127,7 v. H. über dem Stand von 1938. Während der Preis für Importschmalz dann bis auf 2,40 DM im Dezember absank, ging der Preis für inländisches Flomenschmalz nur bis auf 3,98 DM je kg zurück, liegt also noch 84,3 v. H. über dem Vorkriegsstand.

### Preisrelation von Butter, Margarine und Schmalz

(Butterpreis = 100 gesetzt)

Fette	Vom Hundert des Butterpreises								
	1938	Juni 1950	Juni 1951	Febr. 1952	April 1952	Juni 1952	Aug. 1952	Okt. 1952	Dez. 1952
Markenbutter . . . . .	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Margarine (Spitzensorte) . . . . .	69	46	41	37	38	36	32	29	27
Tafelmargarine . . . . .	39	35	32	27	28	25	21	18	17
Schmalz, Import- . . . . .	68	52	59	54	51	46	40	36	32
Schmalz, incl. Flomenschmalz . . . . .	68	67	72	73	69	66	59	59	53

Die unterschiedliche Preisentwicklung der verschiedenen Fette kommt besonders deutlich zum Ausdruck, wenn man die Preisrelationen zwischen der Butter einerseits und der Margarine oder dem Schmalz andererseits betrachtet. Im

Jahre 1938 benötigte man für den Kauf von 1 kg Margarine noch 69 v. H., für 1 kg Tafelmargarine noch 39 v. H. und für 1 kg Schmalz 68 v. H. des Betrages, den man für den Kauf von 1 kg Butter aufwenden mußte. Im Dezember 1952 betrug diese

Relation bei der Spitzensorte jedoch nur 27 v. H., bei Tafelmargarine 17 v. H., bei Importschmalz 32 v. H. und bei inländischem Flomenschmalz 53 v. H., d. h. im Dezember 1952 konnte man sich, rund gerechnet, für den Gegenwert von 1 kg Butter entweder 6 kg Tafelmargarine oder 3 kg Importschmalz bzw. 2 kg inländisches Flomenschmalz kaufen.

Vergleicht man die Preiserhöhung der Butter mit der Lohnentwicklung der Industriearbeiter, so zeigt sich, daß die Hamburger Arbeiterschaft im Jahre 1938 für 1 Pfund Butter 1 Stunde 43 Minuten arbeiten mußte und im Dezember 1952 2 Stunden und 8 Minuten, **also um 24,3 v. H. länger.** Für 1 Pfund Margarine muß der Arbeiter dagegen nur die Hälfte der Arbeitszeit von 1938 aufwenden (nämlich durchschnittlich 28 Minuten gegenüber 56 Minuten im Jahre 1938).

Abschließend sollen noch einige Zahlen über die Fetterzeugung sowie über die Ein- und Ausfuhr in den beiden letzten Jahren im Bundesgebiet gebracht werden. Die Fetterzeugung hat betragen:

Fetterzeugung	in 1000 t	
	Jan. bis Sept. 1951	Jan. bis Sept. 1952
Butter <sup>1)</sup> (Produktgewicht) . . .	212,0	214,9
Schlachtfette <sup>2)</sup> (Reinfett) . . .	76,6	90,6
Margarine und Plattenfett . . .	384,5	425,6

<sup>1)</sup> ohne Erzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben.

<sup>2)</sup> ohne Schlachtfette aus Hausschlachtungen.

Sie ist demnach im vergangenen Jahre bis zum Herbst etwas günstiger gewesen als im Vorjahr. Die Buttererzeugung hat in der Zeit von Januar bis September 1952 um rd. 3000 t zugenommen, die Margarineerzeugung sogar um rd. 41 000 t. Gleichzeitig ist allerdings eine Steigerung der Ausfuhr an Butter und eine Senkung der Buttereinfuhr festzustellen.

Einfuhr	Butter		andere tierische Fette <sup>1)</sup>
	Januar/November 1951 . . .	Januar/November 1952 . . .	
	26 100 t	5 066 t	87 861 t
			79 667 t
Ausfuhr			
	Januar/November 1951 . . .	4 t	—
	Januar/November 1952 . . .	1 531 t <sup>2)</sup>	579 t

<sup>1)</sup> zur Ernährung.

<sup>2)</sup> davon 1525 nach England.

Durch die erhöhte Butteraufuhr und gesenkte Buttereinfuhr hat sich der **Einfuhrüberschuß** an Butter, der in den ersten elf Monaten des Vorjahres noch 26 000 t betragen hatte, in der entsprechenden Zeit des Jahres 1952 auf 3500 t gesenkt. Wenn man von der **Vorratshaltung** absieht, standen aus Erzeugung und Einfuhrüberschuß zusammen in folgedessen im Jahre 1952, soweit diese den größten Teil des Jahres umfassenden Zahlen erkennen lassen, nicht unerheblich geringere Buttermengen zur Verfügung als im Vorjahr. Diese Abnahme ist jedoch durch die oben erwähnte vermehrte Erzeugung von Margarine reichlich ausgeglichen.

## Die Bevölkerungsentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg und der übrigen Länder des Bundesgebiets seit der Volkszählung

Hamburg hatte bei der Volkszählung, d. h. am 13. September 1950, eine Wohnbevölkerung von 1 605 600 Personen. Bis zum 30. Juni 1952 ist diese Bevölkerung auf 1 669 700 angewachsen. Sie hat also um rund 64 000 Personen oder 4 v. H. zugenommen. Hamburg weist damit unter allen Ländern des Bundesgebietes neben Bremen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine besonders große Bevölkerungszunahme auf. Dieser Bevölkerungszuwachs ist in allen Ländern fast ausschließlich auf einen Wanderungsgewinn zurückzuführen, der teils durch Zuwanderung aus Ost-Deutschland, zum Teil aber auch durch Zuwanderung aus anderen Ländern des Bundesgebietes erzielt worden ist. In Hamburg beträgt der Wanderungsgewinn in dieser Zeit rd. 65 000 Personen. Dem großen Bevölkerungszuwachs dieser Länder steht ein Bevölkerungsvorverlust in anderen Ländern gegenüber. Es handelt sich hierbei um die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Aus diesen Ländern, die besonders stark durch Flüchtlinge belegt sind, hat sich die Bevölkerungszahl in der Hauptsache durch eine organisierte Flüchtlingsumsiedlung, zum Teil aber auch durch freiwillige Abwanderung von Heimatvertriebenen, erheblich verringert. Schleswig-Holstein, das mit Flüchtlingen am stärksten belegte Land, weist mit einer Abnahme von 136 000 Personen oder 5 v. H. die größte Abnahme auf.

Die Bevölkerungszunahme des Bundesgebiets beläuft sich seit der Volkszählung bis zum 30. Juni 1952 auf insgesamt 782 000 Personen oder 1,6 v. H. Davon entfielen rd. 450 000 auf den Geburtenüberschuß und 332 000 auf einen Wanderungsgewinn, der zum größten Teil durch den Zustrom von Flüchtlingen aus der Ostzone entstanden ist.

### Die Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Bundesgebiets von der Volkszählung am 13. September 1950 bis zum 30. Juni 1952 (absolute Zahlen in 1000)

Länder	Stand der Bevölkerung (in 1000) am		Zu- (+) bzw. Abnahme (—)	
	13. 9. 1950	30. 6. 1952	in 1000	in v. H. der Bevölkerung am 13. 9. 1950
Bremen	558,6	586,5	+ 27,9	+ 5,0
Rheinland-Pfalz	3 004,8	3 141,8	+ 137,0	+ 4,6
Hamburg	1 605,6	1 669,7	+ 64,1	+ 4,0
Nordrh.-Westf.	13 196,2	13 721,2	+ 525,0	+ 4,0
Baden-Württbg.	6 430,2	6 639,2	+ 209,0	+ 3,3
Hessen	4 323,8	4 411,1	+ 87,3	+ 2,0
Bayern	9 184,5	9 172,8	— 11,7	— 0,1
Niedersachsen	6 797,4	6 676,7	— 120,7	— 1,8
Schlesw.-Holst.	2 594,6	2 458,7	— 135,9	— 5,2
<b>Bundesgebiet</b>	<b>47 695,7</b>	<b>48 477,7</b>	<b>+ 782,0</b>	<b>+ 1,6</b>

Quelle: Stat. Bericht des Statist. Bundesamts: VIII/7/20 vom 17. 11. 1952.

# Die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg im Vergleich mit anderen Großstädten des Bundesgebiets

Im Bundesgebiet sind am 30. Juni 1952 47 Großstädte (Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern) gezählt worden. An erster Stelle steht — als einzige Millionenstadt — Hamburg mit rund 1 670 000 Einwohnern, gefolgt von München mit 877 000 und Köln mit 637 000 Einwohnern.

Die Bevölkerung der Großstädte nahm in der Zeit vom 13. September 1950, dem Tage der Volkszählung, bis zum 30. Juni 1952 insgesamt um 692 000 Personen oder 5,3 v. H. zu. Diese Zunahme ist fast ganz überwiegend eine Folge des Wanderungs-

gewinns, denn der Geburtenüberschuß ist in den Großstädten nur noch gering. So hatte Hamburg in diesem Zeitraum sogar einen Sterbeüberschuß von 1127 Personen zu verzeichnen.

In den Städten Lübeck, Flensburg, Oldenburg i. O., Wilhelmshaven und Salzgitter ging die Bevölkerungszahl leicht zurück. Salzgitter, das am Tage der Volkszählung 1950 noch 100 700 Einwohner hatte, schied durch die Abnahme von 2400 Personen aus der Reihe der Großstädte aus.

**Die Bevölkerungsentwicklung in den Großstädten des Bundesgebiets  
von der Volkszählung am 13. September 1950 bis zum 30. Juni 1952  
(absolute Zahlen in 1000)**

Großstädte	Stand der Bevölkerung (in 1000)		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) in v. H. der Bevölk. am 13. 9. 1950	
	13. 9. 1950	am 30. 6. 1952	in 1000	
1 Hamburg	1 605,6	1 669,7	+ 64,1	+ 4,0
2 München	831,9	876,8	+ 44,9	+ 5,4
3 Essen	605,4	630,3	+ 24,9	+ 4,1
4 Köln	594,9	636,6	+ 41,7	+ 7,0
5. Frankfurt a. M.	532,0	572,4	+ 40,4	+ 7,6
6 Dortmund	507,3	543,2	+ 35,9	+ 7,1
7 Düsseldorf	500,5	552,1	+ 51,6	+ 10,3
8 Stuttgart	497,7	529,1	+ 31,4	+ 6,3
9 Bremen	444,5	467,3	+ 22,8	+ 5,1
10 Hannover	444,3	473,6	+ 29,3	+ 6,6
11 Duisburg	410,8	431,8	+ 21,0	+ 5,1
12 Wuppertal	363,2	378,8	+ 15,6	+ 4,3
13 Nürnberg	362,5	387,0	+ 24,5	+ 6,8
14 Gelsenkirchen	315,5	334,3	+ 18,8	+ 6,0
15 Bochum	289,8	305,2	+ 15,4	+ 5,3
16 Kiel	254,4	260,5	+ 6,1	+ 2,4
17 Mannheim	245,6	260,0	+ 14,4	+ 5,9
18 Lübeck	238,3	234,6	- 3,7	- 1,6
19 Braunschweig	223,8	231,7	+ 7,9	+ 3,5
20 Wiesbaden	220,7	231,5	+ 10,8	+ 4,9
21 Oberhausen	202,8	213,8	+ 11,0	+ 5,4
22 Karlsruhe	198,8	206,4	+ 7,6	+ 3,8
23 Augsburg	185,2	191,7	+ 6,5	+ 3,5
24 Krefeld	171,9	180,2	+ 8,3	+ 4,8
25 Kassel	162,1	172,9	+ 10,8	+ 6,7
26 Bielefeld	153,6	162,2	+ 8,6	+ 5,6
27 Mülheim a. d. Ruhr	149,6	154,7	+ 5,1	+ 3,4
28 Solingen	147,8	153,5	+ 5,7	+ 3,9
29 Hagen i. W.	146,4	157,4	+ 11,0	+ 7,5
30 Aachen	129,8	137,8	+ 8,0	+ 6,2
31 Mönchen-Gladbach	124,9	130,6	+ 5,7	+ 4,6
32 Ludwigshafen a. Rhein	123,9	133,4	+ 9,5	+ 7,7
33 Oldenburg i. O.	122,8	122,0	- 0,8	- 0,7
34 Münster i. W.	118,5	132,0	+ 13,5	+ 11,4
35 Regensburg	117,3	122,1	+ 4,8	+ 4,1
36 Heidelberg	116,5	119,8	+ 3,3	+ 2,8
37 Bonn	115,4	127,5	+ 12,1	+ 10,5
38 Bremerhaven	114,1	119,2	+ 5,1	+ 4,5
39 Herne	111,6	114,0	+ 2,4	+ 2,2
40 Freiburg	109,7	121,3	+ 11,6	+ 10,6
41 Osnabrück	109,5	117,2	+ 7,7	+ 7,0
42 Recklinghausen	104,8	110,8	+ 6,0	+ 5,7
43 Remscheid	103,3	108,4	+ 5,1	+ 4,9
44 Flensburg	102,8	100,4	- 2,4	- 2,3
45 Wilhelmshaven	101,2	100,3	- 0,9	- 0,9
46 Salzgitter	100,7	98,3	- 2,4	- 2,4
47 Fürth	99,9	100,4	+ 0,5	+ 0,5
48 Darmstadt	94,8	105,9	+ 11,1	+ 11,7
<b>Großstädte zusammen</b>	<b>13 128,4</b>	<b>13 820,7</b>	<b>+ 692,3</b>	<b>+ 5,3</b>

Quelle: Stat. Bericht des Statistischen Bundesamts VIII/7/20 vom 17. 11. 1952.

Die absolut stärkste Zunahme der Bevölkerung weist Hamburg mit 64 000 Personen auf; es folgen Düsseldorf mit fast 52 000 Personen und München, Köln und Frankfurt a. M. mit je über 40 000 Personen. Ein anderes Bild dagegen ergibt sich aber, wenn man die relative Bevölkerungszunahme in den Großstädten des Bundesgebiets betrachtet. Dann steht Darmstadt mit 11,7 v. H. an der ersten Stelle, gefolgt von Münster i. W. mit 11,4 v. H. und den Städten Freiburg, Bonn und Düsseldorf mit je

rund 10 v. H. Dabei ist zu bedenken, daß diese Zahlen nur die Entwicklung seit der Volkszählung 1950 bis zum 30. Juni 1952 widerspiegeln, nicht aber die Bevölkerungszunahme seit Kriegsende. An der weiteren Entwicklung vom 30. Juni 1952 bis heute läßt sich bereits erkennen, daß die Zunahme der Bevölkerung in den Großstädten sich verlangsamt. Die meisten Großstädte haben jetzt bereits den Vorkriegsstand ihrer Bevölkerung erreicht oder überschritten.

## Die Erkrankungen an Kinderlähmung in Hamburg und im Bundesgebiet in den ersten 3 Vierteljahren 1952

In jedem Jahre erkranken vor allem im Sommer und Herbst mehr oder weniger Menschen an Kinderlähmung. Die Gefährlichkeit dieser Krankheit liegt weniger in einer Lebensbedrohung als vielmehr in schweren körperlichen Schäden für das ganze Leben. In den Nachkriegsjahren war die Kinderlähmung besonders in den Jahren 1947 und 1948 sowie im vergangenen Jahre 1952 verbreitet.

In Hamburg ist die Zahl der Neuerkrankungen an Kinderlähmung mit 148 Fällen im Jahre 1952 bedeutend höher gewesen als 1951, wo nur 26 Fälle ermittelt worden sind. Im Vergleich mit den übrigen Ländern des Bundesgebietes lag Hamburg aber mit einer Erkrankungsziffer von 0,07 bzw. 1,86 auf 10 000 der Bevölkerung im 2. bzw. 3. Vierteljahr an letzter Stelle und weit unter dem Bundesdurchschnitt, der 0,51 bzw. 5,39 auf 10 000 Einwohner betragen hat. Der Schwerpunkt der Neuerkrankungen im 2. und 3. Vierteljahr 1952 lag in Nordrhein-Westfalen. Hier wurde mehr als die Hälfte aller Neuerkrankungen an Kinderlähmung im gesamten Bundesgebiet festgestellt.

### Die Neuerkrankungen an Kinderlähmung in den Ländern des Bundesgebietes in den ersten 3 Vierteljahren 1952

Länder	Zahl der Neuerkrankungen im			Auf 10000 der Bevölkerung u. 1 Jahr		
	1. Vierteljahr 1952	2. Vierteljahr 1952	3. Vierteljahr 1952	1. Vierteljahr 1952	2. Vierteljahr 1952	3. Vierteljahr 1952
Schleswig-Holstein . . . . .	2	7	169	0,03	0,11	2,74
H a m b u r g . . . . .	5	3	78	0,12	0,07	1,86
Niedersachsen . . . . .	5	28	1075	0,03	0,17	6,41
Bremen . . . . .	4	4	130	0,28	0,27	8,80
Nordrhein-Westfalen . . . . .	82	426	3343	0,24	1,25	9,67
Hessen . . . . .	4	13	439	0,04	0,12	3,96
Rheinland-Pfalz . . . . .	12	55	455	0,15	0,71	5,75
Baden-Württemberg . . . . .	9	27	399	0,05	0,16	2,39
Bayern . . . . .	68	50	487	0,30	0,22	2,11
<b>Bundesgebiet</b>	<b>191</b>	<b>613</b>	<b>6575</b>	<b>0,16</b>	<b>0,51</b>	<b>5,39</b>

Quelle: Stat. Berichte des Statistischen Bundesamts: VIII/2/210, 197 und 186.

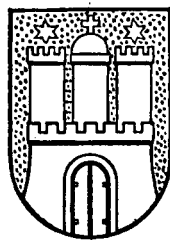
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 19. März 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 4



## Die Einkommensverhältnisse der Angestellten in der Hamburger Wirtschaft

Erste Ergebnisse der repräsentativen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1951/52

Alle bisher durchgeführten statistischen Erhebungen, die die tatsächlichen Verdienstverhältnisse in der westdeutschen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkriege untersuchten, erstreckten sich immer nur auf einen Ausschnitt der Gesamtwirtschaft. Bei den vierteljährlichen repräsentativen Lohnsummenerhebungen in der Industrie werden von jedem erfaßten Betrieb die Lohn- und Arbeitszeitsummen für einzelne Arbeitergruppen erfragt und daraus durchschnittliche Verdienste und Arbeitszeiten errechnet. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Arbeitnehmers von der Verdienstseite her genügt es nicht allein zu wissen, wieviel z. B. der Arbeiter im Durchschnitt verdient und wie lange er dafür arbeiten muß. Es ist vielmehr unbedingt notwendig, bei der Beurteilung des Verdienstes noch eine Reihe weiterer Merkmale zu berücksichtigen. So ist es wichtig zu wissen, wie alt der Arbeiter ist, ob der Verdienst im Zeit- oder Leistungslohn erzielt wurde, ob es sich um den Verdienst eines ledigen oder verheirateten Arbeiters handelt, wie groß die Familie ist, die gegebenenfalls von diesem Verdienst leben muß und dergleichen mehr. Die zuverlässige Ermittlung dieser Angaben ist aber nur durch eine individuelle Befragung möglich.

Auf dem Gebiete der Angestelltengehälter ist die Situation noch schlechter. Hier wurde lediglich im Mai 1949 eine Verdiensterhebung in der Industrie, im Handel, in den Banken und Versicherungen unter Anwendung der oben angeführten Summenmethode durchgeführt, deren Ergebnisse inzwischen weitgehend überholt sind.

Um nun einen genaueren Einblick in die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu erhalten, war nach der Verordnung des Bundesministers für Arbeit vom 22. Dezember 1951 in allen Ländern des Bundesgebietes in folgenden Wirtschaftsabteilungen eine Statistik der Gehalts- und Lohnverhältnisse durchzuführen:

1. Steine und Erden, Energiewirtschaft und Bergbau,
2. Eisen- und Metallgewerbe,
3. Sonstige verarbeitende Gewerbe,
4. Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe,
5. Handel, Geld- und Versicherungswesen,
6. Dienstleistungsgewerbe,
7. Verkehrswirtschaft, Hafenwirtschaft,
8. Öffentlicher Dienst,
9. Land- und Forstwirtschaft.

Die Statistik soll im einzelnen folgende Unterlagen liefern:

1. Höhe und Zusammensetzung der tatsächlichen Verdienste,
2. Höhe der gesetzlichen Abzüge und der Nettoverdienste,
3. Umfang der im Jahre 1951 gezahlten Sonderzuwendungen,
4. Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Einkommen einerseits und Alter, Tätigkeit, Familiengröße, Betriebsgröße und Wirtschaftsgruppen andererseits.

Bei dem Umfang dieser Erhebung erscheint es zweckmäßig, nicht die Fertigstellung der Gesamtergebnisse abzuwarten, sondern schon während der Aufbereitung Teilergebnisse zu veröffentlichen. Dies ist um so wichtiger, als die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung einer im Augenblick zur Verhandlung stehenden Tarifvereinbarung für die bei den Besatzungsmächten Beschäftigten zugrunde gelegt werden sollen. Es kommt weiter hinzu, daß im Bundesgebiet z. Z. eine große Zahl von Tarifverträgen von den Arbeitnehmerverbänden aufgekündigt worden sind.

Die vorliegende erste Veröffentlichung über die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung gibt eine kurze Darstellung der angewandten Methode und der Durchführung sowie der Gehälter der Angestellten. In weiteren Beiträgen dieser Zeitschrift wird über die Verdienste der Lohn-

empfänger, über die Einkommensschichtung der Arbeitnehmer usw. berichtet. Eine erheblich weitergehende Darstellung muß dem Quellenwerk überlassen werden, das im Frühjahr dieses Jahres erscheinen wird.

## 1. Methode und Durchführung der Erhebung

Auf Grund der Durchführungsbestimmung vom 28. Dezember 1951 zu der vorstehenden Verordnung wurde als Erhebungszeitraum der Monat November 1951 festgelegt. Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, des öffentlichen Dienstes, des Dienstleistungsgewerbes — bis auf die Wirtschaftsgruppe „Friseurgewerbe“ und den Wirtschaftszweig „Wäscherei, Färberei und chemische Reinigung“ —, der Bundesbahn und -post, sowie der Wirtschaftsgruppe Schifffahrt — bis auf die Wirtschaftsklasse „Seehafenbetriebe aller Art“ und Wirtschaftszweig „Binnenwasserstraßen und -hafenbetriebe“ — erstreckte sich die Erhebung auf alle eingangs erwähnten Wirtschaftsabteilungen. Die Verdiensterhebung im öffentlichen Dienst soll unmittelbar nach Durchführung der zu erwartenden Besoldungsreform durchgeführt werden, um auf diese Weise Unterlagen über die Auswirkungen der Reformmaßnahmen zu erhalten. In der Land- und Forstwirtschaft werden die Verdienstverhältnisse — außer in Hamburg und in Bremen — derzeit in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben festgestellt.

Hinsichtlich des Umfangs der Erhebung ergab sich die Frage, wie der einzubeziehende Personenkreis zu bemessen und im einzelnen abzugrenzen war, nachdem die Erfassung aller Beschäftigten wegen des damit verbundenen unverhältnismäßig großen Zeit-, Personal- und Kostenaufwandes von vornherein ausschied. Nach den Erfahrungen früherer Untersuchungen wurde eine Repräsentation von etwa 15 bis 20 v. H. der z. Z. der Erhebung tätigen Arbeitnehmer als ausreichend angesehen, und zwar wurde gegenüber dem bisherigen Summenverfahren der Verdienste das Individualverfahren angewandt.

Für die Ermittlung der Firmen stand das Adressematerial der Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung aus dem Jahre 1950 zur Verfügung. Die Auswahl der Arbeitnehmer erfolgte nach dem Zufallsprinzip, und zwar in der Weise, daß in allen Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten für die Arbeitnehmer, deren Familienname mit den Buchstaben D, L, R und T beginnt, neben einem Betriebsbogen eine Erhebungsliste für Angestellte und eine für Arbeiter ausgefüllt werden mußte, während in den Betrieben mit weniger als 10 Arbeitnehmern dies nur in jedem siebenten Betrieb, jedoch für alle Beschäftigten geschah.

Da bei dieser Erhebung das tatsächliche Einkommen jedes einzelnen Beschäftigten erfaßt wurde, bot sich die Möglichkeit, die Aufbereitung in vieler Hinsicht zu erweitern. Vor allem wurden neben den Durchschnittsverdiensten für die einzelnen Leistungsgruppen und Berufe auch Einkommensschichtungen ermittelt. Es konnten ferner bei den Arbeitern die in Zeit- und Leistungslohn er-

zielten Verdienste gesondert aufbereitet werden. Des weiteren ergaben sich Möglichkeiten einer sehr weitgehenden Gliederung des statistischen Materials in soziologischer Hinsicht, wie Alter, Familienstand und Kinderzahl.

Eine besondere Schwierigkeit bestand jedoch darin, die erfaßten Arbeiter und Angestellten in die vorgesehenen Leistungsgruppen einzuordnen. Hierfür sind in Anlehnung an die tariflichen Bestimmungen die folgenden Tätigkeitsmerkmale festgelegt:

### I. Arbeiter

**Leistungsgruppe 1:** Dieser Gruppe sind alle Arbeiter zugeordnet, welche auf Grund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll angesehen werden, so z. B. Facharbeiter, Vorarbeiter im Stundenlohn usw.

**Leistungsgruppe 2:** Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen und branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen Arbeiten beschäftigt werden, so z. B. angelernte Arbeiter, angelernte Hilfshandwerker usw.

**Leistungsgruppe 3:** Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt werden, wie z. B. Hilfsarbeiter, ungelernete Arbeiter usw.

### II. Angestellte

**Leistungsgruppe Ia:** Angestellte in leitender Stellung mit einem Gehalt von über 2000 DM monatlich.

**Leistungsgruppe Ib:** Angestellte in leitender Stellung mit einem Gehalt bis 2000 DM monatlich.

**Leistungsgruppe II:** Angestellte mit besonderen Erfahrungen, hohen Leistungen und selbständiger verantwortlicher Tätigkeit.

**Leistungsgruppe III:** Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. mit Spezialtätigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten.

**Leistungsgruppe IV:** Angestellte mit Berufsausbildung und einfacher Tätigkeit ohne eigene Entscheidung.

**Leistungsgruppe V:** Angestellte ohne Berufsausbildung mit mechanischer und schematischer Tätigkeit.

Neben dieser Einteilung wurden die Angestellten wie folgt gegliedert:

- I. Kaufmännische Angestellte
- II. Technische Angestellte
- III. Meister

Arbeitnehmer, die auf Grund freier Vereinbarung ohne unmittelbare Bindung an einen Tarif beschäftigt wurden, sind entsprechend ihrer Tätigkeit, ihrer Qualifikationsstufe und ihrer Bezüge eingruppiert worden. Aus Gründen der Gehaltshöhe, der Vorbildung und der Tätigkeitsmerkmale sind für

die Aufbereitung der Erhebung die „Obermeister“ der Leistungsgruppe II, „Meister“ der Leistungsgruppe III und „Hilfsmeister“ der Leistungsgruppe IV gleichgestellt worden.

Als obere Gehaltsgrenze für die zu verwertenden Erhebungslisten galt ein Bruttomonatsgehalt von 2000 DM. Einkommensempfänger, die ein höheres Gehalt aufwiesen, blieben bei der Auswer-

tung außer Betracht; sie wurden nur summarisch erfaßt. Da die Zahl dieses Personenkreises sehr gering ist, wird in den tabellarischen Zusammenstellungen die Leistungsgruppe Ia der Angestellten nicht besonders aufgeführt.

Auch auf die Einbeziehung der Lehrlinge und Anlernlinge sowie der Arbeitnehmer, die nur für einen Teil des Erhebungs-

## Übersicht 1

### Verteilung der von der Erhebung erfaßten Betriebe, Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftsbereichen November 1951

Wirtschaftsabteilungen und -gruppen	Zahl der erfaßten							Von den Angestellten sind				
	Be- triebe	Arbeiter <sup>1)</sup>		Angestellten <sup>1) 2)</sup>				kaufm. Angestellte		techn. Angestellte		Mei- ster <sup>3)</sup> männl.
		überh.	v. H.	männl.	weibl.	überh.	v. H.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
<b>Steine und Erden, Energie- wirtschaft und Bergbau</b> . . . .	<b>86</b>	<b>1 249</b>	<b>3,3</b>	<b>548</b>	<b>145</b>	<b>693</b>	<b>2,9</b>	<b>334</b>	<b>139</b>	<b>111</b>	<b>6</b>	<b>103</b>
dar.: Steine und Erden . . . . .	77	457	1,2	74	48	122	0,5	45	48	12	—	17
Energiewirtschaft . . . . .	3	750	2,0	434	67	501	2,1	257	61	91	6	86
<b>Metallindustrie</b> . . . . .	<b>886</b>	<b>8 998</b>	<b>23,8</b>	<b>1 919</b>	<b>929</b>	<b>2 848</b>	<b>12,0</b>	<b>780</b>	<b>847</b>	<b>726</b>	<b>81</b>	<b>413</b>
dar.: Stahlbau . . . . .	76	594	1,6	151	52	203	0,9	43	41	81	11	27
Maschinenbau . . . . .	224	2 273	6,0	567	256	823	3,5	172	219	257	37	138
Schiffbau . . . . .	56	1 892	5,0	227	61	288	1,2	77	58	100	3	50
Straßenfahrzeugbau . . . . .	136	844	2,2	205	105	310	1,3	121	104	30	1	54
Elektrotechnik . . . . .	98	1 254	3,3	445	259	704	3,0	216	237	184	22	45
Feinmechanik und Optik . . . . .	67	394	1,0	68	44	112	0,5	22	43	18	1	28
Metallwarengewerbe . . . . .	188	1 098	2,9	157	122	279	1,2	74	117	36	4	47
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	<b>1 743</b>	<b>13 059</b>	<b>34,5</b>	<b>2 624</b>	<b>2 030</b>	<b>4 654</b>	<b>19,7</b>	<b>1 779</b>	<b>1 893</b>	<b>431</b>	<b>120</b>	<b>414</b>
dar.: Mineralölverarbeitung . . . . .	22	486	1,3	310	106	416	1,8	217	99	66	7	27
Chemische Industrie . . . . .	187	1 342	3,5	517	374	891	3,8	347	328	110	46	60
Gummiverarbeitung . . . . .	29	1 192	3,2	181	105	286	1,2	114	100	39	3	28
Holzverarbeitung . . . . .	271	1 326	3,5	140	87	227	1,0	65	87	15	—	60
Papierindustrie, Druckerei- gewerbe . . . . .	195	1 409	3,7	246	183	429	1,8	159	177	56	5	31
Textilgewerbe . . . . .	71	847	2,2	89	89	178	0,8	48	87	6	2	35
Bekleidungsgewerbe . . . . .	284	1 504	4,0	138	195	333	1,4	93	158	25	25	20
Mühlengewerbe, Nähr- mittel-, Stärke- u. Futter- mittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe . . . . .	340	1 948	5,1	276	398	674	2,8	202	389	33	9	41
Fleisch-, Fischverarbeit., Milchverwertg., Speiseöl-, Speisefettherst.; Zucker- industrie . . . . .	126	1 291	3,4	344	247	591	2,5	238	224	52	21	54
Obst- u. Gemüseverwertung, Kaffee-, Teeverarbeitung, Herstellung v. Gewürzen und ähnliches . . . . .	68	417	1,1	87	63	150	0,6	74	63	5	—	8
Getränkeherstellung . . . . .	60	427	1,1	118	60	178	0,8	89	60	10	—	19
Tabakwarenherstellung . . . . .	13	286	0,8	86	68	154	0,7	75	66	6	2	5
<b>Bau- und Bauhilfsgewerbe</b> . . . . .	<b>1 165</b>	<b>6 070</b>	<b>16,0</b>	<b>802</b>	<b>441</b>	<b>1 243</b>	<b>5,3</b>	<b>201</b>	<b>425</b>	<b>515</b>	<b>16</b>	<b>86</b>
dar.: Hoch- und Tiefbau . . . . .	564	3 616	9,5	637	252	889	3,7	138	237	460	15	39
Zimmerei, Dachdeckerei . . . . .	124	488	1,3	27	39	66	0,3	9	38	11	1	7
Bauinstallation . . . . .	225	932	2,5	85	84	169	0,7	28	84	28	—	29
Ausbaugewerbe . . . . .	246	1 014	2,7	53	65	118	0,5	26	65	16	—	11
<b>Handel, Geld, Versicherungen</b> . . . . .	<b>2 840</b>	<b>3 830</b>	<b>10,1</b>	<b>6 776</b>	<b>6 025</b>	<b>12 801</b>	<b>54,1</b>	<b>6 453</b>	<b>6 000</b>	<b>234</b>	<b>21</b>	<b>89</b>
dav.: Handelsvertretung . . . . .	388	247	0,7	925	810	1 735	7,3	887	806	27	4	11
Groß-, Ein- u. Ausfuhrhand. Einzelhandel . . . . .	1 484	2 433	6,4	3 542	2 627	6 169	26,1	3 352	2 623	147	4	43
Einzelhandel . . . . .	864	1 036	2,7	1 231	1 993	3 224	13,6	1 150	1 979	46	10	35
Geldwesen . . . . .	69	98	0,3	728	396	1 124	4,8	721	394	7	2	—
Versicherungen . . . . .	35	16	0,0	350	199	549	2,3	343	198	7	1	—
<b>Verkehrswirtschaft</b> . . . . .	<b>375</b>	<b>3 625</b>	<b>9,6</b>	<b>944</b>	<b>340</b>	<b>1 284</b>	<b>5,4</b>	<b>790</b>	<b>339</b>	<b>82</b>	<b>1</b>	<b>72</b>
dar.: Schienenbahnen . . . . .	12	1 283	3,4	195	17	212	0,9	112	17	54	—	29
Straßenverkehr . . . . .	72	299	0,8	29	25	54	0,2	27	25	1	—	1
Schifffahrt . . . . .	84	1 305	3,4	215	43	258	1,1	165	43	15	—	35
Verkehrsnebgewerbe (Spedition, Lagerei, Garagen)	206	703	1,9	494	254	748	3,1	477	253	11	1	6
<b>Alle Wirtschaftsbereiche<sup>4)</sup></b> . . . . .	<b>7 299</b>	<b>37 832</b>	<b>100,0</b>	<b>13 662</b>	<b>9 996</b>	<b>23 658</b>	<b>100,0</b>	<b>10 369</b>	<b>9 727</b>	<b>2 103</b>	<b>247</b>	<b>1 190</b>

<sup>1)</sup> ohne Lehrlinge und Anlernlinge.

<sup>2)</sup> einschl. 29 Angestellte der Leistungsgruppe Ia mit einem Bruttoverdienst von über 2000,— DM monatlich.

<sup>3)</sup> außerdem 22 weibliche Meister.

<sup>4)</sup> einschl. Friseurgewerbe und Wäschereien.



zeitraumes Bezüge erhielten, in die Nachweisungen der Verdienste ist aus Zweckmäßigkeitsgründen verzichtet worden.

In den folgenden Übersichten sind Angaben bei den Verdiensten nur dann gemacht worden, wenn sie sich auf 10 und mehr Arbeitnehmer beziehen. Sofern weniger als 10 Arbeitnehmer erfaßt wurden, ist an Stelle einer Zahl ein Punkt gesetzt worden. Ein Strich hat die Bedeutung einer Null (nichts).

## 2. Umfang der Erhebung

**Im ganzen wurden von der Erhebung in Hamburg in 7299 Betrieben 37832 Arbeiter und 23658 Angestellte erfaßt.** Die Verteilung der einbezogenen Betriebe und der Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftsgruppen ergibt sich aus der Übersicht 1, worin auch eine Unterscheidung der Angestellten nach den drei Beschäftigungsgruppen vorgenommen ist. Mehr als die Hälfte der erfaßten Angestellten gehört der Wirtschaftsabteilung „Handel, Geld- und Versicherungswesen“ an. Das Schwergewicht der Erhebung liegt demnach bei den Gehaltsempfängern dieser Abteilung, die weitgehend das Gehaltsniveau der Hamburger Wirtschaft bestimmt. In dieser Abteilung ist die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel am stärksten besetzt.

Gemessen an der erfaßten Angestelltenzahl folgen sodann das „Verarbeitende Gewerbe“ und die „Metallindustrie“ mit 19,7 und 12,0 v. H. der Gesamtzahl der an der Erhebung beteiligten Angestellten.

Die Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt, daß von den insgesamt erfaßten Arbeitskräften der verhältnismäßig größte Anteil (34,5 v. H.) auf die Abteilung „Verarbeitende Gewerbe“ entfällt, es folgt mit 23,8 v. H. die „Metallindustrie“ und mit 16,0 v. H. das „Bau- und Bauhilfsgewerbe“.

Eine Unterscheidung der Angestellten nach Beschäftigungsgruppen ergibt, daß rd. 85 v. H. als kaufmännisches, 10 v. H. als technisches Personal und 5 v. H. als Meister tätig sind.

Eingangs ist schon darauf hingewiesen, daß eine Repräsentation von etwa 15 bis 20 v. H. der Arbeitnehmer für diese Erhebung als ausreichend angesehen wird. Welche Repräsentation ist nun tatsächlich erreicht? Nach der Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung vom September 1950 gab es in den Betrieben der erfaßten Wirtschaftsgruppen insgesamt rd. 250 000 Arbeiter und 120 000 Angestellte (ohne kaufmännische und gewerbliche Lehrlinge und Anlernlinge).

Bei Zugrundelegung dieser Gesamtzahl stellt sich der Anteil der von der Erhebung Erfaßten auf 16,6 v. H. Berücksichtigt man noch, daß einmal bei der Zahl der in der Arbeitsstättenzählung gezählten Personen in verschiedenen Wirtschaftsgruppen einige Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes enthalten sind und daß zum anderen die Beschäftigtenzahl in den 14 Monaten gestiegen ist, so kommt man doch zu dem Ergebnis, daß die angestrebte Repräsentation in Hamburg erreicht ist.

## 3. Das durchschnittliche Gehalt der Angestellten

Das aus den Angaben von 23 629 kaufmännischen und technischen Angestellten einschl. Meister ermittelte **Bruttomonatsgehalt ergibt im Durchschnitt der Hamburger Wirtschaft 381,55 DM**, und zwar für männliche Angestellte 456,— DM und für weibliche 280,— DM. Unter Bruttogehalt wird im Rahmen dieser Untersuchung das tariflich vereinbarte Grundgehalt und das Gehalt der übrigen Angestellten, die unter keine Tarifverträge fallen, einschl. tariflicher und außertariflicher Zulagen und Zuschläge, wie sie **effektiv** im November 1951 zur Auszahlung gekommen sind, verstanden. Die Zulagen und Zuschläge setzen sich zum überwiegenden Teil zusammen aus Leistungszulagen, Sozialzulagen (z. B. Kindergeld, Verheiratetenzulagen, Zuschuß zur Überversicherung und andere soziale Zulagen) und Mehrarbeitsvergütungen für bezahlte Über-, Sonn- und Feiertagsstunden. In wieweit die Durchschnittsgehälter durch bezahlte Mehrarbeit beeinflußt worden sind, läßt sich aus den Erhebungsergebnissen leider nicht entnehmen.

### Übersicht 2

#### Die durchschnittlichen Bruttogehälter, Abzüge und Jahressonderzuwendungen der Angestellten nach Leistungsgruppen

November 1951

Zusammensetzung der Einkommen	Leistungsgruppen					alle Leistungsgruppen
	I leitende	II selbständige	III qualifizierte Tätigkeit	IV einfache	V schematische	
1. Erfaßte Angestellte insg. v. H.	619 2,6	3 244 13,7	7 934 33,6	9 950 42,1	1 882 8,0	23 629 100
2. Bruttogehalt . . . . DM	989,04	562,89	422,69	280,88	227,94	381,55
3. Lohnsteuer und Notopfer Berlin . . DM	183,90	59,32	34,37	15,18	9,20	31,63
4. Arbeitnehmerbeiträge z. Sozialversicherung DM	0,69	23,45	29,84	26,15	21,89	26,01
5. Nettogehalt . . . . DM	804,45	480,12	358,48	239,55	196,85	323,91
6. Jahressonderzuwendungen						
a) im Jahre 1951 . . DM	1 776,53	708,00	318,78	185,17	147,82	340,53
b) auf den Monat umgerechnet . . DM	148,04	59,00	26,57	15,43	12,32	28,38

Die den Gehaltsempfängern außerdem noch bewilligten besonderen Zuwendungen (Weihnachts-, Abschlußgratifikation, Urlaubsgeld u. dergl.) sind dem Bruttogehalt nicht zugeschlagen, da diese Beträge nach dem freien Ermessen der Arbeitgeber gewährt werden und mit Ausnahme des 13. Monatsgehalts im Bankgewerbe tariflich oder vertraglich nicht gesichert sind. Wenn von den Jahreszuwendungen und dem Bruttogehalt gesprochen wird, benutzen wir den Ausdruck **Gesamteinkommen**. Nach dem Ergebnis der Erhebung beträgt der an die Angestellten im Jahre 1951 ausgeschüttete Durchschnittsbetrag der Sonderzuwendungen rd. 341,— DM, das entspricht (auf den Monat berechnet) einem Einkommenszuwachs von 7,4 v. H. **Einschl. dieser Nebenbezüge haben die Angestellten in der freien Wirtschaft im Durchschnitt ein Gesamteinkommen von rd. 410,— DM.**

Die gesetzlichen Abzüge vom Bruttogehalt betragen im Durchschnitt aller Gehaltsempfänger und Wirtschaftsgruppen **57,64 DM, d. s. 15,1 v. H. des Bruttogehaltes**. Werden vom Bruttogehalt (381,55 DM) die gesetzlichen Abzüge für die Lohnsteuer und das Notopfer Berlin in Höhe von 31,63 DM und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung von 26,01 DM abgesetzt, so ergibt sich ein **durchschnittliches Nettoeinkommen von 323,91 DM.**

Bei einer Betrachtung der durchschnittlichen Einkommen ist zu beachten, daß Durchschnittszahlen viele voneinander abweichende Einzelheiten zu einer Einheit vereinigen; sie können das Produkt aus extremen oder nahe beieinander liegenden Einzelwerten sein. Sie vereinigen u. a. die Gehälter von Angestellten in ganz verschiedenem Alter, in den verschiedensten Wirtschafts- und Beschäftigungsgruppen und bei verschiedener Berufstätigkeit. So werden z. B. Wirtschaftsgruppen mit hohem Anteil an männlichen hochqualifizierten Angestellten höhere Durchschnittssätze haben als Wirtschaftsgruppen mit einem hohen Anteil an weiblichen weniger qualifizierten Angestellten und niedrigerem Gehalt.

Im folgenden soll nun an Hand von Einzelergebnissen und durch geeignete Vergleiche festgestellt werden, wie sich die Einkommensverhältnisse der Angestellten in den Leistungs-, Alters- und Wirtschaftsgruppen gestalten haben.

#### 4. Das Bruttogehalt der Angestellten nach der Tätigkeit

Die Höhe der Gehälter der Angestellten wird — wie bereits erwähnt — durch verschiedene Faktoren beeinflusst. In erster Linie sind dies die persönlichen Einflüsse, nämlich die **Tätigkeit** und das **Alter**. Andere gehen von den Wirtschaftszweigen, der Größe des Betriebes, der Familiengröße und von den tariflichen Ortsklassen aus. Diese Einwirkungen auf das Gehaltsniveau stehen mit der Leistungsfähigkeit des einzelnen Angestellten in keinem Zusammenhang. Wenn man den Wirkungsgrad dieser Einflüsse untersuchen will, so muß man die Hauptbestimmungsgründe der Gehaltshöhe, nämlich **Tätigkeit** und **Alter**, ausschalten. Es ist erforderlich, Angestellte bei gleicher Tätigkeit und in gleichem Alter gegenüberzustellen, damit jene Einflüsse überhaupt erkennbar werden.

Wie sich die Angestellten auf die Leistungsgruppen verteilen und wie hoch ihr Einkommen ist, zeigt die **Übersicht 2**. Von besonderer Wichtigkeit sind die **Leistungsgruppe IV** für einfache Tätigkeit und die **Leistungsgruppe III** für qualifizierte Tätigkeit infolge ihrer starken Besetzung mit 42 bzw. 34 v. H. aller Angestellten, d. h. mehr als drei Viertel der Erfassten entfallen auf diese beiden Gruppen. Die Leistungsgruppe IV ist im wesentlichen eine Anfängerstufe, die vor allem junge Kräfte umfaßt. Dazu gehören z. B. Stenotypisten (über 150 Silben), Kontoristen, Verkäufer, Lageristen und technische Zeichner. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß rd. 28 v. H. der genannten Leistungsgruppe unter 25 Jahre alt sind.

Zur Leistungsgruppe III gehören Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für das Ergebnis der Arbeit anderer Angestellten tragen, wie z. B. die Tätigkeit der Buchhalter, der fremdsprachigen Stenotypisten, der Techniker und der ersten Verkäufer.

Auffallend ist auch der verhältnismäßig hohe Anteil der schematisch arbeitenden Personen der **Leistungsgruppe V**. Er beträgt 8 v. H. der Angestellten, dazu gehören vorwiegend die Boten und Bürohilfskräfte.

Vergleicht man das Durchschnittsgehalt der Angestellten in der Leistungsgruppe V mit den Gehältern der übrigen Gruppen, so ergibt sich, daß die Bezahlung der

	männl.	weibl.
	Angestellten	
in Leistungsgruppe IV	um 14,3 v. H.	22,5 v. H.
in Leistungsgruppe III	um 61,6 v. H.	66,5 v. H.
in Leistungsgruppe II	um 105,4 v. H.	131,6 v. H.
in Leistungsgruppe Ib	um 255,2 v. H.	346,4 v. H.

über dem entsprechenden Durchschnittsgehalt in Gruppe V liegt. Das Gehalt der Gruppe IV übertrifft das durchschnittliche Gehalt der Gruppe V nur wenig. Weitaus größer als zwischen diesen beiden Gruppen ist die Spanne jedoch zwischen den Gehältern der anderen Gruppen. Daß bei dem großen Gehaltsunterschied auch der Altersfaktor eine nicht unbedeutende Rolle spielt, beweist das nächste Kapitel.

#### 5. Das Bruttogehalt der Angestellten nach dem Alter

Die Tarifverträge für Angestellte sehen eine mehr oder weniger starke Stufung der Gehälter nach dem Lebensalter und in einigen Tarifen außerdem noch nach Dienst- bzw. Berufsjahren vor. Der noch nicht voll entwickelten Leistungsfähigkeit der jugendlichen Angestellten wird dadurch Rechnung getragen, daß Jugendliche in der Regel geringere Sätze erhalten als Angestellte im mittleren und höheren Lebensalter. Das Alter, von dem an tariflich das Endgehalt gezahlt wird, ist regional in den einzelnen Erwerbszweigen verschieden. So gilt beispielsweise für die kaufmännischen Angestellten in der höchsten Gehaltsgruppe der Metallverarbeitenden Industrie das vollendete 30. Lebensjahr nach

**Die Altersgliederung der Angestellten nach Leistungsgruppen  
November 1951**

Altersklassen in Jahren	Leistungsgruppen										alle Leistungsgruppen		
	Ib leitende		II selbständige		III qualifizierte		IV einfache		V schematische		alle Leistungsgruppen		
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	zusammen
alle Altersklassen . . . .	602	17	2 865	379	5 758	2 176	3 896	6 054	512	1 370	13 633	9 996	23 629
	Zahl der Erfassten												
	Von je 100 Angestellten sind in der Altersklasse . . .												
unter 20 . . . . .	—	—	—	—	0,1	0,5	1,9	7,4	2,9	16,9	0,7	6,9	3,4
20 bis unter 25 . . . . .	0,3	—	0,7	2,6	6,0	11,0	19,5	24,3	18,6	31,8	9,0	21,6	14,3
25 " " 30 . . . . .	1,5	—	4,8	7,4	10,1	17,2	18,9	21,3	12,9	18,8	11,2	19,5	14,7
30 " " 35 . . . . .	2,5	5,9	8,3	11,1	11,5	15,0	12,9	13,7	7,8	8,2	10,7	13,1	11,7
35 " " 45 . . . . .	29,4	35,3	34,7	27,7	28,2	28,3	18,5	18,8	18,0	12,0	26,4	20,3	23,8
45 " " 50 . . . . .	23,3	23,5	18,0	18,2	14,6	11,3	8,2	6,6	9,4	5,1	13,7	7,9	11,2
50 " " 55 . . . . .	17,1	17,6	13,4	12,1	11,9	8,7	6,9	4,3	9,2	4,1	10,9	5,6	8,7
55 " " 60 . . . . .	14,3	11,8	10,3	12,4	9,2	5,2	6,2	2,3	9,0	1,8	8,8	3,2	6,5
60 " " 65 . . . . .	6,5	5,9	6,4	5,3	5,7	2,4	4,0	1,0	6,0	1,0	5,4	1,5	3,7
65 und mehr . . . . .	5,1	—	3,4	3,2	2,7	0,4	3,0	0,3	6,2	0,3	3,2	0,4	2,0

10 Berufsjahren, im Groß- und Außenhandel das 28. Lebensjahr nach vierjähriger Betriebszugehörigkeit als Beginn des Endgehalts.

Der Altersaufbau der in der freien Wirtschaft beschäftigten Angestellten ist wie der der Gesamtbevölkerung entscheidend durch die beiden Weltkriege beeinflusst und läßt gewisse Überalterungserscheinungen erkennen. Sie zeigen sich in der verhältnismäßig starken Besetzung der höheren Altersjahrgänge. **Fast ein Drittel aller Angestellten standen im Erhebungsmonat im Alter von über 45 Jahren, weitere 21 v. H. waren sogar 50 und mehr Jahre alt.** Das Bild verschiebt sich jedoch wesentlich, wenn man die Geschlechter getrennt betrachtet.

Die Altersgliederung der männlichen Angestellten zeigt die Form einer Zwiebel, deren weitester Durchmesser in der Mitte (35 bis 50 Jahre) liegt. Demgegenüber stellt der Altersaufbau der weiblichen Beschäftigten, die einen Anteil von rd. 42 v. H. aller Angestellten ausmachen, das Bild einer Pyramide mit dem größten Durchmesser bei der Altersgruppe von 20 bis unter 25 Jahren dar. Bei der Beurteilung des Altersaufbaus der weiblichen Gehaltsempfänger ist im übrigen zu berücksichtigen, daß einmal ein nicht unerheblicher Teil, insbesondere der unteren Altersklassen, immer wieder aus persönlichen Gründen (Heirat) vermindert wird, und daß zum anderen die Art der von diesen Kräften zu erledigenden Arbeiten eine verhältnismäßig

## Übersicht 4

**Die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der Angestellten nach Leistungsgruppen und Altersklassen  
November 1951**

Altersklassen in Jahren	Leistungsgruppen										alle Leistungsgruppen	
	Ib leitende		II selbständige		III qualifizierte		IV einfache		V schematische		alle Leistungsgruppen	
	Zahl der Erfassten	Durchschnitts-Gehalt DM	Zahl der Erfassten	Durchschnitts-Gehalt DM	Zahl der Erfassten	Durchschnitts-Gehalt DM	Zahl der Erfassten	Durchschnitts-Gehalt DM	Zahl der Erfassten	Durchschnitts-Gehalt DM	Zahl der Erfassten	Durchschnitts-Gehalt DM
	<b>Männliche Angestellte</b>											
unter 25 . . . . .	2	·	20	400	354	298	833	238	110	207	1 319	255
25 bis unter 30 . . . . .	9	·	137	489	580	386	736	306	66	267	1 528	356
30 " " 45 . . . . .	192	972	1 230	568	2 285	453	1 225	351	132	304	5 064	472
45 und mehr . . . . .	399	998	1 478	588	2 539	485	1 102	354	204	305	5 722	515
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>602</b>	<b>991</b>	<b>2 865</b>	<b>573</b>	<b>5 758</b>	<b>451</b>	<b>3 896</b>	<b>319</b>	<b>512</b>	<b>279</b>	<b>13 633</b>	<b>456</b>
	<b>Weibliche Angestellte</b>											
unter 25 . . . . .	—	—	10	·	250	257	1 921	206	668	179	2 849	205
25 bis unter 30 . . . . .	—	—	28	407	375	322	1 287	265	258	232	1 948	274
30 " " 45 . . . . .	7	·	147	465	941	362	1 965	284	276	239	3 336	312
45 und mehr . . . . .	10	·	194	515	610	381	881	293	168	241	1 863	344
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>17</b>	<b>·</b>	<b>379</b>	<b>484</b>	<b>2 176</b>	<b>348</b>	<b>6 054</b>	<b>256</b>	<b>1 370</b>	<b>209</b>	<b>9 996</b>	<b>280</b>
	<b>Angestellte insgesamt</b>											
alle Altersklassen . . . .	619	989	3 244	563	7 934	423	9 950	281	1 882	228	23 629	382

schnelle Ergänzung durch jüngere Angestellte ermöglicht. Die schwache Besetzung der Altersklassen der unter 20jährigen ist darauf zurückzuführen, daß die noch im Lehrverhältnis stehenden Angestellten in die Aufbereitung nicht einbezogen wurden.

Die vorstehende Übersicht 3 zeigt weiter, wie verschieden die Alterszusammensetzung der einzelnen Leistungsgruppen ist. Es braucht nicht näher erwähnt zu werden, daß die Angestellten mit schematischen und einfachen Arbeiten vorwiegend in den unteren Altersklassen zu finden sind, während die Angestellten in gehobener Stellung überwiegend in den Jahren 35 und mehr vorkommen.

Die Übersicht 4 läßt erkennen, daß das **Einkommen der Angestellten mit zunehmendem Alter steigt**. Das ist sowohl bei Angestellten insgesamt, als auch bei den Angestellten in den einzelnen Leistungsgruppen der Fall. Die Steigerungsbeträge in den verschiedenen Altersklassen nehmen mit fortschreitendem Alter immer mehr ab. In den beiden höchsten Altersklassen (30 bis 45 Jahre und 45 und mehr Jahre) liegen die Durchschnittsgehälter in den untersten Leistungsgruppen verhältnismäßig nahe beieinander, während mit aufsteigender Leistungsgruppe der Unterschied zwischen den beiden höchsten Altersklassen absolut und relativ höher wird. So beziehen z. B. die mit einfachen Arbeiten betrauten männlichen Angestellten im Alter von unter 25 Jahren 238,— DM im Durchschnitt; das Gehalt steigert sich dann mit Beträgen von zuerst 68,— DM, dann 45,— DM und 3,— DM bis zu einem Durchschnittseinkommen von 354,— DM im Alter von 45 und mehr Jahren. Berücksichtigt man nun noch die **Besetzungsdichte**, so kann man feststellen, daß die Angestellten, die die geringsten Voraussetzungen der beruflichen Vorbildung aufweisen, ihr Höchstgehalt eher als die Angestellten in den höheren Tätigkeitsgruppen erreichen. In der beson-

ders starken Beeinflussung der Gehälter vom Alter unterscheidet sich der Angestellte und Beamte wesentlich vom Arbeiter, der bereits in jungen Jahren (in der Regel mit dem 21. Lebensjahr) seinen Höchstlohn erreicht, auf den er dann bis zum Ende seiner Laufbahn verharret.

## 6. Das Bruttogehalt der Angestellten nach Wirtschaftsgruppen

Wie aus der Übersicht 5 zu ersehen ist, schwanken die durchschnittlichen Gehälter bei den einzelnen Wirtschaftsgruppen im Gesamtdurchschnitt zwischen 576,— DM in der Mineralölindustrie und 307,— DM im Einzelhandel. Man darf daraus nicht ohne weiteres schließen, daß die Tätigkeit der Angestellten von Wirtschaftsgruppe zu Wirtschaftsgruppe unterschiedlich bezahlt wird. So hat der verschiedene starke Anteil von mehr oder minder qualifizierten bzw. von älteren oder jüngeren Angestellten mit höherem oder geringerem Einkommen Rückwirkungen auf die Höhe der für die verschiedenen Wirtschaftsgruppen ermittelten Durchschnittsverdienste. Erst wenn man gleichaltrige Angestellte mit gleicher Tätigkeit vergleicht, kann man sich ungefähr ein Urteil über die bestehenden Unterschiede in den Gehältern der verschiedenen Erwerbszweige erlauben. Eine kombinierte Nachweisung der Verdienste aller erfaßten Wirtschaftsgruppen nach der Tätigkeit und nach dem Alter würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen; es sind daher in Übersicht 6 a und b nur wenige Erwerbszweige ausgewählt.

In der nachfolgenden Zusammenstellung sind zunächst die für die Hamburger Wirtschaft bedeutendsten Wirtschaftsgruppen ohne Berücksichtigung der Tätigkeit und des Alters nach der Höhe der durchschnittlichen Bruttogehälter geordnet. Es ergibt sich für die männlichen und weiblichen Angestellten folgende absteigende Reihe:

Männliche Angestellte	
Mineralölverarbeitung . . . . .	651,— DM
Elektrotechnik . . . . .	506,— „
Maschinenbau . . . . .	505,— „
Hoch- und Tiefbau . . . . .	494,— „
Chemische Industrie . . . . .	483,— „
Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Fett- und Ölherstellung, Zuckerindustrie . . . . .	480,— „
Energiewirtschaft . . . . .	474,— „
Geldwesen . . . . .	472,— „
<b>Gesamtdurchschnitt</b> . . . . .	<b>456,— DM</b>
Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei, Süßwarengewerbe . . . . .	440,— „
Großhandel . . . . .	433,— „
Versicherungswesen . . . . .	430,— „
Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih . . . . .	416,— „
Verkehrsnabengewerbe . . . . .	401,— „
Einzelhandel . . . . .	379,— „

Weibliche Angestellte	
Mineralölverarbeitung . . . . .	362,— DM
Energiewirtschaft . . . . .	354,— „
Chemische Industrie . . . . .	313,— „
Elektrotechnik . . . . .	307,— „
Maschinenbau . . . . .	296,— „
Geldwesen . . . . .	295,— „
Versicherungswesen . . . . .	295,— „
Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Fett- und Ölherstellung, Zuckerindustrie . . . . .	290,— „
Hoch- und Tiefbau . . . . .	288,— „
<b>Gesamtdurchschnitt</b> . . . . .	<b>280,— DM</b>
Großhandel . . . . .	280,— „
Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih . . . . .	273,— „
Verkehrsnabengewerbe . . . . .	273,— „
Einzelhandel . . . . .	262,— „
Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei, Süßwarengewerbe . . . . .	223,— „

Wenn auch bei dem vorstehenden Vergleich strukturelle Verschiedenheiten berücksichtigt werden müssen, die vor allem in der unterschiedlichen Zusammensetzung der Beschäftigten auf die Leistungsgruppen, auf das Lebensalter usw. bestehen, so ergibt sich doch im allgemeinen aus diesen Durchschnittszahlen das Bild des Gehaltsgefälles von Produktionsstufe zur Verteilungsstufe, d. h. also von der Industrie über den Großhandel zum Einzelhandel.

An der Spitze der Gehaltsskala stehen bei den männlichen Angestellten diejenigen Industrien, die sich hauptsächlich durch das starke Überwiegen des Großbetriebes auszeichnen, wie z. B. Mineralölverarbeitung, Elektrotechnik. Im Gegensatz hierzu handelt es sich bei den unter dem Durchschnitt liegenden Wirtschaftsgruppen wie Handelsvertretung, Verkehrsnebgewerbe und Einzelhandel, vorwiegend um solche mit Klein- und Mittelbetriebsform. Beim Verkehrsnebgewerbe sind alle

Übersicht 5

**Durchschnittliche Brutto- und Nettomonatsverdienste und gesetzliche Abzüge der Angestellten nach Wirtschaftsgruppen November 1951**

Wirtschaftsgruppen	Männliche Angestellte					Weibliche Angestellte					Durchschnittl. Bruttomonatsverdienst aller Angestellten DM
	Zahl der erfaßten Angestellten	Durchschnittliche(r)			Zahl der erfaßten Angestellten	Durchschnittliche(r)					
		Bruttomonatsverdienst DM	gesetzl. Abzüge vom Bruttomonatsverdienst			Bruttomonatsverdienst DM	gesetzl. Abzüge vom Bruttomonatsverdienst				
			Steuerabzug <sup>1)</sup> v. H.	Sozialvers.-beitrag v. H.			Steuerabzug <sup>1)</sup> v. H.	Sozialvers.-beitrag v. H.			
Steine und Erden . . . . .	74	502	9,7	5,0	428	48	285	6,3	9,6	240	416
Energiewirtschaft . . . . .	434	474	8,7	6,3	403	67	354	8,6	8,6	293	458
NE-Metallindustrie . . . . .	76	535	10,7	4,8	453	20	335	8,4	8,7	278	494
Stahlbau . . . . .	151	484	9,2	5,5	413	52	296	6,7	9,3	248	436
Maschinenbau . . . . .	567	505	10,1	5,2	428	256	296	7,2	9,2	247	440
Schiffbau . . . . .	226	525	10,3	5,2	444	61	299	7,1	9,1	250	477
Straßenfahrzeugbau . . . . .	205	458	8,7	6,1	390	105	290	6,2	9,2	245	401
Elektrotechnik . . . . .	445	506	9,8	5,3	430	259	307	7,2	8,9	258	433
Feinmechanik und Optik . . . . .	67	478	8,1	6,2	410	44	278	6,7	9,2	234	399
Metallwarengewerbe . . . . .	157	459	8,7	5,9	392	122	295	6,7	9,1	248	387
Mineralölverarbeitung . . . . .	303	651	12,8	3,0	549	106	362	8,1	7,8	305	576
Chemische Industrie . . . . .	516	483	10,0	5,4	409	374	313	7,4	9,0	262	412
Gummiverarbeitung . . . . .	181	538	11,0	4,8	453	105	320	7,0	9,3	268	458
Holzverarbeitung . . . . .	140	446	8,5	6,2	381	87	258	5,0	9,7	220	374
Papierindustrie, Druckereigewerbe . . . . .	246	549	11,8	4,4	460	183	316	7,4	9,0	263	449
Textilgewerbe . . . . .	89	483	10,3	5,6	406	89	279	6,2	9,3	236	381
Bekleidungs-gewerbe . . . . .	138	438	8,9	6,4	371	195	289	7,4	9,0	242	351
Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittel- industrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe . . . . .	276	440	8,2	6,1	377	398	223	4,8	9,5	191	312
Fleisch-, Fischverarb., Milch- verwertg., Speiseöl-, Speise- fettherst.; Zuckerindustrie . . . . .	343	480	9,1	5,3	411	247	290	6,4	9,1	245	400
Obst- u. Gemüseverwertung, Kaffee-, Teeverarbeitung, Herst. von Gewürzen u. ä. . . . .	87	436	8,3	6,3	373	63	246	5,2	9,6	210	357
Getränkherstellung . . . . .	118	495	10,6	5,5	416	60	286	6,2	9,3	241	425
Tabakwarenherstellung . . . . .	86	583	13,0	3,3	488	68	317	8,3	8,4	264	466
Hoch- und Tiefbau . . . . .	636	494	9,5	5,5	420	252	288	6,7	9,2	242	435
Zimmerei, Dachdeckerei . . . . .	27	473	9,4	6,0	401	39	248	5,5	9,2	211	340
Bauinstallation . . . . .	85	417	7,1	6,6	360	84	234	4,4	9,6	201	326
Ausbau-gewerbe . . . . .	53	453	8,6	6,0	387	65	251	4,3	9,8	215	342
Handelsvertretung . . . . .	922	416	8,0	6,3	356	810	273	6,2	9,2	231	349
Groß-, Ein- u. Ausfuhrhandel . . . . .	3 533	433	9,1	5,9	368	2 627	280	6,5	9,2	236	368
Einzelhandel . . . . .	1 228	379	8,1	6,8	323	1 993	262	5,6	9,2	223	307
Geldwesen . . . . .	727	472	8,6	6,2	403	396	295	6,4	9,5	248	410
Versicherungen . . . . .	350	430	7,0	6,2	373	199	295	6,4	9,0	250	381
Wäschereien . . . . .	48	437	7,8	6,9	373	79	268	5,8	8,8	229	332
Schienenbahnen . . . . .	195	436	7,3	5,8	379	17	330	6,9	9,4	276	427
Schiffahrt . . . . .	215	492	9,6	5,6	417	43	302	7,8	9,1	251	460
Verkehrsnebgewerbe (Spedition, Lagerei, Garagen)	494	401	7,6	6,8	343	254	273	5,8	9,3	231	358
Sonstige Wirtschaftsgruppen . . . . .	195	454	9,1	5,7	387	129	291	6,7	9,1	245	389
<b>Alle Wirtschaftsbereiche . . . . .</b>	<b>13 633</b>	<b>456</b>	<b>9,2</b>	<b>5,8</b>	<b>388</b>	<b>9 996</b>	<b>280</b>	<b>6,4</b>	<b>9,2</b>	<b>236</b>	<b>382</b>

<sup>1)</sup> Lohnsteuer und Notopfer Berlin.  
<sup>2)</sup> Bruttomonatsverdienst nach Abzug der gesetzlichen Abzüge.

**Die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der männlichen Angestellten in ausgewählten  
Erwerbszweigen nach Leistungsgruppen und Altersklassen**

**November 1951**

Erwerbszweige	Altersklassen in Jahren	Zahl der erfaßten Ange- stellten	Durchschnittliche Bruttomonatsgehälter in DM					Von je 100 erfaßten Angestellten entfallen auf die Leistungsgruppen					
			ins- gesamt	Ib	II	III	IV	V	Ib	II	III	IV	V
<b>Alle Wirt- schaftsbereiche</b>	unter 25	1 319	255	.	400	298	238	207	0,2	1,5	26,8	63,2	8,3
	25 bis unter 30	1 528	356	.	489	386	306	267	0,6	9,0	37,9	48,2	4,3
	30 bis unter 45	5 064	472	972	568	453	351	304	3,8	24,3	45,1	24,2	2,6
	45 und mehr	5 722	515	998	588	485	354	305	7,0	25,8	44,4	19,2	3,6
	<b>zusammen</b>	<b>13 633</b>	<b>456</b>	<b>991</b>	<b>573</b>	<b>451</b>	<b>319</b>	<b>279</b>	<b>4,4</b>	<b>21,0</b>	<b>42,2</b>	<b>28,6</b>	<b>3,8</b>
darunter:													
Energie- wirtschaft	unter 25	7	310	—	—	.	.	—	—	—	28,6	71,4	—
	25 bis unter 30	25	370	—	.	.	352	—	—	4,0	28,0	68,0	—
	30 bis unter 45	143	460	.	657	475	388	.	0,7	14,0	36,4	48,2	0,7
	45 und mehr	259	497	.	636	507	410	.	2,3	10,8	50,6	35,1	1,2
	<b>zusammen</b>	<b>434</b>	<b>474</b>	.	<b>643</b>	<b>492</b>	<b>393</b>	.	<b>1,6</b>	<b>11,3</b>	<b>44,3</b>	<b>41,9</b>	<b>0,9</b>
Metallindustrie	unter 25	113	301	—	.	397	290	.	—	0,9	14,1	77,0	8,0
	25 bis unter 30	215	389	—	.	434	329	.	—	4,2	48,8	44,7	2,3
	30 bis unter 45	724	507	933	651	493	363	282	3,7	16,9	58,3	18,9	2,2
	45 und mehr	864	541	918	666	526	363	268	4,7	19,9	57,4	15,8	2,2
	<b>zusammen</b>	<b>1 916</b>	<b>497</b>	<b>924</b>	<b>657</b>	<b>501</b>	<b>342</b>	<b>262</b>	<b>3,5</b>	<b>15,9</b>	<b>54,2</b>	<b>23,8</b>	<b>2,6</b>
Verarbeitende Gewerbe (ohne Metall u. Bau)	unter 25	153	296	—	.	364	285	230	—	2,0	15,0	73,8	9,2
	25 bis unter 30	266	383	.	526	442	337	251	1,1	7,9	27,8	56,8	6,4
	30 bis unter 45	987	507	1 048	590	474	372	299	6,4	23,0	43,0	24,7	2,9
	45 und mehr	1 209	553	1 109	609	491	373	307	9,5	25,9	43,4	17,2	4,0
	<b>zusammen</b>	<b>2 615</b>	<b>503</b>	<b>1 085</b>	<b>598</b>	<b>478</b>	<b>351</b>	<b>286</b>	<b>6,9</b>	<b>21,6</b>	<b>40,0</b>	<b>27,4</b>	<b>4,1</b>
Baugewerbe	unter 25	37	298	—	.	.	307	216	—	2,7	10,8	59,5	27,0
	25 bis unter 30	99	381	—	.	447	343	.	—	1,0	37,4	56,6	5,0
	30 bis unter 45	350	498	.	662	498	372	.	2,6	18,3	50,3	27,1	1,7
	45 und mehr	315	518	.	659	499	372	.	2,5	19,7	63,2	12,7	1,9
	<b>zusammen</b>	<b>801</b>	<b>482</b>	<b>820</b>	<b>660</b>	<b>493</b>	<b>358</b>	<b>251</b>	<b>2,1</b>	<b>16,0</b>	<b>51,9</b>	<b>26,6</b>	<b>3,4</b>
Handels- vertretung	unter 25	132	258	.	.	312	233	209	0,7	2,3	23,5	65,9	7,6
	25 bis unter 30	119	319	—	.	346	291	.	—	5,9	38,6	49,6	5,9
	30 bis unter 45	330	458	1 003	563	426	341	.	5,2	19,1	49,1	24,2	2,4
	45 und mehr	341	470	922	556	441	313	248	8,2	27,3	35,5	22,0	7,0
	<b>zusammen</b>	<b>922</b>	<b>416</b>	<b>954</b>	<b>550</b>	<b>411</b>	<b>293</b>	<b>246</b>	<b>5,0</b>	<b>18,0</b>	<b>39,1</b>	<b>32,6</b>	<b>5,3</b>
Groß-, Ein- u. Ausfuhrhandel	unter 25	472	247	.	.	282	216	219	0,2	1,7	41,7	53,8	2,6
	25 bis unter 30	433	351	.	486	354	275	.	1,4	14,3	42,7	40,9	0,7
	30 bis unter 45	1 322	457	903	537	415	320	.	4,8	32,5	41,1	21,2	0,4
	45 und mehr	1 306	503	944	549	431	299	.	10,9	33,9	36,6	18,2	0,4
	<b>zusammen</b>	<b>3 533</b>	<b>433</b>	<b>937</b>	<b>538</b>	<b>394</b>	<b>278</b>	<b>271</b>	<b>6,0</b>	<b>26,7</b>	<b>39,7</b>	<b>26,9</b>	<b>0,7</b>
Einzelhandel	unter 25	243	219	—	.	297	207	.	—	1,2	14,0	82,3	2,5
	25 bis unter 30	161	315	—	458	368	272	.	—	9,9	26,1	62,7	1,3
	30 bis unter 45	496	420	.	538	409	302	.	—	34,5	34,9	29,6	1,0
	45 und mehr	328	467	.	551	429	306	.	1,8	41,5	34,8	21,0	0,9
	<b>zusammen</b>	<b>1 228</b>	<b>379</b>	.	<b>538</b>	<b>400</b>	<b>260</b>	<b>186</b>	<b>0,5</b>	<b>26,5</b>	<b>29,6</b>	<b>42,1</b>	<b>1,3</b>
Geldwesen	unter 25	46	249	—	—	.	253	.	—	—	10,9	69,6	19,5
	25 bis unter 30	93	323	—	—	365	308	273	—	—	33,3	55,9	10,8
	30 bis unter 45	234	450	.	642	497	389	321	0,9	4,3	49,1	33,3	12,4
	45 und mehr	354	555	1 006	687	554	396	326	6,8	12,4	55,9	15,3	9,6
	<b>zusammen</b>	<b>727</b>	<b>472</b>	<b>1 004</b>	<b>679</b>	<b>515</b>	<b>351</b>	<b>306</b>	<b>3,6</b>	<b>7,4</b>	<b>48,0</b>	<b>29,7</b>	<b>11,3</b>
Versicherungen	unter 25	26	230	—	—	.	214	.	—	—	23,1	73,1	3,8
	25 bis unter 30	32	307	—	—	336	261	.	—	—	50,0	46,9	3,1
	30 bis unter 45	108	442	.	567	432	336	.	1,9	17,6	51,8	27,8	0,9
	45 und mehr	184	473	966	600	464	350	.	5,4	15,2	44,0	33,2	2,2
	<b>zusammen</b>	<b>350</b>	<b>430</b>	<b>982</b>	<b>587</b>	<b>433</b>	<b>315</b>	<b>.</b>	<b>3,4</b>	<b>13,4</b>	<b>45,5</b>	<b>35,7</b>	<b>2,0</b>
Verkehrs- nebgewerbe (Spedition, Lagerei, Garagen)	unter 25	72	234	—	.	273	.	200	—	1,4	44,4	2,8	51,4
	25 bis unter 30	54	340	—	434	332	.	279	—	22,2	48,2	3,7	25,9
	30 bis unter 45	186	431	.	507	380	.	299	1,6	37,7	48,9	1,6	10,2
	45 und mehr	182	455	.	511	381	319	292	4,9	46,2	30,2	6,6	12,1
	<b>zusammen</b>	<b>494</b>	<b>401</b>	<b>1 008</b>	<b>502</b>	<b>357</b>	<b>307</b>	<b>254</b>	<b>2,4</b>	<b>33,8</b>	<b>41,3</b>	<b>3,9</b>	<b>18,6</b>

**Die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der weiblichen Angestellten in ausgewählten Erwerbszweigen nach Leistungsgruppen und Altersklassen**

**November 1951**

Erwerbszweige	Altersklassen in Jahren	Zahl der erfaßten Angestellten	Durchschnittliche Bruttomonatsgehälter in DM					Von je 100 erfaßten Angestellten entfallen auf die Leistungsgruppen				
			insgesamt	II	III	IV	V	Ib	II	III	IV	V
<b>Alle Wirtschaftsbereiche</b>	unter 25	2 849	205	389	257	206	179	—	0,4	8,8	67,4	23,4
	25 bis unter 30	1 948	274	407	322	265	232	—	1,4	19,3	66,1	13,2
	30 bis unter 45	3 336	312	465	362	284	239	0,2	4,4	28,2	58,9	8,3
	45 und mehr	1 863	344	515	381	293	241	0,5	10,4	32,8	47,3	9,0
	<b>zusammen</b>	<b>9 996</b>	<b>280</b>	<b>484</b>	<b>348</b>	<b>256</b>	<b>209</b>	<b>0,2</b>	<b>3,8</b>	<b>21,7</b>	<b>60,6</b>	<b>13,7</b>
<b>darunter:</b>												
Metallindustrie	unter 25	279	229	.	.	256	192	—	0,4	1,1	54,1	44,4
	25 bis unter 30	194	295	.	370	293	229	—	0,5	11,9	74,7	12,9
	30 bis unter 45	279	331	.	419	314	227	—	1,1	21,5	68,1	9,3
	45 und mehr	177	362	583	433	319	236	—	8,5	28,2	49,7	13,6
	<b>zusammen</b>	<b>929</b>	<b>299</b>	<b>554</b>	<b>414</b>	<b>294</b>	<b>207</b>	<b>—</b>	<b>2,2</b>	<b>14,6</b>	<b>61,8</b>	<b>21,4</b>
Verarbeitende Gewerbe (ohne Metall u. Bau)	unter 25	543	212	—	280	225	182	—	—	3,9	61,3	34,8
	25 bis unter 30	405	280	.	348	284	235	—	0,8	10,1	65,9	23,2
	30 bis unter 45	676	317	509	392	301	231	0,1	2,8	21,6	61,7	13,8
	45 und mehr	406	337	485	403	303	234	0,5	6,4	27,6	52,9	12,6
	<b>zusammen</b>	<b>2 030</b>	<b>286</b>	<b>490</b>	<b>383</b>	<b>277</b>	<b>211</b>	<b>0,1</b>	<b>2,4</b>	<b>15,8</b>	<b>60,7</b>	<b>21,0</b>
Baugewerbe	unter 25	124	206	—	.	259	176	—	—	0,8	35,5	63,7
	25 bis unter 30	97	258	—	.	292	205	—	—	3,1	53,6	43,3
	30 bis unter 45	147	305	.	415	300	211	—	2,7	14,3	62,6	20,4
	45 und mehr	73	315	.	387	300	201	—	4,1	30,1	42,5	23,3
	<b>zusammen</b>	<b>441</b>	<b>269</b>	<b>.</b>	<b>399</b>	<b>290</b>	<b>192</b>	<b>—</b>	<b>1,6</b>	<b>10,6</b>	<b>49,7</b>	<b>38,1</b>
Handelsvertretung	unter 25	248	200	.	279	196	165	—	0,4	8,9	73,4	17,3
	25 bis unter 30	149	266	.	315	249	221	—	1,3	26,9	61,7	10,1
	30 bis unter 45	254	302	.	342	274	220	0,4	3,5	37,4	49,2	9,5
	45 und mehr	159	347	492	366	291	233	1,3	8,8	45,9	37,1	6,9
	<b>zusammen</b>	<b>810</b>	<b>273</b>	<b>460</b>	<b>339</b>	<b>240</b>	<b>197</b>	<b>0,4</b>	<b>3,2</b>	<b>28,4</b>	<b>56,5</b>	<b>11,5</b>
Groß-, Ein- u. Ausführhandel	unter 25	848	203	.	249	190	199	—	0,6	20,4	77,1	1,9
	25 bis unter 30	499	277	421	315	255	.	—	2,0	31,3	65,7	1,0
	30 bis unter 45	855	322	457	355	272	292	0,4	6,8	40,6	51,0	1,2
	45 und mehr	425	352	503	361	272	.	1,2	16,7	38,1	42,4	1,6
	<b>zusammen</b>	<b>2 627</b>	<b>280</b>	<b>473</b>	<b>327</b>	<b>235</b>	<b>242</b>	<b>0,3</b>	<b>5,5</b>	<b>31,9</b>	<b>60,8</b>	<b>1,5</b>
Einzelhandel	unter 25	508	187	.	272	191	143	—	0,6	2,3	83,3	13,8
	25 bis unter 30	365	253	394	309	233	.	—	3,3	20,3	74,0	2,4
	30 bis unter 45	764	286	457	330	260	181	0,1	5,6	21,7	71,0	1,6
	45 und mehr	356	329	544	346	268	.	—	14,9	27,8	55,6	1,7
	<b>zusammen</b>	<b>1 993</b>	<b>262</b>	<b>490</b>	<b>328</b>	<b>236</b>	<b>155</b>	<b>0,1</b>	<b>5,6</b>	<b>17,6</b>	<b>71,9</b>	<b>4,8</b>
Geldwesen	unter 25	110	200	—	.	228	174	—	—	2,7	42,7	54,6
	25 bis unter 30	92	280	—	.	288	229	—	—	7,6	71,7	20,7
	30 bis unter 45	114	337	—	437	340	280	—	—	12,3	63,1	24,6
	45 und mehr	80	381	—	482	362	287	—	—	28,8	50,0	21,2
	<b>zusammen</b>	<b>396</b>	<b>295</b>	<b>—</b>	<b>436</b>	<b>305</b>	<b>222</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>11,9</b>	<b>56,8</b>	<b>31,3</b>
Versicherungen	unter 25	50	199	—	.	199	.	—	—	2,0	96,0	2,0
	25 bis unter 30	32	271	—	.	255	—	—	—	28,1	71,9	—
	30 bis unter 45	62	339	.	373	305	—	—	1,6	43,6	54,8	—
	45 und mehr	55	349	—	399	300	.	1,8	—	40,0	49,1	9,1
	<b>zusammen</b>	<b>199</b>	<b>295</b>	<b>.</b>	<b>371</b>	<b>257</b>	<b>.</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>29,7</b>	<b>66,3</b>	<b>3,0</b>
Verkehrsnebgewerbe (Spedition, Lagerei, Garagen)	unter 25	78	200	—	250	.	191	—	—	12,8	2,6	84,6
	25 bis unter 30	50	276	—	318	.	267	—	—	22,0	10,0	68,0
	30 bis unter 45	76	302	.	338	.	272	—	7,9	29,0	10,5	52,6
	45 und mehr	50	337	447	341	.	269	—	20,0	40,0	6,0	34,0
	<b>zusammen</b>	<b>254</b>	<b>273</b>	<b>441</b>	<b>322</b>	<b>265</b>	<b>237</b>	<b>—</b>	<b>6,3</b>	<b>24,8</b>	<b>7,1</b>	<b>61,8</b>

Angestellten, die in Betrieben der Spedition und Lagerei, der Garagen und der Reisevermittlung beschäftigt waren, erfaßt.

Die weiblichen Angestellten befinden sich in einigen Fällen in einer wesentlich günstigeren oder auch ungünstigeren Lage als die männlichen Angestellten derselben Wirtschaftsgruppe. So stehen z. B. die weiblichen Angestellten des Mühlengewerbes, der Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, der Bäckerei und des Süßwarengewerbes an 14., d. h. an letzter Stelle der Gehaltsskala, wogegen die männlichen Angestellten dieser Gruppe an 9. Stelle auftreten. Bei den weiblichen Angestellten dieser Gruppe darf nicht außer acht gelassen werden, daß das Durchschnittseinkommen wesentlich durch die Verkäuferinnen der Bäckereien beeinflusst wird.

Der Abstand zwischen den Verdiensten beider Geschlechter ist in den einzelnen Wirtschaftsgruppen unterschiedlich. Faßt man zunächst die Einkommen der männlichen Angestellten zusammen und stellt diese den weiblichen gegenüber, so liegen für die Gesamtwirtschaft die **Bruttogehälter der weiblichen Gehaltsempfänger um 38,6 v. H. niedriger als die der männlichen**. Verhältnismäßig groß sind die Unterschiede im Hoch- und Tiefbau, wo die Frauen ein um 41,7 v. H. geringeres Einkommen erhalten als die Männer. Demgegenüber sind die Verhältnisse in der Energiewirtschaft (25,3 v. H.) und im Einzelhandel (30,9 v. H.) am günstigsten. Der Grund für diese z. T. große Diskrepanz ist darauf zurückzuführen, daß die weiblichen Angestellten in weit größerem Maße als die männlichen mit einfachen und schematischen Arbeiten beschäftigt sind.

Die Übersicht 5 gibt weiter einen Überblick über die Abzüge vom Bruttogehalt und über das verbleibende Nettogehalt. Die Lohnsteuerabzüge schwanken in den Wirtschaftsgruppen bei den männlichen Angestellten zwischen 7,0 und 13,0 v. H. des Bruttoeinkommens, bei den weiblichen zwischen 4,3 und 8,6 v. H. Mit zunehmendem Einkommen erhöhen sich die Steuerbeträge nicht nur absolut, sondern auch anteilmäßig. Obgleich der Steuerabzug nach einheitlichen Sätzen errechnet wird, so ist doch die steuerliche Belastung der Angestellten bei Wirtschaftsgruppen mit gleichen Durchschnittsverdiensten durchaus nicht einheitlich. Dies ist eine Folge der unterschiedlichen Gliederung des Familienstandes und der Familiengröße der Gehaltsempfänger; daneben spielen auch noch die Steuerfreibeträge für Vertriebene, Kriegssachgeschädigte und dergleichen eine wesentliche Rolle.

Während die Beträge für die Lohnsteuer sich mit steigendem Einkommen erhöhen, nehmen die relativen Zuwendungen für die gesetzlichen Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung ab. Sie betragen bei den männlichen Angestellten durchschnittlich 5,8 v. H., bei den weiblichen 9,2 v. H. der Bruttogehälter. Dieser Unterschied und auch die Abweichungen bei den einzelnen Wirtschaftsgruppen erklären sich daraus, daß ein Teil der Angestellten, nämlich diejenigen mit höheren Gehältern, nicht mehr krankenversicherungspflichtig sind.

Von den mannigfachen Kombinationen, die sich aus dem Material dieser Gehalts- und Lohnstrukturerhebung bilden lassen, ist wohl eine der interessantesten die des Bruttoverdienstes mit dem Alter und mit der Tätigkeit nach Wirtschaftsgruppen. Die vorstehenden Übersichten 6a und b zeigen die Verteilung der Angestellten auf einzelne Leistungs- und Altersgruppen sowie die Höhe der Durchschnittsverdienste. Bei Schlußfolgerungen aus diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, ob die betreffende Alters- und Leistungsgruppe auch hinreichend besetzt ist, um als typisch gelten zu können. Gegenüber der Übersicht 5 sind in den Übersichten 6a und 6b die einzelnen erfaßten Wirtschaftsgruppen der Metallindustrie und des Baugewerbes jeweils zusammengefaßt. Alle übrigen Gruppen der Industrie sind in der Wirtschaftsabteilung „Verarbeitende Gewerbe“ enthalten. Es ist unmöglich, an dieser Stelle auf alle Einzelheiten der Übersichten einzugehen. Eine nähere Durchsicht und ein Vergleich der Durchschnittsgehälter gleichaltriger Angestellten in gleichen Leistungsgruppen zeigt, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die bereits festgestellten Tendenzen bestehen bleiben.

## 7. Gratifikation und Gewinnbeteiligung

Das bisher gewonnene Bild von der Höhe der Verdienste bedarf noch der Ergänzung durch einige Angaben über die den Angestellten im Jahre 1951 gewährten besonderen Zuwendungen, wie z. B. Weihnachts-, Abschlußgratifikation, zusätzliches Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Provision und Gewinnbeteiligung. Die Jahressonderzuwendungen sind, wie eingangs bereits dargelegt, in dem Bruttoverdienst nicht enthalten. Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß bei der Erhebung diejenigen Beträge nicht erfaßt sind, in denen der Arbeitgeber z. B. freiwillig auch Betriebszuschüsse zum Mittagessen in der Kantine leistet und Beiträge der Angestellten zur Lebensversicherung sowie Baudarlehen übernommen hat. Die tatsächlichen Sonderzuwendungen sind daher wohl eher höher, als in den Zahlen zum Ausdruck kommt.

Das Einkommen der Angestellten wird durch die Sondervergütungen z. T. nicht unerheblich gesteigert. Diese Bezüge, die je nach der Geschäftslage von Jahr zu Jahr verschieden hoch sein können und auf die der Arbeitnehmer keinen Rechtsanspruch hat, abgesehen vom 13. Monatsgehalt im Bankgewerbe, sind infolge der derzeitigen Steuergesetzgebung in fast allen Wirtschaftsgruppen verhältnismäßig weit verbreitet, wie weiter unten festgestellt wird.

Über die durchschnittliche Höhe der jährlichen Sonderzuwendungen der Angestellten geben nun die beiden folgenden Übersichten Auskunft. Bei den in Übersicht 7 wiedergegebenen Jahressonderzuwendungen der Gehaltsempfänger nach Leistungsgruppen und Altersklassen handelt es sich lediglich um Durchschnittszahlen aller Angestellten, d. h. einschließlich derjenigen, die keine Sonderzuwendungen erhalten. Eine Aufteilung der Beschäftigten mit und ohne Sondervergütungen ist im



## Übersicht 7

**Die im Jahre 1951 gezahlten Sonderzuwendungen  
der Angestellten nach Leistungsgruppen und Altersklassen**

Leistungsgruppen Altersklassen	Männliche		Weibliche		Männliche und weibliche		
	Angestellte						in v. H. des Brutto-Jahres- gehaltes <sup>1)</sup>
	Durchschnittliche (s)						
	Brutto- monatsgehalt	Jahressonder- zuwendungen	Brutto- monatsgehalt	Jahressonder- zuwendungen	Brutto- monatsgehalt	Jahressonderzuwendungen	
absolut							
i n D M							
Ib leitende Tätigkeit	991	1 757	.	.	989	1 777	15,0
II selbständige „	573	722	484	601	563	708	10,5
III qualifizierte „	451	326	348	300	423	319	6,3
IV einfache „	319	218	256	164	281	185	5,5
V schematische „	279	211	209	124	228	148	5,4
<b>Angestellte insgesamt ..</b>	<b>456</b>	<b>437</b>	<b>280</b>	<b>209</b>	<b>382</b>	<b>341</b>	<b>7,4</b>
davon im Alter von:							
unter 25 Jahre ..	255	180	205	140	220	153	5,8
25 bis unter 30 Jahre ..	356	267	274	179	310	218	5,9
30 bis unter 45 Jahre ..	472	442	312	230	408	358	7,3
45 Jahre und mehr . . . .	515	537	344	307	473	481	8,5

<sup>1)</sup> Errechnet aus dem durchschnittlichen Bruttogehalt für November 1951 mal zwölf.

## Übersicht 8

**Die im Jahre 1951 gezahlten Sonderzuwendungen der Angestellten nach wichtigen Wirtschaftsgruppen**

Wirtschaftsgruppen	Zahl der erfaßten Angestellten			Durch- schnittliches Brutto- monats- gehalt aller Angestellten in DM	Durchschnittliche Brutto-Jahressonderzuwendungen					
	insgesamt	darunter mit Sonderzuwendungen			je Angestellten überhaupt				je Angestellten mit Sonderzuwendungen	
		absolut	v. H.		männl.	weibl.	zus.	in v. H. des Brutto- Jahres- gehaltes <sup>1)</sup>	in DM	in v. H. des Brutto- Jahres- gehaltes <sup>1)</sup>
<b>Alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>23 629</b>	<b>21 135</b>	<b>89,4</b>	<b>382</b>	<b>437</b>	<b>209</b>	<b>341</b>	<b>7,4</b>	<b>381</b>	<b>8,3</b>
darunter:										
Energiewirtschaft . . . .	501	501	100,0	458	315	230	304	5,5	304	5,5
Stahlbau . . . . .	203	181	89,2	436	183	80	157	3,0	176	3,4
Maschinenbau . . . . .	823	770	93,6	440	214	127	187	3,5	200	3,8
Schiffbau . . . . .	287	273	95,1	477	82	76	81	1,4	85	1,5
Straßenfahrzeugbau . . . .	310	264	85,2	401	147	104	133	2,8	156	3,2
Elektrotechnik . . . . .	704	663	94,2	433	276	121	219	4,2	232	4,5
Metallwarengewerbe . . . .	279	245	87,8	387	384	136	276	5,9	314	6,8
Mineralölverarbeitung . . .	409	408	99,8	576	636	382	570	8,2	572	8,3
Chemische Industrie . . . .	890	788	88,5	412	439	152	318	6,4	360	7,3
Gummiverarbeitung . . . . .	286	279	97,6	458	416	115	305	5,5	313	5,7
Holzverarbeitung . . . . .	227	191	84,1	374	288	153	236	5,3	281	6,3
Papierindustrie . . . . .	429	373	86,9	449	191	125	163	3,0	188	3,5
Bekleidungs-gewerbe . . . .	333	272	81,7	351	165	136	148	3,5	182	4,3
Mühlengewerbe, Nähr- mittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süß- warengewerbe . . . . .	674	571	84,7	312	447	121	255	6,8	301	8,0
Fleisch-, Fischverarb., Milchverwert., Speise- öl-, Speisefettherst., Zuckerindustrie . . . . .	590	504	85,4	400	255	128	202	4,2	236	4,9
Hoch- und Tiefbau . . . . .	888	686	77,3	435	219	131	194	3,7	251	4,8
Handelsvertretung . . . . .	1 732	1 569	90,6	349	591	259	436	10,4	481	11,5
Großhandel, Ein-, Ausf.	6 160	5 486	89,1	368	675	296	513	11,6	576	13,0
Einzelhandel . . . . .	3 221	2 808	87,2	307	171	133	148	4,0	169	4,6
Geldwesen . . . . .	1 123	1 116	99,4	410	905	516	768	15,6	773	15,7
Versicherungen . . . . .	549	547	99,6	381	446	294	391	8,6	392	8,6
Schienenbahnen . . . . .	212	206	97,2	427	171	137	168	3,3	173	3,4
Schiffahrt . . . . .	258	224	86,8	460	202	279	215	3,9	247	4,5
Verkehrsgewerbe . . . . .	748	679	90,8	358	295	163	250	5,8	276	6,4

<sup>1)</sup> Errechnet aus dem durchschnittlichen Bruttogehalt für November 1951 mal zwölf.

Aufbereitungsprogramm des Bundes nicht vorgesehen. In Hamburg ist jedoch in einer Sonderauszählung festgestellt worden, wieviel von den erfaßten Personen überhaupt Sonderzuwendungen empfangen und wie hoch der durchschnittliche Betrag je Person ist. Das Ergebnis ist aus Übersicht 8 zu entnehmen.

**Der im Jahre 1951 gewährte Betrag stellte sich im Durchschnitt auf 341,— DM, und zwar auf 437,— DM je männlichen Angestellten und auf 209,— DM je weiblichen. In diesen Zahlen ist auch die den Gehaltsempfängern im Bankgewerbe auf Grund der Bestimmungen des Tarifvertrages zustehende Sonderzahlung in Höhe eines Monatsgehalts enthalten. Insgesamt bedeuten also die Jahressonderzuwendungen auf den Monat berechnet einen Einkommenszuwachs von 7,4 v. H.**

Die Höhe der zur Ausschüttung gelangten Sonderzuwendungen ist in den einzelnen Leistungsgruppen und Altersklassen sehr unterschiedlich. Sie erhöhen sich in der Regel mit wachsendem Einkommen und zunehmendem Lebensalter. Der an die Angestellten ausgeschüttete Betrag steigt von 148,— DM in der Leistungsgruppe V auf 1777,— DM in der Leistungsgruppe Ib. Die den Angestellten der höheren Gehaltsgruppen gewährten Beträge setzen sich in der Hauptsache aus der Beteiligung am Unternehmervergewinn, aus den Verkaufsprämien und Verkaufsprovisionen zusammen. Verhältnismäßig gering sind dagegen die den jüngeren, mit einfachen und schematischen Arbeiten betrauten Angestellten gewährten Beträge.

Selbstverständlich schwanken die von den Betrieben ausgeschütteten Jahresbeträge innerhalb

der einzelnen Wirtschaftsgruppen ganz erheblich (vgl. Übersicht 8). Sie bewegen sich zwischen 81,— DM im Schiffbau und 570,— DM in der Mineralölindustrie, wenn man von dem Bankgewerbe aus den vorhin erwähnten Gründen absieht. Der Durchschnittsbetrag von 341,— DM wird beträchtlich überschritten weiterhin vom Großhandel, von der Wirtschaftsgruppe Versicherungsgewerbe und Handelsvertretung. In allen anderen Erwerbszweigen wird der durchschnittlich ermittelte Betrag z. T. bei weitem nicht erreicht. Wie ist nun die abweichende Vergütung in den Wirtschaftsgruppen zu erklären? Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die kapitalintensiven Wirtschaftsgruppen höhere Jahreszuwendungen zahlen als die arbeitsintensiven, und weiterhin wird auch die jeweilige Gewinnlage der Betriebe die Ausschüttung dieser Beträge wesentlich beeinflußt haben.

Auch wenn man nur diejenigen Gehaltsempfänger betrachtet, an die Sonderzuwendungen gezahlt werden, so ergibt sich kein wesentlich anderes Bild. **Rund 90 v. H. der Angestellten erhalten Sonderzuwendungen, die für einen Empfänger durchschnittlich im Jahr 381,— DM betragen, d. s. 8,3 v. H. des Bruttojahresgehalts.** Am schwächsten verbreitet ist die Gewährung von Sonderzuwendungen im Hoch- und Tiefbau, wo nur etwa drei Viertel der Erfaßten Sondervergütungen erhalten, sowie im Bekleidungs- und Holzverarbeitenden Industrie und in der Wirtschaftsgruppe Mühlen- und Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei und Süßwarengewerbe. In der Energiewirtschaft, in der Mineralölindustrie und im Bank- und Versicherungsgewerbe empfangen fast alle Angestellten eine Jahressonderzuwendung.

## Übersicht 9

**Die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft November 1951**

Altersklassen in Jahren	September 1950	November 1951	November 1951							
	Angestellte im öffentlichen Dienst		Angestellte in der freien Wirtschaft							
			insgesamt	davon				Meister		
	Durchschnittliches Bruttogehalt in DM			kaufmännische Angestellte		technische Angestellte				
Durchschnittliches Bruttogehalt in DM	Durchschnittliches Bruttogehalt einschl. der 20prozentigen Erhöhung des Grundgehaltes in DM	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	
Durchschnittliches Bruttogehalt in DM										
Jahressonderzuwendungen (auf den Monat umgerechnet)										
<b>Männl. Angestellte</b>										
unter 30 <sup>1)</sup>	264,11	302,14	308,92	327,84	299,14	319,37	360,37	371,66	399,72	417,31
30 bis unter 45	396,64	453,76	472,20	509,07	461,24	503,24	514,64	537,41	486,82	503,27
45 und mehr . . .	409,26	467,78	515,37	560,12	505,75	557,97	567,10	597,07	511,10	532,70
zusammen . . . . .	387,89	443,51	456,22	492,65	441,10	482,08	505,42	528,80	500,90	520,81
<b>Weibl. Angestellte</b>										
unter 30 <sup>1)</sup>	230,78	264,01	232,59	245,56	231,06	244,06	288,17	299,99		
30 bis unter 45	315,10	360,47	311,67	330,83	310,66	329,95	354,12	369,68	325,10	331,20
45 und mehr . . .	355,18	405,97	343,77	369,38	343,09	369,10	358,72	371,91	395,30	408,00
zusammen . . . . .	301,30	344,56	279,70	297,09	278,47	295,99	321,35	334,55	354,18	363,45
<b>Alle Angestellten</b>	<b>353,12</b>	<b>403,78</b>	<b>381,55</b>	<b>409,92</b>	<b>362,29</b>	<b>391,89</b>	<b>486,04</b>	<b>508,35</b>	<b>498,24</b>	<b>517,96</b>

<sup>1)</sup> beim öffentlichen Dienst 20 bis unter 30 Jahre.

## 8. Vergleich mit dem Einkommen der Angestellten im öffentlichen Dienst

Besonderem Interesse begegnet zum Schluß ein Vergleich der Gehälter der Angestellten des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft. Als Vergleichsmaterial können die Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im öffentlichen Dienst herangezogen werden, die im September 1950 durchgeführt wurde. Die ebenfalls nach der Individualerhebungsmethode aufgebaute Statistik weicht von der jetzigen Erhebungsmethode nur unwesentlich ab. Bei dem Einkommensvergleich ist vor allem die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Grundgehälter der öffentlich Bediensteten von September 1950 bis November 1951 um 20 v. H. gestiegen sind. Die Auswirkung der Erhöhung des Grundgehaltes auf das Bruttogehalt kann ungefähr berechnet werden. Das Ergebnis dieser Umrechnung ist aus der dritten Spalte der Übersicht 9 zu entnehmen. Es darf wohl schließlich angenommen werden, daß sich die Zusammensetzung der Angestellten im Hinblick auf das Lebensalter und auf die Zugehörigkeit zu den einzelnen Vergütungsgruppen in den 14 Monaten nur unbedeutend verändert hat.

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines männlichen Angestellten des öffentlichen Dienstes liegt ungefähr so hoch wie das eines männlichen kaufmännischen Angestellten der freien

Wirtschaft. Werden auch noch die technischen Angestellten und die Meister hinzugerechnet, so steht dem durchschnittlichen Gehalt des öffentlich Bediensteten von 443,51 DM im Monat ein Gehalt des männlichen Angestellten der gesamten freien Wirtschaft von 456,22 DM gegenüber. Berücksichtigt man jedoch die an den Angestellten der freien Wirtschaft gezahlten Jahreszuwendungen, die in den obigen Zahlen nicht enthalten sind und die im Durchschnitt für alle männlichen Angestellten auf den Monat umgerechnet einen Betrag von 36,43 DM ausmachen, dann zeigt sich, daß **die in der freien Wirtschaft beschäftigten männlichen Angestellten mehr verdienen als die Angestellten im öffentlichen Dienst**. Am höchsten ist der Unterschied bei den Angestellten im Alter von über 45 Jahren.

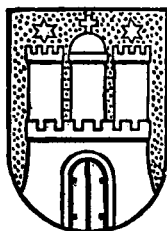
Stellt man die Bruttobezüge der weiblichen Angestellten des öffentlichen Dienstes den Bezügen der weiblichen kaufmännischen Angestellten gegenüber, so ist festzustellen, daß das **Bruttomonatsgehalt der weiblichen öffentlich Bediensteten um rund 49,— DM höher liegt als das der kaufmännischen weiblichen Angestellten** (einschließlich Jahressonderzuwendungen von 18,— DM je Monat). Die Ursache dieser verhältnismäßig großen Spanne dürfte zum großen Teil in der unterschiedlichen altersmäßigen Zusammensetzung dieser beiden Berufsgruppen begründet sein.

H o h m a n n , Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 21. März 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 5

## Die Löhne in der Industrie Hamburgs im November 1952

Nach dem Ergebnis der letzten Lohnsummenerhebung von November 1952 haben sich in der Freien und Hansestadt Hamburg die effektiven Brutto-Stundenverdienste der industriellen Arbeiterschaft gegenüber dem Monat August vorigen Jahres im Durchschnitt aller Arbeiter nur wenig erhöht (0,9 v. H.). Betrachtet man jedoch die einzelnen Gewerbegruppen, so zeigt sich, daß die Stundenverdienste in den für die Hamburger Wirtschaft bedeutendsten Gewerbegruppen (Metall und Bau) weit stärker gestiegen sind. Lediglich in 6 kleinen Gewerbegruppen von insgesamt 20 erfaßten Gewerbegruppen ist ein Rückgang des Stundenlohns zu verzeichnen.

In früheren Veröffentlichungen über die Arbeitsverdienste der Industriearbeiter ist in dieser Zeitschrift wiederholt darauf hingewiesen, daß die Durchschnittsverdienste von Erhebung zu Erhebung u. a. wesentlich durch Verschiebungen in der Zusammensetzung der einbezogenen Lohnempfänger beeinflußt werden können. Der Grund für die geringere Zunahme der Stundenverdienste in der Zusammenfassung „alle Gewerbegruppen“ dürfte nun in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß der Anteil der weniger verdienenden Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter durch Neueinstellungen

(Weihnachtsgeschäft) zugenommen und der Anteil der hoch bezahlten Arbeiter, insbesondere der männlichen Facharbeiter, durch Freistellungen und Entlassungen (Einschränkung der Außenarbeiten im Baugewerbe, Auftragsrückgang in einigen Zweigen der Metallverarbeitenden Industrie) verhältnismäßig stark abgenommen hat. Die Zahl der männlichen Arbeitskräfte in den einbezogenen Gewerbegruppen ist nämlich im November 1952 gegenüber August 1952 um rund 8300 zurückgegangen, während die Zahl der weiblichen in dem gleichen Zeitraum um rund 1700 gestiegen ist.

Bei den weiter unten veröffentlichten Indexziffern der Arbeitsverdienste wird der Einfluß von Umschichtungen bei der Arbeiterschaft weitgehend ausgeschaltet.

### 1. Brutto-Stundenverdienste

In den einzelnen Gewerbegruppen war die Entwicklung der **Brutto-Stundenverdienste**, wie bereits erwähnt, unterschiedlich. Besonders groß war die Steigerung der Stundenverdienste in der Zeit von August bis November 1952 in der NE-Metall-Industrie, der Metallverarbeitenden Industrie und in der Gießereindustrie, für die neue Tarifverträge zwischen den Sozialpartnern abgeschlossen wurden. In diesen Wirtschaftsgruppen lagen die durchschnittlichen Stundenverdienste im November um 4 bis 6 Dpf oder 2,1 bis 3,2 v. H. höher als im August. Etwa die gleiche Zunahme haben die im Baugewerbe und in der Papierverarbeitenden Industrie tätigen Arbeiter aufzuweisen. Die Ursache, die hier zu einer Steigerung des Stundenlohnes führte, liegt im wesentlichen in der Zunahme der Zahl der zuschlagspflichtigen Überstunden begründet. Die Steigerung der Stundenverdienste in der Mineralöl-Industrie um 5,8 Dpf oder 2,9 v. H. ist z. T. auf Neuabschlüsse von Firmentarifen und Mehrarbeit zurückzuführen. Die außerordentlich starke Erhöhung der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste in der Glasindustrie um 10 Dpf oder 7,4 v. H. ist saisonbedingt; hier ist die Zahl der zuschlagspflichtigen

### Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit in Hamburg

Arbeitergruppe	Jahresdurchschnitt				Aug. 1952	Nov. 1952
	1949	1950	1951	1952		
<b>Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste in Dpf</b>						
Männl.Arbeiter	151,6	156,7	176,7	188,9	188,6	192,2
Weibl.Arbeiter	92,2	96,6	111,2	118,3	118,5	120,1
Alle Arbeiter	139,1	143,7	162,3	173,8	174,1	175,6
<b>Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste in DM</b>						
Männl.Arbeiter	72,07	76,52	87,03	93,33	94,15	95,64
Weibl.Arbeiter	41,27	43,84	51,23	53,88	54,16	56,17
Alle Arbeiter	65,27	69,07	78,76	84,33	85,29	86,10
<b>Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden</b>						
Männl.Arbeiter	47,5	48,8	49,2	49,4	49,9	49,8
Weibl.Arbeiter	44,8	45,4	46,1	45,5	45,7	46,8
Alle Arbeiter	46,9	48,1	48,5	48,5	49,0	49,0

Überstunden von August bis November 1952 von 1,9 auf 5,9 Stunden gestiegen.

### Tarifverträge in der Zeit vom 1. 9. 1952 bis 30. 11. 1952

Gewerbegruppen und Fabrikationszweige	Form der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens
Zentralheizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungsbau	Lohntarifvertrag	31. 8. 1952*)
Spirituosen-Industrie	Tariflohnabkommen	1. 9. 1952
Holzverarbeitende Industrie	Lohntarifvertrag	5. 9. 1952
Kalksandsteinindustrie	Tarifvertrag	1. 10. 1952
Obst- und Gemüseverwertungsindustrie	Tarifvertrag	27. 10. 1952*)
Eisen- und Metallindustrie	Lohntarifvertrag	1. 11. 1952*)
vorw. mont. Elektroindustrie	Lohntarifvertrag	8. 11. 1952*)
Chemische Industrie	Lohntarifvertrag	15. 11. 1952

\*) Lohnwoche, in die der angegebene Stichtag fällt.

Von den Gewerben, die ihren Stundenlohn verringert haben, stehen die Kunststoffverarbeitende Industrie mit 2,8 v. H., das Braugewerbe mit 1,7 v. H. und das Buchdruckgewerbe mit 1,2 v. H. an der Spitze. Bei allen anderen nicht besonders aufgeführten Industrie- und Gewerbegruppen halten sich die Veränderungen der Stundenverdienste zwischen einer Steigerung von 1,3 v. H. und einer Senkung von 0,7 v. H.

### 2. Wochenarbeitszeit

Die durchschnittliche **Wochenarbeitszeit** aller erfaßten Arbeiter, die sich im Berichtsmonat nicht verändert hat, betrug im November v. J. 49 Stunden und im Jahresdurchschnitt 1952 48,5 Stunden. Die Zahl der durchschnittlich je Arbeiter und Woche geleisteten **zuschlagspflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden** ist von 2,5 im August auf 2,7 Stunden im November gestiegen.

Die größten Veränderungen der wöchentlichen Arbeitszeit haben von den Gewerbegruppen die **Bautischlerei einschließlich Möbelherstellung** und die **Glasindustrie** aufzuweisen. In diesen Industrien war die Arbeitszeit für alle Lohnempfänger im November um insgesamt 6,4 bzw. 4,2 Stunden länger als im August 1952. Die Wochenarbeitszeit in der Glasindustrie von 52,9 Stunden — zum großen Teil jahreszeitlich bedingt — war die längste, die im Berichtsmonat überhaupt für eine Gewerbegruppe erzielt wurde. In der **Papierverarbeitenden Industrie** und im **Flachdruckgewerbe** belief sich der Unterschied in der Arbeitszeit, die im November 51,9 bzw. 50,4 Stunden betrug, auf 2,6 bzw. 2,1 Stunden. In diesen vier Gewerbegruppen haben auch die Mehrarbeitsstunden stark zugenommen. Eine Zunahme der Wochenarbeitszeit von mehr als einer Stunde erfuhren weiterhin noch die **Kautschuk-Industrie**, die **Textilindustrie** und die **Lederverarbeitende Industrie**.

Dagegen hat in wichtigen Produktionsgüter-Industrien im November 1952 die Wochenarbeitszeit des Monats August nicht beibehalten werden können, so in der **Nichteisenmetall-Industrie**, der **Gießerei-Industrie**, der **Metallverarbeitenden Industrie**, in der Gewerbegruppe **Steine und Erden**, im **Baugewerbe** und in der **Sägeindustrie**.

### 3. Brutto-Wochenverdienste

Bei der Entwicklung der **Wochenverdienste** zeichnen sich durch eine besondere Zu- bzw. Abnahme diejenigen Gewerbegruppen ab, die erhebliche Veränderungen der Wochenarbeitszeit bzw. eine Steigerung der Stundenverdienste in Auswirkung von Tarifveränderungen verzeichnen konnten. Während die **Erhöhung des Wochenverdienstes** bei den Arbeitern 1,6 v. H. betrug, ergab sich bei den Arbeiterinnen sogar ein Ansteigen um 3,7 v. H. Der durchschnittliche Wochenverdienst erreichte für alle Arbeiter im November 1952 rund 86,— DM. Die höchsten durchschnittlichen **Brutto-Wochenverdienste** ergeben sich bei folgenden Gewerbegruppen:

	August	November
	1952	1952
	DM	DM
Mineralöl-Industrie . . . . .	99,38	104,79
Nichteisenmetall-Industrie . . . . .	96,24	98,35
Baugewerbe . . . . .	95,92	97,55
Metallverarbeitende Industrie . . . . .	91,28	92,81
Braugewerbe . . . . .	94,55	92,39
Gießerei-Industrie . . . . .	94,17	91,80

Bei der Beurteilung dieser Zahlen darf nicht außer acht gelassen werden, daß es sich um Gewerbegruppen handelt, die keine oder nur verhältnismäßig wenig weibliche Arbeitskräfte beschäftigen.

### 4. Vergleich mit 1938

Die **Indexziffern der Arbeitsverdienste** geben die reine Lohnbewegung richtiger wieder als der Vergleich der absoluten Verdienste. Bei ihrer Berechnung sind, wie schon erwähnt, die Einflüsse des Strukturwandels der Lohnempfänger auf die Verdienstdurchschnitte weitgehend ausgeschaltet.

### Indexziffern der Arbeitsverdienste und Arbeitszeit in Hamburg (September 1938 = 100)

Arbeitergruppe	Jahresdurchschnitt				Aug. 1952	Nov. 1952
	1949	1950	1951	1952		
<b>Brutto-Stundenverdienste</b>						
Männl. Arbeiter	154,6	159,0	179,6	191,5	191,4	195,0
Weibl. Arbeiter	161,2	168,9	194,6	207,0	207,2	209,9
Alle Arbeiter	155,6	160,9	182,3	194,6	194,5	198,0
<b>Brutto-Wochenverdienste</b>						
Männl. Arbeiter	142,9	151,1	172,2	184,3	186,3	189,1
Weibl. Arbeiter	152,6	162,1	189,5	199,3	200,4	207,6
Alle Arbeiter	143,9	152,3	174,3	186,1	187,9	191,5
<b>Wochenarbeitszeit</b>						
Männl. Arbeiter	92,5	95,0	95,8	96,2	97,1	96,9
Weibl. Arbeiter	94,4	95,7	97,2	96,0	96,4	98,7
Alle Arbeiter	92,0	94,2	95,1	95,2	96,1	96,1

Im letzten Berichtsmonat November 1952 lagen die durchschnittlichen **Brutto-Stundenverdienste** aller Arbeiter um 98 v. H. über dem Stand vom September 1938, und zwar für die männlichen Arbeiter um 95 v. H. und für die weiblichen um 109,9 v. H. Die Zunahme der Stundenverdienste von August bis November 1952 beträgt für alle Gewerbegruppen 1,8 v. H. Die **Brutto-Wochenverdienste** haben sich seit 1938 im Durchschnitt aller Arbeiter um 91,5 v. H. erhöht und für die Arbeiterinnen wiederum stärker als für die Arbeiter.

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

# Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste und Brutto-Wochenverdienste und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie der Hansestadt Hamburg

Juni 1948 bis November 1952

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Aug. 1952 Dpf	November 1952		Juni 1948 RM	Aug. 1952 DM	November 1952		Juni 1948 Stunden	Aug. 1952 Stunden	November 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952
<b>1. Nichteisenmetall-Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	143,2	194,4	198,9	+ 2,3	56,13	94,47	96,33	+ 2,0	39,2	48,6	48,4	- 0,4
Männliche angelernte Arbeiter	151,1	195,4	201,7	+ 3,2	61,09	102,63	104,38	+ 1,7	40,4	52,5	51,8	- 1,3
Männliche Hilfsarbeiter . . .	123,8	166,6	171,7	+ 3,1	42,72	82,32	83,90	+ 1,9	34,5	49,4	48,9	- 1,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	138,9	189,4	195,4	+ 3,2	52,39	96,56	98,57	+ 2,1	37,7	51,0	50,4	- 1,2
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>138,9</b>	<b>188,9</b>	<b>195,0</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>52,39</b>	<b>96,24</b>	<b>98,35</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>37,7</b>	<b>50,9</b>	<b>50,4</b>	<b>- 1,0</b>
<b>2. Gießerei-Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	148,3	204,4	209,7	+ 2,6	57,61	102,25	101,42	- 0,8	38,8	50,0	48,4	- 3,2
Männliche angelernte Arbeiter	137,0	192,1	195,3	+ 1,7	53,43	97,54	90,45	- 7,3	39,0	50,8	46,3	- 8,9
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,9	159,4	163,2	+ 2,4	43,43	78,96	80,60	+ 2,1	40,3	49,6	49,4	- 0,4
Alle männlichen Arbeiter . . .	136,4	187,8	191,7	+ 2,1	53,40	94,25	91,93	- 2,5	39,1	50,2	47,9	- 4,6
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>136,4</b>	<b>187,6</b>	<b>191,5</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>53,40</b>	<b>94,17</b>	<b>91,80</b>	<b>- 2,5</b>	<b>39,1</b>	<b>50,2</b>	<b>47,9</b>	<b>- 4,6</b>
<b>3. Metallverarbeitende Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	129,1	192,2	197,9	+ 3,0	50,14	99,92	100,51	+ 0,6	38,8	52,0	50,8	- 2,3
Männliche angelernte Arbeiter	118,1	175,1	180,1	+ 2,9	46,31	87,49	88,91	+ 1,6	39,2	50,0	49,4	- 1,2
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,0	149,2	153,4	+ 2,8	42,13	72,39	75,95	+ 4,9	39,8	48,5	49,5	+ 2,1
Alle männlichen Arbeiter . . .	125,1	184,4	189,7	+ 2,9	48,77	94,47	95,57	+ 1,2	39,0	51,2	50,4	- 1,6
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	86,5	136,7	141,6	+ 3,6	31,18	65,52	67,21	+ 2,6	36,1	47,9	47,5	- 0,8
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	75,9	126,8	132,0	+ 4,1	31,09	57,43	62,58	+ 9,0	41,0	45,3	47,4	+ 4,6
Alle weiblichen Arbeiter . . .	77,8	128,8	133,9	+ 4,0	31,11	58,97	63,49	+ 7,7	40,0	45,8	47,4	+ 3,5
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>120,1</b>	<b>179,9</b>	<b>185,1</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>46,94</b>	<b>91,28</b>	<b>92,81</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>39,1</b>	<b>50,7</b>	<b>50,1</b>	<b>- 1,2</b>
davon:												
<b>Eisen- und Metallwarenherstellung</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	.	191,8	192,5	+ 0,4	.	95,51	96,02	+ 0,5	.	49,8	49,9	+ 0,2
Männliche angelernte Arbeiter	.	188,8	190,6	+ 1,0	.	94,83	91,54	- 3,5	.	50,2	48,0	- 4,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	.	144,9	147,2	+ 1,6	.	70,96	71,75	+ 1,1	.	49,0	48,8	- 0,4
Alle männlichen Arbeiter . . .	.	181,9	182,5	+ 0,3	.	90,58	89,54	- 1,1	.	49,8	49,1	- 1,4
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	141,5	147,1	+ 4,0	.	66,39	69,63	+ 4,9	.	46,9	47,3	+ 0,9
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	.	130,3	131,8	+ 1,2	.	60,97	63,20	+ 3,7	.	46,8	48,0	+ 2,6
Alle weiblichen Arbeiter . . .	.	131,5	133,0	+ 1,1	.	61,53	63,72	+ 3,6	.	46,8	47,9	+ 2,4
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	.	<b>159,2</b>	<b>158,9</b>	<b>- 0,2</b>	.	<b>77,05</b>	<b>77,05</b>	<b>± 0</b>	.	<b>48,4</b>	<b>48,5</b>	<b>+ 0,2</b>
<b>Elektrotechnische Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	.	189,8	194,2	+ 2,3	.	94,56	96,74	+ 2,3	.	49,8	49,8	± 0
Männliche angelernte Arbeiter	.	176,4	181,0	+ 2,6	.	88,01	88,55	+ 0,6	.	49,9	48,9	- 2,0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	.	142,5	146,6	+ 2,9	.	68,65	71,44	+ 4,1	.	48,2	48,7	+ 1,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	.	183,8	188,7	+ 2,7	.	91,36	93,55	+ 2,4	.	49,7	49,6	- 0,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	138,1	142,9	+ 3,5	.	66,51	67,82	+ 2,0	.	48,2	47,5	- 1,5
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	.	126,4	134,1	+ 6,1	.	55,94	62,97	+ 12,6	.	44,3	47,0	+ 6,1
Alle weiblichen Arbeiter . . .	.	128,9	136,1	+ 5,6	.	58,09	64,07	+ 10,3	.	45,0	47,1	+ 4,7
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	.	<b>165,5</b>	<b>171,1</b>	<b>+ 3,4</b>	.	<b>79,51</b>	<b>83,37</b>	<b>+ 4,9</b>	.	<b>48,1</b>	<b>48,7</b>	<b>+ 1,2</b>
<b>Feinmechanische und optische Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	.	183,9	188,5	+ 2,5	.	90,39	92,91	+ 2,8	.	49,2	49,3	+ 0,2
Männliche angelernte Arbeiter	.	164,2	167,1	+ 1,8	.	79,81	82,52	+ 3,4	.	48,6	49,4	+ 1,6
Männliche Hilfsarbeiter . . .	.	144,4	150,0	+ 3,9	.	71,39	74,10	+ 3,8	.	49,4	49,4	± 0
Alle männlichen Arbeiter . . .	.	175,4	180,0	+ 2,6	.	86,18	88,77	+ 3,0	.	49,1	49,3	+ 0,4
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	129,9	133,9	+ 3,1	.	62,93	64,89	+ 3,1	.	48,4	48,5	+ 0,2
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	.	115,7	118,3	+ 2,2	.	53,31	57,79	+ 8,4	.	46,1	48,9	+ 6,1
Alle weiblichen Arbeiter . . .	.	121,9	124,7	+ 2,3	.	57,38	60,71	+ 5,8	.	47,1	48,7	+ 3,4
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	.	<b>166,8</b>	<b>170,3</b>	<b>+ 2,1</b>	.	<b>81,37</b>	<b>83,83</b>	<b>+ 3,0</b>	.	<b>48,8</b>	<b>49,2</b>	<b>+ 0,8</b>

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Aug. 1952 Dpf	November 1952		Juni 1948 RM	Aug. 1952 DM	November 1952		Juni 1948 Stunden	Aug. 1952 Stunden	November 1952	
			In Dpf	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952
<b>Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau einschl. Eisen- und Stahlkonstruktionsbau</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	192,8	198,9	+ 3,2		101,17	101,44	+ 0,3		52,5	51,0	- 2,9	
Männliche angelernte Arbeiter . . .	174,4	179,9	+ 3,2		87,20	89,02	+ 2,1		50,0	49,5	- 1,0	
Männliche Hilfsarbeiter . . .	150,2	154,4	+ 2,8		72,83	76,62	+ 5,2		48,5	49,6	+ 2,3	
Alle männlichen Arbeiter . . .	185,0	190,4	+ 2,9		95,37	96,31	+ 1,0		51,6	50,6	- 1,9	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	129,4				59,33				45,9			
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	124,2	128,4	+ 3,4		58,79	60,68	+ 3,2		47,3	47,3	± 0	
Alle weiblichen Arbeiter . . .	125,0	129,0	+ 3,2		58,88	60,46	+ 2,7		47,1	46,9	- 0,4	
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>184,5</b>	<b>190,0</b>	<b>+ 3,0</b>		<b>95,08</b>	<b>96,06</b>	<b>+ 1,0</b>		<b>51,5</b>	<b>50,5</b>	<b>- 1,9</b>	
darunter:												
<b>Schiffbau einschl. Schiffsmaschinenbau</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	191,9	199,2	+ 3,8		104,34	103,83	- 0,5		54,4	52,1	- 4,2	
Männliche angelernte Arbeiter . . .	170,7	177,0	+ 3,7		87,27	89,77	+ 2,9		51,1	50,7	- 0,8	
Männliche Hilfsarbeiter . . .	145,6	151,1	+ 3,8		72,07	77,08	+ 7,0		49,5	51,0	+ 3,0	
Alle männlichen Arbeiter . . .	184,7	190,3	+ 3,0		98,61	98,51	- 0,1		53,4	51,8	- 3,0	
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>184,4</b>	<b>190,1</b>	<b>+ 3,1</b>		<b>98,42</b>	<b>98,38</b>	<b>± 0</b>		<b>53,4</b>	<b>51,8</b>	<b>- 3,0</b>	
<b>4. Chemische Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	184,9	188,3	+ 1,8		92,12	95,19	+ 3,3		49,8	50,5	+ 1,4	
Männliche angelernte Arbeiter . . .	169,8	173,3	+ 2,1		83,59	87,23	+ 4,4		49,2	50,3	+ 2,2	
Männliche Hilfsarbeiter . . .	158,2	159,8	+ 1,0		77,83	78,45	+ 0,8		49,2	49,1	- 0,2	
Alle männlichen Arbeiter . . .	169,6	172,8	+ 1,9		83,77	86,27	+ 3,0		49,4	49,9	+ 1,0	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	118,0	120,1	+ 1,8		55,05	55,11	+ 0,1		46,7	45,9	- 1,7	
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	111,8	115,3	+ 3,1		52,92	54,15	+ 2,3		47,3	47,0	- 0,6	
Alle weiblichen Arbeiter . . .	112,6	115,8	+ 2,8		53,18	54,25	+ 2,0		47,2	46,8	- 0,8	
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>146,4</b>	<b>148,1</b>	<b>+ 1,2</b>		<b>71,01</b>	<b>71,89</b>	<b>+ 1,2</b>		<b>48,5</b>	<b>48,5</b>	<b>± 0</b>	
<b>5. Kautschuk-Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	222,4	225,1	+ 1,2		111,41	113,95	+ 2,3		50,1	50,6	+ 1,0	
Männliche angelernte Arbeiter . . .	196,2	199,1	+ 1,5		93,65	98,35	+ 5,0		47,7	49,4	+ 3,6	
Männliche Hilfsarbeiter . . .	158,8	162,7	+ 2,5		76,12	78,92	+ 3,7		47,9	48,5	+ 1,3	
Alle männlichen Arbeiter . . .	207,9	210,1	+ 1,1		101,94	104,97	+ 3,0		49,0	50,0	+ 2,0	
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter . . .	143,4	144,7	+ 0,9		67,47	71,07	+ 5,3		47,1	49,1	+ 4,2	
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	122,6	126,5	+ 3,2		55,85	59,87	+ 7,2		45,6	47,3	+ 3,7	
Alle weiblichen Arbeiter . . .	135,8	137,5	+ 1,3		63,16	66,53	+ 5,3		46,5	48,4	+ 4,1	
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>175,9</b>	<b>176,0</b>	<b>+ 0,1</b>		<b>84,19</b>	<b>86,62</b>	<b>+ 2,9</b>		<b>47,9</b>	<b>49,2</b>	<b>+ 2,7</b>	
<b>6. Mineralöl-Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	211,0	216,3	+ 2,5		105,34	113,21	+ 7,5		49,9	52,3	+ 4,8	
Männliche angelernte Arbeiter . . .	193,8	198,5	+ 2,4		98,58	101,65	+ 3,1		50,9	51,2	+ 0,6	
Männliche Hilfsarbeiter . . .	178,4	183,9	+ 3,1		88,43	90,78	+ 2,7		49,6	49,4	- 0,4	
Alle männlichen Arbeiter . . .	199,2	204,6	+ 2,7		99,84	105,16	+ 5,3		50,1	51,4	+ 2,6	
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>198,3</b>	<b>204,1</b>	<b>+ 2,9</b>		<b>99,38</b>	<b>104,79</b>	<b>+ 5,4</b>		<b>50,1</b>	<b>51,4</b>	<b>+ 2,6</b>	
<b>7. Steine und Erden</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	130,6	193,3	192,3	- 0,5	57,87	102,95	97,38	- 5,4	44,3	53,2	50,7	- 4,7
Männliche angelernte Arbeiter . . .	132,4	166,1	169,7	+ 2,2	60,39	86,36	88,88	+ 2,9	45,6	52,0	52,4	+ 0,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	122,3	164,2	167,3	+ 1,9	49,85	85,51	82,70	- 3,3	40,8	52,1	49,4	- 5,2
Alle männlichen Arbeiter . . .	126,5	173,3	175,2	+ 1,1	53,87	90,74	89,48	- 1,4	42,6	52,4	51,1	- 2,5
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>126,5</b>	<b>173,2</b>	<b>175,2</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>53,87</b>	<b>90,63</b>	<b>89,48</b>	<b>- 1,3</b>	<b>42,6</b>	<b>52,3</b>	<b>51,1</b>	<b>- 2,3</b>
<b>8. Glasindustrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	110,8	163,4	176,3	+ 7,9	55,80	83,16	94,20	+ 13,3	50,3	50,9	53,4	+ 4,9
Männliche angelernte Arbeiter . . .	112,5	145,4	155,6	+ 7,0	55,56	70,53	80,80	+ 14,6	49,4	48,5	51,9	+ 7,0
Männliche Hilfsarbeiter . . .	92,9	130,0	136,0	+ 4,6	40,83	62,89	72,20	+ 14,8	43,9	48,4	53,1	+ 9,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	101,9	144,1	154,5	+ 7,2	47,56	70,75	81,73	+ 15,5	46,7	49,1	52,9	+ 7,7
Weibl. Hilfsarbeiter . . .	63,2	91,8	99,1	+ 8,0	23,54	42,91	51,23	+ 19,4	37,2	46,7	51,7	+ 10,7
Alle weiblichen Arbeiter . . .	64,4	94,9	101,7	+ 7,2	24,16	44,75	53,57	+ 19,7	37,5	47,1	52,7	+ 11,9
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>95,4</b>	<b>134,3</b>	<b>144,3</b>	<b>+ 7,4</b>	<b>42,66</b>	<b>65,43</b>	<b>76,28</b>	<b>+ 16,6</b>	<b>44,7</b>	<b>48,7</b>	<b>52,9</b>	<b>+ 8,6</b>

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpfl	Aug. 1952 Dpf	November 1952		Juni 1948 RM	Aug. 1952 DM	November 1952		Juni 1948 Stunden	Aug. 1952 Stunden	November 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952
<b>9. Baugewerbe einschl. Baunebengewerbe</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	135,6	206,6	213,3	+ 3,2	49,80	99,50	101,69	+ 2,2	36,7	48,2	47,7	-- 1,0
Männliche angelernte Arbeiter	132,3	194,0	192,5	- 0,8	49,25	98,82	100,75	+ 2,0	37,2	50,9	52,3	+ 2,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	116,3	177,1	176,4	- 0,4	42,23	86,57	83,11	- 4,0	36,3	48,9	47,1	- 3,7
Alle männlichen Arbeiter . . .	130,9	199,1	203,9	+ 2,4	48,06	96,64	98,08	+ 1,5	36,7	48,5	48,1	- 0,8
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>130,9</b>	<b>197,5</b>	<b>202,7</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>48,06</b>	<b>95,92</b>	<b>97,55</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>36,7</b>	<b>48,6</b>	<b>48,1</b>	<b>- 1,0</b>
<b>10. Sägeindustrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	123,9	187,8	188,8	+ 0,5	48,84	101,86	96,88	- 4,9	39,4	54,2	51,3	- 5,4
Männliche angelernte Arbeiter	.	161,9	159,9	- 1,2	.	81,35	83,78	+ 3,0	.	50,2	52,4	+ 4,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	104,8	143,7	142,6	- 0,8	45,13	72,31	71,15	- 1,6	43,0	50,3	49,9	- 0,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	117,0	158,3	158,5	+ 0,1	47,10	81,06	80,56	- 0,6	40,3	51,2	50,8	- 0,8
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>117,0</b>	<b>150,0</b>	<b>149,0</b>	<b>- 0,7</b>	<b>47,10</b>	<b>75,97</b>	<b>74,81</b>	<b>- 1,5</b>	<b>40,3</b>	<b>50,7</b>	<b>50,2</b>	<b>- 1,0</b>
<b>11. Bautischlerei, Möbelherstellung und sonstige Holzwaren</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	136,7	178,7	178,7	± 0	52,40	79,33	85,75	+ 8,1	38,3	44,4	48,0	+ 8,1
Männliche angelernte Arbeiter	128,4	145,0	145,3	+ 0,2	48,95	52,46	66,93	+ 27,6	38,1	36,2	46,1	+ 27,3
Männliche Hilfsarbeiter . . .	107,3	132,1	134,5	+ 1,8	38,22	51,43	63,21	+ 22,9	35,6	38,9	47,0	+ 20,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	129,1	171,5	171,6	+ 0,1	48,62	73,85	81,91	+ 10,9	37,7	43,1	47,7	+ 10,7
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	68,1	109,6	109,5	- 0,1	13,35	34,69	48,68	+ 40,3	19,6	31,7	44,5	+ 40,4
Alle weiblichen Arbeiter . . .	72,9	110,2	109,5	- 0,6	16,58	35,15	48,68	+ 38,5	22,8	31,9	44,5	+ 39,5
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>125,1</b>	<b>161,4</b>	<b>160,5</b>	<b>- 0,6</b>	<b>45,04</b>	<b>65,67</b>	<b>75,59</b>	<b>+ 15,1</b>	<b>36,0</b>	<b>40,7</b>	<b>47,1</b>	<b>+ 15,7</b>
<b>12. Papierverarbeitende Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	137,4	193,4	197,9	+ 2,3	59,10	98,09	107,97	+ 10,1	43,0	50,7	54,6	+ 7,7
Männliche angelernte Arbeiter	138,5	175,5	178,9	+ 1,9	55,90	91,35	104,33	+ 14,2	40,4	52,0	58,3	+ 12,1
Männliche Hilfsarbeiter . . .	109,2	156,5	155,5	- 0,6	44,41	82,96	82,21	- 0,9	40,7	53,0	52,9	- 0,2
Alle männlichen Arbeiter . . .	123,2	173,2	174,6	+ 0,8	51,16	90,03	94,63	+ 5,1	41,5	52,0	54,2	+ 4,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	81,1	114,6	121,7	+ 6,2	30,03	55,96	62,74	+ 12,1	37,0	48,8	51,6	+ 5,7
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	69,7	96,4	95,9	- 0,5	25,29	45,98	48,40	+ 5,3	36,3	47,7	50,5	+ 5,9
Alle weiblichen Arbeiter . . .	75,9	109,1	113,9	+ 4,4	27,84	52,89	58,35	+ 10,3	36,7	48,5	51,2	+ 5,6
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>91,4</b>	<b>125,5</b>	<b>128,5</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>34,87</b>	<b>61,91</b>	<b>66,72</b>	<b>+ 7,8</b>	<b>38,1</b>	<b>49,3</b>	<b>51,9</b>	<b>+ 5,3</b>
<b>13. Buchdruckgewerbe</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	156,9	219,3	218,2	- 0,5	65,73	111,09	108,24	- 2,6	41,9	50,6	49,6	- 2,0
Männliche angelernte Arbeiter	135,7	199,9	203,1	+ 1,6	56,29	111,31	106,20	- 4,6	41,5	55,7	52,3	- 6,1
Männliche Hilfsarbeiter . . .	.	159,9	159,1	- 0,5	.	79,15	79,68	+ 0,7	.	49,5	50,1	+ 1,2
Alle männlichen Arbeiter . . .	153,8	211,9	211,3	- 0,3	64,42	107,89	105,38	- 2,3	41,9	50,9	49,9	- 2,0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	92,2	113,5	114,9	+ 1,2	39,50	53,71	56,66	+ 5,5	42,9	47,3	49,3	+ 4,2
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	.	84,0	86,8	+ 3,3	.	41,29	40,59	- 1,7	.	49,2	46,7	- 5,1
Alle weiblichen Arbeiter . . .	90,2	108,8	111,6	+ 2,6	38,53	51,81	54,67	+ 5,5	42,7	47,6	49,0	+ 2,9
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>134,9</b>	<b>180,3</b>	<b>178,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>56,84</b>	<b>89,90</b>	<b>88,32</b>	<b>- 1,8</b>	<b>42,1</b>	<b>49,9</b>	<b>49,6</b>	<b>- 0,6</b>
<b>14. Flachdruckgewerbe</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	162,8	224,3	233,7	+ 4,2	66,96	110,21	120,72	+ 9,5	41,1	49,1	51,7	+ 5,3
Männliche Hilfsarbeiter . . .	.	168,0	168,8	+ 0,5	.	82,88	88,21	+ 6,4	.	49,3	52,3	+ 6,1
Alle männlichen Arbeiter . . .	159,2	209,1	213,6	+ 2,2	64,62	102,87	110,82	+ 7,7	40,6	49,2	51,9	+ 5,5
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	.	115,2	117,1	+ 1,6	.	53,46	56,10	+ 4,9	.	46,4	47,9	+ 3,2
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	.	99,6	98,9	- 0,7	.	47,77	48,84	+ 2,2	.	47,9	49,4	+ 3,1
Alle weiblichen Arbeiter . . .	.	109,1	111,3	+ 2,0	.	51,27	53,84	+ 5,0	.	47,0	48,4	+ 3,0
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>146,0</b>	<b>170,1</b>	<b>171,3</b>	<b>+ 0,7</b>	<b>58,36</b>	<b>82,19</b>	<b>86,27</b>	<b>+ 5,0</b>	<b>40,0</b>	<b>48,3</b>	<b>50,4</b>	<b>+ 4,3</b>
<b>15. Textilindustrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	118,7	169,5	172,0	+ 1,5	50,95	82,93	97,14	+ 17,1	42,9	48,9	56,5	+ 15,5
Männliche angelernte Arbeiter	104,6	160,2	163,3	+ 1,9	43,61	79,81	80,68	+ 1,1	41,7	49,8	49,4	- 0,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	89,3	143,1	145,2	+ 1,5	37,92	71,49	72,09	+ 0,8	42,5	50,0	49,6	- 0,8
Alle männlichen Arbeiter . . .	106,2	157,2	160,5	+ 2,1	45,00	77,95	82,83	+ 6,3	42,4	49,6	51,6	+ 4,0
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	64,1	123,1	123,7	+ 0,5	24,58	54,39	56,01	+ 3,0	38,3	44,2	45,3	+ 2,5
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	63,7	105,2	106,1	+ 0,9	25,27	47,19	49,77	+ 5,5	39,7	44,8	46,9	+ 4,7
Alle weiblichen Arbeiter . . .	64,0	117,6	119,0	+ 1,2	24,71	52,21	54,39	+ 4,2	38,6	44,4	45,7	+ 2,9
<b>Alle Arbeiter . . . . .</b>	<b>76,2</b>	<b>127,7</b>	<b>128,0</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>30,19</b>	<b>58,23</b>	<b>59,99</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>39,6</b>	<b>45,6</b>	<b>46,9</b>	<b>+ 2,9</b>



Gewerbe- und Leistungsgruppen	Brutto-Stundenverdienste				Brutto-Wochenverdienste				Wochenarbeitszeit			
	Juni 1948 Rpf	Aug. 1952 Dpf	November 1952		Juni 1948 RM	Aug. 1952 DM	November 1952		Juni 1948 Stunden	Aug. 1952 Stunden	November 1952	
			in Dpf	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in DM	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952			in Stunden	+ oder - in v. H. gegen Aug. 1952
<b>16. Bekleidungsgewerbe</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	117,7	164,2	166,0	+ 1,1	47,65	76,74	79,84	+ 4,0	40,5	46,7	48,1	+ 3,0
Männliche angelernte Arbeiter	131,2	161,7	162,6	+ 0,6	52,33	78,57	80,78	+ 2,8	39,9	48,6	49,7	+ 2,3
Männliche Hilfsarbeiter . . .	117,6	144,8	143,0	- 1,2	44,44	66,53	65,52	- 1,5	37,8	45,9	45,8	- 0,2
Alle männlichen Arbeiter . . .	120,5	159,9	161,2	+ 0,8	47,92	75,58	77,75	+ 2,9	39,8	47,3	48,2	+ 1,9
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,6	112,4	110,2	- 2,0	31,27	51,26	51,02	- 0,5	36,5	45,6	46,3	+ 1,5
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	82,3	103,3	105,7	+ 2,3	29,69	44,64	44,47	- 0,4	36,1	43,2	42,1	- 2,5
Alle weiblichen Arbeiter . . . .	84,3	109,4	109,0	- 0,4	30,68	48,99	49,11	+ 0,2	36,4	44,8	45,1	+ 0,7
<b>Alle Arbeiter</b> . . . . .	<b>95,6</b>	<b>120,9</b>	<b>120,8</b>	<b>- 0,1</b>	<b>35,70</b>	<b>54,83</b>	<b>55,27</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>37,4</b>	<b>45,3</b>	<b>45,7</b>	<b>+ 0,9</b>
<b>17. Lederverarbeitende Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	123,6	151,2	152,1	+ 0,6	45,84	69,63	71,48	+ 2,7	37,1	46,1	47,0	+ 2,0
Alle männlichen Arbeiter . . .	121,0	147,6	148,5	+ 0,6	45,24	68,12	70,18	+ 3,0	37,4	46,2	47,3	+ 2,4
<b>Alle Arbeiter</b> . . . . .	<b>111,9</b>	<b>140,6</b>	<b>142,4</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>41,84</b>	<b>64,09</b>	<b>66,61</b>	<b>+ 3,9</b>	<b>37,4</b>	<b>45,6</b>	<b>46,8</b>	<b>+ 2,6</b>
<b>18. Nahrungs- und Genußmittel- Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	110,1	188,5	188,1	- 0,2	54,25	95,37	96,44	+ 1,1	49,3	50,6	51,3	+ 1,4
Männliche angelernte Arbeiter	.	173,1	177,1	+ 2,3	.	84,66	89,15	+ 5,3	.	48,9	50,3	+ 2,9
Männliche Hilfsarbeiter . . .	106,2	163,9	165,4	+ 0,9	50,72	79,90	82,97	+ 3,8	47,8	48,7	50,2	+ 3,1
Alle männlichen Arbeiter . . .	109,6	173,8	175,4	+ 0,9	53,59	85,82	88,63	+ 3,3	48,9	49,4	50,5	+ 2,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	77,9	119,0	119,3	+ 0,3	34,44	53,14	54,07	+ 1,8	44,2	44,7	45,3	+ 1,3
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	60,6	111,4	109,1	- 2,1	25,76	50,35	49,45	- 1,8	42,5	45,2	45,3	+ 0,2
Alle weiblichen Arbeiter . . . .	63,3	114,5	113,2	- 1,1	27,07	51,49	51,29	- 0,4	42,8	45,0	45,3	+ 0,7
<b>Alle Arbeiter</b> . . . . .	<b>101,8</b>	<b>147,4</b>	<b>148,1</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>41,82</b>	<b>69,73</b>	<b>71,29</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>41,1</b>	<b>47,3</b>	<b>48,1</b>	<b>+ 1,7</b>
<b>19. Braugewerbe</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	113,3	191,1	190,2	- 0,5	54,20	94,57	92,56	- 2,1	47,9	49,5	48,7	- 1,6
Männliches Fahrpersonal . . .	143,6	231,0	218,0	- 5,6	71,29	113,90	106,83	- 6,2	49,6	49,3	49,0	- 0,6
Männliche angelernte Arbeiter	112,2	179,3	185,8	+ 3,6	54,45	85,24	92,27	+ 8,2	48,5	47,6	49,7	+ 4,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	101,8	171,1	170,0	- 0,6	47,63	82,62	81,61	- 1,2	46,8	48,3	48,0	- 0,6
Alle männlichen Arbeiter . . .	122,2	193,7	190,4	- 1,7	59,09	94,60	92,43	- 2,3	48,3	48,8	48,5	- 0,6
<b>Alle Arbeiter</b> . . . . .	<b>122,2</b>	<b>193,6</b>	<b>190,3</b>	<b>- 1,7</b>	<b>59,09</b>	<b>94,55</b>	<b>92,39</b>	<b>- 2,3</b>	<b>48,3</b>	<b>48,0</b>	<b>48,5</b>	<b>+ 1,0</b>
<b>20. Kunststoffverarbeitende Industrie</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	154,0	197,7	197,3	- 0,2	63,98	97,52	99,02	+ 1,5	41,5	49,3	50,2	+ 1,8
Männliche angelernte Arbeiter	144,1	174,4	176,1	+ 1,0	61,24	83,42	88,29	+ 5,8	42,5	47,8	50,1	+ 4,8
Männliche Hilfsarbeiter . . .	134,4	160,5	152,6	- 4,9	49,48	76,57	75,13	- 1,9	36,8	47,7	49,2	+ 3,1
Alle männlichen Arbeiter . . .	141,6	177,5	176,8	- 0,4	55,69	85,60	88,28	+ 3,1	39,3	48,2	49,9	+ 3,5
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	85,8	139,5	137,0	- 1,8	35,01	64,91	66,13	+ 1,9	40,8	46,5	48,3	+ 3,9
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	74,1	116,8	115,8	- 0,9	27,25	56,33	56,08	- 0,4	36,8	48,2	48,4	+ 0,4
Alle weiblichen Arbeiter . . . .	77,4	120,5	119,0	- 1,2	29,31	57,78	57,59	- 0,3	37,8	47,9	48,4	+ 1,0
<b>Alle Arbeiter</b> . . . . .	<b>112,0</b>	<b>146,3</b>	<b>142,2</b>	<b>- 2,8</b>	<b>43,26</b>	<b>70,33</b>	<b>69,68</b>	<b>- 0,9</b>	<b>38,6</b>	<b>48,1</b>	<b>49,0</b>	<b>+ 1,9</b>
<b>Alle Gewerbegruppen</b>												
Männliche Facharbeiter . . .	131,2	198,8	203,3	+ 2,3	52,17	99,88	101,36	+ 1,5	39,8	50,2	49,9	- 0,6
Männliche angelernte Arbeiter	123,8	180,2	184,0	+ 2,1	49,07	90,11	92,36	+ 2,5	39,7	50,0	50,2	+ 0,4
Männliche Hilfsarbeiter . . .	110,2	163,3	163,5	+ 0,1	43,85	79,81	80,06	+ 0,3	40,0	48,9	49,0	+ 0,2
Alle männlichen Arbeiter . . .	126,1	188,6	192,2	+ 1,9	50,11	94,15	95,64	+ 1,6	39,8	49,9	49,8	- 0,2
Weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	83,1	122,7	123,4	+ 0,6	31,63	56,57	58,13	+ 2,8	38,1	46,1	47,1	+ 2,2
Weibl. Hilfsarbeiter . . . . .	75,3	114,8	117,1	+ 2,0	29,58	52,08	54,37	+ 4,4	39,7	45,4	46,4	+ 2,2
Alle weiblichen Arbeiter . . . .	78,6	118,5	120,1	+ 1,4	30,71	54,16	56,17	+ 3,7	39,1	45,7	46,8	+ 2,4
<b>Alle Arbeiter</b> . . . . .	<b>114,7</b>	<b>174,1</b>	<b>175,6</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>45,46</b>	<b>85,29</b>	<b>86,10</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>39,7</b>	<b>49,0</b>	<b>49,0</b>	<b>± 0</b>

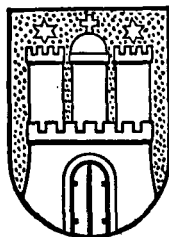
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 25. März 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 6



## Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1952 im Vergleich mit den Vorjahren

Im Jahre 1952 wurden 18 473 Unfälle gezählt gegenüber 17 196 im Jahre 1951. Dies bedeutet eine Steigerung von 7,4 v. H. gegenüber dem Vorjahr. Damit ist, wie in den Vorjahren, eine Zunahme der Unfälle zu verzeichnen. Allerdings bleibt die Steigerung der Unfallziffern im Jahre 1952 hinter dem Ausmaß der Zunahme in den Vorjahren zurück. Wäre der Grundzug der Entwicklung, wie er in der Nachkriegszeit herrschte, unverändert geblieben, hätte das Jahr 1952 eine höhere Unfallziffer (schätzungsweise 23 000) aufzuweisen gehabt. Diese starke Zunahme ist glücklicherweise nicht eingetreten, denn im Jahre 1952 wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die der starken Zunahme der Verkehrsunfälle Einhalt bieten sollten.

Im einzelnen wurde folgendes veranlaßt:

1. Seit Februar 1952 erhalten alle Kraftfahrer, die schuldhaft an einem Verkehrsunfall beteiligt waren oder sich einen anderen schweren Verstoß gegen die Verkehrsbestimmungen zuschulden kommen ließen, ein Schreiben, in dem unter Bezugnahme auf § 3 der Straßenverkehrszulassungsordnung darauf hingewiesen wird, daß die Fahrerlaubnis entzogen werden kann, wenn sich jemand zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet erweist. Im Wiederholungsfall beantragt die Polizeibehörde die Entziehung der Fahrerlaubnis beim Amt für Verkehr, worauf dieses in den weitaus meisten Fällen, je nach der Schwere der begangenen Übertretung, die Fahrerlaubnis für ein bis drei Monate entzieht. Obwohl die Entziehung der Fahrerlaubnis eine reine Verwaltungsmaßnahme ist, wird sie im allgemeinen von den Betroffenen als eine Strafe empfunden. Die Polizeibehörde steht auf dem Standpunkt, daß die Entziehung der Fahrerlaubnis als das wirksamste Mittel in der Bekämpfung der Verkehrsunfallgefahren anzusehen ist.

2. Ferner wurden zur Verhinderung der Verkehrsunfälle Übergänge für Fußgänger durch „Zebrastreifen“ auf der Fahrbahn markiert.

3. Für die Innenstadt wurde eine Sperre in der Zeit von 10 bis 18 Uhr für Lastkraftwagen über 6 t, Lastkraftzüge und Pferdefuhrwerke eingeführt.

Gem. § 2 der Polizeiverordnung vom 12. August 1952 wird das Sperrgebiet von folgenden Straßen umgrenzt: Steinstraße — Steintorwall — Glockengießerwall — Lombardsbrücke — Esplanade — Stephansplatz — Gorck-Fock-Wall — Karl-Muck-Platz — Kaiser-Wilhelm-Straße — Stadthausbrücke — Graskeller (Fahrbahnen ausschließlich); Großer Burstah — Große Johannisstraße — Rathausstraße — Speersort (Fahrbahnen einschließlich).

4. Verkehrslichter wurden am Ferdinands- tor, am Gänsemarkt und auf der Lombardsbrücke errichtet; das Alsterglaciis wurde verbreitert. Die Revierwachen stellten in steigendem Maße an verkehrsreichen Straßen und Plätzen Verkehrsposten.

Ferner dürften die schon seit 1950 und früher durchgeführten Erziehungsmaßnahmen und Schulungen die Verkehrsdisziplin verbessert haben. Es wären zu erwähnen:

1. Verkehrsunterricht in sämtlichen Schulen durch fachlich und pädagogisch geschulte Polizeibeamte.
2. Täglicher Unterricht über richtiges Verhalten im Straßenverkehr vor „Verkehrssündern“<sup>1)</sup>.
3. Einzelaussprachen mit Verkehrsteilnehmern, die innerhalb eines kurzen Zeitraums mehrfach geringfügig gegen Verkehrsvorschriften verstoßen haben.

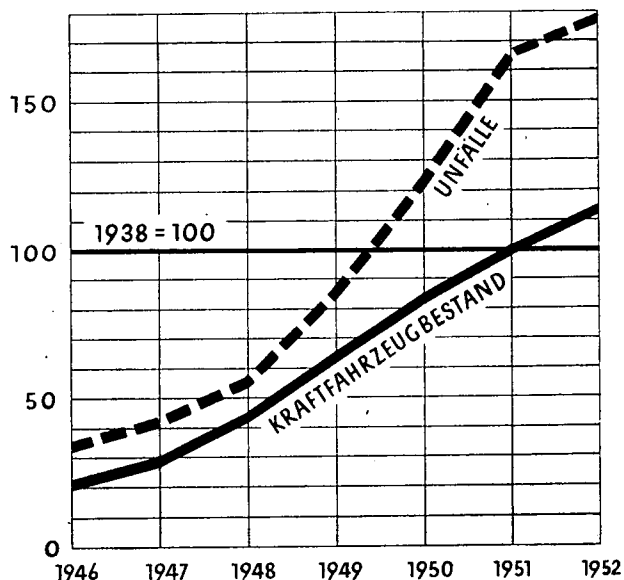
<sup>1)</sup> Zu diesem Unterricht wurden Verkehrsteilnehmer herangezogen, die ihren Wohnsitz in Hamburg haben und a) schuldhaft einen Unfall verursachten, b) sich einen groben Verstoß gegen die Verkehrsregeln zuschulden kommen ließen, c) nicht über ausreichende Kenntnisse der Verkehrsvorschriften verfügten und d) sich bei Ermahnung zu richtigem Verhalten im Straßenverkehr als unbelehrbar erwiesen.

4. Verkehrsbelehrung auf der Straße. Neben ungezählten Verkehrsbelehrungen wurden von den Polizeibeamten jährlich etwa 150 000 gebührenfreie Verwarnungen wegen geringfügiger Verkehrsverstöße ausgesprochen.
5. Durchführung von Vorträgen über Verkehrsgeschehnisse; Abhaltung von Verkehrskursen, Durchführung von Verkehrserziehungswochen.
6. Aufklärende Hinweise über die Verkehrsunfallgefahr in Presse und Rundfunk.
7. Auszeichnung von besonders höflichen und rücksichtsvollen Kraftfahrern.

Alle diese Maßnahmen haben sicher dazu beigetragen, daß die Verkehrsunfälle im Jahre 1952 in geringerem Maße anstiegen als in den Vorjahren und daß, **bezogen auf 1000 Kraftfahrzeuge, erstmalig ein Rückgang der Unfälle** zu verzeichnen ist. Es entfielen nämlich auf 1000 Kraftfahrzeuge

im Jahre	Unfälle
1938	124
1948	163
1949	167
1950	181
1951	206
1952	189

**Die Entwicklung der Unfälle und des Kraftfahrzeugbestandes**



Das Ergebnis ist jedoch noch keineswegs befriedigend, denn die auf 1000 Kraftfahrzeuge entfallenden Unfälle des Jahres 1952 (189) liegen noch bei weitem über der Unfallziffer von 1938 (124). Es wäre also zu erstreben, daß sich der im Jahre 1952 abzeichnende Umbruch in der Unfallentwicklung weiter fortsetzt, damit die enorm hohe Unfallziffer gesenkt wird.

### Die Unfallursachen

Die Zahl der Unfallursachen liegt in den einzelnen Jahren geringfügig höher als die Zahl der Unfälle selbst, weil unter Umständen bei einem Unfall mehr als eine Ursache mitgewirkt haben kann.

Die meisten Unfallursachen sind auch im Jahre 1952 beim Kraftfahrzeugführer selbst zu suchen. Das ständige Ansteigen der durch Kraftfahrzeugführer verursachten Unglücksfälle in der Nachkriegszeit setzte sich auch im Jahre 1952 fort, wenn auch nicht ganz in dem Ausmaß der vorhergehenden Jahre. Die durch Kraftfahrzeugführer verursachten Unfälle stiegen von 1950 auf 1951 um 3239 oder 33,1 v. H., von 1951 auf 1952 dagegen um 3039 oder 23,3 v. H. Die jährliche Zunahme ist also geringer geworden. Dies ist zweifellos noch kein Resultat, mit dem man zufrieden sein kann, denn **1938 wurden bei einem nur geringfügig niedrigeren Fahrzeugbestand 6453 Unfälle durch Kraftfahrzeugführer verursacht gegenüber 16 066 im Jahre 1952** (vgl. Übersicht 1).

Betrachtet man die vom Kraftfahrzeugführer verursachten Unfälle im einzelnen, so verdienen die Unfallursachen „Nichtbeachtung der Vorfahrt“, „falsches Einbiegen“ und „falsches Überholen“ besonders hervorgehoben zu werden. Diese Verkehrsdelikte sind auch im vorigen Jahr stark angestiegen, und zwar sowohl absolut als auch bezogen auf 1000 Kraftfahrzeuge. In besonderem Maße hat die Unfallursache „falsches Einbiegen“ im Jahre 1952 zugenommen; **gegenüber dem Vorjahr ist fast eine Verdoppelung** zu verzeichnen. Die durch „übermäßige Geschwindigkeit“ verursachten Unfälle stiegen von **685 im Jahre 1951 auf 921 im Jahre 1952** an. **Trunkenheit am Steuer war im Jahre 1951 586mal und 1952 596mal Unfallursache.**

Ursachen	1938		1951		1952	
	überhaupt	auf 1000 Kraftfahrzeuge	überhaupt	auf 1000 Kraftfahrzeuge	überhaupt	auf 1000 Kraftfahrzeuge
Nichtbeachtung der Vorfahrt	2 119	25,3	3 018	36,2	3 891	39,8
Falsches Einbiegen	756	9,0	1 461	17,5	2 825	28,9
Falsches Überholen	1 146	13,7	2 338	28,0	2 881	29,5
Nichtplatzmachen beim Ausweichen oder Überholtwerden	356	4,3	135	1,6	32	0,3
Nichtbeachtung der Verkehrsregelung	171	2,0	389	4,7	360	3,7
Nichtbeachtung der Fahrtrichtungsanzeige	522	6,2	404	4,8	250	2,6
Vorschriftswidriges Fahren an Straßenbahnhaltestellen	70	0,8	16	0,2	50	0,5
Übermäßige Geschwindigkeit	480	5,7	685	8,2	921	9,4
Fahren unter Alkoholeinfluß	299	3,6	586	7,0	596	6,1
Sonstige Ursachen bei Kraftfahrern	534	6,4	3 995	47,8	4 260	43,5
<b>Insgesamt</b>	<b>6 453</b>	<b>77,0</b>	<b>13 027</b>	<b>156,0</b>	<b>16 066</b>	<b>164,8</b>

Unfälle durch	1938	1950	1951	1952
absolut				
Kraftfahrzeuge (technische Mängel)	223	369	363	294
Kraftfahrzeugführer	6 453	9 788	13 027	16 066
davon durch				
Nichtbeachtung der Vorfahrt	2 119	2 626	3 018	3 891
Falsches Einbiegen	756	1 089	1 461	2 825
Falsches Überholen	1 146	1 658	2 388	2 881
Nichtplatzmachen beim Ausweichen oder Überholtwerden	356	211	135	32
Nichtbeachtung der Verkehrsregelung	171	283	389	360
Nichtbeachtung der Fahrtrichtungsanzeige	522	408	404	250
Vorschriftswidriges Fahren an Straßenbahn-Haltestellen	70	47	16	50
Übermäßige Geschwindigkeit	480	501	685	921
Fahren unter Alkoholeinfluß	299	441	586	596
Sonstige Ursachen bei Kraftfahrern	534	2 324	3 995	4 260
Radfahrer	1 228	1 134	1 810	2 278
Führer eines anderen Fahrzeuges	391	283	357	377
Fußgänger	1 454	1 743	2 157	2 053
Andere Ursachen	1 701	1 158	707	594
davon				
Mängel der Straße	964	664	329	285
Witterungseinflüsse	325	257	144	88
Sonstige Ursachen	412	237	234	221
Nicht festgestellte Ursachen	284	212	140	136
<b>Zusammen</b>	<b>11 734</b>	<b>14 687</b>	<b>18 561</b>	<b>21 798</b>
relativ				
Kraftfahrzeuge (technische Mängel)	100	165,5	162,8	131,8
Kraftfahrzeugführer	100	151,7	201,9	249,0
davon durch				
Nichtbeachtung der Vorfahrt	100	123,9	142,4	183,6
Falsches Einbiegen	100	144,0	193,3	373,7
Falsches Überholen	100	144,7	204,0	251,4
Nichtplatzmachen beim Ausweichen oder Überholtwerden	100	59,3	37,9	9,0
Nichtbeachtung der Verkehrsregelung	100	165,5	227,5	210,5
Nichtbeachtung der Fahrtrichtungsanzeige	100	78,2	77,4	47,9
Vorschriftswidriges Fahren an Straßenbahn-Haltestellen	100	67,1	22,9	71,4
Übermäßige Geschwindigkeit	100	104,4	142,7	191,9
Fahren unter Alkoholeinfluß	100	147,5	196,0	199,3
Sonstige Ursachen bei Kraftfahrern	100	472,7	748,1	797,8
Radfahrer	100	92,3	147,4	185,5
Führer eines anderen Fahrzeuges	100	72,4	91,3	96,4
Fußgänger	100	119,9	148,3	141,2
Andere Ursachen	100	68,1	41,6	34,9
davon				
Mängel der Straße	100	68,9	34,1	29,6
Witterungseinflüsse	100	79,1	44,3	27,1
Sonstige Ursachen	100	57,5	56,8	53,6
Nicht festgestellte Ursachen	100	74,6	49,3	47,9
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>125,2</b>	<b>158,2</b>	<b>185,8</b>

Sehr undurchsichtig ist der Ursachenkomplex „Sonstige Ursachen bei Kraftfahrern“. Die Zahl der sonstigen Unfallursachen stieg in der Nachkriegszeit stark an; auch 1952 ist in abgeschwächtem Maße eine Zunahme zu verzeichnen. Im Jahre 1951 wurde diese Unfallursache 3995mal und 1952 4260mal festgestellt. Die hohen Unfallzahlen dieser Kategorie sind also im letzten Jahr weiterhin um rd. 7 v. H. angestiegen.

Was verbirgt sich nun unter diesem Ursachenkomplex? Am häufigsten tritt in dieser Kategorie die Unfallursache „Auf- und Angefahren von hinten“ auf. Diese Unfallursache wurde in den Jahren 1951 und 1952 über 2100mal verzeichnet gegenüber 1202mal im Jahr 1950. Besonders stark zugenommen hat die „Unachtsamkeit bei der Aus- und Einfahrt“. Hier wurden 424 Unfälle gegenüber 115 Unfällen im Jahr 1951 festgestellt.

Im einzelnen zeigt sich im Komplex „Sonstige Ursachen beim Kraftfahrer“ in den Jahren 1950 bis 1952 folgende Entwicklung:

Sonstige Ursachen bei Kraftfahrern	1950	1951	1952
Befahren der falschen Straßenseite	141	119	229
Auf- und Angefahren von hinten	1 202	2 131	2 290
Nichtbeachtung der Stoppstraßen	46	58	60
Verkehrswidriges Aufstellen von Fahrzeugen	102	77	89
Sperrige Ladung	68	57	62
Fahren gegen geöffnete Wagentüren	170	289	327
Unachtsamkeit bei der Aus- und Einfahrt	200	115	424
Sonstige Unachtsamkeit	595	1 149	779
<b>Insgesamt</b>	<b>2 524</b>	<b>3 995</b>	<b>4 260</b>

Die durch Radfahrer allein oder mitverursachten Unfälle stiegen im vorigen Jahr ebenfalls an; 1951 war der Radfahrer 1810mal, 1952 dagegen 2278mal Unfallursache. Diese Zunahme dürfte auf einen verstärkten Radfahrverkehr schließen lassen.

Die Zahl der durch Fußgänger verursachten Unfälle ging von 2157 im Jahre 1951 auf 2053 im Jahre 1952 zurück.

Spielende Kinder auf der Fahrbahn waren 183mal Ursache von Verkehrsunfällen im Jahre 1952 gegenüber 198mal im Vorjahr. Durch Trunkenheit verursachten Fußgänger im Jahre 1952 129 Verkehrsunfälle. **Der größte Ursachenkomplex ist die Unachtsamkeit auf der Fahrbahn** schlechthin; 44,2 v. H. aller Unfallursachen wurden hierunter verbucht. Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Ursachen	1950	1951	1952
Gegen ein Fahrzeug gelaufen . . . . .	307	253	558
Hin- und Herlaufen auf der Fahrbahn . . . . .	39	17	112
Trunkenheit . . . . .	111	146	129
Spielende Kinder auf der Fahrbahn . . . . .	191	198	183
Auf- und Abspringen während der Fahrt . . . . .	70	71	74
Mitfahren auf dem Trittbrett der Straßenbahn . . . . .	1	1	2
Aus der Straßenbahn gefallen (gestoßen) . . . . .	23	23	15
Unachtsames Verhalten am Fahrzeug . . . . .	18	19	23
Nichtbeachten der Verkehrs- zeichen . . . . .	18	11	50
Sonstige Unachtsamkeit auf der Fahrbahn . . . . .	965	1 418	907
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>1 743</b>	<b>2 157</b>	<b>2 053</b>

## Die an den Straßenverkehrsunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer

Die Zahl der an den Straßenverkehrsunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer ist etwa doppelt so hoch wie die Zahl der Unfälle, weil durchweg an einem Verkehrsunfall zwei Parteien beteiligt sind. Von 1951 auf 1952 nahm die Zahl der an den Verkehrsunfällen beteiligten Kraftfahrzeuge von 25 283 auf 27 109 oder um 7,2 v. H. zu. Setzt man die an Verkehrsunfällen beteiligten Kraftfahrzeuge zu allen Verkehrsteilnehmern in Beziehung, die an Unfällen beteiligt waren, errechnet sich eine Beteiligung der Kraftfahrzeuge von 74,2 v. H. Im Jahre 1938 betrug die Beteiligung der Kraftfahrzeuge an den Verkehrsunfällen dagegen nur 66,7 v. H.

Die an den Verkehrsunfällen in Hamburg beteiligten Kraftfahrzeuge waren selbstverständlich nicht ausschließlich Hamburger Fahrzeuge. Von den 27 109 im Jahre 1952 beteiligten Kraftfahrzeugen waren 5337 auswärtige.

### Am Unfall beteiligte auswärtige Kraftfahrzeuge

Herkunft	1950	1951	1952
Britische Fahrzeuge . . . . .	1 087	893	649
Fahrzeuge anderer Nationen . . . . .	—	164	311
Fahrzeuge aus dem sonstigen Bundesgebiet . . . . .	2 117	3 601	4 377
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>3 204</b>	<b>4 658</b>	<b>5 337</b>

## Übersicht 2

### An Straßenverkehrsunfällen beteiligte Verkehrsteilnehmer 1938, 1950 bis 1952

Am Unfall beteiligte Verkehrsteilnehmer	1938	1950	1951	1952
<b>absolut</b>				
Kraftfahrzeuge . . . . .	13 635	18 659	25 283	27 109
<i>davon</i>				
Personenkraftwagen . . . . .	6 941	7 622	11 404	12 938
Kraftomnibusse . . . . .	184	232	301	331
Liefer- und Lastkraftwagen . . . . .	3 966	7 605	9 184	9 151
Kraftwagen der Besatzungsmacht . . . . .	—	890	916	648
Zugmaschinen und Sattelschlepper . . . . .	314	407	361	340
Krafträder . . . . .	2 165	1 846	3 015	3 226
Sonstige Kraftfahrzeuge (einschl. Motorroller) . . . . .	65	57	102	475
Straßenbahn (einschließlich Eisenbahn) . . . . .	1 323	1 153	1 373	1 330
Bespannte Fuhrwerke . . . . .	180	169	185	136
Fahrräder . . . . .	3 183	2 862	4 309	4 765
Fußgänger . . . . .	1 939	2 413	2 853	2 876
Sonstige Verkehrsteilnehmer . . . . .	143	235	254	333
<b>Beteiligte Verkehrsteilnehmer insgesamt . . . . .</b>	<b>20 403</b>	<b>25 491</b>	<b>34 257</b>	<b>36 549</b>
<b>relativ</b>				
Kraftfahrzeuge . . . . .	100	136,8	185,4	198,8
<i>davon</i>				
Personenkraftwagen . . . . .	100	109,8	164,3	186,4
Kraftomnibusse . . . . .	100	126,1	163,6	179,9
Liefer- und Lastkraftwagen . . . . .	100	191,8	231,6	230,7
Kraftwagen der Besatzungsmacht . . . . .	—	—	—	—
Zugmaschinen und Sattelschlepper . . . . .	100	129,6	115,0	108,3
Krafträder . . . . .	100	85,3	139,3	149,0
Sonstige Kraftfahrzeuge (einschl. Motorroller) . . . . .	100	87,7	156,9	730,8
Straßenbahn (einschließlich Eisenbahn) . . . . .	100	87,2	103,8	100,5
Bespannte Fuhrwerke . . . . .	100	93,9	102,8	75,6
Fahrräder . . . . .	100	89,9	135,4	149,7
Fußgänger . . . . .	100	124,4	147,1	148,3
Sonstige Verkehrsteilnehmer . . . . .	100	164,3	177,6	232,9
<b>Beteiligte Verkehrsteilnehmer insgesamt . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>124,9</b>	<b>167,9</b>	<b>179,1</b>

## Personenschäden

Es ist von besonderem Interesse, in welchem Umfang die Verkehrsunfälle mit Personenschäden verbunden sind. Im Jahre 1952 wurden von 18.473 Unfällen 7523 (= 40,7 v. H.) mit Personenschäden festgestellt. Gegenüber dem Vorjahr hat die **Zahl der Personenschäden um 941 Fälle oder 14,3 v. H. zugenommen**. Die Zunahme in der Zahl der Personenschäden war größer als die Zahl der Unfälle insgesamt, denn **im Jahr 1952 kamen auf 1000 Verkehrsunfälle 407 Unfälle mit Personenschaden gegenüber 383 im Vorjahr**. Ein Vergleich mit 1938 zeigt jedoch, daß **im Jahre 1938 auf 1000 Verkehrsunfälle noch mehr Unfälle mit Personenschaden kamen als heute**. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Toten und Verletzten.

Jahr	Zahl der Unfälle		Zahl der		Auf 1000 Verkehrsunfälle kamen		
	insges.	darunter mit Personenschaden	Unfall-toten	Unfall-verletzten	Unfälle mit Personenschaden	Tote	Verletzte
1938	10 378	5 508	99	6 209	531	10	598
1949	8 877	3 866	130	4 317	436	15	486
1950	12 691	5 110	138	5 801	403	11	457
1951	17 196	6 582	169	7 327	383	10	430
1952	18 473	7 523	150	8 566	407	8	464

Die Zahl der Verletzten ist beim männlichen Geschlecht naturgemäß höher als beim weiblichen, weil die Männer dem Verkehr mehr ausgesetzt sind als die Frauen; 29,3 v. H. aller Verletzten waren weiblichen und 70,7 v. H. männlichen Geschlechts.

Es zeigt sich ferner, daß die Kraftfahrer (einschl. Motorradfahrer) nicht in dem Maße Unfallverletzte und Unfalltote aufzuweisen haben, wie es ihrer Beteiligung an den Verkehrsunfällen entsprechen würde. Bei den Radfahrern und Fußgängern ist es umgekehrt.

Verkehrsteilnehmer	An den Verkehrsunfällen Beteiligte		Verkehrsteilnehmer	Bei den Verkehrsunfällen			
	überhaupt	in v. H. aller Beteiligten		Verletzte		Getötete	
				überhaupt	in v. H. aller Verletzten	überhaupt	in v. H. aller Getöteten
Kraftfahrzeuge . . . . .	27 109	74,2	Kraftfahrer und Insassen von Fahrzeugen . . . . .	3 283	38,3	51	34,0
Fahrräder . . . . .	4 765	13,0	Radfahrer . . . . .	2 625	30,6	31	20,7
Fußgänger . . . . .	2 876	7,9	Fußgänger . . . . .	2 460	28,7	64	42,7

Die Gefährdung der Fußgänger und Radfahrer durch das Kraftfahrzeug ist offensichtlich. Besonders gefährdet sind die Kinder im Straßenverkehr, und zwar in noch stärkerem Maße als im Vorjahr; im Jahre 1952 waren 28,9 v. H. aller verletzten Fußgänger und 7,7 v. H. aller verletzten Radfahrer Kinder unter 14 Jahren.

Jahr	Verletzte Radfahrer			Verletzte Fußgänger		
	insgesamt	darunter Kinder unter 14 Jahren		insgesamt	darunter Kinder unter 14 Jahren	
		überhaupt	v. H.		überhaupt	v. H.
1938	2 026	119	5,9	1 795	500	27,9
1950	1 484	168	11,3	2 073	618	29,8
1951	2 145	169	7,9	2 446	645	26,4
1952	2 625	202	7,7	2 460	712	28,9

Die Zahl der im Jahre 1952 bei Verkehrsunfällen getöteten Personen (150) ist etwas geringer als im Vorjahr (169), jedoch noch um 51,5 v. H. höher als im Jahre 1938 (99).

## Die Zahl der getöteten Personen

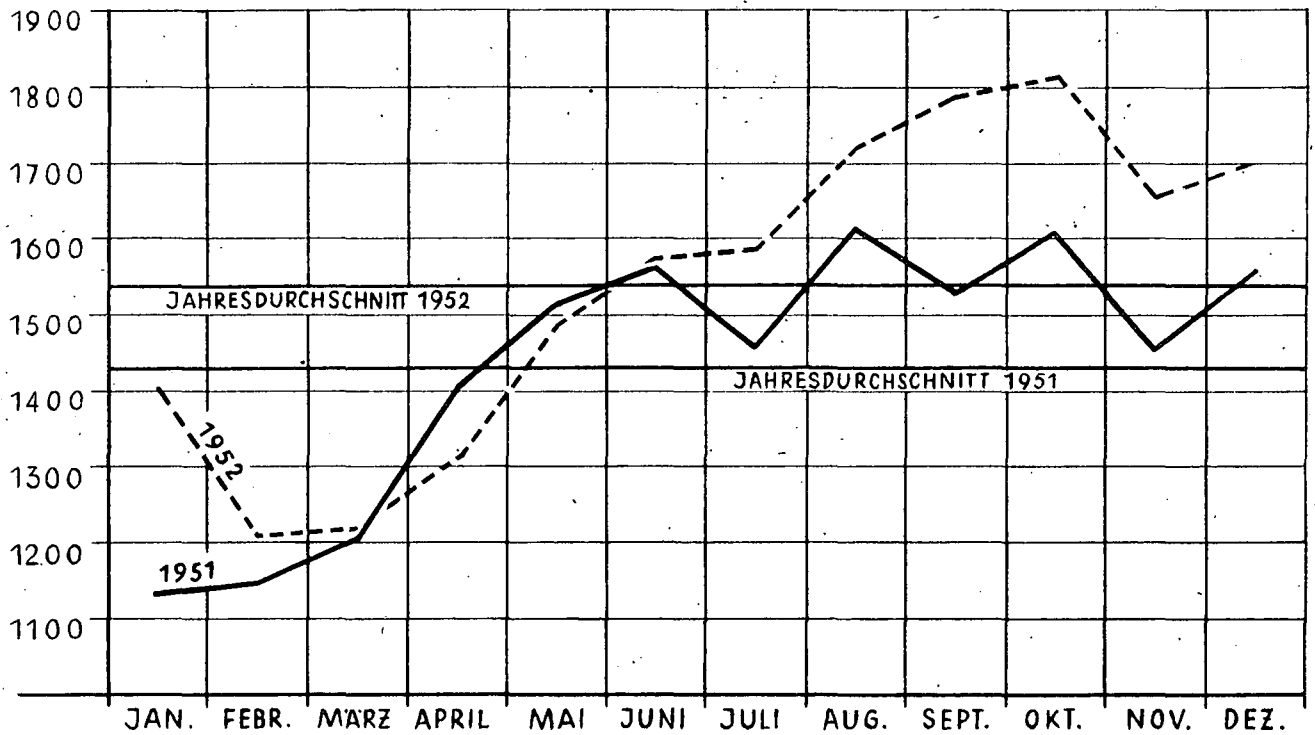
Jahr	männlich	weiblich	insgesamt	darunter Kinder unter 14 Jahren		
				männl.	weibl.	insges.
1938	80	19	99	9	2	11
1950	78	60	138	13	12	25
1951	119	50	169	15	12	27
1952	109	41	150	7	2	9

## Die Unfälle im jahreszeitlichen Verlauf

Die Unfallhäufigkeit ist in den einzelnen Monaten unterschiedlich. Im Durchschnitt des Jahres 1951 ergab sich eine monatliche Unfallziffer von 1433; im Jahre 1952 dagegen eine solche von 1539. Im Jahre 1951 wurde die Durchschnittsziffer erstmalig im Mai überschritten, 1952 dagegen im Juni.

Der höchste Stand der Verkehrsunfälle zeigte sich 1951 im August, der niedrigste im Januar. Im Jahre 1952 ereigneten sich die meisten Unfälle im Oktober und die wenigsten im Februar.

**Verkehrsunfälle im jahreszeitlichen Verlauf  
1951 und 1952**



**Die Straßenverkehrsunfälle nach Wochentagen und Tagesstunden in den Jahren 1951/1952**

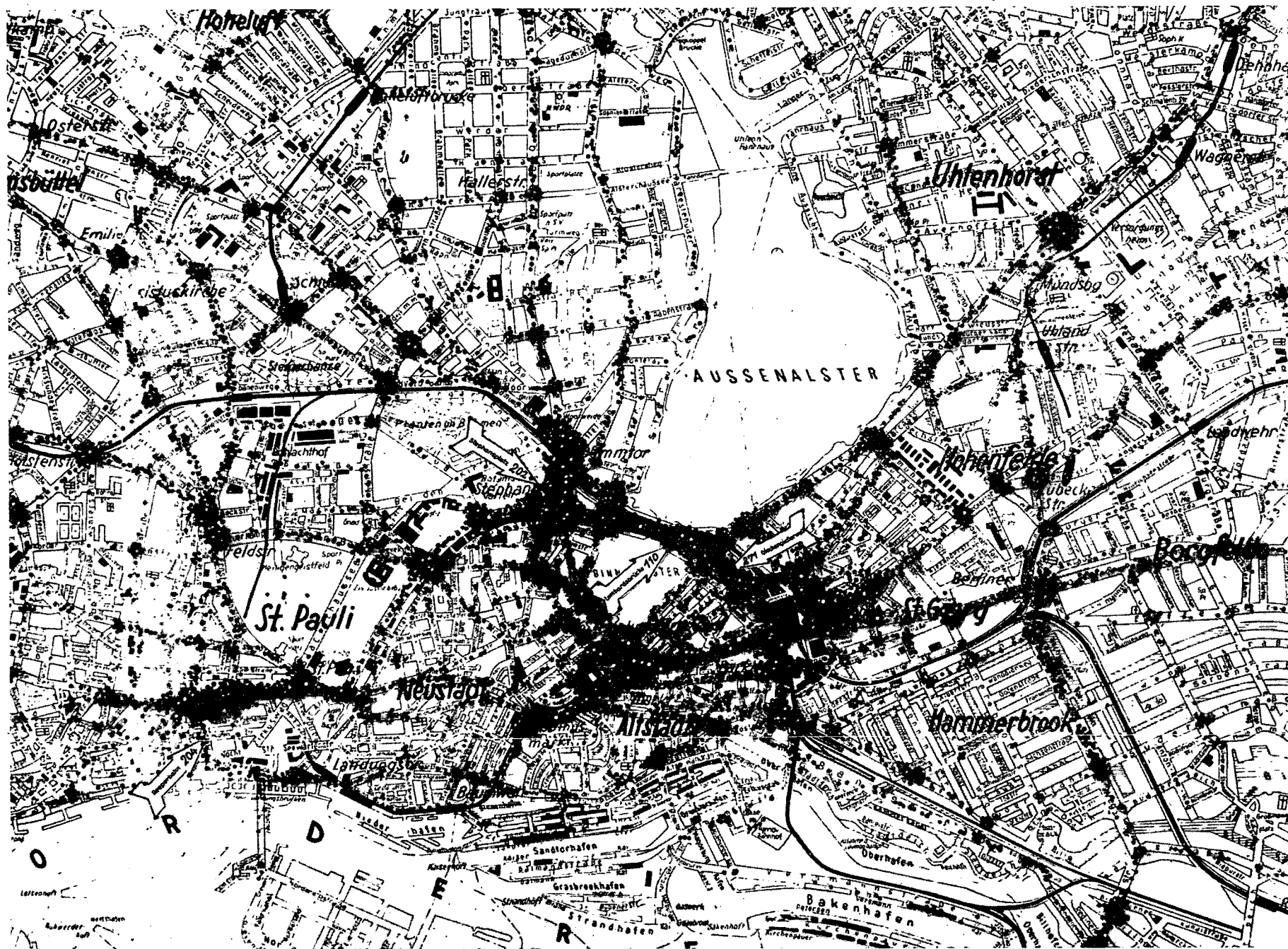
Mit beginnender Arbeitszeit (6—8 Uhr) steigen an den Wochentagen die Verkehrsunfälle an und fallen erst wieder ab, wenn die Arbeitszeit beendet

ist. Die wenigsten Verkehrsunfälle ereigneten sich von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens, nämlich 1001 Unfälle oder 5,4 v. H. aller Unfälle. Bemerkenswert ist hieran, daß von den Unfällen in diesem Zeitraum 663 gleich 66,2 v. H. durch Trunkenheit am Steuer verursacht wurden.

Übersicht 3

**Die Straßenverkehrsunfälle nach Wochentagen und Tageszeiten 1951 bis 1952**

Wochentag	Jahr	Unfälle überhaupt	davon in der Zeit von ... Uhr											ohne Zeitangabe	
			0-2	2-4	4-6	6-8	8-10	10-12	12-14	14-16	16-18	18-20	20-22		22-24
Sonntag	1951	1 019	38	35	32	36	91	134	130	148	124	113	74	64	—
"	1952	1 285	63	39	35	37	92	178	137	199	170	168	110	50	7
Montag	1951	2 771	32	23	30	196	308	417	393	421	508	257	116	56	14
"	1952	3 024	36	23	23	216	339	515	426	404	541	293	145	50	13
Dienstag	1951	2 786	23	22	15	173	324	399	412	443	534	282	91	60	8
"	1952	2 666	43	27	23	197	310	333	362	444	507	260	87	61	12
Mittwoch	1951	2 746	28	20	21	201	355	412	393	399	463	270	114	57	13
"	1952	2 805	33	18	34	211	321	415	380	437	507	284	106	48	11
Donnerstag	1951	2 445	35	11	25	177	260	347	304	346	488	254	122	64	12
"	1952	2 696	30	22	19	184	287	376	367	408	549	296	103	46	9
Freitag	1951	2 878	23	21	36	208	329	431	423	426	514	272	129	56	10
"	1952	3 076	34	16	26	220	350	449	450	486	527	287	145	64	22
Sonnabend	1951	2 551	37	31	32	165	280	419	560	428	261	166	104	58	10
"	1952	2 921	34	16	28	158	327	465	587	546	326	255	105	60	14
Insgesamt	1951	17 196	216	163	191	1 156	1 947	2 559	2 615	2 611	2 892	1 614	750	415	67
"	1952	18 473	273	161	188	1 223	2 026	2 731	2 709	2 924	3 127	1 843	801	379	88



Dieses Bild wurde dem Statistischen Landesamt von der Baubehörde — Tiefbauamt, Hauptabteilung Verkehrsanlagen zum Abdruck zur Verfügung gestellt.



## Unfälle an den wichtigsten Verkehrspunkten

Betrachtet man die Unfallhäufigkeit an den wichtigsten Unfallorten, so zeigt sich, daß im Jahre 1952 an den Straßen und Plätzen mit der größten Unfallhäufigkeit ein Rückgang der Verkehrsunfälle eintrat. In der nachstehenden Übersicht sind die Unfälle an den wichtigsten Brennpunkten des Verkehrs aufgeführt. An diesen Verkehrspunkten (24) ereigneten sich 1951 2019 und 1952 1722 Unfälle, das sind 10,9 v. H. aller Unfälle im Jahre 1951 und 7,9 v. H. im Jahre 1952. Diese relativ kleinen Anteile zeigen, daß die Unfälle in ihrer Masse nicht an bestimmten Plätzen und Kreuzungen auftreten.

Aus der Tatsache, daß die Unfallziffer an den Hauptverkehrspunkten um 297 oder 14,7 v. H. zurückgegangen ist, folgt, daß die Unfallhäufigkeit besonders an den weniger belebten Straßen zugenommen hat.

Unfallort	1951	1952	Zu- oder Abnahme in v. H.
Alsterglaci/Warburgstraße/ Überführung Esplanade . . . . .	68	73	+ 7,4
Berliner Tor-Kreuzung . . . . .	44	50	+ 13,6
Deichtorplatz . . . . .	65	55	- 15,4
Eppendorf. Weg/Hoheluftchaussee	43	29	- 32,6
Esplanade/Neuer Jungfernstieg .	120	67	- 44,2
Gänsemarkt . . . . .	69	68	- 1,4
Glockengießerwall/Georgsplatz .	100	77	- 23,0
Glockengießerwall/Ferdinands- tor/Ballindamm . . . . .	158	100	- 36,7
Hudtwalckerstraße/Bebelallee/ Sierichstraße . . . . .	43	35	- 18,6
Jungfernstieg/Ballindamm/ Reesendamm . . . . .	55	46	- 16,4
Karl-Muck-Platz . . . . .	76	76	—
Landungsbrücken . . . . .	42	45	+ 7,1
Loignyplatz . . . . .	174	143	- 17,8
Lombardsbrücke, insg. . . . .	159	110	- 30,8
Lombardsbrücke/An der Alster .	66	76	+ 15,2
Lübecker Straße/Mühlendamm/ Steinhauerdamm . . . . .	41	46	+ 12,2
Mönckebergstraße/Barkhof . . .	45	19	- 57,8
Mundsburg-Kreuzung . . . . .	48	43	- 10,4
Neuer Pferdemarkt, insg. . . . .	67	87	+ 29,9
Rathausmarkt . . . . .	116	94	- 19,0
Steindamm/Lohmühlenstraße . .	48	20	- 58,3
Steintorplatz . . . . .	61	86	+ 41,0
Steintorwall/Mönckebergstraße .	88	75	- 14,8
Stephansplatz . . . . .	223	202	- 9,4
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>2 019</b>	<b>1 722</b>	<b>- 14,7</b>

Bahlert, Dipl.-Volkswirt

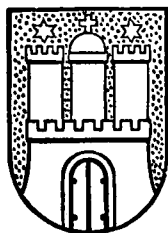
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 15. April 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 7



## Hamburg als Arbeitsplatz auswärts wohnender Erwerbspersonen

### INHALT

	Seite
Vorbemerkung .....	45
Die Einpendler in die Hansestadt Hamburg aus anderen Gemeinden .....	46
Die Einpendler nach der Lage ihrer Wohnung 1950 .....	47
Vergleich mit 1939 und 1946 .....	49
Die Bedeutung Hamburgs als Arbeitsplatz für die umliegenden Kreise und Gemeinden .....	53
Die Pendlerintensität der Vorkriegs-Hamburger, Heimatvertriebenen und der Einheimischen...	54
Die Länge des Pendlerweges .....	56
Die Einpendler nach Verkehrsstrecken .....	58

Beilage: 3 Karten

#### 1. Vorbemerkung

Die Zusammenballung zahlreicher Erwerbsmöglichkeiten verschiedener Art in einer Großstadt übt auf die Erwerbspersonen, die in den umliegenden Kreisen und Gemeinden wohnen, eine große Anziehungskraft aus. Außer der größeren Vielfalt in der Art der in der Großstadt vorhandenen Arbeitsplätze und den besseren Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben, die die Großstadt bietet, ist es vor allem das höhere Lohn- und Gehaltsniveau, das viele auswärts wohnende Erwerbspersonen bewegt, einen Arbeitsplatz in der Großstadt zu suchen. Dieser Anreiz ist um so größer, wenn infolge geringer Entfernung oder guter Verkehrsverhältnisse die Möglichkeit besteht, die bisherige Wohnung beizubehalten und dadurch den Vorteil des höheren Verdienstes in der Großstadt mit dem Vorteil der billigeren Lebenshaltung oder der gesunderen Wohnverhältnisse auf dem Lande oder in der Kleinstadt zu verbinden. Diese Möglichkeit der Verbindung günstigerer oder billiger Wohnverhältnisse in ländlicher Siedlung mit dem besseren Verdienst in der Großstadt hat auf der anderen Seite auch viele Großstädter bewogen, sich außerhalb der Stadtgrenzen anzusiedeln, ohne damit ihren Arbeitsplatz oder Erwerb in der Großstadt aufzugeben. So kommt es, daß in allen Großstädten eine mehr oder weniger große Zahl von Erwerbspersonen beschäftigt ist, die außerhalb der Stadt wohnen und deshalb genötigt sind, täglich oder — falls der Weg zwischen der Wohngemeinde und der Arbeitsstätte in der Groß-

stadt für eine tägliche Arbeitswanderung zu lang oder zu mühsam ist — wöchentlich zwischen beiden Gemeinden hin- und herzu pendeln.

Die Zahl der Einpendler hat im Laufe der letzten Jahrzehnte infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung der Großstädte mit ihrer Umgebung und der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen der Großstadt und den Gemeinden ihres Einzugsgebiets allgemein zugenommen. Diese Entwicklung kommt jedoch in der Statistik der Pendelwanderung nicht überall voll zum Ausdruck, da viele Großstädte in den letzten Jahrzehnten ihre Grenzen nach und nach durch **E i n g e m e i n d u n g** der angrenzenden Ortschaften weiter hinausgeschoben haben; dadurch sind viele Einpendler statistisch zu **B i n n e n p e n d l e r n** geworden, ohne daß sich in der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte irgend etwas geändert hätte.

Dies ist besonders bei einer Untersuchung über den Umfang und die Entwicklung der Pendelwanderung in die Stadt **H a m b u r g** zu beachten, denn hier sind die Stadtgrenzen in den letzten Jahrzehnten stark erweitert worden. Im Jahre 1937 sind durch das Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937 die verschiedenen Gemeinden, die bis dahin zum Landgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg gehörten — soweit sie nicht an das Land Preußen abgetreten wurden — mit der Großstadt Hamburg zu einer Einheitsgemeinde „Hansestadt Hamburg“ zusammengefaßt und in diese neugebildete Großstadt Hamburg sind auch die preußi-

schen Nachbarstädte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg sowie 27 preußische Landgemeinden aus den Landkreisen Pinneberg, Stormarn, Lauenburg und Harburg eingemeindet worden. Die Erwerbspersonen, die innerhalb dieses im Jahre 1937 eingemeindeten Gebietes wohnen, aber im Raum der alten Stadt Hamburg arbeiten, zählen seitdem nicht mehr zu den Einpendlern aus auswärtigen Gemeinden, sondern sie gehören zur innerstädtischen Pendelwanderung, über die im Heft Nr. 37, Jg. 1952, dieser Zeitschrift eingehend berichtet worden ist. Hierdurch ist die Hauptmasse der früheren Einpendler statistisch zu Binnenpendlern umgewandelt worden. Leider kann nicht genau festgestellt werden, wie groß gegenwärtig die Zahl der Erwerbspersonen ist, die in diesen eingemeindeten Gebietsteilen wohnen und im Raum der alten Stadt Hamburg beschäftigt sind, da die Gebietsgrenzen der ehemaligen, seit 1937 eingemeindeten Städte und Landgemeinden durch die neuen Gebietseinteilungen der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1938 und 1950 vielfach verändert sind. Man kann diesen Personenkreis aber auf Grund des Pendlerstroms zwischen den im Jahre 1938 neugebildeten Ortsteilen mit ausreichender Genauigkeit berechnen oder schätzen. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 13. September 1950 kommt man dann zu folgenden Zahlenwerten:

#### Einpendler in den Raum der ehemaligen Stadt Hamburg 1950

1. aus Gemeinden des früheren hamburgischen Landgebiets <sup>1)</sup>	= rd. 14 000 Personen
2. aus der Stadt Altona <sup>2)</sup>	= 57 000 Personen
3. aus der Stadt Wandsbek <sup>2)</sup>	= 13 000 Personen
4. aus der Stadt Harburg-Wilhelmsburg <sup>2)</sup>	= 14 000 Personen
5. aus den eingemeindeten preußischen Landgemeinden <sup>2)</sup>	= 46 000 Personen
Insgesamt	= 144 000 Personen

<sup>1)</sup> soweit diese bei Hamburg verblieben sind, also ohne Großhansdorf-Schmalenbeck, Geesthacht und Ritzebüttel.

<sup>2)</sup> nach ihrem Gebietsumfang vom 1. April 1937.

Man erhält hiernach für 1950 also insgesamt eine Zahl von rund 144 000 Einpendlern aus den seit 1937 eingemeindeten Gebietsteilen in den Raum der alten Stadt Hamburg (nach ihrem Gebietsumfang vom 1. April 1937). Diese Zahl gewinnt an Bedeutung, wenn man sie mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1925 vergleicht. Damals sind im ganzen nur rund 55 000 Einpendler in das Gebiet der alten Stadt Hamburg gezählt worden, und zwar kamen davon

1. aus hamburgischen Landgemeinden <sup>1)</sup>	= 3 837 Personen
2. aus der Stadt Altona <sup>2)</sup>	= 30 487 Personen
3. aus der Stadt Wandsbek <sup>2)</sup>	= 6 707 Personen
4. aus der Stadt Harburg <sup>2)</sup>	= 2 407 Personen
5. aus der Stadt Wilhelmsburg <sup>2)</sup>	= 4 584 Personen
6. aus anderen preußischen Landgemeinden <sup>3)</sup>	= 7 000 Personen <sup>4)</sup>
Insgesamt	= 55 022 Personen

<sup>1)</sup> nach dem Umfang des Landgebiets von 1925, also einschl. Großhansdorf, Schmalenbeck, Geesthacht und Ritzebüttel.

<sup>2)</sup> nach dem Umfang dieser Städte von 1925.

<sup>3)</sup> einschl. der nach 1925 von den Städten Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg eingemeindeten Gebietsteile.

<sup>4)</sup> geschätzte Zahlen, vergl. auch Heft 24 der Statistischen Mitteilungen über den hamburgischen Staat.

Der Vergleich dieser Zahlen von 1925 mit den für 1950 genannten Zahlen ist allerdings nicht ganz korrekt, da bei den Zahlen von 1925 die im April 1937 an Preußen abgegebenen hamburgischen Gemeinden — insbesondere Großhansdorf, Schmalenbeck und Geesthacht — nicht ausgegliedert werden konnten und die für die preußischen Landgemeinden geschätzte Zahl der Einpendler (rund 7000) auch die Einpendler aus den im Jahre 1937 nicht eingemeindeten Gebietsteilen umfaßt. Die Zahl der Einpendler aus den an Preußen abgegebenen Gemeinden dürfte damals aber nur gering gewesen sein; andererseits kann man mit Recht annehmen, daß die Hauptmasse der 7000 Einpendler aus den preußischen Landgemeinden in den im Jahre 1937 eingemeindeten Vororten und Randgemeinden Hamburgs gewohnt hat. Trotz dieser verschiedenen räumlichen Abgrenzung der Einzugsgebiete erscheint es deshalb durchaus zulässig, beide Gesamtzahlen miteinander zu vergleichen.

Die Zahl der Einpendler aus den im Jahre 1937 eingemeindeten Gebietsteilen in den Raum der alten Stadt Hamburg, die nach den gegenwärtigen Grenzen der Stadt Hamburg als **Binnenpendler** bezeichnet werden müssen, hat sich in **den 25 Jahren von 1925 bis 1950 also um 89 000 Personen vermehrt, d. h. nahezu verdreifacht**. Die große Zunahme erklärt sich in erster Linie daraus, daß in diesen 25 Jahren der an die Stadt Hamburg angrenzende Raum dichter besiedelt wurde. Wie bereits in früheren Veröffentlichungen dargelegt, ist diese Zunahme in der Besiedlung der Gebietsteile, die 1937 in die Stadt Hamburg eingemeindet sind, zum Teil auch eine unmittelbare Folge der Zerstörung großer Wohngebiete in der alten Stadt Hamburg während des Krieges, da viele wohnungslos gewordene Hamburger in den Randgebieten Hamburgs in den dort vorhandenen Wohnungen untergebracht oder in neuen Wohnungen angesiedelt sind.

#### 2. Die Einpendler in die Hansestadt Hamburg aus anderen Gemeinden

Nachdem somit die Bedeutung der Gebiets-erweiterung der Großstadt Hamburg für die statistische Erfassung der Einpendler klargestellt ist, soll nunmehr der Personenkreis behandelt werden, der auch nach der Erweiterung der Stadtgrenzen im Jahre 1937 noch als Einpendler gilt, d. h. die Personen, die in anderen nichthamburgischen Gemeinden wohnen, aber im Gebiet der Hansestadt Hamburg beschäftigt sind. Leider ist es hierbei nicht möglich, diesen Personenkreis auch nach der Lage ihrer Arbeitsstätte in Hamburg zu gliedern, so daß nicht festgestellt werden kann, ob sie im Raum der alten Stadt Hamburg oder im Raum der 1937 eingemeindeten Gebietsteile tätig sind. Besonders bedauerlich ist es, daß auch nicht ermittelt werden kann, wie viele dieser Einpendler in dem vom Hafengebiet, der City und den daran angrenzenden Gebietsteilen gebildeten hamburgischen Wirtschafts- und Verwaltungszentrum tätig sind.

Als Einpendler nach Hamburg sollten bei der **Volkszählung** von 1950 grundsätzlich alle Personen behandelt werden, die in nichthamburgischen Gemeinden wohnen, aber eine Arbeitsstätte in Hamburg angegeben hatten. Hierbei ist jedoch vorausgesetzt, daß die Entfernung der Wohngemeinde von Hamburg so gering ist oder daß die Verkehrsverhältnisse so günstig sind, daß offenbar eine tägliche Pendelwanderung von der Wohnung zur Arbeitsstätte möglich oder wahrscheinlich war. Infolgedessen sind in der Hauptsache nur solche Erwerbspersonen als Einpendler anerkannt, die in den an Hamburg angrenzenden Kreisen Schleswig-Holsteins oder Niedersachsens wohnen. Nur ausnahmsweise, d. h. beim Vorliegen besonders günstiger Verkehrsverbindungen nach Hamburg, sind auch Personen aus entfernteren Gemeinden als Einpendler berücksichtigt worden. Auf diese Weise sind **bei der Volkszählung 1950 insgesamt 49 600 Einpendler<sup>1)</sup>** gezählt worden.

Bevor diese auf Grund der Volkszählung erfaßten Einpendler näher nach ihrer Herkunft und Zusammensetzung untersucht werden sollen, muß darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Einpendler auch vom **Landesarbeitsamt Hamburg** ermittelt wird. Es handelt sich hierbei allerdings nicht um eine Stichtagserhebung, sondern um Auszählungen an Hand von Karteiunterlagen über in Hamburg beschäftigte, aber außerhalb Hamburgs in benachbarten Arbeitsamtsbezirken wohnende Personen. Die Auszählung erfolgte in den letzten Jahren jeweils im Oktober; die für 1950 genannten Zahlen sind also nur verhältnismäßig kurze Zeit nach dem Stichtag der Volkszählung (13. September) ermittelt. Bei einem Vergleich beider Zahlen ist zunächst zu berücksichtigen, daß die **Abgrenzung des Personenkreises** trotz der gleichen Bezeichnung als „Einpendler“ nicht übereinstimmt. Die Volkszählung erfaßte alle in Hamburg am Zählungsstichtag Beschäftigten, d. h. also die abhängigen Arbeitnehmer, die Selbständigen und auch die mithelfenden Familienangehörigen. Auch die Arbeitslosen, die in den Haushaltungslisten Hamburg als ihre letzte Arbeitsstätte angegeben hatten, wurden als Einpendler nach Hamburg gezählt, da im einzelnen nicht feststand, ob lediglich ein saisonbedingtes Ausscheiden, wie z. B. bei bestimmten Bauberufen, oder eine längere Freistellung vorlag, andererseits aber ein Bild der strukturellen Verflechtung des Pendlerzielortes mit seiner Umgebung gewonnen werden sollte.

Das **Landesarbeitsamt** ist demgegenüber in erster Linie an arbeitsmarktpolitischen Problemen interessiert. Es beschränkt sich daher auf die Er-

<sup>1)</sup> Bei der Bezeichnung „Einpendler“ wird die Masse der Erwerbspersonen, die in Hamburg arbeiten, aber außerhalb Hamburgs wohnen, vom **Arbeitsort** aus betrachtet; für die Wohngemeinden sind die gleichen Personen „Auspender“ nach Hamburg; daneben gibt es auch noch Auspendler nach anderen Gemeinden; (vergl. hierüber **Übersicht 9** und **Abschnitt 5**). Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei noch besonders darauf hingewiesen, daß es sich bei den Pendlerzahlen in den folgenden Übersichten und Ausführungen gleichgültig, ob sie jeweils als „Einpendler“ oder „Auspender“ oder nur als „Pendler“ bezeichnet sind, grundsätzlich immer um Erwerbspersonen handelt, die nach Hamburg einpendeln, wenn im einzelnen nichts anderes vermerkt ist.

mittlung der in Hamburg Anfang Oktober beschäftigten **abhängigen Arbeitnehmer**, berücksichtigt daher auch nicht die Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen, die den Arbeitsmarkt ja zunächst nicht belasten. Auch werden Arbeitslose, die außerhalb Hamburgs wohnen, aber zuletzt in Hamburg beschäftigt waren, nicht berücksichtigt, da ihre Vermittlung zunächst in den Aufgabenbereich des für ihren Wohnort zuständigen Arbeitsamts fällt. Die Zahlen des Landesarbeitsamts müßten daher für den Oktober 1950 etwas niedriger sein als die der Volkszählung. Tatsächlich sind sie jedoch nahezu gleich groß.

Einpendler nach der Volkszählung . . . 49 600  
Einpendler nach dem Landesarbeitsamt 48 420

Dies deutet darauf hin, daß die Abgrenzung der „Beschäftigten“ in der Arbeitsmarktstatistik offenbar weiter gefaßt ist als in der Berufszählung; Arbeitsverhältnisse, die in der Berufszählung nicht berücksichtigt wurden, weil sie nur im Nebenberuf ausgeübt werden, dürften teilweise in der Arbeitsmarktstatistik als hauptberufliche Tätigkeit angesehen sein. Darüber hinaus ist aber zu vermerken, daß die Bestandszahlen des Landesarbeitsamts wahrscheinlich etwas überhöht sind, da es schwierig ist, die Abgänge an Einpendlern in der Kartei mit gleicher Zuverlässigkeit zu erfassen wie die Zugänge.

### 3. Die Einpendler nach der Lage ihrer Wohnung 1950

In der **Übersicht 1** ist eine Gliederung der Einpendler nach der Herkunft, d. h. zunächst nur nach den Kreisen, in denen sie wohnen, auf Grund der Volkszählung vom 13. September 1950 gegeben worden. In der **Übersicht 2** sind die Einpendler, die nach den Unterlagen des Landesarbeitsamtes für Oktober 1950 ausgezählt waren, nach **Arbeitsamtsbezirken** gegliedert. Beide Übersichten lassen erkennen, daß die Hauptmasse der Einpendler aus den **Nachbarkreisen Hamburgs** kommen. Nach den Ergebnissen der **Volkszählung** wohnen in den **4 Nachbarkreisen Pinneberg, Stormarn, Lauenburg und Harburg insgesamt 44 440 Einpendler, d. h. 89,60 v. H. aller nach Hamburg einpendelnden Erwerbspersonen.**

Diese Gliederung nach Kreisen bietet aber nur einen groben Anhalt für die Herkunft der Pendler, da am Pendlerstrom nicht alle Gemeinden der genannten Kreise gleichmäßig beteiligt sind. Wie die **Übersicht 3** erkennen läßt, weisen von den **753 Pendler-Gemeinden 612 weniger als 50 Pendler** auf. Nur in den Kreisen **Pinneberg, Stormarn, Lauenburg, Harburg und Stade** gibt es Gemeinden mit mehr als **500 Pendlern**, in den drei erstgenannten Kreisen sogar Gemeinden mit über **1000 Pendlern**.

In der **Tabelle 1** sind nun die Gemeinden, in denen mehr als **100 Pendler** wohnen, kreisweise geordnet, aufgeführt. Die Tabelle weist gleichzeitig den Anteil aus, den diese Gemeinden an der Ge-

### Die Einpendler in Hamburg nach der Herkunft (Volkzählung 1950)

Lage der Wohnung Kreise	Zahl der Einpendler nach der VZ vom 13. September 1950					
	männlich		weiblich		zusammen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
<b>1. aus Schleswig-Holstein</b>	<b>30 803</b>	<b>78,23</b>	<b>8 455</b>	<b>82,69</b>	<b>39 258</b>	<b>79,15</b>
davon aus:						
Kreis Pinneberg . . . . .	13 306	33,79	3 549	34,71	16 855	33,98
„ Stormarn . . . . .	11 064	28,10	3 251	31,79	14 315	28,86
„ Lauenburg . . . . .	4 291	10,90	1 174	11,48	5 465	11,02
„ Segeberg . . . . .	965	2,45	232	2,27	1 197	2,41
„ Steinburg . . . . .	751	1,91	179	1,75	930	1,88
„ Lübeck . . . . .	325	0,83	61	0,60	386	0,78
„ Eutin . . . . .	63	0,16	5	0,05	68	0,14
„ Neumünster . . . . .	22	0,06	4	0,04	26	0,05
„ Rendsburg . . . . .	10	0,02	—	—	10	0,02
„ Süderdithmarschen . . . . .	6	0,01	—	—	6	0,01
<b>2. aus Niedersachsen</b>	<b>8 572</b>	<b>21,77</b>	<b>1 770</b>	<b>17,31</b>	<b>10 342</b>	<b>20,85</b>
davon aus:						
Kreis Harburg . . . . .	6 328	16,07	1 477	14,44	7 805	15,74
„ Stade . . . . .	1 335	3,39	188	1,84	1 523	3,07
„ Lüneburg-Land . . . . .	253	0,64	31	0,30	284	0,57
„ Lüneburg-Stadt . . . . .	195	0,50	26	0,25	221	0,45
„ Rotenburg . . . . .	150	0,38	11	0,11	161	0,32
„ Hadeln . . . . .	125	0,32	7	0,07	132	0,27
„ Soltau . . . . .	79	0,20	12	0,12	91	0,18
„ Uelzen . . . . .	71	0,18	17	0,17	88	0,18
„ Bremervörde . . . . .	36	0,09	1	0,01	37	0,07
<b>Einpendler insgesamt . . . . .</b>	<b>39 375</b>	<b>100</b>	<b>10 225</b>	<b>100</b>	<b>49 600</b>	<b>100</b>

### Die Einpendler in Hamburg im Oktober 1950 (nach der Kartei des Landesarbeitsamtes)

Lage der Wohnung Arbeitsamtsbezirk	Zahl der Einpendler im Oktober 1950 nach der Kartei des Landesarbeitsamtes					
	männlich		weiblich		zusammen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Bad Oldesloe . . . . .	13 848	36,16	4 633	45,79	18 481	38,17
Elmshorn . . . . .	12 453	32,51	3 724	36,81	16 177	33,41
Neumünster . . . . .	1 203	3,14	278	2,75	1 481	3,06
Lübeck . . . . .	681	1,78	68	0,67	749	1,54
<b>L. A. A. Schleswig-Holstein . . . . .</b>	<b>28 185</b>	<b>73,59</b>	<b>8 703</b>	<b>86,02</b>	<b>36 888</b>	<b>76,18</b>
Lüneburg . . . . .	8 188	21,38	1 156	11,42	9 344	19,30
Stade . . . . .	1 929	5,03	259	2,56	2 188	4,52
<b>L. A. A. Niedersachsen . . . . .</b>	<b>10 117</b>	<b>26,41</b>	<b>1 415</b>	<b>13,98</b>	<b>11 532</b>	<b>23,82</b>
<b>Einpendler insgesamt . . . . .</b>	<b>38 302</b>	<b>100</b>	<b>10 118</b>	<b>100</b>	<b>48 420</b>	<b>100</b>

samtzahl der Pendler aus dem betreffenden Kreise haben. Es muß an dieser Stelle gleich darauf hingewiesen werden, daß die absolute Zahl der Pendler noch keinen ausreichenden Maßstab für ihre wirtschaftliche Verflechtung mit dem Hamburger Arbeitsmarkt bietet, sondern daß hierfür der Anteil, den die Pendler an der Gesamtzahl der in den Gemeinden wohnenden Erwerbspersonen ausmachen, mit herangezogen werden muß. Hierauf soll später (im Abschnitt 5 und der Übersicht 10) noch näher eingegangen werden. Zuvor sei auf die Gemeinden, die die größten Pendlerzahlen aufweisen, noch kurz hingewiesen.

Der Kreis Pinneberg hat insgesamt 53 Gemeinden; hiervon weisen 52 Gemeinden Pendler nach Hamburg auf. Im Kreis Stormarn wohnen in 92 von 94 Gemeinden Pendler nach Hamburg; von den 131 Gemeinden des Kreises Lauenburg

sind 93 Gemeinden, und von den 138 Gemeinden des Kreises Harburg 134 Gemeinden an der Pendelwanderung nach Hamburg beteiligt. Bei den entfernter liegenden Kreisen fällt die Zahl und der Anteil der Gemeinden, aus denen Pendler nach Hamburg strömen, wie die Übersicht 3 erkennen läßt, stärker ab. In dieser Übersicht sind die Gemeinden zugleich nach der Zahl der Pendler gruppiert.

Die 6 Gemeinden des Kreises Pinneberg, aus denen über 1000 Erwerbspersonen nach Hamburg pendeln, sind, wie die Tabelle 1 zeigt, **Pinneberg mit 2400 Pendlern, Schenefeld und Halstenbek mit je etwas über 1000, Elmshorn, Wedel und Garstedt mit jeweils über 1900 Pendlern.** Mehr als 500 Pendler finden sich im Kreise Pinneberg noch in den Gemeinden **Quickborn, Uetersen, Rellingen und Tornesch.**

Übersicht 3

Gliederung der Gemeinden nach dem Umfang der Pendlerwanderung nach Hamburg

Kreise	Zahl der Gemeinden im Kreis		Zahl der Gemeinden mit . . . Auspendlern nach Hamburg . . .								
	überhaupt	davon mit Einpendlern nach Hamburg	unter 50	50-100	100-300	300-500	500-700	700-1000	1000-1500	1500-2000	über 2000
Pinneberg . . . . .	53	52	20	13	6	3	1	3	2	3	1
Stormarn . . . . .	94	92	55	12	12	6	3	—	3	—	1
Herzogtum Lauenburg . . . . .	131	93	79	5	3	3	1	1	1	—	—
Segeberg . . . . .	90	58	50	4	4	—	—	—	—	—	—
Steinburg . . . . .	103	52	48	1	3	—	—	—	—	—	—
Lübeck . . . . .	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Eutin . . . . .	10	10	10	—	—	—	—	—	—	—	—
Neumünster . . . . .	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Rendsburg . . . . .	135	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—
Süderdithmarschen . . . . .	85	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Schleswig-Holstein . . . . .</b>	<b>703</b>	<b>365</b>	<b>268</b>	<b>36</b>	<b>28</b>	<b>13</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>2</b>
Harburg . . . . .	138	134	96	18	15	3	1	1	—	—	—
Stade . . . . .	93	65	60	2	2	—	1	—	—	—	—
Lüneburg-Land . . . . .	107	50	50	—	—	—	—	—	—	—	—
Lüneburg-Stadt . . . . .	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—
Rotenburg . . . . .	64	36	36	—	—	—	—	—	—	—	—
Land Hadeln . . . . .	58	33	33	—	—	—	—	—	—	—	—
Soltau . . . . .	58	22	22	—	—	—	—	—	—	—	—
Uelzen . . . . .	190	27	27	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremervörde . . . . .	110	20	20	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Niedersachsen . . . . .</b>	<b>819</b>	<b>388</b>	<b>344</b>	<b>20</b>	<b>18</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>1 522</b>	<b>753</b>	<b>612</b>	<b>56</b>	<b>46</b>	<b>16</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>2</b>

Im Landkreis Stormarn sind 4 Gemeinden mit mehr als 1000 Pendlern vorhanden. An der Spitze steht hier Ahrensburg mit über 2700 Pendlern als wichtigste Wohngemeinde der in Hamburg Beschäftigten. Mehr als 1000 Einpendler kommen außerdem aus Harksheide, Reinbek sowie aus der früher hamburgischen Exklave Großhansdorf-Schmalenbeck. Für Hamburg wichtige Pendlergemeinden sind im Kreise Stormarn ferner noch Bargtheide, Glinde, Oststeinbek, Barsbüttel, Glashütte und Bad Oldesloe mit jeweils mehr als 400 Pendlern.

Im Kreise Lauenburg weist nur eine Gemeinde mehr als 1000 Pendler auf; von den 5500 Einpendlern dieses Kreises wohnen allein 1500 in der früher zu Hamburg gehörenden Stadt Geesthacht; mehr als 700 Pendler kommen aus Wentorf, über 500 Pendler aus Aumühle und mehr als 400 aus Schwarzenbek.

Im Landkreis Harburg findet sich unter den Wohnsitzgemeinden der in Hamburg beschäftigten Einpendler kein solch bedeutender Schwerpunkt wie in den anderen drei Kreisen. Die größten Pendlermassen kommen hier aus den Gemeinden Meckelfeld mit über 700 Pendlern, Buchholz mit über 500 sowie Stelle und Winsen mit jeweils über 400 Pendlern.

Untersucht man weiterhin, welche Gemeinden in den übrigen Kreisen besonders große Pendlerzahlen aufweisen, so ist hier u. a. noch im Kreise Stade die Gemeinde Buxtehude mit 554 Einpendlern nach Hamburg zu nennen. Ferner ist die Zahl der Pendler aus den Städten Lübeck (386), Lüneburg (221), Glückstadt (147) und Itzehoe (138) beachtenswert.

4. Vergleich mit 1939 und 1946

Nach der großen Gebietserweiterung der Hansestadt Hamburg im April 1937 ist die Zahl der Einpendler in dieses Gebiet aus den umliegenden Gemeinden sowohl bei der letzten Volkszählung vor dem Kriege im Mai 1939 als auch bei der ersten Nachkriegsvolkszählung im Oktober 1946 ermittelt worden. Allerdings ist damals nicht das gleiche Einzugsgebiet berücksichtigt worden wie bei der Volkszählung vom September 1950. Bei der Volkszählung 1939 ist die Zahl der Einpendler lediglich für die 4 Nachbarkreise Pinneberg, Stormarn, Lauenburg und Harburg festgestellt, bei der Volkszählung 1946 außerdem auch noch für die 5 Kreise Segeberg, Steinburg, Uelzen, Lüneburg und Stade. Dies muß bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Volkszählung berücksichtigt werden. Aus den vier oben erwähnten Nachbarkreisen, für die bei allen drei Zählungen die Einpendler nach Hamburg ausgezählt sind, ergeben sich folgende Vergleichszahlen:

- 1939 = 16 310 Einpendler
- 1946 = 24 471 Einpendler
- 1950 = 44 440 Einpendler.

Demnach hat sich die Zahl der Einpendler in die Stadt Hamburg aus diesen 4 Kreisen in folgendem Ausmaß verändert:

- von 1939 bis 1946 um 8 141 Pendler oder 50 v. H.
- von 1946 bis 1950 um 19 936 Pendler oder 82 v. H.
- von 1939 bis 1950 um 28 130 Pendler oder 170 v. H.

Berücksichtigt man dagegen die 9 Nachbarkreise, für die 1946 und 1950 die Einpendler ermittelt sind, so erhält man folgende Zahlen:

- Einpendler aus 9 Kreisen 1946 = 27 359 Personen
- 1950 = 48 459 Personen.

In diesen 4 Jahren hat sich die Zahl der Einpendler aus den 9 Nachbarkreisen demnach um 21 100 oder um rund 78 v. H. vermehrt.

#### Übersicht 4

#### Vergleich der Einpendler nach Hamburg in 4 Nachbarkreisen nach den Volkszählungen 1939 und 1950

Kreise	Zahl der Einpendler nach Hamburg				Zunahme der Pendler 1939 - 1950	
	im Jahre 1939		im Jahre 1950		überh.	v. H.
	überh.	v. H.	überh.	v. H.		
Pinneberg . . .	6 703	41,10	16 855	37,93	10 152	151,45
Stormarn . . .	5 618	34,44	14 315	32,21	8 697	154,81
Lauenburg . . .	1 443	8,85	5 465	12,30	4 022	278,72
Harburg . . .	2 546	15,61	7 805	17,56	5 259	206,56
<b>Insgesamt . . .</b>	<b>16 310</b>	<b>100</b>	<b>44 440</b>	<b>100</b>	<b>28 130</b>	<b>172,47</b>

#### Übersicht 5

#### Vergleich der Einpendler nach Hamburg in 9 Nachbarkreisen nach den Volkszählungen 1946 und 1950

Kreise	Zahl der Einpendler nach Hamburg				Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Pendler 1946 - 1950	
	im Jahre 1946		im Jahre 1950		überh.	v. H.
	überh.	v. H.	überh.	v. H.		
Pinneberg . . .	9 075	33,17	16 855	34,62	+ 7 780	+ 85,73
Stormarn . . .	8 183	29,91	14 315	29,41	+ 6 132	+ 74,94
Lauenburg . . .	3 311	12,10	5 465	11,23	+ 2 154	+ 65,06
Harburg . . .	3 902	14,26	7 805	16,03	+ 3 903	+100,03
Segeberg . . .	961	3,51	1 197	2,46	+ 236	+ 24,56
Steinburg . . .	778	2,84	930	1,91	+ 152	+ 19,54
Uelzen . . .	130	0,48	88	0,18	- 42	- 32,31
Lüneburg <sup>1)</sup> . . .	276	1,01	502	1,03	+ 226	+ 81,88
Stade . . . . .	743	2,72	1 523	3,13	+ 780	+104,98
<b>Insgesamt . . .</b>	<b>27 359</b>	<b>100</b>	<b>48 680</b>	<b>100</b>	<b>+21 321</b>	<b>+ 77,93</b>

<sup>1)</sup> Stadt- und Landkreis Lüneburg

Wie die Übersichten 4 und 5 erkennen lassen, weist die Zunahme der Einpendler seit 1939 bzw. 1946 in den einzelnen Kreisen bedeutende Unterschiede auf. Seit 1939 war sie absolut am größten in Pinneberg mit über 10 000 und in Stormarn mit rund 8700; relativ hat dagegen die Zahl der Einpendler nach Hamburg am stärksten in den Kreisen Lauenburg mit 278 v. H. und Harburg mit 206 v. H. zugenommen. Seit 1946 findet sich die größte absolute Zunahme ebenfalls im Kreis Pinneberg (mit rund 7800) und im Kreis Stormarn (mit rund 6100); verhältnismäßig stärker war sie seit 1946 aber in den Kreisen Harburg und Stade, wo sie sich in den 4 Jahren bis September 1950 mehr als verdoppelt hat.

Tiefere Einblicke in die Veränderungen, die sich nach der Wohnsitzverteilung der Einpendler seit der Vorkriegszeit herausgebildet haben, bietet die Übersicht 6, in der die Zahl der Einpendler aus den 4 Nachbarkreisen für beide Vergleichsjahre nach wichtigen Gemeinden aufgeteilt sind. Bemerkenswert ist hierbei vor allem, daß die Gruppe der „übrigen Gemeinden“ im Jahre 1950, die vor dem Kriege als Wohnsitzgemeinde für in Hamburg beschäftigte Erwerbspersonen verhältnismäßig bedeutungslos war, jetzt einen recht kräftigen Einpendlerstrom nach Hamburg aufweist. Die

Zunahme der Pendler war absolut am größten in den Gemeinden Elmshorn, Ahrensburg, Geesthacht, Wedel und Pinneberg, wo sie jeweils über 1200 Personen, in Elmshorn sogar über 1500 Personen ausmacht, relativ am stärksten hat sich die Zahl der Pendler dagegen in den Gemeinden Schwarzenbek und Geesthacht vermehrt, wo die Zunahme mehr als das Fünffache von 1939 beträgt. In Geesthacht dürfte diese außergewöhnliche Zunahme des Einpendlerstroms nach Hamburg in der Hauptsache auf die Demontage der Pulver-Fabriken in Krümmel und Düneberg zurückzuführen sein, deren wachsende Kapazität vor und während des Krieges einen großen Zustrom von Arbeitskräften aus anderen Gemeinden nach Geesthacht hervorgerufen hatte. Weiterhin ist zu beachten, daß im Jahre 1950 auch solche Gemeinden eine beachtliche Zahl von Einpendlern nach Hamburg aufweisen, die abseits der großen und wichtigen Verkehrslinien liegen. In welchem Maße dies der Fall ist, kann der beiliegenden Karte entnommen werden.

Diese große Zunahme der Einpendler aus anderen Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit ist nicht etwa auf eine besonders günstige wirtschaftliche Entwicklung in Hamburg zurückzuführen, sondern sie ist in der Hauptsache eine unmittelbare Folge der Kriegsereignisse, die bei allen durch den Krieg stark zerstörten Großstädten zu beobachten ist. Da die Großstädte im allgemeinen stärker unter den Zerstörungen durch Luftangriffe oder andere Kriegsmaßnahmen zu leiden gehabt haben als die ihnen benachbarten Landgemeinden oder Kleinstädte, ist ein großer Teil der großstädtischen Wohnbevölkerung freiwillig oder zwangsläufig in die umliegenden ländlichen Gebiete ausgesiedelt. Diese ehemaligen Großstädter haben in ihren neuen Wohngemeinden aber zumeist nur eine mehr oder weniger ausreichende Wohnung oder Unterkunft gefunden. Weit seltener ist es ihnen gelungen, dort auch eine neue wirtschaftliche Lebensgrundlage aufzubauen, denn die in ihrer neuen Wohngemeinde vorhandene wirtschaftliche Kapazität konnte weniger leicht erweitert oder der Berufsstruktur der ausgebombten Neubürger angepaßt werden als die Belegung der dort vorhandenen Wohn- und Unterkunftsräume dem dringenden Wohnbedarf für die wohnungslos gewordenen Großstädter. Deshalb haben sich die ausgesiedelten Großstädter in besonderem Maße bemüht, in ihrer alten Heimatstadt wenigstens wieder eine Erwerbsmöglichkeit zu finden. Dies ist auch vielfach gelungen, zumal wenn die Arbeitsstätten der ausgebombten Großstädter erhalten geblieben waren oder bald wieder aufgebaut werden konnten. Aber auch sonst bot die Großstadt trotz weitgehender Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Kapazität den ausgebombten Großstädtern zumeist leichter die Möglichkeit, sich dort eine neue Existenz aufzubauen als die überfüllte neue Wohngemeinde. Der Wohnungsbau in den Großstädten hat mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, d. h. dem Wiederaufbau an Arbeitsplätzen, im allgemeinen nicht Schritt halten können; deshalb war eine Rückwanderung der ausgebombten und in der Großstadt beschäftigten ehemaligen Einwohner nur in be-

**Vergleich der Einpendler nach Hamburg  
in wichtigen Wohngemeinden der 4 Nachbarkreise 1939 und 1950**

Kreise Gemeinden	Zahl der Einpendler nach Hamburg				Zunahme der Einpendler	
	1939		1950		überhaupt	v. H.
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
<b>Nach Kreisen</b>						
<b>1. Kreise des Landes Schleswig-Holstein:</b>						
Pinneberg . . . . .	6 703	41,1	16 855	37,9	10 152	151,5
Stormarn . . . . .	5 618	34,4	14 315	32,2	8 697	154,8
Herzogtum Lauenburg . . . . .	1 443	8,9	5 465	12,3	4 022	278,7
<b>2. Kreis des Landes Niedersachsen:</b>						
Harburg . . . . .	2 546	15,6	7 805	17,6	5 259	206,6
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>16 310</b>	<b>100</b>	<b>44 440</b>	<b>100</b>	<b>28 130</b>	<b>172,5</b>
<b>Nach wichtigen Gemeinden</b>						
<b>1. Gemeinden des Kreises Pinneberg:</b>						
Pinneberg . . . . .	1 202	17,9	2 422	14,4	1 220	101,5
Garstedt . . . . .	1 169	17,4	1 925	11,4	756	64,7
Wedel . . . . .	676	10,1	1 931	11,5	1 255	185,7
Schenefeld . . . . .	578	8,6	1 094	6,5	516	89,3
Halstenbek . . . . .	469	7,0	1 048	6,2	579	123,5
Elmshorn . . . . .	424	6,3	1 984	11,8	1 560	367,9
Rellingen . . . . .	374	5,6	795	4,7	421	112,6
Quickborn . . . . .	352	5,3	991	5,9	639	181,5
Friedrichsgabe . . . . .	249	3,7	370	2,2	121	48,6
Tornesch . . . . .	235	3,5	574	3,4	339	144,3
Uetersen . . . . .	164	2,5	799	4,7	635	387,2
Bönningstedt . . . . .	65	1,0	302	1,8	237	364,6
Holm . . . . .	39	0,6	119	0,7	80	205,1
übrige Gemeind. d. Kr. Pinneberg	707	10,5	2 501	14,8	1 794	253,7
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>6 703</b>	<b>100</b>	<b>16 855</b>	<b>100</b>	<b>10 152</b>	<b>151,5</b>
<b>2. Gemeinden des Kreises Stormarn:</b>						
Ahrensburg . . . . .	1 391	24,8	2 778	19,4	1 387	99,7
Reinbek . . . . .	719	12,8	1 244	8,7	525	73,0
Glashütte . . . . .	380	6,8	474	3,3	94	24,7
Großhansdorf-Schmalenbeck <sup>1)</sup> . . . . .	379	6,7	1 009	7,1	630	166,2
Oststeinbek <sup>2)</sup> . . . . .	364	6,5	556	3,9	192	52,7
Bünningstedt . . . . .	214	3,8	333	2,3	119	55,6
Barsbüttel . . . . .	177	3,2	475	3,3	298	168,4
Bargtheide . . . . .	170	3,0	618	4,3	448	263,5
Schönningstedt . . . . .	153	2,7	295	2,1	142	92,8
Hoisdüttel . . . . .	95	1,7	348	2,4	253	266,3
Bad Oldesloe . . . . .	85	1,5	411	2,9	326	383,5
Glinde . . . . .	—	—	688	4,8	688	0
Havighorst . . . . .	—	—	99	0,7	99	0
übrige Gemeind. d. Kr. Stormarn	1 491	26,5	4 987	34,8	3 496	234,5
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>5 618</b>	<b>100</b>	<b>14 315</b>	<b>100</b>	<b>8 697</b>	<b>154,8</b>
<b>3. Gemeinden des Kreises Herzogtum Lauenburg:</b>						
Wentorf bei Reinbek . . . . .	384	26,6	716	13,1	332	86,5
Geesthacht . . . . .	230	15,9	1 492	27,3	1 262	548,7
Aumühle-Billenkamp . . . . .	221	15,3	512	9,4	291	131,7
Börnsen . . . . .	185	12,8	411	7,5	226	122,2
Wohltorf . . . . .	131	9,1	338	6,2	207	158,0
Schwarzenbek . . . . .	66	4,6	470	8,6	404	612,1
Lauenburg . . . . .	46	3,2	209	3,8	163	354,3
Escheburg . . . . .	37	2,6	129	2,4	92	248,6
Büchen . . . . .	17	1,2	95	1,7	78	458,8
übrige Gemeind. d. Kr. Lauenburg	126	8,7	1 093	20,0	967	767,5
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>1 443</b>	<b>100</b>	<b>5 465</b>	<b>100</b>	<b>4 022</b>	<b>172,5</b>
<b>4. Gemeinden des Kreises Harburg:</b>						
Meckelfeld . . . . .	391	15,3	715	9,2	324	82,9
Buchholz . . . . .	170	6,7	545	7,0	375	220,6
Fleestedt . . . . .	136	5,3	267	3,4	131	96,3
Maschen . . . . .	132	5,2	366	4,7	234	177,3
Stelle . . . . .	110	4,3	414	5,3	304	276,4
Winsen an der Luhe . . . . .	105	4,1	426	5,5	321	305,7
Hittfeld . . . . .	104	4,1	292	3,7	188	180,8
Over . . . . .	98	3,8	155	2,0	57	58,2
Wulmstorf <sup>3)</sup> . . . . .	88	3,5	177	2,3	89	101,1
Tostedt . . . . .	73	2,9	156	2,0	83	113,7
Bullenhausen . . . . .	68	2,7	158	2,0	90	132,4
Hörsten . . . . .	60	2,4	94	1,2	34	56,7
Glüsing . . . . .	56	2,2	78	1,0	22	39,3
übrige Gemeinden d. Kr. Harburg	955	37,5	3 962	50,7	3 007	314,9
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>2 546</b>	<b>100</b>	<b>7 805</b>	<b>100</b>	<b>5 259</b>	<b>206,6</b>

1) 1939 Groß-Hansdorf

2) 1939 Steinbek-Oststeinbek

3) 1939 Neu-Wulmstorf



schränktem Umfang möglich. Infolgedessen hat sich der Strom der Einpendler in die Großstadt gegenüber der Vorkriegszeit erheblich verstärkt.

Außer den ausgebombten Hamburgern war aber noch eine weitere Bevölkerungsgruppe nach dem Kriege in besonderem Maße darauf angewiesen, die reicheren und vielfältigeren Erwerbsmöglichkeiten in der Großstadt wahrzunehmen, auch wenn ein Zuzug dorthin wegen des Mangels an Wohnraum nicht möglich war. Es waren dies die Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Zugewanderten aus dem Osten Deutsch-

lands, die ebenfalls in erster Linie in den wenig zerstörten Landgemeinden und Kleinstädten untergebracht sind. Auch dieser Bevölkerungsgruppe ist es nur zum Teil gelungen, in ihrer neuen Wohn-gemeinde eine ausreichende Existenz zu finden, obgleich sie nach ihrer beruflichen Herkunft dafür vielfach bessere Möglichkeiten hatten als die ausgebombten Großstädter. Infolgedessen hat auch die Ansiedlung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in den Nachbargemeinden und Nachbarkreisen der Großstädte mehr oder weniger zu einer Vermehrung der Einpendler in die Großstadt beigetragen.

## Übersicht 7

### Zahl und Anteil der Vorkriegs-Hamburger<sup>1)</sup>, Heimatvertriebenen und Einheimischen unter den Einpendlern 1950 nach Kreisen

Lage der Wohnung am 13. September 1950 Kreise	Einpendler insgesamt	davon sind					
		Vorkriegs-Hamburger <sup>1)</sup>		Heimatvertriebene		Einheimische	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
<b>Schleswig-Holstein</b>							
Pinneberg . . . . .	16 855	3 414	20,3	5 367	31,8	8 074	47,9
Stormarn . . . . .	14 315	3 835	26,8	4 307	30,1	6 173	43,1
Herzogtum Lauenburg . . . . .	5 465	1 407	25,8	1 631	29,8	2 427	44,4
Segeberg . . . . .	1 197	258	21,5	467	39,0	473	39,5
Steinburg . . . . .	930	144	15,5	382	41,1	404	43,4
Lübeck . . . . .	386	40	10,4	136	35,2	210	54,4
Eutin . . . . .	68	24	35,3	15	23,5	28	41,2
Neumünster . . . . .	26	3	11,5	6	23,1	17	65,4
Rendsburg . . . . .	10	—	—	3	30,0	7	70,0
Süderdithmarschen . . . . .	6	1	16,7	3	50,0	2	33,3
<b>Niedersachsen</b>							
Harburg . . . . .	7 805	1 901	24,4	2 483	31,8	3 421	43,8
Stade . . . . .	1 523	235	15,4	537	35,3	751	49,3
Lüneburg-Land . . . . .	284	38	13,4	104	36,6	142	50,0
Lüneburg-Stadt . . . . .	221	39	17,7	62	28,8	120	54,3
Rotenburg . . . . .	161	16	9,9	89	55,9	56	34,2
Land Hadeln . . . . .	132	10	7,6	44	33,3	78	59,1
Soltau . . . . .	91	21	23,1	36	40,6	34	36,3
Uelzen . . . . .	88	16	18,2	29	32,9	43	48,9
Bremervörde . . . . .	37	3	8,1	23	62,2	11	29,7
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>49 600</b>	<b>11 405</b>	<b>23,0</b>	<b>15 724</b>	<b>31,7</b>	<b>22 471</b>	<b>45,3</b>

<sup>1)</sup> Erwerbspersonen, die am 1. Sept. 1939 in Hamburg wohnten.

Die Bedeutung der Kriegsfolgen für die Pendelwanderung kommt bei einer Gliederung der Einpendler nach ihrem Wohnsitz am 1. September 1939 deutlich zum Ausdruck. Von den 49 600 Einpendlern nach Hamburg hatten am 1. September 1939 11 405 oder 23 v. H. in der Hansestadt Hamburg gewohnt. Überwiegend dürften dies wohl Personen sein, die ihre Wohnung in Hamburg durch Bombenschaden verloren haben; eine Aussonderung der ausgebombten und evakuierten Hamburger, die man populär auch als „Butenhamburger“ bezeichnet, aus dem Personenkreis der Vorkriegs-Hamburger, d. h. der Personen, die am 1. September 1939 in Hamburg gewohnt haben, ist in diesem Rahmen leider nicht möglich. 15 724 Personen oder 32 v. H. der Einpendler waren Heimatvertriebene. Nur 22 471 Pendler oder 45 v. H. hatten im Jahre 1939 außerhalb Hamburgs im Gebiet der Bundesrepublik gewohnt. Die Hauptmasse dieser 22 471 Pendler, die weder als Vorkriegs-Hamburger noch als Heimatvertriebene bezeichnet werden können, dürfte vor

dem Kriege in der gleichen Gemeinde oder im gleichen Kreis oder wenigstens im gleichen Lande gewohnt haben wie 1950. Es ist deshalb wohl unbedenklich, diese Pendlergruppe im Gegensatz zu den anderen beiden Gruppen als „Einheimische“ zu bezeichnen.

In der Übersicht 7 ist die Verteilung der Pendler nach diesen 3 Gruppen in den einzelnen Kreisen und in der Tabelle 2 auch nach den wichtigsten Gemeinden ihres gegenwärtigen Wohnsitzes angegeben. Hiernach ist der Anteil der Vorkriegs-Hamburger unter den Einpendlern relativ am höchsten in den benachbarten Kreisen Stormarn, Lauenburg und Harburg-Land, der Anteil der Heimatvertriebenen dagegen in den weiter entfernt liegenden Kreisen Steinburg, Segeberg, Lüneburg Stadt und Land. In welchem Maße die Zunahme der Pendler auf die Ansiedlung von Vorkriegs-Hamburgern und damit weitgehend von Ausgebombten sowie von Heimatvertriebenen und aus der Sowjetzone Zugewander-

ten zurückzuführen ist, läßt folgende Vergleichsrechnung entnehmen, die allerdings nur für die 4 N a c h b a r k r e i s e möglich ist.

	Pendlerzunahme 1939-1950	Vorkriegs- Hamburger u. heimat- vertriebene Pendler 1950	Einheimische Pendler 1950	Pendler 1939
in Pinneberg	10 152	8 781	8 074	6 703
Stormarn	8 697	8 142	6 173	5 618
Lauenburg	4 022	3 038	2 427	1 443
Harburg	5 259	4 384	3 421	2 546

Man kann hieraus eindeutig entnehmen, daß die Zunahme der Pendler in diesen 4 Kreisen in der Hauptsache auf die Ansiedlung von Vorkriegs-Hamburgern und von Heimatvertriebenen zurückzuführen ist. Daneben ist aber bemerkenswert, daß eine Zunahme der Einpendler auch dann festgestellt werden kann, wenn man die Zahl der Einpendler von 1939 lediglich mit der Zahl der „einheimischen“ Pendler von 1950 vergleicht. **Danach ist die Anziehungskraft Hamburgs als Arbeitsplatz auch für die einheimische Bevölkerung der angrenzenden Kreise seit 1939 gewachsen.** Dies dürfte in erster Linie auf die seitdem durchgeführte Verbesserung der Verkehrsverbindungen mit Hamburg zurückzuführen sein.

#### Übersicht 8

#### Gliederung der Gemeinden nach dem Anteil der Auspendler nach Hamburg an den in den Gemeinden wohnenden Erwerbspersonen

Kreise	Zahl der Gemeinden mit einem Pendleranteil von ... v. H. der dort wohnenden Erwerbspersonen										
	insgesamt	d a v o n									
		unter 5 v. H.	5-10 v. H.	10-15 v. H.	15-20 v. H.	20-25 v. H.	25-30 v. H.	30-35 v. H.	35-40 v. H.	40-50 v. H.	über 50 v. H.
Pinneberg	52	10	17	9	2	2	5	2	3	1	1
Stormarn	92	30	13	10	10	6	7	6	2	6	2
Lauenburg	93	69	9	5	2	1	1	3	2	1	—
Harburg	134	38	39	22	6	9	5	5	3	1	—
Segeberg	58	49	5	1	3	—	—	—	—	—	—
Steinburg	52	47	5	—	—	—	—	—	—	—	—
Stade	65	57	5	3	—	—	—	—	—	—	—
<b>Insgesamt</b>	<b>546</b>	<b>300</b>	<b>93</b>	<b>50</b>	<b>23</b>	<b>18</b>	<b>18</b>	<b>16</b>	<b>13</b>	<b>11</b>	<b>4</b>

Diese Anteilzahlen für die Kreise sind aber wenig geeignet, ein klares Bild über den wirklichen Grad der wirtschaftlichen Verflechtung der Nachbargebiete mit dem Hamburger Arbeitsmarkt zu vermitteln. Man muß hierzu schon auf die Gemeinden zurückgreifen, denn auch unter den Gemeinden der Nachbarkreise schwankt der Anteil der Auspendler nach Hamburg an den dort wohnenden Erwerbspersonen von geringen Prozentsätzen bis zu mehr als der Hälfte aller Erwerbspersonen (vgl. die Übersichten 8 u. 10). Bei der Hauptmasse der Gemeinden beträgt der Anteil der Pendler nach Hamburg weniger als 10 v. H., vielfach sogar weniger als 5 v. H. der dort wohnenden Erwerbspersonen. In 80 Gemeinden aber beläuft er sich auf mehr als 20 v. H., d. h. auf mehr als ein Fünftel; 15 Gemeinden weisen sogar einen Anteil der Pendler von mehr als 40 v. H. auf und in 4 Gemeinden umfassen die Auspendler nach Hamburg sogar mehr als die Hälfte der in

#### 5. Die Bedeutung Hamburgs als Arbeitsplatz für die umliegenden Kreise und Gemeinden

Aus der bisherigen Darstellung kann man wohl entnehmen, wie viele Erwerbspersonen aus den umliegenden Kreisen und Gemeinden in Hamburg tätig sind; die Bedeutung Hamburgs als Arbeitsplatz für die Kreise und Gemeinden kann man aber erst ausreichend beurteilen, wenn man feststellt, **wie groß der Anteil der Auspendler nach Hamburg an der Gesamtzahl der in diesen Kreisen oder Gemeinden wohnenden Erwerbspersonen ist.** Die Höhe dieses Anteils in den einzelnen K r e i s e n ist sehr verschieden. Er beträgt:

im Kreise Pinneberg	20,33 v. H. der Erwerbspersonen
im Kreise Stormarn	48,15 v. H. der Erwerbspersonen
im Kreise Lauenburg	9,02 v. H. der Erwerbspersonen
im Kreise Harburg	14,20 v. H. der Erwerbspersonen
im Kreise Segeberg	2,61 v. H. der Erwerbspersonen
im Kreise Steinburg	1,69 v. H. der Erwerbspersonen.

In den übrigen ferner gelegenen Kreisen, in denen die Zahl und der Anteil der Gemeinden, die Auspendler nach Hamburg aufweisen, stark absinkt, ist der Anteil der Pendler an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen nur unbedeutend.

diesen Gemeinden wohnenden Erwerbspersonen. Es handelt sich hierbei um folgende Gemeinden:

Garstedt	mit 1925 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 52,47 v. H.
Harksheide	mit 1291 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 52,44 v. H.
Oststeinbek	mit 556 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 53,21 v. H.
Meckelfeld	mit 715 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 57,11 v. H.

Die übrigen 11 Gemeinden, aus denen mehr als 40 v. H. der dort wohnenden Erwerbspersonen n a c h H a m b u r g auspendeln, sind:

Bünningstedt	mit 333 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 40,07 v. H.
Stapelhof	mit 193 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 41,06 v. H.
Glashütte	mit 474 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 43,93 v. H.
Schenefeld	mit 1094 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 44,44 v. H.
Fleestedt	mit 267 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 45,88 v. H.
Großhansdorf	mit 1009 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 46,67 v. H.
Hörsten	mit 94 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 46,77 v. H.
Börnsen	mit 411 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 47,19 v. H.
Barsbüttel	mit 475 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 47,69 v. H.
Hoisdüppel	mit 248 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 48,54 v. H.
Bullenhusen	mit 158 Auspendlern <sup>1)</sup> oder 49,84 v. H.

<sup>1)</sup> nur Auspendler nach Hamburg.

Wie die Zahlen erkennen lassen, zählen diese Gemeinden, für deren wirtschaftliche Lage der Hamburger Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung ist, mit Ausnahme von Garstedt, Harksheide, Schenefeld und Großhansdorf, keineswegs zu den Gemeinden mit besonders großen Pendlerzahlen. Man muß hierbei aber beachten, daß die Zahl der Pendler in einer Gemeinde auch durch die Größe der Gemeinde beeinflußt wird. Je größer die Gemeinde ist, um so größer und eigenständiger

pflegt andererseits aber auch die eigene Arbeitskapazität zu sein. Vielfach bildet sie sogar selbst einen wirtschaftlichen Schwerpunkt für die umliegenden Gemeinden, aus denen sie Arbeitskräfte an sich heranzieht.

Wenn man die großen Gemeinden, die in dem Einzugsgebiet des hamburgischen Arbeitsmarktes gelegen sind, nach ihrer Pendlerzahl und ihrem Pendleranteil an den im Ort wohnenden Erwerbspersonen untersucht, so erhält man folgendes Bild:

## Übersicht 9

### Größere Gemeinden im Einzugsgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg nach Zahl und Anteil der Aus- und Einpendler<sup>1)</sup>

Gemeinden	Gesamtzahl der dort wohnenden Erwerbspersonen	davon waren Auspendler					dagegen Einpendler <sup>4)</sup> aus anderen Gemeinden		Einpendler mehr (+) oder weniger (-) als Auspendler
		insgesamt <sup>3)</sup>	v. H. der Erwerbspers.	davon Auspendler nach Hamburg			überhaupt	v. H. der Erwerbspers.	
				überhaupt	v. H. der Erwerbspers.	v. H. der Auspendler			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Ahrensburg . . . . .	7 325	2 968	40,52	2 778	37,92	93,56	902	12,31	- 2 066
Pinneberg . . . . .	10 798	3 122	28,91	2 422	22,43	77,58	2 591	24,00	- 531
Elmshorn . . . . .	14 937	2 880	19,28	1 984	13,28	68,89	2 427	16,25	- 453
Wedel . . . . .	6 861	2 046	29,82	1 931	28,14	94,38	290	4,23	- 1 756
Geesthacht . . . . .	8 152	1 768	21,69	1 492	18,30	84,39	418	5,13	- 1 350
Reinbek . . . . .	3 807	1 967	51,67	1 244	32,68	63,24	359	9,43	- 1 608
Halstenbek . . . . .	2 818	1 335	47,37	1 048	37,19	78,50	696	24,70	- 639
Uetersen . . . . .	5 943	1 401	23,57	799	13,44	57,03	1 508	25,37	+ 107
Glinde . . . . .	2 395	804	33,57	688	28,73	85,57	2 195	91,65	+ 1 391
Bargteheide . . . . .	2 568	760	29,60	618	24,07	81,32	430	16,74	- 330
Buxtehude <sup>2)</sup> . . . . .	5 398	.	.	554	10,26	.	.	.	.
Bad Oldesloe . . . . .	6 207	630	10,15	411	6,62	65,24	1 429	23,02	+ 799
Lübeck . . . . .	97 990	919	0,94	386	0,39	42,00	6 485	6,62	+ 5 566
Lüneburg <sup>2)</sup> . . . . .	24 662	.	.	221	0,90	.	.	.	.
Stade <sup>2)</sup> . . . . .	11 971	.	.	174	1,45	.	.	.	.
Glückstadt . . . . .	4 765	324	6,80	147	3,08	45,37	1 315	27,60	+ 991
Itzehoe . . . . .	14 183	2 400	16,92	138	0,97	5,75	3 075	21,68	+ 675

<sup>1)</sup> Nach der Gemeindestatistik von Schleswig-Holstein; vgl. Heft 12 der Statistik von Schleswig-Holstein.

<sup>2)</sup> Für die Gemeinden des Landes Niedersachsen liegen die entsprechenden Zahlen noch nicht vor.

<sup>3)</sup> Zahl der außerhalb der Gemeinde beschäftigten Erwerbspersonen.

<sup>4)</sup> Zahl der in der Gemeinde Beschäftigten, die außerhalb der Beschäftigungsgemeinde wohnen.

Diese Übersicht gibt nicht nur die Zahl der Auspendler nach Hamburg wieder, sondern auch die Gesamtzahl der Auspendler aus den genannten Gemeinden. Sie läßt erkennen, daß die Auspendler, deren Arbeitsstätte in Hamburg gelegen ist, in fast allen Gemeinden die überwiegende Mehrzahl der Auspendler umfaßt (vgl. Spalte 6). Weiterhin gibt sie die Zahl der Erwerbspersonen wieder, die in anderen Gemeinden wohnen, aber in den hier genannten Gemeinden Beschäftigung gefunden haben. Die Zahl dieser Einpendler ist in manchen dieser großen Gemeinden recht bedeutend, vor allem in Pinneberg, Elmshorn, Uetersen, Glinde, Bad Oldesloe sowie in der Stadt Lübeck, Glückstadt und Itzehoe. Trotzdem ist die Zahl der Auspendler aus diesen Gemeinden zumeist größer als die Zahl der Einpendler, und zwar in erster Linie wegen des großen Pendlerstrom, der sich nach Hamburg wendet. Nur bei wenigen der hier genannten Gemeinden, u. a. auch in Uetersen, Glinde und Bad Oldesloe, übertrifft die Zahl der Einpendler aus anderen Gemeinden die der Auspendler nach anderen Gemeinden. Die Übersicht 9 läßt also erkennen, daß die Bedeutung Hamburgs als Arbeitsplatz für die meisten dieser großen Gemeinden stark ins Gewicht

fällt, obgleich sie selbst über eine eigene große Arbeitskapazität verfügen und vielfach einen Arbeitsplatzschwerpunkt für die umliegenden Gemeinden bilden.

### 6. Die Pendlerintensität der Vorkriegs-Hamburger, Heimatvertriebenen und der Einheimischen

Wie im Abschnitt 4 und der Übersicht 7 bereits gezeigt war, besteht die Hauptmasse der Einpendler nach Hamburg aus heimatvertriebenen Erwerbspersonen und Personen, die am 1. 9. 39 in Hamburg gewohnt haben. Nur 45 v. H. der Einpendler gehören zur einheimischen Bevölkerung der Nachbarländer. Weitere Untersuchungen lassen erkennen, daß die Pendlerintensität dieser 3 Bevölkerungsgruppen recht verschieden ist. Von 100 heimatvertriebenen Erwerbspersonen in den 4 Nachbarkreisen sind 16,4 Personen Einpendler nach Hamburg, von 100 Erwerbspersonen der dort wohnenden Vorkriegs-Hamburger sogar 42,4 Personen; dagegen pendeln von 100 einheimischen Erwerbspersonen nur 13,3 nach Hamburg. In den einzelnen Kreisen und Gemeinden bestehen in dieser Hinsicht

## Übersicht 10

## Der Anteil der Pendler nach Hamburg an den Erwerbspersonen der einzelnen Bevölkerungsgruppen in wichtigen Wohngemeinden der 4 Nachbarkreise

Kreise Gemeinden <sup>1)</sup>	Zahl der			Anteil der Pendler unter den Erwerbspersonen der		
	Erwerbspersonen	Pendler		Vorkriegs- Hamburger	Heimat- vertriebenen	Sonstigen (Einheimische)
		überhaupt	v. H.			
<b>Kreis Pinneberg</b> . . . . .	<b>82 919</b>	<b>16 855</b>	<b>20,33</b>	<b>47,90</b>	<b>20,15</b>	<b>16,43</b>
darunter:						
Pinneberg . . . . .	10 798	2 422	22,49	43,91	.	.
Tornesch . . . . .	2 512	574	22,85	48,84	.	.
Prisdorf . . . . .	616	157	25,49	43,96	.	.
Rellingen . . . . .	2 957	795	26,89	56,08	.	.
Wedel . . . . .	6 861	1 931	28,14	48,70	.	.
Quickborn . . . . .	3 372	991	29,39	52,47	.	.
Hasloh . . . . .	793	236	29,76	54,79	.	.
Ellerbek . . . . .	667	214	32,08	66,67	.	.
Egenbüttel . . . . .	539	178	33,02	61,11	.	.
Friedrichsgabe . . . . .	1 003	370	36,89	59,87	.	.
Bönningstedt . . . . .	817	302	36,96	58,33	.	.
Halstenbek . . . . .	2 818	1 048	37,19	66,82	.	.
Schenefeld . . . . .	2 462	1 094	44,44	58,81	.	.
Garstedt . . . . .	3 669	1 925	52,47	69,62	.	.
<b>Kreis Stormarn</b> . . . . .	<b>60 050</b>	<b>14 315</b>	<b>23,84</b>	<b>48,15</b>	<b>20,73</b>	<b>19,72</b>
darunter:						
Hammoor . . . . .	359	72	20,06	33,33	.	.
Schönningstedt . . . . .	1 451	295	20,33	41,24	.	.
Wilstedt . . . . .	529	114	21,55	55,36	.	.
Langelohe . . . . .	189	42	22,22	23,08	.	.
Bargteheide . . . . .	2 568	618	24,07	49,12	.	.
Timmerhorn . . . . .	90	22	24,44	57,14	.	.
Havighorst bei Reinbek . . . . .	394	99	25,13	35,14	.	.
Tangstedt . . . . .	431	111	25,75	46,88	.	.
Großensee . . . . .	503	132	26,24	47,50	.	.
Siek . . . . .	482	135	28,00	41,79	.	.
Glinde . . . . .	2 395	688	28,73	39,12	.	.
Oetjendorf . . . . .	134	39	29,10	80,00	.	.
Stenwarde . . . . .	382	112	29,32	45,00	.	.
Papendorf . . . . .	186	57	30,65	50,00	.	.
Willinghusen . . . . .	404	124	30,69	50,00	.	.
Braak . . . . .	275	85	30,91	60,87	.	.
Wulksfelde . . . . .	303	99	32,67	35,71	.	.
Reinbek . . . . .	3 807	1 244	32,68	50,08	.	.
Ahrensfelde . . . . .	315	110	34,92	56,82	.	.
Hoisdorf . . . . .	1 001	352	35,16	63,16	.	.
Ahrensburg . . . . .	7 325	2 778	38,03	56,13	.	.
Bünningstedt . . . . .	831	333	40,07	52,38	.	.
Stapelhof . . . . .	470	193	41,06	54,72	.	.
Glashütte . . . . .	1 079	474	43,93	60,00	.	.
Großhansdorf-Schmalenbeck . . . . .	2 162	1 009	46,67	61,45	.	.
Barsbüttel . . . . .	996	475	47,69	59,26	.	.
Hoisdorf . . . . .	717	248	48,54	73,21	.	.
Harksheide . . . . .	2 462	1 291	52,44	62,75	.	.
Oststeinbek . . . . .	1 045	566	53,21	58,68	.	.
<b>Kreis Herzogtum Lauenburg</b> . . . . .	<b>60 560</b>	<b>5 465</b>	<b>9,02</b>	<b>30,98</b>	<b>7,35</b>	<b>7,17</b>
darunter:						
Brunstorf . . . . .	361	77	21,33	38,89	.	.
Kröpelshagen-Fahrendorf . . . . .	313	91	29,07	57,89	.	.
Escheburg . . . . .	420	129	30,71	42,22	.	.
Wentorf bei Reinbek . . . . .	2 099	716	34,11	50,00	.	.
Aumühle-Billenkamp . . . . .	1 490	512	34,36	50,38	.	.
Dassendorf . . . . .	584	216	36,99	56,25	.	.
Wohltorf . . . . .	882	338	38,32	68,86	.	.
Börnsen . . . . .	871	411	47,19	61,15	.	.
<b>Kreis Harburg</b> . . . . .	<b>54 961</b>	<b>7 805</b>	<b>14,20</b>	<b>36,31</b>	<b>18,06</b>	<b>9,51</b>
darunter:						
Buchholz . . . . .	2 710	545	20,11	37,47	.	.
Klecken . . . . .	511	111	21,72	33,85	.	.
Nenndorf . . . . .	368	80	21,74	37,50	.	.
Seppensen . . . . .	519	115	22,16	39,76	.	.
Bendestorf . . . . .	485	111	22,89	41,60	.	.
Ashausen . . . . .	649	149	22,96	49,02	.	.
Metzendorf . . . . .	169	39	23,08	25,00	.	.
Sottorf . . . . .	124	30	24,19	20,00	.	.

1) Nur Gemeinden mit einem Anteil von 20 v. H. und mehr Pendlern

Kreise Gemeinden <sup>1)</sup>	Zahl der			Anteil der Pendler unter den Erwerbspersonen der		
	Erwerbspersonen	Pendler		Vorkriegs- Hamburger	Heimat- vertriebenen	Sonstigen (Einheimische)
		überhaupt	v. H.			
Leveresen . . . . .	229	56	24,45	42,11	.	.
Klein Moor . . . . .	45	12	26,67	25,00	.	.
Iddensen . . . . .	157	42	26,75	37,50	.	.
Glüsingen . . . . .	287	78	27,18	42,86	.	.
Hittfeld . . . . .	1 004	292	29,08	47,44	.	.
Stelle . . . . .	1 406	414	29,45	55,15	.	.
Wulmstorf . . . . .	544	177	32,54	47,37	.	.
Tötensen . . . . .	372	124	33,33	45,45	.	.
Maschen . . . . .	1 069	366	34,24	55,16	.	.
Beckedorf . . . . .	204	70	34,31	56,00	.	.
Over . . . . .	450	155	34,44	30,00	.	.
Groß Moor . . . . .	73	26	35,62	25,00	.	.
Eckel . . . . .	315	114	36,19	55,00	.	.
Horst . . . . .	219	85	38,31	52,22	.	.
Vahrendorf . . . . .	231	90	38,96	69,77	.	.
Ehestorf . . . . .	279	110	39,43	56,92	.	.
Emmelndorf . . . . .	365	145	39,73	52,46	.	.
Fleestedt . . . . .	582	267	45,88	69,88	.	.
Hörsten . . . . .	201	94	46,77	52,17	.	.
Bullenhusen . . . . .	317	158	49,84	51,61	.	.
Meckelfeld . . . . .	1 252	715	57,11	67,39	.	.

<sup>1)</sup> Nur Gemeinden mit einem Anteil von 20 v. H. und mehr Pendlern

aber beachtliche Unterschiede. In den 4 Nachbarkreisen, bei denen die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden an der Pendelwanderung beteiligt ist, ergeben sich folgende Anteilzahlen.

	Anteil der Einpendler nach Hamburg unter den in diesen Kreisen wohnenden Erwerbspersonen der			
	Vorkriegs- Hamburger	Heimatver- triebenen	Ein- heimischen	Erwerbs- personen insgesamt
Kreis Pinneberg	47,90	20,15	16,43	20,33
Kreis Stormarn	48,15	20,73	19,72	23,84
Kreis Lauenburg	30,98	7,35	7,17	9,02
Kreis Harburg	36,31	18,06	9,51	14,20

Die Pendlerintensität ist danach in allen Kreisen bei den Butenhamburgern, d. h. den ausgebombten Hamburgern, weitaus am größten. Die **Aussiedlung großer Bevölkerungsmassen aus dem zerstörten Hamburg in die benachbarten Landkreise ist also die Hauptursache für die große Zunahme der Pendlermassen seit 1939.** Die Anteilsziffern lassen andererseits erkennen, wie stark diese Bevölkerungsgruppe noch 7 Jahre nach der großen Bombenkatastrophe wirtschaftlich in ihrer Heimatstadt verwurzelt ist. Gliedert man die Kreise weiter nach Gemeinden (s. Übersicht 10), so zeigen sich vielfach noch erheblich höhere Anteilswerte der Pendler unter den Vorkriegs-Hamburgern. Sie steigen bis zu 80 v. H. in Öjendorf im Kreise Stormarn, wo allerdings nur 5 erwerbstätige Butenhamburger wohnen, von denen 4 in Hamburg tätig sind. In Hoisbüttel beträgt der Anteil der Einpendler bei dieser Bevölkerungsgruppe 73 v. H.; hier sind von 112 erwerbstätigen Vorkriegs-Hamburgern 82 Einpendler; in weiteren 14 Gemeinden beläuft sich der Anteil der Einpendler unter den Vorkriegs-Hamburgern auf 60—70 v. H. Hierunter sind u. a. vor allem folgende Gemeinden zu nennen:

- Garstedt mit 534 Pendlern von 767 Erwerbspersonen der Vorkriegs-Hamburger
- Halstenbek mit 296 Pendlern von 443 Erwerbspersonen der Vorkriegs-Hamburger
- Harksheide mit 342 Pendlern von 545 Erwerbspersonen der Vorkriegs-Hamburger
- Großhansdorf mit 381 Pendlern von 620 Erwerbspersonen der Vorkriegs-Hamburger
- Wohltorf mit 115 Pendlern von 167 Erwerbspersonen der Vorkriegs-Hamburger
- Meckelfeld mit 93 Pendlern von 138 Erwerbspersonen der Vorkriegs-Hamburger

### 7. Die Länge des Pendlerweges

Die Gliederung der Einpendler nach den Kreisen, in denen ihre Wohngemeinde gelegen ist, läßt bereits erkennen, daß die Hauptmasse der Einpendler nach Hamburg in den 4 Nachbarkreisen Pinneberg, Stormarn, Lauenburg und Harburg wohnt. Diese Kreise umfassen aber jeweils ein großes Gebiet, so daß die Entfernung der einzelnen Wohnsitzgemeinden von Hamburg sehr verschieden ist. Dies geht aus der beiliegenden Karte hervor, in der nicht nur die Lage der einzelnen Gemeinden eingezeichnet ist, sondern aus der auch die Entfernung der Gemeinden ungefähr abgelesen werden kann, denn in die Karte sind zwei Kreise mit verschiedenen Radien eingezeichnet; der eine Kreis weist einen Radius von 30 km und der andere einen Radius von 50 km auf. Als Mittelpunkt dieser Kreise ist das Hamburger Rathaus gewählt. Dieses liegt zwar nicht genau im geographischen Mittelpunkt der Freien und Hansestadt Hamburg, ist aber nicht weit davon entfernt. Von größerer Bedeutung für unsere Untersuchung ist jedoch der Umstand, daß das Hamburger Rathaus in der Hamburger City und in großer Nähe des Hafens gelegen ist, also in dem wichtigsten Teil des Hamburger Wirtschafts-

und Verwaltungszentrums, das naturgemäß auch ein Verkehrszentrum bildet. Nicht weit vom Rathaus münden die großen Verkehrslinien der Eisenbahn und des Autobusverkehrs, die zahlreiche Verbindungen des hamburgischen Wirtschaftsraumes mit seiner näheren und weiteren Umgebung bieten. Bei der Beurteilung der Länge des Pendlerweges ist allerdings zu beachten, daß er für Pendler der gleichen Wohngemeinden unter Umständen sehr verschieden sein kann, wenn ihre Arbeitsstätten in verschiedenen Gebietsteilen Hamburgs liegen. Die Hauptmasse der von auswärts einströmenden Pendler dürfte aber ebenso wie die Hauptmasse der hamburgischen Binnenpendler im Bereich des großen, durch die City, das Hafengebiet und die daran angrenzenden Ortsteile gebildeten Wirtschafts- und Verwaltungszentrum beschäftigt sein, so daß die Entfernung der Wohnsitzgemeinden vom

Hamburger Rathaus für die meisten Pendler die Länge des Pendlerweges richtig und ausreichend charakterisiert. Eine Gliederung der Einpendler nach der Lage ihrer Arbeitsstätte in Hamburg war, wie eingangs schon erwähnt wurde, leider nicht möglich.

Durch die beiden Kreisbogen sind drei Entfernungszonen geschaffen, von denen die erste den Umkreis bis zu 30 km, die zweite den Umkreis von 30 bis 50 km und die dritte die noch weiter entfernt liegenden Gemeinden, soweit aus ihnen Erwerbspersonen nach Hamburg pendeln, umfaßt. Bei der Zurechnung der Gemeinden, deren Gebiet von einem dieser Kreise durchschnitten wird, ist so verfahren, daß sie der Zone zugerechnet sind, in der die größere Fläche liegt; eine Zuteilung nach der Lage des Gemeindekernes war auf Grund der vorliegenden Karten leider nicht möglich.

## Übersicht 11

### Die Einpendler nach der Entfernung ihrer Wohngemeinde vom Hamburger Rathaus

Kreise Länder	Einpendler insgesamt	davon wohnen in einem Umkreis von									
		30 km		davon in den				30-50 km		über 50 km	
		überhaupt	v. H.	Nachbargemeinden überhaupt	v. H.	übrigen Gemeinden überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Pinneberg	16 855	16 546	98,2	9 839	58,4	6 707	39,8	309	1,8	—	—
Stormarn	14 315	12 762	89,1	8 555	59,7	4 207	29,4	1 544	10,8	9	0,1
Lauenburg	5 465	3 926	71,8	2 748	50,3	1 178	21,5	1 481	27,1	58	1,1
Segeberg	1 197	823	68,8	—	—	823	68,8	339	28,3	35	2,9
Steinburg	930	—	—	—	—	—	—	891	95,8	39	4,2
übrig. Schlesw.-Holstein	496	—	—	—	—	—	—	—	—	496	100,0
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>39 258</b>	<b>34 057</b>	<b>86,8</b>	<b>21 142</b>	<b>53,9</b>	<b>12 915</b>	<b>32,9</b>	<b>4 564</b>	<b>11,6</b>	<b>637</b>	<b>1,6</b>
Harburg	7 805	6 413	82,2	2 061	26,4	4 352	55,8	1 392	17,8	—	—
Stade	1 523	1 154	75,8	132	8,7	1 022	67,1	352	23,1	17	1,1
Hadeln	132	—	—	—	—	—	—	12	9,1	120	90,9
Rothenburg	161	—	—	—	—	—	—	41	25,5	120	74,5
Bremervörde	37	—	—	—	—	—	—	12	32,4	25	67,6
Soltau	91	—	—	—	—	—	—	17	18,7	74	81,3
Lüneburg-Stadt	221	—	—	—	—	—	—	221	100,0	—	—
Lüneburg-Land	284	—	—	—	—	—	—	175	61,6	109	38,4
Uelzen	88	—	—	—	—	—	—	—	—	88	100,0
<b>Niedersachsen</b>	<b>10 342</b>	<b>7 567</b>	<b>73,2</b>	<b>2 193</b>	<b>21,2</b>	<b>5 374</b>	<b>52,0</b>	<b>2 222</b>	<b>21,5</b>	<b>553</b>	<b>5,3</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>49 600</b>	<b>41 624</b>	<b>83,9</b>	<b>23 335</b>	<b>47,0</b>	<b>18 289</b>	<b>36,9</b>	<b>6 786</b>	<b>13,7</b>	<b>1 190</b>	<b>2,4</b>

Gliedert man nun die Einpendler nach Hamburg nach diesen 3 Entfernungszonen, so erhält man folgendes Bild:

Von den 49 600 Einpendlern wohnen

in einem Umkreis bis zu 30 km = 41 624 Pendler  
oder 83,92 v. H.,

in einem Umkreis von 30—50 km = 6 786 Pendler  
oder 13,68 v. H.,

in weiter entfernt liegenden Gemeinden = 1 190 Pendler  
oder 2,40 v. H.

Die Einpendler, die aus dem 30-km-Ring kommen, sind dann weiter danach untersucht, ob sie in Gemeinden wohnen, die unmittelbar an das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg angrenzen, oder in anderen, weiter entfernt liegenden Gemeinden dieser Zone. Die Auszählung hat ergeben, daß die Hauptmasse dieser Einpendler, nämlich 23 335 Per-

sonen, in den angrenzenden Gemeinden wohnt; 18 289 Pendler wohnen in den übrigen Gemeinden der 30-km-Zone. Berücksichtigt man bei dieser Gliederung nach Entfernungszonen auch die Lage der Wohnsitzgemeinden nach Kreisen, so erhält man die in der Übersicht 11 mitgeteilten Zahlen. Danach kommen die Einpendler aus Pinneberg und Stormarn fast ausschließlich aus der 30-km-Zone und hier wieder ganz überwiegend aus den benachbarten Gemeinden. Im Kreise Harburg kommt die Mehrzahl der Pendler zwar auch aus der 30-km-Zone, hier aber überwiegend nicht aus den an Hamburg angrenzenden Gemeinden. Wie die Übersicht 11 weiterhin erkennen läßt, ist der Anteil der Pendler, die einen weiten Weg haben, bei den aus Niedersachsen kommenden Pendlern relativ größer als bei den aus Schleswig-Holstein kommenden Pendlern.

Unter den Gemeinden, die in der 30 — 50 - km - Zone liegen, weisen folgende die größte Pendlerzahl auf:

aus dem Kreise Stormarn kommen  
 aus Bad Oldesloe . . . . . 411 Einpendler nach Hamburg  
 aus Reinfeld . . . . . 274 Einpendler nach Hamburg  
 aus Trittau . . . . . 275 Einpendler nach Hamburg  
 aus Grönwohldt . . . . . 96 Einpendler nach Hamburg  
 aus Tremsbüttel . . . . . 98 Einpendler nach Hamburg

aus dem Kreise Lauenburg kommen  
 aus Schwarzenbek . . . . . 470 Einpendler nach Hamburg  
 aus Lauenburg . . . . . 209 Einpendler nach Hamburg  
 aus Büchen . . . . . 95 Einpendler nach Hamburg  
 aus Brunstorf . . . . . 77 Einpendler nach Hamburg  
 aus Möln . . . . . 63 Einpendler nach Hamburg  
 aus Müssen . . . . . 62 Einpendler nach Hamburg

aus dem Kreise Segeberg kommen  
 aus Bad Bramstedt . . . . . 93 Einpendler nach Hamburg

aus dem Kreise Steinburg kommen  
 aus Glückstadt . . . . . 143 Einpendler nach Hamburg  
 aus Horst . . . . . 153 Einpendler nach Hamburg  
 aus Itzehoe . . . . . 138 Einpendler nach Hamburg

aus dem Kreise Harburg kommen  
 aus Tostedt . . . . . 156 Einpendler aus Hamburg

aus dem Kreise Stade kommen  
 aus Stade . . . . . 174 Einpendler nach Hamburg

Die Pendler, deren Wohngemeinde mehr als 50 km vom Hamburger Rathaus entfernt liegen, kommen in der Hauptsache aus: Lübeck (386), Kreis Rotenburg (148), Kreis Land Hadeln (132), Kreis Lüneburg Land (100).

Untersucht man weiterhin die Pendlerintensität in den einzelnen Zonen, d. h. den Anteil, den die in Hamburg beschäftigten an der Gesamtzahl der in den genannten Zonen wohnenden Erwerbspersonen einnehmen, erhält man folgende Angaben:

Von Hundert der in den einzelnen Entfernungszonen wohnenden Erwerbspersonen waren in Hamburg beschäftigt:

in den Gemeinden der 30-km-Zone . . . = 21,69 v. H.  
 und zwar  
 in den Nachbargemeinden . . . . . = 30,42 v. H.  
 in den übrigen Gemeinden  
 des 30-km-Ringes . . . . . = 15,88 v. H.  
 in den Gemeinden des 50-km-Ringes = 2,88 v. H.

Untersucht man die Pendlerintensität nur in den 4 Nachbarkreisen nach Entfernungszonen, so erhält man folgende Werte:

Von Hundert der in den Nachbarkreisen wohnenden Erwerbspersonen waren in Hamburg beschäftigt im Kreis

	Pinneberg	Stormarn	Lauenburg	Harburg
in Gemeinden der 30-km-Zone und zwar				
in den Nachbargemeinden	30,06	37,51	23,81	27,75
in den übrigen Gemeinden der 30-km-Zone	14,62	26,92	33,92	12,72
in den Gemeinden der 30—50-km-Zone	7,19	7,53	4,49	6,11

Diese Zusammenstellung zeigt u. a., daß die Erwerbspersonen des Kreises Lauenburg, die nicht in Nachbargemeinden, sondern den übrigen Gemein-

den des 30-km-Ringes wohnen, relativ stärker an der Pendelwanderung nach Hamburg beteiligt sind als die Erwerbspersonen der Nachbargemeinden. Dies ist erklärlich, wenn man die Pendlerintensität der einzelnen Gemeinden, die zu der einen oder anderen Gruppe gehören, näher betrachtet. Aus dem Kreise Lauenburg grenzen nur folgende 4 Gemeinden unmittelbar an das Hamburger Gebiet an:

	Pendlerzahlen	Pendlerintensität
Börnsen . . . . .	411	47,19
Escheburg . . . . .	129	30,71
Geesthacht . . . . .	1 492	18,30
Wentorf . . . . .	716	34,11

Im übrigen liegen nur noch folgende 5 Gemeinden im 30-km-Ring:

	Pendlerzahlen	Pendlerintensität
Aumühle . . . . .	512	34,36
Dassendorf . . . . .	216	36,99
Hohenhorn . . . . .	21	10,29
Kröpelshagen . . . . .	91	29,07
Wohltorf . . . . .	338	38,32

Weitere Einzelangaben können hier entbehrt werden, da in den Karten für die einzelnen Gemeinden die Pendlerzahl und Pendlerintensität durch entsprechende Schraffur vermerkt ist, so daß hieraus die Bedeutung Hamburgs als Arbeitsplatz für jede Gemeinde in den verschiedenen Entfernungszonen abgelesen werden kann.

## 8. Die Einpendler nach Verkehrsstrecken

Die große Zunahme des Einpendlerstromes nach Hamburg ist, wie im Abschnitt 7 näher ausgeführt und begründet war, im wesentlichen zwar eine Folge der Ansiedlung zahlreicher Vorkriegs-Hamburger und Heimatvertriebener in den Nachbarkreisen, wo für sie eine ausreichende Arbeitsmöglichkeit nicht vorhanden war; sie war aber nur möglich, weil die zahlreichen guten Verkehrsverbindungen zwischen Hamburg und den neuen Wohngemeinden vorhanden waren oder nach dem Kriege geschaffen worden sind. Soweit es sich um Erwerbspersonen handelt, die in den benachbarten, an Hamburg angrenzenden Gemeinden wohnen, ist allerdings häufig nur ein kurzer, zu Fuß oder zu Rad zu bewältigender Weg erforderlich, um den Pendler an seine Arbeitsstätte zu bringen, oder um das reich gegliederte und ausgebaute Verkehrsnetz in der Stadt Hamburg zu erreichen. Wie die Übersicht 11 erkennen läßt, wohnen in diesen angrenzenden Gemeinden rd. 23 000 Einpendler. Die hierbei berücksichtigten Gemeinden liegen allerdings, wie die Karte zeigt, nicht alle in gleicher Weise verkehrsgünstig, so daß die Einpendler aus manchen Nachbargemeinden längere Wege zu Fuß oder per Rad zurücklegen oder andere Verkehrsverbindungen benutzen müssen.

Die Zahl der Verkehrslinien, die Hamburg mit seiner näheren und weiteren Umgebung verbinden, ist groß. Der wichtigste Verkehrsträger ist die Bundesbahn, zumal diese manche Strecken weit in die umliegenden Kreise hinein als Vorortverkehrsstrecken mit besonders häufiger Zugfolge und besonders günstigen Tarifen ausgebaut hat. Da-

neben kommen aber auch Privatbahnen in Betracht. Hier ist vor allem die Altona—Kaltenkirchener Bahn zu nennen, die nach Norden bis Neumünster führend zahlreiche von der Bundesbahn nicht berührte Gemeinden dem Berufsverkehr erschließt. Früher spielte im Rahmen des Berufsverkehrs auch die Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn, ebenfalls eine Privatbahn, eine große Rolle, vor allem in den Jahren, in denen Geesthacht selbst noch ein bedeutender Arbeitsplatzschwerpunkt war, dessen Bedarf an Arbeitskräften zum großen Teil durch Auspendler aus Hamburg gedeckt wurde. Jetzt hat eine Autobuslinie im wesentlichen die Funktion der Verkehrsverbindung für den aus Geesthacht nach Hamburg pendelnden Berufsverkehr übernommen. Nach dem Kriege ist aber auch im übrigen das Netz der Autobuslinien in den umliegenden Kreisen stark verdichtet. Teilweise wirken sich diese Autobuslinien als Konkurrenz der Eisenbahn im Rahmen des Berufsverkehrs aus, so daß der in Hamburg beschäftigte Erwerbstätige zwischen mehreren Verkehrsmöglichkeiten die günstigste aussuchen kann; zum großen Teil bilden sie aber wichtige Zubringerlinien für die vorhandenen Bahnverbindungen, besonders für die Vorortverkehrsstrecken.

In der Karte 1 sind die wichtigsten Bahn- und Autobuslinien, die Hamburg mit den Gemeinden der umliegenden Kreise verbinden, die also für die Bewältigung der täglichen Pendelwanderung von Bedeutung sind, eingezeichnet. Da im Rahmen der Volkszählung nicht die Frage gestellt war, welches Verkehrsmittel von den einzelnen Pendlern in der Hauptsache benutzt wird, kann auch nicht ihre Bedeutung für die Bewältigung des Pendlerverkehrs exakt gemessen werden. Man kann sich hierüber aber eine Vorstellung machen, wenn man untersucht, wie viele nach Hamburg einpendelnde Erwerbspersonen in den Gemeinden wohnen, die von den einzelnen Verkehrslinien und Verkehrsmitteln durchschnitten werden. Für die hierfür in Frage kommenden Eisenbahnlinien erhält man dann folgende Zahlen:

	Pendler
1. Strecke Hamburg — Elmshorn (Vorortverkehr) in den von der Bahn durchschnittenen Gemeinden wohnen . . . . .	6 185
in den daran angrenzenden Gemeinden . . . . .	2 712
2. Die Bundesbahnstrecke Hamburg — Elmshorn teilt sich hinter Elmshorn in zwei Linien, von denen die eine über Krempe, Glückstadt nach Itzehoe führt, die andere über Horst, Wrist nach Neumünster. Beide Linien werden durch eine Nebenlinie zwischen Itzehoe und Wrist miteinander verbunden. Aus den Gemeinden, die durch diese Linien durchschnitten werden, kommen . . . . .	695
Diese können bei Elmshorn die Vorortstrecke nach Hamburg erreichen.	
3. Mit einer Nebenlinie Uetersen — Tornesch können weitere . . . . .	799
aus Uetersen kommen, die die Vorortstrecke Hamburg — Elmshorn erreichen.	
4. Durch eine Nebenlinie, die von Elmshorn über Barmstedt — Ulzburg — Oldesloe führt, können aus den Gemeinden Barmstedt, Langen und Bockhold . . . . .	349
in Elmshorn die Vorortstrecke erreichen.	

	Pendler
5. Strecke Hamburg—Altona—Kaltenkirchen—Neumünster; aus den Gemeinden, die diese Bahnlinie durchschneidet, kommen nach Hamburg . . . . .	2 057
Aus den hieran angrenzenden Gemeinden weitere . . . . .	2 685
Hiervon dürfte jedoch die Hauptmasse (aus Garstedt 1925 und aus Friedrichsgabe 370 Pendlern) nicht diese Bahnstrecke, sondern die Hamburger Hochbahn (von der Station Ochsenzoll aus) benutzen.	
6. Strecke Hamburg — Bad Oldesloe — Lübeck Diese Strecke führt über das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg hinaus bis Ahrensburg als Vorortverkehr; aus Ahrensburg kommen . . . . .	2 778
aus den übrigen Gemeinden der Strecke bis Lübeck . . . . .	1 689
aus hieran angrenzenden Gemeinden . . . . .	1 154
Die Zahl der Einpendler, die von der Nebenlinie Ulzburg — Bad Oldesloe über diese Strecke nach Hamburg kommen, dürfte nur gering sein.	
7. Strecke Hamburg — Büchen. Diese Strecke wird bis Friedrichsruh als Vorortbahn betrieben. Aus den hier von berührten Gemeinden kommen nach Hamburg aus den Gemeinden der Strecke Friedrichsruh — Büchen . . . . .	2 094
Aus den hieran grenzenden Gemeinden . . . . .	627
	691
8. Strecke Bergedorf — Geesthacht. Diese Strecke wird für den Berufsverkehr, wie oben schon angeführt, nur wenig mehr benutzt, da der Berufsverkehr zum größten Teil auf die Autobuslinie abgewandert ist. Aus den Gemeinden, die diese Strecke berührt, kommen . . . . .	2 032
9. Hochbahnstrecke nach Großhansdorf — Schmalenbeck. Dieser Streckenabschnitt der „Walddörfer Bahn“ ist nicht nur für den Berufsverkehr aus Großhansdorf — Schmalenbeck wichtig, sondern er zieht auch einen großen Teil des Berufsverkehrs aus Ahrensburg (siehe oben Ziffer 6) und anderen umliegenden Gemeinden an sich und entlastet dadurch den Vorortverkehr auf der Lübecker Bahnstrecke. Aus Großhansdorf — Schmalenbeck kommen nach Hamburg . . . . .	1 009
10. Strecke Hamburg — Stade — Cuxhaven. Aus den von dieser Bahnstrecke durchschnittenen Gemeinden kommen nach Hamburg . . . . .	943
davon 554 aus Buxtehude und 174 aus Stade, aus den daran angrenzenden Gemeinden . . . . .	485
darunter 177 aus Wulmstorf.	
11. Strecke Hamburg — Bremen. Aus den von dieser Strecke durchschnittenen Gemeinden kommen nach Hamburg . . . . .	1 207
darunter 545 aus Buchholz und 292 aus Hittfeld, aus den daran angrenzenden Gemeinden . . . . .	938
darunter 145 aus Emmelndorf.	
12. Strecke Hamburg — Lüneburg. Aus den von dieser Strecke durchschnittenen Gemeinden kommen . . . . .	2 366
darunter 715 aus Meckelfeld, 366 aus Maschen, 414 aus Stelle, 426 aus Winsen, 221 aus Lüneburg, aus den angrenzenden Gemeinden . . . . .	567
13. Aus Gemeinden an folgenden Nebenstrecken. Bremervörde — Stade . . . . .	10
Bremervörde — Buchholz . . . . .	204
Harsefeld — Buxtehude . . . . .	36
Zeven — Tostedt . . . . .	28
Schneverdingen — Buchholz . . . . .	184
Buchholz — Lüneburg . . . . .	241
Hützel — Winsen — Niedermarschacht . . . . .	255
Lüneburg — Lauenburg . . . . .	44



Rechnet man alle Pendler zusammen, die hier- nach die Möglichkeit haben, eine dieser Bahnlinien zu benutzen, so kommt man insgesamt auf rd. 28 000 Pendler, d. h. auf rd. 56,45 v. H. aller nach Hamburg einpendelnden Personen.

Wenn man aber bedenkt, daß diese Bahnlinien vielfach durch gleichlaufende Autobuslinien entlastet werden und daß viele Pendler aus den durch Bahnlinien erschlossenen Gemeinden auch die Möglichkeit haben, ihre Arbeitsstätte in Hamburg oder das hamburgische Verkehrsnetz zu Fuß oder per Rad zu erreichen, kann man wohl die Zahl der durch diese Bahnverbindungen tatsächlich beförderten Pendler auf nur 15 000 bis 20 000 Personen, also ein gutes Drittel der 49 600 Einpendler schätzen. Ebenso groß dürfte wohl die Zahl der Pendler sein, die zu Fuß oder per Rad aus den Nachbargemeinden, aus denen insgesamt rd. 23 000 Personen nach Hamburg pendeln, ihre Arbeitsstätte in Hamburg oder ein hamburgisches Verkehrsmittel erreichen. Das letzte Drittel würde danach in der Hauptsache auf den Autobusverkehr entfallen.

In den einzelnen Teilen des Einzugsgebietes der Pendler ist die Bedeutung der einzelnen Verkehrs-

mittel für die Beförderung der Pendler an ihre in Hamburg gelegene Arbeitsstätte aber offenbar recht verschieden. Von den 16 855 Pendlern, die aus dem Kreise Pinneberg kommen, haben im ganzen 12 754<sup>1)</sup> Personen oder 75,67 v. H. die Möglichkeit, eine der nach Hamburg führenden Hauptstrecken der Bundesbahn zu benutzen, weil die Bahn ihre Wohngemeinde berührt oder weil die Wohngemeinde an eine Gemeinde angrenzt, die von der Hauptstrecke durchschnitten wird. Im Kreise Stormarn sind es von 14 315 dort wohnenden Pendlern im ganzen 6774 Personen oder 47,32 v. H. für die diese Möglichkeit zutrifft, im Kreise Lauenburg 1873 Personen oder 34,27 v. H. und im Kreise Harburg 5110 oder 65,47 v. H. Wie aber oben schon ausgeführt wurde, sind dies keine exakten Zahlen dafür, wieviele von den Pendlern diese Verkehrsmöglichkeit tatsächlich benutzen. Immerhin geht aus diesen Zahlen und aus dem in der Karte eingezeichneten Verkehrsnetz hervor, daß die Pendlerzahlen und Pendleranteile dort besonders groß sind, wo sich besonders günstige Verkehrsmöglichkeiten bieten.

Dr. Ide

1) ohne die 1931 Pendler aus Wedel.

Tabelle 1

Die wichtigsten Einpendlergemeinden 1950

(Gemeinden mit mehr als 100 Pendlern)

Kreise Gemeinden	Pendler			
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.
<b>Kreis Pinneberg</b> . . . . .	<b>13 306</b>	<b>3 549</b>	<b>16 855</b>	<b>100</b>
darunter aus:				
Pinneberg . . . . .	1 828	594	2 422	14,37
Elmshorn . . . . .	1 626	358	1 984	11,77
Wedel . . . . .	1 510	421	1 931	11,46
Garstedt . . . . .	1 500	425	1 925	11,42
Schenefeld . . . . .	847	247	1 094	6,49
Halstenbek . . . . .	784	264	1 048	6,22
Quickborn . . . . .	806	185	991	5,88
Uetersen . . . . .	662	137	799	4,74
Rellingen . . . . .	596	199	795	4,72
Tornesch . . . . .	452	122	574	3,41
Friedrichsgabe . . . . .	309	61	370	2,19
Barmstedt . . . . .	266	39	305	1,81
Bönningstedt . . . . .	220	82	302	1,79
Hasloh . . . . .	196	40	236	1,40
Ellerbek . . . . .	170	44	214	1,27
Egenbüttel . . . . .	130	48	178	1,06
Prisdorf . . . . .	122	35	157	0,93
Holm . . . . .	102	17	119	0,70
Appen . . . . .	84	24	108	0,64
übrige Gemeinden des Kreises Pinneberg . . . . .	1 196	207	1 403	7,73
<b>Kreis Stormarn</b> . . . . .	<b>11 064</b>	<b>3 251</b>	<b>14 315</b>	<b>100</b>
darunter aus:				
Ahrensburg . . . . .	2 176	602	2 778	19,41
Harksheide . . . . .	1 005	286	1 291	9,02
Reinbek . . . . .	913	331	1 244	8,69
Großhansdorf- Schmalenbeck . . . . .	721	288	1 009	7,05
Glinde . . . . .	546	142	688	4,81
Bargteheide . . . . .	454	164	618	4,32
Oststeinbek . . . . .	409	147	556	3,88
Barsbüttel . . . . .	365	110	475	3,32
Glashütte . . . . .	359	115	474	3,31
Bad Oldesloe . . . . .	322	89	411	2,87
Hoisdorf . . . . .	284	68	352	2,46
Hoisdüttel . . . . .	252	96	348	2,43

Kreise Gemeinden	Pendler			
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.
Bünningstedt . . . . .	275	58	333	2,33
Schönningstedt . . . . .	222	73	295	2,06
Trittau . . . . .	222	53	275	1,92
Reinfeld . . . . .	219	55	274	1,91
Stapelhof . . . . .	148	45	193	1,35
Lütjensee . . . . .	125	24	149	1,04
Siek . . . . .	115	20	135	0,94
Großensee . . . . .	103	29	132	0,92
Willinghusen . . . . .	99	25	124	0,87
Wilstedt . . . . .	87	27	114	0,80
Stemwarde . . . . .	89	23	112	0,78
Tangstedt . . . . .	88	23	111	0,77
Ahrensfelde . . . . .	82	28	110	0,77
übrige Gemeinden des Kreises Stormarn . . . . .	1 384	330	1 714	11,97
<b>Kreis Lauenburg</b> . . . . .	<b>4 291</b>	<b>1 174</b>	<b>5 465</b>	<b>100</b>
darunter aus:				
Geesthacht . . . . .	1 193	299	1 492	27,30
Wentorf b. Reinbek . . . . .	527	189	716	13,10
Aumühle-Billenkamp . . . . .	392	120	512	9,37
Schwarzenbek . . . . .	358	112	470	8,60
Börnsen . . . . .	320	91	411	7,52
Wohltorf . . . . .	257	81	338	6,19
Dassendorf . . . . .	170	46	216	3,95
Lauenburg . . . . .	169	40	209	3,82
Escheburg . . . . .	103	26	129	2,36
übrige Gemeinden des Kreises Lauenburg . . . . .	802	170	972	17,79
<b>Lübeck, Stadt</b> . . . . .	<b>325</b>	<b>61</b>	<b>386</b>	<b>100</b>
<b>Kreis Segeberg</b> . . . . .	<b>965</b>	<b>232</b>	<b>1 197</b>	<b>100</b>
darunter aus:				
Henstedt . . . . .	156	47	203	16,96
Ulzburg . . . . .	118	35	153	12,78
Kaltenkirchen . . . . .	96	24	120	10,03
Ellerau . . . . .	85	18	103	8,60
übrige Gemeinden des Kreises Segeberg . . . . .	510	108	618	51,63

Noch: Tabelle 1

Kreise Gemeinden	Pendler			
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.
<b>Kreis Steinburg</b> . . . . .	<b>751</b>	<b>179</b>	<b>930</b>	<b>100</b>
darunter aus:				
Horst . . . . .	123	30	153	16,45
Glückstadt . . . . .	116	31	147	15,81
Itzehoe . . . . .	122	16	138	14,84
übrige Gemeinden des Kreises Steinburg . . . . .	390	102	492	52,90
<b>Kreis Harburg</b> . . . . .	<b>6 328</b>	<b>1 477</b>	<b>7 805</b>	<b>100</b>
darunter aus:				
Meckelfeld . . . . .	591	124	715	9,16
Buchholz . . . . .	422	123	545	6,98
Winsen/Luhe . . . . .	320	106	426	5,46
Stelle . . . . .	350	64	414	5,30
Maschen . . . . .	281	85	366	4,69
Hittfeld . . . . .	222	70	292	3,74
Fleestedt . . . . .	226	41	267	3,42
Wulmstorf . . . . .	150	27	177	2,27
Bullenhausen . . . . .	125	33	158	2,02
Tostedt . . . . .	129	27	156	2,00
Over . . . . .	128	27	155	1,99

Kreise Gemeinden	Pendler			
	männlich	weiblich	zusammen überhaupt	v. H.
Ashausen . . . . .	119	30	149	1,91
Emmelndorf . . . . .	116	29	145	1,86
Tötensen . . . . .	105	19	124	1,59
Seppensen . . . . .	80	35	115	1,47
Eckel . . . . .	82	32	114	1,46
Klecken . . . . .	81	30	111	1,42
Bendestorf . . . . .	82	29	111	1,42
Ehestorf . . . . .	94	16	110	1,41
Jesteburg . . . . .	84	21	105	1,35
übrige Gemeinden des Kreises Harburg . . . . .	2 541	509	3 050	39,08
<b>Kreis Stade</b> . . . . .	<b>1 335</b>	<b>188</b>	<b>1 523</b>	<b>100</b>
darunter aus: . . . . .				
Buxtehude . . . . .	477	77	554	36,38
Stade . . . . .	153	21	174	11,42
Hornburg . . . . .	94	10	104	6,83
übrige Gemeinden des Kreises Stade . . . . .	611	80	691	45,37
<b>Lüneburg, Stadt</b> . . . . .	<b>195</b>	<b>26</b>	<b>221</b>	<b>100</b>

Tabelle 2

**Zahl und Anteil der Vorkriegs-Hamburger<sup>1)</sup>,  
Heimatvertriebenen und Einheimischen unter den Einpendlern 1950 nach wichtigen Gemeinden**

Lage der Wohnung am 13. September 1950  Gemeinden mit mehr als 100 Pendlern	Einpendler insgesamt	davon sind					
		Vorkriegs-Hamburger <sup>1)</sup>		Heimatvertriebene		Einheimische	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.

**1. Gemeinden des Kreises Pinneberg:**

Pinneberg . . . . .	2 422	382	15,8	767	31,7	1 273	52,5
Elmshorn . . . . .	1 984	182	9,2	730	36,8	1 072	54,0
Wedel . . . . .	1 931	393	20,4	590	30,5	948	49,1
Garstedt . . . . .	1 925	534	27,7	448	23,3	943	49,0
Schenefeld . . . . .	1 094	227	20,8	297	27,1	570	52,1
Halstenbek . . . . .	1 048	296	28,2	261	24,9	491	46,9
Quickborn . . . . .	991	319	32,2	273	27,5	399	40,3
Uetersen . . . . .	799	139	17,4	304	38,1	356	44,5
Rellingen . . . . .	795	212	26,7	220	27,7	363	45,6
Tornesch . . . . .	574	147	25,6	150	26,1	277	48,3
Friedrichsgabe . . . . .	370	91	24,6	84	22,7	195	52,7
Barmstedt . . . . .	305	50	16,4	122	40,0	133	43,6
Bönningstedt . . . . .	302	63	20,9	117	38,7	122	40,4
Hasloh . . . . .	236	40	17,0	94	39,8	102	43,2
Ellerbek . . . . .	214	52	24,3	79	36,9	83	38,8
Egenbüttel . . . . .	178	55	30,9	61	34,3	62	34,8
Prisdorf . . . . .	157	40	25,5	55	35,0	62	39,5
Holm . . . . .	119	9	7,6	60	50,4	50	42,0
Appen . . . . .	108	18	16,7	48	44,4	42	38,9
übrige Gemeinden des Kreises Pinneberg . . . . .	1 303	165	12,7	607	46,6	531	40,7

**2. Gemeinden des Kreises Stormarn:**

Ahrensburg . . . . .	2 778	865	31,1	581	20,9	1 332	48,0
Harksheide . . . . .	1 291	342	26,5	355	27,5	594	46,0
Reinbek . . . . .	1 244	305	24,5	303	24,4	636	51,1
Großhansdorf-Schmalenbeck . . . . .	1 009	381	37,8	193	19,1	435	43,1
Glinde . . . . .	688	232	33,7	131	19,1	325	47,2
Bargteheide . . . . .	618	140	22,7	194	31,4	284	45,9
Oststeinbek . . . . .	556	142	25,5	141	25,4	273	49,1
Barsbüttel . . . . .	475	176	37,1	146	30,7	153	32,2
Glashütte . . . . .	474	69	14,6	135	28,5	270	56,9
Bad Oldesloe . . . . .	411	91	22,1	103	25,1	217	52,8
Hoisdorf . . . . .	352	156	44,3	106	30,1	90	25,6
Hoisbüttel . . . . .	348	82	23,6	127	36,5	139	39,9
Bünningstedt . . . . .	333	121	36,3	72	21,6	140	42,1
Schönningstedt . . . . .	295	80	27,1	70	23,7	145	49,2
Trittau . . . . .	275	51	18,6	128	46,5	96	34,9
Reinfeld . . . . .	274	60	21,9	111	40,5	103	37,6
Stapelfeld . . . . .	193	29	15,0	103	53,4	61	31,6

<sup>1)</sup> Personen, die am 1. September 1939 in Hamburg wohnten.

Noch: Tabelle 2

Lage der Wohnung am 13. September 1950 Gemeinden mit mehr als 100 Pendlern	Einpender insgesamt	davon sind					
		Vorkriegs-Hamburger <sup>1)</sup>		Heimatvertriebene		Einheimische	
		überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Lütjensee . . . . .	149	48	32,2	51	34,2	50	33,6
Siek . . . . .	135	28	20,7	56	41,5	51	37,8
Großensee . . . . .	132	38	28,8	60	45,5	34	25,7
Willinghusen . . . . .	124	31	25,0	40	32,3	53	42,7
Wilstedt . . . . .	114	31	27,2	44	38,6	39	34,2
Stemwarde . . . . .	112	45	40,2	40	35,7	27	24,1
Tangstedt . . . . .	111	15	13,5	48	43,2	48	43,3
Ahrensfelde . . . . .	110	25	22,7	50	45,5	35	31,8
übrige Gemeinden des Kreises Stormarn . . . . .	1 714	252	14,7	919	53,6	543	31,7
<b>3. Gemeinden des Kreises Lauenburg:</b>							
Geesthacht . . . . .	1 492	404	27,1	496	33,2	592	39,7
Wentorf . . . . .	716	206	28,8	150	20,9	360	50,3
Aumühle-Billenkamp . . . . .	512	134	26,2	123	24,0	255	49,8
Schwarzenbek . . . . .	470	116	24,7	168	35,7	186	39,6
Börnsen . . . . .	411	96	23,4	97	23,6	218	53,0
Wohltorf . . . . .	338	115	34,0	105	31,1	118	34,9
Dassendorf . . . . .	216	135	62,5	35	16,2	46	21,3
Lauenburg . . . . .	209	27	12,9	63	30,2	119	56,9
Escheburg . . . . .	129	19	14,7	32	24,8	78	60,5
übrige Gemeinden des Kreises Lauenburg . . . . .	972	155	15,9	362	37,3	455	46,8
<b>4. Gemeinden des Kreises Segeberg:</b>							
Henstedt . . . . .	203	.	.	74	36,5	.	.
Ulzburg . . . . .	153	.	.	51	33,5	.	.
Kaltenkirchen . . . . .	120	.	.	38	31,7	.	.
Ellerau . . . . .	103	.	.	31	30,1	.	.
übrige Gemeinden des Kreises Segeberg . . . . .	618	.	.	273	44,2	.	.
<b>5. Gemeinden des Kreises Steinburg:</b>							
Horst . . . . .	153	.	.	69	45,1	.	.
Glückstadt . . . . .	147	.	.	46	31,3	.	.
Itzehoe . . . . .	138	.	.	38	27,5	.	.
übrige Gemeinden des Kreises Steinburg . . . . .	492	.	.	229	46,5	.	.
<b>6. Gemeinden des Kreises Harburg:</b>							
Meckelfeld . . . . .	715	93	13,0	204	28,5	418	58,5
Buchholz . . . . .	545	169	31,0	156	28,6	220	40,4
Winsen . . . . .	426	92	21,6	114	26,8	220	51,6
Stelle . . . . .	414	107	25,8	84	20,3	223	53,9
Maschen . . . . .	366	123	33,6	86	23,5	157	42,9
Hittfeld . . . . .	292	74	25,4	97	33,2	121	41,4
Fleestedt . . . . .	267	58	21,7	49	18,4	160	59,9
Wulmstorf . . . . .	177	36	20,3	58	32,8	83	46,9
Bullenhausen . . . . .	158	16	10,1	62	39,3	80	50,6
Tostedt . . . . .	156	39	25,0	44	28,2	73	46,8
Over . . . . .	155	6	3,9	62	40,0	87	56,1
Ashausen . . . . .	149	50	33,6	41	27,5	58	38,9
Emmelndorf . . . . .	145	32	22,1	47	32,4	66	45,5
Tötensen . . . . .	124	30	24,2	39	31,4	55	44,4
Seppensen . . . . .	115	66	57,4	21	18,3	28	24,3
Eckel . . . . .	114	33	28,9	18	15,8	63	55,3
Bendestorf . . . . .	111	52	46,9	21	18,9	38	34,2
Klecken . . . . .	111	22	19,8	36	32,4	53	47,8
Ehestorf . . . . .	110	37	33,6	35	31,8	38	34,6
Jesteburg . . . . .	105	56	53,3	32	30,5	17	16,2
übrige Gemeinden des Kreises Harburg . . . . .	3 050	710	23,3	1 177	38,6	1 163	38,1
<b>7. Gemeinden des Kreises Stade:</b>							
Buxtehude . . . . .	554	94	17,0	160	28,9	300	54,1
Horneburg . . . . .	104	12	11,5	38	36,6	54	51,9
Stade-Stadt . . . . .	174	22	12,6	46	26,5	106	60,9
übrige Gemeinden des Kreises Stade	691	107	15,5	293	42,4	291	42,1

<sup>1)</sup> Personen, die am 1. September 1939 in Hamburg wohnten.

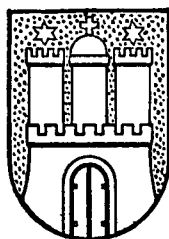
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 20. April 1953

Jahrgang 1953 - Heft Nr. 8



## Die Altersversorgung der Hamburger Erwerbspersonen

Die Diskussion um die Neuordnung der Sozialversicherung hat erneut erkennen lassen, daß die bisherigen weitgehend auf Schätzungen beruhenden Unterlagen über die Altersversorgung der erwerbstätigen Bevölkerung unvollkommen und lückenhaft sind. Die Träger der Sozialversicherung können nicht den Kreis derjenigen vollständig ermitteln, die von ihnen die Sicherung ihres Lebensabends erwarten. Insbesondere ist es nicht möglich, die freiwillig Versicherten zahlenmäßig exakt zu erfassen. Soweit Zahlen über Pflichtversicherte genannt werden, beziehen sie sich stets nur auf die im Gebiet des betreffenden Versicherungsträgers beschäftigte Bevölkerung, nicht jedoch auf die dort wohnhaften Personen. Auch über den Kreis der außerhalb der Sozialversicherung für ihre Altersversorgung vorsorgenden Personen (Private Lebens- und Rentenversicherung, Landwirte mit Altenteil, Altersversorgung der Diakonissen und Krankenschwestern in eigenen Altersheimen) bestehen nur lückenhafte Vorstellungen.

Ähnlich liegen die Dinge in der Krankenversicherung. Das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenkassen, von Pflicht- und freiwilliger Versicherung, von ständisch und regional organisierten Versicherungsträgern erschwert ungemein die Zusammenstellung vollständiger und vergleichbarer Versichertenzahlen für die Wohnbevölkerung der einzelnen Gebiete. Die gesetzlichen Regelungen sind kompliziert und in einer Fülle von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Ausführungsbestimmungen enthalten. Es ist daher außerordentlich schwierig, einen vollständigen Überblick über die Sicherung der Erwerbspersonen gegen Krankheit zu erhalten.

Aus diesen Gründen entschloß man sich, bei der Volks- und Berufszählung 1950 erstmalig in die Haushaltungslisten Fragen über die Altersversorgung und die Krankenversicherung der Bevölkerung aufzunehmen, deren Auswertung zuverlässige Unterlagen über die Bedeutung der einzelnen Versicherungsträger erbringen sollte. Zwar hatte man bereits bei früheren Berufszählungen Angaben über

die Altersversorgung erfragt; sie dienten jedoch lediglich als Hilfsmittel für die richtige Einordnung der Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf. Dies war möglich, weil die Reichsversicherungsordnung und das Angestelltenversicherungsgesetz für bestimmte soziale Gruppen zwingende Vorschriften enthalten. So ließen sich z. B. irreführende Berufsbezeichnungen mancher Angestelltenberufe wie Bankbeamter, Versicherungsbeamter, Sozialbeamter u. dergl. sehr schnell erkennen, da sich Versicherungspflicht und Beamteneigenschaft gegenseitig ausschließen.

In der Berufszählung 1950 ist man trotz mancher Bedenken gegen die Ausweitung der Fragestellung wesentlich weitergegangen. Neben der Frage nach der erwarteten Altersversorgung steht die nach der Krankenversicherung; alle Personen über 14 Jahre mußten in den hierfür vorgesehenen Spalten der Haushaltungsliste eingehende Angaben machen. **Damit ist erstmalig im Rahmen einer Berufszählung der gesamte gesetzliche und private Bereich der Alters- und der Krankheitsvorsorge erfaßt.** Da Krankenversicherung und Altersversorgung einerseits, Beruf und Stellung im Beruf andererseits auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes in festem Zusammenhang stehen, konnten bei der Bearbeitung fehlende Angaben in den meisten Fällen ergänzt, falsche berichtigt werden, ohne die Ergebnisse nach der einen oder anderen Richtung zu verfälschen.

Die Auswertung der gewonnenen Unterlagen ist auf die Erwerbspersonen, also Beschäftigte und Arbeitslose, beschränkt. Daneben ist auch eine Übersicht über die voraussichtliche Altersversorgung der Ehefrauen ohne Hauptberuf erstellt worden. Wer bereits eine Altersversorgung am Zählungstichtag bezog, hatte keine Angaben zu machen. Bei der Auswertung der gewonnenen Unterlagen ist stets von der überwiegenden Versicherungsart ausgegangen; trafen private und gesetzliche Versicherung zusammen, so wurden nur die gesetz-

liche Angestellten- bzw. Invaliden- oder Knappschaftsversicherung berücksichtigt, da anzunehmen war, daß der Lebensabend in erster Linie durch die gesetzliche Versicherung gesichert werden sollte. Wenn auch im einzelnen beim Zusammentreffen mehrerer Versicherungsarten aus den Zählpapieren nicht ersichtlich war, welche Versicherung über die höhere Rente bzw. Versicherungssumme lief, so dürfte doch dieses Verfahren weitgehend den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Einige Schwierigkeiten ergaben sich allerdings infolge der besonderen Verhältnisse des Jahres 1950 bei den Beamten. Grundsätzlich besteht bei ihnen ein Pensionsanspruch als Altersversorgung. In einigen Fällen war neben der Pension auch noch eine freiwillige Invaliden- oder Angestelltenversicherung angegeben. Hier war auf Grund der für die Aufbereitung der Berufszählung gegebenen Richtlinien die Zugehörigkeit zur Invaliden- bzw. Angestelltenversicherung zu berücksichtigen, obwohl die Pension den tragenden Teil der Altersversorgung bildet. Diese Regelung ist getroffen, um die freiwilligen, beitragszahlenden Mitglieder der Rentenversicherung vollständig zu erfassen. Bei ehemaligen Beamten, die unter den Artikel 131 des Grundgesetzes fallen, wurde ein Pensionsanspruch angenommen, auch wenn sie als Selbständige, Angestellte oder Arbeiter tätig waren. Meist hatten sie auch in den Zählpapieren ausdrücklich angegeben, daß sie bei versicherungspflichtiger Tätigkeit von der Beitragspflicht befreit waren und für das Alter

eine Pension erwarteten. Zusätzliche private Lebensversicherungen wurden bei den Beamten ebenso wie bei allen übrigen Erwerbspersonen nicht berücksichtigt.

Auf Grund der gewählten Erhebungsmethode sagen die Übersichten lediglich etwas über die erwartete Altersversorgung aus und lassen nicht erkennen, ob den Erwartungen der Erwerbspersonen auch Leistungsverpflichtungen der Versicherungsträger in gleichem Umfang gegenüberstehen. Ansprüche an die gesetzliche Altersversorgung können beispielsweise nur gestellt werden, wenn die Anwartschaft aufrechterhalten und eine bestimmte Wartezeit erfüllt ist. Wie weit dies für die einzelnen zutrifft, ist im Rahmen einer Berufszählung nicht zu ermitteln. Die ausgewiesenen Zahlen lassen daher nur erkennen, welche Bedeutung die einzelnen Versicherungsträger zunächst für die erwerbstätige Bevölkerung haben; es ist nicht möglich, hiervon ausgehend, die Höhe der Verpflichtungen der Leistungsträger auch nur zu schätzen.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Vermögensvernichtung in der Währungsreform ist der Kreis derjenigen, die für ihren Lebensabend durch Beitragszahlung für eine Versicherung Vorkehrungen treffen, ungewöhnlich hoch. Auch die Steuerpolitik, die weitgehend gestattet, Versicherungsprämien als Sonderausgaben zu verbuchen und damit vom Einkommen abzusetzen, reizt hierzu an.

#### Die Altersversorgung der Hamburger Erwerbspersonen im September 1950

Altersversorgung	männlich °		weiblich		zusammen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Gesetzliche Versicherung . . . . .	402 060	80,14	210 513	86,00	612 573	82,06
davon:						
pflichtversichert . . . . .	380 775	75,90	205 881	84,11	586 656	78,59
freiwillig versichert . . . . .	21 285	4,24	4 632	1,89	25 917	3,47
Pensionsansprüche als Beamte . . . . .	34 542	6,88	4 930	2,01	39 472	5,29
Private Versicherung . . . . .	19 944	3,98	2 321	0,95	22 265	2,98
ohne Ansprüche auf Altersversorgung . . . . .	45 158	9,00	27 017	11,04	72 175	9,67
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>501 704</b>	<b>100</b>	<b>244 781</b>	<b>100</b>	<b>746 485</b>	<b>100</b>

Von den bei der Berufszählung im September 1950 erfaßten 746 000 Hamburger Erwerbspersonen erwarten daher etwa 674 000 eine Altersversorgung. Nur 72 000 Personen oder 9,7 v. H. aller Erwerbspersonen haben keinen persönlichen Anspruch auf eine Altersversorgung oder beziehen bereits eine Altersrente. Wenn man bedenkt, daß in dieser Zahl auch Selbständige enthalten sind, deren Lebensabend vielfach aus den laufenden Erträgen eines angesammelten Vermögens gesichert wird und daß auch bei den Mithelfenden Familienangehörigen, die keinen persönlichen Anspruch besitzen, im allgemeinen der Betrieb oder das Vermögen des Familienvorstandes für die Altersversorgung aufkommt, so wird man die Zahl der Erwerbspersonen, die im Alter ausschließlich auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind, als gering ansehen müssen. Gliedert man nämlich aus den Nichtversicherten die Selbständigen und die Mit-

helfenden aus, so verbleiben lediglich 13 000 Personen, deren Altersversorgung ungeklärt ist. Es kommt hinzu, daß sich unter den als nichtversichert ausgewiesenen Personen auch solche befinden, die in den Zählpapieren keine Angaben gemacht hatten und bei denen die fehlenden Angaben aus dem Gesamtzusammenhang aller Eintragungen auf der Haushaltsliste auch nicht zuverlässig ergänzt werden konnten.

Für die Altersversorgung der Bevölkerung ist die gesetzliche Sozialversicherung von überragender Bedeutung. Angestellten- und Invalidenversicherung sind für den Lebensabend von etwa 82 v. H. aller Erwerbspersonen entscheidend. Bei den weiblichen Erwerbspersonen mit ihrem geringen Anteil an Selbständigen erwarten sogar 86 v. H. aus diesen beiden Versicherungszweigen eine Altersversorgung. Alle übrigen Arten der Altersversorgung treten demgegenüber weit

zurück. Wenn man noch die rd. 39 500 Beamten berücksichtigt, die eine Pension erwarten (34 500 Männer und rd. 5000 Frauen), so verbleiben für den privaten Bereich der Altersvorsorge lediglich 22 000 Erwerbspersonen, gewiß eine nicht sonderlich hohe Zahl. Hiervon haben rd. 19 700 eine private Lebens- oder Rentenversicherung abgeschlossen, aus der sie die Sicherung ihres Lebensabends erhoffen. Etwa 2600 Personen erwarten ihre Altersversorgung in Form eines Altenteils oder aus sonstigen Quellen. Hierunter dürften sich auch Krankenschwestern und Diakonissen befinden, bei denen das Mutterhaus für den Lebensunterhalt im Alter sorgt.

Diese Relationen sind in erster Linie eine Folge der gesetzlichen Bestimmungen über die Altersversorgung, da die Reichsversicherungsordnung und das Angestelltenversicherungsgesetz der Masse der abhängigen Arbeitnehmer und einigen Gruppen der Selbständigen die Zwangsmitgliedschaft in der Sozialversicherung auferlegt. Immerhin ist aber auch die Zahl der in der Sozialversicherung freiwillig Versicherten noch höher als die Zahl der ausschließlich auf eine Privatversicherung angewiesenen. Die bitteren Erfahrungen mit der Abwertung privater Lebens- und Rentenversicherungen in der Währungsreform dürften hierzu beigetragen haben. Aber auch zahlreiche Personen, die nicht mehr der Zwangsversicherung in der Invaliden- oder Angestelltenversicherung unterliegen, sind als freiwillig Versicherte in beiden Versicherungszweigen verblieben, um die bereits früher eingezahlten Beiträge nicht verfallen zu lassen. Die Sozialversicherung in Form der Angestellten- und Invalidenversicherung nimmt damit eindeutig den beherrschenden Platz für die Sicherung des Lebensabends der Bevölkerung ein.

### Die Erwerbspersonen in der Invalidenversicherung

Die Invalidenversicherung bildet den ältesten Zweig der gesetzlichen Altersversorgung. Bereits im Jahre 1889 erging das „Gesetz betreffend die Invalidität- und Altersversicherung“, das um die Jahrhundertwende durch das Invalidenversicherungsgesetz abgelöst wurde. Mit einigen Änderungen und Erweiterungen wurde es in die Reichsversicherungsordnung von 1911 übernommen, deren viertes Buch die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung regelt. Es hat mit manchen Änderungen und Ergänzungen die Stürme der Jahrzehnte überdauert. In seiner heute gültigen Form besagt es, daß im wesentlichen folgende Personen der Invaliden-Versicherungspflicht unterliegen:

#### § 1226

Für den Fall der Invalidität und des Alters sowie zugunsten der Hinterbliebenen werden versichert:

1. Arbeiter, die auf Grund der Versicherungspflicht krankenversichert sind,
2. Hausgewerbetreibende, die krankenversicherungspflichtig oder nur wegen der Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes krankenversicherungsfrei sind,
3. Küstenschiffer und Küstenfischer als Unternehmer gewerblicher Betriebe der Seeschifffahrt, wenn sie zur Besatzung ihres Fahrzeuges gehören oder ohne

Fahrzeug fischen und bei dem Betriebe regelmäßig keine oder höchstens 2 Versicherungspflichtige gegen Entgelt beschäftigen.

Zu den Arbeitern im Sinne des § 1226 gehören auch auch Gesellen, Hausgehilfinnen, Gehilfen und Lehrlinge, wenn ihre Tätigkeit in einen späteren Arbeiterberuf einmündet sowie alle nicht in einer gehobenen Stellung befindlichen Seeleute, d. h. alle Mannschaftsdienstgrade. Ausgenommen von der Versicherungspflicht sind lediglich aushilfsweise tätige Gelegenheitsarbeiter, die normalerweise nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis stehen und deren Beschäftigung nicht über 3 Monate hinausgeht. Die im § 1226 erwähnten Hausgewerbetreibenden zählten auf Grund der für die Berufszählung gegebenen Richtlinien nicht zu den Selbständigen, sondern zu den Arbeitern, auch wenn sie selbst wieder Arbeitnehmer beschäftigten. Ihre Zahl ist in Hamburg unbedeutend. Auch die Gesamtzahl der selbständigen Küstenschiffer und Küstenfischer ist, gemessen an der Zahl der Pflichtversicherten in der Invalidenversicherung, gering. Bei diesen Personen handelt es sich übrigens um die einzige Gruppe von Selbständigen im Sinne der Berufszählung, die in der Invalidenversicherung pflichtversichert sein müssen. In der Pflichtversicherung besteht daher ein erdrückendes Übergewicht der Arbeiterschaft.

### Invalidenversicherung

Stellung im Beruf	pflichtversichert		freiwillig versichert	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Selbständige . . . . .	150	0,04	6 243	87,50
Mithelfende . . . . .	—	—	622	8,72
Beamte . . . . .	—	—	80	1,12
Angestellte . . . . .	—	—	190	2,66
Arbeiter . . . . .	385 536	99,96	—	—
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>385 686</b>	<b>100</b>	<b>7 135</b>	<b>100</b>

Bei den freiwillig Versicherten sind dagegen die Selbständigen in der Überzahl; es dürfte sich zum großen Teil um Handwerker handeln, die sich nach dem Handwerkerversorgungsgesetz von 1933 durch Abschluß einer Lebensversicherung von der Angestelltenversicherungspflicht befreien ließen, sich jedoch freiwillig in der Invalidenversicherung versichern können, wenn sie bereits früher der Invalidenversicherung als Pflichtversicherte angehört hatten. Von der freiwilligen Invalidenversicherung wird von Selbständigen besonders dann Gebrauch gemacht, wenn die Steigerungsbeträge der Renten in der Invalidenversicherung bei gleicher Beitragsleistung höher sind als in der Angestelltenversicherung. Aber auch für einige Mithelfende Familienangehörige ist eine freiwillige Invalidenversicherung abgeschlossen worden. Bei den wenigen Beamten, die in der Übersicht ausgewiesen sind, handelt es sich um Personen, die neben ihrer Pension auch noch aus der Invalidenversicherung eine zusätzliche Altersversorgung erwarten. Auch bei den Angestellten haben offenbar einige Personen, die früher als Arbeiter invalidenversicherungspflichtig waren, von dem Wahlrecht

Gebrauch gemacht, das ihnen die Reichsversicherungsordnung einräumt. Hier dürfte ebenfalls die Überlegung mitgespielt haben, daß unter ganz bestimmten Umständen die Steigerungsbeträge der Rente bei gleicher Beitragsleistung in der Invalidenversicherung höher sind als in der Angestelltenversicherung. Die Kommentierung dieser an sich geringen Zahlen der Selbständigen, Mithelfenden, Beamten und Angestellten in der Invalidenversicherung macht dem Nichtversicherungsfachmann, zu denen auch der Statistiker zählt, ebensoviel Mühe wie den Befragten die richtige Angabe ihrer versicherungsrechtlichen Stellung.

**Insgesamt erwarten in Hamburg rd. 393 000 Personen die Sicherung ihres Lebensabends von einer Rente aus der Invalidenversicherung, das sind etwa 53 v. H. aller Hamburger Erwerbspersonen.**

### Die Erwerbspersonen in der Angestelltenversicherung

Die Angestelltenversicherung wurde in Deutschland wesentlich später als die Invalidenversicherung eingeführt. Sie beruht auf einem Gesetz vom Dezember 1911, das 1924 als Angestelltenversicherungsgesetz neu gefaßt wurde. Auch an diesem Gesetz ist die Zeit nicht spurlos vorübergegangen; es hat im Laufe der Jahre zahlreiche Änderungen und Ergänzungen erfahren, zudem zeigte sich in der Nachkriegszeit eine bedenkliche Rechtszersplitterung in den einzelnen Besatzungszonen, die im wesentlichen jedoch überwunden sein dürfte. Der Versichertenkreis der Angestelltenversicherung geht erheblich über die Angestelltenschaft hinaus. Die Abgrenzung des Personenkreises ergibt sich aus dem § 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes. Weiterhin ist § 1 des Gesetzes über die Altersversorgung des deutschen Handwerks vom 21. Dezember 1938 zu berücksichtigen.

#### § 1 AVG

Für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters sowie zugunsten der Hinterbliebenen werden versichert:

1. Angestellte,
2. selbständige Lehrer, Erzieher und Musiker, die in ihrem Betriebe keine Angestellten beschäftigen,
3. Artisten,
4. Hebammen mit Niederlassungserlaubnis,
5. die in der Kranken-, Wochen-, Säuglings- und Kinderpflege selbständig tätigen Personen, die in ihrem Betriebe keine Angestellten beschäftigen.

Voraussetzung der Versicherung ist für diese Personen, daß

1. sie krankenversicherungspflichtig oder nur wegen der Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes krankenversicherungsfrei sind,
2. ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 7200 DM nicht übersteigt.

Soweit die wichtigsten Bestimmungen des § 1 AVG. Ergänzend sei hierzu noch bemerkt, daß bei der Berechnung der Jahresarbeitsverdienstgrenze Zuschläge, die mit Rücksicht auf den Familienstand gewährt werden, wie z. B. Kinderzulagen, nicht zu berücksichtigen sind. Die Jahresarbeitsver-

rechnungsgrenze ist 1952 auf 9000 DM heraufgesetzt worden; dies hat der Angestelltenversicherung jedoch nur einen zahlenmäßig unbedeutenden Zuwachs an Pflichtversicherten gebracht.<sup>1)</sup> Da die Berufszählung am 13. September 1950 stattfand, beziehen sich alle nachfolgend genannten Zahlen noch auf eine Jahresarbeitsverdienstgrenze von 7200 DM.

Neben den im § 1 AVG genannten Personen unterliegen alle selbständigen Handwerker auf Grund des Gesetzes über die Altersversorgung des deutschen Handwerks vom 21. Dezember 1938 der Angestelltenversicherungspflicht, sofern sie nicht ausreichend anderweitig versichert sind.

Von den im September 1950 in der Angestelltenversicherung ermittelten rd. 220 000 Erwerbspersonen erwarteten etwa 201 000 ihre Altersversorgung aus einer Pflichtversicherung, rd. 19 000 aus freiwilligen Beitragsleistungen. In der Pflichtversicherung finden sich neben den Angestellten auch zahlreiche Selbständige, in erster Linie Handwerker, die keine private Lebensversicherung in der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Höhe abgeschlossen haben. Die Zahl der im § 1 AVG aufgeführten selbständigen Lehrer, Erzieher und Musiker, der selbständig in der Kranken-, Wochen- und Säuglingspflege tätigen Personen sowie der selbständigen Hebammen ist gering gegenüber den pflichtversicherten Handwerkern.

Unter den freiwillig Versicherten sind in der Angestelltenversicherung die Selbständigen an erster Stelle zu nennen. Allgemein wird von der Möglichkeit der freiwilligen Versicherung gern dann Gebrauch gemacht, wenn bereits in einer früheren Pflichtversicherung größere Beträge eingezahlt wurden. Dies gilt auch für die freiwillig versicherten Angestellten, deren monatliches Einkommen 1950 600 DM überschritt.

### Angestelltenversicherung

Stellung im Beruf	pflichtversichert		freiwillig versichert	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Selbständige . . . . .	11 374	5,66	10 709	57,06
Mithelfende . . . . .	—	—	640	3,41
Beamte . . . . .	—	—	142	0,75
Angestellte . . . . .	189 570	94,34	7 278	38,78
Arbeiter . . . . .	—	—	—	—
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>200 944</b>	<b>100</b>	<b>18 769</b>	<b>100</b>

Wie aus der Übersicht hervorgeht, haben nur ganz wenige Beamte eine zusätzliche Rente aus der Angestelltenversicherung zu erwarten. Wenn man bedenkt, daß die Beiträge zur Angestelltenversicherung für viele eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen, dürfte dies ohne weiteres verständlich sein.

Neben der Angestellten- und der Invalidenversicherung bildet die Knappschaftsversicherung den

<sup>1)</sup> Man wird den Zugang an Pflichtversicherten bei der Landesversicherungsanstalt Hamburg, bei der die meisten der in Hamburg wohnenden und auch in Hamburg tatsächlich beschäftigten Angestellten versichert sind, auf etwa 5000 Personen schätzen können. Dies sind noch nicht einmal 2,5 v. H. der im Jahresdurchschnitt 1952 bei der Landesversicherungsanstalt Hamburg in der Angestelltenpflichtversicherung versicherten Personen.

dritten Zweig der gesetzlichen Altersversorgung. Sie ist allerdings nur in Gebieten von Bedeutung, in denen der Bergbau eine Rolle spielt. In Hamburg finden sich infolge der anders gearteten Wirtschaftsstruktur nur ganz wenige Versicherte in der Knappschaftsversicherung. Auf eine gesonderte Darstellung wird daher verzichtet.

Auch die Altersversorgung der Beamten, die sich auf Grund der beamtenrechtlichen Vorschriften ergibt und unabhängig von der gesetzlichen Sozialversicherung durchgeführt wird, soll hier nicht näher erläutert werden.

### Der Bereich der privaten Altersversorgung

Die Zahlen, die über die Altersversorgung im privaten Bereich, d. h. also durch eine Lebens- oder Rentenversicherung vorliegen, geben keineswegs die Gesamtzahl aller abgeschlossenen Lebens- oder Rentenversicherungen wieder. Es handelt sich hierbei lediglich um Personen, die für ihren Lebensabend ausschließlich auf eine Privatversicherung angewiesen sind und daneben keinerlei Renten aus der gesetzlichen Altersversorgung zu erwarten haben. Insgesamt waren dies im September 1950 in Hamburg um 19 684 Erwerbspersonen. Weitere 2581 Personen erwarteten als Altenteiler oder aus sonstigen Quellen die Sicherung ihres Lebensabends; nach ihren eigenen Angaben bestand hierauf ein persönlich gesicherter Anspruch.

#### Private Altersversorgung

Stellung im Beruf	Private Lebens- oder Rentenversicherung		Sonstige Quellen der Altersversorgung	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Selbständige . . . . .	16 906	85,89	1 779	68,93
Mithelfende . . . . .	418	2,12	209	8,10
Beamte . . . . .	—	—	—	—
Angestellte . . . . .	2 360	11,99	593	22,97
Arbeiter . . . . .	—	—	—	—
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>19 684</b>	<b>100</b>	<b>2 581</b>	<b>100</b>

In erster Linie kommen für eine private Lebens- und Rentenversicherung die Selbständigen in Frage, da es für abhängige Arbeitnehmer im allgemeinen sehr schwer sein dürfte, laufende Beiträge in einer derartigen Höhe aufzubringen, daß die Versicherungssumme einen sorgenfreien Lebensabend ermöglicht. Außerdem unterliegen die meisten Angehörigen der übrigen sozialen Gruppen ohnehin der Pflichtversicherung in der Angestellten- oder Invalidenversicherung; sie können zwar zusätzlich eine private Lebensversicherung abschließen; ihre Altersversorgung wird jedoch im wesentlichen von der gesetzlichen Sozialversicherung getragen. Zu den hier genannten Selbständigen gehören auch die auf Grund des Handwerker-Versorgungsgesetzes von 1938 versicherungspflichtigen Handwerker, die sich anstelle der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung zum Abschluß einer Lebensversicherung in Höhe von mindestens 5000,— DM entschlossen haben. In dem hohen Anteil der Selbständigen kommt damit auch die durch die gesetz-

lichen Bestimmungen eingeschränkte Wahlmöglichkeit der Angestellten und Arbeiter zum Ausdruck. Bei den hier ausgewiesenen Angestellten kann es sich offenbar in erster Linie nur um Personen handeln, deren Einkommen über der gesetzlich festgelegten Jahresarbeitsverdienstgrenze liegt.

In wieviel Fällen neben der gesetzlichen Altersversorgung auch noch eine private Lebensversicherung abgeschlossen wurde, ist in den Haushaltlisten der Volks- und Berufszählung zwar erfragt, aber nicht ausgewertet worden. Allerdings ist fraglich, ob die Angaben über Doppelversicherungen stets vollständig und richtig waren. Immerhin ist festzustellen, daß diese Lücke bedauerlich ist und die Aussagemöglichkeiten der gewonnenen Unterlagen zum Teil einschränkt.

### Erwerbspersonen ohne persönliche Ansprüche auf Altersversorgung

Bereits einleitend wurde erwähnt, daß die verhältnismäßig hohe Zahl von 72 175 Personen, die keinerlei persönliche Ansprüche auf Altersversorgung besitzen, im Zusammenhang mit der sozialen Schichtung dieses Personenkreises gesehen werden muß. Ergänzend ist aber auch die Altersgliederung zu berücksichtigen. Einmal müssen alle diejenigen ausgegliedert werden, von denen man annehmen kann, daß sie bereits ihre Altersversorgung beziehen. Diese Personen konnten aus aufbereitungstechnischen Gründen nicht gesondert ausgewiesen werden und sind in der hier genannten Zahl von 72 175 Personen noch enthalten. Zum anderen muß man aber auch bei den Angestellten die Personen herausheben, die zu ihrer wissenschaftlichen Ausbildung in ihrem künftigen Beruf gegen Entgelt tätig sind. Sie sind — im Gegensatz zu den Lehrlingen — auf Grund der Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes versicherungsfrei, wachsen jedoch nach Abschluß ihrer Ausbildung in den allermeisten Fällen in die Angestelltenversicherungspflicht hinein. Es würde ein unzutreffendes Bild geben, ließe man bei der Auswertung der gewonnenen Zahlen diese Einzelheiten unberücksichtigt.

### Erwerbspersonen ohne persönliche Ansprüche auf Altersversorgung

Stellung im Beruf	insgesamt	davon		
		unter 25 Jahre	über 65 Jahre	von 25 bis unter 65 J.
Selbständige . . . . .	44 120	628	9 041	34 451
Mithelfende . . . . .	15 407	2 538	695	12 174
Beamte . . . . .	—	—	—	—
Angestellte . . . . .	7 310	416	1 226	5 668
Arbeiter . . . . .	5 338	1 510	2 770	1 058
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>72 175</b>	<b>5 092</b>	<b>13 732</b>	<b>53 351</b>

Man wird wohl ohne Übertreibung den Lebensabend der meisten der hier ausgewiesenen Selbständigen und auch der Mithelfenden als hinreichend gesichert ansehen können: bei den Selbständigen, weil es sich hierbei in erster Linie um Personen handelt, die offenbar die laufenden Er-



träge ihres Vermögens für ausreichend erachten und daher auf die ihnen offenstehenden anderweitigen Versicherungsmöglichkeiten verzichtet haben — bei den Mithelfenden, weil hier der Familienvorstand, d. h. also der Betriebsinhaber, auskömmlich für die Altersversorgung sorgen dürfte. Man muß weiterhin berücksichtigen, daß vielfach die Mithelfenden nach dem Ableben des Familienvorstandes dessen Betrieb übernehmen.

Bedeutsamer erscheint dagegen zunächst die Zahl von 12 648 nichtversicherten Angestellten und Arbeitern. Scheidet man jedoch von den Nichtversicherten 5338 Arbeitern alle diejenigen aus, die bereits das 65. Lebensjahr überschritten haben und von denen man annehmen kann, daß sie bereits eine Altersversorgung beziehen, so verbleiben nur noch 2568 Personen. Es handelt sich hierbei um Arbeitskräfte, die nicht ständig im Berufsleben stehen und die nur ab und zu eine Gelegenheitsarbeit ausführen, deren Dauer 3 Monate nicht überschreitet. Da es sich im allgemeinen nur um gering bezahlte Aushilfsarbeiten handelt, können sie kaum eine ausreichende Privatversicherung abschließen. Man wird von diesen 2568 Personen aber auch noch alle jene absetzen müssen, die früher oder später in eine regelmäßige Beschäftigung hineinwachsen und deshalb invalidenversicherungspflichtig werden. Als Anhaltspunkt hierfür mag die Zahl der unter 25jährigen Arbeiter dienen; setzt man sie ebenfalls ab, so verbleiben **nur noch 1058 Arbeiter** zwischen 25 und 65 Jahren, **die keinen persönlichen Anspruch auf Altersversorgung haben.**

Auch bei den rd. 7300 nichtversicherten Angestellten sind ähnliche Vorbehalte zu machen. Von ihnen werden wohl 1226 bereits ihre Altersversorgung beziehen. 416 Angestellte, die das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, dürften zu ihrer wissenschaftlichen Ausbildung für ihren späteren Beruf gegen Entgelt beschäftigt sein. Es handelt sich hierbei um Werkstudenten und Volontäre mit geringem Einkommen. Nach Abschluß ihrer Ausbildung werden sie in ihrem künftigen Beruf der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen. Setzt man diese beiden Gruppen von der Gesamtzahl ab, so verbleiben **lediglich 5668 Angestellte, deren Altersversorgung ungeklärt ist.** Dies können infolge der versicherungsrechtlichen Regelung nur Personen sein, deren **Monatseinkommen im September 1950 600 DM überschritt** und die daher nicht mehr der Angestelltenversicherungspflicht unterlagen.

Aus diesen knappen Ausführungen ergibt sich, daß der Kreis derjenigen, die für ihren Lebensabend keinerlei finanziellen Rückhalt zu erwarten haben, gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen außerordentlich gering ist. Wieweit jedoch die künftigen Renten der Versicherten für den Lebensabend tatsächlich ausreichen, ist eine andere Frage, die auf diesem Wege nicht zu klären ist.

### Berufsstellung und Altersversorgung

Die bisherigen Ausführungen lassen nicht hinreichend erkennen, welcher versicherungsrechtliche Spielraum für die einzelnen Berufsgruppen auf Grund der Sozialversicherungsgesetzgebung im September 1950 bestand.

### Stellung im Beruf und Altersversorgung der Erwerbspersonen

September 1950

Stellung im Beruf	insgesamt	davon								
		Invalidenversicherung		Knappschaftsversicherung		Angestelltenversicherung		Pensions-Ansprüche als Beamte	Priv. Versicherung u. sonst. Quellen d. Altersversorgung	ohne Altersversorgung
		pfl.-vers.	frei.-vers.	pfl.-vers.	frei.-vers.	pfl.-vers.	frei.-vers.			
<b>Absolute Zahlen</b>										
Selbständige .....	91 449	150	6 243	—	10	11 374	10 709	158	18 685	44 120
Mithelfende										
Familienangehörige ...	17 300	—	622	—	1	—	640	3	627	15 407
Beamte .....	38 924	—	80	—	—	—	142	38 702	—	—
Angestellte .....	207 790	—	190	1	2	189 570	7 278	486	2 953	7 310
Arbeiter .....	391 022	385 536	—	25	—	—	—	123	—	5 338
<b>Zusammen .....</b>	<b>746 485</b>	<b>385 686</b>	<b>7 135</b>	<b>26</b>	<b>13</b>	<b>200 944</b>	<b>18 769</b>	<b>39 472</b>	<b>22 265</b>	<b>72 175</b>
<b>Verhältniszahlen</b>										
Selbständige .....	100	0,16	6,83	—	0,01	12,44	11,71	0,17	20,43	48,25
Mithelfende										
Familienangehörige ...	100	—	3,60	—	0,01	—	3,70	0,02	3,62	89,05
Beamte .....	100	—	0,21	—	—	—	0,36	99,43	—	—
Angestellte .....	100	—	0,09	0,0	0,0	91,24	3,50	0,23	1,42	3,52
Arbeiter .....	100	98,60	—	0,01	—	—	—	0,03	—	1,36
<b>Zusammen .....</b>	<b>100</b>	<b>51,67</b>	<b>0,96</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>26,92</b>	<b>2,51</b>	<b>5,29</b>	<b>2,98</b>	<b>9,67</b>

Im Rahmen der deutschen Sozialversicherungsgesetzgebung haben die Selbständigen unzweifelhaft die größten Wahlmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Altersversorgung. Die einzige Gruppe,

die geschlossen einer Pflichtversicherung unterliegt, sind die selbständigen Küstenschiffer und Küstentischer, die zur Besatzung ihres Fahrzeuges gehören und nicht mehr als 2 Versicherungspflichtige be-

schäftigen. Sie müssen auf Grund der Bestimmung der Reichsversicherungsordnung bei der Seekasse Hamburg invalidenpflichtversichert sein. Ihre Zahl ist gering. In Hamburg wurden im September 1950 lediglich 150 Personen ermittelt, im ganzen Bundesgebiet dürften es zum gleichen Zeitpunkt nur etwa 3300 Personen gewesen sein. Den Handwerkern wird dagegen bereits ein erheblicher Spielraum eingeräumt. Sie unterliegen zwar zunächst der Angestelltenversicherungspflicht, können sich jedoch anderweitig ausreichend versichern und sind dann versicherungsfrei. Alle übrigen Selbständigen können völlig frei entscheiden, ob sie eine private Lebensversicherung eingehen oder sich freiwillig an die gesetzliche Sozialversicherung anschließen wollen. Sie können weiterhin ihren Lebensabend aus den Einkünften ihres Vermögens finanzieren und auf jede anderweitige Sicherung verzichten. Von den rd. 91 000 Selbständigen in Hamburg hat sich hierzu offenbar auch die stärkste Gruppe, nämlich 44 120 Personen oder 48,3 v. H., entschlossen. Nur 12,6 v. H. aller Hamburger Selbständigen unterliegen einer Pflichtversicherung.

Wesentlich geringer ist der Spielraum bei den Angestellten einschl. der Lehrlinge. Liegt ihr Einkommen unter der Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Sozialversicherung, so müssen sie der Angestelltenpflichtversicherung angehören. Wer bereits einmal in der Invalidenversicherung pflichtversichert war, kann sich dort nebenher freiwillig weiterversichern. Von den rd. 208 000 Hamburger Angestellten erwarten daher etwa 91 v. H. eine Altersversorgung aus der gesetzlichen Sozialversicherung und nur für etwa 9 v. H. besteht eine Wahlmöglichkeit hinsichtlich ihrer künftigen Altersversorgung. Hierunter fallen alle Personen, die am Zählungstichtag der Berufszählung mehr als 600 DM im Monat verdienten sowie die für ihre berufliche Ausbildung gegen Entgelt tätigen Personen.

Bei den Arbeitern können nur diejenigen frei über ihre künftige Altersversorgung entscheiden, die im allgemeinen nur Gelegenheitsarbeiten ausführen. Ihre Zahl ist, gemessen an der Gesamt-

zahl der Arbeiter, verschwindend gering. In Hamburg unterliegen daher mehr als 98 v. H. aller Arbeiter der Invalidenpflichtversicherung.

Den Beamten steht es frei, zusätzlich zu der ihnen gewährten Pension Beitragszahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung zu leisten und hierdurch ihre Altersversorgung zu verbessern. Allerdings sind nur wenige Beamte in der Lage, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen; so wurden im September 1950 in Hamburg nur 222 Beamte gezählt, die neben ihrer Pension eine Rente aus der Angestellten- oder Invalidenversicherung erwarten. Das sind noch nicht einmal 0,6 v. H. aller Hamburger Beamten. Bei den Beamten ist im Gegensatz zu den Rentnern der Invaliden- und Angestelltenversicherung zu erwähnen, daß die Pension der Steuerpflicht unterliegt, so daß man ohne weiteres die Altersversorgung der Beamten als Einkommensbestandteil ansehen kann, der während der Dienstzeit nicht ausgezahlt und daher auch nicht versteuert wurde.

Die umfangreiche Tabelle am Schluß der Arbeit gibt noch einmal die Hamburger Erwerbspersonen nach ihrer künftigen Altersversorgung, nach der Stellung im Beruf und nach dem Alter wieder.

### Die Altersversorgung der Ehefrauen ohne Hauptberuf

Ergab sich bei den Erwerbspersonen zunächst ein verhältnismäßig günstiges Bild, so trifft dies für die Altersversorgung der Ehefrauen ohne Hauptberuf nicht in gleicher Weise zu. Im September 1950 erwarten in Hamburg von den 318 097 Ehefrauen ohne eigene Erwerbstätigkeit nur 10 607 oder 3,33 v. H. auf Grund eines persönlichen Anspruchs eine Altersversorgung. Der Lebensabend der Ehefrauen wird nämlich vielfach durch die Altersversorgung des Ehemannes gesichert; falls eine Privatversicherung abgeschlossen ist, erhält ja im allgemeinen der überlebende Ehepartner die Versicherungssumme ausgezahlt, Beamtenwitwen beziehen einen Teil des Ruhehaltes als Witwengeld, und auch in der Angestellten- und

#### Die Ehefrauen ohne Beruf nach der voraussichtlichen Altersversorgung und nach Altersgruppen

September 1950

Altersgruppe	Ehefrauen ohne Beruf insgesamt	davon erwarteten ihre Altersversorgung aus						Es erwarten keine Altersversorgung auf Grund persönlichen Anspruchs
		einer freiwilligen Versicherung bei der	Pensionsansprüchen als Beamter	Lebens- oder privater Rentenversicherung	sonstigen Quellen der Altersversorgung (auch Altenteil)	Angestellten-Versicherung	Invalide-n-Versicherung	
unter 18 Jahren	94	—	1	—	—	—	—	93
18 bis unter 20	804	2	8	—	—	1	—	793
20 " " 25 "	12 705	89	101	—	1	27	1	12 486
25 " " 30 "	28 061	398	220	—	5	84	1	27 353
30 " " 35 "	24 359	324	236	1	3	60	1	23 734
35 " " 40 "	37 245	436	424	—	1	81	4	36 299
40 " " 45 "	43 694	496	905	—	4	91	6	42 192
45 " " 50 "	41 955	512	1 186	—	4	89	5	40 159
50 " " 55 "	40 165	478	1 322	1	8	72	5	38 279
55 " " 60 "	34 717	350	1 310	1	6	61	8	32 981
60 " " 65 "	25 324	158	816	—	1	35	6	24 308
65 Jahren und darüber	28 974	23	109	—	1	25	3	28 813
<b>Zusammen</b>	<b>318 097</b>	<b>3 266</b>	<b>6 638</b>	<b>3</b>	<b>34</b>	<b>626</b>	<b>40</b>	<b>307 490</b>

Invalidenversicherung wird in der Regel eine Witwenrente gezahlt. Das hängt also immer von der versicherungsrechtlichen Stellung des Ehemannes ab. Angesichts der geringen Zahl der Ehefrauen, die eigene Ansprüche an eine Altersversorgung stellen können, wird man die Lage dieses Personenkreises ungünstig beurteilen müssen, wenn der Ehemann stirbt, zumal die Witwenrente wesentlich niedriger ist als die Altersrente des Ehemannes.

Die Masse der versicherten Ehefrauen leiten ihre künftige Altersversorgung aus freiwilligen Beitragsleistungen zur Sozialversicherung her. Die Zahl von 9907 freiwillig in der Sozialversicherung versicherten Ehefrauen erscheint zunächst gering, wenn man bedenkt, daß die meisten Frauen vor ihrer Eheschließung berufstätig waren und damit vielfach einer Pflichtversicherung unterlagen. Vielfach hat sich aber in der früheren Berufstätigkeit kein größeres Versicherungsguthaben angesammelt, so daß der Verlust der eingezahlten Beiträge nicht allzu schwer wiegt, wenn die Versicherung nicht freiwillig fortgesetzt wird. Auch erfordert die Aufrechterhaltung einer Versicherung über einen langen Zeitraum erhebliche finanzielle Opfer, die nicht immer aufgebracht werden können.

### **Die gegenwärtige Situation der Altersversorgung der Hamburger Erwerbspersonen**

Es liegt nahe, eine Fortschreibung der für den September 1950 ermittelten Ergebnisse auf die Gegenwart zu versuchen, zumal auch die Landesversicherungsanstalten und die übrigen Versicherungsträger monatlich die Zahl der bei ihnen versicherten Personen feststellen. Die Schwierigkeiten einer solchen Fortschreibung werden jedoch weitgehend unterschätzt.

#### **a) Das Verhältnis der Berufszählungsergebnisse zur laufenden Statistik der Angestellten- und Invalidenversicherung**

Zunächst können die Träger der Sozialversicherung infolge des für die Einziehung der Beiträge gewählten Verfahrens nur die Zahl der Pflichtversicherten, nicht jedoch der freiwillig Versicherten ermitteln, die in dem Gebiet des betreffenden Versicherungsträgers beschäftigt sind. Arbeitslose werden hierbei nicht berücksichtigt. Jeder Sozialversicherungsträger ist außerdem nur für ein bestimmtes Gebiet zuständig. Die Träger der Sozialversicherung sind einmal die Landesversicherungsanstalten, zum anderen Sonderanstalten für bestimmte Personengruppen, wie die See-Kasse für die Seeleute, die Knappschaft für die im Bergbau Beschäftigten sowie die Bundesbahnversicherungsanstalt für die bei der Bundesbahn tätigen Personen.

Das Arbeitsgebiet der Landesversicherungsanstalt Hamburg geht nicht über das Hamburger Staatsgebiet hinaus; dagegen obliegt der See-Kasse die Altersversicherung aller im Bundesgebiet ansässigen Seeleute, wogegen die Bundesbahnversicherungsanstalt mit ihrer Hamburger Zweigstelle für den Bereich der gesamten Bundesbahndirektion Hamburg, d. h. auch für Schleswig-Holstein und

Teile Niedersachsens, zuständig ist. Eine Ausgliederung der in Hamburg Beschäftigten ist lediglich bei der See-Kasse möglich. Bei allen übrigen Versicherungsträgern werden die Versicherten im Beschäftigungsgebiet, nicht jedoch in dem Gebiet gezählt, in dem sie wohnen. Die von den Versicherungsträgern ermittelten Zahlen sagen daher etwas anderes aus als die der Berufszählung.

Beschränkt man sich für Hamburg auf die monatlichen Meldungen der Landesversicherungsanstalt über die in der Invaliden- und Angestelltenversicherung pflichtversicherten Personen; so lassen sich unter Berücksichtigung der in diesem Aufsatz aufgezeigten versicherungsrechtlichen Gegebenheiten Aussagen über die Beschäftigungsveränderung bei bestimmten Gruppen von abhängigen Arbeitnehmern in den Betrieben und Arbeitsstätten des Hamburger Gebiets machen, nicht jedoch für die Hamburger Wohnbevölkerung. Es lassen sich hierbei Arbeiter und Angestellte trennen und Beschäftigungsschwankungen jeder dieser Gruppen gesondert untersuchen. Damit ergibt sich eine wertvolle Ergänzung der Arbeitsmarktstatistik des Landesarbeitsamtes, nicht jedoch ein zuverlässiger Weg, die Berufszählungsergebnisse auf die Gegenwart fortzuschreiben. Es verbleibt daher nur der Weg der Schätzung.

#### **b) Die Altersversorgung der Erwerbspersonen nach dem Stande vom 1. Januar 1953**

Die Zahl der in Hamburg wohnenden Erwerbspersonen läßt sich für den 1. Januar 1953 einigermaßen zuverlässig auf 783 000 schätzen. Zunächst ist die Altersgliederung der Gesamtbevölkerung für die Jahreswende bekannt. Es wird weiterhin angenommen, daß die Erwerbsquoten, die für den September 1950 in den einzelnen Altersgruppen ermittelt wurden, seitdem im wesentlichen gleichgeblieben sind. Unter dieser Annahme gelangt man zu der oben genannten Zahl.

Um die Verteilung der Erwerbspersonen auf die einzelnen Versicherungszweige zu ermitteln, ist von der gleichen prozentualen Verteilung wie im September 1950 ausgegangen worden. Hierbei war zusätzlich zu berücksichtigen, daß sich gegenüber dem September 1950 die Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Angestelltenversicherung von 7200 DM auf 9000 DM erhöht hat. Unabhängig von der Zunahme der Erwerbspersonen gegenüber dem Stande der Berufszählung ergibt sich daher schon aus diesem Grunde ein Zuwachs in der Angestelltenpflichtversicherung. Dieser Zugang wird wohl auf Kosten der freiwilligen Angestelltenversicherung erfolgt sein, denn es ist kaum anzunehmen, daß Personen, die vor dem Erlaß des Gesetzes vom 13. August 1952 versicherungsfrei waren, durch die Erhöhung der Jahresarbeitsverdienstgrenze aber zunächst wieder der Versicherungspflicht unterlagen und die eine private Versicherung abgeschlossen hatten, wieder in die Angestelltenpflichtversicherung zurückgekehrt sind. Ihnen hatte nämlich der Gesetzgeber die Wahl gelassen, eine Lebensversicherung in Höhe von 15 000 DM abzuschließen und damit

**Die Altersversorgung der Hamburger Erwerbspersonen am 1. 1. 1953 und am 13. 9. 1950**

Versicherungsart	1. 1. 1953 (geschätzt)	13. 9. 1950	Zu (+) oder Abnahme (-) gegenüber 1950
Angestelltenversicherung			
pflichtversichert . . . . .	216 000	201 000	+ 15 000
freiwillig versichert . . . .	15 000	19 000	- 4 000
Invalidenversicherung			
pflichtversichert . . . . .	405 000	386 000	+ 19 000
freiwillig versichert . . . .	7 000	7 000	.
Beamtenpensionen . . . . .	41 000	39 000	+ 2 000
Privatversicherung und sonstige Quellen der Altersversorgung . . . . .	23 000	22 000	+ 1 000
keine Altersversorgung <sup>1)</sup> . . . .	76 000	72 000	+ 4 000
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>783 000</b>	<b>746 000</b>	<b>+ 37 000</b>

<sup>1)</sup> Bei der Beurteilung der Zahlen über Personen ohne Altersversorgung sind die auf Seite 68 in dem entsprechenden Abschnitt gemachten Einschränkungen zu berücksichtigen.

auch weiterhin außerhalb der gesetzlichen Sozialversicherung zu verbleiben. Hiervon werden wahrscheinlich die meisten derjenigen Gebrauch gemacht haben, die auch schon im September 1950 mehr als 600 DM im Monat verdienten und bereits damals ihre Altersversorgung aus einer privaten Lebensversicherung erwarteten. Unter diesen Annahmen ergibt sich das nebenstehende Bild.

Die Übersicht gestattet bei allen notwendigen Vorbehalten wenigstens einen groben Überblick, wie sich die Zunahme des Hamburger Arbeitspotentials infolge der Erhöhung der Einwohnerzahl sowie die Ausweitung der Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Angestelltenversicherung auf die einzelnen Versicherungsträger ausgewirkt haben, von denen die Hamburger Erwerbspersonen ihre künftige Altersversorgung erhoffen.

Sobotschinski, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Die Erwerbspersonen nach der voraussichtlichen Altersversorgung, nach der Stellung im Beruf und nach Altersgruppe

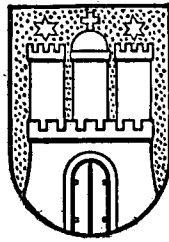
September 1950

Stellung im Beruf	Erwerbspersonen insgesamt:			davon erwarteten ihre Altersversorgung aus																		erwa keine versor auf persö Ansp
				einer Pflicht-Versicherung bei der						einer freiwilligen Versicherung bei der						Pensions- Ansprüchen als Beamte		Lebens- oder privater Renten- Versicherung		sonstigen Quellen der Altersversor- gung (auch Altenteiler)		
				Angestellten- Versicherung		Invaliden- Versicherung		Knapp- schafts- Vers.		Angestellten- Versicherung		Invaliden- Versicherung		Knapp- schafts- Vers.		m.	w.	m.	w.	m.	w.	
Altersgruppe (im Alter von ... Jahren)	Summe	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
<b>Selbständige</b>																						
<b>insgesamt</b>	91 449	75 409	16 040	9 051	2 323	150	—	—	—	9 019	1 690	5 128	1 115	8	2	147	11	15 690	1 216	1 552	227	34 664
davon unt. 20	18	8	10	—	2	—	—	—	—	—	—	6	1	—	—	—	—	73	8	16	—	—
20 bis unter 25	939	704	235	25	26	3	—	—	—	73	15	63	17	—	—	—	—	—	—	—	—	451
25 „ „ 30	3 291	2 571	720	158	75	12	—	—	—	282	73	199	42	2	—	—	—	434	46	31	4	1 453
30 „ „ 35	4 322	3 455	867	283	119	7	—	—	—	411	75	192	37	—	—	7	1	832	104	52	3	1 671
35 „ „ 40	9 226	7 561	1 665	784	231	13	—	—	—	1 018	178	449	79	—	—	14	2	2 017	175	126	17	3 140
40 „ „ 45	12 846	10 652	2 194	1 175	341	12	—	—	—	1 480	234	701	136	—	—	22	1	2 944	212	192	23	4 126
45 „ „ 50	13 784	11 526	2 258	1 245	336	25	—	—	—	1 505	283	860	165	2	1	15	2	2 970	220	238	31	4 666
50 „ „ 55	13 017	10 706	2 311	1 282	381	21	—	—	—	1 376	244	789	141	1	—	29	4	2 577	194	225	34	4 406
55 „ „ 60	11 378	9 169	2 209	1 283	417	11	—	—	—	1 279	327	668	245	1	—	28	1	1 919	133	214	33	3 766
60 „ „ 65	9 615	7 979	1 636	1 392	267	15	—	—	—	1 023	182	661	152	2	—	18	—	1 225	85	163	31	3 480
65 u. darüber	13 013	11 078	1 935	1 424	128	31	—	—	—	572	79	540	100	—	1	14	—	699	38	295	51	7 503
<b>Mithelfende Familienang.</b>																						
<b>insgesamt</b>	17 300	2 436	14 864	—	—	—	—	—	—	99	541	157	465	—	1	2	1	90	328	57	152	2 031
davon unt. 15	32	18	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
15 bis unter 18	642	256	386	—	—	—	—	—	—	3	—	4	4	—	—	—	—	—	2	2	—	247
18 „ „ 20	526	216	310	—	—	—	—	—	—	3	3	9	5	—	—	—	—	1	—	1	2	202
20 „ „ 25	1 504	621	883	—	—	—	—	—	—	16	18	33	26	—	—	—	—	13	9	7	4	553
25 „ „ 30	1 674	486	1 188	—	—	—	—	—	—	14	43	27	18	—	—	—	—	27	20	11	6	407
30 „ „ 35	1 190	218	972	—	—	—	—	—	—	16	49	18	23	—	—	—	—	7	16	10	7	167
35 „ „ 40	2 012	200	1 812	—	—	—	—	—	—	12	79	25	47	—	—	1	—	17	52	6	18	139
40 „ „ 45	2 436	168	2 268	—	—	—	—	—	—	16	107	16	81	—	1	—	—	12	54	5	19	119
45 „ „ 50	2 239	57	2 182	—	—	—	—	—	—	3	80	8	74	—	—	—	—	5	68	3	24	36
50 „ „ 55	2 075	50	2 025	—	—	—	—	—	—	3	75	5	82	—	—	1	—	3	59	2	27	36
55 „ „ 60	1 410	31	1 379	—	—	—	—	—	—	3	60	3	63	—	—	—	—	3	23	2	19	20
60 „ „ 65	823	40	783	—	—	—	—	—	—	7	25	7	28	—	—	—	—	1	16	4	18	20
65 u. darüber	737	75	662	—	—	—	—	—	—	3	2	2	14	—	—	—	—	1	8	4	8	63
<b>Beamte</b>																						
<b>insgesamt</b>	38 924	34 031	4 893	—	—	—	—	—	—	112	30	78	2	—	—	33 841	4 861	—	—	—	—	—
davon unt. 18	23	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	—	—	—	—	—	—
18 bis unter 20	61	61	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61	—	—	—	—	—	—
20 „ „ 25	2 033	1 889	144	—	—	—	—	—	—	6	—	13	—	—	—	1 870	144	—	—	—	—	—
25 „ „ 30	3 683	2 969	714	—	—	—	—	—	—	8	4	2	—	—	—	2 959	710	—	—	—	—	—
30 „ „ 35	2 587	2 167	420	—	—	—	—	—	—	5	5	2	—	—	—	2 160	415	—	—	—	—	—
35 „ „ 40	4 419	4 017	402	—	—	—	—	—	—	12	5	7	1	—	—	3 998	396	—	—	—	—	—
40 „ „ 45	3 949	3 607	342	—	—	—	—	—	—	15	4	3	—	—	—	3 589	338	—	—	—	—	—
45 „ „ 50	6 024	5 301	723	—	—	—	—	—	—	20	3	13	1	—	—	5 268	719	—	—	—	—	—
50 „ „ 55	6 288	5 366	922	—	—	—	—	—	—	16	3	12	—	—	—	5 338	919	—	—	—	—	—
55 „ „ 60	5 551	4 731	820	—	—	—	—	—	—	23	3	16	—	—	—	4 692	817	—	—	—	—	—
60 „ „ 65	4 107	3 717	390	—	—	—	—	—	—	6	3	8	—	—	—	3 703	387	—	—	—	—	—
65 u. darüber	199	183	16	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	182	16	—	—	—	—	—
<b>Angest. insg.</b>	207 790	116 482	91 308	101 756	87 814	—	—	1	—	6 572	706	110	80	2	—	434	52	2 198	162	357	236	5 055
davon unt. 15	70	29	41	23	58	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15 bis unter 18	8 207	2 284	5 923	2 278	5 895	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
18 „ „ 20	7 600	2 429	5 171	2 420	5 132	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
20 „ „ 25	26 574	9 710	16 864	9 503	16 616	—	—	—	—	42	31	3	2	—	—	—	—	14	8	4	16	14
25 „ „ 30	27 897	11 561	16 336	10 605	15 862	—	—	—	—	183	59	11	3	—	—	16	8	117	17	12	18	61
30 „ „ 35	18 517	9 721	8 796	8 598	8 473	—	—	—	—	280	65	11	—	—	—	18	6	180	14	18	12	61
35 „ „ 40	23 094	14 007	9 087	12 146	8 632	—	—	—	—	808	98	10	10	—	—	51	7	360	25	42	21	59
40 „ „ 45	24 872	15 892	8 980	13 581	8 562	—	—	—	—	1 221	107	15	6	1	—	57	6	424	34	55	27	53
45 „ „ 50	23 220	15 587	7 633	13 087	7 267	—	—	—	—	1 388	111	20	3	—	—	70	6	445	23	62	29	51
50 „ „ 55	19 893	13 750	6 143	11 723	5 759	—	—	—	—	1 180	115	18	15	—	—	78	11	279	20	54	38	41
55 „ „ 60	14 626	10 728	3 898	9 183	3 625	—	—	—	—	838	64	10	15	—	—	73	6	224	8	59	28	34
60 „ „ 65	9 420	7 617	1 803	6 840	1 616	—	—	—	—	503	32	8	11	1	—	58	2	110	6	32	21	26
65 u. darüber	3 800	3 167	633	1 969	337	—	—	1	—	129	18	4	10	—	—	13	—	44	5	19	25	98
<b>Arbeit. insg.</b>	391 022	273 346	117 676	—	—	269 798	115 738	19	6	—	—	—	—	—	—	118	5	—	—	—	—	3 415
davon unt. 15	372	207	165	—	—	188	148	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15 bis unter 18	28 256	17 223	11 033	—	—	16 807	10 259	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18 „ „ 20	21 357	12 501	8 856	—	—	12 457	8 818	1	1	—												

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 25. April 1953



Jahrgang 1953 — Heft Nr. 9

## Der Hamburger Flugverkehr

Am 6. Januar 1953 ist in Köln/Rhein eine Luftverkehrsbedarfs-Aktiengesellschaft gegründet worden. In der Gesellschaft sind Bund, Länder und Private vertreten. Das Gründungskapital beträgt vorläufig 6 Millionen DM. Der Sitz der Gesellschaft ist Köln. Sie ist der Vorläufer einer zukünftigen deutschen Luftverkehrsgesellschaft.

Der 6. Januar, an dem diese Gesellschaft gebildet wurde, ist der gleiche Kalendertag, an dem vor 27 Jahren, im Jahre 1926, die Deutsche Luft-Hansa A. G. gegründet worden war. In der Deutschen Lufthansa hatten sich die bisherigen beiden großen Luftverkehrsgesellschaften, Deutsche Aero Lloyd A. G. und Junkers Luftverkehr A. G. vereinigt, und dem neuen Unternehmen waren das Reich, die Länder und die kleineren regionalen Luftverkehrsgesellschaften beigetreten. Das Gründungskapital der Gesellschaft betrug 25 Millionen RM. Ihr Sitz war Berlin.

Hamburg hat nach dem ersten Weltkrieg in großem Maße Mittel des ordentlichen Haushaltsplans für den Ausbau seines Flughafens zur Verfügung gestellt; in den Jahren 1924 bis 1938 wurden 7,2 Millionen RM für Neubauten und Erweiterungsbauten ausgegeben, außerdem 1,56 Millionen RM als Beihilfe zur Förderung und Unterstützung des Fluglinienverkehrs aus Haushaltsmitteln bereitgestellt.

Der Flugverkehr von und nach Hamburg setzte in größerem Ausmaß etwa im Jahre 1925 ein, als folgende Strecken regelmäßig befliegen wurden:

Hamburg — Kopenhagen — Malmö  
— Amsterdam  
— Kopenhagen  
— Bremen — Amsterdam  
— Bremen — Dortmund — Frankfurt —  
Stuttgart — Zürich  
— Bremen — Münster — Dorsten  
— Berlin  
— Kiel

— Stralsund — Stettin — Köslin — Stolp —  
Danzig

— Hannover — Frankfurt  
— Westerland

Die Flughafensstatistik buchte im Jahre 1925 in Ankunft und Abflug je rd. 2480 Flugzeuge, in den ersten Nachkriegsjahren bis 1924 waren es nur etwa 500 bis 600 gewesen. Der Verkehr stieg in den nächsten Jahren weiter an und erreichte einen vorläufigen Höhepunkt in den Jahren 1929 bis 1931 mit etwa je 3600 Flugzeugen im Jahr. Das waren also durchschnittlich 10 ankommende und 10 abfliegende Flugzeuge je Tag. Mit der sich ausbreitenden Wirtschaftskrise ging die Tagesdurchschnittszahl auf je 8,8 (1932) zurück, erholte sich aber bald und erreichte im Jahre 1934 wieder den Stand der Jahre 1929/31.

Inzwischen hatten der Flugzeugbau und die Flugzeugtechnik weitere große Fortschritte gemacht; das Netz der Flugstrecken wurde in Europa und im außereuropäischen Ausland ausgebaut. Neue und größere Flugzeugtypen wurden in den Verkehr gestellt. Stand im Durchschnitt des Jahrzehnts 1925 bis 1934 die Zahl der Flugzeuge im Verhältnis zur Zahl der Fluggäste wie 1:3, so erhöhte sich die Relation in den Jahren 1935 bis 1938 auf 1:5,6. Das mag freilich nicht nur an der Einführung größerer Flugzeugtypen gelegen haben, sondern auch an einer stärkeren Platzausnutzung. Im Frachtverkehr war allerdings nur eine geringe Steigerung je Flugzeug zu verzeichnen. In dem Jahrzehnt 1925 bis 1934 wurden durchschnittlich je Flugzeug 100 kg an Gepäck, Post, Zeitungen und Frachtsendungen befördert (Passagiergut eingeschlossen), von 1935 bis 1938 errechneten sich 105 kg. Von einer Frachtbeförderung größeren Stils konnte also noch nicht die Rede sein, zumal wenn man berücksichtigt, daß in den 105 kg das Gepäck von 5 bis 6 Fluggästen eingerechnet war.

Die Zahl der Flüge, die im Jahre 1934, ähnlich wie 1929/31, tagesdurchschnittlich je 10 im

An- und Abflug betragen hatte, erhöhte sich bis 1937 tagesdurchschnittlich auf je 13,7, ging aber im Jahre 1938 auf durchschnittlich je 11,5 zurück (je 4200 Flüge im An- und Abflug).

Im Jahre 1938 wurden folgende Strecken direkt von Hamburg befliegen:

Hamburg — Kiel	1 × täglich	
— Kopenhagen	3 × täglich	
— Berlin	5 × täglich	
— Hannover	2 × täglich	
— Essen/Mülh.	1 × täglich	
— Bremen	1 × täglich	
— Brüssel	1 × täglich	
— London	2 × täglich	
— Wangerooge	1 × täglich	} nur Sommer- verkehr
— Wyk	1 × täglich	

Das Flughafengelände hatte bis zum Jahre 1934 einen Umfang von 211 ha. Später wurde eine schon lange geplante Erweiterung durchgeführt: Die Borsteler Rennbahn und weitere Anliegerflächen wurden einbezogen. Das Gesamtgelände erhielt dadurch seinen heutigen Umfang von 325 ha. Das Gelände ist Eigentum der Hamburger Flughafen-Verwaltung GmbH., deren Anteile sich wiederum vollständig im Besitz der Hansestadt Hamburg befinden. Ein Teil des Geländes an den Randflächen wird noch landwirtschaftlich genutzt.

Im Jahre 1928 wurde mit dem Bau des großen Verwaltungs- und Abfertigungsgebäudes begonnen, das 1929 zunächst teilweise in Betrieb genommen wurde. Im Jahre 1936 wurde es umgebaut, um die Fluggastabfertigung für den In- und Auslandsverkehr zu trennen. Das Restaurant erhielt einen Wintergarten und eine überdachte Terrasse. 1937 erhielt der Nord- und Südflügel der Flughafen-Gaststätte seine heutige Gestalt. — Da das Verwaltungsgebäude den Anforderungen nicht mehr genüge, wurde im Jahre 1939 der Anbau errichtet.

Für Besucher gibt es einen dem Hauptgebäude vorgelagerten Aussichtsgarten von 6800 qm, der z. B. von April 1951 bis März 1952 von rd. 207 000 und von April 1952 bis November 1952 von rd. 267 000 Personen aufgesucht wurde.

1948 wurden von der Besatzungsmacht unter der Aufsicht der Hamburger Baubehörde 2 Startbahnen errichtet, und zwar eine sogenannte Schlechtwetter-Bahn von 1880 m Länge und eine Schönwetter-Bahn von 1460 m Länge. Beide sind 45 m breit. Zum An- und Abrollen der Flugzeuge wurden hierzu 3 km Rollbahnen errichtet mit einer Breite von 23 m. Ferner wurde das Beton-Vorfeld auf rd. 100 000 qm erweitert. Die Schlechtwetter-Bahn ist mit allen modernen Hilfslandevorrichtungen — wie ILS-Anlage — versehen. Die Anflugschneisen sind mit den modernen Calvert-Beleuchtungen ausgerüstet.

Das große Flughafengebäude mit den Fahrgastabfertigungen, mit den Räumen für die Verwaltung,

den Flugsicherungsdienst (im Turmbau) und den Wetterdienst sowie mit Gaststätte und Hotel hat in der Form, die es in den Jahren 1928 bis 1939 erhalten hat, unversehrt den Krieg überdauert, wie auch alle übrigen Baulichkeiten des Flugplatzes (Flugzeughalle, Frachthalle usw.) keine Beschädigungen erlitten haben.

Der Hamburger Flughafen hat stets nur der zivilen Luftfahrt gedient. Sein Betrieb hörte deshalb nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges sehr bald auf. Nach der Kapitulation Deutschlands wurden die Einrichtungen des Flughafens von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und die deutsche Flughafenverwaltung suspendiert. Der Flughafen wurde dem alliierten zivilen Luftverkehr dienstbar gemacht.

**Am 1. Oktober 1950** gab die britische Besatzungsmacht die Verwaltung an die Hamburger Flughafen-Verwaltung G. m. b. H. wieder zurück. Damit war allerdings eine deutsche Luftverkehrheit noch nicht wieder begründet. **Der Luftverkehr von und nach Hamburg wird bis in die jüngste Gegenwart ausschließlich von ausländischen Luftverkehrsgesellschaften betrieben**, die aber überwiegend in Beziehung zu Westdeutschland mit deutschem Personal arbeiten.

Folgende Gesellschaften fliegen Hamburg direkt an:

- AF = Air France
- BEA = British European Airways
- AY = Finnische Luftverkehrsges. FINNAIR.
- KLM = Königl.-Niederländische Luftverkehrsges.
- PAA = Pan American World Airways System
- SN = SABENA (Belgische Luftverkehrsges.)
- BS = Braathens, S. A. F. E.
- SAS = Scandinavian Airlines System
- SR = SWISSAIR
- Avianca (Kolumbianische Luftverkehrsges.)
- Philippine Air Lines
- Loftleidir (Isländische Luftverkehrsges.)
- ACL = Air Charter
- LAL = Lancashire
- SCL = Silver City
- SEABOARD und Western.

Die Fluggesellschaften geben der Flughafenverwaltung über jedes an- und abfliegende Flugzeug einen Flugbericht, „Flight Record“, wie es in englischer Sprache, der internationalen Sprache des Luftverkehrs heißt. Dies ist näher geregelt durch eine Anordnung des Zivilen Luftfahrtamtes bei der Alliierten Hohen Kommission. Auf die Flight Records baut sich die Luftverkehrsstatistik auf, die mit Wirkung vom 1. April 1949 der deutschen Verwaltung wieder zugänglich geworden ist.

Seit 1949 hat sich eine stete Aufwärtsentwicklung in allen Sparten des Luftverkehrs vollzogen.

Flüge	1938	1949 <sup>1)</sup>	1950	1951	1952
Landungen <sup>2)</sup> .	4 208	2 972	5 893	9 211	12 136
Starts <sup>2)</sup> . . . . .	4 222	2 980	5 895	9 213	12 141

<sup>1)</sup> April bis Dezember  
<sup>2)</sup> Gesamtverkehr

Waren im Monatsdurchschnitt des Jahres 1949 rund 660 An- und Abflüge zu verzeichnen, so stieg der monatliche Durchschnitt im Jahre 1950 bereits auf 980, im Jahre 1951 weiter auf 1535 und 1952 sogar auf 2023 An- und Abflüge. Das sind tag-ein, tagaus im Mittel etwa 33 Starts und 33 Landungen. Damit hat das Verkehrsaufkommen des Flughafens Hamburg im Jahre 1952 seinen bisher höchsten Stand erreicht. Die Landungen und Starts lagen im Jahre 1952 um 30 v. H. höher als 1951 und gegenüber 1950 haben sie sich mehr als verdoppelt.

Passagiere	1938	1949 <sup>1)</sup>	1950	1951	1952
angekommen <sup>2)</sup>	21 821	27 089	59 915	100 264	127 661
abgegangen <sup>2)</sup> .	21 747	25 855	50 431	85 522	90 513
Durchgang . . .	4 069	6 505	17 606	25 968	38 657

<sup>1)</sup> April bis Dezember  
<sup>2)</sup> Gesamtverkehr

Noch ausgeprägter kommt die Entwicklung in der Zahl der beförderten Personen zum Ausdruck. Im Monatsdurchschnitt sind 1938 rd. 3630, 1949 5880, 1950 9195, 1951 15 480 und 1952 18 180 Passagiere angekommen oder abgegangen.

Luftfracht- verkehr in kg	1938	1949 <sup>1)</sup>	1950	1951	1952
Eingang	274 001	407 532	2 241 330	7 554 344	22 796 362
Ausgang	243 017	263 448	703 987	1 343 380	1 584 012
Durchg.	90 878	.	.	791 052	1 086 327

<sup>1)</sup> April bis Dezember

Im Luftfrachtverkehr hat der Flughafen Hamburg ebenfalls einen schwungvollen Auftrieb genommen. Nach Beendigung des letzten Krieges setzten die ausländischen Luftverkehrsgesellschaften in Westdeutschland die ersten größeren Luftfrachtmaschinen für die zivile Luftfahrt ein. Sie finden Verwendung bei der schnellen Beförderung dringend benötigter Wirtschaftsgüter und von verderblicher und empfindlicher Ware. Der Berlin-Verkehr zeigte immer wieder, daß alle Anforderungen, die an den „Frachtverkehr der Luft“ gestellt wurden, bisher fast ausnahmslos erfüllt werden konnten. Die höchsten Beförderungsleistungen im Frachtverkehr werden auch heute noch im Berlin-Verkehr erzielt. Der übrige inländische Frachtverkehr tritt demgegenüber weit in den Hintergrund. Der Frachteingang erreichte 1952 fast 22 800 t gegenüber 7554 t im Jahre 1951 und 2241 t im Jahre 1950. Von den 22 800 t eingegangener Fracht kamen rd. 897 t = 4 v. H. aus dem Ausland. Der Frachtausgang erreichte dagegen für 1952 nur eine Höhe von rd. 1584 t gegenüber 1343 t im Jahre 1951 und 704 t im Jahre 1950. Etwas mehr als die Hälfte der ausgegangenen Fracht, nämlich 822 t, gingen 1952 ins Ausland.

Die Ladekapazität der einzelnen Flugzeugtypen ist sehr unterschiedlich. Bei den DC 3 Maschinen, die heute nur noch selten eingesetzt werden, beträgt die Ladekapazität 3 t, die der Bristols' gleich 5 t, der DC 4 = 6 t, der DC 6 = 7 t und der York-Maschinen 8 t. Vor dem Kriege lag die höchste Kapazität der deutschen Flugzeuge zwischen 2 bis 3 t.

Im Luftpostverkehr ist beim Eingang 1952 gegenüber 1951 eine geringe Zunahme von 1,87 v. H. und gegenüber 1950 eine Zunahme von rd. 25 v. H. zu verzeichnen. Der Ausgang an Luftpost nahm

## Übersicht 1

### Der Flugverkehr in Hamburg in den Jahren 1938 und 1949 bis 1952

#### a) Starts und Landungen und Fluggäste

Jahr	Starts und Landungen		Ankommende Fluggäste		Abreisende Fluggäste		Fluggäste im Durchgangverkehr	
	-überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1938	8 430	100,0	21 821	100,0	21 747	100,0	4 069	100,0
1949 <sup>1)</sup>	5 952	70,6	27 089	124,1	25 855	118,9	6 505	159,9
1950	11 788	139,7	59 915	274,6	50 431	231,9	17 606	432,7
1951	18 424	218,6	100 264	459,5	85 522	393,3	25 968	638,2
1952	24 277	288,0	127 661	585,0	90 513	416,2	38 657	950,0

<sup>1)</sup> April bis Dezember

#### b) Luftfracht

Jahr	Luftfracht in Tonnen					
	Eingang		Ausgang		Durchgang	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
1938	274	100	243	100	91	100
1949 <sup>1)</sup>	408	149	263	108	.	.
1950	2 241	818	704	290	.	.
1951	7 554	2 757	1 343	553	791	869
1952	22 796	8 320	1 584	652	1 086	1 193

<sup>1)</sup> April bis Dezember

#### c) Luftpost

Jahr	Luftpost in Tonnen					
	Eingang		Ausgang		Durchgang	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
1938	108	100	67	100	113	100
1949 <sup>1)</sup>	156	144	184	275	.	.
1950	428	396	190	284	.	.
1951	524	485	276	412	107	95
1952	534	494	362	540	271	240

<sup>1)</sup> April bis Dezember



1952 gegenüber 1951 um 31 v. H. und gegenüber 1950 um 90 v. H. zu. Von der eingegangenen Post kamen rd. 52 v. H. aus dem Ausland, und von der ausgegangenen Post gingen rd. 57 v. H. ins Ausland.

Luftpostverkehr in kg	1938	1949 <sup>1)</sup>	1950	1951	1952
Eingang . . . .	107 864	156 269	427 545	524 180	533 960
Ausgang . . . .	66 928	183 711	189 976	276 461	362 363
Durchgang . . .	113 101			107 166	270 789

<sup>1)</sup> April bis Dezember

Für den Monat August 1952 wurde eine einmalige Auszählung des Flughafenverkehrs in Hamburg nach Abgangs- und Endflughäfen vorgenommen. Als Unterlage hierfür dienten die Flugberichte (Flight Records) der Fluggesellschaften. Von dem im August 1952 von Hamburg abgeflogenen 1108 Flugzeugen hatten 666 Flugzeuge ihre Reiseroute auf einem deutschen Flughafen beendet; davon allein 546 Maschinen in West-Berlin, 45 in Stuttgart, 32 in Düsseldorf, 15 in Frankfurt/Main, je 13 in Bremen und München und 2 in Hannover. 442 Maschinen oder zwei Fünftel aller im August abgeflogenen Flugzeuge hatten ihren Endflughafen im Ausland; davon allein 393 in Europa und 49 in Nord- und Südamerika sowie Nah- und Fernost.

Rund die Hälfte der abgeflogenen Fluggäste (ohne die Durchgangspassagiere), nämlich 4853, flogen im August 1952 nach West-Berlin. Weitere 1414 Fluggäste flogen nach einem anderen deutschen Flughafen und 3469 Fluggäste flogen ins Ausland; davon 2943 auf Strecken innerhalb Europas und 526 Fluggäste auf den Strecken nach Nord- und Südamerika und Nah- und Fernost. Das Platzangebot, das im August 1952 zur Verfügung stand, betrug rd. 30 000 Plätze. Das Angebot war beim Abflug von Hamburg insgesamt (einschl. Durchgang) zu 47 v. H. ausgenutzt. Gegenüber dem innerdeutschen Verkehr ist auf den Strecken, die ins Ausland führen, teilweise eine stärkere Platzausnutzung zu verzeichnen; darunter besonders die Strecken nach New York, Stockholm, Kopenhagen und Genf. (Wie die einzelnen Strecken des Flugnetzes, d. h. die Teilstrecken von Flugplatz zu Flugplatz ausgenutzt sind, kann aus dem hier zur Verfügung stehenden Material nicht ersehen und deshalb nicht errechnet werden.)

Rund 53 v. H. der abgegangenen Fracht ging im August 1952 ins Ausland, 42 v. H. nach West-Berlin und die restlichen 5 v. H. verteilen sich auf die übrigen westdeutschen Flughäfen.

Die Luftpost ging zu 55 v. H. ins Ausland (davon allein mehr als ein Drittel nach New York), 36,5 v. H. nach Berlin und 8,5 v. H. nach anderen westdeutschen Flughäfen.

Während die Flugzeugbewegungen im An- und Abflug fast gleich sind, kann dies von den Beförderungsleistungen nicht gesagt werden. **Auf dem Flughafen Hamburg kamen im August 1952 5973 Passagiere oder 61,5 v. H. mehr an, als abgeflogen sind.** Von den 15 709 angekommenen Flugpassagieren kamen 10 733 oder 68,3 v. H. aus West-Berlin,

1325 oder 8,4 v. H. von einem anderen deutschen Flughafen und 3651 oder 23,3 v. H. aus dem Ausland. Fast die Hälfte der angekommenen Fluggäste aus dem Ausland kamen aus den skandinavischen Staaten Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen; etwas mehr als ein Viertel kam aus England.

Das Platzangebot, das im August 1952 zur Verfügung stand, betrug beim Anflug ebenfalls fast 30 000 Plätze. Diese waren bei der Landung (einschl. Durchgang) zu 67 v. H. ausgenutzt. Während die angebotene **Platzkapazität im Flug Hamburg—Berlin im August 1952 im Durchschnitt zu 41,6 v. H. ausgenutzt war, betrug der Ausnutzungsgrad im Gegenflug, also Berlin—Hamburg, 90,4 v. H.**

Die Übersichten 2, 3 und 4 führen des Näheren vor, was die vertiefte Auswertung der Flight Records vom August 1952 ergeben hat. Wenn es sich hierbei auch nur um einen einzelnen Monat handelt und die Daten nicht schlechthin verallgemeinert werden können, so dürfte aber doch diese Stichprobe zu einem interessanten Einblick in den Hamburger Flugverkehr geführt haben.

Die direkten Flugverbindungen Hamburgs sind in der Übersicht 5 zusammengestellt; dabei ist nach dem Stande von Ende 1951 und Ende 1952 angegeben, wie oft die Strecken in dem von Hamburg ausgehenden Verkehr wöchentlich befliegen worden sind.

Übersicht 6 gibt einen Überblick über die Entfernungen; die Flugzeiten und die Flugpreise für die wichtigsten in- und ausländischen Zielorte, die mit Hamburg in direkter Flugverbindung stehen.

Schließlich sind der Arbeit noch zwei Übersichten (7 und 8) mit Ergebnissen aus der Bundesstatistik für das Jahr 1952 beigefügt. Dieses Gesamtbild wird im innerdeutschen Verkehr zu einem erheblichen Teil durch die Berliner Luftbrücke bestimmt, die insbesondere auch die Verkehrszahlen von Hamburg, Frankfurt und Hannover, beeinflusst. Unberührt hiervon sind die Angaben über den Auslandsverkehr. **Im Flugverkehr mit dem Ausland steht Frankfurt an erster, Hamburg an zweiter, Düsseldorf an dritter und München an vierter Stelle.** Die Anteile der 9 westdeutschen Flughäfen an dem Linienverkehr mit dem Ausland waren im Jahre 1952 folgende:

Flughäfen	Gelandete und gestartete Flugzeuge v. H.	Angekommene und abgeflogene Personen v. H.
H a m b u r g	23,3	20,9
Bremen	0,5	1,0
Düsseldorf	14,5	14,8
Frankfurt	37,5	43,2
Hannover	4,4	2,1
Köln/Bonn	3,5	2,5
München	10,3	12,5
Nürnberg	0,7	0,6
Stuttgart	5,3	2,4
	100,0	100,0

Dr. Urban / Oechsle

## Übersicht 2

## Der Flughafenverkehr in Hamburg nach Flugzielen im August 1952

Abflug nach ... (Endflughafen)	Flüge insg.	abgehende Passagiere insg.	davon nach dem Ausland	außerdem Durchgangs- Passagiere	Platz- angebot	Platzaus- nutzung bei Abflug <sup>1)</sup>	abgehende Fracht in kg	abgehende Post in kg
Berlin	546	4 853	—	146	12 012	41,62	46 351	10 552
Bremen	13	12	—	113	728	17,17	455	52
Düsseldorf	32	229	—	189	824	50,73	682	268
Frankfurt/M.	15	124	—	175	661	45,23	715	1 190
Hannover	2	1	—	37	82	46,34	—	—
München	13	96	—	—	257	37,35	774	234
Stuttgart	45	257	—	71	945	34,71	2 639	683
<b>Deutsche Flughäfen zusammen</b>	<b>666</b>	<b>5 572</b>	<b>—</b>	<b>731</b>	<b>15 509</b>	<b>40,64</b>	<b>51 616</b>	<b>12 979</b>
Amsterdam, London u. New York	188	1 865	1 861	1 444	5 610	53,98	23 950	9 944
Bovingdon/London	3	13	13	—	60	21,67	87	—
Brüssel, Paris, Madrid und Santiago/Chile	38	402	217	187	1 391	42,34	5 975	749
Den Haag	2	—	—	—	14	0,00	—	—
Genf	33	473	121	81	699	79,26	1 861	1 296
Helsinki und Oslo	56	449	449	404	1 921	44,40	2 460	1 635
Hongkong, Istanbul und Teheran	15	128	61	225	665	53,08	4 755	215
Kopenhagen	42	289	289	241	1 042	50,86	3 306	541
Liverpool	1	—	—	—	—	—	1 431	—
Rom, Nizza, Salzburg, Wien	10	97	10	164	356	73,31	418	244
Southend/England	1	—	—	—	—	—	4 421	—
Stockholm	52	446	446	974	2 681	52,97	10 180	1 305
Zürich	1	2	2	—	21	9,52	—	—
<b>Ausländische Flughäfen zusammen</b>	<b>442</b>	<b>4 164</b>	<b>3 469</b>	<b>3 720</b>	<b>14 460</b>	<b>54,52</b>	<b>58 844</b>	<b>15 929</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1 108</b>	<b>9 736</b>	<b>3 469</b>	<b>4 451</b>	<b>29 969</b>	<b>47,34</b>	<b>110 460</b>	<b>28 908</b>

<sup>1)</sup> einschl. Durchgang

## Übersicht 3

## Der Flughafenverkehr in Hamburg nach Abgangsflughäfen im August 1952

Ankunft von ... (Abgangsflughäfen)	Flüge insg.	an- gekommene Passagiere	davon aus dem Ausland	außerdem Durchgangs- Passagiere	Platz- angebot	Platzaus- nutzung bei Landung <sup>1)</sup>	an- gekommene Fracht in kg	an- gekommene Post in kg
Berlin	548	10 733	—	150	12 034	90,44	1 632 378	12 727
Bremen	13	9	—	116	728	17,17	602	522
Düsseldorf	32	197	—	207	824	49,03	400	218
Frankfurt/M.	15	144	—	206	680	51,47	406	1 941
Hannover	2	18	—	—	42	42,86	114	48
München	11	83	—	9	231	39,83	1 948	505
Stuttgart	44	305	—	75	924	41,13	3 012	2 400
<b>Deutsche Flughäfen zusammen</b>	<b>665</b>	<b>11 489</b>	<b>—</b>	<b>763</b>	<b>15 463</b>	<b>70,23</b>	<b>1 638 860</b>	<b>18 361</b>
Amsterdam, London u. New York	186	1 385	1 385	575	5 084	38,55	49 853	14 363
Bovingdon/London	3	10	10	—	60	16,67	25	—
Brüssel, Paris, Madrid und Santiago/Chile	39	363	184	232	1 439	41,35	5 566	974
Den Haag	2	11	11	—	14	78,57	178	—
Genf	31	426	172	—	651	65,44	1 633	1 285
Helsinki und Oslo	50	672	672	581	1 746	71,76	1 335	683
Hongkong, Istanbul und Teheran	15	190	105	202	695	56,40	2 807	405
Kopenhagen	57	447	447	609	1 745	60,52	5 786	1 798
Salzburg, Wien	9	109	58	112	285	77,54	558	463
Stockholm	50	605	605	1 328	2 719	71,09	2 898	1 724
Zürich	2	2	2	49	70	72,86	—	—
<b>Ausländische Flughäfen zusammen</b>	<b>444</b>	<b>4 220</b>	<b>3 651</b>	<b>3 688</b>	<b>14 508</b>	<b>54,51</b>	<b>70 639</b>	<b>21 695</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1 109</b>	<b>15 709</b>	<b>3 651</b>	<b>4 451</b>	<b>29 971</b>	<b>67,27</b>	<b>1 709 499</b>	<b>40 056</b>

<sup>1)</sup> einschl. Durchgang

Anflug von	A b f l u g n a c h																										Anflüge								
	Zürich	Wien	Teheran	Stockholm	Southend (England)	Santiago (Chile)	Salzburg	Oslo	London (Northolt)	Nizza	New York	Madrid	London	Liverpool	Le Bourget (Paris)	Kopenhagen	Istanbul	Hongkong	Helsinki	Genf	Den Haag	Ciampino (Rom)	Brüssel	Bovingdon (London)	Amsterdam	Stuttgart		München	Hannover	H a m b u r g	Frankfurt/M.	Düsseldorf	Bremen	Berlin	
Berlin . . . . .	—	—	—	—	1	—	—	18	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	18	1	—	13	494		
Bremen . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13		
Düsseldorf . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32		
Frankfurt/M. . . . .	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15		
H a m b u r g . . . . .	—	—	—	2	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10		
Hannover . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2		
München . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11		
Stuttgart . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44		
Amsterdam . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26		
Bovingdon/London . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3		
Brüssel . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13		
Den Haag . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2		
Genf . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2		
Helsinki . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31		
Hongkong . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6		
Istanbul . . . . .	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4		
Kopenhagen . . . . .	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	8	1	7	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57		
Le Bourget/Paris . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13		
London . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11		
Madrid . . . . .	—	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10		
New York . . . . .	—	—	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21		
London/Northolt . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28		
Oslo . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5		
Salzburg . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5		
Santiago/Chile . . . . .	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3		
Stockholm . . . . .	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	23	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50		
Teheran . . . . .	—	—	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5		
Wien . . . . .	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4		
Zürich . . . . .	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2		
<b>Abflüge:</b> . . . . .	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>52</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>6</b>	<b>116</b>	<b>1</b>	<b>31</b>	<b>9</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>13</b>	<b>42</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>50</b>	<b>33</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>13</b>	<b>3</b>	<b>28</b>	<b>45</b>	<b>13</b>	<b>2</b>	<b>—</b>	<b>15</b>	<b>32</b>	<b>13</b>	<b>546</b>		
																																			<b>1 109</b>
																																			<b>Anflüge</b>
																																			<b>insg.</b>

Abflüge insg.: 1108

## Übersicht 5

**Hamburgs direkte Flugverbindungen**  
 (nur Linienverkehr)

Abflug nach	wöchentliche Abflüge	
	Ende 1951	Ende 1952
<b>Innerdeutsche Flughäfen<sup>1)</sup></b>		
Berlin . . . . .	49	47
Bremen . . . . .	9	10
Düsseldorf . . . . .	19	23
Frankfurt . . . . .	21	26
Hannover . . . . .	—	3
Köln . . . . .	1	—
München . . . . .	12	5
Nürnberg . . . . .	7	3
Stuttgart . . . . .	14	14
<b>Europäische Flughäfen<sup>1)</sup></b>		
Amsterdam . . . . .	27	20
Athen . . . . .	2	3
Brüssel . . . . .	3	3
Genf . . . . .	9	9
Helsinki . . . . .	9	7
Kopenhagen . . . . .	20	26
London . . . . .	23	14
Luxemburg . . . . .	—	2
Madrid . . . . .	1	2
Mailand . . . . .	1	—
Oslo . . . . .	8	1
Paris . . . . .	3	6
Reykjavik . . . . .	—	2
Rom . . . . .	3	4
Stavanger . . . . .	1	2
Stockholm . . . . .	13	11
Wien . . . . .	2	1
Zürich . . . . .	14	8
<b>Außereuropäische Flughäfen<sup>1)</sup></b>		
Abadan . . . . .	1	1
Bangkok . . . . .	1	1
Bombay . . . . .	1	—
Boston . . . . .	—	1
Damaskus . . . . .	1	1
Honkong . . . . .	1	1
Istanbul . . . . .	1	1
Johannesburg . . . . .	—	1
Kairo . . . . .	2	1
Kalkutta . . . . .	1	1
Karachi . . . . .	1	1
Khartum . . . . .	—	1
Nairobi . . . . .	—	1
New York . . . . .	4	6
Teheran . . . . .	1	1

<sup>1)</sup> Flughäfen, die entweder das Reiseziel bilden oder bei einem entfernter gelegenen Reiseziel angefliegen werden.

## Übersicht 6

**Flugkilometer, Flugzeit und Flugpreise**  
 von Hamburg

nach	Flug- km	Flug- zeit <sup>1)</sup> Std./ Min.	Flugpreise in DM		hin u. zurück innerhalb 17 Tagen in DM
			einfach	hin und zurück	
Abadan . . . . .	5 780	17.45	1 380,—	2 480,—	
Amsterdam . . . . .	375	1.40	115,—	207,—	
Athen . . . . .	2 500	9.15	730,—	1 317,—	
Bangkok . . . . .	11 160	36 00	2 388,—	4 299,—	
Berlin . . . . .	260	1.15	65,—	106,—	
Boston . . . . .	6 380	—	1 803,—	3 245,—	2 830,—
Bremen . . . . .	95	0.35	30,—	54,—	45,—
Brüssel . . . . .	510	2 20	144,—	260,—	
Kairo . . . . .	3 840	12.45	1 000,—	1 800,—	
Kalkutta . . . . .	9 510	30.45	2 047,—	3 685,—	
Damaskus . . . . .	4 110	11.30	1 000,—	1 800,—	
Düsseldorf . . . . .	340	1.30	94,—	170,—	141,—
Frankfurt . . . . .	410	1.40	130,—	235,—	166,—
Genf . . . . .	940	3.15	263,—	474,—	
Hannover . . . . .	135	0.45	45,—	81,—	66,50
Helsinki . . . . .	1 220	4.50	368,—	663,—	
Hongkong . . . . .	12 880	41.30	2 752,—	4 954,—	
Istanbul . . . . .	3 040	8.00	835,—	1 503,—	
Johannesbg. . . . .	10 750	26.45	2 129,—	3 833,—	
Karachi . . . . .	7 400	24.00	1 776,—	3 197,—	
Khartum . . . . .	5 870	—	1 247,—	2 245,—	
Kopenhagen . . . . .	285	1.10	129,—	233,—	
London . . . . .	715	2.30	223,—	402,—	
Luxemburg . . . . .	540	2.30	135,—	242,—	
Madrid . . . . .	1 860	6.40	437,—	787,—	
München . . . . .	720	3.00	190,—	342,—	285,—
Nairobi . . . . .	7 810	19.30	1 870,—	3 366,—	
New York . . . . .	6 220	15 45	a) 1 840,—	3 312,—	2 889,—
			b) 1 315,—	2 367,—	2 077,—
					(nur i. d. Zeit v. 1. 11. - 31. 3.)
Nürnberg . . . . .	580	2 40	157,—	283,—	
Oslo . . . . .	935	3 20	235,—	423,—	
Paris . . . . .	780	3 30	182,—	328,—	262,—
Reykjavik . . . . .	2 200	7 15	552,—	994,—	
Rom . . . . .	1 450	5 45	417,—	751,—	
Stavanger . . . . .	640	2 30	210,—	374,—	
Stockholm . . . . .	810	3 00	235,—	422,—	
Stuttgart . . . . .	570	2 30	165,—	297,—	225,—
Teheran . . . . .	5 570	15.15	1 423,—	2 762,—	
Wien . . . . .	1 080	4 30	281,—	505,—	
Zürich . . . . .	710	3 20	223,—	401,—	

<sup>1)</sup> kürzeste Fluglinie ab Hamburg, nur reine Flugzeit ohne Zwischenlandung.

a) Standardklasse b) Touristenklasse.

## Übersicht 7

**Nichtgewerblicher (Privater) Luftverkehr**  
 im Bundesgebiet

Flughafen	Flugzeuge		Fluggäste	
	Geland.	Gestart.	An	Ab
Hamburg . . . . .	384	394	345	328
Berlin . . . . .	2	2	2	2
Bremen . . . . .	236	228	241	234
Düsseldorf . . . . .	491	486	173	173
Frankfurt . . . . .	414	408	361	352
Hannover . . . . .	53	49	71	85
Köln/Bonn . . . . .	13	13	25	26
München . . . . .	210	207	188	182
Nürnberg . . . . .	177	175	140	133
Stuttgart . . . . .	347	344	357	343
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>2 327</b>	<b>2 306</b>	<b>1 903</b>	<b>1 858</b>

## Gewerblicher Verkehr der Luftverkehrsgesellschaften, die im Jahre 1952 das Bundesgebiet befliegen haben

Flughafen	Gelandete Flugzeuge							Gestartete Flugzeuge							Personenverkehr (Anzahl)				
	im						insgesamt	im						insgesamt	Angekommen		Abgegangen		Durchgang
	Linienverkehr		Charterverkehr	sonstigen Verkehr	Linienverkehr			Charterverkehr	sonstigen Verkehr	Angekommen		Abgegangen							
	planmäßig	außerplanmäßig			planmäßig	außerplanmäßig				insgesamt	dar. aus dem Ausland	insgesamt	dar. nach dem Ausland						
insgesamt	dar. aus dem Ausland	insgesamt	dar. aus dem Ausland	insgesamt	dar. nach dem Ausland	insgesamt	dar. nach dem Ausland	insgesamt	dar. aus dem Ausland	insgesamt	dar. nach dem Ausland								
Hamburg	8 011	3 285	590	157	2 989	162	11 752	7 990	3 241	592	156	3 029	136	11 747	127 316	36 016	90 185	35 479	38 657
Berlin	8 305	6	706	5	2 454	1 314	12 779	8 317	8	704	4	3 732	24	12 777	191 932	4 322	285 888	4 124	3
Bremen	911	77	6	—	107	20	1 044	909	78	7	3	36	95	1 047	4 258	640	5 442	2 687	7 063
Düsseldorf	5 399	2 081	54	43	10	80	5 543	5 405	2 092	48	37	11	81	5 546	52 181	24 455	51 780	26 114	22 994
Frankfurt	11 070	5 074	478	358	688	113	12 349	11 089	5 173	499	393	199	602	12 389	184 168	73 160	161 812	74 651	72 400
Hannover	3 076	589	303	59	209	23	3 611	3 069	596	299	58	203	33	3 603	74 232	3 881	45 168	3 263	3 147
Köln/Bonn	869	520	4	3	2	2	877	869	511	4	3	2	2	877	10 428	4 316	9 782	4 201	166
München	3 123	1 447	62	52	70	67	3 322	3 126	1 460	60	51	78	62	3 326	45 448	19 833	47 792	22 730	20 698
Nürnberg	728	83	73	27	8	15	824	728	69	73	37	9	14	824	10 838	947	8 988	1 233	2 625
Stuttgart	2 452	770	75	49	15	17	2 559	2 456	717	73	13	13	17	2 559	13 756	4 270	14 458	4 052	18 225
<b>Insgesamt</b>	<b>43 944</b>	<b>13 932</b>	<b>2 351</b>	<b>753</b>	<b>6 552</b>	<b>1 813</b>	<b>54 660</b>	<b>43 958</b>	<b>13 945</b>	<b>2 359</b>	<b>755</b>	<b>7 312</b>	<b>1 066</b>	<b>54 695</b>	<b>714 557</b>	<b>171 840</b>	<b>721 295</b>	<b>178 534</b>	<b>185 978</b>

## Noch: Übersicht 8

Flughafen	Frachtverkehr in kg					Postverkehr in kg				
	Angekommen		Abgegangen		Durchgang	Angekommen		Abgegangen		Durchgang
	insgesamt	dar. aus dem Ausland	insgesamt	dar. nach dem Ausland		insgesamt	dar. aus dem Ausland	insgesamt	dar. nach dem Ausland	
Hamburg	22 796 362	897 291	1 584 012	822 833	1 086 327	533 960	278 371	362 363	207 925	270 789
Berlin	2 178 491	323 085	28 467 580	112 913	36 161	1 053 411	40 477	961 107	14 700	3 626
Bremen	537 228	19 815	82 973	17 670	117 012	12 256	7 052	14 310	5 197	51 858
Düsseldorf	514 523	309 046	712 345	444 386	686 719	224 209	70 772	320 215	50 660	140 091
Frankfurt	7 238 829	1 936 308	3 584 602	2 532 945	2 274 173	1 324 982	788 423	1 281 349	584 673	628 089
Hannover	1 471 573	454 604	304 382	76 504	91 512	379 706	296 965	161 939	131 013	15 645
Köln/Bonn	137 955	110 784	109 407	67 239	10 856	61 881	26 794	25 031	8 135	1 392
München	492 974	230 897	663 197	356 996	663 724	142 919	33 733	136 679	42 893	186 920
Nürnberg	483 575	225 025	142 380	70 869	104 534	24 199	1 795	3 075	141	6 593
Stuttgart	156 438	60 979	526 000	234 409	380 855	66 928	9 753	57 807	8 224	143 080
<b>Insgesamt</b>	<b>36 007 948</b>	<b>4 567 834</b>	<b>36 176 878</b>	<b>4 736 764</b>	<b>5 451 873</b>	<b>3 824 451</b>	<b>1 554 135</b>	<b>3 323 875</b>	<b>1 053 561</b>	<b>1 448 083</b>

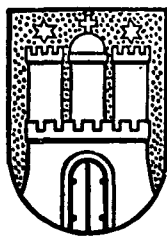
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 5. Mai 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 10



## Probleme der nächsten Bundestagswahl

(Fortsetzung)

Über die Erstattung der Wahlkosten und die Verteilung der Wahlkreissitze auf die Länder sind hier bereits vor einiger Zeit kritische Ausführungen erschienen.<sup>1)</sup> Nunmehr sollen einige weitere neuralgische Stellen des Bundeswahlrechts erörtert werden.

### 1. Hilfsstimme oder Stichwahlen

Im Regierungsentwurf eines neuen Bundeswahlgesetzes ist bekanntlich vorgesehen, daß der Wähler in seinem Stimmzettel neben dem Bewerber, den er in erster Linie wählen will (Hauptstimme), einen anderen Bewerber benennen kann, der die Stimme erhalten soll, falls er mehr Hauptstimmen auf sich vereinigt als der erstbenannte Bewerber (Hilfsstimme).

Diese Bestimmung sollte Stichwahlen überflüssig machen und sie durch die Abgabe der Hilfsstimmen gewissermaßen vorwegnehmen. In Wirklichkeit aber könnte es ganz anders kommen, und gleich das erste Beispiel in der amtlichen Begründung des Entwurfs zeigte dies sehr deutlich:

	A	B	C	D	E
Hauptstimmen:	25 000	22 000	20 000	15 000	12 000
Hilfsstimmen:		+ 10 000	10 000 f.C		
		+ 8 000	← 8 000 f.C		
	+ 4 000	← 4 000 f.B			
	+ 3 000	← 3 000 f.B			
zusammen:	25 000	29 000	38 000	15 000	12 000

Hiernach würde der Bewerber C gewählt sein, während bei einer Stichwahl die Entscheidung zwischen A und B fallen würde.

Ebensowenig wird durch die Hilfsstimme eine absolute Mehrheit erreicht werden, obwohl man sich eine solche Auswirkung der Hilfsstimme ver-

sprach. So führte Bundesminister des Innern Dr. Dr. h. c. Lehram 6. 2. 1953 im Bundesrat über die Hilfsstimme wörtlich aus:

„Dieses System schafft in seiner Auswirkung annähernd denselben Erfolg wie das absolute Mehrheitswahlrecht; es verwirklicht nämlich die Forderung einer absoluten Mehrheit für den im Wahlkreis gewählten Bewerber.“

Im Gegensatz hierzu hätte in dem obigen Beispiel des Bundesinnenministeriums der Bewerber C nur 21,3 v. H. der Hauptstimmen und 31,9 v. H. der Haupt- und Hilfsstimmen erzielt und trotzdem das Mandat erhalten.

Vor allem sind es aber zwei wahltechnische Gründe, die für eine Ablehnung der „Hilfsstimme“ sprechen:

1. Das seit Jahrzehnten übliche Ankreuzen oder Unterstreichen im Stimmzettel würde nicht mehr genügen, sondern der Wähler müßte seine Hauptstimme mit Eintragung der Ziffer „1“ und seine Hilfsstimme mit Ziffer „2“ kenntlich machen, um Haupt- und Hilfsstimme auseinanderzuhalten (§ 43 Abs. 2 des Regierungsentwurfs).

Es käme noch hinzu, daß die Stimmzettel außer den Namen der Bewerber auch noch die Namen ihrer Ersatzmänner enthalten sollen, die später bei Tod oder Ausscheiden der gewählten Abgeordneten als Nachfolger in Frage kommen würden (§ 38 des Regierungsentwurfs). Man kann sich ungefähr das Durcheinander in den Stimmzetteln vorstellen, da viele Wähler mit Kreuzen und Unterstreichen (statt mit Ziffern) arbeiten und oft genug auch den Ersatzmännern Kreuze oder Ziffern geben würden.

<sup>1)</sup> vgl. „Hamburg in Zahlen“ 1953, Nr. 1.

2. Bei der ersten Bundestagswahl standen in den Wahlkreisen oft 8—10 Parteien und Wählergruppen im Wettbewerb einander gegenüber (z. B. in Nordrhein-Westfalen). Bei dem vorgeschlagenen Wahlsystem der Bundesregierung würde das infolge der Hilfsstimmen neben den Hauptstimmen bedeuten, daß in jedem Wahllokal bei der Auszählung 64 bis 100 Möglichkeiten (nämlich  $8 \times 8$  bis  $10 \times 10$ ) in Betracht kämen, d. h. es müßten 64—100 Stimmzettelaufen gebildet und **aus jedem Wahllokal 64—100 Wahlergebnisse gemeldet** werden (gegen 8—10 im Jahre 1949); außerdem natürlich noch die Nummer des Stimmbezirks, die Zahl der ungültigen Stimmzettel sowie der abgegebenen Wahlscheine usw. **Das würde zu einer Katastrophe bei der Auszählung in den Wahllokalen und bei der Meldung der Wahlergebnisse in den amtlichen Wahlbüros führen.**

Es ist anzunehmen, daß man aus diesen und anderen Gründen vermutlich das Projekt „Hilfsstimme“ verläßt, zur relativen Mehrheit in den Wahlkreisen (wie im Jahre 1949) zurückkehrt oder das **Stichwahlverfahren** einführen wird. In letzterem Falle sei aber nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die bisher angekündigte Zwischenzeit von sechs Tagen zwischen Haupt- und Stichwahl nicht genügt, **allen früheren Erfahrungen widerspricht** und besonders in großen Städten außerordentliche Schwierigkeiten mit sich bringen würde. In der Zwischenzeit müssen ja u. a. die Stimmzettelumschläge aus den Wahllokalen in das Wahlamt hereingeholt, geprüft, aussortiert, aufgefüllt, verpackt und wieder hinaus transportiert werden; ferner sind die Stimmzettel neu zu drucken und den Wahlvorstehern zu übersenden, die Plakate teilweise neu zu drucken und anzuschlagen.

Man darf auch nicht übersehen, daß Stichwahlen keine Ausnahmefälle darstellen würden, sondern daß in fast allen Wahlkreisen solche Stichwahlen erforderlich wären, **also gewissermaßen die ganze Wahl wiederholt werden muß.** Bei der ersten Bundestagswahl hatten nämlich 88,4 v. H. der Wahlkreise ausgesprochenen Stichwahlcharakter.

Land	Zahl der Wahlkreise	davon Wahlkreise mit Stichwahlcharakter (ohne absolute Mehrheit)
Baden	7	3
Bayern	47	46
Bremen	3	3
Hamburg	8	8
Hessen	22	22
Niedersachsen	34	32
Nordrhein-Westfalen	66	59
Rheinland-Pfalz	15	7
Schleswig-Holstein	14	13
Württemberg-Baden	20	19
Württemberg-Hohenzoll.	6	2
<b>Bundesgebiet zus.</b>	<b>242</b>	<b>214</b>

**Da war man früher vor dem ersten Weltkrieg beim Stichwahlverfahren in einem besseren Kontakt mit Praxis und Notwendigkeit.** Im Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag war im § 29 festgelegt:

„Der Termin für die engere Wahl ist von dem Wahlkommissar festzusetzen und darf nicht länger hinausgeschoben werden, als höchstens 14 Tage nach der Ermittlung des Ergebnisses der ersten Wahl.“

Dementsprechend haben die Reichstagswahlen an folgenden Terminen im hamburgischen Staat stattgefunden:

	Hauptwahl	Engere Wahl
1874	10. Januar	27. Januar
1881	27. Oktober	11. November
1883	15. Juni	29. Juni
1884	28. Oktober	11. November
1887	21. Februar	4. März

Von 1890 bis 1912 fielen in Hamburg die Stichwahlen aus. In dieser Zeit sind die Abgeordneten der drei hamburgischen Wahlkreise immer bereits bei der Hauptwahl mit absoluter Mehrheit gewählt worden.

In ähnlicher Weise war im Wahlgesetz für die Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft vom 4. Januar 1904 im § 25 bestimmt:

„In den beiden ersten Kategorien erfolgt die Wahl durch absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche Mehrheit im ersten Wahlgange nicht erreicht, so findet innerhalb zwei Wochen eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, welche die größte Zahl der Stimmen auf sich vereinigt haben.“

Das Wahlgesetz für die Wahlen zur Bürgerschaft vom 5. März 1906 sah dann für das Stadtgebiet die Verhältniswahl vor, aber für die Wahlbezirke des Landgebietes die Mehrheitswahl, wobei nach § 5 Absatz 3 die Stichwahlen innerhalb zwei Wochen stattfinden mußten.

**Bei der Einführung von Stichwahlen sollte man im Bundeswahlgesetz wieder eine Zwischenzeit von zwei Wochen statuieren im Interesse einer ordnungsmäßigen Wahl.**

## 2. Splitterparteien

Gegen die Splitterparteien sind im geplanten Bundeswahlgesetz eine Reihe von Erschwerungen vorgesehen; so sollen bei Verteilung der Sitze im Verhältniswahlverfahren nur Parteien berücksichtigt werden, die mindestens in einem Wahlkreis einen Sitz errungen oder 5 v. H. der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Hauptstimmen erhalten haben (§ 9 des Regierungsentwurfs). Ferner müssen die Wahlvorschläge von Parteien, die nicht

seit der letzten Wahl ununterbrochen im Bundestag vertreten waren, und ebenso die Wahlvorschläge von Wählergruppen von mindestens 500 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet

sein (§ 26 des Regierungsentwurfs). Außerdem wird das Recht zur Einreichung von Bundeslisten auf die Parteien beschränkt und den Wählergruppen nicht zugestanden.

### Parteien und Splitterparteien 1924—1949

Reichstagswahl bzw. Bundestagswahl vom	Zahl der Parteien			Gültige Stimmen			
	die Sitze erhalten	die keine Sitze haben	zusammen	der Parteien mit Sitzen	der Parteien ohne Sitze	v. H. entfielen auf die Parteien mit Sitzen      ohne Sitze	
4. Mai 1924 . . . . .	12	17	29	28 448 682	832 504	97,2	2,8
7. Dezember 1924 . . . . .	11	22	33	29 686 252	597 545	98,0	2,0
20. Mai 1928 . . . . .	15	29	44	29 906 199	832 563	97,3	2,7
14. September 1930 . . . . .	15	42	57	34 446 033	511 773	98,5	1,5
31. Juli 1932 . . . . .	13	60	73	36 503 101	379 253	99,0	1,0
6. November 1932 . . . . .	13	39	52	35 121 333	349 455	99,0	1,0
5. März 1933 . . . . .	12	2	14	39 338 270	5 032	100,0	0,0
14. August 1949 . . . . .	13	.	.	22 436 466	1 295 932	94,5	5,5

Man sollte die Splitterparteien nicht überschätzen, sie haben immer nur wenige Prozente der gültigen Stimmen auf sich vereinigt und keine Mandate erhalten. Die Schwierigkeiten kommen vielmehr immer von den vielen kleinen Parteien, die Sitze gewonnen haben und im Parlament als Zünglein an der Waage Regierungsbildung und Gesetzgebung beeinflussen im Mißverhältnis zu ihrer Stimmen- und Abgeordnetenzahl.

Unter diesen Sondervorschriften gegen Wählergruppen und kleine Parteien ist die 5 %-Klausel ohne Zweifel rechtlich zulässig; sie ist als fester Bestandteil des Wahlrechts, insbesondere auch der Länder, anzusehen. Dagegen besteht bei den anderen Sondervorschriften die Gefahr eines Verstoßes gegen die durch das Grundgesetz (Artikel 38 und 3 Abs. 1) garantierte gleiche Wahl und das Wahlgeheimnis. So geht z. B. das Erfordernis einer Unterzeichnung der Wahlkreisvorschläge durch mindestens 500 Wahlberechtigte zu weit. Gewiß, es waren früher bei den Reichstagswahlen auch 500 Unterschriften je Wahlkreis erforderlich, aber damals gab es bei 62,4 Millionen Einwohnern nur 35 Wahlkreise. **Diesem Zahlenverhältnis würden heute bei 48,5 Millionen Einwohnern und 242 Wahlkreisen 56 Unterschriften eines Wahlvorschlags in einem Wahlkreis entsprechen.** Über diese Tatsache kann man nicht einfach hinweggehen, weil der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich immer wieder entschieden hat, daß 500 Unterschriften als Höchstgrenze, und zwar bei den früheren großen Wahlkreisen anzusehen seien.

Bezüglich der Verweigerung des Rechts zur Einreichung von Bundeslisten durch Wählergruppen taucht die Frage auf: Kann man im Gesetzentwurf (§ 7) festlegen, daß jeder Wähler eine Stimme hat, die zugleich für die Wahl im Wahlkreis und für die Wahl nach Bundeslisten gilt, und trotzdem

gleichzeitig einem Teil der Wähler eigene Bundeslisten nicht zugestehen? Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschied am 24. Oktober 1932:

„Unter dem von der Reichsverfassung vorgeschriebenen gleichen Wahlrecht ist die Gleichheit der Stimmberechtigung aller Wähler zu verstehen. Jeder Wähler hat eine Stimme, jede Stimme hat die gleiche Kraft. Es genügt nicht Gleichheit des Zahlenwertes, sondern nur Gleichheit des Erfolgswertes.“

Jede Abstufung des Erfolgswertes der Wahlstimme verstößt gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Das Verhältniswahlverfahren ist dem Grundgesetz und damit dem Grundsatz der Wahlgleichheit unterstellt und kann nicht die Bedeutung der Parteien und Wählergruppen unterschiedlich nach ihrer zahlenmäßigen Stärke und anderen Gesichtspunkten bei der Zulassung der Wahlvorschläge abstufen. Gleiches Wahlrecht bedeutet nicht, daß jeder Wähler einen Stimmzettel abgeben darf, sondern daß jeder Stimmzettel den gleichen Wert für die Mandatsbildung hat.

Am 17. Dezember 1927 entschied der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich, daß die Einreichung der Wahlvorschläge ein Recht der Wähler sei, das einen wesentlichen Bestandteil der Wahlberechtigung überhaupt bilde; denn nur mittels der Wahlvorschläge könnten sich die Wähler die Möglichkeit verschaffen, die Personen zu wählen, deren Entsendung in die Volksvertretung sie wünschen. Der Wahlvorschlag gehöre schon zur Ausübung des Wahlrechts und nicht zur Wahlvorbereitung. Eine ungleiche Ausgestaltung der Berechtigung zur Aufstellung von Wahlvorschlägen beeinträchtigt deshalb die Gleichheit des Wahlrechts. Es sei nicht angängig, aussichtslose Wahlvorschläge oder solche Wahlvorschläge, auf die wahrscheinlich nur ein oder wenige Abgeordnetensitze entfallen würden,



und denen deshalb für die Tätigkeit des Parlaments geringere Bedeutung zukommen mag, anderen Bedingungen zu unterwerfen als die Wahlvorschläge der großen Parteien.

Im Hinblick auf diese Entscheidungen des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich kann man Befürchtungen über die Verfassungsmäßigkeit der vorgesehenen Sonderbestimmungen nicht unterdrücken. In einem Bundeswahlgesetz sollte keine Regelung getroffen werden, die irgendwie zu Zweifeln an ihrer Verfassungsmäßigkeit Anlaß geben kann. Der Grundsatz des gleichen Wahlrechts verlangt, daß jeder Wahlberechtigte seine Stimme wie jeder andere Wahlberechtigte abgeben darf, und daß diese gültig abgegebenen Stimmen ebenso mitbewertet werden, wie die anderen Stimmen; alle Wähler sollen mit der Stimme, die sie abgeben, den gleichen Einfluß auf das Wahlergebnis haben. Es handelt sich um die alte Forderung „ein Mann — eine Stimme, eine Stimme — ein Wert“. Das ist nicht der Fall, wenn die Einreichung von Wahlvorschlägen zum Teil unterbunden wird. Auch die Wählbarkeit wird verletzt, nicht nur die Wahlberechtigung, wenn keine Listen eingereicht werden dürfen. Es werden den Bewerbern dann nicht dieselben Chancen gegeben.

Die Beschränkung des Rechts zur Einreichung von Bundeslisten auf die Parteien wird von der Bundesregierung damit begründet, daß bei einer Wählergruppe die Verbindung der Bewerber auf der Liste durch ein gemeinsames Programm fehle. Das ist aber auch bei der Verbindung von Bundeslisten der Fall, wo man im Regierungsentwurf bereits eine „verwandte Zielsetzung“ anerkennt, und beim Anschluß von Wählergruppen an Bundeslisten ist sogar ein unterschiedliches Programm kein Hindernis.

Die Versuche einer Ausschaltung der Splitterparteien bei Bundestagswahlen bleiben übrigens sehr problematisch, wenn man gleichzeitig durch die Neueinführung der Listenverbindung und Anschlußmöglichkeit an Listen (natürlich gegen Konzession) Krücken für die kleineren Parteien und Interessentengruppen zimmert. Im Wahlgesetz zum ersten Bundestag waren solche Verbindungen von Wahlvorschlägen mehrerer Parteien für unstatthaft erklärt worden (§ 16). Beim neuen Wahlgesetz steckt man anscheinend noch mitten im Dilemma drin: auf der einen Seite Bekämpfung der Parteizersplitterung und auf der anderen Seite Bejahung des Lebensrechts der kleinen und mittleren Parteien im deutschen Parlamentarismus, auf der einen Seite Anerkennung des Verhältniswahlrechts als Gerechtigkeitsymbol

und auf der anderen Seite eine nur beschränkte Zulassung von Wahlvorschlägen zur Verhältniswahl.

### 3. Die Einteilung der Länder in Wahlkreise

Im § 6 des Regierungsentwurfs des Bundeswahlgesetzes ist vorgesehen, daß die Einteilung der Wahlkreise durch ein besonderes Gesetz erfolgen soll, während sie bei der ersten Bundestagswahl in jedem Land als interne Angelegenheit durch einen vom Landesparlament zu berufenden Ausschuß durchgeführt wurde. Die nunmehr beabsichtigte Zentralisierung der Wahlkreiseinteilung ist Ausdruck einer neuen Mentalität der Bundesregierung, die die Durchführung der künftigen Bundestagswahlen als Bundesangelegenheit betrachtet wissen will. Demgegenüber vertritt der Bundesrat die Anschauung, daß die Durchführung der Wahl eine Angelegenheit der Länder sei, wie im Jahre 1949.

Um diese Streitfrage ist es einstweilen etwas stiller geworden, nachdem der Bundesrat die alte Wahlkreiseinteilung von 1949 notgedrungen für die nächste Wahl beibehalten wollte. Einem solchen Wunsche stehen aber ernste Bedenken entgegen:

1. Seit 1949 sind nämlich starke Bevölkerungsverchiebungen innerhalb der Länder eingetreten.

2. Außerdem hatten zahlreiche Wahlkreise bereits bei der ersten Bundestagswahl die gesetzliche Bedingung einer „annähernd gleichgroßen Einwohnerzahl“ nicht erfüllt und würden bei ihrer Beibehaltung zu berechtigten Einsprüchen und Wahlbeanstandungen Anlaß geben. So standen z. B. folgende Wahlkreise mit unhaltbaren Größenunterschieden in einem Widerspruch zum Wahlgesetz:

Stadt Gelsenkirchen . . . mit 304 153 Einwohnern  
Stadt Recklinghausen . . mit 102 665 Einwohnern  
oder

Landkreis Ennepe-Ruhr/  
Stadtkreis Witten . . . mit 285 999 Einwohnern  
Oberbergischer Kreis . . . mit 121 382 Einwohnern  
oder

Stadt Bochum . . . . . mit 283 572 Einwohnern  
Stadt Aachen . . . . . mit 124 721 Einwohnern

Diese Einteilung war mehr Wahlkreisgeometrie als eine Durchführung des Wahlgesetzes und kann nicht noch einmal wiederholt werden. Es darf nicht weiterhin im Bundesgebiet die Stimme eines Wählers nur ein Drittel oder die Hälfte des Gewichts der Stimme eines anderen Wählers in einem anderen Wahlkreis haben. Das war im Jahre 1949 beinahe noch schlimmer als die Beibehaltung der alten Wahlkreise im Deutschen Kaiserreich, die von 1871 bis 1914 trotz der Bevölkerungsverchiebungen unverändert blieben, so daß Schaumburg-Lippe mit 11 000 und Berlin-Ost mit 22 000 Wahlberechtigten

je einen Abgeordneten entsandten. Um solche krassen Unterschiede damals im Jahre 1949 zu vermeiden und eine einwandfreie Wahlkreiseinteilung sicherzustellen, hätte man eigentlich nur die im alten Wahlgesetz festgelegten Bedingungen zu beachten brauchen, nämlich:

- a) die Wahlkreise müssen ein zusammenhängendes Ganzes bilden,
- b) die Stadt- und Landkreisgrenzen sollen möglichst erhalten bleiben,
- c) die Wahlkreise sollen eine annähernd gleichgroße Einwohnerzahl umfassen,
- d) die Wahlkreise sind in jedem Land durch einen vom Landesparlament zu berufenden Ausschuß abzugrenzen.

Bei der ersten Bundestagswahl wirkte es sich ungünstig aus, daß eine Instanz fehlte, die solche unmöglichen Wahlkreise gleich unterbunden hätte. Jetzt könnte in solchen Fällen das Bundesinnenministerium eingreifen. **Und zwar müßte man vorsorglich im neuen Wahlgesetz festlegen, was man unter einer annähernd gleichgroßen Einwohnerzahl versteht**, um jede Wahlkreisgeometrie in enge Grenzen zu verweisen. Es sind bereits verschiedentlich brauchbare Vorschläge für die zulässige Abweichung der Einwohnerzahlen der Wahlkreise vom Landes- oder Bundesdurchschnitt gemacht worden. In einem Entwurf für ein Bundestagswahlgesetz nach Vorschlägen der Deutschen Wählergesellschaft e. V. („Bonner Arbeitsgemeinschaft“ aus Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, FDP, DP und SPD) war eine Mindest- und Höchstgrenze der Wahlkreise von **12,5 v. H.** über und unter dem Durchschnitt befürwortet worden. Dieser Prozentsatz fand in § 10 Abs. 3 des Wahlgesetzentwurfs der Abgeordneten Dr. Wuermeling, Strauß und Genossen seinen Niederschlag (Nr. 3636 der Bundestagsdrucksachen), wo eine Mehrheitswahl in 400 Wahlkreisen und eine Größe der Wahlkreise zwischen 105 000 und 135 000 Einwohnern vorgeschlagen wird. Ferner ist der Dozent Dr. U n k e l b a c h (Arbeitsgemeinschaft für Wahlrechtsfragen an der Universität Bonn) für **14,3 v. H.** über oder unter dem Durchschnitt eingetreten.

Eine weitere wichtige Voraussetzung einer guten Wahlkreiseinteilung ist ihre Verbindung mit einer gewissen Ortskenntnis, d. h. sie muß in den Händen der Landesregierungen verbleiben. Das gilt besonders für die Einteilung der Großstädte in mehrere Wahlkreise. Eine solche Zuständigkeit der Länder in diesem Teil der Raumordnung entspricht auch dem föderativen Charakter des Bundes. Die Raumordnungsmaterie kann nur einer Rahmengesetzgebung des Bundes unterliegen.

#### 4. Ein Irrtum über das Hamburger Wahlrecht

Die Wahlsysteme sind umstritten; sie haben alle ihre Vor- und Nachteile. Bei dieser Sachlage überraschte es, daß der Bundesminister des Innern Dr. Dr. h. c. Lehr in der Sitzung des Bundestages vom 5. 3. 1953 das Hamburger Bürgerschaftswahlgesetz als abschreckendes Beispiel hinstellte und damit ein völlig falsches Bild des Hamburger Wahlrechts gab. Er führte wörtlich aus:

„Auch die Bundesregierung hat mit ihrem Entwurf nur einen halben Schritt zum Mehrheitswahlrecht getan. Sie hat ausdrücklich auf ein willkürliches Verhältnis von Mehrheitswahl und Verhältniswahl, etwa von 60 zu 40, verzichtet, und sich vor allem bemüht, ein Gleichgewicht zwischen den Elementen der Mehrheitswahl und der Verhältniswahl herzustellen.“

Das ist für die Beurteilung wichtig. Gerade vom Standpunkt dieses Gleichgewichts der beiden Elemente ist der Bundesregierung jenes System der Mehrheitswahl mit zusätzlichem Verhältnisausgleich wie es Hamburg und Hessen eingeführt haben, nicht nachahmenswert erschienen, weil es letzten Endes willkürlich erscheint, im Verhältnissektor nur die erfolglos gebliebenen Stimmen und die Überschußstimmen zu werten. **Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß bei dieser Art der Bewertung es beispielsweise der herrschenden Partei in Hamburg möglich war, bei einem Stimmenanteil von nur 43 %, 54 % der Sitze zu gewinnen und in Hessen bei einem Stimmenanteil von 44 % sogar 59 % der Mandate zu erhalten.** Das sollte Ihnen allen zu denken geben.“

Wie ist es in Wirklichkeit? Es stimmt, daß die SPD bei der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg 54 % der Sitze (bei 43 % der gültigen Stimmen) erhalten hat, **aber bei Anwendung des Regierungsentwurfs für die nächsten Bundeswahlen hätte die SPD damals sogar 60 % der Sitze erlangt** (wiederum bei 43 % der Stimmen).

#### Verteilung der Sitze der Hamburger Bürgerschaft 1949

a) nach dem Hamburger Bürgerschaftswahlgesetz 1949 (Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich<sup>1)</sup>)

Partei	Zahl der Sitze			v. H. der Sitze
	in den Wahlkreisen	auf Landesliste	zus.	
SPD . . . . .	50	15	65	54,2
VBH <sup>2)</sup> . . . . .	22	18	40	33,3
DP . . . . .	—	9	9	7,5
KPD . . . . .	—	5	5	4,2
RSF . . . . .	—	1	1	0,8
<b>zusammen</b> . . . . .	<b>72</b>	<b>48</b>	<b>120</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> wobei nur die in den Wahlkreisen erfolglos gebliebenen Stimmen der unterlegenen Kandidaten und die Überschußstimmen der siegreichen Kandidaten nach dem Verhältniswahlsystem verrechnet werden.

<sup>2)</sup> CDU, FDP, DKP vereint im VBH (Vaterstädtischer Bund Hamburg).

b) nach dem Bundeswahlgesetz 1949  
(Verhältniswahl mit Mehrheitsausgleich<sup>1)</sup>)

Partei	Zahl der Sitze			v. H. der Sitze
	in den Wahlkreisen	auf Landesliste	zus.	
SPD	50	3	53	44,2
VBH	22	20	42	35,0
DP	—	16	16	13,3
KPD	—	9	9	7,5
RSF	—	— <sup>2)</sup>	—	—
<b>zusammen</b>	<b>72</b>	<b>48</b>	<b>120</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> Anrechnung der Zahl der in den Wahlkreisen errungenen Mandate jeder Partei auf die ihr nach dem Stimmverhältnis zustehenden Sitze.

<sup>2)</sup> Wegfall wegen der 5%-Klausel.

Letzten Endes war das Bundeswahlgesetz 1949 im Ergebnis nichts weiter als ein Verhältniswahlrecht (mit vorangegangener 60%iger Personenwahl); es betrug nämlich der Anteil der Parteien an den gültigen Stimmen in Hamburg:

SPD	=	42,8 v. H.
VBH	=	34,5 v. H.
DP	=	13,3 v. H.
KPD	=	7,4 v. H.
RSF	=	2,0 v. H.
<b>zusammen</b>		<b>100 v. H.</b>

Bei Anwendung dieses ersten Bundeswahlgesetzes bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg wäre zwar eine „gerechte“ Verteilung der Mandate zustande gekommen, aber keine Regierung. Vielmehr hätte die KPD ihre Sitze nahezu verdoppelt (von 5 auf 9) und hätte damit in der Bürgerschaft eine Schlüsselstellung zwischen SPD (53) und VBH/DP (58) erhalten. Das heißt: Die Entscheidung in der Bürgerschaft wäre an die KPD übergegangen, falls sich nicht die übrigen Parteien zu einer Koalitionsregierung zusammengefunden hätten.

c) nach dem neuen Regierungsentwurf eines Bundeswahlgesetzes<sup>1)</sup>

(Mischwahlsystem<sup>2)</sup>)

Partei	Zahl der Sitze			v. H. der Sitze
	in den Wahlkreisen	auf Landesliste	zus.	
SPD	50	22	72	60,0
VBH	22	17	39	32,5
DP	—	6	6	5,0
KPD	—	3	3	2,5
RSF	—	— <sup>3)</sup>	—	—
<b>zusammen</b>	<b>72</b>	<b>48</b>	<b>120</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> zu Vergleichszwecken mußte das Prozentverhältnis 60:40 (Wahlkreismandate:Landeslistenmandate) bei allen drei Berechnungen beibehalten werden, obwohl der Regierungsentwurf ein Prozentverhältnis 50:50 vorsieht. Man kann das Wahlergebnis in den Einmann-Wahlkreisen jetzt nicht nachträglich von 72 Hamburger Wahlkreisen (= 60 v. H. der Sitze) auf 60 Wahlkreise (= 50 v. H. der Sitze) umkonstruieren, weil sich da auch die ganzen Wahlkreisgrenzen geändert hätten (bei 60 statt 72 Wahlkreisen).

<sup>2)</sup> bei der Verteilung der Proporzsitze auf die Parteien keine Anrechnung der errungenen Wahlsitze. Im Regierungsentwurf gibt es eine solche Anrechnung erst bei der Unterverteilung innerhalb der Parteien.

<sup>3)</sup> Wegfall wegen der 5%-Klausel.

Eine Verwendung des neuen Regierungsentwurfs des Bundeswahlgesetzes hätte also damals bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg zu einer noch viel stärkeren Erhöhung der SPD-Mandate geführt. Unter den drei genannten Wahlsystemen erreicht das Hamburger Wahlrecht am besten den Zweck; eine handlungsfähige stabile Regierung in den Sattel zu setzen ohne darüber hinaus in das Extrem des Bonner Regierungsentwurfs (72 SPD-Sitze) auszuarten.

Wenn man bei diesen Berechnungen des Hamburger Bürgerschaftswahlergebnisses von 1949 das Prozentverhältnis der Hamburger Wahlkreismandate auf 50% (= 60 Sitze) herabsetzen würde (entsprechend dem Bonner Regierungsentwurf), so würde der Vergleich gestört werden, da das Hamburger Bürgerschaftswahlrecht ebenso wie das damalige Bundeswahlrecht auf dem Prozentverhältnis 60:40 der Sitze aufgebaut war. Außerdem würde das überdeckt werden, worauf es ankommt, nämlich die Erkenntnis, ob im Verhältniswahlverfahren die SPD durch Verrechnung der Rest- und Überschussstimmen (Hamburger System) oder durch Verrechnung der Gesamtstimmen (Bonner Regierungsentwurf) mehr begünstigt worden wäre. Auch in diesem Falle zeigt sich eine viel stärkere Begünstigung der SPD durch den Regierungsentwurf des Bundesinnenministeriums (69 Sitze der SPD).

Partei	Zahl der Sitze			v. H. der Sitze
	in den Wahlkreisen	auf Landesliste	zus.	
SPD	42 <sup>1)</sup>	27	69	57,5
VBH	18 <sup>1)</sup>	21	39	32,5
DP	—	8	8	6,7
KPD	—	4	4	3,3
RSF	—	—	—	—
<b>zusammen</b>	<b>60</b>	<b>60</b>	<b>120</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> geschätzt entsprechend dem tatsächlichen Wahlergebnis (50:22 bei 72 Wahlkreisen).

Es kommt hinzu, daß das Hamburger Wahlverfahren vom Rechtsstandpunkt aus einwandfreier ist als das von der Bundesregierung empfohlene Wahlsystem. Nach der Auffassung des Bundesratsausschusses für Innere Angelegenheiten verstößt es nämlich gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn Stimmen, die im Wahlkreis verbraucht sind (d. h. zur Erringung eines Mandats geführt haben), für die Bundesliste noch einmal gezählt werden. Nur überschießende Stimmen dürften auf die Bundesliste transferiert werden. Die gewinnenden Stimmen in einem Wahlkreis würden ein dem Grundgesetz widersprechendes Übergewicht erhalten.

## 5. Wählbarkeit trotz Zuchthausstrafe

Wahlrecht und Wählbarkeit bei Bundeswahlen werden durch eine Verurteilung zu Zuchthaus nicht beeinträchtigt. Nur für die Zeit der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte (Nebenstrafe) fallen Wahlrecht und Wählbarkeit weg. Zwar hatte früher die Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe die dauernde Unfähigkeit zum Dienst in der deutschen Wehrmacht und außerdem die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter von Rechts wegen zur Folge (einschließlich Anwaltschaft, Notariat, Geschworenen- und Schöf-fendienst), aber für die Wahl von Bundestagsabgeordneten kommt diese Bestimmung nicht in Betracht. Das wird vom Wähler nicht verstanden. Bei einer Bestrafung aus politischen Gründen ist natürlich die Situation anders; aber bei einer Zuchthausstrafe wegen eines Verbrechens versteht das der Wähler nicht. Der Wähler will zu seinem Abgeordneten aufschauen, nicht aber zu ihm hinab; er will einen vertrauenswürdigen Mann mit weißer Weste.

Diese Sachlage bei Bundeswahlen ist in ein neues Stadium getreten, da die Mitgliedschaft in einer Gemeindevertretung ein öffentliches Amt im Sinne des § 31 StGB geworden ist, so daß eine **Verurteilung zu Zuchthausstrafe von der Zugehörigkeit und Wahl zur Gemeindevertretung ausschließt** (vgl. Deutsche Gemeindeordnung in der Fassung der Verordnung Nr. 21 der britischen Militärregierung und Beschluß des Oberverwaltungsgerichts NRW v. 20. September 1950 — III B 359/50, siehe „Der Städtetag“ 1951 S. 83). Wenn auch die Verhältnisse für eine Gemeindevertretung (als oberste kollegiale Verwaltungsbehörde der Gemeinde) und den Bundestag etwas anders liegen, so wird die breite Öffentlichkeit doch nicht verstehen, daß bei den Stadtverordneten- und Bundeswahlen Unterschiede bei früheren Zuchthäuslern gemacht werden. Man sollte ihnen das Wahlrecht geben, aber die Wählbarkeit nehmen.

## 6. Erschwerung der Wahlarbeiten

Im § 15 des Regierungsentwurfs ist vorgesehen, daß die Gemeindebehörden das **Wählerverzeichnis** erst am Tage vor der Wahl mittags 12 Uhr **abschließen** sollen. Eine solche bindende Bestimmung in einem Wahlgesetz ist unzumutbar und deshalb im früheren Reichswahlgesetz vermieden worden. Auch im § 22 der Reichstimmordnung fehlte mit Absicht eine solche Vorschrift; es hieß dort nur: „Die berichtigte Stimmliste oder Stimmkartei ist von der Gemeindebehörde abzuschließen.“ Den großen Gemeinden ist dann immer zugestanden worden, die Wählerlisten schon am Abend des

dritten Tages vor der Wahl abzuschließen, so daß sie nach einer Nachtschicht mit der Versendung des Materials am Freitag vor der Wahl beginnen konnten. Eine Großstadt mit ihren zahlreichen Wahlvorständen und ihren großen räumlichen Entfernungen kann nicht erst am Tage vor der Wahl um 12 Uhr mit dem Abschluß der Wählerlisten beginnen, in vielstündiger Arbeit die Wahlberechtigten auszählen und die Ergebnisse in die Abschlußvermerke übernehmen und dann noch abends das Wahlmaterial ausfahren. Eine solche Bestimmung paßt für eine Kleinstadt oder ein Dorf. Man sollte von einer solchen Reglementierung absehen und zum früheren erprobten Verfahren zurückkehren.

Ebensowenig ist im Regierungsentwurf (§ 23) die Herabsetzung der **Mitgliederzahl des Wahlvorstandes** gegenüber den Reichstagswahlen zu verstehen (jetzt 7 und früher bis 9). Gerade im Hinblick auf die Komplizierung der Auszählung im Regierungsentwurf (Haupt- und Hilfsstimmen) und die Notwendigkeit der gegenseitigen Vertretung im Wahlvorstand hätte eine solche Bestimmung nicht in den Regierungsentwurf hineinkommen dürfen.

In der amtlichen Begründung zu § 16 des Regierungsentwurfs wird darauf hingewiesen, daß die künftige Wahlordnung eine Verpflichtung der Gemeinden zu einer **Benachrichtigung der Wahlberechtigten** über ihre Eintragung in die Wählerlisten vorsehen wird. Hierdurch würden die Wahlkosten aber grundlos überhöht werden, da in kleineren Gemeinden eine Benachrichtigung überflüssig erscheint oder mindestens dem Ermessen der Gemeinden überlassen bleiben muß. Auch hier geht die Reglementierung zu weit.

## 7. Unsoziale Härte

Im § 16 des Regierungsentwurfs ist die frühere Bestimmung weggefallen, daß einen **Wahlschein** auch derjenige erhält, der nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchs- oder Beschwerdefrist versäumt hat. Das ist als eine unsoziale Härte anzusehen. Beispielsweise würden dadurch in vielen Fällen Krankenhausinsassen, die während der Ausliegezeit die Wählerlisten nicht einsehen und rechtzeitig ihre Aufnahme beantragen konnten, ihr Wahlrecht verlieren, wenn sie erst nach der Einspruchsfrist in ihre Wohnung zurückkämen, oder fähig würden, sich um ihre Wahlberechtigung zu kümmern. Ähnlich wäre es mit Geschäftsreisenden. Die Begründung des Regierungsentwurfs meint, daß mit der Benachrichtigung des Wahlberechtigten durch die Gemeindebehörde über seine Eintragung im Wählerverzeichnis

nis, wie sie in der Wahlordnung vorgesehen werden soll, jeder Wahlberechtigte die Möglichkeit erhält, sich um seine nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis zu bemühen, falls er eine solche Nachricht nicht erhalten hat. Das ist aber in den

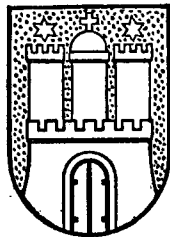
angeführten Fällen oft nicht möglich und es ist auch nicht zweckmäßig, aus diesem Grunde zwangsweise das kostspielige Benachrichtigungsverfahren in allen Gemeinden einzuführen.

Dr. Kästner

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 12. Mai 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 11

## Der Bauüberhang am 31. Dezember 1952

Um die Bauleistung eines Jahres und die voraussichtliche Entwicklung der Bautätigkeit richtig beurteilen zu können, ist es unerlässlich, wie in allen wirtschaftlichen Betrieben, so auch auf dem Gebiete der Bautätigkeit, eine Inventur vorzunehmen und eine Bilanz aufzustellen. Über die Bautätigkeit werden diese Aufschlüsse durch die Statistiken der Baufertigstellungen und des Bauüberhangs gewonnen. Die Baufertigstellungs-Statistik erfaßt im Laufe eines Jahres die fertiggestellten Bauvorhaben. Die Bauüberhangserhebung ermittelt dagegen die bis zum Jahresende genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben nach dem Stadium des Baufortschrittes; außerdem werden im Rahmen der Überhangserhebung die am Jahresende bereits fertiggestellten, aber statistisch noch nicht erfaßten Bauvorhaben ermittelt und für die Erstellung des Jahresergebnisses nutzbar gemacht; ohne diese Bauten, die den sog. „**unechten Bauüberhang**“ darstellen, kann die **effektive Bauleistung** eines Jahres, d. i. die Zahl der fertiggestellten Bauten, nicht vollständig nachgewiesen werden.

Bei der Bauüberhangserhebung 1952/53 wurden wie im Vorjahre alle genehmigten Gebäude und Wohnungen, die am Jahresende noch nicht fertiggestellt waren, nach dem Stadium des Baufortschrittes erfaßt, und zwar:

1. die am Jahresende bereits fertiggestellten, aber statistisch noch nicht gemeldeten Bauten,
2. die im Bau befindlichen Bauvorhaben,
3. die genehmigten, aber noch nicht begonnenen Bauvorhaben.

Außerdem wurden im Rahmen der Bauüberhangserhebung erstmalig auch die im Berichtsjahr **erloschenen Baugenehmigungen** ermittelt.

Die Erhebungsunterlagen wurden am Ende des Jahres 1952 **beim Statistischen Landesamt** auf Grund der Baukartei, die seit dem 1. Januar 1952 beim Statistischen Landesamt geführt wird und die alle genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben enthält, vorbereitet. Für

jedes Bauvorhaben wurde ein Zählblättchen angelegt, auf dem die Identifizierungsmerkmale — Bauherr, Belegenheit, Baumaßnahme und Art des Gebäudes — eingetragen wurden. **Bei den Bauämtern** wurde sodann der Umfang des gesamten Bauvorhabens und der Bauzustand am 31. Dezember auf Grund aktenmäßiger Unterlagen oder einer Ortsbesichtigung eingetragen. Soweit von den Bauämtern festgestellt wurde, daß für ein genehmigtes Bauvorhaben vom Statistischen Landesamt kein Überhangs-Zählblättchen ausgeschrieben war, wurde dieses vom Bauamt ausgefüllt und unter Beifügung der fehlenden Bauzählkarten eingereicht. In der gleichen Weise wurde bei nicht genehmigten, aber im Bau befindlichen Bauvorhaben verfahren, soweit diese den Bauämtern bekannt waren.

### Der Bauüberhang 1950-1952

Am Ende des Jahres 1952 befanden sich, wie aus der Übersicht 1 ersichtlich ist, **2520 Wohngebäude und 869 Nichtwohngebäude im Bau**, d. s. 171 Wohngebäude weniger, dagegen aber 26 Nichtwohngebäude mehr als im Vorjahre. Hierbei ist aber zu bemerken, daß sich bei den Nichtwohngebäuden nicht ohne weiteres Schlüsse über die Bedeutung dieser Nichtwohnbauten ziehen lassen, da sich bei diesen Bauten die Gebäude nach Umfang und Aufwand sehr stark unterscheiden und deshalb aus der Zahl der Gebäude kein Urteil über ihre wirtschaftliche Bedeutung abgeleitet werden kann.

**Die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen hat sich um 2206 auf 12 086 Wohnungen verringert**, ferner ist bei den genehmigten, aber noch nicht begonnenen **8377 Wohnungen eine Abnahme von 3117 Wohnungen gegenüber dem Vorjahre zu beobachten**. Im ganzen beläuft sich der Vorrat an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen auf 20 463 Wohnungen, d. s. **5323 oder gut ein Fünftel weniger** als am Anfang des Jahres 1952 zur Verfügung standen. Die Übersicht 2 zeigt, daß sich der Bestand an im Bau befindlichen Wohnungen seit 1950 ständig verringert hat. Die Ab-

## Gesamtergebnisse der Bauüberhangerhebungen 1951 und 1952

Art der Bautätigkeit	Jahr	Bauzustand								Insgesamt		
		im Bau befindlich							noch nicht begonnen			
		zusammen		davon								
				unter Dach			noch nicht unter Dach					
		Ge- bäude (Sp. 3, 6)	Wohnungen (Sp. 4, 7)	Ge- bäude	Wohnungen	darunter bereits be- zogene Wohng.	Ge- bäude	Wohnungen	Ge- bäude	Wohnungen	Ge- bäude (Sp. 1, 8)	Wohnungen (Sp. 2, 9)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
<b>Neubau</b>												
Wohnbauten . . .	1951	2 153	8 370	1 239	4 563	100	914	3 807	967	5 667	3 120	14 037
	1952	2 142	7 964	1 282	4 138	217	860	3 826	884	4 650	3 026	12 614
Nichtwohnbauten	1951	746	90	528	66	—	218	24	283	14	1 029	104
	1952	756	167	550	87	6	206	80	261	45	1 017	212
<b>Wiederaufbau</b>												
Wohnbauten . . .	1951	524	5 219	324	3 169	62	200	2 050	559	5 353	1 083	10 572
	1952	372	3 567	216	1 999	42	156	1 568	351	3 394	723	6 961
Nichtwohnbauten	1951	95	13	69	10	—	26	3	39	4	134	17
	1952	105	61	69	18	1	36	43	29	6	134	67
<b>Wiederherstellung</b>												
Wohnbauten . . .	1951	—	357	—	220	15	—	137	—	302	—	659
	1952	—	89	—	59	8	—	30	—	181	—	270
Nichtwohnbauten	1951	—	4	—	4	—	—	—	—	—	—	4
	1952	—	2	—	1	—	—	1	—	—	—	2
<b>Umbau ganzer Gebäude</b>												
Wohnbauten . . .	1951	14	20	12	18	3	2	2	4	18	18	38
	1952	6	9	6	9	2	—	—	2	5	8	14
Nichtwohnbauten	1951	2	—	2	—	—	—	—	—	—	2	—
	1952	8	3	5	2	—	3	1	1	—	9	3
<b>Um- und Ausbau, Erweiterung</b>												
Wohnbauten . . .	1951	—	199	—	168	2	—	31	—	132	—	331
	1952	—	204	—	180	20	—	24	—	96	—	300
Nichtwohnbauten	1951	—	20	—	16	—	—	4	—	4	—	24
	1952	—	20	—	20	2	—	—	—	—	—	20
<b>Insgesamt</b>												
Wohnbauten . . .	1951	2 691	14 165	1 575	8 138	182	1 116	6 027	1 530	11 472	4 221	25 637
	1952	2 520	11 833	1 504	6 385	289	1 016	5 448	1 237	8 326	3 757	20 159
Nichtwohnbauten	1951	843	127	599	96	—	244	31	322	22	1 165	149
	1952	869	253	624	128	9	245	125	291	51	1 160	304

nahme 1951 gegenüber 1950 konnte allerdings durch die höhere Zahl der genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen Ende 1951 ausgeglichen werden, so daß in beiden Jahren rund 25 000 Wohnungen für die frühere oder spätere Fertigstellung anstanden, während dieser Vorrat Anfang 1953 auf 20 463 Wohnungen zusammengeschrumpft ist.

**Unechter Bauüberhang**

Die Übersicht 3 läßt erkennen, daß von den Bauämtern 177 Nichtwohngebäude, 633 Wohngebäude und 2903 Wohnungen als unechter Bauüberhang gemeldet wurden. Diese Gebäude werden, wie bereits oben erwähnt, als Fertigstellungen des abgelaufenen Jahres gezählt und ergeben summiert mit den monatlichen Fertigstellungsmeldungen die effektive Bauleistung des Jahres 1952. Die verhält-

nismäßig hohe Zahl der erfaßten Wohnungen im Vergleich zum Vorjahre, in dem nur 1389 Wohnungen als unechter Bauüberhang erfaßt wurden, wird mit der verbesserten Kontrolle der baupolizeilichen Meldungen auf Grund der karteimäßigen Unterlagen beim Statistischen Landesamt erklärt.

**Echter Bauüberhang am 31. Dezember 1952**

Die im Bau befindlichen Bauten, die unter dem Begriff „echter“ Bauüberhang zusammengefaßt werden, stellen den Vorrat an Bauleistungen dar, der bis zum Jahresende neben den Fertigstellungen geschaffen wurde und der im neuen Jahre vordringlich zur Fertigstellung ansteht.

Eine Untergliederung nach der Baumaßnahme zeigt, daß von 12 086 im Bau befindlichen Wohnungen 67 v. H. Neubauten und 30 v. H. Wiederaufbauten waren. Der Anteil der

## Übersicht 2

Der Bauüberhang an Wohngebäuden und Wohnungen<sup>1)</sup> am 31. Dezember in den Jahren 1950 bis 1952

Bauzustand	1950		1951		1952	
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen
Im Bau . . . . .	3 990	17 089	2 691	14 292	2 520	12 086
davon						
a) bereits unter Dach . . . . .	2 315	9 198 <sup>2)</sup>	1 575	8 234 <sup>3)</sup>	1 504	6 513 <sup>4)</sup>
b) noch nicht unter Dach . . . . .	1 675	7 891	1 116	6 058	1 016	5 573
Genehmigt, aber noch nicht begonnen . . . . .	1 520	8 412	1 530	11 494	1 237	8 377

<sup>1)</sup> einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

<sup>2)</sup> darunter bereits 270 bezogen.

<sup>3)</sup> „ „ 182 „

<sup>4)</sup> „ „ 298 „

## Übersicht 3

## Der unechte Bauüberhang am 31. Dezember 1952

(am 31. Dezember 1952 bereits fertiggestellte und bezogene, aber bis dahin noch nicht statistisch-erfaßte Bauvorhaben)

Baumaßnahmen	Insgesamt			Bauherren					
				darunter			Gemeinnützige Wohnungsunternehmen		
	Nichtwohngebäude	Wohngebäude	Wohnungen	Private Bauherren			Nichtwohngebäude	Wohngebäude	Wohnungen
Nichtwohngebäude				Wohngebäude	Wohnungen				
Neubau . . . . .	154	556	2 207	141	380	1 017	7	174	1 166
Wiederaufbau . . . . .	22	71	608	19	44	379	—	26	220
Umbau ganzer Gebäude . . . . .	1	6	9	1	6	9	—	—	—
Wiederherstellung . . . . .	—	—	17	—	—	17	—	—	—
Um-, Ausbau u. Erweiterung	—	—	62	—	—	59	—	—	3
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>177</b>	<b>633</b>	<b>2 903</b>	<b>161</b>	<b>430</b>	<b>1 481</b>	<b>7</b>	<b>200</b>	<b>1 389</b>

## Übersicht 4

## Der Bauüberhang am 31. Dezember 1952 nach der Bauart

Baumaßnahmen	Bauzustand						
	Im Bau befindlich						
	Zusammen		davon				
	Wohngebäude (Spalten 3, 6)	Wohnungen <sup>1)</sup> (Spalten 4, 7)	unter Dach			noch nicht unter Dach	
			Wohngebäude	Wohnungen <sup>1)</sup>	von den Wohnungen waren bereits bezogen	Wohngebäude	Wohnungen <sup>1)</sup>
1	2	3	4	5	6	7	
a) Grundzahlen							
Neubau . . . . .	2 142	8 131	1 282	4 225	223	860	3 906
Wiederaufbau . . . . .	372	3 628	216	2 017	43	156	1 611
Umbau ganzer Gebäude	6	12	6	11	2	—	1
Wiederherstellung . . . . .	—	91	—	60	8	—	31
Um- u. Ausbau, Erweit.	—	224	—	200	22	—	24
<b>Insgesamt</b> . . . . .	<b>2 520</b>	<b>12 086</b>	<b>1 504</b>	<b>6 513</b>	<b>298</b>	<b>1 016</b>	<b>5 573</b>
b) Verhältniszahlen							
Neubau . . . . .	85,0	67,3	85,2	64,9	74,8	84,6	70,1
Wiederaufbau . . . . .	14,8	30,0	14,4	31,0	14,4	15,4	28,9
Umbau ganzer Gebäude	0,2	0,1	0,4	0,1	0,7	—	0,0
Wiederherstellung . . . . .	—	0,7	—	0,9	2,7	—	0,6
Um- u. Ausbau, Erweit.	—	1,9	—	3,1	7,4	—	0,4
<b>Insgesamt</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> einschl. Wohnungen in Nichtwohngebäuden.



Wiederherstellungs-, Umbau-, Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen war mit 3 v. H. von untergeordneter Bedeutung; diese Baumaßnahmen halten sich im allgemeinen in bescheidenem Rahmen, wie auch der Anteil von 4 v. H. bei den 1952 fertiggestellten Wohnungen beweist.

In den Übersichten 5—7 sind nur die Neu- und Wiederaufbauten dargestellt. Auf die Einbeziehung der Wiederherstellungs-, Umbau-, Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen ist hierbei wegen des geringen Umfanges dieser Baumaßnahmen verzichtet worden.

## Übersicht 5

### Die im Bau befindlichen Wohngebäude und Wohnungen am Jahresende 1952 nach Genehmigungsdaten, Baufortschritt und Bauherren<sup>1)</sup>

Datum der Baugenehmigung	Baumaßnahmen insgesamt				darunter Baumaßnahmen von							
	unter Dach		noch nicht unter Dach		Privaten Bauherren				Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen			
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	unter Dach Wohngebäude	unter Dach Wohnungen	noch nicht unter Dach Wohngebäude	noch nicht unter Dach Wohnungen	unter Dach Wohngebäude	unter Dach Wohnungen	noch nicht unter Dach Wohngebäude	noch nicht unter Dach Wohnungen
<b>a) Grundzahlen</b>												
<b>Neubauten</b>												
Vor dem 1. 1. 1950	92	102	44	58	92	102	44	58	—	—	—	—
Jahr 1950 . . . . .	133	259	96	163	123	139	94	160	10	119	2	3
1. Halbjahr 1951 . . . . .	123	227	75	143	106	158	75	143	17	67	—	—
2. Halbjahr 1951 . . . . .	163	478	126	518	141	284	126	518	21	185	—	—
1. Quartal 1952 . . . . .	101	555	79	433	66	185	41	115	35	368	38	317
2. Quartal 1952 . . . . .	360	1 181	113	450	106	234	84	190	254	939	29	260
3. Quartal 1952 . . . . .	224	1 030	215	1 524	157	550	118	574	63	454	94	916
4. Quartal 1952 . . . . .	66	151	100	605	36	99	75	370	29	48	19	184
Ohne Genehmigg.	20	19	12	12	20	19	12	12	—	—	—	—
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>1 282</b>	<b>4 002</b>	<b>860</b>	<b>3 906</b>	<b>847</b>	<b>1 770</b>	<b>669</b>	<b>2 140</b>	<b>429</b>	<b>2 180</b>	<b>182</b>	<b>1 680</b>
<b>Wiederaufbauten</b>												
Vor dem 1. 1. 1950	8	33	1	3	8	33	1	3	—	—	—	—
Jahr 1950 . . . . .	34	289	15	192	22	212	10	71	12	77	5	121
1. Halbjahr 1951 . . . . .	14	94	35	403	10	75	10	164	4	19	25	239
2. Halbjahr 1951 . . . . .	26	272	14	116	20	133	14	116	6	137	—	—
1. Quartal 1952 . . . . .	40	478	13	115	16	154	13	115	24	324	—	—
2. Quartal 1952 . . . . .	50	537	22	194	24	231	16	133	25	303	6	61
3. Quartal 1952 . . . . .	33	215	18	171	28	170	13	130	4	43	5	40
4. Quartal 1952 . . . . .	11	56	35	388	11	54	21	203	—	—	14	185
Ohne Genehmigg.	—	—	3	29	—	—	3	29	—	—	—	—
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>216</b>	<b>1 974</b>	<b>156</b>	<b>1 611</b>	<b>139</b>	<b>1 062</b>	<b>101</b>	<b>964</b>	<b>75</b>	<b>903</b>	<b>55</b>	<b>646</b>
<b>b) Verhältniszahlen</b>												
<b>Neubauten</b>												
Vor dem 1. 1. 1950	7,2	2,5	5,1	1,5	10,9	5,8	6,6	2,7	—	—	—	—
Jahr 1950 . . . . .	10,4	6,5	11,2	4,2	14,5	7,9	14,1	7,5	2,3	5,4	1,1	0,2
1. Halbjahr 1951 . . . . .	9,6	5,7	8,7	3,7	12,5	8,9	11,2	6,7	4,0	3,1	—	—
2. Halbjahr 1951 . . . . .	12,7	11,9	14,7	13,2	16,6	16,0	18,8	24,2	4,9	8,5	—	—
1. Quartal 1952 . . . . .	7,9	13,9	9,2	11,1	7,8	10,4	6,1	5,4	8,1	16,9	20,9	18,9
2. Quartal 1952 . . . . .	28,1	29,5	13,1	11,5	12,5	13,2	12,6	8,9	59,2	43,1	15,9	15,5
3. Quartal 1952 . . . . .	17,5	25,7	25,0	39,0	18,5	31,1	17,6	26,8	14,7	20,8	51,7	54,5
4. Quartal 1952 . . . . .	5,1	3,8	11,6	15,5	4,3	5,6	11,2	17,3	6,8	2,2	10,4	10,9
Ohne Genehmigg.	1,5	0,5	1,4	0,3	2,4	1,1	1,8	0,5	—	—	—	—
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Wiederaufbauten</b>												
Vor dem 1. 1. 1950	3,7	1,7	0,7	0,2	5,8	3,1	1,0	0,3	—	—	—	—
Jahr 1950 . . . . .	15,7	14,6	9,6	11,9	15,8	20,0	9,9	7,4	16,0	8,5	9,1	18,7
1. Halbjahr 1951 . . . . .	6,5	4,8	22,4	25,0	7,2	7,1	9,9	17,0	5,3	2,1	45,5	37,0
2. Halbjahr 1951 . . . . .	12,0	13,8	9,0	7,2	14,4	12,5	13,8	12,0	8,0	15,2	—	—
1. Quartal 1952 . . . . .	18,5	24,2	8,3	7,1	11,5	14,5	12,9	11,9	32,0	35,9	—	—
2. Quartal 1952 . . . . .	23,2	27,2	14,1	12,1	17,3	21,7	15,8	13,8	33,4	33,5	10,9	9,5
3. Quartal 1952 . . . . .	15,3	10,9	11,6	10,6	20,1	16,0	12,9	13,5	5,3	4,8	9,1	6,2
4. Quartal 1952 . . . . .	5,1	2,8	22,4	24,1	7,9	5,1	20,8	21,1	—	—	25,4	28,6
Ohne Genehmigg.	—	—	1,9	1,8	—	—	3,0	3,0	—	—	—	—
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden, jedoch ohne die bereits bezogenen Wohnungen in noch nicht fertigen Gebäuden.

Eine Untersuchung nach dem Datum der Erteilung der Genehmigung hat ergeben, daß 17 v. H. der Wohngebäude bereits vor dem 1. Januar 1951 genehmigt wurden. Es sind hierbei mindestens 2 Jahre vergangen, um den derzeitigen Baustatus zu erreichen; bei den Privaten Bau-

herren war dieser Anteil mit fast einem Viertel besonders hoch. Der Anteil der im Jahre 1951 genehmigten Wohnbauten betrug 23 v. H., auf das 1. Halbjahr 1952 entfielen 32 v. H. und der Rest von 28 v. H. auf das 2. Halbjahr 1952.

Übersicht 6

Am 31. Dezember 1952 im Bau befindliche Wohnbauten<sup>1)</sup>

Datum der Baugenehmigung	Baumaßnahmen insgesamt				Darunter von							
	Wohngebäude		Wohnungen		Privaten Bauherren				Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen			
	zusammen	v. H.	zusammen	v. H.	zusammen	v. H.	zusammen	v. H.	zusammen	v. H.	zusammen	v. H.
<b>Neubau</b>												
vor dem 1. 1. 1951 . . . .	365	17	582	8	353	24	459	12	12	2	122	3
im Jahre 1951 . . . . .	487	23	1 366	17	448	30	1 103	28	38	6	252	7
im 1. Halbjahr 1952 . . .	653	31	2 619	33	297	20	724	19	356	58	1 884	49
im 2. Halbjahr 1952 . . .	605	29	3 310	42	386	26	1 593	41	205	34	1 602	41
<b>Neubauten insgesamt . .</b>	<b>2 110</b>	<b>100</b>	<b>7 877</b>	<b>100</b>	<b>1 484</b>	<b>100</b>	<b>3 879</b>	<b>100</b>	<b>611</b>	<b>100</b>	<b>3 860</b>	<b>100</b>
<b>Wiederaufbau</b>												
vor dem 1. 1. 1951 . . . .	58	16	517	15	41	17	319	16	17	13	198	13
im Jahre 1951 . . . . .	89	24	885	25	54	23	488	24	35	27	395	26
im 1. Halbjahr 1952 . . .	125	34	1 324	37	69	29	633	32	55	42	688	44
im 2. Halbjahr 1952 . . .	97	26	830	23	73	31	557	28	23	18	268	17
<b>Wiederaufbau insges.</b>	<b>369</b>	<b>100</b>	<b>3 556</b>	<b>100</b>	<b>237</b>	<b>100</b>	<b>1 997</b>	<b>100</b>	<b>130</b>	<b>100</b>	<b>1 549</b>	<b>100</b>
<b>Zusammen</b>												
vor dem 1. 1. 1951 . . . .	423	17	1 099	10	394	23	778	13	29	4	320	6
im Jahre 1951 . . . . .	576	23	2 251	20	502	29	1 591	27	73	10	647	12
im 1. Halbjahr 1952 . . .	778	32	3 943	34	366	21	1 357	23	411	55	2 572	47
im 2. Halbjahr 1952 . . .	702	28	4 140	36	459	27	2 150	37	228	31	1 870	35
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>2 479</b>	<b>100</b>	<b>11 433</b>	<b>100</b>	<b>1 721</b>	<b>100</b>	<b>5 876</b>	<b>100</b>	<b>741</b>	<b>100</b>	<b>5 409</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> auschl. der ohne Genehmigung begonnenen Wohnbauten und der bereits bezogenen Wohnungen in teilweise fertiggestellten Gebäuden.

Da diese Zahlen für die Beurteilung der Abwicklung und der Baudauer der Wohngebäude von besonderer Bedeutung sind, wurden alle Bauten, die vor dem 1. Januar 1951 genehmigt wurden, auch noch nach der Größe und dem Monat des Baubeginns untersucht, um die Gründe für die z. T. schleppende Ingangsetzung und Fortführung der Wohnbauten zu erforschen. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sind sehr aufschlußreich. Von 346 im Bau befindlichen Neubauten der Privaten Bauherren wurden bereits 251 oder 73 v. H. vor dem 1. Januar 1951 begonnen, hiervon haben 210 Wohngebäude oder 84 v. H. nur 1 Wohnung. Der größte Teil dieser Gebäude befand sich am Jahresende bereits unter Dach. Wohngebäude mit 7 und mehr Wohnungen befanden sich dagegen nur 2 unter den mehr als 2 Jahre im Bau befindlichen Neubauten. Bei den Wiederaufbauten fallen die vor dem 1. Januar 1951 genehmigten Wohnbauten sowohl bei den Privaten Bauherren als auch den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zahlenmäßig wenig ins Gewicht, zum größten Teil handelt es sich hierbei um Etagenwohnhäuser mit 7 und mehr Wohnungen, die erst in den Jahren 1951 und 1952 begonnen wurden und die sich am 31. Dezember 1952 bereits unter

Dach befanden. Diese Etagenhäuser werden überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Zusammenfassend kann demnach gesagt werden, daß es sich bei den untersuchten Wohngebäuden in der Hauptsache um Ein- und Zweifamilienhäuser handelt, deren schlepplende Ingangsetzung und Fortführung überwiegend darin zu suchen sein dürfte, daß die Finanzierung von vornherein nicht gesichert war. Die Baugelder werden offenbar weitgehend aus dem laufenden Einkommen der Bauherren aufgebracht. Diese Gebäude werden z. T. bereits in primitiver Weise in Kellern oder Ställen bewohnt. Die Etagenhäuser werden dagegen hauptsächlich erst begonnen, nachdem die Finanzierung voll gesichert ist; aber auch hier können Verzögerungen in der Fortführung durch Preissteigerungen eintreten, da die Beschaffung der benötigten zusätzlichen Mittel — z. B. Nachbewilligung öffentlicher Mittel — gewöhnlich einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt.

**Die genehmigten, aber noch nicht begonnenen Bauvorhaben**

Die am Jahresende noch nicht begonnenen, aber bereits genehmigten Bauten bilden einen Stock an Gebäuden und Wohnungen, für die die baupolizei-

lichen Formalitäten bereits abgeschlossen sind, die aber aus zeitlichen oder wirtschaftlichen Gründen noch nicht begonnen werden konnten. Nach einem Erfahrungssatz kann mit der Inangriffnahme von etwa 70 v. H. dieser Bauvorhaben in dem auf die Bauüberhangserhebung folgenden Jahre gerechnet werden. Dieses wird bestätigt durch das Ergebnis einer Untersuchung über die Baubeginne der Wohnbauten in den Jahren 1951 und 1952, die am Ende des Jahres 1950 bzw. 1951 zwar genehmigt, aber noch nicht begonnen waren. Von 8298 am 31. Dezember 1950 nicht begonnenen Wohnungen wurden 5893 oder 71 v. H. im Laufe des Jahres 1951 in An-

griff genommen. Ähnlich war es im Jahre 1952. Von 11 038 am Jahresende 1951 nicht begonnenen Wohnungen wurden 7562 oder 68 v. H. begonnen.

### Neu- und Wiederaufbauten

Genehmigung erteilt	noch nicht begonnen am 31. Dezember					
	1950		1951		1952	
	Wohngeb.	Wohnungen	Wohngeb.	Wohnungen	Wohngeb.	Wohnung.
vor d. 1. 1. 1950	185	629	33	92	11	30
im Jahre 1950	1 335	7 669	341	2 313	108	709
im Jahre 1951	—	—	1 152	8 633	363	2 737
im Jahre 1952	—	—	—	—	753	4 619
<b>zusammen</b>	<b>1 520</b>	<b>8 298</b>	<b>1 526</b>	<b>11 038</b>	<b>1 235</b>	<b>8 095</b>

### Übersicht 7

#### Die noch nicht begonnenen Wohngebäude und Wohnungen<sup>1)</sup> am Jahresende 1952 nach Genehmigungsdaten und Bauherren

Datum der Baugenehmigung	Insgesamt		darunter Baumaßnahmen von				Insgesamt		darunter Baumaßnahmen von			
			Privaten Bauherren		Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen				Privaten Bauherren		Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen	
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen		

#### Neubauten

##### a) Grundzahlen

##### b) Verhältniszahlen

Vor dem 1. 1. 1950	8	21	8	21	—	—	0,9	0,4	1,3	0,7	—	—
Jahr 1950	70	350	61	287	9	63	7,9	7,5	10,3	9,9	3,1	3,5
1. Halbjahr 1951	179	1 221	81	579	98	642	20,3	26,0	13,6	20,0	34,0	36,0
2. Halbjahr 1951	96	633	93	592	2	29	10,9	13,5	15,6	20,4	0,7	1,6
1. Quartal 1952	70	485	41	253	29	232	7,9	10,3	6,9	8,7	10,1	13,0
2. Quartal 1952	118	539	87	234	31	305	13,3	11,5	14,6	8,1	10,8	17,1
3. Quartal 1952	186	705	116	532	70	173	21,0	15,0	19,5	18,4	24,3	9,7
4. Quartal 1952	157	741	108	400	49	340	17,8	15,8	18,2	13,8	17,0	19,1
<b>zusammen</b>	<b>884</b>	<b>4 695</b>	<b>595</b>	<b>2 898</b>	<b>288</b>	<b>1 784</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

#### Wiederaufbauten

##### a) Grundzahlen

##### b) Verhältniszahlen

Vor dem 1. 1. 1950	3	9	3	9	—	—	0,9	0,3	1,6	0,5	—	—
Jahr 1950	38	359	35	343	3	16	10,8	10,6	18,9	19,9	1,8	1,0
1. Halbjahr 1951	60	583	44	410	16	173	17,1	17,1	23,8	23,8	9,6	10,3
2. Halbjahr 1951	28	300	19	160	9	140	8,0	8,8	10,3	9,3	5,4	8,4
1. Quartal 1952	32	317	13	134	19	183	9,1	9,3	7,0	7,8	11,5	10,9
2. Quartal 1952	40	402	20	196	20	206	11,4	11,8	10,8	11,4	12,1	12,3
3. Quartal 1952	84	835	26	266	58	569	23,9	24,6	14,1	15,4	34,9	33,9
4. Quartal 1952	66	595	25	206	41	389	18,8	17,5	13,5	11,9	24,7	23,2
<b>zusammen</b>	<b>351</b>	<b>3 400</b>	<b>185</b>	<b>1 724</b>	<b>166</b>	<b>1 676</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden

Wie aus Übersicht 7 zu ersehen ist, betrug der Anteil der Privaten Bauherren mit 4622 Wohnungen etwa 57 v. H. der 8095 noch nicht begonnenen Neu- und Wiederaufbauwohnungen; er erhöht sich bei den vor dem 1. Januar 1951 genehmigten 739 Wohnungen auf rund 90 v. H. Hierbei ist zu bemerken, daß die Genehmigungen für diese Wohnungen immer wieder von Jahr zu Jahr verlängert wurden, sich also keine erloschenen darunter befanden. Diese Tatsache läßt vermuten, daß die Beschaffung der Mittel vielfach mit großen

Schwierigkeiten verknüpft ist, in vielen Fällen aber auch Genehmigungen beantragt werden, um sich gewisse Rechte zu sichern.

Diese Schwierigkeiten führen oftmals dazu, daß ein geplantes und baupolizeilich bereits genehmigtes Bauvorhaben nicht zur Ausführung gelangt. Die Ergebnisse der Erhebung der „**Erloschenen Baumaßnahmen**“ haben gezeigt, daß im Laufe des Jahres 1952 die Genehmigungen für 52 Nichtwohngebäude, 218 Wohngebäude und 889 Wohnungen erloschen sind.

## Der Bauüberhang am 31. Dezember 1952 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungs- bezirke	Nichtwohngebäude, Wohngebäude und Wohnungen <sup>1)</sup>													
	im Bau									genehmigt, aber noch nicht begonnen				
	Insgesamt				davon					Nicht- wohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohnungen überh.	v. H.	
	Nicht- wohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohnungen		unter Dach			noch nicht unter Dach						
überh.			v. H.	Nicht- wohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohn- nun- gen	Nicht- wohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohn- nun- gen	überh.	v. H.			
<b>Bezirksamt Hamburg-Mitte</b>	<b>176</b>	<b>311</b>	<b>2 443</b>	<b>20,2</b>	<b>113</b>	<b>188</b>	<b>1 431</b>	<b>63</b>	<b>123</b>	<b>1 012</b>	<b>59</b>	<b>175</b>	<b>1 634</b>	<b>19,5</b>
davon														
Kerngebiet . . . .	103	118	1 479	12,2	63	83	1 049	40	35	430	27	97	1 033	12,3
Ortsamt Billstedt	35	140	704	5,8	24	68	172	11	72	532	14	47	330	3,9
Ortsamt Veddel- Rothenburgsort	33	14	164	1,4	22	14	160	11	—	4	15	16	173	2,1
Ortsamt Finkenwerder .	5	39	96	0,8	4	23	50	1	16	46	3	15	98	1,2
<b>Bezirksamt Altona</b>	<b>85</b>	<b>375</b>	<b>1 396</b>	<b>11,6</b>	<b>64</b>	<b>240</b>	<b>844</b>	<b>21</b>	<b>135</b>	<b>552</b>	<b>76</b>	<b>117</b>	<b>540</b>	<b>6,5</b>
davon														
Kerngebiet . . . .	61	120	896	7,4	45	64	478	16	56	418	59	39	317	3,8
Ortsamt Blankenese . . .	24	255	500	4,2	19	176	366	5	79	134	17	78	223	2,7
<b>Bezirksamt Eimsbüttel</b>	<b>100</b>	<b>390</b>	<b>1 449</b>	<b>12,0</b>	<b>79</b>	<b>247</b>	<b>932</b>	<b>21</b>	<b>143</b>	<b>517</b>	<b>31</b>	<b>157</b>	<b>610</b>	<b>7,3</b>
davon														
Kerngebiet . . . .	30	74	854	7,1	23	48	518	7	26	336	9	31	323	3,9
Ortsamt Lokstedt	40	198	381	3,1	32	107	236	8	91	145	11	61	126	1,5
Ortsamt Stellingen . . . .	30	118	214	1,8	24	92	178	6	26	36	11	65	161	1,9
<b>Bezirksamt Hamburg-Nord</b>	<b>81</b>	<b>387</b>	<b>4 011</b>	<b>33,2</b>	<b>56</b>	<b>194</b>	<b>1 781</b>	<b>25</b>	<b>193</b>	<b>2 230</b>	<b>28</b>	<b>345</b>	<b>3 334</b>	<b>39,8</b>
davon														
Kerngebiet . . . .	17	105	945	7,8	11	52	436	6	53	509	3	81	570	6,8
Ortsamt Barmb.- Uhlenhorst . . .	42	256	2 975	24,6	29	132	1 317	13	124	1 658	17	232	2 608	31,1
Ortsamt Fuhlsbüttel . . .	22	26	91	0,8	16	10	28	6	16	63	8	32	156	1,9
<b>Bezirksamt Wandsbek</b>	<b>235</b>	<b>638</b>	<b>1 309</b>	<b>10,8</b>	<b>171</b>	<b>405</b>	<b>765</b>	<b>64</b>	<b>233</b>	<b>544</b>	<b>54</b>	<b>241</b>	<b>1 168</b>	<b>13,9</b>
davon														
Kerngebiet . . . .	89	138	376	3,1	53	92	221	36	46	155	19	135	1 018	12,1
Ortsamt Bramfeld	14	129	259	2,1	7	100	184	7	29	75	5	9	11	0,1
Ortsamt Alstertal	80	203	284	2,3	67	129	195	13	74	89	12	46	66	0,8
Ortsamt Walddorfer . . .	31	92	201	1,7	26	41	61	5	51	140	9	23	34	0,4
Ortsamt Rahlstedt	21	76	189	1,6	18	43	104	3	33	85	9	28	39	0,5
<b>Bezirksamt Bergedorf</b>	<b>37</b>	<b>75</b>	<b>223</b>	<b>1,8</b>	<b>29</b>	<b>59</b>	<b>190</b>	<b>8</b>	<b>16</b>	<b>93</b>	<b>2</b>	<b>25</b>	<b>52</b>	<b>0,6</b>
davon														
Kerngebiet . . . .	19	32	143	1,2	16	25	120	3	7	23	—	10	34	0,4
Ortsamt Vier- u. Marschlande . .	18	43	80	0,6	13	34	70	5	9	10	2	15	18	0,2
<b>Bezirksamt Harburg</b>	<b>155</b>	<b>344</b>	<b>1 255</b>	<b>10,4</b>	<b>112</b>	<b>171</b>	<b>570</b>	<b>43</b>	<b>173</b>	<b>685</b>	<b>41</b>	<b>177</b>	<b>1 039</b>	<b>12,4</b>
davon														
Kerngebiet . . . .	61	164	766	6,4	41	85	361	20	79	405	15	121	687	8,2
Ortsamt Wilhelmsburg .	53	54	317	2,6	39	31	130	14	23	187	16	31	312	3,7
Ortsamt Süderelbe . . .	41	126	172	1,4	32	55	79	9	71	93	10	25	40	0,5
<b>Hamburg insges.</b>	<b>869</b>	<b>2 520</b>	<b>12 086</b>	<b>100</b>	<b>624</b>	<b>1 504</b>	<b>6 513</b>	<b>245</b>	<b>1 016</b>	<b>5 573</b>	<b>291</b>	<b>1 237</b>	<b>8 377</b>	<b>100</b>

1) einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden

Wie die nachstehende Übersicht 9 zeigt, sind bereits bis zum 31. Dezember 1952 Genehmigungen für 160 Wohngebäude und 633 Wohnungen, die im Jahre 1951 erteilt wurden, gelöscht bzw. zurück-

Übersicht 9

**Erloschene Baugenehmigungen  
am 31. Dezember 1952**

Bauherren Datum der Baugenehmigung	Nicht- wohn- gebäude	Wohn- ge- bäude	Woh- nungen
Insgesamt . . . . .	52	218	889
davon genehmigt:			
im Jahre 1951 . . . . .	35	160	633
im Jahre 1950 . . . . .	12	48	243
vor dem 1. 1. 1950 . . . . .	5	10	13
darunter:			
Private Bauherren . . . . .	49	142	697
davon genehmigt:			
im Jahre 1951 . . . . .	32	95	503
im Jahre 1950 . . . . .	12	37	181
vor dem 1. 1. 1950 . . . . .	5	10	13
Gemeinnützige Wohnungs- unternehmen: . . . . .	2	76	192
davon genehmigt:			
im Jahre 1951 . . . . .	2	65	130
im Jahre 1950 . . . . .	—	11	62
vor dem 1. 1. 1950 . . . . .	—	—	—

gezogen worden; hiervon entfielen 95 Wohngebäude und 503 Wohnungen auf Private Bauherren. Über den vollständigen Umfang der Löschungen für vor dem 1. Januar 1951 erteilte Genehmigungen gibt die Übersicht allerdings keinen Aufschluß, weil bei der Erhebung nur die im Jahre 1952 erloschenen Genehmigungen erfaßt wurden und die bereits früher gelöschten nicht berücksichtigt werden konnten.

**Die regionale Gliederung des Bauüberhangs**

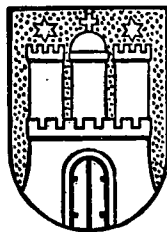
Die regionale Streuung der im Bau befindlichen und der genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnbauten wird in der Übersicht 8 dargestellt. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit liegt wie in den Vorjahren mit 2975 im Bau befindlichen Wohnungen oder 24,6 v. H. und 2608 noch nicht begonnenen Wohnungen oder 31,1 v. H. nach wie vor im Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst. In großem Abstand folgt dann das Kerngebiet des Bezirksamtes Hamburg-Mitte (Hamm-Horn) mit 1479 Wohnungen oder 12,2 v. H. bzw. 1033 Wohnungen oder 12,3 v. H.

Pöhl s

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet .

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 22. Mai 1953

Jahrgang 1953 - Heft Nr. 12

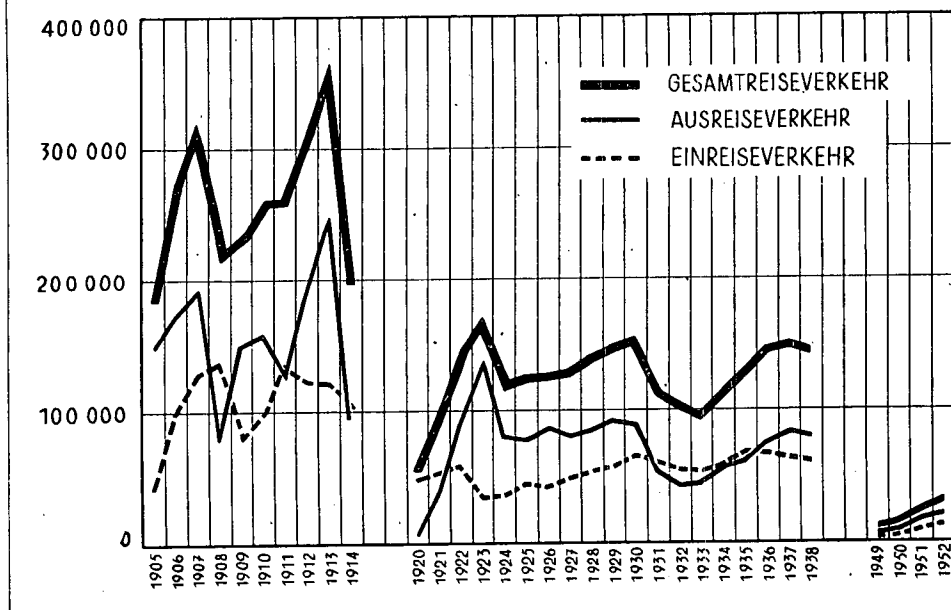
## Hamburg im überseeischen Personenverkehr

Wer heute von der Höhe der Seewarte über den Hamburger Hafen blickt, wird sich kaum vorstellen können, daß **Hamburg einmal der europäische Hafen mit dem bedeutendsten Personenverkehr zur See gewesen ist.** Vor allem in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg wurden in der Ein- und Ausreise Rekordziffern erreicht. Hunderttausende von Auswanderern verließen alljährlich Europa und wandten sich nach Übersee, um in Nord- oder Südamerika eine neue Existenz zu gründen. Die wirtschaftliche Verknüpfung der Länder hatte einen hohen Grad erreicht, Paß- und Zollschwierigkeiten waren gering, so daß auch der sonstige Reiseverkehr verhältnismäßig hohe Zahlen aufwies. Besonders die Jahre 1907 und 1913 brachten einen ungewöhnlich starken Personenverkehr im Hamburger Hafen. So wurden in diesen Jahren im Ausreiseverkehr 190 000 bzw. 244 000 Personen gezählt. Das gesamte Verkehrsvolumen, also Ein- und Ausreise zusammengenommen, betrug 1907 319 000 und 1913 sogar 364 000 Personen.

Die Zahlen dieser Jahre sind nie wieder erreicht worden. Der erste Weltkrieg zerschlug die deutsche Fahrgastflotte, die in der Vorkriegszeit fast den gesamten über Hamburg laufenden Personenverkehr abgewickelt hatte, nahezu vollständig. Alle größeren Einheiten mußten abgeliefert werden. Allerdings lief die Neubautätigkeit schnell und in großem Umfang an; Kriegszerstörungen waren nicht eingetreten, so daß sich der Personenverkehr über Hamburg verhältnismäßig rasch erholte. Die Aus-

wanderung, die mit Anteilen von über 80 v. H. den Ausreiseverkehr des Jahrzehntes vor dem ersten Weltkrieg bestimmt hatte, ging jedoch immer mehr zurück. Wenn auch im sonstigen Reiseverkehr eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen war, so konnten doch die Ausfälle hierdurch nicht ausgeglichen werden. Hatte man im Jahrzehnt vor dem Kriege in der Ausreise im Jahresdurchschnitt rund 158 000 Fahrgäste gezählt, so sank diese Zahl im Mittel der Jahre 1920/29 auf etwa 77 000. Die Einbuße war in erster Linie auf das Ausbleiben ausländischer Fahrgäste, vor allem der Auswanderer aus Osteuropa, zurückzuführen. Die Weltkrise mit dem Erlahmen der wirtschaftlichen Aktivität und den Einwanderungsbeschränkungen der überseeischen Länder ließ das Verkehrsvolumen weiter absinken; so ergab sich für 1933 ein Ausreiseverkehr von rund 45 000 Männern, Frauen und Kindern, und auch in der Einreise

DER ÜBERSEEISCHE PERSONENVERKEHR ÜBER HAMBURG  
1905-1952



wurden nur noch 53 000 Personen gezählt. Das gesamte Verkehrsvolumen belief sich damit nur noch auf 98 000 Personen. Mit dem Abflauen der Weltkrise nahm der Reiseverkehr wieder beträchtlich zu und erreichte 1937 mit 82 000 Ausreisenden und etwa 67 000 Einreisenden einen neuen Höchststand. Hinzu kam noch der in diesen Zahlen nicht enthaltene umfangreiche KdF-Verkehr sowie der Touristen- und Rundreiseverkehr, der von Hamburg ausging und wieder in Hamburg endete.

Auch diese Zahlen gehören der Vergangenheit an. Unter den Auswirkungen des zweiten Weltkrieges ist aus dem Strom der Reisenden ein mageres Bächlein geworden. Die großen Fahrgastschiffe sind heute auf der Elbe selten und tragen fremde Flaggen. Zwar verfügt die Bundesrepublik wieder über einige Frachtschiffe mit zuspätzlichen Passagiereinrichtungen, die im internationalen Verkehr eingesetzt sind, aber in der Bundesrepublik war um die Jahreswende 1952/53 kein einziges Passagierschiff beheimatet. Mit Neubauten „reiner“ Fahrgastschiffe, d. h. von Fahrzeugen, deren Rentabilität überwiegend auf der Personenbeförderung im überseeischen Personenverkehr beruht, ist auch in absehbarer Zeit schon aus finanziellen Gründen nicht zu rechnen.

Die Statistik des überseeischen Personenverkehrs, die besonders in Hamburg gepflegt wurde, und die Auskunft über die Bedeutung der Hansestadt im internationalen Personenverkehr gab, wurde während des Krieges eingestellt. Nach 1945 ging das gesamte Paß-Kontrollwesen, das die Ausgangsdaten geliefert hatte, in die Hände der Besatzungsmächte über. Zwar wurde auch hier eine Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zur See geführt, aber deutsche Stellen waren nur unvollkommen über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet. Allerdings war der zivile Reiseverkehr zur See zunächst gering — eine Folge der Kriegszerstörungen im Hafen und des Verlustes der gesamten deutschen Fahrgastflotte durch Krieg und Ablieferung der erhalten gebliebenen Einheiten nach der Kapitulation. Die turbulenten wirtschaftlichen Verhältnisse in den ersten Jahren nach der Katastrophe ließen zunächst kein echtes Verkehrsbedürfnis entstehen; als es sich schließlich nach der Währungsreform bemerkbar machte, verzögerten die der deutschen Seefahrt auferlegten Verkehrsbeschränkungen die Entwicklung ungemein.

Mit dem wirtschaftlichen Erstarren der Bundesrepublik, der zunehmenden Eingliederung Westdeutschlands in die internationalen Handelsbeziehungen und dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zeigt sich jedoch ein — wenn auch bescheidener — Anfang. Es liegt daher nahe, an die Ergebnisse der Vorkriegszeit anknüpfend, die Statistik des Personenverkehrs zur See wieder aufzunehmen, zumal der Paß-Kontrolldienst wieder in deutsche Hände übergegangen ist.

Die nachfolgenden Ausführungen wollen zunächst einen groben Überblick über die gegenwärtige Hamburger Situation im überseeischen Personenverkehr geben. Sie erheben nicht den An-

spruch auf Vollständigkeit, sondern sollen lediglich das vorhandene, zum Teil noch recht lückenhafte Material der Öffentlichkeit zugänglich machen und einige Anregungen für eine den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßte Statistik des Personenverkehrs zur See geben. Eine derartige Statistik ist schließlich nicht nur ein Anliegen der Statistiker, sondern auch der Verwaltung und der Wirtschaft.

Soweit Zahlen für die Nachkriegszeit genannt werden, stützen sie sich auf Unterlagen des Amtes für Paß-Kontrolldienst in Koblenz. Die Daten der Vorkriegszeit sind früheren Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Hamburg („Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“) entnommen. Sie stellen für die Vorkriegszeit eine wahre Fundgrube wenig bekannten Materials dar.

Bei Vergleichen mit der Vorkriegszeit wird man sich allerdings stets vor Augen halten müssen, daß aus der früheren Statistik des überseeischen Per-

## Übersicht 1

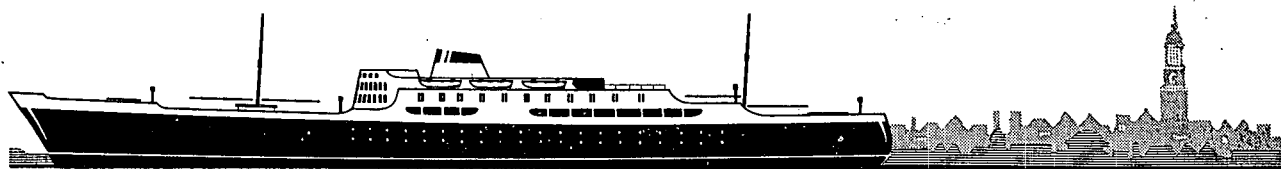
### Hamburgs Personenverkehr über See in den Jahren 1905 bis 1952

Jahr	Art des Verkehrs					Gesamt-reise-verkehr
	Ausreise-verkehr	davon		Einreise		
		Auswanderung überhaupt	Sonstiger Ausreise-verkehr v. H.			
1905	143 375	119 899	83,6	23 476	40 817	184 192
1906	173 483	143 121	82,5	30 362	98 093	271 576
1907	189 810	155 982	82,2	33 828	129 211	319 021
1908	78 878	48 595	61,6	30 283	135 909	214 787
1909	149 647	113 535	75,9	36 112	79 259	228 906
1910	159 409	118 131	74,1	41 278	98 970	258 379
1911	127 388	86 895	68,2	40 493	131 609	258 997
1912	180 519	134 169	74,3	46 350	121 189	301 708
1913	244 097	192 733	79,0	51 364	119 921	364 018
1914	95 257	72 958	76,6	22 299	101 626	196 883
1920	6 479	778	12,0	5 701	47 916	54 395
1921	39 348	29 297	74,5	10 051	51 760	91 108
1922	89 958	49 817	55,4	40 141	56 950	146 908
1923	136 118	97 218	71,4	38 900	34 260	170 378
1924	79 661	47 516	59,6	32 145	36 602	116 263
1925	77 435	44 028	56,9	33 407	45 939	123 374
1926	85 031	48 673	57,2	36 358	41 466	126 497
1927	80 455	42 166	52,4	38 289	48 753	129 208
1928	84 143	38 916	46,2	45 227	55 034	139 177
1929	91 235	39 163	42,9	52 072	57 838	149 073
1930	89 343	34 980	39,2	54 363	67 955	157 298
1931	51 993	7 541	14,5	44 452	59 856	111 849
1932	44 209	7 692	17,4	36 517	56 380	100 589
1933	44 779	8 221	18,4	36 558	53 100	97 879
1934	52 547	9 660	18,4	42 887	59 422	111 969
1935	62 409	10 636	17,0	51 773	68 641	131 050
1936	76 865	15 657	20,4	61 208	68 449	145 314
1937	82 117	15 687	19,1	66 430	66 907	149 024
1938	80 927	24 052	29,7	56 875	64 480	145 407
1949	4 737	3 970	83,8	767	2 832	7 569
1950	10 443	9 188	88,0	1 255	3 990	14 433
1951	20 529	7 990	38,9	12 533	10 375	30 898
1952	28 241	7 400	26,2	20 841	10 974	39 215

sonenverkehrs unter der Einwirkung der Besatzungsmächte zunächst nur eine Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zur See geworden ist. Zwar erfolgt die Erfassung der Reisenden wie in der Vorkriegszeit bei der Paßkontrolle, aber die Gliederung der gewonnenen Unterlagen ist nicht so ausführlich und im ein-

# HAMBURGS PERSONENVERKEHR ÜBER SEE

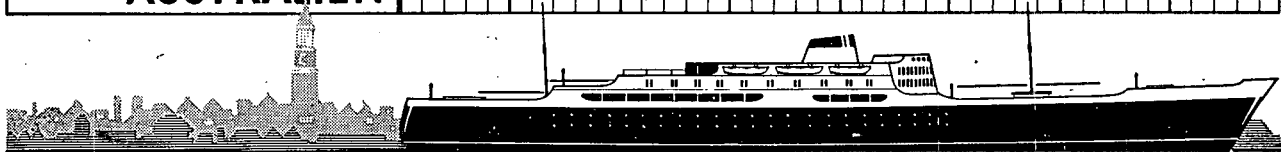
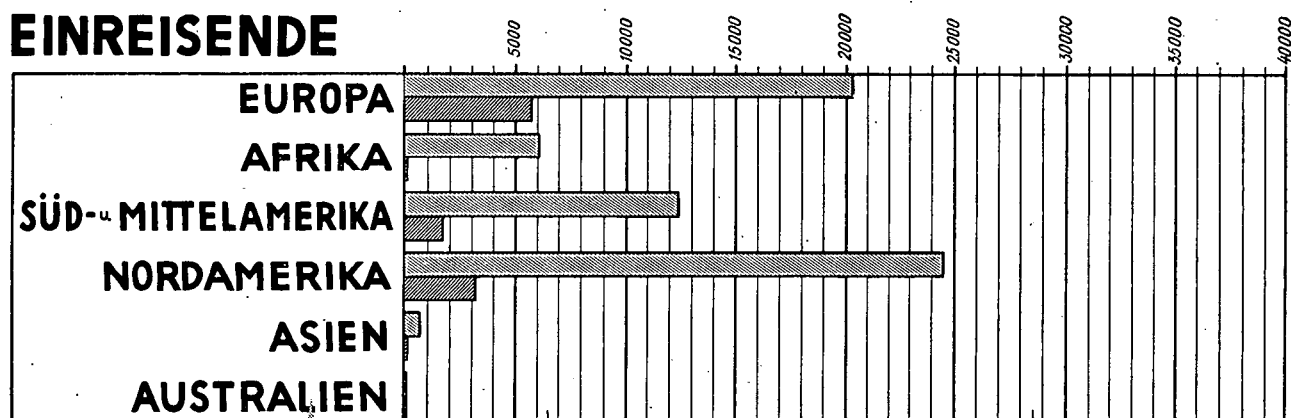
1938 UND 1952



## AUSREISENDE



## EINREISENDE



zelen wohl auch nicht so zuverlässig wie in der Vorkriegszeit. Die enge Koppelung der statistischen Nachweisung mit der Paßkontrolle, die von deutschen Stellen ausgeübt wird, hat einen weiteren Nachteil. So unterliegen die IRO-Auswanderer nicht der deutschen Kontrolle, und auch der z. B. in Bremen recht umfangreiche zivile Besatzungsverkehr ist in den Zahlen nicht enthalten. Das tatsächliche Verkehrsvolumen ist also höher als es hier ausgewiesen wird. Dennoch dürften die Größenordnungen für das Verkehrsvolumen der beiden wichtigsten Häfen der Bundesrepublik, nämlich Bremen und Hamburg, ungefähr mit der Vorkriegszeit vergleichbar sein, da der recht umfangreiche Touristen- und KdF-Verkehr in den hier genannten Zahlen der Vorkriegsjahre nicht enthalten ist. In erster Linie kommt es darauf an,

zunächst erst einmal Größenvorstellungen zu vermitteln, auch wenn man sich ihrer Mängel bewußt ist. Der Seebäderverkehr, der sich ja nur innerhalb des deutschen Hoheitsgebietes abspielt, ist wie in der Vorkriegszeit nicht mitgezählt.

### Der Umfang des überseeischen Personenverkehrs in Hamburg im Jahre 1952

Der gesamte grenzüberschreitende Personenverkehr zur See über Hamburg betrug im Jahre 1952 rund 39 200 Personen. Wie in der Vorkriegszeit war die Ausreise — etwa 28 200 Personen — weit aus größer als die Einreise, in der lediglich 11 000 Personen ermittelt wurden. Ein Vergleich der Nachkriegsjahre (ab 1949 liegen Zahlen vor) zeigt, daß der Personenverkehr in diesen Jahren beachtlich



zugenommen hat, ohne jedoch die frühere Größenordnung auch nur im entferntesten zu erreichen. Dabei haben sich im Laufe der letzten Jahre erhebliche Strukturveränderungen ergeben.

Dies wird besonders im Ausreiseverkehr deutlich. 1949 wurden insgesamt 4737 Ausreisende gezählt, 1952 dagegen 28 241. Dies bedeutet, daß sich der Ausreiseverkehr in diesen Jahren etwa **versechsfacht** hat. 1949 und 1950 bestimmte noch die Auswanderung den gesamten Reiseverkehr. Sie hat sich zwar seitdem nahezu verdoppelt, der sonstige Reiseverkehr — in erster Linie wohl Geschäftsreisen — ist aber erheblich schneller gestiegen; in den vier Nachkriegsjahren hat er sich etwa **verdreißigfach**, so daß der **Anteil der Auswanderer am Ausreiseverkehr seit 1949 von 84 v. H. auf 26 v. H. gesunken** ist. Dies läßt eine gewisse **Entscheidung des Reiseverkehrs** erkennen, denn gleichhohe Anteile an Auswanderern wie 1949 wurden nur während der europäischen Massenauswanderung der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ermittelt. Die 1952 bestehende Gliederung des Ausreiseverkehrs — ein Viertel Auswanderer und drei Viertel sonstige Ausreisende — entspricht etwa den Relationen des Jahres 1938.

Die Zahlen der Jahre 1949 und 1950 mögen zum Teil unvollständig sein. Immerhin läßt der Vergleich erkennen, daß in den vier Jahren sehr viel erreicht wurde. Dies darf jedoch keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß die **Zahl der im Jahre 1952 über Hamburg ausreisenden Personen nur etwa ein Drittel des Ausreiseverkehrs von 1938** ausmacht, und daß die Erholung nach diesem Kriege nicht zuletzt infolge der von der Besatzungsmacht auferlegten Beschränkungen erheblich länger auf sich warten ließ als nach dem ersten Weltkrieg.

Auch im Einreiseverkehr konnten in der Nachkriegszeit beachtliche Erfolge erzielt werden. So wurden 1952 insgesamt 10 974 Einreisende gegenüber nur 2832 im Jahre 1949 gezählt. Dennoch sind auch hier die Zahlen der Vorkriegszeit längst nicht wieder erreicht, machte doch der **Einreiseverkehr des Jahres 1952 noch nicht einmal 18 v. H. des Vorkriegsstandes** aus.

Man muß in der Geschichte des Hamburger Hafens weit zurückgehen, um ein entsprechendes geringes Verkehrsvolumen ausfindig zu machen.

Selbst das geringste Verkehrsvolumen der letzten 50 Jahre (1920) lag mit 54 395 Personen immer noch weit über dem 1952 im Ein- und Ausreiseverkehr erreichten Stand von 39 215 Reisenden.

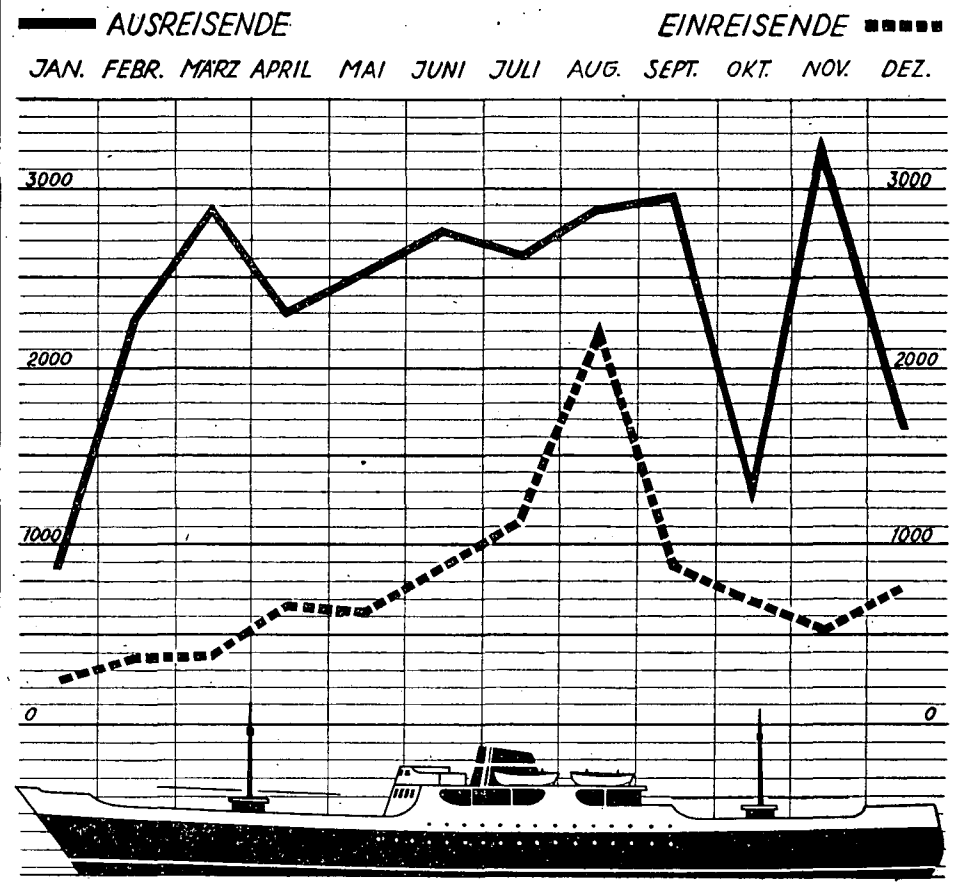
**Hamburg hat damit** (wenn man von dem Dänemark-Verkehr der schleswig-holsteinischen Ostseehäfen absieht) **erstmalig seine führende Stellung als Abgangs- und Zielhafen im internationalen Personenverkehr an die bremischen Häfen abgeben müssen**. Leider läßt sich für 1952 lediglich das zweite Halbjahr vergleichen.

#### Personenverkehr im zweiten Halbjahr 1952

	bremische Häfen	über Hamburg	Hamburg in v. H. von Bremen
Ausreise . . . . .	27 817	14 631	52,6
Einreise . . . . .	18 167	6 204	34,1
Gesamtverkehr . . . . .	45 984	20 835	45,3

Damit kamen im zweiten Halbjahr 1952 auf 100 Ausreisende über Hamburg 190 Personen, die ihre Ausreise über Bremen oder Bremerhaven antraten. Bei den Einreisenden war das Verhältnis für Hamburg noch ungünstiger. Auf 100 Personen, die in Hamburg ihren Fuß an Land setzten, kamen 293 in den bremischen Häfen. Trotz aller Anstrengung und mancher Erfolge im einzelnen hat **Hamburg im zweiten Halbjahr 1952 damit nur etwa 45 v. H. des Gesamtverkehrs der bremischen Häfen** erreichen können. In erster Linie dürfte dies auf den starken

### HAMBURGS PERSONENVERKEHR ÜBER SEE 1952



Linienverkehr Bremerhaven — USA zurückzuführen sein. Man muß aber weiterhin bedenken, daß alle hier genannten Zahlen sich nur auf den Personenverkehr beziehen, der vom deutschen Paß-Kontrolldienst abgefertigt wurde. Der hierbei nicht erfaßte und zahlenmäßig recht bedeutende Besatzungsverkehr sowie der IRO-Auswandererverkehr dürften die Relation noch weiter zugunsten Bremens verschieben.

## Die Verkehrsrelationen Hamburgs in der Vor- und Nachkriegszeit

### a) Der Ausreiseverkehr

Hamburg ist, wie fast alle Häfen der Bundesrepublik, in erster Linie ein Ausreisehafen. Im Laufe der Jahrzehnte hatten sich hierbei bestimmte Verkehrsrelationen herausgebildet. Neben dem beachtlichen Nordamerika-Verkehr war Hamburg für seine Liniendienste nach Südamerika und Afrika bekannt. Wenig bewußt war dabei der breiten Öffentlichkeit, daß dem zahlenmäßigen Umfang nach der **Europaverkehr in der Vorkriegszeit** hinter den Diensten nach den USA **an zweiter Stelle** lag. Dieser europäische „Nahverkehr“ ging überwiegend nach Großbritannien und Holland. Hierbei dürfte das Bestimmungsland des von Hamburg ausgehenden Schiffes nicht immer dem Reiseziel des Ausreisenden entsprochen haben. Es handelte sich also zum Teil um einen sogenannten „indirekten Reiseverkehr“, bei dem Hamburg Zubringerdienste zu Schifffahrtslinien leistete, die von Großbritannien oder Holland in die weite Welt gingen.

Die ersten Nachkriegsjahre boten demgegenüber ein völlig verändertes Bild. Der geringe Personenverkehr zur See beschränkte sich nahezu ausschließlich auf europäische Länder, ja, er war z. T. zu einem reinen „Vorortverkehr“ herabgesunken. Ausreisemöglichkeiten über Hamburg in die weite Welt bestanden kaum, so daß, wer zu Schiff nach Nord- oder Südamerika wollte, seine Reise von einem außerdeutschen Hafen antreten mußte. Im Ausreiseverkehr über Hamburg gingen daher die meisten Reisenden nach Großbritannien und den

Niederlanden, um von dort weiterzureisen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten haben sich jedoch die Verhältnisse in den letzten drei Jahren gewandelt. **Der Verkehr über weite Entfernungen hat wesentlich stärker zugenommen als der Schiffsverkehr mit außerdeutschen Häfen in Europa.** Dies ist in erster Linie der stärkeren Einschaltung Hamburgs als Abgangshafen für den Personenverkehr nach den USA und vor allem nach Canada zu verdanken. Es ist daher gelungen, den Anteil des europäischen Nahverkehrs von 1951 bis 1952 von 39 v. H. auf 29 v. H. herabzudrücken (vgl. Übersicht 3). Damit deutet sich auch im Ausreiseverkehr eine zunehmende Normalisierung an. Im Europaverkehr stehen Großbritannien und die Niederlande zwar nach wie vor an der Spitze, und es ist anzunehmen, daß zahlreiche Reisende von diesen beiden Ländern zu Schiff nach Übersee weiterfahren; die Bedeutung Großbritanniens als Zielland für den Hamburger Ausreiseverkehr ist jedoch heute wesentlich geringer. 1951 gingen noch 21 v. H. aller über Hamburg Ausreisenden nach dem Vereinigten Königreich, 1952 dagegen nur noch 14 v. H. Man wird mit der Beurteilung dieser Zahlen jedoch zurückhaltend sein müssen, da die Aufgliederung des statistischen Materials unvollkommen ist. So läßt sich nicht feststellen, ob der Hamburger Hafen einen Teil der von England in die weite Welt gehenden Verkehrsströme an sich ziehen konnte, oder ob hier ein Rückgang des Direktverkehrs Hamburg—England vorliegt.

Durch die ungewöhnliche Steigerung des Ausreiseverkehrs nach Canada — die Zahl der beförderten Personen ist hier von 62 auf 3864 im Laufe eines Jahres gestiegen — haben sich zwar nicht ganz die gleichen Relationen wie in der Vorkriegszeit eingespielt, immerhin ist jedoch die Reihenfolge der Zielländer ungefähr wieder die gleiche wie 1938. An erster Stelle steht nach wie vor der Verkehr nach den USA und Kanada mit nahezu 16 000 Personen oder 55 v. H. der über Hamburg Ausreisenden. Es folgt der europäische Nahverkehr nach Großbritannien, Holland und Dänemark. Erst an dritter Stelle steht mit insgesamt 3800 Personen der Verkehr nach Süd- und

### Übersicht 2

Die Ausreisenden über Hamburg nach Zielgebieten 1938 und 1952

Zielgebiet	1938		1952		Zu (+) oder Abnahme (-)	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Europa . . . . .	21 653	26,76	8 224	29,12	- 13 429	- 62,02
Afrika . . . . .	5 943	7,34	235	0,83	- 5 708	- 96,05
Süd- u. Mittelamerika .	17 924	22,15	3 802	13,46	- 14 122	- 78,79
darunter						
Argentinien . . . . .	6 246	7,72	2 207	7,81	- 4 039	- 64,67
Brasilien . . . . .	3 562	4,40	1 027	3,64	- 2 535	- 71,17
Nordamerika . . . . .	34 587	42,74	15 602	55,25	- 18 985	- 54,89
davon						
USA . . . . .	33 930	41,93	11 756	41,63	- 22 174	- 65,35
Kanada . . . . .	657	0,81	3 846	13,62	+ 3 189	+ 485,39
Asien . . . . .	520	0,64	350	1,24	- 170	- 32,69
Australien . . . . .	300	0,37	28	0,10	- 272	- 90,67
<b>Ausreiseverkehr zus.</b>	<b>80 927</b>	<b>100</b>	<b>28 241</b>	<b>100</b>	<b>- 52 686</b>	<b>- 65,10</b>

Mittelamerika, in erster Linie nach Argentinien und Brasilien. Der in der Vorkriegszeit recht beachtliche Personenverkehr nach Afrika hat allerstärkste Einbußen erlitten und ist — gemessen an den Verhältnissen der Vorkriegszeit — nahezu bedeutungslos. Damit hat Hamburg auf seinem ureigensten Gebiet im internationalen Personenverkehr ungewöhnliche hohe Verluste erlitten. Allein im Afrika- und im Süd- und Mittelamerikaverkehr lag die Zahl der Ausreisenden im Jahre 1952 um

nahezu 20 000 unter dem Stand der Vorkriegszeit (vgl. Übersicht 2).

Dies ist um so ernster zu bewerten, als sich z. B. im Südamerika-Verkehr nicht in gleicher Weise wie im Nordamerika-Verkehr das Flugzeug als Konkurrent bemerkbar macht. Es liegt also in erster Linie eine echte Schrumpfung des Gesamtverkehrs und nicht nur eine Verschiebung zwischen den Verkehrsmitteln vor.

Übersicht 3 Die zu Schiff über Hamburg Ausreisenden nach dem Ziel in den Jahren 1951 und 1952

Zielgebiet	1951		1952		Zu- (+) oder Abnahme (-) gegenüber 1951	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
<b>Europa</b> . . . . .	<b>7 917</b>	<b>38,59</b>	<b>8 224</b>	<b>29,12</b>	<b>+ 307</b>	<b>+ 3,88</b>
davon						
Belgien . . . . .	811	3,95	696	2,47	- 115	- 14,18
Dänemark . . . . .	116	0,57	378	1,34	+ 262	+ 225,86
Finnland . . . . .	106	0,52	199	0,70	+ 93	+ 87,74
Frankreich . . . . .	215	1,05	219	0,78	+ 4	+ 1,86
Großbritannien . . . . .	4 213	20,53	3 961	14,03	- 252	- 5,98
Irland . . . . .	25	0,12	36	0,12	+ 11	+ 44,00
Island . . . . .	69	0,34	55	0,19	- 14	- 20,29
Italien . . . . .	6	0,03	65	0,23	+ 59	+ 983,33
Jugoslawien . . . . .	—	—	—	—	—	—
Niederlande . . . . .	836	4,07	1 154	4,09	+ 318	+ 38,04
Norwegen . . . . .	568	2,77	698	2,47	+ 130	+ 22,89
Polen . . . . .	7	0,04	6	0,02	- 1	- 14,29
Portugal . . . . .	86	0,42	105	0,37	+ 19	+ 22,09
Rußland . . . . .	—	—	—	—	—	—
Schweden . . . . .	440	2,14	186	0,66	- 254	- 57,73
Spanien . . . . .	411	2,00	456	1,61	+ 45	+ 10,95
andere europ. Länder	8	0,04	10	0,04	+ 2	+ 25,00
<b>Afrika</b> . . . . .	<b>119</b>	<b>0,58</b>	<b>235</b>	<b>0,83</b>	<b>+ 116</b>	<b>+ 97,48</b>
davon						
Ägypten . . . . .	6	0,03	27	0,10	+ 21	+ 350,00
Franz. Nordafrika . . . . .	31	0,15	73	0,26	+ 42	+ 135,48
Südafrikan. Union . . . . .	74	0,36	117	0,41	+ 43	+ 58,11
andere afrik. Länder . . . . .	8	0,04	18	0,06	+ 10	+ 125,00
<b>Süd- u. Mittelamerika</b> . . . . .	<b>3 402</b>	<b>16,57</b>	<b>3 802</b>	<b>13,46</b>	<b>+ 400</b>	<b>+ 11,76</b>
davon						
Argentinien . . . . .	2 284	11,13	2 207	7,81	- 77	- 3,37
Brasilien . . . . .	749	3,65	1 027	3,64	+ 278	+ 37,12
Chile . . . . .	39	0,19	34	0,12	- 5	- 12,82
Kolumbien . . . . .	154	0,75	281	1,00	+ 127	+ 82,47
Kuba . . . . .	23	0,11	45	0,16	+ 22	+ 95,65
Mexiko . . . . .	56	0,27	66	0,23	+ 10	+ 17,86
Panama . . . . .	11	0,05	1	0,00	- 10	- 90,91
and. amerik. Länder . . . . .	86	0,42	141	0,50	+ 55	+ 63,95
<b>Nord-Amerika</b> . . . . .	<b>8 995</b>	<b>43,83</b>	<b>15 602</b>	<b>55,25</b>	<b>+ 6 607</b>	<b>+ 73,45</b>
davon						
Vereinigte Staaten . . . . .	8 933	43,53	11 756	41,63	+ 2 823	+ 31,60
Kanada . . . . .	62	0,30	3 846	13,62	+ 3 784	+ 6 103,23
<b>Asien</b> . . . . .	<b>77</b>	<b>0,37</b>	<b>350</b>	<b>1,24</b>	<b>+ 273</b>	<b>+ 354,55</b>
davon						
Iran . . . . .	—	—	89	0,32	+ 89	+ 0,00
Libanon . . . . .	5	0,02	120	0,42	+ 115	+ 2 300,00
Türkei . . . . .	3	0,01	26	0,09	+ 23	+ 766,67
and. asiatische Länder	69	0,34	115	0,41	+ 46	+ 66,67
<b>Australien</b> . . . . .	<b>13</b>	<b>0,06</b>	<b>28</b>	<b>0,10</b>	<b>+ 15</b>	<b>+ 115,38</b>
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>20 523</b>	<b>100</b>	<b>28 241</b>	<b>100</b>	<b>+ 7 718</b>	<b>+ 37,61</b>

b) Der Einreiseverkehr

Viel einschneidender waren demgegenüber die Veränderungen im Einreiseverkehr. Auch hier lagen die USA in der Vorkriegszeit weit an der Spitze, es folgten Europa, Südamerika und Afrika. In den ersten Nachkriegsjahren kamen dagegen die

meisten Einreisenden aus einem europäischen Land, da ein Verkehr über weite Entfernungen zwischen außereuropäischen Häfen und Häfen der Bundesrepublik nicht oder nur in ganz geringem Umfang durchgeführt wurde; deutsche Schiffe standen zudem unter Ausnahmerecht und durften nur be-

## Übersicht 4

## Die Einreisenden über Hamburg nach Herkunftsgebieten 1938 und 1952

Herkunftsgebiet	1938		1952		Zu- (+) oder Abnahme (-)	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Europa . . . . .	20 370	31,59	5 855	53,35	- 14 515	- 71,26
Afrika . . . . .	6 094	9,45	141	1,28	- 5 953	- 97,69
Süd- u. Mittelamerika .	12 496	19,38	1 724	15,72	- 10 772	- 86,20
darunter						
Argentinien . . . . .	3 388	5,25	1 248	11,37	- 2 140	- 63,16
Brasilien . . . . .	5 072	7,87	180	1,64	- 4 892	- 96,45
Nordamerika . . . . .	24 686	38,29	3 125	28,48	- 21 561	- 87,34
davon						
USA . . . . .	24 039	37,29	2 952	26,90	- 21 087	- 87,72
Kanada . . . . .	647	1,00	173	1,58	- 474	- 73,26
Asien . . . . .	800	1,24	124	1,13	- 676	- 84,50
Australien . . . . .	34	0,05	5	0,04	- 29	- 85,29
<b>Ausreiseverkehr zus.</b> . .	<b>64 480</b>	<b>100</b>	<b>10 974</b>	<b>100</b>	<b>- 53 506</b>	<b>- 82,98</b>

## Übersicht 5

## Die zu Schiff über Hamburg Einreisenden nach der Herkunft in den Jahren 1951 und 1952

Herkunftsgebiet	1951		1952		Zu- (+) oder Abnahme (-) gegenüber 1951	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
<b>Europa</b> . . . . .	<b>5 234</b>	<b>50,45</b>	<b>5 855</b>	<b>53,35</b>	<b>+ 621</b>	<b>+ 11,86</b>
davon						
Belgien . . . . .	144	1,39	359	3,27	+ 215	+ 149,31
Dänemark . . . . .	142	1,37	317	2,89	+ 175	+ 123,24
Finnland . . . . .	48	0,46	76	0,69	+ 28	+ 58,33
Frankreich . . . . .	73	0,70	125	1,14	+ 52	+ 71,23
Großbritannien . . . . .	2 512	24,21	2 316	21,10	- 196	- 7,80
Irland . . . . .	11	0,11	56	0,51	+ 45	+ 409,09
Island . . . . .	52	0,50	42	0,38	- 10	- 19,23
Italien . . . . .	9	0,09	46	0,42	+ 37	+ 411,11
Jugoslawien . . . . .	52	0,50	11	0,10	- 41	- 78,85
Niederlande . . . . .	819	7,89	1 065	9,70	+ 246	+ 30,04
Norwegen . . . . .	688	6,63	607	5,53	- 81	- 11,77
Polen . . . . .	—	—	2	0,02	+ 2	+ 0,0
Portugal . . . . .	80	0,77	128	1,17	+ 48	+ 60,00
Rußland . . . . .	—	—	—	—	—	—
Schweden . . . . .	112	1,08	129	1,18	+ 17	+ 15,18
Spanien . . . . .	482	4,65	572	5,21	+ 90	+ 18,67
andere europ. Länder	10	0,10	4	0,04	- 6	- 60,00
<b>Afrika</b> . . . . .	<b>70</b>	<b>0,68</b>	<b>141</b>	<b>1,28</b>	<b>+ 71</b>	<b>+ 101,43</b>
davon						
Ägypten . . . . .	9	0,09	18	0,16	+ 9	+ 100,00
Franz. Nordafrika . . . . .	38	0,37	80	0,73	+ 42	+ 110,53
Südafrikan. Union . . . . .	19	0,18	38	0,35	+ 19	+ 100,00
andere afrik. Länder . . . . .	4	0,04	5	0,04	+ 1	+ 25,00
<b>Süd- u. Mittelamerika</b> . . . . .	<b>777</b>	<b>7,48</b>	<b>1 724</b>	<b>15,71</b>	<b>+ 947</b>	<b>+ 121,88</b>
davon						
Argentinien . . . . .	463	4,46	1 248	11,37	+ 785	+ 169,55
Brasilien . . . . .	208	2,00	180	1,64	- 28	- 13,46
Chile . . . . .	12	0,11	14	0,13	+ 2	+ 16,67
Kolumbien . . . . .	35	0,34	161	1,47	+ 126	+ 360,00
Kuba . . . . .	17	0,16	15	0,14	- 2	- 11,76
Mexiko . . . . .	12	0,12	14	0,13	+ 2	+ 16,67
Panama . . . . .	4	0,04	16	0,15	+ 12	+ 300,00
and. amerik. Länder . . . . .	26	0,25	76	0,68	+ 50	+ 192,31
<b>Nord-Amerika</b> . . . . .	<b>4 216</b>	<b>40,63</b>	<b>3 125</b>	<b>28,48</b>	<b>- 1 091</b>	<b>- 25,88</b>
davon						
Vereinigte Staaten . . . . .	4 193	40,41	2 952	26,90	- 1 241	- 29,60
Kanada . . . . .	23	0,22	173	1,58	+ 150	+ 652,17
<b>Asien</b> . . . . .	<b>78</b>	<b>0,76</b>	<b>124</b>	<b>1,13</b>	<b>+ 46</b>	<b>+ 58,97</b>
davon						
Iran . . . . .	—	—	1	0,01	+ 1	+ 0,0
Libanon . . . . .	40	0,39	9	0,08	- 31	- 77,50
Türkei . . . . .	26	0,25	16	0,15	- 10	- 38,46
and. asiatische Länder	12	0,12	98	0,89	+ 86	+ 716,67
<b>Australien</b> . . . . .	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>5</b>	<b>0,05</b>	<b>+ 5</b>	<b>+ 0,0</b>
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>10 375</b>	<b>100</b>	<b>10 974</b>	<b>100</b>	<b>+ 599</b>	<b>+ 5,77</b>

stimmte europäische Häfen anlaufen. Als diese Einschränkungen fielen, machte sich für Hamburg in zunehmendem Maße die Konkurrenz der bremischen Häfen bemerkbar, die nicht nur den größten Teil des Ausreiseverkehrs nach den USA, sondern auch des Einreiseverkehrs aus den Vereinigten Staaten an sich gezogen haben. Auch darf man nicht vergessen, daß im West-Ost-Verkehr über den Nordatlantik das Flugzeug wesentlich stärker als Verkehrsmittel bevorzugt wird als in umgekehrter Richtung. So lag 1952 der Einreiseverkehr aus den USA über Hamburg mit 2952 Personen um mehr als 21000 unter den Zahlen des Jahres 1938. Infolgedessen sind **die USA unter den wichtigsten Herkunftsgebieten auf den zweiten Platz zurückgefallen. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit liegt Europa weit an der Spitze**, denn 1952 kam mehr als die Hälfte der über Hamburg Einreisenden aus einem europäischen Land (vgl. Übersicht 4).

Auch im Einreiseverkehr aus Süd- und Mittelamerika sind die Einbußen gegenüber der Vorkriegszeit geradezu erschreckend. Zwar führte die Wiederbelebung der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Südamerika und Westdeutschland gegenüber 1951 zu einer Verdoppelung des einkommenden Personenverkehrs auf dieser Route, und der Anteil Südamerikas an der gesamten Einreise über Hamburg stieg von 7,5 auf 15,7 v. H., aber die erlittenen Verluste sind damit nicht im entferntesten wettgemacht (vgl. Übersicht 5). Die Zahl der Einreisenden aus Süd- und Mittelamerika lag mit nur 1724 Personen um nahezu 10800 unter dem Vorkriegsstand. Noch düsterer ist das Bild, das sich im Afrika-Verkehr bietet. Es kamen 1938 noch 6094 Personen aus dem Schwarzen Kontinent, dagegen 1952 nur 141 — eine Abnahme um nahezu 98 v. H.! Die Verluste auf diesen beiden Verkehrswegen machen damit für Hamburg mehr als 16500 Personen aus.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß sich der Einreiseverkehr in den Nachkriegsjahren nicht in gleicher Weise erholen konnte, so daß sich eine **viel stärkere Schrumpfung des einkommenden als des ausgehenden Personenverkehrs** im Vergleich zu 1938 ergibt.

### c) Die Bedeutung des Verkehrssaldos

Die ungleichmäßige Entwicklung im Aus- und im Einreiseverkehr hat dazu geführt, daß sich das Übergewicht der Ausreise über die Einreise heute viel stärker bemerkbar macht als in der Vorkriegszeit. Die einkommenden Fahrgastsschiffe waren 1938 erheblich besser ausgelastet als heute. Allerdings muß man sich davor hüten, zu weitgehende Schlüsse für die einzelnen Verkehrsrelationen zu ziehen, denn der Personenverkehr der Nachkriegszeit wird zu einem erheblichen Teil auf fahrgastkombinierten Frachtschiffen abgewickelt, bei denen das Frachtaufkommen in erster Linie die Anlaufhäfen und damit auch die Liegezeiten in den einzelnen Häfen bestimmt. Die sich hierbei ergebenden Lösch- und Ladezeiten sind länger als die Liegezeiten der Fahrgastsschiffe. Dies führt häufig dazu, daß die Passagiere nicht erst in Ham-

burg, sondern bereits in einem anderen Hafen Europas oder der Bundesrepublik von Bord gehen, um mit der Eisenbahn oder dem Flugzeug ihre Reise nach ihrem eigentlichen Bestimmungsort fortzusetzen. Hierbei ergibt sich für den Reisenden unter Umständen eine erhebliche Zeitersparnis. Wenn man bedenkt, daß der Einreiseverkehr 1952 lediglich 39 v. H. des ausgehenden Verkehrs ausmachte, d. h. also, daß offenbar die Beförderungskapazität der Schiffe im einkommenden Verkehr viel weniger ausgenutzt werden konnte als im ausgehenden Personenverkehr, so zeigt dies deutlich, mit welchen Schwierigkeiten die Einrichtung von Liniendiensten in der Passagierfahrt über Hamburg zu rechnen hat. Der Verkehrssaldo läßt aber auch erkennen, welche Bedeutung zum Beispiel dem Ausbau der Cuxhavener Fahrgastanlagen zukommt, könnten doch Reisende bereits dort die nach Hamburg bestimmten Schiffe verlassen und Zeit einsparen.

### Die Salden im überseeischen Personenverkehr Hamburgs 1938 und 1950

Ziel- bzw. Herkunftsgebiet	weniger (-) oder mehr (+) Ein- als Ausreisende		Einreisende in v. H. der Ausreisenden	
	1938	1952	1938	1952
Europa . . . . .	- 1 283	- 2 369	94,07	71,19
Afrika . . . . .	+ 151	- 94	102,54	60,00
Süd-u.Mittelamerika darunter	- 5 428	- 2 078	69,72	45,34
Argentinien . . . . .	- 2 858	- 959	54,24	56,55
Brasilien . . . . .	+ 1 510	- 847	142,39	17,53
Nordamerika . . . . .	- 9 901	-12 477	71,37	20,03
davon				
USA . . . . .	- 9 891	- 8 804	70,85	25,11
Kanada . . . . .	- 10	- 3 673	98,48	4,50
Asien . . . . .	+ 280	- 226	153,85	35,43
Australien . . . . .	- 266	- 23	11,33	17,86
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>-16 447</b>	<b>-17 267</b>	<b>79,68</b>	<b>38,86</b>

Der Verkehrssaldo auf den einzelnen Routen ist unterschiedlich. Das günstigste Bild bietet sich noch im Europa-Verkehr, das ungünstigste dagegen im Verkehr mit Kanada. Ohne Unterlagen darüber, in welchem Maße fahrgastkombinierte Tonnage eingesetzt ist, wie weit sich der Personenverkehr in der Linienfahrt oder in der freien Fahrt vollzieht und welche Häfen außer Hamburg auf den einzelnen Routen angelaufen werden, wird man jedoch mit weiteren Schlüssen zurückhaltend sein müssen. Hier zeigen sich deutlich die Unvollkommenheiten der vorhandenen statistischen Unterlagen, die nicht nur den Vergleich mit der Vorkriegszeit erschweren, sondern auch ein tieferes Eindringen in derartige Probleme geradezu verbieten.

### Die Verkehrsrelationen Hamburgs im Vergleich mit denen der bremischen Häfen

Für Hamburg ist seit jeher ein Vergleich mit den bremischen Häfen von besonderem Interesse. Eingermaßen zuverlässige Unterlagen hierfür liegen aber erst vom 2. Halbjahr 1952 ab vor. Bei der zwangsweisen Beschränkung des Vergleichs auf die Ergebnisse der letzten sechs Monate des Jahres 1952

können sich gegenüber den üblicherweise für derartige Untersuchungen herangezogenen Jahresergebnissen einige Verschiebungen in den Relationen ergeben, da die Zahl der Abfahrten und der Ankünfte sich nicht unbedingt gleichmäßig auf die beiden Halbjahre zu verteilen braucht. Immerhin gibt auch ein Vergleich der Fahrgastzahlen für einen Zeitraum von sechs Monaten wertvolle Hinweise.

Man wird sich bei einem Vergleich zwischen den beiden größten Häfen der Bundesrepublik noch einmal die Ausgangssituation nach diesem Kriege vergegenwärtigen müssen, um nicht zu einer falschen Bewertung der Ergebnisse zu gelangen. Nach der Besetzung Deutschlands wurde Bremen Nachschubhafen für die US-Besatzungstreitkräfte. Ein erheblicher Teil des Besatzungsreiseverkehrs

lief daher von vornherein über die bremischen Häfen, wobei frühzeitig der Wiederaufbau der Hafenanlagen und vor allem auch der Fahrgastanlagen einsetzte. Der Besatzungsverkehr zog den zivilen Reiseverkehr nach sich, und mehrere ausländische Reedereien richteten Passagierdienste nach Bremerhaven ein, wobei vor allem auch größere Fahrgastschiffe und nicht nur fahrgastkombinierte Frachtschiffe eingesetzt wurden.

Die Hamburger Situation war dagegen weit schwieriger, zumal sich auch im Personenverkehr die Randlage der Hansestadt und der Wegfall des mitteldeutschen und ostdeutschen Hinterlandes bemerkbar macht. Der Einsatz ausländischer Fahrgastschiffe im Linienverkehr über Hamburg erfolgte daher zögernd und verhältnismäßig spät.

## Übersicht 6

Die Verkehrsrelationen Hamburgs und der bremischen Häfen im 2. Halbjahr 1952

Ziel- bzw. Herkunftsgebiet	Ausreise				Einreise			
	Hamburg		bremische Häfen		Hamburg		bremische Häfen	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Europa . . . . .	4 997	34,15	881	3,17	3 336	53,77	1 450	7,98
Afrika . . . . .	106	0,73	50	0,18	83	1,34	29	0,16
Süd- u. Mittelamerika . darunter	1 917	13,10	485	1,74	1 032	16,63	213	1,17
Argentinien . . . . .	834	5,70	156	0,56	808	13,02	69	0,38
Brasilien . . . . .	772	5,28	103	0,37	65	1,05	65	0,36
Nordamerika . . . . .	7 407	50,63	24 223	87,08	1 646	26,53	16 068	88,45
davon								
USA . . . . .	5 303	36,25	15 976	57,43	1 492	24,05	15 116	83,21
Kanada . . . . .	2 104	14,38	8 247	29,65	154	2,48	952	5,24
Asien . . . . .	204	1,39	69	0,25	106	1,71	8	0,04
Australien . . . . .	—	—	1 634	5,87	1	0,02	—	—
ohne Angabe . . . . .	—	—	475	1,71	—	—	399	2,20
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>14 631</b>	<b>100</b>	<b>27 817</b>	<b>100</b>	<b>6 204</b>	<b>100</b>	<b>18 167</b>	<b>100</b>

Für Bremen ist heute der Verkehr nach den USA und Kanada von entscheidender Bedeutung und liegt weit über den Hamburger Zahlen. So gingen im 2. Halbjahr 1952 24 223 Personen über bremische Häfen nach Nordamerika, über Hamburg im gleichen Zeitraum nur 7407. Während der Anteil des Nordamerikadienstes in Hamburg im Ausreiseverkehr etwa 51 v. H. ausmachte, betrug er in Bremen nahezu 87 v. H. **Der Personenverkehr über die bremischen Häfen wird damit entscheidend vom Nordamerikaverkehr getragen; seine künftige Entwicklung wird allerdings wesentlich davon beeinflußt werden, wie sich die Verkehrsströme zwischen der Bundesrepublik und Nordamerika auf Flugzeug und Schiff aufteilen werden. Ein weiterer Vorsprung gegenüber Hamburg ergibt sich im Australien-Verkehr.**

In allen übrigen Bereichen, d. h. also im Europa-, im Afrika- und im Südamerika-Dienst liegen die Hamburger Zahlen weit über denen der bremischen Häfen. Wenn diese Hamburg im überseeischen Personenverkehr überflügelt haben, so

liegt das ausschließlich an den engen Verkehrsbeziehungen mit den USA.

Ein Vergleich des Einreiseverkehrs zeigt ein ähnliches Bild. Während in den bremischen Häfen die meisten der Ankommenden aus den USA stammen, sind in Hamburg die aus Europa und aus Südamerika Einreisenden am zahlreichsten.

### Die Arbeitsteilung zwischen den westdeutschen Häfen

Die Unterlagen des Paß-Kontrolldienstes über den grenzüberschreitenden Personenverkehr zur See vermitteln für das 2. Halbjahr 1952 erstmalig einen Überblick über die Arbeitsteilung zwischen den westdeutschen Häfen. Zwar hatte man in der Vorkriegszeit eine recht umfangreiche Statistik des überseeischen Personenverkehrs aufgebaut, sie beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf die in Hamburg und in Bremen erstellten Unterlagen. Der auch in der Vorkriegszeit beträchtliche Skandinavien-Verkehr und der Verkehr mit den übrigen Anliegerstaaten der Ostsee wurde in den kleineren

Häfen des damaligen Reichsgebietes entweder überhaupt nicht oder nur unvollkommen erfaßt. Die nachstehend aufgeführten Zahlen des Bundesgebietes sind daher mit der Vorkriegszeit infolge der andersartigen Abgrenzung des erfaßten Verkehrsvolumens nicht vergleichbar. Gegenüberstellungen mit 1938 können sich daher immer nur auf Hamburg und Bremen beschränken.

Der Ausreiseverkehr nach Südamerika, nach Afrika sowie nach Großbritannien läuft vorwiegend über Hamburg. So gingen von den 2497 im 2. Halbjahr 1952 nach Südamerika Ausreisenden 1917 oder 77 v. H. über Hamburg und von 3075 Personen, die die Bundesrepublik zu Schiff nach Großbritannien verließen, gingen 2450 oder 80 v. H. in Hamburg an Bord.

Bremen beherrscht dagegen eindeutig den Nordamerika- und Australien-Verkehr der Bundesrepublik. Von nahezu 33 000 Personen, die in den letzten sechs Monaten des Jahres 1952 die Bundesrepublik nach den Vereinigten Staaten zu Schiff verließen, gingen 24 000 oder 73 v. H. über bremische Häfen, und alle nach Australien Reisenden wurden über Bremen befördert.

Der Europa-Verkehr ist eine Angelegenheit der schleswig-holsteinischen Ostseehäfen (ohne Lübeck), über die vor allem der Verkehr nach Dänemark und Schweden läuft. Allerdings wird man hierbei bedenken müssen, daß im Dänemark-Verkehr zum Teil nur Entfernungen zurückgelegt werden, die kürzer sind als von Hamburg nach Cuxhaven. Wer von Hamburg zur Elbmündung fährt, wird in der Statistik des Paß-Kontrolldienstes nicht erfaßt, da er innerhalb des deutschen Hoheitsgebietes bleibt. Wer dagegen zum Beispiel von Flensburg zum nächsten dänischen Hafen reist, erscheint in der Statistik, weil er auf seiner Reise eine Grenze überschreitet. Hier zeigen sich deutlich die Tücken einer statistischen Nachweisung, die an die Tatsache des Grenzübertritts anknüpft und keine Aufgliederung der Reisenden nach der zurückgelegten Entfernung ermöglicht. Zu bemerken ist noch, daß Lübeck stark in den Finnland-Verkehr eingeschaltet ist.

Eine Sonderstellung nehmen die Häfen des Unterelbegebietes und des schleswig-holsteinischen Nordseegebietes ein. Vor allem die Zahlen des Nordamerika-Verkehrs über diese Häfen dürften sich wohl nur auf Cuxhaven beziehen, das leider nicht gesondert ausgegliedert werden kann und dessen Verkehrszahlen mit denen Hamburgs ebenso zusammengezählt werden müßten wie die von Bremen und Bremerhaven, ist doch Cuxhaven der eigentliche Seebahnhof Hamburgs. Man wird deshalb die 1200 Passagiere, die Cuxhaven in Richtung USA verließen, unbedenklich den Hamburger Zahlen zuschlagen können. Allerdings erreicht auch bei dieser Berechnung Hamburg nicht mehr als ein Viertel der zu Schiff über westdeutsche Häfen nach den USA Ausreisenden.

Im Einreiseverkehr ist die Verteilung der Ankommenden auf die einzelnen Häfen ähnlich. Ein-

zelheiten sind den folgenden Übersichten 7 u. 8 zu entnehmen.

Die bisherigen Ausführungen sind in vielen Dingen unvollkommen und lassen zahlreiche Fragen offen, die wirtschaftspolitisch für die Bundesrepublik und vor allem auch für die einzelnen Häfen von erheblicher Bedeutung sind. So ist es z. B. nicht möglich, an Hand der vorhandenen statistischen Unterlagen den Anteil der deutschen Flagge am überseeischen Personenverkehr zu ermitteln oder festzustellen, wie weit sich deutsche Reedereien wieder in den internationalen Personenverkehr zur See einschalten konnten. Die Reisenden können nicht danach gegliedert werden, ob sie auf Fahrgastschiffen oder auf fahrgastkombinierten Frachtschiffen befördert werden. Über die Häfen, zwischen denen sich der Verkehr abspielt, geben die vorhandenen Unterlagen nur unzureichende Auskünfte, und für die Beurteilung des Verkehrssaldos der Bundesrepublik oder einzelner Häfen fehlen zahlreiche Einzelunterlagen.

**Diese Unvollkommenheiten rühren in erster Linie daher, daß es eine Statistik des überseeischen Personenverkehrs in der Bundesrepublik z. Z. nicht gibt** und daß alle Untersuchungen auf diesem Gebiet auf die vom Paß-Kontrolldienst durchgeführte „Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs“ zurückgreifen müssen. Die Fragestellung dieser Statistik ist naturgemäß auf ganz andere Probleme zugeschnitten, als es für eine Untersuchung des Personenverkehrs über See erforderlich wäre. Der Paß-Kontrolldienst ist an einer Statistik der Grenzübertritte interessiert, aus der das hier verwendete Zahlenmaterial lediglich einen kleinen Ausschnitt darstellt, — eine Statistik des überseeischen Personenverkehrs dagegen an den Verkehrsströmen, die zwischen den Häfen der Bundesrepublik und europäischen bzw. außereuropäischen Häfen fließen. Hierbei genügt es nicht, lediglich den Umfang des Reiseverkehrs zu ermitteln, sondern es müssen auch Aussagen über seine Struktur möglich sein. Man muß also unterscheiden können, ob es sich bei den zwischen bestimmten Häfen beförderten Personen um Ein- oder Auswanderer, um sonstige Reisende oder um Touristen im Rundreiseverkehr handelt. Zugleich müssen aber auch die Reisenden nach der Art und der Flagge des Schiffes gegliedert werden können, mit dem sie befördert werden. Die Fragestellung einer Statistik des überseeischen Personenverkehrs geht daher weit über das hinaus, was z. Z. von der Statistik des Paß-Kontrolldienstes beantwortet werden kann. Man wird diese Wünsche nur bis zu einem gewissen Grade durch eine Umgestaltung oder Erweiterung der Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs erfüllen können. Sie knüpft nun einmal an die Handhabung bestimmter paßrechtlicher Vorschriften an und ist in ihren Ergebnissen von diesen Vorschriften abhängig. Ändern sich die Vorschriften, so ändert sich u. U. auch die Zahl der erfaßten Personen, ohne daß der Strom der Reisenden stärker oder schwächer geworden sein muß.

Eine künftige Statistik des Personenverkehrs über See wird nur dann die erforderlichen Erkenntnisse vermitteln können, wenn sie Teilstück einer Statistik des gesamten Personenverkehrs ist, die auch den Luftverkehr mit umfaßt. Nur so läßt sich beurteilen, ob sich in bestimmten Verkehrsrelationen eine Schrumpfung oder Ausweitung des Verkehrs vollzieht und wie die einzelnen Verkehrsmittel hieran beteiligt sind. Wenn man bedenkt, daß 1952 die Zahl der Reisenden, die die Bundesrepublik im Flugzeug verließen, nur unwesentlich unter der Zahl der Ausreisenden per Schiff gelegen

haben dürfte, so wird der Zwang zur Einordnung der Statistik des überseeischen Personenverkehrs in die gesamte Personenverkehrsstatistik offenkundig.

Die Notwendigkeit einer zuverlässigen Statistik des Personenverkehrs über See wird heute wohl allgemein bejaht. Es erscheint daher angebracht, die Arbeit auf einem Gebiet wieder aufzunehmen, auf dem die Hansestädte in der Vorkriegszeit Pionierarbeit geleistet haben.

Sobotschinski, Dipl.-Volkswirt

Übersicht 7

Die Ausreisenden aus dem Bundesgebiet über westdeutsche Häfen  
2. Halbjahr 1952

Zielgebiet	Insgesamt	davon über					
		Hamburg	Bremen	Schleswig-Holstein-Ostseegebiet (ohne Lübeck)	Lübeck	Untereibe und Schlesw.-Holst. Nordseegebiet (ohne Hambg.)	sonstige Häfen
<b>Grundzahlen</b>							
<b>Europa</b> . . . . .	<b>62 754</b>	<b>4 997</b>	<b>881</b>	<b>53 467</b>	<b>1 397</b>	<b>1 096</b>	<b>916</b>
davon							
Belgien . . . . .	664	435	88	50	—	51	40
Dänemark . . . . .	50 828	221	3	49 942	411	224	27
Finnland . . . . .	1 779	160	170	746	599	85	19
Frankreich . . . . .	268	55	7	161	—	43	2
Großbritannien . . . . .	3 075	2 450	205	294	11	97	18
Irland . . . . .	33	27	6	—	—	—	—
Island . . . . .	74	38	23	—	—	13	—
Italien . . . . .	64	44	5	9	—	—	6
Jugoslawien . . . . .	—	—	—	—	—	—	—
Niederlande . . . . .	1 805	773	76	331	5	169	451
Norwegen . . . . .	887	413	43	306	11	20	94
Polen . . . . .	157	2	—	82	3	8	62
Portugal . . . . .	177	71	104	2	—	—	—
Rußland . . . . .	5	—	—	5	—	—	—
Schweden . . . . .	2 257	105	68	1 189	357	341	197
Spanien . . . . .	651	199	73	334	—	45	—
andere europ. Länder	30	4	10	16	—	—	—
<b>Afrika</b> . . . . .	<b>176</b>	<b>106</b>	<b>50</b>	<b>9</b>	<b>1</b>	<b>10</b>	<b>—</b>
davon							
Ägypten . . . . .	16	3	3	9	—	1	—
Franz. Nordafrika . . . . .	50	44	4	—	1	1	—
Südafrikan. Union . . . . .	94	53	33	—	—	8	—
andere afrik. Länder	16	6	10	—	—	—	—
<b>Süd- u. Mittelamerika</b> . . . . .	<b>2 497</b>	<b>1 917</b>	<b>485</b>	<b>85</b>	<b>—</b>	<b>10</b>	<b>—</b>
davon							
Argentinien . . . . .	999	834	156	8	—	1	—
Brasilien . . . . .	878	772	103	3	—	—	—
Chile . . . . .	35	17	17	1	—	—	—
Kolumbien . . . . .	190	172	18	—	—	—	—
Kuba . . . . .	30	26	3	1	—	—	—
Mexiko . . . . .	77	30	24	16	—	7	—
Panama . . . . .	3	—	1	2	—	—	—
and. amerik. Länder	285	66	163	54	—	2	—
<b>Nord-Amerika</b> . . . . .	<b>32 989</b>	<b>7 407</b>	<b>24 223</b>	<b>81</b>	<b>11</b>	<b>1 202</b>	<b>65</b>
davon							
Vereinigte Staaten . . . . .	22 431	5 303	15 976	70	—	1 053	29
Kanada . . . . .	10 558	2 104	8 247	11	11	149	36
<b>Asien</b> . . . . .	<b>355</b>	<b>204</b>	<b>69</b>	<b>68</b>	<b>—</b>	<b>14</b>	<b>—</b>
davon							
Iran . . . . .	110	59	4	47	—	—	—
Libanon . . . . .	54	54	—	—	—	—	—
Türkei . . . . .	61	17	20	10	—	14	—
and. asiatische Länder	130	74	45	11	—	—	—
<b>Australien</b> . . . . .	<b>1 634</b>	<b>—</b>	<b>1 634</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Ohne Angabe</b> . . . . .	<b>475</b>	<b>—</b>	<b>475</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>100 880</b>	<b>14 631</b>	<b>27 817</b>	<b>53 710</b>	<b>1 409</b>	<b>2 332</b>	<b>981</b>



**Die Ausreisenden aus dem Bundesgebiet über westdeutsche Häfen  
2. Halbjahr 1952**

Zielgebiet	Insgesamt	davon über					
		Hamburg	Bremen	Schleswig-Holstein Ostseegebiet (ohne Lübeck)	Lübeck	Untereibe und Schlesw.-Holst. Nordseegebiet (ohne Hambg.)	sonstige Häfen

**Verhältniszahlen**

<b>Europa</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>7,96</b>	<b>1,40</b>	<b>85,20</b>	<b>2,23</b>	<b>1,75</b>	<b>1,46</b>
davon							
Belgien . . . . .	100	65,51	13,25	7,53	—	7,68	6,03
Dänemark . . . . .	100	0,43	0,01	98,26	0,81	0,44	0,05
Finnland . . . . .	100	8,99	9,56	41,93	33,67	4,78	1,07
Frankreich . . . . .	100	20,52	2,61	60,07	—	16,05	0,75
Großbritannien . . . . .	100	79,67	6,67	9,56	0,36	3,15	0,59
Irland . . . . .	100	81,82	18,18	—	—	—	—
Island . . . . .	100	51,35	31,08	—	—	17,57	—
Italien . . . . .	100	68,75	7,81	14,06	—	—	9,38
Jugoslawien . . . . .	—	—	—	—	—	—	—
Niederlande . . . . .	100	42,82	4,21	18,34	0,28	9,36	24,99
Norwegen . . . . .	100	46,56	4,85	34,50	1,24	2,25	10,60
Polen . . . . .	100	1,27	—	52,23	1,91	5,10	39,49
Portugal . . . . .	100	40,11	58,76	1,13	—	—	—
Rußland . . . . .	100	—	—	100,00	—	—	—
Schweden . . . . .	100	4,65	3,01	52,68	15,82	15,11	8,73
Spanien . . . . .	100	30,57	11,21	51,31	—	6,91	—
andere europ. Länder	100	13,33	33,33	53,34	—	—	—
<b>Afrika</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>60,23</b>	<b>28,41</b>	<b>5,11</b>	<b>0,57</b>	<b>5,68</b>	<b>—</b>
davon							
Ägypten . . . . .	100	18,75	18,75	56,25	—	6,25	—
Franz. Nordafrika . . . . .	100	88,00	8,00	—	2,00	2,00	—
Südafrikan. Union . . . . .	100	56,38	35,11	—	—	8,51	—
andere afrik. Länder . . . . .	100	37,50	62,50	—	—	—	—
<b>Süd- u. Mittelamerika</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>76,77</b>	<b>19,42</b>	<b>3,41</b>	<b>—</b>	<b>0,40</b>	<b>—</b>
davon							
Argentinien . . . . .	100	83,48	15,62	0,80	—	0,10	—
Brasilien . . . . .	100	87,93	11,73	0,34	—	—	—
Chile . . . . .	100	48,57	48,57	2,86	—	—	—
Kolumbien . . . . .	100	90,53	9,47	—	—	—	—
Kuba . . . . .	100	86,67	10,00	3,33	—	—	—
Mexiko . . . . .	100	38,96	31,17	20,78	—	9,09	—
Panama . . . . .	100	—	33,33	66,67	—	—	—
and. amerik. Länder . . . . .	100	23,16	57,19	18,95	—	0,70	—
<b>Nord-Amerika</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>22,45</b>	<b>73,43</b>	<b>0,25</b>	<b>0,03</b>	<b>3,64</b>	<b>0,20</b>
davon							
Vereinigte Staaten . . . . .	100	23,64	71,22	0,31	—	4,70	0,13
Kanada . . . . .	100	19,93	78,12	0,10	0,10	1,41	0,34
<b>Asien</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>57,46</b>	<b>19,44</b>	<b>19,16</b>	<b>—</b>	<b>3,94</b>	<b>—</b>
davon							
Iran . . . . .	100	53,63	3,64	42,73	—	—	—
Libanon . . . . .	100	100,00	—	—	—	—	—
Türkei . . . . .	100	27,87	32,79	16,39	—	22,95	—
and. asiatische Länder	100	56,92	34,62	8,46	—	—	—
<b>Australien</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>—</b>	<b>100,00</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Ohne Angabe</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>—</b>	<b>100,00</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>100</b>	<b>14,50</b>	<b>27,58</b>	<b>53,24</b>	<b>1,40</b>	<b>2,31</b>	<b>0,97</b>

## Übersicht 8

## Die Einreisenden in das Bundesgebiet über westdeutsche Häfen

2. Halbjahr 1952

Herkunftsgebiet	Insgesamt	davon über				
		Hamburg	Bremen	Schleswig-Holstein Ostseegebiet (ohne Lübeck)	Lübeck	Unterelbe und Schlesw.-Holst. Nordseegebiet (ohne Hambg.)

## Grundzahlen

<b>Europa</b>	<b>58 229</b>	<b>3 336</b>	<b>1 450</b>	<b>50 072</b>	<b>1 407</b>	<b>1 048</b>	<b>916</b>
davon							
Belgien	301	207	20	19	—	38	17
Dänemark	48 505	222	1	47 875	219	178	10
Finnland	1 887	55	139	933	572	184	4
Frankreich	163	58	2	52	—	41	10
Großbritannien	2 637	1 216	1 043	153	31	187	7
Irland	68	41	27	—	—	—	—
Island	49	18	25	—	—	6	—
Italien	39	30	4	5	—	—	—
Jugoslawien	16	11	—	5	—	—	—
Niederlande	1 557	689	32	138	—	127	571
Norwegen	535	366	32	28	—	9	100
Polen	44	1	—	37	—	5	1
Portugal	141	86	52	3	—	—	—
Rußland	1	—	—	1	—	—	—
Schweden	1 927	96	14	819	585	236	177
Spanien	351	238	58	2	—	34	19
andere europ. Länder	8	2	1	2	—	3	—
<b>Afrika</b>	<b>122</b>	<b>83</b>	<b>29</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>8</b>	<b>2</b>
davon							
Ägypten	14	2	6	—	—	4	2
Franz. Nordafrika	54	50	—	—	—	4	—
Südafrikan. Union	53	31	22	—	—	—	—
andere afrik. Länder	1	—	1	—	—	—	—
<b>Süd- u. Mittelamerika</b>	<b>1 263</b>	<b>1 032</b>	<b>213</b>	<b>5</b>	<b>—</b>	<b>1</b>	<b>12</b>
davon							
Argentinien	880	808	69	3	—	—	—
Brasilien	130	65	65	—	—	—	—
Chile	10	6	4	—	—	—	—
Kolumbien	114	111	3	—	—	—	—
Kuba	16	10	1	—	—	—	5
Mexiko	30	9	13	—	—	1	7
Panama	15	13	—	2	—	—	—
and. amerik. Länder	68	10	58	—	—	—	—
<b>Nord-Amerika</b>	<b>19 106</b>	<b>1 646</b>	<b>16 068</b>	<b>5</b>	<b>—</b>	<b>1 359</b>	<b>28</b>
davon							
Vereinigte Staaten	17 987	1 492	15 116	4	—	1 359	16
Kanada	1 119	154	952	1	—	—	12
<b>Asien</b>	<b>120</b>	<b>106</b>	<b>8</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3</b>	<b>3</b>
davon							
Iran	—	—	—	—	—	—	—
Libanon	6	5	—	—	—	1	—
Türkei	14	7	4	—	—	—	3
and. asiatische Länder	100	94	4	—	—	2	—
<b>Australien</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Ohne Angabe</b>	<b>399</b>	<b>—</b>	<b>399</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Zusammen</b>	<b>79 240</b>	<b>6 204</b>	<b>18 167</b>	<b>50 082</b>	<b>1 407</b>	<b>2 419</b>	<b>961</b>

Die Einreisenden in das Bundesgebiet über westdeutsche Häfen

2. Halbjahr 1952

Herkunftsgebiet	Insgesamt	davon über					
		Hamburg	Bremen	Schleswig-Holstein Ostseegebiet (ohne Lübeck)	Lübeck	Untereibe und Schlesw.-Holst Nordseegebiet (ohne Hambg.)	sonstige Häfen
<b>Verhältniszahlen</b>							
<b>Europa</b>	<b>100</b>	<b>5,73</b>	<b>2,49</b>	<b>85,99</b>	<b>2,42</b>	<b>1,80</b>	<b>1,57</b>
davon							
Belgien	100	68,77	6,64	6,31	—	12,63	5,65
Dänemark	100	0,46	0,00	98,70	0,45	0,37	0,02
Finnland	100	2,92	7,37	49,44	30,31	9,75	0,21
Frankreich	100	35,58	1,23	31,90	—	25,16	6,13
Großbritannien	100	46,11	39,55	5,80	1,18	7,09	0,27
Irland	100	60,29	39,71	—	—	—	—
Island	100	36,73	51,02	—	—	12,25	—
Italien	100	76,92	10,26	12,82	—	—	—
Jugoslawien	100	68,75	—	31,25	—	—	—
Niederlande	100	44,25	2,06	8,86	—	8,16	36,67
Norwegen	100	68,41	5,98	5,24	—	1,68	18,69
Polen	100	2,27	—	84,09	—	11,37	2,27
Portugal	100	60,99	36,88	2,13	—	—	—
Rußland	100	—	—	100,00	—	—	—
Schweden	100	4,98	0,73	42,50	30,36	12,25	9,18
Spanien	100	67,81	16,52	0,57	—	9,69	5,41
andere europ. Länder	100	25,00	12,50	25,00	—	37,50	—
<b>Afrika</b>	<b>100</b>	<b>68,03</b>	<b>23,77</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>6,56</b>	<b>1,64</b>
davon							
Ägypten	100	14,29	42,85	—	—	28,57	14,29
Franz. Nordafrika	100	92,59	—	—	—	7,41	—
Südafrikan. Union	100	58,49	41,51	—	—	—	—
andere afrik. Länder	100	—	100,00	—	—	—	—
<b>Süd- u. Mittelamerika</b>	<b>100</b>	<b>81,71</b>	<b>16,86</b>	<b>0,40</b>	<b>—</b>	<b>0,08</b>	<b>0,95</b>
davon							
Argentinien	100	91,82	7,84	0,34	—	—	—
Brasilien	100	50,00	50,00	—	—	—	—
Chile	100	60,00	40,00	—	—	—	—
Kolumbien	100	97,37	2,63	—	—	—	—
Kuba	100	62,50	6,25	—	—	—	31,25
Mexiko	100	30,00	43,34	—	—	3,33	23,33
Panama	100	86,67	—	13,33	—	—	—
and. amerik. Länder	100	14,71	85,29	—	—	—	—
<b>Nord-Amerika</b>	<b>100</b>	<b>8,61</b>	<b>84,10</b>	<b>0,03</b>	<b>—</b>	<b>7,11</b>	<b>0,15</b>
davon							
Vereinigte Staaten	100	8,29	84,04	0,02	—	7,56	0,09
Kanada	100	13,76	85,08	0,09	—	—	1,07
<b>Asien</b>	<b>100</b>	<b>88,33</b>	<b>6,67</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>2,50</b>	<b>2,50</b>
davon							
Iran	—	—	—	—	—	—	—
Libanon	100	83,33	—	—	—	16,67	—
Türkei	100	50,00	28,57	—	—	—	21,43
and. asiatische Länder	100	94,00	4,00	—	—	2,00	—
<b>Australien</b>	<b>100</b>	<b>100,00</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Ohne Angabe</b>	<b>100</b>	<b>—</b>	<b>100,00</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>7,83</b>	<b>22,93</b>	<b>63,20</b>	<b>1,78</b>	<b>3,05</b>	<b>1,21</b>

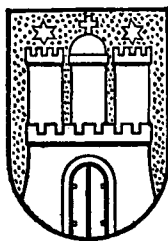
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 22. Juni 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 13



## Die öffentlichen Nahverkehrsmittel für die Personenbeförderung in Hamburg 1952

### INHALT

	Seite
Vorbemerkungen .....	112
<b>A. Die Verkehrsmittel der Hamburger Hochbahn A.G. (HHA)</b>	
I. Verkehrsangebot und Verkehrsfrequenz	
1. Straßenbahn .....	112
2. Hoch- und Untergrundbahn, Walddörferbahn .....	114
3. Kraftomnibusse und O-Busse .....	115
4. Alsterschiffahrt .....	116
II. Fahrpreise und Betriebseinnahmen	
1. Fahrpreise .....	117
2. Verkaufte Fahrkarten und Betriebseinnahmen .....	118
<b>B. Der Fährverkehr der Hafен-Dampfschiffahrt A.G. (Hadag)</b>	
1. Schiffspark .....	120
2. Verkehrsangebot .....	120
3. Zahl der beförderten Personen, Ausnutzung .....	121
4. Fahrpreise und Betriebseinnahmen .....	122
<b>C. Der Stadt- und Vorortverkehr der Bundesbahn</b>	
1. Linienführung und Wagenpark .....	124
2. Verkehrsangebot .....	124
3. Beförderte Personen .....	125
4. Tarife .....	126
<b>D. Die nicht bundeseigenen Eisenbahnen und ihre Kraftomnibuslinien</b>	
1. Die Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn A.G. ....	128
2. Die Bergedorf-Geesthacher Eisenbahn A.G. und ihre Omnibuslinien . . .	129
3. Die Südstormarnsche Kreisbahn und ihre Omnibuslinien .....	129
<b>E. Sonstige Kraftomnibuslinien</b>	
1. Kraftomnibuslinien der Bundesbahn und der Bundespost in Hamburg ...	130
2. Die privaten Kraftomnibuslinien .....	130
<b>F. Der Droschkenverkehr .....</b>	<b>131</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>132</b>

## Vorbemerkungen

Über die öffentlichen Nahverkehrsmittel für die Personenbeförderung ist zu Beginn des vergangenen Jahres in „Hamburg in Zahlen“, Heft Nr. 1, ausführlich berichtet worden.

Es ist daher diesmal nicht erforderlich, auf das Verkehrsgebiet und die Linienführung der Verkehrsträger im einzelnen einzugehen. Dies ist nur insoweit geschehen, als hier Veränderungen eingetreten sind.

Die vorliegenden Ausführungen befassen sich im wesentlichen mit dem Verkehrsangebot und der Verkehrsnachfrage der Jahre 1951 und 1952, die in vergleichender Betrachtung den Vorjahren und dem letzten Vorkriegsjahr gegenübergestellt sind.

Dieser Vergleich macht es erforderlich, einige Ausführungen aus Heft 1/52 wiederholend anzuführen.

Auch die Gliederung der ersten Veröffentlichung wurde im wesentlichen beibehalten, um den Zusammenhang zwischen beiden Veröffentlichungen zu wahren.

Die Verflechtung des Verkehrs ist in der Hansestadt Hamburg besonders groß; man erhält daher nur ein eindrucksvolles Bild von der Verkehrshäufigkeit innerhalb des Stadtgebietes und der angrenzenden Randgebiete, wenn man alle Verkehrsträger zusammen betrachtet. Aus diesem Grunde sind im vorliegenden Heft wiederum alle Verkehrsträger des Hamburger Nahverkehrs mit ihren Verkehrsleistungen dargestellt worden.

## A. Die Verkehrsmittel der Hamburger Hochbahn A.G. (HHA)

### I. Verkehrsangebot und Verkehrsfrequenz

#### 1. Straßenbahn

##### a) Streckenlänge und Wagenpark

Die Verkehrsunternehmen haben durch die Luftangriffe an den Bahnanlagen, dem rollenden Material und den Betriebseinrichtungen großen Schaden erlitten. Die betriebsfähige Streckenlänge belief sich im Jahre 1938 auf 232 km. Am Ende des Jahres 1952 betrug die betriebsfähige Gesamtstrecke 210,1 km; damit sind **90,6 v. H. der 1938er Streckenlänge** wieder betriebsfähig.

Ein etwas anderes Bild bietet sich, wenn man nur die für den Personenverkehr genutzte Streckenlänge zum Vergleich heranzieht.

**Betriebsstreckenlänge  
für den Personenverkehr**

Jahre	km	in v. H. (1938=100)
1938	216,7	100
1950	159,5	73,6
1951	169,4	78,2
1952	170,9	78,9

Wie diese Übersicht zeigt, sind im Jahre 1952 nur 78,9 v. H. der 1938er Streckenlänge für den Personenverkehr in Betrieb.

Von der Betriebsstrecke ist die **Linienlänge** zu unterscheiden. Die Linienlänge ist größer als die Betriebsstrecke, weil bestimmte Streckenabschnitte von verschiedenen Linien befahren werden. Die gesamte Linienlänge stellte sich 1938 auf rund 390 km, 1951 jedoch nur auf 211 km. Ein Vergleich mit 1938 zeigt, daß im Jahre 1951 nur gut die Hälfte der im Jahre 1938 vorhandenen Linienlänge in Betrieb war.

Im vergangenen Jahr 1952 erhielt die Linie 6 eine andere Linienführung, außerdem wurden die Linien 2 und 7 neu aufgenommen. Hierdurch wurde die in Betrieb befindliche Linienlänge um rund 29 km auf rund 240 km vergrößert, so daß 61,5 v. H.

der Linienlänge, wie sie im Jahre 1938 vorhanden war, wieder in Betrieb sind.

Wegen der Verkürzung der Linienlänge und der Vergrößerung der Entfernung zwischen den Haltestellen, ging die Anzahl der Haltepunkte von 616 im Jahre 1938 auf 328 im Jahre 1951 zurück. Im Jahre 1952 hat sich die Zahl der Haltestellen auf 335 erhöht.

Der Bestand an **Straßenbahnwagen** stellte sich im Jahre 1938 auf 1595, 1951 dagegen auf 1133 Wagen. Im vergangenen Jahr 1952 konnte der Bestand um 13 Wagen erhöht werden, damit sind **71,8 v. H. des Bestandes von 1938** wieder erreicht. Im einzelnen geht die Veränderung des Wagenparks aus folgender Übersicht hervor:

Wagen	31. 12. 1938	31. 12. 1951	31. 12. 1952
Triebwagen . . . . .	746	483	490
Beiwagen . . . . .	849	650	656
<b>Gesamtzahl der Wagen .</b>	<b>1 595</b>	<b>1 133</b>	<b>1 146</b>
davon in Betrieb			
Triebwagen . . . . .	545	358	372
Beiwagen . . . . .	689	542	555
Wagen überhaupt . . . .	1 234	900	927
in Betriebsreserve			
Triebwagen . . . . .	60	31	24
Beiwagen . . . . .	27	50	34
Wagen überhaupt . . . .	87	81	58
in Ausbesserung			
Triebwagen . . . . .	89	39	79
Beiwagen . . . . .	33	16	47
Wagen überhaupt . . . .	122	55	126
auf Ausbesserung wartend			
Triebwagen . . . . .	52	55	15
Beiwagen . . . . .	100	42	20
Wagen überhaupt . . . .	152	97	35

Die Erneuerung des Fahrzeugparks wird auch künftig weiter im Vordergrund stehen müssen; 61,5 v. H. der Triebwagen und 27,5 v. H. der Bei-

wagen waren älter als 30 Jahre. Das Durchschnittsalter der Triebwagen stellte sich auf 34,7 und das der Beiwagen auf 25,4 Jahre.

### Der Altersaufbau des Fahrzeugparks am 31. Dezember 1952

Bau-jahre	Alter der Fahrzeuge (Jahre)	Zahl der					
		Triebwagen		Beiwagen		Trieb- u. Beiwagen zusammen	
		Anzahl	in v. H.	Anzahl	in v. H.	Anzahl	in v. H.
1894	58	13	2,7	—	—	13	1,1
1897	55	144	29,4	—	—	144	12,6
1902	50	61	12,4	7	1,1	68	5,9
1906	46	—	—	15	2,3	15	1,3
1912	40	68	13,9	106	16,2	174	15,2
1914	38	—	—	52	7,9	52	4,5
1921	31	15	3,1	—	—	15	1,3
1924	28	—	—	104	15,9	104	9,1
1925/26	26-27	37	7,6	172	26,2	209	18,2
1927	25	—	—	46	7,0	46	4,0
1928	24	34	6,9	17	2,6	51	4,5
1937	15	2	0,4	—	—	2	0,2
1941	11	—	—	10	1,5	10	0,9
1943	9	11	2,2	—	—	11	1,0
1946/47	5-6	1	0,2	15	2,3	16	1,4
1949/51	1-3	62	12,6	77	11,7	139	12,1
1952	1	42	8,6	35	5,3	77	6,7
<b>zus.</b>	—	<b>490</b>	<b>100</b>	<b>656</b>	<b>100</b>	<b>1 146</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter (Jahre)</b>	—	<b>34,7</b>	—	<b>25,4</b>	—	<b>29,4</b>	—

Die Vergrößerung und Erneuerung des Wagenparks sowie die Wiederinbetriebnahme von Betriebsstrecken sind wichtige Voraussetzungen, die Betriebsleistung der Straßenbahn zu steigern.

### b) Die Betriebsleistung

#### Das Verkehrsangebot

Die Betriebsleistung findet ihren Ausdruck in der Zahl der beförderten Personen und der gefahrenen Kilometer. Die von der Straßenbahn gefahrenen Kilometer werden nach Wagenkilometern, Platzkilometern und schließlich auch nach Personenkilometern berechnet.

Wagenkilometer sind das Produkt aus der Zahl der betriebenen Wagen und der zurückgelegten Kilometer (ohne Leerfahrten wie Rangier-, Werkstattfahrten usw.). Die Kilometerzahl wird aus den täglichen Fahrtberichten des Fahrpersonals gewonnen. Aufschlußreicher für das Verkehrsangebot ist noch die Zahl der Platzkilometer; diese sind das Produkt aus Wagenkilometern und Platzangebot je Wagen, wobei unter Platzangebot je Wagen die Zahl der Sitz- und Stehplätze, die unter normalen Verhältnissen den Fahrgästen geboten werden, zu verstehen ist. Für die Jahre 1938 und 1950 bis 1952 errechnen sich die Wagenkilometer und das Platzangebot wie folgt:

Jahre	Wagenkilometer in 1000		Platzkilometer in 1000	
	überhaupt	in v. H. (1938=100)	überhaupt	in v. H. (1938=100)
1938	54 815	100,0	2 623 790	100,0
1950	40 479	73,8	2 248 188	85,7
1951	41 298	75,3	2 381 088	90,7
1952	38 678	70,6	2 696 401	102,8

### Ausnutzung des Verkehrsangebots

Das Verkehrsangebot wird nicht stets voll ausgenutzt, denn dies würde bedeuten, daß zu jeder Tageszeit alle normalen Sitz- und Stehplätze voll besetzt sind. Dieser Tatbestand ist in der Wirklichkeit selbstverständlich nicht gegeben. Vielmehr wird das Platzangebot an bestimmten Tageszeiten und auf bestimmten Linien nur zum Teil ausgenutzt, während an anderen Tageszeiten nicht für alle Fahrgäste normale Sitz- und Stehplätze vorhanden sind.

Die Zahl der im Straßenbahnbetrieb tatsächlich beförderten Personen belief sich im Jahre 1952 auf 249,6 Millionen, während im Jahre 1938 165,6 Millionen Personen befördert wurden. Die Zahl der beförderten Personen ist also um 50,7 v. H. gestiegen.

Die zwangsläufige Evakuierung großer Menschenmassen aus dem Kerngebiet der Stadt hat sich auf die durchschnittliche Beförderungslänge je Person erheblich ausgewirkt. Im Jahre 1938 rechnete die HHA für den Straßenbahnbetrieb mit einem Durchschnittswert von 4,5 km. Der Jahresrechnung von 1950 lag ein Durchschnittswert von 4,998 km zugrunde; in den Jahren 1951 und 1952 wurde auf Grund neuer Ermittlungen eine durchschnittliche Beförderungslänge je Person von 5,215 bzw. 5,217 km in Ansatz gebracht.

Den gemeinsamen Nenner, durch den sowohl die Veränderung in der Zahl der beförderten Personen als auch die Veränderung der durchschnittlichen Reiselänge zum Ausdruck gebracht wird, stellen die Personenkilometer dar, denn Personenkilometer sind das Produkt aus der Zahl der beförderten Personen und der durchschnittlichen Reiselänge.

Setzt man die Zahl der Platzkilometer zu den tatsächlich gefahrenen Personenkilometern in Beziehung, so erhält man Auskunft darüber, wie die Verkehrsmittel der Straßenbahn im Durchschnitt aller 365 Tage ausgenutzt sind.

### Der Ausnutzungsgrad des Platzangebots

Jahre	Zahl der beförderten Personen in 1000	Durchschnittliche Reiselänge in km	Personenkilometer in 1000	Platzkilometer in 1000	Ausnutzungsgrad in v. H.
1938	165 590	4,500	745 156	2 623 790	28,4
1950	281 974	4,998	1 409 306	2 248 188	62,7
1951	243 583	5,215	1 270 396	2 381 088	53,4
1952	249 568	5,217	1 301 917	2 696 401	48,3

Der Ausnutzungsgrad des Verkehrsangebots in Höhe von 62,7 v. H. war im Jahre 1950 reichlich doppelt so hoch wie im Jahre 1938. Inzwischen hat sich der Ausnutzungsgrad infolge Erhöhung des Platzangebots (Platzkilometer) mehr normalisiert. Immerhin ist die Ausnutzung der Plätze noch bedeutend höher als 1938. Wesentliche Unterschiede in der Ausnutzung des Platzangebots bestehen in verschiedenen Tageszeiten und auf den einzelnen Linien, wie nachstehende Übersicht zeigt.

Übersicht 1

Der Verkehr auf den einzelnen Straßenbahnlinien im Jahre 1952

Rangfolge nach der Ausnutzung (Sp. 7)	Linie	Linienführung	Linienlänge in km hin oder zurück	Zahl der beförderten Personen		Ausnutzungsgrad in v. H.
				im Jahr	durchschnittlich je Tag	
1	2	3	4	5	6	7
1	2	Niendorf — Horner Rennbahn . . . . .	15,4	1 840 935	28 322	67,7
2	7	Bahnhof Altona — Billstedt . . . . .	14,0	2 023 477	31 130	62,2
3	31	Trabrennbahn Bahrenfeld — Billstedt . . .	17,0	24 860 216	67 924	60,2
4	33	Rönneburg — Langenfelde . . . . .	24,0	23 055 505	62 993	55,8
5	3	Eidelstedt — Tonndorf . . . . .	18,4	30 701 865	83 885	52,2
6	18	Alsterring . . . . .	12,6	29 087 759	79 475	48,3
7	6	Ohlsdorf — Rathausmarkt — Othmarschen	19,1	22 766 169	62 203	47,2
8	14	Groß-Borstel — Landungsbrücken . . . . .	9,9	10 216 400	27 914	46,5
9	22	Schnelsen — Rathausmarkt . . . . .	11,4	17 436 185	47 640	46,1
10	9	Flughafen — Rathausmarkt — Bramfeld .	21,9	17 542 724	47 931	45,9
11	16	Stellingen — Horn . . . . .	13,7	14 030 009	38 333	45,8
12	30	Altona — Langenfelde . . . . .	4,5	3 086 735	8 434	44,0
13	12	Altona Volkspark — Hauptbahnhof . . . . .	10,5	19 540 663	53 390	43,3
14	35	Winterhude — Freihafen . . . . .	11,3	7 692 982	21 019	38,7
15	27	Hohenzollernring — Alsterchaussee . . . . .	6,7	8 356 104	22 831	38,6
16	1	Bramfeld — Jüthorn . . . . .	5,9	3 969 822	10 847	37,9
17	38	Harburg — Appelbüttel . . . . .	4,5	1 775 104	4 850	34,8
18	19	Mundsburg — Billbrook . . . . .	8,2	3 536 549	9 663	33,7
19	34	Bhf. Harbg. — Harbg. — Vahrenwinkelweg	4,5	3 801 020	10 385	33,5
20	8	Farmsen — Barmbek . . . . .	4,9	3 744 623	10 231	29,5
21	23	Rothenburgsort — Billwerder Ausschlag .	1,6	479 280	1 310	25,6

Anm.: Linie 2 und 7 sind erst seit 28. 10. 1952 in Betrieb.

2. Hoch- und Untergrundbahn (U-Bahn) und Walddörferbahn (W-Bahn)

a) Betriebsstrecke und Wagenbestand

Die Gesamtstrecke der Hochbahn beläuft sich heute auf 68,8 km, wie es in „Hamburg in Zahlen“ 1952, Heft 1, ausgeführt wurde. Im Jahre 1952 hat sich hieran nichts geändert. Auch die Linienführung blieb die gleiche.

Der Wagenbestand der Hochbahn konnte von 362 Wagen im Jahre 1951 auf 389 im Jahre 1952 erhöht werden; damit ist sogar der Bestand des Jahres 1938 schon überschritten.

Die Stichtagaufnahmen ergaben im einzelnen:

	1. 12. 1938	31. 12. 1951	31. 12. 1952
Gesamtzahl der Wagen	383	362	389
davon in Betrieb	340	318	346
in Betriebsreserve	6	22	2
in Ausbesserung	37	22	41

Nach dieser Aufstellung waren also an den einzelnen Stichtagen etwa 90 v. H. der Wagen in Betrieb.

Altersstruktur des Fahrzeugparks der U- und W-Bahn am 31. Dezember 1952

Baujahre	Alter der Fahrzeuge	Zahl der Wagen	in v. H.
1912	40	51	13,3
1913	39	39	10,1
1914/17	35-38	33	8,6
1921	31	13	3,4
1924	28	15	3,9
1925	27	33	8,6
1926	26	9	2,3
1927	25	31	8,0
1929	23	37	9,6
1942	10	4	1,0
1945/46	6-7	10	2,6
1948/52	0-4	110	28,6
<b>zusammen</b>	<b>Ø 22,5</b>	<b>385</b>	<b>100</b>
<b>außerdem Kleinbahn</b>	—	<b>4</b>	—

Das Durchschnittsalter des Fahrzeugparks errechnet sich bei der U- und W-Bahn auf 22,5 Jahre und liegt damit niedriger als bei der Straßenbahn, bei der die Triebwagen im Durchschnitt 34,7 Jahre und die Beiwagen 25,4 Jahre alt waren. Immerhin sind noch rund 35 v. H. der Wagen älter als 30 Jahre, bei der Straßenbahn waren es rund 42 v. H.

b) Die Betriebsleistung

Das Verkehrsangebot

Die U-Bahn konnte ihre Betriebsleistung in den Jahren nach der Währungsreform weit über das Vorkriegsniveau heben. Diese Tatsache steht im krassen Gegensatz zur Verkehrsentwicklung der Straßenbahn. Bei der U- und W-Bahn betrug die wagenkilometrische Leistung 143,5 v. H. und bei der Straßenbahn 70,6 v. H. des Standes von 1938.

In noch stärkerem Maße als die Wagenkilometer erhöhten sich bei der U- und W-Bahn die Platzkilometer, weil sich die durchschnittliche Platzzahl je Wagen von 92 normalen Sitz- und Stehplätzen im Jahre 1938 auf 95 in den Jahren 1950/52 erhöhte.

Jahre	U-Bahn		W-Bahn einschl. Kleinbahn		U- u. W-Bahn zusammen	
	Wagen-km in 1000	Platz-km in 1000	Wagen-km in 1000	Platz-km in 1000	Wagen-km in 1000	Platz-km in 1000

Anzahl

1938	17 162	1 578 933	3 513	323 202	20 675	1 902 135
1950	21 227	2 016 609	7 210	681 513	28 437	2 698 122
1951	21 343	2 006 258	7 996	749 051	29 339	2 755 309
1952	21 599	2 043 048	8 074	761 974	29 673	2 805 022

1938 = 100

1938	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1950	123,7	127,7	205,2	210,9	137,5	141,8
1951	124,4	127,1	227,6	231,8	141,9	144,9
1952	125,9	129,4	229,8	235,8	143,5	147,5

### Ausnutzung des Verkehrsangebots

Das steigende Verkehrsangebot der U- und W-Bahn ist von einer Zunahme in der Zahl der beförderten Personen begleitet. Ein Rückgang infolge Tarifänderung trat nicht ein.

Im Jahre 1952 wurden 156 Millionen Personen mit der Hochbahn (U- und W-Bahn) befördert gegenüber 79 Millionen im Jahre 1938. Die Zahl der Fahrgäste hat sich also fast verdoppelt.

Die mittlere Reiselänge stieg bei der Straßenbahn von 4,5 km im Jahre 1938 auf 5,217 km im Jahre 1952 oder um 15,9 v. H. an; bei der U-Bahn dagegen von 5,0 km im Jahre

1938 auf 6,28 km im Jahre 1952 oder um 25,6 v. H. und bei der W-Bahn von 12,0 km im Jahre 1938 auf 16,28 km im Jahre 1952 oder um 35,7 v. H.

Die Zahl der gefahrenen Personenkilometer stieg demzufolge noch stärker an, als die Zahl der beförderten Personen, weil die durchschnittliche Reiselänge erheblich zugenommen hat. Die Zahl der gefahrenen Personenkilometer nahm von 452 Millionen im Jahre 1938 auf 1284 Millionen im Jahre 1952 zu. Der starke Pendelverkehr der hamburgischen Bevölkerung findet hierin seinen Ausdruck. Gegenüber 1938 ist fast eine Verdreifachung in der Zahl der Personenkilometer zu verzeichnen.

### Übersicht 2

Jahre	U - B a h n			W - B a h n (einschl. Kleinbahn)			U - u n d W - B a h n zusammen		
	Durchschnittl. Reiselänge in km	Beförderte Personen in 1000	Personen-km in 1000	Durchschnittl. Reiselänge in km	Beförderte Personen in 1000	Personen-km in 1000	Durchschnittl. Reiselänge in km	Beförderte Personen in 1000	Personen-km in 1000
Anzahl									
1938	5,00	70 636	353 182	12,00	8 221	98 650	5,73	78 857	451 832
1950	6,10	115 047	701 916	12,91	25 980	335 402	7,36	141 027	1 037 318
1951	6,28	120 413	756 362	16,28	29 816	485 407	8,27	150 229	1 241 769
1952	6,28	125 194	786 447	16,28	30 552	497 443	8,24	155 746	1 283 890
1938 = 100									
1938	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1950	122,0	162,9	198,7	107,6	316,0	340,0	128,4	178,8	229,6
1951	125,6	170,5	214,2	135,7	362,7	492,0	144,3	190,5	274,8
1952	125,6	177,2	222,7	135,7	371,6	504,2	143,8	197,5	284,2

Das gestiegene Platzangebot der Hamburger Hochbahn wurde noch von der Nachfrage übertroffen. Dies folgt unmittelbar, wenn man die Platzkilometer den Personenkilometern gegenüberstellt. Im

Jahre 1938 waren im Durchschnitt 24 von 100 normalen Sitz- und Stehplätzen besetzt; 1952 dagegen 46. Der Ausnutzungsgrad hat sich also gegenüber 1938 fast verdoppelt.

### Übersicht 3

Jahre	U - B a h n			W - B a h n (einschl. Kleinbahn)			U - u n d W - B a h n zusammen		
	Personen-km in 1000	Platz-km in 1000	Ausnutzungs-grad in v. H.	Personen-km in 1000	Platz-km in 1000	Ausnutzungs-grad in v. H.	Personen-km in 1000	Platz-km in 1000	Ausnutzungs-grad in v. H.
1938	353 182	1 578 933	22,4	98 650	323 202	30,5	451 832	1 902 135	23,8
1950	701 916	2 016 609	34,8	335 402	681 513	49,2	1 037 318	2 698 122	38,4
1951	756 362	2 006 258	37,7	485 407	749 051	64,8	1 241 769	2 755 309	45,1
1952	786 447	2 043 048	38,5	497 443	761 974	65,3	1 283 890	2 805 022	45,8

### 3. Kraftomnibusse und O-Busse

Im Jahre 1952 benutzten 249,6 Millionen Fahrgäste die Straßenbahn und 155,7 Millionen die Hoch- und U-Bahn. Demgegenüber beförderten die Kraftomnibusse rund 28 Millionen und die O-Busse rund 3,8 Millionen Fahrgäste. Die Beförderungsleistung der Omnibusse ist damit weit geringer als die der Hochbahn und der Straßenbahn. Dennoch kommt den Kraftomnibussen in den Außenbezirken eine große Bedeutung zu. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat sich der Omnibusverkehr wesentlich umgestaltet. Alle Linien, die früher in das Stadttinnere führten, sind weggefallen. Auch die Nachtomnibusse fahren nicht mehr. Dagegen ist der Verkehr in den jetzt stark besiedelten Außenbezirken weiter entwickelt worden.

Der Wagenbestand der Kraftomnibusse wurde durch Fahrzeuge neuerer Bauart vergrößert. Die

neuen Wagen haben durchweg ein größeres Fassungsvermögen.

In den Jahren 1938 und 1950 bis 1952 wurden folgende Bestände an Kraftomnibussen ermittelt:

im Jahre (Stichtag 31. 12.)	Kraftomnibusse			Ober- leitungs- busse	Kraftomnibusse und Ober- leitungsbusse zusammen
	Trieb- wagen	Bei- wagen	zus.		
1938	136	18	154	—	154
1950	104	8	112	10	122
1951	116	1	117	10	127
1952	107	—	107	11	118

Der Altersaufbau der Kraftomnibusse und O-Busse unterscheidet sich wesentlich von dem der Straßenbahn. Kein Kraftfahrzeug war älter als 15 Jahre; vom Wagenbestand der Straßenbahn weisen da-



gegen 77,7 v. H. ein höheres Alter als 15 Jahre auf. Das **Durchschnittsalter** der 1952 in Betrieb befindlichen Kraftomnibusse betrug **rund 5 Jahre**, das der Straßenbahnwagen rund 29 Jahre.

### Der Altersaufbau des Fahrzeugparks am 31. Dezember 1952

Baujahre	Alter der Fahrzeuge (Jahre)	Zahl der					
		Kraftomnibusse		Oberleitungsbusse		Kraftomnibusse u. Oberleitungsbusse zusammen	
		Anzahl	in v. H.	Anzahl	in v. H.	Anzahl	in v. H.
1937	15	2	1,9	—	—	2	1,7
1938	14	3	2,8	—	—	3	2,5
1939	13	4	3,8	—	—	4	3,4
1944	8	21 <sup>1)</sup>	19,6	—	—	21	17,8
1946	6	14	13,1	—	—	14	11,9
1947	5	—	—	1	9,1	1	0,8
1948	4	7	6,5	6	54,5	13	11,0
1949	3	7	6,5	3	27,3	10	8,5
1950	2	49	45,8	1	9,1	50	42,4
<b>zus.</b>	—	<b>107</b>	<b>100</b>	<b>11</b>	<b>100</b>	<b>118</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter (Jahre)</b>	—	<b>4,9</b>	—	<b>3,6</b>	—	<b>4,8</b>	—

<sup>1)</sup> davon 19 Omnibusse mit Aufbau 1951/52.

Die Verbesserung und Vergrößerung des Wagenbestandes trug mit dazu bei, die Betriebsleistung zu steigern. Im Jahre 1952 befuhren die Autobusse eine Linienlänge von 106,8 km, die O-Busse eine solche von 8,1 km. Im Jahre 1938 betrug die Linienlänge der Autobusse dagegen 180,7 km (ohne Nachtlinien).

#### a) Die Betriebsleistung

##### Das Verkehrsangebot

Sowohl die Zahl der Wagenkilometer als auch das Platzangebot je Kilometer stieg in den Jahren 1951

und 1952 weiter an, und zwar nahmen die Platzkilometer wegen des Einsatzes größerer Wagen in weit stärkerem Maße zu als die Wagenkilometer. Die wagenkilometrische Leistung der Kraftomnibusse erreichte 1952 68,1 v. H. des Standes von 1938. Berücksichtigt man aber, daß die heutige Linienlänge nur 59,1 v. H. der 1938er Linienlänge beträgt, so zeigt sich, daß die Autobusse heute in dem verkleinerten Liniennetz häufiger verkehren als 1938 auf der größeren Strecke.

Die Platzkilometer erreichten 1952 90,9 v. H. des 1938er Standes. Dies bedeutet, daß das **Platzangebot im heutigen Liniennetz weitaus größer ist als 1938.**

##### Die Ausnutzung des Verkehrsangebots

Auch im Kraftomnibusverkehr nahm die Zahl der tatsächlich beförderten Personen in den Jahren 1951 und 1952 stark zu. Ein Vergleich mit 1938 zeigt, daß 1952 gut doppelt soviel Personen mit Kraftomnibussen fuhren wie 1938. Nicht so stark nahm die Zahl der Personenkilometer seit 1938 zu, nämlich nur um 38,1 v. H., was auf den Rückgang der durchschnittlichen Reiselänge von 5,95 km im Jahre 1938 auf 3,80 km im Jahre 1952 zurückzuführen ist.

Die starke Zunahme in der Zahl der beförderten Personen hat zur Folge, daß **trotz Steigerung des Platzangebotes der Ausnutzungsgrad desselben mit 33,3 v. H. im Jahre 1952 um 52,1 v. H. höher liegt als im Jahre 1938.**

#### Übersicht 4

Jahre	Durchschnittliche Reiselänge		Beförderte Personen in 1000		Wagenkilometer in 1000		Platzkilometer in 1000		Personenkilometer in 1000		Ausnutzungsgrad in v. H.
	überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.	
<b>Kraftomnibusse (1938 = 100)</b>											
1938	5,950	100,0	12 992	100,0	7 359	100,0	353 211	100,0	77 300	100,0	21,9
1950	3,375	56,7	21 844	168,1	3 685	50,1	203 373	57,6	73 734	95,4	36,3
1951	3,796	63,8	25 015	192,5	4 593	62,4	295 874	83,8	94 961	122,8	32,1
1952	3,800	63,9	28 090	216,2	5 010	68,1	320 938	90,9	106 757	138,1	33,3
<b>Oberleitungsbusse (1951 = 100)</b>											
1951	2,546	100,0	3 640	100,0	454	100,0	36 297	100,0	9 268	100,0	25,5
1952	2,546	100,0	3 815	104,8	456	100,4	36 217	99,8	9 713	104,8	26,8

#### 4. Alsterschiffahrt

Der Linienverkehr auf der Alster hat für die Bevölkerung der angrenzenden Wohngebiete eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, denn der Wasserweg stellt für die Bevölkerung des nördlichen Stadtgebietes eine angenehme Verbindung auf kurzer Strecke mit der Innenstadt dar.

Der Schiffspark umfaßt heute 15 Schiffe gegenüber 26 im Jahre 1938. Von den 15 Schiffen sind 12 in Betrieb. **Der im Vergleich zu 1938 geringere Schiffspark hat das Verkehrsangebot der Alsterschiffe etwa um die Hälfte reduziert.**

Dem verringerten Verkehrsangebot paßte sich die Nachfrage nicht vollkommen an. Im Jahre 1950 verbuchte die Alsterschiffahrt eine Verkehrsleistung

von 15,5 Millionen Personenkilometern gegenüber 12,3 Millionen im Jahre 1938. In den Jahren 1951 und 1952 nahm die Zahl der beförderten Personen leicht ab, die Zahl der Personenkilometer ging entsprechend zurück, was z. T. auf die Tarifierhöhung zurückzuführen ist.

**Immerhin ist der Ausnutzungsgrad des Platzangebots noch um 64,7 v. H. höher als 1938.**

Jahre	Durchschn. Reiselänge in km	Beförderte Personen in 1000	Personen-km in 1000	Platz-km in 1000	Ausnutzungsgrad des Platzangebots in v. H.
1938	3,660	3 366	12 321	92 500	13,3
1950	3,826	4 046	15 478	52 110	29,7
1951	3,920	2 698	10 575	46 150	22,9
1952	3,849	2 656	10 224	46 771	21,9

## II. Fahrpreise und Betriebseinnahmen

### 1. Fahrpreise

Im Jahre 1952 ist eine weitere Änderung der Tarife eingetreten. Es haben sich vor allem die Einzelfahrscheine im Preise erhöht, aber auch die Wochen- und Monatskarten sind teurer geworden.

Betrachtet man die Tarife im einzelnen, so zeigt sich, daß die Einzelfahrscheine für die Straßenbahn nach der ersten Tarifreform im Jahre 1950 vor allem für Kurzstrecken im Preis erhöht wurden. Eine Verbilligung trat bei den Über- und Umsteigefahrscheinen ein. Im Zuge der zweiten Tarifreform erhöhten sich vor allem die Preise für längere Strecken und die Preise für Über- und Umsteigefahrscheine.

Alle Tarife liegen nach den beiden Tarifreformen über dem Niveau von 1938. Am geringsten ist die Preiserhöhung gegenüber 1938 bei einer Entfernung bis zu zwei Teilstrecken.

Wer nach 23.30 Uhr die Straßenbahn im Jahre 1952 benutzte, zahlte das Doppelte und mehr des Preises von 1938.

Auch die Wochenkarten haben sich durch die beiden Tarifreformen im Preis erhöht; die Übergangswochenkarten auf andere Verkehrsmittel der HHA liegen um 16 v. H. im Preis höher als 1938, die Wochenkarten für die „Geradausfahrt“ um 18,2 v. H.

Der Preis der Monatskarte für die Straßenbahn liegt trotz zweimaliger Erhöhung noch unter dem 1938er Niveau. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß ein strenger Vergleich beider Monatskarten nicht möglich ist, da die 1938er Monatskarte nur für eine Straßenbahnlinie, die heutige dagegen für alle Straßenbahnlinien Gültigkeit hat. Berücksichtigt man diese Tatsache, so ist zu erkennen, daß die heutige Monatskarte für weniger Geld eine größere Verkehrsleistung der HHA bietet als im Jahre 1938.

### Übersicht 5

### Preise für die Verkehrsleistungen der HHA (Auszug aus den Tarifen 1938, 1949, 1950 und 1952)

Fahrkartenart	Fahrpreise							
	Betrag				1938 = 100			
	1938 RM	1949 DM	1950 DM <sup>1)</sup>	1952 DM <sup>2)</sup>	1938	1949	1950 <sup>1)</sup>	1952 <sup>2)</sup>
<b>Straßenbahn / O - Bus</b>								
<b>Einzelfahrscheine</b>								
<b>Tagverkehr vor 23 Uhr (ab 6. 7. 52 vor 23.30 Uhr)</b>								
kürzeste Strecke (1 Teilstrecke)	0,15	0,20	0,25	0,25	100	133,3	166,7	166,7
2 Teilstrecken	0,20	0,20	0,25	0,25	100	100,0	125,0	125,0
ohne Entfernungsbegrenzung	0,25	0,20	0,25	0,35	100	80,0	100,0	140,0
ohne Entfernungsbegrenzung (einmal Umsteigen)	0,25	0,40	0,30	0,35	100	160,0	120,0	140,0
Übergangsfahrschein auf andere Verkehrsmittel der HHA	0,30	0,40	0,35	0,40	100	133,3	116,7	133,3
<b>Nachtverkehr nach 23 Uhr (ab 6. 7. 52 nach 23.30 Uhr)</b>								
kürzeste Strecke (1 Teilstrecke)	0,20	0,20	0,50	0,50	100	100,0	250,0	250,0
2 Teilstrecken	0,25	0,20	0,50	0,50	100	80,0	200,0	200,0
ohne Entfernungsbegrenzung	0,30	0,20	0,50	0,70	100	66,7	166,7	233,3
ohne Entfernungsbegrenzung (einmal Umsteigen)	0,30	0,40	0,60	0,70	100	133,3	200,0	233,3
Übergangsfahrschein auf andere Verkehrsmittel der HHA	0,30	0,40	0,70	0,80	-100	133,3	233,3	266,7
<b>Wochenkarten (12 Fahrten)</b>								
Geradausfahrten auf einem Verkehrsmittel	2,20	2,30	2,40	2,60	100	104,5	109,1	118,2
Übergangswochenkarten auf and. Verkehrsmittel der HHA	2,50	2,30	2,40	2,90	100	92,0	96,0	116,0
<b>Monatskarten</b>								
gültig für eine Straßenbahnlinie	17,00							
gültig für alle Straßenbahnlinien		10,00 <sup>3)</sup>	14,00	16,50				
<b>U - Bahn</b>								
<b>Einzelfahrscheine</b>								
<b>Tagverkehr vor 23 Uhr (ab 6. 7. 52 vor 23.30 Uhr)</b>								
kürzeste Strecke	0,15	0,20	0,25	0,25	100	133,3	166,7	166,7
bis zur 6. Haltestelle	0,25	0,20	0,25	0,25	100	80,0	100,0	100,0
bis zur 10. Haltestelle	0,25	0,20	0,25	0,30	100	80,0	100,0	120,0
bis zur 14. Haltestelle	0,25	0,20	0,30	0,35	100	80,0	120,0	140,0
über 14 Haltestellen	0,25	0,20	0,30	0,40	100	80,0	120,0	160,0
über 14 Haltestellen einschließlich Übersteigeberechtigung auf andere Verkehrsmittel der HHA	0,30	0,40	0,35	0,40	100	133,3	116,7	133,3
<b>Nachtverkehr nach 23 Uhr (ab 6. 7. 52 nach 23.30 Uhr)</b>								
kürzeste Strecke	0,20	0,20	0,50	0,50	100	100	250,0	250,0
bis zur 6. Haltestelle	0,30	0,20	0,50	0,50	100	66,7	166,7	166,7
bis zur 10. Haltestelle	0,30	0,20	0,50	0,60	100	66,7	166,7	200,0
bis zur 14. Haltestelle	0,30	0,20	0,60	0,70	100	66,7	200,0	233,3
über 14 Haltestellen	0,30	0,20	0,60	0,80	100	66,7	200,0	266,7
<b>Wochenkarten (12 Fahrten)</b>								
bis zur 10. Haltestelle	1,80	2,30	2,40	2,60	100	127,8	133,3	144,4
über 10 Haltestellen	2,20	2,30	2,40	2,60	100	104,5	109,1	118,2
Übergangswochenkarten mit Übersteigeberechtigung auf andere Verkehrsmittel der HHA	2,50	2,30	2,40	2,90	100	92,0	96,0	116,0
<b>Monatskarten für die</b>								
U-Bahn	17,00	10,00	14,00	15,50	100	58,8	82,4	91,2
U- und W-Bahn zusammen	22,00	11,00	14,00	15,50	100	50,0	63,6	70,5

1) Seit 1. Oktober 1950

2) Seit 6. 7. bzw. 1. 8. 1952

3) Gültig für alle Verkehrsmittel ausschl. W-Bahn

Fahrkartenart	Fahrpreise							
	Betrag				1938 = 100			
	1938 RM	1949 DM	1950 DM <sup>1)</sup>	1952 DM <sup>2)</sup>	1938	1949	1950 <sup>1)</sup>	1952 <sup>2)</sup>
<b>Walddörferbahn</b>								
<b>Einzelfahrscheine</b>								
bis 3 Haltestellen . . . . .	0,25	0,30	0,25	0,25	100	120,0	100,0	100,0
bis 6 Haltestellen . . . . .	0,30	0,30	0,25	0,25	100	100,0	83,3	83,3
darüber hinaus (auch über 10) . . . . .	0,35	0,30	0,30	0,40	100	85,7	85,7	114,3
über 10 Haltestellen und Übergang auf U-Bahn . . . . .	0,45	0,40	0,30	0,40	100	88,9	66,7	88,9
<b>Wochenkarten (einschließlich U-Bahn)</b>								
12 Fahrten (beliebige Entfernung) . . . . .	2,70	2,50	2,40	2,60	100	92,6	88,9	96,3
12 Fahrten mit Übersteigeberechtigung auf andere Verkehrsmittel der HHA . . . . .	.	2,50	2,40	2,90	.	.	.	.

1) Seit 1. Oktober 1950.  
2) Seit 6. 7. bzw. 1. 8. 1952.

Bei der U-Bahn zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Straßenbahn. Auch hier trat durch die erste Tarifreform vor allem eine Verteuerung der Einzelfahrscheine für Kurzstreckenfahrer ein; durch die zweite Tarifreform wurden dann die Preise der Einzelfahrscheine mit einer Fahrberechtigung über 6 Haltestellen erhöht.

Die Fahrpreise der Walddörferbahn haben im Gegensatz zu den Fahrpreisen der Straßenbahn und U-Bahn auch nach der zweiten Tarifänderung

das Niveau von 1938 größtenteils noch nicht wieder erreicht.

Die Tarife der Kraftomnibusse wurden, insgesamt gesehen, durch die Tarifreform nur wenig im Preise erhöht. Eine nennenswerte Verteuerung zeigt sich nur bei den Fahrpreisen für eine Teilstrecke. Der Preisanstieg beträgt hier 50 v. H.

Bei den Alsterschiffen zeigen die Preise der Wochenkarten eine relativ große Verteuerung. Die Preise lagen um 67 v. H. höher als 1938.

Übersicht 6

Fahrkartenart	Fahrpreise							
	Betrag				1938 = 100			
	1938 RM	1949 DM	1950 DM <sup>1)</sup>	1952 DM <sup>2)</sup>	1938	1949	1950 <sup>1)</sup>	1952 <sup>2)</sup>
<b>Kraftomnibusse</b>								
kürzeste Strecke (1 Teilstrecke) . . . . .	0,20	0,20	0,25	0,30	100	100,0	125,0	150,0
Übergangsfahrschein mit Übersteigeberechtigung auf andere Verkehrsmittel der HHA . . . . .	0,35	0,40	0,35	0,40	100	114,3	100,0	114,3
Wochenkarten (12 Fahrten mit Übergang auf Hoch- und Straßenbahn) . . . . .	2,50/ 4,60	2,30	2,40	2,90	.	.	.	.
<b>Alsterschiffe</b>								
Einzelfahrscheine (beliebige Entfernung) . . . . .	0,20	0,20	0,25	0,25	100	100,0	125,0	125,0
Übergangsfahrschein mit Übersteigeberechtigung auf andere Verkehrsmittel der HHA . . . . .	0,30	0,40	0,35	0,40	100	133,3	116,7	133,3
Wochenkarte . . . . .	1,55	2,30	2,40	2,60	100	148,4	154,8	167,7
Monatskarte . . . . .	12,50	10,00	11,—	13,—	100	80,0	88,0	104,0

1) Seit 1. Oktober 1950  
2) Seit 6. 7. bzw. 1. 8. 1952

Der Preisstand der Monatsnetzkarten liegt trotz zweimaliger Tarifreform noch mit 14,3 v. H. unter dem 1938er Niveau.

Jahre	Fahrpreise	
	absolut in DM	in v. H. (1938=100)
1938 <sup>1)</sup>	28,—	100,0
1949	11,—	39,3
1950	22,—	78,6
1952	24,—	85,7

<sup>1)</sup> ohne Walddörferbahn.

2. Verkaufte Fahrkarten und Betriebseinnahmen

Es dürfte von besonderem Interesse sein, wie sich die Änderung des Fahrpreissystems auf den Umsatz der Fahrtausweise und damit auf die Betriebseinnahmen der HHA ausgewirkt hat. Dies tritt am deutlichsten hervor, wenn man die Betriebseinnahmen der letzten 12 bzw. 6 Monate nach der jeweiligen Tarifreform miteinander vergleicht. Es muß hierzu allerdings bemerkt werden, daß die Veränderung in den Beförderungsziffern und den Betriebseinnahmen nicht ausschließlich auf die Tarifierhöhungen zurückzuführen ist. Veränderungen in der Beschäftigung spielen ebenfalls eine Rolle.

## Übersicht 7

## Verkaufte Fahrkarten der HHA.

Fahrkartenart	Tarifänderung am 1. 10. 1950		Tarifänderung am 6. 7. 1952	
	Verkaufte Fahrkarten		Verkaufte Fahrkarten	
	12 Monate vor der Tarifänderung	12 Monate nach der Tarifänderung	6 Monate vor der Tarifänderung (Januar - Juni 1952)	6 Monate nach der Tarifänderung (August 1952 - Januar 1953)
absolut				
Einzelfahrscheine . . . . .	146 457 751	171 250 241	86 105 172	85 128 286
Wochenkarten . . . . .	8 771 807	6 935 995	3 536 728	3 651 232
Monatskarten . . . . .	1 432 814	998 589	457 069	409 058
relativ				
Einzelfahrscheine . . . . .	100	116,9	100	98,9
Wochenkarten . . . . .	100	79,1	100	103,2
Monatskarten . . . . .	100	69,7	100	89,5

Wie diese Darstellung zeigt, ist nach der ersten Tarifreform sowohl in der Zahl der verkauften Wochenkarten als auch in der Zahl der verkauften Monatskarten ein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen, obwohl die Wochen- und Monatskarten weniger stark im Preis erhöht wurden als die Einzelfahrscheine. Die Zahl der verkauften Monatskarten nahm noch stärker ab als die Zahl der verkauften Wochenkarten. Der Verkauf der Einzelfahrscheine nahm dagegen zu. **Der Rückgang der verkauften Wochen- und Monatskarten ist dadurch zu erklären, daß viele nicht im Beruf stehende Personen, die vor der Tarifreform zum verhältnismäßig niedrigen Preis Wochen- und Monatskarten kauften, jetzt mehr oder weniger von der Fahrt mit den Verkehrsmitteln der HHA zurücktreten und nur von Zeit zu Zeit als Käufer von Einzelfahrscheinen auftreten.**

Nach der zweiten Tarifreform nahm die Zahl der verkauften Einzelfahrscheine geringfügig um 1,1 v. H. ab, während die Zahl der verkauften Wochenkarten leicht anstieg (3,2 v. H.). **Der Verkauf der Monatskarten ist weiter rückläufig.**

Die Zahl der beförderten Personen ging von 471,4 Millionen Fahrgästen in den ersten 12 Monaten vor der ersten Tarifreform auf 418,4 Millionen in den ersten 12 Monaten nach der ersten Tarifreform zurück. Dies entspricht einem **Rückgang von 11,2 v. H.**

Die zweite Tarifierhöhung brachte keinen Rückgang in der Zahl der beförderten Personen; die Zahl der Fahrgäste lag in den ersten 6 Monaten nach der zweiten Tarifreform um 0,5 v. H. höher als in den ersten 6 Monaten davor.

Vor der ersten Tarifreform war die Zahl der beförderten Personen in Anbetracht der günstigen Fahrpreise ausgesprochen hoch und die Dringlichkeit oder Notwendigkeit zur Benutzung der Verkehrsmittel nicht immer gegeben. Nach der zweiten Tarifreform lagen die Verhältnisse offenbar anders, denn es trat kein Rückgang in der Zahl der beförderten Personen ein.

Nach beiden Tarifreformen konnten die Einnahmen der HHA gesteigert werden, woran die einzelnen Verkehrsträger der HHA einen unterschiedlichen Anteil haben. Auch die Veränderung

## Übersicht 8

## Beförderte Personen und Betriebseinnahmen der HHA.

Verkehrsträger	Tarifänderung vom 1. 10. 1950				Tarifänderung vom 6. 7. 1952			
	Beförderte Personen		Betriebseinnahmen in DM		Beförderte Personen		Betriebseinnahmen in DM	
	12 Monate vor der Tarifänderung	12 Monate nach der Tarifänderung	12 Monate vor der Tarifänderung	12 Monate nach der Tarifänderung	6 Monate vor der Tarifänderung (Jan.-Juni 1952)	6 Monate nach der Tarifänderung (Aug. 52-Jan. 53)	6 Monate vor der Tarifänderung (Jan.-Juni 1952)	6 Monate nach der Tarifänderung (Aug. 52-Jan. 53)
absolut								
Straßenbahn . . . . .	299 395 439	241 825 522	39 265 929	43 246 073	124 832 889	125 336 376	21 449 544	23 904 757
U-Bahn . . . . .	116 119 813	118 427 834	15 477 608	20 480 645	63 073 523	62 845 523	10 171 035	11 215 739
W-Bahn . . . . .	26 426 195	28 741 845	2 678 911	2 979 017	15 355 361	15 192 127	1 397 713	1 634 668
Kraftomnibusse . . . . .	22 445 374	23 442 090	3 042 461	3 953 062	13 944 134	14 164 105	2 175 097	2 366 049
Oberleitungsbusse . . . . .	2 314 138	3 419 325	336 832	637 140	1 741 773	2 132 921	297 823	381 615
Alsterschiffahrt . . . . .	4 710 143	2 546 768	661 049	516 754	1 046 263	1 242 258	200 056	257 346
<b>HHA insgesamt . . . . .</b>	<b>471 411 102</b>	<b>418 403 384</b>	<b>61 462 790</b>	<b>71 812 691</b>	<b>219 993 943</b>	<b>220 913 310</b>	<b>35 691 268</b>	<b>39 760 174</b>
relativ								
Straßenbahn . . . . .	100	80,8	100	110,1	100	100,4	100	111,4
U-Bahn . . . . .	100	102,0	100	132,3	100	99,6	100	110,3
W-Bahn . . . . .	100	108,8	100	111,2	100	98,9	100	117,0
Kraftomnibusse . . . . .	100	104,4	100	129,9	100	101,6	100	108,8
Oberleitungsbusse . . . . .	100	147,8	100	189,2	100	122,5	100	128,1
Alsterschiffahrt . . . . .	100	54,1	100	78,2	100	118,7	100	128,6
<b>HHA insgesamt . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>88,8</b>	<b>100</b>	<b>116,8</b>	<b>100</b>	<b>100,4</b>	<b>100</b>	<b>111,4</b>

in der Zahl der beförderten Personen ist auf den einzelnen Verkehrsmitteln verschieden.

Nach der ersten Tarifreform kam es bei den Alsterschiffen und insbesondere bei der Straßenbahn zu einem erheblichen Rückgang der Beförderungsziffer, der eine Abnahme in der Zahl der beförderten Personen im Gesamtbetrieb der HHA zur Folge hatte, obwohl bei allen übrigen Verkehrsmitteln sowohl die Beförderungsziffern als auch die Betriebseinnahmen anstiegen. In besonderem Maße nahm die Zahl der beförderten Personen bei den Oberleitungsbussen zu, was auf den Ausbau des Verkehrsnetzes zurückzuführen ist.

Nach der zweiten Tarifreform ist nur bei der U-Bahn und bei der Walddörferbahn ein weiterer Rückgang in der Zahl der beförderten Personen zu verzeichnen.

Die **Betriebseinnahmen** stiegen bei allen Verkehrsmitteln an. Die Einnahmesteigerung nach der ersten Tarifreform kam hauptsächlich durch den Verkauf von Einzelfahrscheinen zustande, denn der Verkauf der Einzelfahrscheine nahm nach der ersten Tarifreform stark zu, außerdem waren sie im Preise stark erhöht worden. Die Einnahmesteigerung nach der zweiten Tarifreform ist hauptsächlich auf den wieder angestiegenen Verkauf der Wochenkarten zurückzuführen.

## B. Der Fährverkehr der Hafen-Dampfschiffahrt AG. (Hadag)

### 1. Der Schiffspark der Hadag im Hafendienst

Der Fährverkehr der Hadag dient in erster Linie dem Berufsverkehr. Im Hafen wird ein Liniennetz von insgesamt 189,4 km Länge befahren. Hierfür standen innerhalb des Hafens bei Beginn des letzten Krieges 40 Dampfer, 6 Motorschiffe und 9 Barkassen zur Verfügung.

Heute stehen für den Hafendienst 37 Dampfer, 12 Motorschiffe und 10 Barkassen bereit.

Jahre	Barkassen		Motorschiffe		Dampfer		Schiffe insgesamt	
	Zahl	Plätze	Zahl	Plätze	Zahl	Plätze	Zahl	Plätze
1938	9	328	6	6 769	40	16 016	55	23 113
1950	10	344	11	8 930	40	17 432	61	26 706
1951	10	344	11	8 930	38	16 576	59	25 850
1952	10	462	12	9 540	37	15 978	59	25 980

Die Gesamtzahl der verfügbaren Plätze ist bei den Barkassen und Motorschiffen in den Jahren 1951 und 1952 angestiegen, während bei den Dampfern die Gesamtzahl der Plätze zurückging. Insgesamt gesehen, sind in den Nachkriegsjahren im Hafendienst mehr Schiffe eingesetzt als 1938. Auch die Gesamtzahl der verfügbaren Plätze liegt höher als 1938.

### 2. Das Verkehrsangebot der Hadag im Hafendienst

Das Verkehrsangebot der Hadag läßt sich in Schiffs- und Platzkilometer ausdrücken. Die Zahl der Schiffs-kilometer stieg im Liniendienst von 1950 bis 1952 um 5,7 und im Werftdienst um 2,5 v. H. Bei den Fähren nahm die Zahl der Schiffs-kilometer um 7,2 v. H. ab. Es wurden jedoch in den Jahren 1951 und 1952 größere Schiffseinheiten eingesetzt, so daß trotz Rückganges der Schiffs-kilometer eine Zunahme der Platzkilometer eintrat.

## Übersicht 9

### Das Verkehrsangebot der Hadag 1950—1952

Betriebszweige Jahre	Tourenzahl jährlich	Zahl der Schiffs-Kilometer		Durchschnittl. Platzangebot je Tour	Zahl der Platz-Kilometer	
		absolut	in v. H. (1950=100)		absolut	in v. H. (1950=100)
<b>Fähren</b>						
1950 . . . . .	128 480	286 671	100,0	256	73 387 776	100,0
1951 . . . . .	108 800	244 008	85,1	305	74 332 858	101,3
1952 . . . . .	118 889	266 155	92,8	317	84 488 486	115,1
<b>Jollenführer</b>						
1950 . . . . .	16 060	17 666	100,0	30	529 980	100,0
1951 . . . . .	11 680	12 848	72,7	49	629 552	118,8
1952 . . . . .	29 280	32 208	182,3	57	1 835 856	346,4
<b>Liniendienst</b>						
1950 . . . . .	50 370	378 432	100,0	611	231 314 224	100,0
1951 . . . . .	49 451	398 688	105,4	614	244 819 068	105,8
1952 . . . . .	49 593	399 818	105,7	600	239 829 957	103,7
<b>Werftdienst</b>						
1950 . . . . .	20 672	90 950	100,0	536	48 712 893	100,0
1951 . . . . .	20 672	90 950	100,0	596	54 173 037	111,2
1952 . . . . .	21 350	93 208	102,5	598	55 729 600	114,4
<b>Hadag insgesamt</b>						
1950 . . . . .	215 582	773 719	100,0	457	353 944 873	100,0
1951 . . . . .	190 603	746 494	96,5	501	373 954 515	105,7
1952 . . . . .	219 112	791 389	102,3	483	381 883 899	107,9

### 3. Beförderte Personen, gefahrene Personenkilometer und Ausnutzungsgrad der Schiffe

Die Verkehrsleistung der Hadag kommt außer in dem Verkehrsangebot (Platzkilometer) in der Zahl der tatsächlich beförderten Personen und den Personenkilometern zum Ausdruck.

Die Hadag beförderte im Jahre 1938 im Hafengebiet rund 15½ Millionen Menschen. Eine ähnliche Zahl weist auch das Jahr 1950 auf, obwohl der Warenumsatz im Hafen nur gut die Hälfte des 1938er Warenumsatzes betrug und die Werftindustrie in stark vermindertem Umfang arbeitete. Wenn die Zahl der insgesamt beförderten Personen trotzdem gleich blieb, so liegt die Erklärung hierfür darin, daß die Wohnbevölkerung im Raum zwischen Köhlbrand und Süderelbe und in der weiteren Umgebung von Harburg nach den Luftangriffen auf Hamburg weit zahlreicher geworden ist und daß die meisten Zugezogenen ihre Arbeits-

stätten auf dem nördlichen Elbufer oder im Hafengebiet haben.

Von 1950 an ist eine stärkere Zunahme in der Zahl der im Hafendienst beförderten Personen zu verzeichnen. Im Jahre 1952 wurden insgesamt 15,7 v. H. Personen mehr befördert als im Jahre 1939. Besonders stark ist die Zunahme der beförderten Personen seit 1950 bei den Fähren und Jollen. Diese Entwicklung steht im ursächlichen Zusammenhang mit der Steigerung des Warenumsatzes und des Seeverkehrs, der sich in den Jahren 1950 bis 1952 wesentlich verstärkte. In erster Linie werden mit den Fähren und Jollen Umschlagsarbeiter, Werftarbeiter und die Arbeiter der Freihafenindustrie an ihre Arbeitsstätten gebracht. Ferner schaffen die Jollen eine Verbindung zwischen den im Hafen liegenden Schiffen und dem Festland. Im Liniendienst, namentlich auf der Harburger Linie, ist von 1950 an dagegen ein Rückgang in der Zahl der beförderten Personen zu verzeichnen.

#### Übersicht 10

#### Der Verkehr auf den Hafenschiffen (ohne Gr. Hafenrundfahrt)

Monate	1939	1949	1950	1951	1952
Beförderte Personen					
Januar . . . . .	1 276 899	1 155 132	1 179 985	1 261 725	1 361 402
Februar . . . . .	1 129 169	1 088 339	1 131 721	1 173 626	1 365 322
März . . . . .	1 357 275	1 166 583	1 192 824	1 220 916	1 415 806
April . . . . .	1 238 230	1 219 278	1 235 143	1 330 250	1 493 780
Mai . . . . .	1 440 661	1 227 834	1 321 439	1 473 369	1 665 870
Juni . . . . .	1 474 422	1 268 051	1 349 233	1 562 726	1 541 865
Juli . . . . .	1 480 595	1 352 410	1 382 586	1 537 660	1 608 952
August . . . . .	1 533 321	1 343 949	1 403 271	1 610 380	1 555 564
September . . . . .	1 345 207	1 244 733	1 244 787	1 445 659	1 501 124
Oktober . . . . .	1 180 874	1 204 170	1 415 542	1 489 771	1 613 343
November . . . . .	1 115 975	1 143 179	1 281 716	1 406 087	1 522 901
Dezember . . . . .	1 092 654	1 132 186	1 253 196	1 341 653	1 474 665
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>15 665 282</b>	<b>14 545 844</b>	<b>15 391 443</b>	<b>16 853 822</b>	<b>18 120 594</b>

Betriebsstatistisch genügt es nicht, die Beförderungsleistung nur in der Zahl der beförderten Personen auszudrücken. Auch die Personenkilometer müssen errechnet werden, wozu die mittlere Reiselänge benötigt wird. Diese ist im Hafengebiet unterschiedlich, denn viele Fahrgäste fahren im Hafengebiet nicht die gesamte Linienstrecke ab. Streckenlänge und Reiselänge decken sich nur bei den Fähren, deren Ziel bestimmte Arbeitsstätten sind, zu denen die Schiffe die Arbeiter hinfahren, um sie nach Arbeitsschluß wieder abzuholen. Ein Beispiel hierfür bietet der Berufsverkehr zur Deutschen Werft. Dieser Berufsverkehr geht ohne Zwischenstation vor sich. Anders ist es aber bei den Fähren 1 bis 4, 7 und 8 sowie bei den Finkenwerder-, Harburger- und Reiherstieg-Linien. Diese Linien laufen mehrere Anlegeplätze an. Welche Entfernungen im Durchschnitt befahren werden, wird betriebsstatistisch aus dem Rückfluß der Einzelfahrscheine und aus Beobachtungen des Zeitverkehrs ermittelt. Das Produkt aus der durchschnittlichen Reiselänge und der Zahl der beförderten Personen ergibt wiederum die Personenkilometer.

Ein Vergleich der Jahre 1950 bis 1952 zeigt, daß die **Zahl der Personenkilometer** (ohne Große Hafenrundfahrt) **im Jahre 1952 geringer war als 1950**. Dies hat seine Ursache im wesentlichen darin, daß die **Zahl der beförderten Personen im Liniendienst um 2 701 809 Personen zurückging**. Die durchschnittliche mittlere Reiselänge ist im Liniendienst am größten, so daß hier ein Rückgang in der Beförderungsziffer eine starke Abnahme in der Zahl der Personenkilometer zur Folge hat. Diese Abnahme konnte nicht durch die Zunahme der Beförderungsziffer im Werftdienst und Fährdienst ausgeglichen werden, weil hier eine wesentlich geringere durchschnittliche Reiselänge vorliegt. Insgesamt wurden 1952 nur 94 v. H. der im Jahre 1950 gefahrenen Personenkilometer zurückgelegt.

Die relativ starke Zunahme der gefahrenen Personenkilometer im Fährdienst mit 52,1 v. H. übertraf die Steigerung des Verkehrsangebots, ausgedrückt in Platzkilometern, so daß der Ausnutzungsgrad von 8,3 v. H. im Jahre 1950 auf 10,9 v. H. im Jahre 1952 anstieg. Noch stärker ist die Zahl der Personenkilometer im Werftdienst angestiegen; dies hatte eine Steigerung des Ausnutzungsgrades

## Beförderte Personen und Nutzungsgrad der Schiffseinheiten im Hafendienst 1950—1952

Betriebszweige Jahre	Durchschnittl. Reise-länge km	Z a h l d e r					Aus-nutzungs-grad in v. H.
		beförderten Personen	Personenkilometer		Platzkilometer		
			Anzahl	in v. H. (1950 = 100)	Anzahl	in v. H. (1950 = 100)	
<b>Fähren</b>							
1950 . . . . .	1,68	3 622 753	6 076 517	100,0	73 387 776	100,0	8,3
1951 . . . . .	1,61	4 285 118	6 897 304	113,5	74 332 858	101,3	9,3
1952 . . . . .	1,68	5 491 406	9 242 094	152,1	84 488 486	115,1	10,9
<b>Jollenführer</b>							
1950 . . . . .	0,85	110 318	93 770	100,0	529 980	100,0	17,7
1951 . . . . .	0,85	195 172	165 896	176,9	629 552	118,8	26,4
1952 . . . . .	0,85	215 445	183 128	195,3	1 835 856	346,4	10,0
<b>Liniendienst</b>							
1950 . . . . .	7,33	9 602 542	70 349 516	100,0	231 314 224	100,0	30,4
1951 . . . . .	7,02	7 569 960	53 106 742	75,5	244 819 068	105,8	21,7
1952 . . . . .	7,38	6 900 733	50 955 257	72,4	239 829 957	103,7	21,2
<b>Werftdienst</b>							
1950 . . . . .	4,85	2 055 830	9 964 453	100,0	48 712 893	100,0	20,5
1951 . . . . .	4,08	4 803 572	19 581 790	196,5	54 173 037	111,2	36,1
1952 . . . . .	3,79	5 513 010	20 916 894	209,9	55 729 600	114,4	37,5
<b>Hadag insgesamt</b>							
1950 . . . . .	5,62	15 391 443	86 484 256	100,0	353 944 873	100,0	24,4
1951 . . . . .	4,73	16 853 822	79 751 732	92,2	373 954 515	105,7	21,3
1952 . . . . .	4,49	18 120 594	81 297 373	94,0	381 883 899	107,9	21,3

von 20,5 auf 37,5 v. H. zur Folge. Im Liniendienst sank dagegen der Nutzungsgrad von 30,4 auf 21,2 v. H. ab. Der starke Beförderungsrückgang im Liniendienst ist auch die Ursache dafür, daß der Nutzungsgrad insgesamt von 24,4 auf 21,3 v. H. absank.

Vergleicht man die Platzausnutzung im Hafendienst mit dem Ausnutzungsgrad der U-Bahn und Straßenbahn, so zeigt sich, daß das Verkehrsangebot in der Hafenschiffahrt am geringsten ausgenutzt ist.

Verkehrsmittel	Von 100 Plätzen wurden ausgenutzt			
	1938	1950	1951	1952
Straßenbahn . .	28,4	62,7	53,4	48,3
U-Bahn . . . .	22,4	34,8	37,7	38,5
Walddörferbahn . .	30,5	49,2	64,8	65,3
Autobusse . . .	21,9	36,3	32,1	33,3
Hafenverkehr . .		24,4	21,3	21,3

Die geringe Platzausnutzung liegt im Wesen des Hafendienstes, der im Vergleich mit den Landverkehrsmitteln noch weit mehr auf den Berufsverkehr eingestellt ist. Eine Ausnahme machen die Finkenwerder Schiffe, die auch in den Zwischenzeiten gut besetzt sind und 1952 einen durchschnittlichen Nutzungsgrad von 27,2 v. H. erzielten. Der mit der Art des Verkehrs verbundene geringe Ausnutzungsgrad auf den meisten Strecken des Hafendienstes der Hadag stellt für das Unternehmen eine große finanzielle Belastung dar, der sich das Unternehmen nicht entziehen kann, denn die Hadag dient einer Verkehrsaufgabe, die im Gesamtinteresse des Hafens liegt. Das Befahren von unrentablen Strecken ist für sie unabwendbar.

#### 4. Fahrpreise und Betriebseinnahmen

Die Hadag hat im Oktober 1950 ihrem Fahrertarif eine neue Fassung gegeben. Bis dahin galt der Tarif vom 4. September 1944; der letzte Vorkriegs-

tarif trägt das Datum 5. November 1934. Am 1. August 1952 trat eine weitere Tarifänderung ein.

Der Bereich der meisten Linien bildet nach dem gegenwärtigen Tarif eine einzige Tarifzone, die als Nahzone bezeichnet wird. Nur auf der Finkenwerder-, der Harburger- und der Reiherstieg-Linie werden 2 Zonen, eine Nah- und eine Fernzone unterschieden. Die Zonenregelung ist 1942 eingeführt und seitdem beibehalten worden. Vor dem Kriege war das System differenzierter, so daß sich der Fahrertarif von 1934 nicht ohne weiteres mit dem heutigen vergleichen läßt. Deshalb soll im folgenden der 1934er Tarif nicht zum Vergleich herangezogen werden, sondern der im Jahre 1944 in Kraft getretene. Im einzelnen zeigen sich folgende Preisveränderungen:

Fahrtarif	1944 RM	1950 <sup>1)</sup> DM	1952 <sup>2)</sup> DM
Einzelfahrt, Nahzone . . . . .	0,15	0,20	0,25
„ Fernzone . . . . .	0,30	0,30	0,35
Wochenkarte, 12 Fahrten . . . . .	1,70	1,90	2,10
Monatskarte . . . . .	7,00	11,00	14,00
Übersteige-Rückfahrtschein . . . . . (Finkenwerder)	—	0,90	1,00

<sup>1)</sup> Seit 1. Oktober

<sup>2)</sup> Seit 6. 7. bzw. 1. 8.

Die ersten 4 in der Übersicht aufgeführten Fahrtausweise galten nur für den Verkehr innerhalb des Hafendienstes. Sie sind mit Fahrtberechtigung auf Straßenbahn, U-Bahn usw. nicht gekoppelt. Anders verhält es sich mit den seit 1950 gültigen Übersteige-Rückfahrkarten, die heute 1 DM kosten. Diese Fahrkarten werden von den Bewohnern des linkselbischen Gebietes auf den Verkehrsmitteln der HHA wie ein Übersteige-Fahrtschein benutzt. Umgekehrt berechtigen die Wochenkarten der HHA zum Preise von 2,90 DM zum Übersteigen auf die Schiffe der Hadag. Auf Grund von Verkehrs-

zählungen wurde der Hadag für diesen Übersteiger-  
verkehr im Jahre 1952 ein Betrag von rd. 1,09 Mil-  
lionen DM vergütet.

Im Gegensatz zur U-Bahn und Straßenbahn ist  
bei der Hadag durch die Tarifreform kein Rück-  
gang in der Personenbeförderung eingetreten; dies  
ist durch die andersartige Struktur des Hafener-  
verkehrs bedingt. Wer auf seinem täglichen Arbeits-

weg die Elbe überqueren muß, kann häufig nicht  
von der Wasserfahrt zurücktreten, vielmehr steigt  
die Verkehrsnachfrage aus Berufsgründen mit zu-  
nehmender Beschäftigung im Hafen. Aus diesen  
Gründen ist trotz Tarifierhöhung die Beförderungs-  
ziffer angestiegen, und zwar zeigt sich, daß in den  
Jahren 1950 und 1952 in zunehmendem Maße  
Wochenkarten benutzt werden.

## Übersicht 12

### Beförderungsfälle im Hafenebereich der Hadag nach Fahrtausweisen<sup>1)</sup>

Art der Fahrtausweise	Beförderungsfälle im Monatsdurchschnitt					
	vom 1. 7. bis 30. 9. 1950	in v. H. d. Ges.- befördg.	vom 1. 7. bis 30. 9. 1951	in v. H. d. Ges.- befördg.	vom 1. 7. bis 30. 9. 1952	in v. H. d. Ges.- befördg.
Einzelfahrscheine <sup>2)</sup>	396 008	29,5	429 656	28,1	432 258	27,8
Wochenkarten (Hadag)	105 452	7,8	172 252	11,2	236 998	15,2
Monatskarten (Hadag)	30 740	2,3	3 420	0,2	2 600	0,2
<b>zusammen</b>	<b>532 200</b>	<b>39,6</b>	<b>605 328</b>	<b>39,5</b>	<b>671 856</b>	<b>43,2</b>
Charter- u. Sonderverk.	132 669	9,9	169 758	11,1	80 024	5,1
<b>Hadag-Haustarif zus.</b>	<b>664 869</b>	<b>49,5</b>	<b>775 086</b>	<b>50,6</b>	<b>751 880</b>	<b>48,3</b>
Wochenkarten der HHA	678 679	50,5	756 147	49,4	803 333	51,7
<b>Gesamtbeförderung</b>	<b>1 343 548</b>	<b>100</b>	<b>1 531 233</b>	<b>100</b>	<b>1 555 213</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> ohne Gr. Hafenerundfahrt.

<sup>2)</sup> einschl. Übersteigerückfahrscheine.

## Übersicht 13

### Personenbeförderung im Hafendienst der HADAG im Jahre 1952

(ohne Gr. Hafenerundfahrt)

Betriebszweig	Fahr- strecke hin oder zurück km	Zahl der Touren (Zahl der Abfahrten von beiden Endpunkten der Linie)			Zahl der Schiffs-km (Spalte 1 × Spalte 4)	Durch- schnittl. Platz- angebot je Tour	Zahl der Platz-km (Spalte 5 × Spalte 6)	Mittlere Reise- länge km	Zahl der beförderten Personen		Zahl der Personen-km (Spalte 8 × Spalte 9)		Ausnut- zungs- grad in v. H.
		werk- tags	Sonn- u. feier- tags	jährlich					überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
<b>Fähren</b>													
Fähre I	3,0	46	20	15 250	45 750	337	15 417 750	2,00	693 499	3,8	1 386 998	1,7	9,0
Fähre II	1,9	46	20	15 250	28 975	237	6 867 075	1,60	141 825	0,8	226 920	0,3	3,3
Fähre III	1,0	70	26	22 936	22 936	286	6 559 696	0,65	1 279 650	7,1	831 773	1,0	12,7
Fähre IV	1,8	80	26	25 986	46 775	383	17 914 825	1,22	1 562 068	8,6	1 905 723	2,4	10,6
Fähre VII	4,2	52	26	17 446	73 273	384	28 136 832	2,73	1 766 261	9,7	4 821 893	5,9	17,1
Fähre VIII	2,2	67	26	22 021	48 446	198	9 592 308	1,43	48 103	0,3	68 787	0,1	0,7
<b>Fähren zusammen</b>	<b>14,1</b>	<b>361</b>	<b>144</b>	<b>118 889</b>	<b>266 155</b>	<b>317</b>	<b>84 488 486</b>	<b>1,68</b>	<b>5 491 406</b>	<b>30,3</b>	<b>9 242 094</b>	<b>11,4</b>	<b>10,9</b>
<b>Jollenführer zusammen</b>	<b>1,1</b>	<b>80</b>	<b>80</b>	<b>29 280</b>	<b>32 208</b>	<b>57</b>	<b>1 835 856</b>	<b>0,85</b>	<b>215 445</b>	<b>1,2</b>	<b>183 128</b>	<b>0,2</b>	<b>10,0</b>
<b>Liniendienst</b>													
Reiherstieg	5,2	23	—	7 015	36 478	206	7 514 468	2,85	446 613	2,5	1 272 847	1,6	16,9
Finkenwerder	8,8	41	40	14 945	131 516	857	112 709 212	7,40	4 149 710	22,9	30 707 854	37,8	27,2
Finkenwerder/ Rüschkanal	3,8	46	34	16 104	61 195	315	19 276 425	2,60	243 602	1,3	633 365	0,8	3,3
Harburg	14,8	32	29	11 529	170 629	588	100 329 852	8,90	2 060 808	11,4	18 341 191	22,5	18,3
<b>Liniendienst zusammen</b>	<b>32,6</b>	<b>142</b>	<b>103</b>	<b>49 593</b>	<b>399 818</b>	<b>600</b>	<b>239 829 957</b>	<b>7,38</b>	<b>6 900 733</b>	<b>38,1</b>	<b>50 955 257</b>	<b>62,7</b>	<b>21,2</b>
<b>Werftdienst</b>													
Deutsche Werft	7,5	12	—	3 660	27 450	763	20 944 350	7,50	962 246	5,3	7 216 845	8,9	34,5
Hamburg Schulau	0,8	20	—	6 100	4 880	286	1 395 680	0,80	1 710 659	9,4	1 368 527	1,7	98,1
	9,2	4	—	1 220	11 224	1 001	11 235 224	9,20	386 063	2,1	3 551 780	4,4	31,6
Ness (R.E.M.E.)	6,2	4	—	1 220	7 564	315	2 382 660	6,20	59 491	0,3	368 844	0,4	15,5
	3,0	4	—	1 220	3 660	315	1 152 900	3,00	65 820	0,4	197 460	0,2	17,1
Diestelquai	0,9	4	—	1 220	1 098	266	292 068	0,90	121 517	0,7	109 365	0,1	37,4
	9,4	6	—	1 830	17 202	422	7 259 244	9,20	104 113	0,6	957 840	1,2	13,2
Eurotank	6,6	4	—	1 220	8 052	422	3 397 944	5,80	82 400	0,5	477 920	0,6	14,1
Howaldt	3,3	12	—	3 660	12 078	635	7 669 530	3,30	2 020 701	11,1	6 668 313	8,2	86,9
<b>Werftdienst zusammen</b>	<b>46,9</b>	<b>70</b>	<b>—</b>	<b>21 350</b>	<b>93 208</b>	<b>598</b>	<b>55 729 600</b>	<b>3,79</b>	<b>5 513 010</b>	<b>30,4</b>	<b>20 916 894</b>	<b>25,7</b>	<b>37,5</b>
<b>nsgesamt</b>	<b>94,7</b>	<b>653</b>	<b>327</b>	<b>219 112</b>	<b>791 389</b>	<b>483</b>	<b>381 883 899</b>	<b>4,49</b>	<b>18 120 594</b>	<b>100</b>	<b>81 297 373</b>	<b>100</b>	<b>21,3</b>



Die steigenden Beförderungsziffern werden von einer Zunahme der Einnahmen begleitet. Besonders von 1950 auf 1951 weisen die Einnahmen mit 20,2 v. H. eine große Steigerung auf. Trotz dieser günstigen Entwicklung ist jedoch noch ein erheblicher Zuschuß an die Hadag zu leisten. Dies wird in der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 21. Februar 1950 damit begründet, daß die bisher niemals genügend gewürdigte Vorbelastung der Hadag durch die komplizierte Gestaltung des Hafens, die unrentable Streuung des Verkehrs, den Mangel an hinreichend unterschiedlichen Schiffstypen und den hochgradigen Stoßbedarf bei nur 2 Verkehrsspitzen am Tage bedingt ist; auch dürfte der soziale Charakter der Fahrtarife nicht über-

sehen werden. Vergleicht man die Entwicklung des Zuschußbedarfs in der Nachkriegszeit, so zeigt sich, daß die Erhöhung desselben von 1951 auf 1952 geringer war als von 1950 auf 1951. Umgerechnet je Beförderungsfall ist der Zuschußbedarf von 1951 auf 1952 um 1 Pfennig zurückgegangen.

Jahre	Einnahmen in RM/DM	Ausgaben in RM/DM	Zuschuß in RM/DM		Ausgaben je Beförderungsfall in RM/DM	Einnahmen je Beförderungsfall in RM/DM
			überhaupt	je Person		
1938	2 505 000	3 340 000	.	.	0,22	0,16
1950	2 274 200	5 695 900	3 421 700	0,22	0,37	0,15
1951	2 733 000	6 422 000	3 689 000	0,22	0,38	0,16
1952 <sup>1)</sup>	2 780 000	6 500 000	3 720 000	0,21	0,36	0,15

<sup>1)</sup> geschätzt.

## C. Der Stadt- und Vorortverkehr der Bundesbahn

### 1. Linienführung und Wagenpark

Die Bundesbahn betreibt in Hamburg und im Nahverkehr von und nach Hamburg einen sogenannten S-Bahn-Verkehr auf folgenden Strecken:

	Streckenlänge
Im elektrischen Betrieb	
Poppenbüttel bis Sülldorf . . . . .	35,5 km
Im Dampfbetrieb	
Sülldorf/Wedel . . . . .	6,3 "
Hamburg-Hauptbahnhof/Neugraben . . . . .	21,8 "
" " /Friedrichsruh . . . . .	27,1 "
" " /Ahrensburg . . . . .	21,5 "
Hamburg-Altona/Elmshorn . . . . .	30,0 "

Die S-Bahn im engeren Sinne führt aus den Elbvororten über Altona zum Hauptbahnhof, von dort über Hasselbrook (Eilbek/Hamm) nach Barmbek und über Ohlsdorf weiter nach Poppenbüttel.

Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit der elektrischen Züge betrug im Jahre 1952, genau wie vor dem Kriege, 32,8 km je Stunde. Sie ist geringer als die der Dampfzüge, weil die S-Bahn häufiger hält. Mit den Dampfzügen fuhr man vor dem Kriege 37,5 und im Jahre 1952 35,4 km die Stunde.

Im elektrischen Betrieb begann kurz vor dem Kriege die Umstellung auf moderne Triebwagen für Gleichstromschienen; aber noch heute sind ältere Typen im Verkehr. Das Fassungsvermögen der neuen Gleichstromhalbzüge ist mit 202 Sitz- und 328 Stehplätzen etwa doppelt so groß wie das der Viertelzüge, die über 107 Sitz- und 150 Stehplätze verfügen. Das größte Platzangebot im

S-Bahn-Verkehr weist das Jahr 1951 aus. Im Jahre 1952 lag das Angebot an Sitz- und Stehplätzen mit 1,5 v. H. unter dem Stand von 1938.

Jahre	Wagenbestand		Platzangebot		
	Alte Wechselstrom-Viertelzüge	Neue Gleichstrom-Halbzüge	Sitzplätze	Stehplätze	Insgesamt
1938	145	—	15 515	21 750	37 265
1950	55	43	14 571	22 354	36 925
1951	60	43	15 106	23 104	38 210
1952	50	45	14 440	22 260	36 700

Die Platzkapazität der elektrisch betriebenen Wagen hat nur für die Strecke Sülldorf/Poppenbüttel Bedeutung. Auf den im Dampfbetrieb befahrenen Strecken setzt die Bundesbahn die auch im gewöhnlichen Personenverkehr fahrenden Züge ein.

### 2. Das Verkehrsangebot

Das Verkehrsangebot der Bundesbahn findet seinen Ausdruck in den Zug- und Achskilometern. Mit Platzkilometer rechnet die Bundesbahn nicht. Die Zugkilometer erreichten im Jahre 1952 den höchsten Stand nach dem Kriege. Die zugkilometrische Leistung lag 1952 um 1,5 v. H. unter dem 1938er Stand.

Es fragt sich, ob das Platzangebot tatsächlich zurückgegangen ist oder ob unterschiedlich lange Züge eingesetzt wurden. Hierüber gibt die Zahl der Achskilometer Auskunft. Die achskilometrische Leistung ist in den Jahren 1950-52 ständig gestiegen; sie lag 1952 mit 10,4 v. H. über dem Niveau von 1938.

### Übersicht 14

Jahre	Zugkilometer						Achskilometer			
	Elektr. Betrieb		Dampf-Betrieb		insgesamt		Elektr. Betrieb in 1000	Dampf-Betrieb in 1000	insgesamt	
	in 1000	in v. H. (1938=100)	in 1000	in v. H. (1938=100)	in 1000	in v. H. (1938=100)			in 1000	in v. H. (1938=100)
1938	4 193	100,0	2 119	100,0	6 312	100,0	72 834	67 145	139 979	100,0
1950	3 394	80,9	1 886	89,0	5 280	83,7	80 065	57 917	137 982	98,6
1951	3 569	85,1	1 943	91,7	5 512	87,3	81 316	59 523	140 839	100,6
1952	3 911	93,3	2 338	110,3	6 249	99,0	81 220	73 330	154 550	110,4

### 3. Die beförderten Personen im S-Bahn-Betrieb

Die Zahl der im Gesamtbetrieb der S-Bahn beförderten Personen ist in den Nachkriegsjahren bedeutend höher als die 1938er Beförderungszahl. Seit der Währungsreform ist jedoch

wieder ein ständiger Rückgang zu verzeichnen. Sehr stark war die Abnahme der Beförderungsziffer im Jahre 1949; in den folgenden Jahren hielt der Rückgang in vermindertem Umfang an. Immerhin wurden 1952 noch 25,8 Mill. Personen (27,1 v. H.) mehr befördert als 1938.

#### Übersicht 15

Zahl der im Gesamtbetrieb der S-Bahn beförderten Personen

Monate	1938	1948	1949	1950	1951	1952
Januar . . . . .	8 204 554	14 673 983	12 534 829	11 365 746	10 974 412	10 047 866
Februar . . . . .	7 001 067	14 168 033	11 121 723	10 274 665	10 051 025	9 782 934
März . . . . .	7 605 055	15 422 016	11 099 635	10 705 152	10 442 293	10 252 348
April . . . . .	7 724 801	14 895 926	11 763 681	10 718 151	10 384 472	9 361 456
Mai . . . . .	7 928 930	17 510 552	12 075 843	11 732 884	11 666 881	10 620 798
Juni . . . . .	7 992 005	14 414 321	11 210 721	10 744 943	10 221 510	10 254 837
Juli . . . . .	7 861 336	11 440 989	11 628 579	11 414 486	10 718 730	9 660 291
August . . . . .	8 103 729	11 674 499	11 468 686	11 290 077	10 365 945	8 718 911
September . . . . .	7 922 631	12 005 603	11 348 558	10 210 949	10 797 196	11 993 166
Oktober . . . . .	8 541 436	12 548 498	12 046 164	12 922 259	10 448 246	10 132 572
November . . . . .	8 122 778	11 822 781	10 822 585	10 660 520	9 806 342	10 591 562
Dezember . . . . .	8 256 460	11 507 938	10 980 776	10 731 120	10 394 357	9 683 045
<b>überhaupt . . . . .</b>	<b>95 264 782</b>	<b>162 085 139</b>	<b>138 101 780</b>	<b>132 770 952</b>	<b>126 271 409</b>	<b>121 099 786</b>
v. H. (1938 = 100)	100	170,1	145,0	139,4	132,6	127,1

Dem Rückgang in der Zahl der beförderten Personen in den Jahren 1951 und 1952 steht, wie erwähnt, ein größeres Verkehrsangebot in Achskilometern gegenüber. Hieraus folgt, daß der Ausnutzungsgrad des Platzangebots in diesen Jahren abgesunken ist. Immerhin ist der Ausnutzungsgrad des Jahres 1952 noch bedeutend höher als der des Jahres 1938, denn die Beförderungszahl des Jahres 1952 liegt mit 27,1 v. H. über dem Stand von 1938; die Zahl der Achskilometer dagegen nur um 10,4 v. H. Hinzu kommt noch, daß die durchschnittliche Reiselänge von 8 km in der Vorkriegszeit auf rund 12 km oder um 50 v. H. in den Jahren 1951 und 1952 angestiegen ist. Berücksichtigt man alle diese Faktoren, kommt man zu dem Ergebnis, daß **das Platzangebot 1952 immer noch um 73 v. H. mehr ausgenutzt wurde als im Jahre 1938.**

Es zeigt sich ferner in der Zunahme der durchschnittlichen Reiselänge, daß der Verkehr von den Außenbezirken in das Stadttinnere heute weitaus bedeutender ist als in der Vorkriegszeit. Dieser Tatbestand ist sowohl bei den elektrisch betriebenen Zügen als auch bei den Dampfzügen der

S-Bahn zu verzeichnen. So fuhren beispielsweise von der Endstation Poppenbüttel nach der Verkehrszählung am 26. Juni 1951 6301 Personen ab, gegenüber 3186 Personen am 10. September 1936. Ein ähnliches Beispiel läßt sich für die Dampfzüge anführen. Die aus Bergedorf abfahrenden Fahrgäste sind zahlenmäßig von 7389 Personen am 10. September 1936 auf 13 962 Personen am 26. Juni 1951 angestiegen. Die Intensivierung des Verkehrs von den Außenbezirken in das Stadttinnere und die damit verbundene Zunahme der Reiselängen wird besonders durch die Ergebnisse der Verkehrszählung sichtbar. Bei der Verkehrszählung am 26. Juni 1951 wurde festgestellt, daß **bedeutend mehr Fahrgäste die 3. bis 6. Zone benutzen als im Jahre 1936** (vgl. Übersicht 16).

Abgestellt auf die Tageszeit zeigt sich, daß sich der Verkehr mit beginnender Arbeitszeit belebt (5 bis 7 Uhr) und von 7 bis 8 Uhr seine Spitze erreicht. Danach fällt er wieder ab und steigt erst in den späten Nachmittags- und Abendstunden (16 bis 18 Uhr) wieder an. Auch in der Zeit von 18 bis 19 Uhr ist der Verkehr noch rege.

#### Übersicht 16

Ergebnisse der Verkehrszählungen in den Jahren 1927, 1934, 1936 und 1951

Zone	Entfernung km	Zahl der an den Stichtagen beförderten Personen							
		24. 8. 1927		22. 11. 1934		10. 9. 1936		26. 6. 1951	
		überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.	überhaupt	in v. H.
1	1— 8 . . . . .	142 388	53,4	144 378	59,4	133 634	54,8	} 262 863	} 72,5
2	über 8—15 . . . . .	74 109	27,8	62 250	25,6	70 595	28,9		
3	„ 15—22 . . . . .	37 107	13,9	27 139	11,2	28 640	11,7		
4	„ 22—29 . . . . .	8 118	3,1	5 179	2,1	6 831	2,8		
5	„ 29—41 . . . . .	4 604	1,7	3 779	1,6	4 032	1,7		
6	„ 41—53 . . . . .	170	0,1	185	0,1	203	0,1		
7	„ 53—65 . . . . .	—	—	29	.	4	.		
<b>insgesamt . . . . .</b>		<b>266 496</b>	<b>100</b>	<b>242 939</b>	<b>100</b>	<b>243 939</b>	<b>100</b>	<b>362 455</b>	<b>100</b>

## Der Verkehr auf der S-Bahn in den einzelnen Tagesstunden nach der Verkehrszählung am 26. Juni 1951

Tagesstunden <sup>1)</sup>	Zahl der Reisenden	
	überhaupt	in v. H.
von 4—5 Uhr	917	0,2
„ 5—6 „	6 854	1,9
„ 6—7 „	24 653	6,8
„ 7—8 „	41 602	11,5
„ 8—9 „	28 987	8,0
„ 9—10 „	14 634	4,0
„ 10—11 „	12 521	3,5
„ 11—12 „	11 852	3,3
„ 12—13 „	12 596	3,5
„ 13—14 „	16 398	4,5
„ 14—15 „	15 656	4,3
„ 15—16 „	16 905	4,7
„ 16—17 „	25 017	6,9
„ 17—18 „	38 525	10,6
„ 18—19 „	31 366	8,7
„ 19—20 „	21 046	5,8
„ 20—21 „	12 271	3,4
„ 21—22 „	10 322	2,8
„ 22—23 „	8 985	2,5
„ 23—24 „	7 275	2,0
„ 24—1 „	3 324	0,9
„ 1—2 „	749	0,2
<b>insgesamt</b>	<b>362 455</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> in den betreffenden Tagesstunden angekommene Reisende.

### 4. Die Tarife

#### a) Der Einfluß der Tarifreform auf die Beförderungszahlen

Die Tarifreform vom 1. Oktober 1950, die mit der Tarifierhöhung der HHA parallel lief, hat sich bei der S-Bahn auf die Zahl der beförderten Personen nicht in gleicher Weise ausgewirkt wie bei der HHA, die bekanntlich nach der ersten Tarifreform einen Verkehrsrückgang von 11 v. H. zu verzeichnen

hatte. Bei der S-Bahn brachte die Tarifreform nur eine geringe Abnahme in der Zahl der beförderten Personen. Auf der gesamten S-Bahnstrecke wurden von Oktober 1949 bis September 1950 (1 Jahr vor der Tarifreform) 132,3 Millionen und von Oktober 1950 bis September 1951 129,9 Millionen Personen befördert. Die Beförderungsziffer ist also nur um 1,8 v. H. zurückgegangen. Ob diese Abnahme voll durch die Tarifreform verursacht wurde, kann bei dem ganzen Verlauf der monatlichen Verkehrszahlen zweifelhaft sein, denn die Beförderungsziffern waren schon in den Vorjahren rückläufig (vgl. Übersicht 15). Nach der zweiten Tarifreform im Jahre 1952 trat kein Verkehrsrückgang ein. Die Zahl der beförderten Personen betrug im vergleichbaren Zeitraum September 1951 bis Februar 1952 61,3 Millionen gegenüber 62,3 Millionen beförderte Personen in den ersten 6 Monaten nach der zweiten Tarifreform (September 1952 bis Februar 1953).

#### b) Das Ausmaß der Tarifierhöhungen

##### Einzelfahrscheine

Durch die erste Tarifreform wurden vor allem die Einzelfahrscheine im Preise erhöht, und zwar insbesondere die Preise für die 4. bis 7. Zone. Damit wurde der Preisvorteil des Langstreckenfahrs, wie er bei dem in der Nachkriegszeit herrschenden 2-Zonen-System bestand, weitgehend beseitigt. Alle Preise für Einzelfahrscheine lagen nach der ersten Tarifreform über dem Vorkriegsniveau.

Die zweite Tarifreform brachte eine weitere Fahrpreiserhöhung. Ein Vergleich mit dem Vorkriegstarif zeigt, daß jetzt alle Fahrpreise für Einzelfahrscheine 25—75 v. H. über dem Vorkriegsstand liegen.

### Übersicht 17

#### Fahrpreise der S-Bahn

(Zone gültig ab 1952)	Entfernung km	3. Klasse				2. Klasse			
		Vorkriegstarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/D.M	seit 1. Okt. 1950 DM	seit 1. Sept. 1952 DM	Vorkriegstarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/D.M	seit 1. Okt. 1950 DM	seit 1. Sept. 1952 DM
<b>Einzelfahrkarten absolut</b>									
I	über 1—8	0,15	0,20	0,25	0,25	0,20	0,40	0,40	0,40
II	„ 8—15	0,20	0,20	0,25	0,35	0,30	0,40	0,40	0,50
III	„ 15—22	0,30	0,30	0,40	0,40	0,45	0,60	0,60	0,60
IV	„ 22—29	0,40	0,30	0,55	0,60	0,60	0,60	0,80	0,90
V	„ 29—35	0,50	0,30	0,75	0,85	0,75	0,60	1,20	1,30
	„ 35—41	0,60	0,30	0,75	0,85	0,90	0,60	1,20	1,30
VI	„ 41—47	0,70	0,30	1,00	1,20	1,05	0,60	1,50	1,80
	„ 47—53	0,80	0,30	1,00	1,20	1,20	0,60	1,50	1,80
VII	„ 53—59	1,00	0,30	1,25	1,50	1,50	0,60	1,90	2,25
	„ 59—65	1,20	0,30	1,25	1,50	1,80	0,60	1,90	2,25
<b>relativ</b>									
I	über 1—8	100	133,3	166,7	166,7	100	200,0	200,0	200,0
II	„ 8—15	100	100,0	125,0	175,0	100	133,3	133,3	166,7
III	„ 15—22	100	100,0	133,3	133,3	100	133,3	133,3	133,3
IV	„ 22—29	100	75,0	137,5	150,0	100	100,0	133,3	150,0
V	„ 29—35	100	60,0	150,0	170,0	100	80,0	160,0	173,3
	„ 35—41	100	50,0	125,0	141,7	100	66,7	133,3	144,4
VI	„ 41—47	100	42,9	142,9	171,4	100	57,1	142,9	171,4
	„ 47—53	100	37,5	125,0	150,0	100	50,0	125,0	150,0
VII	„ 53—59	100	30,0	125,0	150,0	100	40,0	126,7	150,0
	„ 59—65	100	25,0	104,2	125,0	100	33,3	105,6	125,0

### Monatskarten

Bei den Monatskarten brachte die Tarifreform einen weniger starken Preisanstieg. Die Preise der Monatskarten für die heutige 6. und 7. Zone liegen noch immer unter dem Vorkriegsniveau. Den höch-

sten Preisstand unter den Monatskarten weist im Vergleich mit der Vorkriegszeit die Monatskarte für die 1. Zone auf. Die Monatskarten der 2. Klasse sind stärker im Preise gestiegen als die der 3. Klasse. Alle Preise liegen hier über dem Vorkriegsniveau.

### Übersicht 18

#### Fahrpreise der S-Bahn

(Zone gültig ab 1952)	Entfernung km	3. Klasse				2. Klasse			
		Vorkriegs-tarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt. 1950 DM	seit 1. Sept. 1952 DM	Vorkriegs-tarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt. 1950 DM	seit 1. Sept. 1952 DM

#### Monatskarten absolut

I	über 1—8 . . .	7,00	9,00	9,00	10,00	9,00	18,00	18,00	18,00
II	über 8—15 . . .	9,50	9,00	9,00	11,00	12,50	18,00	18,00	19,00
III	„ 15—22 . . .	12,00	12,00	12,00	13,50	16,00	24,00	24,00	24,00
IV	„ 22—29 . . .	14,50	12,00	15,50	17,00	19,50	24,00	31,00	31,00
V	„ 29—35 . . .	17,00	12,00	18,00	20,00	23,00	24,00	36,00	36,00
	„ 35—41 . . .	20,00	12,00	18,00	20,00	26,50	24,00	36,00	36,00
VI	„ 41—47 . . .	23,00	12,00	18,00	20,00	30,50	24,00	36,00	36,00
	„ 47—53 . . .	26,00	12,00	18,00	20,00	35,00	24,00	36,00	36,00
VII	„ 53—59 . . .	26,00	12,00	18,00	20,00	35,00	24,00	36,00	36,00
	„ 59—65 . . .	26,00	12,00	18,00	20,00	35,00	24,00	36,00	36,00

#### relativ

I	über 1—8 . . .	100	128,6	128,6	142,9	100	200,0	200,0	200,0
II	über 8—15 . . .	100	94,7	94,7	115,8	100	144,0	144,0	152,0
III	„ 15—22 . . .	100	100,0	100,0	112,5	100	150,0	150,0	150,0
IV	„ 22—29 . . .	100	82,8	106,9	117,2	100	123,1	159,0	159,0
V	„ 29—35 . . .	100	70,6	105,9	117,6	100	104,3	156,5	156,5
	„ 35—41 . . .	100	60,0	90,0	100,0	100	90,6	135,8	135,8
VI	„ 41—47 . . .	100	52,2	78,3	87,0	100	78,7	118,0	118,0
	„ 47—53 . . .	100	46,2	69,2	76,9	100	68,6	102,9	102,9
VII	„ 53—59 . . .	100	46,2	69,2	76,9	100	68,6	102,9	102,9
	„ 59—65 . . .	100	46,2	69,2	76,9	100	68,6	102,9	102,9

### Teilmonatskarten (Wochenkarten)

Die Wochenkarten wurden durch die beiden Tarifreformen am wenigsten im Preis erhöht. Wer heute eine Strecke von 35 und mehr km in der

3. Wagenklasse fährt, kann dies als Wochenkarteninhaber zu einem niedrigeren Preis als vor dem Kriege. Die Preise für die 2. Wagenklasse wurden auch hier stärker erhöht als die der 3. Klasse.

### Übersicht 19

#### Fahrpreise der S-Bahn

(Zone gültig ab 1952)	Entfernung km	3. Klasse				2. Klasse			
		Vorkriegs-tarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt. 1950 DM	seit 1. Sept. 1952 DM	Vorkriegs-tarif RM	Aug. 1944 bis Sept. 1950 RM/DM	seit 1. Okt. 1950 DM	seit 1. Sept. 1952 DM

#### Teilmonatskarten (Wochenkarten) absolut

I	über 1—8 . . .	2,00	2,30	2,30	2,50	2,40	4,60	4,60	4,60
II	über 8—15 . . .	2,50	2,30	2,30	2,75	3,30	4,60	4,60	5,00
III	„ 15—22 . . .	3,30	3,50	3,50	3,70	4,30	7,00	7,00	7,00
IV	„ 22—29 . . .	4,10	3,50	4,30	4,70	5,40	7,00	8,60	8,60
V	„ 29—35 . . .	4,80	3,50	5,00	5,30	6,30	7,00	10,00	10,00
	„ 35—41 . . .	5,60	3,50	5,00	5,30	7,40	7,00	10,00	10,00
VI	„ 41—47 . . .	6,40	3,50	5,00	5,30	8,50	7,00	10,00	10,00
	„ 47—53 . . .	7,50	3,50	5,00	5,30	10,00	7,00	10,00	10,00
VII	„ 53—59 . . .	7,50	3,50	5,00	5,30	10,00	7,00	10,00	10,00
	„ 59—65 . . .	7,50	3,50	5,00	5,30	10,00	7,00	10,00	10,00

#### relativ

I	über 1—8 . . .	100	115,0	115,0	125,0	100	191,7	191,7	191,7
II	über 8—15 . . .	100	92,0	92,0	110,0	100	139,4	139,4	151,5
III	„ 15—22 . . .	100	106,1	106,1	112,1	100	162,8	162,8	162,8
IV	„ 22—29 . . .	100	85,4	104,9	114,6	100	129,6	159,3	159,3
V	„ 29—35 . . .	100	72,9	104,2	110,4	100	111,1	158,7	158,7
	„ 35—41 . . .	100	62,5	89,3	94,6	100	94,6	135,1	135,1
VI	„ 41—47 . . .	100	54,7	78,1	82,8	100	82,4	117,6	117,6
	„ 47—53 . . .	100	46,7	66,7	70,7	100	70,0	100,0	100,0
VII	„ 53—59 . . .	100	46,7	66,7	70,7	100	70,0	100,0	100,0
	„ 59—65 . . .	100	46,7	66,7	70,7	100	70,0	100,0	100,0

Über den Einfluß der Tarifreform auf die Betriebseinnahmen, also über die Einnahmen der Bundesbahn im S-Bahn-Verkehr liegen im Statistischen Landesamt keine Angaben vor. Es kann da-

her auch nicht gesagt werden, in welchem Umfange die Tarifreformen eine Steigerung der Einnahmen zur Folge hatten.

## D. Die nicht bundeseigenen Eisenbahnen und ihre Kraftomnibuslinien

Neben der S-Bahn dienen Privatbahnen mit ihren Eisenbahn- und Autobuslinien dem Nahverkehr. Als Verkehrsträger sind zu nennen:

- die Eisenbahn Altona-Kaltenkirchen-Neumünster A. G.,
- die Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn A. G. und die
- Südstormarnsche Kreisbahn.

### 1. Die Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn A. G.

Die Kaltenkirchener Bahn ist die älteste unter den drei nicht bundeseigenen Eisenbahnen. Sie wurde schon im Jahre 1884 eröffnet und durchfährt von Altona bis Neumünster eine Strecke von 67 km. Die Eisenbahn dient sowohl dem Personen- als auch dem Güterverkehr. Die große Bedeutung des Güterverkehrs findet ihren Ausdruck in dem großen Bestand an Güter- und Spezialwagen. In den Jahren 1951 und 1952 verfügte die Kaltenkirchener Bahn über nachstehenden Fahrzeugpark:

Fahrzeugart	1951	1952
Dampflokomotiven . . . . .	11	8
Diesellokomotiven . . . . .	1	1
Triebwagen . . . . .	7	7
Post- und Gepäckwagen . . . . .	7	8
Personenwagen . . . . .	43	34
Güter- und Spezialwagen . . . . .	126	111

Wie diese Übersicht zeigt, hat sich der Fahrzeugpark im Vergleich mit dem Vorjahr vermindert.

Die höchste Beförderungsziffer der Nachkriegszeit wies das Jahr 1950 auf; 1951 kam es zu einem Rückgang, der sich jedoch 1952 nicht fortsetzte. Die Zahl der beförderten Personen betrug 1952 rund das 2,5fache der 1938er Zahl. Hieraus ist ersichtlich, daß die **Verkehrsfrequenz heute weit über dem Vorkriegsniveau liegt.**

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Betriebseinnahmen der Kaltenkirchener Bahn. Allerdings weichen die Meßzahlen der beförderten Personen einerseits und der Einnahmen andererseits im Jahre 1950 stark voneinander ab. Es ist anzunehmen, daß 1950 mehr Personen zum verbilligten Sozialtarif fuhren als 1938. In den Jahren 1951 und 1952 gleichen sich die Meßzahlen einander

### Beförderte Personen und Betriebseinnahmen

Jahre	Zahl der beförderten Personen		Einnahmen	
	Anzahl	in v. H. (1938=100)	RM / DM	in v. H. (1938=100)
1938	917 000	100,0	416 969	100,0
1950	2 449 982	267,2	1 041 476	249,8
1951	2 287 060	249,4	1 015 297	243,5
1952	2 286 259	249,3	1 034 655	248,1

wieder an, woraus zu schließen ist, daß der relative Anteil der zum Sozialtarif fahrenden Personen wieder annähernd derselbe ist wie 1938.

Schon vor dem Kriege waren die Beförderungsziffern der Kaltenkirchener Bahn stark angestiegen, weil sich die Besiedlung des Verkehrsbereiches ausdehnte. Die Zahl der beförderten Personen stieg von 723 000 im Jahre 1936 auf 917 000 im Jahre 1938. Diese Zunahme bleibt jedoch weit hinter der Verkehrssteigerung der Nachkriegszeit zurück.

Die Fahrpreise der Kaltenkirchener Bahn sind seit 1950 unverändert geblieben, und zwar beträgt der Fahrpreis je km 6,0 Pf für die 3. Klasse. Allerdings muß bemerkt werden, daß die Einzelfahrkarten, für die der Normaltarif gilt, bei der Kaltenkirchener Bahn nicht die entscheidende Rolle spielen, weil die Fahrgäste überwiegend Zeitkarten benutzen, und zwar hauptsächlich die Arbeiterwochenkarten und die ermäßigten Rückfahrkarten zum Preis von 3,2 Pf je km. Diese Tarifregelung entspricht in etwa dem S-Bahn-Preis der Bundesbahn. Dasselbe gilt für die Zeitkarten der Kaltenkirchener Bahn. Die große Mehrzahl der Fahrgäste fährt auf verbilligten Zeitkarten zum sogenannten Sozialtarif und auf verbilligten Rückfahrkarten.

Gemessen an der Beförderungsziffer der Hoch- und S-Bahn weist die Kaltenkirchener Bahn nur relativ geringe Beförderungsziffern auf. Immerhin zeigt der Anstieg der Beförderungsziffer im Vergleich mit der Vorkriegszeit, daß auch der Pendelverkehr aus den schleswig-holsteinischen Gebieten in der Nachkriegszeit zugenommen hat. Die im Jahre 1951 eingetretene Abnahme der Beförderungsfälle kann vielleicht damit erklärt werden, daß ein Teil der Evakuierten inzwischen ein Unterkommen in Hamburg gefunden hat.

Im einzelnen ist der Umfang des Verkehrsstroms nach Hamburg aus der folgenden Aufstellung ersichtlich.

In den Jahren 1938 und 1950 bis 1952 trafen nachstehende Reisende mit der Kaltenkirchener Bahn auf den Hamburger Bahnhöfen ein:

Jahre	Altona	Stellingen	Eidelstedt		Schnelsen
			Bundesbahn	Ost	
im Jahre					
1938	180 164	12 013	11 446	10 343	27 381
1950	699 938	29 199	36 804	72 470	78 349
1951	662 478	16 768	32 869	48 865	52 154
1952	662 080	16 366	32 472	48 463	51 759
je Tag					
1938	494	33	32	28	75
1950	1 918	80	101	198	215
1951	1 815	46	90	134	143
1952	1 809	45	89	132	141

## 2. Die Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn-AG. und ihre Omnibuslinien

Die Gesellschaft betreibt seit dem Jahre 1906 eine Eisenbahnverbindung zwischen Bergedorf und Geesthacht. Zum Betriebsbereich der Bergedorf-

Fahrzeugart	1938	1951	1952
Dampflokomotiven . . . . .	13.	10	9
Diesellokomotiven . . . . .	—	3	3
Triebwagen . . . . .	2	4	4
„ -Beiwagen . . . . .	2	2	5
Personenwagen . . . . .	31	31	31
Post- und Gepäckwagen . . . .	5	6	6
Güterwagen u. Spezialwagen .	90	111	89

Geesthachter Eisenbahn kam im Jahre 1912 die Vierländerbahn (Bergedorf—Zollenspieker) und im Jahre 1928 die ebenfalls neugebaute Marschländer-

bahn hinzu. Auf allen Strecken werden sowohl Personen als auch Güter befördert. Über den Bestand an Schienenfahrzeugen für die drei Bahnen und über die Veränderung desselben unterrichtet vorstehende kleine Übersicht.

Die Übersicht läßt schon erkennen, daß dem Güterverkehr eine wesentliche Rolle zukommt, worauf hier jedoch nicht eingegangen werden soll. Die Zahl der beförderten Personen ging im Eisenbahnverkehr laufend zurück, und zwar ist dieser Rückgang sowohl bei der Bergedorf-Geesthachter als auch bei der Vierländerbahn und der Marschbahn vorhanden. Insgesamt ist 1951 gegenüber 1938 ein Rückgang in der Zahl der beförderten Personen von 18,1 v. H. zu verzeichnen. Die Marschbahn wurde am 28. 2. 1952 für den Personenverkehr stillgelegt.

### Übersicht 20

### Beförderte Personen

Jahre	Bergedorf-Geesthachter Bahn		Vierländer Bahn		Marschbahn		zusammen	
	im Jahr	je Tag	im Jahr	je Tag	im Jahr	je Tag	im Jahr	je Tag
1938	1 561 817	4 279	153 705	421	527 359	1 445	2 242 881	6 145
1950	1 457 705	3 993	563 106	1 543	461 651	1 265	2 482 462	6 801
1951	1 056 046	2 893	501 211	1 373	280 153	768	1 837 410	5 034
1952	685 150	1 872	318 242	870*	37 057 <sup>1)</sup>	628 <sup>1)</sup>	1 040 449	3 370

<sup>1)</sup> Marschbahn nur bis 28. 2. 1952.

Ein anderes Bild bietet der Personenverkehr bei den **Kraftomnibussen der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn A. G.** Diesen Betriebszweig hat das Unternehmen ständig weiter ausgebaut. Die Gesellschaft unterhält heute ein Autobusnetz mit einer Linienlänge von insgesamt 170 km, wovon 144 km zum hamburgischen Gebiet zählen.

Die Kraftomnibuslinien der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahnen haben den Vier- und Marschlanden eine größere Verkehrsdichte gegeben, als es der Eisenbahnverkehr allein vermocht hätte. Bei der Einstellung des Personenverkehrs auf der Hamburger Marschbahn wurden die Fahrgäste dieser Linie von den Autobuslinien Zollenspieker/Hamburg aufgenommen.

Das Liniennetz der Kraftomnibusse der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn hat keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die Linie 12 wurde auf der Strecke Reitbrook—Fünfhausen eingestellt, wodurch sich die Länge dieser Linie von 9,8 auf 7,3 km verringerte. Mit den Omnibussen der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn wurden 1952 gut viermal soviel Personen befördert wie 1938.

Jahre	Zahl der beförderten Personen	
	in 1000	in v. H. (1938=100)
1938	1 289	100,0
1950	3 848	298,5
1951	4 668	362,1
1952	5 233	406,0

Die Betriebseinnahmen aus dem Eisenbahnverkehr der Gesellschaft sind nur gut halb so hoch wie im Jahre 1938. Die Einnahmen aus dem Autobusverkehr erreichten dagegen die 6fache Höhe. Die Gesamteinnahmen der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn aus dem Personenverkehr weisen 272,5 v. H. des Standes von 1938 auf.

### Betriebseinnahmen der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn A. G.

Jahre	Eisenbahn		Autobus		Insgesamt	
	überhaupt RM/DM	in v. H. (1938=100)	überhaupt RM/DM	in v. H. (1938=100)	überhaupt RM/DM	in v. H. (1938=100)
1938	577 700	100,0	382 700	100,0	960 400	100,0
1950	710 500	123,0	1 471 500	384,5	2 182 000	227,2
1951	563 392	97,5	1 918 355	501,3	2 481 747	258,4
1952	320 688	55,5	2 296 327	600,0	2 617 015	272,5

## 3. Die Südstormarnsche Kreisbahn und ihre Omnibuslinien

Die Südstormarnsche Eisenbahn wurde im Jahre 1907, der Omnibusbetrieb im Jahre 1928 eröffnet. Die Eisenbahn dient sowohl der Personen- als auch der Güterbeförderung.

Am 15. 3. 1952 wurde der Personenverkehr auf der Kreisbahn eingestellt. Der Güterverkehr wird heute noch auf der Strecke Tiefstack—Billstedt—Glinde weiterbetrieben; eingestellt wurde der Güterverkehr auf der Strecke Glinde—Trittau.

In den Nachkriegsjahren wechselten immer mehr Personen zu den Omnibussen über. Im Jahre 1950 wurden schon weit mehr Personen mit Kraftomnibussen befördert als auf der Südstormarnschen Eisenbahn, nämlich rd. 230 v. H. mehr. Im Jahre 1951 erreichte die Beförderungsziffer der Omnibusse mehr als die fünffache Höhe der Beförderungsziffer der Kreisbahn.

Ein Vergleich mit 1938 zeigt, daß im Jahre 1952 431,9 v. H. des Beförderungszustandes von 1938 erreicht wurden. Nicht ganz so stark stiegen die Betriebseinnahmen im Omnibusverkehr. Im Eisenbahnverkehr der Kreisbahn zeigt sich seit 1951 eine rückläufige Tendenz der Beförderungsziffern und der Einnahmen.

# Übersicht 21

Jahre	Zahl der beförderten Personen		Einnahmen aus dem Personen-Verkehr in RM/DM		Einnahmen je Beförderungsfall in RM/DM	
	Kreisbahn	Kraftomnibus	Kreisbahn	Kraftomnibus	Kreisbahn	Kraftomnibus
absolut						
1938	318 947	627 499	71 950	372 452	0,23	0,59
1950	714 380	2 387 171	185 355	985 592	0,26	0,41
1951	465 461	2 688 733	160 238	1 130 185	0,34	0,42
1952 <sup>1)</sup>	83 869	2 710 006	30 053	1 313 103	0,36	0,48
1938 = 100						
1938	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1950	224,0	380,4	257,6	264,6	113,0	69,5
1951	145,9	428,5	222,7	303,4	147,8	71,2
1952 <sup>1)</sup>	26,3	431,9	41,8	352,6	156,5	81,4

<sup>1)</sup> Kreisbahn am 15. 3. 1952 eingestellt.

## E. Sonstige Kraftomnibuslinien

### 1. Der Kraftomnibusbetrieb der Bundesbahn und der Bundespost in Hamburg

#### a) Kraftomnibusbetrieb der Bundesbahn

Außer dem Personenverkehr der Bundesbahn im elektrischen und im Dampfbetrieb betreibt die Bundesbahn einen Omnibusbetrieb im Hamburger Raum, und zwar auf den Linien ZOB Hamburg—Harburg und Harburg—Neugraben.

Über die Verkehrsleistung im Omnibusbetrieb liegen dem Statistischen Landesamt nur für 1952 lückenlose Zahlen vor. Wie nachstehende Übersicht zeigt, ist seit Februar im Linienverkehr eine ständige Zunahme in der Zahl der beförderten Personen zu verzeichnen.

Monate	Linienlänge in km	Gefahren Wagen-km	Beförderte Personen	Einnahmen aus dem Personen- u. Gepäckverkehr DM
				in 1000
Januar . . .	—	—	—	—
Februar . . .	13	12,6	10,3	5,0
März . . .	13	31,8	41,6	19,9
April . . .	13	31,5	48,5	23,5
Mai . . .	29,7	36,4	54,9	27,4
Juni . . .	29,7	50,2	76,5	37,5
Juli . . .	29,7	51,8	78,0	37,2
August . . .	29,7	53,3	84,3	43,1
September . . .	29,7	52,4	88,8	42,2
Oktober . . .	29,7	70,6	98,7	47,9
November . . .	29,7	69,2	108,9	49,5
Dezember . . .	29,7	82,2	150,1	69,9
1952 zus.		542,0	840,6	403,1

#### b) Kraftomnibusbetrieb der Bundespost

Die Kraftomnibusse der Bundespost befahren mit zwei Linien im wesentlichen Hamburger Gebiet, nämlich die Linien

Hamburg ZOB bzw. Harburg — Moorburg — Francop — Neuenfelde — Hove — Königreich — York = 43,3 km;

Harburg — Bostelbek — Hausbruch — Emmetal — Ehestorf = 36,4 km.

Auf diesen Linien wurden 1952 rd. 432 300 Personen befördert, die Zahl der Motorwagen- und Anhänger-kilometer belief sich 1952 auf 352 200 km.

Monate	Linienlänge in km	Geleistete Motorwagen- und Anhänger-km	Beförderte Personen	Einnahmen aus dem Personen- u. Gepäckverkehr DM
				in 1000
Januar . . .	53,0	29,2	39,9	23,7
Februar . . .	53,0	26,6	37,3	21,9
März . . .	53,0	27,7	35,2	21,5
April . . .	53,0	27,3	33,7	21,3
Mai . . .	52,0	26,6	30,1	18,7
Juni . . .	52,0	26,4	30,2	18,7
Juli . . .	52,0	32,6	33,0	23,0
August . . .	52,0	33,2	32,3	21,6
September . . .	52,0	29,9	34,9	22,2
Oktober . . .	52,0	31,4	36,8	21,4
November . . .	52,0	28,8	39,1	23,7
Dezember . . .	52,0	32,5	49,8	21,5
1952 zus.		352,2	432,3	259,2

Außer dem Personenverkehr im hamburgischen Raum betreiben die Bundesbahn und Bundespost mit ihren Omnibussen einen Linienverkehr und Gelegenheitsverkehr in die engere und weitere Umgebung von Hamburg, teilweise aber auch bis in den süddeutschen Raum hinein. Über diese Verkehrstätigkeit liegen dem Statistischen Landesamt leider keine Zahlen vor. Über die Linienführung der Kraftomnibusse der Deutschen Bundesbahn und Bundespost in außerhamburgische Gebiete ist 1952 in Heft Nr. 1 unserer Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ berichtet worden.

### 2. Die privaten Kraftomnibusbetriebe

Neben den Omnibuslinien der Hochbahn, der Bundesbahn, der Bundespost und der privaten Eisenbahn-Unternehmungen, deren Verkehrsleistungen im Hamburger Raum und in den angrenzenden Bezirken bereits dargestellt wurden, gibt es eine Reihe einzelner privatwirtschaftlicher Unternehmungen, die Personenbeförderung mit Autobussen in

Hamburg und in der näheren Umgebung von Hamburg betreiben. Einige Unternehmungen betreiben auch einen Überlandlinienverkehr nach Hannover, Bremen, Travemünde und Wintermoor. Bei sieben privaten Autobusunternehmungen ist der ZOB (Zentralomnibusbahnhof am Hamburger Hauptbahnhof) Ausgangs- oder Endpunkt der Linien.

Im Linienverkehr werden nachstehende Strecken befahren:

- ZOB-Hamburg—Hannover
- „ „ —Bremen
- „ „ —Travemünde
- „ „ —Wintermoor
- „ „ —Neuenfelde
- „ „ —Moorburg
- „ „ —Moorwerder
- Veddel. Marktplatz — Neuhäuserdamm — Hovestr. Harburg—Marmstorf
- Hotel „Vier Jahreszeiten“ (Neuer Jungsfensterstiege) — Fuhlsbüttel / Flughafen
- Niendorfer Marktplatz — Großkoppelweg
- Billstedt — Wandsbek Jüthorn

- Langenhorn-Nord-Bahnhof — Wakendorfer Weg
- Schnelsen — Bahnhof Blankenese
- Altona, Stresemannstraße — Ecke Juliusstraße bis Ottensener Straße, Ecke Lederstraße
- Bostelbek — Waltershof über Neugraben

Neben dem Linienverkehr wird von den privaten Autobussen ein Gelegenheitsverkehr betrieben. Im Jahre 1952 waren in Hamburg 46 bis 49 konzessionierte Unternehmungen vorhanden; die Zahl der am Personenverkehr beteiligten Unternehmungen schwankte 1952 zwischen 37 und 44 Firmen.

Die Zahl der beförderten Personen lag 1952 im Linienverkehr um 264,4 v. H. höher als im Gelegenheitsverkehr. Seit 1950 ist eine ständige Zunahme in der Zahl der beförderten Personen zu verzeichnen, und zwar ist die Zunahme des Linienverkehrs größer als die Steigerung des Gelegenheitsverkehrs.

Die Zahl der Motorwagen- und Anhängerkilometer nahm dagegen im Linienverkehr von 1951 auf 1952 leicht ab, was auf eine stärkere Besetzung der Wagen schließen läßt.

## Übersicht 22

### Die Verkehrsleistungen der privaten Kraftomnibusunternehmen Hamburgs in den Jahren 1950 bis 1952

Verkehrsarten	absolut			in v. H. (1950 = 100)		
	1950	1951	1952	1950	1951	1952
<b>Linienverkehr<sup>1)</sup></b>						
geleistete Motorwagen und Anhänger km in 1000 . . . . .	1 274,2	1 629,6	1 537,9	100	127,9	120,7
Beförderte Personen in 1000 . . . . .	1 806,0	2 709,9	2 981,6	100	150,0	165,1
Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr in 1000 DM . . . . .	791,6	1 116,8	1 080,5	100	141,1	136,5
<b>Gelegenheitsverkehr<sup>2)</sup></b>						
geleistete Motorwagen und Anhänger km in 1000 . . . . .	2 538,5	3 139,5	3 167,5	100	123,7	124,8
Beförderte Personen in 1000 . . . . .	568,2	788,9	818,3	100	138,8	144,0
Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr in 1000 DM . . . . .	2 249,6	2 997,8	3 136,5	100	133,3	139,4

1) Orts-, Nachbarorts- und Überlandlinienverkehr sowie linienähnlicher Arbeiterverkehr.  
2) Ausflugs- und Mietwagenverkehr

## F. Der Droschkenverkehr

In der Kriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren waren nur wenig Kraftdroschken im Verkehr. Nach der Währungsreform füllte sich der Droschkenpark schnell wieder auf. Heute ist der Vorkriegsstand weit überschritten.

im Jahre	Zahl der Kraftdroschken
1937 . . . . .	885
1938 . . . . .	854
1948 . . . . .	441
1949 . . . . .	817
1951 . . . . .	1332
1952 . . . . .	1394

Anders verhält es sich dagegen bei den Standplätzen; 1937 waren 465 Standplätze für Droschken vorhanden, 1952 dagegen nur 256. Über die regionale Verteilung der Standplätze unterrichtet nachstehende Übersicht 23.

Eine gewisse Vorstellung über die Nachfrage im Droschkenverkehr vermag die Geschäftsstatistik der Auto-Ruf GmbH. zu geben. Die Zahl der Auto-ruf-Bestellungen ist in den Jahren 1950—1952 ständig angestiegen; allerdings wurde die 1938er Zahl noch nicht wieder erreicht.



**Die Zahl der Droschken-Halteplätze in Hamburg**  
(nach dem Stand vom 1. April 1953)

Gebiete	Z a h l d e r					
	Stände	an den Ständen abzustellende Droschken	Nachtposten	an den Nacht- posten abzust. Droschken	Stände bei besonderen Veranstaltungen	bei besonderen Veranstaltungen abzust. Droschken
<b>Abschnitt I</b>						
Altstadt, Neustadt . . . . .	39	322	6	29	—	—
<b>Abschnitt II</b>						
Blankenese, Rissen, Lurup, Sülldorf, Osdorf, Groß-Flottbek, Bahrenfeld . . . . .	16	112	—	—	2	30
<b>Abschnitt III</b>						
Schnelsen, Eidelstedt, Niendorf, Stellingen, Hoheluft, Eimsbüttel . . . . .	17	96	3	17	1	15
<b>Abschnitt IV</b>						
Langenhorn, Fuhlsbüttel, Groß-Borstel, Alsterdorf, Winterhude . . . . .	21	141	—	—	1	30
<b>Abschnitt V</b>						
Hummelsbüttel, Wellingsbüttel, Poppenbüttel, Volksdorf, Bramfeld, Rahlstedt, Wandsbek, Farmsen . . . . .	12	63	—	—	1	8
<b>Abschnitt VI</b>						
Bergedorf, Lohbrügge . . . . .	1	13	—	—	—	—
<b>Abschnitt VII</b>						
Harburg, Neugraben . . . . .	11	47	1	3	—	—
<b>Abschnitt VIII</b>						
Wilhelmsburg . . . . .	2	12	—	—	—	—
<b>Abschnitt IX</b>						
Altona, Ottensen . . . . .	15	101	1	4	2	11
<b>Abschnitt X</b>						
St. Pauli, Harvestehude, Eimsbüttel-Ost . . . . .	30	287	4	22	12	95
<b>Abschnitt XI</b>						
Barmbek, Winterhude-Ost, Uhlenhorst, Hohenfelde . . . . .	32	182	—	—	—	—
<b>Abschnitt XII</b>						
Hammerbrook, St. Georg, Borgfelde, Hamm, Horn, Billstedt, Rotenburgsort, Billbrook . . . . .	20	193	4	25	—	—
<b>zusammen</b> . . . . .	<b>216</b>	<b>1569</b>	<b>19</b>	<b>100</b>	<b>19</b>	<b>189</b>

Bezogen auf eine Kraftdroschke ist das Verhältnis gegenüber 1938 noch ungünstiger, weil die Zahl der Kraftdroschken heute größer ist als 1938. Auf eine Kraftdroschke kamen 1952 543 Bestellungen gegenüber 1148 im Jahre 1938.

**Autoruf-Bestellungen**

Jahre	überhaupt	je Kraftdroschke
1938	980 300	1 148
1950	691 624	569
1951	721 507	542
1952	757 470	543

**Zusammenfassung**

Auf allen Nahverkehrsmitteln, die im Hamburger Raum und in den angrenzenden Gebieten der Personenbeförderung dienen, wurden **im Jahre 1952 insgesamt 595,5 Mill. Personen** befördert; das sind **58,1 v. H. mehr als im Jahre 1938**.

Allein mit den Verkehrsmitteln der Hamburger Hochbahn A. G. fuhren 1952 rd. 440 Mill. Personen oder 73,9 v. H. aller im Nahverkehr beförderten Personen. Mit der S-Bahn fuhren dagegen 121 Mill. (20,3 v. H.) und mit den Schiffen der Hamburger

Hafen-Dampfschiffahrt A. G. rd. 18 Mill. Personen (3,0 v. H.).

Umgerechnet auf einen Tag wurden 1952 durchschnittlich **1,628 Mill. Beförderungsfälle** gezählt gegenüber 1,032 Mill. im Jahre 1938. Hieraus ist wiederum ersichtlich, daß der Verkehr auf den Nahverkehrsmitteln im Vergleich mit der Vorkriegszeit erheblich zugenommen hat.

Dipl.-Volkswirt Bahlert/Oechsle

**Beförderungsfälle auf den Hamburger Verkehrsmitteln  
in den Jahren 1938 und 1950 bis 1952**

Verkehrsmittel	1938	1950	1951	1952
Zahl der beförderten Personen (in 1000)				
<b>Hamburger Hochbahn A.G.</b> . . . . .	260 805	451 382	425 165	439 875
dav. Straßenbahn . . . . .	165 590	281 974	243 583	249 568
U-Bahn . . . . .	70 636	115 047	120 413	125 194
W-Bahn . . . . .	8 221	25 980	29 816	30 552
Kraftomnibusse . . . . .	12 992	21 844	25 015	28 090
Obusse . . . . .	—	2 491	3 640	3 815
Alsterschiffe . . . . .	3 366	4 046	2 698	2 656
<b>HADAG</b> . . . . .	15 211	15 391	16 854	18 121
(ohne Gr.Hafenrundfahrt)				
<b>S-Bahn</b> . . . . .	95 265	132 771	126 271	121 100
<b>Altona-Kaltenkirchener</b> . . . . .	917	2 450	2 287	2 286
<b>Bergedorf-Geesthachter</b> . . . . .	3 532	6 330	6 505	6 273
dav. Eisenbahn . . . . .	2 243	2 482	1 837	1 040
Omnibus . . . . .	1 289	3 848	4 668	5 233
<b>Südstorm. Kreisbahn</b> . . . . .	946	3 101	3 154	2 794
dav. Eisenbahn . . . . .	319	714	465	84
Omnibus . . . . .	627	2 387	2 689	2 710
<b>Kraftomnibusse der</b> privaten Unternehmen . . . . .	.	2 374	3 499	3 800
Deutschen Bundespost . . . . .	.	—	—	432
„ Bundesbahn . . . . .	.	—	—	841
<b>insgesamt</b> . . . . .	<b>376 676</b>	<b>613 799</b>	<b>583 735</b>	<b>595 522</b>

Zahl der beförderten Personen (Tagesdurchschnitt)

<b>Hamburger Hochbahn A.G.</b> . . . . .	714 536	1 236 663	1 164 834	1 201 842
dav. Straßenbahn . . . . .	453 672	772 531	667 352	681 879
U-Bahn . . . . .	193 524	315 196	329 897	342 059
W-Bahn . . . . .	22 523	71 179	81 688	83 476
Kraftomnibusse . . . . .	35 594	59 847	68 533	76 750
Obusse . . . . .	—	6 826	9 973	10 423
Alsterschiffe . . . . .	9 223	11 084	7 391	7 255
<b>HADAG</b> . . . . .	41 673	42 169	46 175	49 509
(ohne Gr.Hafenrundfahrt)				
<b>S-Bahn</b> . . . . .	260 999	363 756	345 949	330 874
<b>Altona-Kaltenkirchener</b> . . . . .	2 512	6 712	6 266	6 247
<b>Bergedorf-Geesthachter</b> . . . . .	9 678	17 345	17 822	17 668
dav. Eisenbahn . . . . .	6 145	6 801	5 034	3 370 <sup>1)</sup>
Omnibus . . . . .	3 533	10 544	12 788	14 298
<b>Südstorm. Kreisbahn</b> . . . . .	2 593	8 497	8 641	8 537
dav. Eisenbahn . . . . .	874	1 957	1 275	1 133 <sup>2)</sup>
Omnibus . . . . .	1 719	6 540	7 366	7 404
<b>Kraftomnibusse der</b> privaten Unternehmen . . . . .	.	6 505	9 586	10 382
Deutschen Bundespost . . . . .	.	—	—	1 181
„ Bundesbahn . . . . .	.	—	—	2 297
<b>insgesamt</b> . . . . .	<b>1 031 991</b>	<b>1 681 647</b>	<b>1 599 273</b>	<b>1 628 537</b>

<sup>1)</sup> Marschbahn ab 29. 2. 1952 eingestellt.

<sup>2)</sup> Kreisbahn ab 15. 3. 1952 eingestellt.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

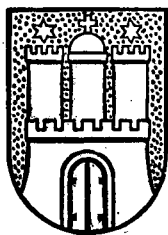
*Girardet & Co., Hamburg*

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 27. Juni 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 14



## Die Schichtung der Löhne und Gehälter in der Hamburger Wirtschaft

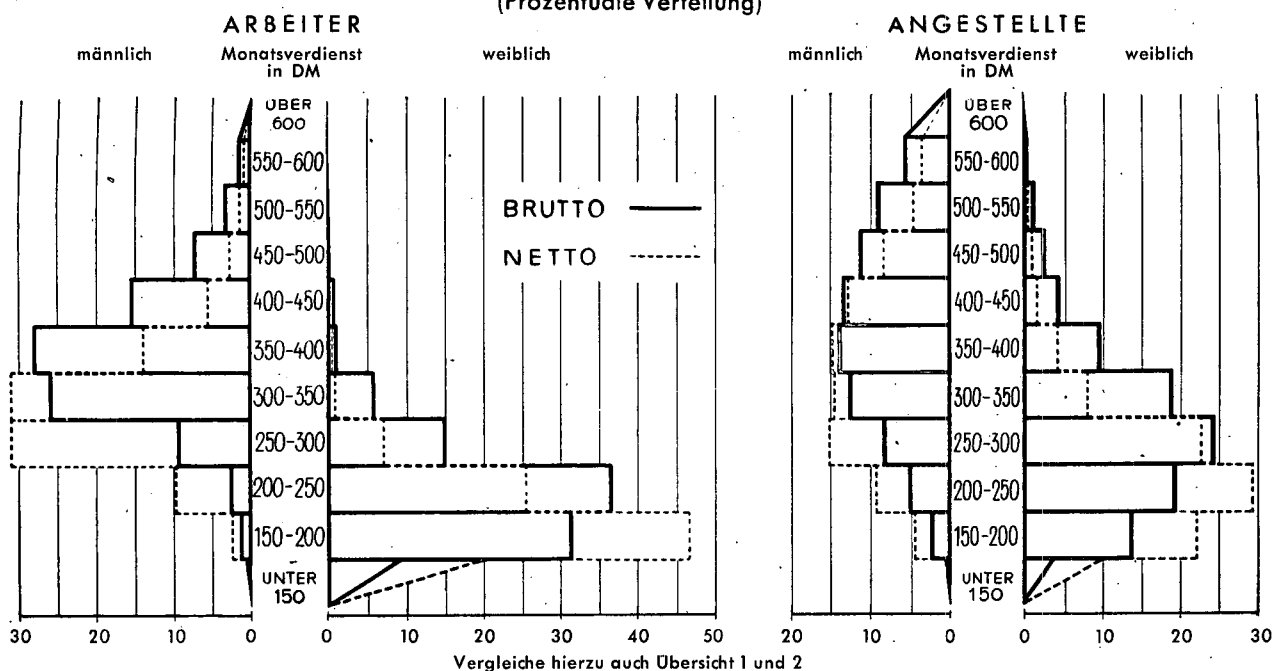
Weitere Ergebnisse der repräsentativen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1951/1952

Als Ergänzung zu der in Heft 4, Jg. 1953, dieser Zeitschrift veröffentlichten Statistik über die durchschnittlichen Verdienste der Angestellten in der freien Wirtschaft wird jetzt die Verdienstsichtung der in der Hamburger Wirtschaft beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger zur Darstellung gebracht, die für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen von besonderer Wichtigkeit ist. Erwähnt sei hier nur die Bedeutung, die solchen Zahlen bei einer Neuberechnung des Volkseinkommens, einer Lösung des seit langem zur Diskussion stehenden Problems der Familienausgleichszulagen und einer Änderung des Wohnungsbaugesetzes, insbesondere der Erhöhung der Richt-

satzmieten für den sozialen Wohnungsbau, zukommt.

Der Aussagewert von Schichtungszahlen ist weit größer als der von Durchschnittsangaben, die das Produkt aus extremen oder ebenso gut aus nahe beieinanderliegenden Einzelwerten sein können. Ist z. B. in einer Wirtschaftsgruppe für alle Arbeitnehmer ein durchschnittlicher monatlicher Bruttoverdienst von 366 DM festgestellt, so kann dieser Durchschnittsbetrag in der Weise entstanden sein, daß 30 v. H. der insgesamt erfaßten Arbeitskräfte zwischen 150 und 200 DM, weitere 20 v. H. mehr als 600 DM und 50 v. H. von 300 bis unter 350 DM im Monat verdienen. Ebenso ist es aber auch möglich, daß sämtliche Arbeitnehmer ein Bruttoeinkommen

### Die Schichtung der Arbeitnehmerverdienste im November 1951 (Prozentuale Verteilung)



zwischen 350 und 400 DM haben und daß sich im gewogenen Durchschnitt der obengenannte Verdienst von 366 DM ergibt.

Hinsichtlich der methodischen Grundlagen und der Durchführung der Erhebung wird auf die Ausführungen in dem o. a. Beitrag verwiesen. Es sei nur noch erwähnt, daß bei der Nachweisung der Verdienstklassen, für Arbeiter die Monatsverdienste zugrunde gelegt sind, um einen Vergleich mit den Angestellten und später auch mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durchführen zu können. Lediglich in den beiden ersten Übersichten ist auch noch eine Einteilung nach Wochenbeträgen vorgenommen.

### 1. Die Schichtung der Verdienste der Arbeiter und Angestellten

In der Übersicht 1 sind die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeiter und Angestellten in der freien Wirtschaft — nach dem Stande vom November 1951 — für die Freie und Hansestadt Hamburg in Form einer Verdienstklassenstatistik zusammengestellt. Für die Einordnung des Bruttoeinkommens in die Größenklassenskala ist der effektive Verdienst, d. h. der Verdienst einschließlich tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge maßgebend gewesen. Dagegen sind die dem Arbeiter und Angestellten im Jahre 1951 gezahlten Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld, Gewinnbeteiligung usw.) dem Bruttoeinkommen nicht zugeschlagen.

Betrachtet man zunächst die männlichen und weiblichen Arbeiter zusammen, die im Durchschnitt einen Bruttoverdienst von 341,68 DM im Monat erzielt haben, so stellt man fest, daß die Bruttoverdienstklasse von 350 bis unter 400 DM je Monat bzw. 80,55 bis 92,05 DM je Woche mit 23 v. H. am stärksten besetzt ist. Auf diese und die nächst niedrigere Klasse zusammen, also die Bruttoverdienste von 300 bis unter 400 DM, entfallen 45,1 v. H. aller Arbeiter. Bis 300 DM je Monat bzw. 69,04 DM je Woche verdienen 30 v. H. und über 400 DM im Monat bzw. 92,06 DM in der Woche rd. 25 v. H. aller männlichen und weiblichen Arbeiter.

Ein Vergleich der Verdienstsichtung nach dem Geschlecht ergibt bei den Arbeiterinnen eine stärkere Besetzung der unteren Einkommensklassen. Mehr als zwei Fünftel der weiblichen Arbeiter hatten im November 1951 im Durchschnitt aller Wirtschaftsgruppen ein Monateinkommen bis 200 DM bzw. ein Wocheneinkommen bis 46,02 DM; weitere 36,8 v. H. bezogen ein solches von 200 bis unter 250 DM im Monat bzw. 46,03 bis 57,53 DM in der Woche. Die Verdienste der weiblichen Arbeiter weichen somit vom Durchschnitt aller Arbeiter erheblich ab; es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß von der Gesamtzahl der überhaupt erfaßten Arbeiter rd. ein Fünftel weiblich und vier Fünftel männlich sind.

Diese vier Fünftel der männlichen Arbeiter beeinflussen im wesentlichen die Besetzung der einzelnen Verdienstklassen. Ihre günstigere Lage gegenüber den Arbeiterinnen äußerte sich vor allem darin, daß mehr als die Hälfte (54,5 v. H.)

aller männlichen Arbeiter im Monat 300 bis unter 400 DM bzw. in der Woche 69,05 bis 92,05 DM verdienen; nur 14,6 v. H. der männlichen Arbeiter entfallen auf die Verdienstklassen unter 300 DM im Monat.

Im Vergleich zu den Arbeitern ergibt sich bei den Angestellten der freien Wirtschaft hinsichtlich der Verdienstsichtung ein wesentlich anderes Bild. So kann man feststellen, daß sich die Verdienste der Gehaltsempfänger weniger um das jeweilige durchschnittliche Gehalt gruppieren, sondern verhältnismäßig stark streuen. Dies dürfte in erster Linie auf die von Wirtschaftsgruppe zu Wirtschaftsgruppe stark voneinander abweichende Entlohnung der Angestellten zurückzuführen sein, worauf bereits in Heft 4, Jg. 1953, dieser Zeitschrift ausführlich hingewiesen wurde. Von der gesamten Angestelltenschaft hatten im November 1951 rd. 35 v. H. Bezüge in Höhe bis zu 300 DM brutto (30 v. H. bei den Arbeitern). Auf die beiden folgenden Verdienstklassen, d. s. 300 bis unter 400 DM, entfallen 27,5 v. H. aller männlichen und weiblichen Angestellten. Über 400 DM erhalten demnach rd. 37 v. H., also im Gegensatz zu den Arbeitern ist der Anteil der Angestellten in diesen Verdienstklassen weit größer; bei den Lohnempfängern machte er nur 25 v. H. aus. Die stärkere Besetzung der unteren Verdienstklassen bei den Angestellten wird in der Hauptsache in dem verhältnismäßig hohen Anteil der erfaßten weiblichen Angestellten begründet sein.

Während mehr als die Hälfte der männlichen Angestellten in der freien Wirtschaft über 400 DM im Monat verdienen, bleiben die weiblichen Angestellten mit ihren Bruttogehältern zu 90 v. H. hinter dieser Grenze zurück; fast zwei Drittel (61,6 v. H.) verdienen weniger als 300 DM im Monat.

Bei einer Betrachtung der Gliederung der erfaßten Arbeitnehmer nach Netto-Verdienstklassen (vgl. Übersicht 2) stellt man fest, daß sich die Anteile der Arbeiter und Angestellten an den einzelnen Verdienstklassen — wie nicht anders zu erwarten — wesentlich nach unten verschoben haben. Dies tritt noch deutlicher zutage, wenn man die Anteile der männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, deren monatlicher Verdienst einen bestimmten Betrag erreicht, berechnet:

Verdienst je Monat	männliche		weibliche	
	Arbeitnehmer			
	brutto	netto	brutto	netto
	in v. H.			
<b>Arbeiter</b>				
bis unter 150 DM . . .	0,8	1,4	9,4	19,4
" " 200 DM . . .	2,3	3,8	40,9	66,3
" " 300 DM . . .	14,6	44,7	92,7	99,0
" " 400 DM . . .	69,1	89,7	99,6	100,0
" " 500 DM . . .	92,3	98,0	100,0	100,0
<b>Angestellte</b>				
bis unter 150 DM . . .	0,4	1,3	4,1	10,2
" " 200 DM . . .	2,6	6,2	18,0	32,3
" " 300 DM . . .	15,9	31,1	61,6	84,6
" " 400 DM . . .	42,7	60,8	90,3	96,9
" " 500 DM . . .	67,5	82,5	97,3	99,2
" " 600 DM . . .	82,4	90,7	98,9	99,7

Wie stark sich die Steuerabzüge und die Beiträge zur Sozialversicherung auf das Einkommen des Arbeitnehmers ausgewirkt haben, geht daraus hervor, daß z. B. von den männlichen Arbeitern zwar 85,4 v. H. einen Bruttoverdienst von über 300 DM im Monat beziehen, dagegen sind es netto nur 55,3 v. H. aller männlichen Arbeiter. Von den Arbeiterinnen erreichten nahezu drei Fünftel mehr als 200 DM brutto, während nur ein Drittel der Frauen auf einen Netto-Monatsverdienst von mehr als 200 DM kam (vgl. auch Schaubild auf Seite 135).

Faßt man schließlich noch die hier nachgewiesenen männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten zusammen, die im Durchschnitt einen Verdienst von 357 DM brutto bzw. 302 DM netto im Monat hatten, so zeigt sich, daß 32 v. H. bis 300 DM, 38 v. H. zwischen 300 und 400 DM und weitere 30 v. H. mehr als 400 DM brutto im Monat verdienen. Berücksichtigt man jedoch die gesetzlichen Abzüge, so entfallen auf die Nettoverdienstklassen bis 300 DM weit mehr als die Hälfte (54,9 v. H.) aller Arbeiter und Angestellten, von 300 bis unter 400 DM rd. 31 v. H. und über 400 DM rd. 14 v. H.

## 2. Die Verdienstsichtung in den Wirtschaftsgruppen

Für die einzelnen Wirtschaftsgruppen ergeben sich bezüglich der Besetzung der Verdienstklassen sehr große Unterschiede. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, daß die Verteilung von qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitskräften, also von Personen mit höheren und niedrigeren Verdiensten, in den einzelnen Industrien und Gewerben ganz verschieden ist.

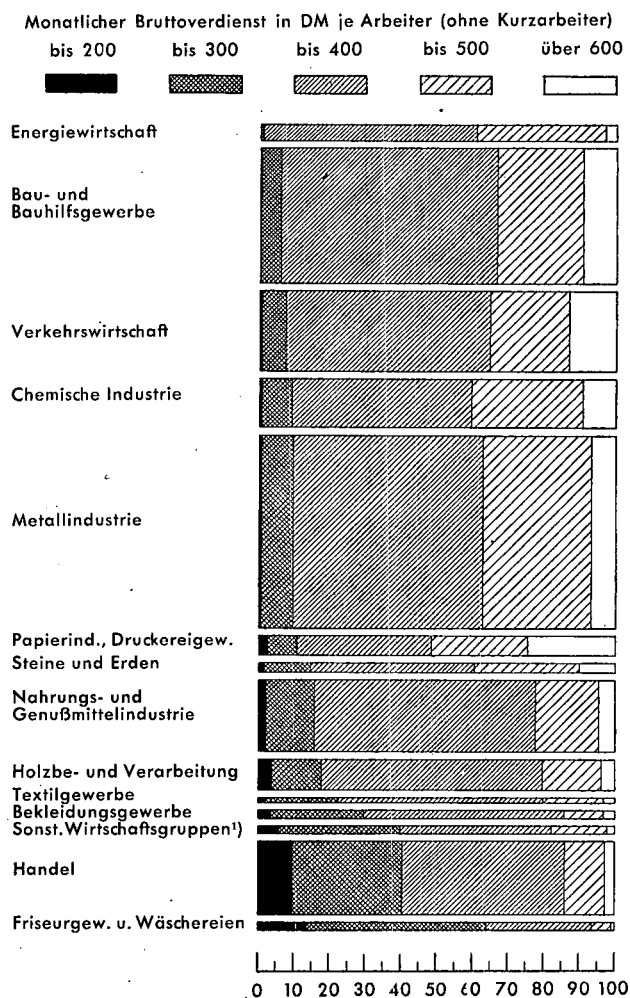
Die Verteilung der männlichen und weiblichen Arbeiter nach Brutto- und Nettoverdienstklassen in den wichtigsten Wirtschaftsgruppen ist aus der Übersicht 3 zu ersehen. Wie hieraus hervorgeht, sind die Verdienste der männlichen Arbeiter in der Wirtschaftsgruppe „Papierherzeugung und -verarbeitung sowie im Druckergewerbe“ besonders hoch; mehr als die Hälfte aller männlichen Arbeiter verdienen über 400 DM brutto und sogar ein Viertel kommt auf über 500 DM brutto. Die oberen Verdienstklassen (400 DM und mehr) sind weiterhin verhältnismäßig stark besetzt in folgenden Wirtschaftsgruppen: Steine und Erden, Energiewirtschaft, Metallverarbeitende Industrie, Chemische Industrie, Bau- und Verkehrsgewerbe. Wesentlich ungünstiger als in den genannten Wirtschaftsgruppen sind die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter in der Wirtschaftsgruppe „Friseurgewerbe, Wäscherei, Färberei und Chemische Reinigung“, wo rd. zwei Drittel aller Arbeiter nicht einmal 300 DM brutto erhalten, und in der Wirtschaftsgruppe „Handel, einschließlich Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih“ (vgl. auch das folgende Schaubild, wo die Bruttoverdienstsichtung der männlichen Lohnempfänger nach Wirtschaftsgruppen dargestellt ist).

Gliedert man die weiblichen Arbeiter innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen nach

der Lohnhöhe, so steht an erster Stelle die Chemische Industrie, in der 18,4 v. H. der Arbeiterinnen über 300 DM brutto und 87 v. H. über 200 DM im Monat verdienen. Verhältnismäßig schwach besetzt sind die unteren Lohnklassen weiterhin in der Metallverarbeitenden Industrie. In allen anderen nicht aufgeführten Wirtschaftsgruppen liegen die Einkommensverhältnisse wesentlich ungünstiger.

Untersucht man schließlich noch den Anteil der Angestellten an den verschiedenen Brutto- und Nettoverdienstklassen in den Wirtschaftsabteilungen — eine Aufbereitung nach Wirtschaftsgruppen ist nicht erfolgt —, so kann man feststellen, daß die Einkommensverhältnisse in der Wirtschaftsabteilung „Handel, Bank- und Versicherungsgewerbe“ ungünstiger sind als in den Wirtschaftsabteilungen der Industrie und des Handwerks. Namentlich der Einzelhandel dürfte in der Besetzung der niedrigen Verdienstklassen aus der Reihe der übrigen Wirtschaftsgruppen — Großhandel, Banken, Versicherungen — dieser Abteilung nachteilig hervortreten (vgl. Übersicht 4).

### Die Verdienste der männlichen Arbeiter nach Bruttoverdienstklassen im November 1951 (Prozentuale Verteilung)



1) Bergbau (ohne Stein- und Braunkohlen), feinkeramische Industrie, Lederindustrie, Herstellung von Musikinstrumenten usw., Geld- und Versicherungswesen

Vergleiche hierzu auch Übersicht 3

### 3. Die Verdienstschichtung in den Betriebsgrößenklassen

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ermöglicht es auch, Verdienstunterschiede in den einzelnen Betriebsgrößenklassen darzustellen. Erhebungseinheit war wie bei der Nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung 1950 die Arbeitsstätte als örtliche Einheit. Eine gesonderte Behandlung erfuhren lediglich einige Zweigniederlassungen, die für ihre Arbeitnehmer aus technischen Gründen keine eigene Gehalts- und Lohnabrechnung vornehmen konnten. Die Verdienstangaben für diese Beschäftigten wurden vom Stammbetrieb gemacht.

Die Verteilung der erfaßten Arbeiter und Angestellten auf die einzelnen Betriebsgrößen und das von ihnen bezogene durchschnittliche Bruttoeinkommen zeigt die folgende Zusammenstellung:

Betriebe mit ... Beschäftigten	Erfasste		Durchschnittliche Brutto-Monats- verdienste in DM	
	Arbeiter in v. H.	Ange- stellte in v. H.	Arbeiter 1)	Ange- stellte
2 bis 9 . . . . .	13,3	16,8	327	317
10 bis 99 . . . . .	44,2	49,9	346	368
100 bis 999 . . . . .	22,5	23,1	353	425
1000 und mehr . . . . .	20,0	10,2	379	456
insgesamt . . . . .	100,0	100,0	352	382

1) nur Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe

Die Grundlinien der Verdienstschichtung der Arbeiter und Angestellten finden sich naturgemäß auch in den einzelnen Betriebsgrößenklassen wieder. Trotzdem bestehen erhebliche Verdienstunterschiede der Arbeitnehmer von Betriebsgrößenklasse zu Betriebsgrößenklasse. **Mit wachsender Größe des Betriebes verbessern sich die Verdienstverhältnisse der darin beschäftigten Personen.** So liegt der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten in den Betrieben mit 2 bis 9 und 10 bis 99 Beschäftigten unter dem Gesamtdurchschnitt, wogegen der Verdienst in den Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten darüber liegt.

Während die vorstehende Übersicht nur einen allgemeinen Überblick über die Einkommensverhältnisse der Gehalts- und Lohnempfänger in den Betriebsgrößenklassen geben konnte, lassen die Übersichten 5 und 6 einen tieferen Einblick in die einkommensmäßige Zusammensetzung dieser Arbeitnehmergruppen zu. Bei den Angestellten in den Betrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten liegen die Gehaltsverhältnisse insofern am günstigsten, als beispielsweise von den männlichen Angestellten mehr als ein Viertel von 250 bis unter 400 DM und fast drei Viertel über 400 DM brutto im Monat beziehen. Die entsprechenden Vomhundertsätze betragen für die männlichen Angestellten in den Betrieben mit 2 bis 9 Beschäftigten 43,4 und 38,0 v. H. Die Erklärung hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß einmal in den kleineren Betrieben für die zu erledigenden Arbeiten verhältnismäßig wenig qualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt sind, und daß hier auch mehr jüngere Angestellte beschäftigt werden. Es ist nämlich

festgestellt worden, daß der Anteil der unter 25 Jahre alten Angestellten in den vier Betriebsgrößenklassen folgendermaßen war:

Betriebe mit ... Beschäftigten	männliche	weibliche
	Angestellte unter 25 Jahre in v. H.	
2 bis 9 . . . . .	15,4	31,5
10 bis 99 . . . . .	10,5	29,1
100 bis 999 . . . . .	6,6	26,0
1000 und mehr . . . . .	6,2	22,7

Dieser Überblick genügt allein noch nicht, um auszusagen, daß der Großbetrieb höhere Gehälter zahlt als der Kleinbetrieb, denn es ist in Heft 4, Jg. 1953, dieser Zeitschrift wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Verdiensthöhe von den verschiedensten Faktoren beeinflusst wird. In einem weiteren Beitrag wird diese Frage noch näher untersucht werden.

Auch bei den Arbeitern sind Abweichungen der Verdienste in den Betriebsgrößenklassen festzustellen, die aber nicht so stark variieren wie bei den Angestellten.

### 4. Die Verdienstschichtung nach dem Familienstand

Die folgenden Zahlen geben darüber Auskunft, in welchem Maße sich die verheirateten und ledigen Arbeitnehmer sowie die verheirateten Arbeitnehmer mit Kindern und ohne Kinder in der Aufteilung ihres Einkommens voneinander unterscheiden. Bisher hat man sich hinsichtlich der Frage der wechselseitigen Beziehungen zwischen Einkommenshöhe und Kinderzahl fast ausschließlich auf Vermutungen und Schätzungen beschränken müssen.

Bevor wir auf die Verdienstverhältnisse im einzelnen eingehen, seien einige Bemerkungen über den Familienstand und die Kinderzahl vorausgeschickt. Von den erfaßten männlichen Arbeitern sind mehr als drei Viertel verheiratet, verwitwet oder geschieden und 22 v. H. ledig; ebenso ist der Anteil der verheirateten Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiterinnen verhältnismäßig hoch (60 v. H.). Im ganzen sind 74,3 v. H. aller erfaßten Arbeiter und Arbeiterinnen verheiratet, verwitwet oder geschieden. Bei den weiblichen Angestellten stellt man fest, daß der Anteil der Verheirateten wesentlich geringer ist als bei den Arbeiterinnen; nur rd. 45 v. H. sind verheiratet, verwitwet oder geschieden.

Bei der Untersuchung der verheirateten Arbeitnehmer nach der Zahl der Kinder, d. s. nur diejenigen, für die Steuerermäßigung gewährt wird, ergeben sich folgende Vomhundertsätze:

Kinderzahl	Arbeiter		Angestellte	
	männl.	weiblich	männl.	weiblich
keine Kinder . . . . .	41,8	50,5	42,4	57,3
1 Kind . . . . .	30,6	30,2	29,0	29,7
2 Kinder . . . . .	18,3	13,9	20,3	10,1
3 und mehr Kinder . . . . .	9,3	5,4	8,3	2,9

Am stärksten vertreten sind sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten die Arbeitnehmer ohne Kinder, die bei den männlichen mehr

als zwei Fünftel und bei den weiblichen etwa die Hälfte der Gesamtzahl ausmachen. Rund 30 v. H. aller erfaßten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer haben 1 Kind.

Wie aus den Übersichten 7 und 8 entnommen werden kann, beträgt der Durchschnittsmonatsverdienst der männlichen verheirateten Arbeiter 385,62 DM und der ledigen Arbeiter 359,13 DM. Von den verheirateten Männern haben 35,2 v. H. einen Bruttomonatsverdienst von unter 350 DM und 17,3 v. H. einen Monatsverdienst von über 450 DM. Bei den ledigen männlichen Arbeitern liegt das Verhältnis wesentlich ungünstiger. Hier haben allein 60,0 v. H. einen Monatsverdienst von unter 350 DM und nur 7,8 v. H. einen Verdienst von über 450 DM. Der Unterschied zwischen den Ledigen und Verheirateten ist bei der Angestelltenschaft noch krasser. Bis zu einem Bruttolohn von 350 DM sind die Ledigen wesentlich zahlreicher, während in der Verdienstklasse von 350 DM an aufwärts die Verheirateten überwiegen. Rund 68 v. H. der ledigen männlichen Angestellten beziehen ein Gehalt bis zu 350 DM und 81 v. H. der

verheirateten männlichen Angestellten haben ein Einkommen von über 350 DM. Dieser große Unterschied ist in erster Linie durch den ungleichartigen Altersaufbau dieser beiden Gruppen verursacht. Sicherlich werden auch noch die Sozialzulagen, die in einigen Wirtschaftsgruppen, wie z. B. im Bank- und Versicherungsgewerbe, gezahlt werden, das Einkommen der Verheirateten beeinflußt haben. Eine wesentlich geringere Differenzierung der Verdienste nach Ledigen und Verheirateten findet man dagegen bei den weiblichen Arbeitnehmern.

Untersucht man schließlich noch die Bedeutung der Kinderzahl für die Einkommensgestaltung, so kommt man zu der Feststellung, daß **lediglich bei den männlichen verheirateten Arbeitnehmern der Verdienst mit steigender Kinderzahl zunimmt.** Vor allem tritt dies bei der Angestelltenschaft zutage, wo sich für die verheirateten männlichen Angestellten ohne Kinder ein durchschnittliches Bruttogehalt von 470 DM und für die Verheirateten mit 3 und mehr Kindern ein solches von 564 DM ergibt.

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

Übersicht 1 Schichtung der Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten  
November 1951

Bruttoverdienste in DM		Von je 100 Arbeitnehmern entfallen auf die vorstehenden Bruttoverdienstklassen bei den						
je Monat	je Woche	Arbeitern			Angestellten (einschließlich Meister)			Arbeitern u. Angestellten zusammen
		männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	
unter 100,—	bis 23,01	0,2	1,2	0,3	0,4	4,1	2,0	2,3
100,— bis unter 150,—	23,02 bis 34,52	0,6	8,2	2,1	2,2	13,9	7,2	7,3
150,— " " 200,—	34,53 " 46,02	1,5	31,5	7,5	5,0	19,3	11,0	10,1
200,— " " 250,—	46,03 " 57,53	2,7	36,8	9,5	8,3	24,3	15,1	12,4
250,— " " 300,—	57,54 " 69,04	9,6	15,0	10,7	12,7	19,0	15,3	18,5
300,— " " 350,—	69,05 " 80,54	26,1	5,9	22,1	14,1	9,7	12,2	19,9
350,— " " 400,—	80,55 " 92,05	28,4	1,0	23,0	13,5	4,5	9,7	11,5
400,— " " 450,—	92,06 " 103,56	15,7	0,3	12,6	11,3	2,5	7,6	6,6
450,— " " 500,—	103,57 " 115,06	7,5	0,1	6,0	9,2	1,1	5,7	4,0
500,— " " 550,—	115,07 " 126,57	3,7	0,0	3,0	5,7	0,5	3,5	2,3
550,— " " 600,—	126,58 " 138,08	1,9	—	1,5	8,5	0,7	5,2	2,7
600,— " " 700,—	138,09 " 161,09	1,5	—	1,2	3,8	0,2	2,3	1,1
700,— " " 800,—	161,10 " 184,09	0,4	—	0,4	2,8	0,1	1,7	1,3
800,— " " 1000,—	184,10 " 230,14	0,2	—	0,1	2,5	0,1	1,5	1,3
1000,— und mehr	230,15 und mehr	0,2	—	0,1	—	—	—	—
insgesamt		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Zahl der Erfassten		30 310	7 522	37 832	13 633	9 996	23 629	61 461
Durchschnittl. Bruttomonatsverd. in DM		373,24	214,51	341,68	456,22	279,70	381,55	357,00

Übersicht 2 Schichtung der Nettoverdienste der Arbeiter und Angestellten  
November 1951

Nettoverdienste in DM		Von je 100 Arbeitnehmern entfallen auf die vorstehenden Nettoverdienstklassen bei den						
je Monat	je Woche	Arbeitern			Angestellten (einschließlich Meister)			Arbeitern u. Angestellten zusammen
		männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	
unter 100,—	bis 23,01	0,3	2,1	0,6	1,3	10,2	5,1	5,0
100,— bis unter 150,—	23,02 bis 34,52	1,1	17,3	4,3	4,9	22,1	12,1	11,6
150,— " " 200,—	34,53 " 46,02	2,4	46,9	11,3	9,6	29,6	18,1	15,0
200,— " " 250,—	46,03 " 57,53	9,9	25,6	13,0	15,3	22,7	18,4	23,3
250,— " " 300,—	57,54 " 69,04	31,0	7,1	26,3	14,7	8,1	11,9	20,0
300,— " " 350,—	69,05 " 80,54	31,0	0,9	25,0	15,0	4,6	10,4	10,9
350,— " " 400,—	80,55 " 92,05	14,0	0,1	11,2	13,4	1,2	8,4	6,1
400,— " " 450,—	92,06 " 103,56	5,8	0,0	4,6	8,3	0,7	5,1	3,2
450,— " " 500,—	103,57 " 115,06	2,5	—	2,1	4,8	0,3	2,9	1,6
500,— " " 550,—	115,07 " 126,57	1,1	—	0,9	3,4	0,2	2,0	1,0
550,— " " 600,—	126,58 " 138,08	0,5	—	0,4	4,7	0,1	2,8	1,2
600,— " " 700,—	138,09 " 161,09	0,3	—	0,2	2,1	0,1	1,3	0,5
700,— " " 800,—	161,10 " 184,09	0,1	—	0,1	1,7	0,1	1,0	0,6
800,— " " 1000,—	184,10 " 230,14	0,0	—	0,0	0,8	0,0	0,5	0,6
1000,— und mehr	230,15 und mehr	0,0	—	0,0	—	—	—	—
insgesamt		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Zahl der Erfassten		30 310	7 522	37 832	13 633	9 996	23 629	61 461
Durchschnittl. Nettomonatsverd. in DM		313,38	184,98	287,85	388,17	236,27	323,91	301,71



## Übersicht 3

## Schichtung der Arbeiterverdienste nach Wirtschaftsgruppen

November 1951

Zusammengefaßte Wirtschaftsgruppen	Zahl der erfaßten Arbeiter	Von je 100 Lohnempfängern <sup>1)</sup> entfallen auf die nachstehend angegebenen Monats-Verdienstklassen									
		brutto					netto				
		bis 200 DM	bis 300 DM	bis 400 DM	bis 500 DM	bis 600 DM	bis 150 DM	bis 200 DM	bis 300 DM	bis 400 DM	bis 500 DM
<b>Männliche Arbeiter</b>											
Steine und Erden . . . . .	437	1,6	14,6	60,4	89,7	97,0	1,4	3,2	37,1	86,7	97,3
Energiewirtschaft . . . . .	714	—	0,8	60,6	97,1	99,9	—	—	19,6	93,1	99,6
Metallindustrie . . . . .	7 798	0,7	9,3	62,4	92,9	98,2	0,4	1,6	36,6	89,6	98,3
Chemische Industrie . . . . .	1 985	0,7	9,0	59,2	90,5	98,4	0,3	1,6	35,5	86,1	98,6
Holzbe- und -verarbeitung . . . . .	1 267	3,9	17,8	79,6	96,0	99,4	2,6	6,9	56,1	94,3	99,5
Papierindustrie, Druckereigewerbe . . . . .	813	2,6	10,5	48,2	75,2	89,4	1,1	3,6	25,7	70,8	90,0
Textilgewerbe . . . . .	228	1,8	22,4	79,8	96,5	100,0	0,4	3,1	57,0	94,7	100,0
Bekleidungs-gewerbe . . . . .	355	3,4	29,6	85,6	96,6	98,9	2,3	5,4	66,5	96,6	99,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrie . . . . .	2 885	1,9	15,6	77,6	95,1	99,3	1,0	3,7	56,5	93,4	99,2
Bau- und Bauhilfsgewerbe . . . . .	5 507	0,1	5,7	66,3	90,5	97,6	0,1	0,4	36,8	88,8	98,2
Handel . . . . .	2 972	9,4	40,1	85,9	97,0	99,5	6,2	13,6	70,6	95,8	99,5
Friseur-gewerbe und Wäschereien . . . . .	332	13,6	63,9	93,4	99,1	100,0	6,3	19,3	83,1	97,9	100,0
Verkehrswirtschaft . . . . .	3 305	0,7	7,2	64,5	86,7	94,5	0,4	1,4	37,9	82,7	94,9
Sonstige Wirtschaftsgruppen . . . . .	356	5,6	39,0	82,0	97,5	100,0	5,1	8,7	67,1	96,1	100,0
<b>Alle Wirtschaftsbereiche . . . . .</b>	<b>28 954</b>	<b>2,0</b>	<b>13,8</b>	<b>68,4</b>	<b>92,1</b>	<b>97,8</b>	<b>1,3</b>	<b>3,4</b>	<b>43,7</b>	<b>89,5</b>	<b>98,0</b>
<b>Weibliche Arbeiter</b>											
Metallindustrie . . . . .	832	19,5	87,1	99,4	100,0	100,0	8,9	47,7	98,7	100,0	100,0
Chemische Industrie . . . . .	987	13,0	81,6	99,6	100,0	100,0	3,7	40,3	97,5	100,0	100,0
Holzbe- und -verarbeitung . . . . .	108	50,9	96,3	100,0	100,0	100,0	25,9	79,6	99,1	100,0	100,0
Papierindustrie, Druckereigewerbe . . . . .	557	41,3	93,5	98,9	99,8	100,0	20,3	65,2	98,2	99,8	100,0
Textilgewerbe . . . . .	512	42,4	96,7	99,8	100,0	100,0	11,3	70,5	99,4	100,0	100,0
Bekleidungs-gewerbe . . . . .	973	47,7	93,1	99,1	99,9	100,0	23,7	69,7	98,5	99,9	100,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie . . . . .	1 377	44,8	98,6	100,0	100,0	100,0	17,8	73,1	99,8	100,0	100,0
Handel . . . . .	702	61,0	97,9	100,0	100,0	100,0	32,8	85,0	99,3	100,0	100,0
Friseur-gewerbe und Wäschereien . . . . .	593	52,3	93,8	100,0	100,0	100,0	27,8	73,2	99,7	100,0	100,0
Sonstige Wirtschaftsgruppen . . . . .	291	33,7	81,1	99,7	100,0	100,0	16,5	60,5	99,3	99,7	100,0
<b>Alle Wirtschaftsbereiche . . . . .</b>	<b>6 932</b>	<b>39,1</b>	<b>92,2</b>	<b>99,6</b>	<b>99,9</b>	<b>100,0</b>	<b>17,7</b>	<b>64,9</b>	<b>98,9</b>	<b>99,9</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> ohne Kurzarbeiter

## Übersicht 4

## Schichtung der Angestelltenverdienste nach Wirtschaftsabteilungen

November 1951

Wirtschaftsabteilungen	Zahl der erfaßten Angestellten	von je 100 Gehaltsempfängern entfallen auf die nachstehend angegebenen Monats-Verdienstklassen											
		brutto						netto					
		bis 200 DM	bis 300 DM	bis 400 DM	bis 500 DM	bis 600 DM	bis 700 DM	bis 150 DM	bis 200 DM	bis 300 DM	bis 400 DM	bis 500 DM	bis 600 DM
<b>Männliche Angestellte</b>													
Steine u. Erden, Energie-wirtschaft u. Bergbau . . . . .	548	0,2	2,2	27,7	63,5	82,7	92,7	—	0,4	10,6	56,4	81,9	91,8
Metallindustrie . . . . .	1 916	0,3	7,4	27,4	57,0	78,4	89,8	0,2	1,0	18,4	48,6	79,0	89,8
Verarbeitende Gewerbe . . . . .	2 615	1,0	9,3	34,1	60,3	77,1	86,9	0,5	2,5	23,0	52,6	77,2	86,5
Bau- u. Bauhilfsgewerbe . . . . .	801	1,0	6,4	28,6	62,4	80,9	92,4	0,6	1,7	18,7	49,4	80,9	91,0
Handel, Geld, Versicher. . . . .	6 760	4,4	23,4	52,8	73,0	84,7	91,5	2,1	10,1	41,1	68,2	84,9	91,5
Verkehrswirtschaft . . . . .	944	2,4	13,5	45,4	75,3	88,3	95,8	1,2	5,6	29,4	67,3	88,0	96,0
<b>Alle Wirtschaftsbereiche<sup>1)</sup></b>	<b>13 633</b>	<b>2,6</b>	<b>15,9</b>	<b>42,6</b>	<b>67,4</b>	<b>82,3</b>	<b>90,8</b>	<b>1,3</b>	<b>6,2</b>	<b>31,0</b>	<b>60,8</b>	<b>82,5</b>	<b>90,6</b>
<b>Weibliche Angestellte</b>													
Steine u. Erden, Energie-wirtschaft u. Bergbau . . . . .	145	4,1	30,3	81,4	97,2	99,3	100,0	2,1	11,0	69,7	97,2	99,3	100,0
Metallindustrie . . . . .	929	10,5	52,0	87,6	97,4	99,1	99,9	3,7	21,5	81,9	96,8	99,5	99,9
Verarbeitende Gewerbe . . . . .	2 030	17,2	56,3	88,4	97,1	99,0	99,8	11,0	30,2	82,0	96,7	99,3	99,9
Bau- u. Bauhilfsgewerbe . . . . .	441	22,7	64,2	92,3	98,6	99,5	100,0	12,9	35,6	85,7	97,1	99,8	100,0
Handel, Geld, Versicher. . . . .	6 025	19,6	65,5	91,5	97,4	98,8	99,5	10,9	34,9	86,1	97,0	99,0	99,6
Verkehrswirtschaft . . . . .	340	15,6	59,7	92,6	98,2	100,0	100,0	9,4	30,0	85,9	98,2	100,0	100,0
<b>Alle Wirtschaftsbereiche<sup>1)</sup></b>	<b>9 996</b>	<b>18,0</b>	<b>61,7</b>	<b>90,4</b>	<b>97,4</b>	<b>98,9</b>	<b>99,6</b>	<b>10,2</b>	<b>32,2</b>	<b>84,6</b>	<b>96,9</b>	<b>99,2</b>	<b>99,7</b>

<sup>1)</sup> einschl. Friseur-gewerbe und Wäschereien

## Übersicht 5

**Schichtung der Bruttoverdienste der Arbeiter nach Betriebsgrößenklassen**  
November 1951

Bruttoverdienste je Monat	Von je 100 Arbeitern entfallen auf die vorstehenden Verdienstklassen										
	bei den Betrieben von . . . Beschäftigten								alle Betriebsgrößenklassen		
	2-9		10-99		100-999		1000 u. mehr		m.	w.	zus.
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.
unter 100,—	0,6	3,5	0,2	1,4	0,1	0,4	—	0,2	0,2	1,2	0,3
100,— bis unter 150,—	1,4	18,2	0,8	11,3	0,2	3,4	0,0	1,0	0,6	8,2	2,1
150,— " " 200,—	3,4	40,0	1,9	39,2	0,8	28,9	0,1	9,7	1,5	31,5	7,5
200,— " " 250,—	5,9	27,0	3,2	33,7	1,7	46,4	0,5	36,1	2,7	36,8	9,5
250,— " " 300,—	16,0	7,9	11,8	10,0	7,4	16,2	3,2	31,3	9,6	15,0	10,7
300,— " " 350,—	30,1	3,0	23,0	3,1	23,7	3,9	22,1	18,2	26,1	5,9	22,1
350,— " " 400,—	26,7	0,3	27,1	0,8	29,5	0,5	31,2	3,1	28,4	1,0	23,0
400,— " " 450,—	8,8	0,1	13,6	0,3	18,0	0,3	22,2	0,2	15,7	0,3	12,6
450,— " " 500,—	3,6	—	6,2	0,1	8,7	—	11,6	0,2	7,5	0,1	6,0
500,— " " 550,—	2,0	—	3,0	0,1	4,9	—	5,1	—	3,7	0,0	3,0
550,— " " 600,—	0,7	—	1,8	—	2,2	—	2,4	—	1,9	—	1,5
600,— " " 700,—	0,6	—	1,5	—	2,2	—	1,3	—	1,5	—	1,2
700,— " " 800,—	0,1	—	0,6	—	0,4	—	0,3	—	0,4	—	0,4
800,— und mehr	0,1	—	0,3	—	0,2	—	0,0	—	0,2	—	0,1
<b>insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Zahl d. erfaßten Arbeiter</b>	<b>4 095</b>	<b>936</b>	<b>13 456</b>	<b>3 267</b>	<b>6 471</b>	<b>2 045</b>	<b>6 288</b>	<b>1 274</b>	<b>30 310</b>	<b>7 522</b>	<b>37 832</b>
<b>Durchschnittlich. Brutto- monatsverdienst in DM<sup>1)</sup></b>	<b>350,14</b>	<b>196,89</b>	<b>375,07</b>	<b>209,71</b>	<b>391,88</b>	<b>224,39</b>	<b>399,99</b>	<b>262,06</b>	<b>381,06</b>	<b>222,22</b>	<b>352,22</b>

<sup>1)</sup> nur Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe

## Übersicht 6

**Schichtung der Bruttoverdienste der Angestellten nach Betriebsgrößenklassen**  
November 1951

Bruttoverdienste je Monat	Von je 100 Angestellten entfallen auf die vorstehenden Verdienstklassen										
	bei den Betrieben von . . . Beschäftigten								alle Betriebsgrößenklassen		
	2-9		10-99		100-999		1000 u. mehr		m.	w.	zus.
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.
unter 150,—	1,9	8,6	0,3	3,8	0,1	1,9	—	0,6	0,4	4,1	2,0
150,— bis unter 200,—	6,2	21,2	2,2	14,8	0,8	7,5	0,4	5,3	2,2	13,9	7,2
200,— " " 250,—	10,5	22,5	5,6	20,7	2,6	14,7	1,1	13,2	5,0	19,3	11,0
250,— " " 300,—	12,5	20,4	9,5	24,7	5,8	25,6	3,5	29,0	8,3	24,3	15,1
300,— " " 350,—	16,1	14,3	13,2	17,5	11,9	25,0	8,2	26,4	12,7	19,0	15,3
350,— " " 400,—	14,8	6,6	14,4	9,5	13,1	12,5	14,1	12,4	14,1	9,7	12,2
400,— " " 450,—	11,3	2,9	13,1	4,0	13,8	6,7	16,7	6,0	13,5	4,5	9,7
450,— " " 500,—	7,0	1,4	11,6	2,3	12,2	3,7	13,4	4,2	11,3	2,5	7,6
500,— " " 550,—	5,8	0,9	9,1	1,2	10,2	0,9	11,3	0,7	9,2	1,1	5,7
550,— " " 600,—	3,2	0,1	4,7	0,4	7,5	0,8	9,0	0,7	5,7	0,5	3,5
600,— " " 700,—	4,9	0,6	8,1	0,7	10,3	0,5	10,3	1,1	8,5	0,7	5,2
700,— " " 800,—	2,7	0,2	3,6	0,2	4,3	0,1	4,8	0,1	3,8	0,2	2,3
800,— " " 1000,—	1,2	0,1	2,5	0,1	3,8	0,0	3,9	0,3	2,8	0,1	1,7
1000,— " " 1200,—	1,2	0,1	1,4	0,1	2,0	0,1	1,3	—	1,5	0,1	0,9
1200,— " " 1500,—	0,4	0,1	0,5	0,0	1,1	0,0	1,2	—	0,7	0,0	0,4
1500,— " " 2000,—	0,3	—	0,2	—	0,5	—	0,8	—	0,3	—	0,2
<b>insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Zahl der erfaßten Angest.</b>	<b>1 980</b>	<b>1 998</b>	<b>6 533</b>	<b>5 257</b>	<b>3 418</b>	<b>2 041</b>	<b>1 702</b>	<b>700</b>	<b>13 633</b>	<b>9 996</b>	<b>23 629</b>
<b>Durchschnittlich. Brutto- monatsverdienst in DM</b>	<b>383,83</b>	<b>249,89</b>	<b>441,74</b>	<b>276,44</b>	<b>496,27</b>	<b>305,98</b>	<b>515,59</b>	<b>312,66</b>	<b>456,22</b>	<b>279,70</b>	<b>381,55</b>

## Übersicht 7

Schichtung der Bruttoverdienste der Arbeiter nach der Kinderzahl  
November 1951

Bruttoverdienste je Monat	Von je 100 Arbeitern entfallen auf die vorstehenden Verdienstklassen												
	männliche Arbeiter						weibliche Arbeiter						
	ledig	verheiratet, verwitwet und geschieden					ledig	verheiratet, verwitwet und geschieden					
		ins- gesamt	davon mit . . . . Kindern					ins- gesamt	davon mit . . . . Kindern				
		0	1	2	3	4 und mehr			0	1	2	3 und mehr	
unter 100,—	0,7	0,0	0,0	—	—	—	1,0	1,3	1,2	1,2	1,4	2,4	
100,— bis unter 150,—	2,1	0,1	0,2	0,1	0,1	—	11,0	6,5	6,9	5,3	7,3	6,1	
150,— " " 200,—	4,8	0,6	0,8	0,4	0,4	0,2	34,6	29,5	30,5	28,6	27,3	30,8	
200,— " " 250,—	6,4	1,6	2,2	1,5	1,0	1,3	32,9	33,3	38,9	39,5	39,9	40,9	
250,— " " 300,—	16,5	7,7	9,1	7,1	6,1	6,5	13,4	16,1	15,8	15,7	18,5	14,6	
300,— " " 350,—	29,5	25,2	26,7	25,8	22,6	20,9	6,0	5,8	5,2	8,1	4,3	3,6	
350,— " " 400,—	22,3	30,2	29,2	31,2	30,7	32,2	26,6	0,9	1,1	1,1	1,0	1,3	
400,— " " 450,—	9,9	17,3	16,3	17,3	18,7	18,3	21,6	0,2	0,3	0,3	0,4	—	
450,— " " 500,—	4,6	8,4	7,4	8,1	10,6	9,2	9,3	0,0	0,1	0,1	0,1	—	
500,— " " 550,—	1,7	4,3	3,9	4,0	4,7	5,3	6,3	—	0,0	—	0,1	—	
550,— " " 600,—	0,9	2,1	2,0	2,1	2,1	2,9	2,4	—	—	—	—	—	
600,— " " 700,—	0,5	1,8	1,5	1,7	2,0	2,2	3,3	—	—	—	—	—	
700,— " " 800,—	0,1	0,5	0,5	0,5	0,7	0,6	0,9	—	—	—	—	—	
800,— und mehr	0,0	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,1	—	—	—	—	—	
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Zahl d. erfaßten Arbeiter	6 737	23 573	9 857	7 212	4 309	1 527	668	2 981	4 541	2 293	1 372	629	247
Durchschnittlich. Brutto- monatsverdienst in DM <sup>1)</sup>	359,13	385,62	378,50	385,90	394,83	396,60	402,47	228,38	219,56	218,01	223,75	218,33	213,61

1) nur Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe

## Übersicht 8

Schichtung der Bruttoverdienste der Angestellten nach der Kinderzahl  
November 1951

Bruttoverdienste je Monat	Von je 100 Angestellten entfallen auf die vorstehenden Verdienstklassen												
	männliche Angestellte						weibliche Angestellte						
	ledig	verheiratet, verwitwet und geschieden					ledig	verheiratet, verwitwet und geschieden					
		ins- gesamt	davon mit . . . . Kindern					ins- gesamt	davon mit . . . . Kindern				
		0	1	2	3	4 und mehr			0	1	2	3 und mehr	
unter 150,—	1,4	0,2	0,3	0,1	0,0	0,1	—	6,3	1,5	1,6	1,2	1,8	2,3
150,— bis unter 200,—	9,2	0,5	0,8	0,4	0,2	0,3	—	19,4	7,3	7,1	8,0	6,4	6,3
200,— " " 250,—	17,8	1,8	2,7	1,6	0,9	0,1	0,5	19,4	19,1	18,8	20,0	18,0	20,3
250,— " " 300,—	20,7	5,2	6,5	5,3	3,5	2,3	2,3	20,3	29,3	27,8	32,0	29,9	28,1
300,— " " 350,—	18,4	11,3	12,4	12,9	8,6	6,7	5,5	15,0	23,9	24,0	22,1	27,7	25,0
350,— " " 400,—	11,9	14,6	15,1	14,6	14,1	13,8	11,0	8,9	10,7	11,3	9,8	9,4	12,5
400,— " " 450,—	7,3	15,0	15,0	15,3	16,0	11,4	11,0	4,9	3,9	4,6	3,0	3,1	2,3
450,— " " 500,—	4,8	13,0	11,2	14,2	14,8	13,3	13,3	2,9	2,0	2,1	2,0	1,8	1,6
500,— " " 550,—	2,9	10,7	11,0	10,1	10,7	10,9	13,8	1,2	0,9	1,1	0,8	0,6	—
550,— " " 600,—	1,3	6,8	6,7	6,4	6,8	7,7	11,5	0,6	0,3	0,3	0,2	0,2	—
600,— " " 700,—	2,3	10,0	9,4	9,3	11,0	13,8	11,0	0,6	0,8	0,8	0,5	0,9	1,6
700,— " " 800,—	0,7	4,6	3,7	4,3	5,8	6,8	7,8	0,2	0,1	0,2	0,1	—	—
800,— " " 1000,—	0,9	3,3	2,9	2,8	4,0	5,8	5,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	—
1000,— " " 1200,—	0,4	1,8	1,4	1,3	2,2	3,8	5,5	0,1	0,1	0,1	0,1	—	—
1200,— " " 1500,—	0,0	0,8	0,6	1,0	0,9	2,0	1,8	0,1	0,0	—	0,1	—	—
1500,— " " 2000,—	0,0	0,4	0,3	0,4	0,5	1,2	—	—	—	—	—	—	—
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Zahl der erfaßten Angest.	2 700	10 933	4 634	3 168	2 223	690	218	5 484	4 512	2 587	1 342	455	128
Durchschnittlich. Brutto- monatsverdienst in DM	322,61	489,22	469,93	480,12	511,92	563,83	563,62	269,83	291,70	294,58	286,36	291,06	291,64

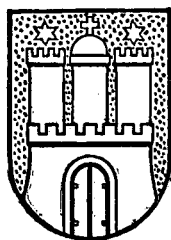
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 20. Juli 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 15



- INHALT:
1. Das Wahlergebnis im Bundesgebiet 1919 - 1949
  2. Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl nach Ländern
  3. Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl umgerechnet auf das neue Wahlrecht
  4. Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl in den Großstädten
  5. Das politische Gesicht Hamburgs 1928 - 1949 (umgerechnet auf das jetzige Gebiet)
  6. Ungelöste Probleme der nächsten Bundestagswahl

## Das Wahlergebnis im Bundesgebiet 1919-1949

Zusammengestellt vom Statistischen Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg

### Reichstagswahlen 1919 — 1933 und Bundestagswahl am 14. August 1949

Namen der bisherigen Parteien und ihre Abkürzungen, soweit sie in den nachfolgenden Tabellen Verwendung finden:

CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
SPD	Sozialdemokratische Partei
FDP	Freie Demokratische Partei
DP	Deutsche Partei
KPD	Kommunistische Partei
Bayer. Bbd.	Bayerischer Bauernbund
BP	Bayernpartei
BVp	Bayerische Volkspartei
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DKP	Deutsche Konservative Partei

DRP	Deutsche Rechtspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DHannP	Deutsch-Hannoversche Partei
Dt. nat. Vp.	Deutschnationale Volkspartei
EVD	Europäische Volksbewegung Deutschlands
RSF	Radikal-Soziale Freiheitspartei
RWVP	Rheinisch-Westfälische Volkspartei
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
ZP	Zentrumspartei
Un	Unabhängige und Parteilose

Durch Umbenennung änderten sich die Namen vieler Parteien seit 1919. Andere Parteien verschwanden und neue Parteien kamen hinzu. Auch bei der nächsten Bundestagswahl werden Parteien zum erstenmal im Wahlkampf erscheinen.

# Die Reichstagswahlen im Bundesgebiet 1919 — 1933 und die Bundestagswahl am 14. August 1949

## a) absolute Zahlen

Wahl am	Abgegebene gültige Stimmen	Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf									
		SPD	USPD	KPD	DDP bzw. DStP	Christl. VP	BVp	Zentrum	DHannP	Bayer. Bbd.	DVP
19. 1. 1919	16 470 992	5 828 347	703 353	—	2 659 923	2 686 715	1 128 571	795 084	296 076	275 127	1 004 518
6. 6. 1920	15 520 920	3 275 754	2 138 870	276 187	1 275 300	65 260	1 173 344	3 108 191	318 858	218 596	1 924 636
4. 5. 1924	16 013 107	2 987 776	112 310	1 934 443	877 509	—	946 648	3 158 552	311 546	168 996	1 429 083
7. 12. 1924	16 688 377	3 919 780	60 221	1 317 119	1 031 367	—	1 135 131	3 310 902	262 132	298 095	1 637 398
20. 5. 1928	16 875 044	4 539 569	9 792	1 449 936	804 872	—	945 644	2 964 017	195 266	361 571	1 471 304
14. 9. 1930	19 569 100	4 291 604	4 731	2 185 888	771 046	—	1 059 141	3 301 679	166 573	281 995	898 039
31. 7. 1932	20 832 021	3 984 743	—	<sup>12</sup> 2 699 387	<sup>13</sup> 210 317	—	1 192 684	3 674 187	46 927	137 133	254 428
6. 11. 1932	19 868 144	<sup>19</sup> 3 584 321	—	3 044 781	<sup>20</sup> 199 248	—	1 094 597	3 366 488	63 219	<sup>21</sup> 149 002	393 763
5. 3. 1933	22 238 560	3 665 721	—	2 409 636	178 100	—	1 073 551	3 515 537	47 133	101 499	256 862
14. 8. 1949	23 732 398	6 934 975	—	1 361 706	<sup>22</sup> 829 920	—	—	727 505	<sup>23</sup> 939 934	—	—

(Fortsetzung)

Wahl am	Abgegebene gültige Stimmen	Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf									
		Dt. nat. Vp.	Christl.-soz. Volksdienst	Wirtschaftspartei	Völkische	NSDAP	Sonstige	darunter			
							CDU CSU	BP	WAV	DKP DRP	
19. 1. 1919	16 470 992	975 381	—	—	—	<sup>2</sup> 117 897	—	—	—	—	
6. 6. 1920	15 520 920	1 643 143	—	—	—	<sup>4</sup> 102 781	—	—	—	—	
4. 5. 1924	16 013 107	2 098 777	—	162 057	1 048 472	<sup>5</sup> 776 938	—	—	—	—	
7. 12. 1924	16 688 377	2 469 717	—	249 833	—	<sup>6</sup> 441 437 <sup>7</sup> 555 245	—	—	—	—	
20. 5. 1928	16 875 044	1 649 992	—	668 220	92 134	<sup>8</sup> 1 173 415	—	—	—	—	
14. 9. 1930	19 569 100	787 812	576 241	<sup>10</sup> 691 324	—	<sup>11</sup> 1 123 706	—	—	—	—	
31. 7. 1932	20 832 021	<sup>14</sup> 965 327	<sup>15</sup> 273 545	<sup>16</sup> 81 147	—	<sup>17</sup> 186 582 <sup>18</sup> 125 614	—	—	—	—	
6. 11. 1932	19 868 144	<sup>21</sup> 310 275	<sup>23</sup> 306 090	<sup>24</sup> 46 187	—	<sup>25</sup> 132 403 <sup>26</sup> 177 770	—	—	—	—	
5. 3. 1933	22 238 560	<sup>27</sup> 1 363 023	251 293	—	—	<sup>28</sup> 92 835	—	—	—	—	
14. 8. 1949	23 732 398	—	—	—	—	<sup>31</sup> 10 938 358	7 359 084	986 478	681 888	429 031	

### Erläuterungen:

- <sup>1</sup> Wahl zur Nationalversammlung.
- <sup>2</sup> Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie 55 928, Braunschweigischer Landeswahlverband 56 858, Christlich-soziale Partei 664, Deutsche Sozialaristokratie (Bund des Freien Deutschlands) 279, Mittelstandspartei 640, Deutsche Friedenspartei 3 503, Irrtümlich als gültig erklärte Stimmen 25.
- <sup>3</sup> Einschl. der Wahl im Wahlkreis Schleswig-Holstein am 20. 2. 1921.
- <sup>4</sup> Schleswig-Holsteinische Landespartei 25 907, Schleswiger Verein 4 966, Christlich-soziale Volkspartei 1 219, Nationaldemokratische Volkspartei 847, Deutsch-soziale Partei 911, Fraktionslose Partei 169, Deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land 3, Deutsch-sozialistische Partei 3 012, Polenpartei 65 747.
- <sup>5</sup> Darunter: Deutsch-soziale Partei 44 823, Schleswig-Holsteinische Landespartei 5 652, Bayerisches Gasthofgewerbe 2 594, Bauern- und Weingärtnerbund 238 590, Ba-

discher Landbund 71 387, Hessischer Bauernbund und Rhein Hessische Bauernschaft 87 672.

<sup>6</sup> Nationalsozialistische Freiheitsbewegung.

<sup>7</sup> Darunter: Aufwertungs- und Wiederaufbaupartei 27 310, Schleswiger Verein 5 141, Reichsbund für Aufwertung 10 728, Polnische Volkspartei 1 104, Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei 42 199, Polenpartei 18 743, Bauernliste Koblenz-Trier-Birkenfeld 14 250, Aufwertungs- u. Sparerpartei 23 196, Bauern- und Weingärtnerbund 211 279, Badischer Landbund 58 761, Hessischer Bauernbund und Rhein Hessische Landliste 78 953.

<sup>8</sup> Linke Kommunisten 39 190, Deutsche Bauernpartei 47 003, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei 364 698, Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) 221 167, Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) und Beamtengruppe Kratoziel 19 738, Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei 9 832, Schleswiger Verein 2 435, Lebensinteressen der Ledigen 873, Friesland 286, Christlich-soziale Reichspartei

- 96 987, Deutschsoziale Partei (Kunze) 6 551, Polnische Volkspartei 366, Evangelische Volksgemeinschaft 47 940, Volksblock der Inflationsgeschädigten 17 369, Evangelischer Volksdienst (Evang. Gesinnungsgemeinschaft) 10 709, Polenpartei 19 683, Unpolitische Liste der Kriegsoffer usw. 6 071, Alte S. P. D. 18 500, Recht- und Mieterschutzpartei 2 831, Deutscher Reichsblock der Geschädigten 2 079, Fränkisches Landvolk 3 417, Bauern- und Weingärtnerbund 199 548, Alte Kommunistische Partei 3 131, Sonstige Parteien 1 101.
- <sup>9</sup> Darunter: Christl.-Soziale Volksgemeinschaft (verbunden mit RWV 5 - DVP -) 42 120.
- <sup>10</sup> Darunter: Radikale Deutsche Staatspartei (verbunden mit RWV 7 - Wirtschaftspartei -) 8 781.
- <sup>11</sup> Deutsches Landvolk 519 904, Konservative Volkspartei 167 373, Volksrechtspartei und Christl. Soziale Reichspartei 183 824, Deutsche Bauernpartei 17 443, Polnische Volkspartei 20 884, Schleswiger Verein 1 789, Friesland 232, Haus- und Grundbesitzer 12 214, Menschheitspartei und Neue Volksgemeinschaft 1 667, Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft 5 005, Kriegsbeschädigtenpartei 6 775, Bauern- und Weingärtnerbund 180 919, Nationale Volksgemeinschaft 13 062, Sonstige Parteien 615.
- <sup>12</sup> KPD 2 657 135, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (verbunden mit RWV 3 - KPD -) 29 319, Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Christlich-radikale Volksfront (verbunden mit RWV 3 - KPD -) 12 933.
- <sup>13</sup> DStP 208 859, Nationale Freiheitspartei Deutschlands 392, Erwerbslosenfront 853, Deutsche Reformpartei 59 und Radikale Partei-Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand 154, verbunden mit RWV 8 - DStP -.
- <sup>14</sup> Dt. nat. Vp. 938 263, Deutsches Landvolk 21 653, Radikaler Mittelstand 5 388 und Großdeutsche Liste Schmalix 23, verbunden mit RWV 5 - Dt. nat. Vp. -.
- <sup>15</sup> Christl.-soz. Volksdienst 247 251, Volksrechtspartei (verbunden mit RWV 11 - Christl.-soz. Volksdienst -) 26 294.
- <sup>16</sup> Wirtschaftspartei 77 012, Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten 1 686, Kampfbund gegen Hauszinssteuer 790, National-Soziale Partei gegen die Hauszinssteuer 376, Freiheitliche National-Soziale Deutsche Mittelstandsbewegung 480, Nationaler Bürger- und Wirtschaftsblock 226 und Bund Bayerisches Handwerk und Gewerbe, Haus- und Grundbesitz und Landwirtschaft 577, verbunden mit RWV 9 - Wirtschaftspartei -.
- <sup>17</sup> NSDAP 7 167 675, Nationalsozialistische Kleinrentner usw. 7 243, Nationalsozialistische Handwerker usw. 1 459, Nationalsozialistischer Volksbund für Wahrheit und Recht 1 653, Nationalsozialistischer enteigneter Mittelstand 1004, Nationalsozialistische Kriegsoffer usw. 1 102 und Landwirte, Haus- und Grundbesitzer 6 406, verbunden mit RWV 2 - NSDAP -.
- <sup>18</sup> Schleswigsche Heimat 1 511, Kampfgemeinschaft der Arbeiter u. Bauern 3 007, Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands 8 347, Höchstgehalt der Beamten 5000 M 590, Deutsche Sozialistische Kampfbewegung 611, Polenliste 9 577, Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft 526, Deutsche Volksgemeinschaft 618, Deutsche Freiwirtschaftspartei 1 635, Schicksalsgemeinschaft Deutscher Erwerbslosen 231, Gerechtigkeitsbewegung für Parteiverbot usw. 1 486, Freiwirtschaftsbewegung für Freiland, Freigeld, Festwährung 270, Bauern- und Weingärtnerbund (Landvolk) 96 851, Sonstige Parteien 354.
- <sup>19</sup> SPD 3 582 813, Radikal-Demokratische Partei (verbunden mit RWV 2 - SPD -) 1 508.
- <sup>20</sup> DStP 197 236, Nationale Freiheitspartei Deutschlands 1 714 und Deutsche Reformpartei 298 (verbunden mit RWV 8 - DStP -).
- <sup>21</sup> Deutsche Bauernpartei.
- <sup>22</sup> Dt. nat. Vp. 1 256 819, Radikaler Mittelstand 37 396, Kleinrentner, Inflationsgeschädigte usw. 6 570, Enteigneter Mittelstand 1 420, Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot 92, Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende 2 384 und Hindenburg und Papen (Nationalistische Kampfbewegung) 5 594 (verbunden mit RWV 5 - Dt. nat. Vp. -).
- <sup>23</sup> Christl.-soz. Volksdienst 274 979, Volksrechtspartei 24 656 und Schicksalsgemeinschaft Deutscher Erwerbslosen usw. 6 455 (verbunden mit RWV 9 - Christl.-soz. Volksdienst -).
- <sup>24</sup> Wirtschaftspartei 45 739, Interessengemeinschaft der Kleinrentner usw. 256 und Deutscher nationaler Bürgerblock 192 (verbunden mit RWV 6 - Wirtschaftspartei -).
- <sup>25</sup> NSDAP 6 132 306, Deutsche Reichs-Gegenzins-Bewegung 97 (verbunden mit RWV 1 - NSDAP -).
- <sup>26</sup> Sozial-Republikanische Partei Deutschlands 4 522, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands 15 900, Schleswigsche Heimat 1 694, Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands 7 051, Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern 2 220, Nationalsoziale Partei der Mitte 721, Deutsches Landvolk 27 384, Polenliste 11 242, Großdeutsche Mittelstandspartei 286, Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten 486, Nationale Kommunistische Partei 381, Württemb. Bauern- und Weingärtnerbund 105 220, Sonstige Parteien 663.
- <sup>27</sup> Kampfgemeinschaft Schwarz-Weiß-Rot.
- <sup>28</sup> Deutsche Bauernpartei 7 235, Sozialistische Kampfgemeinschaft 627, Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern 1 109, Bauern- und Weingärtnerbund 83 839, Sonstige Parteien 25.
- <sup>29</sup> FDP.
- <sup>30</sup> DP.
- <sup>31</sup> außer den vier Parteien in den nächsten Spalten handelt es sich um RSF 216 749, SSW 75 388, EVD 26 162, RWVP 21 931, Un 1 141 647.

Die Reichstagswahlen im Bundesgebiet 1919 — 1933 und die Bundestagswahl am 14. August 1949

b) Verhältniszahlen

Wahl am	Abgegebene gültige Stimmen	Vom Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf									
		SPD	USPD	KPD	DDP bzw. DStP	Christl. VP	BVp	Zentrum	DHannP	Bayer. Bbd.	DVP
19. 1. 1919	16 470 992	35,4	4,3	—	16,2	16,3	6,8	4,8	1,8	1,7	6,1
6. 6. 1920	15 520 920	21,1	13,8	1,8	8,2	0,4	7,6	20,0	2,1	1,4	12,4
4. 5. 1924	16 013 107	18,7	0,8	12,1	5,5	—	5,9	19,7	1,9	1,1	8,9
7. 12. 1924	16 688 377	23,5	0,4	7,9	6,2	—	6,8	19,8	1,6	1,8	9,8
20. 5. 1928	16 875 044	26,9	—	8,6	4,8	—	5,6	17,6	1,1	2,1	8,7
14. 9. 1930	19 569 100	21,9	—	11,2	3,9	—	5,4	16,9	0,9	1,4	4,6
31. 7. 1932	20 832 021	19,1	—	13,0	1,0	—	5,7	17,7	0,2	0,7	1,2
6. 11. 1932	19 868 144	18,0	—	15,3	1,0	—	5,5	17,0	0,3	0,8	2,0
5. 3. 1933	22 238 560	16,5	—	10,8	0,8	—	4,8	15,8	0,2	0,5	1,2
14. 8. 1949	23 732 398	29,2	—	5,7	11,9	—	—	3,1	24,0	—	—

(Fortsetzung)

Wahl am	Abgegebene gültige Stimmen	Vom Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf									
		Dt. nat. Vp.	Christl.-soz. Volksdienst	Wirtschaftspartei	Völkische	NSDAP	Sonstige	darunter			
								CDU CSU	BP	WAV	DKP DRP
19. 1. 1919	16 470 992	5,9	—	—	—	—	0,7	—	—	—	—
6. 6. 1920	15 520 920	10,5	—	—	—	—	0,7	—	—	—	—
4. 5. 1924	16 013 107	13,0	—	1,0	6,5	—	4,9	—	—	—	—
7. 12. 1924	16 688 377	14,8	—	1,5	—	2,6	3,3	—	—	—	—
20. 5. 1928	16 875 044	9,8	—	4,0	0,5	3,3	7,0	—	—	—	—
14. 9. 1930	19 569 100	4,0	3,0	3,5	—	17,5	5,8	—	—	—	—
31. 7. 1932	20 832 021	4,6	1,3	0,4	—	34,5	0,6	—	—	—	—
6. 11. 1932	19 868 144	6,6	1,5	0,2	—	30,9	0,9	—	—	—	—
5. 3. 1933	22 238 560	6,1	1,1	—	—	41,8	0,4	—	—	—	—
14. 8. 1949	23 732 398	—	—	—	—	—	46,1	31,0	4,2	2,9	1,8

Erläuterungen: <sup>1</sup> EDP. <sup>2</sup> DP. <sup>3</sup> außer den vier Parteien in den nächsten Spalten handelt es sich um RSF 0,9, SSW 0,3, EVD 0,1, RWVP 0,1, Un 4,8.

Unter den Parteien ist die Entwicklung der Stimmzahl der dänischen Minderheit besonders auffallend. Das hängt damit zusammen, daß in der Nachkriegszeit viele Empfänger von dänischen

Speckpaketen ihren Vorteil bei Dänemark sahen, ebenso zahlreiche Rückversicherer, die die Hoffnung haben, daß sie in einem dänischen Schleswig den Folgen eines verlorenen Krieges entgehen können.

Wahl am	Stimmzahl	Organisation
20. 2. 1921	4 966	Schleswigscher Verein
7. 12. 1924	5 141	
20. 5. 1928	2 435	
14. 9. 1930	1 789 <sup>1)</sup>	
31. 7. 1932	1 511	Schleswigsche Heimat <sup>2)</sup>
6. 11. 1932	1 694	
14. 8. 1949	75 388	Südschleswigscher Wählerverband

<sup>1)</sup> außerdem 232 Stimmen für die dänischbeeinflusste Liste „Friesland“.

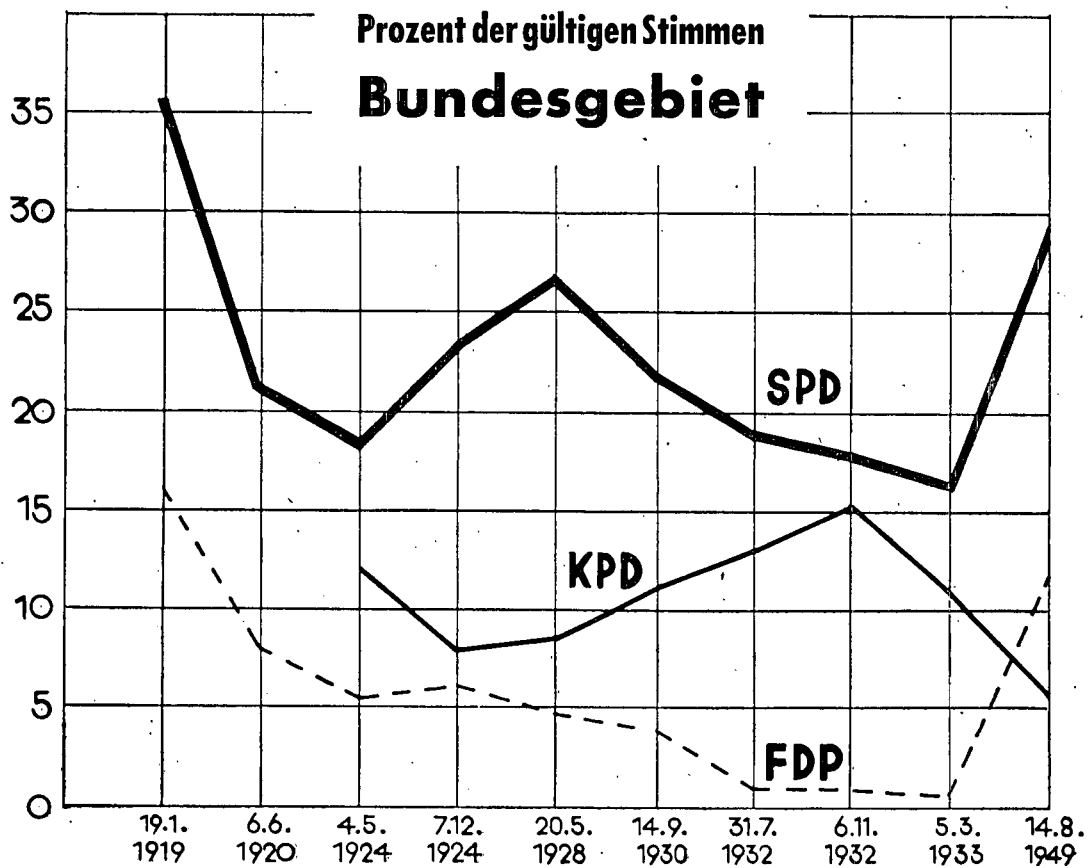
<sup>2)</sup> angeschlossen an den Reichswahlvorschlag „Nationale Minderheiten“.

# Die Reichstagswahlen im Bundesgebiet 1919—1933 und die Bundestagswahl am 14. August 1949

## c) Nichtwähler und ungültige Stimmen

Wahl am	Zahl der Wahlberechtigten		Nichtwähler (Sp. 2 minus 3)	Ungültige Stimmen	Zusammen (Sp. 4+5)	
	überhaupt	die sich an der Wahl beteiligt haben			absolut	v. H. der Wahl- berechtigten
1	2	3	4	5	6	7
19. 1. 1919						
6. 6. 1920	20 104 737	15 703 824	4 400 913	182 904	4 583 817	22,7
4. 5. 1924	21 564 139	16 284 334	5 279 805	271 227	5 551 032	25,7
7. 12. 1924	21 921 579	16 922 739	4 998 840	234 372	5 233 212	23,9
20. 5. 1928	23 287 909	17 131 938	6 155 971	256 894	6 412 865	27,9
14. 9. 1930	24 295 515	19 717 266	4 578 249	148 176	4 726 425	19,4
31. 7. 1932	25 082 175	20 988 202	4 093 973	156 181	4 250 154	16,9
6. 11. 1932	25 102 287	20 032 152	5 070 135	164 008	5 234 143	20,8
5. 3. 1933	25 295 152	22 413 847	2 881 305	175 287	3 056 592	12,1
14. 8. 1949	31 207 620	24 495 614	6 712 006	763 216	7 475 222	24,0

Erläuterungen: 1 Wahl zur Nationalversammlung; Angaben nicht zu ermitteln.



Die Mitte- und Rechtsparteien können hier nicht zeichnerisch dargestellt werden, da Auflösungen, Neugründungen und Namensänderungen sowie das vorübergehende Auftreten der NSDAP

gerade diese Parteien im Zeitraum 1919—1949 stark veränderten und einen Vergleich mit früher unterbinden.



## Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl nach Ländern

(aus „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Band 10, herausgegeben v. Statistischen Bundesamt)

### a) Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung am 14. August 1949

Land	Bevölkerung (Einwohner <sup>1)</sup> )	Wahlberechtigte		Wahlbeteiligung		Nichtwähler (Spalte 3 minus Spalte 5)	Ungültige Stimmen	Zusammen (Spalte 7 + 8)	
		Anzahl	v. H. der Ein- wohner	abgegebene Stimmen	v. H. der Wahl- berech- tigten			absolut	v. H. der Wahl- berech- tigten
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Baden . . . . .	1 276 100	813 924	63,8	570 239	70,1	243 685	27 516	271 201	33,3
Bayern . . . . .	9 151 400	5 984 175	65,4	4 851 576	81,1	1 132 599	123 953	1 256 552	21,0
Bremen . . . . .	534 100	379 839	71,1	310 980	81,9	68 859	7 115	75 974	20,0
Hamburg . . . . .	1 531 200	1 141 214	74,5	926 435	81,2	214 779	20 991	235 770	20,7
Hessen . . . . .	4 253 000	2 906 239	68,3	2 247 390	77,3	658 849	119 112	777 961	26,8
Niedersachsen . . . . .	6 754 200	4 425 610	65,5	3 439 964	77,7	985 646	73 999	1 059 645	23,9
Nordrhein-Westfalen	12 795 600	8 681 794	67,8	6 909 719	79,6	1 772 075	183 176	1 955 251	22,5
Rheinland-Pfalz . . . . .	2 868 300	1 900 797	66,3	1 513 756	79,6	387 041	82 200	469 241	24,7
Schleswig-Holstein . . . . .	2 664 500	1 731 022	65,0	1 431 020	82,7	300 002	33 349	333 351	19,3
Württemberg-Baden	3 825 500	2 517 274	65,8	1 825 339	72,5	691 935	76 068	768 003	30,5
Württemberg- Hohenzollern . . . . .	1 123 900	725 732	64,6	469 196	64,7	256 536	15 737	272 273	37,5
Bundesgebiet . . . . .	46 777 800	31 207 620	66,7	24 495 614	78,5	6 712 006	763 216	7 475 222	24,0

<sup>1)</sup> nach der Zählung v. 29. 10. 1946 mit Fortschreibung bis zum 30. 6. 1949.

### b) Parteien am 14. August 1949 (absolute Zahlen)

Land	Abgegebene Stimmen			Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf						
	insgesamt	davon		CDU/CSU	SPD	FDP/BDV DVP	KPD	BP	DP	DKP/DRP
		gültig	ungültig							
Baden . . . . .	570 239	542 723	27 516	277 276	128 599	94 612	22 755	—	—	—
Bayern . . . . .	4 851 576	4 727 623	123 953	1 380 448	1 075 416	404 145	195 852	986 478	—	—
Bremen . . . . .	310 980	303 865	7 115	51 290	104 509	<sup>2</sup> 39 228	20 530	—	54 569	—
Hamburg . . . . .	926 435	905 444	20 991	178 786	358 873	143 371	76 747	—	118 583	<sup>4</sup> 10 838
Hessen . . . . .	2 247 390	2 128 278	119 112	454 437	684 042	597 081	142 539	—	—	—
Niedersachsen . . . . .	3 439 964	3 365 965	73 999	593 691	1 125 295	252 141	104 132	—	597 542	<sup>5</sup> 273 129
Nordrhein-Westfalen	6 909 719	6 726 543	183 176	2 481 523	2 109 172	581 456	513 225	—	—	<sup>6</sup> 117 998
Rheinland-Pfalz . . . . .	1 513 756	1 431 556	82 200	702 125	408 905	226 625	89 026	—	—	—
Schleswig-Holstein . . . . .	1 431 020	1 397 671	33 349	428 956	413 257	103 492	43 744	—	169 240	<sup>4</sup> 27 066
Württemberg-Baden	1 825 339	1 749 271	76 068	542 588	441 237	<sup>3</sup> 318 498	129 283	—	—	—
Württemberg- Hohenzollern . . . . .	469 196	453 459	15 737	267 964	85 670	<sup>3</sup> 69 271	23 873	—	—	—
Bundesgebiet . . . . .	24 495 614	23 732 398	763 216	7 359 084	6 934 975	2 829 920	1 361 706	986 478	939 934	429 031

(Fortsetzung)

Land	Abgegebene Stimmen			Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf						
	insgesamt	davon		EVD	RSF	RWVP	SSW	WAV	ZP	Un
		gültig	ungültig							
Baden . . . . .	570 239	542 723	27 516	19 481	—	—	—	—	—	—
Bayern . . . . .	4 851 576	4 727 623	123 953	—	—	—	—	681 888	—	3 396
Bremen . . . . .	310 980	303 865	7 115	—	6 446	—	—	—	—	27 293
Hamburg . . . . .	926 435	905 444	20 991	—	13 830	—	—	—	—	4 416
Hessen . . . . .	2 247 390	2 128 278	119 112	—	—	—	—	—	—	250 179
Niedersachsen . . . . .	3 439 964	3 365 965	73 999	—	33 275	—	—	—	113 464	273 296
Nordrhein-Westfalen	6 909 719	6 726 543	183 176	—	142 648	21 931	—	—	601 435	157 155
Rheinland-Pfalz . . . . .	1 513 756	1 431 556	82 200	—	—	—	—	—	—	4 875
Schleswig-Holstein . . . . .	1 431 020	1 397 671	33 349	—	18 122	—	75 388	—	12 606	105 800
Württemberg-Baden	1 825 339	1 749 271	76 068	—	2 428	—	—	—	—	315 237
Württemberg- Hohenzollern . . . . .	469 196	453 459	15 737	6 681	—	—	—	—	—	—
Bundesgebiet . . . . .	24 495 614	23 732 398	763 216	26 162	216 749	21 931	75 388	681 888	727 505	1 141 647

Erläuterungen: <sup>1</sup> CSU, <sup>2</sup> BDV, <sup>3</sup> DVP, <sup>4</sup> DKP, <sup>5</sup> DRP, <sup>6</sup> DKP/DRP.

c) Parteien am 14. August 1949 (Verhältniszahlen)

Land	Vom Hundert der abgegebenen Stimmen waren		Vom Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf						
	gültig	ungültig	CDU/CSU	SPD	FDP/BDV DVP	KPD	BP	DP	DKP/DRP
Baden . . . . .	95,2	4,8	51,1	23,7	17,4	4,2	—	—	—
Bayern . . . . .	97,4	2,6	<sup>1</sup> 29,2	22,7	8,5	4,1	20,9	—	—
Bremen . . . . .	97,7	2,3	16,9	34,4	<sup>2</sup> 12,9	6,8	—	18,0	—
Hamburg . . . . .	97,7	2,3	19,7	39,6	15,8	8,5	—	13,1	<sup>4</sup> 1,2
Hessen . . . . .	94,7	5,3	21,4	32,1	28,1	6,7	—	—	—
Niedersachsen . . . . .	97,8	2,2	17,6	33,4	7,5	3,1	—	17,8	<sup>5</sup> 8,1
Nordrhein-Westfalen . . . . .	97,3	2,7	36,9	31,4	8,6	7,6	—	—	<sup>6</sup> 1,8
Rheinland-Pfalz . . . . .	94,6	5,4	49,0	28,6	15,8	6,2	—	—	—
Schleswig-Holstein . . . . .	97,7	2,3	30,7	29,6	7,4	3,1	—	12,1	<sup>4</sup> 1,9
Württemberg-Baden . . . . .	95,8	4,2	31,0	25,2	<sup>3</sup> 18,2	7,4	—	—	—
Württemberg-Hohenz. . . . .	96,6	3,4	59,1	18,9	<sup>3</sup> 15,3	5,3	—	—	—
Bundesgebiet . . . . .	96,9	3,1	31,0	29,2	11,9	5,7	4,2	4,0	1,8

Erläuterungen: <sup>1</sup>CSU, <sup>2</sup>BDV, <sup>3</sup>DVP, <sup>4</sup>DKP, <sup>5</sup>DRP, <sup>6</sup>DKP/DRP.

(Fortsetzung)

Land	Vom Hundert der abgegebenen Stimmen waren		Vom Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf						
	gültig	ungültig	EVD	RSF	RWVP	SSW	WAV	ZP	Un
Baden . . . . .	95,2	4,8	3,6	—	—	—	—	—	—
Bayern . . . . .	97,4	2,6	—	—	—	—	14,4	—	0,1
Bremen . . . . .	97,7	2,3	—	2,1	—	—	—	—	9,0
Hamburg . . . . .	97,7	2,3	—	1,5	—	—	—	—	0,5
Hessen . . . . .	94,7	5,3	—	—	—	—	—	—	11,8
Niedersachsen . . . . .	97,8	2,2	—	1,0	—	—	—	3,4	8,1
Nordrhein-Westfalen . . . . .	97,3	2,7	—	2,1	0,3	—	—	8,9	2,3
Rheinland-Pfalz . . . . .	94,6	5,4	—	—	—	—	—	—	0,3
Schleswig-Holstein . . . . .	97,7	2,3	—	1,3	—	5,4	—	0,9	7,6
Württemberg-Baden . . . . .	95,8	4,2	—	0,1	—	—	—	—	18,0
Württemberg-Hohenz. . . . .	96,6	3,4	1,5	—	—	—	—	—	—
Bundesgebiet . . . . .	96,9	3,1	0,1	0,9	0,1	0,3	2,9	3,1	4,8

d) Die Abgeordneten nach Parteien und Ländern (Bundestagswahl am 14. August 1949)

Land	Zahl der Abgeordneten			Von den Abgeordneten entfielen auf										
	insg.	davon		CDU CSU	SPD	FDP BDV DVP	KPD	BP	DP	DKP DRP	SSW	WAV	ZP	Un
		in den Wahl- kreisen	Landes- listen											
Baden . . . . .	<sup>1</sup> 12	7	5	17	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Bayern . . . . .	78	47	31	24	18	7	—	17	—	—	—	12	—	—
Bremen . . . . .	15	3	2	1	<sup>1</sup> 3	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Hamburg . . . . .	13	8	5	3	6	2	1	—	1	—	—	—	—	—
Hessen . . . . .	36	22	14	9	13	12	2	—	—	—	—	—	—	—
Niedersachsen . . . . .	58	34	24	12	24	5	—	—	12	5	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	109	66	43	43	37	10	9	—	—	—	—	—	10	—
Rheinland-Pfalz . . . . .	25	15	10	13	7	4	1	—	—	—	—	—	—	—
Schleswig-Holstein . . . . .	23	14	9	8	8	2	—	—	3	—	1	—	—	1
Württemberg-Baden . . . . .	33	20	13	12	10	7	2	—	—	—	—	—	—	2
Württemberg- Hohenzollern . . . . .	10	6	4	7	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesgebiet . . . . .	402	242	160	<sup>1</sup> 139	<sup>1</sup> 131	52	15	17	17	5	1	12	10	3

<sup>1</sup> davon 1 Sitz zusätzlich (gemäß § 10 Abs. 3 BWG).

## Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl umgerechnet auf das neue Wahlrecht

Das neue Wahlgesetz bringt eine Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 402 auf mindestens 484, von denen wie bisher 242 in Wahlkreisen und die übrigen nach Landeslisten zu wählen sind. Jeder Wähler hat diesmal zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl im Wahlkreis und eine Zweitstimme für die Wahl nach Landeslisten. **Im Verhältnis dieser Zweitstimmen im Lande werden die sämtlichen Abgeordnetensitze eines jeden Landes auf die Parteien verteilt.** Hierbei werden die in den Wahlkreisen errungenen Sitze angerechnet. Bei Vergabe der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 v. H. der im Bundesgebiet gültigen Zweitstimmen erhalten haben oder in mindestens einem Wahlkreis einen Sitz errungen haben. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die von nationalen Minderheiten eingereichten Listen.

Nach diesen Bestimmungen ist die Bundestagswahl letzten Endes eine Verhältniswahl. Bei diesem Wahlmodus tritt die Bedeutung einer Block-

bildung stark zurück. **Bei Sammelkandidaten können zwar im direkten Wahlgang mehr Wahlkreismandate gewonnen werden. Dieses Plus wird aber ausgeglichen durch ein entsprechendes Minus an Listenmandaten.** Der einzige Vorteil einer Wahlkreiscoalition ist nur die Möglichkeit von Zusatzmandaten, die nach dem Wahlgesetz einer Partei verbleiben, wenn sie in Wahlkreisen (durch Hilfe anderer Parteien) mehr Sitze erringt, als ihr nach dem Verhältnis der eigenen Stimmenzahl (Zweitstimmen) zukommen.

Umrechnungen der Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl auf das jetzige Wahlgesetz sind natürlich nur mit Einschränkung möglich; denn man kann z. B. die Stimmenzahl des inzwischen entstandenen „Gesamtdeutscher Block / BHE“ nicht einwandfrei einkalkulieren und auch nicht voraussehen, ob die neuen Parteigründungen von Dr. Wirth, Dr. Heinemann, Conventz usw. über die 5%ige Sperrklausel hinwegkommen. Letzteres gilt auch für KPD, Zentrum, FSU und WAV.

### Verteilung der 484 Sitze nach dem neuen Bundeswahlgesetz unter Zugrundelegung der Wahlergebnisse der Bundestagswahl 1949

#### a) bei Sammelkandidaten der CDU, FDP, DP

Land	Zahl der Sitze			CDU - CSU FDP - BDV - DVP DP - DKP/DRP			SPD			KPD	Sonstige
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon			
		in Wahlkreisen	auf Landeslisten		Wahlkreise	Landesliste		Wahlkreise	Landesliste		
Schleswig-Holstein . . . . .	24	14	10	14	13	1	8	—	8	—	2 <sup>1)2)</sup>
Hamburg . . . . .	17	8	9	8	7	1	8	1	7	1	—
Niedersachsen . . . . .	66	34	32	38	32	6	26	2	24	2	—
Bremen . . . . .	6	3	3	3	3	—	3	—	3	—	—
Nordrhein-Westfalen	138	66	72	76	53	23	50	13	37	12	—
Hessen . . . . .	44	22	22	25	22	3	16	—	16	3	—
Rheinland-Pfalz . . . . .	31	15	16	20	14	6	9	1	8	2	—
Baden-Württemberg	67	33	34	43	31	12	18	1	17	5	1 <sup>3)</sup>
Bayern . . . . .	91	47	44	41	32	9	24	6	18	4	22 <sup>4)</sup>
Bundesgebiet . . . . .	484	242	242	268	207	61	162	24	138	29	25

#### b) bei getrenntem Vorgehen der Parteien

Land	CDU - CSU			FDP - BDV - DVP			DP - DKP/DRP			SPD			KPD	Sonstige
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon			
		Wahlkreise	Landesliste		Wahlkreise	Landesliste		Wahlkreise	Landesliste		Wahlkreise	Landesliste		
Schleswig-Holstein . . . . .	8	7	1	2	—	2	4	—	4	8	6	2	—	2 <sup>1)2)</sup>
Hamburg <sup>3)</sup> . . . . .	3	3	—	3	1	2	2	—	2	8	4	4	1	—
Niedersachsen . . . . .	13	4	9	5	1	4	20	5	15	26	24	2	2	—
Bremen . . . . .	1	—	1	1	—	1	1	—	1	3	3	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	60	40	20	14	1	13	2	—	2	50	25	25	12	—
Hessen . . . . .	11	3	8	14	7	7	—	—	—	16	12	4	3	—
Rheinland-Pfalz . . . . .	15	11	4	5	—	5	—	—	—	9	4	5	2	—
Baden-Württemberg	30	23	7	13	2	11	—	—	—	18	6	12	4	2 <sup>3)</sup>
Bayern . . . . .	32	24	8	9	—	9	—	—	—	24	12	12	4	22 <sup>4)</sup>
Bundesgebiet . . . . .	173	115	58	66	12	54	29	5	24	162	96	66	28	26

<sup>1)</sup> SSW 1, <sup>2)</sup> Un 1, <sup>3)</sup> Un 2, <sup>4)</sup> Bayernpartei, <sup>5)</sup> wegen des Zusammengehens der CDU und FDP läßt sich eine genaue Trennung der abgegebenen Stimmen nach CDU und FDP und eine entsprechende Berechnung der Sitze nicht durchführen; um aber ein Ergebnis für das Bundesgebiet überhaupt zu erhalten, mußten wohl oder übel diese Sammelzahlen bei Hamburg verwendet werden.

# Die Wahlergebnisse der ersten Bundestagswahl in den Großstädten

— endgültige Wahlergebnisse —

a) absolute Zahlen

Großstadt	Abgegebene Stimmen		Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf							
	insgesamt	davon gültig	CDU CSU	SPD	FDP BDV DVP	KPD	BP	DP	ZP	Sonstige
1 Hamburg . . . . .	926 435	905 444	178 786	358 873	143 371	76 747	—	118 583	—	1 29 084
2 München . . . . .	397 441	391 493	<sup>2</sup> 68 474	107 217	39 479	38 980	87 176	—	—	<sup>3</sup> 50 167
3 Essen . . . . .	312 043	306 698	86 947	105 347	20 764	34 116	—	—	42 410	<sup>4</sup> 17 114
4 Köln . . . . .	297 333	293 169	127 374	97 583	34 399	23 954	—	—	3 082	<sup>5</sup> 6 777
5 Frankfurt a. M. . . . .	248 450	237 283	52 473	93 626	57 412	20 250	—	—	—	<sup>6</sup> 13 522
6 Dortmund . . . . .	272 909	265 855	79 009	113 955	26 707	32 296	—	—	6 221	<sup>7</sup> 7 667
7 Düsseldorf . . . . .	252 316	247 507	98 500	73 779	24 643	26 504	—	—	16 005	<sup>8</sup> 8 076
8 Stuttgart . . . . .	231 711	224 203	42 035	70 032	<sup>9</sup> 57 241	25 180	—	—	—	<sup>10</sup> 29 715
9 Bremen . . . . .	249 732	244 447	42 485	81 354	<sup>11</sup> 36 648	15 978	—	38 317	—	<sup>12</sup> 29 665
10 Hannover . . . . .	227 933	224 692	34 722	110 360	23 141	10 838	—	25 949	1 032	<sup>13</sup> 18 650
11 Duisburg . . . . .	210 847	206 658	62 735	78 725	17 229	24 487	—	—	13 198	<sup>14</sup> 10 284
12 Wuppertal . . . . .	199 129	196 358	37 230	63 181	38 251	21 809	—	—	16 098	<sup>15</sup> 19 789
13 Nürnberg . . . . .	202 912	195 596	<sup>2</sup> 29 756	74 697	27 448	20 653	9 541	—	—	<sup>3</sup> 33 501
14 Gelsenkirchen . . . . .	162 231	158 446	39 535	57 902	6 920	24 240	—	—	19 205	<sup>16</sup> 10 644
15 Bochum . . . . .	160 378	156 339	49 442	61 062	12 091	16 064	—	—	3 689	<sup>17</sup> 13 991
16 Kiel . . . . .	142 864	140 256	75 445	48 997	2 111	7 337	—	1 871	1 073	<sup>18</sup> 3 422
17 Lübeck . . . . .	131 849	127 533	32 536	46 127	19 114	5 210	—	18 238	1 735	<sup>19</sup> 4 573
18 Mannheim . . . . .	100 312	97 888	24 100	37 471	<sup>9</sup> 12 594	18 312	—	—	—	<sup>20</sup> 5 411
19 Braunschweig . . . . .	117 971	116 133	19 571	46 311	6 373	5 471	—	20 612	1 616	<sup>21</sup> 16 179
20 Wiesbaden . . . . .	119 629	116 332	27 179	33 557	42 381	7 195	—	—	—	<sup>20</sup> 6 020
21 Oberhausen . . . . .	99 335	96 978	28 152	28 084	4 501	8 405	—	—	19 548	<sup>22</sup> 8 288
22 Karlsruhe . . . . .	97 860	91 633	25 064	33 863	<sup>9</sup> 15 125	9 026	—	—	—	<sup>20</sup> 8 555
23 Augsburg . . . . .	94 287	91 225	<sup>2</sup> 26 411	24 245	7 851	6 275	12 650	—	—	<sup>3</sup> 13 793
24 Krefeld . . . . .	86 848	85 004	29 727	26 058	13 236	5 007	—	—	8 569	<sup>23</sup> 2 407
25 Kassel . . . . .	86 775	82 988	9 814	31 592	34 462	7 120	—	—	—	—
26 Bielefeld . . . . .	85 592	82 651	23 079	37 059	9 537	3 747	—	—	2 349	<sup>24</sup> 6 880
27 Mülheim . . . . .	77 980	76 023	21 441	26 543	9 975	7 681	—	—	2 400	<sup>25</sup> 7 983
28 Solingen . . . . .	85 815	83 898	18 902	22 110	15 563	18 343	—	—	1 606	<sup>26</sup> 7 374
29 Hagen . . . . .	80 857	79 141	25 634	25 555	12 424	11 479	—	—	874	<sup>27</sup> 3 175
30 Regensburg . . . . .	59 433	58 339	<sup>2</sup> 17 063	11 295	2 956	3 164	11 357	—	—	<sup>3</sup> 12 504
31 Aachen . . . . .	67 501	66 052	35 114	20 053	4 204	3 573	—	—	1 979	<sup>28</sup> 1 129
32 M.-Gladbach . . . . .	61 014	59 704	23 428	11 011	5 835	2 555	—	—	13 283	<sup>29</sup> 3 592
33 Heidelberg . . . . .	57 003	54 699	16 472	17 477	<sup>9</sup> 14 560	4 159	—	—	—	<sup>20</sup> 2 031
34 Ludwigshafen . . . . .	64 320	60 887	18 558	26 373	6 020	9 936	—	—	—	—
35 Bremerhaven . . . . .	61 248	59 418	8 805	23 155	<sup>11</sup> 2 580	4 552	—	16 252	—	<sup>30</sup> 4 074
36 Freiburg . . . . .	48 561	46 873	19 271	14 812	7 152	2 192	—	—	—	<sup>38</sup> 3 446
37 Flensburg . . . . .	62 310	61 653	—	5 462	—	972	—	—	—	<sup>31</sup> 55 219
38 Münster . . . . .	55 329	54 680	18 761	12 655	6 646	1 636	—	—	13 847	<sup>32</sup> 1 135
39 Bonn . . . . .	57 326	56 575	30 845	10 817	9 432	1 885	—	—	1 686	<sup>33</sup> 1 910
40 Wilhelmshaven . . . . .	54 096	52 651	5 954	17 650	3 723	4 030	—	1 826	261	<sup>34</sup> 19 207
41 Remscheid . . . . .	59 140	58 209	11 552	13 346	12 841	11 417	—	—	2 316	<sup>35</sup> 6 737
42 Herne . . . . .	60 333	58 417	18 852	24 101	3 695	7 209	—	—	1 337	<sup>36</sup> 3 223
43 Fürth . . . . .	56 484	54 405	<sup>2</sup> 6 359	21 474	6 885	4 770	4 747	—	—	<sup>3</sup> 10 170
44 Recklinghausen . . . . .	55 636	54 423	20 899	17 173	2 081	6 608	—	—	3 830	<sup>37</sup> 3 832

**Erläuterungen:**

<sup>1</sup> RSF 13 830, DKP 10 838, Un 4416

<sup>2</sup> CSU

<sup>3</sup> WAV

<sup>4</sup> DKP/DRP 6375, RSF 10 086, RWVP 653

<sup>5</sup> DKP/DRP 4672, RSF 1299, RWVP 806

<sup>6</sup> Un

<sup>7</sup> RWVP 747, RSF 2411, DKP/DRP 4509

<sup>8</sup> DKP/DRP 3671, RSF 1041, RWVP 1070, Un 2294

<sup>9</sup> DVP

<sup>10</sup> RSF 2428, Un 27287

<sup>11</sup> BDV

<sup>12</sup> Un 23 444, RSF 6221

<sup>13</sup> DRP 17226, RSF 1424

<sup>14</sup> DKP/DRP 3691, RSF 6080, RWVP 513

<sup>15</sup> RSF 18 414, RWVP 1375

<sup>16</sup> DKP/DRP 1710, RSF 8647, RWVP 287

<sup>17</sup> DKP/DRP 2289, RSF 8719, RWVP 277, Un 2706

(Forts.) Die endgültigen Ergebnisse der Bundestagswahl vom 14. August 1949 in den Großstädten

b) Verhältniszahlen

Großstadt	Wahlbeteiligung v. H.	Vom Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf							
		CDU CSU	SPD	FDP BDV DVP	KPD	BP	DP	ZP	Sonstige
1 Hamburg . . . . .	81,9	19,8	39,6	15,8	8,5	—	13,1	—	3,2
2 München . . . . .	67,5	<sup>2</sup> 17,5	27,4	10,1	10,0	22,2	—	—	<sup>3</sup> 12,8
3 Essen . . . . .	74,8	28,4	34,4	6,7	11,1	—	—	13,8	5,6
4 Köln . . . . .	71,5	43,4	33,3	11,7	8,2	—	—	1,1	2,3
5 Frankfurt a. M. . . . .	65,1	22,1	39,5	24,2	8,5	—	—	—	5,7
6 Dortmund . . . . .	78,1	29,7	42,9	10,0	12,1	—	—	2,4	2,9
7 Düsseldorf . . . . .	72,8	39,8	29,8	10,0	10,7	—	—	6,4	3,3
8 Stuttgart . . . . .	68,2	18,8	31,2	<sup>9</sup> 25,6	11,2	—	—	—	13,2
9 Bremen . . . . .	82,6	17,4	33,3	<sup>11</sup> 15,0	6,6	—	15,6	—	12,1
10 Hannover . . . . .	75,0	15,5	49,1	10,3	4,8	—	11,5	0,5	8,3
11 Duisburg . . . . .	77,0	30,3	38,1	8,4	11,9	—	—	6,4	4,9
12 Wuppertal . . . . .	75,9	18,7	32,2	19,7	11,2	—	—	8,2	10,0
13 Nürnberg . . . . .	79,0	<sup>2</sup> 15,2	38,2	14,0	10,6	4,9	—	—	<sup>3</sup> 17,1
14 Gelsenkirchen . . . . .	77,1	25,0	36,5	4,4	15,3	—	—	12,1	6,7
15 Bochum . . . . .	82,5	31,6	39,1	7,7	10,3	—	—	2,3	9,0
16 Kiel . . . . .	82,5	53,8	34,9	1,6	5,2	—	1,3	0,8	2,4
17 Lübeck . . . . .	80,4	24,9	35,8	15,8	4,4	—	14,4	1,4	3,3
18 Mannheim . . . . .	61,7	24,6	38,3	<sup>9</sup> 12,9	18,7	—	—	—	5,5
19 Braunschweig . . . . .	73,8	16,9	39,9	5,5	4,7	—	17,7	1,4	13,9
20 Wiesbaden . . . . .	77,2	23,4	28,8	36,4	6,2	—	—	—	5,2
21 Oberhausen . . . . .	77,1	29,0	29,0	4,6	8,7	—	—	20,2	8,5
22 Karlsruhe . . . . .	70,9	27,4	37,0	<sup>9</sup> 16,5	9,8	—	—	—	9,3
23 Augsburg . . . . .	74,6	<sup>2</sup> 28,9	26,6	8,6	6,9	13,9	—	—	<sup>3</sup> 15,1
24 Krefeld . . . . .	72,6	35,0	30,6	15,6	5,9	—	—	10,1	2,8
25 Kassel . . . . .	79,1	11,8	38,1	41,5	8,6	—	—	—	—
26 Bielefeld . . . . .	81,4	27,9	44,8	11,5	4,5	—	—	2,9	8,4
27 Mülheim . . . . .	77,2	28,2	34,9	13,1	10,1	—	—	3,2	10,5
28 Solingen . . . . .	78,5	22,5	26,4	18,5	21,9	—	—	1,9	8,8
29 Hagen . . . . .	80,0	32,4	32,3	15,7	14,5	—	—	1,1	4,0
30 Regensburg . . . . .	78,2	<sup>2</sup> 29,2	19,4	5,1	5,4	19,5	—	—	<sup>3</sup> 21,4
31 Aachen . . . . .	75,4	53,2	30,3	6,4	5,4	—	—	3,0	1,7
32 M.-Gladbach . . . . .	74,4	39,2	18,5	9,8	4,3	—	—	22,2	6,0
33 Heidelberg . . . . .	69,2	30,1	32,0	<sup>9</sup> 26,6	7,6	—	—	—	3,7
34 Ludwigshafen . . . . .	79,5	30,5	43,3	9,9	16,3	—	—	—	—
35 Bremerhaven . . . . .	79,1	14,8	39,0	<sup>11</sup> 4,3	7,7	—	27,3	—	6,9
36 Freiburg . . . . .	70,7	41,1	31,6	15,3	4,7	—	—	—	<sup>38</sup> 7,3
37 Flensburg . . . . .	86,0	—	8,9	—	1,6	—	—	—	<sup>39</sup> 89,5
38 Münster . . . . .	74,5	34,3	23,1	12,2	3,0	—	—	25,3	2,1
39 Bonn . . . . .	73,2	54,5	19,1	16,7	3,3	—	—	3,0	3,4
40 Wilhelmshaven . . . . .	80,0	11,3	33,5	7,0	7,7	—	3,5	0,5	36,5
41 Remscheid . . . . .	80,3	19,8	22,9	22,1	19,6	—	—	4,0	11,6
42 Herne . . . . .	82,5	32,3	41,3	6,3	12,3	—	—	2,3	5,5
43 Fürth . . . . .	81,7	<sup>2</sup> 11,7	39,5	12,6	8,8	8,7	—	—	<sup>3</sup> 18,7
44 Recklinghausen . . . . .	80,8	38,4	31,6	3,8	12,2	—	—	7,0	7,0

Erläuterungen:

<sup>18</sup> DKP 695, RSF 1741, SSW 903, Un 83

<sup>19</sup> DKP 3510, RSF 596, Un 467

<sup>20</sup> Un

<sup>21</sup> DRP 14 306, RSF 1873

<sup>22</sup> DKP/DRP 1460, RSF 3192, RWVP 209, Un 3427

<sup>23</sup> DKP/DRP 1335, RSF 549, RWVP 523

<sup>24</sup> DKP/DRP 2184, RSF 1941, RWVP 121, Un 2634

<sup>25</sup> DKP/DRP 5408, RSF 1620, RWVP 174, Un 781

<sup>26</sup> RWVP 240, RSF 6238, DKP/DRP 896

<sup>27</sup> DKP/DRP 1234, RSF 1782, RWVP 159

<sup>28</sup> DKP/DRP 389, RSF 366, RWVP 374

<sup>29</sup> RWVP 387, RSF 154, DKP/DRP 502, Un 2549

<sup>30</sup> RSF 225, Un 3849

<sup>31</sup> SSW 27 151, RSF 1844, Un 26 224

<sup>32</sup> RWVP 85, RSF 224, DKP/DRP 826

<sup>33</sup> RWVP 343, RSF 263, DKP/DRP 393, Un 911

<sup>34</sup> DRP 16 612, RSF 300, Un 2295

<sup>35</sup> RWVP 118, RSF 5231, DKP/DRP 1388

<sup>36</sup> RWVP 116, RSF 782, DKP/DRP 1000, Un 1325

<sup>37</sup> RWVP 72, RSF 1111, DKP/DRP 1256, Un 1393

<sup>38</sup> EVD

<sup>39</sup> SSW 44,0 — Un 42,5 — RSF 3,0

## Das politische Gesicht Hamburgs 1928-1949 (umgerechnet auf das jetzige Gebiet)

Für die kommende Bundestagswahl wurden die 242 Wahlkreise im Bundesgebiet fortlaufend nummeriert, während sie im Jahre 1949 innerhalb

der einzelnen Länder nummeriert waren. Die 8 Wahlkreise Hamburgs erhielten die Nummern 15 — 22, nämlich:

Nr. des Wahlkreises		Neuer Name des Wahlkreises	Einwohnerzahl am 31. Dez. 1952
neu	alt		
15	3	Hamburg I	208 400
16	7	Hamburg II	207 080
17	1	Hamburg III	188 568
18	2	Hamburg IV	189 947
19	5	Hamburg V	224 451
20	4	Hamburg VI	242 008
21	8	Hamburg VII	214 117
22	6	Hamburg VIII	216 927

Bei insgesamt 1 699 544 Einwohnern zählte Hamburg Ende April 1953 etwa 1 231 000 Wahlberechtigte; denn 73,4 v. H. der Bevölkerung befanden sich an diesem Stichtag im Wahlalter (= 1 247 465). Hiervon waren 16 834 Personen vom Wahlrecht ausgeschlossen (Ausländer, Ehrverlust usw.). Die Zahl von Ende April wird sich bis zum

**Wahltag schätzungsweise noch auf etwa 1 235 000 Wahlberechtigte erhöhen.**

Die Anzahl der Stimmbezirke stieg 1949 — 1953 von 1046 auf 1277. Darunter sind nunmehr 64 Anstaltsbezirke. Auf die einzelnen Bezirke verteilen sich diese Stimmbezirke folgendermaßen:

Hamburg-Mitte . . . . .	197
Altona . . . . .	200
Eimsbüttel . . . . .	190
Hamburg-Nord . . . . .	313
Wandsbek . . . . .	174
Bergedorf . . . . .	62
Harburg . . . . .	141

### Wahl zum ersten Bundestag in Hamburg am 14. August 1949

Wahlkreis	Zahl der Wahlberechtigten					Zahl der abgegebenen Stimmen		
	in die Wählerliste eingetragen	ausgegebene Wahlscheine an eingetragene Wähler	eingetragene Wahlberechtigte ohne Wahlscheine (Spalte 2 minus 3)	abgegebene Wahlscheine (im Wahllokal)	insgesamt (Spalte 4 + 5)	überhaupt	davon	
							ungültig	gültig
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15	160 067	1 803	158 264	3 166	161 430	125 503	2 684	122 819
16	149 155	1 412	147 743	1 425	149 168	122 337	2 259	120 078
17	132 377	1 327	131 050	1 184	132 234	109 154	2 418	106 736
18	136 045	1 610	134 435	3 212	137 647	111 009	2 155	108 854
19	154 500	1 460	153 040	1 443	154 483	126 794	3 221	123 573
20	145 043	1 649	143 394	2 804	146 198	117 759	2 805	114 954
21	138 477	1 165	137 312	1 578	138 890	116 121	3 465	112 656
22	121 051	1 254	119 797	1 367	121 164	97 758	1 984	95 774
insgesamt	1 136 715	11 680	1 125 035	16 179	1 141 214	926 435	20 991	905 444

Wahlkreis	Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen für den Wahlvorschlag								
	SPD	CDU	FDP	KPD	RSF	DKP	DP	Unabhängig	Unabhängig
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
15	43 717	46 234	—	13 922	2 150	1 824	14 972	—	—
16	43 269	49 556	—	7 941	1 348	1 419	15 666	879	—
17	42 598	37 450	—	9 239	1 752	1 195	13 730	772	—
18	38 368	45 546	—	6 929	1 872	1 702	14 437	—	—
19	50 313	—	42 655	9 880	2 326	1 346	15 850	873	330
20	49 938	—	36 162	9 200	1 366	1 170	16 309	809	—
21	54 059	—	27 447	11 942	1 452	1 034	16 722	—	—
22	36 611	—	37 107	7 694	1 564	1 148	10 897	753	—
insgesamt	358 873	178 786	143 371	76 747	13 830	10 838	118 583	4 086	330

## Die Wahlergebnisse in Hamburg 1928—1949 (jetziges Gebiet) nach Bundestagswahlkreisen

Wahlkreis	Reichstagswahlen					Bürgerschafts- wahl 13. 10. 1946	Bundestagswahl 14. 8. 1949	Bürgerschafts- wahl 16. 10. 1949
	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933			
<b>Sozialdemokratische Partei</b>								
								1)
15	59 615	49 952	46 885	41 899	42 431	40 583	43 717	40 238
16	22 391	22 241	21 661	19 836	18 933	37 946	43 269	41 620
17	38 146	34 694	33 833	30 804	31 226	38 329	42 598	40 127
18	22 184	21 682	21 554	20 306	19 992	34 406	38 368	37 176
19	16 014	16 519	17 515	16 020	15 288	45 437	50 313	46 748
20	98 134	90 422	88 752	80 430	82 840	43 138	49 938	47 302
21	38 062	34 848	33 811	30 566	30 327	43 292	54 059	48 420
22	61 876	63 903	64 345	57 816	58 833	34 084	36 611	35 528
zus.	356 422	334 261	328 356	297 677	299 920	317 215	358 873	337 159
1) ohne auswärtige Krankenhäuser								
<b>Kommunistische Partei</b>								
								1)
15	41 914	48 190	48 601	54 758	48 465	12 756	13 922	10 522
16	5 101	7 902	7 972	10 155	8 765	7 229	7 941	5 934
17	15 895	19 064	18 154	23 025	19 813	9 803	9 239	7 196
18	7 250	8 364	7 865	10 824	9 063	7 397	6 929	5 431
19	5 947	7 951	8 583	11 493	9 414	10 118	9 880	7 205
20	36 767	44 644	44 114	55 231	48 483	8 810	9 200	6 902
21	13 385	16 002	17 364	19 187	18 457	12 569	11 942	9 049
22	29 551	35 201	34 281	44 393	38 346	7 827	7 694	5 836
zus.	155 810	187 318	186 934	229 066	200 811	76 509	76 747	58 075
1) ohne auswärtige Krankenhäuser								
<b>Freie Demokratische Partei</b>								
(Deutsche Demokratische Partei bzw. Deutsche Staatspartei)								
								1) 2)
15	18 612	14 462	9 017	8 285	5 971	17 700	—	—
16	4 656	4 493	2 014	1 898	1 301	18 418	—	—
17	12 588	9 537	6 231	5 671	3 949	17 755	—	—
18	9 413	8 182	5 961	5 462	3 856	21 221	—	—
19	3 627	3 190	1 876	1 692	1 189	16 050	42 655	—
20	27 282	21 691	14 549	13 894	8 706	10 596	36 162	—
21	4 665	3 499	1 997	1 774	1 362	17 117	27 447	—
22	16 144	14 092	10 224	9 286	6 426	14 536	37 107	—
zus.	96 987	79 146	51 869	47 962	32 760	133 393	143 371	—
1) Zusammengehen mit der CDU, wobei jede Partei in 4 Wahlkreisen Kandidaten aufstellte.								
2) Zusammenschluß mit CDU und DKP im VBH (siehe Mitte- und Rechtsparteien).								
<b>Mitte- und Rechtsparteien<sup>1)</sup></b>								
(ohne NSDAP)								
							3) 4)	5) 6)
15	46 305	25 143	14 437	22 990	21 777	27 472	63 030	50 343
16	20 554	10 352	7 074	11 370	10 330	31 167	66 641	59 219
17	28 225	15 106	8 893	14 152	13 336	21 651	52 375	42 465
18	23 068	12 562	8 201	13 754	12 014	27 370	61 685	54 756
19	14 182	7 871	5 631	7 932	7 982	26 161	17 196	51 134
20	79 050	43 908	25 715	41 433	37 513	23 511	17 479	43 893
21	17 506	14 364	8 062	11 310	11 432	15 643	17 756	32 985
22	34 553	22 062	14 000	22 890	21 257	23 094	12 045	42 230
zus.	263 443	151 368	92 013	145 831	135 641	196 069 <sup>2)</sup>	308 207	377 025
1) Zentrum, DVP, DNVP. 2) CDU; außerdem 2520 DKP. 3) CDU, DKP und DP.								
4) Zusammengehen der CDU mit der FDP, wobei die CDU in 4 Wahlkreisen für die FDP und die FDP in 4 Wahlkreisen für die CDU stimmte.								
5) FDP, CDU, DKP, DP. 6) ohne auswärtige Krankenhäuser.								
<b>NSDAP</b>								
15	4 858	35 484	58 303	47 800	73 518	—	—	—
16	1 431	16 092	28 607	23 791	33 073	—	—	—
17	3 124	23 100	40 371	33 820	51 123	—	—	—
18	1 939	15 118	27 338	22 443	34 092	—	—	—
19	1 231	10 513	20 214	14 434	23 681	—	—	—
20	6 585	55 925	97 744	80 559	120 025	—	—	—
21	1 011	11 366	27 042	21 196	33 208	—	—	—
22	3 158	28 856	54 219	44 363	70 732	—	—	—
zus.	23 337	196 454	353 838	288 406	439 452	—	—	—

Ein Vergleich mit früheren Wahlergebnissen leidet in Hamburg unter folgenden Schwierigkeiten:

Umnummerierung der Wahlkreise,

Gebietsveränderungen (Neubildung Hamburgs im Jahre 1938),

Abgabe bis zu 4 Stimmen eines Wählers bei der Bürgerschaftswahl 1946,

Sammelkandidaten der CDU, FDP usw. bei den beiden Wahlen 1949.

Diese Vergleichsstörungen sind in der Tabelle auf Seite 154 durch Umrechnungen beseitigt worden.

Trotzdem sind aus diesen Zahlen Rückschlüsse auf die kommende Bundestagswahl 1953 außerordentlich erschwert. Es kommen nicht nur neue

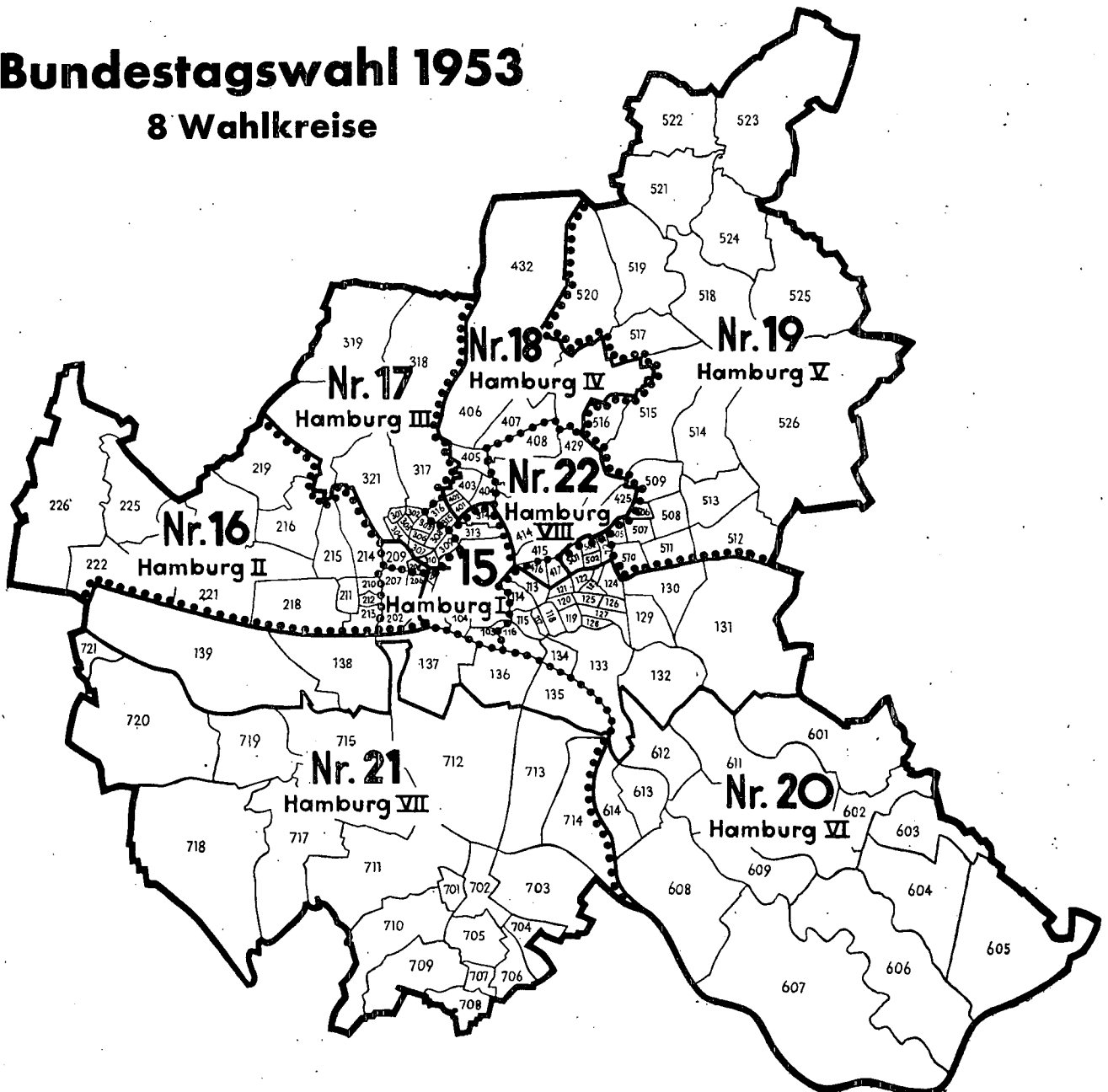
Parteien hinzu, deren Wahlaussichten man nicht beurteilen kann, sondern es sind auch Umgruppierungen der Wählerschaft von Wahlkreis zu Wahlkreis eingetreten durch

Umzüge . . . . .	763 000 Personen
Zuzüge . . . . .	275 000 „
Fortzüge . . . . .	115 000 „
Todesfälle . . . . .	62 000 „

wobei sich die Zahlen auf die Zeit Oktober 1949 bis Ende März 1953 beziehen. Außerdem kommen bis zum Wahltag rd. 83 000 Erstwähler hinzu, deren politische Einstellung sich nicht voraussehen läßt. Inwieweit sich dadurch die politische Struktur der einzelnen Wahlkreise verändert hat, kann zur Zeit niemand überblicken.

## Bundestagswahl 1953

### 8 Wahlkreise





## Ungelöste Probleme der nächsten Bundestagswahl

Jemand sagte einmal: ein fairer Wahlkampf muß mit einem fairen Wahlgesetz beginnen. Anfangs sah es nicht danach aus. Nachdem sich aber das Bundeswahlgesetz von dem ursprünglichen Entwurf weitgehend entfernt und die Zustimmung von FDP, CDU und SPD gefunden hat, kann man wieder Hoffnung haben, daß manche Schärpen im kommenden Wahlkampf vermieden werden; denn nach dem neuen Bundeswahlgesetz werden die Abgeordnetensitze nunmehr letzten Endes nach dem Gerechtigkeitsprinzip (Prozentverhältnis der Stimmen) zur Verteilung kommen.

Ein anderer Ausspruch verdient ebenfalls, nicht vergessen zu werden. Der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Stegner forderte den „Leistungswettbewerb auch in der Politik“ und steht auf dem Standpunkt, daß der Leistungswettbewerb in der Politik der Wahlkampf sei, wobei die Ausgangsgrundlagen für den Wettbewerb gleich sein müßten. Aus diesem Grunde müsse jeder liberale Politiker ein Wahlgesetz ablehnen, auf das diese Voraussetzungen nicht zutreffen.

Nach Verabschiedung des Bundeswahlgesetzes ist nunmehr ein ruhigeres Fahrwasser erreicht. Man blickt zurück; deshalb diese kurzen Zwischenbemerkungen. Aber man muß auch nach vorwärts sehen auf das, was diesmal nicht verwirklicht wurde und uns deshalb später noch einmal beschäftigen wird.

### 1. Unterschiedliche Größe der Wahlkreise

Die 484 Abgeordnetensitze des nächsten Bundestags wurden im neuen Bundeswahlgesetz auf die einzelnen Länder im Verhältnis der Einwohnerzahlen nach dem Stand von Ende Dezember 1952 verteilt. Gegen diese Verteilung (Wahlkreise + Landeslisten) kann man nichts einwenden. Bedenken kommen erst bei der Aufteilung der Sitze in den Ländern auf Wahlkreise und Landeslisten. Diese Unterverteilung stand nicht im Belieben der Länder, sondern wurde durch das Wahlgesetz festgelegt und erstarrte gewissermaßen durch die Beibehaltung der alten Wahlkreise.

Land	Zahl der Bundestagsabgeordneten					
	Erste Bundestagswahl 1949			Zweite Bundestagswahl 1953		
	Wahlkreise	nach Landeslisten	zusammen	Wahlkreise	nach Landeslisten	Zusammen
Baden-Württemberg . . . . .	33	22	55	33	34	67
Bayern . . . . .	47	31	78	47	44	91
Bremen . . . . .	3	2	5	3	3	6
Hamburg . . . . .	8	5	13	8	9	17
Hessen . . . . .	22	14	36	22	22	44
Niedersachsen . . . . .	34	24	58	34	32	66
Nordrhein-Westfalen . . . . .	66	43	109	66	72	138
Rheinland-Pfalz . . . . .	15	10	25	15	16	31
Schleswig-Holstein . . . . .	14	9	23	14	10	24
zusammen . . . . .	242	160	402	242	242	484

Bei der Verteilung der Sitze konnte zwar im Bundesgebiet das angestrebte Abgeordnetenverhältnis 50:50 zwischen der Mehrheitswahl (Wahlkreise) und der Verhältniswahl (Landeslisten) erzielt werden, nicht aber in den Ländern, nämlich

	v. H. der Abgeordneten entfallen auf die Landeslisten
Baden-Württemberg . . . . .	50,7
Bayern . . . . .	48,4
Bremen . . . . .	50,0
Hamburg . . . . .	52,9
Hessen . . . . .	50,0
Niedersachsen . . . . .	48,5
Nordrhein-Westfalen . . . . .	52,2
Rheinland-Pfalz . . . . .	51,6
Schleswig-Holstein . . . . .	41,7
Bundesgebiet . . . . .	50,0

Dieses Mißverhältnis zwischen den Ländern rührt daher, daß die ehemaligen Flüchtlingsländer Schleswig-Holstein usw. seit 1949 einen Bevölkerungsschwund aufweisen und auf ihrer hohen Anzahl von Wahlkreisen sitzen geblieben sind, die ihnen bei der ersten Bundestagswahl 1949 zugestanden wurde und für die kommende Wahl automatisch beibehalten werden soll.

Bereits bei solchen Unterschieden taucht die Frage auf, ob man von einem gleichen Wahlrecht sprechen kann. Viel ernster sind aber die Größenunterschiede zwischen den einzelnen Wahlkreisen. Eine Rundfrage und amtliches Material ergaben z. B. für Ende Dezember 1952 folgende Einwohnerzahlen:

Wahlkreis Nr.		Einwohner
99	Gelsenkirchen . . . . .	341 300
101	Recklinghausen-Stadt . . . . .	112 700
	oder	
118	Bochum . . . . .	311 100
71	Oberbergischer Kreis . . . . .	121 700
	oder	
113	Ennepe-Ruhr-Witten . . . . .	310 200
181	Sinsheim . . . . .	129 100

Ähnlich ist es in den Wahlkreisen 79 und 179, 69 und 109, 40 und 172 usw. **Es gibt also Wahlkreise, wo die Stimme eines Wählers nur ein Drittel oder die Hälfte des Gewichts der Stimme eines anderen Wählers in einem anderen Wahlkreis hat.** Die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt sehen folgendermaßen aus:

Größe der Wahlkreise (Stand von Ende Dezember 1952)

L a n d	Zahl der Wahlkreise mit einer Abweichung vom Bundesdurchschnitt <sup>1)</sup> um					
	bis 10 v. H.	über 10 bis 20 v. H.	über 20 bis 30 v. H.	über 30 bis 40 v. H.	über 40 bis 50 v. H.	über 50 v. H.
Schleswig-Holstein . . . . .	3	7	4	—	—	—
Hamburg . . . . .	7	1	—	—	—	—
Niedersachsen . . . . .	23	10	—	1	—	—
Bremen . . . . .	3	—	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	26	15	10	9	3	3
Hessen . . . . .	11	9	2	—	—	—
Rheinland-Pfalz . . . . .	9	5	1	—	—	—
Baden-Württemberg . . . . .	16	6	4	7	—	—
Bayern . . . . .	26	18	3	—	—	—
zusammen . . . . .	124	71	24	17	3	3

<sup>1)</sup> nämlich 201 339 Einwohner.

Man kann einwenden, daß diese unterschiedliche Größe der Wahlkreise nunmehr bei der jetzigen Fassung des Wahlgesetzes bedeutungslos geworden sei, weil die Unterverteilung der Abgeordnetensitze auf die Parteien in jedem Lande nach dem Verhältnis der abgegebenen Zweitstimmen in den Stimmzetteln erfolgt und demnach die Parteien so viele Sitze erhalten wie ihnen prozentual zustehen, ganz gleich wie groß die verschiedenen Wahlkreise sind. Bis zu einem gewissen Grad stimmt das. Die Parteien werden nunmehr wenig davon berührt. Es ist aber denkbar, daß durchgefallene Bewerber oder Wähler, die von einer anderen Wahlkreiseinteilung ein besseres Ergebnis für ihren Kandidaten erhoffen konnten, sich nicht damit zufrieden geben und Einspruch gegen die Wahl einlegen werden. Diese Einspruchsmöglichkeit darf man nicht unterschätzen; denn es handelt sich auch darum, daß die Abgrenzung der übergroßen und kleinsten Wahlkreise damals im Jahre 1949 gegen die gesetzlichen Bestimmungen („annähernd gleichgroße Einwohnerzahl“) verstoßen hat und die Übernahme dieses alten Verstoßes in das neue Wahlgesetz keine befriedigende Situation ist.

Falls man später einmal bei einer Reform des Wahlgesetzes vom Verhältniswahlsystem abweichen und sich dem Mehrheitswahlsystem annähern sollte, wird diese Frage der Größenunterschiede der Wahlkreise ein ernstes Thema werden.

## 2. Zahl der Unterschriften

Das neue Bundeswahlgesetz verlangt, daß kleine Parteien und unabhängige Bewerber für ihre Kreiswahlvorschläge mindestens 500 Unterschriften beibringen müssen und daß die Landeslisten kleinerer Parteien von 1 von Tausend der Wahlberechtigten, jedoch von mindestens 500 und höchstens 2500 Wahlberechtigten, unterschrieben sein sollen. Diese Vorschriften gehen über das hinaus, was der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich früher wiederholt als zulässig erklärte. Gewiß, es waren früher bei den Reichstagswahlen auch 500 Unterschriften je Wahlkreis erforderlich, aber damals gab es bei 62,4 Millionen Einwohnern nur 35 Wahlkreise. **Diesem Zahlenverhältnis würden heute bei 48,5 Millionen Einwohnern und 242 Wahlkreisen 56 Unterschriften eines Wahlvorschlages in einem Wahlkreis entsprechen.** Über diese Tatsache kann man nicht einfach hinweggehen, weil der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich

**immer wieder entschieden hat, daß 500 Unterschriften als Höchstgrenze, und zwar bei den früheren großen Wahlkreisen anzusehen seien.** Die Gefahr eines Verstoßes gegen die durch das Grundgesetz (Artikel 38 und 3 Abs. 1) garantierte gleiche Wahl und das Wahlgeheimnis ist deshalb gegeben.

Nebenbei sei bemerkt, daß die genaue Zahl der Wahlberechtigten erst nach Abschluß der Wählerlisten, also am Tage vor der Wahl, feststeht und eine vorherige Schätzung erst nach der Herstellung der Wählerlisten, d. h. Ende Juli / Anfang August möglich ist. Man kann also den kleinen Parteien für ihre Landesliste überhaupt nicht frühzeitig die genaue Zahl der erforderlichen Unterschriften bekanntgeben (1 von Tausend der Wahlberechtigten). Das ist eine der vielen technischen Schwierigkeiten, die dieses Gesetz mit sich bringt, und die nicht nötig gewesen wären.

## Die 5 Prozent-Klausel

Nach dem Bundeswahlgesetz werden bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten, nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 v. H. der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens einem Wahlkreis einen Sitz errungen haben. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die von nationalen Minderheiten eingereichten Listen.

Der Gesetzgeber schwankt bei solchen Klauseln gegen die Parteizersplitterung immer zwischen dem Grundsatz der Regierungsmöglichkeit und der politischen Willensbildung einerseits und dem Grundsatz der Wahlgleichheit andererseits. Hierüber ist wiederholt gestritten und entschieden worden. Es handelt sich schließlich stets darum, ob der Gesetzgeber nicht das zulässige Maß überschreitet. Diese Frage muß man auch im vorliegenden Fall aufwerfen; denn es ist ein gewisser Widerspruch, daß bei einer Verteilung der Mandate auf Landesebene eine Stimmenzahl auf Bundesebene zugrunde gelegt wird. Hierdurch wird die Zahl der erforderlichen Zweitstimmen für die Splitterparteien unverhältnismäßig erhöht. Bei rd. 24,6 Millionen gültigen Stimmen, die zu erwarten sind, würden sich die erforderlichen 5 Prozent jedesmal auf **über 1,2 Millionen Wähler** belaufen. Übrigens kann man die Wahlgleichheit auch deshalb bezweifeln, weil für nationale Minderheiten eine Ausnahme von der 5 Prozent-Klausel gemacht wird.

#### 4. Gegen die Deutschen in Süd-Schleswig

Nach § 9 des Bundeswahlgesetzes werden bei der Verteilung der Sitze erst einmal die im Lande für jede Partei abgegebenen Zweitstimmen zusammengezählt. **Dabei werden die Zweitstimmen derjenigen Wähler, die für einen im Wahlkreis erfolgreichen parteilosen Bewerber gestimmt haben, nicht berücksichtigt.** Diese nachträglich in das Wahlgesetz hineingebrachte Bestimmung schafft zwei-erlei Recht. Parteilose Bewerber können nämlich nur in Wahlkreisen aufgestellt werden. Parteilose oder unabhängige Landeslisten gibt es dagegen nicht. Das heißt: die Wähler parteiloser Wahlkreisbewerber können mit ihren Erststimmen ihren parteilosen oder unabhängigen Bewerber, aber mit ihren Zweitstimmen nur die politischen Parteien (CDU, FDP, SPD usw.) wählen. Und hier werden nun zwei Fälle unterschieden: **siegt der parteilose (unabhängige) Kandidat im Wahlkreis, dann werden die Zweitstimmen dieser Wähler für die CDU, SPD usw. gestrichen, unterliegt dagegen der parteilose (unabhängige) Bewerber, dann werden die Zweitstimmen für die CDU, SPD usw. diesen Parteien angerechnet.** In der Praxis bedeutet das, daß **die Zweitstimmen eines erfolgreichen parteilosen Sammelkandidaten der Deutschen in Süd-schleswig für die großen Parteien in Schleswig-Holstein verloren gehen würden (ca. 53 000 Stimmen).** Das hat zur Folge, daß

1. die deutschen Parteien bei der Verteilung der Abgeordnetensitze im Lande Schleswig-Holstein nach dem d'Hondt'schen Verfahren um 53 000 Zweitstimmen gegenüber dem dänischen Bewerber benachteiligt würden,
2. der dänische Bewerber solchen Bestimmungen nicht unterliegt, und
3. durch diese nachteilige Sonderbestimmung die Einigung der deutschen Parteien auf einen Sammelkandidaten von vornherein gefährdet und in Frage gestellt wird.

#### 5. Die Zusammensetzung des Wahlvorstandes

Das alte Reichstagswahlrecht hat sich viele Jahre hindurch gut bewährt. Trotzdem hat das neue Bundeswahlrecht die alten Vorschriften vielfach aus unerfindlichen Gründen abgeändert, z. B. bezüglich der Zusammensetzung der Wahlvorstände. Einmal wurde die Zahl der Wahlvorstandsmitglieder von „bis 9“ auf 7 herabgesetzt und dadurch die gegenseitige Ablösung der Wahlvorstandsmitglieder sowie eine Aufgliederung der Abstimmung nach Alter, Geschlecht usw. der Wähler durch Verwendung zusätzlicher Wahlurnen außerordentlich erschwert. Außerdem aber können nunmehr die Beisitzer auch aus fremden Stimmbezirken der Gemeinde entnommen werden, während sie früher in dem betreffenden Stimmbezirk wohnen mußten, in dessen Wahllokal sie als Vertrauensleute der Wählerschaft ihre Tätigkeit ausübten. In vielen Fällen werden also künftig die Beisitzer in einem ganz anderen Wahllokal wählen, und nicht dort, wo sie als Wahlvorstandsmitglied tätig sind und neben der Wahlurne sitzen.

#### 6. Erstattung der Wahlkosten

Im Bundeswahlgesetz ist vorgesehen, daß der Bund die Kosten der Bundeswahlen trägt; er erstattet den Ländern (zugleich für ihre Gemeinden) einen festen, nach der Zahl der Wahlberechtigten bemessenen Betrag, der vom Bundesminister des Innern mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt wird. Es wird also jedes Land einen bundeseinheitlichen Kopfsatz je Wahlberechtigten erhalten und dann den ihm vom Bund zugewiesenen Betrag auf seine Gemeinden verteilen, wobei es eine Abstufung nach Gemeindegrößen vornehmen kann, weil auch die Wahlkosten je nach der Größe der Gemeinden unterschiedlich sind. Früher war diese Abstufung der Kopfsätze nach Gemeindegrößen zentral geregelt, während künftig die Länder bei der Unterverteilung freie Hand erhalten. Als Folge werden Land gegen Land und Stadt gegen Stadt ausgespielt und Reibungen ins Leben gerufen werden, die in unserer mit Konfliktstoff sowieso angefüllten Zeit durchaus entbehrlich wären.

Vor allem aber werden die Stadtstaaten Hamburg und Bremen bei diesem Erstattungsverfahren schlecht abschneiden, da diese Länder nur einen bundesdurchschnittlichen Kopfsatz erhalten werden, der aus den unterschiedlichen Wahlkosten der kleinen, mittleren und großen Gemeinden im Bundesgebiet konstruiert wird und gewissermaßen die Wahlkosten einer mittelgroßen Gemeinde repräsentiert. Andere Länder, die aus vielen kleinen, mittleren und großen Gemeinden gebildet sind, können den zugewiesenen Betrag bei der Unterverteilung nach Gemeindegrößen abstufen und so einen Ausgleich innerhalb des Landes schaffen, nicht aber die Stadtstaaten Hamburg und Bremen.

In dieser Angelegenheit ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, da der Kopfsatz später vom Bundesminister des Innern mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt wird und die geschilderte Benachteiligung der Stadtstaaten im direkten Widerspruch zum ersten Satz des § 56 des neuen Bundeswahlgesetzes stehen würde („Der Bund trägt die Kosten der Wahl“). Es wäre dieses Problem doch so leicht zu lösen gewesen, einfach durch Hinzufügung eines letzten Satzes im § 56: „Die Stadtstaaten erhalten ihre tatsächlichen Wahlkosten ersetzt.“

Eine ganze Reihe von sonstigen kritischen Einwendungen gegen das neue Bundeswahlgesetz ist bereits in früheren Heften dieser Veröffentlichung<sup>1)</sup> zur Sprache gekommen, z. B. die Wählbarkeit von ehemaligen Zuchthäuslern, der angeordnete verspätete Abschluß der Wählerverzeichnisse sowie die Versagung des Wahlscheins, wenn jemand ohne sein Verschulden die Einspruchs- und Beschwerdefrist versäumt hat. Es genügt wohl, auf diese Ausführungen zu verweisen. Im allgemeinen kann man sagen: ein überstürztes Wahlgesetz wird immer schwache Punkte aufweisen. Dieses Wahlgesetz ist besser geworden, als man anfangs dachte, sogar viel besser. Man wird aber nach der Wahl an eine Reform herangehen müssen.

Dr. Kästner

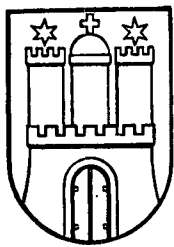
<sup>1)</sup> „Hamburg in Zahlen“ 1953 Nr. 1 und 10.

## Berichtigung

In der Abhandlung „Die Steuerzahler Hamburgs“ in **Heft 20/1953** von „Hamburg in Zahlen“ ist im Abschnitt 6 „**Grundsteuer**“ an beachtenswerter Stelle ein Druckfehler unterlaufen, und zwar muß es auf Seite 266 rechte Spalte 11. Zeile nicht 10 v. T., **sondern**, wie es später in dem Berechnungsbeispiel richtig zu lesen ist, **6 v. T.** heißen.

**Statistisches Landesamt**

Hamburg, den 21. 9. 1953



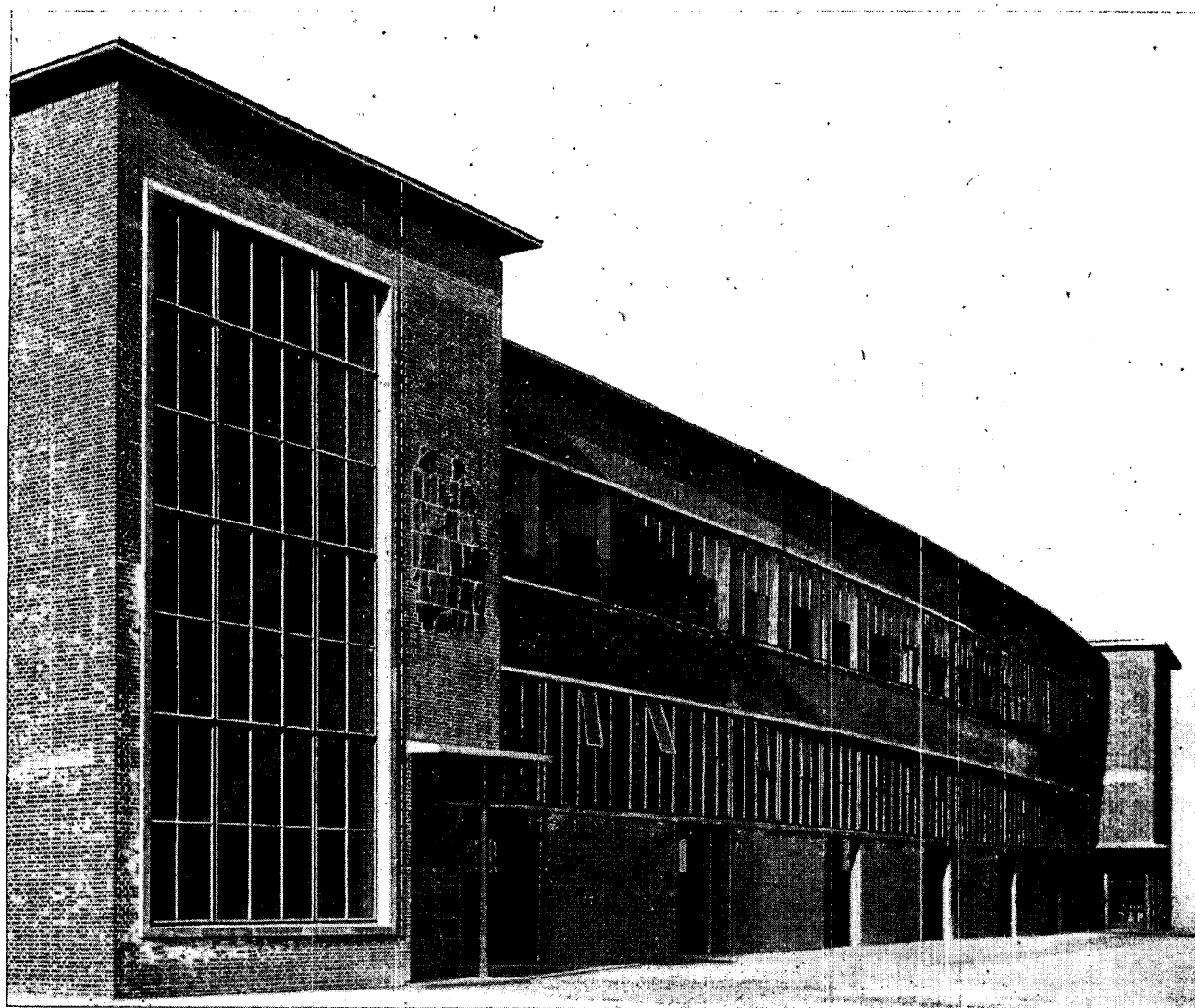
# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1953

Hamburg, den 3. August 1953

Heft Nr. 16

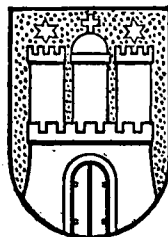


Frontansicht der Rindermarkthalle am Neuen Kamp

## Vieh und Fleisch in Hamburg

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 3. August 1953

Jahrgang 1953 – Heft Nr. 16

## Vieh- und Fleischgroßmarkt, Schlachtungen und Fleischverbrauch in Hamburg seit der Währungsreform 1948, im Vergleich mit früher

### INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung .....	160
<b>I. Der Hamburger Viehmarkt .....</b>	<b>160</b>
1. Zufuhren .....	160
2. Versand .....	168
3. Der Viehauftrieb nach den Lebendgewichten der Schlachttiere .....	173
a) Die Gewichte aller gehandelten Schlachttiere .....	173
b) Die Gewichte der zum Versand gekommenen Schlachttiere .....	173
4. Preise für Schlachtvieh .....	175
5. Baugeschichtliches über den Viehmarkt .....	176
<b>II. Schlachtungen .....</b>	<b>178</b>
1. Der Schlachthofzwang .....	178
2. Die öffentlichen Schlachthöfe .....	182
3. Die Schlachtungen überhaupt .....	188
4. Der Fleischanfall aus den hamburgischen Schlachtungen .....	191
<b>III. Der Fleischgroßmarkt .....</b>	<b>192</b>
1. Inländische Zufuhren .....	192
2. Zufuhren von ausländischem Fleisch .....	193
3. Großhandelspreise für Fleisch .....	193
<b>IV. Fleischverbrauch .....</b>	<b>193</b>
1. Fleischanfall und Bevölkerungsstand im Reichsgebiet, im Bundesgebiet und in Hamburg .....	193
2. Kleinhandelspreise .....	196
Anhangstabellen .....	199

## EINLEITUNG

In der Notzeit nach dem Kriege waren die Großmärkte für Vieh und Fleisch von Zufuhren in einem Maße entblößt, das nicht nur durch die Rationierung bedingt war, sondern auch einen zeitbedingten Wandel in den Marktformen zur Ursache hatte. Eine Erscheinung, die in Westdeutschland allgemein war, die sich aber doch in Hamburg, dem Stadtstaat ohne nennenswerte Eigenproduktion von Schlachtvieh, besonders ausprägte. Selbst die Geldreform vom 20. Juni 1948, die so viele Verkampfungen mit einem Schlage beseitigte, brachte den großen Viehmärkten zunächst kaum eine Belebung. Zweierlei waren die Gründe: erstens waren die Schlachtviehbestände im Lande tatsächlich zusammengeschrumpft, und zum anderen boten die amtlichen Höchstpreise nicht genügend Anreiz, die preisbehördlich besonders kontrollierten Großmärkte zu beschicken. Mehrfache Hinaufsetzungen der Höchstpreise, die den gestiegenen und weiter

steigenden Gestehungskosten der Landwirtschaft Rechnung tragen sollten, konnten nur vorübergehende Erleichterungen bringen. So war es jedenfalls auf dem Rinder- und dem Schweinemarkt, während sich der Hammel- und bedingt auch der Kälbermarkt am ehesten regulierten.

Eine volle Entspannung wurde erst durch die Freigabe der Preise ausgelöst, die für lebende Schweine und Schafe mit Wirkung vom 10. November 1949 und für Rinder und Kälber sowie für Fleisch und Fleischerzeugnisse aller Art mit Wirkung vom 26. Mai 1950 für das Bundesgebiet verordnet wurde. Praktisch hatten sich aber freie Preise schon geraume Zeit vorher durchgesetzt. Auch die „Fleischmarken“ hatten ihre alte Bedeutung nicht mehr, als am 1. Januar 1950 die amtliche Bewirtschaftung von Fleisch und Fleischwaren formell aufgehoben wurde.

### I. Der Hamburger Viehmarkt

#### 1. Zufuhren

In der ersten Hälfte des Jahres 1948, der letzten Reichsmarkzeit, war auf dem Hamburger Viehmarkt gähnende Leere; die wenigen, noch dazu geringwertigen Tiere, die zum Verkauf standen, zählten nicht für eine 1½-Millionen-Stadt. Nur durch Zuteilung von Konserven und Kühlhausware konnte die Ernährungsverwaltung die kleinen Fleischrationen mühsam aufrechterhalten. In den ersten Wochen nach der Währungsreform hingegen gab es auf dem Rinder- und Kälbermarkt, obgleich die Viehwirtschaft noch mitten in der Weidesaison war, einen überraschenden Aufschwung, weil Hamburg mit frischer Kaufkraft aufwartete, die auch im Spiegel der amtlichen Höchstpreise zunächst attraktiv war. Diese besondere Anziehungskraft hielt aber nicht lange an, denn allerorts entwickelte sich schnell eine kaufkräftige Nachfrage, die größer war als das Angebot, und so kam es bald wieder zu neuen Preisspannungen. Dieser Grundzug der Marktlage wurde durch den Weideabtrieb im Herbst 1948 nur flüchtig überdeckt, die Versorgung blieb bis zum Sommer 1949 auf einem niedrigen Niveau. Als dann abermals der Weideabtrieb einsetzte, lockerte Hamburg notgedrungen mehrere Male den starren Preisrahmen, um Schlachtrinder heranzuziehen. So kam es zu den relativ guten Auftrieben im Herbst 1949. Inzwischen hatte sich im Lande nach Überwindung der Futtermittelnot auch der Schweinebestand wieder einigermaßen aufgefüllt; schwierig blieb aber die Preissituation, und auch ihr war am Großmarkt

nur mit einer gewissen Elastizität zu begegnen, wollte man dem Schwarzen Markt nicht das Feld überlassen. Der Schweineauftrieb in Hamburg gestaltete sich gegen Ende 1949 verhältnismäßig befriedigend.

Das Jahr 1950 brachte die Wende. Im Zeichen eines freien Handels mit Schlachtvieh gewann der Hamburger Markt nach langen Jahren seine früheren Funktionen wieder zurück; jedoch mit der Einschränkung, daß die Umsätze früherer Jahre bislang nicht wieder erreicht worden sind. Will man das Umsatzvolumen zeitlich vergleichen, so kann freilich nicht (wie meistens üblich) die letzte Vorkriegszeit den Maßstab bilden; denn die damaligen Viehwirtschaftsverbände und ihre Hauptvereinigung betrachteten den Hamburger Markt im Prinzip nur als einen Platzmarkt, der trotz seiner günstigen Lage inmitten viehreicher Agrargebiete lediglich der Versorgung Hamburgs zu dienen hätte; mag das auch in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege wegen der besonderen Vorratsschlachtungen nicht so recht in die Erscheinung getreten sein.

Um zu erkennen, welche ursprüngliche Bedeutung dem Hamburger Viehmarkt als Umschlagplatz zukommt, muß man weiter in die Vergangenheit zurückblicken. Natürlich läßt sich gegen eine solche vergleichende Betrachtung einwenden, daß die Zeiten andere geworden sind. Hamburg hat heute nahezu die Lage einer Grenzstadt, es hat gegen Osten kaum noch ein Hinterland, und auch südlich

## Übersicht 1

## Die Zufuhren von inländischem Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt

Monate	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
<b>1948</b>								
Januar	211	1,4	91	2,2	129	4,1	129	1,1
Februar	47	0,3	31	0,7	742	23,3	9	0,1
März	50	0,3	55	1,3	948	29,7	2	0,0
April	19	0,1	58	1,3	233	7,3	2	0,0
Mai	325	2,2	528	12,5	88	2,8	20	0,2
Juni	489	3,3	242	5,8	61	1,9	12	0,1
Juli	4 297	28,9	2 081	49,4	183	5,7	311	2,6
August	1 099	7,4	449	10,7	43	1,3	831	7,0
September	2 008	13,5	199	4,7	36	1,1	2 118	17,7
Oktober	1 212	8,1	66	1,6	35	1,1	2 187	18,3
November	2 617	17,6	137	3,2	73	2,3	2 633	22,1
Dezember	2 511	16,9	279	6,6	618	19,4	3 676	30,8
<b>zusammen</b>	<b>14 885</b>	<b>100,0</b>	<b>4 216</b>	<b>100,0</b>	<b>3 189</b>	<b>100,0</b>	<b>11 930</b>	<b>100,0</b>
<b>1949</b>								
Januar	694	2,1	320	2,2	910	1,0	1 077	1,5
Februar	990	3,0	799	5,4	925	1,0	1 102	1,5
März	1 037	3,1	2 436	16,4	1 729	2,0	1 279	1,7
April	485	1,5	1 857	12,5	1 701	1,9	3 295	4,5
Mai	734	2,2	1 158	7,8	2 357	2,7	7 220	9,8
Juni	1 747	5,3	919	6,2	5 985	6,8	13 315	18,1
Juli	1 234	3,7	699	4,7	2 767	3,1	5 057	6,9
August	3 638	11,0	1 029	6,9	6 692	7,6	11 669	15,9
September	5 013	15,2	1 009	6,8	9 910	11,2	9 998	13,6
Oktober	7 496	22,8	1 266	8,5	13 792	15,6	8 474	11,5
November	6 214	18,9	1 623	10,9	16 391	18,6	5 894	8,0
Dezember	3 679	11,2	1 745	11,7	25 198	28,5	5 105	7,0
<b>zusammen</b>	<b>32 961</b>	<b>100,0</b>	<b>14 860</b>	<b>100,0</b>	<b>88 357</b>	<b>100,0</b>	<b>73 485</b>	<b>100,0</b>
<b>1950</b>								
Januar	3 289	5,5	1 448	3,3	21 622	9,1	3 357	4,9
Februar	3 548	5,9	2 310	5,2	19 302	8,1	3 128	4,6
März	5 224	8,7	6 278	14,1	25 519	10,7	4 811	7,1
April	3 081	5,2	4 867	10,9	20 678	8,7	3 700	5,4
Mai	3 030	5,1	5 133	11,6	22 457	9,5	3 676	5,4
Juni	4 221	7,1	4 032	9,1	20 377	8,6	8 975	13,2
Juli	3 503	5,8	2 841	6,4	12 200	5,1	5 185	7,6
August	6 039	10,1	3 201	7,2	13 959	5,9	6 824	10,0
September	5 956	10,0	2 795	6,3	16 368	6,9	8 385	12,3
Oktober	8 126	13,6	2 961	6,7	15 574	6,6	8 674	12,7
November	8 457	14,2	4 155	9,4	23 655	10,0	7 716	11,3
Dezember	5 283	8,8	4 369	9,8	25 695	10,8	3 736	5,5
<b>zusammen</b>	<b>59 757</b>	<b>100,0</b>	<b>44 390</b>	<b>100,0</b>	<b>237 406</b>	<b>100,0</b>	<b>68 167</b>	<b>100,0</b>
<b>1951</b>								
Januar	5 420	8,1	4 141	7,9	25 131	6,3	3 940	8,4
Februar	3 237	4,8	4 216	8,0	26 019	6,5	2 454	5,2
März	3 294	4,9	5 901	11,3	28 726	7,2	2 617	5,6
April	4 687	7,0	6 218	11,8	35 176	8,8	1 634	3,5
Mai	3 868	5,7	7 575	14,4	40 141	10,1	2 942	6,3
Juni	3 141	4,7	3 496	6,7	29 546	7,4	3 862	8,2
Juli	5 230	7,8	3 221	6,2	29 105	7,3	3 455	7,4
August	10 023	14,9	3 620	6,9	40 386	10,1	5 614	12,0
September	7 638	11,4	2 772	5,3	30 168	7,5	5 117	10,9
Oktober	7 815	11,6	3 058	5,8	33 460	8,4	5 425	11,6
November	8 070	12,0	4 268	8,1	40 632	10,2	6 112	13,1
Dezember	4 759	7,1	3 997	7,6	40 604	10,2	3 630	7,8
<b>zusammen</b>	<b>67 182</b>	<b>100,0</b>	<b>52 483</b>	<b>100,0</b>	<b>399 094</b>	<b>100,0</b>	<b>46 802</b>	<b>100,0</b>
<b>1952</b>								
Januar	4 904	7,8	4 011	8,0	40 436	9,2	5 008	8,5
Februar	3 436	5,4	3 744	7,5	37 543	8,5	4 050	6,8
März	3 429	5,4	4 718	9,4	42 478	9,7	3 260	5,5
April	3 927	6,2	6 119	12,3	43 733	9,9	2 594	4,4
Mai	2 501	4,0	4 768	9,5	38 634	8,8	3 718	6,3
Juni	2 939	4,7	2 995	6,0	29 506	6,7	4 245	7,2
Juli	6 001	9,6	3 594	7,2	34 902	7,9	4 974	8,4
August	4 511	7,2	2 268	4,6	24 317	5,5	5 070	8,6
September	6 405	10,2	2 607	5,2	27 681	6,3	5 749	9,7
Oktober	10 465	16,6	4 300	8,6	39 756	9,0	8 568	14,5
November	7 723	12,3	4 672	9,4	36 307	8,3	7 371	12,4
Dezember	6 691	10,6	6 137	12,3	44 841	10,2	4 568	7,7
<b>zusammen</b>	<b>62 932</b>	<b>100,0</b>	<b>49 933</b>	<b>100,0</b>	<b>440 134</b>	<b>100,0</b>	<b>59 175</b>	<b>100,0</b>



## Übersicht 2

## Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach Herkunftsgebieten

Jahre	Deutsches Reich				d a v o n								darunter Mecklenburg			
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Bundesgebiet				deutsche Ostgebiete unter fremder Verwaltung und Sowjet-Zone				Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Jahresdurchschnitt	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
1904/13	56 172	68 961	596 261	110 025	50 892	64 283	542 685	89 248	5 280	4 678	53 576	20 777	2 344	4 669	49 032	4 935
1913	57 460	62 321	716 583	109 052	53 230	57 394	685 132	84 387	4 230	4 927	31 451	24 665	2 215	4 927	31 386	8 250
1925/29	76 412	76 269	534 318	71 725	72 892	69 710	507 308	59 338	3 520	6 559	27 010	12 387	3 391	6 556	26 999	5 687
1928	73 888	71 963	657 166	62 116	70 950	66 042	624 600	52 184	2 938	5 921	32 566	9 932	2 775	5 921	32 566	4 253
1932	92 773	66 791	486 196	75 854	76 381	59 518	436 734	61 597	16 392	7 273	49 462	14 257	5 321	7 257	48 881	4 456
1938	94 732	63 033	492 636	71 991	78 959	46 613	298 167	51 179	15 773	16 420	194 469	20 812	13 257	16 386	186 892	10 244
1949	—	—	—	—	32 961	14 860	88 357	73 485	—	—	—	—	—	—	—	—
1950	—	—	—	—	59 757	44 390	237 406	68 167	—	—	—	—	—	—	—	—
1951	—	—	—	—	67 182	52 483	399 094	46 802	—	—	—	—	—	—	—	—
1952	—	—	—	—	62 932	49 933	440 134	59 175	—	—	—	—	—	—	—	—

Jahre	Ausland				d a v o n								Insgesamt			
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Dänemark				übriges Ausland				Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Jahresdurchschnitt	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
1904/13	42 294	248	—	29	42 144	248	—	9	150	—	—	20	98 466	69 209	596 261	110 054
1913	44 172	52	—	12	43 347	52	—	12	825	—	—	—	101 632	62 373	716 583	109 064
1925/29	45 072	201	834	32	44 997	201	834	12	75	—	—	20	121 484	76 470	535 152	71 757
1928	43 443	283	—	6	43 443	283	—	6	—	—	—	—	117 331	72 246	657 166	62 122
1932	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92 773	66 791	486 196	75 854
1938	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94 732	63 033	492 636	71 991
1949	15 899	68	—	—	15 899	68	—	—	—	—	—	—	48 860	14 928	88 357	73 485
1950	49 841	1 632	109	28	49 841	1 632	—	28	—	—	109	—	109 598	46 022	237 515	68 195
1951	30 538	1 027	—	—	30 121	1 027	—	—	417	—	—	—	97 720	53 510	399 094	46 802
1952	21 190	10	1 377	—	21 190	10	1 377	—	—	—	—	—	84 122	49 943	441 511	59 175

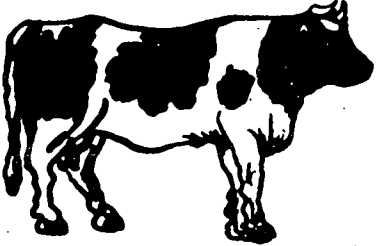
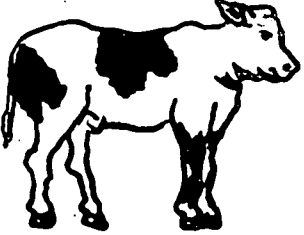
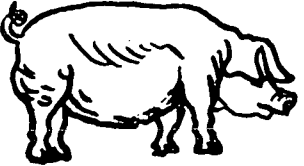

## Übersicht 3

## Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt aus dem Bundesgebiet

Jahre	Hamburg und Schleswig-Holstein				Niedersachsen				übriges Bundesgebiet				Insgesamt			
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Jahresdurchschnitt	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
1904/13	45 215	9 877	438 307	62 397	5 669	54 406	104 373	25 851	8	—	5	1 000	50 892	64 283	542 685	89 248
1913	46 476	7 090	541 507	59 650	6 754	50 304	143 625	23 843	—	—	—	894	53 230	57 394	685 132	84 387
1925/29	58 486	18 541	332 329	42 372	14 386	51 124	174 962	14 069	20	45	17	2 897	72 892	69 710	507 308	59 338
1928	58 186	16 902	427 656	34 964	12 761	48 961	196 860	12 016	3	179	84	5 204	70 950	66 042	624 600	52 184
1932	56 819	16 136	321 862	43 974	18 880	43 382	114 872	11 488	682	—	—	6 135	76 381	59 518	436 734	61 597
1938	46 105	14 523	191 074	26 758	32 427	32 090	107 093	21 164	427	—	—	3 257	78 959	46 613	298 167	51 179
1949	23 639	3 876	58 724	44 398	7 715	10 929	29 633	28 187	1 607	55	—	900	32 961	14 860	88 357	73 485
1950	40 977	16 865	163 594	35 971	16 361	27 095	73 758	23 289	2 419	430	54	8 907	59 757	44 390	237 406	68 167
1951	48 277	25 302	289 814	29 173	18 433	27 116	109 280	10 801	472	65	—	6 828	67 182	52 483	399 094	46 802
1952	47 112	23 806	329 844	39 737	14 859	26 084	110 290	13 574	961	43	—	5 864	62 932	49 933	440 134	59 175

Die prozentuale Veränderung der inländischen Zufuhren zum Hamburger Viehmarkt

(Jahresdurchschnitt 1904/13 = 100)

Jahres- durchschnitt 1904/13 Stück	Zu- oder Abnahme gegenüber 1904/13 (+ oder -)												
	Jahresdurchschnitt 1925/29		1932		1949		1950		1951		1952		
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	
	56 172	76 412	+ 36,0	92 773	+ 65,2	32 961	- 41,3	59 757	+ 6,4	67 182	+ 19,6	62 932	+ 12,0
	68 961	76 269	+ 10,6	66 791	- 3,1	14 860	- 78,5	44 390	- 35,6	52 483	- 23,9	49 933	- 27,6
	596 261	534 318	- 10,4	486 196	- 18,5	88 357	- 85,2	237 406	- 60,2	399 094	- 33,1	440 134	- 26,2
	110 025	71 725	- 34,8	75 854	- 31,0	73 485	- 33,2	68 167	- 38,0	46 802	- 57,5	59 175	- 46,2

und südöstlich von Hamburg ist die russisch besetzte Zone nicht weit. Was jetzt jenseits der Zonengrenze liegt, gehörte früher zum natürlichen Hinterland Hamburgs, auch für seinen Viehhandel, und zwar sowohl in der Zufuhr als im Versand. Das ist im Anhang zu diesem Aufsatz aus den Tabellen 1—4 und 5—9, die sich über ein halbes Jahrhundert erstrecken, zu ersehen.

Damit sich die Zahlen schneller überblicken lassen, bringt die vorstehende Übersicht 2 in Zusammenfassungen einen Auszug aus den Anhangstabellen 1—4.

Wir sehen insbesondere, wie sich die **Zufuhren** von Schlachtvieh nach Hamburg aus dem Territorium der jetzigen Bundesrepublik Deutschland im Laufe der Zeit gestaltet haben, wir sehen, welche Mengen Schlachtvieh aus der jetzigen Ostzone und den Gebieten östlich der Oder/Neiße-Linie nach Hamburg gekommen sind, und wir erhalten einen Überblick über die Zufuhren von Lebendvieh aus dem Ausland.

Die **Zufuhr von Rindern** auf den Hamburger Markt war von 1950 bis 1952 abfallend, weil die Einfuhren aus Dänemark 1950 hoch eingesetzt hatten, seitdem aber von fast 50 000 auf 21 000 Stück zurückgegangen sind. 21 000 Stück sind knapp die Hälfte von dem, was durchschnittlich in den Jahren 1904/13 und 1925/29 aus Dänemark nach Hamburg gekommen ist. Die gesamte (inländische und ausländische) Rinderzufuhr war im Vergleich etwa zu 1938 und 1932 im Jahre 1951 um mehrere tausend Stück größer, im Jahre 1952 hinwieder um 8 000—10 000 Stück kleiner. Verglichen mit den Jahren 1925/29 war die durchschnittliche Zufuhr 1951/52 um 25 v. H. und im Verhältnis zu 1904/13 um 8 v. H. niedriger. Die **Kälberzufuhr** 1952 unterschritt die Zufuhr von 1938 um 21 v. H., die Zufuhr von 1925/29 um 35 v. H. und die Zufuhr von 1904/13 um 28 v. H. Die **Zufuhr von Schweinen** hat sich seit 1948 so gesteigert, daß sie 1952 mit 440 000 Stück nur noch um ein Zehntel gegenüber 1938 und 1932 zurückblieb; aber sie war noch um ein Fünftel niedriger als 1925/29 und sogar um ein Viertel geringer als 1904/13. Die Lage auf dem **Schafmarkt** entsprach 1949/50 etwa den Auftrieben in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. In den beiden letzten Jahren ist es ab- und aufgegangen. Mit gut 59 000 Stück war die Zufuhr 1952 wohl wieder beachtlich, aber doch nur wenig mehr als halb so groß wie in dem Jahrzehnt 1904/13. Dieser starke Rückgang der Schafzufuhren ist auf die insgesamt verringerte Schafzucht zurückzuführen.

Beschränkt man den Vergleich auf das Gebiet der jetzigen Bundesrepublik, dann ergibt sich, daß im Jahre 1952 gegenüber 1938 die Zufuhr von Rindern um 20 v. H. geringer war, daß dagegen die Stückzahl der aus dem jetzigen Westdeutschland auf den Hamburger Markt gebrachten Schweine im Jahre 1952 um bald 50 v. H. höher lag als im letzten Vorkriegsjahr. 1938 ist aber hierfür kein gutes Vergleichsjahr;

aus der Übersicht 3 geht hervor, daß in den vorangegangenen Jahren die Schweinezufuhren aus dem jetzt westdeutschen Territorium meistens beträchtlich über dem Stand von 1952 gelegen haben.

Im Jahre 1938 stellte nämlich die **mecklenburgische Landwirtschaft** fast zwei Fünftel des gesamten Schweineauftriebs in Hamburg. Dies war aber ungewöhnlich, denn im allgemeinen war Mecklenburg am Hamburger Schweinemarkt nur mit 5 bis 10 v. H. des Auftriebs vertreten gewesen. 1938 hatte Mecklenburg die Lücke auszufüllen, die durch die Vorratsschlachtungen in den schleswig-holsteinischen Schweinestapeln entstanden war. Aus **Schleswig-Holstein** gelangten im Jahre 1952 rd. 330 000 Schweine auf den Hamburger Markt, was ungefähr den Zufuhren von 1929, 1930 und 1932 entsprach. Es gab aber auch Jahre, wo die Zufuhr aus Schleswig-Holstein um etwa 60 000 Stück größer war, so 1927, 1931 und 1934, oder gar um 100 000, wie im Jahre 1928. In der Rinderzufuhr aus Schleswig-Holstein fehlen dem Hamburger Markt, gemessen an den Verhältnissen von 1925 bis 1933, jährlich noch etwa 10 000 Stück (ein Vergleich mit 1938 ginge auch hier fehl). **Niedersachsen** hingegen hat in der Rinderzufuhr mit etwa 16 000 Stück im Durchschnitt 1950/52 den Stand jener älteren Jahre erreicht. Aber die Schweinezufuhr aus Niedersachsen ist wesentlich abgesunken: im Jahrfünft 1925/29 waren es durchschnittlich 175 000 Stück gegen 110 300 im Jahre 1952.

Andere Länder der Bundesrepublik sind an der Zufuhr von Rindern, Kälbern und Schweinen nach Hamburg kaum beteiligt; nur wenige Sammelsendungen von Rindern kamen in den letzten Jahren aus Bayern und Hessen. Anders bei den Schafen, die allerdings hauptsächlich aus den südlichen Teilen Niedersachsens nach Hamburg kommen. Bei den Schafzufuhren macht sich der **Ausfall Mecklenburgs**, aber noch mehr der **Ausfall der ehemaligen Provinz Sachsen** fühlbar, wo mit den Zuckerrübenabfällen Stallmast in großem Umfange betrieben wurde. Von dort kamen vor dem ersten Weltkrieg jährlich ungefähr 15 000 Schafe auf den Hamburger Markt; in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war die Zahl allerdings wesentlich geringer, zeitweise aber immerhin noch halb so groß.

Die Zufuhren von Schlachttieren aus dem Gebiet der jetzigen Ostzone und den deutschen Gebieten östlich der Oder/Neiße-Linie sind im Laufe der Zeit in der Menge unterschiedlich gewesen. Jahraus, jahrein lieferte Mecklenburg mehrere tausend **Rinder** nach Hamburg, 1925/35 durchschnittlich etwa 4800 Stück; dazu kamen, verstärkt seit dem Anfang der 30er Jahre, Rinderzufuhren aus der Provinz Sachsen, aus Pommern, Brandenburg, Schlesien und in kleineren Posten aus Ostpreußen. Bei **Kälbern** und **Schweinen** war es hauptsächlich nur Mecklenburg, das in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen den Hamburger Markt belieferte. Früher hatten auch Brandenburg und die Provinz Sachsen in der Schweinezufuhr nach Hamburg eine Rolle gespielt. Über

die Zufuhr von **Schafen** ist in diesem Zusammenhang schon gesprochen worden.

Der Hamburger Viehmarkt hat stets eine enge Verbindung mit **Dänemark als Lieferland** gehabt. Bis in den Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts bezog Hamburg aus Dänemark jährlich 100 000 bis 200 000 Schweine, die hier für den Export nach England geschlachtet wurden. Die Schweine-einfuhren aus Dänemark wurden aber von deutscher Seite aus veterinärpolizeilichen Gründen gesperrt, was sehr bald zur Gründung von Export-schlachtereien in Dänemark führte. Seitdem sind nur noch in wenigen Jahren und in geringen Mengen Schweine aus Dänemark eingeführt worden. Dagegen sind Rinder (es wird hier immer von Lebendvieh gesprochen), zunächst bis 1930/31, ständig zur Einfuhr gekommen. Seit den 90er Jahren sind es zumeist jährlich 40 000 Stück gewesen, manchmal auch 50 000—60 000 und mehr, die aus Dänemark zum Hamburger Viehmarkt befördert wurden, wenn nicht, wie in einigen Jahren, veterinärpolizeiliche Maßnahmen die Zufuhren vorübergehend drosselten. Eine lange Unterbrechung begann 1931/32, als die Devisenlage die Einfuhr nicht mehr gestattete, und von 1934 bis zum Kriegsausbruch schloß die auf Autarkie bedachte nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die Vieheinfuhren aus Dänemark grundsätzlich aus. Nach dem Kriege hat es einer langen Wartezeit bedurft, bis Hamburg wieder Lebendvieh aus Dänemark erhielt (die großen Massen dänischer Rinder, die 1946/47 in Hamburg geschlachtet wurden, waren britische Einfuhren für die Versorgung der Besatzungs-truppen). Die deutschen Einfuhren setzten erst 1949 ein. Im Jahre 1950 kamen fast 50 000 Rinder aus Dänemark in Hamburg zur Schlachtung, dann sank die Einfuhr allerdings wieder ab, worauf wir schon oben hinwiesen.

Der Hamburger Rindermarkt ist also von früh her ein Markt sowohl deutschen als auch dänischen Viehs gewesen. Die **dänischen Rinder** waren im Jahrzehnt **1904/13** mit **43 v. H.**, im Jahrfünft **1925/29** mit **37 v. H.** und in den Jahren **1950/52** mit **35 v. H.** am Auftrieb in Hamburg beteiligt.

Aus anderen Staaten ist Lebendvieh nur gelegentlich auf den Hamburger Markt gekommen. Die Tabellen 1—4 im Anhang enthalten auch darüber Einzelangaben.

Im Anhang zu dieser Arbeit befinden sich ferner Tabellen über die **Viehbestände** in den **wichtigsten Lieferländern** des Hamburger Marktes nach den Ergebnissen der Viehzählungen. Die Viehzählungen gehören zu den ältesten Erhebungen der Landwirtschaftsstatistik. Die erste einheitliche Aufnahme der Viehbestände fand auf Grund eines Bundesratsbeschlusses vom 28. Juni 1872 am 10. Januar 1873 in allen Deutschen Bundesstaaten statt. Die nächsten Viehzählungsjahre waren 1883, 1892, 1897, 1900 und 1907. Seit 1912 werden jährlich Viehzählungen durchgeführt. Die Tabelle 10 bringt in langer Rückschau die Entwicklung des **Viehbestandes in Schleswig-Holstein** und im jetzigen Land **Niedersachsen**, die Tabelle 11 die Ergebnisse der Viehzählung am 3. Dezember 1952

in den Stadt- und Landkreisen Schleswig-Holsteins und der an Hamburg angrenzenden niedersächsischen Regierungsbezirke Lüneburg und Stade, während die Tabelle 12 Zahlen über den **Viehbestand in Dänemark** seit der Jahrhundertwende enthält.

Die Zufuhren nach Hamburg sollen nun nicht etwa auf die Bestandszahlen der Viehzählungen bezogen werden, sondern die Tabellen sollen nur in einem quantitativen Umriß veranschaulichen, aus welchen Viehstapeln der Hamburger Markt hauptsächlich seine Ware bezogen hat und laufend bezieht. Die Bestandszahlen (als rechnerische Bezugsgrößen) sind naturgemäß in den einzelnen Abschnitten des Jahres sehr unterschiedlich, jedenfalls wenn nach der Schlachtreife der Tiere differenziert wird. Der Stichtag der deutschen Hauptzählungen für alle Vieharten liegt am Anfang Dezember (außerdem gibt es Zwischenzählungen für Rinder, Schweine und Schafe am 3. Juni und nur für Schweine am 3. März und 3. September), wenn sich die Bestände an Schlachttieren durch Abgabe an die Schlachter und Schlachtviehmärkte und durch Hausschlachtungen vermindert haben — anders als in Dänemark, wo meistens im Juli gezählt wird.

In **Schleswig-Holstein** und in den Regierungsbezirken **Lüneburg** und **Stade**, also in den für den Hamburger Markt wichtigsten Viehzuchtgebieten, wurden am 3. Dezember 1952 insgesamt **1 783 000 Rinder** (darunter 773 000 Milchkühe), **503 000 Schlacht- und Mastschweine** (außerdem 1 529 000 Ferkel und Jungschweine) und **204 000 Schafe** gezählt. Von Anfang bis Ende des Jahres 1952 betrug die Zahl der gewerblichen Schlachtungen und der Hausschlachtungen in diesen Gebieten bei Rindern (hier immer einschließlich Kälber): 333 300, bei Schweinen: 1 378 700, bei Schafen: 65 900. Dahinter treten die Zahlen der aus Schleswig-Holstein und den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade in Hamburg aufgetriebenen Tiere — nach der Übersicht 3 waren es im Jahre 1952 rd. 112 000 Rinder und Kälber, 440 000 Schweine und 53 000 Schafe — weit zurück. Hamburg ist aber nicht der einzige auswärtige Markt, den Schleswig-Holstein, Stade und Lüneburg mit Lebendvieh beschicken; andererseits darf nicht übersehen werden, daß in Schleswig-Holstein und den beiden niedersächsischen Regierungsbezirken 4,2 Millionen Menschen zu versorgen sind gegen 1,6 Millionen in Hamburg. Zudem hat Hamburg bekanntlich in den meisten Jahren fast 40 v. H. seines Rinderauftriebs aus Dänemark bezogen. **Dänemark** hatte im Jahre 1950 wie auch in den vorangegangenen Jahren einen **Rindviehbestand von rd. 3 Millionen Stück**; die etwa 40 000 Rinder, die alljährlich nach Hamburg versandt werden, stellen also nur einen kleinen Bruchteil dar, auch wenn man die ausgedehnte Milchwirtschaft in Dänemark berücksichtigt. Die Zahl der **Schweine** in **Dänemark** betrug nach der Zählung vom Mai 1950 rd. **3,2 Millionen** gegen **1,1 Millionen** in **Schleswig-Holstein** und **3,8 Millionen** im gesamten Land **Niedersachsen** am 3. Dezember 1952.

Für einen Großmarkt ist die technische Abwicklung des Antransports der Tiere von besonderer Wichtigkeit. Das Statistische Landesamt hat deshalb aus den Originalanschreibungen über die Herkunftsorte der hier aufgetriebenen Schlachttiere

für die Jahre 1948 bis 1952 die **Entfernungen** in Kilometern (Bahnkilometer) **zwischen dem Versandort und Hamburg** zusammengestellt. Das hat zu folgender Aufgliederung der inländischen Zufuhren geführt:

#### Übersicht 4

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach der Entfernung der Herkunftsgebiete

Entfernungen (Bahnkilometer)	1948	1949	1950	1951	1952	1948	1949	1950	1951	1952
	<b>Rinder</b>					<b>Kälber</b>				
bis 50 km.	2 517	7 015	10 716	11 993	11 124	1 077	6 009	9 874	11 515	10 951
von 51—100 "	3 847	9 718	20 905	26 095	24 212	1 654	5 486	21 911	26 780	25 469
" 101—150 "	7 435	9 352	19 950	22 457	20 834	1 424	2 634	9 598	11 942	11 355
" 151—200 "	864	3 208	4 574	5 043	4 679	52	628	1 150	1 469	1 397
" 201—300 "	222	2 139	1 601	1 207	1 122	9	53	1 783	754	718
" 301—400 "	—	144	173	176	99	—	44	74	23	16
" über 400 "	—	1 385	1 838	211	862	—	6	—	—	27
<b>zusammen</b>	<b>14 885</b>	<b>32 961</b>	<b>59 757</b>	<b>67 182</b>	<b>62 932</b>	<b>4 216</b>	<b>14 860</b>	<b>44 390</b>	<b>52 483</b>	<b>49 933</b>
	<b>Schweine</b>					<b>Schafe</b>				
bis 50 km.	1 593	26 285	64 972	100 172	110 474	823	7 697	5 413	2 908	3 772
von 51—100 "	659	32 712	102 237	179 606	198 060	1 611	15 131	12 749	7 261	9 423
" 101—150 "	794	22 885	60 667	99 107	109 329	2 546	14 884	9 489	6 571	8 524
" 151—200 "	139	5 052	6 003	11 705	12 896	4 828	15 800	15 324	16 643	21 591
" 201—300 "	4	1 423	3 527	8 504	9 375	2 122	19 913	21 525	11 562	14 997
" 301—400 "	—	—	—	—	—	—	60	1 583	927	167
" über 400 "	—	—	—	—	—	—	—	2 084	930	701
<b>zusammen</b>	<b>3 189</b>	<b>88 357</b>	<b>237 406</b>	<b>399 094</b>	<b>440 134</b>	<b>11 930</b>	<b>73 485</b>	<b>68 167</b>	<b>46 802</b>	<b>59 175</b>

Danach stammten z. B. im Jahre 1952 18 v. H. der Rinder und 25 v. H. der Schweine aus einem Umkreis von 50 km. Auf Entfernungen von 50 bis 100 km entfielen im gleichen Jahre 38,5 v. H. des Rinder- und 45 v. H. des Schweineauftriebs. Innerhalb dieses Gürtels liegen vor allem die wichtigsten Schweineaufzuchtgebiete für den Hamburger Markt. Für die Rinderzufuhr haben dann die anschließenden Bezirke noch eine ähnliche Bedeutung wie die nähergelegenen, denn sowohl 1951 wie 1952 kam  $\frac{1}{3}$  der in Hamburg aufgetriebenen Rinder aus Entfernungen von 100—150 km. Jedoch war auch bei der Schweinezufuhr dieser Anteil in beiden Jahren mit etwa 25 v. H. noch beachtlich. Aus größeren Entfernungen als 150 km stammten von den Rindern im Jahre 1950 14 v. H. (Bayern trat damals mit einigen größeren Lieferungen auf) und 1951/52 rd. 10 v. H.; von den in Hamburg aufgetriebenen Schweinen

waren es in beiden Jahren nur 4—5 v. H. Für den Schafmarkt liegt es wesentlich anders: etwa drei Fünftel des Hamburger Auftriebs wurde aus Entfernungen von mehr als 150 km herangeführt (siehe Schaubild 2).

Die Schafe gelangen daher auch zumeist, zu etwa 75 v. H., im **Eisenbahntransport** nach Hamburg, während sich sonst der **Lastkraftwagen durchgesetzt hat**. Im Jahre 1938 kamen noch reichlich 55 v. H. der Rinder, der Kälber und der Schweine auf dem Schienenweg nach Hamburg, im Jahre 1952 waren es nur noch 30 v. H. der Rinder und Kälber und sogar nur 19 v. H. des Schweineauftriebs. Mit Lastkraftwagen kamen im Jahre 1952 rd. 79 500 Rinder und Kälber und 355 700 Schweine in Hamburg an, mit der Eisenbahn hingegen rd. 33 400 Rinder und Kälber und 84 500 Schweine.

#### Übersicht 5

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach der Art der Transportmittel

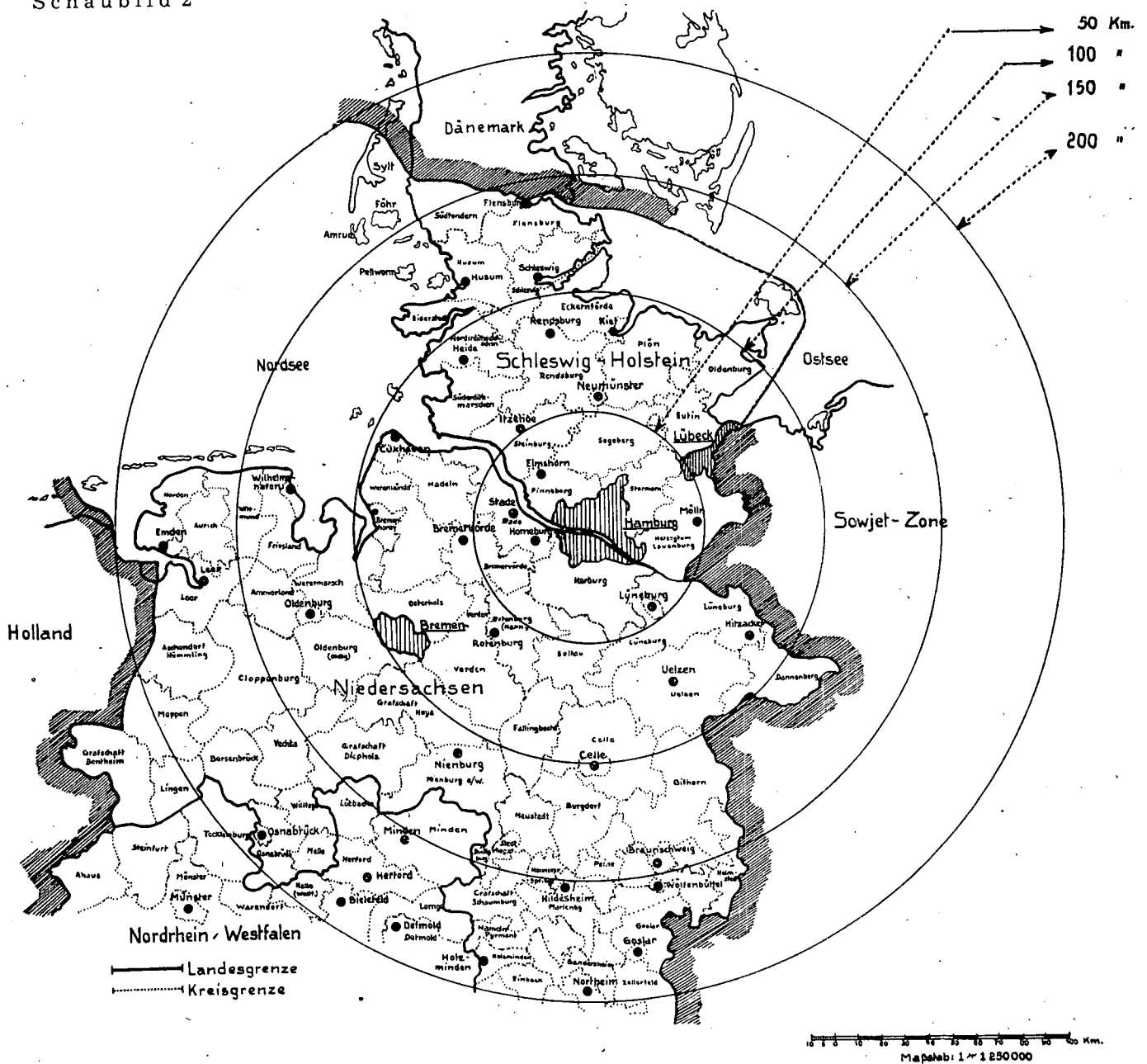
Transportmittel	1938	1949	1950	1951	1952	1938	1949	1950	1951	1952
	<b>Rinder</b>					<b>Kälber</b>				
Lastwagen	40 853	16 970	32 774	42 911	42 655	27 807	8 724	27 581	36 811	36 852
Schiff	23	—	—	—	—	36	—	—	—	—
Eisenbahn	53 856	15 991	26 983	24 271	20 277	35 190	6 136	16 809	15 672	13 081
<b>zusammen</b>	<b>94 732</b>	<b>32 961</b>	<b>59 757</b>	<b>67 182</b>	<b>62 932</b>	<b>63 033</b>	<b>14 860</b>	<b>44 390</b>	<b>52 483</b>	<b>49 933</b>
	<b>Schweine</b>					<b>Schafe</b>				
Lastwagen	211 896	62 048	181 148	312 673	355 679	17 949	27 777	19 077	11 662	16 435
Schiff	17	—	—	—	—	13	—	—	—	—
Eisenbahn	280 723	26 309	56 258	86 421	84 455	54 029	45 708	49 090	35 140	42 740
<b>zusammen</b>	<b>492 636</b>	<b>88 357</b>	<b>237 406</b>	<b>399 094</b>	<b>440 134</b>	<b>71 991</b>	<b>73 485</b>	<b>68 167</b>	<b>46 802</b>	<b>59 175</b>

Übersicht 6

Die Zufuhren von Schlachtvieh mit der Eisenbahn zum Hamburger Viehmarkt

aus Richtung	1938	1949	1950	1951	1952	1938	1949	1950	1951	1952
<b>Rinder</b>						<b>Kälber</b>				
Flensburg, Husum, Kiel . . . . .	19 971	11 035	17 221	16 155	13 379	3 218	1 275	5 312	5 991	3 884
Lübeck . . . . .	2 664	18	206	333	282	1 128	—	83	65	84
Berlin . . . . .	12 179	—	—	—	—	13 989	—	—	—	—
Stade, Bremen, Hannover . . . . .	19 042	4 938	9 556	7 783	6 616	16 855	4 861	11 414	9 616	9 113
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>53 856</b>	<b>15 991</b>	<b>26 983</b>	<b>24 271</b>	<b>20 277</b>	<b>35 190</b>	<b>6 136</b>	<b>16 809</b>	<b>15 672</b>	<b>13 081</b>
<b>Schweine</b>						<b>Schafe</b>				
Flensburg, Husum, Kiel . . . . .	58 161	13 756	34 298	52 308	51 291	14 150	24 594	22 697	19 571	26 198
Lübeck . . . . .	5 353	20	730	344	612	1 125	—	166	229	127
Berlin . . . . .	177 257	—	—	—	—	9 954	—	—	—	—
Stade, Bremen, Hannover . . . . .	39 952	12 533	21 230	33 769	32 552	28 800	21 114	26 227	15 340	16 415
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>280 723</b>	<b>26 309</b>	<b>56 258</b>	<b>86 421</b>	<b>84 455</b>	<b>54 029</b>	<b>45 708</b>	<b>49 090</b>	<b>35 140</b>	<b>42 740</b>

Schaubild 2



## 2. Versand

Daß der Hamburger Viehmarkt seit jeher **nicht nur** ein zur Versorgung Hamburgs bestimmter **Platzmarkt**, sondern auch ein **Versandmarkt** ist, dürfte schon aus den einleitenden Ausführungen genügend hervorgegangen sein. Aus der Geschichte des Zentral-Viehmarktes, dessen Entstehung in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgeht, gibt es dafür mannigfache Belege. Das Versandgeschäft in Lebewieh war einstmals sowohl ein Binnen- als ein Außenhandelsgeschäft, und zwar ein Außenhandel hauptsächlich mit dem englischen Markt. England erließ aber wiederholt Einfuhrverbote für lebendes Vieh, so daß schließlich nur geschlachtetes Vieh nach dort zur Ausfuhr kam. Die Exportschlachtereien in Hamburg gelangten zu großer Blüte. Die Zahl der für den englischen Markt geschlachteten Schweine betrug nach den Anschreibungen der alten Schlachthof-Deputation z. B. im Jahre 1883: 379 589, 1884: 456 372, 1885: 325 643, 1886: 262 678, 1887: 258 566 und 1888: 200 599. Dann aber hat sich dieses Geschäft nach Dänemark verlagert, das übrigens der Hauptlieferant von lebenden Schweinen für die Hamburger Exportschlachtereien gewesen war. Auch der Export geschlachteter Hammel von Hamburg nach England (im Jahre 1890 z. B. 170 657 Stück) hörte im Laufe der 90er Jahre allmählich auf, da sich der englische Markt mit billigerem Schaffleisch aus überseeischen Ländern (vorwiegend Australien) versorgte. Der Niedergang des Exports nach England brachte dem Hamburger Viehmarkt, über den die Tiere gehandelt worden waren, starke Einbußen — wurden doch bis 1887 jährlich über 500 000 Schweine (1883 waren es sogar über 700 000 und 1884 über 800 000) und bis zum Jahre 1890 150 000 bis 200 000 Schafe jährlich in Hamburg aufgetrieben (bei einem hamburgischen Eigenbedarf für kaum mehr als  $\frac{1}{2}$  Million Einwohner).

Das hamburgische Versandgeschäft in Lebewieh ist, seitdem England ausfiel, mit wenigen Ausnahmen ein Inlandsgeschäft gewesen. Es ist seit dem Jahre 1926 auch nur ein Versand von Vieh inländischer Herkunft, denn der Versand von ausländischem Vieh in lebendem Zustand wurde den Schlachtviehmärkten durch Reichsverordnung vom 8. Juli 1927 aus veterinärpolizeilichen Gründen untersagt.

In der Betriebsstatistik der Schlachthof- und Viehmarktverwaltung sind seit Jahrzehnten die auf dem Viehmarkt gehandelten Tiere, soweit sie nicht unmittelbar den öffentlichen Schlachthofanlagen zugeführt wurden, schlechthin unter der Rubrik „Versand“ gezählt worden, wobei allerdings zwischen dem „Versand mit der Eisenbahn“ und dem „Versand in die Umgegend“ unterschieden worden ist. Diese

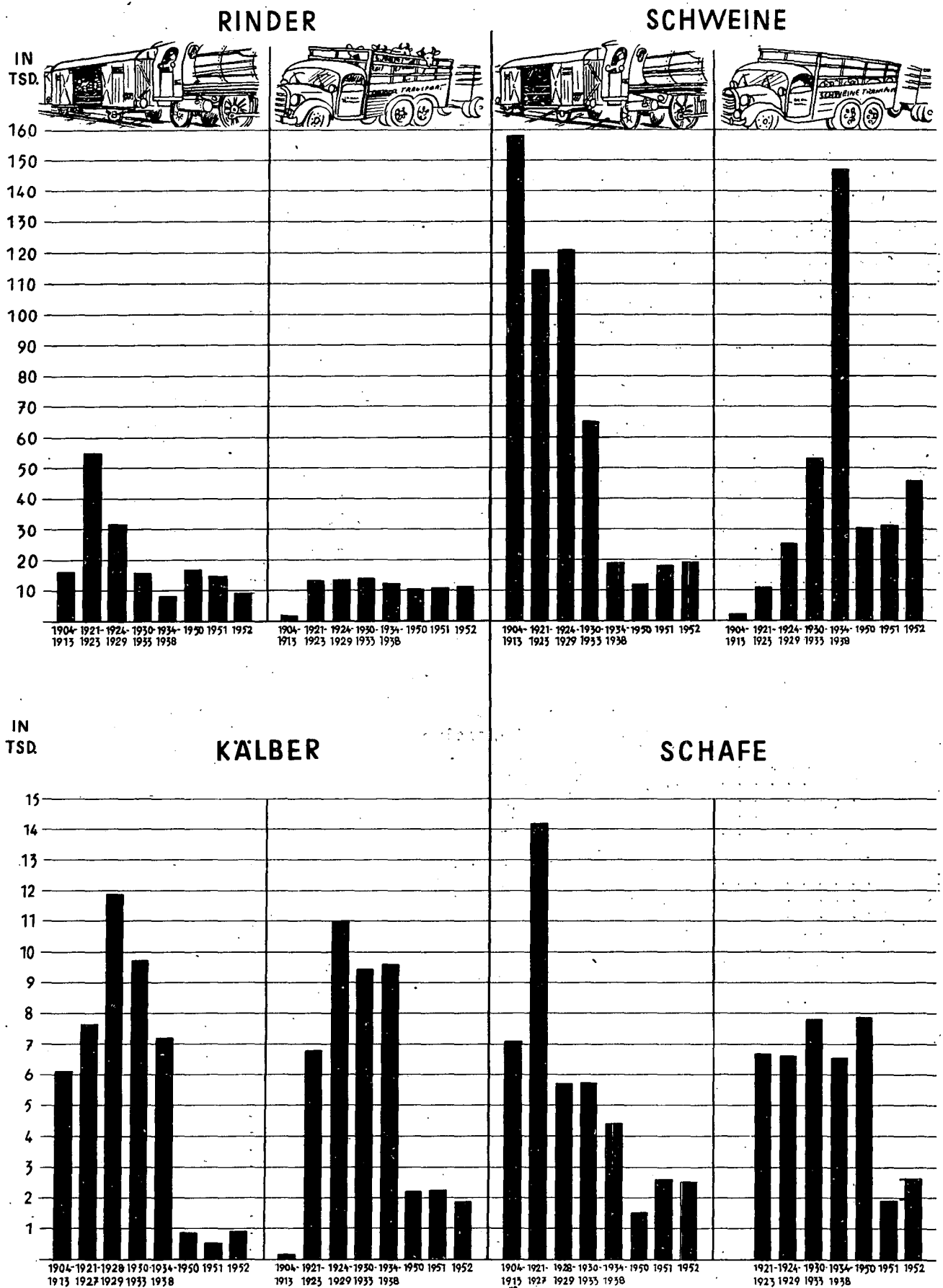
Gruppierung war zu einer Zeit, in der das Lastkraftfahrzeug noch nicht existierte, ziemlich gleichbedeutend mit einer Aufteilung nach echtem Versand (nämlich per Eisenbahn auf größere Entfernungen) und nach den Fällen, in denen der Käufer die Tiere auf seinem Gewerbegrundstück in Hamburg oder in der näheren Umgebung zur Schlachtung brachte. Wir werden im nächsten Abschnitt sehen, daß größere Gebietsteile von Hamburg nicht dem Schlachthofzwang unterliegen, und auch in den benachbarten nichthamburgischen Gebieten benutzt der Schlachter sein eigenes Schlachthaus. Die Tiere werden vom Viehmarkt per Fuhrwerk zum Betrieb des Käufers gefahren (am Tor des Viehmarktes werden Name und Wohnort des Käufers und Zahl und Art der Tiere u. a. für die Statistik vermerkt). „Durch das Tor“ rollen aber seit der Motorisierung des Verkehrs auch Fernlastzüge vom Viehmarkt ab; insoweit müßte die Straßenabfuhr selbstverständlich ebenso zum echten Versand gezählt werden wie der Fernversand mit der Eisenbahn. Das wird auch in Zukunft geschehen; die amtliche Statistik wird es sich angelegen sein lassen, eine begriffliche Abgrenzung zwischen dem eigentlichen Versand und dem Nachbarschaftsverkehr, der sich aus der räumlichen Ausstrahlung des Marktes ergibt, zu finden und betriebsstatistisch zur Anwendung zu bringen (siehe Schaubild 3).

Eine besondere Auszählung der Straßenabfuhr hat aber ergeben, daß — verständlicherweise — der Fernversand von Schlachtvieh mit Kraftfahrzeugen keine sehr erhebliche Rolle spielt. Dies zeigt die in der **Übersicht 7** gebotene Aufgliederung der **Straßenabfuhr** in den Jahren 1950 bis 1952.

An der Straßenabfuhr sind demnach stark überwiegend die hamburgischen Außenbezirke beteiligt, in denen es keinen Schlachthofzwang gibt. Von den Transporten nach außerhalb Hamburgs sind die meisten für Schleswig-Holstein bestimmt, und zwar handelt es sich hier um die Einkäufe der Schlachter und Fleischwarenfabriken vor allem aus den Landkreisen Pinneberg/Elmsborn, Stormarn, Segeberg und Lauenburg sowie um Lübecker Einkäufe. Ebenso haben an den Straßenabfuhr nach Niedersachsen die an Hamburg angrenzenden Regierungsbezirke Lüneburg und Stade den größten Anteil. Auf weitere Entfernungen wird durchweg der Eisenbahntransport bevorzugt. Wie sich in den Jahren 1950 bis 1952 Straßenabfuhr und Versand mit der Eisenbahn in der **Aufgliederung nach Empfangsländern** zahlenmäßig zueinander stellten, zeigt ebenfalls die **Übersicht 7**.

Die Straßenabfuhr vom Viehmarkt erscheint, wenn man die alten Aufzeichnungen zum Vergleich heranzieht, seit der Zeit nach dem ersten Weltkriege mit ungleich höheren Zahlen in der Be-

# DER VERSAND VON LEBENDVIEH VOM HAMBURGER VIEHMARKT (JAHRESDURCHSCHNITTE)



\*) VERSAND DURCH EISENBAHN  
UND LASTKRAFTWAGEN



## Der Versand von Lebendvieh vom Hamburger Viehmarkt

Empfangsgebiete	1950			1951			1952		
	Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit	
		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen
<b>Rinder</b>									
Schleswig-Holstein . . . . .	2 541	393	2 148	2 670	151	2 519	2 635	368	2 267
Niedersachsen . . . . .	2 857	1 859	998	3 585	2 311	1 274	2 521	1 807	714
Bremen . . . . .	60	60	—	284	283	1	60	—	60
Nordrhein-Westfalen . . . . .	7 825	7 557	268	7 641	7 299	342	6 363	5 586	777
Rheinland-Pfalz . . . . .	1 270	1 239	31	930	870	60	189	185	4
Württemberg-Baden . . . . .	819	737	82	1 078	1 078	—	11	11	—
Württemberg-Hohenzollern . . . . .	180	180	—	12	12	—	—	—	—
Baden . . . . .	305	305	—	247	247	—	97	85	12
Hessen . . . . .	2 209	2 116	93	1 187	1 133	54	994	938	56
Bayern . . . . .	584	576	8	49	49	—	75	75	—
Berlin . . . . .	1 668	1 307	361	2 121	2 012	109	698	619	79
Belgien . . . . .	1 652	1 652	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg (einschl. Landgeb.)	6 471	—	6 471	6 519	—	6 519	7 064	—	7 064
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>28 441</b>	<b>17 981</b>	<b>10 460</b>	<b>26 323</b>	<b>15 445</b>	<b>10 878</b>	<b>20 707</b>	<b>9 674</b>	<b>11 033</b>
<b>Kälber</b>									
Schleswig-Holstein . . . . .	518	—	518	328	—	328	346	—	346
Niedersachsen . . . . .	257	219	38	165	116	49	302	250	52
Bremen . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	163	160	3	172	172	—	15	15	—
Rheinland-Pfalz . . . . .	97	86	11	18	18	—	11	11	—
Württemberg-Baden . . . . .	101	101	—	40	40	—	—	—	—
Baden . . . . .	56	56	—	50	50	—	—	—	—
Hessen . . . . .	24	24	—	9	9	—	604	604	—
Bayern . . . . .	4	—	4	30	—	30	—	—	—
Berlin . . . . .	240	164	76	148	105	43	31	10	21
Hamburg (einschl. Landgeb.)	1 553	—	1 553	1 810	—	1 810	1 554	—	1 554
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>3 013</b>	<b>810</b>	<b>2 203</b>	<b>2 770</b>	<b>510</b>	<b>2 260</b>	<b>2 863</b>	<b>890</b>	<b>1 973</b>
<b>Schweine</b>									
Schleswig-Holstein . . . . .	3 609	125	3 484	4 795	190	4 605	6 832	61	6 771
Niedersachsen . . . . .	3 711	1 213	2 498	6 307	3 117	3 190	6 486	3 008	3 478
Bremen . . . . .	325	159	166	149	114	35	127	—	127
Nordrhein-Westfalen . . . . .	2 009	1 882	127	7 230	7 192	38	9 629	6 366	3 263
Rheinland-Pfalz . . . . .	1 087	1 087	—	782	782	—	167	167	—
Württemberg-Baden . . . . .	1 482	1 422	60	70	70	—	1 687	1 687	—
Württemberg-Hohenzollern . . . . .	211	211	—	99	99	—	—	—	—
Baden . . . . .	626	626	—	55	55	—	74	74	—
Hessen . . . . .	4 671	4 267	404	1 394	1 394	—	532	532	—
Bayern . . . . .	1 778	1 289	489	1 049	907	142	5 551	5 479	72
Berlin . . . . .	1 962	360	1 602	5 219	4 440	779	3 127	2 130	997
Saargebiet . . . . .	—	—	—	75	75	—	—	—	—
Hamburg (einschl. Landgeb.)	21 437	—	21 437	23 168	—	23 168	30 313	—	30 313
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>42 908</b>	<b>12 641</b>	<b>30 267</b>	<b>50 392</b>	<b>18 435</b>	<b>31 957</b>	<b>64 525</b>	<b>19 504</b>	<b>45 021</b>
<b>Schafe</b>									
Schleswig-Holstein . . . . .	6 027	395	5 632	765	111	654	946	45	901
Niedersachsen . . . . .	264	113	151	437	349	88	153	83	70
Bremen . . . . .	—	—	—	50	50	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen . . . . .	420	420	—	12	12	—	624	620	4
Rheinland-Pfalz . . . . .	—	—	—	1 446	1 446	—	200	200	—
Württemberg-Baden . . . . .	—	—	—	—	—	—	1 453	1 453	—
Baden . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hessen . . . . .	13	13	—	—	—	—	—	—	—
Bayern . . . . .	43	43	—	—	—	—	—	—	—
Berlin . . . . .	472	472	—	653	653	—	127	127	—
Belgien . . . . .	45	45	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg (einschl. Landgeb.)	2 110	—	2 110	1 242	—	1 242	1 641	—	1 641
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>9 394</b>	<b>1 501</b>	<b>7 893</b>	<b>4 605</b>	<b>2 621</b>	<b>1 984</b>	<b>5 144</b>	<b>2 528</b>	<b>2 616</b>

triebsstatistik als vor 1914. Als „Versand in die Umgegend“ wurden gebucht:

Jahre (Jahresdurchschnitt)	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
1904/13	925	.	1 111	.
1913	1 406	.	1 195	.
1922	16 486	.	12 577	.
1925/29	13 809	.	27 843	.
1929	16 640	11 037	33 231	6 694
1932	14 568	9 663	61 530	7 891
1936	11 470	10 175	249 036	6 973
1937	15 613	11 707	225 423	8 756
1938	10 930	7 445	102 739	4 429
1950	6 471	1 553	21 437	2 110
1951	6 519	1 810	23 168	1 242
1952	7 064	1 554	30 313	1 641

Dieser eigenartige Verlauf dürfte etwa wie folgt zu erklären sein: Vor dem ersten Weltkrieg hatte der Viehmarkt offensichtlich kein größeres Käuferpublikum aus den Bezirken Hamburgs, die nicht schlachthofgebunden waren. Für die benachbarten nichthamburgischen Ortschaften wird das gleiche gegolten haben. Bei den Transportverhältnissen von damals lag es für den „draußen“ wohnenden Käufer näher, das Vieh auch „draußen“, also direkt beim Bauern einzukaufen. Daher weist die Statistik der Straßenabfuhr vom Viehmarkt für jene Jahre so niedrige Zahlen auf (denen nicht etwa auffallend höhere Zahlen im Eisenbahnversand gegenüberstehen).

Nach dem ersten Weltkrieg hingegen nahm der „Versand in die Umgegend“ ganz andere Ausmaße an. Das Lastauto, der motorisierte Lieferwagen machten es den Fleischwarenfabriken und den Schlachtern in den Außenbezirken und im Umkreis von Hamburg leicht, am zentralen Viehmarkt einzukaufen, wo sie unter einem großen, preisregulierenden Angebot ihr Schlachtvieh auswählen konnten. Gegenüber der Zeit vor 1914 verzehnfachte sich die Zahl der Rinder und Kälber, die „durch das Tor“ den Viehmarkt verließen, und der Nahversand von Schweinen nahm noch stärker zu. Eine ganz außergewöhnliche Ausweitung des Nahverkehrs erlebte der Schweinemarkt 1936 bis 1938, in der Zeit der Vorratsschlachtungen. Die Fleischwarenfabriken Schleswig-Holsteins hatten in Hamburg ihr Schlachtkontingent einzukaufen, daß mit Lastautos ihnen zugerollt wurde. Daher die abnorm hohen Zahlen; für einen Vergleich mit der Zeit vorher und mit der jüngsten Zeit sind sie absolut ungeeignet. Aus den jüngsten Jahren fallen bei der „Straßenabfuhr“ die besonders niedrigen Zahlen für Kälber und Schafe auf; ob die Einkäufe so sehr zurückgegangen sind oder ob etwa der Zentral-Schlachthof von diesen Käufern jetzt mehr benutzt wird, muß hier dahingestellt bleiben.

Und nun der **Versand mit der Eisenbahn**; d. i. der eigentliche Fernversand, wenn man von den zahlenmäßig untergeordneten Transporten mit Fernlastzügen absieht.

In den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg wurden etwa 15 000 bis 20 000 Rinder und 150 000 bis 200 000 Schweine jährlich vom Hamburger

Markt mit der Eisenbahn versandt. 6000 Kälber und 7000 Schafe kamen hinzu. Nach dem Krieg nahm das Versandgeschäft bei Rindern zunächst weit größere Ausmaße an. In den Inflationsjahren 1921, 1922 und 1923 wurden 71 000, 47 000 und 45 000 Rinder über den Hamburger Markt mit der Bahn abtransportiert, vor allem nach Rheinland-Westfalen. In den Jahren 1924 bis 1927 waren es jährlich 30 000 bis 35 000 Rinder, oft die Hälfte des Auftriebs, die per Eisenbahn wieder aus Hamburg hinausgingen. Der Schweineversand, der vorerst hinter dem Ausmaß der Vorkriegszeit zurückgeblieben war, erreichte einen neuen Höhepunkt 1927/28, als etwa 150 000 Schweine je Jahr zum Versand kamen. Der Viehumschlag ging dann freilich wieder zurück; im Jahre 1930 wurden 20 000 Rinder und 100 000 Schweine versandt, und in den Jahren der großen Arbeitslosigkeit lagen die Zahlen begrifflicherweise erheblich niedriger. Immerhin blieb bis 1934/35, gemessen an den Verhältnissen der folgenden Jahre, noch ein beachtliches Versandvolumen bestehen (1934: 16 200 Rinder, 51 000 Schweine, 6700 Kälber, 4400 Schafe). **Als aber im Jahre 1936 die Lenkungsmaßnahmen des Reichsnährstandes wirksam wurden, schrumpfte der Fernversand von Rindern und Schweinen auf kleine Zahlen zusammen:** die Statistik des Bahnversands zählte im Jahresdurchschnitt 1936/38 nur 3437 Rinder und im Mittel 1936/37 12 795 Schweine (1938 nur 30 Stück). Allein der Versand von Kälbern (Westfalen, Baden, Sachsen) und von Schafen (Rheinland-Westfalen, Bayern, Sachsen) blieb noch von verhältnismäßiger Bedeutung.

In den Kriegs- und Nachkriegsjahren lag das **Hamburger Versandgeschäft** still. Entwickelt hat es sich erst wieder 1950. Im ersten Jahr wurden 18 000, im Jahr 1951 15 500 und 1952 9700 Rinder mit der Bahn verladen. Ein Umschlag von 15 000 Stück entsprach etwa dem Versand in den Jahren 1931/35, oder in den Jahren 1900 bis 1907; der weit niedrigere Versand von 1952 (9700) stellte indessen nicht mehr ganz ein Drittel des guten Versandgeschäfts in den Jahren 1924 bis 1929 dar. Allerdings sind 1952 die durch die Maul- und Klauen-seuche bedingten veterinärpolizeilichen Maßnahmen dem Versandgeschäft abträglich gewesen. Bei Schweinen kam der Fernversand 1950/52 nicht über das kleine Volumen der Jahre 1935/37 hinaus; es waren auch nur 5 v. H. des Auftriebs, während bei den Rindern im Jahre 1950 30 v. H., 1951 23 v. H. und im Jahre 1952 15 v. H. des Auftriebs mit der Eisenbahn zum Versand gebracht wurden. Ganz minimal war 1950/52 der Kälberversand; er betrug kaum 1,4 v. H. des Auftriebs gegen etwa 14 v. H. im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1936. Der Versand von Schafen war etwas beachtlicher, blieb aber auch hinter früheren Jahren stark zurück.

Soweit die Zahlen aus der Bahnstatistik. Sie erhöhen sich, aber niemals entscheidend, durch die Zahl der jeweils mit Fernlastzügen beförderten Tiere (worüber bekanntlich nur für 1950/52 genaue Daten vorliegen). In der Übersicht 8 ist der Versand mit der Eisenbahn in den einzelnen Zeitabschnitten zusammengestellt, und zwar nach den Empfangsländern gegliedert.

## Übersicht 8

## Versand von Lebendvieh vom Hamburger Viehmarkt mit der Eisenbahn

Jahre Jahresdurchschnitt	Schleswig- Holstein Niedersachsen Bremen	Rheinland Westfalen Hessen-Nassau	Baden Württemberg Bayern	Provinz und Land Sachsen Anhalt Thüringen	Mecklenburg Brandenburg	Berlin	übriges Deutschland	Ausland	Insgesamt
<b>Rinder</b>									
1904/1913 . . . .	1 939	12 170	180	476	206	326	868	—	16 165
v. H. . . . .	12,0	75,3	1,1	2,9	1,3	2,0	5,4	—	100,0
1921/1923 . . . .	6 612	37 761	3 032	3 757	723	2 519	177	107	54 688
v. H. . . . .	12,1	69,0	5,6	6,9	1,3	4,6	0,3	0,2	100,0
1924/1929 . . . .	4 090	17 386	1 203	6 819	969	1 143	206	6	31 822
v. H. . . . .	12,9	54,6	3,8	21,5	3,0	3,6	0,6	0,0	100,0
1930/1933 . . . .	1 872	10 642	230	2 161	623	450	130	—	16 108
v. H. . . . .	11,6	66,1	1,4	13,4	3,9	2,8	0,8	—	100,0
1934/1938 . . . .	1 544	5 118	87	1 064	183	133	347	—	8 476
v. H. . . . .	18,2	60,4	1,0	12,6	2,1	1,6	4,1	—	100,0
1950 . . . . .	2 312	10 912	1 798	—	—	1 307	—	1 652	17 981
v. H. . . . .	12,8	60,7	10,0	—	—	7,3	—	9,2	100,0
1951 . . . . .	2 745	9 302	1 386	—	—	2 012	—	—	15 445
v. H. . . . .	17,8	60,2	9,0	—	—	13,0	—	—	100,0
1952 . . . . .	2 175	6 709	171	—	—	619	—	—	9 674
v. H. . . . .	22,5	69,3	1,8	—	—	6,4	—	—	100,0
<b>Kälber</b>									
1904/1913 . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	6 129
v. H. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921/1927 . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	7 713
v. H. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1928/1929 . . . .	682	2 934	1 511	3 252	11	3 065	474	—	11 928
v. H. . . . .	5,7	24,6	12,6	27,3	0,1	25,7	4,0	—	100,0
1930/1933 . . . .	328	3 038	1 422	4 147	17	651	152	—	9 755
v. H. . . . .	3,4	31,1	14,6	42,5	0,2	6,7	1,5	—	100,0
1934/1938 . . . .	404	2 341	774	3 089	—	258	356	—	7 222
v. H. . . . .	5,6	32,4	10,7	42,8	—	3,6	4,9	—	100,0
1950 . . . . .	219	270	157	—	—	164	—	—	810
v. H. . . . .	27,0	33,3	19,4	—	—	20,3	—	—	100,0
1951 . . . . .	116	199	90	—	—	105	—	—	510
v. H. . . . .	22,8	39,0	17,6	—	—	20,6	—	—	100,0
1952 . . . . .	250	630	—	—	—	10	—	—	890
v. H. . . . .	28,1	70,8	—	—	—	1,1	—	—	100,0
<b>Schweine</b>									
1904/1913 . . . .	6 119	54 211	17 390	68 495	1 442	1 307	8 029	1 746	158 739
v. H. . . . .	3,9	34,2	10,9	43,1	0,9	0,8	5,1	1,1	100,0
1921/1923 . . . .	14 178	59 278	7 981	26 243	441	3 353	2 998	—	114 472
v. H. . . . .	12,4	51,8	7,0	22,9	0,4	2,9	2,6	—	100,0
1924/1929 . . . .	9 164	20 749	20 765	57 833	1 229	8 007	3 982	—	121 729
v. H. . . . .	7,6	17,0	17,0	47,5	1,0	6,6	3,3	—	100,0
1930/1933 . . . .	6 238	13 413	16 003	23 591	986	2 126	2 397	359	65 113
v. H. . . . .	9,6	20,6	24,6	36,2	1,5	3,3	3,7	0,5	100,0
1934/1938 . . . .	7 113	4 882	2 052	4 277	185	116	639	—	19 264
v. H. . . . .	36,9	25,3	10,7	22,2	1,0	0,6	3,3	—	100,0
1950 . . . . .	1 497	7 236	3 548	—	—	360	—	—	12 641
v. H. . . . .	11,8	57,2	28,1	—	—	2,9	—	—	100,0
1951 . . . . .	3 421	9 368	1 131	—	—	4 440	75	—	18 435
v. H. . . . .	18,6	50,8	6,1	—	—	24,1	0,4	—	100,0
1952 . . . . .	3 069	7 065	7 240	—	—	2 130	—	—	19 504
v. H. . . . .	15,7	36,3	37,1	—	—	10,9	—	—	100,0
<b>Schafe</b>									
1904/1913 . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
v. H. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921/1927 . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	14 239
v. H. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1928/1929 . . . .	1 851	40	340	1 547	411	1 488	25	—	5 702
v. H. . . . .	32,5	0,7	6,0	27,1	7,2	26,1	0,4	—	100,0
1930/1933 . . . .	1 466	388	547	1 603	178	1 549	17	—	5 748
v. H. . . . .	25,5	6,8	9,5	27,9	3,1	26,9	0,3	—	100,0
1934/1938 . . . .	1 190	567	137	1 117	108	1 192	136	—	4 447
v. H. . . . .	26,8	12,7	3,1	25,1	2,4	26,8	3,1	—	100,0
1950 . . . . .	508	433	43	—	—	472	—	45	1 501
v. H. . . . .	33,9	28,8	2,9	—	—	31,5	—	2,9	100,0
1951 . . . . .	510	1 458	—	—	—	653	—	—	2 621
v. H. . . . .	19,5	55,6	—	—	—	24,9	—	—	100,0
1952 . . . . .	128	820	1 453	—	—	127	—	—	2 528
v. H. . . . .	5,0	32,5	57,5	—	—	5,0	—	—	100,0

Das wichtigste Abnehmerland für Rinder war immer das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Es wurden dorthin von Hamburg jährlich versandt

im Mittel der Jahre	Rinder	v. H. des gesamten Bahnversandes
1904/13	12 170	75
1921/23	37 760	69
1924/29	17 400	55
1930/33	10 600	66
1934/38	5 100	60
1950	10 900	61
1951	9 300	60
1952	6 700	69

Nach dem ersten Krieg, etwa bis 1927, kaufte auch Hessen-Nassau 1000 bis 2000 Rinder jährlich vom Hamburger Markt. Der zweitwichtigste Abnehmer war aber etwa seit 1912 der mitteldeutsche Bezirk Provinz Sachsen und Land Sachsen. Der Versand dorthin stieg am Ende der 20er Jahre auf 7000 bis 9000 Stück jährlich an; in der Wirtschaftskrise und später in der Zeit der Marktlenkung ging dieses Versandgeschäft allerdings wieder erheblich zurück und hörte schließlich nach Kriegsausbruch so gut wie ganz auf. Dagegen blieb der Kälberversand nach Sachsen in den 30er Jahren noch verhältnismäßig reg.

Provinz Sachsen, Sachsen-Anhalt und Land Sachsen traten in großem Umfang auch auf dem Hamburger Schweinemarkt als Käufer auf, ja sie sind meistens die größten Abnehmer gewesen. Die Übersicht 8 läßt dies deutlich erkennen. Im Mittel 1904/13 gingen 43 v. H. der Versandschweine in das mitteldeutsche und 34 v. H. in das westdeutsche Industriegebiet. Nur in den Nachkriegsjahren bis 1923 wurde Sachsen von Rheinland-Westfalen in der Nachfrage überflügelt. In den Jahren von 1924 bis 1937 lag es aber in allen Jahren ausgesprochen entgegengesetzt. Um die Zahlen für diese 14 Jahre einmal zu addieren (da sie für eine Durchschnittsrechnung zu unterschiedlich sind): nach Land und Provinz Sachsen wurden insgesamt 431 254, nach Rheinland-Westfalen und Hessen-Nassau 202 557 lebende Schweine vom Hamburger Markt verschickt. Also bald  $2\frac{1}{4}$  mal so groß war der Versand in das industrielle Mitteldeutschland, das heute russisch besetztes Gebiet ist. Von dem gesamten Schweineversand aus Hamburg mit der Eisenbahn entfielen auf Provinz und Land Sachsen 39,7 v. H., dagegen auf Rheinland-Westfalen und Hessen 18,6 v. H. und — als neu in diesem Zusammenhang zu erwähnen — auf Süddeutschland (Bayern, Baden, Württemberg) 18,3 v. H.

Neben dem hamburgischen Versand als Verkauf von Lebendvieh nach auswärts gibt es auch einen Versand von geschlachtetem Vieh. Hier handelt es sich hauptsächlich um dänische Rinder, die nicht im lebenden Zustand vom Einfuhrplatz versendet werden dürfen. Der Versand von geschlachtetem Vieh wird später erwähnt; er gehört nicht mehr zur Viehmarktstatistik.

### 3. Der Viehauftrieb nach den Lebendgewichten der Schlachttiere

#### a) Die Gewichte aller gehandelten Schlachttiere

Der Mangel auf dem Viehmarkt bis 1948/49 bestand nicht nur darin, daß wenig Tiere aufgetrieben wurden, sondern diese wenigen Tiere waren durchweg auch von geringem Gewicht und geringem Schlachtwert. Die abgemolkene Kuh und das nüchterne Kalb herrschten zeitweise vor. Ebenso gehörten die wenigen hier aufgetriebenen Schweine meistens den unteren Gewichtsklassen an. Das hat sich von Grund auf geändert. Mit dem größeren Auftrieb stieg auch die Qualität. In der Übersicht 9 sind die durchschnittlichen Lebendgewichte der auf dem Viehmarkt gehandelten Schlachttiere zusammengestellt. Das Durchschnittsgewicht war bei den Rindern im Jahre 1948 auf 388 kg heruntergegangen (von Januar bis Mai waren es sogar nur 343), gegen 460 kg im Jahr 1938. Aber schon für das Jahr 1949 errechnete sich wieder ein durchschnittliches Lebendgewicht von 444 kg, und für die Jahre 1950 und 1951 ergaben sich fast gleichlautend etwa 460 kg, 1952 sogar 473 kg. Damit ist praktisch der Vorkriegsstand wieder erreicht. Allerdings sind die Bullen jetzt mit einem um etwa 25 v. H. niedrigeren Durchschnittsgewicht vertreten, weil mehr als früher jüngere Bullen zur Schlachtung herangeführt werden. Dagegen sind die zahlreicher gehandelten Färsen jetzt um 10 bis 15 v. H. ihres Lebendgewichtes stärker gemästet als vor dem Kriege. Anders liegt es wiederum bei den Kälbern; sie erreichten im Jahresdurchschnitt 1950/52 nur ein mittleres Gewicht von etwa 75 kg, wogegen vor dem Kriege auf etwa 90 kg ausgemästet wurde. Die auf dem Hamburger Viehmarkt verkauften Schweine waren in den Jahren 1949, 1950 und 1952, immer im gesamten Durchschnitt gesehen, von unbedeutend niedrigerem Gewicht als im Jahre 1938; nur im Jahre 1951 waren die Schweine eindeutig leichter (im Mittel 113 kg gegen 120 im letzten Vorkriegsjahr). Das Durchschnittsgewicht der Schafe lag in den Jahren 1951/52, obgleich die Stallmasttiere aus den früheren Bezugsgebieten fehlten, um 4 bis 6 kg höher als im Jahre 1938.

#### b) Die Gewichte der zum Versand gekommenen Schlachttiere

Die am Hamburger Markt beteiligten auswärtigen Käufer interessieren sich, entsprechend den Verbrauchsgewohnheiten in ihrem Absatzgebiet, in erster Linie für Tiere der höheren Gewichtsklassen. Das kommt sowohl bei Rindern und Kälbern als auch bei Schweinen zum Ausdruck. Eine besondere Auszählung der sogenannten Versandgewichte hat für 4 Monate des Jahres 1951 folgende durchschnittlichen Lebendgewichte ergeben:

1951	Rinder kg	Kälber kg	Schweine kg	Schafe kg
März . . . . .	492,4	71,5	141,7	52,3
Juli . . . . .	491,5	100,2	137,1	59,4
September . . .	485,4	138,4	147,3	44,8
Dezember . . .	482,4	—	132,1	—

## Übersicht 9 Die durchschnittlichen Lebendgewichte der gewerblichen Schlachttiere (Inland)

Monate	Durchschnittliche Lebendgewichte in Kilogramm									
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen
<b>1938</b>										
<b>Jan.—Dez.</b>	<b>484,0</b>	<b>552,0</b>	<b>489,0</b>	<b>370,0</b>	<b>460,4</b>	<b>90,8</b>	<b>120,6</b>	<b>50,6</b>	<b>517,0</b>	<b>38,9</b>
<b>1948</b>										
Januar	297,0	172,0	399,0	258,0	353,1	51,0	72,0	36,0	355,0	34,0
Februar	227,0	130,0	390,0	163,0	342,9	56,0	75,0	20,0	321,0	41,0
März	134,0	—	369,0	245,0	317,7	38,0	64,0	46,0	355,0	43,0
April	120,0	—	341,0	249,0	312,5	39,0	63,0	27,0	385,0	35,0
Mai	316,0	284,0	390,0	243,0	337,8	50,0	85,0	45,0	342,0	35,0
Juni	342,0	471,0	432,0	274,0	401,8	50,0	93,0	36,0	355,0	35,0
Juli	337,0	365,0	430,0	279,0	379,8	59,0	105,0	42,0	282,0	40,0
August	320,0	359,0	419,0	263,0	364,7	63,0	100,0	40,0	312,0	33,0
September	433,0	369,0	466,0	367,0	421,8	71,0	111,0	47,0	325,0	26,0
Oktober	383,0	293,0	471,0	345,0	392,8	100,0	102,0	46,0	346,0	39,0
November	347,0	338,0	465,0	345,0	387,2	85,0	104,0	47,0	324,0	23,0
Dezember	328,0	390,0	463,0	332,0	392,1	67,0	121,0	50,0	508,0	30,0
<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>362,1</b>	<b>368,3</b>	<b>442,6</b>	<b>313,8</b>	<b>387,9</b>	<b>60,2</b>	<b>81,8</b>	<b>46,9</b>	<b>356,6</b>	<b>32,7</b>
<b>1949</b>										
Januar	355,0	436,0	456,0	303,0	414,6	55,0	111,0	66,0	542,9	28,0
Februar	495,0	374,0	457,0	293,0	432,3	53,0	114,0	40,0	544,0	30,0
März	388,0	372,0	447,0	289,0	410,9	47,0	112,0	44,0	687,7	30,7
April	393,0	359,0	432,0	297,0	404,5	47,0	113,0	43,0	541,0	38,6
Mai	495,0	395,0	453,0	333,0	427,2	41,0	120,0	45,0	382,8	32,8
Juni	510,0	501,0	479,0	372,0	464,6	50,0	118,0	52,0	604,4	40,5
Juli	451,0	403,0	485,0	374,0	439,2	56,0	115,0	48,0	446,6	32,4
August	444,0	369,0	496,0	386,0	432,4	57,0	115,0	51,0	612,2	33,0
September	439,0	358,0	494,0	402,0	428,8	65,0	120,0	52,0	481,0	36,7
Oktober	442,0	383,0	501,0	410,0	443,4	76,0	119,0	53,0	520,4	36,6
November	451,0	403,0	504,0	414,0	454,9	72,0	119,0	55,0	570,0	36,8
Dezember	516,0	464,0	486,0	411,0	476,2	65,0	118,0	53,0	554,6	33,1
<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>449,7</b>	<b>398,2</b>	<b>484,9</b>	<b>396,1</b>	<b>444,4</b>	<b>58,6</b>	<b>118,2</b>	<b>50,6</b>	<b>541,8</b>	<b>33,3</b>
<b>1950</b>										
Januar	497,5	485,0	488,0	408,0	469,6	66,5	121,0	52,0	559,2	39,6
Februar	471,0	421,0	492,0	401,0	455,1	66,5	124,5	50,6	521,4	43,3
März	468,0	423,0	494,0	406,0	455,1	52,8	120,0	50,8	535,0	36,9
April	448,0	427,0	495,0	391,0	459,4	55,6	117,5	45,4	521,2	45,1
Mai	453,0	460,0	487,0	399,0	458,3	66,4	119,6	47,5	481,4	32,8
Juni	466,0	407,0	485,0	392,0	447,8	74,3	120,7	51,3	486,4	37,5
Juli	454,0	397,0	487,0	383,0	442,8	79,6	120,3	50,9	483,2	31,6
August	456,0	407,0	488,0	392,0	445,9	93,0	122,7	52,5	447,8	38,4
September	470,0	411,0	494,0	402,0	454,9	100,0	117,7	52,2	417,6	39,2
Oktober	477,0	410,0	505,0	407,0	467,6	84,8	117,8	54,2	478,0	37,5
November	474,0	410,0	505,0	416,0	471,2	80,6	121,2	55,5	489,6	37,4
Dezember	479,0	445,0	504,0	411,0	470,8	87,0	115,8	54,7	514,8	37,5
<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>470,4</b>	<b>420,8</b>	<b>495,0</b>	<b>403,3</b>	<b>459,7</b>	<b>73,5</b>	<b>119,8</b>	<b>51,9</b>	<b>493,0</b>	<b>37,8</b>
<b>1951</b>										
Januar	493,5	474,0	505,0	410,0	478,4	78,3	115,0	53,8	535,6	38,4
Februar	473,0	485,0	502,0	400,5	474,3	69,3	109,6	53,0	517,2	45,6
März	481,0	441,0	492,5	391,0	462,9	64,3	111,5	49,9	533,8	34,7
April	480,0	440,5	500,5	404,0	469,4	62,5	114,5	53,2	516,2	40,7
Mai	462,0	427,0	485,5	395,0	452,8	73,6	116,8	55,0	519,2	35,6
Juni	451,0	423,0	483,5	375,0	444,4	78,3	115,9	61,6	550,2	42,9
Juli	471,0	379,0	495,0	395,5	445,7	87,3	117,3	57,9	502,6	40,4
August	466,0	347,0	490,5	399,0	436,5	101,1	115,6	54,3	476,4	35,3
September	474,5	362,0	491,0	409,0	449,1	96,6	110,2	51,2	480,8	35,3
Oktober	487,0	364,0	494,5	424,5	462,7	80,9	109,8	55,2	511,0	37,3
November	481,5	417,5	502,5	421,5	467,8	64,9	112,3	56,3	551,4	37,6
Dezember	497,5	385,5	499,0	418,0	464,1	73,2	112,2	53,9	546,6	39,6
<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>476,8</b>	<b>401,8</b>	<b>495,8</b>	<b>408,2</b>	<b>460,0</b>	<b>75,2</b>	<b>113,5</b>	<b>54,9</b>	<b>521,4</b>	<b>38,2</b>
<b>1952</b>										
Januar	511,0	444,0	498,0	415,0	473,1	53,1	113,8	53,4	528,4	42,9
Februar	495,0	441,0	501,0	421,5	473,0	65,3	112,5	54,2	532,0	38,0
März	484,0	486,0	497,0	414,0	476,4	61,5	113,9	54,5	557,6	39,1
April	480,5	455,5	502,5	414,0	476,1	67,7	114,1	50,6	510,2	40,2
Mai	493,0	474,0	491,0	418,5	474,2	83,3	120,6	61,5	516,4	37,6
Juni	451,5	413,0	490,0	405,0	458,8	88,0	121,7	62,9	569,2	37,1
Juli	484,0	392,5	493,0	413,0	456,0	98,1	122,8	58,4	541,6	37,8
August	483,0	392,0	490,0	418,0	457,6	107,3	123,7	56,5	529,8	37,1
September	509,0	384,0	504,0	432,0	469,2	110,8	123,8	55,6	477,8	37,3
Oktober	512,0	383,0	507,0	439,5	482,9	80,6	122,3	54,5	482,2	38,4
November	509,5	421,0	512,0	440,5	484,5	77,0	121,1	53,8	516,2	40,4
Dezember	513,0	385,5	505,0	439,0	470,8	79,6	115,1	55,9	521,0	41,3
<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>504,1</b>	<b>412,9</b>	<b>500,8</b>	<b>427,9</b>	<b>473,0</b>	<b>78,2</b>	<b>118,2</b>	<b>56,0</b>	<b>523,0</b>	<b>38,9</b>

Dagegen betragen die durchschnittlichen Lebendgewichte aller auf dem Viehmarkt gehandelten Tiere:

1951	Rinder kg	Kälber kg	Schweine kg	Schafe kg
März . . . . .	462,9	64,3	112,0	50,0
Juli . . . . .	445,7	87,3	117,3	58,0
September . .	449,1	97,0	110,2	51,2
Dezember . . .	464,1	73,2	112,2	54,0

Daraus folgert sich ohne weiteres, daß die in Hamburg und Umgebung zur Schlachtung verbliebenen Tiere aus dem Viehmarktauftrieb mit ihren Durchschnittsgewichten je nach dem Umfang des Versands unterhalb der durchschnittlichen Gewichte aus dem Gesamtauftrieb lagen, und zwar betragen die Gewichte des nicht zum Versand gekommenen Viehs durchschnittlich:

1951	Rinder kg	Kälber kg	Schweine kg	Schafe kg
März . . . . .	446,5	64,0	111,5	49,9
Juli . . . . .	437,5	87,0	117,0	57,9
September . .	444,2	96,6	110,0	51,0
Dezember . . .	455,6	73,0	112,0	54,0

Auf Basis dieser letztgenannten Lebendgewichte müßte das vom Viehmarkt kommende, dann im Hamburger Gebiet geschlachtete Vieh in die Berechnung des Fleischanfalls in Hamburg eingehen. In der Praxis werden aber im allgemeinen die durchschnittlichen Lebendgewichte aus dem Gesamtauftrieb verwendet, weil eine durchgängige Abtrennung der „Versandgewichte“ eine zusätzliche Belastung der sowieso angespann-

ten Betriebsstatistik bedeutet. Für die von den Statistischen Landesämtern dem Bundesernährungsministerium und dem Statistischen Bundesamt zu erstattenden Meldungen über die Schlachtvieh- und Fleischschau und den Fleischanfall (darüber wird später näher zu sprechen sein) ist die Verwendung der durchschnittlichen Lebendgewichte aus dem Gesamtauftrieb insoweit das richtige, als die Meldungen zu Bundesergebnissen zusammengestellt und nicht regional untergliedert werden. Für die regionale Hamburger Statistik müssen die Gewichte aus dem Gesamtauftrieb aber zu einer Überhöhung der Zahlen über Fleischanfall in Hamburg führen (vorausgesetzt, daß es sich allgemein so verhält, wie die Stichprobe ergeben hat).

#### 4. Preise für Schlachtvieh

Nachdem Zufuhr und Versand nach Art, Stückzahl und Gewicht statistisch aufgezeichnet worden sind, wird in den Anhangtabellen 13 und 14 noch ein **Bild vom Preisverlauf** gegeben. Die Angaben erstrecken sich auf die Jahre 1910 — 1914, 1924 — 1939 und 1950 — 1952. Kriegs- und Nachkriegsjahre sind außer Betracht geblieben, weil damals die Preisnotierungen auf den Viehmärkten — vom tatsächlichen her gesehen — häufig nicht so allgemeingültig waren wie in Zeiten der Wettbewerbswirtschaft; **bei freiem Handel ist die Preisbildung auf den großen Märkten auch für die Handelsgeschäfte außerhalb der Märkte richtunggebend.**

Nachstehend ein kleiner Ausschnitt aus den Anhangtabellen 13 und 14.

#### Übersicht 10.

#### Durchschnittspreise für 50 kg Lebendgewicht in M/RM/DM

Jahre	Ochsen vollfleischig	1913=100	Kälber beste Mast- und Saugkälber	1913=100	Schweine von 150 kg und mehr	1913=100	Schafe beste Mastlämmer	1913=100
1910	44,69	88,4	67,86	96,2	52,45	92,0	39,50	82,3
1913	50,57	100,0	70,55	100,0	57,04	100,0	48,01	100,0
1924	48,00	94,9	79,00	112,0	66,00	115,7	48,00	100,0
1929	57,20	113,1	87,60	124,2	78,50	137,6	64,50	134,3
1932	32,70	64,7	46,10	65,3	40,70	71,4	31,70	66,0
1938	43,80	86,6	63,00	89,3	55,30	96,9	49,50	103,1
1950	75,80	149,9	102,50	145,3	122,10	214,1	72,90	151,8
1951	84,70	167,5	133,60	189,4	131,20	230,0	92,90	193,5
1952	94,90	187,7	142,40	201,8	120,10	210,6	84,00	175,0

Die Preise für Schlachtvieh hatten etwa seit der Jahrhundertwende eine ansteigende Tendenz. Von 1910 auf 1913 stiegen die Notierungspreise für Lebendgewicht im einfachen Durchschnitt der Notierungsklassen bei Rindern um 14, bei Kälbern um 6, bei Schweinen um 10 und bei Schafen um 21 v. H. Im Jahre 1924, als die Inflationszeit überwunden war, bildeten sich Preise heraus, die im Jahresdurchschnitt (wieder im Mittel der Notierungsklassen) für Rinder um 14 und für Schafe um 12 v. H. niedriger, dagegen für Schweine um 11 v. H. und für Kälber um 2 v. H. höher lagen als im Jahre 1913. Die Unterschiede für die obersten Gewichts- und Güteklassen — sie

sind aus den Anhangtabellen 13 und 14 zu ersehen — weichen hiervon allerdings zum Teil wesentlich ab: im Vergleich zu 1913 waren 1924 beste Ochsen um nur 5 v. H. billiger, beste Schafe hatten in beiden Jahren den gleichen Preis, beste Kälber waren aber um 12 v. H. und die schweren Schweine um fast 16 v. H. teurer. Immerhin blieben die Schlachtviehpreise von 1924 mit denen von 1913 noch in einer gewissen Berührung. Das änderte sich in den folgenden Jahren, die sich allgemein durch konjunkturell ansteigende Warenpreise heraus hoben. Im Jahre 1929 kosteten beste Ochsen 13 v. H., beste Kälber 24, schwere Schweine 38 und beste Schafe 34 v. H. mehr als im letzten Jahr vor

dem ersten Weltkriege. Als dann die Konjunktur verfiel, wurden auch die landwirtschaftlichen Preise hart betroffen. Schließlich, im Jahre 1932, wurden für Ochsen, Kälber und Schafe kaum noch  $\frac{1}{2}$  des Preises von 1913 erzielt, und der Schweinepreis schnitt mit 70 v. H. des 1913er Preises auch nicht viel besser ab. Die Reaktion darauf war eine Preisreglementierung, die der Landwirtschaft für Schweine und Schafe eine Annäherung an die Preise von 1913, für Rinder und Kälber aber (im Vergleich zwischen 1913 und 1938) um durchschnittlich 15 v. H. niedrigere Preise brachte. Im Jahre 1950, dem ersten Jahr einer wieder freien Preisbildung, setzten unter veränderten geldwirtschaftlichen Verhältnissen die Preise von vornherein wesentlich höher ein, und in den nächsten Jahren entwickelten sie sich noch weiter nach oben. Im Durchschnitt des Jahres 1952 lagen die Preise für beste Ochsen um 117 v. H., für beste Kälber um 126, für schwere Schweine um 117 und für beste Schafe um 70 v. H. über denen von 1938; wie sie sich zu den Preisen von 1913 verhielten, läßt die Übersicht 10 ohne weiteres erkennen.

Auf diese bloße Aufzeichnung des Preisverlaufs soll sich die Darlegung beschränken. Sie ist nicht Preisstatistik im spezifischen Sinne; denn sonst müßten die Viehpreise zu dem jeweiligen volkswirtschaftlichen Preisniveau, zu den Kosten der Lebenshaltung, zu den Löhnen und nicht zuletzt zu den Preisen für die sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft in Beziehung gesetzt werden. Das würde den Rahmen dieser Arbeit aber übersteigen. Deshalb werden die Preisreihen hier gewissermaßen nur nachrichtlich geboten. Das gilt auch für die Entwicklung der Groß- und der Kleinhandelspreise für Fleisch, die in ähnlicher Weise in den nächsten Abschnitten kurz angesprochen werden.

## 5. Baugeschichtliches

In dieser Abhandlung, die oft in die Vergangenheit zurückgreift, weil sie als eine Vergleichs- und Entwicklungsgrundlage für eine künftig regelmäßige statistische Berichterstattung in „Hamburg in Zahlen“ gedacht ist, dürfte eine kurze geschichtliche Beschreibung der baulichen Anlagen des Marktes nicht fehl am Platze sein. Ein Großmarkt setzt an baulichen Einrichtungen und an technischer Ausrüstung viel voraus. Als Hamburg in der Einwohnerzahl kaum die ersten 100 000 überschritten hatte, im Anfang des 19. Jahrhunderts, konnte der „Hornvieh“-Markt — damals schon nah dem jetzigen Viehmarktgelände — noch auf freiem Gelände und in den geräumigen Stallungen der Viehhändler abgehalten werden, zumal dort an der Hamburg-Altonaer Grenze noch genügend Weiden für das Vieh vorhanden waren. Der Schweinemarkt bedurfte ebenfalls keiner besonderen baulichen Vorrichtungen auf seinem kleinen Gelände am Steintor. Hornvieh- und Schweinemarkt lagen weit auseinander, zwischen ihnen lagen Alt- und Neustadt. Im Laufe der Jahrzehnte, mit dem Anwachsen der Bevölkerungszahl Hamburgs und mit dem sich stark entwickel-

den hamburgischen Vieh- und Fleischexport wurden die Verhältnisse mehr und mehr unhaltbar. In den 60er Jahren kam es endlich zu einer wirksamen Abhilfe. 1862 richtete die hamburgische Verwaltung an der Nordwestecke des Heiligengeistfeldes einen größeren Marktplatz ein, der ein zentraler Rinder- und Schafmarkt für Hamburg und Altona wurde, der aber noch bis gegen Ende der 80er Jahre nur unter freiem Himmel stattfand. 1866 wurde beim Bahnhof Sternschanze der neuen Hamburger-Altonaer Verbindungsbahn, nicht weit vom Heiligengeistfeld, ein „Viehhof“ mit leichten Viehscuppen für den Handel mit Schweinen und Kälbern errichtet; der alte Schweinemarkt zwischen der Altstadt und der Vorstadt St. Georg hörte auf zu bestehen (der Name blieb als Platzbezeichnung noch lange erhalten). Der Viehhof an der Sternschanze war das erste Gelände, auf dem massiv gebaut wurde. 1883/84 entstanden hier zwei massive Verkaufshallen für Kälber und Schweine, zwei neue Scuppen für „Versandschweine“ sowie ein Verwaltungsgebäude, das heute noch steht. Gleichzeitig wurde der Viehhof an die 1866 erbaute Verbindungsbahn angeschlossen und Vorkehrungen für eine Desinfektion der Viehtransportwaggons geschaffen.

Bald darauf wurde auch eine Gleisverbindung zwischen dem Bahnhof Sternschanze und dem Zentralviehmarkt auf dem Heiligengeistfeld hergestellt. In den Jahren 1887/88 erhielt dieser Markt eine große massive Halle für den Handel mit Rindern und Schafen. Zu gleicher Zeit entstand zwischen Viehhof und Sternschanze und Zentralviehmarkt ein sogenannter Kontumazhof mit massiven Stallgebäuden zur Unterbringung von seuchenverdächtigem Vieh.

Auf dem Viehhof Sternschanze wurden 1889 die alte Kälberhalle und die zwei Scuppen für Versandschweine abgerissen und durch einen massiven Neubau ersetzt. Im selben Jahr wurden etwa gegenüber dem Kontumazhof die sogenannten Restbestandsstallungen (für 300 Rinder und 1200 Schafe) gebaut. 1905 wurde die Schweineverkaufshalle vergrößert; 1911 ein Dienstgebäude für die Auslandsfleischschau errichtet.

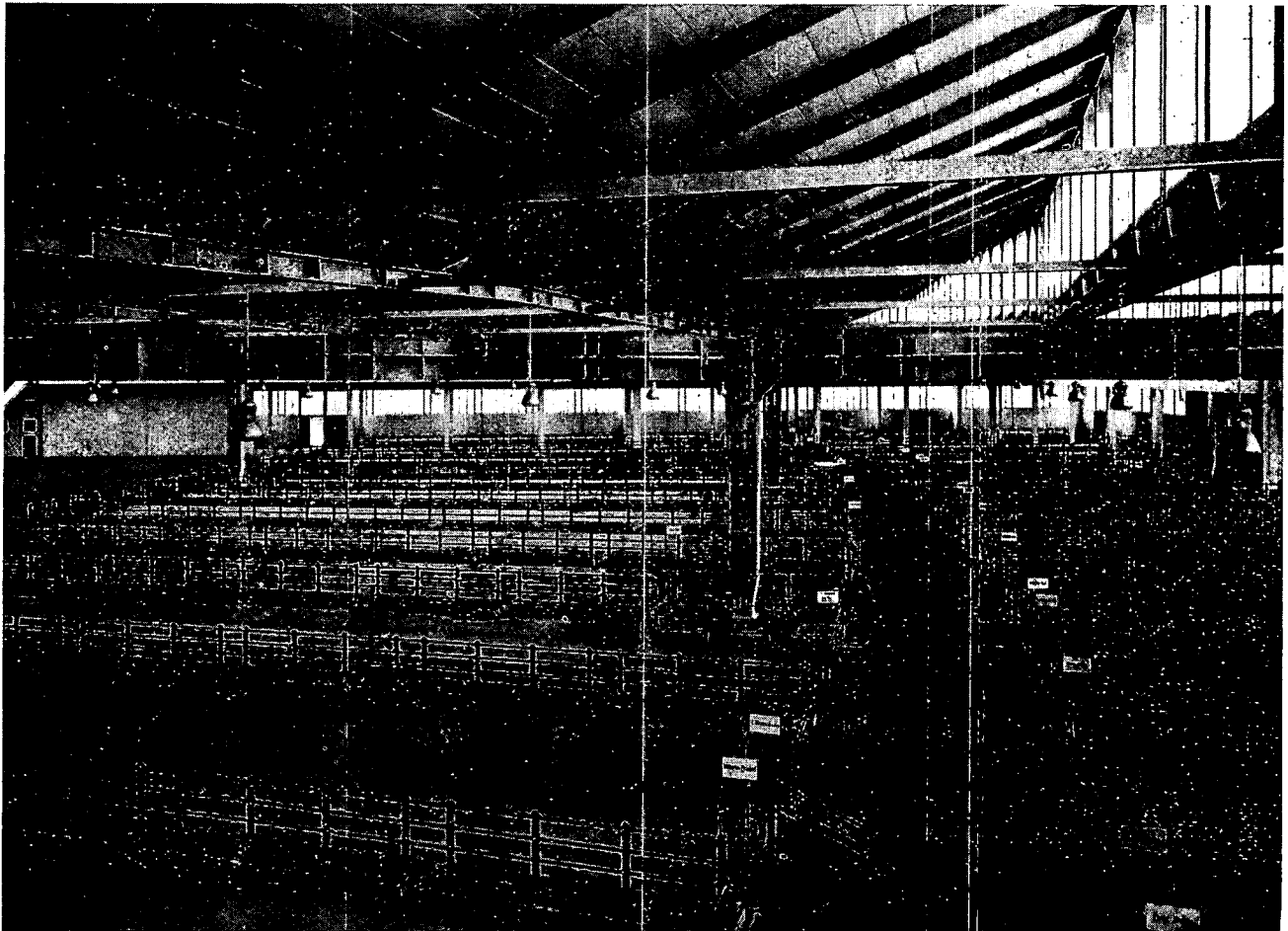
Die große Viehmarkthalle auf dem Heiligengeistfeld wurde im Jahre 1914 durch ein zweigeschossiges Stallgebäude wirtschaftlich ergänzt, in dem 1100 Rinder untergebracht werden konnten. Auf dem Gelände des Viehhofs Sternschanze wurde 1914 mit dem Bau einer neuen Verkaufshalle für Schweine und Kälber, zum Teil unter Einbeziehung der älteren Gebäude, begonnen; die neue Anlage wurde 1915 in Betrieb genommen. Zwischen dem Viehhof Sternschanze und dem Schweineschlachthof, der im nächsten Abschnitt erwähnt wird, wurde ein Trifftunnel hergestellt. 1929 wurde eine neue Entseuchungsanlage für Viehtransportwagen geschaffen. Größere bauliche Veränderungen waren dann bis in die Zeit des zweiten Weltkrieges nicht mehr zu verzeichnen.

Die Bombenangriffe auf Hamburg fügten dem Viehmarkt viele Teilschäden und einen großen Totalschaden zu. Vor allem wurde die große Rinder-

markthalle am Heiligengeistfeld stark zerstört. Sie ist 1950/51 auf dem gleichen Grundriß wieder aufgebaut worden, jedoch in einer vollkommen neu geplanten Konstruktion. Für den Wiederaufbau einschließlich der Randgebäude waren 4,3 Mill. DM erforderlich. Die Halle hat Raum für 2500 bis 5000 Rinder (2500 zum Aufstellen, so daß sich das Vieh legen kann, und 5000 zum Aufstellen, dicht an dicht) und für 3000 Schafe. Der Neubau hat den Namen „St.-Pauli-Markthalle“ erhalten. Sie ist wohl primär zur Viehmarkthalle bestimmt, aber

als sogenannte **Mehrzweckhalle** gebaut (14 200 qm groß). Alle Vorrichtungen, die der Betrieb als Viehmarkt erfordert, wie Tröge, Einfriedigungen usw. können in kürzester Frist versenkt werden. Die Tröge werden mechanisch um 180 Grad gewendet, so daß sie mit ihrer glatten Unterseite nach oben liegen, die sich in die Ebene der Viehstände und Stallgassen vollkommen einfügt. Auf diese Weise entsteht eine einzige große ebene Betonfläche, die bei Großveranstaltungen Platz bietet für 25 000 bis 30 000 Menschen.

Schaubild 4



Das Innere der Rindermarkthalle mit aufgeklappten Trögen fertig zum Markt

Die Hamburger Viehmärkte umfassen heute insgesamt ein Gelände von 100 085 qm und teilen sich örtlich wie folgt auf:

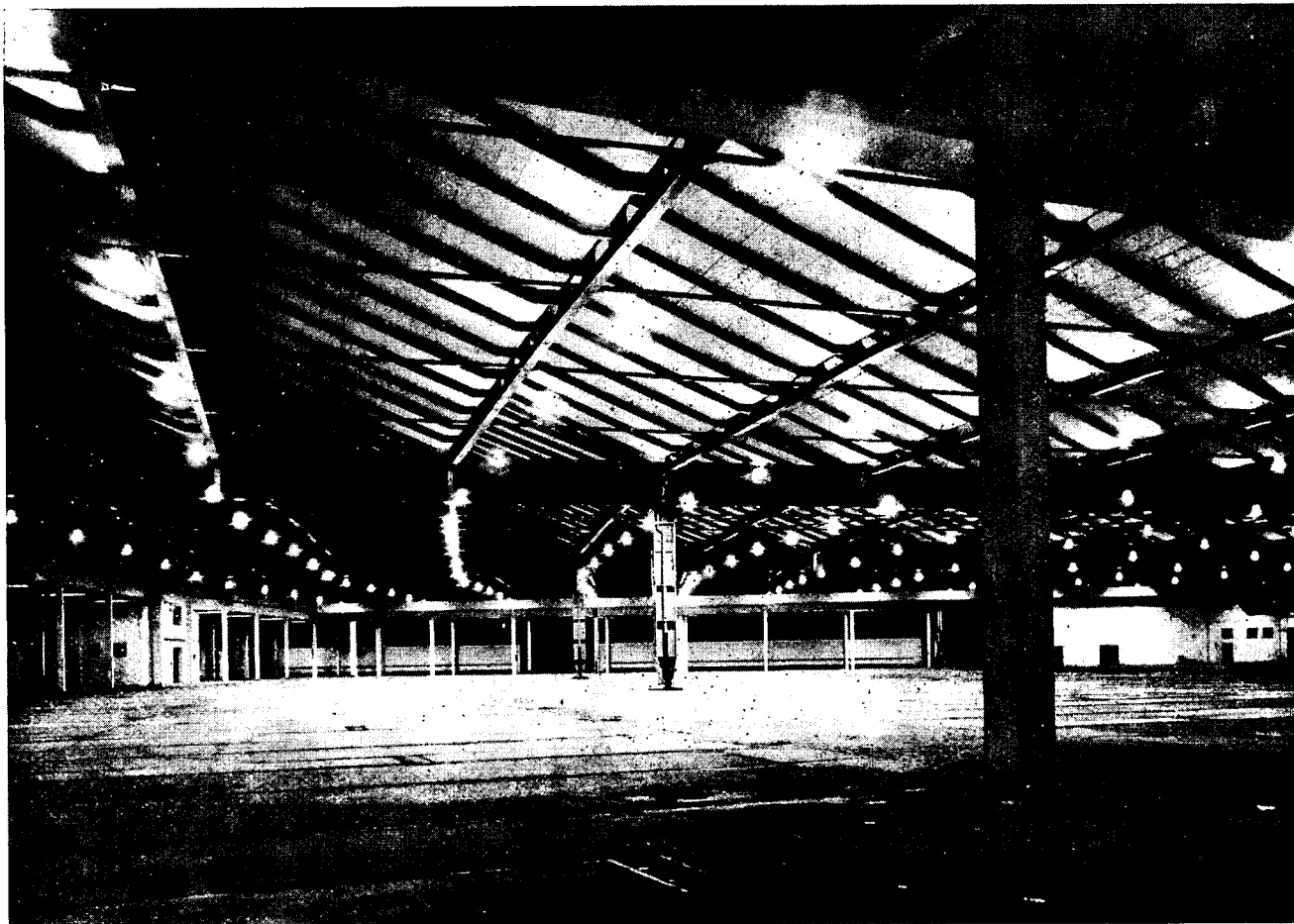
Viehhof Sternschanze, Lagerstraße 1—5 . . .	31 638 qm
(Schweine, Kälber)	
Entseuchungsanlage, Lagerstraße 10 . . . . .	2 904 qm
Kontumazhof, Kampstraße 50 . . . . .	10 680 qm
Restbestandsstallungen, Kampstraße 39 . . . . .	3 165 qm
Zentralviehmarkt, Neuer Kamp 31 . . . . .	51 698 qm
(Rinder, Schafe)	

Der Bilanzwert aller Viehmarktanlagen betrug am 31. 3. 1952:

Grundstücke . . . . .	3 400 000 DM
Gebäude mit techn. Einrichtung . . . . .	6 500 000 DM
Inventarien (Fahrzeuge, Geräte usw.) . . . . .	175 000 DM
insgesamt . . . . .	10 075 000 DM

Der Viehmarktbetrieb steht in engster örtlicher Verbindung mit dem Hamburger Schlachthof; Viehmarkt und Schlachthof sind für Verwaltung und Wirtschaft wie eine örtliche Einheit. Entsprechend der Systematik dieser Abhandlung wird über die Schlachthofanlagen aber im nächsten Abschnitt gesondert berichtet.





Das Innere der Rindermarkthalle mit versenkten Trögen

## II. Schlachtungen

### 1. Der Schlachthofzwang

Einen Schlachthofzwang hat Hamburg schon im Mittelalter, zunächst für die Altstadt und später für die Neustadt, gekannt; er war allerdings nicht immer durchführbar, weil die öffentlichen Schlachtplätze nicht ausreichten. In einem größeren räumlichen Umfange wurde der Schlachthofzwang erst durch Gesetz vom 1. Juni 1894 in Hamburg eingeführt. Im Bereich dieses Gesetzes „dürfen Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Einhufer nur in einem öffentlichen Schlachthof der Hansestadt Hamburg geschlachtet werden“. Der Schlachthofzwang (ursprünglich hieß es, nicht ganz zutreffend, Schlachtzwang) beschränkte sich 1894 auf die städtisch bebauten Teile des derzeitigen hamburgischen Gebiets, nämlich auf Altstadt, Neustadt, St. Georg, St. Pauli und die 15 Vororte Rotherbaum, Harvestehude, Eimsbüttel, Eppendorf, Winterhude, Uhlenhorst, Barmbek, Eilbek, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Billwerder-Ausschlag, Steinwerder, Kleiner Grasbrook. Bei diesem räumlichen Geltungsbereich ist es in Hamburg alten Gebietsumfangs bis zum Jahre 1943 unverändert geblieben. Durch die Satzung über den Schlachthofzwang vom 21. Juli 1943 (Hamburgisches Verordnungsblatt Seite 35) wurden

Fuhlsbüttel, Ohlsdorf, Alsterdorf und Groß Borstel einbezogen. Seitdem ist der Schlachthofzwang in Hamburg alten Gebietsumfangs nicht weiter ausgedehnt worden. In den durch das Groß-Hamburg-Gesetz auf Hamburg übergegangenen preußischen Gebietsteilen gibt es nach der erwähnten Satzung vom 21. Juli 1943 einen Schlachthofzwang nur in den enger besiedelten Ortsteilen der Bezirksämter Altona und Harburg, nämlich in Altona, Ottensen, Bahrenfeld, Flottbek-Othmarschen sowie in Wilhelmsburg, Georgswerder, Harburg, Heimfeld, Eißendorf, Wilstorf.

**Außerhalb des Schlachthofzwangs** liegen also die Bereiche des Ortsamtes Blankenese (Lurup, Osdorf, Nienstedten, Blankenese, Iserbrook, Sülldorf und Rissen), die Bereiche des Ortsamtes Stellingen (Lokstedt, Niendorf, Schnelsen, Stellingen, Eidelstedt), der gesamte Bezirk Wandsbek mit Ausnahme des alten hamburgischen Stadtteils Eilbek, also die östlichen Stadtteile von Wandsbek bis Rahlstedt, Bramfeld und Steilshop im Nordosten, die ehemaligen preußischen Alstertalgemeinden und die alten hamburgischen Walddorfer; ausgenommen sind ferner im Norden Langenhorn, im Südosten Billstedt, Lohbrügge, Bergedorf und die gesamten

Marsch- und Vierlande, schließlich im Süden das Gebiet der Süderelbe ohne Harburg mit seiner städtisch bebauten Umgebung.

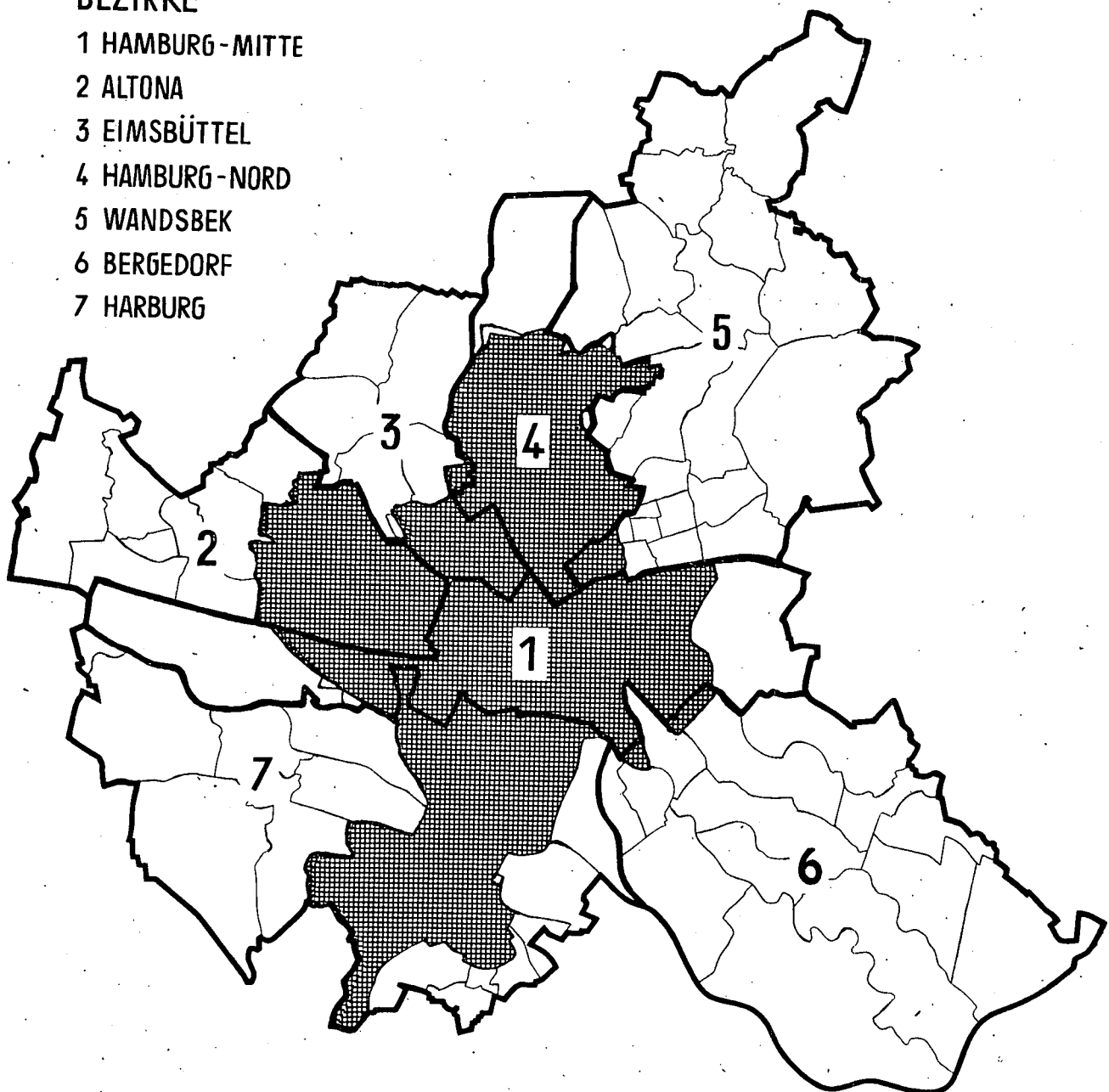
Die Gebiete mit Schlachthofzwang zählten bei der letzten Volkszählung am 13. September 1950 1 044 630 Einwohner, während die nicht schlachthofgebundenen Ortsteile eine Bevölkerungszahl von 557 898 hatten. An dem hamburgischen Bevölkerungsstand von 1 602 528 Personen hatten also die an die öffentlichen Schlachthöfe gebundenen Bezirke einen Anteil von 65,2 v. H., so daß gut ein Drittel (34,8 v. H.) der Bevölkerung in Gebieten wohnte, wo der Schlachter noch in seinem eigenen Betrieb schlach-

ten kann und wo Hausschlachtungen statthaft sind. Bei der Arbeitsstättenzählung im Herbst 1950 gab es 303 Schlachtereibetriebe, die nicht an einen Schlachthof gebunden, und 685 Betriebe, die dem Schlachthofzwang unterworfen waren, d. s. 69,3 v. H. der Gesamtzahl. In den Umsätzen treten die schlachthofgebundenen Bezirke, weil hier mehr größere Betriebe vorkommen, noch stärker hervor; 76,8 v. H. aller Umsätze entfielen im Jahre 1949 (neuere Daten liegen in dieser Aufgliederung nicht vor) auf die Betriebe in den Ortsteilen mit Schlachthofzwang. Die Umsätze der Schlachter in den ländlichen Außenbezirken werden natürlich auch durch die Hausschlachtungen beeinträchtigt.

Schaubild 6

## BEZIRKE

- 1 HAMBURG-MITTE
- 2 ALTONA
- 3 EIMSBÜTTEL
- 4 HAMBURG-NORD
- 5 WANDSBEK
- 6 BERGEDORF
- 7 HARBURG



Geltungsbereich des Schlachthofzwanges

Zusammenfassend gesagt: in den Gebieten ohne Schlachthofzwang waren im Herbst 1950 34,8 v. H. der hamburgischen Bevölkerung und 30,7 v. H. der hamburgischen Schlachtereibetriebe ansässig, die im Jahre 1949 23,2 v. H. der hamburgischen Gesamtumsätze des Schlachtergewerbes erzielten.

Die schlachthofgebundenen und die schlachthof-freien Gebiete sind in die vorstehende kleine

Karte eingezeichnet; die Übersichten 11 und 12 bringen zu diesem Thema noch weitere Bevölkerungs- und Gewerbezahlen. Für eine Orientierung darüber hinaus sei auf die Arbeit des Statistischen Landesamtes „Schlachterhandwerk, Fleischwarenindustrie und Viehhandel in Hamburg“ in Heft 24/1952 von „Hamburg in Zahlen“ verwiesen.

### Übersicht 11

#### Die dem Schlachthofzwang unterliegenden Schlachtereibetriebe nach Stadtteilen

Bezirke	Stadtteile	Einwohnerzahl am 13. September 1950	Zahl der		darunter Pferdeschlachter	
			Betriebe am 13. September 1950	Beschäftigten	Betriebe am 13. September 1950	Beschäftigten am 13. September 1950
<b>Bezirk 1:</b>						
<b>Hamburg-Mitte</b>	Hamburg-Altstadt . . . . .	9 019	13	121	1	2
	Neustadt . . . . .	28 405	32	148	4	10
	St. Pauli . . . . .	53 490	68	479	7	30
	St. Georg . . . . .	21 684	15	81	3	10
	Klostertor . . . . .	4 089	8	21	—	—
	Hammerbrook . . . . .	1 706	1	3	—	—
	Borgfelde . . . . .	3 053	3	15	—	—
	Hamm-Nord . . . . .	10 925	3	10	—	—
	Hamm-Mitte . . . . .	2 702	2	21	1	2
	Hamm-Süd . . . . .	2 969	4	139	—	—
	Horn . . . . .	28 277	12	87	1	4
	Billbrook . . . . .	11 398	5	39	—	—
	Billwerder Ausschlag . . . . .	6 180	3	21	—	—
	Rothenburgsort . . . . .	2 473	3	9	1	5
	Veddel . . . . .	8 908	1	5	—	—
	Kl. Grasbrook . . . . .	3 060	2	5	—	—
	Steinwerder . . . . .	839	—	—	—	—
	Waltershof . . . . .	3 800	1	4	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>202 977</b>	<b>176</b>	<b>1 208</b>	<b>18</b>	<b>63</b>
<b>Bezirk 2: Altona</b>	Altona, Altstadt . . . . .	38 545	36	116	1	4
	Altona, Nord . . . . .	28 352	17	156	1	2
	Ottensen . . . . .	56 744	41	149	3	10
	Bahrenfeld . . . . .	42 015	12	36	—	—
	Groß-Flottbek . . . . .	15 260	7	24	—	—
	Othmarschen . . . . .	13 396	3	10	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>194 312</b>	<b>116</b>	<b>491</b>	<b>5</b>	<b>16</b>
<b>Bezirk 3: Eimsbüttel</b>	Eimsbüttel . . . . .	90 145	81	350	7	22
	Rotherbaum . . . . .	37 774	22	94	—	—
	Harvestehude . . . . .	31 204	7	25	—	—
	Hoheluft-West . . . . .	19 049	8	27	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>178 172</b>	<b>118</b>	<b>496</b>	<b>7</b>	<b>22</b>
<b>Bezirk 4:</b>						
<b>Hamburg-Nord</b>	Hoheluft-Ost . . . . .	18 131	19	77	2	12
	Eppendorf . . . . .	50 376	25	103	1	3
	Groß-Borstel . . . . .	15 401	7	22	—	—
	Alsterdorf . . . . .	15 094	6	27	—	—
	Winterhude . . . . .	90 623	40	156	2	3
	Uhlenhorst . . . . .	18 694	9	87	—	—
	Hohenfelde . . . . .	9 586	7	52	—	—
	Barmbek-Süd . . . . .	21 795	18	65	2	4
	Dulsberg . . . . .	13 422	6	26	—	—
	Barmbek-Nord . . . . .	37 404	22	102	2	5
	Ohlsdorf . . . . .	19 277	5	18	—	—
	Fuhlsbüttel . . . . .	20 860	9	30	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>330 663</b>	<b>173</b>	<b>765</b>	<b>9</b>	<b>27</b>
<b>Bezirk 5: Wandsbek</b>	Eilbek . . . . .	6 689	11	115	—	—
<b>Bezirk 7: Harburg</b>	Harburg . . . . .	27 738	38	167	7	27
	Wilstorff . . . . .	16 067	12	45	1	5
	Eissendorf . . . . .	15 897	5	14	—	—
	Heimfeld . . . . .	21 901	10	31	—	—
	Wilhelmsburg . . . . .	34 873	20	79	1	4
	Georgswerder . . . . .	15 341	6	21	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>131 817</b>	<b>91</b>	<b>357</b>	<b>9</b>	<b>36</b>
	<b>insgesamt</b> . . . . .	<b>1 044 630</b>	<b>685</b>	<b>3 432</b>	<b>48</b>	<b>164</b>

## Übersicht 12

## Die nicht dem Schlachthofzwang unterliegenden Schlachtereibetriebe nach Stadtteilen

Bezirke	Stadtteile	Einwohnerzahl am 13. September 1950	Zahl der		darunter Pferdeschlachter	
			Betriebe am 13. September 1950	Beschäftigten	Betriebe am 13. September 1950	Beschäftigten am 13. September 1950
<b>Bezirk 1:</b>						
<b>Hamburg-Mitte</b>	Billstedt . . . . .	23 911	13	52	—	—
	Finkenwerder . . . . .	15 293	8	34	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>39 204</b>	<b>21</b>	<b>86</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Bezirk 2: Altona</b>	Lurup . . . . .	14 260	13	33	2	4
	Osdorf . . . . .	10 168	5	17	—	—
	Nienstedten . . . . .	9 338	3	11	—	—
	Blankenese . . . . .	23 689	8	27	—	—
	Iserbrook . . . . .	8 402	3	8	—	—
	Sülldorf . . . . .	3 958	3	7	—	—
	Rissen . . . . .	8 525	4	20	1	5
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>78 340</b>	<b>39</b>	<b>123</b>	<b>3</b>	<b>9</b>
<b>Bezirk 3: Eimsbüttel</b>	Lokstedt . . . . .	14 730	13	33	1	5
	Niendorf . . . . .	17 429	10	32	—	—
	Schnelsen . . . . .	12 267	11	38	—	—
	Eidelstedt . . . . .	13 603	8	38	1	3
	Stellingen . . . . .	15 792	12	31	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>73 821</b>	<b>54</b>	<b>172</b>	<b>2</b>	<b>8</b>
<b>Bezirk 4:</b>						
<b>Hamburg-Nord</b>	Langenhorn . . . . .	28 278	7	20	1	2
<b>Bezirk 5: Wandsbek</b>	Wandsbek . . . . .	30 580	27	153	3	11
	Marienthal . . . . .	11 923	3	13	—	—
	Jenfeld . . . . .	10 171	5	17	1	4
	Tonndorf . . . . .	13 465	6	18	—	—
	Bramfeld . . . . .	24 418	15	44	2	5
	Steilshoop . . . . .	6 581	3	7	—	—
	Wellingsbüttel . . . . .	10 403	6	23	—	—
	Sapel . . . . .	13 626	8	38	1	2
	Poppenbüttel . . . . .	12 492	7	38	1	2
	Hummelsbüttel . . . . .	4 858	3	13	—	—
	Lems. Mellingsstedt . . . . .	3 069	1	3	—	—
	Duvenstedt . . . . .	2 771	3	8	—	—
	Wohldorf-Ohlstedt . . . . .	4 280	1	6	—	—
	Bergstedt . . . . .	4 053	2	6	—	—
	Farmsen . . . . .	15 401	5	19	—	—
	Volksdorf . . . . .	13 551	5	16	—	—
	Rahlstedt . . . . .	33 611	15	49	1	1
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>215 253</b>	<b>115</b>	<b>471</b>	<b>9</b>	<b>25</b>
<b>Bezirk 6: Bergedorf</b>	Lohbrügge . . . . .	15 081	8	29	1	2
	Bergedorf . . . . .	36 991	16	84	1	2
	Curslack . . . . .	2 736	1	4	—	—
	Altengamme . . . . .	2 376	—	—	—	—
	Neuengamme . . . . .	4 155	2	8	—	—
	Kirchwerder . . . . .	8 556	8	33	—	—
	Ochsenwerder . . . . .	3 227	2	7	—	—
	Reitbrook . . . . .	700	1	3	—	—
	Allermöhe . . . . .	1 545	—	—	—	—
	Billwerder . . . . .	4 429	3	10	—	—
	Moorfleth . . . . .	1 590	1	2	—	—
	Tatenberg . . . . .	408	—	—	—	—
	Spadenland . . . . .	586	—	—	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>82 380</b>	<b>42</b>	<b>180</b>	<b>2</b>	<b>4</b>
<b>Bezirk 7: Harburg</b>	Neuland . . . . .	2 644	—	—	—	—
	Gut-Moor . . . . .	299	—	—	—	—
	Rönneburg . . . . .	2 030	—	—	—	—
	Langenbek . . . . .	664	—	—	—	—
	Sinstorf . . . . .	2 649	2	13	—	—
	Marmstorf . . . . .	3 543	1	4	—	—
	Moorwerder . . . . .	1 218	—	—	—	—
	Altenwerder . . . . .	2 553	2	6	—	—
	Moorburg . . . . .	2 226	1	4	—	—
	Hausbruch . . . . .	5 176	2	12	—	—
	Neugraben-Fischbek . . . . .	11 905	7	21	1	1
	Francop . . . . .	816	1	2	—	—
	Neuenfelde . . . . .	3 960	6	33	—	—
	Cranz . . . . .	939	3	21	—	—
	<b>zusammen</b> . . . . .	<b>40 622</b>	<b>25</b>	<b>116</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
	<b>insgesamt</b> . . . . .	<b>557 898</b>	<b>303</b>	<b>1 168</b>	<b>18</b>	<b>49</b>

In der Praxis liegt es nun nicht etwa so, daß die Schlachtereibetriebe in den Bezirken ohne Schlachthofzwang ausschließlich „draußen“ schlachten. Sie haben das Recht, die Schlachthofanlagen zu den gleichen Bedingungen zu benutzen wie die Schlachter der gebundenen Ortsteile, und manche von ihnen machen davon auch regelmäßig Gebrauch. Die Statistik des Versands hat uns indessen einen Einblick darin gegeben, in welchem Umfang auf dem Viehmarkt gekauftes Vieh zur Schlachtung am Betriebsitz des Käufers abgefahren wird.

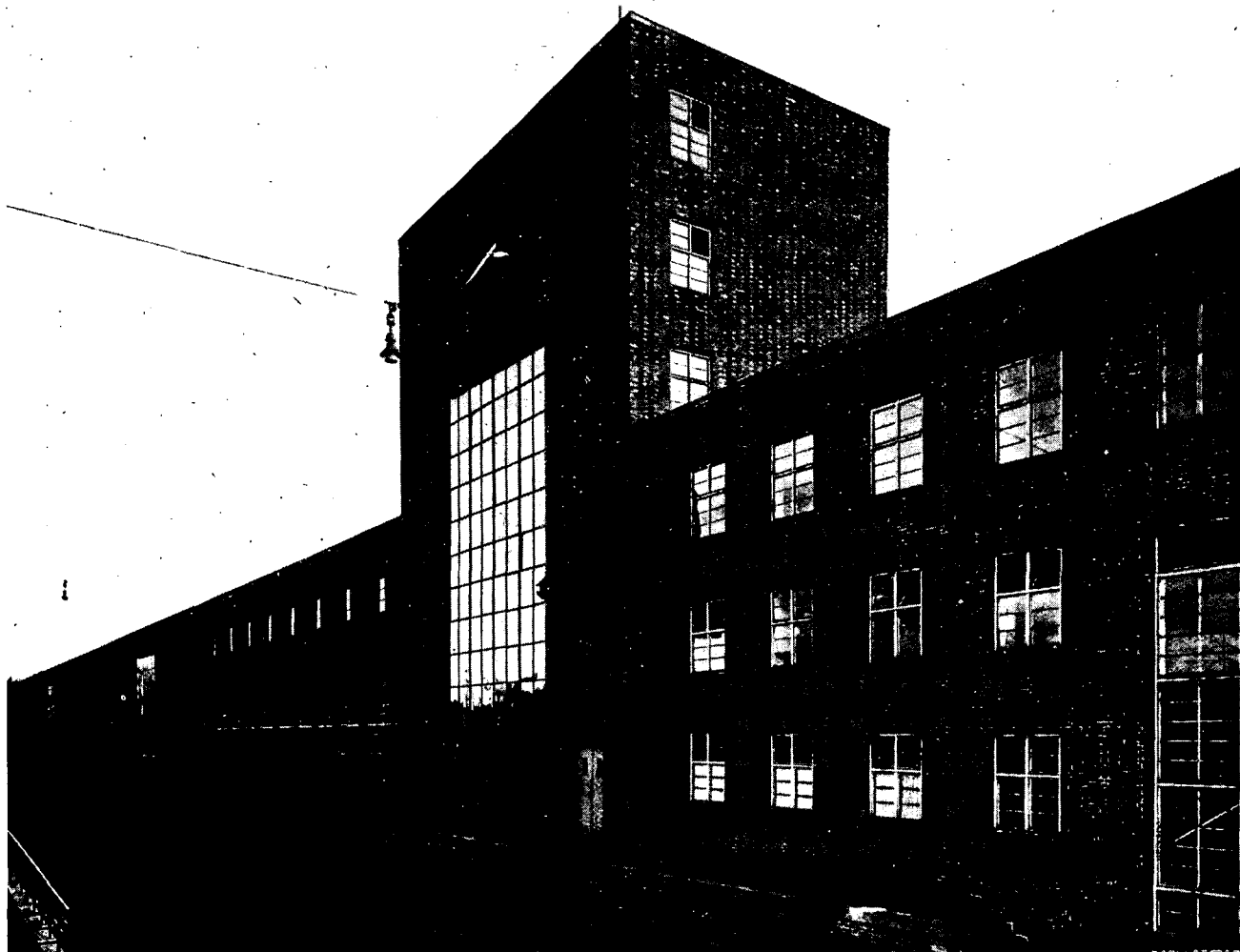
## 2. Die öffentlichen Schlachthöfe

In Hamburg gibt es 4 öffentliche Schlachthofanlagen: den **Schlachthof Hamburg**, den **Schlachthof Altona**, den **Schlachthof Harburg** und das **Schlachthaus in Bergedorf**. Die Schlachtungen konzentrieren sich stark auf den Schlachthof Hamburg oder, wie er seit seiner Entstehung genannt wird, den Zentral-Schlachthof. Er wurde in den Jahren 1889 bis 1892 in räumlicher Verbindung mit den Viehmarktanlagen geschaffen. Als er am 1. Oktober 1892 eröffnet wurde, schloß das alte Schlachthaus an den Vorsetzen (Johannisbollwerk), daß seit 1841 bestanden hatte, seine Pforten.

Das Gelände des Zentralschlachthofs, das in seiner Ausdehnung seitdem unverändert geblieben

ist, erstreckt sich von der Lagerstraße im Norden bis zum Heiligengeistfeld im Süden, westlich von der Sternstraße, ostwärts von den Gleisanlagen der Bahnverbindung Sternschanze—Zentralviehmarkt begrenzt. Auf der beigefügten Karte zeichnet sich das Schlachthofgelände näher ab. Quer durch das Gelände geht die Kampstraße. Auf dem südwärts der Kampstraße gelegenen Geländeteil liegen die Rinderschlachthanlagen, auf dem nördlichen Teil, die Kleinviehschlachthanlagen und die Fleischgroßmarkthalle. Der Schweineschlachthof liegt an der Lagerstraße — ehem. Zollvereinsniederlage —, wogegen der Pferdeschlachthof in Verlängerung des Viehhofes Sternschanze errichtet ist. Der Rinderschlachthof, damals Ochsen-schlachthof genannt, war anfangs mit 2 Schlachthäusern, eins für Rinder und das andere für Kälber und Schafe, ausgestattet. 1904 wurde an dem „Ochsen-schlachthof“ eine Häutesalzerei erbaut. Im Jahre 1913 wurde im südlichen Teil des Geländes ein großes zweigeschossiges Schlachthaus errichtet. Heute dient der Rinderschlachthof mit seinen 3 großen Schlachthallen dem Schlachten von Rindern, teils auch von Hammeln und Kälbern. Ein Trifftunnel verbindet den ehemaligen „Ochsen-schlachthof“ mit dem Zentralviehmarkt. Die Anlagen gestatten es, daß täglich etwa 1200 Rinder geschlachtet werden können. Eine weitere Häutesalzerei ist inzwischen hinzu-

Schaubild 7



Frontansicht des Schweineschlachthofes an der Lagerstraße

gekommen. Für den Innereienhandel sind besondere bauliche Einrichtungen geschaffen. Die gesamten Anlagen des Schlachthofes sind 1932/36 auch durch den Einbau von Kühleinrichtungen modernisiert worden.

Das nördlich der Kampstraße gelegene Gelände war bei der Eröffnung im Jahre 1892 hauptsächlich mit einem großen und einem kleineren Schweineschlachthaus besetzt. 1932/33 wurden die beiden Schweineschlachthäuser umgebaut, das größere zu

einer Kleinviehschlachthalle und das kleinere zu einer Fleischgroßmarkthalle. Der alte „Schweineschlachthof“ von 1892 hat sich also 40 Jahre später vollständig gewandelt. An seine Stelle trat der in den Baujahren 1929 bis 1931 mit einem Kostenaufwand von rd. 6 Millionen RM errichtete neue große Schweineschlachthof an der Lagerstraße, der durch einen Trifftunnel mit dem Viehhof Sternschanze verbunden ist. Die Schlachtkapazität des Schweineschlachthofs beträgt bis zu 6000 Schweine am Tag.

Schaubild 8



Tötebuchten

Im Jahre 1938 übernahm die Schlachthofverwaltung im Zuge des **Groß-Hamburg-Gesetzes** die öffentliche Schlachthanlage in Harburg, die mit einer Eisfabrik verbunden ist, und die beiden Schlachthöfe in Altona, von denen einer an eine Fleischwarenfabrik verpachtet ist; der zweite, eine ehemalige öffentliche Nutztviehhalle, war 1927 zur Schlachthalle umgebaut worden.

Die öffentlichen Schlachthofanlagen in Hamburg sind von nachstehender **Flächengröße**:

Schlachthof Hamburg:

- a) Rinderschlachthof, Kampstr. 44/46 35 249 qm
- b) Kleinviehschlachthof, Kampstr. 31 und Fleischgroßmarkt, Lagerstr. 18 18 679 qm
- c) Schweineschlachthof, Lagerstr. 17 20 862 qm
- d) Pferdeschlachthof, Lagerstr. 6 . . . 1 735 qm

insgesamt: 76 525 qm

Schlachthof Altona:

- a) Schlachthof, Viehhofstraße 18 . . . 8 447 qm
- b) Schlachthof Markgrafstr./Hartkortstr. 2 719 qm

insgesamt: 11 166 qm

Schlachthof Harburg:

- Schlachthof und Eisfabrik, Schlachthofstraße 6 . . . . . 23 357 qm

Der **Bilanzwert** der Schlachthofanlagen per 31. März 1952 stellte sich (abgerundet) wie folgt:

Bezeichnung	Schlachthöfe und Fleischgroßmarkt Hamburg	Schlachthöfe Altona	Schlachthof Harburg
Grundstücke . . . . .	2 500 000	100 000	35 000
Gebäude mit techn. Einrichtungen	7 400 000	700 000	600 000
Inventarien . . . . .	400 000	40 000	100 000
zusammen . . . . .	10 300 000	840 000	735 000

Die Schlachtungen<sup>1)</sup> von Inlandsvieh auf den Hamburger Schlachthofanlagen

Monate	Schlachtungen (Stückzahl) in den Schlachthöfen																			
	Hamburg-St. Pauli				Altona				Harburg-Wilhelmsburg				Bergedorf				Schlachthöfe insgesamt			
	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952
<b>Rinder</b>																				
Januar . . .	462	1 863	2 506	3 403	27	35	37	69	63	128	166	182	18	20	16	48	570	2 046	2 725	3 702
Februar . . .	648	2 117	2 005	2 385	48	43	67	33	109	130	111	155	21	15	14	29	826	2 305	2 197	2 602
März . . . .	627	2 932	2 329	2 325	36	47	25	35	132	169	125	140	19	23	20	20	814	3 171	2 499	2 520
April . . . .	238	1 849	2 816	2 668	21	16	30	33	60	111	153	146	25	17	13	2	344	1 993	3 012	2 849
Mai . . . . .	407	1 487	2 412	1 688	44	13	22	16	108	104	119	145	36	15	13	11	595	1 619	2 566	1 860
Juni . . . . .	1 274	2 044	1 828	1 773	33	22	16	16	138	134	90	135	19	18	7	5	1 464	2 218	1 941	1 929
Juli . . . . .	662	1 736	2 975	3 547	45	14	22	37	142	97	148	153	15	5	7	20	864	1 852	3 152	3 757
August . . .	1 456	2 687	4 813	2 861	42	26	65	28	118	160	206	173	17	15	7	22	1 633	2 888	5 091	3 084
September .	3 286	2 339	4 175	3 531	67	31	39	33	150	160	209	176	17	11	51	17	3 520	2 541	4 474	3 757
Oktober . .	3 688	3 046	5 257	6 814	119	36	48	52	203	144	203	205	19	8	56	53	4 029	3 234	5 564	7 124
November . .	3 248	3 806	4 597	4 957	85	39	81	37	200	160	194	190	15	13	59	26	3 548	4 018	4 931	5 210
Dezember . .	2 361	3 033	3 271	4 631	61	30	69	45	175	168	181	230	22	26	52	21	2 619	3 257	3 573	4 927
<b>zusammen .</b>	<b>18 357</b>	<b>28 939</b>	<b>38 984</b>	<b>40 583</b>	<b>628</b>	<b>352</b>	<b>521</b>	<b>434</b>	<b>1 598</b>	<b>1 665</b>	<b>1 905</b>	<b>2 030</b>	<b>243</b>	<b>186</b>	<b>315</b>	<b>274</b>	<b>20 826</b>	<b>31 142</b>	<b>41 725</b>	<b>43 321</b>
<b>Kälber</b>																				
Januar . . .	175	1 583	3 467	3 616	3	162	21	21	143	146	309	233	37	48	50	33	358	1 939	3 847	3 903
Februar . . .	573	2 376	3 573	3 496	4	16	15	16	268	220	324	224	45	76	85	50	890	2 688	3 997	3 786
März . . . .	1 650	4 774	5 094	4 371	16	9	39	16	718	487	478	302	150	144	103	65	2 534	5 414	5 714	4 754
April . . . .	1 146	4 385	6 618	5 523	11	16	51	35	590	318	429	409	112	93	77	35	1 859	4 812	7 175	6 002
Mai . . . . .	817	4 801	5 709	4 033	4	38	44	23	409	344	388	298	60	43	45	20	1 290	5 226	6 186	4 374
Juni . . . . .	436	2 982	3 105	2 604	13	26	20	17	136	218	222	180	35	14	39	14	620	3 240	3 386	2 815
Juli . . . . .	450	2 509	3 581	3 214	5	13	17	17	138	155	179	159	22	21	23	5	615	2 698	3 800	3 395
August . . .	718	2 689	2 648	2 028	9	24	16	14	158	167	146	98	19	31	15	3	904	2 911	2 825	2 143
September .	873	2 350	2 586	2 727	1	16	14	16	130	115	129	101	26	15	10	8	1 030	2 496	2 739	2 852
Oktober . .	1 187	3 319	3 570	3 306	6	31	13	22	80	156	173	147	31	36	22	37	1 304	3 542	3 778	3 512
November . .	1 715	2 788	3 140	4 188	19	16	6	18	142	244	249	211	31	51	35	46	1 907	3 099	3 430	4 463
Dezember . .	1 163	3 757	3 674	5 440	19	23	23	42	171	268	263	341	34	33	30	43	1 387	4 081	3 990	5 866
<b>zusammen .</b>	<b>10 903</b>	<b>38 313</b>	<b>46 765</b>	<b>44 546</b>	<b>110</b>	<b>390</b>	<b>279</b>	<b>257</b>	<b>3 083</b>	<b>2 838</b>	<b>3 289</b>	<b>2 703</b>	<b>602</b>	<b>605</b>	<b>534</b>	<b>359</b>	<b>14 698</b>	<b>42 146</b>	<b>50 867</b>	<b>47 865</b>
<b>Schweine</b>																				
Januar . . .	657	16 678	19 304	30 977	20	533	733	2 630	171	1 256	1 302	1 681	9	97	108	78	857	18 564	21 447	35 366
Februar . . .	759	15 372	20 584	29 446	118	841	1 548	3 508	34	1 133	1 118	1 441	6	63	79	87	917	17 409	23 329	34 482
März . . . .	1 012	15 745	24 214	34 465	314	980	1 317	2 030	109	1 156	1 393	1 375	8	54	86	71	1 443	17 935	27 010	37 941
April . . . .	1 059	15 718	30 673	33 528	212	913	2 949	2 012	169	1 120	1 706	1 742	6	62	99	75	1 446	17 813	35 427	37 357
Mai . . . . .	2 180	18 603	22 896	28 236	368	979	2 518	2 560	242	1 272	2 082	1 530	20	71	71	62	2 810	20 925	27 567	32 388
Juni . . . . .	3 362	13 418	22 846	22 931	626	669	2 619	1 780	365	1 102	1 917	1 319	7	39	68	85	4 360	15 228	27 450	26 115
Juli . . . . .	1 674	7 109	26 809	25 625	328	449	3 015	1 983	337	835	1 798	1 443	14	48	70	72	2 353	8 441	31 692	29 123
August . . .	3 365	8 125	25 299	19 262	368	554	2 270	1 431	530	962	1 630	1 268	12	60	75	59	4 275	9 701	29 274	22 020
September .	7 715	11 054	24 299	27 052	635	596	2 068	1 393	658	824	1 480	1 492	33	60	89	78	9 041	12 534	27 936	30 015
Oktober . .	9 824	15 060	32 599	27 244	932	526	3 322	1 583	798	944	1 585	1 451	61	76	125	63	11 615	16 606	37 631	30 341
November . .	15 211	14 190	26 272	28 562	1 298	410	2 586	2 308	1 195	994	1 385	1 572	86	72	90	82	17 790	15 666	30 333	32 524
Dezember . .	15 382	20 236	31 935	34 984	1 032	519	2 713	2 669	1 197	1 219	1 735	2 097	80	109	122	103	17 691	22 083	36 505	39 853
<b>zusammen .</b>	<b>62 200</b>	<b>171 308</b>	<b>307 730</b>	<b>342 312</b>	<b>6 251</b>	<b>7 969</b>	<b>27 658</b>	<b>25 887</b>	<b>5 805</b>	<b>12 817</b>	<b>19 131</b>	<b>18 411</b>	<b>342</b>	<b>811</b>	<b>1 082</b>	<b>915</b>	<b>74 598</b>	<b>192 905</b>	<b>355 601</b>	<b>387 525</b>

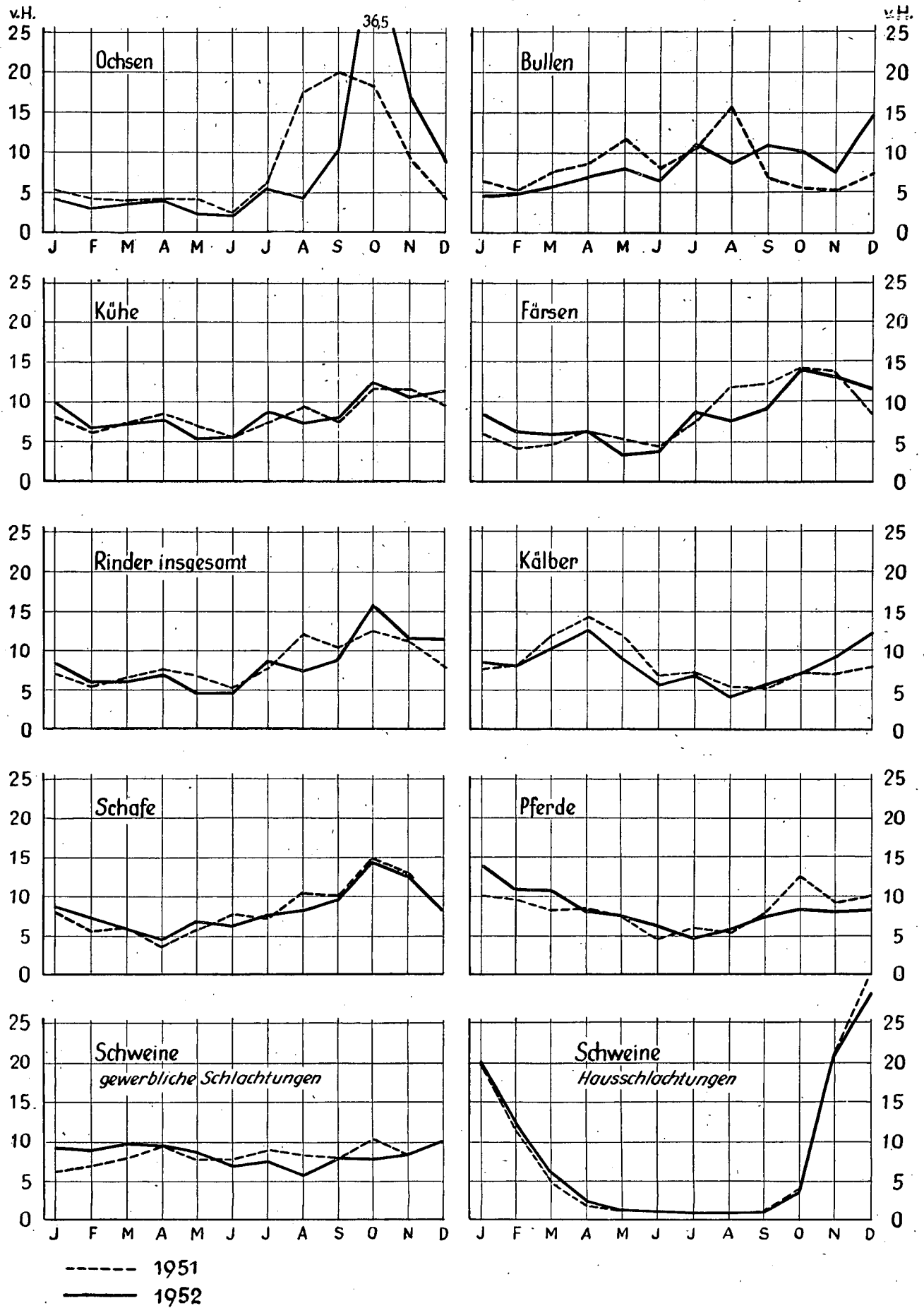
<sup>1)</sup> einschl. Notschlachtungen

Noch: Übersicht 13

Monate	Schlachtungen (Stückzahl) in den Schlachthöfen																			
	Hamburg - St. Pauli				Altona				Harburg-Wilhelmsburg				Bergedorf				Schlachthöfe insgesamt			
	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952	1949	1950	1951	1952
<b>Schafe</b>																				
Januar . . .	1 057	2 949	3 572	4 730	—	8	4	12	21	30	66	43	5	4	—	2	1 083	2 991	3 642	4 787
Februar . . .	1 092	2 924	2 410	3 955	—	15	1	8	13	29	41	26	3	—	—	2	1 108	2 968	2 452	3 991
März . . . .	1 120	3 798	2 726	3 177	—	7	—	3	27	34	25	22	6	1	1	5	1 253	3 840	2 752	3 207
April . . . .	3 223	3 138	1 575	2 362	3	1	3	5	45	42	16	20	7	3	5	9	3 278	3 184	1 599	2 396
Mai . . . . .	7 911	3 154	2 511	3 502	13	14	18	9	216	99	25	95	4	8	4	3	8 144	3 275	2 558	3 609
Juni . . . . .	11 595	6 293	3 174	3 149	22	62	21	26	318	171	143	121	6	9	4	9	11 941	6 535	3 342	3 305
Juli . . . . .	4 310	4 064	3 035	3 970	20	40	11	23	355	106	112	123	24	5	4	5	4 709	4 215	3 162	4 121
August . . . .	9 987	5 639	4 348	4 279	39	29	39	22	303	173	89	102	8	2	12	5	10 337	5 843	4 488	4 408
September . .	9 043	7 127	3 854	5 049	35	218	82	30	329	263	259	108	10	1	9	32	9 417	7 609	4 204	5 219
Oktober . . . .	7 619	7 791	5 386	7 548	67	223	12	25	253	367	883	144	25	13	10	12	7 964	8 394	6 291	7 729
November . . .	5 208	6 648	4 995	6 678	83	103	7	25	177	240	536	132	12	19	8	8	5 480	7 010	5 546	6 843
Dezember . . .	3 172	3 515	3 507	4 423	14	11	4	3	65	124	72	79	9	4	7	4	3 260	3 654	3 590	4 509
<b>zusammen .</b>	<b>65 437</b>	<b>57 040</b>	<b>41 093</b>	<b>52 822</b>	<b>296</b>	<b>731</b>	<b>202</b>	<b>191</b>	<b>2 122</b>	<b>1 678</b>	<b>2 267</b>	<b>1 015</b>	<b>119</b>	<b>69</b>	<b>64</b>	<b>96</b>	<b>67 974</b>	<b>59 518</b>	<b>43 626</b>	<b>54 124</b>
<b>Pferde</b>																				
Januar . . . .	307	459	826	907	—	—	—	—	68	79	117	113	3	—	—	11	378	538	943	1 031
Februar . . . .	412	542	755	698	—	—	—	—	59	78	78	92	1	—	2	7	472	620	835	797
März . . . . .	404	636	642	680	—	—	—	—	98	96	100	100	2	2	—	4	504	734	742	784
April . . . . .	458	467	639	513	—	—	—	—	78	85	86	106	1	3	1	1	537	555	726	620
Mai . . . . .	496	335	561	467	—	—	—	—	99	91	81	92	1	—	3	1	596	426	645	560
Juni . . . . .	461	339	339	381	—	—	—	—	114	66	66	79	1	—	—	—	576	405	405	460
Juli . . . . .	269	277	454	266	—	—	—	—	65	71	77	69	1	2	1	—	335	350	532	335
August . . . .	437	469	417	327	—	—	—	—	73	93	71	83	—	4	1	3	510	566	489	413
September . .	406	774	598	432	—	—	—	—	79	111	101	91	1	—	3	2	486	885	702	525
Oktober . . . .	717	885	993	460	—	—	—	—	130	175	142	121	—	1	1	—	847	1 061	1 136	581
November . . .	737	932	740	489	—	—	—	—	140	142	107	90	2	1	1	—	879	1 075	848	579
Dezember . . .	617	793	796	505	—	—	—	—	100	143	107	82	—	—	1	1	717	936	904	588
<b>zusammen .</b>	<b>5 721</b>	<b>6 908</b>	<b>7 760</b>	<b>6 125</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1 103</b>	<b>1 230</b>	<b>1 133</b>	<b>1 118</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>14</b>	<b>30</b>	<b>6 837</b>	<b>8 151</b>	<b>8 907</b>	<b>7 273</b>
<b>Ziegen</b>																				
Januar . . . .	20	23	31	61	—	13	13	12	—	—	2	1	—	15	13	26	20	51	59	100
Februar . . . .	34	21	32	42	—	14	12	8	—	—	2	—	—	11	9	21	34	46	55	71
März . . . . .	319	41	20	47	—	6	20	6	—	—	—	—	—	3	18	8	322	65	48	85
April . . . . .	237	45	44	59	5	—	27	22	1	1	2	2	3	17	30	32	246	63	103	115
Mai . . . . .	111	61	40	67	19	2	26	39	2	3	4	1	4	37	26	40	136	103	96	147
Juni . . . . .	88	37	39	27	—	—	20	13	4	—	1	1	2	23	20	20	94	60	80	61
Juli . . . . .	95	43	20	81	7	—	29	6	5	1	—	1	—	14	20	18	107	58	69	106
August . . . .	27	35	47	97	11	3	7	8	3	—	4	—	2	8	23	19	43	46	81	124
September . .	25	64	42	119	—	8	40	19	—	—	—	1	6	12	11	36	31	84	93	175
Oktober . . . .	82	91	79	177	34	31	76	30	1	3	2	3	23	36	55	43	140	161	212	253
November . . .	70	87	67	111	75	24	30	35	5	1	2	4	27	39	33	47	177	151	132	197
Dezember . . .	50	40	47	77	19	24	8	14	2	2	1	1	24	12	49	33	95	78	105	125
<b>zusammen .</b>	<b>1 158</b>	<b>588</b>	<b>508</b>	<b>965</b>	<b>170</b>	<b>125</b>	<b>308</b>	<b>212</b>	<b>23</b>	<b>11</b>	<b>20</b>	<b>15</b>	<b>94</b>	<b>242</b>	<b>297</b>	<b>367</b>	<b>1 445</b>	<b>966</b>	<b>1 133</b>	<b>1 559</b>



Schaubild 9 Saisonverlauf der gewerblichen Inlandsschlachtungen 1951 und 1952  
 (Zahl der Schlachtungen im Jahre jeweils = 100 Prozent)



Der Schlachthof Hamburg übertrifft jedoch im Umschlag die Schlachthöfe Altona und Harburg stärker, als Flächengrößen und Bilanzwerte es erkennen lassen. Z. B. entfielen im Jahre 1952 von allen Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthanlagen auf dem Schlachthof Hamburg bei Rindern 93,7 v. H., bei Kälbern 93,1 v. H., bei Schweinen 88,3 v. H. und bei Schafen 97,6 v. H. (dabei sind die Einfuhrschlachtungen noch gar nicht mitgerechnet). In Altona hingegen wurden nur 1 v. H. der Rinder und 6,7 v. H. der Schweine und in Harburg 4,7 v. H. der Rinder und 4,8 v. H. der Schweine geschlachtet. Das kleine Bergedorfer Schlachthaus, eine ehemalige private Schlachtstätte, ist nur nebensächlicher Art (übrigens besteht in Bergedorf kein Schlachthofzwang), es ist aber in Aussicht genommen, eine zeitgemäße Anlage an anderer Stelle zu errichten.

Wie die einzelnen Schlachthanlagen in den Jahren nach der Währungsreform beansprucht waren, zeigt die Übersicht 13, die auch nach Monaten gegliedert ist, um zugleich die saisonalen Schwankungen in dem Beschäftigungsgrad der Schlachthöfe sichtbar zu machen, die ähnliche sind wie am Viehmarkt.

Übersicht 14

1952	Anzahl der Tiere	
<b>Rinder</b>		
Zufuhren auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)		62 932
Fernversand (Übersicht 7):		
mit Eisenbahn	9 674	
mit LKW	988	10 662
		52 270
Versand mit LKW nach		
Schleswig-Holstein	2 267	
Niedersachsen	714	2 981
		49 289
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Bezirke Hamburgs		7 064
		42 225
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13):		
Zentral-Schlachthof	40 583	
Schlachthof Altona	434	
Schlachthof Harburg	2 030	43 047
<b>Kälber</b>		
Zufuhren auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)		49 933
Fernversand (Übersicht 7):		
mit Eisenbahn	890	
mit LKW	21	911
		49 022
Versand mit LKW nach		
Schleswig-Holstein	346	
Niedersachsen	52	398
		48 624
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Bezirke Hamburgs		1 554
		47 070
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13):		
Zentral-Schlachthof	44 546	
Schlachthof Altona	257	
Schlachthof Harburg	2 703	47 506

Denn den Schlachthöfen wird das zu schlachtende (inländische) Vieh durchweg vom zentralen Viehmarkt zugeführt. Insoweit müßte sich die Zahl der Schlachtungen mit der Zahl der auf den Viehmarkt aufgetriebenen Tiere, vermindert um den „großen“ und „kleinen“ Versand, decken. Das ist aber niemals ganz der Fall, weil auf die Schlachthöfe auch Tiere gebracht werden, die nicht auf dem Viehmarkt gehandelt worden sind (Vieh von Schlachtern und Fleischwarenfabriken mit eigener Viehhaltung, Hausschlachtungstiere, Vieh aus sanitären Sperrbezirken). Für das Jahr 1952 lassen sich über den **Viehmarkt-Schlachthof-Verkehr** mit Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen die Zahlen aufstellen, die wir in der Übersicht 14 finden.

In älteren Jahren geht die Rechnung nicht immer befriedigend auf, aber wir können uns mit dem begnügen, was die Betriebsstatistik aufgezeichnet hat; die Differenzen trüben das Gesamtbild nicht allzusehr. In den Annalen der Schlachthofverwaltung finden sich Aufzeichnungen bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Es lag nahe, dieses teilweise verstreute Material, einmal in geschlossene Zahlenreihen zu bringen und so in zeitlicher Kontinuität die Benutzung der öffentlichen Schlachthanlagen in Hamburg vom Beginn

1952	Anzahl der Tiere	
<b>Schweine</b>		
Zufuhren auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)		440 134
Fernversand (Übersicht 7):		
mit Eisenbahn	19 504	
mit LKW	4 459	23 963
		416 171
Versand mit LKW nach		
Schleswig-Holstein	6 771	
Niedersachsen	3 478	10 249
		405 922
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Bezirke Hamburgs		30 313
		375 609
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13):		
Zentral-Schlachthof	342 312	
Schlachthof Altona	25 887	
Schlachthof Harburg	18 411	386 610
<b>Schafe</b>		
Zufuhren auf dem Viehmarkt (Übersicht 1)		59 175
Fernversand (Übersicht 7):		
mit Eisenbahn	2 528	
mit LKW	4	2 532
		56 643
Versand mit LKW nach		
Schleswig-Holstein	901	
Niedersachsen	70	971
		55 672
Abtransport in die nicht schlachthofgebundenen Bezirke Hamburgs		1 641
		54 031
Dagegen Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthöfen (Übersicht 13):		
Zentral-Schlachthof	52 822	
Schlachthof Altona	191	
Schlachthof Harburg	1 015	54 028

der 70er Jahre bis in die jüngste Zeit vorzuführen, was durch die Anhangtabelle 15 geschieht. Man sieht deutlich, wie nach der Eröffnung der neuen Schlachthofanlagen 1892 die Zahlen ruckartig ansteigen und wie nach Einführung des Schlachthofzwanges 1894 sich insbesondere die Zahl der „öffentlichen“ Schweineschlachtungen weiter nach oben entwickelte. Im übrigen weist diese Schlachtungs- oder Schlachthofstatistik bis zu einem gewissen Grade ähnliche Bewegungslinien auf wie die Viehmarktstatistik; wo es an dieser Parallelität fehlt, liegen einschneidende Veränderungen im Versandvolumen vor, und das im allgemeinen ja auch nur bei Rindern.

### 3. Die Schlachtungen überhaupt

Die Statistik der „öffentlichen“ Schlachtungen ist eine Anstalts-, eine betriebswirtschaftliche Statistik. Ihr Aussagewert ist nur deshalb von allgemeiner Bedeutung,

weil die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthanlagen den weit überragenden Anteil an den gesamten Schlachtungen in Hamburg haben. Über die gesamten Schlachtungen hingegen unterrichtet die **Statistik der Schlacht- und Fleischschau**. Sie ist eine bundeseinheitliche, wie sie früher eine reichseinheitliche war. Es berichten die Schauämter an die Statistischen Landesämter und diese wiederum an das Statistische Bundesamt. Auf die Angaben der Schauämter usw. über die Zahl der untersuchten Schlachtungen gründen sich letzten Endes die Berechnungen über den Fleischanfall und den Fleischverbrauch. Die Berichtsgrundlage ist eine denkbar vollständige, seitdem durch Reichsgesetz vom 3. Juni 1900 eine veterinärärztliche Untersuchung sämtlicher Schlachtungen zwingend vorgeschrieben ist und sie von allen Beteiligten längst als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird.

#### Übersicht 15

**Anteil der auf den Schlachthofanlagen vorgenommenen Schlachtungen an der Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen in Hamburg**

Jahre	Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen	davon in den Schlachthofanlagen		Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen	davon in den Schlachthofanlagen		
		überhaupt	v. H.		überhaupt	v. H.	
							Inlandsvieh
<b>Rinder</b>							
1938 . . . . .	96 898	82 034	84,7	—	—	—	
1948 . . . . .	17 347	11 998	69,2	—	—	—	
1949 . . . . .	28 354	20 826	73,4	15 298	15 298	100,0	
1950 . . . . .	40 358	31 142	77,2	50 445	50 445	100,0	
1951 . . . . .	52 484	41 725	79,5	30 983	30 983	100,0	
1952 . . . . .	54 017	43 321	80,2	21 185	21 185	100,0	
<b>Kälber</b>							
1938 . . . . .	66 811	53 340	79,8	—	—	—	
1948 . . . . .	9 024	5 243	58,1	—	—	—	
1949 . . . . .	19 893	14 698	73,9	68	68	100,0	
1950 . . . . .	48 779	42 146	86,4	1 599	1 599	100,0	
1951 . . . . .	58 005	50 867	87,7	573	573	100,0	
1952 . . . . .	53 533	47 865	89,4	9	9	100,0	
<b>Schweine</b>							
1938 . . . . .	482 232	421 441	87,4	—	—	—	
1948 . . . . .	5 008	2 943	58,8	—	—	—	
1949 . . . . .	94 558	74 598	78,9	—	—	—	
1950 . . . . .	236 513	192 905	81,6	109	109	100,0	
1951 . . . . .	412 955	355 601	86,1	—	—	—	
1952 . . . . .	447 739	387 525	86,6	1 368	1 368	100,0	
<b>Schafe</b>							
1938 . . . . .	73 915	68 308	92,4	—	—	—	
1948 . . . . .	13 255	11 837	89,3	—	—	—	
1949 . . . . .	73 593	67 974	92,4	—	—	—	
1950 . . . . .	62 984	59 518	94,5	28	28	100,0	
1951 . . . . .	46 108	43 626	94,6	—	—	—	
1952 . . . . .	57 005	54 124	94,9	—	—	—	
<b>Pferde</b>							
1938 . . . . .	5 716	5 560	97,3	—	—	—	
1948 . . . . .	3 603	2 723	75,6	—	—	—	
1949 . . . . .	7 730	6 837	88,4	—	—	—	
1950 . . . . .	9 163	8 151	89,0	—	—	—	
1951 . . . . .	10 235	8 907	87,0	—	—	—	
1952 . . . . .	8 255	7 273	88,1	—	—	—	
<b>Ziegen</b>							
1938 . . . . .	2 056	1 046	50,9	—	—	—	
1948 . . . . .	1 773	49	2,8	—	—	—	
1949 . . . . .	2 272	1 445	63,6	—	—	—	
1950 . . . . .	1 120	966	86,3	—	—	—	
1951 . . . . .	1 240	1 133	91,4	—	—	—	
1952 . . . . .	1 677	1 559	93,0	—	—	—	

Die Übersicht 15 gibt nun zunächst ein Bild von der Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen (ohne Hausschlachtungen) in Verbindung mit dem Anteil der öffentlichen Schlachthanlagen. Wir haben uns hier auf die Jahre 1938, 1948 bis 1952 beschränkt. Der Stand von 1952 war der, daß 80,2 v. H. der Rinder, 89,4 v. H. der Kälber, 86,6 v. H. der Schweine und 94,9 v. H. der Schafe auf den Schlachthöfen geschlachtet worden sind (das Auslandsvieh ungerechnet). Die Anteile sind höher, als nach den Angaben über die schlacht-

hoffreien Bezirke im ersten Abschnitt zu vermuten war, eine Bestätigung dafür, daß manche hier ansässigen Schlachter aus eigener Entschliebung die öffentlichen Schlachthanlagen benutzen. Immerhin wurden 1952 in privaten Schlachtstätten 10 696 Rinder, 5668 Kälber, 60 214 Schweine und 2881 Schafe gewerblich geschlachtet. Dazu kamen die Hausschlachtungen, die allerdings nur bei Schweinen eine nennenswerte Rolle spielen; 1952 waren es 20 071 Stück.

### Übersicht 16

#### Die gewerblichen Schlachtungen von Inlandsvieh in Hamburg nach den Beschaubezirken.

Beschaubezirke	Zahl der Tiere, an denen die Schlachtvieh- und Fleischschau vorgenommen wurde											
	Pferde	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt							
<b>1938<sup>1)</sup></b>												
Stadtgebiet Hamburg	5 621	10 331	4 015	3 283	4 789	45 433	22 254	90 105	60 424	448 910	70 772	1 726
Amt Blankenese	1	225	55	18	31	186	209	724	819	4 694	1 034	1
„ Alstertal	—	23	23	9	14	156	84	309	467	1 844	288	4
„ Walddörfer	1	14	3	5	10	239	101	372	486	2 376	224	6
„ Rahlstedt	—	52	14	14	11	239	82	412	560	1 787	146	1
„ Bergedorf	89	47	89	115	191	702	651	1 795	2 426	6 453	313	39
„ Vier-u.-Marschland	3	22	37	16	58	389	488	1 010	935	6 435	68	275
„ Süderelbe	1	183	146	49	77	466	567	1 488	583	8 464	640	3
„ Finkenwerder	—	124	110	11	47	186	205	683	111	1 269	430	1
<b>Hamburg zusammen</b>	<b>5 716</b>	<b>11 021</b>	<b>4 492</b>	<b>3 520</b>	<b>5 228</b>	<b>47 996</b>	<b>24 641</b>	<b>96 898</b>	<b>66 811</b>	<b>482 232</b>	<b>73 915</b>	<b>2 056</b>
davon:												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen	5 560							82 034	53 340	421 441	68 334	1 046
Privatschlachtstätten	156							14 864	13 471	60 791	5 581	1 010
<b>1948</b>												
Stadtgebiet Hamburg	3 476	2 886	958	870	750	6 591	2 544	14 599	5 964	3 874	12 456	1 751
Amt Blankenese	2	9	18	9	11	179	25	251	323	98	92	—
„ Alstertal	—	32	20	5	13	42	12	124	40	671	167	—
„ Walddörfer	—	2	12	1	1	83	40	139	355	33	38	—
„ Rahlstedt	47	13	12	3	1	60	39	128	269	18	14	1
„ Bergedorf	77	23	28	5	13	223	98	390	297	82	36	19
„ Vier-u.-Marschland	—	32	14	16	22	308	93	485	1 058	76	79	1
„ Süderelbe	—	70	56	45	46	450	202	869	488	126	150	—
„ Finkenwerder	1	4	72	4	11	174	97	362	230	30	223	1
<b>Hamburg zusammen</b>	<b>3 603</b>	<b>3 071</b>	<b>1 190</b>	<b>958</b>	<b>868</b>	<b>8 110</b>	<b>3 150</b>	<b>17 347</b>	<b>9 024</b>	<b>5 008</b>	<b>13 255</b>	<b>1 773</b>
davon:												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen	2 723							11 998	5 243	2 943	11 837	49
Privatschlachtstätten	880							5 349	3 781	2 065	1 418	1 724
Hausschlachtungen	1	1	11	2	4	29	157	204	246	9 398	506	27
<b>1949</b>												
Stadtgebiet Hamburg	7 576	4 117	807	1 027	1 702	11 236	6 478	25 367	15 597	85 219	71 372	2 092
Amt Blankenese	1	100	21	12	62	180	110	485	492	907	703	—
„ Alstertal	—	101	1	25	—	109	16	252	51	4 181	329	—
„ Walddörfer	1	9	5	4	2	87	43	150	431	215	54	1
„ Rahlstedt	2	31	6	13	1	107	52	210	480	346	62	10
„ Bergedorf	144	8	22	16	67	205	209	527	649	1 428	384	117
„ Vier-u.-Marschland	6	1	4	2	14	162	109	292	1 373	338	129	50
„ Süderelbe	—	65	52	34	34	311	244	740	464	1 534	319	—
„ Finkenwerder	—	1	43	2	19	142	124	331	356	390	241	2
<b>Hamburg zusammen</b>	<b>7 730</b>	<b>4 430</b>	<b>961</b>	<b>1 135</b>	<b>1 901</b>	<b>12 539</b>	<b>7 385</b>	<b>28 354</b>	<b>19 893</b>	<b>94 558</b>	<b>73 593</b>	<b>2 272</b>
davon:												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen	6 837							20 826	14 698	74 598	67 974	1 445
Privatschlachtstätten	893							7 528	5 195	19 960	5 619	827
Hausschlachtungen	—	4	3	—	9	37	50	103	133	15 188	444	20

<sup>1)</sup> einschl. Hausschlachtungen

Noch: Übersicht 16

Beschaubezirke	Zahl der Tiere, an denen die Schlachtvieh- und Fleischschau vorgenommen wurde											
	Pferde	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen	Rinder ins- gesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt							
<b>1950</b>												
Stadtgebiet Hamburg	9 003	3 772	1 066	1 715	3 700	18 105	7 719	36 077	43 202	211 201	60 692	749
Amt Blankenese	1	230	3	25	111	164	270	803	755	3 284	499	—
„ Alstertal	—	71	8	14	3	78	27	201	121	6 117	429	1
„ Walddörfer	—	20	1	11	2	81	57	172	472	776	143	1
„ Rahlstedt	2	39	15	39	3	93	110	299	509	1 033	73	—
„ Bergedorf	156	16	27	16	164	222	318	763	1 229	4 635	276	246
„ Vier-u.Marschland	1	9	42	4	36	197	232	520	1 307	1 673	190	120
„ Süderelbe	—	75	132	13	51	463	398	1 132	805	6 097	385	2
„ Finkenwerder	—	2	35	2	31	165	156	391	379	1 697	300	1
<b>Hamburg zusammen</b>	<b>9 163</b>	<b>4 234</b>	<b>1 329</b>	<b>1 839</b>	<b>4 101</b>	<b>19 568</b>	<b>9 287</b>	<b>40 358</b>	<b>48 779</b>	<b>236 513</b>	<b>62 984</b>	<b>1 120</b>
davon:												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen	8 151							31 142	42 146	192 905	59 518	966
Privatschlachtstätten	1 012							9 216	6 633	43 608	3 466	154
Hausschlachtungen	4	11	13	—	6	63	63	156	127	17 461	390	24
<b>1951</b>												
Stadtgebiet Hamburg	9 877	5 329	509	1 524	4 199	23 127	13 096	47 784	51 924	376 396	44 525	854
Amt Blankenese	—	91	5	8	135	243	307	789	1 124	5 469	415	—
„ Alstertal	—	67	3	14	4	118	80	286	327	6 570	370	—
„ Walddörfer	1	10	2	3	—	83	89	187	448	899	96	—
„ Rahlstedt	11	20	1	2	5	114	116	258	488	947	31	1
„ Bergedorf	126	63	22	39	133	224	314	795	1 245	5 174	185	296
„ Vier-u.Marschland	191	16	27	12	38	225	268	586	1 240	3 081	120	88
„ Finkenwerder	29	52	118	19	85	452	403	1 129	755	10 739	175	—
„ Süderelbe	—	—	57	2	45	185	259	548	314	1 955	180	1
„ Harburg-Wbg.	—	3	4	2	4	74	35	122	140	1 725	11	—
<b>Hamburg zusammen</b>	<b>10 235</b>	<b>5 651</b>	<b>748</b>	<b>1 625</b>	<b>4 648</b>	<b>24 845</b>	<b>14 967</b>	<b>52 484</b>	<b>58 005</b>	<b>412 955</b>	<b>46 108</b>	<b>1 240</b>
davon:												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen	8 907							41 725	50 867	355 601	43 626	1 133
Privatschlachtstätten	1 328							10 759	7 138	57 354	2 482	107
Hausschlachtungen	—	5	8	1	5	54	61	134	122	20 344	131	19
<b>1952</b>												
Stadtgebiet Hamburg	7 786	5 337	496	2 012	4 230	25 204	12 346	49 625	49 019	414 342	55 184	1 201
Amt Blankenese	—	136	1	3	122	246	294	802	764	5 128	552	—
„ Alstertal	—	83	6	23	9	160	57	338	191	5 379	302	—
„ Walddörfer	—	22	6	3	5	53	51	140	316	792	83	—
„ Rahlstedt	42	25	3	17	4	138	86	273	422	1 310	84	6
„ Bergedorf	141	55	45	23	180	274	299	876	1 024	5 326	188	366
„ Vier-u.Marschland	260	20	27	2	47	168	248	512	1 035	3 306	145	100
„ Süderelbe	26	44	71	18	65	387	313	898	550	9 221	234	3
„ Finkenwerder	—	—	30	2	50	137	229	448	170	1 859	199	1
„ Harburg-Wbg.	—	2	4	—	3	71	25	105	42	1 076	34	—
<b>Hamburg zusammen</b>	<b>8 255</b>	<b>5 724</b>	<b>689</b>	<b>2 103</b>	<b>4 715</b>	<b>26 838</b>	<b>13 948</b>	<b>54 017</b>	<b>53 533</b>	<b>447 739</b>	<b>57 005</b>	<b>1 677</b>
davon:												
Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen	7 273							43 321	47 865	387 525	54 124	1 559
Privatschlachtstätten	982							10 696	5 668	60 214	2 881	118
Hausschlachtungen	—	15	19	10	2	51	45	142	76	20 071	137	26

Die letzteren Zahlen sind bereits der Übersicht 16 entnommen, die nach Beschaubezirken gegliedert ist, damit sie auch regional einigen Aufschluß gibt. Die Übersicht weist z. B. für die Walddörfer, Rahlstedt und Harburg-Wilhelmsburg auffallend niedrige Schlachtungszahlen auf.

Die Anhangtabelle 16 enthält für die gleichen Jahre (1938, 1948 bis 1952) die Zahl der

untersuchten Schlachtungen in der Aufgliederung nach Monaten. Die Tabelle bezieht sich nur auf die Schlachtungen inländischen Viehs.

Die Anhangtabelle 17 greift wieder weit in die Vergangenheit zurück, nämlich bis zum Jahre 1905, der Anfangszeit der Schlachtvieh- und Fleischbeschau statistik. Sie bringt die Zahlen über Schlachtvieh aus dem Inland und Schlachtvieh aus dem

Ausland. Die „ausländischen“ Zahlen decken sich mit den uns aus der Viehmarkt- und der Schlachthofstatistik bekannten; sie sind hier der Vollständigkeit halber wiederholt.

Den Fachmann dürfte schließlich die kleine Übersicht 17 interessieren, nach der sich das inländische und das ausländische (dänische) Angebot an Schlachtrindern sehr verschieden zusammensetzt. Die **Einfuhr aus Dänemark** bestand in den beiden letzten Jahren zu **drei Vierteln aus Kühen** und im übrigen, bis auf nur 5 bis 6 v. H. Ochsen und Bullen, aus Färsen, während die inländischen Rinder nur knapp zur Hälfte Kühe und etwa zu je einem Viertel Färsen oder Ochsen und Bullen waren.

#### Übersicht 17

##### Prozentuale Verteilung der gewerblichen Rinderschlachtungen nach Vieharten

Jahre	gewerbliche Schlachtungen		davon entfielen ... in v. H. auf					
			Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen
			über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt		
	überh.	v. H.						
<b>Inlandstiere</b>								
1938	96 898	100	11,4	4,6	3,6	5,4	49,6	25,4
1948	17 347	100	17,7	6,9	5,5	5,0	46,7	18,2
1949	28 354	100	15,6	3,4	4,0	6,7	44,2	26,1
1950	40 358	100	10,5	3,3	4,5	10,2	48,5	23,0
1951	52 484	100	10,8	1,4	3,1	8,9	47,3	28,5
1952	54 017	100	10,6	1,3	3,9	8,7	49,7	25,8
<b>Auslandstiere</b>								
1949	15 298	100	17,6	—	4,8	—	65,2	12,4
1950	50 445	100	10,8	0,0	4,4	0,0	68,1	16,7
1951	30 983	100	2,4	—	2,5	—	75,3	19,8
1952	21 185	100	2,9	—	2,8	—	77,6	16,7

Soweit die totalen Ergebnisse aus der Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik. Gesundheitspolitisch und ernährungswirtschaftlich ist es von Interesse, in welchem Maße Tierkörper und Fleischviertel **tierärztlich für untauglich, bedingt tauglich oder minderwertig** erklärt wurden. Dazu ist erfreulicherweise zu sagen, daß es sich hierbei nur um etwa 1 v. H. der Schlachtungen handelt. Allerdings ist die Zahl der Beanstandungen von Organen des Tierkörpers (Leber, Lunge, Därme usw.) nicht unerheblich. Die Anhangstabellen 18 bis 20 informieren darüber näher. In diesem Zusammenhang sei der **Freibank** kurze Erwähnung getan, in der das minderwertige und bedingt taugliche Fleisch zu ermäßigten, von der Schlachthofverwaltung festgesetzten Preisen zum Verkauf kommt.

#### 4. Der Fleischanfall aus den hamburgischen Schlachtungen

Für das Schlachtergebnis sind das Lebendgewicht der Tiere und der Grad der Schlachtausbeute bestimmend. Die Lebendgewichte werden, wie wir wissen, auf den Hamburger Schlachtviehmärkten individuell und vollständig ermittelt und in rechnerisch gewogene Durchschnitte gebracht.

Soweit es sich bei den Schlachtungen in Hamburg um Tiere vom Viehmarkt handelt — und das ist bekanntlich zu mehr als 80 v. H. der Fall — ist die Grundlage, auf der mit dem Ausbeutesatz weitergerechnet werden kann, exakt gegeben. Aus praktischen Gründen werden aber die in der Viehmarktstatistik ermittelten durchschnittlichen Lebendgewichte (vgl. Übersicht 9) als auch für die gesamten Schlachtungen in Hamburg zutreffend angesehen. Auf dieser Basis kommen seit 1950 feststehende Ausbeutesätze, die das Bundesernährungsministerium im Bundesgebiet eingeführt hat, zur rechnerischen Anwendung. Bis dahin wurden in Hamburg (und überall) durch laufende Stichproben festgelegt, mit welchen Ausbeutekoeffizienten zu rechnen war.

Die bundeseinheitlichen Ausbeutesätze sind folgende:

#### Übersicht 18

##### Die Ausbeutesätze in vom Hundert der Lebendgewichte

Handelsklasse	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Handelsklasse	Kälber
A + AA	58	58	56	58	Doppellender	70
B	55	55	52	54	A	62
C	52	52	49	52	B	60
D	46	46	44	46	C	55
					D	49

Handelsklasse	Schweine	Handelsklasse	Lämmer, Hammel und Schafe
a	84	Lämmer und Hammel	A . . . 53
b <sup>1</sup>	82		B . . . 51
b <sup>2</sup>	81	Schafe	C . . . 45
c	79		A . . . 49
d	76		B . . . 43
e	72		C . . . 38
f	70		
g <sup>1</sup>	80		
g <sup>2</sup>	80		
h	80		
i	80		
		Pferde und Ziegen	
		Ziegen . . . . .	45
		Pferde . . . . .	50

Von Bedeutung ist danach der Anteil der einzelnen Handelsklassen (Güteklassen, Gewichtsklassen). Vollständige Angaben darüber liegen ebenfalls nur für die Schlachtviehmärkte vor, wo die Tiere für die Gruppierung nach Preisen klassifiziert werden. Die Klassifikation am Viehmarkt wird in Hamburg bei der Berechnung der Schlachtausbeuten auf die gesamten Schlachtungen übertragen, ebenso wie die Lebendgewichte übernommen werden. (Die zum Versand kommenden Tiere — die Frage wurde im Abschnitt „Viehmärkte“ angeschnitten — bleiben in die durchschnittliche Berechnung der Handelsklassen und Lebendgewichte einbezogen.) Daß der Anteil an den einzelnen Handelsklassen im Laufe der Jahre 1948 bis 1952 durchaus nicht gleichförmig verlief, ist für Rinder, Kälber und Schafe aus der Gliederung der Übersicht 19 zu ersehen.

## Übersicht 19

### Der Qualitätswandel der Inlandstiere von 1948 bis 1952

Viehart	Anteil der Handelsklasse A in v. H. an den Gesamt-Zufuhren				
	1948	1949	1950	1951	1952
Ochsen . . . . .	52,0	77,6	50,9	66,0	56,1
Bullen . . . . .	33,7	51,1	43,6	33,0	22,4
Kühe . . . . .	26,6	44,9	37,7	35,2	17,8
Färsen . . . . .	41,1	77,6	55,7	59,8	39,5
Rinder insgesamt . .	37,2	61,4	45,2	45,8	28,5
Kälber . . . . .	0,2	3,7	12,5	17,7	13,6
Schafe . . . . .	12,4	9,7	30,8	51,1	65,9

Die Tabellen 21 und 22 im Anhang zeigen für alle Tiergattungen die durchschnittlichen Schlachtgewichte und Schlachtausbeuten, wie sie in den Jahren 1938 und 1948 bis 1952 den Berechnungen des Fleischanfalls zugrundegelegt sind. Da die Tabellen nach Monaten aufgebaut sind, werden auch die jahreszeitlichen Veränderungen der Schlachtgewichte augenfällig.

Die Anhangstabellen 23 bis 25 bringen Zahlen über Lebendgewichte, Schlachtausbeute und Schlachtgewichte des eingeführten Viehs; sie ergänzen die Anhangstabellen 21 und 22, die sich nur auf inländisches Vieh beziehen. Daß die dänischen Rinder durchschnittlich mit höherem Gewicht auf den Hamburger Markt kommen, darauf war schon im Abschnitt „Viehmärkte“ hingewiesen.

Aus der Zahl der gewerblichen Schlachtungen in Hamburg innerhalb und außerhalb der Schlachthöfe und den Durchschnittswerten der Lebendgewichte und Schlachtausbeuten errechnet sich für die Jahre 1950 bis 1952, daß in Hamburg aus Schlachtungen inländischen Viehs aufgekomen sind (Anhangtabelle 26):

Jahre	Rindfleisch	Kalb- fleisch	Schweine- fleisch	Hammel- fleisch	Pferde- fleisch
in Millionen kg					
1950	10,0	2,1	22,6	1,6	2,3
1951	13,0	2,4	37,0	1,3	2,7
1952	13,5	2,3	42,2	1,6	2,2

Dazu kommen die Schlachtungen dänischen Viehs, soweit das hier geschlachtete Vieh in Hamburg geblieben ist. Es sind nämlich im Jahre 1950 von den eingeführten 50 445 Rindern 31 960 im geschlachteten Zustand nach außerhalb, hauptsächlich in das rheinisch-westfälische Industriegebiet und West-Berlin versandt worden; im Jahre 1951 waren es von 30 983 Stück 16 401 und 1952 von 21 185 Stück 8053. Somit verblieben für Hamburg aus der dänischen Lebendvieheinfuhr im Jahre 1950 18 485 Rinder, 1599 Kälber, 109 Schweine und 28 Hammel; 1951 14 582 Rinder, 573 Kälber; 1952 13 132 Rinder, 9 Kälber und 1368 Schweine.

Der Anfall an Rindfleisch aus diesen Schlachtungen stellte sich für Hamburg 1950 auf 5,0, 1951 auf 4,0 und 1952 auf 3,7 Millionen kg. Der Anfall von Kalb-, Schweine- und Hammelfleisch ist verhältnismäßig nicht von Gewicht (Anhangtabelle 27).

Hamburg verfügte demnach z. B. im Jahre 1952 aus in Hamburg durchgeführten gewerblichen Schlachtungen in- und ausländischen Viehs über rd. 17,2 Millionen kg Rindfleisch, 2,3 Millionen kg Kalbfleisch, 42,4 Millionen kg Schweinefleisch, 1,6 Millionen kg Hammelfleisch und 2,2 Millionen kg Pferdefleisch, zusammen also über 65,7 Millionen kg Fleisch überhaupt (Anhangtabellen 28 und 29). Dazu kommen aber noch die Fleischzufuhren nach Hamburg, und von ihnen soll jetzt die Rede sein.

## III. Der Fleischgroßmarkt

### 1. Inländische Zufuhren

Es sind beträchtliche Mengen, die durch Zufuhr zu dem Fleisch aus „eigenen“ Schlachtungen hinzukommen. Die Anhangtabelle 30 gibt in zeitlicher Geschlossenheit einen Überblick zurück bis zum Jahre 1905. Hamburg hat in den

Jahren seit 1950 wieder besonders hohe inländische Fleischzufuhren gehabt; es wurden 1950 10,2, 1951 11,7 und 1952 11,1 Millionen kg dem Fleischgroßmarkt zugeführt. Das sind Zahlen, wie sie im Laufe der Zeit nur in den Jahren 1911 bis 1915 erreicht oder überschritten worden sind.

## Übersicht 20

### Prozentualer Anteil der inländischen Zufuhren (einschließlich Innereien) am Fleischanfall von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen

Jahre	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch		Hammelfleisch		Gesamt	
	inländische Zufuhren kg	v. H. am Fleisch- anfall	inländische Zufuhren kg	v. H. am Fleisch- anfall	inländische Zufuhren kg	v. H. am Fleisch- anfall	inländische Zufuhren kg	v. H. am Fleisch- anfall	inländische Zufuhren kg	v. H. am Fleisch- anfall
1907	489 280	5,7	2 765	0,1	3 485	-	3 840	0,2	499 370	1,1
1913	1 212 640	12,4	56 315	1,5	83 980	0,2	7 470	0,3	1 360 405	2,3
1924	3 963 520	28,6	827 715	22,1	1 336 200	4,8	291 960	17,4	6 419 395	13,6
1928	3 676 200	42,1	1 050 175	34,6	1 720 740	4,3	114 990	9,1	6 562 105	12,3
1932	6 307 620	37,8	1 104 915	35,7	1 514 190	4,7	144 480	9,0	9 071 205	16,9
1636	3 805 732	30,0	1 247 311	49,7	2 231 041	5,4	247 382	20,7	7 531 466	13,1
1938	5 329 520	22,3	1 167 559	30,6	1 072 843	2,3	427 437	22,8	7 997 359	10,5
1950	4 423 947	44,1	2 033 971	96,5	2 550 363	11,3	1 160 451	71,1	10 168 732	28,0
1951	6 343 358	48,7	1 915 076	79,0	2 658 151	7,2	818 652	65,3	11 735 237	21,9
1952	5 594 688	41,4	1 483 036	63,5	3 249 081	7,7	820 470	50,9	11 147 275	18,7

Im Durchschnitt der Jahre 1924/29 waren es 6,2 Millionen kg, im Durchschnitt 1930/33 7,8 und im Durchschnitt 1934/38 7,6 Millionen kg. Die Inlandszufuhren betragen im Jahre 1952 18,7 v. H. des Fleischanfalls aus hamburgischen Schlachtungen, gegen z. B. 13,1 v. H. im Jahre 1936.

## 2. Zufuhren von ausländischem Fleisch

Die Mengen, die der Versorgung Hamburgs und seiner Umgebung aus der Einfuhr von Fleisch (gefrorenem oder gekühltem) zur Verfügung gestanden haben, sind im Laufe der Jahrzehnte von sehr unterschiedlicher Größe gewesen. Soweit diese Ware den Fleischgroßmarkt in Hamburg berührt hat, was die Regel gewesen sein wird, oder soweit sie der Schlachthofverwaltung auf sonstige Weise mengenmäßig bekannt geworden ist, hat sie Eingang in die Statistik gefunden. Die Zahlen finden sich ebenfalls in der Anhangtabelle 30. Im Jahre 1952 waren es 2,2, 1951 3,2, 1950 3,4 Millionen kg, und zwar handelte es sich zur Hauptsache um Fleisch aus Argentinien, Uruguay, Mexiko, Amerika und Dänemark.

In früheren Zeitabschnitten war die Zufuhr von ausländischem Fleisch meistens wesentlich höher. In dem Jahrzehnt 1905/14 waren es etwa 6 bis 9 Millionen kg im Jahr (hauptsächlich aus Argentinien). Ähnlich hohe Zahlen wurden für 1925/26 gebucht. Ganz aus dem Rahmen fielen die Vorratseinkäufe um die Jahre 1937/38. Wir müssen wegen der Einzelheiten, auch was die Fleischarten anbelangt, auf die Anhangtabelle verweisen.

## 3. Großhandelspreise für Fleisch

Auf dem Fleischgroßmarkt — wir erwähnten ihn als Einrichtung schon kurz bei der Baugeschichte —

verkaufen die Großschlächter die in ihrem Betrieb ausgeschlachteten Tiere, während sich die Fleischagenten und Fleischgroßhändler mit der ihnen in der Regel von außerhalb zugeführten Handelsware befassen, ebenso liegt der Verkauf von Gefrierfleisch meistens in ihren Händen. Rinder werden im allgemeinen in Vierteln, Schweine in Hälften, Kälber und Schafe in ganzen Tierkörpern zum Verkauf gestellt. Es werden aber auch ausgeschlachtete Teilstücke bereitgehalten, wofür sich nicht nur Kunden mit kleinem Ladengeschäft, sondern auch größere Betriebe interessieren, bei denen entweder mehr die gröberen oder mehr die feineren Fleischstücke gangbar sind.

Wie wir im Abschnitt „Viehmarkt“ die Lebendviehpreise mitgeteilt haben, so schalten wir hier eine Übersicht über die Entwicklung der Großhandelspreise ein. Es gibt alte Aufzeichnungen über Schlachtgewichtspreise, die 50 Jahre hindurch, von 1864 bis 1915, immer in gleicher Form in Jahresdurchschnitten veröffentlicht worden sind. In der Anhangtabelle 31 sind sie zusammengestellt für Ochsen, Kälber, Schweine und Hammel erster Qualität. Ob die Preise „für 50 kg Schlachtgewicht erster Qualität“ voll vergleichbar sind mit den nach dem ersten Weltkrieg, regelmäßig seit 1924, notierten Großhandelsabgabepreisen für Fleisch, soll hier dahingestellt bleiben. Aus der Anhangtabelle 32, die, sehr detailliert, diese Notierungen für die Jahre 1924 bis 1952 umfaßt, bringen wir nachstehend als Übersicht 21 einen kurzen Auszug. Von einer Kommentierung wollen wir, ebenso wie bei den Lebendviehpreisen, absehen.

### Übersicht 21

Die Fleischpreise für 50 kg in M/RM/DM im Großhandel

Jahre	Ochsenfleisch beste Qualität	1924 = 100	Kalb- fleisch beste Qualität	1924 = 100	Schweinefleisch	1924 = 100	Hammelfleisch beste Qualität	1924 = 100
1924	82,00	100,0	119,00	100,0	81,00	100,0	91,00	100,0
1928	92,20	112,4	138,10	116,1	84,50	104,3	113,80	125,1
1932	63,20	77,1	85,20	71,6	57,70	71,2	74,20	81,5
1938	76,50	93,3	94,70	79,6	70,40	86,9	92,70	101,9
1950	131,50	160,4	174,50	146,6	178,50	220,4	127,00	139,6
1951	154,00	187,8	204,40	171,8	168,80	208,4	163,60	179,8
1952	170,60	208,0	232,80	195,6	158,20	195,3	171,70	188,7

## IV. Fleischverbrauch

### 1. Fleischanfall und Bevölkerungsstand im Reichsgebiet, im Bundesgebiet und in Hamburg

In Hamburg kamen aus Schlachtungen inländischen und dänischen Viehs und an Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch abzüglich der Beanstandungen die in der nebenstehenden kleinen Textübersicht angegebenen Mengen auf (vgl. Anhangtabellen 28 und 29).

Die Angaben beziehen sich bis 1936 auf Hamburg alten Gebietsumfangs; der Fleischanfall in dem heutigen großhamburgischen Gebiet ist von der

Jahre	Rind- fleisch	Kalb- fleisch	Schweine- fleisch	Hammel- fleisch	Pferde- fleisch	zusammen
-------	------------------	------------------	----------------------	--------------------	--------------------	----------

in Millionen kg

1952	23,2	3,8	46,0	2,4	2,8	78,2
1951	25,2	4,4	40,7	2,1	3,3	75,7
1950	19,2	4,3	28,4	2,8	3,0	57,7
1938	39,6	5,0	57,7	2,3	1,5	106,1
1936	21,4	3,7	44,7	1,4	1,1	72,4
1932	22,9	4,2	33,8	1,7	1,0	63,6
1928	24,8	4,4	42,0	2,0	1,8	75,0
1924	23,2	4,6	29,2	2,1	0,8	60,0
1913	25,5	4,3	42,2	2,4	1,6	76,0
1907	23,5	4,2	31,5	2,3	1,3	62,8



hamburgischen Statistik zuerst für das Jahr 1938 registriert worden. 1938 war aber, wie wir wissen, in der Vieh- und Fleischzufuhr ein ungewöhnliches Jahr. Verstärkte Rinderauftriebe auf dem Hamburger Markt und die Zufuhr großer Mengen von ausländischem Gefrierfleisch für Vorratszwecke sind die wesentliche Begründung dafür, daß das Jahr 1938 im Vergleich zu früheren Jahren in unserer Statistik einen so besonders großen Fleischanfall aufweist; mit dem Übergang der statistischen Berichterstattung von den alten auf die neuen hamburgischen Gebietsgrenzen hat dies nur zu einem geringen Teil zu tun.

Hamburg hatte vor dem Zusammenschluß mit Altona, Harburg, Wandsbek usw. 1 192 000 und nachher 1 679 000 Einwohner. Wenn wir den Fleischanfall in Beziehung zur Bevölkerungszahl setzen wollen, entsteht für uns die Frage, ob nicht ein beachtlicher Teil der 1938 zu Hamburg gekommenen Bevölkerung schon vorher mittelbar vom Hamburger Schlachthof und vom Hamburger Fleischgroßmarkt versorgt worden

ist. Diese Frage ist nach dem Material, daß wir im Laufe der Arbeit vorgetragen haben, ohne weiteres zu bejahen; nur läßt sich nicht sagen, in welchem Umfang es der Fall war.

Regionale Untersuchungen über den Fleischverbrauch etwa je Kopf der Bevölkerung stoßen auch dann auf einige Schwierigkeiten, wenn Gebietsveränderungen nicht eingetreten sind oder Vorratskäufe das Vergleichsbild nicht trüben; denn es bleibt der überregionale Verkehr mit Fleisch- und Wurstwaren zu berücksichtigen, der mengenmäßig nirgends genügend fixiert ist. Von Hamburg soll, wie Fachleute erklären, mehr Ware hinausgehen, als nach Hamburg hereinkommt. Dazu trägt auch das Exportgeschäft der Hamburger Fleischwarenindustrie bei (1951: 25,5 Millionen, 1952: 11,4 Millionen DM). Genaue Zahlen, die sich für einen Zeitvergleich eignen, liegen aber, wie gesagt, nicht vor; jedoch könnte es einer Hamburger „Fleischbilanz“ in der Größenordnung wohl keinen Abbruch tun, wenn unterstellt wird, daß sich aus Versand und Empfang kein entscheidender Saldo ergibt.

**Übersicht 22** **Der Fleischanfall aus Schlachtungen**  
(gewerbliche und Hausschlachtungen) und aus Einfuhren im Deutschen Reich

Fleischgewinnung	1938	1936	1932	1928	1924	1913
<b>a) Fleischanfall im ganzen</b>						
<b>Fleischanfall</b>						
Fleisch aus Schlachtungen von Inlandstieren . . . . . t	3 687 100	3 440 700	3 123 582	3 232 801	2 290 038	2 894 300
Fleisch aus Schlachtungen von Auslandstieren . . . . . t	900	12 900	10 507	127 776	165 975	65 016
Einfuhren von Fleisch . . . . . t	108 700	85 600	38 369			
<b>Zum Verbrauch verfgb. Fleischmenge<sup>1)</sup> t</b>	<b>3 796 700</b>	<b>3 539 200</b>	<b>3 172 458</b>	<b>3 360 577</b>	<b>2 456 013</b>	<b>3 004 369</b>
<b>je Kopf der Bevölkerung kg</b>	<b>57,1</b>	<b>53,5</b>	<b>48,9</b>	<b>52,8</b>	<b>39,5</b>	<b>50,4</b>

**b) Fleischanfall nach den einzelnen Fleischarten**

Fleischarten	1938			1936			1932		
	insgesamt in t	v. H.	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	v. H.	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	v. H.	je Kopf der Bevölkerung kg
Rindfleisch . . . . .	1 077 900	28,39	16,200	803 800	22,71	12,150	891 691	28,11	13,740
Kalbfleisch . . . . .	211 400	5,57	3,180	192 200	5,43	2,910	195 942	6,18	3,020
Schweinefleisch . . . . .	2 413 900	63,58	36,300	2 462 800	69,59	37,230	2 008 980	63,33	30,970
Hammelfleisch . . . . .	49 200	1,29	0,740	38 900	1,10	0,590	40 138	1,26	0,620
Ziegenfleisch . . . . .	11 000	0,29	0,170	12 200	0,34	0,180	10 314	0,32	0,160
Pferdefleisch . . . . .	33 300	0,88	0,500	29 300	0,83	0,440	25 393	0,80	0,390
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>3 796 700</b>	<b>100</b>	<b>57,100</b>	<b>3 539 200</b>	<b>100</b>	<b>53,500</b>	<b>3 172 458</b>	<b>100</b>	<b>48,900</b>

Fleischarten	1928			1924			1913		
	insgesamt in t	v. H.	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	v. H.	je Kopf der Bevölkerung kg	insgesamt in t	v. H.	je Kopf der Bevölkerung kg
Rindfleisch . . . . .	932 922	27,76	14,660	775 308	31,57	12,470	851 823	28,35	14,290
Kalbfleisch . . . . .	196 969	5,86	3,090	162 433	6,61	2,610	162 149	5,40	2,720
Schweinefleisch . . . . .	2 143 008	63,77	33,680	1 430 160	58,23	23,000	1 878 121	62,51	31,510
Hammelfleisch . . . . .	40 921	1,22	0,640	50 789	2,07	0,820	56 113	1,87	0,940
Ziegenfleisch . . . . .	12 945	0,38	0,200	11 710	0,48	0,190	19 784	0,66	0,330
Pferdefleisch . . . . .	33 812	1,01	0,530	25 613	1,04	0,410	36 379	1,21	0,610
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>3 360 577</b>	<b>100</b>	<b>52,800</b>	<b>2 456 013</b>	<b>100</b>	<b>39 500</b>	<b>3 004 369</b>	<b>100</b>	<b>50 400</b>

<sup>1)</sup> unter Berücksichtigung der Vorratsbewirtschaftung.  
Quelle: Statistische Jahrbücher des Deutschen Reiches.

Im Rahmen des Bundes, wie früher des Reiches, ist eine **Statistik des Fleischanfalls** natürlich eindeutiger aufzubauen, da die inneren wirtschaftlichen Verflechtungen außer Betracht bleiben können und der Außenhandel mit Vieh, Fleisch und Fleischwaren genau bekannt ist. Aus der Reichsstatistik ist die vorstehende Übersicht 22 (Teil A und B) von uns zusammengestellt. Ihre Zahlen sprechen von der „zum Verbrauch verfügbaren Fleischmenge“, also nicht eigentlich vom Verbrauch, sondern von dem, was aus Schlachtungen und Einfuhr jeweils verfügbar geworden war, sei es, daß dieses Fleisch nach Verarbeitung unmittelbar in den Verbrauch gelangte, sei es, daß es für die Vorratswirtschaft in die Kühlhäuser kam. Die Klärung ist nötig, um insbesondere die Zahlen aus dem Jahr 1938 richtig zu verstehen. Es wäre falsch, anzunehmen, daß der Fleischanfall von 57,1 kg je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1938 auch voll und ganz dem Verbrauch entsprochen hätte; der Verbrauch wird nach den Vergleichszahlen in der Übersicht Teil A um mehrere Kilo niedriger gewesen sein. Die Übersicht Teil B teilt für dieselben älteren Jahre den Fleischanfall nach den einzelnen Fleischarten auf. Danach hat Schweinefleisch fast immer den hohen Anteil von über 60 v. H. gehabt.

Der Vorkriegsverbrauch von etwa 4 kg je Kopf innerhalb 4 Wochen wurde durch die **Lebensmittelrationierung nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges** zunächst auf gut die Hälfte herabgesetzt; gegen Ende 1939 betrug die vierwöchentliche Fleischzuteilung für den Normalverbraucher über

18 Jahre 2125 Gramm (neben 1075 Gramm Fett). Wie die Zuteilung von Fleisch und die von Fett (die Fettzuteilungen sind schon wegen des ständigen Rückgangs in der Qualität des Schlachtviehs und des besonders großen Ausfalls von Schweinefleisch in diesem Zusammenhang mitzunennen) im Laufe der Kriegs- und Nachkriegsjahre immer geringer geworden ist, daß sei in folgenden Zahlen hier festgehalten. Es wurden in jeweils 13 vierwöchentlichen Perioden insgesamt zugeteilt (der Vorkriegsverbrauch hatte etwa 52 000 Gramm Fleisch und 27 000 Gramm Fett betragen):

Jahre	Fleisch	Fett
1940	26 260 Gramm	13 845 Gramm
1941	23 200 "	13 845 "
1942	17 420 "	11 310 "
1943	15 470 "	11 050 "
1944	13 325 "	11 375 "
1945	9 620 "	6 760 "
1946	7 150 "	4 160 "
1947	6 175 "	2 275 "
1948	3 510 "	5 330 "
1949	9 100 "	12 025 "

Nach der Festigung der Geldwährung und bei einem rasch fortschreitenden Wiederaufbau der Viehstapel errechnete sich der **Fleischanfall im Bundesgebiet** je Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1950 auf 37,3, für 1951 auf 39,5 und für 1952 auf 44,4 kg. Er dürfte damit etwa 85 v. H. der normalen Vorkriegsquote erreicht haben (bei einem Vergleich mit 1938 allerdings erst 80 v. H.). Übersicht 23 führt die Zahlen im einzelnen vor, eine Unterteilung nach Fleischarten ist leider nicht durchzuführen.

### Übersicht 23

#### Der Fleischanfall aus den Schlachtungen und die Einfuhren von Fleisch im Bundesgebiet<sup>1)</sup>

Fleischgewinnung	1952	1951	1950
<b>Fleischanfall</b>			
Fleischanfall aus gewerblichen Schlachtungen von Inlandstieren . . . . . t	1 531 469	1 384 795	1 132 500
Fleischanfall aus Hausschlachtungen <sup>2)</sup> . . . . . t	517 695	497 412	428 016
Fleischanfall aus Schlachtungen von Auslandstieren . . . . . t	55 708	61 970	90 698
Einfuhren von Fleisch- und Fleischwaren . . . . . t	57 571	67 363	130 794
<b>zusammen t</b>	<b>2 162 443</b>	<b>2 011 540</b>	<b>1 782 008</b>
Ausfuhr von Fleisch- und Fleischwaren . . . . . t	10 341	23 654	2 360
<b>Zum Verbrauch verfügbare Fleischmenge je Kopf der Bevölkerung . . . . . kg</b>	<b>2 152 102</b>	<b>1 987 886</b>	<b>1 779 648</b>
	<b>44,4</b>	<b>39,5</b>	<b>37,3</b>

<sup>1)</sup> Quellen: Statistik der Bundesrepublik Deutschland: Band 64 „Die Viehwirtschaft 1950“; Band 71: „Die Viehwirtschaft 1951“ — Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Teil II: „Der Spezialhandel nach Waren“ 1950, 1951 und 1952 — Statistische Berichte: Arb.-Nr. III/17/38.

<sup>2)</sup> Die Anzahl der Schweine (Hausschlachtungen) ist mit 110 kg Schlachtgewicht eingesetzt.

Macht man die gleiche **Berechnung für Hamburg**, dann ergibt sich, daß hier aus Schlachtungen und Zufuhren im Jahre 1950 36,3 kg, 1951 46,1 kg und 1952 46,9 kg Fleisch je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung standen, das waren 1950, im Wiederanfangsjahr der freien Fleischwirtschaft, 1,0 kg weniger, dagegen 1951 6,6 kg und 1952 2,5 kg mehr als im Bundesdurchschnitt (vgl. Übersicht 24).

Interessant wäre es gegenüberzustellen, wie der Hamburger Verbrauch in früherer Zeit gewesen ist. Aber auf einen solchen Vergleich muß leider verzichtet werden,

da die bereits oben angedeuteten Vergleichsstörungen, die aus der Gebietsveränderung 1937 herrühren, sich bei näherer Betrachtung als zu groß erweisen, als daß auch nur Annäherungswerte ermittelt werden könnten. Den Fleischanfall aus der Zeit vor 1937 etwa allein auf die derzeitige hamburgische Bevölkerung zu beziehen, müßte zu einer überhöhten Durchschnittszahl je Kopf führen. Andererseits ist es auch nicht möglich, schon für die Zeit vor 1937 eine „großhamburgische“ Vergleichsrechnung aufzubauen, weil es für die ehemals preußischen Gebietsteile sowohl an Angaben über die eigenen Schlachtungen wie auch ihre Beteili-

gung am Schlachthof und Fleischgroßmarkt in Hamburg völlig fehlt. Das schließlich das Jahr 1938 aus anderen Gründen nicht ohne weiteres vergleichbar ist, darauf war schon früher hingewiesen.

#### Übersicht 24

##### Der Fleischanfall pro Kopf der Bevölkerung in Hamburg

Fleischsorten	Fleischanfall in 1000 kg	Bevölkerungs- zahl	Fleischanfall pro Kopf der Bevölkerung in kg
		1 679 793	
<b>1938</b>			
Rindfleisch . . . . .	39 574		23,560
Kalbfleisch . . . . .	4 975		2,960
Schweinefleisch . . . . .	57 705		34,350
Hammelfleisch . . . . .	2 294		1,370
Pferdefleisch . . . . .	1 467		0,870
Ziegenfleisch . . . . .	50		0,030
insgesamt . . . . .	106 065		63,140
		1 494 630	
<b>1948</b>			
Rindfleisch . . . . .	7 269		4,860
Kalbfleisch . . . . .	1 055		0,700
Schweinefleisch . . . . .	402		0,270
Hammelfleisch . . . . .	418		0,280
Pferdefleisch . . . . .	1 308		0,880
Ziegenfleisch . . . . .	26		0,020
insgesamt . . . . .	10 478		7,010
		1 541 376	
<b>1949</b>			
Rindfleisch . . . . .	11 193		7,260
Kalbfleisch . . . . .	2 660		1,730
Schweinefleisch . . . . .	10 248		6,650
Hammelfleisch . . . . .	2 628		1,740
Pferdefleisch . . . . .	4 336		2,810
Ziegenfleisch . . . . .	49		0,030
insgesamt . . . . .	31 168		20,220
		1 591 173	
<b>1950</b>			
Rindfleisch . . . . .	19 220		12,080
Kalbfleisch . . . . .	4 296		2,700
Schweinefleisch . . . . .	28 414		17,860
Hammelfleisch . . . . .	2 811		1,770
Pferdefleisch . . . . .	2 953		1,850
Ziegenfleisch . . . . .	31		0,020
insgesamt . . . . .	57 725		36,280
		1 639 567	
<b>1951</b>			
Rindfleisch . . . . .	25 202		15,370
Kalbfleisch . . . . .	4 378		2,670
Schweinefleisch . . . . .	40 677		24,810
Hammelfleisch . . . . .	2 082		1,270
Pferdefleisch . . . . .	3 282		2,000
Ziegenfleisch . . . . .	35		0,020
insgesamt . . . . .	75 656		46,140
		1 669 670	
<b>1952</b>			
Rindfleisch . . . . .	23 231		13,910
Kalbfleisch . . . . .	3 789		2,270
Schweinefleisch . . . . .	46 041		27,580
Hammelfleisch . . . . .	2 441		1,460
Pferdefleisch . . . . .	2 804		1,680
Ziegenfleisch . . . . .	56		0,030
insgesamt . . . . .	78 362		46,930

#### Übersicht 25

##### Prozentualer Anteil der einzelnen Fleischsorten am Gesamtfleischanfall in Hamburg (abzüglich Beanstandungen) (Gesamtfleischanfall = 100)

Fleischsorten	1907	1913	1924	1928	1932	1936
Rindfleisch . . . . .	37,4	33,5	38,8	33,0	36,0	29,6
Kalbfleisch . . . . .	6,6	5,7	7,7	5,9	6,6	5,2
Schweinefleisch . . . . .	50,2	55,5	48,7	55,9	53,2	61,7
Hammelfleisch . . . . .	3,7	3,2	3,5	2,7	2,7	2,0
Pferdefleisch . . . . .	2,1	2,1	1,3	2,5	1,5	1,5
Ziegenfleisch . . . . .	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Fleischsorten	1938	1948	1949	1950	1951	1952
Rindfleisch . . . . .	37,3	69,4	35,9	33,3	33,3	29,6
Kalbfleisch . . . . .	4,7	10,1	8,5	7,4	5,8	4,8
Schweinefleisch . . . . .	54,4	3,8	32,9	49,2	53,8	58,8
Hammelfleisch . . . . .	2,2	4,0	8,6	4,9	2,8	3,1
Pferdefleisch . . . . .	1,4	12,5	13,9	5,1	4,3	3,6
Ziegenfleisch . . . . .	0,0	0,2	0,2	0,1	0,0	0,1

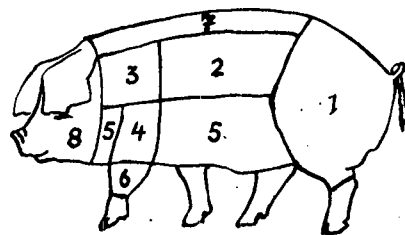
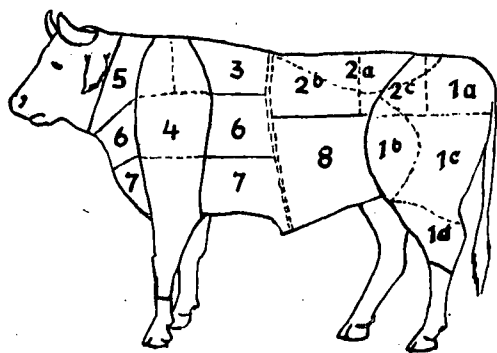
Die Übersicht 25 zeigt für Hamburg, ebenso wie die Übersicht 22 (Teil B) für das frühere Reichsgebiet, den Anteil der einzelnen Fleischarten. Es ist interessant zu sehen, daß am Fleischverbrauch in Hamburg das Schweinefleisch in einem weniger hohen Grade beteiligt ist als früher im Reichsdurchschnitt (für das Bundesgebiet fehlt es noch an diesen Durchschnitten). Was hier an Schweinefleisch weniger verzehrt wird, wird an Rindfleisch mehr gegessen. Es bewahrheitet sich danach der alte Ausspruch, daß Hamburg die Stadt der Beefsteakesser sei.

#### 2. Kleinhandelspreise

In langer Rückschau führt am Schlusse der Abhandlung die Anhangtabelle 33 vor, was unsere Urgroßmütter und Großmütter für ihre Fleischeinkäufe zu zahlen hatten, wie die Kleinhandelspreise dann zwischen den beiden Weltkriegen gewesen sind und welcher Preisstand sich schließlich von 1950 bis 1952 herausgebildet hat. Das Material aus mehr als 70 Jahren knüpft an die Großhandelspreise für Fleisch und die Lebendviehpreise an, die wir in früheren Abschnitten ebenfalls über lange Zeiträume hinweg geboten haben.

Kalkulatorisch sind die Kleinhandelspreise durch die Gewichtsanteile der verschiedenen Fleischstücke am geschlachteten Tierkörper bedingt. Die Zerlegung des Vorder- und des Hinterviertels vom Rind, der Schweinehälfte, des geschlachteten Kalbs und des geschlachteten Hammels führt schon von der anatomischen Seite her zu bestimmten Sorten- und Mengenergebnissen; aber in Details kommt es auch auf die gewerbetübliche Methode der Zerlegung an, die regional verschieden sein kann, je nach den Verbrauchsgewohnheiten und der Überlieferung. Wir zeigen in der Übersicht 26, wie Rind, Schwein, Kalb und Hammel bei der Ausschachtung aufgeteilt werden. Wir zeigen es zunächst im groben

Zerlegungsschema und Ausschachtungsergebnis vom Rind, Kalb, Schwein und Hammel



**Zerlegungsschema**

1. Keule  
darunter:  
a) Schwanzstück  
b) Kugel  
c) Schmer, Klufft, (Oberschale)  
d) Hesse (Bein)
2. Rostbeef mit Filet und Blume  
darunter:  
a) Filet  
b) Rostbeef  
c) Blume (Dickelang)
3. Hochrippe
4. Blatt
5. Kamm, Hals
6. Querrippe
7. Brust
8. Bauchlappen

**Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948**

Bezeichnung	Anteil am Schlachtvieh in v. H.
Brust	5,9
Querrippe	7,4
Unterrippe	5,4
Dünner Schamm	3,4
Hochrippe	3,5
Steertstück	5,9
Klufftschale	2,0
Blatt, Bug m. Kn.	4,4
Schier vom Bug	4,3
Gulasch	3,6
Rollfleisch	3,7
Rostbeef	12,8
Beefsteak	4,6
Beefsteakhack	5,2
Ochsenhack	5,8
Nieren	0,5
Steert	0,8
Bein	5,4
Knochen	11,8
Talg	2,2
Abfall	1,4

zusammen . . . . . 100,0

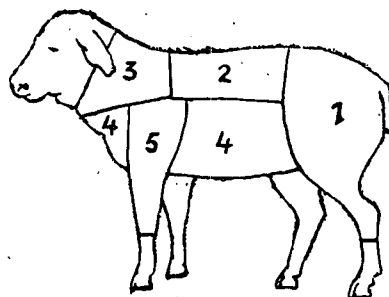
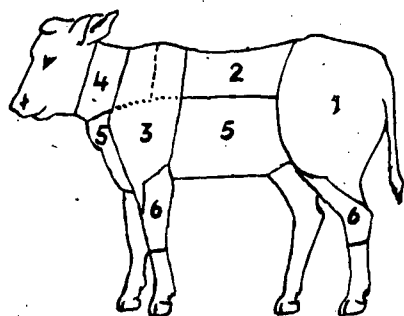
**Zerlegungsschema**

1. Schinken, frisch
2. Kotelett und Lende
3. Kamm
4. Blatt — Schulter
5. Bauch und Abschnitte
6. Eisbeine
7. Speckseite (Rückenfett)
8. Kopf mit Backe

**Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948**

Bezeichnung	Anteil am Schlachtvieh in v. H.
Schinken m. Kn.	20,3
Schulter m. Kn.	11,8
Bauch	10,8
Karbonade	15,8
Nacken	7,5
Nieren	0,2
Hack	7,1
Eisbein	3,1
fetter Speck	8,5
vollst. Kopf	8,7
Pfoten	2,8
Rippen II	0,9
Schwänze	0,6
Flomen	1,9

zusammen . . . . . 100,0



**Zerlegungsschema**

1. Keule
2. Rücken mit Nierenbraten
3. Schulter (Bug)
4. Hals mit Unterrippe
5. Bauch mit Brust
6. Hachse

**Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948**

Bezeichnung	Anteil am Schlachtvieh in v. H.
Brust, Bauch	13,7
Blatt	12,0
Keule m. Knochen	34,8
Rücken m. Nieren	13,0
Frikassee	12,0
Hachse	8,7
Knochen	5,8

zusammen . . . . . 100,0

**Zerlegungsschema**

1. Keule
2. Rücken mit Koteletts
3. Nacken, Kamm
4. Bauch mit Brust
5. Blatt — Bug

**Ausschlachtungsergebnis von Hamburger Probeschlachtungen Sommer 1948**

Bezeichnung	Anteil am Schlachtvieh in v. H.
Nacken, Brust, Bauch, Blatt	48,4
Rücken	15,6
Keule	32,4
Nieren	0,9
Talg	2,7

zusammen . . . . . 100,0

Aufriß des „Zerlegungsschemas“ (das in der Zeit amtlicher Preisbildung überall im Reiche gleichförmig zur Geltung kam) und sodann in der feineren Aufteilung nach den in Hamburg verkaufsüblichen Fleischsorten.

Aus diesem detaillierten, „konsumnahen“ hamburgischen Schema der Gewichtsanteile und den jahresdurchschnittlichen Preisen für die einzelnen

Fleischstücke errechnen sich die gewogenen Jahresdurchschnittspreise für Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweine- und Hammelfleisch, und aus der am Verbrauch orientierten Wägung wiederum dieser vier Fleischarten (gemäß Übersicht 25) folgern sich letztlich die gewogenen Durchschnittspreise für Fleisch überhaupt. Die Zahlen sind in der Übersicht 27 für 1950 bis 1952 und für einige schon wiederholt herangezogene Vergleichsjahre zusammengestellt.

### Übersicht 27

#### Kleinhandels-Verkaufspreise für Fleisch in ½ kg im gewogenen Durchschnitt in Pfennigen

Jahre	Rindfleisch	1913 = 100	Kalbfleisch	1913 = 100	Schweinefleisch	1913 = 100	Hammelfleisch	1913 = 100	Fleisch überhaupt (bei Wägung der Anteile der Fleischarten gem. Übersicht 25)	1913 = 100
	Pf		Pf		Pf		Pf		Pf	
1913	87,4	100,0	99,5	100,0	89,5	100,0	97,5	100,0	89,6	100,0
1924	105,9	121,2	111,9	112,5	108,6	121,3	104,4	107,1	107,7	120,2
1928	116,3	133,1	155,3	156,1	105,2	117,5	136,5	140,0	112,9	126,0
1932	80,1	91,6	104,8	105,3	70,9	79,2	96,7	99,2	77,2	86,2
1938	91,2	104,3	116,0	116,6	83,7	93,5	106,3	109,0	90,6	101,1
1950	173,0	197,9	183,9	184,8	185,6	207,4	178,7	183,3	180,2	201,1
1951	188,3	215,4	218,9	220,0	205,9	230,1	211,6	217,0	200,2	223,4
1952	213,8	244,6	248,2	249,4	200,2	223,7	224,0	229,7	207,9	232,0

Die Fleischnahrung kostete danach im Jahresdurchschnitt 1952 129,5 v. H. mehr als im Jahre 1938. Demgegenüber ist der Preisindex für die gesamte Ernährung im gleichen Zeitraum nur um 82,4 v. H. gestiegen. Aber man darf eins nicht übersehen: 1938 zeigt sich auch hier wieder nicht als ein „normales“ Vergleichsjahr; denn die Fleischpreise lagen damals kraft behördlicher Regelung etwa auf der Ebene von 1913 — Schweinefleisch war sogar noch billiger. Dies stand im Gegensatz zu den Preisen für andere Hauptnahrungsmittel, die 1938 meistens um 25 v. H. über dem Preisstand von 1913 lagen; es stand auch im Gegensatz zum Ernährungsindex überhaupt, der von 1913 auf 1938 um 20,8 v. H. gestiegen war, während

sich z. B. der Preisindex für die gesamte Lebenshaltung noch mehr, nämlich um 27 v. H. erhöht hatte. Diese Sonderstellung der Fleischpreise in der Reglementierung wird man, wie gesagt, nicht außer acht lassen dürfen. Zudem muß berücksichtigt werden, daß die Landwirtschaft in jener Zeit aus öffentlichen Fonds Ausgleichsbeträge für Schlachtrinder und Schlachtschweine erhielt.

Immerhin überstieg in den Jahren 1950 bis 1952 der Preisindex für Fleisch — wir verdeutlichen es noch durch die Übersicht 28 — zum erstenmal seit der Währungsstabilisierung 1924 die Preisindexziffer für die gesamte Ernährung.

### Übersicht 28

#### Indexziffern 1913/14 = 100

Lebensbedürfnisse	1913/14	1924	1928	1932	1938	1950	1951	1952
Brot . . . . .	100	115,0	162,0	137,0	128,0	179,0	253,0	261,0
Nährmittel . . . . .	100	105,1	121,2	104,4	106,1	170,7	213,5	217,8
Fische . . . . .	100	229,5	280,3	186,9	155,7	218,0	260,7	241,8
Gemüse . . . . .	100	218,5	235,4	107,7	126,9	203,8	195,4	273,1
Fette . . . . .	100	133,8	124,2	86,2	124,9	196,7	214,4	195,1
Fleisch . . . . .	100	120,2	126,0	86,2	101,1	201,1	223,4	232,0
<b>Preisindex für Ernährung . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>141,9</b>	<b>157,5</b>	<b>113,4</b>	<b>120,8</b>	<b>191,6</b>	<b>209,8</b>	<b>220,3</b>
<b>Preisindex für die Gesamtlebenshaltung</b>	<b>100</b>	<b>127,7</b>	<b>155,3</b>	<b>120,7</b>	<b>127,0</b>	<b>203,7</b>	<b>218,3</b>	<b>223,6</b>

Fleisch ist also von einem relativ billigen zu einem relativ teuren Nahrungsmittel geworden. Das tritt besonders ins Licht, weil die Entwicklung der Industriearbeiterlöhne — für die Angestelltengehälter trifft es noch mehr zu — mit der Bewegung der Fleischpreise seit 1938 nicht Schritt gehalten

hat. Der Lohnindex ist seit 1938 um 86 v. H. gestiegen, der Preisindex für Fleisch aber bekanntlich um 130 v. H. Dies erklärt, daß der Fleischverzehr heute noch beachtlich niedriger ist als vor dem Kriege.

Dr. Urban/Kleinsorge

## Anhangtabellen

Jahre	Hamburg und Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hessen	andere jetzt west-deutsche Gebiete	zusammen (Spalte 1-4)	Mecklenburg	Pommern	Brandenburg	Provinz u. Land Sachsen	Thüringen Anhalt	zusammen (Spalte 6-10)	Schlesien	Posen	Ost-preußen	West-preußen	zusammen (Spalte 12-15)	Inländ. Zufuhren zusammen (Spalte 5, 11, 16)	Dänemark	übriges Europa	Obersee	Ausländ. Zufuhren zusammen (Spalte 18-20)	Zufuhren insgesamt (Spalte 17+21)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1890	36 066	2 006	—	71	38 143	2 744	935	577	725	207	5 188	1 823	8 769	192	2 306	13 090	56 421	17 357	—	—	17 357	73 778
1891	34 564	1 471	—	3	36 038	1 394	335	103	230	196	2 258	533	3 621	139	905	5 198	43 494	41 083	95	4 125	45 303	88 797
1892	32 709	968	—	—	33 677	1 388	98	55	217	40	1 798	348	2 517	—	538	3 403	38 878	52 298	423	1 670	54 391	93 269
1893	39 312	959	—	—	40 271	3 324	204	153	68	—	3 749	123	1 634	28	508	2 293	46 313	54 860	145	—	55 005	101 318
1894	32 552	831	—	—	33 383	1 447	41	80	—	—	1 568	37	526	14	115	692	35 643	66 259	1 392	8 397	76 048	111 691
1895	34 015	1 004	—	—	35 019	1 545	—	43	—	—	1 588	—	176	—	—	176	36 783	66 152	567	1	66 720	103 503
1896	35 662	1 554	—	14	37 230	2 101	27	495	23	12	2 658	—	5 119	180	1 227	6 526	46 414	51 269	650	—	51 919	98 333
1897	36 442	1 095	—	6	37 543	2 196	74	202	—	—	2 472	12	3 934	207	—	4 153	44 168	55 956	236	—	56 192	100 360
1898	35 746	1 845	—	—	37 591	2 748	176	462	12	—	3 998	83	6 825	178	12	7 098	48 087	23 892	—	—	23 892	71 979
1899	33 241	1 069	—	12	34 322	2 093	278	422	27	—	2 820	29	7 624	12	45	7 710	44 852	18 269	246	—	18 515	63 367
1900	36 582	1 209	—	—	37 791	2 156	62	703	91	—	3 012	119	8 543	—	22	8 684	49 487	20 162	15	—	20 177	69 664
1901	37 338	1 300	—	—	38 638	2 184	27	629	215	13	3 068	115	7 428	62	293	7 898	49 604	22 270	23	—	22 293	71 897
1902	36 441	1 708	—	1	38 150	2 293	62	760	157	—	3 272	654	7 402	57	745	8 858	50 280	22 051	1 127	—	23 178	73 458
1903	37 001	1 381	—	—	38 382	1 585	244	416	67	14	2 326	476	5 857	88	399	6 820	47 528	29 081	678	—	29 759	77 287
1904	38 093	1 543	—	—	39 636	1 095	26	360	104	62	1 747	186	2 648	184	42	3 060	44 443	36 649	255	—	36 904	81 347
1905	41 891	2 576	—	—	44 467	1 691	134	150	25	15	2 015	26	286	—	19	331	46 813	41 664	—	—	41 664	88 477
1906	36 506	5 117	17	—	41 640	1 655	144	325	222	—	2 346	162	4 417	61	371	5 011	48 997	37 693	—	—	37 693	86 690
1907	40 461	5 075	—	46	45 582	2 269	42	351	35	—	2 697	306	2 798	69	161	3 334	51 613	38 857	25	—	38 882	90 496
1908	45 209	5 084	—	—	50 293	2 180	13	425	32	—	2 650	440	2 377	18	225	3 060	56 003	46 649	—	—	46 649	102 652
1909	50 289	6 728	—	2	57 019	3 670	—	324	128	6	4 126	220	3 117	—	172	3 509	64 654	45 872	—	—	45 872	110 526
1910	51 590	7 083	—	—	58 673	3 594	164	361	179	—	4 298	413	3 134	129	139	3 815	66 786	44 189	—	—	44 189	110 975
1911	49 185	8 716	—	18	57 919	2 743	21	253	27	—	3 044	195	260	43	27	525	61 488	46 380	—	—	46 380	107 868
1912	52 453	8 012	—	—	60 465	2 224	—	111	15	—	2 350	65	465	61	59	650	63 465	40 137	397	—	40 534	103 999
1913	46 476	6 754	—	—	53 230	2 215	5	166	62	—	2 448	151	1 548	37	46	1 782	57 460	43 347	825	—	44 172	101 632
1914	52 330	10 038	—	—	62 368	3 162	—	426	—	—	3 588	31	1 533	163	75	1 802	67 758	74 071	516	—	74 587	142 345
1915	136 004	20 752	—	273	157 029	10 340	—	1 260	152	—	11 752	50	334	20	52	456	169 237	66 172	724	—	66 896	236 133
1916	83065	25 807	—	6 149	115 041	9 887	1 913	7 910	4 047	—	23 757	2 295	2 948	3 298	443	8 984	147 782	27 002	1 947	—	28 949	176 731
1917	119 412	11 089	—	4 822	135 323	25 909	17 498	7 914	4 038	—	48 236	2 726	3 351	2 248	226	8 551	192 110	4 561	—	—	4 561	196 671
1918	64 849	12 070	—	786	77 705	23 045	8 776	2 081	1 205	—	35 107	14 627	12 956	4 206	5 829	37 618	150 430	3 435	3 159	—	6 594	157 024
1919	15 422	6 535	—	5 816	27 773	19 790	—	6	—	—	19 796	—	208	531	349	1 068	48 657	172	—	—	172	48 829
1920	22 622	2 819	—	190	25 631	12 037	—	13	49	—	12 099	—	—	8	—	8	37 738	4 609	—	—	4 609	42 347
1921	60 748	19 374	—	518	80 640	9 117	—	14	23	—	9 154	—	—	—	—	—	89 794	49 415	—	—	49 415	139 209
1922	76 475	29 043	—	55	105 573	17 159	15	104	95	—	17 373	—	—	123	—	123	123 069	12 633	—	—	12 633	135 702
1923	62 018	19 293	—	31	81 342	8 205	26	262	373	—	8 866	—	—	—	12	12	90 220	15 517	—	104	15 621	105 841
1924	71 155	22 180	—	86	93 421	8 332	—	—	120	—	8 452	—	—	31	10	41	101 914	9 998	41	326	10 365	112 279
1925	61 811	17 202	2	3	79 018	5 174	—	12	47	—	5 233	—	—	15	—	15	84 266	37 998	23	15	38 036	122 302
1926	56 093	13 698	—	3	69 794	3 407	—	3	—	—	3 410	—	—	—	55	55	73 259	44 364	—	190	44 554	117 813
1927	51 370	12 415	—	23	63 808	2 379	—	—	7	—	2 386	—	—	—	—	194	66 388	50 350	—	145	50 495	116 883
1928	58 186	12 761	—	3	70 950	2 775	—	—	128	—	2 903	15	—	20	—	35	73 888	43 443	—	—	43 443	117 331
1929	64 968	15 857	—	65	80 890	3 221	—	51	27	—	3 299	—	—	—	71	71	84 260	48 832	—	—	48 832	133 092
1930	67 556	15 306	—	287	83 149	4 120	117	477	166	—	4 880	209	—	—	110	319	88 348	32 006	—	—	32 006	120 354
1931	69 774	19 437	—	665	89 876	4 015	381	1 864	1 573	15	7 848	893	27	—	398	1 318	99 042	6 517	—	—	6 517	105 559
1932	56 819	18 880	158	524	76 381	5 321	542	2 481	4 974	394	13 712	1 944	—	736	—	2 680	92 773	—	—	—	—	92 773
1933	57 724	17 521	148	770	76 163	5 753	769	2 511	3 938	483	13 454	2 125	—	432	57	2 614	92 231	—	—	—	—	92 231
1934	69 455	19 662	102	978	90 197	6 513	582	3 583	5 260	394	16 332	1 760	16	665	—	2 441	108 970	—	—	—	—	108 970
1935	65 819	19 438	67	1 273	86 597	8 167	723	2 341	4 184	213	15 628	1 272	—	590	51	1 913	104 138	—	—	—	—	104 138
1936	41 285	11 126	30	168	52 609	5 421	38	372	2 378	180	8 389	17	—	9	—	26	61 024	—	—	—	—	61 024
1937	67 681	15 388	6	395	83 470	10 490	12	141	1 192	33	11 868	484	—	14	15	513	95 851	—	—	—	—	95 851
1938	46 105	32 427	2	425	78 959	13 257	14	457	1 829	99	15 656	42	—	12	63	117	94 732	—	—	—	—	94 732
1939	52 060	28 529	—	—	80 589	13 492	76	533	2 252	10	16 363	28	—	—	12	40	96 992	—	—	—	—	96 992
1940	41 987	18 138	387	2 529	63 041	9 427	56	190	1 159	—	10 831	—	—	—	28	28	73 900	7 547	—	—	7 547	81 447
1941	50 587	23 090	—	573	74 250	11 360	50	1 013	1 171	—	13 694	—	46	—	34	80	88 024	18 293	—	—	18 293	106 317
1942	53 435	33 842	—	1 416	88 693	14 275	2 370	26	2 833	130	19 634	1 131	8 042	1 685	1 522	12 380	120 707	394	23 145	—	23 539	144 246
1943	32 994	17 216	—	15	50 225	14 586	3 923	—	1 640	—	20 149	—	54	—	257	311	70 685	800	12 017	—	12 817	83 502
1944	36 607	17 754	—	—	54 361	11 620	516	30	1 704	—	13 870	—	—	2 337	1	2 338	70 569	1 215	21 640	—	22 855	93 424
1945	58 620	17 007	—	—	75 627	4 890	4 711	—	765	—	10 366	—	—	—	—	—	85 993	6 204	527	—	6 731	92 724
1946	65 389	2 266	—	—	67 655	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67 655	42 575	—	—	42 575	110 230
1947	38 494	11 418	—	6	49 918	—	—	—	—</													

Zufuhren von Hamburg zum Hamburger Viermarkt nach Herkunftsgebieten

Jahre	Hamburg und Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Hessen	andere jetzt west-deutsch Gebiete	zusammen (Spalte 1-4)	Meck-len-burg	Pom-ern	Brand-en-burg	Provinz u. Land Sachsen	Thürin-gen Anhalt	zusammen (Spalte 6-10)	Schlesien	Posen	Ost-preußen	West-preußen	zusammen (Spalte 12-15)	Inländ. Zufuhren (Spalte 5, 11, 16)	Dänemark	übriges Europa	Ober-see	Ausländ. Zufuhren zusammen (Spalte 18-20)	Zufuhren insgesamt (Spalte 17+21)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1890	12 755	35 632	—	—	48 387	12 724	1	12	18	—	12 755	—	1	—	—	1	61 143	162	—	—	162	61 305
1891	11 472	37 559	—	—	49 031	10 340	2	159	4	—	10 505	—	—	—	—	—	59 536	89	—	—	89	59 625
1892	12 633	39 865	—	—	52 498	8 972	1	6	—	—	8 979	—	—	—	—	—	61 477	148	—	—	151	61 628
1893	14 187	41 662	—	—	55 849	9 166	—	47	4	—	9 217	—	—	—	—	—	65 066	613	—	3	613	65 679
1894	13 951	39 996	—	—	53 947	8 064	—	7	—	—	8 071	—	—	—	—	—	62 018	144	—	2	146	62 164
1895	14 311	39 456	—	—	53 767	9 022	—	8	—	—	9 030	—	3	—	—	3	62 800	103	10	1	114	62 914
1896	14 233	42 637	—	—	56 870	9 018	3	3	1	—	9 025	—	—	—	—	—	65 895	36	—	—	36	65 931
1897	12 815	46 283	—	—	59 098	8 939	—	—	3	—	8 942	—	1	4	—	5	68 045	274	—	—	274	68 319
1898	13 627	47 869	—	—	61 496	8 483	—	2	—	—	8 485	—	1	—	—	1	69 982	196	—	—	196	70 178
1899	12 289	49 684	—	—	61 973	8 374	—	—	2	—	8 376	—	4	—	—	4	70 353	145	—	—	145	70 498
1900	12 195	51 073	—	—	63 268	9 090	—	1	1	—	9 092	1	12	—	—	13	72 373	139	—	—	139	72 512
1901	10 727	53 042	—	—	63 769	10 071	—	—	6	—	10 077	—	15	—	—	15	73 861	63	—	—	63	73 924
1902	10 557	52 188	—	—	62 745	9 115	—	—	1	—	9 116	—	2	—	—	2	71 863	161	40	—	201	72 064
1903	10 437	51 036	—	—	61 473	8 161	—	—	1	—	8 162	—	2	—	—	2	69 637	230	—	—	230	69 867
1904	9 267	51 960	—	—	61 217	8 337	—	—	3	—	8 340	—	1	—	—	1	69 558	389	—	—	389	69 947
1905	12 772	53 676	—	—	66 448	4 169	1	—	1	—	4 171	—	—	—	—	—	70 619	192	—	—	192	70 811
1906	10 509	53 263	—	—	63 772	4 346	1	—	1	—	4 348	—	2	—	—	2	68 122	340	—	—	340	68 462
1907	10 714	53 909	—	—	64 623	3 939	—	3	—	—	3 942	—	—	—	—	—	68 565	218	—	—	218	68 783
1908	10 051	58 954	—	—	69 005	4 121	6	—	—	—	4 127	—	—	—	—	—	73 132	221	—	—	221	73 353
1909	11 233	60 011	—	—	71 244	3 707	—	—	1	—	3 708	—	—	—	—	—	74 952	265	—	—	265	75 217
1910	11 053	55 657	—	—	66 710	4 324	—	53	8	—	4 385	—	—	—	—	—	71 095	459	—	—	459	71 554
1911	8 958	53 016	—	—	61 974	4 277	—	—	—	—	4 277	—	1	19	—	20	66 271	206	—	—	206	66 477
1912	7 123	53 319	—	—	60 442	4 538	—	—	—	—	4 538	—	—	—	—	—	64 980	137	—	—	137	65 117
1913	7 090	50 304	—	—	57 394	4 927	—	—	—	—	4 927	—	—	—	—	—	62 321	52	—	—	52	62 373
1914	8 059	46 381	—	—	54 440	5 333	—	24	736	—	6 093	—	—	—	—	—	60 533	369	6	—	375	60 908
1915	9 606	47 360	—	—	56 966	4 572	—	26	—	—	4 598	—	—	—	—	—	61 564	25	21	—	46	61 610
1916	4 813	12 547	—	1	17 361	4 702	—	44	—	—	4 746	—	—	—	—	—	22 107	—	—	—	—	22 107
1917	2 975	7 241	—	327	10 543	12 641	249	—	—	—	12 890	—	—	—	—	—	23 433	—	—	—	—	23 433
1918	5 052	30	—	76	5 158	9 299	—	—	—	—	9 299	—	—	—	—	—	14 457	—	—	—	—	14 457
1919	2 636	501	—	1	3 138	7 038	—	4	—	—	7 042	—	—	—	—	—	10 180	—	—	—	—	10 180
1920	4 245	2 918	—	—	7 163	4 238	—	—	—	—	4 238	—	—	—	—	—	11 401	—	—	—	—	11 401
1921	22 933	41 113	—	—	64 046	8 416	—	—	—	—	8 416	—	—	—	—	—	72 462	81	—	—	81	72 543
1922	28 859	52 919	—	—	81 778	14 282	—	—	—	—	14 282	—	4	—	—	4	96 064	39	—	—	39	96 103
1923	28 052	44 956	—	3	73 011	10 884	—	11	72	—	10 967	—	—	—	—	—	83 978	31	—	—	31	84 009
1924	23 417	58 066	—	—	81 483	11 268	—	—	10	—	11 278	—	—	—	—	—	92 761	191	1	—	192	92 953
1925	24 771	55 491	—	—	80 262	8 348	—	3	6	—	8 357	—	—	—	—	—	88 619	185	—	2	187	88 806
1926	17 293	53 864	—	3	71 160	7 754	—	—	—	—	7 754	—	—	—	—	—	78 914	138	—	—	138	79 052
1927	12 568	47 294	—	—	59 862	5 249	—	—	—	—	5 249	—	—	—	—	—	65 111	286	—	—	286	65 397
1928	16 902	48 961	—	179	66 042	5 921	—	—	—	—	5 921	—	—	—	—	—	71 963	283	—	—	283	72 246
1929	21 170	50 010	—	46	71 226	5 509	—	3	—	—	5 512	—	—	—	—	—	76 738	110	—	—	110	76 848
1930	20 372	44 543	—	—	64 915	5 805	—	—	1	—	5 806	—	—	8	—	8	70 729	175	—	—	175	70 904
1931	18 049	43 982	—	18	62 049	7 085	—	19	2	—	7 106	—	4	—	—	8	69 163	148	—	—	148	69 311
1932	16 136	43 382	—	—	59 518	7 257	—	5	11	—	7 273	—	—	4	—	—	66 791	—	—	—	—	66 791
1933	17 672	38 658	—	33	56 363	7 069	—	2	67	—	7 138	3	—	1	—	4	63 505	—	—	—	—	63 505
1934	23 107	36 483	—	—	59 590	5 648	—	16	47	—	5 711	3	—	4	—	7	65 308	—	—	—	—	65 308
1935	25 416	31 057	—	—	56 473	6 866	3	12	48	—	6 929	1	—	12	—	13	63 415	—	—	—	—	63 415
1936	29 615	24 766	—	25	54 406	10 041	1	—	61	—	10 103	—	—	—	—	—	64 509	—	—	—	—	64 509
1937	28 634	25 336	—	26	53 996	12 545	1	1	20	—	12 567	—	—	—	—	—	66 563	—	—	—	—	66 563
1938	14 523	32 090	—	—	46 613	16 386	9	6	17	1	16 419	—	—	—	—	1	63 033	—	—	—	—	63 033
1939	10 559	29 655	—	—	40 214	15 027	—	3	100	—	15 130	—	—	—	—	—	55 344	—	—	—	—	55 344
1940	8 962	29 551	—	—	38 513	16 698	34	2	77	—	16 811	—	—	—	—	—	55 324	—	—	—	—	55 324
1941	13 549	31 705	—	—	45 254	18 334	31	78	198	—	18 641	—	555	—	—	555	64 450	—	—	—	—	64 450
1942	18 319	36 443	—	392	55 154	19 572	1 366	—	1 113	97	22 148	615	549	409	6 399	7 972	85 274	—	—	—	—	85 274
1943	6 583	24 901	—	—	31 484	14 880	761	16	905	—	16 562	—	15	—	11	26	48 072	—	153	—	153	48 227
1944	7 247	35 937	—	—	43 184	22 872	293	50	1 084	—	24 299	—	—	5	—	5	67 488	—	—	—	—	67 488
1945	4 256	24 357	—	—	28 613	8 142	685	—	1 388	—	10 215	—	—	—	—	—	38 828	—	—	—	—	38 828
1946	1 523	3 408	—	—	4 931	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 931	—	—	—	—	4 931
1947	5 076	4 839	—	—	9 915	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 915	—	—	—	—	9 915
1948	1 437	2 779	—	—	4 216	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 216	—	—	—	—	4 216
1949	3 876	10 929	44	11	14 860	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 860	68	—	—	68	14 928
1950	16 865	27 095	74	356	44 390	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44 390	1 632	—	—	1 632	46 022
1951	25 302	27 116	23	42	52 483	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52 483	1 027	—	—	1 027	53 510
1952	23 806	26 084	27	16	49 933	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49 933	10	—	—	10	49 943







Jahre	Ham- burg u. Um- gegend	Schles- wig- Holstein	dar- unter Lübeck	Bremen	Nieder- sachsen	darunter		West- falen	Rhein- provinz	Hessen	Baden	Würt- tem- berg	Bayern	übrige jetzt west- deutsch. Gebiete	Brand- en- burg	Berlin	Meck- len- burg	Land u. Provinz Sachsen	Thürin- gen Anhalt	Schle- sien	übrige jetzt ost- deutsch. Gebiete	Aus- land	Versand Ins- gesamt	v H. der inländ. Zu- fahrten	Versandart		
						Braun- schweig	Olden- burg																		Eisen- bahn	Wagen bzw. LKW	
1900	837	1 072	131	145	1 625	.	.	1 555	9 915	—	—	—	—	248	—	12	213	—	—	—	—	—	15 622	31,6	14 015	1 607	
1901	927	1 230	12	215	1 302	.	.	1 387	8 978	—	—	—	—	161	—	69	169	—	—	—	—	—	14 438	29,1	12 861	1 577	
1902	948	1 345	12	65	1 141	.	.	1 895	9 880	—	—	—	—	156	—	156	214	43	—	—	—	—	15 843	31,5	14 175	1 668	
1903	775	1 397	1	55	1 411	.	.	1 874	8 854	—	—	—	—	249	75	435	217	80	—	—	—	—	15 422	32,4	13 778	1 644	
1904	770	1 342	1	73	1 314	.	.	1 754	8 559	—	—	—	—	158	—	125	108	13	—	—	—	—	14 216	32,0	12 685	1 531	
1905	725	993	17	42	959	.	.	2 878	11 557	—	—	—	—	1 137	—	106	156	137	—	—	—	—	18 690	39,9	16 925	1 765	
1906	756	1 323	46	45	1 244	.	.	3 528	7 671	—	—	—	—	608	—	64	69	38	—	—	—	—	15 346	31,3	13 737	1 609	
1907	815	1 413	16	66	1 348	.	.	3 462	7 734	—	—	—	—	819	6	245	112	143	—	—	—	—	16 163	31,3	14 449	1 714	
1908	937	1 870	40	149	1 229	.	.	5 542	7 323	—	—	—	—	1 080	2	282	165	70	—	—	—	—	18 649	33,3	16 594	2 055	
1909	1 007	1 970	16	86	1 151	.	.	5 867	7 637	—	—	—	—	1 538	—	448	176	162	—	—	—	—	20 042	31,0	17 855	2 187	
1910	1 064	1 704	36	233	1 541	.	.	6 260	8 049	—	—	—	—	2 589	14	516	218	144	—	—	—	—	22 332	33,4	20 043	2 289	
1911	802	1 113	—	521	922	43	5	2 983	8 738	159	349	514	292	354	—	769	173	631	—	—	—	—	18 320	29,8	16 519	1 801	
1912	974	1 191	37	75	985	53	20	3 630	8 327	467	95	59	359	313	92	299	310	2 125	—	—	—	—	19 301	30,4	17 344	1 957	
1913	1 406	2 165	31	56	1 921	252	11	2 847	6 503	219	64	—	72	81	24	413	435	1 296	—	—	—	—	17 502	30,5	15 501	2 001	
1914	1 365	2 961	659	438	5 407	1 974	123	2 068	7 171	890	493	58	630	299	165	779	235	4 155	—	—	504	—	27 618	40,8	25 138	2 480	
1915	1 160	6 469	460	2 377	7 221	2 736	189	11 748	20 855	4 353	701	—	643	726	8 119	4 002	2 337	8 038	—	1 250	416	675	81 090	47,9	75 654	5 436	
1916	168	1 712	412	156	3 443	821	41	1 697	1 508	132	133	—	—	—	3 446	389	105	1 119	—	15	—	3 103	17 126	11,6	15 712	1 414	
1917	31	343	—	—	640	336	4	—	2 637	—	—	—	113	1 366	—	412	17	—	—	—	78	1 083	6 720	3,5	6 663	57	
1918	3	1	—	—	28	—	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	—	—	—	—	58	0,0	43	15	
1919	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921	12 007	2 554	35	759	1 133	45	13	3 941	14 380	1 275	637	—	137	—	939	2 650	120	3 954	—	113	40	44	44 683	49,8	33 156	11 527	
1922	16 486	3 499	44	751	1 601	293	31	4 486	22 447	1 986	1 578	40	532	—	142	1 352	48	2 615	—	101	—	—	57 674	46,9	41 344	16 330	
1923	12 818	2 777	130	1 375	2 203	276	30	3 500	18 107	821	927	—	592	—	447	1 852	150	2 722	69	117	—	—	48 477	53,7	35 786	12 691	
1924	13 329	1 842	67	162	2 133	276	12	5 543	9 626	1 924	1 885	42	588	—	496	1 716	229	4 553	90	275	100	10	44 543	43,7	31 524	13 019	
1925	13 848	1 275	25	860	2 932	498	34	5 583	13 383	2 049	1 122	77	439	—	478	2 285	397	4 778	2	43	31	—	49 582	58,8	35 864	13 718	
1926	12 086	755	4	138	2 984	772	121	5 287	11 256	1 178	598	26	350	—	781	655	461	7 291	—	89	9	—	43 944	60,0	31 885	12 059	
1927	12 041	822	—	356	2 641	558	33	5 763	10 272	1 619	843	21	306	—	868	843	377	8 887	947	275	—	—	46 881	70,6	34 858	12 023	
1928	14 432	666	—	277	2 837	395	42	5 286	8 118	364	214	17	91	—	538	603	259	7 096	167	144	12	—	41 121	55,7	26 721	14 400	
1929	16 640	795	5	318	1 882	54	125	4 037	9 136	551	154	13	258	—	702	657	226	6 628	217	223	—	—	42 437	50,4	25 801	16 636	
1930	14 833	627	8	144	1 351	145	60	4 854	8 159	254	178	19	182	—	387	380	192	3 069	270	12	201	—	35 112	39,7	20 290	14 822	
1931	14 362	834	67	79	742	93	—	4 329	7 969	91	95	20	123	—	328	369	222	1 273	323	29	242	—	31 430	31,7	17 097	14 333	
1932	14 568	1 091	18	44	529	22	102	2 842	5 865	224	66	—	158	—	540	887	297	1 674	280	—	15	—	29 080	31,3	14 520	14 560	
1933	12 881	1 328	271	118	550	35	98	3 070	4 878	34	57	—	21	—	152	162	376	1 666	89	20	—	—	25 402	27,5	12 524	12 878	
1934	12 365	1 392	188	50	1 898	481	188	3 651	6 853	297	95	—	12	—	18	322	368	1 042	—	178	52	—	28 583	26,2	16 218	12 365	
1935	13 891	972	45	156	420	96	29	4 903	4 234	489	93	10	—	750	360	186	47	3 059	27	84	60	—	29 741	28,6	15 850	13 891	
1936	11 470	225	—	24	47	—	—	1 785	357	75	25	—	63	69	—	9	74	773	19	275	—	—	15 295	25,1	3 825	11 470	
1937	15 613	381	31	—	907	166	—	1 164	215	27	8	100	28	30	39	146	8	394	1	222	20	—	19 303	20,1	3 690	15 613	
1938	10 930	1 135	—	—	123	—	—	1 539	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 727	14,5	2 797	10 930	
1939	7 989	725	—	—	—	—	—	2 376	1 694	911	400	—	214	199	—	—	142	678	—	—	—	—	15 328	15,8	7 339	7 989	
1940	5 543	117	—	—	—	—	—	996	—	—	—	—	—	—	—	—	—	199	—	—	—	—	6 855	9,3	1 312	5 543	
1941	6 664	1 045	—	—	9	—	—	785	—	—	—	—	—	969	—	—	—	260	—	—	—	—	9 732	11,1	3 068	6 664	
1942	9 998	1 346	—	—	—	—	—	541	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 885	8,3	1 887	9 998	
1943	6 557	410	—	—	333	243	—	184	—	—	—	—	—	—	—	—	—	325	139	—	—	—	7 948	11,2	1 391	6 557	
1944	1 735	696	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 438	3,5	703	1 735	
1945	7 563	—	—	—	—	—	—	284	1 491	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 338	10,9	1 775	7 563	
1946	6 279	—	—	—	—	—	—	250	9 926	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16 455	24,3	10 176	6 279	
1947	5 980	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 980	12,0	—	5 980	
1948	2 027	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 027	13,6	—	2 027	
1949	4 109	2 919	—	—	4 059	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 087	33,6	6 978	4 109	
1950	6 471	2 541	—	60	2 857	402	75	7 825	1 270	2 209	305	999	584	—	—	1 668	—	—	—	—	—	1 652	28 441	47,6	17 981	10 460	
1951	6 519	2 670	—	284	3 585	—	—	7 641	930	1 187	247	1 090	49	—	—	2 121	—	—	—	—	—	—	26 323	39,2	15 445	10 878	
1952	7 064	2 635	887	60	2 521	4	—	6 363	189	994	97	11	75	—	—	698	—	—	—	—	—	—	20 707	32,9	9 674	11 033	

Anhangtabelle 6

## Der Versand von Schweinen vom Hamburger Viehmarkt nach Empfangsgebieten

Jahre	Ham-burg u. Um-gegend	Schles-wig-Holstein	dar-unter Lübeck	Bremen	Nieder-sachsen	darunter										übrige jetzt west-deutsch. Gebiete	Brand-enburg	Berlin	Meck-len-burg	Land u. Provinz Sachsen	Thürin-gen Anhalt	Schle-sien	übrige jetzt ost-deutsch. Gebiete	Aus-land	Versand ins-gesamt	v. H. der in-länd. Zu-fuhren	Versandart	
						Braun-schweig	Olden-burg	West-falen	Rhein-provinz	Hessen	Baden	Würt-tem-berg	Bayern	Eisen-bahn	Wagen bzw. LKW													
1900	299	—	—	126	3 819	—	—	3 116	22 847	1 418	593	—	61	3 419	294	—	—	37 513	—	—	3 094	—	76 599	19,9	75 019	1 580		
1901	903	—	—	96	5 469	—	6	6 922	24 867	1 965	791	38	210	5 146	63	—	—	33 139	—	—	3 145	—	82 754	22,3	80 930	1 824		
1902	1 244	—	—	—	4 438	—	—	7 081	20 886	1 600	168	—	—	6 786	130	—	—	38 323	—	—	2 927	—	83 583	23,8	81 687	1 896		
1903	1 640	—	—	—	4 679	—	—	10 768	17 945	5 182	339	—	1 004	6 299	457	—	—	45 659	—	—	2 583	—	96 555	22,8	94 512	2 043		
1904	1 569	21	21	99	5 633	—	6	12 086	22 636	2 395	680	1 797	888	1 959	404	—	—	32 978	—	2 982	3 769	167	90 063	19,2	88 192	1 871		
1905	808	—	—	—	3 071	—	—	9 463	12 248	4 383	274	718	3 119	3 255	1 378	—	—	56 475	—	439	5 421	—	101 052	23,2	99 005	2 047		
1906	1 519	—	—	—	4 843	—	—	16 895	23 060	5 791	1 236	455	1 513	3 884	125	—	—	56 419	—	90	4 776	—	120 606	27,5	118 308	2 298		
1907	1 480	—	—	—	6 817	—	—	33 433	37 617	7 039	2 776	5 410	5 772	5 251	1 534	—	—	92 766	—	1 578	5 782	14 223	221 478	34,6	217 643	3 835		
1908	920	96	96	—	5 733	—	—	33 565	35 649	3 083	1 705	2 221	3 405	3 603	1 934	—	—	55 701	—	222	4 782	2 973	155 592	26,7	152 725	2 867		
1909	710	—	—	—	5 799	—	—	12 721	27 599	18 042	1 742	1 214	3 843	2 439	1 472	—	—	63 780	—	—	5 072	—	144 433	25,7	141 688	2 745		
1910	1 058	—	—	—	6 964	—	—	10 211	33 244	17 574	5 363	10 207	10 747	5 259	2 853	—	—	71 221	—	—	4 430	—	179 131	28,6	175 880	3 251		
1911	1 102	642	22	315	11 223	1 751	—	9 054	25 074	27 004	7 861	23 588	21 504	5 695	952	3 029	204	83 552	1 874	53	—	92	222 818	29,6	218 947	3 871		
1912	751	299	—	—	14 314	2 821	93	8 131	14 648	26 126	4 436	4 923	26 064	3 493	1 162	4 881	675	85 436	728	724	499	—	197 296	26,7	193 779	3 516		
1913	1 195	308	—	135	13 431	1 143	—	13 755	22 991	16 596	3 992	3 177	13 268	4 318	486	5 159	1 239	82 450	1 573	—	521	—	184 594	25,8	181 227	3 367		
1914	766	134	—	409	8 871	838	82	7 256	14 408	18 424	6 745	4 082	17 323	7 515	1 507	12 787	838	85 027	2 389	15 633	578	—	204 692	22,7	201 201	3 491		
1915	139	3 962	526	151	26 704	7 867	101	7 723	27 374	4 774	2 111	158	3 071	8 190	948	5 598	355	30 538	146	4 036	4 202	—	130 180	17,8	128 267	1 913		
1916	57	350	200	—	—	—	—	—	1 098	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 571	0,7	1 534	37		
1917	—	499	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	499	0,1	499	—		
1918	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1919	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1921	7 309	3 037	99	154	4 903	1 927	—	4 060	16 824	9 320	1 439	29	380	—	117	1 188	60	22 850	—	89	—	—	71 759	35,6	64 589	7 170		
1922	12 577	1 781	119	566	15 945	12 025	25	13 046	35 211	19 416	4 616	136	3 899	—	408	4 637	88	34 076	—	5 985	38	—	152 425	42,3	139 904	12 521		
1923	14 782	3 117	40	692	11 813	6 310	117	19 633	49 623	10 699	11 141	423	1 880	—	501	4 235	148	21 236	568	2 882	—	—	153 373	46,7	138 922	14 451		
1924	16 748	886	87	201	10 243	6 136	—	4 307	9 047	17 139	9 496	2 183	19 193	—	327	7 447	45	55 675	707	2 545	26	—	156 215	36,2	139 704	16 511		
1925	18 806	1 046	—	104	7 111	3 470	87	3 647	13 797	6 298	3 247	1 145	10 457	—	176	2 707	752	46 002	24	1 831	193	—	117 403	26,9	98 563	18 840		
1926	18 740	674	—	76	8 537	3 785	267	2 916	9 531	1 754	2 773	580	1 823	—	272	5 591	1 232	54 772	1 531	649	198	—	111 649	25,3	92 996	18 653		
1927	26 521	374	—	32	9 641	3 901	1 198	5 776	10 820	1 566	4 149	525	19 818	—	1 151	10 012	217	70 740	121 04	6 632	50	—	180 128	28,6	153 936	26 192		
1928	41 856	5 683	—	—	7 325	2 364	806	7 699	16 684	4 599	5 646	868	24 531	—	711	16 061	611	54 054	3 061	4 422	29	—	193 840	29,5	152 298	41 542		
1929	33 231	35	—	—	1 802	463	141	997	7 557	362	2 529	94	15 533	—	1 055	6 224	824	42 708	5 620	7 302	12	—	125 885	24,8	92 876	33 009		
1930	45 101	70	9	47	6 086	1 018	2 118	3 858	14 483	1 901	11 092	—	15 963	—	259	2 758	410	39 256	4 648	3 290	29	72	149 317	27,6	104 308	45 009		
1931	62 694	532	—	45	4 527	2 029	1 728	2 994	10 260	1 290	3 035	95	10 011	2 835	604	3 139	475	19 915	2 432	1 565	115	1 365	127 928	22,0	65 260	62 668		
1932	61 530	397	—	55	6 404	4 894	690	1 060	7 189	3 469	1 195	243	13 421	75	708	2 133	737	14 367	756	1 020	—	—	114 759	23,6	53 246	61 513		
1933	45 673	127	—	132	6 366	5 671	169	729	5 896	522	929	81	7 949	57	176	474	573	12 621	374	602	—	—	83 301	20,4	37 636	45 665		
1934	73 955	329	—	58	14 271	9 585	3 778	3 667	9 959	817	408	129	7 532	209	372	579	96	12 212	—	186	171	—	124 950	22,9	50 997	73 953		
1935	85 482	180	—	—	8 013	4 953	—	598	4 454	224	60	—	1 108	89	42	—	—	4 777	—	158	—	—	105 185	27,1	19 703	85 482		
1936	249 036	654	—	—	2 228	900	—	191	1 582	170	—	90	935	1 709	—	—	4	3 498	234	82	—	—	260 413	39,4	11 377	249 036		
1937	225 423	4 494	—	—	5 310	498	872	731	1 825	192	—	—	—	587	13	—	395	663	—	3	—	—	239 636	36,8	14 213	225 423		
1938	102 739	—	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	102 769	20,9	30	102 739		
1939	65 929	2 754	—	—	1 096	—	602	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	69 779	12,8	3 850	65 929		
1940	25 585	251	—	—	365	—	—	—	124	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 325	5,4	740	25 585		
1941	20 075	4 573	—	—	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24 747	6,5	4 672	20 075		
1942	9 504	2 052	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 556	5,3	2 052	9 504		
1943	9 988	568	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 556	5,8	568	9 988		
1944	19 818	1 063	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 881	6,5	1 063	19 818		
1945	6 370	920	—	—	—	—	—	4 506	5 086	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16 882	14,7	10 512	6 370		
1946	545	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	545	7,0	—	545		
1947	1 050	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 050	13,4	—	1 050		
1948	235	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	235	7,4	—	235		
1949	10 193	988	—	—	1 906	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 087	14,8	2 894	10 193		
1950	21 437	3 484	—	325	3 711	318	—	2 009	1 087	4 671	626	1 693	1 778	—	—	1 962	—	—	—	—	—	—	42 908	18,1	12 641	30 287		
1951	23 168	4 795	—	149	6 307	—	—	7 230	782	1 394	55	169	1 049	75	—	5 219	—	—	—	—	—	—	50 392	12,6	18 435	31 957		
1952	30 313	6 832	749	127	6 486	—	621	9 629	167	532	74	1 687	5 521	—	—													

## Anhangtabelle 7

## Der Versand von Kälbern und Schafen vom Hamburger Viehmarkt nach Empfangsgebieten

Jahre	Hamburg u. Umgegend	Schleswig-Holstein	darunter Lübeck	Bremen	Niedersachsen	darunter		Westfalen	Rheinprovinz	Hessen	Baden	Württemberg	Bayern	übrige jetzt westdeutsch. Gebiete	Brandenburg	Berlin	Mecklenburg	Land u. Provinz Sachsen	Thüringen Anhalt	Schlesien	übrige jetzt ostdeutsch. Gebiete	Ausland	Versand insgesamt	v. H. der inländ. Zufuhren	Versandart	
						Braunschweig	Oldenburg																		Eisenbahn.	Wagen bzw. LKW
<b>Kälber</b>																										
1928	11 037	103	—	35	681	392	—	421	868	1 374	1 261	85	104	—	—	3 386	6	2 179	115	68	—	—	21 723	30,2	10 737	10 986
1929	11 037	261	28	—	224	74	—	92	506	2 610	1 528	—	44	—	11	2 744	6	3 698	311	881	—	—	24 143	31,5	13 118	11 025
1930	9 171	106	34	2	29	—	—	13	1 073	4 161	1 969	97	92	—	36	827	—	3 923	384	186	—	—	22 069	31,2	12 898	9 171
1931	9 392	150	50	—	47	10	—	1	141	2 738	937	273	67	288	2	762	22	4 010	11	2	—	—	18 843	27,2	9 452	9 391
1932	9 663	234	24	—	42	—	—	89	109	2 145	551	89	136	128	—	553	9	4 084	—	4	—	—	17 836	26,7	8 176	9 660
1933	9 403	637	1	—	51	—	—	1	350	1 330	998	402	77	—	—	461	—	4 176	—	2	—	—	17 891	28,2	8 493	9 398
1934	9 255	354	141	—	95	—	—	54	365	630	339	155	43	—	—	285	—	4 312	—	47	—	—	15 934	24,4	6 688	9 248
1935	9 667	33	—	—	222	45	—	1 043	739	364	697	235	—	1 346	—	300	—	4 613	—	1	—	—	19 100	30,1	9 443	9 667
1936	10 175	110	—	—	200	9	—	902	672	360	2 246	73	62	359	—	645	—	5 613	—	—	—	—	21 417	33,2	11 242	10 175
1937	11 707	498	6	—	281	197	—	3 043	26	258	20	—	—	—	—	60	—	788	2	—	—	—	16 683	25,1	4 976	11 707
1938	7 445	79	—	—	139	81	—	3 250	—	—	—	—	—	29	—	—	—	268	—	—	—	—	11 210	17,8	3 765	7 445
1939	4 751	—	—	—	10	10	—	1 764	—	—	41	—	—	—	—	—	—	242	—	—	—	—	6 808	12,3	2 057	4 751
1940	3 554	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 569	6,5	15	3 554
1941	3 563	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 573	5,5	10	3 563
1942	9 033	1 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 133	11,9	1 100	9 033
1943	5 157	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 157	10,7	—	5 157
1944	3 752	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 752	5,6	—	3 752
1945	2 087	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 087	5,4	—	2 087
1946	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	0,5	—	26
1947	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	0,3	—	28
1948	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36	0,9	—	36
1949	703	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	724	4,9	21	703
1950	1 553	518	—	—	257	52	21	163	97	24	56	101	4	—	—	240	—	—	—	—	—	—	3 013	6,8	810	2 203
1951	1 810	328	—	—	165	—	—	172	18	9	50	40	30	—	—	148	—	—	—	—	—	—	2 770	5,3	510	2 260
1952	1 554	346	3	—	302	—	—	15	11	604	—	—	—	—	—	31	—	—	—	—	—	—	2 863	5,7	890	1 973
<b>Schafe</b>																										
1928	6 642	701	10	435	706	20	—	4	76	—	505	—	—	—	—	1 584	470	1 780	206	50	—	—	13 159	21,2	6 529	6 630
1929	6 694	574	—	475	797	—	17	—	—	—	175	—	—	—	—	1 392	352	1 033	26	—	—	—	11 568	19,2	4 874	6 694
1930	7 676	261	—	521	647	—	—	9	15	68	468	—	—	—	126	2 821	144	620	82	—	—	—	13 458	19,7	5 782	7 676
1931	7 995	563	18	292	702	—	—	—	983	35	604	33	—	—	17	1 841	298	2 460	72	66	—	—	15 961	20,7	7 966	7 995
1932	7 891	69	—	687	805	—	—	—	235	—	399	—	—	—	—	1 115	37	1 678	126	—	—	—	13 042	17,2	5 151	7 891
1933	7 960	60	20	509	750	—	—	163	45	—	683	—	—	—	14	421	76	1 373	—	—	—	—	12 054	16,9	4 094	7 960
1934	7 264	378	62	635	55	—	—	101	272	—	515	—	—	—	—	1 258	83	1 094	—	—	—	—	11 658	19,1	4 391	7 264
1935	5 271	203	—	66	249	100	—	—	8	—	39	—	—	—	30	2 306	110	1 568	—	—	—	—	9 850	18,5	4 579	5 271
1936	6 973	759	—	37	715	615	—	1 274	783	83	79	—	—	—	—	1 434	15	2 553	—	43	477	—	15 225	26,0	8 252	6 973
1937	8 756	1 687	—	162	851	802	—	313	—	—	—	44	10	—	302	963	—	370	—	—	—	—	13 621	20,1	4 865	8 756
1938	4 429	20	—	131	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 580	6,4	151	4 429
1939	1 555	51	—	—	—	—	—	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 640	3,6	85	1 555
1940	211	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211	0,5	—	211
1941	1 031	—	—	—	5	—	—	110	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 146	2,1	115	1 031
1942	1 079	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 079	2,5	—	1 079
1943	1 353	—	—	—	—	—	—	488	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 841	4,2	488	1 353
1944	1 165	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 176	2,0	11	1 165
1945	293	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	293	1,2	—	293
1946	37	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	1,2	6	37
1947	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	0,1	—	2
1948	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	87	0,7	—	87
1949	2 464	2 038	—	—	678	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 180	7,0	2 716	2 464
1950	2 110	6 027	—	—	264	—	70	420	—	13	—	—	43	—	—	472	—	—	—	—	—	—	9 394	13,8	1 501	7 893
1951	1 242	765	—	50	437	—	—	12	1 446	—	—	—	—	—	—	653	—	—	—	—	—	—	4 605	9,8	2 621	1 984
1952	1 641	946	—	—	153	—	—	624	200	—	—	1 453	—	—	—	127	—	—	—	—	—	—	5 144	8,7	2 528	2 616

Anhangtabelle 8

## Der Versand von Kälbern und Schafen vom Hamburger Viehmarkt

Jahre	Kälber				Schafe			
	Versand insgesamt	v. H. der inländ. Zufuhren	Versandart Eisenbahn    Wagen bzw. LKW		Versand insgesamt	v. H. der inländ. Zufuhren	Versandart Eisenbahn    Wagen bzw. LKW	
1900	2 838	3,9	2 703	135	5 756	5,5	.	.
1901	2 966	4,0	2 830	136	6 121	5,9	.	.
1902	2 769	3,9	2 660	109	6 301	6,2	.	.
1903	2 786	4,0	2 678	108	4 823	4,9	.	.
1904	4 469	6,4	4 275	194	5 664	5,4	.	.
1905	4 722	6,7	4 549	173	5 091	4,9	.	.
1906	4 529	6,6	4 365	164	7 112	6,5	.	.
1907	6 002	8,8	5 800	202	6 750	6,0	.	.
1908	8 762	12,0	8 477	285	9 665	8,7	.	.
1909	7 899	10,5	7 666	233	7 255	6,3	.	.
1910	7 643	10,8	7 431	212	7 666	6,6	.	.
1911	5 732	8,6	5 549	183	6 849	6,4	.	.
1912	7 271	11,2	7 123	148	8 138	7,3	.	.
1913	6 171	9,9	6 054	117	7 646	7,0	.	.
1914	5 579	9,2	5 462	117	10 139	9,1	.	.
1915	3 787	6,2	3 702	85	11 620	11,9	.	.
1916	1 635	7,4	1 604	31	1 833	4,1	.	.
1917	—	—	—	—	—	—	—	—
1918	—	—	—	—	—	—	—	—
1919	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	—	—	—	—	—	—	—	—
1921	8 868	12,2	4 549	4 319	30 228	26,7	.	.
1922	12 050	12,5	6 074	5 976	22 264	22,7	15 609	6 655
1923	11 632	13,9	5 795	5 837	18 854	25,9	12 820	6 034
1924	13 349	14,4	7 327	6 022	26 165	27,9	19 391	6 774
1925	16 368	18,5	9 044	7 324	28 481	27,1	19 288	9 193
1926	22 660	28,7	13 357	9 303	15 453	23,7	9 432	6 021
1927	17 070	26,2	7 844	9 226	14 948	22,6	8 896	6 052

Anhangtabelle 9

## Versand von ausl. Rindern vom Hamburger Viehmarkt nach Empfangsgebieten

	1914	1915	1916	1921	1922	1923	1924	1925
Hamburg und Umgegend	—	—	—	—	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	95	145	59	10	17	45	34	—
darunter: Lübeck	59	121	59	—	—	35	24	—
Bremen	1 016	57	167	332	35	95	20	—
Niedersachsen	1 943	2 748	—	1 285	202	397	288	—
darunter: Braunschweig	984	2 241	—	12	87	32	67	—
Oldenburg	100	28	—	—	—	—	—	—
Westfalen	4 465	5 600	350	8 340	666	1 793	1 458	19
Rheinprovinz	4 598	12 800	385	19 394	4 888	5 968	1 824	—
Hessen	1 082	881	90	1 106	59	125	41	—
Baden	315	63	—	3 483	89	193	30	—
Württemberg	13	—	—	10	—	—	15	—
Bayern	1 343	131	—	732	41	106	127	—
übrige, jetzt westdeutsche Gebiete	88	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	298	301	—	254	—	44	—	—
Berlin	656	3 164	32	1 460	18	225	98	—
Mecklenburg	—	54	—	26	—	—	—	—
Land- und Provinz Sachsen	1 950	2 690	48	1 540	176	187	241	—
Thüringen	—	—	—	—	—	—	20	—
Anhalt	—	—	—	—	—	9	—	—
Schlesien	380	127	—	115	—	6	35	—
übrige, jetzt ostdeutsche Gebiete	—	393	—	30	—	—	—	—
Ausland	—	—	—	53	—	224	29	—
<b>Versand insgesamt</b>	<b>18 242</b>	<b>29 154</b>	<b>1 131</b>	<b>38 170</b>	<b>6 191</b>	<b>9 417</b>	<b>4 260</b>	<b>19</b>
v. H. der ausländischen Zufuhren	24,5	43,6	3,9	77,2	49,0	60,3	41,1	0,05
<b>Versandart:</b>								
Eisenbahn	17 217	27 294	1 059	38 170	6 191	9 417	4 260	19
Wagen bzw. Lkw	1 025	1 860	72	—	—	—	—	—

Anhangtabelle 10

Die Entwicklung des Viehbestandes (Rindvieh, Schweine, Schafe) in den  
Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen seit 1873

Jahre <sup>3)</sup>	Schleswig-Holstein <sup>1)</sup>				Niedersachsen <sup>2)</sup>			
	Rindvieh		Schweine	Schafe	Rindvieh		Schweine	Schafe
	insgesamt	darunter Milchkühe			insgesamt	darunter Milchkühe		
	in 1000 Stück				in 1000 Stück			
1	2	3	4	5	6	7	8	
1873	736,2	421,4 <sup>4)</sup>	185,3	434,5	1 204,9	726,4 <sup>4)</sup>	652,3	2 371,4
1883	727,5	412,4 <sup>4)</sup>	268,1	320,8	1 175,7	712,4 <sup>4)</sup>	974,4	1 910,4
1892	823,5	445,7 <sup>4)</sup>	345,0	289,5	1 344,1	794,9 <sup>4)</sup>	1 335,1	1 497,8
1897	870,5		482,4	250,7	1 450,0		1 676,0	1 247,3
1900	899,0	442,7 <sup>4)</sup>	611,7	235,2	1 516,1	841,5 <sup>4)</sup>	1 981,4	1 076,1
1904	974,5	463,7 <sup>4)</sup>	806,5	193,0	1 588,1	862,7 <sup>4)</sup>	2 398,1	823,1
1907	1 048,5	455,2	1 129,0	216,5	1 738,9	910,4	2 960,7	824,3
1912	1 089,2	466,1	1 400,3	160,3	1 748,8	870,7	3 584,2	587,3
1913	1 141,4	532,0 <sup>4)</sup>	1 763,6	154,7	1 855,7	984,5 <sup>4)</sup>	4 290,8	587,6
1914	1 210,4	536,5 <sup>4)</sup>	1 734,7	168,9	2 006,9	1 006,7 <sup>4)</sup>	4 370,2	612,7
1915	1 076,7	485,9 <sup>4)</sup>	631,3	149,1	1 840,5	948,3 <sup>4)</sup>	2 163,1	549,3
1916	1 129,3	454,1	600,8	159,5	1 872,3	836,5	1 973,5	528,7
1917	1 015,7	407,0	247,2	163,7	1 731,9	766,4	1 121,8	537,5
1918	874,5	370,0	285,2	173,2	1 532,2	746,2	1 152,2	590,4
1919	947,3	387,6	442,1	209,0	1 564,1	758,9	1 509,3	680,9
1920	768,9	323,3	495,7	188,8	1 661,0	782,6	1 854,8	794,7
1921	772,5	325,8	774,9	144,3	1 674,0	813,5	2 299,7	713,8
1922	766,8	329,4	640,8	135,4	1 637,6	817,6	2 035,7	648,9
1923	763,6	326,4	749,8	165,4	1 730,1	845,4	2 590,8	719,0
1924	818,5	356,2	831,9	138,8	1 829,2	912,9	2 654,4	636,8
1925	832,5	366,0	857,6	111,0	1 816,1	925,4	2 625,8	491,8
1926	838,5	371,5	1 197,2	106,3	1 811,7	933,9	3 221,6	407,7
1927	900,2	391,0	1 562,2	106,3	1 948,2	962,9	4 153,0	385,7
1928	933,7	396,7	1 222,8	97,7	1 999,1	967,5	3 777,0	343,3
1929	926,1	398,8	1 256,1	101,6	1 970,5	966,7	3 838,2	324,4
1930	941,2	400,8	1 178,2	116,2	2 036,2	988,3	4 208,7	335,6
1931	953,0	399,9	1 075,1	116,9	2 120,2	1 013,3	4 088,0	337,8
1932	957,0	409,6	947,7	107,5	2 100,9	1 031,8	3 835,3	331,3
1933	1 004,3	427,6	962,1	110,1	2 175,4	1 069,7	3 955,4	340,5
1934	994,7	438,5	840,6	119,1	2 174,0	1 083,8	3 669,3	346,4
1935	987,6	433,4	830,3	134,9	2 202,4	1 062,7	3 680,7	371,7
1936	1 041,6	440,5	928,9	152,9	2 279,4	1 066,7	3 977,8	409,0
1937	1 095,2	455,1	765,2	164,9	2 336,1	1 068,4	3 293,6	446,9
1938	1 069,7	429,2	817,3	181,8	2 251,0	1 018,9	3 519,9	443,0
1939	1 066,8	435,4	980,0	194,5	2 271,3	1 031,0	4 031,0	438,1
1940	1 056,3	435,7	736,5	196,1	2 252,0	1 027,2	3 167,1	446,4
1941	1 020,7	436,1	576,8	190,4	2 215,1	1 034,8	2 571,4	449,5
1942	984,4	435,7	419,1	180,2	2 139,0	1 025,7	1 981,0	478,3
1943	1 036,4	444,5	569,3	214,9	2 237,1	1 058,6	2 323,6	543,8
1944	1 094,1	463,6	516,9	223,4				
1945	993,6	438,3	348,1	184,7	2 146,3	1 042,9	1 656,4	519,6
1946	928,9	407,0	329,1	173,5	1 968,4	999,9	1 508,7	509,9
1947	869,8	375,9	339,0	163,8	1 836,8	907,6	1 312,6	531,0
1948	914,2	387,4	460,2	182,5	1 937,7	903,8	1 788,8	575,3
1949	950,1	423,1	774,5	154,2	2 083,2	978,6	2 707,6	474,3
1950	998,6	458,4	1 031,5	129,4	2 145,6	1 030,0	3 334,0	366,4
1951	993,9	454,1	1 122,3	130,4	2 132,8	1 030,5	3 709,3	364,4
1952	1 045,0	453,4	1 121,8	129,0	2 254,0	1 046,1	3 791,8	348,2

<sup>1)</sup> nach dem jeweiligen Gebietsstand

<sup>2)</sup> bis 1945 die Viehzahlen aus den Gebieten der ehemaligen Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe

<sup>3)</sup> Allgemeine Viehzählungen fanden jeweils an einem der ersten Tage im Dezember statt. Ausnahmen: 1873 und 1883 am 10. Januar, 1923 am 1. Oktober.

<sup>4)</sup> einschließlich Schlacht- und Mastvieh, Färsen und Kalbinnen über 2 Jahre alt

## Anhangtabelle 11

## Der Viehbestand (Rindvieh, Schweine und Schafe) in Schleswig-Holstein und in den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade des Landes Niedersachsen am 3. Dezember 1952

Stadt- und Landkreise	Rindvieh		Schweine			Schafe
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>1)</sup>	insgesamt	darunter		
				Ferkel und Jung- schweine noch nicht 1/2-Jahr alt	Schlacht- und Mastschweine <sup>2)</sup>	
1	2	3	4	5	6	
Stadtkreis Flensburg	1 318	704	2 838	1 885	713	193
„ Kiel	1 071	476	3 044	1 624	1 305	400
„ Lübeck	5 991	3 070	10 398	6 325	3 380	963
„ Neumünster	1 336	532	3 806	2 171	1 526	591
Landkreis Eckernförde	48 925	24 454	64 564	44 016	14 087	4 054
„ Eiderstedt	24 297	8 742	8 172	5 954	1 346	15 215
„ Eutin	32 025	16 249	34 883	22 326	9 541	2 410
„ Flensburg	73 856	34 475	89 443	69 311	12 082	2 597
„ Herzogtum Lauenburg	52 306	28 531	83 278	54 106	21 652	6 701
„ Husum	65 869	22 856	48 078	37 551	5 506	19 499
„ Norderdithmarschen	54 745	16 417	40 409	29 085	6 433	7 247
„ Oldenburg i. H.	49 094	24 532	49 518	32 259	12 816	4 771
„ Pinneberg	49 370	21 551	67 592	46 155	16 677	4 412
„ Plön	66 461	33 359	77 502	52 403	17 385	6 064
„ Rendsburg	104 889	44 116	105 623	77 213	18 758	4 014
„ Schleswig	84 562	38 156	97 979	75 691	12 935	2 885
„ Segeberg	84 249	39 482	93 734	67 436	18 003	4 350
„ Steinburg	79 596	30 248	88 795	65 628	15 328	6 472
„ Stormarn	47 073	26 030	60 704	39 584	16 117	4 547
„ Süderdithmarschen	63 913	20 147	61 520	46 623	8 686	10 640
„ Süd-Tondern	54 012	19 204	29 920	23 058	3 791	20 952
<b>Land Schleswig-Holstein</b>	<b>1 044 957</b>	<b>453 361</b>	<b>1 121 800</b>	<b>800 404</b>	<b>218 067</b>	<b>128 977</b>
dagegen 1951	993 901	454 120	1 122 305	807 904	216 151	130 432
1950	998 595	458 399	1 031 449	720 585	200 334	129 366
1949	950 080	423 083	774 489	503 384	193 842	154 220
1948	914 222	387 415	460 188	269 044	125 864	182 507
1938	1 069 722	429 225	817 308	529 056	207 078	181 775
Stadtkreis Celle	588	255	1 637	668	915	82
„ Lüneburg	396	136	1 469	481	954	57
„ Wolfsburg	257	179	594	294	196	33
Landkreis Burgdorf	34 702	17 024	50 162	29 786	16 497	6 086
„ Celle	37 125	16 874	61 912	38 416	18 619	6 701
„ Dannenberg	42 671	19 794	77 301	49 790	21 126	3 263
„ Fallingb. ostel	28 529	13 037	65 515	42 339	14 639	5 567
„ Gifhorn	54 943	27 738	108 272	68 289	31 785	11 069
„ Harburg	48 959	23 281	78 900	49 643	23 675	3 570
„ Lüneburg	27 786	14 552	59 254	35 916	18 808	3 199
„ Soltau	17 254	8 918	37 396	24 357	9 912	6 582
„ Uelzen	40 040	19 555	93 583	57 130	29 989	3 431
<b>Reg.-Bezirk Lüneburg</b>	<b>333 250</b>	<b>161 343</b>	<b>635 995</b>	<b>397 109</b>	<b>187 115</b>	<b>49 640</b>
dagegen 1951	318 637	159 706	635 427	402 194	181 719	54 370
1950	316 377	157 578	550 482	344 718	153 152	56 705
1949	309 500	149 941	460 558	267 110	148 680	78 461
1948	294 250	141 253	337 907	195 324	103 261	99 047
1938	322 408	152 228	686 747	412 376	219 978	56 126
Stadtkreis Cuxhaven	2 251	815	1 973	1 092	731	242
Landkreis Bremervörde	68 841	30 580	104 114	77 290	17 440	3 227
„ Land Hadeln	60 233	20 602	35 882	23 145	9 628	4 840
„ Osterholz	43 578	17 108	38 836	27 381	7 939	1 415
„ Rotenburg	36 893	17 750	67 377	48 836	11 802	2 027
„ Stade	75 086	27 316	83 655	55 961	21 354	7 462
„ Verden	38 527	16 619	81 709	57 648	15 376	1 861
„ Wesermünde	79 581	27 846	59 263	39 860	13 900	4 301
<b>Reg.-Bezirk Stade</b>	<b>404 990</b>	<b>158 636</b>	<b>472 809</b>	<b>331 213</b>	<b>98 170</b>	<b>25 375</b>
dagegen 1951	382 397	156 756	443 320	312 700	89 487	27 905
1950	385 553	155 719	397 463	270 570	84 286	31 495
1949	373 335	149 880	312 425	194 973	82 988	48 284
1948	348 871	142 068	202 202	118 701	56 374	66 544
1938	405 408	149 679	396 614	256 091	99 139	41 178

1) auch Zugkühe (Kühe zur Milchgewinnung und Arbeit).

2) einschl. der zur Mast aufgestellten Sauen und kastrierten Eber.



Anhangtabelle 12

Die Entwicklung des Viehbestandes (Rindvieh, Schweine, Schafe) in Dänemark seit 1898

Jahre	Rindvieh	Schweine	Schafe	Jahre	Rindvieh	Schweine	Schafe
	in 1000 Stück				in 1000 Stück		
1898	1 749	1 168	1 181	1932	3 237	4 384	193
1903	1 840	1 457	877	1934	3 062	3 331	175
1909	2 254	1 468	727	1936	3 116	3 059	174
1916	2 290	1 983	254	1938	3 186	3 066	187
1921	2 591	1 430	522	1940	2 976	2 189	143
1922	2 525	1 899	442	1942	2 919	1 211	180
1924	2 666	2 862	302	1944	3 237	1 646	213
1926	2 840	3 034	235	1946	3 014	1 830	91
1928	3 021	3 360	233	1948	2 949	2 684	65
1930	3 057	4 872	191	1950	3 053	3 235	61

Die Durchschnittspreise in M/RM/DM für die einzelnen Viehgattungen

Anhangtabelle 13 am Hamburger Viehmarkt für 50 kg Lebendgewicht

Jahre	Ochsen			Bullen			Kühe				Färsen		
	vollfleisch. ausgem. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch.	fleischige	jüngere vollfleisch. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch. oder ausgem.	fleischige	jüngere vollfleisch. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch. oder ausgem.	fleischige	gering genährte	vollfleisch. ausgem. höchsten Schlachtw.	sonstige vollfleisch.	fleischige
1910	44,69	41,26	37,39	42,47	42,47	39,89					43,96	40,67	37,06
1911	46,86	43,66	39,90	45,55	44,07	41,47					45,89	43,01	39,68
1912	50,29	46,66	42,47	48,19	46,66	43,74					49,21	46,07	42,24
1913	50,57	47,29	43,20	49,11	48,19	44,72					49,99	46,86	43,06
1914	48,51	45,24	41,37	46,56	45,70	42,29					47,93	44,92	41,28
1924	48,00	43,00	36,00	41,00	37,00	31,00	43,00	36,00	27,00	17,00	48,00	43,00	36,00
1925	56,00	49,00	41,00	51,00	45,00	38,00	51,00	43,00	31,00	19,00	56,00	49,00	41,00
1926	55,00	49,00	42,00	51,00	46,00	40,00	50,00	42,00	32,00	20,00	55,00	49,00	42,00
1927	59,30	53,40	46,30	55,50	50,30	44,30	51,00	44,50	35,20	22,20	59,30	53,40	46,30
1928	57,60	51,00	43,10	52,50	47,10	40,80	47,80	40,60	31,50	19,70	57,60	51,00	43,10
1929	57,20	51,50	43,70	53,00	48,00	40,00	47,10	40,90	30,80	20,50	57,20	51,50	43,70
1930	57,20	51,30	44,20	53,30	48,10	41,50	46,60	40,40	31,40	20,50	—	—	—
1931	44,80	40,20	33,90	38,40	34,30	29,20	33,60	28,70	22,40	14,60	—	—	—
1932	32,70	28,70	23,10	25,60	21,80	17,10	24,90	20,30	14,90	9,30	32,90	28,80	24,20
1933	30,80	28,10	23,80	26,80	23,70	18,30	25,30	22,20	17,20	11,50	31,20	28,40	24,00
1934	33,50	29,50	25,20	29,50	26,10	22,00	27,90	24,30	19,90	12,90	33,60	29,90	25,60
1935	40,60	39,10	34,80	39,10	37,40	33,20	38,70	35,70	30,80	24,00	40,60	39,10	34,50
1936	43,30	39,90	35,00	41,60	38,30	33,50	41,30	37,70	32,10	24,30	42,40	39,10	34,30
1937	43,30	39,30	34,00	41,30	37,30	32,30	41,30	37,30	31,20	22,20	42,30	38,30	33,10
1938	43,80	39,80	34,80	41,80	37,80	32,80	41,80	37,60	31,10	21,60	42,80	38,80	33,80
1939	45,20	41,20	36,20	43,20	39,20	34,20	43,20	39,20	33,10	22,90	44,10	40,10	35,00
1950	75,80	68,00	58,90	74,80	68,30	60,30	70,30	62,70	54,50	43,00	75,60	67,70	58,70
1951	84,70	75,50	66,80	84,70	79,40	74,80	77,10	70,00	63,90	53,10	84,80	75,70	66,60
1952	94,90	86,10	74,20	92,30	85,40	79,00	81,30	73,10	66,00	52,90	96,00	87,00	74,50

Anhangtabelle 14

Jahre	Kälber			Schweine						Lämmer, Hammel				Schafe		
	beste Mast- u. Saug- kälber	mittl. Mast- u. Saug- kälber	geringe Kälber	von 150 kg und mehr	von 135 kg bis 149,5 kg	von 120 kg bis 134,5 kg	von 100 kg bis 119,5 kg	von 80 kg bis 99,5 kg	fette Speck- sauen	beste Mast- lämmer (Weidemast)	beste jüngere Mast- hammel	mittl. Mastläm- mer u. ält. Mast- hammel	geringe Lämmer und Hammel	beste Schafe	mittl. Schafe	geringe Schafe
1910	67,86	60,37	51,32	52,45	.	51,92	50,96	50,83	48,72	39,50	.	36,05	32,49	.	.	.
1911	68,57	60,75	51,38	45,71	.	45,16	44,39	44,29	41,29	41,58	.	37,98	33,38	.	.	.
1912	69,34	62,25	53,33	58,79	.	58,15	56,64	56,27	54,83	43,97	.	40,52	36,08	.	.	.
1913	70,55	64,10	55,73	57,04	.	56,86	56,52	56,35	53,80	48,01	.	44,17	39,11	47,80	44,17	.
1914	64,03	57,52	49,64	48,10	.	47,60	46,54	46,30	43,10	46,49	.	42,33	36,11	.	.	.
1924	79,00	66,00	49,00	66,00	64,00	64,00	62,00	62,00	57,00	48,00	.	41,00	26,00	.	.	.
1925	84,00	72,00	56,00	78,00	76,00	76,00	75,00	75,00	68,00	54,00	.	47,00	28,00	.	.	.
1926	81,00	71,00	58,00	77,00	77,00	77,00	77,00	77,00	68,00	57,00	.	50,00	30,00	.	.	.
1927	85,20	75,00	61,40	62,80	62,10	62,10	61,00	61,00	54,00	60,50	.	53,80	36,50	.	.	.
1928	85,20	75,10	62,90	65,00	64,40	64,40	63,70	63,70	56,40	62,40	.	54,20	35,10	.	.	25,90
1929	87,60	77,50	65,70	78,50	78,50	78,50	78,00	78,00	70,00	64,50	.	56,20	34,40	.	.	23,10
1930	81,20	71,00	61,70	64,10	64,40	64,40	65,10	65,10	54,90	58,80	.	50,20	31,90	.	.	22,60
1931	61,30	53,40	45,30	48,80	47,60	47,60	46,30	46,30	39,90	41,80	.	34,00	20,85	.	.	15,10
1932	46,10	38,90	31,00	40,70	40,10	40,10	39,70	37,40	32,80	31,70	.	25,80	14,00	.	.	8,70
1933	43,40	36,40	28,80	41,60	40,50	40,50	39,70	37,80	34,00	32,30	30,40	26,50	14,80	25,00	20,30	9,30
1934	50,80	40,80	29,50	49,00	45,00	45,00	43,30	41,00	42,10	38,40	35,90	31,70	17,80	30,90	25,00	10,60
1935	61,60	53,40	42,90	50,00	49,50	49,50	48,20	46,70	48,30	46,80	43,20	39,20	28,15	39,30	33,30	23,00
1936	70,00	61,50	50,30	55,00	53,50	53,50	51,00	49,00	53,50	52,60	48,80	41,40	33,90	44,60	37,40	30,40
1937	62,50	55,50	45,10	51,50	51,50	51,50	50,50	47,50	51,50	50,50	49,00	42,00	28,90	43,40	33,60	24,00
1938	63,00	57,00	47,80	55,30	54,30	53,30	50,80	47,80	52,50	49,50	49,40	40,60	29,00	39,90	38,00	26,10
1939	63,00	57,00	48,00	56,30	55,30	54,70	51,30	48,30	53,50	49,30	47,80	41,80	34,30	40,00	37,70	28,70
1950	102,50	91,30	77,10	122,10	120,40	118,90	117,50	110,50	116,10	72,90	72,70	61,90	42,20	68,60	56,90	38,80
1951	133,60	118,70	98,80	131,20	130,10	129,10	127,30	120,10	121,70	92,90	92,90	80,50	60,20	83,40	70,90	51,70
1952	142,46	130,30	111,10	120,10	119,10	118,20	116,50	110,80	113,20	84,00	90,50	79,20	59,80	78,50	68,20	51,60

## Anhangtabelle 15

## Die Schlachtungen von Inlands- und Auslandstieren auf den Hamburger Schlachthofanlagen

Jahresdurchschnitt — Jahre	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen				
1871/1880	14 848	14 068	66 907	7 845	—	.				
1881/1890	13 875	13 538	66 336	8 188	—	.				
1891	17 338	15 015	74 723	12 449	—	.				
1892	19 106	16 748	72 523	20 042	—	.				
1893	53 452	30 908	115 641	67 256	—	.				
1894	74 634	42 209	176 034	73 767	—	.				
1895	70 665	49 227	216 136	69 743	1 344	.				
1896	50 751	50 534	238 616	70 698	3 095	.				
1897	55 710	53 649	224 805	78 011	3 587	.				
1898	42 051	55 606	197 033	76 995	3 814	.				
1899	39 779	55 802	225 461	82 513	3 738	.				
1900	45 369	57 454	255 987	83 920	3 618	.				
1901	47 628	58 677	243 078	84 146	3 904	.				
1902	49 977	57 935	228 279	85 292	4 519	.				
1903	53 973	56 173	282 886	84 514	4 595	.				
1904	57 577	55 384	334 659	84 382	4 436	.				
1905	61 454	56 223	293 637	88 801	5 360	.				
1906	61 773	54 353	283 411	88 617	5 502	.				
1907	65 051	53 445	378 092	88 526	4 854	.				
1908	74 041	55 234	393 336	91 045	4 778	.				
1909	80 500	58 925	382 607	97 793	5 206	.				
1910	79 109	57 371	412 433	97 581	5 342	.				
1911	79 867	54 734	498 901	92 397	6 054	.				
1912	75 425	52 248	508 522	93 009	6 925	.				
1913	75 546	50 228	497 528	90 661	6 086	.				
1914	89 543	47 601	603 101	93 417	4 362	.				
1915	111 939	48 404	477 489	78 302	2 255	.				
1916	151 584	19 130	231 374	39 315	3 973	.				
1917	189 903	22 676	341 850	21 896	4 603	.				
1918	152 878	14 512	43 506	22 972	12 362	.				
1919	50 141	10 163	2 916	11 101	27 393	90				
1920	29 136	11 061	23 926	34 598	7 445	206				
1921	55 549	63 539	132 798	81 368	7 131	1 123				
1922	70 150	83 694	207 886	73 690	13 224	.				
1923	44 996	70 273	178 111	49 121	5 132	.				
1924	61 688	78 633	291 885	65 715	2 992	546				
1925	70 647	70 462	320 866	74 240	6 206	708				
1926	71 756	56 084	327 731	48 268	7 314	494				
1927	68 427	47 610	445 373	49 267	6 380	595				
1928	75 657	50 563	460 751	47 593	7 009	558				
1929	87 898	53 315	378 783	46 244	7 685	602				
	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
1930	51 469	32 008	49 308	163	386 616	3 806	53 418	—	6 351	757
1931	66 190	6 517	50 280	148	451 866	1 389	59 911	—	4 272	508
1932	63 222	—	48 692	—	371 663	—	62 618	—	3 624	183
1933	67 015	—	44 604	—	324 020	—	58 570	—	3 420	248
1934	80 319	—	48 359	—	416 108	—	48 922	—	3 538	307
1935	74 669	—	43 131	—	280 113	—	42 675	—	4 037	380
1936	45 359	—	42 063	—	390 884	—	43 348	—	4 144	716
1937	75 516	—	48 748	—	403 492	—	53 957	—	4 475	1 142
1938 <sup>1)</sup>	82 034	—	53 340	—	421 441	—	68 308	—	5 560	1 046
1939	80 648	—	48 233	—	470 603	—	44 398	—	5 230	1 842
1940	65 764	7 546	51 628	—	461 299	38 573	46 254	—	6 257	3 375
1941	76 545	18 637	61 585	—	356 222	—	52 652	—	5 538	1 371
1942	100 695	24 423	79 201	—	207 133	—	41 898	—	3 409	398
1943	60 981	12 507	44 095	153	169 564	—	41 547	—	2 625	111
1944	65 066	21 977	44 248	—	297 191	—	56 926	—	3 603	42
1945	73 223	6 692	38 328	—	96 196	—	23 176	—	4 843	21
1946	48 933	42 553	6 962	—	7 504	—	3 585	—	2 388	19
1947	38 549	81 961	14 825	—	6 822	—	3 009	—	1 229	18
1948	11 998	—	5 243	—	2 943	—	11 837	—	2 723	49
1949	20 826	15 298	14 698	68	74 598	—	67 974	—	6 837	1 445
1950	31 142	50 445	42 146	1 599	192 905	109	59 518	28	8 151	966
1951	41 725	30 983	50 867	573	355 601	—	43 626	—	8 907	1 133
1952	43 321	21 185	47 865	9	387 525	1 368	54 124	—	7 273	1 559

1) ab 1938 einschl. Altona und Harburg

## Anhangtabelle 16

**Die gewerblichen Schlachtungen in der Hansestadt Hamburg  
auf Grund der Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischbeschau**

Monate	Zahl der untersuchten Schlachtungen									
	Pferde	Rinder-		Kälber		Schweine		Schafe		Ziegen
		inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	
<b>1938<sup>1)</sup></b>										
Jan.—Dez.	5 716	96 898	—	66 811	—	482 232	—	73 915	—	2 056
<b>1948</b>										
Januar	141	380	—	332	—	213	—	143	—	1
Februar	113	330	—	353	—	778	—	44	—	7
März	88	406	—	754	—	1 176	—	35	—	3
April	101	421	—	748	—	303	—	49	—	3
Mai	134	611	—	991	—	165	—	81	—	3
Juni	131	1 196	—	839	—	248	—	101	—	1
Juli	185	3 284	—	2 370	—	322	—	479	—	105
August	417	1 281	—	857	—	195	—	979	—	413
September	575	1 729	—	349	—	201	—	2 064	—	403
Oktober	612	2 286	—	319	—	280	—	2 823	—	319
November	570	2 923	—	498	—	316	—	3 016	—	313
Dezember	536	2 500	—	614	—	811	—	3 441	—	202
zus.	3 603	17 347	—	9 024	—	5 008	—	13 255	—	1 773
Hausschlachtungen	1	204	—	246	—	9 398	—	506	—	27
<b>1949</b>										
Januar	461	926	—	602	—	1 149	—	1 090	—	320
Februar	521	1 189	—	1 311	—	1 194	—	1 159	—	253
März	568	1 175	—	3 529	—	2 130	—	1 246	—	344
April	611	751	—	2 766	—	2 308	—	3 357	—	352
Mai	664	981	—	1 974	—	3 601	—	8 363	—	243
Juni	634	1 935	—	1 006	—	5 728	—	12 423	—	120
Juli	394	1 374	—	933	—	3 427	—	5 077	—	130
August	574	2 505	—	1 124	—	6 422	—	10 809	—	49
September	560	4 626	—	1 221	—	11 772	—	10 436	—	38
Oktober	933	5 132	2 373	1 630	—	14 422	—	10 197	—	144
November	980	4 466	5 747	2 293	68	21 157	—	5 869	—	184
Dezember	830	3 294	7 178	1 504	—	21 248	—	3 567	—	95
zus.	7 730	28 354	15 298	19 893	68	94 558	—	73 593	—	2 272
Hausschlachtungen	—	103	—	133	—	15 188	—	444	—	20
<b>1950</b>										
Januar	608	2 587	4 219	2 136	—	22 130	109	3 052	—	58
Februar	669	2 846	2 101	3 278	—	20 693	—	3 041	—	49
März	853	3 928	2 251	6 497	—	21 745	—	3 923	—	69
April	655	3 597	3 164	5 778	—	21 862	—	3 248	—	81
Mai	517	2 242	3 547	6 092	—	24 995	—	3 412	—	128
Juni	462	2 880	2 729	3 717	—	18 989	—	6 891	—	74
Juli	412	2 617	4 626	3 014	10	12 094	—	4 462	15	70
August	629	3 791	4 118	3 199	17	12 890	—	6 286	—	58
September	992	3 436	6 703	2 728	333	15 526	—	8 288	—	101
Oktober	1 162	4 187	6 754	4 002	484	20 322	—	9 020	—	178
November	1 166	4 956	5 858	3 668	464	19 541	—	7 505	13	171
Dezember	1 038	3 291	4 375	4 670	291	25 906	—	3 856	—	83
zus.	9 163	40 358	50 445	48 779	1 599	236 513	109	62 984	28	1 120
Hausschlachtungen	4	156	—	127	—	17 461	—	390	—	24
<b>1951</b>										
Januar	1 039	3 626	4 193	4 387	146	25 346	—	3 752	—	78
Februar	969	2 806	4 703	4 659	173	27 878	—	2 548	—	31
März	850	3 297	3 859	6 861	100	31 940	—	2 815	—	56
April	867	3 902	939	8 296	—	40 702	—	1 640	—	111
Mai	764	3 513	2 309	6 882	31	31 891	—	2 666	—	103
Juni	487	2 759	3 211	3 905	50	31 491	—	3 591	—	85
Juli	623	4 120	1 767	4 113	—	36 711	—	3 411	—	78
August	556	6 240	2 073	3 047	—	34 410	—	4 770	—	92
September	817	5 445	1 403	3 026	—	32 425	—	4 556	—	93
Oktober	1 283	6 575	1 039	4 248	—	43 445	—	6 748	—	220
November	960	5 814	2 992	3 985	29	34 700	—	5 866	—	145
Dezember	1 020	4 387	2 495	4 596	44	42 016	—	3 745	—	148
zus.	10 235	52 484	30 983	58 005	573	412 955	—	46 108	—	1 240
Hausschlachtungen	—	134	—	122	—	20 344	—	131	—	19

Januar	1 136	4 465	2 092	4 400	—	40 478	—	4 992	—	113
Februar	892	3 192	2 109	4 342	2	39 329	—	4 120	—	75
März	883	3 311	1 702	5 518	—	43 830	—	3 294	—	109
April	720	3 730	1 742	6 784	4	43 623	—	2 515	—	127
Mai	630	2 544	2 435	4 886	—	37 637	—	3 788	—	152
Juni	511	2 619	2 353	3 124	1	30 503	—	3 603	—	72
Juli	390	4 641	1 300	3 688	—	33 684	—	4 351	—	113
August	483	3 945	1 750	2 287	—	26 240	—	4 699	—	130
September	605	4 789	1 491	3 078	—	35 144	—	5 604	—	186
Oktober	667	8 357	1 510	3 915	2	34 899	367	8 196	—	260
November	665	6 271	1 678	5 018	—	36 890	656	7 136	—	212
Dezember	673	6 153	1 023	6 493	—	45 482	345	4 707	—	128
<b>zus.</b>	<b>8 255</b>	<b>54 017</b>	<b>21 185</b>	<b>53 533</b>	<b>9</b>	<b>447 739</b>	<b>1 368</b>	<b>57 005</b>	<b>—</b>	<b>1 677</b>
<b>Hausschlachtungen</b>	<b>—</b>	<b>142</b>	<b>—</b>	<b>76</b>	<b>—</b>	<b>20 071</b>	<b>—</b>	<b>137</b>	<b>—</b>	<b>26</b>

1) einschl. Hausschlachtungen, jedoch ohne Hausschlachtungen von Schweinen

Anhangtabelle 17

**Die gewerblichen Schlachtungen in der Hansestadt Hamburg  
auf Grund der Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischbeschau**

Jahre	Zahl der untersuchten Schlachtungen									
	Pferde	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe		Ziegen
		inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische	
1905	5 632	23 621	41 664	59 643	192	306 042	—	91 604	6	83
1906	5 720	28 212	37 693	57 527	340	297 309	—	90 993	139	81
1907	5 051	30 950	38 882	56 544	218	394 470	—	91 087	—	152
1908	4 968	32 794	46 649	58 602	221	409 070	—	93 679	5	171
1909	5 417	40 785	45 872	63 208	265	398 430	—	100 765	29	313
1910	5 549	41 181	44 189	61 198	459	435 738	—	100 280	81	857
1911	6 254	38 711	46 380	58 210	206	527 696	—	94 901	12	990
1912	7 156	40 780	40 534	55 365	137	534 939	—	95 856	1	1 081
1913	6 303	36 749	44 172	53 161	52	525 741	—	93 270	12	1 272
1914	4 508	39 530	56 345	50 145	375	639 044	9	95 911	425	1 750
1915	2 381	80 084	37 742	52 140	46	503 937	—	81 449	46	1 348
1916	4 046	128 034	27 718	20 725	—	248 211	—	41 340	—	622
1917	4 763	190 997	4 561	23 860	—	354 524	—	22 624	—	525
1918	12 623	152 107	6 594	15 321	—	50 110	—	23 982	—	533
1919	28 090	53 022	172	10 699	—	8 299	—	11 544	—	818
1920	7 607	27 910	4 609	11 842	—	30 165	5 701	37 169	—	1 186
1921	7 281	48 050	11 245	65 727	81	144 861	5 061	84 270	355	1 370
1922	13 398	67 703	6 442	86 344	39	226 555	1 044	74 476	124	1 691
1923	5 272	41 730	6 204	72 486	31	190 166	4 369	50 062	9	1 412
1924	3 078	59 077	6 105	81 414	192	294 318	17 040	68 347	187	853
1925	6 373	36 509	38 017	74 103	187	335 886	3 159	77 246	27	964
1926	7 499	30 913	44 554	60 017	138	348 046	12	51 010	12	827
1927	6 524	21 105	50 495	50 980	286	470 046	—	51 246	110	905
1928	7 140	35 940	43 443	54 551	283	489 355	—	49 699	6	902
1929	7 801	43 498	48 760	57 320	110	403 881	1 001	48 146	4	1 053
1930	6 511	55 566	32 008	52 668	163	411 110	3 806	54 934	—	1 125
1931	4 389	63 736	6 517	53 667	148	477 335	1 389	61 570	—	937
1932	3 724	67 356	—	52 695	—	397 396	—	64 237	—	585
1933	3 494	71 380	—	48 771	—	349 987	—	60 294	—	605
1934	3 636	84 880	—	53 127	—	444 611	—	50 675	—	620
1935	4 117	79 648	—	47 932	—	309 040	—	44 342	—	706
1936	4 257	49 588	—	46 238	—	420 899	—	44 309	—	992
1937	5 249	94 855	—	65 896	—	602 285	—	61 747	—	2 215
1938	5 716	96 898	—	66 811	—	482 232	—	73 915	—	2 056
1939	5 384	93 426	—	61 028	—	510 896	—	49 996	—	2 433
1940	6 407	78 152	7 546	64 667	—	490 374	38 573	50 604	—	3 693
1941	5 697	89 734	18 637	75 987	—	378 064	—	58 397	—	1 690
1942	3 569	114 687	24 423	95 523	—	216 312	—	46 292	—	697
1943	2 777	70 722	12 507	56 879	153	179 538	—	45 513	—	404
1944	3 763	70 007	21 977	77 954	—	315 325	—	59 820	—	322
1945	5 261	78 488	6 692	45 310	—	103 807	—	24 736	—	154
1946	2 682	54 820	42 553 <sup>1)</sup>	11 443	—	8 607	—	4 587	—	69
1947	1 642	45 882	81 961 <sup>1)</sup>	17 944	—	8 654	—	3 485	—	29
1948	3 603	17 347	—	9 024	—	5 008	—	13 255	—	1 773
1949	7 730	28 354	15 298 <sup>2)</sup>	19 893	68	94 558	—	73 593	—	2 272
1950	9 163	40 358	50 445	48 779	1 599	236 513	109	62 984	28	1 120
1951	10 235	52 484	30 983	58 005	573	412 955	—	46 108	—	1 240
1952	8 255	54 017	21 185	53 533	9	447 739	1 368	57 005	—	1 677

1) nur Schlachtungen für die Besatzungsmacht

2) Transitschlachtungen

Anhangtabelle 18

**Die Beanstandungen bei den beschauten Inlandsschlachtungen**  
(Übersicht über die Beurteilung von Tierkörpern und Fleischvierteln)

Tiergattungen	Zahl der Schlachtungen Stück	Genußtauglich erklärte Tierkörper <sup>1)</sup> und Fleischviertel <sup>2)</sup>		Minderwertig		Bedingt tauglich		Untauglich	
		Stück	v. H.	erklärte Tierkörper und Fleischviertel		Stück	v. H.	Stück	v. H.
				Stück	v. H.				
<b>1938</b>									
Pferde	5 716	5 673	99,25	1	0,02	—	—	42	0,73
Rinder	96 898	95 829	98,90	722	0,74	35	0,04	312	0,32
Kälber	66 811	66 517	99,56	137	0,20	5	0,01	152	0,23
Schweine	482 232	480 653	99,67	1 245	0,26	90	0,02	244	0,05
Schafe	73 915	73 818	99,87	45	0,06	—	—	52	0,07
Ziegen	2 056	2 043	99,37	2	0,09	—	—	11	0,54
<b>1948</b>									
Pferde	3 604	3 545	98,36	34	0,95	—	—	25	0,69
Rinder	17 551	17 195	97,97	279	1,59	16	0,09	61	0,35
Kälber	9 270	9 054	97,67	122	1,32	11	0,12	83	0,89
Schweine	14 406	14 220	98,71	118	0,82	15	0,10	53	0,37
Schafe	13 761	13 664	99,30	69	0,50	—	—	28	0,20
Ziegen	1 800	1 793	99,61	6	0,33	—	—	1	0,06
<b>1949</b>									
Pferde	7 730	7 653	99,00	47	0,61	2	0,03	28	0,36
Rinder	28 457	28 086	98,70	269	0,94	46	0,16	56	0,20
Kälber	20 026	19 790	98,82	123	0,62	13	0,06	100	0,50
Schweine	109 746	109 454	99,73	148	0,13	83	0,08	61	0,06
Schafe	74 037	73 907	99,82	80	0,11	2	0,00	48	0,07
Ziegen	2 292	2 283	99,61	3	0,13	—	—	6	0,26
<b>1950</b>									
Pferde	9 167	9 102	99,29	40	0,44	1	0,01	24	0,26
Rinder	40 514	40 000	98,73	198	0,49	197	0,49	119	0,29
Kälber	48 906	48 532	99,24	144	0,29	28	0,06	202	0,41
Schweine	253 974	253 284	99,73	241	0,09	297	0,12	152	0,06
Schafe	63 374	63 281	99,86	66	0,10	—	—	27	0,04
Ziegen	1 144	1 138	99,48	3	0,26	—	—	3	0,26
<b>1951</b>									
Pferde	10 235	10 148	99,15	50	0,49	1	0,01	36	0,35
Rinder	52 618	52 050	98,92	215	0,41	199	0,38	154	0,29
Kälber	58 127	57 560	99,03	244	0,42	42	0,07	281	0,48
Schweine	433 299	431 218	99,52	395	0,09	1 350	0,31	336	0,08
Schafe	46 239	46 129	99,76	81	0,18	—	—	29	0,06
Ziegen	1 259	1 252	99,44	1	0,08	—	—	6	0,48
<b>1952</b>									
Pferde	8 255	8 216	99,53	26	0,32	2	0,02	11	0,13
Rinder	54 159	53 495	98,77	193	0,36	309	0,57	162	0,30
Kälber	53 609	53 015	98,89	236	0,44	40	0,08	318	0,59
Schweine	467 810	466 282	99,67	404	0,09	884	0,19	240	0,05
Schafe	57 142	57 036	99,82	71	0,12	—	—	35	0,06
Ziegen	1 703	1 697	99,65	1	0,06	—	—	5	0,29

<sup>1)</sup> einschl. der nach 21tägiger Kühlung freigegebenen schwachfönnigen Rinder und Kälber  
<sup>2)</sup> Die Fleischviertel sind zu Tierkörpern umgerechnet.

Anhangtabelle 19

**Zahl der mit Tuberkulose behaftet gewesenen Schlachtieren**

Jahre	Pferde u. a. Einh.	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen bis zum 1. Kalb	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis 2 Jahre alt	über 2 Jahre alt	bis 2 Jahre alt						
<b>Inlandstiere</b>											
1938	11	1 144	160	573	178	18 341	1 870	423	7 738	29	1
1948	2	520	121	209	62	3 159	504	68	292	6	—
1949	10	723	112	204	118	5 111	1 120	65	2 416	58	5
1950	31	540	63	498	171	7 876	1 258	225	5 101	18	1
1951	31	800	70	315	470	9 598	1 855	285	8 507	10	2
1952	20	908	128	356	397	10 834	2 217	244	8 266	1	4
<b>Auslandstiere</b>											
1949	—	51	—	1	—	63	20	—	—	—	—
1950	—	13	—	7	—	63	3	—	6	—	—
1951	—	—	—	—	—	71	18	—	—	—	—
1952	—	—	—	—	—	17	1	—	6	—	—

## Anhangtabelle 20

## Die für „Untauglich“ erklärten Tierkörper nach den Beanstandungsgründen

Beanstandungsgründe	1938	1948	1949	1950	1951	1952	1938	1948	1949	1950	1951	1952
	<b>Pferde</b>						<b>Rinder</b>					
Blutvergiftungen . . . . .	2	2	7	2	9	1	28	13	18	27	29	33
Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche . . . . .									1			
Tuberkulose . . . . .		1	1		1	1	61		2		1	1
Gesundheitsschädliche Finnen . . . . .							1			2	1	2
Allgemeine Wassersucht . . . . .		3	2	3			81	13	13	15	20	23
Gelbsucht . . . . .	1			2	1		6				1	4
Fäulnis und ähnliche Zersetzungs- vorgänge . . . . .	9	10	4	5	2	2	6	18	13	21	38	18
Geruchs- und Geschmacks- abweichungen des Fleisches . . . . .	4	3	3	4	1		15	5		11	13	6
Geschwülste . . . . .	1		2	1	2	1	37	5	3	23	16	38
Vollständige Abmagerung inf. einer vorst. nicht genannten Krankheit . . . . .	3			1			13	4	1	7	18	16
Verschied. andere Krankheiten und Mängel, Mieschersche Schläuche . . . . .	22	6	9	6	20	6	64	3	5	13	17	21
<b>zusammen</b> . . . . .	<b>42</b>	<b>25</b>	<b>28</b>	<b>24</b>	<b>36</b>	<b>11</b>	<b>312</b>	<b>61</b>	<b>56</b>	<b>119</b>	<b>154</b>	<b>162</b>
	<b>Kälber</b>						<b>Schweine</b>					
Blutvergiftungen . . . . .	58	47	50	122	149	156	24	1	3	7	4	9
Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche . . . . .							2				1	1
Schweinepest . . . . .							1			2	58	5
Rotlauf der Schweine . . . . .							3	1	9	8	9	14
Tuberkulose . . . . .				1			6				10	
Gesundheitsschädliche Finnen . . . . .				1	1	1						
Allgemeine Wassersucht . . . . .	26	3	4	13	17	17	5		1	1	3	3
Gelbsucht . . . . .	10		7	17	22	34	32	2	2	9	19	16
Fäulnis und ähnliche Zersetzungs- vorgänge . . . . .	7	22	17	14	26	18	11	10	7	18	22	13
Geruchs- und Geschmacks- abweichungen des Fleisches . . . . .	3	3	2	2	3	4	70	2	8	57	84	80
Geschwülste . . . . .	5	1		5	2	2	7			2	2	2
Vollständige Abmagerung inf. einer vorst. nicht genannten Krankheit . . . . .	6	4		2	12	23	19	20	9	10	44	19
Verschied. andere Krankheiten und Mängel, Mieschersche Schläuche . . . . .	37	3	20	25	49	63	64	17	22	38	80	78
<b>zusammen</b> . . . . .	<b>152</b>	<b>83</b>	<b>100</b>	<b>202</b>	<b>281</b>	<b>318</b>	<b>244</b>	<b>53</b>	<b>61</b>	<b>152</b>	<b>336</b>	<b>240</b>
	<b>Schafe</b>						<b>Ziegen</b>					
Blutvergiftungen . . . . .	4			2	4	2			1		1	1
Tuberkulose . . . . .									1			
Allgemeine Wassersucht . . . . .	27	2	9	10	10	10	8		1	2		2
Gelbsucht . . . . .	3	1	2	1	1							
Fäulnis und ähnliche Zersetzungs- vorgänge . . . . .	3	13	11	5	1	5		1			1	
Geruchs- und Geschmacks- abweichungen des Fleisches . . . . .	1	1	8	2								
Geschwülste . . . . .			1									
Vollständige Abmagerung inf. einer vorst. nicht genannten Krankheit . . . . .	3	8	6	6	12	5	1			1	2	2
Verschied. andere Krankheiten und Mängel, Mieschersche Schläuche . . . . .	11	3	11	1	1	13	2		3		2	
<b>zusammen</b> . . . . .	<b>52</b>	<b>28</b>	<b>48</b>	<b>27</b>	<b>29</b>	<b>35</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>6</b>	<b>5</b>

## Anhangtabelle 21

## Die durchschnittlichen Schlachtgewichte der Schlachttiere

Monate	durchschnittliche Schlachtgewichte in kg									
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen
<b>1938</b>										
Januar—Dezember	265,6	302,4	246,8	200,6	246,3	57,2	96,5	25,3	258,5	17,5
<b>1948</b>										
Januar	151,5	75,7	171,6	131,6	158,6	29,1	52,6	16,6	177,5	15,3
Februar	122,9	65,0	183,3	66,8	162,9	24,6	57,8	8,8	160,5	18,5
März	68,3	—	180,8	107,8	154,3	20,9	48,6	23,9	177,5	19,4
April	62,0	—	146,6	134,0	137,7	21,8	48,5	11,0	192,5	15,8
Mai	170,6	161,9	191,1	133,6	172,2	29,0	66,3	22,0	171,0	15,8
Juni	191,5	217,0	216,0	150,7	203,4	28,0	71,6	17,0	177,5	15,8
Juli	185,4	211,7	215,0	156,0	200,8	34,2	90,3	18,9	141,0	18,0
August	185,6	197,5	192,7	134,1	184,4	32,8	73,0	18,8	156,0	14,9
September	255,5	214,0	209,7	190,8	229,3	36,3	89,9	21,2	162,5	11,7
Oktober	222,1	155,3	221,4	182,9	210,8	56,0	78,5	19,8	173,0	17,6
November	211,0	185,0	260,0	207,0	225,7	46,0	68,0	21,0	162,0	10,4
Dezember	196,8	206,7	250,0	195,9	220,3	39,5	100,4	21,0	254,0	13,5
Jahresdurchschnitt	212,1	202,7	224,2	176,5	209,9	34,0	63,8	20,5	178,3	14,7
<b>1949</b>										
Januar	195,3	231,1	241,7	166,7	221,8	31,9	85,5	21,8	271,4	12,5
Februar	292,1	205,7	242,2	158,2	235,1	30,7	77,5	20,0	272,0	13,5
März	194,0	209,8	232,0	157,1	216,2	26,0	92,0	19,0	339,3	13,8
April	220,0	190,0	224,6	151,5	208,8	26,0	93,0	19,0	270,5	17,4
Mai	297,0	205,0	249,0	183,0	235,7	28,0	97,0	20,0	191,4	14,7
Juni	301,0	291,0	263,0	220,0	261,9	30,0	97,0	24,0	302,2	18,2
Juli	266,0	246,0	281,0	224,0	259,1	33,0	92,0	22,0	223,3	14,6
August	266,0	236,0	293,0	235,0	261,5	33,0	93,0	24,0	306,1	14,9
September	256,0	226,0	292,0	253,0	259,7	37,0	102,0	26,0	240,5	16,5
Oktober	263,0	228,0	293,0	244,0	262,4	41,0	102,0	27,0	260,2	16,5
November	268,0	232,9	271,7	258,8	263,8	37,9	100,9	29,0	285,0	16,5
Dezember	261,0	243,0	267,8	245,0	261,2	37,0	99,0	26,0	277,3	14,9
Jahresdurchschnitt	263,0	233,9	270,5	240,8	256,9	33,0	99,0	24,1	270,9	15,0
<b>1950</b>										
Januar	280,1	280,4	250,6	231,5	251,7	39,8	96,7	25,7	279,6	17,8
Februar	267,9	238,5	256,5	228,3	247,6	39,8	99,5	25,2	260,7	19,5
März	258,6	239,5	258,5	232,6	249,4	31,2	95,8	25,0	267,5	16,6
April	255,8	243,3	258,6	221,9	249,0	32,8	93,8	22,6	260,6	20,3
Mai	256,6	262,4	253,5	227,7	249,8	39,0	95,4	23,7	240,7	14,8
Juni	255,2	223,2	249,3	213,4	236,9	43,3	96,5	25,7	243,2	16,9
Juli	247,7	217,3	255,9	209,1	236,9	46,9	96,1	25,7	241,6	14,2
August	248,4	223,3	255,0	214,1	238,1	54,8	98,0	26,7	223,9	17,2
September	263,9	225,9	261,8	225,4	248,4	56,2	93,6	25,9	208,8	17,7
Oktober	267,2	225,4	267,9	228,0	255,8	48,0	93,6	26,7	239,0	16,9
November	264,9	224,5	268,2	232,5	256,8	45,3	96,7	27,5	244,8	16,9
Dezember	268,2	243,8	267,7	228,1	254,7	49,7	92,1	26,7	257,4	16,9
Jahresdurchschnitt	263,6	234,6	259,6	225,4	248,7	43,2	95,5	25,9	246,5	17,0
<b>1951</b>										
Januar	280,8	267,3	261,7	231,7	256,9	44,8	91,2	26,5	267,8	17,3
Februar	268,6	274,0	258,2	224,7	253,3	38,1	86,4	26,2	258,6	20,5
März	272,8	250,3	253,6	218,0	246,7	34,9	88,0	24,4	266,9	15,6
April	272,1	248,5	256,2	224,5	248,3	34,5	90,7	25,7	258,1	18,3
Mai	261,4	237,4	248,1	221,3	240,9	41,5	92,7	27,4	259,6	16,0
Juni	250,1	234,0	248,1	209,5	236,0	43,9	92,0	30,9	275,1	19,3
Juli	267,9	206,8	260,4	224,7	242,0	49,3	93,1	29,4	251,3	18,2
August	266,8	189,4	262,9	226,6	241,4	57,2	91,7	27,0	238,2	15,9
September	271,4	200,3	260,7	232,3	248,8	54,7	86,7	25,4	240,4	15,9
Oktober	279,6	202,3	260,2	242,0	254,5	45,4	86,3	27,3	255,5	16,8
November	276,5	229,6	262,8	240,3	254,5	35,1	88,6	28,2	275,7	16,9
Dezember	283,2	213,2	258,1	236,0	248,3	41,2	88,5	26,8	273,3	17,8
Jahresdurchschnitt	272,4	225,0	258,2	230,7	248,1	41,8	89,6	27,2	260,7	17,2
<b>1952</b>										
Januar	289,6	247,2	258,9	233,7	253,1	29,5	89,9	26,9	264,2	19,3
Februar	281,1	246,0	258,6	236,9	252,6	36,1	88,8	27,4	266,0	17,1
März	274,1	268,7	255,4	230,3	252,0	33,4	90,1	27,5	278,8	17,6
April	272,0	253,8	252,3	230,3	248,5	38,0	90,4	25,5	255,1	18,1
Mai	279,4	265,1	246,6	233,5	249,9	47,9	96,2	31,3	258,2	16,9
Juni	253,3	225,3	243,0	222,9	236,3	50,4	97,2	31,9	284,6	16,7
Juli	270,9	213,9	245,5	226,5	237,1	56,4	98,4	29,5	270,8	17,0
August	269,7	211,5	244,2	228,3	236,6	61,5	99,1	28,7	264,9	16,7
September	287,6	207,0	253,8	238,9	247,1	62,4	99,3	28,1	238,9	16,8
Oktober	292,9	207,9	257,4	245,7	260,4	44,2	97,9	27,6	241,1	17,3
November	290,5	229,4	259,7	248,0	258,9	42,0	96,7	27,3	258,1	18,2
Dezember	289,7	214,2	256,4	245,8	249,6	44,1	91,3	28,6	260,5	18,6
Jahresdurchschnitt	286,5	227,4	253,6	237,6	250,0	43,5	94,1	28,3	261,5	17,5

## Die durchschnittlichen Schlachtausbeuten der Schlachttiere

Monate	durchschnittliche Schlachtausbeute in v. H.							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
<b>1938</b>								
Januar—Dezember	54,9	54,8	50,5	54,2	53,5	63,0	80,0	50,0
<b>1948</b>								
Januar	51,0	44,0	43,0	51,0	44,9	57,0	73,1	46,1
Februar	54,1	50,0	47,0	41,0	47,5	43,9	77,1	44,0
März	51,0	—	49,0	44,0	48,6	55,0	75,9	52,0
April	51,7	—	43,0	53,8	44,1	55,9	77,0	40,7
Mai	54,0	57,0	49,0	55,0	51,0	58,0	78,0	48,9
Juni	56,0	46,1	50,0	55,0	50,6	56,0	77,0	47,2
Juli	55,0	58,0	50,0	55,9	52,9	58,0	86,0	45,0
August	58,0	55,0	46,0	51,0	50,6	52,1	73,0	47,0
September	59,0	58,0	45,0	52,0	54,4	53,9	81,0	45,1
Oktober	58,0	53,0	47,0	53,0	53,7	56,0	77,0	43,0
November	60,8	54,7	55,9	60,0	58,3	54,1	65,4	44,7
Dezember	60,0	53,0	54,0	59,0	56,2	59,0	83,0	42,0
Jahresdurchschnitt	58,6	55,0	50,7	56,2	54,1	56,5	78,0	43,7
<b>1949</b>								
Januar	55,0	53,0	53,0	55,0	53,5	58,0	77,0	33,0
Februar	59,0	55,0	53,0	54,0	54,4	57,9	68,0	50,0
März	50,0	56,4	51,9	52,7	52,6	55,3	82,1	43,1
April	56,0	52,9	52,0	51,0	51,6	55,3	82,3	44,2
Mai	60,0	51,9	55,0	55,0	55,2	68,0	80,8	44,4
Juni	59,0	58,1	54,9	59,1	56,4	60,0	82,2	46,2
Juli	59,0	61,0	57,9	59,9	59,0	58,9	80,0	45,8
August	59,9	64,0	59,1	60,9	60,5	57,9	80,9	47,1
September	58,3	63,1	59,1	62,9	60,6	56,9	85,0	50,0
Oktober	59,5	56,9	58,5	59,5	59,2	53,9	85,7	50,9
November	59,4	57,8	53,9	62,5	58,0	52,6	84,8	52,7
Dezember	50,6	52,4	55,1	59,6	54,9	56,9	83,9	49,1
Jahresdurchschnitt	58,5	58,7	55,8	60,8	57,8	56,3	83,8	47,6
<b>1950</b>								
Januar	56,3	57,8	51,3	56,7	53,6	59,8	79,9	49,3
Februar	56,9	56,6	52,1	56,9	54,4	59,8	79,9	49,8
März	57,4	56,6	52,3	57,3	54,8	59,1	79,8	49,2
April	57,0	57,0	52,2	56,8	54,2	58,9	79,7	49,7
Mai	56,6	57,0	52,1	57,1	54,5	58,7	79,7	49,9
Juni	54,7	54,8	51,4	54,5	52,9	58,2	79,9	50,0
Juli	54,6	54,8	52,5	54,6	53,5	56,9	79,9	50,6
August	54,4	54,9	52,3	54,5	53,4	59,0	79,9	50,8
September	56,1	54,9	53,0	56,0	54,6	56,2	79,5	49,7
Oktober	56,0	54,9	53,1	56,0	54,7	56,6	79,5	49,3
November	56,0	54,8	53,1	55,9	54,5	56,2	79,8	49,6
Dezember	55,9	54,8	53,1	55,4	54,1	57,2	79,6	48,8
Jahresdurchschnitt	56,0	55,8	52,4	55,9	54,1	58,8	79,7	49,9
<b>1951</b>								
Januar	56,9	56,4	51,8	56,5	53,7	57,2	79,3	49,3
Februar	56,8	56,5	51,4	56,1	53,4	55,0	78,8	49,4
März	56,7	56,8	51,5	55,7	53,3	54,3	78,9	48,9
April	56,7	56,4	51,2	55,6	52,9	55,2	79,2	48,3
Mai	56,6	55,6	51,1	56,0	53,2	56,4	79,4	49,8
Juni	55,4	55,3	51,3	55,9	53,1	56,1	79,4	50,2
Juli	56,9	54,6	52,6	56,8	54,3	56,5	79,4	50,8
August	57,2	54,6	53,6	56,8	55,3	56,6	79,3	49,7
September	57,2	55,3	53,1	56,8	55,4	56,6	78,7	49,6
Oktober	57,4	55,6	52,6	57,0	55,0	56,1	78,6	49,5
November	57,4	55,0	52,3	57,0	54,4	54,1	78,9	50,1
Dezember	56,9	55,3	51,7	56,5	53,5	56,3	78,9	49,7
Jahresdurchschnitt	57,1	56,0	52,1	56,5	53,9	55,6	78,9	49,5
<b>1952</b>								
Januar	56,7	55,7	52,0	56,3	53,5	55,6	79,0	50,4
Februar	56,8	55,8	51,6	56,2	53,4	55,3	78,9	50,6
März	56,6	55,3	51,4	55,6	52,9	54,3	79,1	50,5
April	56,6	55,7	50,2	55,6	52,2	56,1	79,2	50,4
Mai	56,7	55,9	50,2	55,8	52,7	57,5	79,8	50,9
Juni	56,1	54,5	49,6	55,0	51,5	57,3	79,9	50,7
Juli	56,0	54,5	49,8	54,8	52,0	57,5	80,1	50,5
August	55,8	54,0	49,8	54,6	51,7	57,3	80,1	50,8
September	56,5	54,0	50,4	55,3	52,7	56,3	80,2	50,6
Oktober	57,2	54,3	50,7	55,9	53,9	54,8	80,0	50,7
November	57,0	54,5	50,7	56,3	53,4	54,5	79,9	50,7
Dezember	56,5	55,6	50,8	56,0	53,0	55,4	79,3	51,1
Jahresdurchschnitt	56,8	55,1	50,6	55,5	52,9	55,6	79,6	50,5



## Anhangtabelle 23

## Die durchschnittlichen Lebendgewichte der Auslandstiere

Monate	durchschnittliche Lebendgewichte in kg.							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
<b>1950</b>								
Januar . . . . .	476,0	679,0	517,0	444,0	521,4	—	130,0	—
Februar . . . . .	499,0	707,0	521,0	452,0	526,8	—	—	—
März . . . . .	436,0	670,0	513,0	421,0	516,9	—	—	—
April . . . . .	432,0	652,0	511,0	419,0	510,3	—	—	—
Mai . . . . .	443,0	666,0	505,0	416,0	496,0	—	—	—
Juni . . . . .	454,0	614,0	494,0	424,0	493,0	—	—	—
Juli . . . . .	467,0	640,0	496,0	422,0	495,7	195,0	—	85,0
August . . . . .	479,0	613,0	480,0	423,0	473,1	159,0	—	—
September . . . . .	492,0	606,0	494,0	434,0	480,4	169,0	—	—
Oktober . . . . .	487,0	576,0	505,0	433,0	483,6	181,0	—	—
November . . . . .	493,0	603,0	515,0	436,0	497,3	182,0	—	81,0
Dezember . . . . .	491,0	601,0	518,0	438,0	508,2	190,0	—	—
Jahresdurchschnitt	484,2	632,3	506,5	430,3	496,9	180,3	130,0	83,1
<b>1951</b>								
Januar . . . . .	488,0	612,0	520,0	442,0	511,6	204,0	—	—
Februar . . . . .	483,0	603,0	520,0	440,0	509,3	199,0	—	—
März . . . . .	499,0	564,0	514,0	436,0	501,2	202,0	—	—
April . . . . .	462,0	540,0	515,0	432,0	481,7	—	—	—
Mai . . . . .	502,0	588,0	504,0	421,0	475,0	190,0	—	—
Juni . . . . .	476,0	589,0	491,0	416,0	481,1	204,0	—	—
Juli . . . . .	518,0	571,0	502,0	449,0	496,4	—	—	—
August . . . . .	464,0	461,0	495,0	444,0	488,2	—	—	—
September . . . . .	448,0	—	479,0	430,0	469,2	—	—	—
Oktober . . . . .	476,0	452,0	513,0	435,0	486,5	—	—	—
November . . . . .	456,0	522,0	492,0	415,0	469,7	191,0	—	—
Dezember . . . . .	467,0	698,0	497,0	434,0	487,4	186,0	—	—
Jahresdurchschnitt	480,3	592,9	505,3	430,6	492,0	199,7	—	—
<b>1952</b>								
Januar . . . . .	482,0	630,0	497,0	428,0	487,3	—	—	—
Februar . . . . .	467,0	624,0	523,0	439,0	514,3	188,0	—	—
März . . . . .	577,0	635,0	518,0	458,0	513,9	—	—	—
April . . . . .	462,0	611,0	514,0	435,0	502,5	193,0	—	—
Mai . . . . .	474,0	611,0	506,0	447,0	496,2	—	—	—
Juni . . . . .	496,0	603,0	500,0	440,0	503,1	165,0	—	—
Juli . . . . .	476,0	615,0	498,0	450,0	497,3	—	—	—
August . . . . .	526,0	638,0	495,0	452,0	494,2	—	—	—
September . . . . .	522,0	620,0	507,0	463,0	501,7	—	—	—
Oktober . . . . .	526,0	620,0	511,0	473,0	506,4	196,0	205,0	—
November . . . . .	515,0	709,0	529,0	469,0	513,8	—	202,0	—
Dezember . . . . .	511,0	607,0	526,0	470,0	510,9	—	206,0	—
Jahresdurchschnitt	510,2	613,3	509,6	452,3	502,9	189,5	203,8	—

## Anhangtabelle 24

## Die durchschnittlichen Schlachtgewichte der Auslandstiere

Monate	durchschnittliche Schlachtgewichte in kg							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
<b>1950</b>								
Januar . . . . .	253,0	370,0	285,0	242,0	286,8	—	104,0	—
Februar . . . . .	221,0	351,0	272,0	221,0	273,8	—	—	—
März . . . . .	232,0	341,0	263,0	213,0	264,9	—	—	—
April . . . . .	239,0	360,0	266,0	226,0	266,9	—	—	—
Mai . . . . .	243,0	368,0	279,0	224,0	272,8	—	—	—
Juni . . . . .	250,0	338,0	272,0	233,0	271,4	—	—	—
Juli . . . . .	256,0	348,0	272,0	232,0	271,7	107,0	—	38,0
August . . . . .	259,0	344,0	261,0	233,0	258,0	90,0	—	—
September . . . . .	268,0	343,0	271,0	238,0	264,6	94,0	—	—
Oktober . . . . .	268,0	316,0	277,0	238,0	265,6	92,0	—	—
November . . . . .	268,0	321,0	283,0	241,0	273,0	95,0	—	40,0
Dezember . . . . .	262,0	336,0	282,0	242,0	277,3	104,0	—	—
Jahresdurchschnitt	264,2	345,7	274,7	236,1	270,3	95,5	104,0	38,9
<b>1951</b>								
Januar . . . . .	267,0	343,0	286,0	244,0	281,8	106,0	—	—
Februar . . . . .	266,0	335,0	291,0	245,0	284,6	109,0	—	—
März . . . . .	270,0	309,0	282,0	243,0	275,6	111,0	—	—
April . . . . .	262,0	302,0	294,0	241,0	272,8	—	—	—
Mai . . . . .	270,0	328,0	282,0	236,0	265,9	103,0	—	—
Juni . . . . .	246,0	348,0	274,0	235,0	269,4	114,0	—	—
Juli . . . . .	292,0	320,0	282,0	251,0	278,7	—	—	—
August . . . . .	267,0	258,0	277,0	246,0	272,9	—	—	—
September . . . . .	258,0	—	268,0	241,0	262,6	—	—	—
Oktober . . . . .	263,0	253,0	285,0	244,0	271,8	—	—	—
November . . . . .	256,8	334,0	275,4	234,7	264,0	103,0	—	—
Dezember . . . . .	267,0	391,0	279,1	227,6	271,1	115,0	—	—
Jahresdurchschnitt	264,6	333,9	281,5	239,8	274,1	108,9	—	—
<b>1952</b>								
Januar . . . . .	270,0	347,0	278,0	242,0	272,9	—	—	—
Februar . . . . .	251,0	349,0	293,0	253,0	288,8	117,0	—	—
März . . . . .	323,0	368,0	290,0	256,0	287,7	—	—	—
April . . . . .	251,0	351,0	288,0	248,0	282,3	108,0	—	—
Mai . . . . .	275,0	354,0	283,0	259,0	280,5	—	—	—
Juni . . . . .	288,0	350,0	280,0	255,0	284,3	91,0	—	—
Juli . . . . .	276,0	357,0	279,0	261,0	280,8	—	—	—
August . . . . .	305,0	370,0	277,0	262,0	278,7	—	—	—
September . . . . .	303,0	360,0	284,0	269,0	283,5	—	—	—
Oktober . . . . .	305,0	360,0	286,0	274,0	286,5	108,0	164,0	—
November . . . . .	299,0	411,0	296,0	272,0	290,6	—	162,0	—
Dezember . . . . .	296,0	352,0	295,0	273,0	289,7	—	165,0	—
Jahresdurchschnitt	295,0	355,3	285,3	260,9	283,7	108,1	163,3	—

## Anhangtabelle 25

## Die durchschnittliche Schlachtausbeute der Auslandstiere

Monate	durchschnittliche Schlachtausbeute in v. H.							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
<b>1950</b>								
Januar	53,2	54,5	55,1	54,5	55,0	—	80,0	—
Februar	44,3	49,6	52,2	48,9	52,0	—	—	—
März	53,2	50,9	51,3	50,6	51,2	—	—	—
April	55,3	55,2	52,1	53,9	52,3	—	—	—
Mai	54,9	55,3	55,2	53,8	55,0	—	—	—
Juni	55,1	55,0	55,1	54,9	55,0	—	—	—
Juli	54,8	54,4	54,8	55,0	54,8	54,9	—	44,7
August	54,1	56,1	54,4	55,1	54,5	56,6	—	—
September	54,5	56,6	54,9	54,8	55,1	55,6	—	—
Oktober	55,0	54,9	54,9	55,0	55,0	50,8	—	—
November	54,4	53,2	55,0	55,3	54,8	52,2	—	49,4
Dezember	53,4	55,9	54,4	55,3	54,5	54,7	—	—
Jahresdurchschnitt	54,6	54,7	54,2	54,9	54,4	53,0	80,0	46,8
<b>1951</b>								
Januar	54,7	56,0	55,0	55,2	55,1	52,0	—	—
Februar	55,1	55,6	56,0	55,7	55,9	54,8	—	—
März	54,1	54,8	54,9	55,7	55,0	55,0	—	—
April	56,7	55,9	57,1	55,8	56,6	—	—	—
Mai	53,8	55,8	56,0	56,1	56,0	54,2	—	—
Juni	51,7	59,1	55,8	56,5	56,0	54,5	—	—
Juli	56,4	56,0	56,2	55,9	56,0	—	—	—
August	57,5	56,0	56,0	55,4	55,9	—	—	—
September	57,6	—	55,9	56,0	56,0	—	—	—
Oktober	55,3	56,0	55,6	56,1	55,9	—	—	—
November	56,3	64,0	56,0	56,6	56,2	53,9	—	—
Dezember	57,2	56,0	56,2	52,4	55,6	61,8	—	—
Jahresdurchschnitt	55,1	56,3	55,7	55,7	55,7	54,5	—	—
<b>1952</b>								
Januar	56,0	55,1	55,9	56,5	56,0	—	—	—
Februar	53,7	55,9	56,0	57,6	56,2	62,2	—	—
März	56,0	58,0	56,0	55,9	56,0	—	—	—
April	54,3	57,4	56,0	57,0	56,2	56,0	—	—
Mai	58,0	57,9	55,9	57,9	56,5	—	—	—
Juni	58,1	58,0	56,0	58,0	56,5	55,2	—	—
Juli	58,0	58,0	56,0	58,0	56,5	—	—	—
August	58,0	58,0	56,0	58,0	56,4	—	—	—
September	58,0	58,1	56,0	58,1	56,5	—	—	—
Oktober	58,0	58,1	56,0	57,9	56,6	55,0	80,0	—
November	58,0	58,0	56,0	58,0	56,6	—	80,2	—
Dezember	57,9	58,0	56,1	58,1	56,7	—	80,1	—
Jahresdurchschnitt	57,8	57,9	56,0	57,7	56,4	57,1	80,1	—

Anhangtabelle 26

## Der Fleischanfall aus den gewerbl. Schlachtungen (Inlandstiere) und die Zufuhren von Fleisch

Jahre — Monate	Zahl der Schlachtungen Stück	durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 1 × Spalte 2)	Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch einschließlich Inneren, in kg aus dem		Gesamtfleischanfall in kg (Spalte 3-5)
				Inland	Ausland	
	1	2	3	4	5	6
<b>Rindfleisch</b>						
1938	96 898	246,3	23 865 977	5 329 520	10 648 330	39 843 827
1948 <sup>1)</sup>	17 347	209,9	3 641 135	2 524 807	—	6 165 942
1949	28 354	256,9	7 284 143	3 867 866	156 409	11 308 418
1950	40 358	248,7	10 037 035	4 423 947	49 820	14 510 802
1951	52 484	248,1	13 021 280	6 343 358	2 009 551	21 374 189
<b>1952</b>						
Januar	4 465	253,1	1 130 092	592 812	39 578	1 762 482
Februar	3 192	252,6	806 299	473 239	16 896	1 296 434
März	3 311	252,0	834 372	435 408	11 421	1 281 201
April	3 730	248,5	926 905	447 385	22 060	1 396 350
Mai	2 544	249,9	635 746	440 988	141 757	1 218 491
Juni	2 619	236,3	618 870	335 306	176 067	1 130 243
Juli	4 641	237,1	1 100 381	452 039	172 948	1 725 368
August	3 945	236,6	933 387	433 615	226 619	1 593 621
September	4 789	247,1	1 183 362	452 973	310 418	1 946 753
Oktober	8 357	260,4	2 176 163	533 335	214 495	2 923 993
November	6 271	258,9	1 623 562	485 503	155 926	2 264 991
Dezember	6 153	249,6	1 535 789	512 085	102 747	2 150 621
1952 zusammen	54 017	250,0	13 504 928	5 594 688	1 590 932	20 690 548
) außerdem Zufuhren von Fleisch- u. Wurstkonserven 1 533 238 kg						
<b>Kalbfleisch</b>						
1938	66 811	57,2	3 821 589	1 167 559	2 402	4 991 550
1948	9 024	34,0	306 816	769 648	—	1 076 464
1949	19 893	33,0	656 469	2 011 867	—	2 668 336
1950	48 779	43,2	2 107 253	2 033 971	18 422	4 159 157
1951	58 005	41,8	2 424 609	1 915 076	—	4 339 685
<b>1952</b>						
Januar	4 400	29,5	129 800	124 401	—	254 201
Februar	4 342	36,1	156 746	142 510	—	299 256
März	5 518	33,4	184 301	195 568	—	379 869
April	6 784	38,0	257 792	167 137	—	424 929
Mai	4 886	47,9	234 039	128 494	—	362 533
Juni	3 124	50,4	157 450	69 883	—	227 333
Juli	3 688	56,4	208 003	78 582	—	286 585
August	2 287	61,5	140 651	63 970	—	204 621
September	3 078	62,4	192 067	88 987	—	281 054
Oktober	3 915	44,2	173 043	143 075	—	316 118
November	5 018	42,0	210 756	142 076	—	352 832
Dezember	6 493	44,1	286 341	138 353	—	424 694
1952 zusammen	53 533	43,5	2 330 989	1 483 036	—	3 814 025
<b>Schweinefleisch</b>						
1938	482 232	96,5	46 535 388	1 072 843	10 268 396	57 876 627
1948	5 008	63,8	319 510	184 950	—	504 460
1949	94 558	99,0	9 361 242	927 208	49 849	10 338 299
1950	236 513	95,5	22 586 992	2 550 363	3 343 738 <sup>2)</sup>	28 481 093
1951	412 955	89,6	37 000 768	2 658 151	1 224 509 <sup>2)</sup>	40 883 428
<b>1952</b>						
Januar	40 478	89,9	3 638 972	270 004	8 018	3 916 994
Februar	39 329	88,8	3 492 415	249 013	21 481	3 762 909
März	43 830	90,1	3 949 083	270 772	36 354	4 256 209
April	43 623	90,4	3 943 519	293 634	13 387	4 250 540
Mai	37 637	96,2	3 620 679	347 705	47 197	4 015 581
Juni	30 503	97,2	2 964 892	234 497	37 932	3 237 321
Juli	33 684	98,4	3 314 506	289 327	66 498	3 670 331
August	26 240	99,1	2 600 384	243 381	45 172	2 888 937
September	35 144	99,3	3 489 799	237 040	63 696	3 790 535
Oktober	34 899	97,9	3 416 612	266 402	82 446	3 765 460
November	36 890	96,7	3 567 263	253 260	99 133	3 919 656
Dezember	45 482	91,3	4 152 507	294 046	67 340	4 513 893
1952 zusammen	447 739	94,1	42 150 631	3 249 081	588 654 <sup>2)</sup>	45 988 366

<sup>2)</sup> einschl. Speckzufuhren und zwar 1950 = 85 835 kg, 1951 = 146 069 kg, 1952 = 489 465 kg

**Der Fleischanfall aus den gewerbl. Schlachtungen (Inlandstiere) und die Zufuhren von Fleisch**

Jahre — Monate	Zahl der Schlachtungen Stück	durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 1 × Spalte 2)	Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch einschließlich Innerereien in kg — aus dem		Gesamtfleischanfall in kg (Spalte 3 - 5)
				Inland	Ausland	
	1	2	3	4	5	6
<b>Hammelfleisch</b>						
1938 . . . . .	73 915	25,3	1 870 050	427 437	—	2 297 487
1948 . . . . .	13 255	20,5	271 728	147 801	—	419 529
1949 . . . . .	73 593	24,1	1 773 591	911 239	—	2 684 830
1950 . . . . .	62 984	25,9	1 631 286	1 160 451	22 363	2 814 100
1951 . . . . .	46 108	27,2	1 254 138	818 652	11 744	2 084 534
<b>1952</b>						
Januar . . . . .	4 992	26,9	134 285	44 228	—	178 513
Februar . . . . .	4 120	27,4	112 888	27 795	—	140 683
März . . . . .	3 294	27,5	90 585	43 436	—	134 021
April . . . . .	2 515	25,5	64 133	29 027	1 720	94 880
Mai . . . . .	3 788	31,3	118 564	63 336	3 248	185 148
Juni . . . . .	3 603	31,9	114 936	89 018	6 657	210 611
Juli . . . . .	4 351	29,5	128 355	83 883	—	212 238
August . . . . .	4 699	28,7	134 861	91 799	—	226 660
September . . . . .	5 604	28,1	157 472	114 800	—	272 272
Oktober . . . . .	8 196	27,6	226 210	104 802	—	331 012
November . . . . .	7 136	27,3	194 813	72 289	—	267 102
Dezember . . . . .	4 707	28,6	134 620	56 057	—	190 677
<b>1952 zusammen</b> . . . . .	<b>57 005</b>	<b>28,3</b>	<b>1 611 722</b>	<b>820 470</b>	<b>11 625</b>	<b>2 443 817</b>
<b>Pferdefleisch</b>						
1938 . . . . .	5 716	258,5	1 477 586	—	—	1 477 586
1948 . . . . .	3 603	178,3	642 415	678 112	—	1 320 527
1949 . . . . .	7 730	270,9	2 094 057	777 900	1 484 757 <sup>3)</sup>	4 356 714
1950 . . . . .	9 163	246,5	2 258 680	713 659	—	2 972 339
1951 . . . . .	10 235	260,7	2 668 265	637 367	—	3 305 632
<b>1952</b>						
Januar . . . . .	1 136	264,2	300 131	55 313	—	355 444
Februar . . . . .	892	266,0	237 272	52 250	—	289 522
März . . . . .	883	278,8	246 180	33 695	—	279 875
April . . . . .	720	255,1	183 672	40 940	—	224 612
Mai . . . . .	630	258,2	160 084	39 100	—	199 184
Juni . . . . .	511	284,6	145 431	37 030	—	182 461
Juli . . . . .	390	270,8	105 612	35 305	—	140 917
August . . . . .	483	264,9	127 947	47 265	—	175 212
September . . . . .	605	238,9	144 535	80 443	—	224 978
Oktober . . . . .	667	241,1	160 814	84 467	—	245 281
November . . . . .	665	258,1	171 637	78 200	—	249 837
Dezember . . . . .	673	260,5	175 317	71 185	—	246 502
<b>1952 zusammen</b> . . . . .	<b>8 255</b>	<b>261,5</b>	<b>2 158 632</b>	<b>655 193</b>	<b>—</b>	<b>2 813 825</b>
3) Pferdefleisch in Dosen						
<b>Ziegenfleisch</b>						
1938 . . . . .	2 056	17,5	35 980	14 192	—	50 172
1948 . . . . .	1 773	14,7	26 063	395	—	26 458
1949 . . . . .	2 272	15,0	34 080	15 093	—	49 173
1950 . . . . .	1 120	17,0	19 040	11 908	—	30 948
1951 . . . . .	1 240	17,2	21 328	13 606	—	34 934
<b>1952</b>						
Januar . . . . .	113	19,3	2 181	1 711	—	3 892
Februar . . . . .	75	17,1	1 283	855	—	2 138
März . . . . .	109	17,6	1 918	1 494	—	3 412
April . . . . .	127	18,1	2 299	1 928	—	4 227
Mai . . . . .	152	16,9	2 569	1 757	—	4 326
Juni . . . . .	72	16,7	1 202	868	—	2 070
Juli . . . . .	113	17,0	1 921	1 538	—	3 459
August . . . . .	130	16,7	2 171	1 135	—	3 306
September . . . . .	186	16,8	3 125	2 056	—	5 181
Oktober . . . . .	260	17,3	4 498	5 482	—	9 980
November . . . . .	212	18,2	3 858	5 796	—	9 654
Dezember . . . . .	128	18,6	2 381	2 392	—	4 773
<b>1952 zusammen</b> . . . . .	<b>1 677</b>	<b>17,5</b>	<b>29 406</b>	<b>27 012</b>	<b>—</b>	<b>56 418</b>

Anhangtabelle 27

## Der Fleischanfall aus den Schlachtungen der Ausländertiere

Jahre — Monate	Schlachtungen	davon für den		durchschnittl.	Fleischanfall kg
	Stück	Versand	Hamburger Markt	Schlachtgewicht	(Spalte 3 × Spalte 4)
	1	2	3	4	5
<b>Rindfleisch</b>					
1950 . . . . .	50 445	31 960	18 485	270,3	4 996 496
1951 . . . . .	30 983	16 401	14 582	274,1	3 996 926
<b>1952</b>					
Januar . . . . .	2 092	1 034	1 058	272,9	288 728
Februar . . . . .	2 109	905	1 204	288,8	347 715
März . . . . .	1 702	386	1 316	287,7	378 613
April . . . . .	1 742	675	1 067	282,3	301 214
Mai . . . . .	2 435	792	1 643	280,5	460 862
Juni . . . . .	2 353	946	1 407	284,3	400 010
Juli . . . . .	1 300	485	815	280,8	228 852
August . . . . .	1 750	662	1 088	278,7	303 226
September . . . . .	1 491	574	917	283,5	259 970
Oktober . . . . .	1 510	597	913	286,5	261 575
November . . . . .	1 678	605	1 073	290,6	311 814
Dezember . . . . .	1 023	392	631	289,7	182 801
1952 zusammen . . . . .	21 185	8 053	13 132	283,7	3 725 380
<b>Kalbfleisch</b>					
1950 . . . . .	1 599	—	1 599	95,5	152 705
1951 . . . . .	573	—	573	108,9	62 400
<b>1952</b>					
Januar . . . . .	—	—	—	—	—
Februar . . . . .	2	—	2	117,0	234
März . . . . .	—	—	—	—	—
April . . . . .	4	—	4	108,0	432
Mai . . . . .	—	—	—	—	—
Juni . . . . .	1	—	1	91,0	91
Juli . . . . .	—	—	—	—	—
August . . . . .	—	—	—	—	—
September . . . . .	—	—	—	—	—
Oktober . . . . .	2	—	2	108,0	216
November . . . . .	—	—	—	—	—
Dezember . . . . .	—	—	—	—	—
1952 zusammen . . . . .	9	—	9	108,1	973
<b>Schweinefleisch</b>					
1950 . . . . .	109	—	109	104,0	11 336
1952 . . . . .	1 368	—	1 368	163,3	223 394
<b>Hammelfleisch</b>					
1950 . . . . .	28	—	28	38,9	1 090

## Anhangtabelle 28

**Der Fleischanfall aus den gewerblichen Schlachtungen der Inlands- und Auslandstiere  
einschl. der Fleischzufuhren in 1000 kg**

Fleischgewinnung	1907	1913	1924	1928	1932	1936
<b>Rindfleisch</b>						
Schlachtungen (Inlandstiere) . . . . .	8 595	9 738	13 871	8 723	16 670	12 670
„ (Auslandstiere) . . . . .	10 595	11 467	1 461	11 134	—	—
Zufuhren (Inland) . . . . .	489	1 213	3 964	3 676	6 308	3 806
„ (Ausland) . . . . .	5 468	7 268	4 106	1 437	6	5 080
	25 147	29 686	23 402	24 970	22 984	21 556
abzüglich Beanstandungen . . . . .	176	194	156	188	124	146
„ Versand geschlachteter Tiere	1 478	4 002				
<b>zusammen . . .</b>	<b>23 493</b>	<b>25 490</b>	<b>23 246</b>	<b>24 782</b>	<b>22 860</b>	<b>21 410</b>
<b>Kalbfleisch</b>						
Schlachtungen . . . . .	4 007	3 816	3 746	3 038	3 098	2 511
Zufuhren (Inland) . . . . .	3	56	828	1 050	1 105	1 247
„ (Ausland) . . . . .	182	513	35	380	—	0
	4 192	4 385	4 609	4 468	4 203	3 758
abzüglich Beanstandungen . . . . .	7	9	12	17	11	15
„ Versand geschlachteter Tiere	26	76				
<b>zusammen . . .</b>	<b>4 159</b>	<b>4 300</b>	<b>4 597</b>	<b>4 451</b>	<b>4 192</b>	<b>3 743</b>
<b>Schweinefleisch</b>						
Schlachtungen . . . . .	31 873	43 742	27 898	40 323	32 428	41 080
Zufuhren (Inland) . . . . .	3	84	1 336	1 721	1 514	2 231
„ (Ausland) . . . . .	49	188	143	119	—	1 527
	31 925	44 014	29 377	42 163	33 942	44 838
abzüglich Beanstandungen . . . . .	190	507	176	209	134	119
„ Versand geschlachteter Tiere	188	1 302				
<b>zusammen . . .</b>	<b>31 547</b>	<b>42 205</b>	<b>29 201</b>	<b>41 954</b>	<b>33 808</b>	<b>44 719</b>
<b>Hammelfleisch</b>						
Schlachtungen . . . . .	2 232	2 369	1 679	1 263	1 606	1 192
Zufuhren (Inland) . . . . .	4	8	292	115	144	247
„ (Ausland) . . . . .	96	95	145	618	—	—
	2 332	2 472	2 116	1 996	1 750	1 439
abzüglich Beanstandungen . . . . .	3	2	4	5	3	2
„ Versand geschlachteter Tiere	11	43				
<b>zusammen . . .</b>	<b>2 313</b>	<b>2 427</b>	<b>2 112</b>	<b>1 991</b>	<b>1 747</b>	<b>1 437</b>
<b>Pferdefleisch</b>						
Schlachtungen . . . . .	1 306	1 630	796	1 846	963	1 101
abzüglich Beanstandungen . . . . .	22	13	11	10	7	6
<b>zusammen . . .</b>	<b>1 284</b>	<b>1 617</b>	<b>785</b>	<b>1 836</b>	<b>956</b>	<b>1 095</b>
<b>Ziegenfleisch</b>						
Schlachtungen . . . . .	3	22	15	15	10	17
abzüglich Beanstandungen . . . . .	0	0	0	0	0	0
<b>zusammen . . .</b>	<b>3</b>	<b>22</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>10</b>	<b>17</b>
<b>Fleischanfall insgesamt . . . . .</b>	<b>62 804</b>	<b>76 061</b>	<b>59 956</b>	<b>75 029</b>	<b>63 573</b>	<b>72 421</b>

**Der Fleischanfall aus den gewerblichen Schlachtungen der Inlands- und Auslandstiere  
einschl. der Fleischzufuhren in 1000 kg**

Fleischgewinnung	1938	1948	1949	1950	1951	1952 <sup>1)</sup>
<b>Rindfleisch</b>						
Schlachtungen (Inlandstiere) . . . . .	23 866	3 641	7 284	10 037	13 021	13 505
(Auslandstiere) . . . . .	—	—	—	4 996	3 997	3 725
Zufuhren (Inland) . . . . .	5 330	2 525	3 868	4 424	6 343	5 595
(Ausland) . . . . .	10 648	—	156	50	2 010	1 591
Fleisch- u. Wurstkonserven . . . . .	—	1 533	—	—	—	—
	39 844	7 699	11 308	19 507	25 371	24 416
abzüglich Beanstandungen . . . . .	270	80	100	141	155	176
Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle . . . . .	—	350	15	146	14	1 009
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>39 574</b>	<b>7 269</b>	<b>11 193</b>	<b>19 220</b>	<b>25 202</b>	<b>23 231</b>
<b>Kalbfleisch</b>						
Schlachtungen (Inlandstiere) . . . . .	3 822	307	656	2 107	2 425	2 331
(Auslandstiere) . . . . .	—	—	—	153	62	1
Zufuhren (Inland) . . . . .	1 168	770	2 012	2 034	1 915	1 483
(Ausland) . . . . .	2	—	—	18	—	—
	4 992	1 077	2 668	4 312	4 402	3 815
abzüglich Beanstandungen . . . . .	17	7	8	16	24	26
Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle . . . . .	—	15	—	—	—	—
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>4 975</b>	<b>1 055</b>	<b>2 660</b>	<b>4 296</b>	<b>4 378</b>	<b>3 789</b>
<b>Schweinefleisch</b>						
Schlachtungen (Inlandstiere) . . . . .	46 535	320	9 361	22 587	37 001	42 151
(Auslandstiere) . . . . .	—	—	—	11	—	223
Zufuhren (Inland) . . . . .	1 073	185	927	2 550	2 658	3 249
(Ausland) . . . . .	10 268	—	50	3 344	1 225	589
	57 876	505	10 338	28 492	40 884	46 212
abzüglich Beanstandungen . . . . .	171	13	33	78	207	171
Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle . . . . .	—	90	57	—	—	—
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>57 705</b>	<b>402</b>	<b>10 248</b>	<b>28 414</b>	<b>40 677</b>	<b>46 041</b>
<b>Hammelfleisch</b>						
Schlachtungen (Inlandstiere) . . . . .	1 870	272	1 774	1 631	1 254	1 612
(Auslandstiere) . . . . .	—	—	—	1	—	—
Zufuhren (Inland) . . . . .	427	148	911	1 160	819	820
(Ausland) . . . . .	—	—	—	22	12	12
	2 297	420	2 685	2 814	2 085	2 444
abzüglich Beanstandungen . . . . .	3	2	3	3	3	3
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>2 294</b>	<b>418</b>	<b>2 682</b>	<b>2 811</b>	<b>2 082</b>	<b>2 411</b>
<b>Pferdefleisch</b>						
Schlachtungen (Inlandstiere) . . . . .	1 478	642	2 094	2 259	2 668	2 159
Zufuhren (Inland) . . . . .	—	678	778	713	637	655
(Pferdefleisch in Dosen) . . . . .	—	—	1 485	—	—	—
	1 478	1 320	4 357	2 972	3 305	2 814
abzüglich Beanstandungen . . . . .	11	12	21	19	23	10
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>1 467</b>	<b>1 308</b>	<b>4 336</b>	<b>2 953</b>	<b>3 282</b>	<b>2 804</b>
<b>Ziegenfleisch</b>						
Schlachtungen (Inlandstiere) . . . . .	36	26	34	19	21	29
Zufuhren (Inland) . . . . .	14	0	15	12	14	27
	50	26	49	31	35	56
abzüglich Beanstandungen . . . . .	0	0	0	0	0	0
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>50</b>	<b>26</b>	<b>49</b>	<b>31</b>	<b>35</b>	<b>56</b>
<b>Fleischanfall insgesamt . . . . .</b>	<b>106 065</b>	<b>10 478</b>	<b>31 168</b>	<b>57 725</b>	<b>75 656</b>	<b>78 362</b>

<sup>1)</sup> Für 1952 sind die Beanstandungen geschätzt.



## Anhangtabelle 30

Die Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch<sup>1)</sup> einschließlich Innereien in kg

Jahre	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch		Hammelfleisch		Gesamt-Zufuhren	
	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland
1905		8 193 900		235 340		32 470		19 230		8 480 940
1906	82 060	7 057 160	175	257 215	5 610	10 455	120	19 590	87 965	7 344 420
1907	489 280	5 467 440	2 765	182 175	3 485	48 705	3 840	96 450	499 370	5 794 770
1908	622 820	5 113 020	13 125	147 595	5 440	292 400	3 720	72 090	645 105	5 625 105
1909	715 660	5 670 060	19 600	260 505	13 430	505 410	2 040	148 500	750 730	6 584 475
1910	737 880	6 209 500	21 210	429 135	29 495	118 490	3 960	163 110	792 545	6 920 235
1911	1 007 380	6 130 520	43 505	444 395	111 010	21 590	8 340	110 790	1 170 235	6 707 295
1912	1 048 740	7 865 000	49 420	497 770	67 150	347 310	5 340	126 090	1 170 650	8 836 170
1913	1 212 640	7 267 920	56 315	513 135	83 980	188 020	7 470	94 950	1 360 405	8 064 025
1914	1 164 460	8 919 020	54 215	404 250	120 615	290 785	7 770	68 190	1 347 060	9 682 245
1915	1 309 220	11 188 760	132 125	666 295	160 905	15 766 650	11 970	916 860	1 614 220	28 538 565
1916	227 040	9 229 440	23 450	1 236 480	11 985	16 827 450	2 490	168 990	264 965	27 462 360
1917	54 780	4 811 180	21 385	175	117 385	9 007 025	—	—	193 550	13 818 380
1918	393 140	17 160	—	—	114 325	1 099 730	—	—	507 465	1 116 890
1919	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1921	3 090 780	4 274 380	256 235	23 695	646 340	1 260 040	237 600	72 150	4 230 955	5 630 265
1922	4 988 720	1 628 440	822 570	4 095	1 719 295	166 005	274 710	135 000	7 805 295	1 933 540
1923	3 410 880	1 665 840	672 700	875	1 307 045	114 495	186 510	118 800	5 577 135	1 900 010
1924	3 963 520	4 105 860	827 715	35 105	1 336 200	142 885	291 960	145 170	6 419 395	4 429 020
1925	3 070 760	8 470 000	887 005	163 625	1 322 175	446 080	345 180	44 010	5 625 120	9 123 715
1926	2 861 980	6 423 560	986 650	154 840	1 643 985	305 150	179 280	395 700	5 671 895	7 279 250
1927	2 321 000	3 691 160	1 009 680	351 890	2 314 550	203 320	143 910	399 120	5 789 140	4 645 490
1928	3 676 200	1 437 040	1 050 175	379 995	1 720 740	119 425	114 990	618 390	6 562 105	2 554 850
1929	4 521 880	746 900	1 126 055	300 265	1 656 990	69 870	78 720	428 850	7 383 645	1 545 885
1930	4 232 800	651 640	958 580	291 445	1 522 520	17 765	100 230	72 930	6 814 130	1 033 780
1931	5 370 200	383 460	922 810	96 565	1 726 180	6 715	118 320	1 530	8 137 510	488 270
1932	6 307 620	6 160	1 104 915	—	1 514 190	—	144 480	—	9 071 205	6 160
1933	4 655 640	42 900	1 041 145	560	1 505 945	1 171 969	172 260	—	7 374 990	1 215 429
1934	3 074 720	292 820	1 036 595	1 155	885 275	720 302	127 950	—	5 124 540	1 014 277
1935	4 607 826	1 559 971	1 449 402	8 706	3 448 061	472 575	196 189	—	9 701 478	2 041 252
1936	3 805 732	5 080 543	1 247 311	244	2 231 041	1 527 363	247 382	—	7 531 466	6 608 150
1937	4 619 783	4 827 053	1 207 079	2 793	1 739 173	6 791 679	273 736	—	7 839 771	11 621 525
1938	5 329 520	10 648 330	1 167 559	2 402	1 072 843	10 268 396	427 437	—	7 997 359	20 919 128
1939	3 689 920	6 340 946	1 246 954	16 039	2 737 577	7 567 272	1 140 527	34 823	8 814 978	13 959 080
1940	3 341 648	1 285 370	1 439 324	913	1 054 797	1 236 256	751 299	704	6 587 068	2 523 243
1941	3 565 733	1 558 601	1 821 776	—	953 643	2 461 583	651 300	—	6 992 452	4 020 184
1942	3 889 023	620 783	2 622 062	—	3 172 438	639 561	275 099	—	9 958 622	1 260 344
1943	4 732 445	14 105	1 694 933	—	1 855 258	4 432 897	118 629	—	8 401 265	4 447 002
1944	3 488 528	83 658	2 843 366	—	1 230 458	1 304 516	164 524	—	7 726 876	1 388 174
1945	2 774 205	1 487 608	1 434 000	—	1 215 978	5 389 787	211 554	—	5 635 737	6 877 395
1946	2 832 250	—	1 153 213	—	582 217	—	212 258	—	4 779 938	—
1947	3 086 875	42 648	833 998	—	221 610	—	181 360	—	4 323 843	42 648
1948	2 524 807	—	769 648	—	184 950	—	147 801	—	3 627 206	—
1949	3 867 866	156 409	2 011 867	—	927 208	49 849	911 239	—	7 718 180	206 258
1950	4 423 947	49 820	2 033 971	18 422	2 550 363	3 343 738	1 160 451	22 363	10 168 732	3 434 343
1951	6 343 358	2 009 551	1 915 076	—	2 658 151	1 224 509	818 652	11 744	11 735 237	3 245 804
1952	5 594 688	1 590 932	1 483 036	—	3 249 081	588 654	820 470	11 625	11 147 275	2 191 211

<sup>1)</sup> Die von 1905—1934 geschlachtet eingeführten Tierkörper wurden nach folgenden Schlächtgewichten umgerechnet: Rinder = 220 kg, Kälber = 35 kg, Schweine = 85 kg, Schafe = 30 kg.

Anhangtabelle 31

Durchschnittspreise für die erste Qualität für 50 kg Schlachtgewicht in Mark

Jahre	Ochsen	Kälber	Schweine	Hammel	Jahre	Ochsen	Kälber	Schweine	Hammel
	1. Qualität					1. Qualität			
1864	51,45	45,08	36,23	.	1890	59,39	62,94	56,24	56,21
1865	46,05	46,80	41,78	.	1891	.	.	.	.
1866	46,35	49,50	45,83	.	1892	65,76	82,92	55,16	60,38
1867	45,45	48,08	44,25	.	1893	59,36	78,22	55,36	55,72
1868	46,28	50,33	48,30	.	1894	62,79	82,56	52,88	59,81
1869	50,40	49,43	51,90	.	1895	69,10	80,12	45,18	61,08
1870	52,05	52,05	47,03	.	1896	61,74	75,04	43,86	55,89
1871	55,88	56,25	45,23	.	1897	60,69	77,74	53,55	57,94
1872	56,33	57,45	48,90	.	1898	61,39	77,73	55,35	58,25
1873	55,33	58,65	53,28	.	1899	63,44	78,84	47,06	58,81
1874	55,32	62,02	52,53	.	1900	64,11	77,63	48,96	60,80
1875	46,32	59,89	53,82	.	1901	64,06	78,11	57,22	62,38
1876	46,15	58,49	58,21	.	1902	65,69	81,56	60,41	63,10
1877	49,20	60,57	50,24	.	1903	69,64	86,94	50,90	70,67
1878	52,29	59,30	45,79	.	1904	69,59	88,25	49,99	68,21
1879	47,15	54,21	42,69	.	1905	70,64	89,47	64,92	72,23
1880	51,74	57,73	51,82	.	1906	76,74	100,01	68,06	79,85
1881	51,90	55,36	51,33	.	1907	79,43	98,45	55,96	79,90
1882	56,22	61,10	52,12	.	1908	75,18	98,02	59,30	74,74
1883	57,52	64,41	49,73	57,33	1909	71,89	96,56	67,65	73,06
1884	58,42	58,37	43,76	56,54	1910	79,22	113,71	65,56	80,39
1885	56,97	55,83	47,64	50,10	1911	83,50	115,79	57,15	84,68
1886	51,97	58,85	44,60	49,13	1912	89,56	116,96	73,53	89,63
1887	46,89	60,14	41,17	39,23	1913	89,68	118,85	71,26	97,73
1888	49,18	59,87	42,75	40,94	1914	86,17	107,69	60,14	94,61
1889	52,55	62,20	53,90	46,82	1915	117,28	136,26	139,93	132,58

Anhangtabelle 32

Die Fleischpreise für 50 kg in M/RM/DM im Großhandel

Jahre	Ochsenfleisch von		Bullenfleisch von		Kuhfleisch von		Färsenfleisch von		Kalbfleisch von			Hammelfleisch von			Schweinefleisch von			
	vollfl. ausgem. Ochsen	fleisch. Ochsen	vollfl. Bullen	fleisch. Bullen	vollfl. Kühen	fleisch. Kühen	vollfl. ausgem. Färsen	fleisch. Färsen	besten Mast- u. Saug- Kälbern	mittl. Mast- u. Saug- Kälbern	geringeren Saug- Kälbern	besten Mast- lämmern	besten Mast- ham- meln, mittl. Mast- lämm., ält. Ham-	geringeren Lämmern und Ham- meln	fetten vollfl. Schweinen über 150 kg Lebend- gewicht	vollfl. Schweinen von etwa 80-150 kg Lebend- gewicht	fleisch. Schweinen unter 80 kg Lebend- gewicht	Sauen
1924	82,00	72,00	71,00	61,00	83,00	71,00	83,00	71,00	119,00	94,00	—	91,00	80,00	67,00	84,00	81,00	81,00	—
25	89,30	81,70	81,80	70,70	89,60	79,30	89,60	79,30	132,50	110,00	99,00	86,80	69,30	—	98,60	97,10	97,10	—
26	86,50	80,80	81,90	71,60	86,50	75,00	86,50	75,00	133,80	113,90	—	105,40	95,90	—	98,50	99,20	99,20	—
27	93,50	88,70	89,10	78,50	82,20	70,10	93,50	88,70	139,50	120,80	98,10	111,80	99,80	—	80,50	80,80	80,80	—
28	92,20	86,70	85,30	74,70	79,30	72,60	92,20	86,70	138,10	116,90	93,80	113,80	100,10	—	83,50	84,50	84,50	—
29	93,40	87,50	87,20	75,40	80,90	—	93,40	87,60	136,00	117,10	92,10	125,50	112,20	—	102,60	103,10	103,10	—
1930	98,40	92,10	92,70	84,00	85,60	83,20	98,40	92,10	130,10	113,40	93,50	118,60	104,20	—	87,00	88,40	88,40	—
31	81,40	74,90	75,70	—	64,30	—	81,40	74,90	105,00	90,60	74,40	94,20	84,00	—	64,70	65,80	65,80	—
32	63,20	57,50	46,00	—	52,10	—	63,20	57,50	85,20	72,10	60,00	74,20	66,00	—	57,30	57,70	57,70	—
33	61,30	55,00	54,40	—	51,00	—	61,00	55,80	81,80	69,20	61,00	72,80	66,00	—	59,50	60,50	60,50	—
34	61,40	56,30	53,30	—	50,00	—	61,40	56,30	87,60	73,20	57,10	83,00	75,30	—	62,40	62,80	62,80	—
35	73,50	68,70	68,70	65,80	64,60	59,20	73,50	68,70	98,60	88,30	71,70	94,60	90,60	—	67,70	67,50	65,90	—
36	76,80	68,60	73,90	67,10	73,50	63,90	76,70	65,00	110,90	99,30	86,60	103,40	98,10	83,80	71,00	70,90	70,70	69,40
37	76,00	65,00	73,00	62,00	72,20	61,00	76,00	65,00	96,40	93,30	75,20	101,90	98,50	83,20	70,00	70,00	70,00	70,00
38	76,50	65,50	73,50	62,50	72,10	61,20	76,40	65,50	94,70	94,40	75,20	92,70	88,60	82,50	70,40	70,40	70,40	70,40
39	80,00	69,00	77,00	66,00	77,00	65,00	80,00	69,00	95,00	95,00	78,00	90,50	89,80	87,50	72,00	72,00	72,00	72,00
1950	131,50	130,00	130,50	119,50	122,00	112,50	131,50	130,00	174,50	148,50	117,50	127,00	113,00	98,00	178,50	178,50	178,50	178,50
51	154,00	142,10	149,50	138,80	141,40	131,60	154,00	142,10	204,40	172,50	143,70	163,60	145,40	118,00	168,80	168,80	168,80	168,80
52	170,60	161,70	162,50	155,80	157,50	148,70	170,60	161,70	232,80	200,40	166,60	171,60	152,00	128,50	158,20	158,20	158,20	158,20

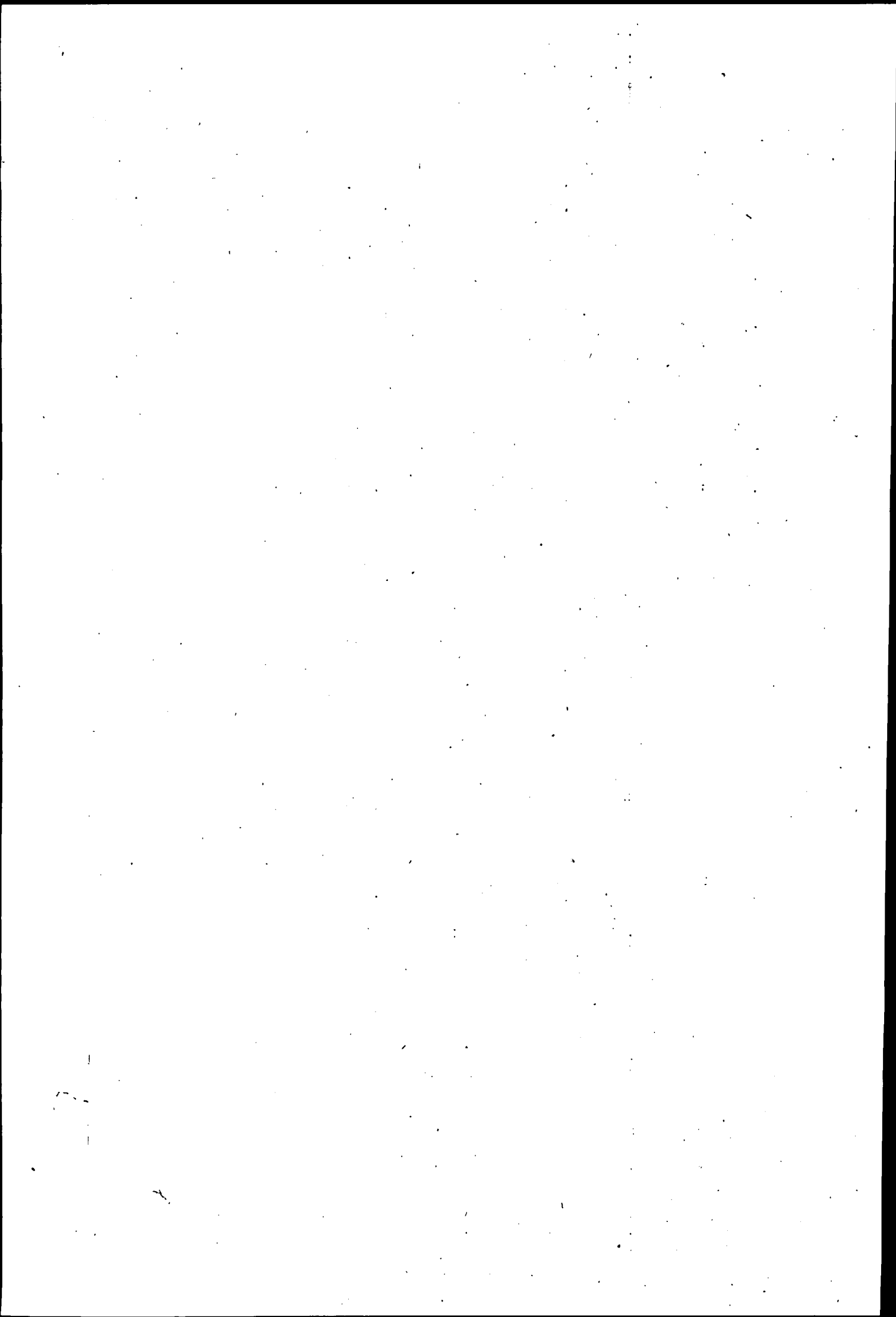
Anhangtabelle 33

Hamburger Kleinhandelspreise für 1/2 kg Fleisch in M/RM/DM im Jahresdurchschnitt von 1879 bis 1952

Jahre	Rindfleisch		Schweinefleisch		Kalbfleisch		Hammelfleisch	
	Braten	zum Kochen	Braten	zum Kochen	Braten	zum Kochen	Braten	zum Kochen
1879	0,81	0,61	0,74	0,57	.	0,71	.	0,65
1880	0,80	0,60	0,69	0,52	.	0,70	.	0,61
81	0,80	0,60	0,70	0,54	.	0,70	.	0,65
82	0,80	0,61	0,70	0,53	.	0,70	.	0,65
83	0,80	0,64	0,71	0,54	.	0,70	.	0,68
84	0,80	0,60	0,68	0,52	.	0,70	.	0,67
85	0,80	0,60	0,68	0,52	.	0,70	.	0,62
86	0,79	0,59	0,68	0,52	.	0,70	.	0,60
87	0,75	0,59	0,64	0,48	.	0,70	.	0,60
88	0,81	0,55	0,63	0,46	.	0,74	.	0,64
89	0,88	0,60	0,79	0,63	.	0,79	.	0,67
1890	0,94	0,63	0,86	0,70	.	0,80	.	0,70
91	0,95	0,63	0,77	0,61	.	0,80	.	0,70
92	0,95	0,63	0,78	0,62	.	0,80	.	0,70
93	0,95	0,63	0,80	0,65	.	0,80	.	0,71
94	0,89	0,62	0,79	0,64	.	0,80	.	0,73
95	0,87	0,62	0,77	0,62	.	0,80	.	0,73
96	0,85	0,63	0,75	0,61	.	0,79	.	0,73
97	0,86	0,63	0,78	0,65	.	0,80	.	0,73
98	0,87	0,65	0,84	0,68	.	0,81	.	0,74
99	0,87	0,64	0,76	0,65	0,93	0,82	0,84	0,73
1900	0,87	0,64	0,77	0,65	0,96	0,83	0,84	0,74
01	0,87	0,64	0,83	0,68	0,99	0,84	0,88	0,75
02	0,87	0,66	0,85	0,74	0,98	0,84	0,89	0,76
03	0,87	0,67	0,80	0,66	1,00	0,86	0,90	0,79
04	0,87	0,67	0,76	0,66	1,00	0,87	0,90	0,79
05	0,89	0,70	0,88	0,77	1,00	0,89	0,91	0,82
06	0,95	0,77	0,95	0,84	1,12	0,99	0,99	0,89
07	0,96	0,77	0,85	0,72	1,20	1,02	0,99	0,88
08	0,98	0,75	0,86	0,73	1,20	1,03	0,99	0,88
09	0,94	0,74	0,91	0,81	1,20	1,03	0,97	0,87
1910	0,98	0,79	0,92	0,80	1,22	1,09	1,00	0,91
11	1,02	0,83	0,88	0,76	1,26	1,12	1,00	0,92
12	1,10	0,89	1,00	0,86	1,28	1,13	1,10	0,99
13	1,15	0,92	1,05	0,91	1,34	1,21	1,17	1,07
Bug								
ohne Knochen Unterrippe Nacken Bauch Keule Brust Keule Bauch								
1924	1,55	0,97	1,31	1,06	1,60	1,27	1,26	1,13
25	1,69	1,07	1,54	1,24	1,85	1,41	1,41	1,26
26	1,45	1,04	1,50	1,24	1,80	1,43	1,40	1,24
27	1,52	1,11	1,32	1,01	1,81	1,45	1,45	1,27
28	1,49	1,12	1,38	1,02	1,78	1,45	1,47	1,32
29	1,51	1,14	1,57	1,29	1,78	1,47	1,60	1,47
1930	1,55	1,17	1,42	1,11	1,76	1,47	1,59	1,46
31	1,37	1,00	1,05	0,79	1,48	1,24	1,34	1,19
32	1,06	0,76	0,85	0,70	1,20	0,97	1,05	0,91
33	1,00	0,73	0,83	0,73	1,13	0,91	1,00	0,88
34	1,00	0,73	0,86	0,81	1,19	0,96	1,10	1,00
35	1,05	0,79	0,90	0,82	1,31	1,09	1,20	1,12
36	1,11	0,88	0,94	0,82	1,50	1,27	1,38	1,28
37	1,15	0,90	0,95	0,82	1,39	1,14	1,34	1,19
38	1,14	0,89	0,95	0,82	1,35	1,10	1,15	0,92
1950	2,14	1,74	2,08	1,97	2,14	1,85	1,89	1,72
51	2,33	1,94	2,32	2,15	2,53	2,19	2,24	2,05
52	2,67	2,18	2,33	2,06	2,90	2,45	2,40	2,13

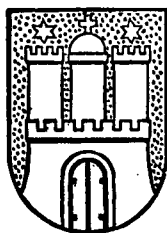
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg



# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 10. August 1953

Jahrgang 1953 – Heft Nr. 17

## Die Pfandhäuser in Hamburg von Januar 1952 bis Mai 1953

Innerhalb des Kreditwesens, ohne das eine moderne Volkswirtschaft nicht denkbar ist, erfüllen die Leihhäuser eine nicht unwichtige Aufgabe. Sie gewähren jedermann ohne besondere Überprüfung seiner Kreditwürdigkeit auf schnellstem Wege gegen Hinterlegung eines Faustpfandes Kredit. Hierbei ist die Höhe des Kredites abhängig von dem Wert des jeweiligen Pfandes.

Neben größeren Darlehen werden in den Leihhäusern besonders kleine und kleinste Darlehen gegeben, mit denen sich andere Kreditinstitute gar nicht befassen. Der Pfandkredit, insbesondere der „Kleinpandkredit“ kann also als eine Ergänzung des Bank- und Sparkassenkredites angesprochen werden. Sein wirtschaftlicher und sozialer Wert steht außer Zweifel, hilft er doch breiten Schichten der Bevölkerung bei plötzlich auftretenden Geldverlegenheiten die ersten Schwierigkeiten überwinden.

In Hamburg hat sich die Zahl der Pfandhäuser gegenüber den Vorjahren<sup>1)</sup> erhöht. Zu Beginn des Jahres 1952 wurde die öffentliche Leihanstalt in der Herrenweide (St. Pauli) wieder eröffnet. In Barmbek etablierte sich zu dieser Zeit ein gewerbliches Leihhaus. Diesem folgten Anfang 1953 in Hoheluft, Dulsberg und Bergedorf drei weitere private Pfandleihen, so daß im Mai 1953 insgesamt 36 Leihhäuser in Betrieb waren. Sie verteilen sich wie folgt über das hamburgische Stadtgebiet:

Stadtteile	Zahl der Leihhäuser		
	gewerbliche	staatliche	zusammen
St. Pauli . . . . .	7	1	8
Neustadt . . . . .	6	1	7
Barmbek . . . . .	3	1	4
Winterhude . . . . .	3	—	3
Eimsbüttel . . . . .	2	1	3
Hoheluft-Ost . . . . .	2	—	2
St. Georg . . . . .	2	—	2
Ottensen . . . . .	1	—	1
Ohlsdorf . . . . .	1	—	1
Dulsberg . . . . .	1	—	1
Eilbek . . . . .	1	—	1
Altona-Altstadt . . . . .	1	—	1
Bergedorf . . . . .	1	—	1
Harburg . . . . .	—	1	1
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>31</b>	<b>5</b>	<b>36</b>

Der Geschäftsbetrieb in den Pfandleihhäusern ist gesetzlich geregelt. So ist z. B. die Verfallzeit der Pfänder auf 3 Monate bei den gewerblichen und auf 6 Monate bei den staatlichen Leihanstalten festgesetzt. Die Verwertung der nicht eingelösten Pfänder darf frühestens 2 Monate nach dem Verfalltag und nur im Wege der öffentlichen Versteigerung erfolgen. Die Versteigerung muß vorher in der Tagespresse bekanntgegeben werden. Überschüsse aus dem Versteigerungserlös der Pfänder stehen den Pfandgebern zu und können von diesen innerhalb einer Frist von einem Jahr (bei den gewerblichen innerhalb von zwei Jahren) abgeholt werden; andernfalls verfallen diese Überschüsse der Staatskasse. Außer Kapitalzins, Unkostenvergütung und Verkaufskosten darf keinerlei Vergütung für die Darlehen, die Aufbewahrung und Erhaltung oder die Verwertung der Pfänder ausbedungen, angenommen oder abgezogen werden.

Die staatlichen und gewerblichen Leihanstalten unterscheiden sich voneinander in erster Linie durch die Höhe der Gebühren, die für die Darlehensgewährung berechnet werden. Während die gewerblichen Pfandleiher neben einem Kapitalzins von 1 v. H. im Monat noch eine nach der Höhe des Darlehens gestaffelte monatliche Unkostenvergütung erheben, berechnen die staatlichen Leihanstalten pauschal einen monatlichen Zinssatz von 2 v. H. für Darlehen bis zu 1000 DM und 1 v. H. im Monat für den 1000 DM übersteigenden Betrag.

Für diese unterschiedliche Regelung der Gebührensätze ist maßgebend, daß die privaten Leihhäuser als reine Gewerbebetriebe ihrer Natur nach Überschüsse anstreben müssen. Die staatlich gelenkten Leihanstalten brauchen sich aus ihren Einnahmen lediglich selbst zu erhalten; außerdem haben sie auch bei der Kapitalbeschaffung im allgemeinen weniger Schwierigkeiten zu überwinden als die privaten Betriebe.

Im Jahre 1952 wurden in den Hamburger Leihhäusern (gewerblichen und öffentlichen) insgesamt

<sup>1)</sup> vgl. Heft 24/1950 und Heft 14/1952 dieser Schriftenreihe

843 275 Verpfändungen vorgenommen, die mit einer Summe von 13 043 692 DM beliehen wurden.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Verpfändungen um 24,9 v. H. und die Darlehenssumme um 25,5 v. H. Bezogen auf Hamburgs Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 1952 von etwa 1 673 000 Personen gaben die Pfandkreditbetriebe 7,80 DM je Kopf an Darlehen. Im Jahre 1951 waren es 6,34 DM bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von etwa 1 640 000. Diese Beträge verdeutlichen die wachsende Inanspruchnahme des Kleinpandkredits.

	Zahl der Verpfändungen <sup>1)</sup>	v. H.	Summe der Darlehen DM	v. H.
Januar . . . . .	69 557	8,2	1 054 217	8,1
Februar . . . . .	64 282	7,6	955 559	7,3
März . . . . .	67 588	8,0	986 267	7,6
April . . . . .	73 232	8,7	1 119 233	8,6
Mai . . . . .	72 546	8,6	1 156 916	8,9
Juni . . . . .	74 224	8,8	1 124 868	8,6
Juli . . . . .	73 424	8,7	1 106 820	8,5
August . . . . .	71 412	8,5	1 100 721	8,4
September . . . . .	73 256	8,7	1 128 915	8,6
Oktober . . . . .	74 863	8,9	1 159 271	8,9
November . . . . .	68 200	8,1	1 097 765	8,4
Dezember . . . . .	60 691	7,2	1 053 140	8,1
<b>zusammen 1952</b>	<b>843 275</b>	<b>100,0</b>	<b>13 043 692</b>	<b>100,0</b>
dagegen 1951 . . . . .	674 915		10 391 957	

<sup>1)</sup> einschl. Pfänderneuerungen. Diese sind zunächst als Einlösung und dann erneut als Verpfändung gezählt worden.

Der Pfandverkehr verteilt sich nahezu gleichmäßig auf die einzelnen Monate des Jahres. Nur der Dezember macht hiervon eine Ausnahme. Dies zeigt sich sowohl bei den staatlichen als auch bei den privaten Betrieben. Im Dezember liegen die Verpfändungen am niedrigsten. Seit jeher wird im Weihnachtsmonat der Kleinpandkredit weniger in Anspruch genommen, da auch ein Teil der Leihhauskunden zum Jahreschluß finanzielle Zuwendungen der verschiedensten Art erhält, die eine Kreditaufnahme zu diesem Zeitpunkt überflüssig machen. Dies hat sogar zur Folge, daß viele Pfänder ihre versetzten Sachen vorzeitig wieder

einlösen können. Die Einlösungen erreichen daher im Dezember — wenigstens bei den öffentlichen Leihanstalten (s. Übersicht 2) — ihren Höhepunkt und übersteigen die Verpfändungen um ein beträchtliches.

Der Anteil der Pfänderneuerungen an der Gesamtzahl der Verpfändungen ist bei den staatlichen Leihanstalten von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Er betrug

im Jahre 1949 = 29,9 v. H.,  
1950 = 27,8 v. H.,  
1951 = 21,8 v. H.,  
1952 = 19,2 v. H.

und von Januar — Mai 1953 = 18,7 v. H.

Dieser stete Rückgang wird in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß sich die Rückzahlungsfähigkeit der Leihhauskunden allgemein gebessert hat.

Trotz ihrer bedeutend geringeren Zahl an Betriebsstätten (5 : 28) waren die staatlichen Leihanstalten zu etwa 27 v. H. an den Gesamtverpfändungen beteiligt; an der Darlehenssumme betrug der Anteil sogar etwa 43 v. H. (s. Übersicht 3). Daraus ergeben sich wesentliche Unterschiede in den durchschnittlichen Darlehensbeträgen je Pfand. In den öffentlichen Pfandleihen lag dieser Durchschnittsbetrag im Jahre 1952 mit 24,62 DM mehr als doppelt so hoch wie bei den gewerblichen Betrieben, wo im Durchschnitt nur 12,05 DM je Pfand ausbezahlt wurden. Ähnlich verhalten sich die durchschnittlichen Versteigerungserlöse je Pfand; so wurden in den öffentlichen Leihhäusern 26,62 DM, in den privaten dagegen nur 12,90 DM erzielt. Danach wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß in den öffentlichen Leihanstalten die Verpfändungen von wertvollen Gegenständen gegen höhere Darlehen häufiger vorkommen.

Setzt man die Zahl der versteigerten Pfänder ins Verhältnis zur Zahl der Verpfändungen, so errechnet sich eine Verfallquote von 7,4 v. H. für die

## Übersicht 1

### Der Pfandverkehr der gewerblichen Leihhausbetriebe im Jahre 1952

Zeit	Verpfändungen <sup>1)</sup>	Summe der Darlehensbeträge DM	Durchschnittl. Darlehensbetrag je Pfand DM	Versteigerte Pfänder	Versteigerungserlös DM	Durchschnittl. Versteigerungserlös je Pfand DM
Januar . . . . .	49 941	582 285	11,66	2 759	33 491	12,14
Februar . . . . .	46 603	533 034	11,44	3 033	37 652	12,41
März . . . . .	50 032	577 654	11,55	2 835	38 043	13,42
April . . . . .	54 080	656 886	12,15	3 808	47 949	12,59
Mai . . . . .	52 307	637 863	12,19	3 147	39 312	12,49
Juni . . . . .	53 801	628 931	11,69	3 742	47 078	12,58
Juli . . . . .	52 502	620 249	11,81	4 168	57 314	13,75
August . . . . .	51 941	623 643	12,01	3 851	46 979	12,20
September . . . . .	53 257	640 356	12,02	4 205	59 195	14,08
Oktober . . . . .	54 550	670 696	12,30	4 907	65 603	13,37
November . . . . .	49 804	631 396	12,68	4 687	58 924	12,57
Dezember . . . . .	45 261	598 207	13,22	4 491	57 255	12,75
<b>1952 zusammen</b>	<b>614 079</b>	<b>7 401 200</b>	<b>12,05</b>	<b>45 633</b>	<b>588 795</b>	<b>12,90</b>
dagegen 1951 . . . . .	489 440	5 504 718	11,25	32 143	448 035	13,94

<sup>1)</sup> einschl. Erneuerungen.

## Übersicht 2

## Der Pfandverkehr der staatlichen Leihanstalten

Zeit	Verpfändungen				Eingelöste Pfänder		Versteigerte Pfänder			Verein- nomme Gebühren DM
	Zahl insgesamt	Darlehen DM	Zahl darunter Erneuerungen	Darlehen DM	Zahl	Darlehen DM	Zahl	Darlehen DM	Versteige- rungserlös DM	
<b>1951 zusammen</b>	<b>185 475</b>	<b>4 887 239</b>	<b>40 488</b>	<b>1 774 661</b>	<b>168 668</b>	<b>4 655 780</b>	<b>15 964</b>	<b>407 191</b>	<b>530 441</b>	<b>643 052</b>
<b>1952</b>										
Januar	19 616	471 932	4 031	174 804	12 905	385 994	863	17 945	27 349	50 748
Februar	17 679	422 525	3 841	159 841	14 448	387 446	1 131	23 788	34 056	49 977
März	17 556	408 613	3 682	137 377	15 893	385 041	1 022	18 899	29 073	46 396
April	19 152	462 347	3 577	144 026	17 179	412 936	886	16 284	21 675	47 275
Mai	20 239	519 053	3 377	156 526	17 262	444 019	949	17 351	24 478	49 410
Juni	20 423	495 937	3 413	152 667	14 945	407 912	1 022	19 497	31 594	46 110
Juli	20 922	486 571	3 617	146 074	16 622	423 587	943	16 452	24 020	47 787
August	19 471	477 078	3 198	132 713	17 058	437 939	1 077	17 024	22 029	45 186
September	19 999	488 559	3 753	142 755	18 313	458 408	967	15 831	22 039	48 439
Oktober	20 313	488 575	3 899	151 576	19 575	491 492	991	18 185	25 757	55 183
November	18 396	466 369	3 914	147 938	18 156	452 995	1 275	22 337	31 869	53 543
Dezember	15 430	454 933	3 632	140 100	20 776	542 416	1 153	19 835	32 987	58 768
<b>1952 zusammen</b>	<b>229 196</b>	<b>5 642 492</b>	<b>43 934</b>	<b>1 786 397</b>	<b>203 132</b>	<b>5 230 185</b>	<b>12 279</b>	<b>223 428</b>	<b>326 926</b>	<b>598 822</b>
<b>1953</b>										
Januar	22 318	540 021	4 012	158 916	15 017	442 374	1 182	18 727	27 953	50 649
Februar	18 745	434 036	3 732	141 391	16 004	389 199	1 289	23 623	32 030	46 990
März	20 449	463 418	3 882	155 375	19 127	437 108	1 334	23 465	31 615	54 069
April	20 577	445 812	3 923	156 732	19 757	446 986	1 442	21 361	28 800	52 910
Mai	20 405	429 262	3 614	135 903	18 107	397 963	1 599	22 518	28 320	48 747
<b>Jan. bis Mai 1953 zusammen</b>	<b>102 494</b>	<b>2 312 549</b>	<b>19 163</b>	<b>748 317</b>	<b>88 012</b>	<b>2 113 630</b>	<b>6 846</b>	<b>109 694</b>	<b>149 018</b>	<b>253 365</b>

## Übersicht 3

## Der Pfandverkehr in den Hamburger Leihhäusern im Jahre 1952

Art der Leihhäuser	Zahl der Betriebs- stätten	Zahl der Verpfändungen <sup>1)</sup>		Summe der Darlehensbeträge DM		Durch- schnittlicher Darlehens- betrag je Pfand DM	Zahl der versteigerten Pfänder	Summe der Versteige- rungserlöse DM	Durch- schnittlicher Versteige- rungserlös je Pfand DM	Verfall- quote (Spalte 7 in v. H. von Spalte 2)
		absolut	v. H.	absolut	v. H.					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gewerbliche	28	614 079	72,8	7 401 200	56,7	12,05	45 633	588 795	12,90	7,4
Staatliche	5	229 196	27,2	5 642 492	43,3	24,62	12 279	326 926	26,62	5,4
<b>Leihhäuser zusammen</b>	<b>33</b>	<b>843 275</b>	<b>100</b>	<b>13 043 692</b>	<b>100</b>	<b>15,47</b>	<b>57 912</b>	<b>915 721</b>	<b>15,81</b>	<b>6,9</b>

<sup>1)</sup> einschl. Erneuerungen.

gewerblichen, 5,4 v. H. für die öffentlichen und 6,9 v. H. für alle Betriebe zusammen. Das heißt also, daß im Jahre 1952 in den Hamburger Leihhäusern von je 100 versetzten Pfändern etwa 7 nicht wieder eingelöst worden sind. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß bei dieser Berechnung der Pfänderbestand am Anfang und Ende des Jahres nicht berücksichtigt werden konnte, da diese Angaben für das private Pfandleihgewerbe fehlen. Wie aber aus der letzten Übersicht über die staatlichen Leihanstalten, für die solche Zahlen vorliegen, hervorgeht, ändert sich die Verfallquote bei einer verfeinerten Berechnung nur geringfügig.

Die nun folgenden Ausführungen befassen sich nur noch mit den staatlichen Leihanstalten, da weiteres Zahlenmaterial über den Pfandverkehr in den gewerblichen Leihhäusern leider nicht vorliegt.

Aus den Summen der Darlehen, die durch die Anzahl der dafür versetzten Pfänder geteilt werden, errechnen sich die durchschnittlichen Darlehens-

beträge je Pfand. Sie sind in den letzten Jahren ständig gefallen (s. Übersicht 4). Die Erklärung hierfür liegt vor allem darin, daß auch die Preise für die Pfänder, die am häufigsten versetzt werden, gesunken sind. So hat sich z. B. der Preisindex für die Gruppe Bekleidung von 101,0 im Januar 1951 auf 96,8 im Mai 1953 reduziert (1950 = 100), der Gruppenindex für Bett-, Haus- und Küchenwäsche von 99,0 auf 83,3 und der für Betten, Teppiche, Gardinen und Decken von 100,3 auf 89,9. Die in den öffentlichen Leihanstalten vorgenommenen Versteigerungen von verfallenen Wertgegenständen und Schmuckstücken ohne besonderen Fassonwert erbrachten für 1 g 14karätiges Gold (585) im Mai 1953 einen Erlös von nur 2,90 DM gegenüber 4,00 DM im Jahresdurchschnitt 1951. Der Preis für 1 g Feinsilber fiel in diesem Zeitraum von 11 auf 8 Pfennig. Die Leihhäuser haben also bei der Beleihung der Pfänder der allgemeinen Preisbewegung Rechnung getragen.



## Übersicht 4

### Die durchschnittlichen Darlehnsbeträge und Versteigerungserlöse in den staatlichen Leihanstalten

Zeit	Durchschnittl. Darlehnsbetrag je Pfand für:				Durchschnittl. Versteigerungserlös je Pfand DM
	alle Verpfändungen DM	die Erneuerungen DM	die eingelöst. Pfänder DM	die versteigerten Pfänder DM	
<b>1951</b>	<b>26,35</b>	<b>43,83</b>	<b>27,60</b>	<b>25,51</b>	<b>33,23</b>
<b>1952</b>	<b>24,62</b>	<b>40,66</b>	<b>25,75</b>	<b>18,20</b>	<b>26,62</b>
1953					
Januar . . .	24,20	39,61	29,46	15,84	23,65
Februar . . .	23,15	37,89	24,32	18,33	24,85
März . . . .	22,66	40,02	22,85	17,59	23,70
April . . . .	21,67	39,95	22,62	14,81	19,97
Mai . . . . .	21,04	37,60	21,98	14,08	17,90
<b>Jan.—Mai 1953</b>	<b>22,56</b>	<b>39,05</b>	<b>24,02</b>	<b>16,02</b>	<b>21,77</b>

Bei näherer Betrachtung der Übersicht 4 fällt der große Unterschied der durchschnittlichen Darlehnsbeträge je Pfand zwischen den erneuerten

und den versteigerten Pfändern auf. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai 1953 differierten diese beiden Beträge — 39,05 DM für erneuerte und 16,02 DM für versteigerte Pfänder — um rund 23 DM. Dies läßt den durchaus verständlichen Schluß zu, daß die Verpfänder, die nach Ablauf der gesetzlichen Beleihungsfrist ihr Pfand noch nicht wieder einlösen können, dieses schon leichter verfallen lassen, wenn es weniger wertvoll ist, während sie unter solchen Umständen die wertvolleren Pfänder wohl durchweg erneuern und verlängern, um diese bei nächster Gelegenheit doch noch einzulösen.

Die Pfänder aus den Versteigerungen im Jahre 1952 brachten einen durchschnittlichen Erlös von 26,62 DM. Gemessen hieran waren sie mit etwa drei Viertel ihres Wertes (nämlich im Durchschnitt mit 18,20 DM) beliehen gewesen. Ähnlich war es in den Vorjahren und auch in der Zeit von Januar bis Mai 1953.

## Übersicht 5

### Die Verpfändungen in den staatlichen Leihanstalten nach Darlehnsbeträgen

Zeit	Zahl der Verpfändungen <sup>1)</sup>	Zahl der Verpfändungen, gegliedert nach der Höhe der Darlehnsbeträge in DM							
		1-4	5-10	11-20	21-30	31-50	51-100	101-500	über 500
<b>1951</b>	<b>185 475</b>	<b>18 757</b>	<b>62 992</b>	<b>50 291</b>	<b>20 841</b>	<b>16 321</b>	<b>10 608</b>	<b>5 215</b>	<b>450</b>
v. H. . . . .	100	10,1	34,0	27,1	11,2	8,8	5,7	2,8	0,3
<b>1952</b>									
Januar . . . .	19 616	2 092	7 037	5 261	2 104	1 603	1 011	459	49
Februar . . . .	17 679	2 065	6 453	4 586	1 839	1 396	886	423	31
März . . . . .	17 556	2 047	6 412	4 514	1 877	1 371	910	390	35
April . . . . .	19 152	1 994	6 788	5 301	2 165	1 539	898	424	43
Mai . . . . .	20 239	2 281	7 440	5 440	2 090	1 531	939	460	58
Juni . . . . .	20 423	2 331	7 415	5 475	2 280	1 484	950	419	69
Juli . . . . .	20 922	2 610	7 552	5 692	2 073	1 586	981	399	49
August . . . .	19 471	2 571	6 955	5 126	1 929	1 499	919	408	64
September . .	19 999	2 643	7 264	5 178	2 072	1 449	929	400	64
Oktober . . . .	20 313	2 558	7 317	5 458	2 113	1 511	907	371	78
November . . .	18 396	2 381	6 671	4 852	1 954	1 300	793	382	63
Dezember . . .	15 430	1 703	5 421	4 254	1 659	1 199	772	331	91
<b>1952 zus.</b>	<b>229 196</b>	<b>27 276</b>	<b>82 725</b>	<b>61 137</b>	<b>24 155</b>	<b>17 448</b>	<b>10 895</b>	<b>4 866</b>	<b>694</b>
v. H. . . . .	100	11,9	36,1	26,7	10,5	7,6	4,8	2,1	0,3
<b>1953</b>									
Januar . . . .	22 318	2 662	8 334	5 996	2 343	1 562	923	425	73
Februar . . . .	18 745	2 411	6 890	5 009	1 913	1 331	770	378	43
März . . . . .	20 449	2 705	7 448	5 533	1 986	1 390	893	462	32
April . . . . .	20 577	2 726	7 681	5 440	2 059	1 406	830	399	36
Mai . . . . .	20 405	2 726	7 055	5 255	2 314	1 850	833	343	29
<b>Jan.—Mai 1953 zusammen</b>	<b>102 494</b>	<b>13 230</b>	<b>37 408</b>	<b>27 233</b>	<b>10 615</b>	<b>7 539</b>	<b>4 249</b>	<b>2 007</b>	<b>213</b>
v. H. . . . .	100	12,9	36,5	26,6	10,4	7,3	4,1	2,0	0,2

<sup>1)</sup> einschl. Erneuerungen.

Übersicht 5 zeigt die Aufteilung der Verpfändungen nach der Höhe der Darlehnsbeträge. Fast die Hälfte aller Pfänder wurde mit Beträgen von 1 bis zu 10 DM und über ein Viertel mit 11 bis 20 DM beliehen, so daß also in den staatlichen Leihanstalten Anfang 1953 gut drei Viertel aller Fälle auf diese Kleinkredite entfielen. Hiermit bestätigt sich nochmals, daß das Leihhaus die „Bank des kleinen Mannes“ ist. Gegenüber den letzten Vorjahren hat sich der Anteil der Kleinst-

beträge bis 10 DM an der Gesamtzahl der Verpfändungen weiter erhöht.

Was wird nun in den Leihhäusern alles verpfändet? Als Beispiel seien hier nur die gängigsten Artikel aufgeführt wie: Oberkleidung, Unterkleidung, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Stoffe, Gold- und Silberwaren, Schmuckstücke, Uhren, Oberbetten, Unterbetten, Kopfkissen, Steppdecken, optische Artikel, Radioapparate, Schreibmaschinen, Musikinstrumente, Teppiche, Koffer, Aktentaschen, Photoapparate, Schuhe, teilweise auch Fahrräder

und Nähmaschinen. Dieser Katalog läßt sich noch wesentlich erweitern. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der öffentlichen Leihanstalten sagen dazu grundsätzlich, daß als Pfänder Gegenstände

angenommen werden, die allgemein verwertbar sind, keinen zu großen Raum einnehmen und während der Versatzzeit keinen Verderb oder keine wesentliche Wertminderung erwarten lassen.

## Übersicht 6

### Die Verpfändungen in den staatlichen Leihanstalten nach Warengattungen

Zeit	Zahl der Verpfändungen <sup>1)</sup>	Zahl der Fälle in denen versetzt wurden				
		Betten	Kleidungsstücke	Leinen	Wertgegenstände	Sonstige Gegenstände
<b>1951</b>	<b>185 475</b>	<b>1 303</b>	<b>48 300</b>	<b>38 622</b>	<b>73 139</b>	<b>24 111</b>
v. H. . . . .	100	0,7	26,1	20,8	39,4	13,0
<b>1952</b>						
Januar . . .	19 616	158	5 462	3 936	7 687	2 373
Februar . .	17 679	158	4 692	3 696	6 975	2 158
März . . .	17 556	175	4 527	3 758	6 897	2 199
April . . .	19 152	189	5 711	3 797	7 195	2 260
Mai . . . .	20 239	194	5 994	4 169	7 318	2 564
Juni . . . .	20 423	202	6 153	4 147	7 133	2 788
Juli . . . .	20 922	227	6 053	4 378	7 474	2 790
August . . .	19 471	206	5 505	4 048	7 092	2 620
September .	19 999	143	5 629	4 175	7 287	2 765
Oktober . .	20 313	170	5 870	4 219	7 439	2 615
November . .	18 396	204	5 250	3 995	6 540	2 407
Dezember . .	15 430	136	4 084	3 428	5 815	1 967
<b>1952 zus. . .</b>	<b>229 196</b>	<b>2 162</b>	<b>64 930</b>	<b>47 746</b>	<b>84 852</b>	<b>29 506</b>
v. H. . . . .	100	0,9	28,3	20,9	37,0	12,9
<b>1953</b>						
Januar . . .	22 318	189	6 512	4 353	8 370	2 894
Februar . .	18 745	198	5 187	3 920	6 916	2 524
März . . .	20 449	152	5 583	4 295	7 713	2 706
April . . .	20 577	203	6 234	4 106	7 323	2 711
Mai . . . .	20 405	183	6 561	3 840	7 263	2 558
<b>Jan.-Mai 1953 zusammen</b>	<b>102 494</b>	<b>925</b>	<b>30 077</b>	<b>20 514</b>	<b>37 585</b>	<b>13 393</b>
v. H. . . . .	100	0,9	29,3	20,0	36,7	13,1

<sup>1)</sup> einschl. Erneuerungen.

Die Verteilung der versetzten Artikel auf die verschiedenen Warengattungen geht aus der Übersicht 6 hervor. In den Jahren 1951, 1952 und von Januar bis Mai 1953 bestand nicht ganz die Hälfte aller Pfänder aus Kleidungs- und Wäschestücken. An zweiter Stelle rangierten die Wertgegenstände (Gold- und Silberwaren, Uhren), die

einen Anteil von fast zwei Fünftel an der Zahl der Gesamtverpfändungen hatten; der Rest entfiel auf alle übrigen Gegenstände.

Abschließend sollen noch die Verfallquoten in den staatlichen Leihanstalten für die Zeit nach der Währungsreform bis Mai 1953 mitgeteilt werden, die sich aus den nachstehenden Zahlen ergeben:

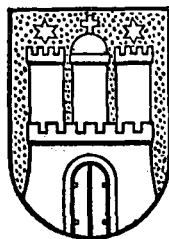
	Zahl der Pfänder					
	20. 6. 1948 bis 31. 12. 1948	1949	1950	1951	1952	Januar bis Mai 1953
1. Anfangsbestand . .	2 589	85 499	94 064	70 836	71 679	85 464
2. Verpfändungen . .	119 016	172 013	158 568	185 475	229 196	102 494
Summe 1 und 2 . . .	121 605	257 512	252 632	256 311	300 875	187 958
3. Einlösungen . . . .	35 884	146 777	152 512	168 668	203 132	88 012
verbleiben . . . . .	85 721	110 735	100 120	87 643	97 743	99 946
4. Versteigerungen . .	222	16 671	29 284	15 964	12 279	6 846
5. Endbestand . . . .	85 499	94 064	70 836	71 679	85 464	93 100
Verfallquote in v. H. (Anteil der Versteigerungen an Summe von Anfangsbestand und Verpfändungen abzüglich Endbestand) . .		10,2	16,1	8,6	5,7	7,2

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

*Girardet & Co., Hamburg*

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 14. August 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 18

## Der Wohnungsbau in Hamburg im Kalenderjahr 1952

(Endgültige Ergebnisse)

### 1. Vorbemerkung

Ein vorläufiger Überblick über die Ergebnisse des Wohnungsbaus im Jahre 1952 war bereits im Heft Nr. 3, Jg. 1953, dieser Zeitschrift gegeben. Nunmehr können die **e n d g ü l t i g e n** Zahlen über den Umfang und die Gliederung des Wohnungsbaus in der Freien und Hansestadt Hamburg im Kalenderjahr 1952 veröffentlicht werden.

Die Statistik erfaßt die Bautätigkeit in ihren verschiedenen Stadien. Eine Zählkarte wird für jedes Gebäude ausgestellt, sobald die baupolizeiliche Genehmigung erteilt ist, weiterhin wird eine statistische Meldung über den Baubeginn eines Gebäudes erstattet. Endlich wird für jedes Gebäude eine Zählkarte ausgefertigt, sobald seine Fertigstellung festgestellt ist. Falls ein Bauvorhaben mehrere Gebäude umfaßt, sind diese Meldungen für jedes Gebäude besonders zu erstatten; falls ein Bauvorhaben nicht die Errichtung eines ganzen Gebäudes, sondern nur den Umbau, Ausbau oder die Erweiterung eines Gebäudes vorsieht, wird auch für jedes dieser Bauvorhaben die Genehmigung, der Baubeginn und die Fertigstellung statistisch gemeldet. Auf diese Weise ist es möglich, das gesamte Baugeschehen von der Genehmigung bis zur Fertigstellung fortlaufend zu beobachten und damit das Gesamtvolumen der Bautätigkeit richtig zu beurteilen. Auf eine besondere Erfassung der Bauanträge ist verzichtet worden, da regelmäßig ein großer Teil der beantragten Bauvorhaben nicht zur Ausführung gelangt.

### 2. Die Baugenehmigungen

Die rückläufige Tendenz bei den **g e n e h m i g t e n** **Wohnungsbauten**, die bereits 1951 zu beobachten war, hat sich auch im Jahre 1952 fortgesetzt. Während 1951 noch 24 295 genehmigte Wohnungen gemeldet wurden — dieses waren bereits 6426 oder 21 v. H. weniger als im Jahre 1950 —

verzeichnet die Statistik im Jahre 1952 nur noch 19 990 genehmigte Wohnungen; das bedeutet eine weitere Abnahme von 4305 Wohnungen oder rd. 18 v. H. gegenüber dem Vorjahre. Die Zahl der Wohnungen allein vermittelt allerdings noch keinen umfassenden Überblick über das tatsächliche Volumen der geplanten Bauvorhaben und den Umfang der Veränderungen gegenüber dem Vorjahre; um die Erkenntnisse in dieser Richtung zu vertiefen, muß man deshalb auf die Angaben über die **Baukosten** und den **umbauten Raum** zurückgreifen.

Die Summe der veranschlagten Baukosten für Wohnbauten hat sich mit **239 Millionen DM um 9 Millionen oder 4 v. H. gegenüber dem Vorjahre verringert**. Diese Abnahme entspricht nicht der verhältnismäßig höheren Abnahme bei den Wohnungen und beim umbauten Raum. Bei der Beurteilung der veranschlagten Baukosten muß die **Baukostenerhöhung** gegenüber 1951 entsprechend berücksichtigt werden. Die Verteuerung wird besonders augenscheinlich, wenn die Kosten je Wohnung und je cbm umbauten Raumes in den beiden Jahren miteinander verglichen werden. 1951 beliefen sich die veranschlagten Baukosten für eine **Neubauwohnung** durchschnittlich auf **11 000 DM** und die Kosten eines **cbm umbauten Raumes** auf **rd. 43 DM**, 1952 waren es dagegen **12 200 DM** bzw. **50 DM** je cbm; das bedeutet eine durchschnittliche **Baukostensteigerung um 16 v. H. je cbm**. Die hierdurch zum Ausdruck kommende Erhöhung der veranschlagten Baukosten übersteigt erheblich die Baukostensteigerung, wie sie im Preisindex für den Wohnungsbau ihren Niederschlag findet. Dieser Preisindex ist von 229,3 im Jahresdurchschnitt 1951 auf 246,0 im Jahresdurchschnitt 1952, also nur um 7,3 v. H. gestiegen. Der Unterschied in der Steigerung der veranschlagten Baukosten gegenüber dem Baukostenindex dürfte seine Erklärung hauptsächlich in einer Verbesserung der Bauausführung und der Ausstattung finden.

Übersicht 1

Die erteilten Baugenehmigungen für Wohngebäude und Wohnungen

Monat, in dem die Baugenehmigung erteilt wurde	1952		1951	
	Insgesamt		Insgesamt	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
Januar . . . . .	214	1 502	458	2 525
Februar . . . . .	240	1 672	328	1 797
März . . . . .	247	1 479	499	2 319
April . . . . .	336	1 882	485	3 212
Mai . . . . .	492	2 754	330	1 856
Juni . . . . .	346	1 609	341	1 997
Juli . . . . .	318	1 506	373	1 799
August . . . . .	365	1 941	245	1 355
September . . . . .	304	1 975	320	1 914
Oktober . . . . .	219	1 326	375	2 089
November . . . . .	179	1 050	260	1 525
Dezember . . . . .	132	805	160	1 187
<b>überhaupt . . . . .</b>	<b>3 392</b>	<b>19 501</b>	<b>4 174</b>	<b>23 575</b>
Im Berichtsjahr gemeldet, aber im Vorjahr bereits genehmigt . . . . .	114	489	120	720
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>3 506</b>	<b>19 990</b>	<b>4 294</b>	<b>24 295</b>
Abnahme 1952/51 überh. v. H.	788 18,3	4 305 18,0		

Bei den Neu- und Wiederaufbauten ist eine Abnahme von 3962 geplanten Wohnungen oder 17 v. H. gegenüber dem Vorjahre festzustellen, wie die Übersicht 4 zeigt, der umbaute Raum hat sogar um 1,3 Millionen cbm oder 22 v. H. abgenommen. Die Abnahme des umbauten Raumes ist also relativ größer als die der Wohnungen. Dieser Rückgang wird noch deutlicher, wenn der durchschnittliche Rauminhalt je Wohnung in den beiden Jahren berechnet wird, der 1951 gleich 259 cbm und 1952 gleich 243 cbm je Wohnung betrug. Diese Verminderung des Rauminhaltes je Wohnung bedeutet jedoch nicht ohne weiteres eine Abnahme

der Wohnfläche je Wohnung, vielmehr dürfte die Verringerung darauf zurückzuführen sein, daß der Ausbau der noch vorhandenen Ruinen mit verhältnismäßig großen Geschoßhöhen immer mehr an Bedeutung verliert. Die Bautätigkeit hat sich mehr und mehr auf die Errichtung von Neubauten oder Wiederaufbauten auf eingeebnetem Gelände verlagert; bei diesen Bauten wird durch geringere Geschoßhöhe eine bessere Ausnutzung des Gebäudevolumens erreicht.

Im übrigen zeigen die Übersichten unter anderem, daß sich der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen an dem geplanten Wohnungsbauvolumen 1952 weiterhin erhöht hat; gemessen an der Zahl der Wohnungen reicht die Wohnungsplanung mit 48,5 v. H. fast an die der Privaten Bauherren mit 50,3 v. H. heran. Ferner ist eine leichte Verschiebung zum Neubau zu beobachten; 1951 betrug der Anteil der Neubauten 58,0 v. H., 1952 dagegen 65,4 v. H. Die einwandfreie Zuordnung zu Neu- bzw. Wiederaufbauten ist allerdings problematisch. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen im Abschnitt Baufertigstel-

Übersicht 2

Die Baugenehmigungen für Wohnungsbauten nach der Art der Baumaßnahmen

Baumaßnahmen	1952			1951		
	Wohngebäude	Wohnungen überh. v. H.		Wohngebäude	Wohnungen überh. v. H.	
Neubau . . . . .	2 835	12 893	65,4	3 318	13 816	58,0
Wiederaufbau	639	6 009	30,5	959	9 048	38,0
Wiederherstell.	—	232	1,2	—	244	1,0
Um-, Ausbau, Erweiterung . . . . .	32	579	2,9	17	717	3,0
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>3 506</b>	<b>19 713</b>	<b>100</b>	<b>4 294</b>	<b>23 825</b>	<b>100</b>
außerdem Wohnungen in Nichtwohngebäuden	—	277	—	—	470	—

Übersicht 3

Die Baugenehmigungen für Wohn- und Nichtwohnbauten

Bauherren	1952						1951					
	Gebäude		Wohnungen		Veranschlagte Baukosten in 1000 DM		Gebäude		Wohnungen		Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
<b>a) Wohnbauten</b>												
Private Bauherren . . . . .	2 084	59,5	9 919	50,3	126 821	53,0	2 963	69,0	13 036	54,7	148 610	59,9
Gemeinn. Wohnungsunternehmen . . . . .	1 393	39,7	9 550	48,5	108 901	45,6	1 311	30,5	10 530	44,2	97 789	39,4
Behörden und öffentlich-rechtliche Körperschaften . . . . .	29	0,8	244	1,2	3 309	1,4	20	0,5	259	1,1	1 746	0,7
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>3 506</b>	<b>100</b>	<b>19 713</b>	<b>100</b>	<b>239 031</b>	<b>100</b>	<b>4 294</b>	<b>100</b>	<b>23 825</b>	<b>100</b>	<b>248 145</b>	<b>100</b>
<b>b) Nichtwohnbauten</b>												
Gewerbl. u. landwirtschaftl. Gebäude	1 333	92,2	214	77,3	66 771	67,0	1 648	94,0	229	48,7	55 023	63,5
öffentliche Gebäude . . . . .	112	7,8	63	22,7	32 889	33,0	106	6,0	241	51,3	31 598	36,5
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>1 445</b>	<b>100</b>	<b>277</b>	<b>100</b>	<b>99 660</b>	<b>100</b>	<b>1 754</b>	<b>100</b>	<b>470</b>	<b>100</b>	<b>86 621</b>	<b>100</b>
<b>c) insgesamt</b>												
Wohnbauten . . . . .	3 506	70,8	19 713	98,6	239 031	70,6	4 294	71,0	23 825	98,1	248 145	74,1
Nichtwohnbauten . . . . .	1 445	29,2	277	1,4	99 660	29,4	1 754	29,0	470	1,9	86 621	25,9
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>4 951</b>	<b>100</b>	<b>19 990</b>	<b>100</b>	<b>338 691</b>	<b>100</b>	<b>6 048</b>	<b>100</b>	<b>24 295</b>	<b>100</b>	<b>334 766</b>	<b>100</b>

Übersicht 4

Die genehmigten Wohngebäude für Neu- und Wiederaufbauten nach Bauherren und den veranschlagten Baukosten

Bauherren	Neubauten							Wiederaufbauten						
	Gebäude	Wohnungen	Wohnung je Gebäude	umbauter Raum 1000 cbm	Veranschlagte Baukosten			Gebäude	Wohnungen	Wohnung je Gebäude	umbauter Raum 1000 cbm	Veranschlagte Baukosten		
					absolut 1000 DM	je Wohnung	je cbm					absolut 1000 DM	je Wohnung	je cbm
1952														
Private Bauherren	1 647	5 711	3,5	1 606	75 344	13 200	46,9	406	3 505	8,6	931	41 940	12 000	45,0
Gemeinn. Wohnungsunternehm.	1 169	7 010	6,0	1 479	79 936	11 400	54,0	224	2 463	11,0	533	27 845	11 300	52,2
Behörd. u. öffentl.-rechtl. Körpersch.	19	172	9,1	44	2 474	14 400	56,2	9	41	4,6	12	666	16 200	55,5
<b>zusammen . . .</b>	<b>2 835</b>	<b>12 893</b>	<b>4,5</b>	<b>3 129</b>	<b>157 754</b>	<b>12 200</b>	<b>50,4</b>	<b>639</b>	<b>6 009</b>	<b>9,4</b>	<b>1 476</b>	<b>70 451</b>	<b>11 700</b>	<b>47,7</b>
1951														
Private Bauherren	2 385	7 339	3,1	2 196	91 805	12 500	41,8	562	4 783	8,5	1 331	48 643	10 200	36,5
Gemeinn. Wohnungsunternehm.	919	6 292	6,8	1 327	58 423	9 300	44,0	392	4 195	10,7	1 008	39 208	9 300	38,9
Behörd. u. öffentl.-rechtl. Körpersch.	14	185	13,2	29	990	5 400	34,1	5	70	14,0	21	720	10 300	34,3
<b>zusammen . . .</b>	<b>3 318</b>	<b>13 816</b>	<b>4,2</b>	<b>3 552</b>	<b>151 218</b>	<b>11 000</b>	<b>42,6</b>	<b>959</b>	<b>9 048</b>	<b>9,4</b>	<b>2 360</b>	<b>88 571</b>	<b>9 800</b>	<b>37,5</b>

lung hingewiesen. Der Anteil der Wiederherstellungs-, Um-, Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen ist mit 4 v. H. von untergeordneter Bedeutung. In der durchschnittlichen Größe der Gebäude nach der Zahl der Wohnungen ist keine Veränderung gegenüber dem Vorjahre eingetreten.

Die im Laufe eines Kalenderjahres genehmigten Bauten werden naturgemäß nur zum Teil im gleichen Jahre fertiggestellt. In welcher Weise die Abwicklung der genehmigten Bauvorhaben sich vollzieht, kann an Hand der im Kalenderjahr 1951 genehmigten Bauten verfolgt werden. Wir kommen dann zu folgenden Zahlen:

Art der Angaben	Wohngebäude	v. H.	Wohnungen	v. H.
Im Jahr 1951 genehmigte Bauvorhaben . . . . .	4 562 <sup>1)</sup>	100	24 587 <sup>1)</sup>	100
davon				
wurden fertiggestellt im Jahre 1951 . . . . .	1 486	32,6	5 997	24,4
im Jahre 1952 . . . . .	1 976	43,3	12 738	51,8
befanden sich am 31. 12. 1952 noch im Bau . . . . .	576	12,6	2 399	9,7
davon				
a) unter Dach . . . . .	326	7,1	1 186	4,8
b) noch nicht unter Dach . . . . .	250	5,5	1 213	4,9
waren am 31. 12. 1952 noch nicht begonnen . . . . .	364	8,0	2 820	11,5
war die Baugenehmigung am 31. 12. 1952 erloschen für . . . . .	160	3,5	633	2,6

<sup>1)</sup> Diese Zahlen weichen von den vorher in der Übersicht 1 genannten Zahlen für 1951 etwas ab; sie sind auf Grund der Unterlagen über die Baufertigstellungen 1951 und 1952 und des Bauüberhangs 1952 errechnet worden. Der Unterschied erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß für einige 1951 oder 1952 fertiggestellte Bauten keine Genehmigungszählkarten eingegangen sind.

Demnach waren am 31. 12. 1952 von den im Jahre 1951 genehmigten 24 587 Wohnungen mehr

als 75 v. H. bereits fertiggestellt; ferner befanden sich rund 10 v. H. der Wohnungen im Bau und rd. 12 v. H. waren noch nicht in Angriff genommen. Außerdem waren im Laufe des Jahres 1952 die Genehmigungen für 160 Wohngebäude und 633 Wohnungen oder 2,6 v. H. erloschen.

### 3. Die Baubeginne

Im Kalenderjahr 1952 wurden nach den Meldungen der Bauämter 3626 Wohngebäude und 19 588 Wohnungen in Bau genommen. Vergleichbare Zahlen aus dem Vorjahre liegen wegen einer Umstellung im Meldeverfahren leider nicht vor. Es wird aber eine Abnahme der Baubeginne gegenüber dem Vorjahre um etwa 3000 Wohnungen oder 15 v. H. geschätzt.

Eine Untersuchung der in der 2. Hälfte des Jahres 1952 begonnenen Bauvorhaben hinsichtlich der Zeitspanne zwischen Erteilung der Baugenehmigung und dem Baubeginn zeigt zunächst, daß rund 12 v. H. der untersuchten Wohngebäude bereits vor Erteilung der Baugenehmigung begonnen wurden. Über die vermutlichen Gründe für die vorzeitige Inangriffnahme der Bauten sind bereits in unserem Aufsatz „Die Baudauer der im Jahre 1950 fertiggestellten Wohngebäude“ in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1951, Heft 28, eingehende Betrachtungen angestellt worden. Bei den Wohngebäuden, die nach Erteilung der Baugenehmigung begonnen wurden, zeigt die Übersicht 5, daß im Durchschnitt fast 50 v. H. innerhalb eines Monats nach der Genehmigung begonnen wurden, bei 11 v. H. lag eine Zeitspanne von mehr als 12 Monaten zwischen Genehmigung und Baubeginn. Bei den verschiedenen Wohngebäudegrößen, Baumaßnahmen und Bauherren ist die Zeitspanne allerdings recht unterschiedlich; beim Neubau von Einfamilienhäusern wurden

67 v. H. innerhalb eines Monats begonnen, dagegen 3 v. H. erst nach mehr als 12 Monaten. Andererseits sind beim Wiederaufbau von Mehrfamilienhäusern mit 5 und mehr Wohnungen nur 24 v. H.

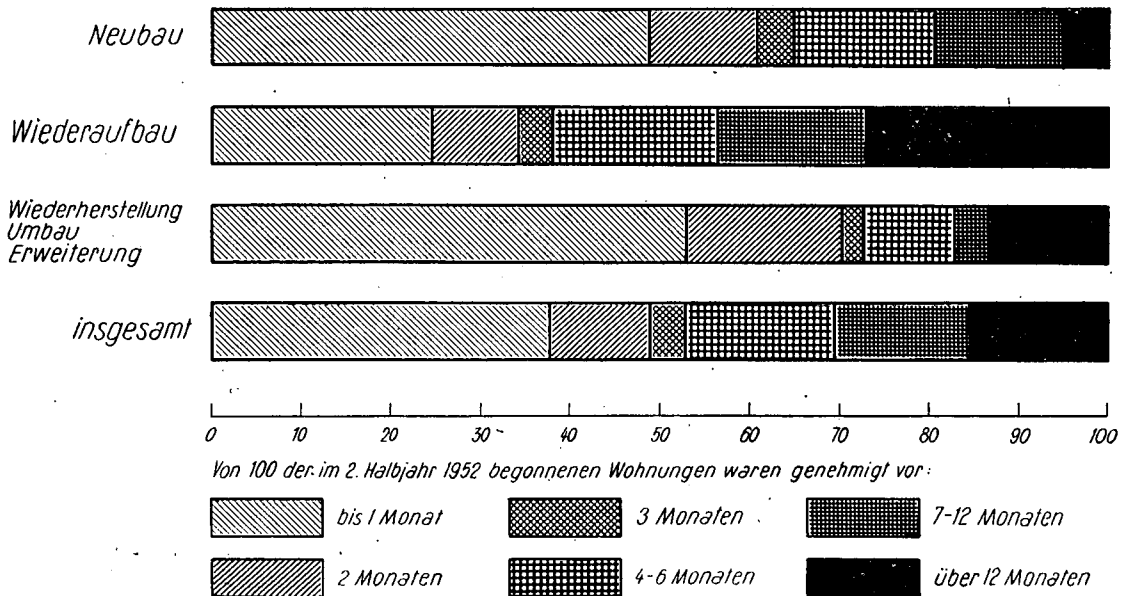
innerhalb eines Monats begonnen, der Anteil der Wohnungen, die erst nach mehr als 12 Monaten nach der Genehmigung begonnen sind, ist hier mit 27 v. H. außergewöhnlich hoch.

Übersicht 5

**Die Zeitspanne zwischen Baugenehmigung und Baubeginn der Wohngebäude nach der Größe der Gebäude und nach Bauherren**  
Berichtszeitraum 2. Halbjahr 1952

Wohngebäude mit ... Wohnungen	Zahl der Wohngebäude insgesamt		Baubeginn ... Monate nach Erteilung der Baugenehmigung												Vor Erteilung der Baugenehmigung begonnene Wohngebäude	
			Zahl der Wohngebäude													
	überhaupt	v. H.	1		2		3		4-6		7-12		über 12		überhaupt	v. H. Sp. 1+15
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
<b>Neubau</b>																
<b>1 Wohnung</b> . . . . .	540	100	361	66,9	65	12,0	27	5,0	49	9,1	21	3,9	17	3,1	65	10,7
dav. durch Priv. Bauh.	411	100	267	65,0	44	10,7	26	6,3	37	9,0	21	5,1	16	3,9	64	13,5
<b>2 bis 4 Wohnungen</b> . . .	134	100	60	44,8	9	6,7	4	3,0	23	17,2	10	7,4	28	20,9	17	11,3
dav. durch Priv. Bauh.	82	100	40	48,8	8	9,7	3	3,7	19	23,2	7	8,5	5	6,1	7	7,9
<b>5 und mehr Wohnungen</b>	332	100	154	46,4	54	16,3	12	3,6	53	16,0	48	14,4	11	3,3	81	19,6
dav. durch Priv. Bauh.	104	100	59	56,7	4	3,9	6	5,8	10	9,6	20	19,2	5	4,8	45	30,2
<b>Wiederaufbau</b>																
<b>1 Wohnung</b> . . . . .	25	100	15	60,0	2	8,0	1	4,0	3	12,0	1	4,0	3	12,0	3	10,7
dav. durch Priv. Bauh.	23	100	14	60,9	1	4,3	1	4,3	3	13,1	1	4,3	3	13,1	3	11,5
<b>2 bis 4 Wohnungen</b> . . .	27	100	15	55,6	2	7,4	—	—	4	14,8	1	3,7	5	18,5	8	22,9
dav. durch Priv. Bauh.	24	100	13	54,2	1	4,2	—	—	4	16,6	1	4,2	5	20,8	8	25,0
<b>5 und mehr Wohnungen</b>	325	100	77	23,7	28	8,6	14	4,3	69	21,2	48	14,8	89	27,4	15	4,4
dav. durch Priv. Bauh.	189	100	66	34,9	11	5,8	9	4,8	27	14,3	32	16,9	44	23,3	15	7,4
<b>Wohngebäude insgesamt</b>	1 383	100	682	49,3	160	11,6	58	4,2	201	14,5	129	9,3	153	11,1	189	12,0
dav. durch Priv. Bauh.	833	100	459	55,1	69	8,3	45	5,4	100	12,0	82	9,8	78	9,4	142	14,6

**DER ZEITRAUM ZWISCHEN BAUGENEHMIGUNG UND BAUBEGINN**



Ein Vergleich mit einer ähnlichen Untersuchung im Jahre 1950 läßt erkennen, daß im Jahre 1952 zum Teil ein erheblich längerer Zeitraum zwischen Baugenehmigung und Baubeginn lag als 1950. Diese Verlängerungen der Anlaufzeiten treten beson-

ders kraß bei den Mehrfamilienhäusern mit 5 und mehr Wohnungen in Erscheinung. Diese Symptome lassen vermuten, daß sich die Finanzierungsschwierigkeiten bei einem großen Teil der Bauvorhaben seit 1950 erheblich verschärft haben.

**Die Zeitspanne zwischen Baugenehmigung  
und Baubeginn der Wohnungen nach der Art der Baumaßnahme und nach Bauherren**  
Berichtszeitraum 2. Halbjahr 1952

Baumaßnahmen	Zahl der Wohnungen insgesamt		Baubeginn . . . Monate nach Erteilung der Baugenehmigung												Vor Erteilung der Baugenehmigung begonnene Wohnungen			
			1		2		3		4-6		7-12		über 12					
			Zahl der Wohnungen															
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	15	16	
<b>Neubau</b> . . . . .	4 064	100	1 987	48,9	493	12,1	169	4,1	637	15,7	584	14,4	194	4,8	1 019	20,0		
dav. durch Priv. Bauh.	1 691	100	903	53,4	95	5,6	98	5,8	210	12,4	303	17,9	82	4,9	624	27,0		
<b>Wiederaufbau</b> . . . . .	3 686	100	906	24,6	358	9,7	142	3,9	677	18,4	610	16,5	993	26,9	180	4,7		
dav. durch Priv. Bauh.	2 217	100	761	34,3	162	7,3	98	4,4	325	14,7	347	15,7	524	23,6	180	7,5		
<b>Wiederherstellung, Umbau u. Erweiterung</b> . . . . .	247	100	131	53,0	43	17,4	6	2,4	25	10,1	9	3,7	33	13,4	30	10,8		
dav. durch Priv. Bauh.	232	100	122	52,6	41	17,6	6	2,6	25	10,8	9	3,9	29	12,5	28	10,8		
<b>zusammen</b> . . . . .	7 997	100	3 024	37,8	894	11,2	317	4,0	1 339	16,7	1 203	15,0	1 220	15,3	1 229	13,3		
dav. durch Priv. Bauh.	4 140	100	1 786	43,2	298	7,2	202	4,9	560	13,5	659	15,9	635	15,3	832	16,7		

## Übersicht 7

**Die Zeitspanne zwischen Baugenehmigung  
und Baubeginn in den Jahren 1950 und 1952  
in vom Hundert der begonnenen Wohngebäude**

Zeitspanne zwischen Baugenehmigung und Beginn	Wohngebäude insgesamt		davon mit . . . . . Wohnungen					
			1		2-4		5 u. mehr	
	1952	1950	1952	1950	1952	1950	1952	1950
<b>Neubau</b>								
1 Monat . . . . .	57,2	68,8	66,9	69,1	44,8	70,5	46,4	62,8
2 Monate . . . . .	12,7	9,4	12,0	8,7	6,7	8,1	16,3	17,7
3 Monate . . . . .	4,3	6,4	5,0	4,9	3,0	9,5	3,6	12,8
4 bis 6 Monate . . . . .	12,4	8,8	9,1	10,2	17,2	6,3	16,0	1,8
7 bis 12 Monate . . . . .	7,8	5,0	3,9	5,7	7,4	4,4	14,4	0,6
über 12 Monate . . . . .	5,6	1,6	3,1	1,4	20,9	1,2	3,3	4,3
<b>Wiederaufbau</b>								
1 Monat . . . . .	28,4	49,0	60,0	58,7	55,6	55,8	23,7	46,5
2 Monate . . . . .	8,5	11,7	8,0	9,5	7,4	5,7	8,6	13,0
3 Monate . . . . .	4,0	9,8	4,0	4,8	—	8,6	4,3	10,7
4 bis 6 Monate . . . . .	20,1	14,3	12,0	7,2	14,8	16,7	21,2	14,8
7 bis 12 Monate . . . . .	13,3	12,8	4,0	15,1	3,7	7,5	14,8	13,5
über 12 Monate . . . . .	25,7	2,4	12,0	4,7	18,5	5,7	27,4	1,5
<b>Neu- und Wiederaufbau zusammen</b>								
1 Monat . . . . .	49,3	61,0	66,5	68,3	46,6	65,6	35,2	48,9
2 Monate . . . . .	11,6	10,3	11,9	8,8	6,8	7,3	12,5	13,7
3 Monate . . . . .	4,2	7,8	5,0	4,9	2,5	9,2	3,9	10,9
4 bis 6 Monate . . . . .	14,5	11,0	9,2	10,0	16,8	9,8	18,6	12,9
7 bis 12 Monate . . . . .	9,3	8,0	3,9	6,4	6,8	5,4	14,6	11,7
über 12 Monate . . . . .	11,1	1,9	3,5	1,6	20,5	2,7	15,2	1,9

#### 4. Die Fertigstellungen von Gebäuden und Wohnungen

Die Baufertigstellungsstatistik weist im Kalenderjahr 1952 auf Grund der Meldungen der Bauämter einen Bruttozugang von 4193 Wohngebäuden, 23 847 Wohnungen und 73 546 Wohnräumen aus. Hierbei sind die Gebäude und Wohnungen, die erst durch die Bauüberhangserhebung am 31. 12. 1952 statistisch erfaßt, aber bereits im Jahre 1952 fertiggestellt waren, mit eingerechnet worden (unechter Bauüberhang). Trotzdem stellen die so gewonnenen Zahlen noch nicht die effektive Bauleistung des Jahres 1952 dar, denn in der Zahl der Wohnungen sind auch solche enthalten, die sich durch Wiederherstellungs-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen lediglich in ihrer Raumzahl verändert haben, also keinen echten Zugang darstellen — siehe auch Heft 29, Jahrg. 1952 dieser Zeitschrift. Wird die Zahl dieser Wohnungen von dem Brutto-

zugang abgesetzt, so erhält man den bereinigten Bruttozugang. Weiterhin hat eine Untersuchung nach dem Zeitpunkt der effektiven Fertigstellung in den beiden letzten Jahren gezeigt, daß sich unter den von den Bauämtern im Laufe des Jahres 1952 als fertiggestellt gemeldeten Bauten auch solche befinden, die bereits im Vorjahre fertiggestellt wurden, aber bei der Bauüberhangserhebung 1951 nicht erfaßt waren und deshalb auch nicht in das Jahresergebnis 1951 einbezogen werden konnten. Sie sind deshalb in den Jahrestabellen über die Bauleistung des Jahres 1952 mitgerechnet. Die amtlichen Maßnahmen zur vollständigen Erfassung der Bautätigkeit haben also noch nicht gänzlich verhindern können, daß die Bauämter aus technischen oder persönlichen Gründen mit einigen Meldungen hinterherhinken. Bei der Berechnung der effektiven Fertigstellungen eines Jahres müssen demnach sowohl die unechten Wohnungszugänge infolge Umbaus usw. als auch die verspätet gemeldeten und bei der Bauüberhangserhebung nicht berücksichtigten Fertigstellungen vom Vorjahre in Abzug gebracht werden.

Art der Angaben	1951	1952
	Zahl der Wohnungen	
Bruttozugang nach den Meldungen der Bauämter . . . . .	27 080	23 847
Unechter Zugang . . . . .	914	593
Bereinigter Bruttozugang . . . . .	26 166	23 254
im Vorjahre fertiggestellt . . . . .	1 011	385
<b>insgesamt</b> . . . . .	<b>25 155</b>	<b>22 869</b>

Wie die vorstehenden Zahlen zeigen, beläuft sich der bereinigte Bruttozugang im Jahre 1952 auf 23 254 und die effektive Bauleistung auf 22 869 Wohnungen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Wohnungszugang demnach um 2671 Wohnungen vermindert.

Für die weiteren Untersuchungen ist jedoch mit Rücksicht auf die Vergleichbarkeit mit den Bundesergebnissen der unbereinigte Bruttozugang, wie ihn die Übersicht 8 ausweist, zu Grunde gelegt. Er beläuft sich insgesamt, wie oben vermerkt, auf 4193 Wohngebäude mit 23 847 Wohnungen.



## Übersicht 8

Der Zu- und Abgang an Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen nach Baumaßnahmen  
(Normal- und Notbauten)

Baumaßnahmen	1952							1951				
	Wohnbauten		Nichtwohnbauten		Wohnungen		Wohnräume	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	Wohnungen		Wohnräume
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	zusammen	v. H.				zusammen	v. H.	
<b>Brutto-Zugang insgesamt</b>	<b>4 193</b>	<b>23 584</b>	<b>1 346</b>	<b>263</b>	<b>23 847</b>	<b>100</b>	<b>73 546</b>	<b>5 976</b>	<b>1 686</b>	<b>27 080</b>	<b>100</b>	<b>82 286</b>
davon durch												
Neubau	3 156	12 854	1 206	157	13 011	54,6	41 525	4 789	1 398	13 284	49,1	41 883
Wiederaufbau	978	9 265	136	31	9 296	39,0	28 414	1 169	281	10 954	40,5	33 586
Umbau ganzer Gebäude	59	80	4	1	81	0,3	242	18	7	89	0,3	227
Wiederherstellung	—	260	—	17	277	1,2	813	—	—	979	3,6	2 652
Um-, Ausbau, Erweiterg.	—	1 125	—	57	1 182	4,9	2 552	—	—	1 774	6,5	3 938
<b>Abgang insgesamt</b>	<b>112</b>	<b>712</b>	<b>33</b>	<b>16</b>	<b>728</b>	<b>100</b>	<b>551</b>	<b>66</b>	<b>19</b>	<b>1 010</b>	<b>100</b>	<b>446</b>
davon durch												
Abbruch, Brand usw.	55	125	29	7	132	18,1	383	59	1	96	9,5	281
Wiederherstellung	—	52	—	—	52	7,2	5	—	—	176	17,4	21
Um-, Ausbau, Erweiterg.	57	535	4	9	544	74,7	163	7	18	738	73,1	144
<b>Reinzugang insgesamt</b>	<b>4 081</b>	<b>22 872</b>	<b>1 313</b>	<b>247</b>	<b>23 119</b>	<b>—</b>	<b>72 995</b>	<b>5 910</b>	<b>1 667</b>	<b>26 070</b>	<b>—</b>	<b>81 840</b>

Die Maßnahmen zur Beseitigung von Kriegsschäden durch Wiederaufbau und Wiederherstellung haben sich gegenüber dem Vorjahr relativ verringert, dagegen hat die Neubautätigkeit weiterhin an Bedeutung gewonnen. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß möglicherweise eine größere Zahl von Wiederaufbauten, soweit sie auf eingeebnetem Gelände errichtet wurden, bei den Neubauten gezählt worden sind, da sie sich von diesen bautechnisch vielfach kaum unterscheiden.

Über die Abgrenzung von Neu- und Wiederaufbauten sind deshalb die folgenden grundsätzlichen Ausführungen zu machen.

In der Berechnungsverordnung vom 20. 11. 1950 § 2 Abs. 1 und 2 sind die Begriffe Neubau und Wiederaufbau umrissen. Das Statistische Bundesamt hat auf Grund dieser Verordnung in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wohnungsbau ausführliche Richtlinien über die Abgrenzung des Neu- und Wiederaufbaus aufgestellt, die hier im Wortlaut abgedruckt werden.

„Neubau ist die Errichtung von neuen Gebäuden auf bisher unbebautem Grund. Außerdem ist als Neubau anzusprechen die Wiedererrichtung eines Gebäudes auf früher bebautem Grund, wenn das wiedererrichtete Gebäude nach Art, Umfang und Zweckbestimmung beträchtlich von dem früheren Gebäude abweicht und Reste eines zerstörten Gebäudes beim Bau nicht einbezogen werden.

Wiederaufbau ist der Aufbau zerstörter Gebäude, in denen oberhalb des Kellergeschosses auf die Dauer benutzbarer Raum nicht vorhanden ist, mit oder ohne Verwendung alter Mauerreste. Nach dieser Definition handelt es sich beim Wiederaufbau um den Aufbau eines zerstörten Gebäudes. Die Zerstörung kann durch Kriegseinwirkung, aber auch sonstige Ereignisse wie Demontage, Brand oder dergleichen verursacht worden sein. Ein Gebäude gilt im Zweifel dann als zerstört, wenn oberhalb des Kellergeschosses auf die Dauer benutzbarer Raum nicht vorhanden ist. Gleichgültig ist es hierbei, in welchem Umfange Gebäudereste noch stehengeblieben sind;

es dürfen nur oberhalb des Kellergeschosses keine auf die Dauer benutzbaren Räume vorhanden sein. Daß das Kellergeschoß jedoch selbst noch steht, ist nach der Begriffsbestimmung nicht erforderlich. Es ist sonach unerheblich, ob noch ausgebrannte Umfassungsmauern stehen und verwendbar sind, oder nur noch die Kellerfundamente vorhanden, oder ob selbst diese im Zuge der Trümmerräumung beseitigt worden sind. Ein Wiederaufbau liegt also auch dann vor, wenn von dem zerstörten Gebäude keinerlei Gebäudereste stehen, das Baugrundstück vielmehr zur Vorbereitung für einen Wiederaufbau geräumt und planiert ist. Dies gilt selbst dann, wenn es sich um eine flächenmäßige Zerstörung handelt und die vorbezeichneten Grundstücke im Zuge eines Umlegungs- oder Zusammenlegungsverfahrens einen neuen Zuschnitt erhalten und die Lage der Gebäude von der der früheren abweicht. In diesem Fall gleicht der Wiederaufbau praktisch einem Neubau, muß aber gleichwohl als „Wiederaufbau“ bezeichnet werden. Als Voraussetzung für die Anwendung des Begriffes „Wiederaufbau“ wird man indessen hier fordern müssen, daß das neue Gebäude baulich und wirtschaftlich einen Ersatz für das zerstörte Gebäude darstellt; das aufgebaute Gebäude wird also nach der Art, Umfang und Zweckbestimmung nicht beträchtlich von dem zerstörten Gebäude abweichen dürfen.“

Durch die Statistik der Bautätigkeit soll neben der Erfassung der Bautätigkeit gleichzeitig ein Überblick über die Beseitigung der Kriegsschäden und über den Umfang der Ersatzbauten gewonnen werden. Hierbei ist zu beachten, daß die praktische Anwendung der Begriffe Neubau<sup>1)</sup> und Wiederaufbau<sup>1)</sup> durch die Bauämter in

<sup>1)</sup> Die Bezeichnung eines Gebäudes als „Neubau“ oder „Wiederaufbau“ hat praktische Folgerungen für das Verfahren über den Verzicht auf Umstellungsgrundschulden nach § 3 b des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich. Außerdem kann nach § 17 Abs. 2 Satz 3 des Wohnungsbaugesetzes die oberste Landesbehörde für ein Gebäude, das als Wiederaufbau anzusehen ist, zulassen, daß die Mieten, die im Zeitpunkt der Zerstörung entrichtet worden sind und über die Mietrichtsätze hinausgingen, durch die Bewilligungsstelle wieder festgesetzt werden. Wäre das Gebäude als Neubau zu werten, so wäre weder ein Verzicht auf Umstellungsgrundschulden noch eine Überschreitung der Mietrichtsätze zulässig.

vielen Fällen im Widerspruch zu den amtlichen Richtlinien steht. Bei den großen flächenmäßigen Zerstörungen des Hamburger Stadtgebietes ist es vielfach recht schwierig, die amtliche Definition mit den in der Praxis gebräuchlichen Begriffen in Einklang zu bringen. Größtenteils werden neuerichtete Bauten auf eingeebneten Grundstücken als Neubauten ausgewiesen, obwohl sie nach ihrer Art und im Umfang den Wiederaufbauten, entsprechend den obigen Richtlinien, beizuordnen wären. Beispielsweise wird vielfach die Auffassung vertreten, daß Wohnbauten als Neubau anzusehen sind, wenn das Gebiet früher eine Randbebauung hatte und heute eine Zeilenbebauung aufweist; und dies kommt verhältnismäßig häufig vor. Vielfach kann aber auch nicht einwandfrei festgestellt werden, ob das neue Gebäude als ein Ersatz des zerstörten anzusehen ist, weil die alten Bauakten und Baupläne zum Teil durch Kriegseinwirkung zerstört wurden. Schon aus diesem Grunde ist eine richtige Eingruppierung nach der früheren Bebauung des Grundstückes vielfach nicht möglich.

Aus diesen Gründen wird ab 1953 der Neubau in Hamburg wie folgt gegliedert:

1. Neubau auf nicht aufgeschlossenem Gelände
2. Neubau an ausgebauten Straßen, aber bisher nicht bebautem Gelände
3. Neubau auf früher bebautem Grund.

Durch die Auflockerung des Begriffes „Neubau“ läßt sich zwar nicht einwandfrei festlegen, welche Neubauten auf früher bebautem Grund als Wiederaufbauten anzusehen sind; sie läßt aber Schlüsse über den Umfang der falschen Anwendung des Begriffes Neubau zu.

In der folgenden Übersicht sind die Neu- und Wiederaufbauten für die ersten 4 Monate des Jahres 1953 in der Hamburger Gliederung dargestellt.

Übersicht 9

Monat	fertiggestellte Wohnungen				
	Neu- bau ins- ge- sammt	davon durch			
		Neubau			Wieder- auf- bau
		auf nicht auf- geschlossenem Gelände	an ausgebau- ten Straßen, aber bisher nicht bebautem Gelände	auf früher be- bautem Grund	
Januar . . .	413	129	128	156	221
Februar . . .	750	125	197	428	367
März . . .	847	51	491	305	163
April . . .	542	57	354	131	359
<b>zusammen</b>	<b>2 552</b>	<b>362</b>	<b>1 170</b>	<b>1 020</b>	<b>1 110</b>

Wie die Übersicht erkennen läßt, war der Anteil der Neubauten auf früher bebautem Grund recht erheblich. Nach den gegebenen Umständen und nach unseren Erfahrungen dürfte es sich hierbei größtenteils um Wiederaufbauten handeln. Die von uns angewandte Methode ist zwar keine Patentlösung, der Erkenntniswert der Statistik wird dadurch jedoch auf jeden Fall vergrößert.

Die **Bauherren** werden in der Statistik in drei Gruppen untergliedert, und zwar nach **Privaten**

**Bauherren, Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und Behörden oder Körperschaften des öffentlichen Rechts.** Die Gruppe der Privaten Bauherren ist im Jahre 1952 darüber hinaus nach natürlichen Personen und juristischen Personen des privaten Rechts unterteilt worden. Weiterhin ist die Gruppe der natürlichen Personen nach Berufsgruppen aufgelockert. Leider ist jedoch der Umfang der Bauleistung der Freien Wohnungsunternehmen, die unter den juristischen Personen gezählt wurden, hieraus nicht klar zu erkennen; dies wird erst durch eine weitere Verfeinerung der Unterteilung bei den Privaten Bauherren im Jahre 1953 möglich sein. Durch die Erfassung der Bautätigkeit nach Berufsgruppen bei den natürlichen Personen wird der statistische Erkenntniswert erheblich erweitert. Besonders interessant sind hierbei die Aufschlüsse, die über den Beitrag der Arbeitnehmer und Pensionäre am Wohnungsbau gewonnen werden sowie über die Größe der Gebäude, die von diesen Personenkreisen errichtet wurden.

Übersicht 10

**Das Bauvolumen nach Bauherren und nach der Art der Gebäude (Normal- und Notbauten)**

Jahre Bauherren Gebäudearten	Umbauter Raum in 1000 cbm	qm Fläche in 1000 qm	Baukosten in 1000 DM
<b>Gebäude und Gebäudeteile insgesamt</b>			
Jahr 1952 . . . . .	8 346	1 680	346 963
Jahr 1951 . . . . .	9 811	1 992	347 392
<b>Wohngebäude und Gebäudeteile</b>			
Jahr 1952 . . . . .	5 797	1 202	265 787
davon			
Private Bauherren . . .	3 229	674	141 227
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen .	2 487	510	120 737
Behörden und Körper- schaften d. öffentl. Rechts	81	18	3 823
Jahr 1951 . . . . .	6 363	1 329	251 539
Zu- bzw. Abnahme 1952/51 . . . . .	- 566	- 127	+ 14 248
v. H.	- 8,9	- 9,6	+ 5,7
<b>Nichtwohngebäude und Gebäudeteile</b>			
Jahr 1952 . . . . .	2 549	478	81 176
davon			
Öffentliche Gebäude . . .	666	111	25 965
Wirtschaftliche Gebäude .	1 861	362	54 714
Jahr 1951 . . . . .	3 448	663	95 853
Abnahme 1952/51 . . . . .	- 899	- 185	- 14 677
v. H.	- 26,1	- 27,9	- 15,3

Einige wichtige Ergebnisse der Fertigstellungsstatistik des Jahres 1952 seien hier noch kurz zusammengefaßt.

Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser war auch im Jahre 1952 recht bedeutend; von 3971 neuen Wohngebäuden hatten 1534 nur eine und 507 zwei Wohnungen, d. s. **rd. 52 v. H.** der fertiggestellten Wohngebäude. Die Größe der Wohnungen, gemessen an der Zahl der Wohnräume, hat sich gegenüber 1951 kaum ver-

**Der Bruttozugang an Wohngebäuden und Wohnungen nach der Art der Bauherren  
und der Baumaßnahme im Kalenderjahr 1952  
(Normalbauten)**

Bauherren	1 9 5 2												1 9 5 1					
	insgesamt				Neubau		Wieder- aufbau		Umbau ganzer Gebäude		Wieder- herstellg.		Um- Ausbau Erweiterung		insgesamt			
	Wohn- gebäude		Wohnungen		Wohn- gebäude	Wohn- un- gen	Wohn- gebäude	Wohn- un- gen	Wohn- gebäude	Wohn- un- gen	Wohn- un- gen	Wohn- un- gen	Wohn- gebäude	Wohnungen				
	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	über- haupt	über- haupt	über- haupt	über- haupt	über- haupt	über- haupt	über- haupt	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.		
<b>Private Bauherren</b>	<b>2 465</b>	<b>62,1</b>	<b>11 966</b>	<b>50,9</b>	<b>1 884</b>	<b>5 810</b>	<b>531</b>	<b>4 765</b>	<b>50</b>	<b>72</b>	<b>267</b>	<b>1 052</b>	<b>3 052</b>	<b>63,5</b>	<b>12 276</b>	<b>48,7</b>		
davon:																		
Natürliche Personen	2 184	88,6	9 152	76,5	1 679	4 161	458	3 751	47	57	233	950	.	.	.	.		
Selbständige	763	34,9	4 861	53,1	469	1 984	270	2 384	24	29	121	343	.	.	.	.		
Beamte und Angestellte	357	16,4	767	8,4	332	565	20	48	5	7	12	135	.	.	.	.		
Arbeiter	315	14,4	518	5,7	302	362	9	32	4	5	3	116	.	.	.	.		
Rentner und Pensionäre	45	2,1	261	2,8	28	91	15	123	2	2	13	32	.	.	.	.		
Ohne Beruf	88	4,0	387	4,2	69	182	18	138	1	1	7	59	.	.	.	.		
Ohne Angaben	616	28,2	2 358	25,8	479	977	126	1 026	11	13	77	265	.	.	.	.		
Juristische Personen	281	11,4	2 814	23,5	205	1 649	73	1 014	3	15	34	102	.	.	.	.		
<b>Gemeinnützige Wohnungsunter- nehmen</b>	<b>1 469</b>	<b>37,0</b>	<b>11 185</b>	<b>47,5</b>	<b>1 030</b>	<b>6 718</b>	<b>439</b>	<b>4 442</b>	—	—	—	<b>25</b>	<b>1 710</b>	<b>35,6</b>	<b>12 322</b>	<b>48,9</b>		
<b>Behörden u. Körper- schaften d. öffent- lichen Rechts</b>	<b>37</b>	<b>0,9</b>	<b>381</b>	<b>1,6</b>	<b>29</b>	<b>264</b>	<b>8</b>	<b>89</b>	—	—	<b>9</b>	<b>19</b>	<b>44</b>	<b>0,9</b>	<b>608</b>	<b>2,4</b>		
<b>zusammen</b>	<b>3 971</b>	<b>100</b>	<b>23 532</b>	<b>100</b>	<b>2 943</b>	<b>12 792</b>	<b>978</b>	<b>9 296</b>	<b>50</b>	<b>72</b>	<b>276</b>	<b>1 096</b>	<b>4 806</b>	<b>100</b>	<b>25 206</b>	<b>100</b>		

ändert, das Schwergewicht lag mit 46 v. H. bei den Wohnungen mit 3 Wohnräumen einschl. Küchen. Hierbei muß jedoch bemerkt werden, daß statt einer Küche vielfach eine Kochnische, die nicht als Wohnraum gezählt wird, eingebaut wurde; dies ist bei der Betrachtung der Übersicht 13 und dem Schaubild zu berücksichtigen. Die durchschnittliche Größe der Wohnungen betrug bei den Neu- und Wiederaufbauten rund 49 qm, sie weicht jedoch bei den verschiedenen Bauherren und Gebäudegruppen zum Teil erheblich vom Durchschnitt ab. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Privaten Bauherren rund 51 v. H.

der Wohnungen fertigstellten, während der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen 47,5 v. H. ausmachte.

### 5. Die Baukosten

In der Bautätigkeitsstatistik werden lediglich die Kosten der Gebäude (reine Baukosten nach Din 276,31) erfaßt; sie stellen also nicht die Gesamtherstellungskosten, die auch die Grundstücks- und Aufschließungskosten sowie die Außenanlagen, Baunebenkosten usw. umfassen, dar. Dieses muß bei der Beurteilung der ausgewiesenen Baukosten beachtet wer-

**Der Bruttozugang an Wohngebäuden nach Bauherren und nach der Größe  
Kalenderjahr 1952**

Bauherren	Normalwohngebäude										Notwohngebäude	
	Zahl der Wohngebäude		von den Wohngebäuden haben								über haupt	v. H.
	überhaupt	v. H.	1-2	3	4	5-8	9-10	11-20	über 20			
			Wohnungen								v. H.	
<b>Zugang insgesamt</b>	<b>3 971</b>	<b>100</b>	<b>51,5</b>	<b>2,1</b>	<b>2,4</b>	<b>14,8</b>	<b>9,4</b>	<b>18,9</b>	<b>0,9</b>	<b>222</b>	<b>100</b>	
dagegen 1951	4 806	100	62,0	2,3	1,8	11,0	6,4	15,9	0,6	.	.	
davon Private Bauherren	2 465	62,1	66,4	2,5	1,4	7,4	9,1	12,4	0,8	222	100	
Natürliche Personen	2 184	88,6	71,7	2,6	1,4	6,1	7,5	10,1	0,6	222	100	
und zwar:												
Selbständige	763	34,9	48,2	4,0	2,9	11,3	18,5	18,9	1,2	18	8,1	
Beamte und Angestellte	357	16,4	92,4	1,7	0,5	1,7	1,4	2,0	0,3	23	10,4	
Arbeiter	315	14,4	97,8	1,3	—	—	0,6	0,3	—	102	45,9	
Rentner und Pensionäre	45	2,1	71,1	2,2	—	—	—	24,5	2,2	18	5,9	
Ohne Beruf	88	4,0	67,0	2,3	3,4	5,7	12,5	9,1	—	8	3,6	
Ohne Angabe	616	28,2	76,0	2,1	0,5	5,8	7,0	8,1	0,5	58	26,1	
Juristische Personen	281	11,4	25,3	1,8	1,8	17,1	21,7	30,2	2,1	—	—	
Gemeinn. Wohnungsunternehmen	1 469	37,0	27,8	1,3	3,5	27,4	9,9	29,1	1,0	—	—	
Behörden, öff. rechtl. Körperschaften	37	0,9	8,1	2,7	21,6	13,5	5,4	43,3	5,4	—	—	

Übersicht 13

**Der Bruttozugang an Wohnungen in Normalwohngebäuden nach Bauherren und nach der Größe  
Kalenderjahr 1952  
(Neu-, Wiederauf- und Umbau)**

Bauherren Gebäudegrößen	Zahl der Wohnungen		Von den Wohnungen haben Wohnräume einschließlich Küchen						
	überhaupt	v. H.	1	2	3	4	5	6	7 und mehr
			v. H.						
<b>Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt</b>	<b>21 976</b>	<b>100</b>	<b>4,7</b>	<b>16,5</b>	<b>46,4</b>	<b>27,4</b>	<b>3,6</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>
dagegen 1951	22 984	100	3,6	18,0	48,7	24,7	3,3	1,1	0,6
davon durch:									
Private Bauherren	10 496	47,8	4,5	13,4	44,7	30,3	4,4	1,6	1,1
davon in Wohngebäuden mit									
1 Wohnung	1 345	12,8	0,2	9,6	31,2	25,5	16,2	9,8	7,5
2 Wohnungen	570	5,4	—	13,3	40,7	36,7	7,4	1,4	0,5
3 bis 4 Wohnungen	326	3,1	0,9	7,7	31,0	44,5	11,9	3,4	0,6
5 und mehr Wohnungen	8 255	78,7	5,6	14,3	47,7	30,1	2,0	0,2	0,1
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	11 160	50,8	5,0	19,3	48,1	24,5	2,9	0,2	—
davon in Wohngebäuden mit									
1 Wohnung	187	1,7	—	—	16,6	54,6	16,0	12,8	—
2 Wohnungen	442	4,0	—	0,7	33,3	51,8	14,2	—	—
3 bis 4 Wohnungen	261	2,3	0,8	17,6	49,4	24,9	6,9	0,4	—
5 und mehr Wohnungen	10 270	92,0	5,4	20,5	49,3	22,8	2,0	0,0	—
Behörden, öff. rechtl. Körperschaften	320	1,4	—	22,8	42,2	30,6	4,1	—	0,3
davon in Wohngebäuden mit									
1 Wohnung	2	0,6	—	—	50,0	—	—	—	50,0
2 Wohnungen	2	0,6	—	—	—	—	100,0	—	—
3 bis 4 Wohnungen	35	11,0	—	—	—	94,3	5,7	—	—
5 und mehr Wohnungen	281	87,8	—	26,0	47,7	23,1	3,2	—	—

Übersicht 14

**Durchschnittliche Wohnfläche in normalen  
Wohngebäuden nach Bauherren und nach der  
Gebäudegröße  
Kalenderjahr 1952**

Bauherren Gebäudegrößen	Neubau		Wiederaufbau	
	Zahl der Wohnungen	Wohn- fläche je Wohnung qm	Zahl der Wohnungen	Wohn- fläche je Wohnung qm
<b>Wohnungen in Wohngebäuden insges.</b>	<b>12 640</b>	<b>49,2</b>	<b>9 265</b>	<b>49,4</b>
davon durch:				
Private Bauherren	5 687	55,3	4 738	53,1
davon in Wohngebäuden mit				
1 Wohnung	1 242	69,7	66	97,2
2 Wohnungen	476	56,1	80	66,6
3-4 Wohnungen	148	65,5	168	78,6
5 u. mehr Wohnungen	3 821	50,1	4 424	51,2
Gemeinnützige Wohn- ungsunternehmen	6 718	44,1	4 442	45,3
davon in Wohngebäuden mit				
1 Wohnung	168	57,8	19	60,7
2 Wohnungen	438	51,0	4	42,0
3-4 Wohnungen	241	42,4	20	41,9
5 u. mehr Wohnungen	5 871	43,2	4 399	45,3
Behörden u. öffentl.- rechtliche Körper- schaften	235	46,1	85	57,0
davon in Wohngebäuden mit				
1 Wohnung	2	104,0	—	—
2 Wohnungen	—	—	2	145,5
3-4 Wohnungen	35	52,6	—	—
5 u. mehr Wohnungen	198	44,4	83	54,9

nehmung veranschlagt wurden, handelt. Diese Angaben sind nicht immer zuverlässig, weil manche Bauherren dazu neigen, die Baukosten niedriger anzugeben als sie bei der Planung veranschlagt sind, um Gebühren zu sparen; weiterhin wird der effektive Kostenaufwand gegenüber den veranschlagten Kosten durch die Baupreiserhöhung zum Teil erheblich verändert. Diese Veränderungen sind jedoch bei der statistischen Erfassung der Baufertigstellungen noch nicht zu erfassen. Aus diesem Grunde ist eine Auswertung der Bauaufwandsbeträge in der Baustatistik wenig aufschlußreich. Wie die folgenden Zahlen zeigen, weicht der durchschnittliche veranschlagte Bauaufwand je Wohnung bei den Baufertigstellungen durch die geschilderte Methode der Erfassung nur geringfügig von dem bei den Baugenehmigungen ab.

Durchschnittlicher Bauaufwand je Wohnung  
lt. Baugenehmigung      lt. Baufertigstellung

im Jahre 1951	11 000	10 700
im Jahre 1952	12 200	12 300

**6. Öffentlich geförderter Wohnungsbau**

Im Jahre 1952 wurden 15 470 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert; hiervon entfielen 15 147 auf den sozialen Wohnungsbau nach § 3 Abs. 1 des 1. Wohnungsbaugesetzes (WoBauG), d. s. rund 64 v. H. der insgesamt fertiggestellten Wohnungen. 323 Wohnungen wurden mit sonstigen Mitteln gefördert bzw. gebaut, in der Hauptsache sind es Wohnungen, für die Darlehen von der Darlehnskasse gewährt wurden. Neben diesen Förderungsmaßnahmen ist noch die Förderung der Wohnungsbautätigkeit durch Steuerbegünstigungen aller Art §§ 7—11 WoBauG,

den. Ferner ist zu beachten, daß es sich bei den Kostenangaben nur um veranschlagte Baukosten, die bei der Bauplanung bzw. bei Erteilung der Ge-

## Übersicht 15

Mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen  
im Kalenderjahr 1952

Bauherren	Wohnungen insgesamt		
	überhaupt	darunter mit öffentl. Mitteln	v. H.
Private Bauherren	12 281	4 459	36,3
Gemeinn. Wohnungsunternehmen . . . . .	11 185	10 769	96,4
Behörden u. Körperschaft. d. öff. Rechts	381	242	63,5
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>23 847</b>	<b>15 470</b>	<b>64,9</b>
davon:			
öffentlich gefördert im Sinne § 3, Abs. 1 WoBauG. . . . .	—	15 147	63,5
mit sonstig. öffentlich. Mitteln gefördert bzw. gebaut . . . . .	—	323	1,4

durch die Bereitstellung von Bauland § 12 zu erwähnen; diese Maßnahmen dürften nicht unbedeutend zur Belegung der Wohnungsbautätigkeit beitragen haben.

## 7. Die regionale Gliederung

Über die Hälfte der neu errichteten Wohnungen liegen in den Bezirksämtern **Hamburg-Nord** mit 7802 Wohnungen oder 32,7 v. H. und **Hamburg-Mitte** mit 4643 Wohnungen oder 19,5 v. H. Besondere Schwerpunkte lagen in den Stadtteilen Barmbek-Nord mit 2368 Wohnungen, Dulsberg (1232), Barmbek-Süd (939), Horn (1538) und Hamm-Nord (1308). In den Randbezirken war die Bautätigkeit in den Stadtteilen Ohlsdorf mit 716 Wohnungen, Stellingen (552), Langenhorn (502), Heimfeld (486) und Eißendorf (472) besonders lebhaft.

Dr. Ide/Pöhls

## Übersicht 16

Der Zu- und Abgang an Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden  
nach Verwaltungsbezirken im Kalenderjahr 1952

Verwaltungsbezirke	Zugang		davon in Nichtwohngebäuden	davon durch				Abgang durch		Reinzugang
				Neubau		Wieder- aufbau u. Wieder- herstellg.	Umbau, Ausbau, Erweiterung	Wieder- herstellg., Umbau, Ausbau, Er- weiterung	Abbruch, Brand usw.	
				Dauerbau	Notbau					
<b>Bezirksamt Hamburg-Mitte . . . . .</b>	<b>4 643</b>	<b>19,5</b>	<b>59</b>	<b>1 448</b>	<b>45</b>	<b>3 001</b>	<b>149</b>	<b>80</b>	<b>29</b>	<b>4 534</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	2 686	11,3	36	861	—	1 805	20	6	4	2 676
Ortsamt Billstedt . . . . .	1 775	7,5	7	495	28	1 166	86	58	23	1 694
Ortsamt Veddel-Rothenb. . . . .	79	0,3	16	27	4	26	22	3	2	74
Ortsamt Finkenwerder . . . . .	103	0,4	—	65	13	4	21	13	—	90
<b>Bezirksamt Altona . . . . .</b>	<b>2 378</b>	<b>10,0</b>	<b>25</b>	<b>1 994</b>	<b>12</b>	<b>171</b>	<b>201</b>	<b>79</b>	<b>18</b>	<b>2 281</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	1 581	6,6	21	1 312	7	169	93	28	13	1 540
Ortsamt Blankenese . . . . .	797	3,4	4	682	5	2	108	51	5	741
<b>Bezirksamt Eimsbüttel . . . . .</b>	<b>3 234</b>	<b>13,6</b>	<b>77</b>	<b>2 443</b>	<b>57</b>	<b>482</b>	<b>252</b>	<b>135</b>	<b>6</b>	<b>3 093</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	1 905	8,0	8	1 468	—	392	45	17	2	1 886
Ortsamt Lokstedt . . . . .	611	2,6	61	405	35	29	142	82	3	526
Ortsamt Stellingen . . . . .	718	3,0	8	570	22	61	65	36	1	681
<b>Bezirksamt Hamburg-Nord . . . . .</b>	<b>7 802</b>	<b>32,7</b>	<b>26</b>	<b>3 249</b>	<b>14</b>	<b>4 360</b>	<b>179</b>	<b>51</b>	<b>3</b>	<b>7 748</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	1 271	5,3	9	501	12	684	74	31	—	1 240
Ortsamt Barmb.-Uhlenhorst . . . . .	5 283	22,2	5	1 542	1	3 669	71	1	3	5 279
Ortsamt Fuhlsbüttel . . . . .	1 248	5,2	12	1 206	1	7	34	19	—	1 229
<b>Bezirksamt Wandsbek . . . . .</b>	<b>2 854</b>	<b>11,9</b>	<b>22</b>	<b>1 994</b>	<b>24</b>	<b>578</b>	<b>258</b>	<b>138</b>	<b>18</b>	<b>2 698</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	1 437	6,0	9	807	1	571	58	19	12	1 406
Ortsamt Bramfeld . . . . .	512	2,1	4	456	12	7	37	20	2	490
Ortsamt Alstertal . . . . .	310	1,3	3	223	6	—	81	59	2	249
Ortsamt Walddörfer . . . . .	278	1,2	3	236	2	—	40	31	2	245
Ortsamt Rahlstedt . . . . .	317	1,3	3	272	3	—	42	9	—	308
<b>Bezirksamt Bergedorf . . . . .</b>	<b>590</b>	<b>2,5</b>	<b>12</b>	<b>510</b>	<b>7</b>	<b>29</b>	<b>44</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>580</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	384	1,6	7	327	—	26	31	3	—	381
Ortsamt Vier- u. Marschlande . . . . .	206	0,9	5	183	7	3	13	1	6	199
<b>Bezirksamt Harburg . . . . .</b>	<b>2 346</b>	<b>9,8</b>	<b>42</b>	<b>1 154</b>	<b>60</b>	<b>952</b>	<b>180</b>	<b>109</b>	<b>52</b>	<b>2 185</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	1 624	6,8	31	647	34	861	82	34	5	1 585
Ortsamt Wilhelmsburg . . . . .	570	2,4	4	404	24	83	59	53	44	473
Ortsamt Süderelbe . . . . .	152	0,6	7	103	2	8	39	22	3	127
<b>Hamburg insgesamt . . . . .</b>	<b>23 847</b>	<b>100</b>	<b>263</b>	<b>12 792</b>	<b>219</b>	<b>9 573</b>	<b>1 263</b>	<b>596</b>	<b>132</b>	<b>23 119</b>

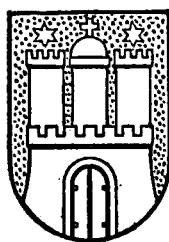
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet &amp; Co., Hamburg

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 25. August 1953



Jahrgang 1953 — Heft Nr. 19

## Die Preise in Hamburg von Juli 1952 bis Juli 1953

Seit Jahrzehnten gibt das Statistische Landesamt allmonatlich einen Schnellbericht über die Kosten der Lebenshaltung, der im Amtlichen Anzeiger erscheint und den die hamburgische Tagespresse, je nachdem wie aktuell das Thema der Preise gerade ist, der Bevölkerung kritisch näherbringt. Außerdem ist es die Gepflogenheit des Amtes, über längere Zeiträume hinweg eine Rückschau zu halten. Das geschah zuletzt in Heft 25 vom Jahrgang 1952 dieser Schriftenreihe, wo — in Fortsetzung vieler früherer Arbeiten — über die Preisentwicklung bis Juni 1952 zusammenhängend geschrieben worden ist. Seitdem sind reichlich 12 Monate vergangen. **Inzwischen hat sich im Bundesgebiet die Methode geändert, nach der die Preisindexziffer für die Lebenshaltung zu berechnen ist.** Die Grundlage für die Berechnung ist eine breitere geworden. Das bis dahin zur Anwendung gekommene Mengenschema, das aus dem Jahre 1949 stammte und dem noch Verbrauchsbeschränkungen aus der Zeit der Rationierung anhafteten, ist durch ein neues, erweitertes Schema ersetzt worden. Wir drucken es in der Anlage ab. In fast allen Bedarfsgruppen hat sich die Zahl der Waren und Leistungen, die zur Berechnung der Meßziffer der Preise herangezogen werden, erhöht. Auch qualitativ ist manches verbessert. Der „Warenkorb“ enthält jetzt z. B. bedeutend weniger Brot, Nahrungsmittel und Kartoffeln, dafür mehr Fleisch, Eier und Fette. Die am meisten hervorstechende Abweichung dürfte aber darin bestehen, daß **nicht nur ein Preisindex, sondern daß Indizes für drei Verbrauchergruppen** berechnet werden, für eine mittlere, eine untere und eine gehobene. Die zeitliche Basis für den Index (= 100) ist seit der Reform der Jahresdurchschnitt 1950; bisher war es der Durchschnitt aus dem 1. Vierteljahr 1949. Daneben gibt es nach wie vor die Umbasierung auf das Jahr 1938 als zweite Zeitbasis; es wird also auch er-

rechnet, was eine dem heutigen Indexschema entsprechende Lebenshaltung im letzten Vorkriegsjahr gekostet hätte. Das macht methodisch einige Schwierigkeiten (Beispiel: früher nur kunstseidene Strümpfe, jetzt auch Nylon- und Perlonware), die sich aber durch Verkettung der Preisreihen überbrücken lassen.

Die drei Verbrauchergruppen sind einkommensmäßig, bezogen auf das Niveau 1950, wie folgt fixiert: Für die mittlere Gruppe, die der früheren Indexfamilie am nächsten kommt, wurde ein Lebenshaltungsaufwand von monatlich rund 300 DM und ein Haushaltseinkommen (einschl. Steuern, Versicherungsbeiträge usw.) von monatlich 360 DM zugrunde gelegt. Bei der unteren Verbrauchergruppe (vorwiegend Arbeitslose, Rentner, Fürsorgeempfänger) wurde von 175 bzw. 210 DM und bei der gehobenen Gruppe von 525 bzw. 650 DM ausgegangen.

**Die Preisindexziffer für die gesamte Lebenshaltung in neuer Berechnung für die mittlere Verbrauchergruppe weicht von der Indexziffer aus der früheren Berechnung nicht wesentlich ab.** Es ergaben sich auf Basis 1938

	im Jahresdurchschnitt		
	1950	1951	1952
nach alter Berechnung . . . . .	157,2	169,3	174,1
nach neuer Berechnung (mittlere Verbrauchergruppe) . . . . .	159,3	170,9	175,0

Die neue Ziffer liegt demnach in allen 3 Jahren über der früheren, aber im Jahresdurchschnitt 1952 (bis dahin sind die alte und die neue Ziffer parallel berechnet worden) war der Abstand nur noch 0,5 v. H., somit nicht bedeutend.

Die Unterschiede zwischen dem mittleren, dem unteren und dem gehobenen Index lassen sich von September 1952 an aufzeichnen (1938 = 100):

	1952						1953						
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Indexziffer nach alter Berechnung . .	171,2	171,4	171,2	172,2	172,3	172,8	.	.	.	.	.	.	.
Indexziffer nach neuer Berechnung f. d. mittlere Verbr.-Gr. für die untere Verbr.-Gr. f. d. gehobene Verbr.-Gr.	172,5	172,9	173,2	173,3	173,7	174,1	173,6	172,2	171,7	171,0	170,5	170,7	170,6
	.	.	172,4	172,1	172,3	172,6	172,3	171,8	171,9	171,2	170,6	171,4	172,4
	.	.	178,0	178,1	178,0	178,3	177,2	175,6	174,6	174,2	173,9	173,6	173,1

Danach bestanden zwischen der unteren und der mittleren Gruppe keine markanten Abweichungen; von September bis Februar lag der untere Index im Schnitt um 0,6 v. H. unterhalb des mittleren, von März bis Juli lag er um 0,4 v. H. darüber. Der Index für die gehobene Lebenshaltung hingegen hebt sich von den anderen Indizes stärker ab, weil ihm (s. Mengenschema) ein größerer Verbrauch von solchen Waren zugerechnet worden ist, die nach dem Kriege überdurchschnittlich im Preise gestiegen sind (u. a. Fleisch, Zigaretten, Kaffee, Spirituosen, Kohlen, zum Teil auch Bekleidung und Hausrat). Immerhin begrenzt sich, am Durchschnitt von September bis Juli gemessen, der Abstand der gehobenen Indexziffer von der mittleren auf 2,1 und von der unteren auf 2,4 v. H. Es zeigt sich auch hier, wie so oft in der Indexrechnung, daß sich das Einzelne auf das Ganze weniger auswirkt, als man auf den ersten Blick zu vermuten pflegt.

Halten wir uns im folgenden an die Ziffer für die mittlere Verbrauchergruppe. Sie stand (hier immer umbasiert auf 1938) im Juli 1952 bei 172,5 und im Juli 1953 bei 170,6. In der Zwischenzeit ist sie keinen besonderen Veränderungen unterworfen gewesen, ihren höchsten Stand hatte sie im Dezember mit 174,1. Gegenüber Juli 1952 liegt der Preisindex jetzt um gut 1 v. H. niedriger. Das ist an sich unwesentlich, beachtlich aber ist, daß der Index seit längerer Zeit fast in jedem Monat um ein geringes nachgelassen hat. Das Mengenschema der mittleren Verbrauchergruppe schließt mit einer Aufwands-summe ab, die für Juli 1953 auf 324,29 DM und für Juli 1952 auf 328,05 DM lautete. Im Juli 1951 kostete der gleiche Lebenshaltungsaufwand 324,04 DM und im Juli 1950 296,52 DM, dagegen im Durchschnitt des Jahres 1938 190,14 DM. **Wir stehen somit heute auf dem gleichen Preisstand wie vor 2 Jahren.**

Wie war die Entwicklung in den einzelnen Bedarfsgruppen?

Zunächst die Ausgaben für **Nahrungsmittel**. Der **Gruppenindex für Ernährung** errechnet sich im Juli 1953 auf 178,0 gegen 177,8 im Juli 1952. Am Anfang und Ende unserer Berichtszeit war er also praktisch der gleiche, auch innerhalb dieser Zeitspanne hat er sich kaum mehr als um 2 v. H. nach oben oder unten bewegt. Größere Preisveränderungen (gemessen am einfachen Durchschnitt aller erfragten Preise) finden sich in Gestalt von **Verbilligungen** bei Eiern

(— 13 v. H.), beim Importschmalz (— 13 v. H.), Flo-menschmalz (— 7 v. H.) und Speck (— 5 v. H.), bei Trockenfrüchten (— 11 v. H.) und bei ausländischem Bienenhonig (— 14 v. H.). **Teurer** geworden sind Reis (+ 28 v. H.), Hülsenfrüchte (+ 7 v. H.) und Pflanzenfett (+ 7 v. H.). Die für den Haushalt so wichtigen **Fleischpreise** haben sich, gemessen an Juli 1952 und Juli 1953, kaum verändert; im Durchschnitt der ermittelten Preise errechnet sich eine Senkung um 1,2 v. H. Vergleicht man Juni 1952 mit Juni 1953, sind es allerdings 6,2 v. H., denn gerade von Juni auf Juli 1952 hatte sich eine Preissenkung vollzogen, die sich bis jetzt behauptet hat. Das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, hat sich von Juli 1952 auf Juli 1953, gesehen an der Aufwands-summe im Indexschema, um 5,8 v. H. verteuert, weil das ehemalige Konsumbrot im Februar 1953 infolge der Streichung der Subvention von 50 auf 65 Pf je 1000 g gestiegen ist. Die Preise für die übrigen Brotsorten blieben unverändert. Da Weizenmehl um ein geringes billiger geworden ist, schwächten sich die Preise für Kleingebäck (Rundstücke, Franzbrote usw.) etwas ab, was freilich nicht im Stückpreis, sondern im Stückgewicht zum Ausdruck gekommen ist. Bei **Nahrungsmitteln** sind keine nennenswerten Preisveränderungen aufgetreten, allenfalls wäre eine leichte Preistendenz nach unten zu verzeichnen. Der **Zuckerpreis**, 1,36 DM je kg, ist der gleiche geblieben. Die Preise für **Schokoladen** und **Süßwaren** waren bei dem großen Angebot rückläufig. Die **Milchpreise** standen fest, die **Käsepreise** ließen ein wenig nach. Die **Butter** hatte ihre Preisspitze im Dezember 1952, seitdem ist ihr Preis von 7,50 auf 5,78 DM je kg zurückgegangen; im Juli 1952 war er 5,80 DM. Die **Margarinepreise** haben seit dem Frühjahr 1953, nachdem sie stark gesenkt gewesen waren, wieder etwas angezogen: die Konsummargarine ist von 1,14 auf 1,32 DM je kg, die Spitzensorte von 1,98 auf 2,04 DM gestiegen. Die **Gemüsepreise** liegen im Vergleich zum Vorjahr im allgemeinen niedriger. Im einfachen Durchschnitt der Preise von 11 Gemüsearten ergibt sich von Juli 1952 auf Juli 1953 die beachtliche Senkung um 17 v. H. Hingegen waren die **Frühkartoffeln** in diesem Jahr bisher teuer als im Vorjahr. Mitte Juli 1953 wurde ein Durchschnittspreis für 5 kg von 1,33 und Ende Juli 1953 ein Preis von 1,06 DM ermittelt. Dagegen errechneten sich für Juli 1952, für Mitte und Ende

des Monats, nur etwa 92 Pf je 5 kg. Die Obstpreise bieten gegenüber dem Vorjahr kein wesentlich abweichendes Bild. Die Preise für Fische lagen im Juli 1953 durchweg etwas höher als im Juli 1952; das gilt insbesondere vom Hering und demzufolge vom Bückling. Bemerkenswert sind die niedrigen Preise von Sardinien in Öl.

Die frühere Untergruppe „Genußmittel“ ist in „Getränke und Tabakwaren“ umbenannt worden, was ihren Sachinhalt treffender bezeichnet. Zum Preisverlauf ist folgendes zu sagen. Die Bierpreise sind in der Berichtszeit dieselben geblieben. Die Kleinhandelspreise für Branntwein haben sich im statistischen Durchschnitt geringfügig gesenkt. Ähnlich haben die Kaffeepreise ein wenig nachgegeben. Die Kakaopreise blieben stetig. Tabakwaren sind billiger geworden; durch die Steuersenkung vom Juni 1953 ist die gangbarste Zigarette von 10 auf 8½ Pf, der gängigste Feinschnitt von 1,60 auf 1,35 DM zurückgegangen. Der Gruppenindex für Getränke und Tabakwaren hatte (wir greifen hier einige Jahre weiter zurück) im Jahresdurchschnitt 1949 305,0 (1938 = 100) betragen; er stand im Juli 1952 auf 280,8 und im Juli 1953 auf 256,8. In indexmäßiger Wägung bedeutet dies eine durchschnittliche Preissenkung bei Getränken und Tabakwaren seit 1949 um 15,8 v. H. Vergleicht man gar mit Juli 1948, als noch uneingeschränkt die vom Kontrollrat festgesetzten Verbrauchssteuern galten, dann zeichnet sich bis in die jüngste Zeit eine Preissenkung von 45 v. H. ab.

Bei der Neubearbeitung der Indexgrundlagen hat der Gruppenindex für **Wohnungsmieten** besondere Beachtung erfahren. Bisher war die Mietpreisentwicklung lediglich an Hand der Änderungen in den Mietrechtsvorschriften verfolgt worden. Das neue Indexschema sieht dagegen eine Ermittlung der effektiven Mieten vor und erfaßt außerdem preisliche Veränderungen der Nebenkosten (Schornsteinfegergebühr, Wassergeld, Umlage für gemeinsame Treppenbeleuchtung und Treppenreinigung, Müllabfuhr- und Sielbenutzungsgebühren), soweit die Nebenkosten gesondert neben der Raummiete berechnet werden, was in Hamburg durchweg nicht der Fall ist. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zum früheren Verfahren besteht darin, daß nicht nur Mieten für Altbauten, sondern auch Neu- und Neustbaumieten in die Indexberechnung einbezogen werden. In Hamburg wirken, durch Zufallsauswahl gewonnen, rd. 300 Wohnungsinhaber an dem Zustandekommen der Mietpreisindexziffer mit. Sie melden vierteljährlich; 150 von ihnen haben eine Altbau-, rd. 70 eine Neubau- und rd. 80 eine Neustbauwohnung. Die Erhebung beschränkt sich auf 2-Zimmer-Wohnungen mit Küche, in Altbauten ohne, in Neu- und Neustbauwohnun-

gen mit Bad. Als durchschnittliche monatliche Mieten errechnen sich aus der Umfrage gegenwärtig folgende Beträge: 37,60 DM für die Altbauwohnung, 46,20 DM für die Neubau- und 54,80 DM für die Neustbauwohnung. Aber nicht auf die absolute Höhe, sondern auf die Veränderung der Preise kommt es bei der Preisindexziffer bekanntlich an, und unter diesem Gesichtspunkt war für den Mietpreisindex in unserer Berichtszeit von Juli 1952 bis Juli 1953 im wesentlichen nur die Erhöhung der Altbaumieten um 10 v. H. der Grundmiete ab 1. Oktober 1952 zu verzeichnen, während sich für Neu- und Neustbauten seit Ende 1951 lediglich die Erhöhung von Sielgebühr und Kehrtaxe mit etwa 2 v. H. auf die Raummiete auswirkte.<sup>1)</sup> Im Durchschnitt von Alt-, Neu- und Neustbauwohnungen ergab sich demnach eine Steigerung der Mietpreisindexziffer (1938 = 100) von 105,2 im Juli 1952 auf nur 110,1 im Juli 1953, d. h. um 4,7 v. H.

Unter den Aufwendungen für **Heizung und Beleuchtung** haben sich die Ausgaben für Kohlen und Briketts um kleine Preiszuschläge erhöht, der Steinkohlenpreis stieg von 5,04 auf 5,14 DM und der Preis für Braunkohlenbriketts von 3,35 auf 3,44 DM je 50 kg. Die Tarife für Gas und elektrischen Strom blieben unverändert. Der Gruppenindex Heizung und Beleuchtung (1938 = 100) betrug im Juli 1952 166,3 und im Juli 1953 167,4.

Die Preise für **Hausrat** waren in den letzten 12 Monaten im allgemeinen nach unten gerichtet. Der Index registriert eine Preissenkung um 7 v. H. Sie prägt sich mehr oder weniger bei fast allen Einzelpositionen aus: bei Möbeln aus Holz, bei Betten, Decken und Gardinen, vor allem auch bei Bett- und Hauswäsche, die vordem besonders stark im Preise gestiegen war. Ebenso waren zum erstenmal nach langer Zeit die Preise für Porzellan-, Steingut- und Glaswaren und für andere Haushaltsgegenstände leicht rückläufig. Metallene Erzeugnisse machten jedoch eine Ausnahme; das gilt auch von eisernen Bettstellen.

Einen weiteren, im Ausmaß allerdings niedrigeren Beitrag zur Senkung der Lebenshaltungskosten lieferte die Bekleidungswirtschaft. Von Juli 1952 bis Juli 1953 ging der **Bekleidungsindex** (1938 = 100) von 208,9 auf 201,9, also um 3,4 v. H. zurück. Die Rückläufigkeit hat bereits im Januar 1952 eingesetzt. Seitdem sind Männer- und Frauenoberkleidung um 8 v. H., Stoffe für Oberkleidung um 15, Frauen-

<sup>1)</sup> Auf Grund der Wohnungszählung vom 18. Sept. 1950 waren für 3-Raumwohnungen (d. h. 2 Zimmer und Küche) folgende Durchschnittsmieten errechnet: für Altbauwohnungen 33,— DM, für Neubauwohnungen 44,— DM und für Neustbauwohnungen 54,— DM. Wenn man die seitdem eingetretene Preiserhöhung berücksichtigt, bestätigen diese Werte, daß die getroffene Auswahl der 300 in die Preisberechnung einbezogenen Wohnungen die Miethöhe und Preisentwicklung dieser Wohngruppen richtig widerspiegeln.



wäsche um 18, Männerwäsche um 5, Strickgarn um 14, Schuhwaren um rund 6 und Lederwaren um 11 v. H. billiger geworden. Im ganzen ist der Index von Januar 1952 (220,1) bis Juli 1953 (201,9) um 8 v. H. gesunken. **Die heutige Indexziffer für Bekleidung ist die niedrigste seit der Währungsreform** (ungefähr gleich niedrig war sie nur im August/September 1950).

In der Indexgruppe **Reinigung und Körperpflege** werden in der Hauptsache Preise und Aufwand für Seifen, Putzmittel, Seifenpulver usw. verrechnet, daneben die Ausgaben für den Friseur, für Hautpflegemittel u. a. Da Seifen insbesondere in den letzten Monaten billiger geworden sind, die Preise für den übrigen Bedarf stabil waren, steht der Index im Juli 1953 mit 174,2 um 6 Punkte niedriger als im Juli 1952 (180,5).

In der Gruppe **Bildung und Unterhaltung** repräsentiert der Index die Ausgaben für Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Schreibwaren, für den Besuch der Lichtspieltheater, für Rundfunkgebühren, für Sportvereine und Amateurphotographie. Wesentlich für den Indexverlauf war hier, daß die Papierpreise seit Herbst wieder fallende Tendenz haben. Demzufolge ist der Abonnementspreis für die Hamburger Tageszeitungen von monatlich 3,80 auf 3,30 zurückgesetzt worden. Weiter sind Papier- und Schreibwaren aller Art um 9 v. H. heruntergegangen. Im Index haben sich diese Preisermäßigungen allerdings nicht voll ausgewirkt, da für die Position „Vereinsbeitrag“ eine Erhöhung zu verrechnen war, die sich aus den regelmäßigen Beitragsangaben von 6 Vereinen ableitete. So steht der Indexziffer von 154,0 im Juli 1952 eine nur um 3 v. H. niedrigere Ziffer von 149,1 für Juli 1953 gegenüber.

In der Indexgruppe **Verkehr** ist die Unterposition „Öffentliche Verkehrsmittel“ mit der Preissteigerung behaftet, die sich ab Juli 1952 aus der Preiserhöhung der Wochenkarte auf den Verkehrsmitteln der Hamburger Hochbahn A. G. ergab. Im Indexschema stand dieser Erhöhung ein wei-

teres Absinken der Preise für die Fahrradbereifung gegenüber. Die Fahrradpreise selbst haben sich in der Berichtszeit nicht geändert. Ebenso nicht die Postgebühren, die ebenfalls unter Verkehr im Indexschema stehen. Der Gruppenindex betrug im Juli 1952 180,9 und im Juli 1953 180,0.

**Fassen wir die Indexzahlen zusammen:**

Bedarfsgruppe	Juli 1952	Okt. 1952	Jan. 1953	April 1953	Juli 1953
Ernährung sowie Getränke und Tabakwaren . . . . .	185,7	187,7	188,5	184,2	184,1
Wohnungsmiete . . . . .	105,2	109,1	109,9	110,1	110,1
Heizung u. Beleuchtg. . . . .	166,3	167,6	167,7	167,8	167,4
Hausrat . . . . .	205,9	200,1	197,5	193,8	191,0
Bekleidung . . . . .	208,9	206,6	205,7	203,6	201,9
Gesamtlebenshaltung	172,5	173,3	173,6	171,0	170,6

Die Gruppenindizes wirken sich auf den Gesamtindex in dem Maße aus, in dem die Gruppenausgaben Anteil an den Gesamtausgaben des Haushalts haben. Auf diese „Gewichtung“ kommt es an. Für Nahrungs- und Genußmittel werden im Durchschnittshaushalt reichlich 50 v. H. der Haushaltseinnahmen verwendet. Wenn sich, wie im vorliegenden Fall, der Ernährungsindex nur geringfügig verändert hat, dann geht wegen des Gewichts der Gruppe davon ein stagnierender Einfluß auf den Gesamtindex aus. Hingegen gehen die stärkeren Preisveränderungen bei Hausrat und Bekleidung — es sind wie bei der Ernährung Preiskürzungen — mit kleineren Gewichten in die Indexberechnung ein; denn auf Bekleidung und Hausrat entfallen zusammen nur etwa 17 v. H. der Ausgaben. Und schließlich wirken die Erhöhungen der Indizes für Wohnungsmiete und Heizung und Beleuchtung in die entgegengesetzte Richtung, aber auch nur mit dem ihnen eigenen Indexgewicht von zusammen 16 v. H. **So ergibt sich letzten Endes, daß in unserer Berichtszeit, von Juli 1952 bis Juli 1953, die Preisindexziffer für die gesamte Lebenshaltung nahezu die gleiche geblieben ist, oder präziser gesagt, daß sie sich um rund 1 v. H. gesenkt hat.**

Dr. Urban/Scholz

**Hamburger Preisindexziffern für die Lebenshaltung (Gesamtbedarf)  
Mittlere Verbrauchergruppe**

Zeit	JD 1950 = 100					JD 1938 = 100				
	1949	1950	1951	1952	1953	1949	1950	1951	1952	1953
Jahr.-Durchschnitt	109,2	100,0	107,2	109,9	—	174,0	159,3	170,9	175,0	—
Januar . . . . .	112,7	103,9	102,4	113,0	108,9	179,6	165,5	163,1	180,0	173,6
Februar . . . . .	111,4	101,5	102,7	112,2	108,1	177,5	161,7	163,6	178,8	172,2
März . . . . .	109,9	100,6	104,9	111,4	107,8	175,1	160,3	167,1	177,6	171,7
April . . . . .	108,5	99,7	106,0	110,5	107,3	172,9	158,8	168,9	176,1	171,0
Mai . . . . .	108,1	99,2	106,2	109,4	107,0	172,3	158,1	169,3	174,3	170,5
Juni . . . . .	111,7	98,7	107,0	109,2	107,2	177,9	157,2	170,4	173,9	170,7
Juli . . . . .	110,2	97,9	107,0	108,3	107,1	175,6	156,0	170,4	172,5	170,6
August . . . . .	107,0	98,2	107,0	108,5	—	170,5	156,4	170,5	172,9	—
September . . . . .	108,0	99,2	108,3	108,7	—	172,0	158,1	172,6	173,2	—
Oktober . . . . .	107,7	99,1	110,9	108,8	—	171,6	157,9	176,7	173,3	—
November . . . . .	108,8	100,6	112,1	109,0	—	173,3	160,2	178,6	173,7	—
Dezember . . . . .	106,8	101,5	112,4	109,3	—	170,2	161,8	179,1	174,1	—

## Hamburger Preisindexziffern für die Lebenshaltung (nach Bedarfsgruppen)

### Mittlere Verbrauchergruppe

Zeit	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnungs- miete	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körper- pflege	Bildung und Unter- haltung	Verkehr	Gesamt- lebens- haltung
<b>1950 = 100</b>										
Januar 1952 . . .	120,0	97,3	102,8	109,9	114,2	105,3	108,9	114,0	117,7	113,0
Februar " . . .	118,7	97,3	102,8	109,9	113,9	104,5	108,9	114,0	117,5	112,2
März " . . .	117,2	97,3	102,8	110,0	113,8	103,7	108,6	113,7	117,5	111,4
April " . . .	115,6	97,3	102,7	110,0	113,0	102,7	108,1	113,7	117,5	110,5
Mai " . . .	113,7	97,3	102,7	110,1	112,2	101,7	107,5	113,5	117,1	109,4
Juni " . . .	113,6	97,3	102,7	109,7	111,0	101,4	107,1	113,1	116,8	109,2
Juli " . . .	112,0	97,3	102,7	109,7	111,0	100,0	106,0	113,8	117,7	108,3
August " . . .	112,9	97,3	102,7	110,6	109,3	99,1	104,5	113,8	117,7	108,5
September " . . .	113,7	97,3	102,7	110,6	108,6	98,6	104,3	113,7	117,2	108,7
Oktober " . . .	113,4	97,3	106,5	110,6	107,8	98,9	104,3	110,7	117,2	108,8
November " . . .	113,9	97,3	107,4	110,6	107,3	98,8	104,5	109,7	117,1	109,0
Dezember " . . .	114,6	97,3	107,4	110,6	106,9	98,8	104,4	109,4	117,1	109,3
Januar 1953 . . .	113,9	97,2	107,3	110,7	106,4	98,4	104,3	110,5	117,1	108,9
Februar " . . .	112,4	97,2	107,3	110,7	105,2	97,9	104,3	110,4	117,2	108,1
März " . . .	111,9	97,2	107,3	110,7	105,2	97,5	102,7	110,4	117,2	107,8
April " . . .	111,0	97,2	107,5	110,7	104,5	97,4	102,3	110,4	117,2	107,3
Mai " . . .	110,7	97,1	107,5	110,7	103,7	96,8	102,3	110,4	117,2	107,0
Juni " . . .	112,3	89,0	107,5	110,7	103,2	96,9	102,2	110,2	117,2	107,2
Juli " . . .	112,2	89,0	107,5	110,4	102,9	96,6	102,3	110,2	117,1	107,1
<b>1938 = 100</b>										
Januar 1952 . . .	190,5	280,8	165,3	166,6	211,9	220,1	185,4	154,2	180,9	180,0
Februar " . . .	188,3	280,8	165,3	166,6	211,4	218,3	185,4	154,2	180,7	178,8
März " . . .	186,1	280,8	165,3	166,7	211,3	216,7	184,8	153,8	180,7	177,6
April " . . .	183,5	280,8	165,2	166,7	209,7	214,6	184,0	153,8	180,7	176,1
Mai " . . .	180,4	280,8	165,2	166,8	208,1	212,5	183,0	153,6	180,0	174,3
Juni " . . .	180,3	280,8	165,2	166,3	205,9	211,9	182,3	152,9	179,6	173,9
Juli " . . .	177,8	280,8	165,2	166,3	205,9	208,9	180,5	154,0	180,9	172,5
August " . . .	179,2	280,8	165,2	167,6	202,8	207,2	178,0	154,0	180,9	172,9
September " . . .	180,5	280,8	165,2	167,6	201,4	206,0	177,5	153,8	180,1	173,2
Oktober " . . .	180,0	280,8	165,1	167,6	200,1	206,6	177,5	149,7	180,1	173,3
November " . . .	180,8	280,8	165,9	167,6	199,1	206,5	177,8	148,4	180,0	173,7
Dezember " . . .	181,9	280,8	165,9	167,6	198,3	206,6	177,7	148,0	180,0	174,1
Januar 1953 . . .	180,8	280,7	165,9	167,7	197,5	205,7	177,5	149,5	180,0	173,6
Februar " . . .	178,3	280,7	165,9	167,7	195,3	204,5	177,5	149,4	180,2	172,2
März " . . .	177,6	280,7	165,9	167,7	195,2	203,7	174,9	149,4	180,2	171,7
April " . . .	176,2	280,7	165,1	167,8	193,8	203,6	174,2	149,4	180,2	171,0
Mai " . . .	175,7	280,4	165,1	167,8	192,4	202,3	174,2	149,4	180,2	170,5
Juni " . . .	178,2	256,8	165,1	167,8	191,5	202,5	173,9	149,1	180,2	170,7
Juli " . . .	178,0	256,8	165,1	167,4	191,0	201,9	174,2	149,1	180,0	170,6

### Mengenschema zur Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung

Ware oder Leistung	Menge in kg je Monat <sup>1)</sup>			Ware oder Leistung	Menge in kg je Monat <sup>1)</sup>		
	Mittlere Verbrauchergruppe	Gehobene	Untere		Mittlere Verbrauchergruppe	Gehobene	Untere
<b>I. Ernährung</b>							
<b>Brot:</b>							
Roggenbrot . . . . .	5,6	1,0	2,3	Reis . . . . .	0,5	1,0	0,3
Mischbrot . . . . .	9,4	17,0	8,3	Kaffee-Ersatz . . . . .	0,5	0,5	0,5
Mischbrot (frh. Konsumbrot)	8,7	3,0	13,5	Zucker, Süßwaren, Kakao, Schokolade:			
Weißbrot . . . . .	1,1	4,0	1,0	Zucker . . . . .	6,0	7,0	4,8
Kleingebäck . . . . .	4,2	5,0	1,9	Marmelade . . . . .	0,4	0,5	0,8
<b>Backwaren:</b>				Kunsthonig . . . . .	0,2	—	0,1
Hefengebäck . . . . .	0,7	1,0	—	Bienenhonig . . . . .	0,05	0,5	—
Keks (Packung zu 12 Stück)	2,2	5,6	—	Himbeerbonbons . . . . .	0,15	0,2	0,1
<b>Nährmittel:</b>				Kakao, gepck., Markenware	0,15	0,4	0,1
Mehl . . . . .	5,7	6,0	5,0	Blockschokolade } in Tafeln	2,0	0,5	0,5
Grieß . . . . .	0,6	—	1,0	Markenschokolade } zu 100 g	—	1,0	—
Haferflocken, lose . . . . .	—	—	1,5	Pralinen, 125-g-Packung . . . . .	0,5	1,0	—
Haferflocken, gepackt . . . . .	0,6	0,5	—	Hülsenfrüchte, Erbsen . . . . .	0,5	0,3	0,7
Nudeln, Grießware, lose . . . . .	—	—	0,5	Trockenfrüchte, Pflaumen . . . . .	0,1	0,5	0,2
Makkaroni, lose . . . . .	0,8	—	1,0	„ Rosinen . . . . .	0,5	0,3	—
Nudeln, Eierware, gepackt . . . . .	0,3	1,0	—	Gemüse- und Obstkonserven			
Kinderstärkemehl . . . . .	0,2	0,5	—	Erbsen . . . . .	0,8	1,5	—
Puddingpulver . . . . .	0,1	0,5	—	Mirabellen . . . . .	—	0,5	—
Suppenwürfel . . . . .	0,1	—	0,1	Pflanzenöl . . . . .	0,5	0,5	0,2
				Kokosfett . . . . .	0,5	1,0	0,4

<sup>1)</sup> Sind bei der Warenbezeichnung besondere Angaben über die Menge gemacht, so beziehen sich die Mengenzahlen auf diese.

Ware oder Leistung	Menge in kg je Monat <sup>1)</sup>		
	Mittlere	Gehobene	Untere
Verbrauchergruppe			
Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte:			
Vorratskäufe:			
Kartoffeln . . . . .	20,69	16,55	24,83
Weißkohl . . . . .	4,86	11,74	2,88
Mohrrüben . . . . .	1,89	4,55	1,12
Äpfel, I. Sorte . . . . .	—	2,47	—
„ mittlere Sorte . . . . .	2,71	2,36	—
Kochäpfel . . . . .	2,35	2,03	2,74
laufende Käufe:			
Kartoffeln . . . . .	17,0	18,0	17,0
Weißkohl . . . . .	0,21	0,15	0,22
Wirsingkohl . . . . .	0,29	0,20	0,15
Rotkohl . . . . .	0,19	0,20	0,08
Blumenkohl . . . . .	0,21	0,30	0,08
Mohrrüben . . . . .	0,16	0,11	0,17
Spinat . . . . .	0,57	0,46	0,31
Salat . . . . .	0,21	0,31	0,23
Lauch . . . . .	0,22	0,12	0,23
Bohnen . . . . .	0,31	0,56	0,16
Erbsen . . . . .	0,11	0,95	0,12
Zwiebeln . . . . .	0,64	0,58	0,59
Tomaten . . . . .	0,39	0,36	0,11
Äpfel, I. Sorte . . . . .	—	0,51	—
„ mittlere Sorte . . . . .	0,41	0,45	—
Kochäpfel . . . . .	0,65	0,36	0,97
Süßkirschen . . . . .	0,45	1,68	—
Pflaumen . . . . .	0,47	0,39	0,13
Johannisbeeren . . . . .	1,09	1,68	0,42
Apfelsinen . . . . .	0,50	0,95	0,20
Zitronen . . . . .	0,50	0,95	0,30
Speisegewürze: Salz . . . . .	1,0	1,0	1,0
Essig (in Flaschen zu 0,7 l) . . . . .	0,7	0,7	0,7
Vollmilch (in Litern) . . . . .	35,0	39,0	31,0
Speisequark . . . . .	0,3	—	0,3
Härzer Käse . . . . .	0,3	0,1	0,3
Limburger Käse . . . . .	—	—	0,5
Gouda-Käse . . . . .	0,4	0,5	—
Emmentaler, inl. . . . .	0,2	0,5	—
Eier (in Stück) . . . . .	35,0	63,0	14,0
Fette:			
Markenbutter . . . . .	1,4	2,0	0,9
Schweineschmalz, inl. . . . .	0,3	1,0	—
„ ausl. . . . .	0,4	1,0	0,5
Margarine, Spitzensorte . . . . .	3,0	2,2	—
„ Tafelmargarine . . . . .	—	—	3,0
Fleisch:			
Rindfleisch, Koch- . . . . .	0,5	0,5	1,0
„ Schmor- . . . . .	1,8	1,5	1,0
Schweinefleisch, Kotelett . . . . .	—	1,0	—
„ Bauch . . . . .	1,5	1,5	0,8
Kalb- . . . . .	0,2	1,5	—
Hammelfleisch . . . . .	0,2	0,4	0,3
Fleischwaren:			
Speck . . . . .	0,5	1,0	0,5
Schinken . . . . .	0,1	1,0	—
Leberwurst . . . . .	2,7	1,0	1,5
Jagdwurst . . . . .	0,2	1,0	—
Streichmettwurst . . . . .	0,3	1,0	—
Fisch und Fischwaren:			
Kabeljau . . . . .	0,8	—	0,7
Fischfilet vom Kabeljau . . . . .	—	0,8	—
Salzheringe, inländische . . . . .	0,2	—	0,3
„ ausländische . . . . .	0,2	—	0,2
Rollmops . . . . .	0,3	0,3	—
Ösardinen (185-g-Dose br.) . . . . .	0,5	1,3	—

Ware oder Leistung	Menge in kg je Monat <sup>1)</sup>		
	Mittlere	Gehobene	Untere
Verbrauchergruppe			
Getränke und Tabakwaren:			
Bohnenkaffee . . . . .	0,1	0,3	0,1
Tee (in Packungen zu 50 g) . . . . .	0,2	1,0	—
Bier (in Liter) . . . . .	3,5	4,5	1,0
Branntwein (in Fl. zu 0,7 l) . . . . .	0,35	0,9	0,1
Wein (in Flaschen zu 0,7 l) . . . . .	—	0,9	—
Zigaretten, gängigste Sorten, in Stück . . . . .	75,0	120,0	—
mittl. Preislage, in Stück . . . . .	—	30,0	—
Tabak (in Packung. zu 50 g) . . . . .	1,5	1,0	1,5
Wohnungsmiete <sup>2)</sup> . . . . .	.	.	.
Reparaturen <sup>3)</sup> . . . . .	.	.	.

Ware oder Leistung	Menge in Stück je Monat		
	Mittlere	Gehobene	Untere
Verbrauchergruppe			
Verkehr:			
Straßenbahn, billigste Einzelfahrt . . . . .	.	.	.
„ Wochenkarte . . . . .	.	.	.
Eisenbahnfahrt, billigste Klasse, km . . . . .	25,0	87,0	2,7
Eisenbahn, Wochenkarte . . . . .	.	.	.
Angestellten-Monatskarte . . . . .	.	.	.
Postkarte, Ortsverkehr . . . . .	—	—	5,0
„ Fernverkehr . . . . .	2,0	4,0	—
Brief, Fernverkehr . . . . .	4,0	10,0	2,0
Postpaket, 5 kg, 100 km . . . . .	0,7	1,3	—
Telefongespräch, Ortsverk. . . . .	2,0	10,0	1,0
Herrenfahrrad . . . . .	0,01	0,02	—
Fahrradbereifung (vollstdg.) . . . . .	0,04	0,1	0,03
Benzin (in Litern) . . . . .	—	2,0	—
Heizung- und Beleuchtung:			
Brennholz, hart (in 50 kg) . . . . .	0,2	0,3	0,2
„ weich (in 50 kg) . . . . .	0,25	0,35	0,1
Steinkohlen (in 50 kg) . . . . .	0,5	1,1	0,3
Braunkohlenbrik. (in 50 kg) . . . . .	1,3	1,6	1,2
Gas (in cbm) . . . . .	12,0	25,0	5,0
Gasmessermiete . . . . .	1×	1×	1×
Elektrischer Strom, Grundgebühr . . . . .	1×	1×	1×
Arbeitspreis (kWh) . . . . .	23,0	43,0	7,0
Taschenlampenbatterie . . . . .	1,0	1,0	—
Reinigung und Körperpflege:			
Kernseife, Markenware, (200-g-Stück) . . . . .	1,0	2,0	—
Kernseife, Konsumware, (200-g-Stück) . . . . .	1,0	—	2,0
Toiletteseife (100-g-Stück) . . . . .	1,0	1,5	0,5
Rasierseife (1 St. = ca. 50 g) . . . . .	0,3	0,3	0,3
Einweichmittel . . . . .	1,0	2,0	1,0
Spülmittel . . . . .	1,0	2,0	1,0
Waschmittel für Berufskleidung } 1 Pkt. z. 250 g . . . . .	1,0	—	1,0
Waschpulver für Grobwäsche . . . . .	2,8	5,6	2,8
Waschpulver für Feinwäsche (100-g-Paket) . . . . .	0,5	1,5	—
Schuhcreme, schwarz, 1 Dose ca. 50 g . . . . .	2,0	1,0	1,6
Schuhcreme, farblos, 1 Dose ca. 50 g . . . . .	1,0	2,6	—
Scheuerpulver (1 Pkt. 250 g) . . . . .	1,5	2,0	1,0
Scheuertuch . . . . .	0,5	0,7	0,3
Rasierklingen, beste . . . . .	—	5,0	—
Rasierklingen, billigste . . . . .	10,0	5,0	10,0
Zahnpasta (1 gr. Tube) . . . . .	0,5	1,0	0,5

<sup>1)</sup> Sind bei der Warenbezeichnung besondere Angaben über die Menge gemacht, so beziehen sich die Mengenzahlen auf diese.  
<sup>2)</sup> Alt-, Neu- und Neustbaumiete im Verhältnis 49:39:12 (Wertgewicht nach dem Wohnungsbestand und der Mietpreisabstufung im Jahre 1950).  
<sup>3)</sup> Gruppenindex „Ausbauarbeiten“ aus dem Preisindex für den Wohnungsbau.

Ware oder Leistung	Menge in Stück je Monat		
	Mittlere Verbrauchergruppe	Gehobene	Untere
Camelia (1 Pkt. zu 10 Stück) . . . . .	1,0	1,0	—
Tempotaschentücher (Paket) . . . . .	1,0	2,0	—
Köln. Wasser (1 Fl. = 55 ccm) . . . . .	—	0,25	—
Fieberthermometer . . . . .	0,4	0,5	—
Traubenzucker (Orig.-Pckg.) . . . . .	1,0	2,0	—
Hustensaft (Orig.-Pckg.) . . . . .	—	1,0	—
Aspirin (Orig.-Pckg.) . . . . .	—	0,8	—
Haarschneiden für Herren . . . . .	0,9×	1,8×	0,9×
Frisieren, Waschen u. Legen . . . . .	0,5×	1,0×	—
<b>Bildung und Unterhaltung:</b>			
Schulheft . . . . .	3,0	6,0	2,4
Briefpapier, holzhaltig, . . . . .			
1 Packg. 25 Bg. u. Umschl. . . . .	0,5	—	0,6
Briefpapier, holzfrei, . . . . .			
1 Packg. 25 Bg. u. Umschl. . . . .	0,5	1,0	—
Briefumschläge (10 Stück) . . . . .	—	1,0	—
Tinte (1 Fl. = 1/32 l) . . . . .	1,0	1,0	0,2
Reclamheft . . . . .	5,0	11,0	—
Tageszeitung (Monatsbezug) . . . . .	1,0	1,0	1,0
Illustrierte Zeitung . . . . .	2,0	5,5	—
Rollfilm 6×9 . . . . .	0,2	0,5	—
Zelluloidpuppe . . . . .	—	0,3	—
Roller . . . . .	—	0,3	—
Kinoplatz . . . . .	3,2	8,2	1,5
Vereinsbeitrag (Mts.-Beitr.) . . . . .	3,0	5,8	—
Rundfunkgebühr (Mtsgeb.) . . . . .	1,0	1,0	0,2

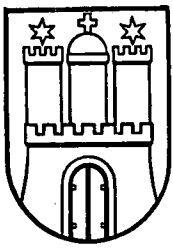
Ware oder Leistung	Menge in Stück je Jahr		
	Mittlere Verbrauchergruppe	Gehobene	Untere
<b>Hausrat, Möbel:</b>			
Küchenbüfett . . . . .	—	0,15	—
Küchentisch . . . . .	0,05	0,4	—
Küchenstuhl . . . . .	0,06	1,7	0,47
Holzbett . . . . .	0,03	0,3	—
Stahlfederrahmen . . . . .	0,03	0,5	—
Kinderbett . . . . .	—	0,1	—
Kleiderschrank, zweitürig . . . . .	0,04	0,25	0,05
Kleiderschrank, dreitürig . . . . .	0,04	0,1	—
Schlafzimmer . . . . .	0,02	0,12	—
<b>Betten, Decken, Gardinen, Teppiche:</b>			
Inlett, Köper (in Metern) . . . . .	1,0	—	0,1
Oberbett . . . . .	0,06	—	—
Matratze, Schlaraffia . . . . .	0,04	0,2	—
Matratze, Seegrass . . . . .	0,04	—	—
Schlafdecke, wollgemischt, . . . . .			
mittlere Qualität . . . . .	0,08	0,5	0,2
Gittertüll (in Metern) . . . . .	0,6	0,6	—
Möbelbezugstoff (in Metern) . . . . .	0,2	0,8	—
Läufer (in Metern) . . . . .	0,2	0,8	—
<b>Bett-, Haus- u. Küchenwäsche:</b>			
Bettwäschestoff (in Metern) . . . . .	0,7	—	1,0
Bettbezug . . . . .	0,3	0,4	—
Bettlaken, Haustuch . . . . .	0,2	0,3	—
Bettlaken, Rohnessel . . . . .	0,2	—	0,2
Handtuch, Gerstenkorn . . . . .	0,8	3,0	0,5
Geschirrtuch, Leinen . . . . .	0,5	3,0	0,5
<b>Porzellan-, Steingut- und Glaswaren:</b>			
Teller, Porzellan, glattweiß . . . . .	0,5	—	0,6
Teller, Porzellan, einf. dek. . . . .	0,5	1,5	—
Tasse, Porzellan, glattweiß . . . . .	0,85	—	0,6
Tasse, Porzellan, einf. dek. . . . .	0,85	2,45	—
Kaffeekanne, Porzellan . . . . .	0,2	0,5	0,3
Teller, Steingut, glattweiß . . . . .	0,5	—	0,6
Teller, Steingut, einf. dek. . . . .	0,5	1,5	—
Schüssel, Steingut, glattweiß . . . . .	0,5	—	0,5
Schüssel, Steingut, einf. dek. . . . .	0,5	1,5	—
Haush.-Konservenglas m. R. . . . .	4,0	3,0	1,0
Geleeglas . . . . .	2,5	—	0,5

Ware oder Leistung	Menge in Stück je Jahr		
	Mittlere Verbrauchergruppe	Gehobene	Untere
Bierbecher . . . . .	3,0	4,0	0,5
Kompotteller . . . . .	4,0	6,0	1,0
Kindersaugflasche . . . . .	1,0	1,0	0,5
Beleuchtungsglas, Mond . . . . .	2,0	4,9	0,3
<b>Metallwaren:</b>			
Ofen, Dauerbrenner, schw. . . . .	—	—	0,05
Ofen, Dauerbrand, email. . . . .	0,04	0,11	—
Dauerbrandherd . . . . .	—	0,1	—
Haushaltskohlenherd . . . . .	0,02	—	—
<b>Töpfe und Pfannen:</b>			
Fleischtopf, emailliert . . . . .	0,5	1,0	0,5
Schmortopf, Aluminium . . . . .	1,2	1,7	0,5
Bratpfanne . . . . .	0,5	0,5	0,5
<b>Eimer, Schüsseln, Wannen:</b>			
Eimer, verzinkt . . . . .	0,5	0,5	0,5
Eimer, emailliert . . . . .	0,5	0,5	—
Wanne, verzinkt . . . . .	—	0,5	—
Schüssel, emailliert . . . . .	0,5	0,5	—
<b>Esbestecke:</b>			
Esbestecke, rostfreier Stahl, . . . . .			
einfach . . . . .	0,5	—	0,5
Esbestecke, Alpaka . . . . .	0,15	—	—
Esbestecke, Silber (i. g. Silb.) . . . . .	—	31,5	—
<b>Sonstige Waren:</b>			
Fleischhacker . . . . .	—	0,5	—
Wecker . . . . .	0,7	1,0	0,4
Herrenarmbanduhr . . . . .	—	0,3	—
Haushaltsbügeleisen . . . . .	0,4	0,3	0,06
Staubsauger . . . . .	—	0,05	—
Taschenlampenhüllen . . . . .	—	1,0	—
Glühlampe, 40 Watt . . . . .	—	12,0	—
Glühlampe, 25 Watt . . . . .	9,6	—	6,0
Rundfunkgerät . . . . .	—	0,05	—
Rundfunkröhre 164 . . . . .	0,11	0,3	—
Rundfunkröhre A K 2 . . . . .	0,11	0,15	—
Rundfunkröhre E C H 11 . . . . .	0,11	0,14	—
Koffer, Vulcanfiber . . . . .	—	0,4	—
Wäschekorb . . . . .	0,2	0,3	0,1
Scheuerbürste . . . . .	4,5	7,0	3,5
Gummiwärmflasche . . . . .	0,5	1,0	0,5
Flaschenauger . . . . .	1,0	2,0	1,0
Gummiring für Einkochglas . . . . .	11,0	8,0	6,0
Reparaturen, Schreiner . . . . .	—	—	—
Reparaturen, Elektriker . . . . .	—	—	—
<b>Bekleidung, Oberbekleidung:</b>			
Straßenanzug, zweiteilig, . . . . .			
Streichgarn . . . . .	0,3	0,7	0,2
Herrenregenmantel . . . . .	0,1	0,5	—
Herreneinzelhose . . . . .	0,3	1,0	0,1
Arbeitsanzug . . . . .	0,3	—	0,2
Herrenpullover . . . . .	0,1	1,0	—
Damenkleid, Kunstseide . . . . .	0,3	1,0	0,4
Damenkleid, Wolljersey . . . . .	0,3	1,0	—
Damenkleid, . . . . .			
Baumwolle/Zellwolle . . . . .	0,3	1,0	0,4
Sportbluse, Kunstseide . . . . .	0,3	1,0	—
Kittelschürze, Baumwolle . . . . .	0,3	1,0	0,3
Damenpullover . . . . .	0,3	0,8	—
Knabenanzug, Sportstoff . . . . .	0,57	1,0	0,3
Knabenpullover . . . . .	0,22	1,0	0,2
Mädchenkleid, Wolle . . . . .	1,0	2,0	0,5
Mädchenkleid, . . . . .			
Baumwolle/Zellwolle . . . . .	1,2	1,9	0,5
Herrenanzugstoff, Streich- . . . . .			
garn, in Meter . . . . .	0,2	1,0	—
Damenkleiderstoff, Wolle, . . . . .			
in Meter . . . . .	0,7	4,0	—
Damenkleiderstoff, Kunst- . . . . .			
seide, in Meter . . . . .	1,0	4,0	—
Schürzenstoff, Baumwolle, m . . . . .	2,0	—	2,0
Herrenhut, Wollfilz . . . . .	0,3	—	—
Herrenhut, Haarfilz . . . . .	—	1,0	—

Ware oder Leistung	Menge in Stück je Jahr		
	Mittlere Verbrauchergruppe	Gehobene Verbrauchergruppe	Untere Verbrauchergruppe
<b>Unterkleidung:</b>			
Sporthemd . . . . .	1,6	3,5	0,3
Arbeitshemdenstoff (i. Met.) . . . . .	—	—	1,5
Arbeitshemd . . . . .	0,2	—	—
Unterhemd, Mako . . . . .	0,3	0,5	—
Unterhemd, Baumwolle/ Zellwolle . . . . .	0,3	0,5	0,5
Unterhose, wollgemischt . . . . .	0,6	1,0	0,8
Herrensocken, Wolle (i. P.) . . . . .	0,6	1,5	0,3
Herrensocken, Wolle/Baum- wolle (in Paar) . . . . .	0,6	1,8	0,5
Damentaghemd, Kunstseide . . . . .	1,0	4,0	0,9
Schlüpfer, Wolle . . . . .	1,5	2,1	1,9
Strümpfe, Kunstseide (i. P.) . . . . .	2,0	—	1,0
Strümpfe, Nylon (in Paar) . . . . .	0,5	2,0	—
Strümpfe, Perlon (in Paar) . . . . .	0,4	2,0	—
Knabensporthemd . . . . .	0,9	—	0,5
Knabenunterhose, Baumwolle/Zellwolle . . . . .	2,0	4,0	2,0
Kinderstrümpfe, Wolle (i.P.) . . . . .	1,1	1,5	—
Kinderstrümpfe, Baum- wolle/Zellwolle (i. Paar) . . . . .	1,1	1,5	0,5
Mädchenhemd, Kunstseide . . . . .	—	2,0	—
Schlüpfer, Kunstseide . . . . .	1,0	2,0	—
Kinderstrümpfe, Wolle (i.P.) . . . . .	1,5	2,0	—
Kinderstrümpfe, Baum- wolle/Zellwolle (in Paar) . . . . .	1,5	2,0	0,8
Babygarn, Wolle (in 100 g) . . . . .	1,0	1,5	0,5

Ware oder Leistung	Menge in Stück je Jahr		
	Mittlere Verbrauchergruppe	Gehobene Verbrauchergruppe	Untere Verbrauchergruppe
Babygarn, Baumwolle (in 100 g) . . . . .	1,3	1,0	0,8
Strumpfgarn, Wolle, (in 100 g) . . . . .	4,3	6,0	4,0
Schneiderinnenarbeit, Anfer- tigen eines Kleides . . . . .	—	—	—
<b>Schuhwaren (in Paar):</b>			
Herrenstraßenschuhe, Rindbox . . . . .	0,25	—	0,25
Herrenstraßenschuhe, Boxkalf . . . . .	—	0,94	—
Arbeitsschuhe . . . . .	0,51	—	0,3
Damenstraßenschuhe, Rindbox . . . . .	1,0	—	0,6
Damenstraßenschuhe, Boxkalf . . . . .	—	1,2	—
Knabenschuhe, Rindbox . . . . .	1,4	1,4	0,5
Mädchenschuhe, Roßchevreau . . . . .	1,7	2,5	0,8
Damenüberschuhe, Gummi . . . . .	0,3	0,8	0,3
<b>Schuhreparaturen:</b>			
Besohlen, Ledersohle . . . . .	4,0	8,2	1,0
Besohlen, Gummisohle . . . . .	3,3	—	3,4
Lederhandschuhe, Nappa (i.P.) . . . . .	—	0,5	—
Lederhandschuhe, Kalbleder (in Paar) . . . . .	0,2	0,5	—
Aktentasche . . . . .	—	0,2	—

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Hansestadt Hamburg

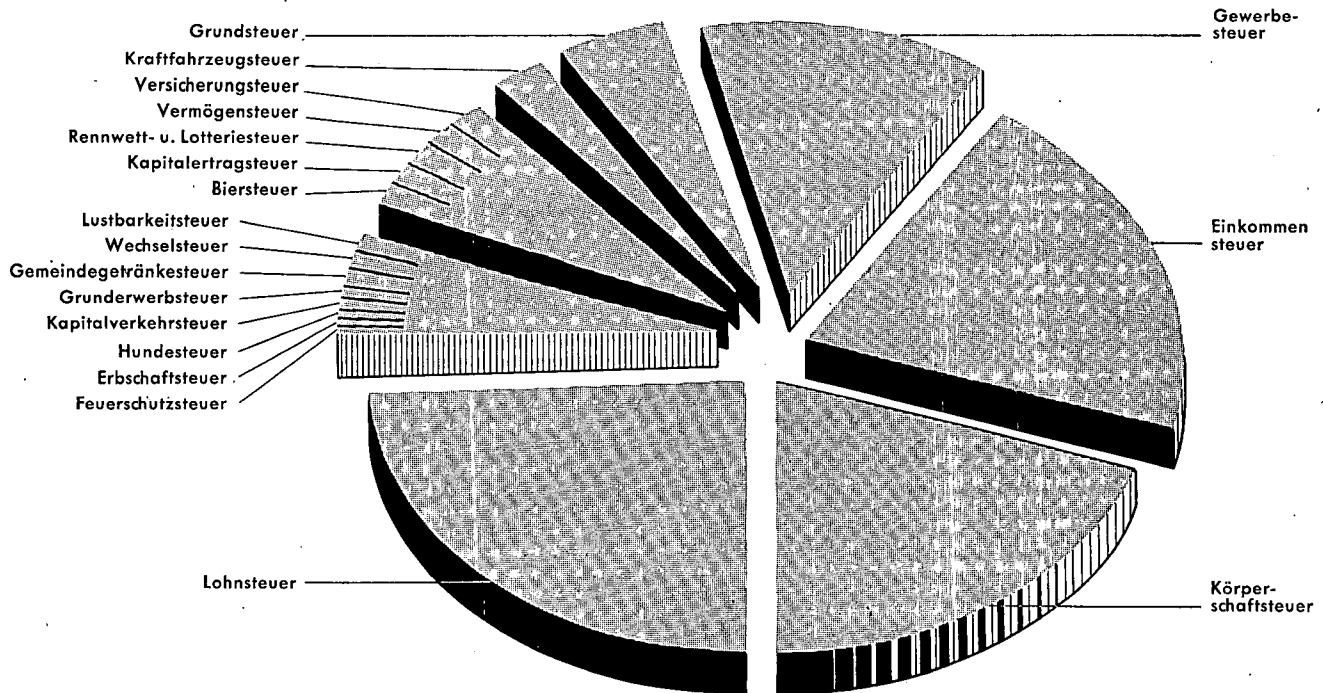
Jahrgang 1953

Hamburg, den 1. September 1953

Heft Nr. 20

## Die Steuern im Voranschlag für das Haushaltsjahr 1953/54

gemäß dem Beschluß der Bürgerschaft vom 31. März 1953



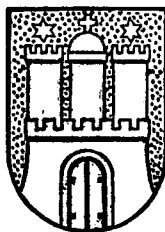
# Die Steuerzahler Hamburgs

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

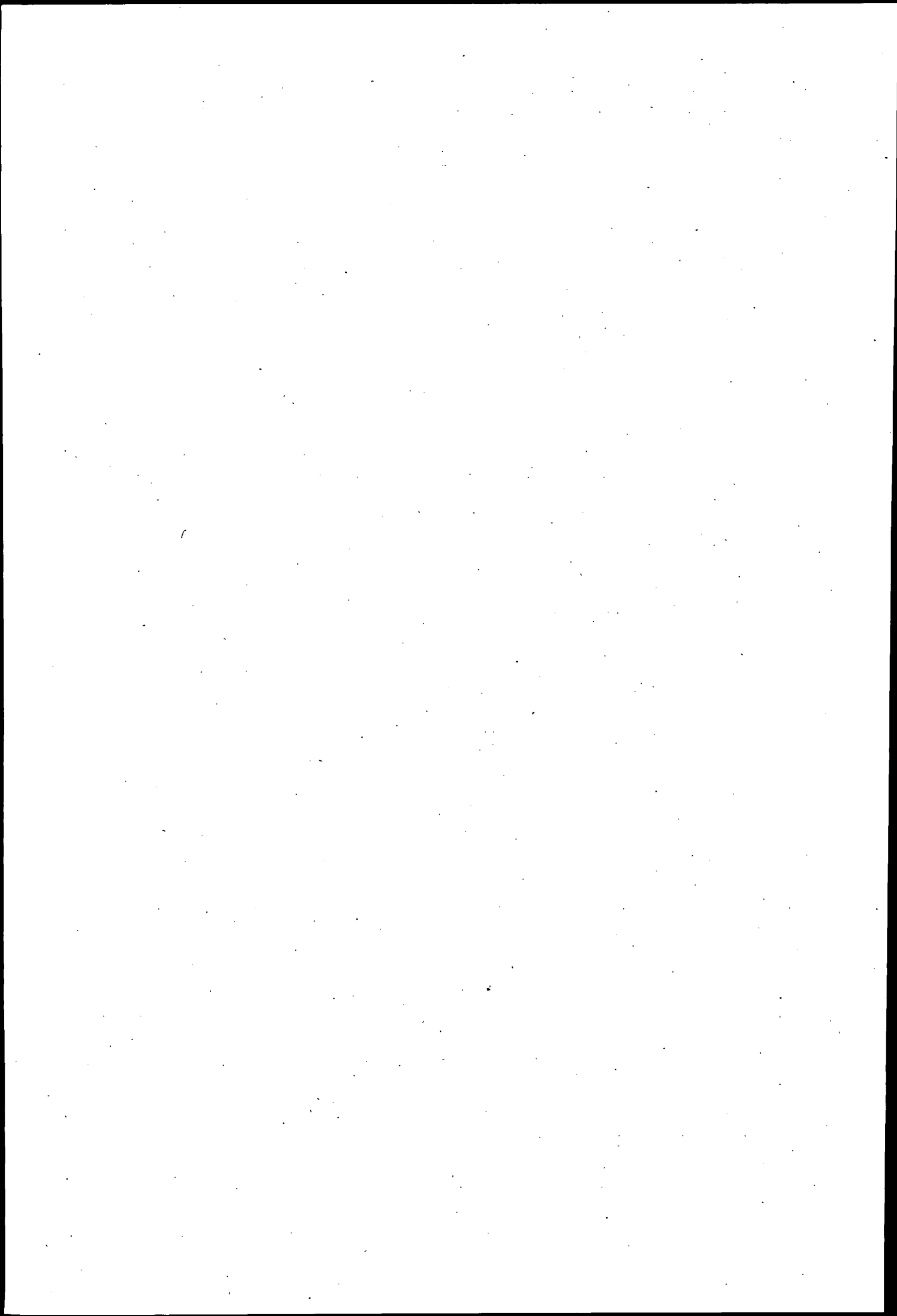
Hamburg, den 1. September 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 20



## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorbemerkung .....	257
1. Lohnsteuer .....	258
2. Veranlagte Einkommensteuer .....	260
3. Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag .....	261
4. Körperschaftsteuer .....	261
5. Gewerbesteuer .....	263
6. Grundsteuer .....	266
7. Grunderwerbsteuer .....	269
8. Vermögensteuer .....	270
9. Erbschaftsteuer .....	272
10. Hundesteuer .....	274
11. Kapitalverkehrsteuer .....	274
12. Wechselsteuer .....	276
13. Versicherungssteuer .....	276
14. Feuerschutzsteuer .....	277
15. Rennwett- und Lotteriesteuer .....	277
16. Kraftfahrzeugsteuer .....	279
17. Lustbarkeitsteuer .....	280
18. Biersteuer .....	281
19. Gemeindegetränksteuer .....	281
Zusammenfassung .....	282
Anlagen	
1. Übersicht über die Einnahmeveranschläge im hamburgischen ordentlichen Haushaltsplan 1953 .....	284
2. Übersicht über das Aufkommen an Landes- und Gemeinde- steuern im Bundesgebiet und in Hamburg .....	285
3. Übersicht über das Aufkommen an Bundesabgaben im Bundes- gebiet und in Hamburg .....	286
4. Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen der hamburgischen Steuern .....	287





## Die Steuerzahler Hamburgs

897 Millionen DM bilden die Summe, mit der die hamburgischen Steuereinnahmen durch Beschluß der Bürgerschaft vom 31. März 1953 (vor der sogenannten „Kleinen Steuerreform“) für das Haushaltsjahr 1953 veranschlagt worden sind. 897 Millionen sind 78 v.H. der hamburgischen Gesamteinnahmen, die im Voranschlag mit 1 153 Millionen DM zu Buch stehen. 256 Millionen, der „Rest“, sind Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Erträge aus dem Grundvermögen und dem Kapitalvermögen, Zuweisungen von Bund und Ländern, die sich aus finanziellen Verflechtungen oder besonderen Rechtstiteln ergeben, und vielerlei anderes mehr.

1 153 Millionen DM bilden indessen noch nicht die Gesamtsumme auf der Einnahmeseite des hamburgischen Staatshaushalts; denn der Haushalt besteht aus einem ordentlichen und einem außerordentlichen Plan, und die 1 153 Millionen sind die Summe, mit der der ordentliche Plan abschließt. Im außerordentlichen Plan wird in Einnahme und Ausgabe mit je 139 Mill. DM gerechnet; aber diese Mittel werden, mit Ausnahme von 11,7 Mill. DM, die Anteile des ordentlichen Haushalts sind, als Darlehen aufgenommen, wie umgekehrt ein großer Teil hiervon (82,7 Mill.) wieder als Darlehen, und zwar zur Förderung des Wohnungsbaus, vergeben wird. Uns interessiert hier jedoch nur der ordentliche Haushaltsplan, dessen Deckungsmittel, wie gesagt, im Rechnungsjahr 1953 zu bald vier Fünfteln die Steuern sind.

Was den Ländern im Verhältnis zum Bund an Steuern zusteht, ist durch das Grundgesetz festgelegt. Die Länder — und damit auch Hamburg — erheben die wichtigsten Besitzsteuern, nämlich die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer, die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer; sie erheben als Verkehrssteuern die Kraftfahrzeugsteuer, die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer, die Kapitalverkehrsteuer, die Grunderwerbsteuer, die Wechselsteuer und die Rennwett- und Lotteriesteuer, schließlich — als einzige Verbrauchsteuer — die Biersteuer. Alle übrigen Verbrauchsteuern, also die Steuern auf Tabak, Kaffee, Tee, Zucker, Süßstoff, Salz, Branntwein, Essigsäure, auf Zündhölzer, Glühbirnen usw., Mineralöle, Benzin und Dieselöl, wie auf Spielkarten und Sekt, sind Bundesabgaben, ebenso wie die Umsatzsteuer, die Beförderungsteuer und die Zölle. Der Freien und Hansestadt Hamburg fließen weiter die Steuern zu, die in den anderen Ländern in der Regel die Gemeinden erheben; d. s. vor allem die Gewerbesteuer und die Grundsteuer, sodann die Lustbarkeitsteuer, die Hundesteuer, die Gemeindegetränksteuer und ein Zuschlag zur Grunderwerbsteuer.

Der Bund nimmt aber an den Erträgen aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer teil. Anfangs, im Rechnungsjahr 1951, mit 27 v. H., was

die hamburgischen Haushaltseinnahmen um 152 Millionen DM herabdrückte, und im Rechnungsjahr 1952 mit 37 v. H. Die Regelung für 1952 ist auch in den Haushaltsplan 1953 einstweilen übernommen worden. Inzwischen hat sich in Verbindung mit der sog. Kleinen Steuerreform der Anteil des Bundes auf 38 v. H. erhöht. Außerdem sind seit 1952 die Länder verpflichtet, die Einkommen- und Körperschaftsteuer regional aufzuteilen, wenn es sich um Zahlungen von Steuerpflichtigen handelt, die Betriebsstätten im Bundesgebiet außerhalb des Landes, in dem sie steuerpflichtig sind, unterhalten. Diese Bestimmung wirkt sich für Hamburg erheblich aus, weil hier große Unternehmen mit auswärts gelegenen Betrieben ihren Verwaltungssitz haben. Das sog. Zerlegungsgesetz berührt noch einen weiteren Tatbestand: in den Fällen, in denen Arbeitnehmer nicht in dem Lande wohnen, wo sie arbeiten, fordert es einen Ausgleich der Lohnsteuer. Diese Fälle sind für Hamburg sehr häufig; Zehntausende von Arbeitern und Angestellten fahren täglich aus den benachbarten Kreisen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens nach Hamburg zur Arbeit und zurück; das Umgekehrte trifft nur verhältnismäßig wenig zu. Wie sich das Zerlegungsgesetz mit seinen verschiedenen Tatbeständen im ganzen für Hamburg finanziell auswirken wird, läßt sich zur Stunde noch nicht genau übersehen. Es wäre hier auch nicht der Ort, die sehr verwickelten Fragen (es kommt noch einiges andere hinzu) eingehender zu behandeln. Überschläglich ist damit zu rechnen, daß Hamburg auf Grund des Zerlegungsgesetzes etwa 70 bis 80 Millionen DM an Einkommen- und Körperschaftsteuer jährlich an andere Länder abführen muß.

Nach diesem Exkurs wollen wir uns wieder den Steuereinnahmen Hamburgs zuwenden, denn der Einnahmeseite des hamburgischen Haushalts gilt unser Thema. Was Hamburg kraft neuer bundesgesetzlicher Regelung an den Bund und andere Länder abzuführen hat, sind haushaltsmethodisch Ausgaben, wie etwa Zahlungen aus einem Finanzausgleich. Auf der Einnahmeseite des Haushalts finden wir mit Recht das volle Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer unter den Erträgen der Landessteuern aufgeführt, und nur von diesen Bruttobetragen soll hier künftig die Rede sein.

Die einzelnen Steuern, die Hamburg erhebt und deren Erträge für das Rechnungsjahr 1953 zunächst mit insgesamt 897 Millionen DM veranschlagt worden sind, waren bereits genannt. Die **ertragreichsten** unter ihnen sind die **Einkommensteuer** und die **Körperschaftsteuer**. Die Einkommenbesteuerung erfaßt grundsätzlich alle Bürger, die ein steuerpflichtiges Einkommen haben. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten zahlen sie in der Form der Lohnsteuer,

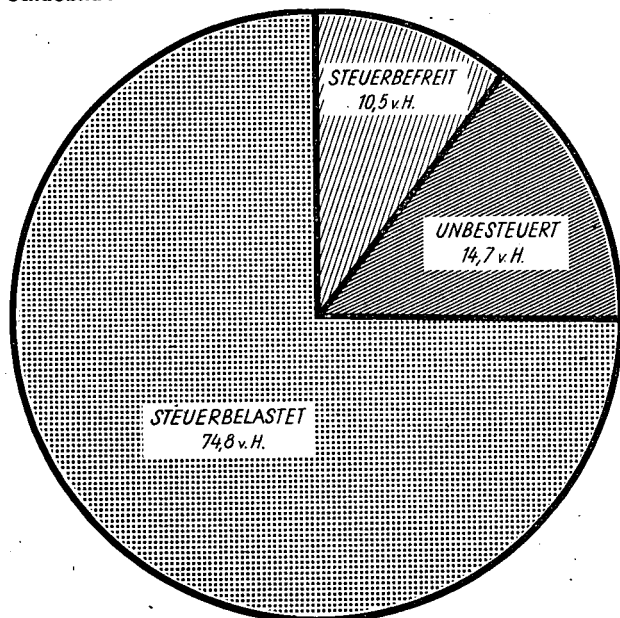
die wirtschaftlich Selbständigen in der Form der veranlagten Einkommensteuer. Personen, die Einkünfte aus Kapitalvermögen haben (z. B. Dividende auf Aktien), unterliegen in bezug auf diese Kapitalerträge einem besonderen Steuerabzugsverfahren. Neben der Steuerbelastung der „natürlichen Personen“ steht die Besteuerung der Einkommen der „juristischen Personen“ und bestimmter Vermögensmassen, die Körperschaftsteuer. Aus den drei Arten der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer erwartet die Hansestadt im Haushaltsjahr 1953 insgesamt 593 Millionen DM (wovon die oben erwähnten Anteile des Bundes und anderer Bundesländer abzusetzen sind). 593 Millionen stellen fast zwei Drittel (66,1 v. H.) des gesamten hamburgischen Steueraufkommens dar.

**1. Lohnsteuer**  
220 Millionen DM

Den stärksten Anteil hat die Lohnsteuer, die mit 220 Mill. DM im Haushaltsplan 1953 veranschlagt ist. Hamburg kann im Laufe eines Jahres (alle Veränderungen durch Zu- und Abgänge voll eingerechnet) mit etwa 700 000 Lohnsteuerpflichtigen (einschl. Pensionäre, Witwengeldempfänger usw.) rechnen. Von den 700 000 zahlt allerdings eine größere Anzahl keine Steuer, weil sie entweder durch Familienermäßigungen und sonstige Freibeträge (z. B. für Flüchtlinge, Bombengeschädigte) von der Steuer befreit sind (Steuerbefreite) oder weil ihr Einkommen die Steuergrenze von 1687 DM (bis 31. Dezember 1952 rd. 1530 DM) jährlich nicht übersteigt (Unbesteuerte). Wie sich zahlenmäßig die statistischen Gruppen der Steuerbelasteten, Steuerbefreiten und Unbesteuerten zueinander verhalten, dafür gibt es Anhaltspunkte in

Schaubild 1

Lohnsteuer 1950



der Lohnsteuerstatistik 1950. Für das Kalenderjahr 1950 konnten die Lohnsteuerkarten von 552 031 Steuerpflichtigen statistisch bearbeitet werden (aus mannigfachen Gründen, auch wegen der Fluktuation der Bevölkerung sind nicht alle Karten an die Finanzämter zurückgelangt). Von den 552 031

Personen (unter ihnen rd. 15 000, die während des ganzen Jahres arbeitslos gewesen sind) waren im Kalenderjahr 1950 74,8 v. H. steuerbelastet, 10,5 v. H. steuerbefreit und 14,7 v. H. unbesteuert. Für den gesamten Kreis der Lohnsteuerpflichtigen (700 000) wird sich diese Relation nicht mehr wesentlich ändern, wie aus der Durchsicht von 10 583 auf Grund öffentlicher Aufforderung nachträglich zurückgekommener Lohnsteuerkarten zu schließen sein dürfte. Demnach wird man nicht wesentlich fehlgehen, wenn man sagt: von allen Lohnsteuerpflichtigen waren im Jahre 1950 etwa drei Viertel tatsächlich mit der Steuer belastet, während in einem Viertel der Fälle kein Steueranspruch bestand.

Abgesehen von den 66 312 Unbesteuerten mit Einkünften unter 1531 DM verteilen sich die in die Lohnsteuerstatistik aufgenommenen 470 000 Steuerpflichtigen, die im Jahre 1950 steuerbelastet (413 054) oder steuerbefreit (57 665) gewesen sind, auf die Bruttolohngruppen, wie aus den Spalten 1 und 2 des folgenden Zahlenbildes ersichtlich:

Bruttolohn im Jahre 1950 DM	Zahl der Steuerbelasteten u. Steuerbefreiten			
	aus der statistischen Aufbereitung 1950		im ganzen nach vorläufiger Schätzung	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4
unter 1 800 . . .	78 080	16,6	140 000	23,8
1 800 bis 2 400 . . .	57 858	12,3	71 000	12,0
2 400 „ 3 000 . . .	60 988	13,0	72 000	12,2
3 000 „ 3 600 . . .	82 905	17,6	95 000	16,0
3 600 „ 4 800 . . .	123 275	26,2	137 000	23,3
4 800 „ 7 200 . . .	50 974	10,8	56 000	9,5
über 7 200 . . .	16 639	3,5	19 000	3,2
zusammen . . .	470 719	100,0	590 000	100,0

Gegen die Spalten 1 und 2 ist der Einwand zu erheben, von dem wir eben sprachen, daß nicht alle Steuerbelasteten und Steuerbefreiten in der Statistik 1950 erfaßt worden sind. In den Spalten 3 und 4 ist deshalb ergänzend dargestellt, wie ungefähr das Bild vollständig aussehen würde, wenn alle Karten der Steuerbelasteten und der Steuerbefreiten hätten bearbeitet werden können. Die Merkmale der nachträglich hereingeholten Karten und eine Kontrollrechnung mit dem effektiven Steueraufkommen haben die Basis für die Schätzung gegeben.

In Spalte 4 hat die Bruttolohngruppe „unter 1800 DM“ ein beträchtlich größeres Gewicht als in Spalte 2, weil die Aufbereitung der nachträglich hereingeholten Karten die Vermutung bestätigt hat, daß sich unter den Steuerkarten, die nicht sozusagen automatisch von den Arbeitgebern an die Finanzämter zurückflossen, besonders viele Fälle von Geringverdienern befinden. In der Bruttolohngruppe „unter 1800 DM“ sind alle Steuerpflichtigen zusammengefaßt, die — sei es auch nur für einzelne Tage, Wochen oder Monate — Lohnsteuerpflichtige Einkünfte gehabt haben, im Jahresergebnis aber nicht über 1800 DM hinausgekommen sind (also auch diejenigen, die im Lohnsteuerjahresausgleich, weil sie unter 1531 DM blieben, die Steuern zu-

rückbekommen haben, sowie diejenigen, die versäumt haben, diesen Lohnsteuerjahresausgleich zu beantragen). So erklärt sich die hohe Zahl von schätzungsweise 140 000 Personen. Unter ihnen wird die Mehrzahl zeitweise arbeitslos gewesen sein und nur eine Minderzahl bei ständiger Beschäftigung Einkünfte zwischen 1531 DM (der unteren Steuergrenze) und 1800 DM gehabt haben.

Eine andere Gruppe als die der 140 000 Steuerbelasteten und Steuerbefreiten ist die Gruppe der Unbesteuerten, bei denen es zu einer Steuerzahlung von vornherein nicht gekommen ist, weil sie entweder während des ganzen Jahres arbeitslos waren oder weil sie, im Falle der Beschäftigung, so wenig verdienten, daß sie in keiner Lohnperiode steuerpflichtig wurden (d. h. im Jahre 1950 nicht mehr als 4,90 DM je Tag; 29,44 DM je Woche, 127,58 DM je Monat oder 1531 DM im Jahre verdienten). Zu diesem Personenkreis zählen u. a. die Lehrlinge, Anlernlinge usw., deren Zahl z. B. am Tage der Arbeitsstättenzählung (13. September 1950) 46 171 betrug. Die Gesamtzahl der Unbesteuerten dürfte im Jahre 1950 bei gut 100 000 gelegen haben (wovon die 66 312, deren Lohnsteuerkarten bei der statistischen Aufbereitung vorgelegen haben, einen Teil bilden).

**Etwa 40 v. H. der Lohnsteuerzahler (rd. 230 000) hatten im Jahre 1950 einen Bruttolohn im Betrage zwischen 3000 und 4800 DM.** In höheren Einkommensstufen lagen nur etwa 13 v. H. der Steuerpflichtigen (75 000). Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß in den höheren Lohngruppen mehr Arbeitnehmer „veranlagt“ werden als in den mittleren und unteren. Die „Veranlagten“ erscheinen nämlich nicht in der Lohnsteuerstatistik, sondern in der Statistik der veranlagten Einkommen. Im Jahre 1949 waren es rd. 15 000 Arbeitnehmer, die zur Veranlagung kamen, weil sie ein berechtigtes Interesse daran hatten, oder weil sie in mehreren Dienstverhältnissen standen, oder weil sie Gehälter über 24 000 DM bezogen (womit die Pflichtveranlagung einsetzt).

Die Lohnsteuerzahler waren im Jahr 1950 wie folgt mit der Steuer belastet:

Bruttolohngruppe DM	Durchschnittlicher Steuerbetrag DM	Steuerbelastung in v. H. des Bruttolohns
unter 1 800 . . .	23,24	2,0
1 800 bis 2 400 . . .	46,32	2,2
2 400 „ 3 000 . . .	86,13	3,2
3 000 „ 3 600 . . .	125,64	3,8
3 600 „ 4 800 . . .	172,48	4,2
4 800 „ 7 200 . . .	381,84	6,7
7 200 „ 12 000 . . .	1 048,46	11,7
über 12 000 . . .	3 478,32	22,0
Im Durchschnitt von 413 054 Steuerbelasteten	200,01	5,5

Der Grad der Belastung hängt bekanntlich außer von der etwa bei 5000 DM fühlbar einsetzenden progressiven Staffelung von dem Familienstand ab. Die Steuerklasse I mit den höchsten Steuersätzen gilt für Ledige, die Steuerklasse II für Verheiratete, denen keine Kinderermäßigung gewährt wird, für Verwitwete über 50 Jahre und für Unverheiratete über 60 Jahre, die Steuer-

klasse III für Steuerpflichtige, denen Kinderermäßigung zusteht. Von den 470 719 statistisch bearbeiteten Lohnsteuerkarten der Steuerbelasteten und Steuerbefreiten entfielen auf die

	v. H.
Steuerklasse I . . . . .	28,1
„ II . . . . .	35,1
„ III	
mit Steuerermäßigung für 1 Kind . . . . .	20,2
„ „ „ 2 Kinder . . . . .	11,2
„ „ „ 3 Kinder . . . . .	3,7
„ „ „ 4 Kinder und mehr . . . . .	1,7
	100,0

Soweit die wichtigsten Ergebnisse aus der Lohnsteuerstatistik 1950; das gesamte Material soll nach Abschluß der Aufbereitung in einem Spezialaufsatz in „Hamburg in Zahlen“ behandelt werden. Steuerstatistiken größeren Umfangs können wegen der hohen Kosten und wegen der mit ihnen verbundenen Belastung des Geschäftsgangs in den Ämtern nur in längeren Zeitabständen durchgeführt werden; ihre Ergebnisse können nicht so aktuell sein, wie es in Zeiten, in denen sich z. B. das Lohnniveau verändert, wünschenswert wäre. Ein solcher Mangel an Aktualität haftet der Lohnsteuerstatistik 1950 an. Nach der vierteljährlichen Lohnstatistik in der Industrie betrug der durchschnittliche effektive Wochenlohn aller Arbeiter (männlichen und weiblichen, gelerten, angelernten und ungelerten) im September 1950 69,85 DM; im Februar 1953 stellte er sich auf 83,78 DM. Die Steigerung vom Jahr 1950 auf das erste Vierteljahr 1953 beträgt somit 19,9 v. H. In der gleichen Zeitspanne haben sich die bis dahin noch auf Vorkriegsbasis beruhenden Bruttogehälter der Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes um 16—18 v. H. erhöht (die weitere Aufbesserung der Bezüge des öffentlichen Dienstes seit April 1953 ist hierin nicht enthalten). Wie weit die Gehälter der Angestellten in der privaten Wirtschaft erhöht worden sind, ist statistisch bisher nicht ermittelt. Im Durchschnitt aller Lohnsteuerpflichtigen wird man aber wahrscheinlich von einer Erhöhung um 15—20 v. H. für die Zeit vom September 1950 bis Ende März 1953 sprechen können. Um diese Spanne müßten die Anfangs- und Endbeträge der Bruttolohngruppen in der vorangegangenen Übersicht hinaufgesetzt werden, wenn man, freilich nur ungefähr, ein Bild von der heutigen Einkommensgliederung der Steuerpflichtigen haben will. Die Steuerbelastung ist wegen der Steuerprogression stärker gestiegen als die Einkünfte; die Übersicht über die durchschnittliche Steuerbelastung läßt sich deshalb selbstverständlich nicht ohne weiteres umsetzen.

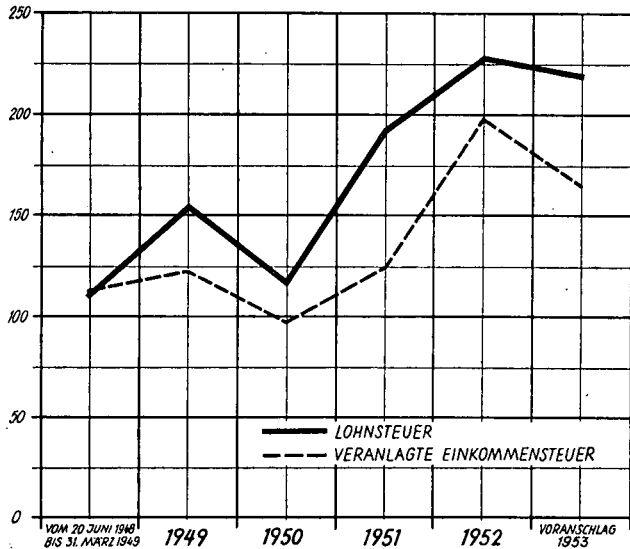
Das Lohnsteueraufkommen in Hamburg hat betragen

vom 20. Juni 1948 bis 31. März 1949 . . . . .	110 978 000 DM
im Rechnungsjahr 1949 . . . . .	154 525 000 DM
im Rechnungsjahr 1950 . . . . .	116 772 000 DM
im Rechnungsjahr 1951 . . . . .	193 729 000 DM
im Rechnungsjahr 1952 . . . . .	228 004 000 DM

Für das Rechnungsjahr 1953 sind 220 Millionen DM veranschlagt. Die Auswirkungen der „Kleinen Steuerreform“ konnten hierbei aber noch nicht berücksichtigt werden (siehe Ausführungen am Schluß).

Schaubild 2

MILL. DM



2.

**Veranlagte Einkommensteuer 165 Millionen DM**

Den 700 000 Personen — und das war ja der Gesamtkreis der auf eine Lohnsteuerkarte angewiesenen Einwohner Ham-

burgs — stehen schätzungsweise 130 000 Hamburger gegenüber, die für die **veranlagte Einkommensteuer** in Betracht kommen. Vor allem sind es die Geschäftsinhaber, deren Zahl bei der Arbeitsstättenzählung am 13. September 1950 auf rd. 94 000 errechnet wurde. Es kommen aber weitere Gruppen hinzu: zunächst etwa 15 000 Personen, die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit haben, aber aus verschiedenen Gründen, die hier nicht aufgezählt werden sollen, zur Veranlagung gelangen; weiter diejenigen, die Einkünfte aus Kapital- und aus Grundvermögen haben, schließlich etwa 4 000 Personen mit steuerpflichtigen Einkünften aus der Land- und Forstwirtschaft.

Die **veranlagte Einkommensteuer** hat in Hamburg erbracht

vom 20. Juni 1948 bis 31. März 1949	113 450 000 DM
im Rechnungsjahr 1949	123 717 000 DM
im Rechnungsjahr 1950	97 852 000 DM
im Rechnungsjahr 1951	125 980 000 DM
im Rechnungsjahr 1952	198 036 000 DM

Im Haushaltsplan 1953 sind 165 Mill. DM vorgesehen. Auf das über die „Kleine Steuerreform“ bei der Lohnsteuer Gesagte sei verwiesen.

Wie über die Lohnsteuer, so wird auch über die **veranlagte Einkommensteuer 1950** eine Statistik durchgeführt. Sie ist aber noch nicht soweit abgeschlossen — es mußten die Veranlagungsbescheide abgewartet werden —, daß hier Ergebnisse mitgeteilt werden können. Allein aus dem Kalenderjahr 1949 liegen Anschreibungen der Finanzämter vor, die sich auf 132 149 Einkommensteuerpflichtige bezogen. Seit 1949, dem zweiten Jahr nach der Währungsreform, hat sich allerdings wirtschaftlich manches verändert, und auch steuerrechtlich sind Neuerungen eingetreten, oder es sind Bestimmungen, die 1949 schon in Kraft waren, erst später voll wirksam geworden. Im Einkommensteuergesetz ist es insbesondere die Einfügung der bekannten §§ 7a bis 7e über Abschreibungsmöglichkeiten und Be-

wertungsfreiheit, worauf hier aber in keiner Weise eingegangen werden kann. Wir wollen hier nur aus den vom Statistischen Landesamt statistisch zusammengestellten Aufzeichnungen der Finanzämter aus 1949 vorführen, wie sich damals die Veranlagten nach Einkommensgruppen gliederten, wie im Rahmen dieser Gliederung die Steuerbelastung war usw.

Da wäre zunächst zu sagen, daß von den 132 149 Pflichtigen 39 394 von vornherein für die Veranlagung ausschieden; bei ihnen stand nämlich ohne besondere Prüfung fest, daß eine Steuerschuld nicht begründet war, und zwar hauptsächlich, weil das Einkommen die Freigrenzen nicht erreichte (Steuerklasse I = 751 DM, II = 901 DM, III = 1201 DM jährlich). Zur Veranlagung kamen demnach 92 755 Personen. Bei 3233 von ihnen führte die Veranlagung zu keiner Steuerfestsetzung (Nullfälle); hinzu kamen die sog. Verlustfälle, in denen die Veranlagung ergab, daß der Steuerpflichtige das Steuerjahr mit einem Verlust abgeschlossen hat. Beide Gruppen konnten bei der Aufbereitung des Materials leider nicht abgetrennt werden, so daß wir unsere weiteren Aussagen auf alle 92 755 Veranlagten beziehen müssen.

Die Veranlagten gliederten sich nach Einkommensgruppen in der folgenden Weise:

Einkommensgruppen DM	Veranlagte	
	absolut	v. H.
unter 1 200	8 947	9,6
1 200 bis 2 400	21 125	22,8
2 400 „ 3 600	17 047	18,4
3 600 „ 4 800	12 397	13,4
4 800 „ 6 000	8 565	9,2
6 000 „ 9 000	11 208	12,1
9 000 „ 20 000	9 936	10,7
20 000 „ 50 000	2 917	3,1
50 000 „ 100 000	445	0,5
100 000 und mehr	168	0,2
zusammen	92 755	100,0

Soziologisch interessant ist, daß von den **veranlagten Einkommensteuerpflichtigen** bald zwei Drittel (64,2 v. H.) ein Einkommen von nicht mehr als 400 DM monatlich gehabt haben, sich also in ihren Einkünften von der großen Mehrheit der Lohnsteuerpflichtigen nicht abhoben. Zählt man hierzu die genannten 39 394 Fälle, die für die Veranlagung von vornherein ausschieden, dann sind es insgesamt 98 910 von den 132 149 Personen, also **fast genau 75 v. H., die unterhalb der Einkommensgrenze von 400 DM im Monat oder 4800 DM im Jahr lagen.** Dieses Verhältnis wird inzwischen ein etwas anderes geworden sein, aber ob sich strukturell etwas geändert hat, ist wohl zu bezweifeln. Soweit gewerbliche Einkünfte in Betracht kommen, denke man nur an die große Zahl kleiner und kleinster Betriebe, worauf wir übrigens bei der Gewerbesteuer noch zurückkommen.

Die entscheidenden Anteile an der Einkommensteuer sind in den höheren Einkommensgruppen zu suchen. Die Veranlagten mit Einkommen unter 4800 DM waren im Jahre 1949 nur mit 7,0 v. H. an den insgesamt festgesetzten Einkommensteuern beteiligt — im ausgespro-

chenen Gegensatz zur Lohnsteuer, wo (im Jahre 1950) die Steuerbelasteten bis zu dieser Bruttolohngruppe mit nicht weniger als 47,0 v. H. am ganzen Ertrag beteiligt waren. Das liegt bei der veranlagten Einkommensteuer erst in zweiter Linie an dem Gewicht der höheren Einkommen, in erster Linie ist die Gegensätzlichkeit durch die etwa bei 6000 DM scharf einsetzende Steuerprogression begründet. Wie sich im Jahre 1949 die insgesamt festgesetzten Einkommensteuern auf die Einkommensgruppen verteilen und wie die prozentuale Belastung der Einkommen innerhalb dieser Gruppen gewesen ist, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Einkommensgruppen DM	Verteilung der festgesetzten Steuer auf die veranlagten Steuerpflichtigen mit wirtschaftlich selbständiger Tätigkeit v. H.	Belastung des Einkommens durch die festgesetzte Steuer v. H.
unter 1 200	0,1	3,2
1 200 bis 2 400	1,1	4,7
2 400 „ 3 600	2,4	7,7
3 600 „ 4 800	3,4	11,4
4 800 „ 6 000	4,0	14,2
6 000 „ 9 000	9,9	19,7
9 000 „ 20 000	24,9	31,1
20 000 „ 50 000	25,8	49,9
50 000 „ 100 000	12,3	66,7
100 000 und mehr	16,1	67,5
insgesamt	100,0	29,5

Bei diesen Strukturdaten aus der veranlagten Einkommensteuer mag es hier sein Bewenden haben. Nachzutragen wäre noch, daß unter den veranlagten Steuerpflichtigen, den wirtschaftlich Selbständigen, begrifflicherweise bedeutend weniger ledige Personen sind als unter den Lohnsteuerpflichtigen: die Steuerklasse I mit den höchsten Steuersätzen umfaßte im Jahre 1949 14,8 v. H. der Veranlagten gegen 28,1 v. H. der Lohnsteuerpflichtigen (im Jahre 1950); bei der Steuerklasse II stehen sich 49,4 und 35,1 v. H. gegenüber, bei der Steuerklasse III ist das Verhältnis bei beiden Gruppen ziemlich das gleiche (35,8 bzw. 36,8 v. H.).

Ebenso wie über die Lohnsteuerstatistik 1950 wird über die Statistik der veranlagten Einkommensteuer 1950 zu gegebener Zeit eine ausführliche Arbeit in „Hamburg in Zahlen“ erscheinen.

### 3.

#### Kapitalertrag- u. Aufsichtsratssteuer 10 Millionen DM

Im Zusammenhang mit der veranlagten Einkommensteuer ist die sog. **Kapitalertragsteuer** zu erwähnen, die in einem ähnlichen Abzugsverfahren einbehalten wird wie die Lohnsteuer. Die Kapitalerträge werden später mit etwaigen Einkünften anderer Art zusammen veranlagt, soweit nicht durch die Neuerungen des 1. Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarktes vom 15. Dezember 1952 eine andere Regelung vorgesehen ist. Ein ähnliches Abzugsverfahren wie bei der Lohnsteuer und der Kapitalertragsteuer wird bei den Aufsichtsratsvergütungen angewandt, wobei aber der Steuersatz allgemein 50 v. H. beträgt.

Die Kapitalertragsteuer und die Aufsichtsratssteuer (beide faßt man unter dem Ausdruck nichtveran-

lagte Steuern vom Ertrag zusammen) brachten im DM-Zeitraum des Rechnungsjahres 1948 815 000 D-Mark, im nächsten vollen Rechnungsjahr 924 000 D-Mark und in den Rechnungsjahren 1950 und 1951 3,1 und 6,5 Millionen. Von April 1952 bis März 1953 sind 6,8 Mill. DM verbucht. Der Voranschlag für 1953 lautet auf 10 Millionen. Der Personenkreis, der von den beiden Steuern berührt wird, ist nicht groß. 1949 gelangten in die Statistik nur etwa 500 Fälle; die wirkliche Zahl wird heute beträchtlich höher liegen; sie ist aber in unserer Darstellung in die Zahl der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen eingeschlossen.

Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer zusätzlich der eben behandelten Steuer von Kapitalerträgen und Aufsichtsratsvergütungen machen im Voranschlag des Haushaltsjahres 1953 als Gesamtsumme (395 Mill. DM) 44 v. H. aller hamburgischen Landes- und Gemeindesteuern aus. Beteiligt sind, wie wir gesehen haben, durch Steuerkarte und Steuerbescheid mehr als 800 000 Bürger, wengleich ein nicht unwesentlicher Teil von ihnen von der Steuer frei bleibt, weil er im Einkommen zu kurz liegt. Die Hansestadt zählte bei der Volkszählung im Herbst 1950 rd. 1 605 000 Einwohner, heute sind es etwa 1 687 000. Rechnet man die Kinder ab und einen Teil der Jugendlichen, dann läßt sich in einem runden Zahlenausdruck sagen, daß von je dreier erwachsenen Hamburgern zwei eine Lohnsteuerkarte besitzen oder eine Einkommensteuererklärung abzugeben haben. Die **Einkommensteuern** sind also nicht nur die **wichtigste Einnahmequelle Hamburgs**, sondern sie haben auch unter den Landes- und Gemeindesteuern bei weitem die **größte soziale Spannweite**; denn wir werden sehen, wie sehr sich bei den anderen Steuern der Kreis der Steuerpflichtigen verengt.

### 4.

#### Körperschaftsteuer 198 Millionen DM

Dies trifft in besonderem Maße auf die **Körperschaftsteuer** zu, obschon gerade der Ertrag der Körperschaftsteuer im hamburgischen Haushalt ein sehr beachtliches Gewicht hat. Mit 198 Millionen überflügelt er im Voranschlag 1953 die veranlagte Einkommensteuer und bleibt nur um gut 20 Millionen hinter dem Voranschlag für die Lohnsteuer zurück (ob sich die Relationen durch die „Kleine Steuerreform“ ändern, läßt sich noch nicht übersehen). Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der Aktiengesellschaften, der Kommanditgesellschaften auf Aktien, der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstigen Personenvereinigungen mit Rechtspersönlichkeit; aber auch sonstige unpersönliche Gebilde des Rechts- und Wirtschaftslebens, wie nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen sowie die Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts, unterliegen mit ihren Einkünften grundsätzlich der Steuerpflicht. Ein leitender Gedanke der Körperschaftsbesteuerung (der Name kommt daher, daß der wichtigste Teil der Steuer-

pflichtigen körperschaftlich organisierte selbständige Rechtssubjekte sind) ist der, die Einkünfte der unpersönlichen Rechtsgebilde ebenso unmittelbar an der Quelle zu erfassen, wie es durch die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer begriffsnotwendig mit den Einkünften der Einzelpersonen geschieht. Gewiß, die Einkommen der Körperschaften sind im allgemeinen dazu bestimmt, in Form von Gewinnanteilen wiederum an Einzelpersonen (Aktionäre, Gesellschafter usw.) weitergeleitet zu werden, bei denen sie dann als Einkünfte aus Kapitalvermögen nach dem Einkommensteuergesetz zur Veranlagung kommen. Deshalb ist, jedenfalls in Beziehung auf die Erwerbsgesellschaften, von manchen Seiten der Einwand der Doppelbesteuerung erhoben worden; dem hat aber die amtliche Begründung zum Körperschaftsteuergesetz eine Reihe von gewichtigen Gründen entgegengestellt, Gründe, die auch in der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der privaten Einzelwirtschaftler gegenüber den Kapitalgesellschaften liegen.

Die Steuersätze der Körperschaftbesteuerung haben immer in einer gewissen Beziehung zu den Steuertarifen der Einkommensteuer gestanden. Als es ein einheitliches Körperschaftsteuergesetz in Deutschland noch nicht gab — es wurde am 30. März 1920 erlassen —, hatten die Einkommensteuergesetze der einzelnen Bundesstaaten durchweg zwischen den Einkommen der natürlichen und der juristischen Personen steuerlich grundsätzlich keinen Unterschied gemacht. So auch s. Z. in Hamburg. Das Körperschaftsteuergesetz in seiner ersten Fassung vom 30. März 1920 setzte den Steuersatz prinzipiell auf 10 v. H. des steuerbaren Einkommens fest. Im Jahre 1922 wurde er für die Erwerbsgesellschaften auf 20 v. H. erhöht, nach 1934 kamen für alle Steuerpflichtigen weitere Erhöhungen. In den ersten Jahren nach dem Kriege waren die Steuersätze von 35 bis 65 v. H. gestaffelt. Im unmittelbaren Anschluß an die Währungsreform wurde ein einheitlicher Steuersatz von 50 v. H. festgesetzt, seit dem 1. Januar 1951 beträgt er einheitlich 60 v. H. Nachgetragen sei, daß durch die „Kleine Steuerreform“ Vergünstigungen geschaffen worden sind (siehe Ausführungen am Schluß).

Die wirtschaftliche Verflechtung von Körperschaftsteuer und Einkommensteuer führt bei der heutigen progressiven Staffelung der Einkommensteuertabelle natürlich zu Konsequenzen besonderer Art. Da die Körperschaftsteuer den Bruttobetrag eines Gewinnanteils auf 40 v. H. mindert, ist die Einkommensteuerquote eben für diese 40 v. H. (wenn nicht andere große Einkünfte bei dem Einkommensteuerpflichtigen hinzukommen) wesentlich niedriger, als sie es für die ursprünglichen 100 v. H. gewesen wäre. Andererseits wird durch die 60 v. H. Körperschaftsteuer dem Staat ein kompakter Steuerbetrag gesichert, der ohne die Körperschaftbesteuerung in dieser Höhe nicht annähernd aufkäme, wenn der volle körperschaftsteuerlich nicht gekürzte Gewinn z. B. einer Aktiengesellschaft sich auf sehr viele Aktionäre mit jeweils nur kleinem Einkommen restlos aufteilte.

Das Aufkommen an Körperschaftsteuer in Hamburg, das, wie schon gesagt, bei einem Steuersatz von 60 v. H. im Rechnungsjahr 1953 mit 198 Mill. DM veranschlagt ist (ohne daß die Auswirkungen der „Kleinen Steuerreform“ berücksichtigt werden konnten), hat, ebenfalls bei einem Steuersatz von 60 v. H., im Rechnungsjahr 1952 bei gleich hohem Steuersatz 183,8 Mill. DM und im Rechnungsjahr 1951 effektiv 236,4 Mill. DM betragen. Bei einer 50-v.-H.-Besteuerung lautete das Istaufkommen für 1950 auf 126,9, für 1949 auf 103,0 und für die neun Monate aus 1948 auf 58,9 Mill. DM. Die Körperschaftsteuer hat sich also zu einem sehr bedeutenden Haushaltsfaktor entwickelt. Jedoch — und damit kommen wir auf unsere einleitenden Ausführungen zurück — hat Hamburg einen sehr erheblichen Teil der hauptsächlich von dem hamburgischen Finanzamt für Körperschaften eingezogenen Steuern an den Bund und im Wege der Steuererlegung nach dem Betriebsstättenprinzip an andere Bundesländer abzugeben.

In den Akten des Finanzamtes für Körperschaften werden nach dem Stande vom 19. 5. 1952 geführt:

- 482 Aktiengesellschaften
- 2 Kommanditgesellschaften auf Aktien
- 3560 Gesellschaften mit beschränkter Haftung
- 11 Kolonialgesellschaften
- 15 Bergrechtliche Gewerkschaften
- 197 Genossenschaften
- 106 Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
- 1878 Vereine
- 667 Stiftungen, Testamente und Zweckvermögen
- 28 Innungen
- 11 Fachverbände
- 68 Gemeinnützige Wohnungsunternehmen
- 141 öffentliche Betriebe
- 9 Kartelle
- 212 Auslandsgesellschaften
- 3 Partenreedereien.

Das sind zusammen 7390 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Eine große Anzahl von ihnen ist jedoch ohne steuerbares Einkommen und kam deshalb in den letzten Jahren nicht zur Veranlagung, so vor allem die meisten Vereine. Teilweise handelt es sich auch um ruhende Rechtsgebilde, die in den Listen des Finanzamtes nur weitergeführt werden, weil ihre Eintragung in den Handels-, Vereins-, Genossenschafts- u. ä. Registern fortbesteht. Zum anderen ist die Zahl der Kapitalgesellschaften deshalb wesentlich höher, als sie durch die letzte gewerbestatistische Inventur, die Arbeitsstättenzählung 1950, für Hamburg festgestellt worden ist, weil beim Finanzamt für Körperschaften in Hamburg auch auswärtige Kapitalgesellschaften geführt werden, die nach ihrer Gründung zu einem hiesigen Konzern getreten sind und somit hier steuerlich erfaßt werden. Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung spielen auch die sog. Schachtelgesellschaften zahlenmäßig eine Rolle.

Bei der Arbeitsstättenzählung im Herbst 1950 wurden in Hamburg rd. 200 Aktiengesellschaften und 1500 Gesellschaften m. b. H. gezählt. Sie beschäftigten als Unternehmungen (auswärts gelegene Betriebsstätten eingeschlossen)

am Zählungstage 217 000 Personen, das sind gut 30 v. H. des gesamten durch die Zählung für Hamburg und für die auswärtigen Betriebsstätten Hamburger Unternehmungen ausgewiesenen Beschäftigungsstandes; also bald ein Drittel aller Beschäftigten entfielen auf Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Oder ein anderes Beispiel: Im Juni 1952, einem Stichmonat, hatten nach der Umsatzsteuerstatistik die Körperschaften (in erster Linie die Kapitalgesellschaften) an den Umsätzen von monatlich mehr als 1 Million DM je Unternehmung — die Umsätze in dieser Größenordnung machten etwa die Hälfte der gesamten Umsätze in Hamburg aus — einen Anteil von 73,3 v. H., und zwar waren es bei der Industrie 88,3, beim Großhandel 56,3, beim Einzelhandel 94,1, bei sonstigen Umsatzsteuerpflichtigen 92,7 v. H. Selbstverständlich lassen sich aus den Umsätzen nicht ohne weiteres die Einkommen ableiten; aber die Wirtschaftskraft der Kapitalgesellschaften prägt sich in diesem kleinen Auszug aus der Umsatzsteuerstatistik sowie durch das Beispiel aus der Arbeitsstättenzählung doch recht deutlich aus.

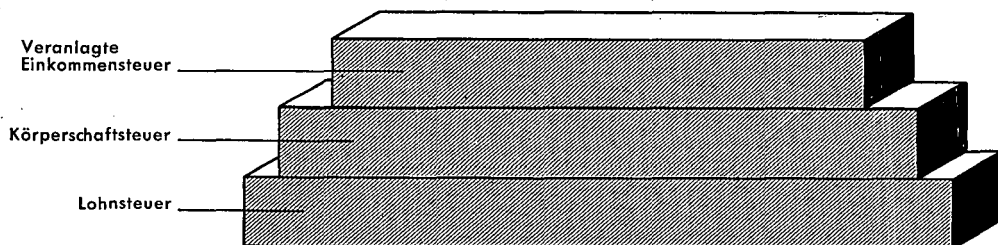
Wie zu vermuten, werden die großen Erträge der Körperschaftsteuer durch verhältnismäßig wenige Unternehmungen bestimmt. Die Körperschaftsteuerstatistik, die über die Veranlagungen im

„Censusjahr“ 1950 zu führen ist, liegt in irgendwelchen Ergebnissen allerdings noch nicht vor. Dafür gibt es aber, wie bei der Einkommensteuer, einen statistischen Behelf in den Anschreibungen der Finanzämter aus dem Kalenderjahr 1949. Sie bezogen sich auf einen Steuerertrag von 94 Mill. D-Mark, wovon nicht weniger als 60 Mill. durch nur 19 Steuerpflichtige aufgebracht worden waren; an weiteren 15 Millionen waren 31, an abermals 15 Millionen 230 Firmen beteiligt, so daß nur noch wenige Millionen sich auf einen etwas größeren Kreis von Steuerpflichtigen verteilten. Wie es sich 1950 verhalten hat, als die mit der Währungsumstellung verbundenen besonderen Verhältnisse schon einen gewissen Ausgleich gefunden hatten, wird später in „Hamburg in Zahlen“ zu lesen sein.

Beenden wir damit unsere Ausführungen über die Steuern vom Einkommen der natürlichen und der nichtnatürlichen Personen: die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die nichtveranlagte Steuer vom Ertrag und — nicht zuletzt — die Körperschaftsteuer. Daß die Einkommenbesteuerung in diesen ihren vier Formen insgesamt mit 593 Mill. DM im Rechnungsjahr 1953 zwei Drittel von dem erbringen soll, was in Hamburg an Landes- und Gemeindesteuern im ganzen erwartet wird, war schon im Anfang hervorgehoben. Im Rechnungsjahr 1952 sind an Einkommen- und Körperschaftsteuer 617 Mill. DM vereinnahmt worden.

Schaubild 3

593 Mill. DM



5.

**Gewerbsteuer**  
147,5 Millionen DM

Der veranlagten Einkommensteuer bei den natürlichen und der Körperschaftsteuer bei den juristischen Personen geht bei gewerblichen Einkünften, gewissermaßen als eine Vorausbelastung, die **Gewerbsteuer** voran. Der Gewerbesteuer unterliegt der stehende Gewerbebetrieb und gemäß besonderer Regelung auch das Wandergewerbe. Steuerschuldner sind die Unternehmer. Gewerbeertrag, Gewerkekapi- tal und Lohnsumme bilden die Merkmale für die Steuerberechnung. Gewerbeertrag ist (mit einigen Zu- und Absetzungen) der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes zu ermittelnde Gewinn aus dem Gewerbebetrieb. Als Gewerkekapi- tal gilt der Einheitswert des gewerblichen Betriebs im Sinne des Bewertungsgesetzes, wiederum mit einigen Änderungen, vor allem unter Kürzung der Einheitswerte, mit denen die Betriebsgrundstücke in dem Einheitswert des gewerblichen Betriebs enthalten sind; denn die Grundstücke werden gesondert zur

Grundsteuer herangezogen. Das dritte Merkmal ist die Summe der Löhne und Gehälter, die an die Arbeitnehmer gezahlt werden. Auf diesen drei Besteuerungsgrundlagen baut sich jeweils die Veranlagung auf.

Die Gewerbsteuer fließt in Westdeutschland überall den Gemeinden zu; die Gemeinden bestimmen aber nur die Höhe der sog. Hebesätze, auf die wir noch zurückkommen, alles übrige ist bundesgesetzlich geregelt und war früher reichsgesetzlich festgelegt. Das Reich hat diese Materie zuerst im Jahre 1930, als die Notverordnungen einsetzten, durch eine Sperrvorschrift aufgenommen, dann aber im Jahre 1936 gesetzgeberisch voll ausgestaltet. Hierbei ist es im Bundesgebiet im wesentlichen geblieben. Bevor die Reichsgesetzgebung sich des Gewerbesteuerrechts annahm, galten landesrechtliche Rahmenvorschriften, so in Preußen seit 1891. In Hamburg wurde eine Gewerbesteuer erst im Jahre 1921 eingeführt, nachdem die Einkommensteuer in ganz Deutschland gleich geworden war und auch Hamburg nunmehr reichsgesetzlich

verpflichtet wurde, Steuern vom Gewerbebetrieb zu erheben. Das stand übrigens in Verbindung mit dem Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern.

Das geltende Recht spricht von Steuermeßzahlen, Steuermeßbeträgen und Hebesätzen.

Die Steuermeßzahlen sind bei der Steuer nach dem Gewerbeertrag vom-Hundert-Sätze des Gewerbeertrages; sie sind bei natürlichen Personen und offenen Handelsgesellschaften unter Schonung der kleinen Einkommen gestaffelt. Aus Gewerbeertrag und Steuermeßzahlen errechnet sich der Steuermeßbetrag. Z. B. lautet die Besteuerung für einen Jahresertrag von 10 000 DM:

1. 1200 DM  $\times$  0 v. H. = 0 DM
2. 1200 DM  $\times$  1 v. H. = 12 DM
3. 1200 DM  $\times$  2 v. H. = 24 DM
4. 1200 DM  $\times$  3 v. H. = 36 DM
5. 1200 DM  $\times$  4 v. H. = 48 DM

6000 DM

Verbleibender

Rest 4000 DM  $\times$  5 v. H. = 200 DM

Steuermeßbetrag = 320 DM

Eine Abstufung wie oben findet nicht statt u. a. bei Kapitalgesellschaften und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; ihre Steuermeßzahl beträgt uneingeschränkt 5 v. H., der Steuermeßbetrag für 10 000 DM Jahresgewinn somit 500 DM.

Die Steuermeßzahl für das Gewerbekapital lautet allgemein, für natürliche und juristische Personen, auf 2 vom Tausend. Bei einem Kapital von beispielsweise 20 000 DM ergibt sich demnach ein Steuermeßbetrag von jährlich 40 DM. Wie vom Ertrag bei natürlichen Personen die ersten 1200 DM frei bleiben, wird bei einer Kapitalausstattung von weniger als 3000 DM (durch die „Kleine Steuerreform“ inzwischen auf 6000 DM erhöht) ein Steuermeßbetrag für das Kapital weder bei natürlichen Personen noch bei anderen Unternehmen festgesetzt.

Die Steuermeßbeträge nach Ertrag und nach Kapital werden zu einem einheitlichen Steuermeßbetrag zusammengerechnet. Auf die Summe kommen die gemeindlichen Hebesätze zur Anwendung. In Hamburg ist der Hebesatz für die Gewerbebesteuerung nach Ertrag und Kapital mit Wirkung vom 1. April 1951 an von 250 v. H. auf 300 v. H. (für die Zweigstellen von 322 auf 390 v. H.) erhöht worden. In unserem Beispielfall mit einem einheitlichen Steuermeßbetrag von 360 D-Mark (320 + 40) wird also eine Steuer nach Gewerbeertrag und Gewerbekapital von 1080 DM erhoben.

Die Lohnsummensteuer, die hiervon getrennt berechnet wird, aber doch ein Teil der Gewerbebesteuerung ist, kennt ebenfalls Meßzahl und Meßbetrag und einen gemeindlichen Hebesatz. Ihre Steuermeßzahl beträgt 2 vom Tausend der Lohnsumme (übersteigt diese nicht 12 000 D-Mark jährlich, werden 3600 DM abgezogen), der Steuermeßbetrag beläuft sich also bei einer Lohnsumme z. B. von 30 000 DM auf 60 DM. Auf dieser Grundlage wird die Steuer wiederum nach dem Hebesatz erhoben, der in Hamburg mit Wirkung vom 1. April 1951 von 500 auf 600 v. H. (bei den Zweigstellen von 650 auf 780 v. H.) gesteigert worden ist. Bei einem

Meßbetrag von 60 DM sind somit 360 DM jährlich an Lohnsummensteuer zu zahlen.

Das Ist-Aufkommen an Gewerbe-steuern betrug in Hamburg

Rechnungsjahr	aus Gewerbe- ertrag und Gewerbekapital DM	aus der Lohnsumme DM	zusammen DM
vom 20. 6. 1948 bis 31. 3. 1949	25 000 000	7 638 000	32 638 000
1949	40 649 000	10 829 000	51 478 000
1950	58 198 000	13 338 000	71 536 000
1951	102 202 000	17 992 000	120 194 000
1952	152 865 000	22 991 000	175 856 000

Im Haushaltsplan 1953 sind 147,5 Millionen (davon Lohnsummensteuer 24,5 Million.) veranschlagt.

Die Steuer vom Ertrag verhält sich zur Steuer vom Kapital nach Schätzung der Finanzverwaltung im Aufkommen etwa wie 80:20. Das heißt unter Zugrundelegung des Voranschlags 1953 in runden Zahlen, daß ein Gewerbekapital von 4,1 Milliarden DM (ohne Betriebsgrundstücke) zur Veranlagung kommt, und daß mit einem Gewerbeertrag von 650 Millionen DM bei der Gewerbebesteuerung zu rechnen ist. Als Summe der Lohnsummensteuerpflichtigen Löhne und Gehälter sind rd. 2 Milliarden DM zu nennen.

Bei der wirtschaftlichen Verflechtung Hamburgs mit anderen Bundesländern, hier im besonderen mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen, entsteht bei der Gewerbebesteuerung das gleiche Problem der Steuerzerlegung und des Steuerausgleichs, wie wir es schon bei der Lohnsteuer, der Einkommen- und der Körperschaftsteuer in großen Zügen kennenlernten. Bei der Gewerbebesteuerung ist dieses Problem aber alt, weil die Gewerbebesteuerung den Gemeinden zufließt, und zwar der Gemeinde, in der ein regional verzweigtes Unternehmen seinen Sitz oder seine Geschäftsleitung hat, wogegen bei den Einkommensteuern das Problem erst entstanden ist, als die Einkommensteuern von Reichs- zu Landessteuern wurden. Über die Zerlegung der Gewerbebesteuerung enthält denn auch das Gewerbebesteuergesetz schon seit langem eingehende Bestimmungen. Die nach diesen Bestimmungen auf andere Gebietskörperschaften abzutrennenden Gewerbebesteuererträge treten im hamburgischen Haushaltsplan gar nicht erst in Erscheinung. Sie brauchen uns hier also nicht zu interessieren. Anders ist es aber mit dem Gewerbebesteuerausgleich zwischen Wohngemeinden und Betriebsgemeinden, d. h. mit einem Ausgleich in den Fällen, in denen Betriebsangehörige nicht in der Gemeinde wohnen, wo sich der Betrieb befindet. Wir haben gleiches schon bei der Lohnsteuer gesehen. Als Gewerbebesteuerausgleich in diesem Sinne hat Hamburg für Zahlungen an Gemeinden im Umkreis von 70 km (dieser Radius ist im Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen festgelegt) einen pauschalierten Betrag von 900 000 DM im Haushaltsplan 1953 vorgesehen.



Eine Gewerbesteuerstatistik, die Aufschluß gibt über die Gliederung der Veranlagten nach Gewerbezweigen, über die Schichtung der Steuermeßbeträge und der Steuerschuld nach Größenklassen usw., hat es bisher nicht gegeben, und es liegen auch heute keine Strukturdaten vor. Lediglich die Hebesätze und die Steuererträge werden dem Statistischen Bundesamt gemeldet. Das Bundesamt stellt sie für regionale Vergleiche zusammen und zieht daraus Folgerungen auf die wirtschaftliche Struktur und, in Verbindung mit der Grundsteuer, auf die Realsteuerkraft der einzelnen Bundesländer, der Großstädte, der mittleren und der kleinen Gemeinden.

Die Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen läßt sich in ihrer Größenordnung aus der Arbeitsstättenzählung vom Herbst 1950 ableiten. Es wurden 88 539 Unternehmungen oder in anderer methodischer Lesart 95 230 örtliche Betriebseinheiten gezählt (bei den örtlichen Einheiten sind Haupt- und Zweigstellen einer Unternehmung getrennt erfaßt). Die Gewerbesteuerpflicht knüpft an die Unternehmung, den Gesamtbetrieb an. Die Unternehmungen verteilen sich auf die sog. Wirtschaftsabteilungen wie folgt:

Abteilung	Zahl der	
	Betriebe	Beschäftigten
0 Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, Hochsee-, Küsten- u. Binnenfischerei	496	2 294
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen u. Erden; Energiewirtschaft	258	32 773
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	3 919	87 311
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarbeitung)	13 465	152 446
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	6 493	62 816
6 Handel, Geld- u. Versicherungswesen	39 943	185 701
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abt. 9) darunter: Gaststätten, Theater, Film und Schausteller, Fotografen, Friseure, Wäschereien usw.	10 346	42 403
8 Verkehrswirtschaft	5 613	46 949
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse darunter: Rechtsanwälte, Wirtschaftsberater, Steuerhelfer, Ärzte u. Heilkundige, Schulen, soziale Einrichtungen usw.	8 006	54 951
insgesamt	88 539	667 644

Nicht alle der hier aufgeführten 88 539 Betriebe sind gewerbesteuerpflichtig, vor allem nicht die freien Berufe und die in der Abteilung 9 enthaltenen öffentlichen Anstalten. Die Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen müßte also um mehrere Tausend niedriger sein. Hingegen wurden bei den Finanzämtern am 1. April 1952 über einen Kreis von 93 612 stehenden Gewerbebetrieben Gewerbesteuerakten für die Besteuerung nach Ertrag und Kapital geführt. Mag sich die Zahl der Unternehmungen in Hamburg seit Herbst 1950 auch erhöht haben, so

erklärt dies aber nicht die verhältnismäßig große Divergenz. Sie kann aber aus ähnlichen Gründen wie bei der Körperschaftsteuer auf sich beruhen bleiben. Zudem ist die Zahl der Steuerakten nicht gleich der Zahl der tatsächlichen Veranlagungen. Der Gewerbeertrag ist bei physischen Personen im Prinzip derselbe wie das Einkommen nach dem Einkommensteuergesetz. Aus der Einkommensteuerstatistik 1949 ging aber hervor, daß viele an sich Steuerpflichtige, von denen die meisten Gewerbetreibende sein werden, die Einkommensgrenze von 1200 DM nicht erreicht haben. Dies muß sich auch auf die Steuer nach dem Gewerbeertrag auswirken. Des weiteren kann auch eine Steuer nach dem Gewerbekapital in zahlreichen Fällen nicht festgesetzt werden, weil es an einem Kapital von mindestens 3000 DM oft fehlt. Zahlen über den Kreis der Unbesteuerten liegen nicht vor; die Finanzverwaltung schätzt, daß es etwa 20 bis 25 v. H. der Betriebe sind, die in ihren Karteien geführt werden; das wären immerhin etwa 20 000.

Wie zahlreich kleine und kleinste Betriebe sind, ergibt sich schließlich daraus, daß nach Ausweis der Finanzämter nur rd. 23 500 Betriebe (neben der Ertrags- und Kapitalbesteuerung) zur Lohnsummensteuer veranlagt werden, welche Veranlagung bekanntlich entfällt, wenn die Lohnsumme unter 3600 DM im Jahr liegt. Also bald nur jeder vierte Betrieb kommt für die Steuer nach der Lohnsumme in Betracht. Übrigens gibt hier wieder die Arbeitsstättenzählung nähere Aufschlüsse, allerdings nicht in der Ausprägung auf die Unternehmungen, sondern auf die örtlichen Betriebseinheiten, deren Zahl sich bekanntlich auf 95 230 stellte, bei einem Beschäftigungsstand von 606 106 Personen (gegen 667 644 bei den Unternehmungen, worin die Belegschaften der auswärts gelegenen Betriebsstätten einbezogen sind). Die folgende Übersicht zeigt die Aufgliederung der Betriebe nach Größenklassen:

Beschäftigte je Betrieb (einschließlich Inhaber)	Betriebe		Beschäftigte	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1 Person	36 735	38,6	36 735	6,1
2— 4 Personen	38 010	39,9	99 238	16,4
5— 9 "	11 165	11,7	71 119	11,7
10— 19 "	4 957	5,2	65 647	10,8
20— 49 "	2 905	3,9	86 045	14,2
50— 99 "	811	0,9	55 404	9,1
100—199 "	363	0,4	49 176	8,1
200—499 "	208	0,2	63 500	10,5
500—999 "	52	0,1	34 342	5,7
1000 Personen u. mehr	24	.	44 900	7,4
zusammen	95 230	100,0	606 106	100,0

Die Übersicht macht nicht nur verständlich, wie es zu der verhältnismäßig niedrigen Zahl der Lohnsummensteuerpflichtigen kommt, sondern die Größendifferenzierung der Betriebe ist auch (wenn gleich die freien Berufe in den Zahlen mitenthalten sind) von Interesse für die Steuer vom Gewerbeertrag und vom Gewerbekapital. Dies um so mehr, als es beim Gewerbeertrag, der in dieser Arbeit mehrfach in Parallele zu dem Begriff des Einkom-

mens gesetzt worden ist, eine Steuerprogression über 5 v. H. hinaus nicht gibt — ganz im Gegensatz zur Einkommensteuer, deren Aufkommen vor allem durch die scharfe progressive Staffelung der Steuersätze strukturell bestimmt wird.

6.

**Grundsteuer**  
50,6 Millionen DM

Die Grundsteuer ist, wie schon der Name sagt, eine steuerliche Belastung des Grundbesitzes als solchem. Ihre Erträge sind, ebenso wie die der Gewerbesteuer, für die Haushalte der Gemeinden bestimmt. Seit der sog. Realsteuerreform der dreißiger Jahre beruht die eine wie die andere Steuer nicht mehr auf Landes- und Gemeinderecht; damals haben beide Steuerarten in umfassender Weise reichsgesetzliche Regelungen erhalten, die jetzt als Bundesrecht fortbestehen. Die Grundsteuer ist mit der Einheitsbewertung nach dem (Reichs-) Bewertungsgesetz aufs engste verkoppelt. Von ihr war bereits bei der Besteuerung des Gewerbekapitals kurz die Rede. Bei der Grundsteuer ist es der Einheitswert der Mietwohngrundstücke und der Einfamilienhäuser, des gewerblichen Grundvermögens und der Kontorhäuser, der unbebauten Grundstücke und des gesamten land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, der bei der Steuerbemessung den Ausgangspunkt bildet. Für die Feststellung des Einheitswertes (die für das gesamte hamburgische Gebiet dem Finanzamt Dammtor obliegt) gibt es verschiedene Wertbegriffe, auf die im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden kann. Der in Hamburg häufigste Fall ist die Bewertung mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete. Es ist der Regelfall bei allen Mietwohngrundstücken; der „Vervielfältiger“ beträgt z. B. bei einem nach dem 30. 6. 1918 bezugsfertig gewordenen Mietwohngrundstück im allgemeinen 7,5. Eine andere Bewertungsmethode ist die nach dem gemeinen Wert, der durch den Preis bestimmt wird, der für das Grundstück im gewöhnlichen Geschäftsverkehr zu erzielen wäre. Unter diese Bewertung fallen besonders die Einfamilienhäuser und unbebaute Grundstücke. Für Geschäftsgrundstücke (insbesondere Fabriken, Hotels, Theater) hat sich der speziellere Begriff des Sachwertes (Realwertes) entwickelt. Handelt es sich bis dahin immer um die Festlegung der Summe von Boden- und Gebäudewert, so ist das Verfahren bei landwirtschaftlichen Betrieben insofern ein anderes, als es bei landwirtschaftlicher, auch gärtnerischer und forstwirtschaftlicher Nutzung von Ländereien auf den Ertragswert ankommt, der ein bestimmtes Vielfaches des „nachhaltig erzielbaren jährlichen Reinertrages“ ist; der Einheitswert wird hier also nicht schlechthin für ein Grundstück mit Gebäuden, sondern für die Einheit des landwirtschaftlichen Betriebes (einschließlich Geräte, Maschinen, Vieh, Saatgut, Dünger, Treibhäuser usw.) festgelegt. Die Grundsteuer der landwirtschaftlichen Betriebe hat somit gewissermaßen auch einen gewerbesteuerähnlichen Charakter, was nicht übersehen werden sollte, da doch die Landwirtschaft nicht unter das Gewerbesteuergesetz fällt.

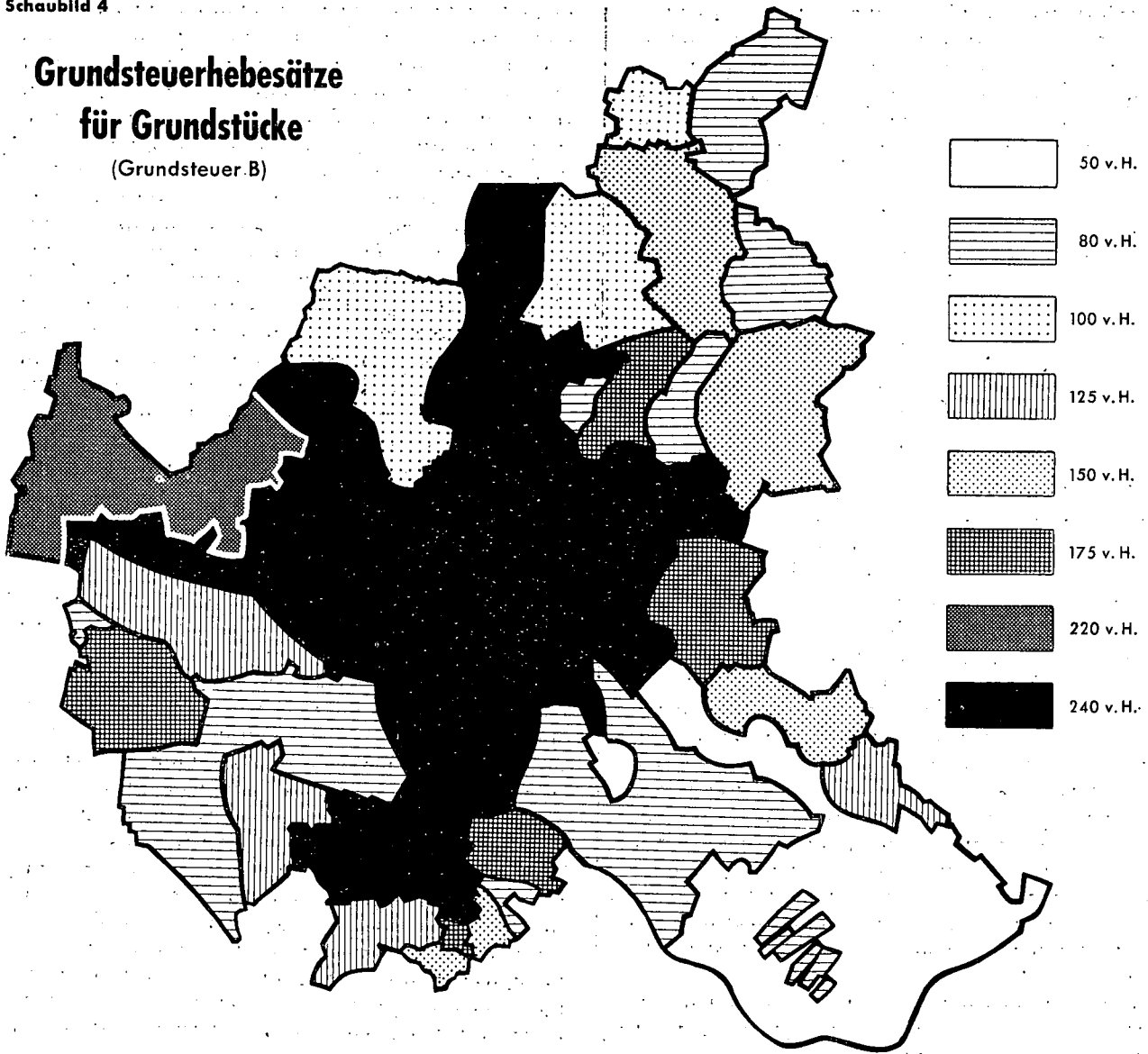
Auf der Basis des Einheitswertes vollzieht sich die Berechnung der Grundsteuer ähnlich wie bei der Gewerbesteuer, nämlich auf dem Wege über Steuermeßzahlen, Steuermeßbeträge und Hebesätze. Über die Höhe der Hebesätze bestimmen wiederum die Gemeinden.

Die Steuermeßzahl für sog. Altbauten beträgt im gesamten hamburgischen Gebiet 10 v. T., für Neubauten (nach dem 31. 3. 1924 errichtet) ist sie regional unterschiedlich: im alten hamburgischen Stadtgebiet stellt sie sich auf 10 v. T., in Altona, Harburg, Wandsbek und Bergedorf auf 7 v. T., in den ehemals kleinen selbständigen Randgemeinden auf 8 v. T. des Einheitswertes. Bei Einfamilienhäusern (Alt- und Neubauten) liegt die Meßzahl im alten hamburgischen Stadtgebiet und in Altona, Harburg, Wandsbek und Bergedorf für die ersten 30 000 DM des Einheitswertes unter den bisher genannten Sätzen. Für unbebaute Grundstücke werden zumeist 5 v. T. in Ansatz gebracht. Bei landwirtschaftlichen Betrieben beträgt die Meßzahl für die ersten 10 000 DM des Einheitswertes 8 v. T., für den Rest des Einheitswertes 10 v. T.

Die Steuermeßzahl auf den Einheitswert bezogen, ergibt den Steuermeßbetrag. Beispiel: Jahresrohmiete 6000 DM, Vervielfacher 7,5, Einheitswert demnach 45 000 DM; Steuermeßzahl 6 v. T., Steuermeßbetrag demnach 270 DM jährlich.

Die Hebesätze sind für landwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) niedriger als für andere Grundstücke (Grundsteuer B). Nach dem geltenden hamburgischen Gesetz bewegen sich die landwirtschaftlichen Sätze zwischen 50 bis 150 v. H. und die Hebesätze der Grundsteuer B zwischen 50 und 240 v. H. der Steuermeßbeträge. Die Divergenzen bei A und bei B rühren u. a. auch daher, daß es bei den ehemals preußischen Landgemeinden, die im Jahre 1937 zum hamburgischen Gebiet gekommen sind, bei abweichenden Hebesätzen geblieben ist. Die Grundsteuer A wird in dem alten hamburgischen Landgebiet zumeist mit 50 v. H., in den übrigen Teilen Hamburgs alten Gebietsumfangs meistens mit 100 v. H. erhoben, während z. B. in den landwirtschaftlichen Bezirken um die Süderelbe durchweg ein Hebesatz von 80 v. H. gilt. Mit über 100 v. H., und zwar in allen Fällen mit 150 v. H., kommt die Grundsteuer A in den ehemals preußischen Gebietsteilen Wandsbek, Jenfeld, Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Poppenbüttel, Hummelsbüttel und Sasel zur Erhebung. Bei der Grundsteuer B wird im alten hamburgischen Stadtgebiet wie auch in Altona, Harburg und Wandsbek, also in der großen Masse der Fälle, mit dem höchsten Hebesatz von 240 v. H. gerechnet; die niedrigeren Hebesätze (50, 80, 100, 125, 150, 175, 220 v. H.) finden sich nur in den Außenbezirken. So ist das Bild von den Grundsteuerhebesätzen ziemlich bunt — im Gegensatz zur Gewerbesteuer, die seit 1947 im gesamten hamburgischen Gebiet mit einheitlichen Hebesätzen zur Veranlagung kommt (die Gegensatzlichkeit wird hier selbstverständlich nur formal aufgezeichnet, denn jede der beiden Steuern hat ihre eigene wirtschaftliche Bewandnis).

## Grundsteuerhebesätze für Grundstücke (Grundsteuer B)



Bei der Grundsteuerverwaltung wurden nach dem Stande vom 15. Mai 1952 150 583 Steuerobjekte geführt, dazu kamen etwa 33 000 noch nicht bewertete Behelfsheime. Die Zahl dieser „Einheiten“ (wie es in der Sprache der Finanzämter heißt) ist nicht identisch mit der Zahl der Grundstücke im Sinne des Grundbuchs; das liegt daran, daß bei der Grundsteuererhebung oft anders abzugrenzen ist als in den Grundbuchblättern, denn die Besteuerung muß auf die wirtschaftlichen Grundstückseinheiten ausgerichtet sein. So ist z. B. ein Gebäude auf fremdem Grund und Boden als getrennte wirtschaftliche Einheit ein Grundstück im Sinne des Steuerrechts. Die Zahl der Grundbuchblätter in den 6 Grundbuchämtern Hamburgs wurde zuletzt im Jahre 1949 mit 130 733 ermittelt. In diesem Aufsatz, wo es nur darauf ankommt, den Kreis der steuerpflichtigen Objekte in etwa zu umschreiben, dürften die beiden Eckzahlen von 130 000 und 150 000 wohl ausreichend unterrichten; die Zahl der Grundeigentümer ist übrigens wesentlich niedriger, da sich häufig mehrere Grundstücke in einer Hand befinden.

Das Aufkommen an Grundsteuer wird durch den hohen Zerstörungsgrad in Hamburg erheblich betroffen; denn für Trümmergrundstücke, die nicht genutzt werden, wird keine Grundsteuer erhoben, auch nicht für den Grund und Boden. Hinzu kommen die Grundsteuervergünstigungen, die nach dem 1. Wohnungsbaugesetz unter bestimmten Voraussetzungen bei Neubau, Wiederaufbau und Ausbau für 10 Jahre gewährt werden. Trotz der Erhöhung der Hebesätze gegenüber dem Jahre 1938 (im Stadtgebiet betrug der Hebesatz für Grundsteuer B damals 190 gegen jetzt 240 v. H.) sind die Grundsteuererträge wegen der großen Ausfälle beträchtlich zurückgegangen. Es sind in Hamburg aufgekomen:

Rechnungsjahr	Grundsteuer A RM/DM	Grundsteuer B RM/DM	zusammen RM/DM
1938	598 000	54 456 000	55 054 000
1948	441 000	39 142 000	39 583 000
1949	482 000	38 139 000	38 621 000
1950	515 000	41 451 000	41 966 000
1951	495 000	42 435 000	42 930 000
1952	539 000	42 118 000	42 657 000

Der Haushaltsplan 1953 enthält als Voranschlag 50,6 Mill. DM. Wie sich aber bereits jetzt übersehen läßt, wird dieser Ansatz nicht zu erreichen sein.

Von Interesse dürfte eine Aufgliederung des Steuersolls nach den verschiedenen Hebesätzen sein. Nach dem Stand am 15. November 1952 entfielen:

bei der Grundsteuer A		bei der Grundsteuer B	
auf Veranlagungen mit dem Hebesatz	v. H. des gesamten Veranlagungsbetrages	auf Veranlagungen mit dem Hebesatz	v. H. des gesamten Veranlagungsbetrages
50 v. H. . .	29,8	50 v. H. . .	0,1
80 v. H. . .	22,2	80 v. H. . .	1,0
100 v. H. . .	37,1	100 v. H. . .	1,9
150 v. H. . .	10,9	125 v. H. . .	1,7
	100,0	150 v. H. . .	2,8
		175 v. H. . .	1,5
		220 v. H. . .	1,7
		240 v. H. . .	89,3
			100,0

Man sieht hieraus, wie entscheidend im Aufkommen die Besteuerung nach dem Hebesatz 240 v. H. ist, weil das gesamte alte hamburgische Stadtgebiet und die Gebiete der ehemals preußischen Städte Altona, Harburg und Wandsbek, somit auch die wertvollsten Steuerobjekte, unter diesen Hebesatz fallen.

Die Grundsteuer zählt zu den Real- oder Objektsteuern. Wirtschaftlich gesehen, ist sie aber doch in der Regel eine Besteuerung vom Ertrag oder Eigennutz eines Grundstücks. Die Erträge — wir sprechen jetzt von der Grundsteuer B — sind die vereinnahmten Mieten oder, bei Eigennutzung, mittelbar die Mietwerte. Unter den verschiedenen Methoden der Einheitsbewertung kommt dies am klarsten zum Ausdruck, wo sich der Einheitswert aus der Jahresrohmiete ableitet.

Es läge für uns nahe, errechnen zu wollen, wie hoch, gemessen am „Ertrag“, die Belastung durch die Grundsteuer ist; leider fehlt es aber an ausreichenden Unterlagen über die tatsächlichen Mieten und Mietwerte von heute. Vielleicht läßt sich diese Frage später einmal beantworten, wenn die bislang noch maßgebliche Einheitsbewertung vom 1. Januar 1935 durch eine neue Bewertung abgelöst ist. Nur einige Objektzahlen seien hier zur Orientierung genannt:

Die Wohnungszählung vom September 1950 ergab für Hamburg einen Bestand von 282 873 Mietwohnungen mit einem jährlichen Mietaufkommen von rd. 165 Millionen DM. (Inzwischen haben sich die Altmieten um 10 v. H. erhöht.) Hinzuzurechnen wäre der — statistisch nicht ermittelte — Mietwert von 94 000 Eigentümerwohnungen (41 000 in Einfamilienhäusern, 13 000 in Mehrfamilienhäusern, 40 000 in Behelfsheimen usw.) und von etwa 8000 Wohnungen, die aus verschiedenen Gründen mietfrei waren. Von Herbst 1950 bis Ende des Jahres 1952 sind sodann ungefähr 53 000 Wohnungen neu gebaut worden. Lassen sich die Mietwerte der Eigentümerwohnungen und die Mieterträge der Neubauwohnungen allenfalls noch schätzen, so wäre dies nicht mehr zugänglich bei den gewerblich genutzten Räumen und Gebäuden, zumal eine amtliche Mietpreisregelung für alle diese Objekte nicht

mehr besteht. Es gibt in Hamburg wohl an 30 000 Ladenräume, Gaststuben, Handwerker Räume, Büros usw. in Gebäuden, die im übrigen Wohnzwecken dienen. Als Gebäude, die ausschließlich oder doch stark überwiegend gewerblich genutzt werden, sind gelegentlich der Wohnungszählung 1950 aus den zahlreichen Büro- und Kontorhäusern 2724 Fabriken, Werkhallen usw., 4529 Werkstätten sowie 4156 Lagergebäude und Lagerschuppen gezählt worden. Jedoch über Mieten und Mietwerte für Gewerberäume kann die Statistik, wie gesagt, keine Angaben machen. Das ist der Hauptgrund dafür, daß sich die Frage, in welcher Relation das Aufkommen an Grundsteuern in Hamburg zu dem Volumen der Mieten und Mietwerte steht, für die gegenwärtige Zeit nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit beantworten läßt.

Im Zusammenhang mit der Grundsteuer seien die früheren Umstellungsgrundschulden und die am 1. September 1952 an deren Stelle getretene Hypothekengewinnabgabe erwähnt, obschon es sich hier nicht um Steuern handelt. Die Hypothekengewinnabgabe — das Gleiche traf auf die Umstellungsgrundschulden zu — ist eine Abgabe aus dem Gewinn, den der Schuldner von Reichsmark-Hypotheken oder Reichsmark-Grundschulden dadurch erzielt, daß diese Grundstücksbelastungen im Verhältnis von 10:1 aufgewertet worden sind. 90 v. H. des Schuldnergewinnes sind abzuführen; und zwar seit dem Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes als Hypothekengewinnabgabe an den Lastenausgleichsfonds.

Nach dem Stand vom 31. März 1950 wurden für in Hamburg gelegene Grundstücke 139 732 Umstellungsgrundschulden im Gesamtbetrag von 1559,7 Millionen DM statistisch nachgewiesen. Die vom hamburgischen Grundeigentum auf die Umstellungsgrundschulden, ab 1. September 1952 als Hypothekengewinnabgabe, geleisteten Zahlungen betragen

im Rechnungsjahr	DM
1948 . . . . .	11 806 000
1949 . . . . .	32 757 000
1950 . . . . .	32 005 000
1951 . . . . .	35 777 000
1952 . . . . .	33 320 000

Bevor wir einen Schritt weitergehen, dürfte es sich wieder empfehlen, die Hauptzahlen aus den vorangegangenen Abschnitten zusammenzufassen:

Steuerart	Voranschlag für das Rechnungsjahr 1952	Kasseneingang vom 1. 4. 1952 bis 31. 3. 1953	Voranschlag für das Rechnungsjahr 1953
	- in Millionen DM -		
Lohnsteuer . . . . .	220,0	228,0	220,0
Veranlagte Einkommensteuer . .	165,0	198,0	165,0
Kapitalertragsteuern (Abzugsverfahren) . .	8,0	6,8	10,0
Körperschaftsteuer . .	198,0	183,8	198,0
Gewerbsteuer . . . . .	173,5	175,9	147,5
Grundsteuer . . . . .	44,5	42,7	50,6
zusammen . . . . .	809,0	835,2	791,1

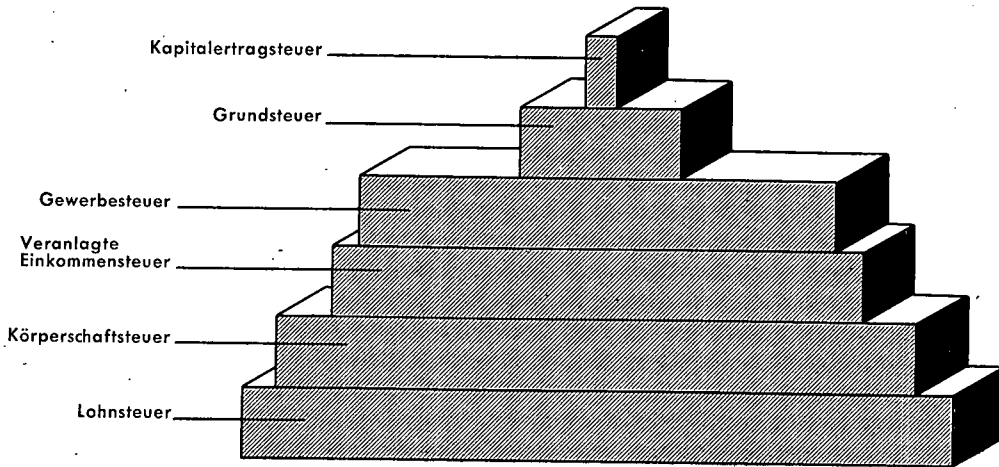
Von den 896,9 Millionen DM, der Summe aller Steuereinnahmen laut Voranschlag 1953, bilden die

791,1 Millionen, die auf die 4 Einkommensteuerarten und auf die beiden Realsteuern entfallen, einen Anteil von 88,2 v. H. Daß Hamburg von den Einkommensteuern, insbesondere von der Körper-

schaftsteuer, große Beträge abzuführen hat und daß auch die Gewerbesteuer durch den Gewerbesteuerausgleich berührt wird, daran sei nochmals erinnert.

Schaubild 5

791,1 Mill. DM



**7. Grunderwerbsteuer**  
4,8 Millionen DM

An die Grundsteuer schließt sich von den bisher noch nicht behandelten Steuerarten in unserer Betrachtung wohl am besten die **Grunderwerbsteuer** an, obschon sie keine Besitzsteuer ist wie die Grundsteuer, sondern begrifflich zu den Verkehrsteuern zählt. Als Verkehrsteuer fließt sie gemäß Art. 106 des Grundgesetzes den Ländern zu. Sie vertritt zugleich die Umsatzsteuer; von der allgemeinen Umsatzsteuer, die als größte Verkehrsteuer dem Bunde zusteht, ist der Grundstücksverkehr ausdrücklich ausgenommen. Die Grunderwerbsteuer wurde im Jahre 1919 reichsgesetzlich begründet, nachdem jahrzehntlang der Immobilienumsatz mit Urkundenstempelabgaben belastet gewesen war (so auch in Hamburg).

Gegenstand der Steuer ist unter den verschiedenen Formen der Erwerbsvorgänge vor allem der Kaufvertrag oder ein anderes Rechtsgeschäft, das den Anspruch auf Übereignung eines Grundstücks begründet (z. B. Tausch) und das Meistgebot im Zwangsversteigerungsverfahren. Den Grundstücken stehen gleich die Erbbaurechte, Erbpachtrechte und die Gebäude auf fremdem Boden (die in Hamburg vor allem im Freihafen vorkommen). Allgemeine Ausnahmen von der Besteuerung bilden die Rechtsgeschäfte, die unter das Erbschaftsteuergesetz fallen; also der Grundstückserwerb von Todes wegen und Grundstücksschenkungen unter Lebenden. Von der Grunderwerbsteuer befreit sind unter bestimmten Voraussetzungen u. a. der Erwerb von Grundstücken für die Schaffung von Kleinwohnungen durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen, der Grundstückserwerb durch Kriegsbeschädigte mit Hilfe einer Kapitalabfindung, der Erwerb eines Grundstücks zur Schaffung und Erweiterung von öffentlichen Straßen, öffentlichen Plätzen, Grünanlagen usw., sowie der Erwerb von Trümmergrundstücken.

Die Steuer wird im allgemeinen von dem Wert der Gegenleistung berechnet; das ist bei einem

Kauf der Kaufpreis einschließlich der vom Käufer übernommenen sonstigen Leistungen, bei einem Tausch die Tauschleistung des anderen Vertragspartners, bei einem Meistgebot das Meistgebot einschließlich der Rechte, die nach den Versteigerungsbedingungen bestehen bleiben. Ist eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln, wird der Einheitswert des Grundstücks für die Berechnung der Steuer herangezogen.

Die Grunderwerbsteuer beträgt durchweg 3 v. H. Die Stadt- und Landkreise können aber weitere 2 v. H. erheben, was in Hamburg geschieht. Hinzu kommt die Ablösung der früheren Wertzuwachssteuer. In Hamburg gab es seit dem Jahre 1908 (als der große Bevölkerungszuwachs und bauliche Sanierungsmaßnahmen die Bodenpreise in die Höhe trieben) eine Besteuerung des Wertzuwachses, die nach dem Grad der Wertsteigerung und der Besitzdauer gestaffelt war; die letzte Fassung des hamburgischen Wertzuwachssteuergesetzes datiert vom 19. März 1934. Im Jahre 1944 ist dann das Reich dazu übergegangen, an Stelle der Wertzuwachssteuer einen Zuschlag von 2 v. H. des Betrages, von dem die Grunderwerbsteuer berechnet wird, zugunsten der bisherigen Steuergläubiger zu erheben. Bei diesem summarischen Verfahren, das den echten Wertzuwachs außer Betracht läßt, ist es geblieben. Die Besteuerung beträgt demnach in der Regel  $3 + 2 + 2 = 7$  v. H. des Kaufpreises usw.

Die Zahl der Fälle von Grundigentumswechsel in Hamburg, gegliedert nach Grunderwerbsteuerpflichtigen und von der Grunderwerbsteuer befreiten, zeigt für die Rechnungsjahre 1948 bis 1952 die nachstehende Übersicht:

Rechnungs-jahr	Zahl der Fälle von Grundigentumswechsel	davon	
		grunderwerbsteuerpflichtig	von der Grunderwerbsteuer befreit
1948 . . .	5 098	2 349	2 749
1949 . . .	7 634	4 704	2 930
1950 . . .	8 639	6 139	2 500
1951 . . .	9 147	6 742	2 405
1952 . . .	8 234	6 879	1 355

Bei diesen Zahlen fällt auf, daß insbesondere im Jahre 1948 die Zahl der steuerbefreiten Erwerbsvorgänge verhältnismäßig hoch gewesen ist; das erklärt sich durch die — hier überall einbezogenen — Erbschaftsfälle, die wegen der Kriegsverluste besonders zahlreich waren. Im übrigen sind die Steuerbefreiungen für die gemeinnützigen Wohnungsbauvorhaben von Belang.

An Grunderwerbsteuer sind in Hamburg kassenmäßig eingegangen:

Rechnungsjahr	Grunderwerbsteuer als Landessteuer	Grunderwerbsteuer, gemeindlicher Zuschlag	Grunderwerbsteuer, Zuschlag an Stelle der Wertzuwachssteuer	Grunderwerbsteuer zusammen
	- DM -			
20. 6. 48 bis 31. 3. 49 . . .	258 000	125 000	125 000	508 000
1949 . . . . .	1 229 000	768 000	765 000	2 762 000
1950 . . . . .	1 676 000	1 122 000	1 119 000	3 917 000
1951 . . . . .	2 073 000	1 328 000	1 300 000	4 701 000
1952 . . . . .	1 951 000	1 289 000	1 289 000	4 529 000

Der Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1953 beläuft sich auf 2 Millionen DM für die Landessteuer und auf 2,8 Millionen DM für die Zuschläge, zusammen auf 4.8 Millionen DM.

Außer diesen Daten kann über den Grundeigentumswechsel statistisch leider nichts geboten werden, denn eine einheitliche Grunderwerbsteuerstatistik wird nicht durchgeführt. Das ist deshalb bedauerlich, weil das Material der Grunderwerbsteuerverwaltung (Finanzamt für Verkehrsteuern) geeignet wäre, über den Grundstücksmarkt in Hamburg interessante Aufschlüsse zu geben. Aus dem Aufkommen an Grunderwerbsteuern selbst ließe sich lediglich ermitteln, wie hoch etwa der Wert der grunderwerbsteuerpflichtigen Umsätze gewesen ist. Da der Steuersatz einschließlich der Zuschläge, von einigen Ausnahmen abgesehen, einheitlich 7 v. H. der Gegenleistung oder des Grundstückswertes beträgt, ist z. B. aus den Steuererträgen des Rechnungsjahres 1951 (rd. 4,7 Millionen DM) zu folgern, daß die steuerpflichtigen Umsätze — auf diese kommt es am Grundstücksmarkt hauptsächlich an — im Rechnungsjahr 1952 ein Wertvolumen von rd. 67 Millionen DM gehabt haben, und im Haushaltsjahr 1952/53 dürften es etwa 65 Millionen gewesen sein. Dem steht als Beziehungsgröße der Gesamtwert des Grundvermögens in Hamburg gegenüber, der, auch unter Berücksichtigung der Kriegssachschäden, wahrscheinlich 2 Milliarden DM noch übersteigen wird; gemessen hieran waren die grunderwerbsteuerpflichtigen Umsätze von 1951/52 etwa = 3 v. H. des Bestandes. An der Zahl der Fälle betrachtet, erhöht sich die Quote des Eigentumswechsels; denn große Objekte, darunter Fabrikgrundstücke, wechseln den Eigentümer weit seltener als kleinere und mittlere. Geht man von den bei der Grundsteuer genannten 130.000 Grundbuchblättern aus, dann entfielen im Rechnungsjahr 1951 auf den grunderwerbsteuerpflichtigen Eigentumswechsel etwa 5 v. H. aller Grundstücke und bei Einbeziehung der von der Grunderwerbsteuer befreiten Fälle (auch Erbschaften) 7 v. H.. Das mag

hier genügen, um zu zeigen, welche relative Bedeutung der Grundeigentumswechsel in Hamburg hat.

In den Großstädten bilden die Mietwohngrundstücke, Mietzinsbauten mit gewerblichen Räumen und die Einfamilienhäuser eine besonders hervortretende Vermögensart. Das Statistische Reichsamt errechnete z. B. gelegentlich der Vermögensteueranlagung 1927, daß diese Vermögensform fast  $\frac{1}{3}$  des gesamten in den Großstädten veranlagten Rohvermögens darstellte; vom Rohvermögen der natürlichen Personen (Körperschaften usw. ausgenommen) entfiel auf das Grundvermögen in den Großstädten sogar über die Hälfte.

### 8. Vermögensteuer 12 Millionen DM

Wir leiten damit auf die nächste Besitzsteuer, die Vermögensteuer, über.

Als ständiges Glied des Steuersystems ist sie eine zusätzliche Belastung des Einkommens aus Vermögensbesitz, d. h. der auf Vermögensbasis fundierten Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Grundbesitz, aus Gewerbebetrieben, aus Wertpapieren, anderen Gesellschaftsrechten und sonstigen Kapitalwerten. Allerdings ist es nicht das Einkommen, das besteuert wird, sondern das Vermögen an sich; auch wenn dieses kein Einkommen abwirft, wie Edelsteine und Perlen, Schmuckstücke, Gegenstände aus edlem Metall, Sammlungen und Kunstgegenstände. Steuerpflichtig ist grundsätzlich das gesamte Vermögen; nur den Hausrat nimmt das Gesetz allgemein von der Besteuerung aus.

Hamburg hat erst im Jahre 1917 eine Vermögensteuer eingeführt, wogegen Preußen sie bereits seit 1895 kannte. Den ersten Einblick in den Vermögenstand in Hamburg brachte der Reichs-Wehrbeitrag 1913. Er war eine einmalige Vermögensabgabe wie das spätere Reichsnotopfer, das freilich in den Strömen der Inflation unterging. Unter dem finanziellen Druck der Nachkriegszeit griff das Reich aber auch die periodische Vermögensteuer auf und entzog sie damit den Ländern. Auf den 31. Dezember 1923 als Stichtag wurde im Jahre 1924 erstmalig eine Vermögensteueranlagung im Reiche nach einheitlichem Recht durchgeführt, und bis 1945 ist die Vermögensteuer eine Reichsteuer geblieben. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat sie den Ländern zurückgegeben; d. h. die Erträge fließen nunmehr wieder den Ländern zu, das Vermögensteuerrecht selbst ist Bundesrecht, wodurch die Einheitlichkeit der Veranlagung gewahrt ist. Der Bund hat sich, ähnlich wie bis zur Weimarer Verfassung das Reich, nur die einmaligen Zwecken dienenden Vermögensabgaben vorbehalten. Im Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 findet sich aber die Spezialvorschrift, daß die Länder in Höhe des Aufkommens an Vermögensteuer bis zum 31. Dezember 1957 dem Sondervermögen des Lastenausgleichs, dem Ausgleichsfonds, Beiträge zur Verfügung zu stellen haben.

Die Vermögenbesteuerung hängt entscheidend davon ab, mit welchen Maßstäben das Vermögen

bewertet wird, denn die Steuersätze sind Bruchteile vom Wert. Das schon bei der Gewerbekapitalsteuer und der Grundsteuer zitierte (Reichs-)Bewertungsgesetz, das mit seinem „Einheitswert“ überall da eingreift, wo nach dem Merkmal des Wertes einzelner Vermögensarten besteuert wird, hat mit dem Vermögensteuerrecht eine besonders enge Verbindung. Anfangs, in seiner ersten Fassung vom 10. August 1925, war das Reichsbewertungsgesetz sogar nur für die Vermögens- und (was damit zusammenhängt) die Erbschaftsbesteuerung bestimmt gewesen. Mit dem Einheitswert, d. h. dem bei allen einschlägigen Steuern einheitlich maßgeblichen Wert, wird in der Vermögensbesteuerung sowohl der land- und forstwirtschaftliche Besitz wie das (anders als land- und forstwirtschaftlich genutzte) Grundvermögen als auch das Betriebsvermögen bemessen; nur beim Kapitalvermögen muß nach anderen Gesichtspunkten oder fallweise bewertet werden.

Seit der ersten Hauptveranlagung der Vermögensteuer nach dem Stande vom 31. Dezember 1923 hat es Hauptveranlagungen nach dem Stande jeweils vom 1. Januar 1925, 1927, 1928, 1931, 1935 und 1946 (in der britischen Besatzungszone) gegeben; gegenwärtig ist eine Hauptveranlagung nach dem Stande vom 21. Juni 1948 angelaufen. Mit den vermögenssteuerlichen Hauptveranlagungen gingen in mehrjährigen Zeitabständen Hauptfeststellungen der Einheitswerte einher.

Die Vermögensbesteuerung hat immer bestimmte Freigrenzen gekannt. Die Freibeträge waren und sind auch heute nach Familienstand, Alter, Einkünften und Vermögen der Steuerpflichtigen mannigfach differenziert; die allgemeine Freigrenze beträgt 10 000 DM für den Steuerpflichtigen selbst.

Zum Reichs-Wehrbeitrag 1913 wurden außer den natürlichen Personen die Aktiengesellschaften und die Kommanditgesellschaften auf Aktien herangezogen; im hamburgischen Vermögenssteuergesetz vom 15. Januar 1917 waren es außer den natürlichen Personen nur die ungeteilten Erbmassen und die Familienstiftungen, die der Besteuerung unterlagen. Die Reichsvermögensteuer 1924 unterwarf aber neben den natürlichen Personen im Prinzip alle juristischen Personen und alle nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen gleichfalls der Besteuerung. Das entspricht grundsätzlich auch der heutigen Rechtslage.

Die Hauptveranlagungen der Vermögensteuer sind zumeist vom Statistischen Reichsamte aufbereitet worden; die Veranlagung von 1946 hat das Statistische Amt für die Britische Besatzungszone bearbeitet. Die Ergebnisse haben selbstverständlich keinen unmittelbaren Gegenwartswert mehr, nachdem Krieg und Währungsverfall zu großen Vermögenseinbußen und Vermögensumschichtungen geführt haben; auch die Hauptveranlagung 1946 gibt (obgleich sie zum Teil an die Einheitswerte der Vorkriegszeit anknüpfte) für die Zeit nach der Währungsreform kein zureichendes Bild. Es bleiben die Ergebnisse der Vermögensbewertung für die

Kalenderjahre 1949 bis 1951 abzuwarten, die auf der Hauptveranlagung 1949 beruhen werden. Immerhin dürften aus den früheren Veröffentlichungen einige Größenordnungen interessieren:

Im Jahre 1913 wurden in Hamburg (derzeitigen Gebietsumfangs) **41 850 Personen** mit einem **Reinvermögen** von insgesamt **5753 Millionen Mark** zum Reichs-Wehrbeitrag veranlagt; 10 Jahre darauf konnten bei gleichen Freigrenzen nur 21 684 Einwohner mit einem Reinvermögen von 1175 Millionen Goldmark zur Vermögensteuer herangezogen werden. Die Basis für die Vermögensbesteuerung hat sich in den Folgejahren allerdings rasch wieder verbreitert, der hohe Vermögensstand vor 1914, der auch große Auslandsguthaben einschloß, ist jedoch nie wieder erreicht worden, zumal, wenn man die Minderung des Geldwertes berücksichtigt. **Bei der Vermögensteuerveranlagung 1928 wurde mit 36 392 steuerpflichtigen (natürlichen) Personen gerechnet, die ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen von 2187 Millionen RM hatten;** dazu kamen die Körperschaften usw., die seit 1924 allgemein vermögenssteuerpflichtig geworden waren, und zwar waren es 5103 Veranlagungsfälle, die zu einem steuerpflichtigen Gesamtvermögen von 1916 Millionen RM führten. **Insgesamt war somit für 1928 ein Vermögensstand von 4,1 Milliarden RM** durch die Veranlagung ausgewiesen. Im Veranlagungsjahr 1931, als die Weltwirtschaftskrise eingesetzt hatte, ging aber diese Summe bald um eine ganze Milliarde, nämlich auf 3,184 Milliarden zurück. **Bei der Vermögensbesteuerung 1935 war das Bild noch wesentlich ungünstiger: bei nur noch 18 194 Pflichtigen betrug das steuerpflichtige Vermögen insgesamt 2491 Millionen RM.** Zur gleichen Zeit waren es — um nur annäherungsweise auf das spätere Groß-Hamburg zu kommen — in Altona 3329 Pflichtige mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 382 Millionen RM, in Harburg-Wilhelmsburg 853 Veranlagte mit 119 Millionen und im Finanzbezirk Wandsbek dürften es etwa 500 Pflichtige und 40 Millionen gewesen sein. Alles in allem: das steuerpflichtige Gesamtvermögen der natürlichen und der nichtnatürlichen Personen hat **bei der Veranlagung 1935 im späteren großhamburgischen Gebiet** (Cuxhaven wäre mit etwa 10 Millionen abzusetzen) **ungefähr bei 3 Milliarden RM gelegen.**

Demgegenüber weist die letzte **Hauptveranlagung nach dem Stande vom 1. Januar 1946 das steuerpflichtige Vermögen im Gebiet der Hansestadt Hamburg mit 4256 Millionen RM** aus. Aber diese Zahl hat wesentliche Bedingtheiten: teils sind die Kriegssachschäden hierbei durch Fortschreibung der Einheitswerte berücksichtigt, teils fanden sie erst Berücksichtigung durch Abstriche von der Steuerschuld; zum anderen ist bei den Kapitalgesellschaften wegen der ungeklärten Erstattungsansprüche an die Feststellungsbehörden die im Gesetz vorgesehene Mindestbesteuerung angewandt worden, und zum dritten sind bei der Bewertung des „sonstigen“ Vermögens ohne Zweifel auch inflatorische Elemente beigemischt gewesen, was sich schon daraus ergibt, daß für das „sonstige“ Vermögen (Vermögen außerhalb von Land- und

Forstwirtschaft, von Grundbesitz und Betriebsvermögen) nicht weniger als 60 462 Veranlagungsfälle vorlagen. Um einen Einblick in den realen Vermögensstand, wie er sich seit der Währungsreform herausgebildet hat, für Hamburg zu bekommen, bleibt nichts anderes übrig, als die Ergebnisse der neuen Hauptveranlagung abzuwarten.

Über das Aufkommen an Vermögensteuer in Hamburg seit der Währungsreform unterrichten folgende Zahlen:

Rechnungsjahr	DM
20. 6. 1948 bis 31. 3. 1949	8 814 000
1949 . . . . .	6 645 000
1950 . . . . .	6 762 000
1951 . . . . .	8 667 000
1952 . . . . .	8 580 000

Die Veranschlagung für das Rechnungsjahr 1953 lautet auf 12 Millionen DM.

### 9.

#### Erbschaftsteuer 2 Millionen DM

Aus dem Vermögensbesitz leiten sich der Erbanfall und die Schenkungen unter Lebenden ab. Vererbtes oder geschenktes Vermögen unterliegt bei dem Tode des Erblassers oder im Zeitpunkt der Zuwendung den Vorschriften des Erbschaftsteuergesetzes.

Finanzgeschichtlich hat die **Erbschaftsteuer** eine ähnliche Entwicklung durchgemacht wie die Vermögensteuer. Sie wurde aber schon 1906 zur Reichssteuer; allerdings blieben die Bundesstaaten mit einem Drittel der Erträge beteiligt und hatten außerdem das Recht, Zuschläge zu erheben, wovon Hamburg 1911 Gebrauch machte. Nach mehreren Zwischenstufen kam im Jahre 1924 die Beteiligung der Länder am Ertrage in Wegfall, nachdem ihnen schon im Jahre 1913 das Recht, Zuschläge zu erheben, gestrichen worden war. Die große Finanzreform des Jahres 1925 brachte (zugleich mit dem Vermögensteuergesetz und dem Reichsbewertungsgesetz) das Erbschaftsteuergesetz vom 22. August 1925, das, nach einer Reihe von Änderungen, in der Neufassung vom 30. Juni 1951 heute als Bundesrecht fortbesteht. Der Ertrag der Erbschaftsteuer fließt aber gemäß Art. 106 des Grundgesetzes den Ländern zu.

Steuergegenstand ist bei beiden Erwerbsarten grundsätzlich der gesamte Vermögensanfall an den Erwerber; für die Bewertung der Vermögensteile sind wiederum die Bestimmungen des Bewertungsgesetzes maßgebend. Die Steuerberechnung ist nach zwei Richtungen progressiv gestaltet, einmal nach der Entfernung des Verwandtschaftsgrades, zum anderen nach der Größe des Vermögensanfalls. Sie ist hinsichtlich des Verwandtschaftsverhältnisses nach 5 Steuerklassen und in bezug auf die Höhe des Erwerbs nach 22 Wertstufen gegliedert — die Besteuerung ist also ein kompliziertes System, das hier selbstverständlich im einzelnen nicht wiedergegeben werden kann. Dazu kommen Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen. Von der Erbschaftsteuer befreit ist vor allem der Ehegatte

des Erblassers, wenn Kinder aus gemeinsamer Ehe leben und das vererbte Vermögen 250 000 DM nicht übersteigt. Steuerfrei bleibt der Hausrat im Wert bis zu 20 000 DM, wenn Ehegatte oder Kinder die Erben sind, sonst bis zu 5000 DM. Die Steuersätze streuen sich in der Kombination von Steuerklassen und Wertstufen zwischen 4 v. H. und 80 v. H. der Erbschaft oder der Schenkung; der höchste Satz (80 v. H.) fällt in die Steuerklasse V (entfernte Verwandte und übrige Erwerber) bei Vermögen von mehr als 900 000 DM.

Eine Erbschaftsteuerstatistik wurde am 1. Januar 1949 wieder aufgenommen, beginnend mit den Fällen, die sich seitdem ereigneten (also unter Ausschluß der aus früherer Zeit stammenden, steuerlich noch nicht erledigten Fälle). Mit dieser rückwärtigen Begrenzung wurden Zahl und Wertausmaß der Erbschaftsteuerveranlagungen in Hamburg wie folgt verzeichnet:

Kalenderjahr	Erwerb von Todes wegen		Erwerb durch Schenkungen unter Lebenden		Insgesamt	
	Zahl der Erwerbsfälle	steuerpflichtiger Wert DM	Zahl der Erwerbsfälle	steuerpflichtiger Wert DM	Zahl der Erwerbsfälle	steuerpflichtiger Wert DM
1949	176	2 956 000	37	368 000	213	3 324 000
1950	578	8 855 000	109	1 253 000	687	10 108 000
1951	720	13 336 000	184	4 485 000	904	17 821 000
1952	799	15 807 000	202	6 069 000	1 001	21 876 000

Dem steuerpflichtigen Wert aus 1950, 1951 und 1952 von zusammen 49,8 Mill. DM steht als Gesamtwert der Veranlagungsfälle eine Summe von 66,9 Mill. DM gegenüber; vom Gesamtwert der veranlagten Erbschaften und Schenkungen waren 1950/52 somit **nur 74,4 v. H. steuerpflichtig**; das übrige entfiel auf Steuerbefreiungen und Freibeträge.

Wie sich die Veranlagungsfälle in Hamburg nach den 5 Steuerklassen gliederten, soll am Beispiel des Jahres 1952 in Verhältniszahlen gezeigt werden:

Steuerklasse	Zahl der Erwerbsfälle	Wert des Erwerbs		festgesetzte Steuer
		überhaupt	davon steuerpflichtig	
	in v. H. der 1001 Steuerfälle			
	1	2	3	4
<b>Steuerklasse I</b>				
1. Ehegatten . . . . .	8,1	22,9	20,8	22,1
2. Kinder . . . . .	23,4	53,4	49,8	35,7
<b>Steuerklasse II</b>				
Abkömmlinge der zu I Nr. 2 genannten Personen	1,7	4,5	5,0	6,7
<b>Steuerklasse III</b>				
Eltern, Großeltern, weitere Voreltern, Stiefeltern, Geschwister . .	20,0	6,8	8,6	9,2
<b>Steuerklasse IV</b>				
Schwiegerkinder, Schwiegereltern, Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern	14,0	5,6	7,2	9,6
<b>Steuerklasse V</b>				
Übrige Erwerber . . . .	32,8	6,8	8,6	16,7
	100,0	100,0	100,0	100,0



21,9 Mill. von den bisher ungenannten 28,6 Mill. DM Gesamtwert der Erbschaften und Schenkungen, d. s. die in Spalte 2 verzeichneten 76,3 v. H., sind also dem Ehegatten oder den Kindern des Erblassers (oder Schenkers) zugefallen und demgemäß in der Steuerklasse I besteuert worden, deren Steuersätze je nach der Höhe des Erbanfalls oder der Schenkung in 22 Wertstufen von 4 v. H. — 38 v. H. gestaffelt sind. An Spalte 2 gemessen, war also knapp ein Viertel des Gesamterwerbs den höheren Steuerklassen zuzurechnen; am steuerpflichtigen Wert gemessen (Sp. 3) waren diese Fälle jedoch beinahe ein Drittel des Ganzen, und an der Steuerschuld hatte die Besteuerung nach den Steuerklassen II bis V schließlich einen Anteil von etwas mehr als zwei Fünftel. Erhöhte Steuerbefreiungen in der Steuerklasse I und die schärfere Steuerprogression in den höheren Steuerklassen bewirkten von Spalte zu Spalte diese Verschiebung. Dabei ist die Steuerfreiheit der Ehegatten bei „beerbteter Ehe“ bei einem Erbanfall bis 250 000 DM noch gar nicht in Ansatz gebracht (1952: 71 Fälle mit einem Wert des Erwerbs von zus. 4,5 Mill. DM). Aus der Zahlenübersicht bemerkenswert ist schließlich auch, daß nicht weniger als 32,8 v. H. der Fälle in die Steuerklasse V fielen, daß es sich aber in 254 von diesen 329 Fällen um kleinere Erbschaften usw. von nicht mehr als 5000 DM handelte; deshalb war die Steuerklasse V trotz hoher Steuersätze auch nur mit 16,7 v. H. an der Steuerschuld beteiligt.

Im Durchschnitt der 1001 Veranlagungsfälle des Jahres 1952 betrug die Besteuerung 10,8 v. H. vom Gesamtwert des Erwerbs oder 14,1 v. H. des steuerpflichtigen Teils. Die durchschnittliche Belastung des Gesamtwertes war bei den Wertstufen bis zu 50 000 DM 7,2 v. H., von 50 000 bis 100 000 DM 10,1 v. H., von 100 000 bis 200 000 DM 11,7 v. H. und über 200 000 DM 16,7 v. H. Auf den steuer-

pflichtigen Wert bezogen ergeben sich für diese Wertstufen nacheinander: 11,7, 12,3, 13,1 und 18,3 v. H.

Der höchste zur Anwendung gekommene Steuersatz im Jahre 1952 fiel

	auf einen steuerpflicht. Erwerbsfall i. Werte von rd.
in der Steuerklasse I mit 28 v. H. . . . .	1 565 000 DM
in der Steuerklasse II mit 20 v. H. . . . .	140 000 DM
in der Steuerklasse III mit 22 v. H. . . . .	66 000 DM
in der Steuerklasse IV mit 26 v. H. . . . .	116 000 DM
in der Steuerklasse V mit 50 v. H. . . . .	387 000 DM

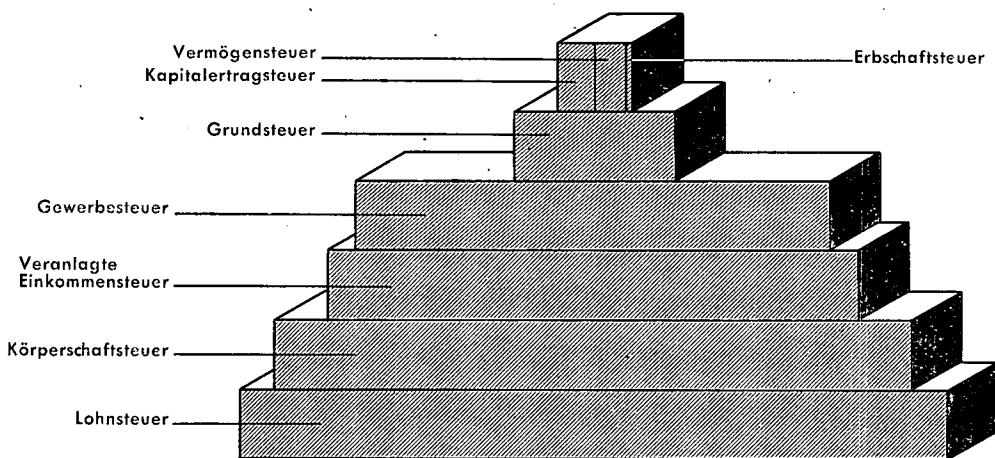
Steuersätze von 51 bis 80 v. H., wie sie im Steuertarif in der Steuerklasse III bis V progressiv ansteigend vorkommen, sind also bei der Besteuerung im Jahre 1952 praktisch nicht in die Erscheinung getreten.

**Die bisher behandelten Steuerarten:** die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer mit dem Steuerabzug vom Kapitalertrag und die Körperschaftsteuer, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Vermögen- und die Erbschaftsteuer schließen den Kreis der Besitzsteuern, die mit Ausnahme der Hebesätze bei der Grund- und der Gewerbesteuer auf Bundesrecht beruhen (Art. 105 in Verbindung mit Art. 72 des Grundgesetzes).

Steuerart	Voranschlag 1953 Mill. DM
Lohnsteuer . . . . .	220,0
Veranlagte Einkommensteuer . . . . .	165,0
Steuerabzug vom Kapitalertrag . . . . .	10,0
Körperschaftsteuer . . . . .	198,0
Grundsteuer . . . . .	50,6
Gewerbesteuer . . . . .	147,5
Vermögensteuer . . . . .	12,0
Erbschaftsteuer . . . . .	2,0
Summe . . . . .	805,1
dazu übrige Steuern . . . . .	91,8
zusammen . . . . .	896,9

Schaubild 6

805,1 Mill. DM



Es bleiben übrig, zunächst die Verkehrssteuern, soweit sie Landessteuern sind: die Kapitalverkehrssteuer, die Wechselsteuer, die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer, die Rennwett- und Lotteriesteuer und — nicht zuletzt — die Kraft-

fahrzeugsteuer; außerdem die Grunderwerbsteuer, die schon behandelt worden ist. Die Länder vereinbaren weiter als einzige Verbrauchssteuer die Biersteuer. Als gemeindliche Steuern fügen sich in dieses Begriffsschema sodann ein: die Gemeinde-

getränksteuer als eine Verbrauchsteuer, die Lustbarkeitsteuer als eine Verkehrsteuer und die Hundesteuer als eine Besitz- oder Aufwandsteuer.

## 10.

**Hundesteuer**  
2,5 Millionen DM

Beginnen wir mit der **Hundesteuer**, um nicht mit ihr abschließen zu müssen. Immerhin bringt sie dem Stadtsäckel 2,5 Millionen ein, manifestiert durch die Steuerzeichen, die mehr als 50 000 Hunde in Hamburg am Halsband tragen. Über alle Zuchtrassen und Mischlinge und alle Altersstufen hinweg, gruppiert die Gemeindesteuerbehörde die Vierbeiner in Gebrauchshunde (wie sie mangels einer besseren Kurzbezeichnung in der Verwaltungspraxis genannt werden) und in Nutzhunde. Nutzhunde sind die Wachhunde (es müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein), die Zieh-hunde, die vor den Karren gespannt werden (was man erfreulicherweise nicht mehr oft sieht), eig-nungsgeprüfte Schutzhunde und Hunde, die Schaf- und Rinderherden zusammenzuhalten haben. Für Wach- und Ziehhunde beträgt die Steuer nur 20 DM, für die übrigen Nutzhunde 30 DM im Jahr; für Gebrauchshunde hingegen sind 60 DM zu zahlen. 60 Deutsche Mark sind der regelmäßige Steuer-satz. Betrug doch die Zahl der **steuerpflichtigen Gebrauchshunde** in Hamburg am 1. Februar 1953 **40 093**, die Zahl der **Nutzhunde 12 153**. Von dem Regelsatz 60 DM gibt es aber auch Abweichungen nach oben, und zwar dann, wenn in einem Haushalt mehrere Hunde gehalten werden. Dann beträgt die Steuer für den zweiten Hund das Doppelte, für den dritten Hund das Dreifache, für den vierten das Vierfache und für den fünften und jeden weiteren Hund das Fünffache von 60 DM. Diese scharfe Progression der Steuer soll einer übermäßigen Hundehaltung entgegenwirken; denn die Hundesteuer, die übrigens schon 1858 geplant gewesen ist und 1866 eingeführt wurde, ist nicht nur eine fiskalische, sondern auch eine ord-nungs- und gesundheitspolizeiliche Angelegenheit. Es gäbe noch manches aus dem Hundesteuerrecht zu zitieren, aber für die Steuerstatistik möge das Gesagte genügen. Nur daß nach dem Stande vom 1. Februar 1953 **4469 Hunde steuerfrei** waren, muß noch hinzugefügt werden; dies sind u. a. die Führ-, Begleit- und Wachhunde für Schwerbeschädigte, für Blinde, Schwerhörige dritten Grades und für hilflose Personen; weiter Hunde an Bord von Schiffen und Dienst-hunde, z. B. Polizeihunde. Nachstehend die Ent-wicklung der **Einnahmen aus der Hundesteuer**, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich die Steuersätze ab 1. April 1950 erhöht haben:

Rechnungsjahr	Einnahmen aus Hundesteuer DM
20. 6. 48 bis 31. 3. 49 . . .	762 000
1949 . . . . .	1 690 000
1950 . . . . .	2 092 000
1951 . . . . .	2 431 000
1952 . . . . .	2 566 000

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1953 beträgt 2,5 Mill. DM.

Doch jetzt zu den genannten Verkehrsteuern. Von ihnen haben die Kapitalverkehrsteuer, die Versicherungsteuer, die Rennwett- und Lotteriesteuer gemeinsam, daß sie Umsatzsteuern eigener Art sind; ebenso wie die Grunderwerbsteuer, worauf schon hingewiesen wurde; die Umsätze, die unter diese Kategorien fallen, sind steuerfrei im Sinne des Umsatzsteuergesetzes (§ 4 Ziff. 9). Die Wechselsteuer, ebenfalls eine Verkehrsteuer, steht insofern gesondert da, als sie sich nicht auf Um-sätze, sondern auf die dem Wechsel eigene Form des Zahlungsverkehrs gründet.

## 11.

**Kapitalverkehrsteuer**  
4,2 Millionen DM

Das **Kapitalverkehrsteuergesetz** ist im Jahre 1922 aus einem der ältesten Steuergesetze des Reichs, dem Reichs-stempelgesetz vom Jahre 1881, hervorgegangen. Das Reichsstempelgesetz war nach und nach zu einer Zusammenfassung der verschiedensten Steuern geworden; es enthielt die Besteuerung von Aktien, Schuld- und Rentenverschreibungen, von Effektengeschäften und von Lotterielosen, Steuern auf Frachturkunden, Versicherungen, Personenfahrkarten, Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge, Aufsichtsratsvergütungen, Schecks und Grundstücksübertragungen. Das Kapitalverkehrsteuergesetz nahm anfangs hiervon vier Steuerarten in sich auf; eine Steuer auf den Kapitalumsatz, eine Steuer auf die Ausgabe von Wertpapieren, eine Steuer auf Geschäfte in Effekten und Devisen und eine Steuer auf Aufsichtsratsvergütungen. Die übrigen Materien aus dem Reichs-stempelgesetz wurden vom Reich in besonderen Gesetzen konzentriert: im Versicherungsteuergesetz, in dem Rennwett- und Lotteriegesetz, im Grunderwerbsteuergesetz, im Kraftfahrzeugsteuergesetz und im Beförderungsteuergesetz (Beförderung von Personen und Gütern auf Schienen- und mit Kraftfahrzeugen). Der Frachturkundenstempel und der Scheckstempel wurden aufgehoben.

Das Kapitalverkehrsteuergesetz gilt heute in der Fassung vom 16. Oktober 1934 in Verbindung mit dem Gesetz der Militärregierung Nr. 64. Es regelt die Gesellschaft-, die Wertpapier- und die Börsenumsatzsteuer. Die vierte Steuerart, die Steuer auf Aufsichtsratsvergütungen, hat sich in der Form gewandelt; bei der Einkommensteuer sind wir ihr bereits begegnet.

Durch die Gesellschaftsteuer wie durch die Wertpapiersteuer soll die Zuführung von Kapital an Kapitalgesellschaften erfaßt werden. Dabei besteht aber zwischen den beiden Steuerarten folgender Unterschied. Die Gesellschaftsteuer erstreckt sich auf das Kapital, das dem Eigenkapital der Gesellschaft gegen Aktien, GmbH.-Anteile usw. zuwächst; die Wertpapiersteuer auf diejenigen Kapitalbeträge, die gegen Schuldverschreibungen erworben werden und somit in der Bilanz der Gesellschaft als Fremdkapital erscheinen. In beiden Fällen ist die Besteuerung jeweils einmalig — besteuert wird der erste Erwerb; Steuerschuldner ist die Kapitalgesellschaft, welche die Mittel hereinnimmt. Veräußert der erste Erwerber die An-

teils- und Forderungsrechte wieder, dann wird, ebenso wie bei allen nachfolgenden Erwerbem, die Börsenumsatzsteuer fällig.

Die Gesellschaftsteuer ist von inländischen Kapitalgesellschaften und anderen ihnen im Gesetz gleichgestellten unpersönlichen Rechtsgebilden zu entrichten. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sind ausgenommen (weil ihre Geschäftsanteile nicht übertragbar sind). Entscheidend für das Steueraufkommen sind die wirtschaftlichen Vorgänge bei den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Die Gründung von Kapitalgesellschaften, Kapitalerhöhungen, Zuzahlungen für die Umwandlung von Aktien in Vorzugsaktien, Einbringung von Sacheinlagen sowie Darlehen der Gesellschafter, soweit das Darlehen einen Kapitalersatz darstellt, sind die häufigsten Anwendungsfälle der Gesellschaftsteuer. Ihr Steuersatz beträgt meistens 3 v. H. des zugeführten Kapitals (bei Sanierungen 1 ½ v. H.).

Seit 1949 hat sich das Aufkommen an Gesellschaftsteuer fast verdreifacht. Es sind eingegangen:

Rechnungsjahr	DM
1949 . . . . .	1 046 000
1950 . . . . .	1 980 000
1951 . . . . .	2 163 000
1952 . . . . .	2 930 000

In dieser Entwicklung der Erträge spiegelt sich eine gesteigerte wirtschaftliche Aktivität wider. Leider läßt sich das Steueraufkommen nicht nach der Art der Wirtschaftsvorgänge gliedern, die zur Steuerzahlung geführt haben. Wenn eine Analyse auch kein volles Bild ergäbe — gemeinnützige Unternehmungen, vor allem die Wohnungsbaugesellschaften mit ihrem großen Kapitalbedarf und die Versorgungsbetriebe unterliegen nicht der Gesellschaftsteuer —, so würde sie aber doch zu interessanten Aufschlüssen über Art und Maß der Neubegründungen von Gesellschaftsrechten auf wichtigen Gebieten der hamburgischen Wirtschaft führen.

Ein gleiches ist zu sagen in bezug auf die Wertpapiersteuer. Auch über sie ist nur das Aufkommen statistisch verzeichnet. Es liegt, um es vorweg zu sagen, sehr viel niedriger als bei der Gesellschaftsteuer. Im Rechnungsjahr 1949 waren es nur 99 000 DM, 1950 115 000, 1951 472 000 und im Rechnungsjahr 1952 638 000 DM. Die Steigerung ist allerdings relativ erheblich.

Der Wertpapiersteuer unterliegt bekanntlich die Ausstattung mit Fremdkapital, d. h. um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen, die Aufnahme von Kapital gegen Industrieobligationen, Pfandbriefe der Hypothekenbanken, Schiffspfandbriefe, Wandelschuld- und Rentenschuldverschreibungen. Voraussetzung ist, daß die Wertpapiere auf den Inhaber lauten oder durch Indossament übertragen werden können und verzinslich sind.

Ein erheblicher Teil der Anleihen und Schuldverschreibungen, die auf dem Kapitalmarkt er-

scheinen, ist von der Besteuerung ausgenommen. Dies gilt für Anleihen der öffentlichen Hand, der Bundesbahn und der ausschließlich von der öffentlichen Hand betriebenen Versorgungsunternehmen. Das gleiche gilt auf Grund der Steueränderungsverordnung vom Jahre 1941 für Schuldverschreibungen der öffentlichen Kreditanstalten, der anerkannten Hypotheken- und Schiffspfandbriefbanken und von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen.

Der regelmäßige Steuersatz beträgt 15 Pf je 10 DM des Nennwertes der Schuldverschreibung, somit nur 1,5 v. H. gegen 3 v. H. bei der Gesellschaftsteuer. Diese Differenzierung hat ihren Grund darin, daß bei der Ausstattung mit Eigenkapital die finanzielle Beweglichkeit der Gesellschaft größer ist als bei der Aufnahme von Fremdkapital. Das Eigenkapital (Aktien, Gesellschaftsanteile usw.) braucht bei ungünstigen Betriebsergebnissen nicht immer bedient zu werden. Die Aktiengesellschaft kann z. B. auf die Ausschüttung einer Dividende verzichten und das „Dividendenrecht“ des Gesellschafters der G. m. b. H. gilt nur für den Fall, daß ein Reingewinn anfällt; ist dies nicht der Fall, so geht er leer aus. Das Fremdkapital ist dagegen zu bedienen, wie auch immer die Lage der Kapitalgesellschaft sei. So werden z. B. die Zinsen für Schuldverschreibungen stets in der gesamten Höhe fällig und sind kalkulatorisch daher immer zu berücksichtigen.

Die Wertpapiersteuer ergänzt schließlich die Gesellschaftsteuer, die sich nur auf inländische Kapitalgesellschaften erstreckt, durch die Besteuerung des Erwerbs von Gesellschaftsrechten an ausländischen Kapitalgesellschaften.

Die Börsenumsatzsteuer — es darf hier nochmals hervorgehoben werden — steht dadurch im Gegensatz zur Gesellschaft- und zur Wertpapiersteuer, daß sie nicht den ersten Erwerb von Rechten, sondern deren spätere Umsätze belastet. Die Bezeichnung „Börsenumsatzsteuer“ ist insofern unzutreffend, als es für die Steuerpflicht nicht darauf ankommt, daß der Umsatz (z. B. die Veräußerung von Aktien oder Pfandbriefen) an der Börse oder auch nur zu börsenmäßigen Bedingungen vonstattent geht. Der Steuer unterliegt allgemein der Abschluß von sog. Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere. Ausgenommen sind lediglich alle Geschäfte, die die Zuteilung von Wertpapieren an den ersten Erwerber betreffen und daher schon der Wertpapier- oder der Gesellschaftsteuer unterliegen.

Die Höhe der Steuer ist nach der Art des Wertpapiers und der beteiligten Personen verschieden. Die Steuersätze liegen zwischen 3 und 22,5 Pf je angefangene 100 DM des vereinbarten Preises, des Marktpreises oder des Wertes der Wertpapiere (von Steuerfreiheit bei bestimmten Schatzanweisungen abgesehen). Nur Anschaffungsgeschäfte über Anteile der Gesellschaften mit beschränkter Haftung unterliegen einem einheitlichen Steuersatz von 75 Pf je 100 DM.

Am höchsten werden die sog. Privatgeschäfte und die Kundengeschäfte besteuert. An Privat-

geschäften ist kein Händler beteiligt, während bei Kundengeschäften einer der Partner Händlereigenschaft hat. Händlergeschäfte, an denen ausschließlich Händler beteiligt sind, kommen dagegen nur mit dem halben Satz zur Versteuerung. Der Begriff des Händlers ist genau umschrieben; in der Händlerliste bei der Handelskammer finden sich Banken, Bankiers und Makler.

Bei öffentlicher Beurkundung der Anschaffungsgeschäfte ergeht über die Börsenumsatzsteuer ein formloser Steuerbescheid. Bei den nicht öffentlich beurkundeten Privatgeschäften wird die Steuer durch Verwendung von Börsenumsatzsteuermarken auf den Schlußnoten entrichtet. Bei den nicht öffentlich beurkundeten Händler- und Kundengeschäften wird die Steuer über laufende Abrechnungskonten gezahlt.

Das Einkommen an Börsenumsatzsteuer betrug im

Rechnungsjahr	insgesamt DM	davon durch Börsenumsatzsteuermarken DM
1949 . . . . .	241 000	8 000
1950 . . . . .	342 000	16 000
1951 . . . . .	779 000	21 000
1952 . . . . .	665 000	63 000

## 12.

**Wechselsteuer**  
7,3 Millionen DM

Wie die Kapitalverkehrsteuer, die ihren Ausgang im Reichsstempelgesetz von 1882 hat, blickt auch die **Wechselsteuer** auf ein ehrwürdiges Alter zurück. Der Norddeutsche Bund hatte sie für seinen Bereich im Jahre 1869 aus einzelstaatlichen Regelungen neugeformt, und 1879 wurde ein reichseinheitliches Wechselsteuerrecht geschaffen. Gegenwärtig gilt in der Bundesrepublik das aus dem Reichsrecht übernommene Wechselsteuergesetz vom 2. September 1935 mit einigen Änderungen; insbesondere durch das Gesetz 64 der Militärregierung.

- Der Steuer unterliegt, von seltenen Ausnahmen abgesehen, der Zahlungsverkehr mit Wechseln und wechselähnlichen Urkunden (letztere sind praktisch ohne Bedeutung). Sobald ein Wechsel in den Verkehr gegeben wird, ist er steuerpflichtig. Am Wechselverkehr sind in der Regel Kaufleute und Kreditinstitute beteiligt, aber auch jeder Privatmann kann einen Wechsel ausstellen oder auf sich ziehen lassen (was bei Teilzahlungsgeschäften jetzt häufig geschieht). Schecks im Sinne des Scheckgesetzes fallen nicht unter das Wechselsteuerrecht.

Die Steuer wird durch Wechselsteuermarken entrichtet, die an den Postschaltern zu erwerben sind. Die Marken sind auf die Rückseite des Wechsels zu kleben und zu entwerten. Der Steuersatz beträgt im Inlandverkehr 15 Pf für jede 100 DM Wechselsumme. Bei einem Wechsel, der vom Inland auf das Ausland gezogen und im Ausland zahlbar ist, und bei einem Wechsel, der vom Ausland auf das Inland gezogen und hier in Deutscher Mark zu begleichen ist, ermäßigt sich der Steuer-

satz um die Hälfte. Außer diesen Steuerermäßigungen gibt es im Auslandsverkehr unter bestimmten Voraussetzungen auch Steuerbefreiungen. Weitere Vergünstigungen erfahren neuerdings Wechsel, die der Finanzierung des Exports dienen.

Das Wechselsteuereinkommen in Hamburg betrug

vom 20. 6. 1948 bis 31. 3. 1949	1 974 000 DM
im Rechnungsjahr 1949	5 366 000 "
" "	1950 7 022 000 "
" "	1951 7 746 000 "
" "	1952 6 858 000 "

Im Haushaltsplan 1953 sind 7 300 000 DM veranschlagt.

Einen Rückschluß auf die Wechselvolumen erlauben die Zahlen über die Steuereingänge nicht, weil die Anteile der steuerbegünstigten Wechselurkunden unbekannt sind. Auf jeden Fall sind es Summen in der Größenordnung von mehreren Milliarden DM, was sich schon — in unterster Begrenzung — aus der Umrechnung nach dem regelmäßigen Steuersatz ergibt (1949: 3,6, 1952: 4,6 Milliarden DM). Bei dem Umfang dieses in Hamburg besteuerten Wechselumschlages darf aber nicht nur an den Wechsel als Zahlungsmittel im Warenverkehr usw. gedacht werden, sondern man muß berücksichtigen, daß die Wechselform auch der Kreditbeschaffung, der Sicherung von Forderungen und anderen Zwecken dient.

## 13.

**Versicherungsteuer**  
14 Millionen DM

Wir fügen nun in die Textfolge eine Verkehrsteuer ein, die wiederum zugleich an Stelle der Umsatzsteuer steht: die **Versicherungsteuer**, die den Geldumsatz im Versicherungswesen zum Gegenstand hat.

Der Versicherungsteuer unterliegt die Zahlung von Versicherungsentgelten, d. s. hauptsächlich Prämien, Beiträge, Umlagen, Eintrittsgelder sowie Gebühren für die Ausfertigung des Versicherungsscheines. Steuerschuldner ist der Versicherungsnehmer. Wer also eine Lebensversicherung, eine Hausrat-, eine Vieh-, eine Hagel-, eine Kraftfahrzeug-, eine Reisegepäckversicherung abschließt, muß Versicherungsteuer zahlen. Sie wirkt sich als eine laufende Belastung des Versicherungsnehmers aus, denn sie wird bei jeder Prämienzahlung fällig. Die Versicherungsgesellschaft haftet für die Steuer und führt sie an das Finanzamt ab. Der Versicherer stellt den Steuerbetrag dem Versicherungsnehmer in Rechnung, sei es, daß die Steuer bereits in die Versicherungsprämie einkalkuliert ist, sei es, daß sie als Sonderposten auf der Abrechnung erscheint.

Es gibt eine Reihe von Steuerbefreiungen aus sozialen Motiven. Steuerfrei sind vor allem gesetzliche Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherung). Lebensversicherungen sind dann ausgenommen, wenn die Versicherungssumme 500 DM nicht überschreitet oder die versicherte Jahresrente nicht höher als 60 DM ist. Versicherungen von Vieh aus Kleinviehhaltungen sind steuerfrei, wenn die Versicherungssumme 3000 DM nicht übersteigt.

Der Steuersatz ist unterschiedlich, je nachdem, ob es sich um eine Personen- oder um eine Sachversicherung handelt. Der umfangreiche Katalog der Personenversicherung reicht von allen Arten der Lebensversicherung über die Krankenversicherung bis zur Aussteuer- und Sparversicherung. Für alle Sparten der Personenversicherung beträgt der Steuersatz 2 v. H. des Versicherungsentgeltes. Sachversicherungen fast aller Art sind dagegen mit 5 v. H. der Entgelte zu versteuern (anders geregelt ist die Hagelversicherung, und für die Schiffskaskoversicherung gilt heute noch der Satz von 2 v. H.).

Die Bedeutung Hamburgs als Handels- und Verkehrsplatz und als Sitz großer Versicherungsunternehmen — die hamburgische Versicherungswirtschaft zählte im Herbst 1950 rund 4500 Beschäftigte — wird aus dem Aufkommen an Versicherungsteuer ersichtlich. Es betrug

im Rechnungsjahr 1949	9 017 000 DM
„ „ 1950	10 764 000 „
„ „ 1951	14 180 000 „
„ „ 1952	14 888 000 „

Beteiligt an diesen Steuerabführungen waren nach dem Stande vom Ende des Jahres 1952 191 Sachversicherer, 137 Lebensversicherer, 11 Krankenversicherer, ferner 42 Versicherungsmakler und 24 Versicherungsvertreter.

#### 14.

##### Feuerschutzsteuer 1,8 Millionen DM

Die 138 Feuerversicherer unter den Sachversicherern werden noch durch eine besondere Besteuerung berührt, nämlich durch die **Feuerschutzsteuer**, und zwar sind sie hier in der Position der Steuerschuldner, während die Versicherer bei der Versicherungsteuer bekanntlich für die Steuer nur haften und Steuerschuldner die Versicherungsnehmer sind. Die Feuerschutzsteuer wurde im Jahre 1939 reichsgesetzlich eingeführt; damit kamen die früheren Löschbeiträge der Feuerversicherungsunternehmen in Fortfall. Die Steuer wird zur Förderung des Feuerlöschwesens und des vorbeugenden Brandschutzes erhoben. Besteuert wird die Entgegennahme von Versicherungsentgelten aus Feuerversicherungen. Eine Versicherung kann ausschließlich das Feuerrisiko zum Gegenstande haben (Regelfall der Immobilienversicherung bei den öffentlichen Feuerkassen) oder sie kann eine verschiedene Risiken deckende Versicherung sein (Hausrat-, Transport-, Lagerversicherung); für den letzten Fall sind über die Beteiligung an der Feuerschutzsteuer besondere Bestimmungen getroffen.

Die Steuersätze betragen

1. bei öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen
  - a) wenn das Versicherungsverhältnis auf Grund eines gesetzlichen Zwanges oder eines Versicherungsmonopols entsteht 12 v. H.
  - b) in den übrigen Fällen 6 „

2. bei privaten Versicherungsunternehmen 4 v. H. des Gesamtbetrages der Versicherungsentgelte.

Das Aufkommen an Feuerschutzsteuer verbleibt Hamburg nur zu einem Teil und nur der Betrag, der Hamburg verbleibt, ist im hamburgischen Haushaltsplan aufgeführt. Die Länder der Bundesrepublik haben miteinander vereinbart, die Erträge der Feuerschutzsteuer so aufzuteilen, daß sie den einzelnen Ländern nach dem Verhältnis der in ihrem Gebiet belegenen Versicherungsobjekte zufließen.

Dieses Verhältnis richtet sich nach Berechnungsgrundlagen, die durch eine repräsentative Erhebung der Versicherungsgesellschaften gewonnen worden sind. Demzufolge ist Hamburg an der im Bundesgebiet aufkommenden Feuerschutzsteuer aus privaten Versicherungsunternehmen mit 6,21 v. H. beteiligt (Schleswig-Holstein mit 4,30, Bremen mit 2,25 v. H. usw.). Das Steueraufkommen aus den öffentlich-rechtlichen Versicherungen verbleibt den einzelnen Ländern im Prinzip ganz, da es hier durchweg keine regionalen Überschneidungen gibt. Die Länder-Vereinbarung ist erstmals für das Rechnungsjahr 1950 gültig geworden.

Rechnungsjahr	Es sind in Hamburg an Feuerschutzsteuer		
	im ganzen eingegangen	davon auf Grund der Ländervereinbarung an andere abgeführt	somit Hamburg verblieben
	DM	DM	DM
1949	1 347 000	—	1 347 000
1950	1 483 000	609 000	874 000
1951	1 960 000	733 000	1 227 000
1952	2 313 000	1 061 000	1 252 000

Als Nettoeinnahme für 1953 sind 1 800 000 DM im Haushaltsplan veranschlagt.

#### 15.

##### Rennwett- und Lotteriesteuer 10,8 Millionen DM

Die letzte der Verkehrssteuern, die Befreiung von der allgemeinen Umsatzsteuer bewirkt, ist die **Rennwett- und Lotteriesteuer**. Daß sie sich gleichfalls aus dem alten Reichsstempelrecht entwickelt hat, war schon gesagt. Ihre heutige bundeseinheitliche Rechtsgrundlage ist das aus dem Reichsrecht überkommene Rennwett- und Lotteriegesezt vom Jahre 1922; materiell ist das Gesetz nur zweimal wesentlich geändert worden: einmal im Jahre 1924, indem die steuerfreie Grenze bei Lotterien und Ausspielungen auf 15 Mark und bei Ausspielungen zu ausschließlich mildtätigen Zwecken auf 3000 Mark festgesetzt wurde, und zweitens im Jahre 1933, indem der Gesetzgeber die Buchmachersteuer von 10 auf 16% v. H. des Wetteinsatzes erhöht hat, welcher Steuersatz bei Totalisatorwetten schon seit 20 Jahren rechtens war.

Das Gesetz ist nicht nur ein Steuergesetz, sondern in erster Linie enthält es Vorschriften über die Zulassung von Totalisatorunternehmen und Buchmachern, über das Zustandekommen der Wetten

und manches mehr. Als Rennwettgesetz bezieht es sich ausschließlich auf Pferderennen und andere Leistungsprüfungen für Pferde.

Die Genehmigung zum Betrieb eines Totalisators wird nur an Rennvereine und nur unter bestimmten Bedingungen erteilt. Der Totalisatorunternehmer (Rennverein) ist lediglich ein Vermittler der Wetten, die die Wettenden untereinander eingehen; er zahlt nach Abzug der Rennwettsteuer und seiner Unkosten die Totalisatoreinnahmen an diejenigen Wettenden, die „richtig gesetzt“ hatten, im Verhältnis ihrer Wetteinsätze wieder total aus.

Die Buchmacher sind erst auf Grund des Gesetzes von 1922 konzessioniert worden; bei der Rechtslage, die vorher bestand, galt die sich mehr und mehr verbreitende private Wettvermittlung als verbotenes Glücksspiel. Bei den zugelassenen Buchmachern können alle Wetten getätigt werden, die auch der Totalisator annimmt. Darüber hinaus kann bei Buchmachern auf ausländische Rennen „gesetzt“ werden. Die Buchmacherwetten können Wetten zum Totalisatorkurs oder zu einem von vornherein für den Gewinnfall festgelegten Auszahlungskurs sein. Da der Buchmacher im Gegensatz zum Totalisator ein großes Risiko eingeht, wenn er zum Totalisatorkurs abschließt, sind bestimmte Beschränkungen der Totalisatorquote auf einen Höchstsatz (sog. Limits) allgemein üblich geworden (z. B. bei Galopprennen Einzelwetten: Sieg 300 für 10, Platz 80 für 10). Weiter wollen wir uns aber hier in dieses Spezialgebiet nicht verlieren.

In Hamburg sind 3 Rennsportvereine totalisatorsteuerpflichtig, nämlich zwei Trabrennvereine, der Altonaer Renn-Club und der Trabrennverein Hamburg-Farmsen sowie als Galopprennverein der Hamburger Renn-Club. Die Zahl der zugelassenen Buchmacher beläuft sich in Hamburg gegenwärtig auf 39.

Das Aufkommen an Totalisatorsteuer und an Rennwettsteuer bei den Buchmachern stellte sich in Hamburg seit dem 1. April 1949 wie folgt:

Steuerart	Rechnungsjahre			
	1949 DM	1950 DM	1951 DM	1952 DM
Totalisatorsteuer	2 984 000	2 258 000	2 441 000	2 203 000
Steuer auf Buchmacherwetten	1 862 000	1 489 000	1 550 000	1 424 000
zusammen	4 846 000	3 747 000	3 991 000	3 627 000

Da der Steuersatz bei beiden Wettformen auf  $\frac{1}{6}$  der Wetteinsätze festgelegt ist, kann aus dem Steueraufkommen unschwer auf den gesamten Wetteinsatz in Hamburg gefolgert werden; er betrug in den Rechnungsjahren 1949 — 1951 29,1, dann 22,5, dann 23,9 Millionen DM. Im ersten Rechnungsjahr nach der Währungsreform war der Wetteinsatz seither also am höchsten, danach hat die Verbreitung des Fußballtotos das Rennwettgeschäft beeinträchtigt.

Die Trennung von Totalisator- und Buchmachersteuer findet ihre Begründung in § 16 des Gesetzes, wonach die Rennvereine, die einen Totalisator betreiben, bis zu 96 v. H. des Aufkommens der Totalisatorsteuer zu Zwecken der öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde erhalten. Die Totalisatorsteuer ist also zweckgebunden. Demgemäß sind im hamburgischen Haushaltsplan 1953 bei der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft unter den Allgemeinen Haushaltsausgaben 2 210 000 DM als Anteile der Rennvereine am Totalisatoraufkommen ausgewiesen.

Zum andern behandelt das Gesetz die Besteuerung von Lotterien und Ausspielungen. Zwischen beiden Veranstaltungen wird im Lotterieggesetz steuerlich kein Unterschied gemacht. Das frühere Reichsgericht hat in einem Urteil 1911 ausgesprochen, daß eine Lotterie vorläge, „wenn jemand für eigene Rechnung sich einem anderen gegenüber schuldrechtlich verpflichtet, nach einem festgesetzten Plane beim Eintritt eines ungewissen, wesentlich vom Zufall abhängigen Ereignisses dem anderen einen bestimmten Geldgewinn zu gewähren, während der andere unbedingt einen bestimmten Geldbetrag, den Einsatz, zu zahlen hat“. Ein bestimmter Einsatz, ein ungewisser Gewinn, der allein oder hauptsächlich vom Zufall abhängt, ist auch das Wesen der Ausspielung; bei der Lotterie geht es aber ausschließlich um Geldgewinne, bei der Ausspielung dagegen meistens um Sachwerte oder um beides. Verwaltungsrechtlich (Genehmigungspflicht, Abgrenzung zwischen Glücks- und Geschicklichkeitsspielen) und strafrechtlich (verbotene Glücksspiele) bietet die Materie vielerlei Schwierigkeiten. Aber das soll hier nicht interessieren.

In Hamburg haben im Rechnungsjahr 1951 417 lotteriesteuerpflichtige Fälle (einschl. Ausspielungen) vorgelegen; vom 1. April 1952 bis 31. März 1953 wurden 369 Fälle verzeichnet. Die hauptbeteiligten Veranstaltungen sind:

- die Nordwestdeutsche Klassenlotterie,
- die Lotterien charitativer Verbände (Deutsches Rotes Kreuz, Deutsche Hilfsgemeinschaft, Arbeiterwohlfahrt, Innere Mission),
- die Funklotterie des Nordwestdeutschen Rundfunks („Wer hört — gewinnt“),
- das Prämiensparen bei zwei Hamburger Sparkassen,
- die Fußballwetten (Fußballtoto).

Außer diesen weit bekannten Lotterien usw. sind mancherlei andere Veranstaltungen, wie Preisausschreiben, Vereinsverlosungen (Tombolen) lotteriesteuerpflichtig geworden, soweit die Öffentlichkeit der Veranstaltung nach den tatsächlichen Umständen zu bejahen war. Denn die Öffentlichkeit einer Veranstaltung ist für die Steuerpflicht einer Lotterie oder Ausspielung wesentliche Voraussetzung. Eine Einschränkung der Steuerpflicht und eine Verwaltungsvereinfachung liegt in der oben bereits angedeuteten Steuerfreiheit bei Ausspielungen,

bei denen der Gesamtwert der Lose (jeweils in einem Ausspielungsgang) 15 DM nicht übersteigt. Das führt zur Steuerfreiheit bei den meisten Losbuden, Drehrädern und dergleichen auf Jahrmärkten (dafür tritt aber die Umsatzsteuer ein und, was aber hiermit nicht im Zusammenhang steht, die Lustbarkeitsteuer).

Der Steuersatz ist für Lotterien und Ausspielungen praktisch der gleiche wie für Rennwetten, also 16% v. H. des Einsatzes.

Das Aufkommen an Lotteriesteuer betrug in Hamburg im

Rechnungsjahr	1950	6 026 000 DM
"	1951	7 015 000 "
"	1952	6 794 000 "

Auch hier ist wieder der Rückschluß auf den Gesamteinsatz bei Lotterien und Ausspielungen durch Versechsfachung des Steueraufkommens ohne weiteres möglich. Demgemäß sind in Hamburg bei lotteriesteuerpflichtigen Veranstaltungen im Rechnungsjahr 1950 36,2 Millionen DM, im Rechnungsjahr 1951 42,1 Millionen DM vom Publikum eingesetzt worden. Zusammen mit den Rennwetten waren es vom Frühjahr 1950 auf das Frühjahr 1951 58,7 und im nächsten 12monatigen Zeitabschnitt 66 Millionen DM, die in Gewinnhoffnung aufs Spiel gesetzt wurden.

Wo nun schon einmal vom Fußballtoto hier die Rede war, soll noch angeführt werden, daß das Land Hamburg außer mit der Lotteriesteuer mit einem Staatsanteil von 20 v. H. an dem Reinertrag der Gesellschaft für Fußballwetten m. b. H. beteiligt ist. Die hieraus fließenden Beträge — im Rechnungsjahr 1951 waren es 2,2 Millionen DM — werden zur Förderung des Sports verwendet; sie kehren auf der Ausgabeseite des Haushalts wieder.

## 16.

**Kraftfahrzeugsteuer**  
20,5 Millionen DM

Von allen Verkehrsteuern, die Hamburg erhebt, bringt den größten Ertrag die Kraftfahrzeugsteuer. Das Aufkommen liegt im Rechnungsjahr 1952 mit rd. 20 Millionen DM um 5 Millionen DM über dem der Versicherungsteuer. Daß sich die Kraftfahrzeugsteuer aus dem alten Reichsstempelrecht entwickelt hat, wurde bereits gesagt. Die Besteuerung der Kraftfahrzeuge ist immer vom Reich geregelt gewesen (von älteren Weggeldern usw. abgesehen). Auch im Bundesgebiet ist die Kraftverkehrsbesteuerung einheitlich geblieben, was sich verkehrswirtschaftlich ohne weiteres erklärt.

Ursprünglich war die Steuer als Aufwandsteuer gedacht und deshalb auf Personenfahrzeuge, soweit sie nicht gewerbsmäßig genutzt wurden, beschränkt. Im Jahre 1922 setzte sich bei allmählich fortschreitender Motorisierung der Gedanke einer allgemeinen Besteuerung durch, wobei die durch den Kraftfahrzeugverkehr erhöhten Straßenbaukosten das stärkste Motiv waren. Seitdem sind (mit einigen Ausnahmen in den Jahren von 1933 bis 1945) Kraftfahrzeuge aller Art der Steuer unterworfen: die

Zwei- und Dreirad-Kraftfahrzeuge, die Personenkraftwagen, die Lastkraftwagen, die Kraftomnibusse, die Zugmaschinen und seit 1947 (vorübergehend schon von 1931 bis 1933) auch die Anhänger. Steuerpflichtig ist „das Halten eines Kraftfahrzeuges oder eines Anhängers zum Verkehr auf öffentlichen Straßen“. Die Steuerpflicht wird bei Beachtung bestimmter Modalitäten unterbrochen, wenn ein „Halter“ sein Fahrzeug vorübergehend aus dem Verkehr zieht, was im Winter sehr häufig der Fall ist.

Über den Kraftfahrzeugbestand in Hamburg sind in „Hamburg in Zahlen“ in den letzten Jahren mehrere Veröffentlichungen erschienen. Am 1. Januar 1953 wurden gezählt:

24 336	Krafträder
44 657	Personenkraftwagen
407	Kraftomnibusse
25 627	Lastkraftwagen
859	Sonderfahrzeuge (für Zwecke der Feuerwehr, Polizei, Straßenreinigung usw.)
1 892	Zugmaschinen
97 778	Kraftfahrzeuge insgesamt,

dazu kamen 13 212 Anhänger.

Welchen Umfang die Steuerunterbrechung während der Wintermonate hat, geht daraus hervor, daß von dem eben genannten Bestand am 1. Januar 1953 stillgelegt waren:

8341	Krafträder
3706	Personenkraftwagen
64	Kraftomnibusse
2081	Lastkraftwagen
208	Zugmaschinen
65	Sonderfahrzeuge
1128	Anhänger

Die Steuer wird bei Zwei- und Dreiradkraftfahrzeugen und bei Personenkraftwagen nach dem Hubraum berechnet; sie beträgt jährlich bei der ersten Gruppe 12 DM, bei Personenkraftwagen 18 DM je 100 ccm Hubraum (oder einen Teil davon). Zur Illustration dieses Tarifs: Von den in den Jahren 1951 und 1952 zugelassenen fabrikneuen 7550 Motorrädern hatten 3827, also 50,7 v. H., einen Hubraum über 125 und unter 250 ccm. Von den in den gleichen Jahren in den Verkehr gestellten 17 798 neuen Personenkraftwagen hatten 11 780, also 66,2 v. H., einen Hubraum von 1000 bis 1499 ccm; die Steuer für Pkw's liegt daher am häufigsten zwischen 180 und 270 DM im Jahr.

Der Steuersatz für alle anderen Kraftfahrzeuge (mit Ausnahme der Zugmaschinen) wird nach dem Eigengewicht des Fahrzeuges berechnet; dies gilt insbesondere für Lastkraftwagen. Für je 200 kg von dem Eigengewicht bis zu 2400 kg werden 45 DM in Ansatz gebracht, von dem Eigengewicht über 2400 kg alsdann nur 15 DM je 200 kg. Es sind z. B. zu zahlen bei einem Eigengewicht von 2000 kg 450 DM, von 4000 kg 660 DM, von 6000 kg 810 und von 8000 kg 960 DM im Jahr.

Die fabrikneuen (4rädri gen) 2099 Lastkraftwagen, die 1952 in Hamburg zur Zulassung kamen, waren

zu 79 v. H. Fahrzeuge mit einem Eigengewicht bis zu 2400 kg; die Steuer hierfür liegt am häufigsten zwischen 180 und 315 DM im Jahr. Nur 21 v. H. der Neuzulassungen hatten ein Eigengewicht über 2400 kg; hier liegt die Steuer am häufigsten zwischen 600 und 645 DM im Jahr.

Das Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer betrug

vom 20. 6. 1948 bis 31. 3. 1949	7 874 000 DM
im Rechnungsjahr 1949	13 538 000 "
" "	1950 16 006 000 "
" "	1951 18 409 000 "
" "	1952 19 939 000 "

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1953 beträgt 20,5 Millionen DM.

## 17.

### Lustbarkeitsteuer 9,1 Millionen DM

Wir kommen zur **Lustbarkeitsteuer**, die zu den Gemeindesteuern zählt. Sie hat eine alte Geschichte. Als Abgabe von den öffentlichen Vergnügen war sie in Hamburg schon im Ausgang des 18. Jahrhunderts bekannt. Bis zum Jahre 1926 galt ein Reglement aus dem Jahre 1911, das nach dem Kriege wiederholt geändert worden war. Im Jahre 1926 erließ zum erstenmal das Reich aus dem Komplex des Finanzausgleichs heraus Bestimmungen über die Vergnügungsteuer. Die Länder und Gemeinden hatten jedoch das Recht, in eigenen Steuerordnungen von den Reichsbestimmungen in gewissen Grenzen abzuweichen. Hamburg erließ darauf das Lustbarkeitsteuergesetz vom 30. September 1926, das im Jahre 1934 die Fassung erhalten hat, die unter Berücksichtigung einer Verordnung der Militärregierung vom Jahre 1946 heute in Geltung ist.

Steuerpflichtige Veranstaltungen sind u. a. Tanzbelustigungen, Volksbelustigungen (Jahrmärkte usw.), Zirkus- und Varietévorstellungen, Sportveranstaltungen, Vorführung von Bildstreifen, Theatervorstellungen, Konzerte, Vorträge, Vorführungen der Tanzkunst. Es gibt aber eine Reihe von wichtigen Steuerbefreiungen, insbesondere für Veranstaltungen, die ausschließlich der Belehrung, der Jugendpflege, der Förderung der Leibesübungen dienen; steuerbefreit sind Theater, die im öffentlichen Interesse von der Hansestadt unterhalten oder wesentlich unterstützt werden (Staatsoper, Schauspielhaus, Thaliatheater, Niederdeutsche Bühne).

Die Steuer kann in verschiedenen Formen erhoben werden: als Kartensteuer, die nach Preis und Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten berechnet wird, oder als Pauschsteuer mit einem Vielfachen des Eintrittspreises oder als Raumsteuer nach der Größe des benutzten Raums, schließlich als Wertsteuer bei Veranstaltungen mit Ausspielungen oder als Sondersteuer von der Roheinnahme. Die Steuersätze sind auch innerhalb dieser einzelnen Formen recht unterschiedlich. Zudem gibt es Unterschiede zwischen dem alten hamburgischen Gebiet und den ehemals preußischen Gebietsteilen. Wir wollen es

uns deshalb versagen, die Tarife hier wiederzugeben. Nur daß die Kartensteuer, der häufigste Anwendungsfall, im allgemeinen zwischen 10 bis 31 v. H. des Eintrittspreises liegt, sei erwähnt.

Vom Ertrage her gesehen, ist das Kernstück der Lustbarkeitsteuer in Hamburg die Steuer für die Vorführung von Bildstreifen, also die Lustbarkeitsteuer, die von den Lichtspieltheatern an die Steuerbehörde abzuführen ist. Sie ist im Rechnungsjahr 1953 mit 6,8 Millionen DM im Haushalt veranschlagt, während das Aufkommen an Lustbarkeitsteuer für alle anderen Veranstaltungen nur mit 2,3 Millionen DM beziffert wird.

Hamburg hatte im Jahre 1938 105 Lichtspieltheater mit 67 261 Plätzen; die Zahl der Besucher belief sich von Anfang bis Ende des Jahres auf 23,1 Millionen. Der Krieg hat zahlreiche Lichtspieltheater zerstört, aber manche neue Häuser, wenngleich durchweg kleinerer Baugröße, sind an ihre Stelle getreten. Am Ende des Jahres 1952 gab es in Hamburg 141 Lichtspieltheater mit 69 282 Plätzen, also **etwa 2000 Plätze mehr als vor dem Kriege**. Die Zahl der Besucher betrug im Jahre 1951 23,7 Millionen, im Jahre 1952 29,0 Millionen. Die Hamburger gehen jetzt also häufiger „ins Kino“ als vor dem Kriege, jetzt durchschnittlich etwa 17 mal im Jahre gegen 13,6 mal im Jahre 1938.

Der Steuersatz errechnet sich für die Lichtspieltheater aus der Basissteuer (15 v. H. vom Grundpreis) zuzüglich der Zusatzsteuer (25 v. H. auf den Grundpreis einschließlich Basissteuer). Das sind zusammen rd. 31 v. H. des Gesamteintrittspreises. In dem Preis der Eintrittskarte von 1 DM sind also 31 Pf Steuer enthalten. Wird im Rahmen der Filmvorführung ein anerkannter Kultur- oder Dokumentarfilm gezeigt, so ermäßigt sich der Steuersatz in der Regel auf 25 v. H. des Gesamteintrittspreises. Die Ist-Einnahmen an Lustbarkeitsteuern für die Vorführung von Bildstreifen stellten sich wie folgt:

vom 20. 6. 1948 bis 31. 3. 1949	5 898 000 DM
im Rechnungsjahr 1949	7 202 000 "
" "	1950 5 787 000 "
" "	1951 7 134 000 "
" "	1952 7 189 000 "

Aus dem Steueraufkommen abgeleitet, ergibt sich bei Anwendung des Steuersatzes von 25 v. H., daß **die hamburgische Bevölkerung mindestens 29 Millionen DM im Jahre für den Besuch des Lichtspieltheaters aufwendet**; das sind **je Kopf** (auf alle Altersklassen bezogen) aber **kaum mehr als 17 DM im Jahr**.

An Lustbarkeitsteuern für andere Veranstaltungen als Lichtspielvorführungen sind bei den Steuerkassen eingegangen:

vom 20. 6. 1948 bis 31. 3. 1949	1 713 000 DM
im Rechnungsjahr 1949	1 850 000 "
" "	1950 1 725 000 "
" "	1951 2 228 000 "
" "	1952 2 215 000 "



Und nun am Schluß der Reihe die Biersteuer und die Gemeindegetränksteuer.

### 18.

**Biersteuer**  
9,2 Millionen DM

Die **Biersteuer** war viele Jahrzehnte eine Brausteuer, eine Besteuerung der Rohstoffe, die für die Herstellung des Bieres verwendet werden. Erst im Jahre 1918 kam es zur Besteuerung des fertigen Bieres. Heute gilt in der Bundesrepublik das frühere Reichsgesetz vom 28. März 1931 in der Neufassung des Steuertarifs vom 14. August 1950.

In Hamburg arbeiten 6 Brauereibetriebe, in denen rd. 1750 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Der Bierausstoß der Hamburger Brauereien betrug in den Rechnungsjahren

1949	420 283 hl	1951	712 681 hl
1950	535 336 hl	1952	748 703 hl

Besteuert wird in 8facher Mengenstaffelung und mit einer Differenzierung der Steuersätze nach dem Stammwürzegehalt des Bieres. Es wird zwischen Einfachbier (Stammwürzegehalt 2 — 5,5 v. H.), Schankbier (7 — 8 v. H.), Vollbier (11 — 14 v. H.) und Starkbier (über 16 v. H.) unterschieden. Fast die gesamten in Hamburg erzeugten Biermengen sind Vollbier (96,5 v. H.), das übrige entfällt auf Starkbier. Schank- und Einfachbiere werden in Hamburg nicht mehr hergestellt.

Vollbier ist mit 12 bis 15 DM je 100 hl zu versteuern; für die ersten 2000 hl der Jahresproduktion sind 12 DM, für die folgenden 8000 hl 12,30 DM zu zahlen usw., bis bei einer Erzeugung von mehr als 120 000 hl im Jahre der Satz von 15 DM in Kraft tritt. Von den in Hamburg versteuerten Vollbiermengen sind im Rechnungsjahre 1952 25,2 v. H. zum höchsten Satz versteuert worden. Für Starkbier wird das Anderthalbfache, für Schankbier dreiviertel, für Einfachbier die Hälfte der Steuersätze für Vollbier erhoben.

Die Zunahme der Biererzeugung in Hamburg in den letzten Jahren ist auch dem Wiederaufleben des Exports zu verdanken. **Von Hamburger Brauereien wurden in den Rechnungsjahren**

1950 . . . . .	47 859 hl
1951 . . . . .	83 320 hl
1952 . . . . .	57 601 hl

in das Ausland versandt. Das Ausfuhrbier ist steuerfrei (außerdem der sogenannte Haustrunk).

Demnach wurden versteuert

in den Rechnungsjahren	Menge in hl	Steuereinnahme DM
1949 . . . . .	393 630	8 497 000
1950 . . . . .	469 666	9 783 000
1951 . . . . .	596 475	8 035 000
1952 . . . . .	654 490	9 072 000

Für das Rechnungsjahr 1953 sind 9,2 Millionen DM veranschlagt.

### 19.

**Gemeindegetränksteuer**  
7,5 Millionen DM

Die **Gemeindegetränksteuer** geht auf das Jahr 1930 zurück. Sie hat zum Ausgangspunkt die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930. Durch eine der vielseitigen Bestimmungen dieser Notverordnung erhielten die Gemeinden, „deren Haushalt durch Wohlfahrtslasten in außerordentlichem Umfang belastet ist“, die Befugnis, mit Zustimmung ihrer Landesregierung eine Gemeindegetränksteuer zu erheben, und zwar auf Wein, weinähnliche und weinhaltige Getränke, Trinkbranntwein, Mineralwasser und künstlich bereitete Getränke sowie Kakao, Kaffee, Tee und andere Auszüge aus pflanzlichen Stoffen, soweit diese Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle entgeltlich abgegeben werden. Bier, Milch, Fleischbrühe, reine Obst- und Traubensäfte und Süßmoste sind hiervon ausgenommen.

Der Steuer unterworfen ist somit der Getränkeverzehr in Gaststätten, an Imbißständen, Trinkhallen usw. Der Steuersatz beträgt in Hamburg 10 v. H. des Ausschankpreises (Steuerpauschalierungen, wie in der Hamburger Verordnung vom 25. 9. 1947 vorgesehen, kommen nicht zur Anwendung). Das **Steueraufkommen** betrug

vom 20. 6. 1948 bis 31. 3. 1949	3 639 000 DM
im Rechnungsjahr 1949	5 626 000 „
„ „ 1950	5 630 000 „
„ „ 1951	6 437 000 „
„ „ 1952	6 457 000 „

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich das Aufkommen reichlich verdoppelt (1938: 3 220 000 RM). Das liegt aber nicht etwa an einem höheren Verzehr — das Gegenteil dürfte der Fall sein —, sondern an dem weit höheren Preisniveau, vor allem für Spirituosen und Kaffee, also gerade für diejenigen Getränke, die in Hamburg neben dem Bier die entscheidende Rolle spielen. Daß für Spirituosen und Kaffee die steuerlichen Belastungen, die vor der Gemeindegetränksteuer liegen, höhere geworden sind, weil nach dem Kriege die Branntweinsteuer erhöht und die Kaffeesteuer eingeführt worden ist, darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden.

Gemeindegetränksteuer zahlen in Hamburg nach dem Stande vom 31. März 1953 4125 Betriebe. **Der durchschnittliche Steuerbetrag je Betrieb stellte sich im Rechnungsjahr 1952 auf 1565 DM, gegen 645 RM im Jahr 1938** (bei rd. 5000 Betrieben). Diese Durchschnitte besagen natürlich nichts über die tatsächlichen Leistungen der einzelnen Steuerpflichtigen; von dem Imbißstand mit einem bescheidenen Umsatz in alkoholfreien Getränken und der kleinen Schankwirtschaft bis zur Großunternehmung der Gastronomie führt der Weg über viele Zwischenstufen. Auch auf „die Gegend“ kommt es an. **Von den 6,4 Millionen DM Steuereinnahmen 1952/53 wurden 3,5 Millionen = 54,7 v. H. von den Gaststätten zwischen Steindamm und Nobistor, Dammtor und Hafen aufgebracht**, also in St. Georg, Altstadt, Neustadt und St. Pauli. Dabei hatte St. Pauli mit 994 000 DM einen leichten „Vorsprung“ vor St. Georg, das 912 000 DM beige-

steuert hat. Dann schloß sich die Neustadt mit einer Getränkesteuerleistung von 828 000 DM an, wovon allein 688 000 DM auf den Ortsteil 107, vor allem auf die Gegend Jungfernstieg—Dammtor entfielen. Die Getränkesteuereinnahmen aus der Altstadt erreichten 780 000 DM, davon kamen 566 000 DM aus dem Gebiet zwischen Glocken- gießerwall/Klosterwall, Zollkanal, Brandstwiete und Binnenalster auf.

Was eben genannt war, sind die „gastronomischen Schwerpunkte“; denn die Getränkesteuerleistung mit 10 multipliziert ergibt ja den Getränkeumsatz — mit Ausnahme im wesentlichen nur von Bier.

Das übrige Aufkommen an Gemeindegetränke- steuer in Höhe von 2,9 Millionen DM oder 45,3 v. H. verteilte sich mit 609 000 DM auf das Bezirksamt Altona, mit 567 000 bzw. 658 000 DM auf die Bezirksämter Eimsbüttel und Hamburg-Nord, während 328 000 bzw. 150 000 DM auf die Bezirksämter Wandsbek und Bergedorf und 356 000 DM Getränkesteuer auf das Bezirksamt Harburg entfielen; schließlich kamen in den oben noch nicht genannten Teilen des Bezirksamtes Hamburg-Mitte (Billstedt, Hamm, Rothenburgsort usw., Finkenwerder) rd. 230 000 DM auf.

### Zusammenfassung

Im Rahmen unseres Themas sind nunmehr alle Landes- und Gemeindesteuern hier vorgeführt. Dabei beschränkten wir uns nicht auf Haushaltsvoranschläge und Haushaltsergebnisse, sondern waren bemüht, Zahlen aufzuspüren, die den Steuerhaushalt sozusagen von innen anleuchten. Wo immer es möglich war, ist der Kreis der Steuerzahler ziffernmäßig umschrieben worden. 700 000 Lohnsteuerkarten sind Ausdruck dafür, wie breit fundiert im werktätigen Hamburg die Lohnsteuer ist, die von allen Steuerarten den größten Ertrag bringt. Hingegen sind es, rein numerisch betrachtet, nur wenige tausend und unter ihnen nur wenige hundert Kapitalgesellschaften usw., die zur nächstertragreichen Steuer, der Körperschaftsteuer, beitragen; aber in den Betriebsstätten dieser Unternehmungen arbeitet nahezu ein Drittel aller Werktätigen. Mehr als 100 000 Einwohner sind es dann, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, und dies sind zumeist die Geschäftsinhaber. Insoweit berührt sich in der Person des Veranlagten die Einkommensteuer mit der Gewerbesteuer, zu der in Hamburg rd. 80 000 Klein-, Mittel- und Großbetriebe beisteuern. Wie den Gewerbebetrieb die Gewerbesteuer als eine Vorausbelastung trifft, lastet auf dem Grundbesitz und dem landwirtschaftlichen Betrieb die Grundsteuer. 130 000 Grundbuchblätter werden in den Hamburger Grundbuchämtern geführt, 150 000 Steuerfälle zählt nach teilweise anderer Markierung die Grundsteuerverwaltung. Betriebsvermögen, Grundvermögen und Kapitalvermögen sind in anderer steuerlicher Nuancierung die Objekte der periodischen Vermögensbesteuerung, zu der in Hamburg etwa 43 000 Personen, Personenvereinigungen, Zweckvermögen usw. herangezogen werden. In 1000 Fällen von Erbschaft und Schenkung kam es im Jahre 1952 zur Festsetzung der Erbschaftsteuer. Wir hörten alsdann

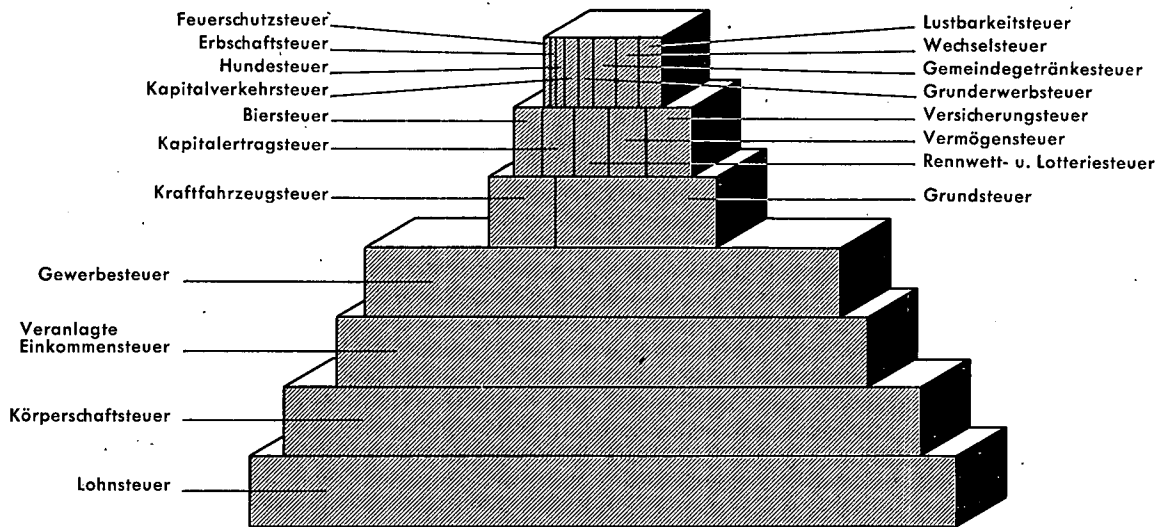
von den Verkehrsteuern: Für bald 100 000 Kraftfahrzeuge wird die Kraftfahrzeugsteuer erhoben; 9000 Verkäufe usw. von Grundstücken wurden 1952 grunderwerbsteuerpflichtig; im Ausmaß von rund 3½ Mill. DM wurde die Gesellschaft- und die Wertpapiersteuer nach dem Kapitalverkehrsteuergesetz fällig, und die nach dem gleichen Gesetz für das Effektengeschäft zu zahlende Börsenumsatzsteuer fand ihren Niederschlag in 1000 Steuerbescheiden wie auch in einigen hundert laufenden Abrechnungskonten, außerdem in dem fiskalischen Verkauf von Börsenumsatzsteuermarken; für über 7 Mill. DM Wechselsteuermarken kamen im Jahre 1952 durch die Postanstalten in Hamburg in den Verkehr; 400 Firmen der Versicherungsbranchen führten die Versicherungsteuer ab; 143 Feuerversicherungsunternehmen hatten die Feuerschutzsteuer zu tragen; drei Rennvereine und 39 Buchmacher haften für die Rennwettsteuer, einige bekannte größere Lotterien und eine Reihe von Veranstaltern öffentlicher Ausspielungen für die Lotteriesteuer. Aus fünf Unternehmen stammt das Aufkommen an Biersteuer in Hamburg; 130 Lichtspieltheater haben den Hauptanteil an der Lustbarkeitsteuer, neben vielen Veranstaltungen u. a. des Gaststätten- und Schaustellergewerbes; 4000 Gaststätten führen die Gemeindegetränkesteuer ab; auf 52 000 von 56 000 Hunden entfällt die Hundesteuer.

Welches Gewicht die einzelnen Steuern haben, faßt die folgende Übersicht zusammen, einmal in Form der Istzahlen aus dem Kassenabschluß für das Haushaltsjahr 1952 und zum anderen in Form der Sollzahlen aus dem Voranschlag für das Haushaltsjahr 1953. Die Zahlen beider Reihen sind in der Abhandlung bereits vorgekommen. Außerdem finden wir in der Anlage 2 die Istrechnung für die Haushaltsjahre 1950, 1951 und 1952.

Steuerart	Kassen- mäßige Einnahmen im Rechn- jahr 1952	Anteil der Steuer- arten	Voran- schlag für das Rech- nungsjahr 1953	Anteil der Steuer- arten
	in 1000 DM	in v. H.	in 1000 DM	in v. H.
Lohnsteuer . . . . .	228 004	24,4	220 000	24,5
Körperschaftsteuer . .	183 780	19,6	198 000	22,1
Einkommensteuer . . .	198 036	21,2	165 000	18,4
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag . . . . .	6 809	0,7	10 000	1,1
Gewerbesteuer . . . . .	175 856	18,8	147 500	16,5
Grundsteuer . . . . .	42 657	4,6	50 600	5,6
Kraftfahrzeugsteuer . .	19 940	2,1	20 503	2,3
Biersteuer . . . . .	9 072	1,0	9 200	1,0
Versicherungsteuer . . .	14 888	1,6	14 000	1,6
Rennwett- und Lotteriesteuer . . . . .	10 422	1,1	10 800	1,2
Wechselsteuer . . . . .	6 858	0,7	7 300	0,8
Vermögensteuer . . . . .	8 580	0,9	12 000	1,3
Lustbarkeitsteuer für Lichtspieltheater .	7 189	0,8	6 800	0,8
für andere Veranstaltungen . . . .	2 215	0,2	2 350	0,3
Gemeinde- getränkesteuer . . . . .	6 457	0,7	7 550	0,8
Grunderwerbsteuer . . .	4 730	0,5	4 800	0,5
Kapitalverkehrsteuer . .	4 233	0,5	4 200	0,5
Erbschaftsteuer . . . . .	2 252	0,2	2 000	0,2
Hundesteuer . . . . .	2 566	0,3	2 500	0,3
Feuerschutzsteuer . . . .	1 412	0,1	1 800	0,2
Verrechnungsposten . . .	34	0,0	4	0,0
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>935 990</b>	<b>100,0</b>	<b>896 907</b>	<b>100,0</b>

Schaubild 7

897 Mill. DM



Schon der erste einleitende Satz dieser Arbeit enthielt einen Hinweis darauf, daß die „**Kleine Steuerreform**“ zeitlich später gelegen hat als die Beschlußfassung über den hamburgischen Haushaltsplan. Diese trägt das Datum des 31. März 1953, die „**Kleine Steuerreform**“ hingegen ist erst am 24. Juni 1953 als (Bundes-)„Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung“ verkündet worden. Ihr Kernstück ist die Senkung des Einkommensteuertarifs, der auch für die Lohnsteuer gilt, um durchschnittlich 15 v. H. Ferner berührt das Gesetz die Körperschaftsteuer, indem es den Steuersatz bei Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften mit gewissen Einschränkungen von 60 auf 30 v. H. ermäßigt — eine Maßnahme, die der Förderung des Kapitalmarkts dienen soll —, und zum dritten ist durch die „**Kleine Steuerreform**“ im Gewerbesteuer-gesetz bei der Steuer nach dem Gewerbekapital die Freigrenze von 3000 auf 6000 DM Gewerbekapital erhöht worden.

Diese nachträglichen Gesetzesänderungen werden einen **Nachtrag zum hamburgischen Haushaltsplan**

1953 bedingen. Das kann aber den Sinn und Zweck unserer Darstellung nicht beeinträchtigen, weil ja der Status des Voranschlags 1953 nur eines ihrer Glieder bildet. **Vornehmlich hat die Abhandlung zum Ziel, den Bürgern, die nicht zu den wenigen Fachleuten der öffentlichen Finanzen zählen, in vielfältigen Größenordnungen und Relationen eine Anschauung vom hamburgischen Steuerhaushalt zu vermitteln.**

Neben den für 1953/54 einstweilen mit 897 Millionen DM veranschlagten Steuereinnahmen stehen, wie schon in der Einleitung vermerkt, **256 Millionen DM andere Einnahmen**; wie sich diese zusammensetzen, ist des näheren aus der Anlage 1 zu ersehen.

Damit sind die Faktoren der Einnahmeseite des Haushalts vollständig genannt. In einer späteren Abhandlung wird sich das Statistische Landesamt mit der Ausgabe Seite befassen und, ähnlich wie im Jahre 1951, für eine neuere Rechnungsperiode Antwort geben auf die Frage: „**Was geschieht mit dem Steuergroschen?**“

Dr. Urban

## Übersicht über die Einnahmeveranschläge im hamburgischen ordentlichen Haushaltsplan 1953

	DM	v. H.
Steuern . . . . .	896 907 000	77,8
Erträge des Allgemeinen Kapital- und Grundvermögens . . . . .	27 610 300	2,4
Ablieferungen der wirtschaftlichen Unternehmen . . . . .	16 337 300	1,4
Gebühren und Beiträge . . . . .	125 212 400	10,9
darunter:		
Pflege- und Nebenkosten der Anstalten . . . . .	65 967 000	
darunter:		
Krankenhäuser . . . . .	56 698 000	
Wohlfahrtsanstalten . . . . .	8 830 000	
Gebühren und Strafen der Gerichte . . . . .	11 743 500	
Schulgelder und sonstige Unterrichtsgebühren . . . . .	5 396 900	
Stadtentwässerungsgebühren . . . . .	11 525 000	
Gebühren des Oberhafenamts (darunter Hafengeld: 3 228 000) . . . . .	3 603 000	
Friedhofsgebühren . . . . .	3 158 000	
Verwaltungsgebühren des Bauordnungsamtes . . . . .	2 263 000	
Benutzungsgebühren für öffentliche Straßen und Anliegerbeiträge . . . . .	1 280 000	
Gebühren für die Kranken- und Leichenbeförderung . . . . .	1 260 000	
Verwaltungsgebühren des Gewerbeamtes . . . . .	1 650 000	
Verwaltungsgebühren des Amtes für Verkehr . . . . .	1 250 000	
Gebühren für Fleischschau und Trichinenschau . . . . .	1 480 000	
Verwaltungsgebühren und Strafen der Oberfinanzdirektion . . . . .	1 250 000	
Betriebliche Einnahmen von Behörden und Anstalten . . . . .	11 309 000	1,0
darunter:		
Betriebseinnahmen der Krankenhäuser (soweit nicht unter Gebühren und Beiträge)	2 736 600	
Einnahmen aus den Betrieben der Wohlfahrtsanstalten (soweit nicht unter Gebühren und Beiträge) . . . . .	1 322 200	
Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Gefängnisbehörde . . . . .	1 900 000	
Einnahmen aus Arbeiten für Rechnung anderer des Straßenbaus . . . . .	1 250 000	
Betriebseinnahmen des Strom- und Hafenbaus . . . . .	1 117 000	
Einnahmen aus der Müllverwertung . . . . .	724 000	
Mieten, Pachten, Zinsen und Tilgungen (soweit nicht Allgemeines Kapitalvermögen) . . . . .	13 508 500	1,2
davon:		
Darlehensrückzahlungen (soweit nicht Allgemeines Kapitalvermögen) . . . . .	9 570 600	
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen . . . . .	1 397 500	
Sonstige Miet- und Pachteinahmen (soweit nicht Allgemeines Grundvermögen) . . . . .	2 178 200	
Zinsen und Erträge der Rücklagen . . . . .	362 200	
Öffentlichrechtliche Zuweisungen, Verwaltungskostenentschädigungen u. dgl. . . . .	39 411 400	3,4
darunter:		
Erstattung der Aufwendungen für die Verzinsung der Währungsausgleichsforderungen der Geldinstitute durch die Länder . . . . .	15 500 000	
Verwaltungskostenbeiträge des Bundes an die Oberfinanzdirektion . . . . .	15 331 000	
Abführung der Bank deutscher Länder nach § 3 der 45. DVO zum Umstellungsgesetz . . . . .	4 070 000	
Verwaltungskostenbeiträge des Bundes gem. § 351 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes . . . . .	1 500 000	
Ersatz von Geld- und Sachleistungen . . . . .	12 949 400	1,1
darunter:		
Vergütungen von Versicherungsträgern für Leistungen des Fürsorgewesens und der Jugendhilfe . . . . .	9 318 000	
Erstattung von Versorgungsbezügen von Betrieben der öffentlichen Hand . . . . .	1 611 000	
Erstattungen . . . . .	3 988 000	0,3
darunter:		
Ersatz der Kosten für die bei der Bezirksverwaltung bestehenden Ausgleichsämter vom Landesausgleichsamt . . . . .	3 000 000	
Anteil der Stadtentwässerung an den bei der Bezirksverwaltung veranschlagten Verwaltungsausgaben der Stadtentwässerung . . . . .	562 000	
Sonstige Einnahmen . . . . .	6 003 700	0,5
darunter:		
Staatsabgabe der Gesellschaft für Fußballwetten m. b. H. . . . .	3 666 000	
Rückflüsse aus der Inanspruchnahme aus Filmbürgschaften der Freien und Hansestadt Hamburg . . . . .	500 000	
Vergütungen für Bürgschaften der Freien und Hansestadt Hamburg . . . . .	480 000	
Einmalige Einnahmen . . . . .	112 000	
insgesamt . . . . .	1 153 237 000	100,0

**Das Aufkommen an Landes- und Gemeindesteuern im Bundesgebiet und in Hamburg in den Rechnungsjahren 1950 bis 1952**  
(Beträge in 1000 DM)

Steuerart	Aufkommen an Landes- und Gemeindesteuern im								
	Rechnungsjahr 1950			Rechnungsjahr 1951			Rechnungsjahr 1952		
	Bundesgebiet insgesamt	Hamburg		Bundesgebiet insgesamt	Hamburg		Bundesgebiet insgesamt	Hamburg	
		insgesamt	in v. H. von Sp.1		insgesamt	in v. H. von Sp.4		insgesamt	in v. H. von Sp.7
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
<b>A. Landessteuern</b>									
Lohnsteuer . . . . .	1 692 958	116 772	6,9	2 959 935	193 729	6,5	3 546 731	228 004	6,4
Veranlagte Einkommensteuer . . . . .	1 947 642	97 852	5,0	2 611 298	125 980	4,8	4 148 373	198 036	4,8
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag . . . . .	42 841	3 061	7,1	87 499	6 548	7,5	107 615	6 809	6,3
Körperschaftsteuer . . . . .	1 532 045	126 931	8,3	2 539 498	236 381	9,3	2 766 398	183 780	6,6
Vermögensteuer . . . . .	109 155	6 762	6,2	128 367	8 667	6,8	159 528	8 580	5,4
Kraftfahrzeugsteuer . . . . .	346 420	16 006	4,6	406 986	18 409	4,5	464 309	19 940	4,3
Rennwett- und Lotteriesteuer . . . . .	76 093	9 685	12,7	96 634	11 005	11,4	103 379	10 422	10,1
Versicherungsteuer . . . . .	68 303	10 764	15,8	83 249	14 180	17,0	94 833	14 888	15,7
Wechselsteuer . . . . .	47 473	7 022	14,8	54 478	7 746	14,2	63 156	6 858	10,9
Biersteuer . . . . .	314 691	9 783	3,1	281 767	8 035	2,9	323 377	9 072	2,8
Kapitalverkehrsteuer . . . . .	17 291	2 437	14,1	27 836	3 414	12,3	33 170	4 233	12,8
Grunderwerbsteuer . . . . .	40 663	1 676	4,1	46 952	2 073	4,4	51 347	1 951	3,8
Erbschaftsteuer . . . . .	24 601	917	3,7	40 764	2 444	6,0	51 145	2 252	4,4
Feuerschutzsteuer . . . . .	19 070	1 484	7,8	23 020	824	3,6	23 575	1 412	6,0
Sonstige Landessteuern . . . . .	3 901	148	3,8	4 340	96	2,2	1 701	29	1,7
<b>Landessteuern zusammen</b> . . . . .	<b>6 283 147</b>	<b>411 300</b>	<b>6,5</b>	<b>9 392 623</b>	<b>639 531</b>	<b>6,8</b>	<b>11 938 637</b>	<b>696 266</b>	<b>5,8</b>
<b>B. Gemeindesteuern</b>									
Grundsteuer A . . . . .	294 606	515	0,2	306 197	495	0,2	307 327	539	0,2
Grundsteuer B . . . . .	800 303	41 451	5,2	817 678	42 435	5,2	831 040	42 118	5,1
Gewerbsteuer nach d. Ertrag u. d. Kapital . . . . .	1 077 050	58 198	5,4	1 864 017	102 202	5,5	2 357 425	152 865	6,5
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme . . . . .	192 306	13 338	6,9	253 530	17 992	7,1	295 185	22 991	7,8
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer . . . . .	49 717	2 241	4,5	60 092	2 628	4,4	66 896	2 779	4,2
Gemeindegetränksteuer . . . . .	55 771	5 630	10,1	67 912	6 437	9,5	76 786	6 457	8,4
Kinosteuer . . . . .	87 245	5 787	6,6	103 131	7 134	6,9	112 739	7 189	6,4
Übrige Vergnügungsteuer . . . . .	28 081	1 725	6,1	29 376	2 228	7,6	31 818	2 215	7,0
Hundesteuer . . . . .	38 895	2 092	5,4	41 557	2 431	5,8	43 199	2 566	5,9
Sonstige Gemeindesteuern . . . . .	30 765	15	0,0	14 882	19	0,1	17 300	5	0,0
<b>Gemeindesteuern zusammen</b> . . . . .	<b>2 654 739</b>	<b>130 992</b>	<b>4,9</b>	<b>3 558 372</b>	<b>184 001</b>	<b>5,2</b>	<b>4 139 715</b>	<b>239 724</b>	<b>5,8</b>
<b>Landes- und Gemeindesteuern insgesamt</b> . . . . .	<b>8 937 886</b>	<b>542 292</b>	<b>6,1</b>	<b>12 950 995</b>	<b>823 532</b>	<b>6,4</b>	<b>16 078 352</b>	<b>935 990</b>	<b>5,8</b>
Der Anteil Hamburgs an der Bevölkerungszahl des Bundesgebietes betrug . . . . .		3,37 v. H.			3,42 v. H.			3,45 v. H.	

**Das Aufkommen an Bundesabgaben im Bundesgebiet und in Hamburg in den Rechnungsjahren 1950 bis 1952**  
(Beträge in 1000 DM)

Steuerart	- Aufkommen an Bundesabgaben im								
	Rechnungsjahr 1950			Rechnungsjahr 1951			Rechnungsjahr 1952		
	Bundesgebiet insgesamt	Hamburg		Bundesgebiet insgesamt	Hamburg		Bundesgebiet insgesamt	Hamburg	
		insgesamt	in v. H. von Sp. 1		insgesamt	in v. H. von Sp. 4		insgesamt	in v. H. von Sp. 7
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Umsatzsteuer . . . . .	4 925 125	338 481	6,9	7 219 346	452 448	6,3	8 144 956	487 670	6,0
Beförderungsteuer . . . . .	251 584	9 069	3,6	332 278	3 679	1,1	293 400	5 412	1,8
Notopfer . . . . .	389 208	23 621	6,1	644 697	40 288	6,2	815 349	48 641	6,0
Zölle . . . . .	707 164	278 971	39,4	830 520	282 027	34,0	1 093 172	329 805	30,2
Tabaksteuer . . . . .	2 100 647	388 705	18,5	2 227 635	396 433	17,8	2 317 985	435 885	18,8
Kaffeesteuer . . . . .	356 256	73 890	20,7	430 046	87 514	20,3	533 147	113 875	21,4
Teesteuer . . . . .	33 054	6 171	18,7	35 220	6 241	17,7	39 673	7 554	19,0
Zuckersteuer . . . . .	385 772	7 273	1,9	400 676	15 618	3,9	333 176	15 895	4,8
Aus dem Spiritusmonopol . . . . .	487 794	19 885	4,1	524 344	16 911	3,2	511 140	16 398	3,2
Mineralölsteuer . . . . .	96 671	19 406	20,1	543 133	182 995	33,7	622 500	214 700	34,5
Salzsteuer . . . . .	39 518	207	0,5	38 674	9	0,0	39 366	22	0,1
Schaumweinsteuer . . . . .	20 107	61	0,3	22 908	61	0,3	17 285	÷ 139 <sup>1)</sup>	.
Essigsäuresteuer . . . . .	9 725	0	0,0	8 727	0	0,0	8 748	0	0,0
Zündwarensteuer . . . . .	60 879	7	0,0	58 684	2	0,0	57 374	182	0,3
Aus dem Zündwarenmonopol . . . . .	3 277	2	0,1	4 249	45	1,1	1 700	—	—
Leuchtmittelsteuer . . . . .	15 441	474	3,1	16 438	354	2,2	14 091	351	2,5
Spielkartensteuer . . . . .	819	0	0,0	984	0	0,0	1 223	4	0,3
Süßstoffsteuer . . . . .	4 061	60	1,5	2 676	18	0,7	2 128	5	0,2
Sonstige Bundessteuern . . . . .	158	0	0,0	÷ 20	—	—	6	—	—
<b>Bundesabgaben zusammen . . . . .</b>	<b>9 887 260</b>	<b>1 166 283</b>	<b>11,8</b>	<b>13 341 215</b>	<b>1 484 643</b>	<b>11,1</b>	<b>14 846 419</b>	<b>1 676 260</b>	<b>11,3</b>
<b>Bundes-, Landes- u. Gemeindesteuern insges.</b>	<b>18 825 146</b>	<b>1 708 575</b>	<b>9,1</b>	<b>26 292 210</b>	<b>2 308 175</b>	<b>8,8</b>	<b>30 924 771</b>	<b>2 612 248</b>	<b>8,4</b>
Der Anteil Hamburgs an der Bevölkerungszahl des Bundesgebietes betrug . . . . .		3,37 v. H.			3,42 v. H.			3,45 v. H.	

<sup>1)</sup> Minusbetrag, entstanden durch Rückzahlungen wegen Senkung des Steuersatzes.

# Die Steuergesetze, auf denen die hamburgischen Steuereinnahmen beruhen, nach dem Stande vom 15. August 1953

(in der Reihenfolge der Abhandlung)

## Einkommensteuer

Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Januar 1952 (BGBl. I S. 33), in der Fassung

des Gesetzes zur Ergänzung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 20. Mai 1952 (BGBl. I S. 302),

des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446),

des Ersten Gesetzes zur Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 789),

des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 (BGBl. I S. 793),

des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 222) und

des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung vom 24. Juni 1953 (BGBl. I S. 413);

Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 28. Juni 1951 (BGBl. I S. 405) in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1953 (BGBl. I S. 884);

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 7. September 1951 (BGBl. I S. 821);

**Einkommensteuer-Durchführungsverordnung** in der Fassung vom 17. Januar 1952 — EStDV 1951 — (BGBl. I S. 54) mit den Änderungen durch die Verordnung zur Änderung und zur Verlängerung der Geltungsdauer einkommensteuerlicher, lohnsteuerlicher und körperschaftsteuerlicher Durchführungs-vorschriften vom 23. August 1952 (BGBl. I S. 598);

**Lohnsteuer-Durchführungsverordnung** in der Fassung vom 12. Februar 1952 — LStDV 1952 — (BGBl. I S. 97) mit den Änderungen durch die Verordnung zur Änderung und zur Verlängerung der Geltungsdauer einkommensteuerlicher, lohnsteuerlicher und körperschaftsteuerlicher Durchführungs-vorschriften vom 23. August 1952 (BGBl. I S. 598) und durch

die Zweite Verordnung zur Änderung und zur Verlängerung der Geltungsdauer einkommensteuerlicher und lohnsteuerlicher Durchführungs-vorschriften vom 24. Dezember 1952 (BGBl. I S. 848);

Verordnung betreffend **Einkommensteuertabelle und Jahreslohnsteuertabelle** für das Kalenderjahr 1953 vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 811).

## Nichtveranlagte Steuer vom Ertrag

### Aufsichtsratsvergütungen

Verordnung über den Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen vom 31. März 1939 (RGBl. I S. 691), abgeändert durch Art. VII des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 vom 11. Februar 1946 (KRABl. S. 60, Steuer-

und Zollblatt [Britische Zone] 47 S. 295) und durch die

Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen vom 16. Oktober 1948 (WiGBl. S. 181).

### Kapitalertragsteuer

Verordnung zur Durchführung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag vom 2. Juni 1949 (WiGBl. S. 92) mit den Änderungen durch die Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Verordnung zur Durchführung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag vom 31. Juli 1953 (BGBl. I S. 790).

## Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 1952 (BGBl. I S. 305), in der Fassung

des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 (BGBl. I S. 793) und des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung vom 24. Juni 1953 (BGBl. I S. 413);

Verordnung zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1952 — KStDV 1951<sup>1)</sup> — (BGBl. I S. 310);

Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 28. Juni 1951 (BGBl. I S. 405) in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1953 (BGBl. I S. 884);

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 7. September 1951 (BGBl. I S. 821).

## Gewerbsteuer

Gewerbsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 1952 (BGBl. I S. 270), in der Fassung

des Gesetzes zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Mai 1953 (BGBl. I S. 190) und

des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung vom 24. Juni 1953 (BGBl. I S. 413);

Gewerbsteuer-Durchführungsverordnung 1950 in der Fassung vom 30. April 1952 (BGBl. I S. 279);

Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1953 vom 8. April 1953 (HGVOBl. S. 50);

Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 28. Juni 1951 (BGBl. I S. 405) in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1953 (BGBl. I S. 884);

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 7. September 1951 (BGBl. I S. 821).

<sup>1)</sup> Die KStDV 1951 gilt gem. § 4 der Verordnung vom 23. August 1952 (BGBl. I S. 598) auch für den Veranlagungszeitraum 1952.

## Grundsteuer

Grundsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519); Grundsteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 29. Januar 1952 (BGBl. I S. 79); Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1953 vom 12. Juni 1953 (HGVOBl. S. 107).

## Grunderwerbsteuer

(einschl. Gemeindezuschlag)<sup>1)</sup>

Grunderwerbsteuergesetz vom 29. März 1940 (RGBl. I S. 585); Durchführungsverordnung zum Grunderwerbsteuergesetz vom 30. März 1940 (RGBl. I S. 595).

## Vermögensteuer

Vermögenssteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Januar 1952 (BGBl. I S. 28) und des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446), in Verbindung mit dem Gesetz über die Vermögensteuer-Veranlagung für die Zeit ab 1. Januar 1949 und die Vermögensteuer für das zweite Kalenderhalbjahr 1948 vom 3. Juni 1949 (WiGBl. S. 83) und der Verordnung zur Veranlagung der Vermögensteuer und zur Einheitsbewertung der gewerblichen Betriebe vom 12. März 1953 (BGBl. I S. 53); Vermögensteuer - Durchführungsverordnung vom 4. Juli 1952 (BGBl. I S. 382).

## Erbschaftsteuer

Erbschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1951 (BGBl. I S. 764), in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes vom 16. Januar 1952 (BGBl. I S. 20), des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446), des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201) und des Gesetzes zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes vom 23. Juli 1953 (BGBl. I S. 687); Erbschaftsteuer - Durchführungsverordnung vom 1. Juli 1952 (BGBl. I S. 357).

## Hundesteuer

Hundsteuergesetz vom 9. November 1950 (HGVOBl. S. 203).

## Kapitalverkehrsteuer

Kapitalverkehrsteuergesetz vom 16. Oktober 1934 (RGBl. I S. 1058), abgeändert durch Art. VI im Anhang zum Gesetz der Militärregierung Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuern vom 22. Juni 1948 (WiGBl. Beilage 4) und durch das Gesetz zur Änderung des Kapitalverkehrsteuergesetzes vom 29. Juli 1953 (BGBl. I S. 711).

## Wechselsteuer

Wechselsteuergesetz vom 2. September 1935 (RGBl. I S. 1127) in der Fassung des Urkundensteuergesetzes vom 5. Mai 1936 (RGBl. I S. 407)

und des Art. VI im Anhang zum Gesetz der Militärregierung Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuern vom 22. Juni 1948 (WiGBl. Beilage 4);

Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 28. Juni 1951 (BGBl. I S. 405) in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1953 (BGBl. I S. 884);

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 7. September 1951 (BGBl. I S. 821).

## Versicherungsteuer

Versicherungsteuergesetz vom 9. Juli 1937 (RGBl. I S. 793) in der Fassung der Verordnung zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes vom 31. August 1944 (RGBl. I S. 208)

und des Kontrollratsgesetzes Nr. 53 vom 31. Mai 1947 (KRABl. S. 282);

Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 28. Juni 1951 (BGBl. I S. 405) in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1953 (BGBl. I S. 884);

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr vom 7. September 1951 (BGBl. I S. 821).

## Feuerschutzsteuer

Feuerschutzsteuergesetz vom 1. Februar 1939 (RGBl. I S. 113).

## Rennwett- und Lotteriesteuer

Rennwett- und Lotteriegesetz vom 8. April 1922 (RGBl. I S. 393) mit den Änderungen durch folgende Gesetze und Verordnungen:

Gesetz	vom 20. März	1923	(RGBl. I S. 198),
Gesetz	vom 23. Juni	1923	(RGBl. I S. 483),
Steuernot-			
verordnung	vom 19. Dezember	1923	(RGBl. I S. 1205),
Verordnung	vom 7. Januar	1924	(RGBl. I S. 25),
Verordnung	vom 21. Januar	1924	(RGBl. I S. 34),
Verordnung	vom 12. Februar	1924	(RGBl. I S. 107),
Steuernot-			
verordnung	vom 14. Februar	1924	(RGBl. I S. 74),
Verordnung	vom 1. Dezember	1930	(RGBl. I S. 517),
Gesetz	vom 10. April	1933	(RGBl. I S. 191),
Gesetz	vom 23. März	1934	(RGBl. I S. 213).

## Kraftfahrzeugsteuer

Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 23. März 1935 (RGBl. I S. 407), abgeändert durch

die Kontrollratsgesetze Nr. 14 vom 11. Februar 1946 (KRABl. S. 73) und Nr. 51 vom 31. März 1947 (KRABl. S. 267) sowie durch das Gesetz der Militärregierung Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuern vom 22. Juni 1948 (WiGBl. Beilage 4).

## Lustbarkeitsteuer

Im Gebiet von Alt-Hamburg:

Lustbarkeitsteuergesetz vom 19. März 1934 (HGVOBl. S. 127).

<sup>1)</sup> Gem. § 15. der Steuervereinfachungs - Verordnung vom 14. September 1944 (RGBl. I S. 202) wird an Stelle der Wertzuwachssteuer neben dem Gemeindezuschlag noch ein Zuschlag von 2 v. H. des Betrags, von dem die Grunderwerbsteuer berechnet wird, erhoben.



Im Gebiet der früheren Stadt Altona:

Satzung der Stadt Altona über die Erhebung einer Vergnügungsteuer vom 12. Mai 1934 (Altonaer Nachrichten Nr. 109 vom 12. Mai 1934).

Im Gebiet der früheren Stadt Harburg-Wilhelmsburg:

Ordnung betr. die Vergnügungsteuer im Bezirk der Stadt Harburg-Wilhelmsburg vom 9. August 1934 (Hamburger Tageblatt vom 15. August 1934).

Im Gebiet der früheren Stadt Wandsbek:

Ordnung betr. die Vergnügungsteuer in der Stadt Wandsbek vom 24. September 1926 (Wandsbeker Bote Nr. 277 vom 27. November 1926).

Im Gebiet der früheren Gemeinden Bergstedt, Billstedt, Bramfeld, Duvenstedt, Hummelsbüttel, Lemsahl-Mellingstedt, Lohbrügge, Poppenbüttel, Rahlstedt, Sasel, Steilshoop und Wellingsbüttel:

Vergnügungsteuerordnung des Kreises Stormarn vom 21. April 1933 (Kreisblatt für Stormarn vom 21. April 1933).

Im Gebiet der früheren Gemeinde Cranz:

Vergnügungsteuerordnung des Kreises Stade vom 10. August 1936 (Stader Tageblatt 1936 Nr. 241).

Im restlichen Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg gelten die Bestimmungen des Reichsrats über die Vergnügungsteuer in der Fassung der Bekanntmachung

vom 7. Juni 1933 (RGBl. I S. 351) und der Verordnungen vom 22. Dezember 1933 (RGBl. 1934 I S. 35) und vom 17. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2054).

Alle vorstehend aufgeführten Bestimmungen gelten mit den in der Militärregierungsverordnung Nr. 34 vom 1. Juli 1946 (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland [Britisches Kontrollgebiet] Nr. 11 S. 249) vorgesehenen Änderungen.

Ein neues Lustbarkeitsteuergesetz ist in Vorbereitung.

### **Biersteuer**

Biersteuergesetz in der Fassung vom 14. März 1952 (BGBl. I S. 149).

### **Gemeindegetränkesteuer**

Gemeindegetränksteuergesetz vom 25. September 1947 (HGVOBl. S. 59).

#### **Abkürzungen:**

BGBl. I = Bundesgesetzblatt, Teil I

HGVOBl. = Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

KRABl. = Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland

RGBl. I = Reichsgesetzblatt, Teil I

WiGBl. = Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Faint, illegible text at the top of the page, possibly a header or introductory paragraph.

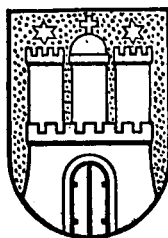
Main body of faint, illegible text, likely the primary content of the document.

**Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet**

*Girardet & Co., Hamburg*

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 5. September 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 21

## Der Hamburger Kraftfahrzeugbestand im Jahre 1952 im Vergleich mit den Vorjahren

Die seit der Währungsreform zu verzeichnende ständige Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes hielt auch im Jahre 1952 weiter an.

Schon am 1. 7. 1952 wurde der Kraftfahrzeugbestand des Jahres 1938 um 10,3 v. H. überschritten; bis zum 1. 4. 1953 konnten 122,5 v. H. des 1938er Bestandes erreicht werden. In besonderem Maße nahm die Zahl der Lastkraftwagen zu; am 1. 4. 1953 war der Bestand des Jahres 1938 mit 53 v. H. überschritten. Der Personenkraftwagenbestand übertraf im gleichen Zeitpunkt das Niveau des Jahres 1938 um 17,6 v. H.

### Übersicht 1

#### Bestand an Kraftfahrzeugen

Stichtag	Kraftfahrzeuge insgesamt		darunter			
			Personenkraftwagen		Lastkraftwagen	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1. 7. 1938 . . .	82 080	100,0	39 260	100,0	16 580	100,0
1. 7. 1948 . . .	27 996	34,1	8 794	22,4	12 138	73,2
1. 7. 1949 . . .	43 479	53,0	15 162	38,6	16 297	98,3
1. 7. 1950 . . .	59 244	72,2	23 473	59,8	19 757	119,2
1. 7. 1951 . . .	76 498	93,2	33 197	84,6	23 462	141,5
1. 7. 1952 . . .	90 566	110,3	40 530	103,2	24 673	148,8
1. 4. 1953 . . .	100 509	122,5	46 158	117,6	25 369	153,0

Im Jahre 1949 wurde der Kraftfahrzeugbestand noch etwa zur Hälfte durch alte Fahrzeuge (keine fabrikneuen) aufgefüllt. Viele Wagen und Krafträder waren vor der Währungsreform aus dem Verkehr gezogen worden. Nach der Währungsreform änderte sich diese Situation mit der Lockerung der Treibstoffzuteilung und der sich daran anschließenden Treibstofffreigabe. Im Jahre 1950 ist der Zugang an alten Kraftfahrzeugen nur noch gering. In den Jahren 1951 und 1952 ist die Zahl der Neuzulassungen an fabrikneuen Kraftfahrzeugen bereits größer als die Zunahme des Bestandes; es werden also zu einem Teil alte Fahrzeuge durch fabrikneue ersetzt. In

den Jahren 1951 und 1952 wurden per Saldo 13,2 v. H. des Neuzugangs an Kraftfahrzeugen als Ersatz für ältere Fahrzeuge verwendet. Bei den Lastkraftwagen betrug die Ersatzbeschaffung an Fahrzeugen im gleichen Zeitraum rd. 45 v. H. des Neuzugangs an fabrikneuen Fahrzeugen und bei den Personenkraftwagen 12,9 v. H.

Anders ist es bei den Krafträdern. Hier wird der Fahrzeugbestand immer noch durch ältere Krafträder aufgefüllt.

Der Neuzugang an Kraftfahrzeugen bewirkte eine Senkung des Durchschnittsalters der Kraftfahrzeuge, insbesondere bei den Personenkraftwagen. Das Durchschnittsalter der Personenkraftwagen ging von 10,4 im Jahre 1949 auf 6,6 im Jahre 1952 zurück, das der Lastkraftwagen dagegen nur von 8,7 auf 7,8. Von den im Jahre 1949 betriebenen Personenkraftwagen waren 83 v. H. älter als 3½ Jahre. 1952 wiesen dagegen nur noch 40,5 v. H. des Bestandes ein höheres Alter als 3½ Jahre auf. Nicht in gleichem Maße verjüngte sich der Bestand bei den Lastkraftwagen. Hier waren 1952 immer noch 60,3 v. H. des Bestandes älter als 3½ Jahre gegenüber 80 v. H. im Jahre 1949.

Die Krafträder wiesen 1952 noch ein Durchschnittsalter von rund 10 Jahren auf; rund 60 v. H. der Krafträder sind älter als 3½ Jahre.

Einen genauen Überblick über den Altersaufbau des Hamburger Kraftfahrzeugbestandes bieten nachstehende Übersichten. Insbesondere zeigt sich, daß immer noch ein erheblicher Teil der sich im Verkehr befindlichen Lastkraftwagen die normale Nutzungsdauer bereits überschritten hat. Anders ist es dagegen bei den Personenkraftwagen; hier weist die Mehrzahl der Fahrzeuge ein geringes Alter auf. Die aus Gründen der Ersatzbeschaffung ausgelöste Nachfrage dürfte daher bei den Lastkraftwagen größer sein als bei den Personenkraftwagen.

Übersicht 2 Der Altersaufbau des Kraftfahrzeugbestandes in Hamburg am 1. Juli 1952

Alter der Fahrzeuge (Jahre)	Kraftfahr- zeuge insgesamt	d a v o n						außerdem Kraftfahrzeug- anhänger
		Last- kraftwagen	Personen- kraftwagen <sup>1)</sup>	Krafträder	Kraft- omnibusse <sup>2)</sup>	Zug- maschinen	Sonder- fahrzeuge <sup>3)</sup>	
<b>absolut</b>								
0 bis 1,5 . . . . .	21 318	3 787	12 337	4 924	29	141	100	551
über 1,5 „ 3,5 . . . . .	22 255	6 002	11 821	3 963	129	219	121	1 239
„ 3,5 „ 5,5 . . . . .	3 660	1 491	1 593	336	20	124	96	1 200
„ 5,5 „ 7,5 . . . . .	1 511	1 222	151	33	28	57	20	730
„ 7,5 „ 9,5 . . . . .	2 712	1 996	125	341	27	119	104	730
„ 9,5 „ 11,5 . . . . .	2 777	1 765	140	520	27	197	128	625
„ 11,5 „ 13,5 . . . . .	6 901	2 247	2 195	1 988	60	283	128	1 421
„ 13,5 „ 15,5 . . . . .	11 049	2 398	5 066	3 217	27	259	82	2 098
„ 15,5 „ 17,5 . . . . .	8 844	1 802	4 356	2 451	13	177	45	1 236
„ 17,5 „ 19,5 . . . . .	3 921	721	1 911	1 179	10	82	18	402
„ 19,5 „ 21,5 . . . . .	1 420	304	298	773	3	29	13	233
„ 21,5 u. älter . . . . .	2 824	598	211	1 832	12	94	77	1 208
unbekannt . . . . .	1 374	340	428	564	7	28	7	1 331
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>90 566</b>	<b>24 673</b>	<b>40 632</b>	<b>22 121</b>	<b>392</b>	<b>1 809</b>	<b>939</b>	<b>13 004</b>
<b>in v. H.</b>								
0 bis 1,5 . . . . .	23,5	15,4	30,4	22,3	7,4	7,8	10,7	4,3
über 1,5 „ 3,5 . . . . .	24,6	24,3	29,1	17,9	32,9	12,1	12,9	9,5
„ 3,5 „ 5,5 . . . . .	4,0	6,0	3,9	1,5	5,1	6,9	10,2	9,2
„ 5,5 „ 7,5 . . . . .	1,7	5,0	0,4	0,1	7,1	3,2	2,1	5,6
„ 7,5 „ 9,5 . . . . .	3,0	8,1	0,3	1,5	6,9	6,6	11,1	5,6
„ 9,5 „ 11,5 . . . . .	3,1	7,2	0,3	2,4	6,9	10,9	13,6	4,8
„ 11,5 „ 13,5 . . . . .	7,6	9,1	5,4	9,0	15,3	15,6	13,6	10,9
„ 13,5 „ 15,5 . . . . .	12,2	9,7	12,5	14,5	6,9	14,3	8,7	16,1
„ 15,5 „ 17,5 . . . . .	9,8	7,3	10,7	11,1	3,3	9,8	4,8	9,5
„ 17,5 „ 19,5 . . . . .	4,3	2,9	4,7	5,3	2,5	4,5	1,9	3,1
„ 19,5 „ 21,5 . . . . .	1,6	1,2	0,7	3,5	0,8	1,6	1,4	1,8
„ 21,5 u. älter . . . . .	3,1	2,4	0,5	8,3	3,1	5,2	8,2	9,3
unbekannt . . . . .	1,5	1,4	1,1	2,6	1,8	1,5	0,8	10,3
<b>insgesamt . . . . .</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

1) einschl. Krankenkraftwagen  
2) einschl. O-busse  
3) einschl. Kraftstoffkesselwagen

Übersicht 3 Der Bestand an Kraftfahrzeugen in den Jahren 1949 bis 1952

Jahr	Zugang fabrikneuer Fahrzeuge	Netto- zunahme des Kraft- fahrzeug- bestandes	Bestand am Ende des Jahres	Durch- schnittsalter der Fahrzeuge <sup>1)</sup> (Jahre)	Von den Kraftfahr- zeugen waren älter als 3,5 Jahre (v. H.)
<b>Kraftfahrzeuge insgesamt</b>					
1949	8 428	17 383	53 288	10,2	84,3
1950	14 128	16 806	70 094	9,2	69,5
1951	15 457	13 417	83 511	8,2	58,1
1952	16 444	14 267	97 778	7,9	51,9
darunter: Personenkraftwagen <sup>2)</sup>					
1949	4 641	8 460	20 325	10,4	83,0
1950	7 736	8 796	29 121	8,3	59,3
1951	8 683	7 562	36 683	7,2	47,5
1952	9 160	7 974	44 657	6,6	40,5
Lastkraftwagen					
1949	2 608	4 624	18 783	8,7	80,0
1950	3 453	3 473	22 256	8,5	73,1
1951	3 120	1 705	23 961	8,0	63,4
1952	2 822	1 552	25 513	7,8	60,3
Krafträder					
1949	940	3 850	11 518	<sup>3)</sup> 12,1	91,4
1950	2 650	4 279	15 797	<sup>3)</sup> 11,4	77,9
1951	3 368	4 014	19 811	10,4	68,8
1952	4 182	4 525	24 336	9,9	59,8

1) berechnet nach dem Bestand vom 1. Juli des jeweiligen Jahres  
2) einschl. Krankenkraftwagen und Krankenfahrräder  
3) berechnet nach dem Bestand vom 1. 10. 1949 bzw. 1950

Die Erneuerung und Wiederauffüllung des Kraftfahrzeugbestandes durch Beschaffung fabrikneuer Fahrzeuge von der Währungsreform bis heute stellt eine große Kapitalinvestition dar. Wenn auch berücksichtigt werden muß, daß die hier aufgezeigten Investitionssummen Bruttowerte sind — denn ein Teil der Kraftfahrzeuge wurde, wie bereits erwähnt, in den Jahren 1951 und 1952 als Ersatz für ältere Fahrzeuge beschafft, — so ist doch der Wertzuwachs des Kraftfahrzeugparks erheblich.

Übersicht 4 Geschätzter Wert der neuzugelassenen Kraftfahrzeuge

Jahr	Kraft- fahrzeuge insgesamt	darunter		
		Personen- kraftwagen	Last- kraftwagen	Krafträder
in 1000 DM				
1949	58 027	33 364	18 612	1 022
1950	85 014	52 969	22 898	3 234
1951	95 006	59 259	25 855	4 725
1952	97 840	61 312	25 188	6 346

Die jährliche Bruttoinvestitionssumme ist von 1949 auf 1950 stark ansteigend. Von 1950 an ist die Zunahme geringer. Bei den Lastkraftwagen zeigten die Jahre 1951 und 1952 annähernd gleiche Bruttoinvestitionssummen, während bei den Krafträdern im gleichen Zeitraum eine starke Zunahme zu verzeichnen war.

Mit zunehmender Verjüngung des Kraftfahrzeugbestandes wird die Aufnahmefähigkeit des Marktes geringer werden. Steuerliche Erleichterungen könnten sowohl den Markt der fabrikneuen Kraftfahrzeuge als auch den Markt der gebrauchten Fahrzeuge erweitern.

Die Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes ist in allen Ländern der Bundesrepublik erheblich. Es besteht jedoch ein Unterschied in dem Grad der Entwicklung. Die Zunahme des Kraft-

fahrzeugbestandes bleibt in Hamburg hinter der Entwicklung in allen Bundesländern zurück, und zwar ist dies sowohl beim gesamten Kraftfahrzeugbestand als auch bei den einzelnen Kraftfahrzeugarten der Fall. Sowohl der Bestand an Lastkraftwagen und Personenkraftwagen als auch der Bestand an Krafträdern nahm in Hamburg weniger zu als in den übrigen Bundesländern. Besonders stark ist die Zunahme der Kraftfahrzeuge in den süddeutschen Ländern, insbesondere stieg dort die Zahl der Krafträder an.

#### Übersicht 5

Der gesamte Kraftfahrzeugbestand in den Bundesländern<sup>1)</sup> in den Jahren 1938 und 1950 bis 1953

Land	1. 7. 1938	1. 1. 1950	1. 1. 1951	1. 1. 1952	1. 1. 1953	1. 4. 1953 <sup>2)</sup>
absolut						
Schleswig-Holstein	73 803	59 563	78 515	101 334	124 379	128 285
H a m b u r g	82 080	53 288	70 094	83 511	97 778	100 509
Niedersachsen	232 600	208 380	274 755	349 128	436 942	451 565
Nordrhein-Westfalen	481 231	407 425	522 648	723 058	910 575	941 127
Bremen	23 131	16 860	19 804	25 177	30 267	31 224
Hessen	163 639	160 503	207 370	281 734	354 470	367 491
Rheinland-Pfalz	116 284	107 409	141 404	184 146	237 150	246 769
Bayern	380 674	370 543	453 457	661 148	799 271	828 657
Baden-Württemberg	270 194	269 629	367 979	473 417	591 797	614 465
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>1 823 636</b>	<b>1 653 600</b>	<b>2 136 026</b>	<b>2 882 653</b>	<b>3 582 629</b>	<b>3 710 092</b>
in v. H.						
Schleswig-Holstein	100	80,7	106,4	137,3	168,5	173,8
H a m b u r g	100	64,9	85,4	101,7	119,1	122,5
Niedersachsen	100	89,6	118,1	150,1	187,9	194,1
Nordrhein-Westfalen	100	84,7	108,6	150,3	189,2	195,6
Bremen	100	72,9	85,6	108,8	130,9	135,0
Hessen	100	98,1	126,7	172,2	216,6	224,6
Rheinland-Pfalz	100	92,4	121,6	158,4	203,9	212,2
Bayern	100	97,3	119,1	173,7	210,0	217,7
Baden-Württemberg	100	99,8	136,2	175,2	219,0	227,4
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>100</b>	<b>90,7</b>	<b>117,1</b>	<b>158,1</b>	<b>196,5</b>	<b>203,4</b>

<sup>1)</sup> Ohne die Fahrzeuge der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

<sup>2)</sup> Die Ergebnisse wurden im Wege der Fortschreibung ermittelt.

#### Übersicht 6

Bestand an Personenkraftwagen in den Bundesländern<sup>1)</sup> in den Jahren 1938 und 1950 bis 1953

Land	1. 7. 1938	1. 1. 1950	1. 1. 1951	1. 1. 1952	1. 1. 1953	1. 4. 1953 <sup>2)</sup>
absolut						
Schleswig-Holstein	30 432	17 524	23 278	30 199	37 717	38 987
H a m b u r g	39 260	20 220	29 016	36 587	44 545	46 158
Niedersachsen	90 338	50 126	69 358	88 752	114 945	119 184
Nordrhein-Westfalen	199 183	110 406	154 736	216 825	278 919	289 352
Bremen	11 945	6 131	8 577	11 074	13 930	14 479
Hessen	66 234	46 982	61 195	80 668	102 026	105 514
Rheinland-Pfalz	43 219	26 679	34 991	44 759	58 209	60 227
Bayern	124 033	80 140	110 726	152 473	187 845	193 736
Baden-Württemberg	106 669	74 860	102 680	130 722	164 816	170 060
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>711 313</b>	<b>433 068</b>	<b>594 557</b>	<b>792 059</b>	<b>1 002 952</b>	<b>1 037 697</b>
in v. H.						
Schleswig-Holstein	100	57,6	76,5	99,2	123,9	128,1
H a m b u r g	100	51,5	73,9	93,2	113,5	117,6
Niedersachsen	100	55,5	76,8	98,2	127,2	131,9
Nordrhein-Westfalen	100	55,4	77,7	108,9	140,0	145,3
Bremen	100	51,3	71,8	92,7	116,6	121,2
Hessen	100	70,9	92,4	121,8	154,0	159,3
Rheinland-Pfalz	100	61,7	81,0	103,6	134,7	139,4
Bayern	100	64,6	89,3	122,9	151,4	156,2
Baden-Württemberg	100	70,2	96,3	122,5	154,5	159,4
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>100</b>	<b>60,9</b>	<b>83,6</b>	<b>111,4</b>	<b>141,0</b>	<b>145,9</b>

<sup>1)</sup> Ohne die Fahrzeuge der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

<sup>2)</sup> Die Ergebnisse wurden im Wege der Fortschreibung ermittelt.

## Übersicht 7

Der Bestand an Krafträdern in den Bundesländern<sup>1)</sup> in den Jahren 1938 und 1950 bis 1953

Land	1. 7. 1938	1. 1. 1950	1. 1. 1951	1. 1. 1952	1. 1. 1953	1. 4. 1953 <sup>2)</sup>
absolut						
Schleswig-Holstein	30 508	19 006	27 144	36 275	45 317	47 018
H a m b u r g	24 205	11 518	15 797	19 811	24 336	25 645
Niedersachsen	113 758	92 492	128 693	168 066	212 860	221 474
Nordrhein-Westfalen	201 575	162 441	216 110	307 234	399 534	417 350
Bremen	6 237	3 506	3 814	5 614	7 159	7 513
Hessen	77 326	75 053	101 346	143 877	183 506	191 685
Rheinland-Pfalz	56 916	52 315	72 391	96 971	126 315	132 340
Bayern	214 265	197 275	233 727	357 550	432 253	450 300
Baden-Württemberg	131 058	131 972	187 084	245 132	310 124	324 125
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>855 848</b>	<b>745 578</b>	<b>986 106</b>	<b>1 380 530</b>	<b>1 741 404</b>	<b>1 817 450</b>
in v. H.						
Schleswig-Holstein	100	62,3	89,0	118,9	148,5	154,1
H a m b u r g	100	47,6	65,3	81,8	100,5	105,9
Niedersachsen	100	81,3	113,1	147,7	187,1	194,7
Nordrhein-Westfalen	100	80,6	107,2	152,4	198,2	207,0
Bremen	100	56,2	61,2	90,0	114,8	120,5
Hessen	100	97,1	131,1	186,1	237,3	247,9
Rheinland-Pfalz	100	91,9	127,2	170,4	221,9	232,5
Bayern	100	92,1	109,1	166,9	201,7	210,2
Baden-Württemberg	100	100,7	142,7	187,0	236,6	247,3
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>100</b>	<b>87,1</b>	<b>115,2</b>	<b>161,3</b>	<b>203,5</b>	<b>212,4</b>

1) Ohne die Fahrzeuge der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

2) Die Ergebnisse wurden im Wege der Fortschreibung ermittelt.

## Übersicht 8

Der Bestand an Lastkraftwagen in den Bundesländern<sup>1)</sup> in den Jahren 1938 und 1950 bis 1953

Land	1. 7. 1938 <sup>2)</sup>	1. 1. 1950	1. 1. 1951	1. 1. 1952	1. 1. 1953	1. 4. 1953 <sup>3)</sup>
absolut						
Schleswig-Holstein	10 706	14 930	18 014	21 540	24 310	24 440
H a m b u r g	16 580	18 783	22 256	23 961	25 513	25 369
Niedersachsen	20 791	41 518	46 415	53 879	61 078	60 742
Nordrhein-Westfalen	68 898	108 291	119 040	150 241	172 076	171 849
Bremen	3 978	6 066	6 189	7 151	7 768	7 839
Hessen	16 527	28 094	32 242	39 421	45 535	45 773
Rheinland-Pfalz	13 288	19 879	23 013	28 116	33 532	33 770
Bayern	32 832	53 925	55 366	71 960	79 002	78 741
Baden-Württemberg	26 296	42 254	49 715	58 675	66 367	66 666
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>209 896</b>	<b>333 740</b>	<b>372 250</b>	<b>454 944</b>	<b>515 181</b>	<b>515 189</b>
in v. H.						
Schleswig-Holstein	100	139,5	168,3	201,2	227,1	228,3
H a m b u r g	100	113,3	134,2	144,5	153,9	153,0
Niedersachsen	100	199,7	223,2	259,1	293,8	292,2
Nordrhein-Westfalen	100	157,2	172,8	218,1	249,8	249,4
Bremen	100	152,5	155,6	179,8	195,3	197,1
Hessen	100	170,0	195,1	238,5	275,5	277,0
Rheinland-Pfalz	100	149,6	173,2	211,6	252,3	254,1
Bayern	100	164,2	168,6	219,2	240,6	239,8
Baden-Württemberg	100	160,7	189,1	223,1	252,4	253,5
<b>Bundesgebiet zusammen</b>	<b>100</b>	<b>159,0</b>	<b>177,3</b>	<b>216,7</b>	<b>245,4</b>	<b>245,4</b>

1) Ohne die Fahrzeuge der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

2) einschl. Kraftstoffkesselwagen.

3) Die Ergebnisse wurden im Wege der Fortschreibung ermittelt.

Es ist damit nicht gesagt, daß die Motorisierung in den übrigen Ländern der Bundesrepublik weit größer ist als in Hamburg. Es kommt immer auf die Verhältnisse im Basiszeitraum an. Hamburg hatte schon im Jahre 1938 eine relativ große Kraftfahrzeugdichte, während in vielen anderen Bundesländern erst nach der Währungsreform eine erhebliche Ausweitung in der Motorisierung eintrat.

Über den Grad der Motorisierung gibt die Kraftfahrzeugdichte Auskunft, nämlich das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerung zum Kraftfahrzeugbestand. Hamburg rangierte im Jahre 1938 in bezug auf die Kraftfahrzeugdichte zusammen mit Hessen hinter Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg. In der Nachkriegszeit hat sich dies Verhältnis verschoben.

Hamburg nimmt jetzt vor Schleswig-Holstein und Bremen mit 20 Einwohnern je Kraftfahrzeug den drittletzten Platz ein. Dieses Bild ändert sich jedoch sofort, wenn man die Bevölkerung nicht zu der Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge (Lastkraftwagen, Personenkraftwagen, Krafträdern, Omnibussen usw.) in Beziehung setzt, sondern nur zu den Lastkraftwagen und Personenkraftwagen, welche die Hauptträger des Verkehrs sind. Es zeigt sich dann, daß Hamburg im Vergleich mit den übrigen Ländern seit 1938 die größte Dichte der Lastkraftwagen und Personenkraftwagen zu verzeichnen hat. Im Jahre 1938 kam in Hamburg auf 103 Personen ein Lastkraftwagen, am 1. 1. 1953 dagegen schon auf 66 Einwohner. Auf 43 Personen kam im Jahre 1938

ein Personenkraftwagen, am 1. 1. 1953 dagegen auf 38 Einwohner. Das Verhältnis der Krafträder zur Einwohnerzahl blieb seit 1938 fast unverändert. Am 1. 1. 1953 kamen 69 Personen auf 1 Kraftrad gegenüber 71 im Jahre 1938. Diese Entwicklung steht im krassen Gegensatz zu der in den übrigen Ländern der Bundesrepublik. Hier hat die Dichte der Krafträder viel stärker zugenommen, und zwar ist dies in besonderem Maße in Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg der Fall. Bedingt durch diese stärkere Zunahme stieg die gesamte Kraftfahrzeugdichte in diesen Ländern stärker an als in Hamburg.

### Übersicht 9

Die Kraftfahrzeugdichte in den Ländern des Bundesgebietes in den Jahren 1938<sup>1)</sup> und 1952/53

Land	Die Zahl der Einwohner									je Kraftrad am		
	je Kraftfahrzeug am			je Lastkraftwagen <sup>2)</sup> am			je Personenkraftwagen am					
	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 1. 53	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 1. 53	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 1. 53	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 1. 53
Schleswig-Holstein . . . . .	22	25	19	148	115	100	52	82	64	52	69	54
H a m b u r g . . . . .	21	20	17	103	69	66	43	45	38	71	84	69
Niedersachsen . . . . .	20	19	15	218	124	109	50	76	58	40	40	31
Nordrhein-Westfalen . . . . .	25	19	15	173	90	80	60	63	50	59	44	35
Bremen . . . . .	24	23	20	142	81	76	47	52	43	90	103	83
Hessen . . . . .	21	16	13	211	111	97	53	54	43	45	31	24
Rheinland-Pfalz . . . . .	25	17	13	223	110	94	69	70	54	52	32	25
Bayern . . . . .	18	14	11	214	126	116	57	60	49	33	26	21
Baden-Württemberg . . . . .	20	14	11	210	113	101	52	51	41	42	27	22
<b>Bundesgebiet . . . . .</b>	<b>22</b>	<b>17</b>	<b>14</b>	<b>187</b>	<b>106</b>	<b>94</b>	<b>55</b>	<b>61</b>	<b>49</b>	<b>46</b>	<b>35</b>	<b>28</b>

1) bezogen auf den Bevölkerungsstand vom 17. 5. 1939

2) einschl. Kraftstoffkesselwagen

Die große Hamburger Kraftfahrzeugdichte bei den Personen- und Lastkraftwagen ist auf den Stadtverkehr zurückzuführen. Die Konzentrierung von Handel und Gewerbe bedingt eine größere

Kraftfahrzeugdichte als ländliche Gebiete, in denen die Landwirtschaft eine dominierende Rolle spielt. In ländlichen Gebieten herrscht häufig das Kraft- rad vor.

### Übersicht 10

Die Kraftfahrzeugdichte in 15 Großstädten des Bundesgebietes in den Jahren 1938<sup>1)</sup> und 1952

Großstadt	Die Zahl der Einwohner									je Kraftrad am		
	je Kraftfahrzeug am			je Lastkraftwagen <sup>2)</sup> am			je Personenkraftwagen am					
	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 10. 52	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 10. 52	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 10. 52	1. 7. 38	1. 1. 52	1. 10. 52
H a m b u r g . . . . .	21	20	18	94	62	61	43	45	40	71	84	70
Essen . . . . .	33	25	22	150	80	77	75	65	55	101	85	65
Köln . . . . .	20	17	14	109	53	51	37	39	33	67	63	48
Dortmund . . . . .	27	25	21	133	76	73	65	71	61	74	81	60
Düsseldorf . . . . .	17	17	15	96	52	52	28	35	31	78	87	68
Bremen einschl. Bremerhaven . . . . .	24	23	21	115	70	69	47	52	44	90	103	89
Hannover . . . . .	18	18	15	100	58	55	33	38	32	66	75	58
Duisburg . . . . .	31	26	21	148	77	72	76	75	62	84	82	60
Wuppertal . . . . .	25	19	16	114	57	55	46	41	36	103	86	66
München . . . . .	14	12	10	91	59	56	30	29	25	35	30	25
Frankfurt/Main . . . . .	16	13	11	113	62	60	30	27	24	49	41	34
Stuttgart . . . . .	15	13	11	90	53	51	27	26	22	55	48	38
Mannheim . . . . .	18	14	12	120	59	57	38	34	30	49	36	28
Wiesbaden . . . . .	19	15	13	153	82	75	36	35	30	53	39	33
Augsburg . . . . .	20	16	14	130	71	67	52	43	37	43	38	32

1) bezogen auf den Bevölkerungsstand vom 17. 5. 1939

2) einschl. Kraftstoffkesselwagen, zulassungspflichtigen Zugmaschinen und Sonderfahrzeugen

Vergleicht man die Hamburger Kraftfahrzeugdichte mit der in anderen Großstädten herrschenden, so zeigt sich, daß Hamburg nicht mehr den ersten Platz in bezug auf die Lastkraftwagen und Personenkraftwagendichte einnimmt, sondern in etwa eine Mittelstellung. Die größte Kraftfahrzeugdichte weist bei den Großstädten Stuttgart mit nur 51 Einwohnern je Lastkraftwagen und 22 Einwohnern je Personenkraftwagen auf, während Hamburg Dichteziffern von 61 bzw. 40 aufweist. Überhaupt

zeigt sich, daß in den süddeutschen Städten weniger Einwohner je Kraftfahrzeug zu verzeichnen sind als in den norddeutschen.

Allgemein kann festgestellt werden, daß die Kraftfahrzeugdichte in allen Großstädten in der Nachkriegszeit erheblich zugenommen hat.

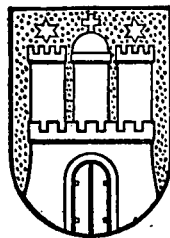
Bahlert, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 1. Oktober 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 22

## Die Löhne in der Industrie Hamburgs im ersten Halbjahr 1953

Im Gegensatz zu den ersten Jahren nach der Währungsreform hielt sich die Lohnbewegung im Jahre 1952 in engen Grenzen. Die effektiven Verdienste der Industriearbeiter stiegen im ersten Vierteljahr 1952 unter dem Einfluß der Erhöhung der Tariflohnsätze in einigen Gewerbegruppen leicht an und blieben dann nahezu unverändert.

Der saisonal bedingte Rückgang der Arbeitszeit und die fast unveränderten Stundenverdienste führten im Februar 1953 sogar zu einer Verminderung der Wochenverdienste. In der Zeit von Februar bis Ende Mai 1953 verursachten die jahres-

zeitliche Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeiten und die Tariflohnerhöhungen wieder eine starke Aufwärtsbewegung der Arbeitszeiten und der Verdienste. Im Mai 1953 lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter mit 49,4 Stunden um 4,2 v. H. höher als im Februar 1953. Der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst erhöhte sich von 176,8 Pf um 2,8 v. H. auf 181,8 Pf. Im Zusammenwirken dieser beiden Steigerungen überstieg der Brutto-Wochenverdienst von 89,80 DM im Mai den Stand von Februar 1953 um 7,2 v. H.

### Übersicht 1

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und  
Bruttoverdienste der Industriearbeiter in Hamburg und im Bundesgebiet<sup>1)</sup>  
September 1948 bis Mai 1953

Zeit	Wochenarbeitszeiten in Stunden				Brutto-Stundenverdienste in Pf				Brutto-Wochenverdienste in DM					
	männl.		weibl.		alle		alle		männl.		weibl.		alle	
	Arbeiter		Arbeiter		Arbeiter		Arbeiter		Arbeiter		Arbeiter		Arbeiter	
	Hamburg		Bund		Hamburg		Bund		Hamburg		Bund		Bund	
1948														
September 1948	43,1	40,5	42,5	43,8	134,8	81,1	122,2	108,3	58,01	32,81	52,08	47,40		
März 1949	46,3	44,1	45,9	45,3	148,5	89,6	137,2	116,1	68,76	39,47	62,94	52,55		
September 1949	48,3	45,6	47,7	47,4	152,5	94,9	139,9	120,9	73,71	43,28	66,77	57,33		
März 1950	48,4	44,0	47,4	47,2	152,8	93,4	140,7	123,2	73,96	41,08	66,72	58,21		
September 1950	49,5	46,6	48,8	49,1	157,0	95,6	143,0	127,7	77,75	44,60	69,85	62,75		
März 1951	49,3	46,4	48,6	47,6	165,2	104,4	151,3	138,3	81,50	48,46	73,61	65,77		
September 1951	49,0	45,9	48,3	47,2	183,5	114,4	168,4	150,3	89,95	52,46	81,33	70,92		
Februar 1952	48,6	44,2	47,6	46,6	186,2	116,5	171,1	154,4	90,51	51,55	81,41	71,98		
Mai 1952	49,4	45,4	48,5	47,2	188,5	118,1	174,2	157,4	93,03	53,64	84,51	74,35		
August 1952	49,9	45,7	49,0	48,1	188,6	118,5	174,1	158,3	94,15	54,16	85,29	76,07		
November 1952	49,8	46,8	49,0	48,5	192,2	120,1	175,6	159,5	95,64	56,17	86,10	77,39		
Februar 1953	48,1	45,3	47,4	45,9	193,0	121,3	176,8	159,7	92,76	54,88	83,78	73,36		
Mai 1953	50,0	47,1	49,4	48,0	197,0	123,6	181,8	163,2	98,60	58,22	89,80	78,39		
Veränderung in v.H. Mai 1953 gegenüber Februar 1953	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 6,3	+ 6,1	+ 7,2	+ 6,9		
Mai 1953 gegenüber November 1952	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	- 1,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,6	+ 4,3	+ 1,3		

<sup>1)</sup> Ohne Bergbau. — Bis November 1952 ohne Rheinland-Pfalz, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern.

## Wochenarbeitszeit höher als in den Vorjahren

Die Wochenarbeitszeit betrug im Durchschnitt aller Gewerbegruppen im Mai 1953 fast 49 1/2 Stunden, für die Männer 50 und für die Frauen 47,1 Stunden; sie hat somit gegenüber Februar 1953 um 2 Stunden und gegenüber Mai 1952 um fast eine Stunde zugenommen. Die Entwicklung der Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden war in den Gewerbegruppen bzw. Fabrikationszweigen keineswegs einheitlich. Zu dem Anstieg im Durchschnitt aller Gewerbegruppen haben von den saisonbedingten Betrieben, die im Februar noch stark verkürzt ge-

arbeitet hatten, in erster Linie das Baugewerbe beigetragen; hier beträgt die Zunahme der Wochenarbeitszeit gegenüber Februar 1953 rd. 13 v. H. Unter den übrigen Gewerbegruppen zeigten nur noch das Bekleidungs- (+ 6,4 v. H.) und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (+ 5,0 v. H.) überdurchschnittliche Erhöhungen der Arbeitszeit. Nur wenige Gewerbegruppen, die Papierverarbeitende Industrie, das Buchdruckgewerbe, die NE-Metallindustrie und die Holzverarbeitende Industrie wiesen Verminderungen der Arbeitszeit (zwischen - 1,0 und - 2,1 v. H.) auf.

### Übersicht 2

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter in wichtigen Gewerbegruppen  
Februar und Mai 1953

Gewerbegruppen bzw. Fabrikationszweige	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden											
	Männliche						Alle männlichen Arbeiter		Alle weiblichen Arbeiter		Arbeiter und Arbeiterinnen insgesamt	
	Facharbeiter		angelernte Arbeiter		Hilfsarbeiter							
	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953
Nichteisenmetall-Industrie . . . . .	49,9	48,2	51,4	51,4	50,3	48,8	50,8	50,1	·	49,3	50,8	50,1
Gießerei-Industrie . . . . .	46,4	47,3	46,4	47,7	47,7	47,5	46,8	47,5	·	·	46,7	47,5
Metallverarbeitende Industrie . . . . .	50,5	51,4	49,0	50,9	48,5	49,2	50,0	51,0	45,9	46,9	49,6	50,7
davon:												
Eisen- und Metallwarenherstellung .	48,8	50,2	46,3	50,7	46,7	48,2	47,5	50,0	45,4	47,3	46,6	48,7
Masch.-, Apparate- u. Fahrzeugbau <sup>1)</sup>	50,4	51,6	49,2	51,1	48,5	49,3	50,0	51,2	45,7	46,8	50,0	51,2
Schiffbau einschl. Schiffsmasch.-Bau	51,7	53,0	51,0	52,4	50,4	50,2	51,5	52,5	49,7	50,2	51,5	52,5
Elektrotechnische Industrie . . . . .	51,7	50,6	49,1	49,0	49,0	48,6	51,0	50,2	45,7	46,8	49,3	49,1
Feinmechanische und opt. Industrie	48,6	49,2	49,1	49,1	49,9	49,9	48,8	49,3	48,6	47,1	48,7	48,7
Chemische Industrie einschl. Kautschuk- und Mineralöl-Industrie .	50,2	50,6	49,1	50,1	48,8	49,5	49,6	50,2	45,3	46,8	47,9	48,9
davon:												
Chemische Industrie . . . . .	50,6	50,4	49,9	50,9	49,1	48,8	49,8	49,9	45,0	46,6	47,6	48,4
Kautschuk-Industrie . . . . .	50,1	50,6	48,0	49,0	46,0	48,4	48,9	49,8	45,4	47,0	47,3	48,4
Mineralöl-Industrie . . . . .	50,3	50,9	50,4	51,4	49,9	51,4	50,3	51,1	47,7	47,3	50,3	51,1
Industrie der Steine und Erden . . . . .	48,1	54,4	52,8	50,8	49,1	50,6	50,3	51,7	—	—	50,3	51,7
Baugewerbe einschl. Baunebengew.	43,7	48,2	45,1	50,1	38,8	48,4	43,1	48,4	·	49,2	43,0	48,5
Bautischl., Möbelherst. u. s. Holzw.	49,7	48,1	44,6	45,9	45,8	46,8	48,9	47,7	44,7	44,6	48,2	47,2
Papierverarbeitende Industrie . . . . .	51,1	51,2	55,3	54,6	52,6	52,7	52,4	52,4	49,4	48,9	50,2	49,7
Buchdruckgewerbe . . . . .	49,8	49,6	55,0	52,8	50,0	49,4	50,2	49,9	47,7	46,7	49,4	48,8
Flachdruckgewerbe . . . . .	49,2	51,7	·	·	51,8	53,0	49,8	52,0	47,5	48,3	48,8	50,5
Textilindustrie . . . . .	47,4	47,6	47,6	47,3	50,2	49,4	48,1	47,9	41,7	43,3	43,1	44,4
Bekleidungsindustrie . . . . .	46,8	50,1	49,0	49,6	46,4	48,3	47,4	49,6	44,6	47,8	45,2	48,1
Nahrungs- u. Genußmittel-Industrie	50,4	52,6	49,2	51,0	49,4	51,0	49,7	51,5	45,2	48,3	47,7	50,1
Braugewerbe . . . . .	50,3 <sup>2)</sup>	52,3 <sup>2)</sup>	48,5	50,4	51,4	51,3	50,3	51,7	·	·	50,3	51,7
Kunststoffverarbeitende Industrie .	48,9	47,9	49,5	47,9	47,8	48,0	48,9	47,9	46,8	47,3	47,6	47,6

<sup>1)</sup> einschl. Schiffbau <sup>2)</sup> ohne Fahrpersonal (Die Wochenarbeitszeit betrug für den Fahrer im Febr. 49,1 Std., Mai 52,2 Std.)

Entsprechend der Aufwärtsentwicklung der Wochenarbeitszeit ist insgesamt auch die durchschnittliche Zahl der zuschlagspflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden gestiegen. Sie betrug im letzten Berichtsmontat 2,7 Stunden je Woche und Arbeiter und lag damit um 0,5 Stunden über dem Stande vom Februar 1953. Am höchsten war die Zahl der zuschlagspflichtigen Überstunden in der NE-Metallindustrie mit 5,9 Stunden. Dann folgten die Glasindustrie mit 4,9, das Flachdruckgewerbe mit 4,6 und die Industrie der Steine und Erden mit 4,5 Stunden.

Wie die Übersicht 1 erkennen läßt, verlief die Verminderung der jeweiligen Gesamt-Wochenarbeitszeit in Hamburg und im Bund seit der Währungsreform in etwa der gleichen Richtung, wobei das Ausmaß der beiden Bewegungen teilweise verschieden war. Hinsichtlich der Länge der Wochenarbeitszeit gehört Hamburg zu denjenigen Ländern, die über den Durchschnitt des Bundes-

gebietes liegen. Der Vorsprung der hamburgischen Arbeitszeit hat sich im Laufe der letzten Jahre merklich vergrößert. Die Wochenarbeitszeit lag im Mai 1953 sogar um fast 1 1/2 Stunden über dem Durchschnitt des Bundesgebietes.

### Brutto-Stundenverdienste weiter gestiegen

Gegenüber dem vorhergehenden Berichtsmontat zeigen die Brutto-Stundenverdienste ziemlich einheitlich eine aufsteigende Entwicklung, die jedoch dem Grad nach in den einzelnen Gewerbegruppen recht verschieden war. Hier wirkten sich in unterschiedlichem Maße sowohl Veränderungen der Tarife als auch konjunktur- und saisonbedingte Einflüsse aus. Im Durchschnitt aller Gewerbegruppen haben sich im Mai 1953 gegenüber Februar 1953 die Brutto-Stundenverdienste für die Männer um 4 Pf auf 197 Pf und für die Frauen um 2,3 Pf auf 123,6 Pf erhöht.

**Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste der Industriearbeiter  
in wichtigen Gewerbegruppen Februar und Mai 1953**

Gewerbegruppen bzw. Fabrikationszweige	Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste in Pf											
	Männliche						Alle männlichen Arbeiter		Alle weiblichen Arbeiter		Arbeiter und Arbeiterinnen insgesamt	
	Facharbeiter		angelernte Arbeiter		Hilfsarbeiter		Februar	Mai	Februar	Mai	Februar	Mai
	Februar	Mai	Februar	Mai	Februar	Mai	Februar	Mai	Februar	Mai	Februar	Mai
	1953		1953		1953		1953		1953		1953	
Nichteisenmetall-Industrie . . . . .	202,8	207,9	197,7	216,9	170,4	177,6	193,5	207,0	124,9	134,1	193,1	205,7
Gießerei-Industrie . . . . .	211,1	211,6	198,5	198,8	167,1	164,9	194,1	194,0			194,0	193,7
Metallverarbeitende Industrie . . . . .	196,8	196,8	179,9	180,0	153,3	152,7	188,9	188,6	134,1	134,1	184,7	184,2
davon:												
Eisen- und Metallwarenherstellung . . . . .	193,4	196,4	187,6	193,9	146,4	146,6	182,7	186,5	131,8	132,8	161,0	162,6
Masch.-, Apparate- u. Fahrzeugbau <sup>1)</sup> . . . . .	197,3	196,9	179,4	179,0	154,3	153,7	189,2	188,4	125,9	126,9	188,8	188,1
Schiffbau einschl. Schiffsmasch.-Bau . . . . .	196,5	195,3	176,9	176,6	152,1	151,1	188,1	186,8	124,5	124,8	187,8	186,5
Elektrotechnische Industrie . . . . .	195,2	196,6	181,5	181,3	147,2	145,8	189,6	190,3	137,0	136,1	173,3	173,1
Feinmechanische und opt. Industrie . . . . .	199,8	195,2	168,6	172,5	148,7	145,3	183,8	188,6	127,1	129,2	169,8	172,9
Chemische Industrie einschl. Kautschuk- und Mineralöl-Industrie . . . . .	213,8	218,4	191,6	195,6	167,3	168,6	197,3	200,4	128,4	128,6	172,3	174,0
davon:												
Chemische Industrie . . . . .	189,9	192,6	173,5	178,2	161,9	162,1	174,1	175,8	118,1	116,9	149,6	150,6
Kautschuk-Industrie . . . . .	224,2	228,3	197,1	198,5	164,7	164,6	209,4	211,8	134,6	134,9	175,9	176,1
Mineralöl-Industrie . . . . .	212,1	216,9	198,2	206,5	178,8	183,2	201,3	206,9	143,8	141,9	200,8	205,7
Industrie der Steine und Erden . . . . .	193,9	199,9	170,7	172,6	165,1	168,2	176,5	179,0	—	—	176,5	179,0
Baugewerbe einschl. Bauneubew. . . . .	214,6	221,3	197,9	212,4	179,7	181,9	207,5	213,7	115,4	115,4	206,2	212,7
Bautischl., Möbelherst. u. s. Holzw. . . . .	183,9	184,2	146,2	145,4	132,7	132,5	176,3	176,3	110,1	109,7	166,5	164,6
Papierverarbeitende Industrie . . . . .	203,1	205,0	179,6	182,1	156,5	161,0	175,3	180,4	115,9	114,4	132,3	130,9
Buchdruckgewerbe . . . . .	229,5	229,6	213,5	211,2	168,4	166,2	222,1	221,3	117,7	117,4	188,1	187,1
Flachdruckgewerbe . . . . .	240,1	247,7	—	—	174,6	181,5	221,4	225,5	116,4	116,9	174,6	183,6
Textilindustrie . . . . .	168,3	176,3	159,3	165,8	144,2	152,4	158,4	165,6	118,5	124,8	128,5	135,1
Bekleidungsindustrie . . . . .	166,1	170,1	164,2	164,9	145,5	143,7	161,9	163,9	111,8	113,4	123,0	124,4
Nahrungs- u. Genußmittel-Industrie . . . . .	188,0	197,9	175,7	180,9	164,9	169,1	174,6	180,9	115,7	122,9	150,1	156,9
Braugewerbe . . . . .	190,3 <sup>2)</sup>	194,2 <sup>2)</sup>	185,7	192,2	175,6	184,2	193,5	202,1	—	—	193,4	201,8
Kunststoffverarbeitende Industrie . . . . .	194,8	192,4	175,9	176,8	156,5	157,4	174,9	176,0	118,3	119,8	141,5	143,8

<sup>1)</sup> einschl. Schiffbau <sup>2)</sup> ohne Fahrpersonal (Die Brutto-Stundenverdienste betragen für den Fahrer im Febr. 222,5 Pf, Mai 236,6 Pf)

Von den einzelnen Gewerbegruppen weist den höchsten Steigerungssatz der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste mit 6,5 v. H. die NE-Metallindustrie auf, ihr folgen das Flachdruckgewerbe und die Textilindustrie mit Verdiensterhöhungen von 5,2 bzw. 5,1 v. H. Abgesehen von der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie (+ 4,5 v. H.), dem Braugewerbe (+ 4,3 v. H.) und dem Baugewerbe (+ 3,2 v. H.) liegen die Verdienststeigerungen unter 1,5 v. H. Von den Gewerben, die ihren Stundenlohn um etwa 1 v. H. verringert haben, sind die Gewerbegruppen Bautischlerei und Papierverarbeitung zu erwähnen. Die Gründe hierfür können in einer Zunahme des Anteils der geringer qualifizierten Arbeitskräfte, aber auch in einer Abnahme des Anteils der Überstunden oder der Akkordarbeit liegen.

In folgenden Gewerbegruppen sind die tariflichen Stundenlohnsätze in der Zeit von November 1952 bis Ende Mai 1953 jeweils in einem oder mehreren Fabrikationszweigen erhöht worden:

Gewerbegruppen	Erhöhung der Stundenlohnsätze	
	in Pf	in v. H.
Industrie der Steine und Erden	6—8	4,1—4,7
Baugewerbe . . . . .	7	3,6
Papierverarbeitende Industrie	2—5	2,5—3,4
Graphisches Gewerbe . . . . .	8	4,7
Textilindustrie . . . . .	6—8	4,9—6,5
Bekleidungsindustrie . . . . .	5—9	3,1—7,3
Lederverarbeitende Industrie . . . . .	3—6	2,9—4,3
Nahrungs- u. Genußmittel-Ind.	2—18	1,6—10,5

Das Niveau der Industriearbeiterlöhne lag in Hamburg im letzten Halbjahr — wie auch in den vergangenen Jahren — **erheblich höher als das durchschnittliche Niveau des Bundesgebietes**. Die Durchschnitts-Brutto-Stundenverdienste aller Industriearbeiter Hamburgs hatten im Februar/Mai 1953 gegenüber dem Durchschnitt des Bundesgebietes einen Vorsprung von etwa 11 v. H.; demgegenüber betrug der Vorsprung in den ersten Jahren nach der Währungsreform noch etwa 12 bis 18 v. H. Der Niveauunterschied der Löhne hat sich also im Laufe der Zeit verringert.

### Starke Erhöhung der Brutto-Wochenverdienste

Die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste sind im ersten Halbjahr 1953 aus den eingangs erwähnten Gründen stark angestiegen. Im Gesamtdurchschnitt aller Arbeiter erhöhten sich die Wochenverdienste in der Zeit von Februar bis Ende Mai 1953 um 7,2 v. H. auf fast 90 DM, die der männlichen und der weiblichen Arbeiter jedoch nur um 6,3 bzw. 6,1 v. H. Der Unterschied dieser Steigerungssätze ist auf Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft zurückzuführen. Wird z. B. — wie im Berichtsquartal — der Anteil der niedriger bezahlten Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der Arbeiter geringer, so wird dadurch der Durchschnittswert für die Gesamtzahl erhöht, umgekehrt kann aber auch eine Zunahme des Frauenanteils die Abschwächung des Durchschnittswertes der Gesamtzahl zur Folge haben.

### Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste der Industriearbeiter in wichtigen Gewerbegruppen Februar und Mai 1953

Gewerbegruppen bzw. Fabrikationszweige	Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste in DM											
	Männliche						Alle männlichen Arbeiter		Alle weiblichen Arbeiter		Arbeiter und Arbeiterinnen insgesamt	
	Facharbeiter		angelernte Arbeiter		Hilfsarbeiter							
	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953	Februar 1953	Mai 1953
Nichteisenmetall-Industrie . . . . .	101,12	100,21	101,56	111,38	85,63	86,63	98,33	103,73	61,55	62,78	98,09	103,07
Gießerei-Industrie . . . . .	97,89	100,18	92,12	94,85	79,76	78,41	90,78	92,20	61,50	62,94	90,68	92,10
Metallverarbeitende Industrie . . . .	99,40	101,17	88,21	91,60	74,29	75,17	94,45	96,26	61,50	62,94	91,68	93,39
davon:												
Eisen- und Metallwarenherstellung .	94,36	98,67	86,87	98,24	68,36	70,67	86,88	93,27	59,83	62,78	75,00	79,28
Masch.-, Apparate- u. Fahrzeugbau <sup>1)</sup>	99,53	101,60	88,25	91,55	74,80	75,82	94,55	96,55	57,54	59,42	94,29	96,32
Schiffbau einschl. Schiffsmasch.-Bau	101,67	103,49	90,22	92,61	76,72	75,82	96,79	98,13	61,87	62,62	96,63	97,98
Elektrotechnische Industrie . . . . .	100,87	99,63	89,16	88,85	72,17	70,92	96,75	95,53	62,61	63,70	85,36	84,89
Feinmechanische und opt. Industrie	92,22	96,07	82,84	84,74	74,27	72,48	89,66	92,95	61,78	60,85	82,77	84,16
Chemische Industrie einschl. Kautschuk- und Mineralöl-Industrie .	107,40	110,58	94,06	97,99	81,54	83,42	97,77	100,62	58,10	60,22	82,58	85,10
davon:												
Chemische Industrie . . . . .	95,56	97,01	86,62	90,61	79,49	79,11	86,72	87,65	53,11	54,49	71,19	72,94
Kautschuk-Industrie . . . . .	112,25	115,48	94,55	97,36	75,81	79,61	102,46	105,50	61,13	63,33	83,22	85,29
Mineralöl-Industrie . . . . .	106,77	110,36	99,96	106,11	89,23	94,23	101,23	105,82	68,57	67,14	100,89	105,05
Industrie der Steine und Erden . . . .	93,33	108,67	90,23	87,71	81,11	85,03	88,85	92,52	—	—	88,85	92,52
Baugewerbe einschl. Baunebengew.	93,80	106,67	89,30	106,35	69,75	88,09	89,40	103,52	56,77	56,77	88,75	103,04
Bautischl., Möbelherst. u. s. Holzw.	91,31	88,52	65,25	66,71	60,80	62,03	86,17	84,17	49,25	48,94	80,26	77,65
Papierverarbeitende Industrie . . . .	103,69	104,95	99,36	99,38	82,34	84,90	91,91	94,45	57,24	55,87	66,39	65,03
Buchdruckgewerbe . . . . .	114,20	113,86	117,40	111,57	84,19	82,16	111,51	110,38	56,15	54,79	92,84	91,25
Flachdruckgewerbe . . . . .	118,10	128,13	—	—	90,53	96,14	110,31	117,34	55,35	56,43	85,15	92,78
Textilindustrie . . . . .	79,76	83,96	75,79	78,36	72,32	75,19	76,25	79,34	49,39	54,10	55,43	59,99
Bekleidungs- u. Bekleidungs- u. Brau- gewerbe . . . . .	77,74	85,20	80,41	81,71	67,45	69,46	76,81	81,28	49,91	54,15	55,65	59,88
Nahrungs- u. Genußmittel-Industrie	94,70	104,01	86,41	92,25	81,51	86,25	86,74	93,12	52,24	59,36	71,57	78,60
Braugewerbe . . . . .	95,70 <sup>2)</sup>	101,53 <sup>2)</sup>	90,14	96,79	90,17	94,55	97,32	104,52	—	—	97,26	104,34
Kunststoffverarbeitende Industrie . .	95,26	92,19	87,04	84,64	74,82	75,56	85,53	84,32	55,33	56,70	67,40	68,42

<sup>1)</sup> einschl. Schiffbau <sup>2)</sup> ohne Fahrpersonal (Die Brutto-Wochenverdienste betragen für den Fahrer im Febr. 109,27 DM, Mai 123,43 DM)

Innerhalb der Gewerbegruppen entspricht das Bild der Veränderungen der Wochenverdienste etwa dem der Veränderungen der Wochenarbeitszeit. So stieg z. B. der durchschnittliche Brutto-Wochenlohn im Baugewerbe um 16,1 v. H., in der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie um 9,8 v. H., im Flachdruckgewerbe um 9 v. H., in der Textilindustrie um 8,2 v. H. und im Bekleidungs- und Braugewerbe um über 7 v. H.. In wenigen Gruppen ist ein Rückgang eingetreten, der in der Bautischlerei und Möbelherstellung (— 3,3 v. H.) und in der Papierverarbeitenden Industrie (— 2 v. H.) am stärksten ist.

In der Staffelung der Brutto-Wochenverdienste haben sich von Februar bis Mai 1953 keine wesentlichen Verschiebungen ergeben. Lediglich das Baugewerbe rückte aus den bereits erwähnten Gründen von der 10. Stelle (88,75 DM) auf die 4. Stelle (103,04 DM) der Gewerbegruppen wieder vor. Der höchste Wochenverdienst ist nach wie vor in der Mineralöl-Industrie mit 100,89 DM im Februar bzw. 105,05 DM im Mai 1953 festzustellen, der niedrigste in der Textilindustrie und im Bekleidungs- u. Braugewerbe mit je rd. 56 DM im Februar und mit je rd. 60 DM im Mai 1953.

#### Vergleich mit 1938

Einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitsverdienste seit 1938 bietet die folgende Zu-

sammenstellung. Die hier aufgeführten Indexziffern lassen die durchschnittlichen Veränderungen der individuellen Verdienste besser erkennen als ein Vergleich der absoluten Verdienste. Bei ihrer Berechnung werden Einflüsse des Strukturwandels bei der Arbeiterschaft auf die Verdienstdurchschnitte weitgehend ausgeschaltet.

#### Übersicht 5

#### Indexziffern der Arbeitsverdienste und Arbeitszeit in Hamburg (September 1938 = 100)

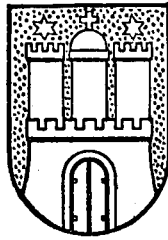
Arbeitergruppe	Jahresdurchschnitt				Febr. 1953	Mai 1953
	1949	1950	1951	1952		
<b>Brutto-Stundenverdienste</b>						
Männl. Arbeiter	154,6	159,0	179,6	191,5	195,4	199,5
Weibl. Arbeiter	161,2	168,9	194,6	207,0	211,8	215,8
Alle Arbeiter	155,6	160,9	182,3	194,6	198,8	203,0
<b>Brutto-Wochenverdienste</b>						
Männl. Arbeiter	142,9	151,1	172,2	184,3	183,0	194,7
Weibl. Arbeiter	152,6	162,1	189,5	199,3	202,8	215,2
Alle Arbeiter	143,9	152,3	174,3	186,1	185,8	197,5
<b>Wochenarbeitszeit</b>						
Männl. Arbeiter	92,5	95,0	95,8	96,2	93,6	97,3
Weibl. Arbeiter	94,4	95,7	97,2	96,0	95,6	99,4
Alle Arbeiter	92,0	94,2	95,1	95,2	92,9	96,9

H o h m a n n, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 19. Oktober 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 23

## Die gegenwärtige Situation im Wohnungsbau in der Freien und Hansestadt Hamburg

In den „Hamburger Statistischen Monatsberichten“ wird regelmäßig über die Wohnungsbautätigkeit und über den Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Hamburg berichtet. Einige wichtige Zahlen aus den Monaten **Januar bis Juli 1953** — teilweise auch für den Monat August — sind in dem nachfolgenden Aufsatz unter Beigabe von Vergleichszahlen aus dem Vorjahre zusammengestellt worden, um einen Überblick über die bisherige Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit in den vergangenen Monaten dieses Jahres zu geben.

Bei den Baugenehmigungen ist zunächst festzustellen, daß sich die rückläufige Tendenz, die noch 1952 beobachtet wurde, in diesem Jahre bisher nicht fortgesetzt hat. Wie die Übersicht 1 zeigt, wurden **bis zum 31. Juli** 11 865 Wohnungen genehmigt gegenüber 10 594 Wohnungen bis Ende Juli 1952, d. s. 1271 Wohnungen oder **12 v. H. mehr** als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nach den letzten Auszählungen wurden im Monat August weitere rd. 1900 Wohnungen genehmigt gegenüber 1505 im August 1952. Die Zahl der Genehmigungen überschreitet hiermit die des Vorjahres um weitere 400 Wohnungen, so daß **bis Ende August fast 1700 Wohnungen mehr genehmigt wurden als bis August**

### Übersicht 1

#### Die genehmigten Wohngebäude und Wohnungen

Monat des Eingangs der Meldung	Wohngebäude		Wohnungen	
	1953	1952	1953	1952
Januar . . . . .	192	130	1 221	848
Februar . . . . .	236	261	1 111	1 747
März . . . . .	216	222	1 129	1 380
April . . . . .	283	275	1 450	1 447
Mai . . . . .	308	437	1 506	2 128
Juni . . . . .	567	407	3 178	1 798
Juli . . . . .	711	257	2 270	1 246
<b>Zusammen . .</b>	<b>2 513</b>	<b>1 989</b>	<b>11 865</b>	<b>10 594</b>
außerdem im August . . . . .	418	289	1 903	1 505

1952. Diese Zunahme ist um so beachtlicher, wenn bedacht wird, daß sich die veranschlagten Baukosten je Neubauwohnung, trotz rückläufiger Bewegung der Preisindexziffer für den Wohnungsbau, gegenüber dem Gesamtdurchschnitt des Jahres 1952 weiterhin erhöht haben. Hieraus wird erkennbar, daß sich die qualitative Verbesserung im Wohnungsbau, die sich bereits 1952 anbahnte, auch in den ersten Monaten dieses Jahres fortgesetzt hat.

Aber auch die Zahl der Baubeginne hat sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erheblich erhöht, wie aus der Übersicht 2 zu entnehmen ist. **In den ersten 7 Monaten** wurden 12 260 Wohnungen neu begonnen, d. s. **rd. 1600 Wohnungen oder 15 v. H. mehr als im Vorjahre**. Nach den bereits für August vorliegenden Ergebnissen hat sich dieser Überschuß um weitere 200 neu begonnene Wohnungen auf **1800 Wohnungen** erhöht.

### Übersicht 2

#### Die Zahl der begonnenen Wohnungen

Monat des Eingangs der Meldung	Wohnungen	
	1953	1952
Januar . . . . .	1 259	2 000
Februar . . . . .	627	1 193
März . . . . .	1 438	1 534
April . . . . .	1 203	1 143
Mai . . . . .	2 696	1 141
Juni . . . . .	3 000	1 680
Juli . . . . .	2 037	1 979
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>12 260</b>	<b>10 670</b>
außerdem im August . . . . .	1 803	1 589

Die Zahl der bisher fertiggestellten Wohnungen reicht dagegen mit 8835 Wohnungen in den Monaten Januar bis Juli 1953 nicht ganz an das Bauergebnis der ersten 7 Monate des Vorjahres heran, wie sich aus der Übersicht 3 ergibt. Dies dürfte weitgehend auf die ungünstige Witterungs-

lage in den ersten Monaten dieses Jahres zurückzuführen sein, denn wie die Bauwirtschaftsberichterstattung zeigt, wurden in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 574 000 Arbeitsstunden für den Wohnungsbau weniger geleistet als im gleichen Zeitraum 1952.

### Übersicht 3

#### Die fertiggestellten Wohngebäude und Wohnungen

Monat des Eingangs der Meldung	Wohngebäude		Wohnungen	
	1953	1952	1953	1952
Januar . . . . .	155	119	677	492
Februar . . . . .	184	304	1 174	1 542
März . . . . .	162	216	1 044	1 443
April . . . . .	222	157	970	993
Mai . . . . .	228	221	1 423	1 444
Juni . . . . .	225	230	1 755	1 251
Juli . . . . .	273	283	1 792	1 947
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>1 449</b>	<b>1 530</b>	<b>8 835</b>	<b>9 112</b>
davon öffentl. gefördert . . . . .			6 373	5 783

Eine Untersuchung nach der Art der Baumaßnahme in der Übersicht 4, die vorläufig nur den Zugang an Wohnungen in den 7 Monaten von

### Übersicht 4

#### Die fertiggestellten Wohngebäude und Wohnungen nach der Baumaßnahme in den Monaten Januar bis Juli

Baumaßnahme	Wohngebäude		Wohnungen	
	1953	1952	1953	1952
Neubau insgesamt . . . . .	1 128	1 081	5 132	4 517
davon:				
a) auf nicht aufgeschlossenem Gelände . . . . .	340		591	
b) an ausgebauten Straßen, aber bisher nicht bebautem Gelände . . . . .	582		2 638	
c) auf früher bebautem Grund . . . . .	206		1 903	
Wiederaufbau . . . . .	312	420	3 424	4 114
Wiederherstellung . . . . .	—	—	46	120
Um-, Ausbau, Erweiterung . . . . .	9	29	233	361
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>1 449</b>	<b>1 530</b>	<b>8 835</b>	<b>9 112</b>

Januar bis Juli berücksichtigt, zeigt, daß 3424 oder rd. 39 v.H. der Wohnungen durch Wiederaufbau errichtet wurden. 1903 Wohnungen sind als Neu-

### Übersicht 6

#### Der Bauüberhang an Wohnungen

Am 31. 12. 1952		Am 31. 12. 1951	
	Wohnungen		Wohnungen
a) im Bau befindlich . . . . .	12 086	a) im Bau befindlich . . . . .	14 292
b) genehmigt, aber noch nicht begonnen . . . . .	8 377	b) genehmigt, aber noch nicht begonnen . . . . .	11 494
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>20 463</b>	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>25 786</b>
Vom 1. 1. bis 31. 7. 1953 genehmigt . . . . .	11 865	Vom 1. 1. bis 31. 7. 1952 genehmigt . . . . .	10 594
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>32 328</b>	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>36 380</b>
Vom 1. 1. bis 31. 7. 1953 fertiggestellt . . . . .	8 835	Vom 1. 1. bis 31. 7. 1952 fertiggestellt . . . . .	9 112
<b>Überhang am 31. 7. 1953 . . . . .</b>	<b>23 493</b>	<b>Überhang am 31. 7. 1952 . . . . .</b>	<b>27 268</b>
davon:		davon:	
a) im Bau befindlich . . . . .	15 511	a) im Bau befindlich . . . . .	15 850
b) genehmigt, aber noch nicht begonnen . . . . .	7 982	b) genehmigt, aber noch nicht begonnen . . . . .	11 418

bauten auf früher bebautem Grund, d.h. auf Trümmerflächen, ausgewiesen. Hierbei dürfte es sich überwiegend um Ersatzbauten für zerstörte Gebäude handeln, die vielleicht auch den Wiederaufbauten zugerechnet werden können. Bei den Neubauten auf nicht aufgeschlossenem Gelände handelt es sich hauptsächlich um kleinere Bauvorhaben im Stadtrandgebiet, bei denen durchschnittlich nur 1,7 Wohnungen auf 1 Wohngebäude entfallen. Die Gliederung des Zugangs an Gebäuden und Wohnungen nach der Art der Bauherren bietet im Jahre 1953 zum ersten Male die Möglichkeit, aus der Gruppe der privaten Bauherren die freien Wohnungsunternehmen und die Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen auszugliedern, wie aus der Übersicht 5 hervorgeht.

### Übersicht 5

#### Die fertiggestellten Wohnungen nach Bauherren in den Monaten Januar bis Juli

Art der Bauherren	1953	1952
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen . . . . .	4 295	4 184
Priv. Bauherren insgesamt . . . . .	4 360	4 811
davon:		
Freie Wohnungsunternehmen . . . . .	948	
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen . . . . .	70	
Sonstige private Bauherren . . . . .	3 342	
Behörden und öffentlich rechtl. Körperschaften . . . . .	180	117
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>8 835</b>	<b>9 112</b>

Weiterhin sei noch erwähnt, daß von den neu erstellten 8835 Wohnungen 6373 oder 72 v.H. mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden. Die restlichen 2462 Wohnungen wurden entweder frei finanziert oder mit Steuervergünstigungen errichtet.

Ein Blick auf die Übersicht 6 zeigt, daß die günstige Entwicklung bei den Baugenehmigungen und Baubeginnen ihren Niederschlag auch im Bauüberhang am 31. 7. 1953 gefunden hat. Die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen liegt am 31. 7. 1953 fast auf gleicher Höhe wie Ende Juli 1952; sie beträgt 15 511 Wohnungen gegenüber 15 850 im Juli 1952 und 12 086 am 31. Dezember 1952. Der Bestand an genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen hat sich gegenüber Juli 1952 um 3436 Wohnungen verringert.

Vergleicht man die Summe der Ende Juli 1953 bereits fertiggestellten und der damals im Bau befindlichen Wohnungen (zusammen 24 346 Wohnungen) mit der entsprechenden Summe Ende Juli 1952 (24 962), so kann man hiernach darauf schließen, daß bis Ende dieses Kalenderjahres voraussichtlich etwa gleich viele Wohnungen fertiggestellt werden wie im Vorjahre, in dem rd. 23 000 Wohnungen bezugsfertig geworden sind. Allerdings kann die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus durch verschiedene Ursachen — z. B. durch die Gunst oder Ungunst der Witterung im Spät-

herbst und Winter, durch die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte im Baugewerbe und durch den Umfang der dem Wohnungsbau zufließenden öffentlichen und privaten Mittel u. a. m. — erheblich beeinflußt werden.

Aus der Übersicht 7 ist die regionale Verteilung der im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Juli 1953 genehmigten bzw. begonnenen oder fertiggestellten Wohngebäude und Wohnungen ersichtlich. Der Schwerpunkt der Wohnungsbautätigkeit liegt wie auch im Vorjahre in den Stadtteilen Barmbek-Uhlenhorst und Hamm-Horn.

## Übersicht 7

### Die genehmigten, die begonnenen und die fertiggestellten Wohngebäude und Wohnungen nach Verwaltungsbezirken

1. Januar bis 31. Juli 1953

Verwaltungsbezirke	Ortsteilnummern	Baugenehmigungen			Baubeginne			Baufertigstellungen		
		Wohngebäude	Wohnungen überhaupt	v. H.	Wohngebäude	Wohnungen überhaupt	v. H.	Wohngebäude	Wohnungen überhaupt	v. H.
<b>Bezirksamt Hamburg-Mitte</b> . . .	<b>101—139</b>	<b>250</b>	<b>2 187</b>	<b>18,4</b>	<b>267</b>	<b>2 216</b>	<b>18,1</b>	<b>207</b>	<b>1 976</b>	<b>22,3</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	101—128	139	1 519	12,8	124	1 413	11,5	94	1 178	13,3
Ortsamt Billstedt . . . . .	129—132	94	543	4,6	112	552	4,5	87	567	6,4
Ortsamt Veddel-Rothenb'ort . . . . .	133—137	12	109	0,9	14	140	1,2	14	145	1,6
Ortsamt Finkenwerder . . . . .	138—139	5	16	0,1	17	111	0,9	12	86	1,0
<b>Bezirksamt Altona</b> . . . . .	<b>201—226</b>	<b>498</b>	<b>1 747</b>	<b>14,7</b>	<b>393</b>	<b>1 492</b>	<b>12,2</b>	<b>167</b>	<b>969</b>	<b>11,0</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	201—218	149	1 024	8,6	152	1 048	8,6	96	592	6,7
Ortsamt Blankenese . . . . .	219—226	349	723	6,1	241	444	3,6	171	377	4,3
<b>Bezirksamt Eimsbüttel</b> . . . . .	<b>301—321</b>	<b>420</b>	<b>1 784</b>	<b>15,0</b>	<b>344</b>	<b>1 419</b>	<b>11,6</b>	<b>168</b>	<b>1 033</b>	<b>11,7</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	301—316	69	1 148	9,7	66	942	7,7	52	623	7,0
Ortsamt Lokstedt . . . . .	317—319	191	450	3,8	122	289	2,4	78	245	2,8
Ortsamt Stellingen . . . . .	320—321	160	186	1,5	156	188	1,5	38	165	1,9
<b>Bezirksamt Hamburg-Nord</b> . . . . .	<b>401—432</b>	<b>321</b>	<b>2 724</b>	<b>23,0</b>	<b>427</b>	<b>3 860</b>	<b>31,5</b>	<b>309</b>	<b>3 261</b>	<b>36,9</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	401—413	50	636	5,4	86	1 030	8,4	95	924	10,4
Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst . . . . .	414—429	121	1 556	13,1	198	2 434	19,9	199	2 277	25,8
Ortsamt Fuhsbüttel . . . . .	430—432	150	532	4,5	143	396	3,2	15	60	0,7
<b>Bezirksamt Wandsbek</b> . . . . .	<b>501—526</b>	<b>570</b>	<b>1 586</b>	<b>13,4</b>	<b>496</b>	<b>1 438</b>	<b>11,7</b>	<b>262</b>	<b>635</b>	<b>7,2</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	501—514	122	764	6,4	138	807	6,6	60	188	2,1
Ortsamt Bramfeld . . . . .	515—516	155	330	2,8	144	262	2,1	105	223	2,5
Ortsamt Alstertal . . . . .	517—520	145	199	1,7	111	154	1,2	43	65	0,8
Ortsamt Walddörfer . . . . .	521—525	92	112	1,0	66	94	0,8	33	87	1,0
Ortsamt Rahlstedt . . . . .	526	56	181	1,5	37	121	1,0	21	72	0,8
<b>Bezirksamt Bergedorf</b> . . . . .	<b>601—614</b>	<b>212</b>	<b>633</b>	<b>5,3</b>	<b>181</b>	<b>594</b>	<b>4,8</b>	<b>57</b>	<b>195</b>	<b>2,2</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	601—603	167	567	4,8	158	549	4,5	33	131	1,5
Ortsamt Vier- u. Marschlande . . . . .	604—614	45	66	0,5	23	45	0,3	24	64	0,7
<b>Bezirksamt Harburg</b> . . . . .	<b>701—721</b>	<b>242</b>	<b>1 204</b>	<b>10,2</b>	<b>235</b>	<b>1 241</b>	<b>10,1</b>	<b>179</b>	<b>766</b>	<b>8,7</b>
davon										
Kerngebiet . . . . .	701—711	174	962	8,1	168	961	7,8	115	595	6,7
Ortsamt Wilhelmsburg . . . . .	712—714	27	151	1,3	30	210	1,7	30	119	1,4
Ortsamt Süderelbe . . . . .	715—721	41	91	0,8	37	70	0,6	34	52	0,6
<b>Hamburg insgesamt</b> . . . . .		<b>2 513</b>	<b>11 865</b>	<b>100</b>	<b>2 343</b>	<b>12 260</b>	<b>100</b>	<b>1 449</b>	<b>8 835</b>	<b>100</b>

Vorhin war bereits auf die Ergebnisse der Bauwirtschaftsberichterstattung hingewiesen. Diese mißt den Umfang der Bautätigkeit an der

Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Wie die Übersicht 8 erkennen läßt, ist der Umfang der Bauleistung — in Arbeitsstunden ausgedrückt —

in den ersten Monaten dieses Jahres wesentlich geringer gewesen als im Vorjahre. Seit März sind aber in jedem Monat mehr Arbeitsstunden im Baugewerbe geleistet als im Vorjahre, so daß — wenn man den ganzen Zeitraum von Januar bis einschl. Juli betrachtet — im Jahre 1953 insgesamt mehr Arbeitsstunden geleistet sind als in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Besonders lebhaft war die Bautätigkeit hiernach im Juni und Juli 1953, in denen rd. 800 000 oder 21 v.H. mehr Arbeitsstunden im Baugewerbe geleistet sind als in

#### Übersicht 8

##### Aus der Bauwirtschaftsberichterstattung Geleistete Arbeitsstunden für den Wohnungsbau

Monat	Arbeitsstunden (in 1000)	
	1953	1952
Januar . . . . .	1 118	1 477
Februar . . . . .	1 052	1 267
März . . . . .	1 690	1 641
April . . . . .	1 924	1 785
Mai . . . . .	1 937	1 898
Juni . . . . .	2 203	1 894
Juli . . . . .	2 502	1 997
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>12 426</b>	<b>11 959</b>

den gleichen Monaten des Vorjahres. Damit bestätigt auch die Bauwirtschaftsstatistik die bereits aus der Baustatistik gewonnene Erkenntnis, daß das gesamte Bauvolumen im Wohnungsbau größer ist als im Vorjahre und offenbar auch weiterhin die Tendenz zu einer kräftigen Zunahme aufweist.

Abschließend soll noch die Entwicklung des Wohnungsbestandes, in denen sich das Ergebnis der Bauleistung eines bestimmten Zeitabschnittes spiegelt, einer kurzen Betrachtung unterzogen werden.

Hierfür liegen folgende Zahlen vor:

Bestand am	Normale Wohngebäude	Normale Wohnungen	Normale Wohnräume (ohne Küchen)	Küchen
31. Dez. 1951	129 252	370 939	1 029 345	355 954
31. Juli 1952	130 764	380 262	1 050 795	364 567
31. Dez. 1952	133 309	394 401	1 083 230	377 213
31. Juli 1953	134 767	403 339	1 104 262	384 836

In diesen Zahlen sind jedoch rund 27 000 Wohnungen in Behelfsheimen mit 30 qm Fläche und mehr enthalten.

Außer den 403 339 Normalwohnungen werden noch rd. 46 600 Notwohnungen bewohnt. Der gesamte verfügbare Wohnungsbestand einschl. Notwohnungen beläuft sich damit auf rd. 450 000 Wohnungen. Gegenüber dem Vorjahre hat sich der Wohnungsbestand also um 23 077 Wohnungen und seit dem 31. Dezember 1952 um 8938 Wohnungen vermehrt. Durch den Zuwachs von diesen rd. 9000 Wohnungen seit Anfang dieses Jahres konnten in den vergangenen 7 Monaten etwa 27 000 Personen mit neuem Wohnraum versorgt werden. Um den Nutzeffekt dieser Wohnungsbauleistung richtig beurteilen zu können, muß man aber den Bevölkerungszuwachs seit dem 31. 12. 1952 berücksichtigen. Die Einwohnerzahl Hamburgs hat sich von 1 687 190 Personen Ende Dezember 1952 auf 1 705 721 Ende Juni 1953 erhöht, bis Ende Juli wird sie schätzungsweise um weitere 2000 Personen gestiegen sein. Der gesamte Bevölkerungszuwachs seit dem 31. 12. 1952 beläuft sich somit auf rd. 20 000 Personen, darunter befanden sich allein rd. 10 000 Zugewanderte aus der Ostzone und Berlin und etwa 7000 Heimatvertriebene. Ein großer Teil der neu gewonnenen Wohnungen dürfte durch diesen Bevölkerungszuwachs aufgesogen worden sein.

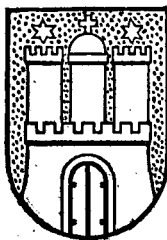
Dr. Ide/Pöhls

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 2. November 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 24

## Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wähler bei der Bundestagswahl vom 6. September 1953 in Hamburg

### 1. Vorbemerkung

Der Umfang der Wahlbeteiligung pflegt bei beiden Geschlechtern und bei den Wahlberechtigten verschiedener Altersstufen recht große Unterschiede aufzuweisen. Infolgedessen kann eine starke Zu- oder Abnahme der Wahlbeteiligung unmittelbar bedeutsame Verschiebungen der parteipolitischen Gewichte im Parlament auslösen. Mancher Rechts- oder Linksruck ist weitgehend durch die Zu- oder Abnahme der Wahlbeteiligung des einen oder anderen Geschlechts oder einzelner Altersgruppen herbeigeführt worden. Statistische Untersuchungen hierüber sind von jeher sehr begehrt. Ihre Ergebnisse sind nicht nur für die Interessen der Parteien, sondern auch für die Beurteilung allgemeiner politischer und soziologischer Probleme von Bedeutung.

Über die verschiedene Wahlbeteiligung der beiden Geschlechter sind bereits häufig statistische Untersuchungen durchgeführt, bisweilen auch über die verschiedene Wahlbeteiligung der einzelnen Altersgruppen. Dies ist im allgemeinen auch ohne besondere Mühe auf Grund der Stimmabgabevermerke in den Wählerlisten möglich.

Dagegen ist eine Untersuchung darüber, welchen Parteien die Männer und Frauen und die einzelnen Altersgruppen vorzugsweise ihre Stimme gegeben haben und welche Unterschiede zwischen den einzelnen Personengruppen dabei bestehen, schon schwieriger, da sie besondere Maßnahmen voraussetzt, die es ermöglichen, die gewählten Geschlechts- und Altersgruppen getrennt nach ihrer Stimmabgabe zu erfassen oder auszuwählen, ohne daß hierdurch das Wahlgeheimnis gefährdet und die Wahlhandlung behindert wird.

Dabei ist auch zu beachten, daß ein großer Arbeitsaufwand erforderlich wäre, wenn man alle Wähler nach verschiedenen Geschlechts- und Altersgruppen und der Art ihrer jeweiligen Stimmabgabe auswählen wollte. Das ist aber nicht nötig; man kann auch ausreichende und zuverlässige Erkenntnisse gewinnen, wenn man nur eine kleine Aus-

wahl trifft. Allerdings muß diese Auswahl nach einwandfreien statistischen Methoden getroffen und ausgewertet werden.

Bei der Bundestagswahl vom 6. September 1953 war zum ersten Male eine Wahlstatistik im ganzen Bundesgebiet nach einheitlichen Grundsätzen und Methoden vorgesehen, durch die nicht nur die Unterschiede in der Wahlbeteiligung der beiden Geschlechter nach verschiedenen Altersstufen, sondern auch die Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter für die einzelnen Parteien untersucht werden sollten. Diese Wahlstatistik, die durch Verordnung vom 31. Juli 1953 angeordnet war, begnügte sich mit einer sehr kleinen Repräsentation. Durch das Statistische Bundesamt wurden hierfür nach der Methode der geschichteten Zufallsauswahl nur wenige Stimmbezirke ausgewählt, die in ihrer Gesamtheit aber den Durchschnitt der Ergebnisse der Bundestagswahl von 1949 repräsentierten. Für Hamburg waren nach dem Zufallsprinzip nur 16 Stimmbezirke ausgewählt worden, die sich nicht gleichmäßig auf die 8 Hamburger Wahlkreise verteilten. In den Wahlkreisen 17, 19 und 21 waren nur je ein Stimmbezirk, in den Wahlkreisen 16 und 18 dagegen je zwei Stimmbezirke und in den Wahlkreisen 15, 20 und 22 je drei Stimmbezirke ausgewählt worden. Damit es möglich war, in diesen Stimmbezirken die Stimmabgabe nach Parteien zugleich nach Alter und Geschlecht auszuwählen, wurden hier Stimmzettel mit einem besonderen Aufdruck benutzt, auf dem das Geschlecht und die Altersgruppe des Wählers aufgedruckt war. Da für jedes Geschlecht 3 verschiedene Altersgruppen berücksichtigt werden sollten, wurden 6 verschieden bedruckte Stimmzettel benötigt. Es waren folgende 6 Unterscheidungen vorgesehen:

A =	Mann	Geburtsjahr	1924 — 1932
B =	„	„	1894 — 1923
C =	„	„	1893 und früher
D =	Frau	„	1924 — 1932
E =	„	„	1894 — 1923
F =	„	„	1893 und früher

Man hatte zur Unterscheidung des Alters Geburtsjahrsgruppen und nicht Altersgruppen gewählt, weil aus der Stimmliste oder durch Befragung der Wahlberechtigten das Geburtsjahr leichter und zuverlässiger festgestellt werden kann als das Alter. Die Geburtsjahrsgruppen entsprechen etwa folgenden Altersgruppen:

- A und D etwa dem Alter von 21—30 Jahre
- B und E etwa dem Alter von 30—60 Jahre
- C und F etwa dem Alter von über 60 Jahre

Damit war nur eine ziemlich grobe Altersgliederung gewählt; es blieb den Ländern und Gemeinden zwar unbenommen, eine feinere Altersgliederung anzuwenden, mit Rücksicht auf die dadurch notwendig werdende Vermehrung der Stimmzetteln — wodurch der Ablauf der Wahlhandlung hätte empfindlich gestört werden können — hat man sich aber in Hamburg wie in den meisten anderen Ländern und Gemeinden mit diesen 3 Altersgruppen, also 6 verschiedenen Stimmzetteln, begnügt.

Diese Unterscheidung nach 3 Altersgruppen war aber nur für die Untersuchung über die Stimmgabe nach Parteien in Verbindung mit Geschlecht und Alter der Wähler vorgesehen. Für die Untersuchung über die Wahlbeteiligung

#### Übersicht 1

#### Die Wahlbeteiligung nach 7 Altersgruppen und nach dem Geschlecht in 16 Hamburger Auswahlbezirken

Geburtsjahrsgruppe	Altersgruppe in Jahren	Wähler						Nichtwähler					
		Männer		Frauen		Insgesamt		Männer		Frauen		Insgesamt	
		absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1932—1929	21 bis unter 25	357	76,9	358	76,8	715	76,9	107	23,1	108	23,2	215	23,1
1928—1924	25 " " 30	526	79,1	626	78,8	1 152	79,0	139	20,9	168	21,2	307	21,0
1923—1914	30 " " 40	979	82,1	1 312	85,3	2 291	83,9	213	17,9	226	14,7	439	16,1
1913—1904	40 " " 50	1 459	85,5	1 783	88,8	3 242	87,3	248	14,5	225	11,2	473	12,7
1903—1894	50 " " 60	1 455	90,7	1 719	90,9	3 174	90,8	150	9,3	172	9,1	322	9,2
1893—1884	60 " " 70	1 043	93,3	1 301	90,4	2 344	91,7	75	6,7	138	9,6	213	8,3
1883 und früher	70 und darüber	716	91,3	996	86,0	1 712	88,2	68	8,7	162	14,0	230	11,8
insgesamt <sup>1)</sup> . . . . .		6 535	86,7	8 095	87,1	14 630	86,9	1 000	13,3	1 199	12,9	2 199	13,1

<sup>1)</sup> Vergl. hierzu auch Anmerkung in der Übersicht 4.

Die Wahlbeteiligung innerhalb der oben genannten 7 Altersgruppen, getrennt nach dem Geschlecht, zeigt die Übersicht 1. Sie läßt erkennen, daß die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter erheblich ansteigt; bei den jüngsten Wahlberechtigten im Alter von 21—25 Jahren, d. h. bei der Masse der Erstwähler, war sie mit nur 76,9 v. H. am niedrigsten, bei den Wahlberechtigten im Alter von 60—70 Jahren mit 91,7 v. H. am höchsten. Es ist verständlich, daß sie bei der ältesten Gruppe, die alle Wahlberechtigten im Alter von über 70 Jahren umfaßt, gegenüber diesem Höchststand etwas absinkt; sie ist aber auch hier mit rund 88 v. H. noch etwas höher als bei der Altersgruppe der 40 bis 50 Jahre alten Wähler.

Das weibliche Geschlecht hat in Hamburg im Gesamtdurchschnitt eine etwas höhere Wahlbeteiligung gezeigt als die Männer; geringer war sie nur bei den Frauen im Alter von

waren vom Bund für jedes Geschlecht 7 verschiedene Altersgruppen vorgesehen, und zwar folgende:

- 1932—1929 = etwa Alter von über 21—25 Jahren
- 1928—1924 = etwa Alter von über 25—30 Jahren
- 1923—1914 = etwa Alter von über 30—40 Jahren
- 1913—1904 = etwa Alter von über 40—50 Jahren
- 1903—1894 = etwa Alter von über 50—60 Jahren
- 1893—1884 = etwa Alter von über 60—70 Jahren
- 1883 u. früher etwa Alter von über 70 Jahren

## 2. Die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter

Durch die Wahlstatistik sind in Hamburg in den 16 Auswahlbezirken insgesamt 16 829 Wahlberechtigte erfaßt worden. Da in Hamburg in den Stimmlisten zur Bundestagswahl insgesamt 1 241 880 Wahlberechtigte eingetragen waren, beträgt der Repräsentationsgrad nur 1,36 v. H. Die erste Frage, die zu untersuchen wäre, ist die, ob dieser Repräsentationsgrad für eine Beurteilung der Wahlergebnisse ausreicht. Diese Frage ist für die Gesamthöhe der Wahlbeteiligung unbedingt zu bejahen, denn die Wahlberechtigten in den 16 Auswahlbezirken weisen eine Wahlbeteiligung von 86,9 v. H. auf gegenüber einer effektiven Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung von 87,4.

unter 30 Jahren und bei den Frauen im Alter von über 60 Jahren. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung der Männer und Frauen waren in Hamburg aber in allen Altersstufen nur gering.

Ob und wie weit diese repräsentativen Ergebnisse aus nur 16 Stimmbezirken auch die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen sowie die Wahlbeteiligung der einzelnen Altersgruppen im Rahmen der Gesamtbevölkerung richtig widerspiegeln, kann, da die Altersgliederung aller Wahlberechtigten am Stichtag der Bundestagswahl nicht bekannt ist, nur mit Hilfe der auf den 31. Dezember 1952 fortgeschriebenen Altersgliederung der Bevölkerung beurteilt werden. Die Bevölkerung im wahlberechtigten Alter umfaßte nach dieser Fortschreibung am 31. 12. 1952 insgesamt 1 237 600 Personen, sie war damit nur wenig geringer als die Zahl der Wahlberechtigten nach den Stimmlisten, deren Zahl 1 241 880 Personen betragen hat. Wie die Übersicht 2 erkennen läßt, stimmt die

## Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Geburtsjahrsgruppe	Alter in Jahren	Bevölkerung im wahlberechtigten Alter nach der Bevölkerungsfortschreibung (31. 12. 1952)						Wahlberechtigte in 16 Stimmbezirken nach der repräsentativen Auszählung (6. 9. 1953)								Repräsentationsgrad in v. H.		
		männlich		weiblich		zusammen		Auf 100 Männer entfallen .. Frauen	männlich		weiblich		zusammen		Auf 100 Männer entfallen .. Frauen	männlich	weiblich	zusammen
		absol.	v. H.	absol.	v. H.	absol.	v. H.		absol.	v. H.	absol.	v. H.	absol.	v. H.				
1932—1929.	21 bis unter 25	41 854	7,5	43 715	6,4	85 569	6,9	104,4	464	6,2	466	5,0	930	5,5	100,4	1,1	1,1	1,1
1928—1924.	25 „ „ 30	48 996	8,8	61 391	9,0	110 387	8,9	125,3	665	8,8	794	8,5	1 459	8,7	119,4	1,4	1,3	1,3
1923—1914.	30 „ „ 40	91 829	16,5	118 727	17,4	210 556	17,0	129,3	1 192	15,8	1 538	16,6	2 730	16,2	129,0	1,3	1,3	1,3
1913—1904.	40 „ „ 50	130 770	23,5	152 952	22,5	283 722	22,9	117,0	1 707	22,7	2 008	21,6	3 715	22,1	117,6	1,3	1,3	1,3
1903—1894.	50 „ „ 60	112 983	20,3	140 055	20,6	253 038	20,5	124,0	1 605	21,3	1 891	20,3	3 496	20,8	117,8	1,4	1,4	1,4
1893—1884.	60 „ „ 70	79 281	14,3	98 278	14,4	177 559	14,4	124,0	1 118	14,8	1 439	15,5	2 557	15,2	128,7	1,4	1,5	1,4
1883 u. früh.	70 und älter	50 696	9,1	66 087	9,7	116 783	9,4	130,4	784	10,4	1 158	12,5	1 942	11,5	147,7	1,5	1,8	1,7
insgesamt . . . .		556 409	100	681 205	100	1 237 614	100	122,4	7 535	100	9 294	100	16 829	100	123,3	1,4	1,4	1,4

Altersgliederung der Gesamtbevölkerung zwar nicht völlig überein mit der Altersgliederung der 16 Auswahlbezirke; die jugendlichen Altersgruppen sind bei der Gesamtbevölkerung vom 31. 12. 1952 etwas stärker, die älteren dagegen etwas schwächer besetzt, infolgedessen ist der Repräsentationsgrad bei den Jugendlichen geringer als bei den älteren Personengruppen. Die Unterschiede in der Altersgliederung der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung und der Wahlberechtigten in den Auswahlbezirken sind aber so gering, daß man berechtigt ist anzunehmen, daß die Ergebnisse der Repräsentationsstatistik die Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung nach Geschlecht und Alter richtig wiedergeben.

Der Anteil der Nichtwähler war, wie die Übersicht 1 zeigt, im Gesamtdurchschnitt rund 13 v. H. Das bedeutet, daß von den 1 241 880 Wahlberechtigten, die in den Stimmlisten eingetragen waren, rund 161 000 Personen sich an der Bundestagswahl am 6. September 1953 nicht beteiligt haben. Im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik war vorgesehen, zu untersuchen, wie viele von den Nichtwählern Dauer nichtwähler waren, d. h. wie viele von ihnen auch bei der vorhergegangenen Wahl nicht gewählt hatten. Für Hamburg war eine derartige Untersuchung in dieser Form nicht möglich, weil hier die Wahlkartei aus Adremaplatten besteht. Anders ist es bei den Städten, die eine fortschreibbare Papierkartei verwenden, in die unmittelbar die Abstimmungsvermerke eingetragen werden und bei denen die einzelnen Karteikarten bei Umzügen der Wähler einfach umgesteckt werden. Dagegen kann Hamburg nach der Bundestagswahl und der darauffolgenden Bürgerschaftswahl, für die eine gemeinsame Wählerliste benutzt wird, feststellen, wer bei beiden Wahlen nicht zur Wahlurne ging. Zur Überholung der Wahlkartei ist es dann zweckmäßig, die Untersuchung auf die gesamte Hamburger Wählerschaft, also auf sämtliche Wählerlisten auszudehnen. Eine Untersuchung der Nichtwähler vor vier Jahren bei den damals ebenfalls dicht aufeinander folgenden Bundestags- und Bürgerschaftswahlen hat ergeben, daß nur 9 v. H. der Wahlberechtigten als typische Nichtwähler bezeichnet werden

konnten, obgleich die Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl nur 70,5 v. H. und bei der vorhergehenden Bundestagswahl nur 81,2 v. H. betragen hatte (vergl. „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“, Sondernummer 5, Seite 90 und 91).

## 3. Die Stimmabgabe nach Parteien

## a) nach dem Geschlecht

Aus der Übersicht 3 kann entnommen werden, wie die Stimmabgabe der Wähler sich nach Parteien auf Grund der abgegebenen Zweitstimme (d. h. der Stimme für die Landeslisten) verteilen, und zwar einmal für die Gesamtzahl der Wähler

## Übersicht 3

## Anteil der Parteien an den abgegebenen Zweitstimmen

Parteien	Gesamtzahl der Wähler in Hamburg		Wähler in 16 Auswahlbezirken	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.
SPD . . . . .	403 410	37,2	5 585	38,2
CDU . . . . .	389 335	35,9	5 201	35,5
FDP . . . . .	108 722	10,0	1 417	9,7
DP . . . . .	62 123	5,7	796	5,4
KPD . . . . .	40 278	3,7	595	4,1
BHE . . . . .	26 133	2,4	289	2,0
GVP . . . . .	29 982	2,8	389	2,6
DRP . . . . .				
Ungültige Stimmen . .	25 296	2,3	359	2,5
<b>Abgegebene Stimmen zusammen .</b>	<b>1 085 279</b>	<b>100</b>	<b>14 631</b>	<b>100</b>

in Hamburg und zum anderen für die Wähler in den 16 Auswahlbezirken. Beide Wählermassen zeigen eine weitgehende Übereinstimmung in der Gliederung nach Parteien; das bedeutet, daß die Auswahlmasse, die für die weitere Untersuchung bestimmt ist, im ganzen die Verteilung nach Parteien richtig widerspiegelt. Dies dürfte auch noch für eine Gliederung nach dem Geschlecht zutreffen. Von den 14 631 Wählern in den 16 Auswahlbezirken waren 6539 Männer und 8092 Frauen. Der Anteil der weiblichen Wähler beträgt danach 55,3 v. H.

oder auf 100 männliche Wähler kommen 123 Frauen. Es ist dies etwa das gleiche Geschlechtsverhältnis wie bei den Wahlberechtigten. (Vergl. Übersicht 2.) Die männlichen und weiblichen Wähler verteilen sich aber nach ihrer Stimmabgabe etwas verschieden auf die einzelnen Parteien. (Vergl. Übersicht 4.) Der relative Anteil, der auf die CDU entfällt, ist bei den weiblichen Wählern größer als bei den Männern, bei denen vor allem die SPD stärker bevorzugt ist; aber auch die übrigen Parteien weisen bei den Männern höhere Anteilsziffern auf als bei den Frauen. Untersucht man nun, wie hoch der Anteil der Männer bzw. der Frauen innerhalb der einzelnen Parteien ist, so zeigt sich, daß in der CDU nicht weniger als 61 v. H. der Wähler Frauen waren. Zwar überwiegen die

weiblichen Wähler auch in einigen anderen Parteien, aber hier ist das Übergewicht weit geringer und vor allem auch geringer als der durchschnittliche Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Wähler. Man kann hieraus also darauf schließen, daß das Übergewicht der Frauen unter den Wahlberechtigten und ihre etwas höhere Wahlbeteiligung als die der Männer in erster Linie der CDU zugute gekommen ist. Besonders gering ist der Anteil der Frauen bei den Wählern der KPD; hier haben die Männer durchaus das Übergewicht. Aber auch bei den neugebildeten Parteien GVP und DRP sowie bei dem BHE bleibt der Anteil der Frauen erheblich hinter dem Durchschnittsanteil der weiblichen Wähler zurück.

#### Übersicht 4

Die Wähler nach dem Geschlecht und den abgegebenen Zweitstimmen in 16 Auswahlbezirken

Parteien	Männer		Frauen		Zusammen		Jeweiliger Anteil der	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	Männer	Frauen
SPD . . . . .	2 641	40,4	2 944	36,4	5 585	38,2	47,3	52,7
CDU . . . . .	2 017	30,8	3 184	39,3	5 201	35,5	38,8	61,2
FDP . . . . .	673	10,3	744	9,2	1 417	9,7	47,5	52,5
DP . . . . .	402	6,1	394	4,9	796	5,4	50,5	49,5
KPD . . . . .	337	5,2	258	3,2	595	4,1	56,6	43,4
BHE . . . . .	144	2,2	145	1,8	289	2,0	49,8	50,2
GVP . . . . .	207	3,2	182	2,2	389	2,6	43,2	46,8
DRP . . . . .								
Ungültige Stimmen . .	118	1,8	241	3,0	359	2,5	32,9	67,1
<b>Abgegebene Stimmen zusammen .</b>	<b>6 539<sup>1)</sup></b>	<b>100</b>	<b>8 092<sup>1)</sup></b>	<b>100</b>	<b>14 631</b>	<b>100</b>	<b>44,7</b>	<b>55,3</b>

<sup>1)</sup> Diese Zahl weicht gering (um 4 bzw. um 3 Personen) von der in der Übersicht 1 angegebenen Zahl der Wähler ab. Dieser Unterschied erklärt sich aus Differenzen zwischen der Zahl der Stimmvermerke in den Wählerlisten und der Zahl der abgegebenen Stimmzettel, die von den Wahlvorständen nicht aufgeklärt werden konnten.

#### b) nach dem Alter

Gliedert man die Stimmabgabe der Wähler für die einzelnen Parteien zugleich nach dem Alter, so weist auch diese Gliederung einige charakteristische Unterschiede auf. Es ist bedauerlich, daß hierbei die Erstwähler, die im Alter von 21—25 Jahren standen, nicht besonders ausgegliedert sind; der gewählte Repräsentationsgrad würde aber nicht ausgereicht haben, um hierüber für Hamburg gültige Erkenntnisse zu gewinnen. Die Erstwähler sind deshalb in der Altersgruppe 21 bis unter 30 Jahren enthalten, die insgesamt nur 12 v. H. der Wähler ausmacht.

Wie die Übersicht 5 erkennen läßt, weicht der Anteil der Parteien bei den einzelnen Altersgruppen nur in wenigen Fällen erheblich vom Durchschnitt ab. Die SPD ist in allen Altersgruppen die stärkste Partei; ihr Gewicht ist jedoch bei den Jugendlichen und bei den über 60 Jahre alten Wählern etwas größer als bei den Wählern der

mittleren Altersgruppe von 30—60 Jahren. Dies gilt vor allem für die männlichen Wähler. Ebenso ist es bei den Wählern der CDU; demgegenüber fallen bei den kleineren Parteien die Wähler der mittleren Altersgruppe von 30—60 Jahren relativ stärker — zum Teil sogar erheblich stärker — ins Gewicht als im Gesamtdurchschnitt. Besonders gilt dies für die neugebildeten Parteien GVP und DRP, daneben aber auch für die DP und BHE. Gliedert man die Stimmabgabe nach Parteien zugleich nach Alter und Geschlecht (vgl. Übersicht 6), so ist bemerkenswert, daß der relativ hohe Anteil der Männer in diesen Parteien, auf den weiter oben schon hingewiesen wurde, sich auf alle Altersgruppen erstreckt. Im übrigen muß beachtet werden, daß die untersuchte Masse bei diesen kleinen Parteien infolge der doppelten Gliederung nach Alter und Geschlecht so klein ist, daß man aus den gewonnenen Verhältniszahlen nicht unbedingt zuverlässige und allgemeingültige Schlüsse ziehen kann.

Übersicht 5

Die Wähler nach Alter und Parteirichtung (Zweitstimmen).

Parteien	Anteil der in Hamburg insg. abgegebenen Zweitstimmen	16 Auswahlbezirke								
		Von den Wählern der einzelnen Parteien standen im Alter von . . . Jahren								
		unter 30			30 bis unter 60			60 und darüber		
		absolut	v. H. der Wähler		absolut	v. H. der Wähler		absolut	v. H. der Wähler	
			der Altersgruppe	der jeweiligen Partei		der Altersgruppe	der jeweiligen Partei		der Altersgruppe	der jeweiligen Partei
SPD . . . . .	37,2	698	38,8	12,5	3 258	37,3	58,3	1 629	39,7	29,2
CDU . . . . .	35,9	653	36,3	12,6	3 054	35,0	58,7	1 494	36,4	28,7
FDP . . . . .	10,9	168	9,3	11,9	876	10,0	61,8	373	9,1	26,3
DP . . . . .	5,7	98	5,5	12,3	508	5,8	63,8	190	4,6	23,9
KPD . . . . .	3,7	70	3,9	11,8	367	4,2	61,7	158	3,8	26,5
BHE . . . . .	2,4	36	2,0	12,5	186	2,1	64,4	67	1,6	23,1
GVP . . . . .	2,8	49	2,7	12,6	272	3,2	69,9	68	1,7	17,5
DRP . . . . .										
Ungültig. Stimmen	2,3	26	1,5	7,2	206	2,4	57,4	127	3,1	35,4
<b>Abgegebene Stimmen zus. . .</b>	<b>100</b>	<b>1 798</b>	<b>100</b>	<b>12,3</b>	<b>8 727</b>	<b>100</b>	<b>59,6</b>	<b>4 106</b>	<b>100</b>	<b>28,1</b>

Übersicht 6

Die Wähler nach Alter, Geschlecht und Parteirichtung (Zweitstimmen)

Parteien	Anteil der in Hamburg insgesamt abgegebenen Zweitstimmen	16 Auswahlbezirke					
		Von den Wählern der einzelnen Parteien standen im Alter von . . . Jahren					
		unter 30		30 bis unter 60		60 und darüber	
		v. H. der Wähler		v. H. der Wähler		v. H. der Wähler	
		der Altersgruppe	der jeweiligen Partei	der Altersgruppe	der jeweiligen Partei	der Altersgruppe	der jeweiligen Partei

a) männliche Wähler

SPD . . . . .	37,2	42,2	13,3	38,4	56,8	43,9	29,9
CDU . . . . .	35,9	32,1	13,2	30,4	58,9	31,2	27,9
FDP . . . . .	10,0	9,3	11,4	10,7	62,1	9,9	26,5
DP . . . . .	5,7	5,8	11,9	7,0	67,9	4,5	20,2
KPD . . . . .	3,7	5,1	12,5	5,2	60,5	5,0	27,0
BHE . . . . .	2,4	1,9	11,1	2,4	63,9	2,0	25,0
GVP . . . . .	2,8	2,5	10,1	3,9	74,9	1,7	15,0
DRP . . . . .							
Ungültige Stimmen .	2,3	1,1	7,6	2,0	65,3	1,8	27,1
<b>Abgegebene Stimmen zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>12,7</b>	<b>100</b>	<b>59,7</b>	<b>100</b>	<b>27,6</b>

b) weibliche Wähler

SPD . . . . .	37,2	35,9	11,8	36,4	59,7	36,4	28,5
CDU . . . . .	35,9	39,9	12,2	38,7	58,6	40,4	29,2
FDP . . . . .	10,0	9,4	12,2	9,5	61,6	8,5	26,2
DP . . . . .	5,7	5,2	12,7	4,9	59,6	4,7	27,7
KPD . . . . .	3,7	2,9	10,9	3,4	63,2	2,9	25,9
BHE . . . . .	2,4	2,1	13,8	2,0	64,8	1,4	21,4
GVP . . . . .	2,8	2,9	15,4	2,4	64,3	1,6	20,3
DRP . . . . .							
Ungültige Stimmen .	2,3	1,7	7,1	2,7	53,5	4,1	39,4
<b>Abgegebene Stimmen zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>12,0</b>	<b>100</b>	<b>59,6</b>	<b>100</b>	<b>28,4</b>

#### 4. Die Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Im Rahmen der Wahlstatistik für das Bundesgebiet war vorgesehen, daß auch untersucht werden sollte, in welcher Weise die beiden Stimmen, die jeder Wähler nach dem Wahlgesetz hatte, miteinander kombiniert waren, d. h. z. B. wie häufig Wähler, die ihre Stimme einem Kandidaten der SPD gegeben hatten, mit ihrer Zweitstimme auf der Landesliste eine andere Partei gewählt hatten. Diese Untersuchung konnte in Hamburg nicht durchgeführt werden, da in Hamburg für die Abgabe der Erststimme in den einzelnen Wahlkreisen zwischen den Parteien der CDU, der FDP und der DP eine Wahlgemeinschaft bestand, der-

art, daß in dem einen Wahlkreis nur ein Abgeordneter der CDU, in einem anderen Wahlkreis ein Abgeordneter der FDP und in einem dritten Wahlkreis nur ein Abgeordneter der DP als gemeinsamer Kandidat dieser 3 Parteien aufgestellt war, wogegen in der Landesliste, für die die Zweitstimme abzugeben war, alle 3 Parteien in allen Wahlkreisen getrennt kandidierten. Da die für die Wahlstatistik ausgewählten 16 Stimmbezirke sich sehr ungleichmäßig auf die 8 Hamburger Wahlkreise verteilen, konnte durch eine Auszählung der Kombination zwischen Erst- und Zweitstimme für Hamburg kein repräsentatives Ergebnis erzielt werden.

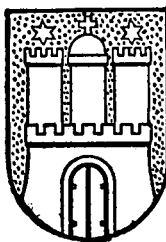
Dr. I d e

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 9. November 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 25

## Der Dommarkt in Hamburg 1952

Eine Rückschau zu Beginn des Dommarktes 1953

Befassen wir uns in diesem Bericht — er ist der zweite, den Anfang machte der Dommarkt 1951 — zunächst mit dem Wetter. Darüber läßt sich sagen, daß die Wetterlage während der Domzeit 1952 wenig hamburgisch gewesen ist; denn es hat selten geregnet. In den 30 Tagen vom 15. November bis 14. Dezember gab es nur einen Tag, einen Montag, den man als Regentag bezeichnen könnte. 24 Tage waren gänzlich regenfrei, jedenfalls während der Domstunden. An den beiden letzten Tagen lag auf dem Heiligengeistfeld bis zum frühen Abend bei Tauwetter ein wenig Schnee. An 6 Tagen gegen Ende November hatten wir leichten Frost, sonst durchweg wenige Grade über Null. Die Windstärke ging nie über 5, meistens kaum über 2. Das Wetter war also für das Domfest recht günstig. Was die Meteorologen über jene 30 Tage aufgezeichnet haben, ist auf der nächsten Seite in einer kleinen Wassertabelle zusammengestellt (vgl. Übersicht 1).

Der Dommarkt 1952 wurde am 3. Sonnabend im November um 14 Uhr durch ein Mitglied des Hamburger Senats eröffnet und am 2. Sonntag im Dezember um 24 Uhr geschlossen. Montags bis freitags war der Markt von 14 bis 23 Uhr, sonnabends und sonntags von 14 bis 24 Uhr in Betrieb.

342 Geschäfte waren auf dem Dom 1952 zugelassen, 1 Jahr zuvor waren es 357 gewesen. Diese summarischen Zahlen besagen nicht viel, wir gliedern sie aber nach Fachrichtungen auf:

Fachrichtung	Zahl der Geschäfte	
	1951	1952
<b>Fahrgeschäfte:</b>		
Karussells (einschl. Kinderkarussells)	14.	7
Achtbahnen, für 1952 Looping-Achtbahn . . . . .	2	1
„Alpenbahn“ . . . . .	—	1
Benzinfahrzeugbahnen (einschl. Auto- bahn mit „Segelregatta“) . . . . .	3	2
Bobbahn „Bobschleife“ . . . . .	1	1
„Fly-o-Plane“ (Flugzeugkarussell) . .	—	1
„Geisterbahnen“ . . . . .	2	2
Luftscooter u. „Looping the Loop“	2	2
„Luftscooter“ (der Fahrgast regelt die Fahrrhöhe selbst) . . . . .	1	1
„Raketenbahnen“ . . . . .	3	2
„Raupenbahn“ . . . . .	1	—
„Riesenräder“ (sog. Russenschaukeln)	2	2
„Scooter“ (Avusbahnen, elektr. Autos zum Selbststeuern) . . . . .	4	5
„Segelregatta“ (karussellähnlich) . . .	—	1
„Spinnen“ oder „Moskitobahnen“ . . .	2	1
„Swing-o-Plane“ (sog. Hammer) . . .	—	1
„Schlangenbahn“ . . . . .	1	1
„Teufelskutsche“ . . . . .	1	—
„Walzerfahrt“ . . . . .	1	2
„Zugspitzbahn“ . . . . .	—	1
<b>zusammen . . .</b>	<b>40</b>	<b>34</b>
<b>Schaugeschäfte:</b>		
„Damenringkämpfe“ . . . . .	1	1
„Eisschau“ . . . . .	1	—
„Elektro-John“ (Elektroschau) . . . . .	—	1
„Flohziirkus“ . . . . .	1	1
„Kraftmenschschau-Tarzano“ . . . . .	1	—
„Liliputtheater“ . . . . .	1	—
„Puppentheater“ . . . . .	1	—
„Rotor“ . . . . .	1	1
„Tierschauen“, für 1952 „Urwald- und Tropenschau“ . . . . .	3	1
„Todeswandfahrer“ (Autosteilwand) . .	2	1
„Varieteschauen“ . . . . .	2	3
<b>zusammen . . .</b>	<b>14</b>	<b>9</b>

Fachrichtung	Zahl der Geschäfte	
	1951	1952
<b>Belustigungsgeschäfte:</b>		
„Calk-Walk-Rutsche“	—	1
„Kreisel“	1	—
„Lachkabinett mit Micky Maus-Tonfilmbühne“	1	1
„Lustiges Hofbräuhaus“	1	1
„Rotierende Tonnen“	1	1
„Teufelsrad“	1	1
„Wackelbank“	1	—
<b>zusammen</b>	<b>6</b>	<b>5</b>
<b>Spielgeschäfte:</b>		
Geschäfte mit Losverkauf	25	21
Geschäfte ohne Losverkauf	26	31
<b>zusammen</b>	<b>51</b>	<b>52</b>
<b>Schießbuden:</b>		
„Schießbuden“	27	30
„Basuka“ (kleine Gummibälle werden mit Preßluft geschossen)	1	1
<b>zusammen</b>	<b>28</b>	<b>31</b>
<b>Verkaufsgeschäfte:</b>		
Wurststände	27	24
Pferdewurststände	2	2
Kuchenstände	16	20
Mandelbrennereien	16	13
Zuckerbäcker	58	49
Tabakstände	13	10
übrige Verkaufsgeschäfte (Schmuckwaren, sowie Brühe, Aale, Brötchen usw.)	14	23
Bauchläden (überwiegend Handel mit Spielzeug und Luftballons)	40	36
<b>zusammen</b>	<b>186</b>	<b>177</b>
<b>Fotogeschäfte</b>	<b>4</b>	<b>3</b>
<b>Gaststätten:</b>		
Gaststätten (darunter eine Konditorei und einmal „Ochs' am Spieß“)	9	6
Barwagen	1	1
Gaststätten, verbunden mit Verkaufsgeschäften (Würstchen, Backhendl usw.)	1	4
<b>zusammen</b>	<b>11</b>	<b>11</b>
<b>Übrige Dombesucher:</b>		
Drehorgel- und Harmonikaspieler, „Liebesthermometer“, „Haut den Lukas“, Stoßbahnen, Silhouetten-schneider, Glücksbriefverkäufer, „Foto aus der Hand“ usw.	17	20

Zurückgegangen ist somit die Zahl der Karussells und der Schaugeschäfte, der Zuckerbäcker und einiger anderer Verkaufsstände. Ein wenig zugenommen hat die Zahl der Schießbuden, der Kuchenverkäufer und der Imbißstände. Die Veränderungen waren zahlenmäßig nicht erheblich. Am meisten beachtlich dürfte sein, daß 1952 statt 14 nur noch 7 Karussells auf dem Dom standen; dafür wurde jedoch das Dombild durch eine Reihe von Neuheiten im Fahrgeschäft belebt. Auffallend ist, daß 7 Schaugeschäfte ausgeblieben und nur 2 neu hinzugekommen sind.

Im übrigen kommt es natürlich auf die **Größe der Betriebe** an. Ein äußerer Ausdruck dafür sind

## Übersicht 1

### Das Wetter während der Domzeit

Beobachtungen des Meteorologischen Amtes tageszeitlich ab 14 Uhr

Zeit	Bewölkung Temperatur Tagesmittel	Regen und Schauer ab 14 bis 24 Uhr				Wind bis Stärke
		14-16 Uhr	16-18 Uhr	18-20 Uhr	20-22 Uhr 22-24 Uhr	
15. November	☉ 1,1			☁		2
Sonntag 16. November	☉ 0,6			☁		2
17. November	☁ 0,1					3
18. November	☁ 2,0					2
19. November	☁ 5,0					3
20. November	☁ 2,6					2
21. November	☁ 3,0					4
22. November	☁ 2,8					2
Sonntag 23. November	☁ 4,5				☁	2
24. November	☁ 0,8	☁	☁	☁		4
25. November	☁ 1,4					2
26. November	☁ -2,1				☁	1
27. November	☁ -1,3					3
28. November	☁ -0,1					3
29. November	☁ -3,8					2
Sonntag 30. November	☁ -1,3					1
1. Dezember	☁ -1,7					2
2. Dezember	☁ 4,6					3
3. Dezember	☁ 1,7					5
4. Dezember	☁ 0,5				☁	3
5. Dezember	☁ 1,8					3
6. Dezember	☁ 0,2					2
Sonntag 7. Dezember	☁ 1,4					1
8. Dezember	☁ 1,0					2
9. Dezember	☁ 0,7					2
10. Dezember	☁ 0,5					4
11. Dezember	☁ 0,4					5
12. Dezember	☁ 3,6					4
13. Dezember	☁ 0,8					4
Sonntag 14. Dezember	☁ 1,4					2

**Zeichenerklärung:**

- ☁ sehr leichter Regen
- ☁ leichter Regen
- ☁ mässiger Regen
- ☁ Schnee
- ☁ 3/4 bedeckt



die an den Domstraßen beanspruchten Frontmeter. Das Gewerbeamt, die Dombehörde, führte darüber folgende sorgfältige Aufzeichnung:

	Frontmeter
Fahrgeschäfte . . . . .	866
Schau- und Belustigungsgeschäfte . . . . .	239 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Spielgeschäfte . . . . .	501 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Schießhallen . . . . .	209
Bäckereien . . . . .	203
Wurst- und Imbißstände . . . . .	313
Gaststätten . . . . .	308
Zuckerbäcker, Mandelbrennereien, Zuckerspinnen, Eisverkäufer usw. . . . .	562
Tabakstände . . . . .	28 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Schmuck- und Bilderverkaufsgeschäfte . . . . .	12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Bauchläden . . . . .	36
Diverse kleinere Stände . . . . .	41 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
zusammen . . . . .	3320 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

Schon bei dieser eindimensionalen Betrachtung heben sich im Domaufbau die verhältnismäßig wenigen Fahrgeschäfte heraus, obschon sich die Verkaufsgeschäfte ihrer großen Zahl wegen auf noch mehr Frontmeter erstrecken. Zu erwähnen ist weiter die räumliche Ausdehnung der Spielgeschäfte.

Bestandteil der Domstatistik war 1951 und 1952 die Frage nach dem **Kapitaleinsatz**, die in fast allen Sparten von einer ausreichenden Anzahl Geschäftsinhabern beantwortet worden ist. Der Grad der Beteiligung an der Umfrage war jedenfalls meistens groß genug, um Lücken in der Beantwortung durch Schätzungen ausfüllen zu können.

Wie schon 1951 betont, setzten das Schaustellergewerbe und das ambulante Gewerbe nach Schaustellerart auf dem Hamburger Dom namhafte Betriebskapitalien ein. Das Statistische Landesamt errechnete sie für 1951 auf **5,8 Millionen D-Mark** und kommt für den Dommarkt 1952 auf eine noch höhere Summe, nämlich auf **6,5 Millionen D-Mark**. Auf die einzelnen Sparten verteilen sich die Summen wie folgt:

	1951 DM	1952 DM
Fahrgeschäfte . . . . .	2 383 000	3 132 000
Verkaufsgeschäfte, Gaststätten und Fotogeschäfte zusammen . . . . .	1 990 000	2 087 000
Schaugeschäfte . . . . .	726 000	528 000
Spielgeschäfte . . . . .	470 000	506 000
Schießbuden . . . . .	136 000	140 000
Belustigungsgeschäfte . . . . .	120 000	110 000
übrige Dombeschicker . . . . .	12 000	15 000
	5 837 000	6 518 000

Die Fahrgeschäfte repräsentieren also nach dem für 1952 vorliegenden Material bald die Hälfte des „Domkapitals“, und fast ein Drittel entfällt auf die zahlreichen Verkaufs-

geschäfte nebst den 11 Gaststätten und den wenigen Fotogeschäften (die Bestände an Waren werden in den Betriebswert jeweils einbezogen worden sein). Schau- und Belustigungsgeschäfte, zum anderen Spielgeschäfte und Schießbuden waren mit je knapp einem Zehntel am Kapitaleinsatz beteiligt. Oder in anderer Gruppierung: Das Schaustellergewerbe mit den Fahr-, Schau-, Spiel- und Belustigungsgeschäften sowie den Schießbuden stellte zwei Drittel, die Verkaufsgeschäfte nach Schaustellerart verkörperten ein Drittel des auf dem Dom eingesetzten betriebswirtschaftlichen Kapitals. Bei den Verkaufsgeschäften usw. waren u. a. vertreten die Zuckerbäcker mit 620 000, die Kuchenstände mit 425 000 und die Wurststände mit 330 000 DM Kapitaleinsatz.

Daß der jahrhundertealte Dommarkt **Hamburg** auch zu einem **Mittelpunkt im Leben vieler Schausteller** hat werden lassen, zeigt sich darin, daß von den „Domleuten“ der weitaus größte Teil in Hamburg beheimatet ist. Von 342 Geschäftsinhabern des Dommarktes 1952 hatten nicht weniger als 263 ihren Wohnsitz in Hamburg, 25 wohnten in Niedersachsen, 23 in Schleswig-Holstein, 12 in Bremen. Aus Nordrhein-Westfalen kamen 5, aus Bayern 13.

Die Zahl der Geschäftsinhaber mit **Flüchtlingsausweis** wurde vom Gewerbeamt mit 29 angegeben, etwa die Hälfte von ihnen führte Verkaufsgeschäfte, 4 waren Karussellbesitzer, 6 hatten Schießbuden.

Unter den 36 **Bauchlädendählern** waren wieder die 20 Italiener, die alljährlich den Dom beschicken. 1 Chinese hatte eine Mandelbrennerei, ein Japaner war mit dem Bauchladen erschienen.

128 Geschäftsinhaber haben dem Statistischen Landesamt mitgeteilt, wie hoch die **Kosten des Antransports** ihres Geschäfts gewesen sind. Denn ein großer Teil der Schausteller hatte kurz vorher an auswärtigen Märkten teilgenommen, vor allem am Bremer Freimarkt. Die 128 Schausteller haben Transportkosten von zusammen 22 594 DM gehabt.

Die Zahl aller auf dem Dom 1952 **beschäftigten Personen** (einschließlich Inhaber) betrug — die 11 Gaststätten ausgenommen — 1124 gegen 1218 im Jahre vorher. Eine Abnahme ist bei den Schaugeschäften und den Verkaufsgeschäften eingetreten, wogegen das Personal der Fahrgeschäfte an Zahl etwas zugenommen hat. Wieder waren männliche und weibliche Personen beinahe je zur Hälfte an der Domarbeit beteiligt.

Die Frage nach dem **Umsatz** ist erhebungstechnisch die schwierigste. Das Statistische Landesamt hat sie von 138 Geschäftsinhabern vollständig be-

antwortet erhalten, d. h. von 40,4 v. H. der Schau-  
steller usw. Es haben sowohl kleine als auch mitt-  
lere und große Betriebe die Beantwortung über-  
nommen, was sich auch darin ausdrückt, daß die  
beteiligten Betriebe etwa 46 v. H. des gesamten  
Dompersonals auf sich vereinigten. Dennoch wäre  
es wohl gewagt, aus den vorliegenden Angaben auf  
die Gesamtumsätze des Hamburger Doms zu  
schließen, zumal die einzelnen Sparten nicht gleich-  
mäßig an der Beantwortung teilgenommen haben.

Die 138 Geschäfte meldeten insge-  
samt einen Umsatz von 687 295 DM.  
Von dieser Summe entfielen auf die

	DM	v. H.
1. Woche, Sbd., 15. 11. bis Sbd., 22. 11. 52	236 634	34,4
2. Woche, Stg., 23. 11. bis Sbd., 29. 11. 52	169 502	24,6
3. Woche, Stg., 30. 11. bis Sbd., 6. 12. 52	161 194	23,5
4. Woche, Stg., 7. 12. bis Sbd., 14. 12. 52	119 965	17,5
	687 295	100

Bei einer Gegenüberstellung der Wochen ist zu  
berücksichtigen, daß es sich bei der 1. und 4. „Woche“  
um je 8 Tage handelt (einmal um zwei Sonnabende,  
das andere Mal um zwei Sonntage). Vergleicht man  
die beiden Perioden, so ergibt sich, daß die Um-  
sätze in den beiden ersten 8 Tagen  
fast doppelt so hoch waren als die in  
den letzten 8 Tagen des Doms; der Ver-  
gleich zeigt weiter, daß die **Umsatzshrumpfungen**

am fühlbarsten von der 1. zur 2. und dann wieder  
von der 3. zur 4. Woche gewesen sind, während  
sich die Umsätze in der 2. und 3. Woche, wenn auch  
mit sinkender Tendenz, doch ziemlich auf gleicher  
Stufe gehalten haben. Ob diese Beobachtung ver-  
allgemeinert werden kann, bleibt dahingestellt.  
Nach dem Material von 1951 muß es fraglich sein;  
denn damals lagen im Rahmen der Berichterstat-  
tung die Umsätze der 4. Woche (die allerdings nach  
einer Schlechtwetterperiode plötzlich wieder gutes  
Wetter brachte) nur um 37,7 v. H. unter denen der  
1. Woche, und außerdem war der Abstieg von der  
1. zur 4. Woche ein gleichmäßigerer. Die Dom-  
statistik wird über die Umsatzbewegungen weitere  
Erfahrungen sammeln müssen.

Wie sehr die **Einnahmen** an den einzelnen Wochen-  
tagen voneinander abweichen, wie sehr  
die Sonnabend- und Sonntagkassen den Ausschlag  
geben, haben wir im vorigen Aufsatz vorgeführt.  
Diesmal ist von einer Ermittlung der Tagesumsätze  
abgesehen worden. Für den Dommarkt 1951 hatte  
sich errechnet, daß in **dem Hundert der Sonntags-  
ergebnisse** die Umsätze betragen haben:

	v. H.	v. H.
montags	33,5	donnerstags 26,7
dienstags	33,4	freitags 34,1
mittwochs	32,7	sonnabends 61,7

## Übersicht 2

Fachrichtung	Gesamtzahl		Geschäfte, die während der ganzen Domzeit ihren Umsatz zur statistischen Auswertung meldeten					
	der Geschäfte	der beschäf- tigten Personen (einschl. Inhaber) <sup>1)</sup>	Zahl dieser Geschäfte		Zahl der in ihnen beschäftigten Pers. (einschl. Inh.)		Umsatz dieser Geschäfte während d. ganzen Domzeit	
			insgesamt	v. H.	insgesamt	v. H.	insgesamt DM	je Beschäftigten DM
Fahrgeschäfte . . . . .	34	238	15	44,1	156	65,5	236 802	1 518
Schaugeschäfte . . . . .	9	50	1	11,1	2	4,0	1 422	711
Belustigungsgeschäfte . . . . .	5	24	1	20,0	2	8,3	4 212	2 106
Spielgeschäfte:								
a) mit Losverkauf . . . . .	21	144	6	28,6	45	31,3	65 921	1 465
b) ohne Losverkauf . . . . .	31	81	14	45,2	34	42,0	42 547	1 251
Schießbuden . . . . .	31	86	10	32,3	29	33,7	12 692	438
Gaststätten . . . . .	11	—	2	18,2	21	—	22 695	1 081
Fotogeschäfte . . . . .	3	9	1	33,3	2	22,2	1 873	937
Verkaufsgeschäfte:								
a) Wurststände . . . . .	26	100	12	46,2	47	47,0	85 815	1 826
b) Kuchenstände . . . . .	20	86	11	55,0	41	47,7	46 209	1 127
c) Mandelbrennereien . . . . .	13	24	2	15,4	4	16,7	2 116	529
d) Zuckerbäcker . . . . .	49	146	20	40,8	69	47,3	72 742	1 054
e) Tabakstände . . . . .	10	15	8	80,0	12	80,0	56 323	4 694
f) übrige Verkaufsgeschäfte . . . . .	23	55	10	43,5	24	43,6	25 503	1 063
g) Bauchläden . . . . .	36	40	14	38,9	16	40,0	5 929	371
Übrige Dombeschicker . . . . .	20	26	11	55,0	15	57,7	4 494	300
<b>insgesamt</b> . . . . .	<b>342</b>	<b>1 124</b>	<b>138</b>	<b>40,4</b>	<b>519</b>	<b>46,2</b>	<b>687 295</b>	<b>1 324</b>

<sup>1)</sup> ohne Gaststätten (keine ausreichenden Angaben)

Schließlich noch einige andere Zahlen:

An **Platz- und Standgebühren** kamen laut Angabe  
des Gewerbeamtes rund 70 000 DM auf (gegen 65 000

im Jahre 1951). Die Fahrgeschäfte hatten hierzu  
36 000 DM beigesteuert, wie aus der **Übersicht 3**  
zu ersehen ist, die weitere Einzelheiten bringt.



## Von den Domgeschäften gezahlte Gebühren

Fachrichtung	Zahl der Ge- schäfte ins- gesamt	Gebühren				
		insgesamt	davon			
			Platzgeld	Wagen- geld	Erlaub- nisge- bühren	Schank- erlaub- nisge- bühren
DM	DM	DM	DM	DM		
Fahrgeschäfte . . . . .	34	36 069	33 789	1 420	860	—
Schaugeschäfte . . . . .	9	3 657	3 317	230	110	—
Belustigungsgeschäfte . . . . .	5	2 478	2 208	140	130	—
Spielgeschäfte:						
a) mit Losverkauf . . . . .	21	4 963	4 223	530	210	—
b) ohne Losverkauf . . . . .	31	3 508	2 803	390	315	—
Schießbuden . . . . .	31	3 111	2 331	480	300	—
Gaststätten . . . . .	11	5 186	3 846	340	—	1 000
Fotogeschäfte . . . . .	3	195	185	10	—	—
Verkaufsgeschäfte:						
a) Wurststände . . . . .	26	2 229	1 849	380	—	—
b) Kuchenstände . . . . .	20	2 717	2 297	420	—	—
c) Mandelbrennereien . . . . .	13	386	306	80	—	—
f) übrige Verkaufsgeschäfte . . . . .	49	4 292	3 582	710	—	—
e) Tabakstände . . . . .	10	153	143	10	—	—
f) übrige Verkaufsgeschäfte . . . . .	23	906	886	20	—	—
g) Bauchläden . . . . .	36	180	180	—	—	—
Übrige Dombeschicker . . . . .	20	257	217	20	20	—
<b>insgesamt</b> . . . . .	<b>342</b>	<b>70 287</b>	<b>62 162</b>	<b>5 180</b>	<b>1 945</b>	<b>1 000</b>

Zur **Lustbarkeitsteuer** wurden 137 Domgeschäfte herangezogen. Das Aufkommen betrug rund 21 500 DMark (Fahrgeschäfte 11 200, Schau- und Belustigungsgeschäfte 3200, Spielgeschäfte 3800, Schießbuden 2900). Im Jahre 1951 war der Lustbarkeitsteuerertrag gut 2000 DM niedriger.

An **Gemeindegetränkesteuern** vereinnahmte die öffentliche Kasse 6875 DM, das sind 2000 DM mehr als 1951.

Die Elektrizitätswerke vereinnahmten für **Licht- und Kraftstrom** auf dem Dom bei einem Verbrauch von 401 610 kWh 118 119 DM, für **Gas und Wasser** wurden von den Dombeschickern rund 1500 DM gezahlt.

Wie immer bei großen Volksfesten war auch das **Rote Kreuz** auf dem Heiligengeistfeld vertreten;

196 Helfer und 16 Helferinnen machten in Ablösungen ihren ehrenamtlichen Dienst. In 185 Fällen konnte die Rote-Kreuz-Station Hilfe angedeihen lassen, dabei mußten 19 Patienten in das nahe gelegene Hafenkrankehaus gebracht werden.

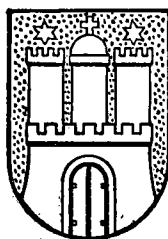
Aus dem **Polizeibericht** über den Hamburger Dom ist nichts Absonderliches zu entnehmen. Es hatten sich 62 Kinder verlaufen, 70 Fundgegenstände wurden abgegeben (davon nur 2 vom Verlierer abgeholt!), 39 Diebstähle wurden gemeldet, darunter 6 Taschendiebstähle; nur ein Fall von Bettelei kam vor, und lediglich 6 Betrunkene fielen der Polizei in die Arme.

D r. U r b a n / N e u ß

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 12. November 1953

Jahrgang 1953 - Heft Nr. 26

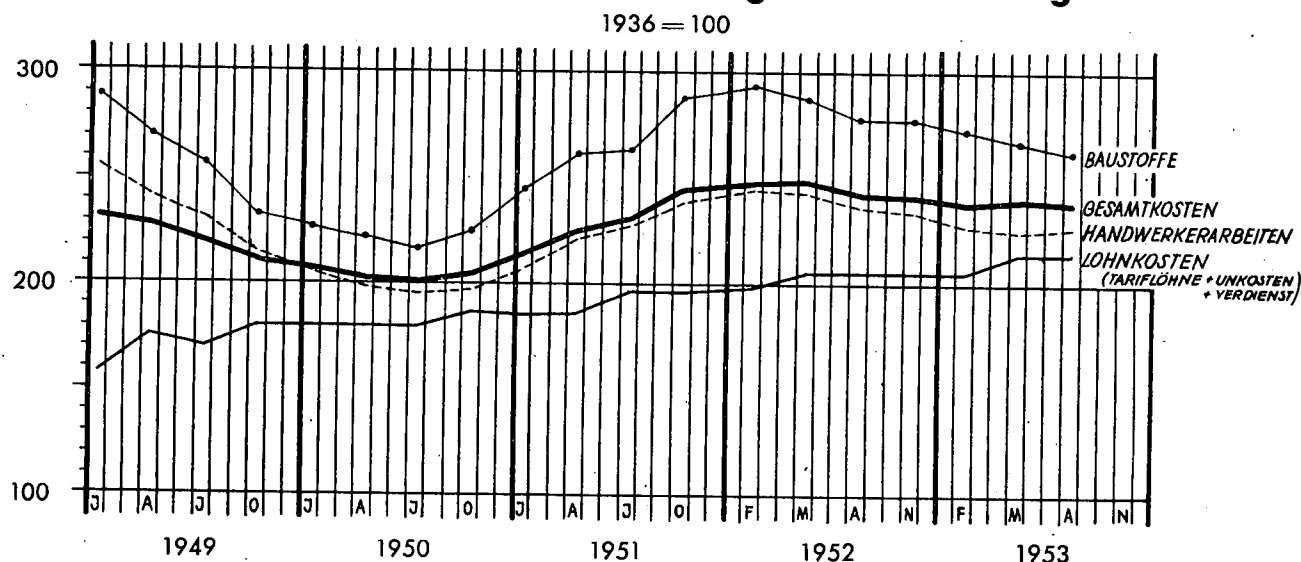
## Die Baukosten in Hamburg

Vom Sommer 1950 bis Frühjahr 1952 sind die Kosten des Wohnungsbaus ständig im Anstieg gewesen, und was vorher, beginnend mit der Jahreswende 1948/49, an Kostensenkungen hatte gebucht werden können, wurde dadurch mehr als aufgehoben. Dem Monat Juli 1950 fiel mit 200,2 die niedrigste, dem Monat Mai 1952 mit 249,1 die höchste Preisindexziffer seit der Währungsreform zu (Jahresdurchschnitt 1936 = 100). Vom Sommer 1950 bis Frühjahr 1952 hatten sich also

die Baukosten vom 2fachen auf das 2½fache des Vorkriegsstandes erhöht.

Seitdem ist jedoch ein leichtes Absinken der Kosten zu verzeichnen. Fast von Stichtag zu Stichtag (die Erhebungen sind vierteljährlich) konnte der Index um einige wenige Punkte wieder abgetragen werden, so daß schließlich die jüngste Indexziffer, die vom August 1953, mit 238,6 um 10,5 Punkte oder um 4,2 v. H. niedriger lag als die höchste vom Mai des Vorjahres.

### Preisindex für den Wohnungsbau in Hamburg



Winterhalbjahr 1951/52, als z. B. Balken (Kantholz) gut 240 DM je cbm und Fußbodenbretter fast 9 DM je qm kosteten, wogegen die Preise bis Sommer 1950 im ersten Fall auf etwa 140 DM und im zweiten auf weniger als 6 DM gestellt waren. Heute liegen sie ungefähr in der Mitte zwischen diesen beiden Extremen. Die Balken wurden im August 1953 mit durchschnittlich 197,— und die Fußbodenbretter mit 7,25 DM notiert, und bei Schalbrettern usw. sind die Preisabstriche ähnlich. Stellen wir die Verhältnisrechnung wieder auf den Vergleich mit Mai 1952 ab, dem Monat mit dem höchsten Baukostenindex, dann sind von da an bis August 1953 die Bauholzpreise im gewogenen Mittel der Indexberechnung um 16,5 v. H. zurückgegangen. Das hat in der Kalkulation wiederum zur Folge gehabt, daß der Kostenanteil des Bauholzes an den Gesamtbaukosten von 14,8 auf 12,9 v. H. abgenommen hat. Vor dem Kriege waren es bei gleichen Mengen nur 9 v. H. **Bauholz ist also auch heute noch überdurchschnittlich verteuert.** Sein spezieller Preisindex (1936 = 100) errechnet sich für August 1953 auf 333,2, entgegen der Indexziffer der Gesamtbaukosten, die bekanntlich auf 238,6 steht.

Der Wertanteil der Baustoffe aus Erden, der Ziegel, Deckensteine und Bindemittel, an den Kosten des Wohnungsbaus ist mit rund 16 v. H. so gut wie unverändert geblieben. Freilich haben auch hier die Preise nachgegeben, aber, da die Anfangssituation ausgeglichener war als bei Holz, im Mittel nur um 4 v. H. Rote Ziegelsteine sind (immer von Mai 1952 bis August 1953) von 77,45 auf 74,20 DM und Kalksandsteine von 64,80 auf

61,20 DM je 1000 Stück zurückgegangen; die Tonne Zement hat sich von 82,40 auf 78,50 DM ermäßigt, während Mauersand und Mauerkalk ihren Preis behauptet haben.

Eisen kam erst ab August 1952 aus der amtlichen Preisbildung heraus. Damals fixierten sich die Preise in Hamburg auf durchschnittlich 643,— je t Formeisen und auf 679,— DM je t Stabeisen. Die im August 1953 ermittelten Preise waren um 5 v. H. niedriger. Im Index fällt diese Preisermäßigung nicht sehr ins Gewicht, weil Baueisen an den Gesamtkosten nur mit 3 v. H. beteiligt ist.

Von beachtlichem Einfluß auf die Baukosten ist der Preisstand der Nichteisenmetalle, die allerdings in den Bauabrechnungen nicht als solche erscheinen, sondern bei den **Handwerkerleistungen** zur Verrechnung kommen. Es handelt sich um Zink, Kupfer und Blei. Diese drei NE-Metalle haben steile Preisanstiege hinter sich. Im Preisindex der Grundstoffe (Erzeugerpreise 1938 = 100) war der höchste Preisstand für Kupfer 590 im August 1952, für Blei 962 (November 1951/März 1952) und für Zink 1067 (November 1951/Mai 1952). Hernach kam die Wende. Unter der Wirkung von Preisstürzen auf den Weltmärkten ist bis August 1953 die deutsche Indexziffer für Kupfer auf 496 (— 15,9 v. H.), für Blei auf 579, (— 39,8 v. H.) und für Zink auf 514 (— 51,8 v. H.) gefallen.

Das hat natürlich zu einer Kostenentspannung bei den Klempnerarbeiten sowie den Gas-, Wasser- und Lichtinstallationen geführt. Die folgende Übersicht zeigt für einige dieser Handwerkerleistungen den Preisverlauf.

## Übersicht 1

### Preisentwicklung einiger Handwerkerarbeiten in RM/DM

Handwerkerarbeiten <sup>1)</sup>	JD 1936	Febr. 1952	Mai 1952	Aug. 1952	Nov. 1952	Febr. 1953	Mai 1953	Aug. 1953
1 m Dachrinne . . . . .	4,45	14,50	14,00	13,20	12,20	11,90	11,45	11,30
1 m Regenabfallrohr . . . . .	2,85	10,30	9,95	9,40	8,50	8,35	8,05	7,95
1 qm Zinkblechbelag . . . . .	7,55	30,10	29,10	26,75	24,30	24,15	22,95	22,75
1 Badeeinrichtung . . . . .	226,20	632,00	617,40	584,10	559,50	531,45	533,55	543,50
1 Aborteinrichtung . . . . .	46,90	116,20	106,90	99,20	93,40	87,95	85,80	87,85
1 Ausgüßanlage . . . . .	25,10	67,25	65,45	63,30	63,10	61,60	60,95	61,80
1 m Gasrohr . . . . .	3,40	8,50	8,55	8,60	8,55	8,30	8,25	8,20
1 elektr. Brennstelle . . . . .	5,80	16,05	15,30	14,90	14,20	13,85	13,85	13,75

<sup>1)</sup> einschl. Verarbeitung

Insgesamt sind die Außenarbeiten der Klempner von Mai 1952 (wir kehren jetzt zu diesem Vergleichsstichtag wieder zurück) bis August 1953 um 20,8 v. H., die Installation von Gas, Wasser und sanitären Einrichtungen um 9,7 und die elektrischen Anlagen um 10,1 v. H. billiger geworden.

Die Preisrückgänge erstrecken sich aber auch auf andere Ausbuarbeiten. Zu nennen sind hier in erster Linie die Tischlerarbeiten, auf die sich die Ermäßigung der Holzpreise günstig ausgewirkt hat. In unserem 15monatigen Vergleichszeitraum tritt bei den Tischlerarbeiten (Fenster, Türen, Treppen) ein Preisabstrich von 5,4 v. H. zutage, wobei, ebenso wie bei allen

anderen Ausbauarbeiten, zu berücksichtigen ist, daß neben den Materialpreisen die Lohnkosten ein wichtiger Kalkulationsfaktor sind, und die Lohnkosten hatten steigende, nicht sinkende Tendenz.

Weitere Preisherabsetzungen sind zu buchen bei den Malerarbeiten (— 5,2 v. H.) und den Tapeziererarbeiten (— 6,0 v. H.). Teurer geworden ist die Verglasung, die lange Zeit auf relativ niedrigem Preisstand geblieben war; 1 qm kostete im Mai 1952 6,25 DM, im August 1953 7,20 DM. Putz- und Stuckarbeiten sowie die Töpferarbeiten haben sich nur wenig, im ersten Falle nach oben, im zweiten nach unten, preislich verschoben.

Im ganzen umfassen die Ausbaurkosten 30 v. H. der Gesamtbaukosten; mit dieser Gewichtung kommt in der Indexberechnung zur Geltung, daß sich die Aufwendungen für Ausbauarbeiten in der Zeit vom Mai 1952 bis August 1953 durchschnittlich um 4,3 v. H. gesenkt haben.

Sind in den eben besprochenen fertigen Einzelarbeiten der Handwerker die Löhne (der Tischler, Maler, Klempner, Elektriker, Glaser usw.) einbezogen, so treten sie bei den Kosten des Rohbaus neben den Baustoffkosten gesondert in die Erscheinung. Es sind die **Löhne der Maurer und Zimmerer, der Bauhilfsarbeiter, der Dachdecker usw.** Die kalkulatorischen Lohnkosten umschließen außer den Löhnen einen pauschalierten Zuschlag des Unternehmers für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Urlaubsvergütungen und freiwilligen sozialen Leistungen, für die allgemeinen Geschäftskosten, für Wagnis, Gewinn, Verzinsung des Eigenkapitals sowie für Umsatz- und Gewerbesteuer.

Die Tariflöhne für Bauarbeiter haben sich zuletzt ab 1. April 1953 und davor ab 1. April 1952, und zwar durchweg um je 7 Pf. je Stunde erhöht. Die nachstehende kleine Übersicht zeigt die Lohnsätze im einzelnen mit den kalkulatorischen Zuschlägen der Arbeitgeber.

## Übersicht 2

### Tariflöhne für Bauarbeiter je Stunde in DM

Berufe	Tarifmäßige Stundenlöhne				Zuschlag für Unkosten und Verdienst in v. H.	Tariflohn plus Unkosten und Verdienst			
	Juli 1951 1)	Februar 1952 2)	August 1952 3)	August 1953 4)		Juli 1951	Februar 1952	August 1952	August 1953
Maurer . . . . .	1,86	1,89	1,96	2,03	72	3,20	3,25	3,37	3,49
Gipser . . . . .	2,14	2,17	2,25	2,33	72	3,68	3,73	3,87	4,01
Zimmerer . . . . .	1,86	1,89	1,96	2,03	72	3,20	3,25	3,37	3,49
Bauhilfsarbeiter . . . . .	1,58	1,61	1,67	1,73	72	2,72	2,77	2,87	2,98
Polier . . . . .	2,36	2,36	2,48	2,73	72	4,06	4,06	4,27	4,70
Dachdecker . . . . .	1,98	2,01	2,08	2,15	77	3,50	3,56	3,68	3,81
Dachdecker-Hilfsarbeiter . . . . .	1,67	1,70	1,76	1,83	77	2,96	3,01	3,12	3,24

1) ab 15. 6. 1951    2) ab 1. 12. 1951    3) ab 1. 4. 1952    4) ab 1. 4. 1953

Die Summe der Lohnkosten (Löhne + Unkosten + Verdienst) war, wie schon im Anfang gesagt, im August 1953 um 3,9 v. H. höher als im Mai 1952.

Die Aufwendungen für Baustoffe, Lohnkosten und fertige Einzelarbeiten bilden die sogenannte **Bausumme**. Sie ist die Bezugsgröße für die Kosten der Planung und Bauleitung (Architektengebühren), die Zinskosten für kurzfristige Kredite zur Herstellung des Hauses und auch die Basis für die Berechnung der baupolizeilichen Gebühren. Die Bausumme ist in der Zeit vom Mai 1952 bis August 1953 im Rahmen des Indexschemas um knapp 4 v. H. zurückgegangen; sie betrug nämlich für das „Indexhaus“, dem Modell eines dreigeschossigen Reihenhauses mit 6 Wohnungen zu je etwa 60 qm,

im Mai	1952	97 527 DM
August	1952	95 577 DM
November	1952	95 144 DM
Februar	1953	93 746 DM

Mai	1953	94 377 DM
August	1953	93 736 DM

In dem Maße, wie die Bausumme niedriger geworden ist, haben sich im absoluten Betrage die Kosten für Planung und Bauleitung (durchschnittlich 7,2 v. H. der Bausumme) und die baupolizeilichen Gebühren (5 v. T.) ermäßigt. Ermäßigt haben sich auch die Zwischenkreditzinsen, die auf 40 v. H. der jeweiligen Bausumme für 6 Monate berechnet werden; hier kommt aber als Hauptsache hinzu, daß der Zinsfuß für kurzfristiges Geld von 12 auf 10 v. H. heruntergegangen ist.

So fügt sich die Berechnung zu dem Schlußergebnis — wir hatten es schon vorweggenommen —, daß die Kosten des Wohnungsbaus seit Mai 1952, als die Preisindexziffer am höchsten stand, bis August 1953 um 4,2 v. H. nach unten gerückt sind.

Dr. Urban/Jüterbock

Übersicht 3

Preisindexziffern der Roh- und Ausbaurbeiten (1936 = 100) und Kostenanteile in v. H. der Gebäudekosten

Roh- und Ausbaurbeiten	Mai 1952		August 1952		Mai 1953		August 1953		Veränderung in v. H. August 1953 gegenüber	
	Index	Anteil v. H.	Index	Anteil v. H.	Index	Anteil v. H.	Index	Anteil v. H.	Mai 1952	Mai 1953
<b>Rohbaurbeiten</b>	<b>250,3</b>	<b>67,5</b>	<b>245,0</b>	<b>67,4</b>	<b>243,8</b>	<b>67,9</b>	<b>241,0</b>	<b>67,6</b>	- 3,7	- 1,1
davon:										
Erdarbeiten	386,7	1,0	386,7	1,0	396,7	1,1	400,0	1,1	+ 3,4	+ 0,8
Maurerarbeiten	216,7	28,1	213,9	28,4	217,0	29,1	217,7	29,4	+ 0,5	+ 0,3
Beton- und Stahlbetonarbeiten	231,6	14,4	233,6	14,8	236,4	15,2	234,3	15,2	+ 1,2	- 0,9
Zimmererarbeiten	330,4	19,3	313,7	18,7	301,8	18,2	290,5	17,6	-12,1	- 3,7
Dachdeckerarbeiten	254,8	3,2	246,3	3,1	242,7	3,1	239,4	3,1	- 6,0	- 1,4
Klempnerarbeiten	354,6	1,5	330,0	1,4	284,0	1,2	281,0	1,2	-20,8	- 1,1
<b>Ausbaurbeiten</b>	<b>232,3</b>	<b>32,5</b>	<b>228,2</b>	<b>32,6</b>	<b>221,8</b>	<b>32,1</b>	<b>222,4</b>	<b>32,4</b>	- 4,3	+ 0,3
davon:										
Putz- und Stuckarbeiten	204,8	5,6	204,8	5,7	210,7	5,9	210,7	6,0	+ 2,9	-
Tischlerarbeiten	237,2	9,6	229,9	9,4	225,1	9,4	224,4	9,4	- 5,4	- 0,3
Glaserarbeiten	143,7	0,5	151,7	0,6	165,5	0,6	165,5	0,6	+15,2	-
Maler- und Anstreicherarbeiten	230,3	2,8	230,7	2,9	217,4	2,8	218,3	2,8	- 5,2	+ 0,4
Tapezier- und Linoleumarbeiten	272,9	1,0	267,5	1,0	254,7	1,0	256,5	1,0	- 6,0	+ 0,7
Ofen- und Herdarbeiten	218,0	4,3	218,6	4,4	216,7	4,4	215,4	4,4	- 1,2	- 0,6
Be- und Entwässerungsanlagen, Gasleitungen	263,1	8,0	253,9	7,9	233,4	7,3	237,6	7,5	- 9,7	+ 1,8
Elektrische Anlagen	263,8	0,7	256,9	0,7	238,8	0,7	237,1	0,7	-10,1	- 0,7
<b>Gebäudekosten</b>	<b>244,1</b>	<b>100,0</b>	<b>239,3</b>	<b>100,0</b>	<b>236,3</b>	<b>100,0</b>	<b>234,7</b>	<b>100,0</b>	- 3,9	- 0,7

Übersicht 4

Preisindexziffern für den Wohnungsbau

1936 = 100

Indexgruppe	1952				1953			Veränderung in v. H. August 1953 gegenüber	
	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Febr.	Mai	Aug.	Mai 1952	Mai 1953
Baustoffe, frei Bau	293,8	289,2	278,9	278,2	272,0	268,9	263,1	- 9,0	- 2,2
Erdabfuhr	383,3	386,7	386,7	386,7	386,7	396,7	400,0	+ 3,4	+ 0,8
Handwerkerarbeiten	245,4	243,1	237,3	234,3	228,9	226,5	227,2	- 6,5	+ 0,3
Löhne + Unkosten u. Verdienst	199,3	206,7	206,7	206,7	206,7	214,7	214,7	+ 3,9	-
Gebäudekosten	243,3	244,1	239,3	238,2	234,7	236,3	234,7	- 3,9	- 0,7
Kosten f. Planung u. Bauleitung	269,5	270,4	265,0	263,8	260,0	261,7	259,9	- 3,9	- 0,7
Baupolizeiliche Gebühren	304,2	305,2	299,1	297,7	293,4	295,3	293,3	- 3,9	- 0,7
Zinsen f. Baugeld des Bauherrn	584,0	586,0	526,4	524,0	492,8	496,1	469,3	- 19,9	- 5,4
<b>Gesamtindex</b>	<b>248,3</b>	<b>249,1</b>	<b>243,7</b>	<b>242,6</b>	<b>238,8</b>	<b>240,4</b>	<b>238,6</b>	- 4,2	- 0,7

Gesamtindex umbasiert auf 1938 bzw. 1913 = 100

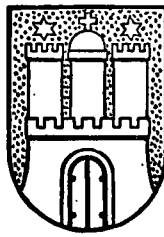
Basis	1952				1953			Veränderung in v. H. August 1953 gegenüber	
	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Febr.	Mai	Aug.	Mai 1952	Mai 1953
1938 = 100	244,4	245,2	239,9	238,8	235,0	236,6	234,8	- 4,2	- 0,8
1913 = 100	325,5	326,6	319,5	318,0	313,1	315,2	312,8	- 4,2	- 0,8

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 14. November 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 27

## Hamburg als Hauptsitz der größten Krankenkassen der sozialen Krankenversicherung

(Ergebnisse der Jahrerhebung 1952)

Die Krankenkassen der sozialen Krankenversicherung, d. h. die Pflichtkrankenkassen und die Ersatzkassen, sind durch die Reichsversicherungsordnung sowie durch die Zweite Verordnung über Rechnungsführung in der Krankenversicherung von 1938 verpflichtet, nach Schluß eines jeden Kalenderjahres statistische Nachweisungen aufzustellen, die als „Geschäfts- und Rechnungsergebnisse“ bundeseinheitlich geführt werden. Die Jahresnachweisungen sind jeweils am Hauptsitz der Kasse für deren gesamten Geschäftsbereich zu erstellen und gliedern sich in den Teil A „Allgemeine Angaben“ und den Teil B „Rechnungsab-schluß für das Kalenderjahr“. Aus den Nachweisungen für den gesamten Geschäftsbereich der Kassen, der sich in fast der Hälfte aller Fälle über die hamburgischen Landesgrenzen hinaus erstreckt, lassen sich jedoch keine Landesergebnisse ermitteln. Die sich auf die wesentlichsten Ergebnisse der Erhebung beschränkende folgende Darstellung befaßt sich deshalb mit den einzelnen Kassen, in Gruppen zusammengefaßt, ihrer Größe und ihren Leistungen im Kalenderjahr (= Geschäftsjahr) 1952. Wenn in der folgenden Darstellung verschiedentlich die Bezeichnung „Hamburger Krankenkassen“ verwendet wird, so sind darunter stets die Kassen mit ihrem Hauptsitz in Hamburg einschließlich aller Zweigstellen im Bundesgebiet zu verstehen.

### A. Art, Zahl und Größe der Krankenkassen

Von den im Bundesgebiet bestehenden rund 2000 gesetzlichen Krankenkassen am Jahresende haben nur 49 ihren Hauptsitz in Hamburg. Vergleicht man aber die Größe dieser Krankenkassen mit denen in anderen Ländern, so ergibt sich, daß sich in Hamburg fast nur Kassen vereinigen, die einen über-durchschnittlichen Mitgliederbestand aufweisen. So ist die Hamburger **Ortskrankenkasse** die größte ihrer Art von 396 im gesamten Bundesgebiet. Bei

10 Ortskrankenkassen im Bundesgebiet, die eine Mitgliederzahl in der allgemeinen Krankenversicherung (d. h. also, ohne die Krankenversicherung der Rentner) von je über 100 000 aufweisen, werden mehr als 2 Millionen Mitglieder erfaßt. Die Hamburger AOK führt davon mit 383 739 Mitgliedern (Jahresdurchschnitt).

### Übersicht 1

#### Die größten Orts- und Innungskrankenkassen im Bundesgebiet 1952

Ortskrankenkassen (über 100 000 Mitglieder ohne K. V. der Rentner)	Mitglieder (Jahresmitte)	
	in der allgemeinen Kranken- versicherung	in der Kranken- versicherung der Rentner
1. Hamburg . . . . .	386 728	197 136
2. Nürnberg/Mittelfr. . . . .	317 973	169 276
3. München . . . . .	308 652	123 808
4. Frankfurt . . . . .	205 345	75 629
5. Stuttgart . . . . .	197 950	64 074
6. Düsseldorf . . . . .	129 781	64 404
7. Köln/Stadt . . . . .	128 609	65 390
8. Hannover . . . . .	122 467	75 144
9. Mannheim . . . . .	102 562	38 128
10. Wuppertal . . . . .	102 238	51 646

Innungskrankenkassen (über 10 000 Mitglieder)	Mitglieder (Jahresdurchschnitt)
	1. Hamburg . . . . .
2. Hannover . . . . .	18 294
3. Dortmund . . . . .	15 924
4. München . . . . .	13 291
5. Düsseldorf . . . . .	13 263
6. Essen . . . . .	13 063
7. Frankfurt . . . . .	12 008
8. Stuttgart . . . . .	11 649
9. Recklinghausen . . . . .	10 642
10. Minden . . . . .	10 211
11. Köln . . . . .	10 206
12. Duisburg . . . . .	10 202

Die Hamburger Vereinigte **Innungskrankenkasse**, deren Geschäftsbereich wie bei der AOK nicht über die hamburgischen Landesgrenzen hinausgeht, stellt ebenfalls mit 22 621 Mitgliedern (Jahresdurch-

schnitt) die größte unter den 134 Innungskrankenkassen im Bundesgebiet dar. Die Mitgliederzahlen der übrigen Innungskrankenkassen im Bundesgebiet liegen in den Größengruppen zwischen 200 und 20 000 Mitgliedern. Über die Größenordnung der Orts- und Innungskrankenkassen gibt die Übersicht 1 Auskunft.

Die hohe Zahl der gesetzlichen Krankenkassen im Bundesgebiet wird vor allem durch die **Betriebskrankenkassen** hervorgerufen. Von insgesamt mehr als 1300 Betriebskrankenkassen hatten im Jahresdurchschnitt 32, am Jahresende 36 Kassen ihren Hauptsitz in Hamburg. Während die Masse der Betriebskrankenkassen in den Größengruppen bis zu 5000 Mitgliedern erscheint, erreicht die Betriebskrankenkasse der Freien und Hansestadt Hamburg im Jahresdurchschnitt einen Bestand von 52 462 Mitgliedern. Damit dürfte diese Betriebskrankenkasse nach denen der Bundesbahn und Bundespost, die zusammen in der allgemeinen Krankenversicherung einen Bestand von mehr als 500 000 Mitgliedern aufweisen — sofern man jede Kasse als einheitliches Ganzes betrachtet —, die nächstgrößte in Westdeutschland sein. Bei den übrigen Betriebskrankenkassen handelt es sich teilweise um recht kleine Kassen, denn die Reichsversicherungsordnung (§§ 245 ff.) läßt im allgemeinen die Errichtung einer Betriebskrankenkasse zu, sofern in einem Betrieb regelmäßig mindestens 450 Versicherungspflichtige beschäftigt sind. Für Binnenschiffahrtsbetriebe beträgt diese Zahl sogar nur 150. Zur Schließung der Kasse bedarf es erst eines nicht nur vorübergehenden Absinkens der Mitgliederzahl unter 150 bzw. 50. Durch die letzte Bestimmung wird es verständlich, wenn noch vereinzelt Betriebskrankenkassen bestehen, die über weniger als 50 Mitglieder verfügen (vgl. auch Übersicht 2).

Die **See-Krankenkasse** ist einziger Versicherungsträger für Seeleute. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und zählt im Jahresdurchschnitt 32 473 Mitglieder.

Versicherungspflichtige Mitglieder einer **Ersatzkasse** haben das Recht auf Befreiung von der Mitgliedschaft bei einer Pflichtkrankenkasse (§ 517 RVO). Von diesem Recht haben rund 10 v. H. der Versicherungspflichtigen des Bundesgebiets Gebrauch gemacht, oder — vom hamburgischen Standpunkt aus betrachtet — rund 9 v. H. aller Versicherungspflichtigen des Bundesgebiets haben sich in Ersatzkassen mit Hauptsitz Hamburg versichert. Bei der geringen Zahl der bestehenden Ersatzkassen ergibt sich für diese Kassen eine ungewöhnlich hohe Mitgliederzahl, die bei einer Kasse bereits die Millionengrenze überschritten hat. Bei der stark ansteigenden Tendenz der Mitgliederzahlen bei den Ersatzkassen dürfte auch bei einer weiteren Kasse binnen kurzem die Millionengrenze erreicht sein.

Die Ersatzkassen für Arbeiter fanden nicht diesen auffallend starken Zuspruch, weil der Kreis der Aufnahmeberechtigten auf wenige Berufe beschränkt ist. Von den im Bundesgebiet bestehenden 7 Ersatzkassen für Arbeiter sind in Hamburg 4 seßhaft mit zusammen 68 425 Mitgliedern, von den 8 Ersatzkassen für Angestellte haben 6 ihren Hauptsitz in Hamburg und melden für 1952 eine Durchschnittsmitgliederzahl von insgesamt 2 039 451 (darunter 2 Kassen, die zusammen bereits 1 805 771 Mitglieder zählen), d. h., daß rund 90 v. H. der Versicherten aller Ersatzkassen für Angestellte und Arbeiter des Bundesgebiets Kassen angehören, die ihre Hauptverwaltung in Hamburg haben.

## Übersicht 2

### Gliederung der gesetzlichen Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg nach Kassengrößen

Mitgliedergrößengruppe	Kassenart						
	Ortskrankenkasse	Betriebskrankenkassen	Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.)	Innungskrankenkasse	Seekrankenkasse	Ersatzkassen	
						für Arbeiter	für Angestellte
Jahresdurchschnitt 1952							
a) Zahl der Kassen							
1— 150 . . . . .	—	7	—	—	—	—	—
151— 250 . . . . .	—	5	—	—	—	—	—
251— 500 . . . . .	—	3	—	—	—	—	—
501— 1 000 . . . . .	—	6	—	—	—	—	—
1 001— 5 000 . . . . .	—	5	—	—	—	1	—
5 001— 10 000 . . . . .	—	4	—	—	—	—	—
10 001— 20 000 . . . . .	—	1	1	—	—	1	—
20 001— 50 000 . . . . .	—	—	—	1	1	2	1
50 001— 100 000 . . . . .	—	1	—	—	—	—	3
über 100 000 . . . . .	1	—	—	—	—	—	2
b) Zahl der Mitglieder							
1— 150 . . . . .	—	624	—	—	—	—	—
151— 250 . . . . .	—	901	—	—	—	—	—
251— 500 . . . . .	—	1 090	—	—	—	—	—
501— 1 000 . . . . .	—	5 010	—	—	—	—	—
1 001— 5 000 . . . . .	—	13 903	—	—	—	1 711	—
5 001— 10 000 . . . . .	—	29 260	—	—	—	—	—
10 001— 20 000 . . . . .	—	13 097	13 742	—	—	10 611	—
20 001— 50 000 . . . . .	—	—	—	22 621	32 473	56 103	25 997
50 001— 100 000 . . . . .	—	52 462	—	—	—	—	207 683
über 100 000 . . . . .	383 739	—	—	—	—	—	1 805 771

Mit zunehmender Belebung der Wirtschaft steigen auch die Mitgliederzahlen der Krankenkassen. Die Übersicht 3 veranschaulicht eindeutig die stete Aufwärtsentwicklung, die besonders bei der See-Krankenkasse (Wiederbelebung der Schifffahrt!)

und den Ersatzkassen zutage tritt. Die Erhöhung der **Versicherungspflichtgrenze** von 4500 DM auf 6000 DM jährlich durch die Änderung des § 165 RVO mit Wirkung vom 1. September 1952 ist auf die Aufwärtsentwicklung der Krankenkassen nicht

### Übersicht 3

#### Entwicklung der Pflicht- und Ersatzkassen mit Hauptsitz Hamburg für deren gesamten Geschäftsbereich seit 1949

Kassenart	Kassen und Mitglieder in der allgemeinen Krankenversicherung																
	im Jahresdurchschnitt												am Stichtag 1. September 1953				
	1949		1950			1951			1952			Kassen	Mitglieder	Veränderung geg. 1949 in v. H.	Veränderung geg. dem Vorjahr in v. H.		
	Kassen	Mitglieder	Kassen	Mitglieder	Veränderung geg. 1949 in v. H.	Kassen	Mitglieder	Veränderung geg. 1949 in v. H.	Veränderung geg. dem Vorjahr in v. H.	Kassen	Mitglieder					Veränderung geg. 1949 in v. H.	Veränderung geg. dem Vorjahr in v. H.
1. Ortskrankenkasse	1	375 457	1	394 744	+ 5,1	1	393 954	+ 4,9	- 0,2	1	383 739	+ 2,2	- 2,6	1	391 999	+ 4,4	+ 2,2
2. Betriebskrankenkassen (ohne Deutsche Bundesbahn u. Deutsche Bundespost)	33	101 842	32	104 205	+ 2,3	31	110 773	+ 8,8	+ 6,3	32	116 347	+14,2	+ 5,0	32	126 051	+ 23,8	+ 8,3
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hamburg)	1	13 176	1	12 713	- 3,5	1	13 117	- 0,4	+ 3,2	1	13 742	+ 4,3	+ 4,8	1	14 159	+ 7,5	+ 3,0
4. Innungskrankenkasse	1	18 234	1	19 758	+ 8,4	1	21 208	+16,3	+ 7,3	1	22 621	+24,1	+ 6,7	1	24 964	+ 36,9	+10,4
5. See-Krankenkasse	1	17 846	1	20 824	+16,7	1	26 221	+46,9	+25,9	1	32 473	+82,0	+23,8	1	39 739	+122,7	+22,4
6. Ersatzkassen für Arbeiter	4	50 662	4	57 990	+14,5	4	64 011	+26,3	+10,4	4	68 425	+35,1	+ 6,9	4	75 416	+ 48,9	+10,2
7. Ersatzkassen f. Angestellte	6	1 345 197	6	1 599 677	+18,9	6	1 809 796	+34,5	+13,1	6	2 039 451	+51,6	+12,7	6	2 348 517	+ 74,6	+15,2
<b>zusammen</b>	<b>47</b>	<b>19 224 414</b>	<b>46</b>	<b>2 209 911</b>	<b>+15,0</b>	<b>45</b>	<b>2 439 080</b>	<b>+26,9</b>	<b>+10,4</b>	<b>46</b>	<b>2 676 798</b>	<b>+39,2</b>	<b>+ 9,7</b>	<b>46</b>	<b>3 020 845</b>	<b>+ 57,1</b>	<b>+12,9</b>

ohne Einfluß geblieben. Für die Ersatzkassen ist außerdem anzunehmen, daß die nach dem Gesetz über die Selbstverwaltung der Sozialversicherung vom 22. Februar 1951 (§ 18 [4]) gegebene Möglichkeit, in die Ersatzkassen zurückzutreten<sup>1)</sup>, mit den starken Mitglieder-Anstieg beeinflusst hat. Dagegen ist eine zeitweilige leichte Abnahme bei der Ortskrankenkasse zu verzeichnen, die insbesondere mit dem Übergang der Mitglieder auf Betriebskrankenkassen zu begründen ist.

Die Frage der Überbereichlichkeit der in Hamburg ansässigen Krankenkassen wurde in der Einleitung bereits andeutungsweise erwähnt. Mit Ausnahme der Orts- und Innungskrankenkasse und des größten Teils der Betriebskrankenkassen, die naturgemäß in den meisten Fällen keinen großen Wirkungskreis haben, da die Betriebe vielfach nur am Ort bestehen, sind die übrigen Kassen, d. h. die See-Krankenkasse und die Ersatzkassen im gesamten Bundesgebiet tätig. 20 der insgesamt 49 Kassen mit Hauptsitz Hamburg sind überbereichlich und arbeiten in verschiedenen Städten, Ländern und Landesteilen oder im gesamten Bundesgebiet. Im einzelnen waren Ende des Jahres 1952 folgende Kassen — in Gruppen zusammengefaßt — auch außerhalb des Hamburger Staatsgebietes tätig:

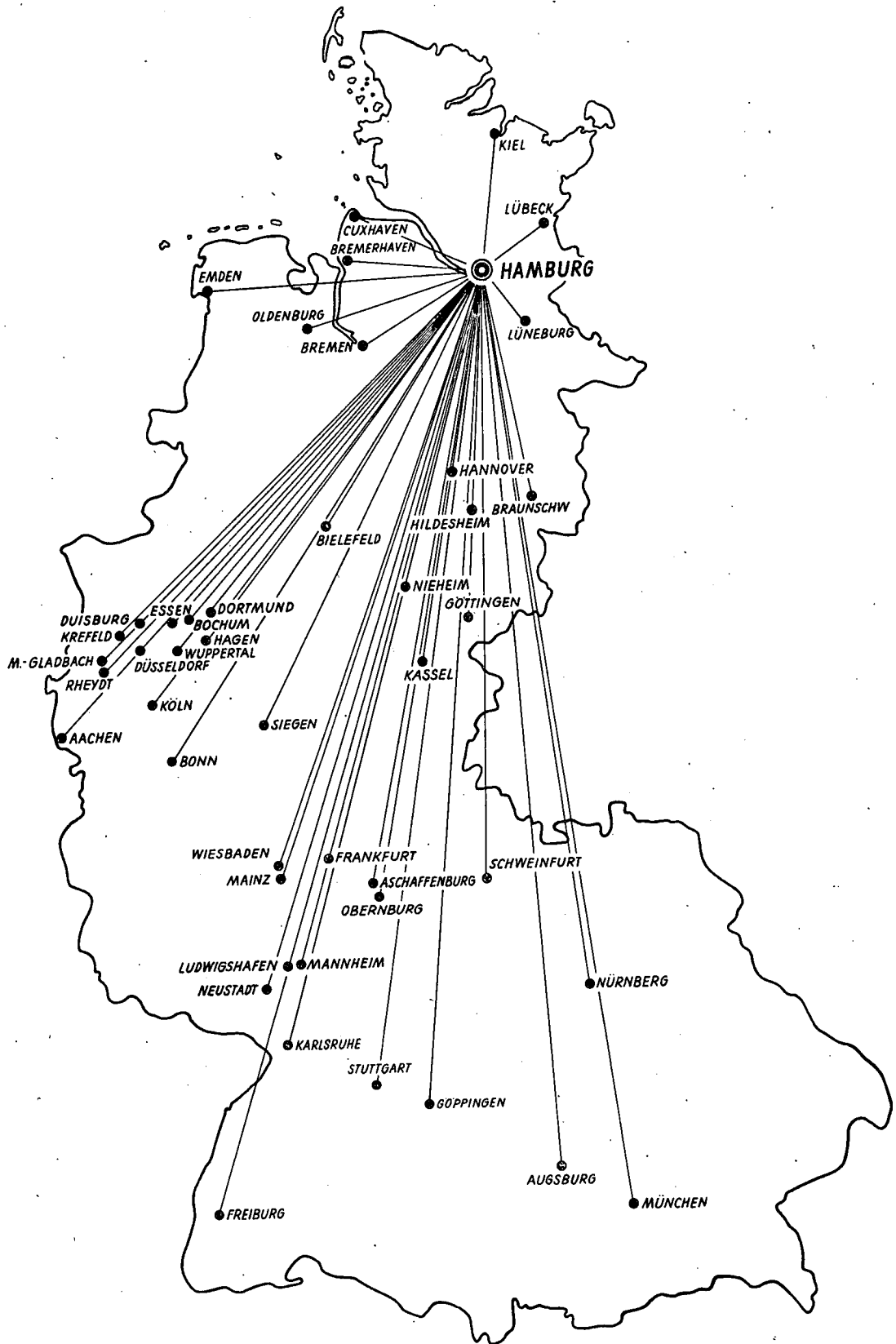
Kassenart	Kassen mit Hauptsitz Hamburg	darunter überbereichliche Kassen
Ortskrankenkasse . . . . .	1	—
Betriebskrankenkassen . . . . .	36	9
darunter Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.) . . . . .	1	1
Innungskrankenkasse . . . . .	1	—
See-Krankenkasse . . . . .	1	<sup>2)</sup> 1
Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	4	4
Ersatzkassen für Angestellte . . . . .	6	6

Die mit ihrem Hauptsitz in Hamburg ansässigen Kassen erfassen jedoch nicht alle in der sozialen Krankenversicherung versicherten Personen Hamburgs. 7 überbereichliche Kassen, die ihren Hauptsitz in anderen Ländern der Bundesrepublik haben, üben ihre Tätigkeit ebenfalls im Hamburger Gebiet aus. Die Übersicht 4 gibt zu erkennen,

<sup>1)</sup> Durch das Gesetz ist der Erlaß des früheren Reichsarbeitsministers vom 31. 10. 1944, wonach krankenversicherungspflichtige Arbeitnehmer von Betrieben, für die eine Betriebskrankenkasse zuständig ist, nicht Mitglieder von Ersatzkassen sein durften, aufgehoben worden. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes am 24. 2. 1951 lebte die Mitgliedschaft bei der Ersatzkasse wieder auf.

<sup>2)</sup> In den Gebieten außerhalb Hamburgs führen im gesetzlichen Auftrag des § 483 RVO die Ortskrankenkassen, wo eine solche nicht vorhanden ist, die Landkrankenkassen sowie daneben die Betriebskrankenkassen der Reedereien für die auf Schiffen ihrer Reederei tätigen Besatzungsmitglieder die Gewährung der Leistungen für Rechnung der See-Krankenkasse durch und rechnen später mit dieser ab.

## Die Ausdehnung der überbereichlichen Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg über das Bundesgebiet



In dieser Übersicht sind nur die hauptsächlichsten Geschäftsstellen aufgenommen.  
Die Vielzahl der kleineren Zweigstellen, insbesondere der Ersatzkassen, wurde nicht eingezeichnet.

daß in Hamburg zum Jahresende 1952 bei einer Gesamtzahl von 711 286 versicherten Mitgliedern nur 23 844 Versicherte oder 3,4 v. H. der in der allgemeinen Krankenversicherung stehenden Personen von außerhamburgischen Kassen erfaßt wurden.

Etwa die Hälfte dieser Versicherten gehört der Betriebskrankenkasse der Deutschen Bundesbahn an. Andererseits sind nur 24,4 v. H. aller Mitglieder der Kassen mit Hauptsitz Hamburg im Hamburger Staatsgebiet beschäftigt.

#### Übersicht 4

### Mitglieder und Kassen der allgemeinen Krankenversicherung am 1. Dezember 1952

Kassenart	Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg					In Hamburg tätige Krankenkassen <sup>1)</sup>		
	Kassen	Mitglieder	Kassen	Mitglieder		Kassen	Mitglieder	
				absolut	in v. H. aus Sp. 2		absolut	in v. H. aller Versicherten
	im gesamten Geschäftsbereich		im Land Hamburg					
1	2	3	4	5	6	7	8	
1. Ortskrankenkasse . . . . .	1	378 493	1	378 493	100,0	1	378 493	53,2
2. Betriebskrankenkassen . . . . .	35	122 293	35	101 287	82,8	40	105 457	14,8
3. Betriebskrankenkasse der Deutschen Bundesbahn . . . . .	—	—	—	—	—	1	12 271	1,7
4. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.) . . . . .	1	13 942	1	10 853	77,8	1	10 853	1,5
5. Innungskrankenkasse . . . . .	1	23 155	1	23 155	100,0	1	23 155	3,3
6. See-Krankenkasse . . . . .	1	36 050	1	14 109	39,1	1	14 109	2,0
7. Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	4	70 358	4	7 420	10,5	4	7 420	1,1
8. Ersatzkassen für Angestellte . . . . .	6	2 169 181	6	152 125	7,0	7	159 528	22,4
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>49</b>	<b>2 813 472</b>	<b>49</b>	<b>687 442</b>	<b>24,4</b>	<b>56</b>	<b>711 286</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> also auch Krankenkassen, die ihren Sitz außerhalb Hamburgs haben.

#### B. Das Personal der Krankenkassen

Am Schluß des Berichtsjahres 1952 wurden in den mit ihrem Hauptsitz in Hamburg ansässigen gesetzlichen Krankenkassen 7623 Personen beschäftigt, davon sind 7433 oder 97,5 v. H. als vollbeschäftigte Kräfte und 190 oder 2,5 v. H. als nicht vollbeschäftigte Kräfte<sup>1)</sup> angegeben worden. 7369 der vollbeschäftigten Personen waren im Verwaltungsdienst tätig, das sind 99,1 v. H. des vollbeschäftigten Gesamtpersonals. Mit einem Anteil von 8,9 v. H. (657) waren unter dem Verwaltungspersonal Lehrlinge vertreten, die entsprechend der Kassengrößen in stärkstem Maße bei den Ersatzkassen für Angestellte Aufnahme gefunden haben.

Die Frage, wieviel Mitglieder auf eine vollbeschäftigte Kraft des Krankenkassenpersonals entfallen, läßt sich zwar mit der Durchschnittszahl von 406 beantworten, doch variieren diese Zahlen bei den einzelnen Kassenarten verhältnismäßig stark. Die niedrigste Zahl tritt bei den Ersatzkassen für Angestellte mit 354 auf, während die Postbetriebskrankenkasse mit 929 Mitgliedern je vollbeschäftigte Arbeitskraft die Spitze bildet. Die starke Diskrepanz findet ihre Erklärung hauptsächlich in der Organisation der Kassen. Je mehr Zweigstellen unterhalten werden müssen, desto stärker steigt der verhältnismäßige Personaleinsatz. Dieses Argument trifft besonders bei den Ersatzkassen mit ihrer Vielzahl an Zweigstellen zu. Im einzelnen ergeben sich folgende Frequenzzahlen:

Ortskrankenkasse (einschl. K.V. der Rentner)	a) 679	b) 735
Betriebskrankenkassen . . . . .	867	926
Post-BKK (OPD Hamburg) . . . . .	929	929
Innungskrankenkasse . . . . .	609	724
See-Krankenkasse . . . . .	591	591
Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	365	411
Ersatzkassen für Angestellte . . . . .	354	397

a) = Mitglieder je vollbeschäftigten Bediensteten des Gesamtpersonals,  
b) = Mitglieder je Beamten oder Angestellten des Verwaltungspersonals.

Die hier errechneten Zahlen sind keine Meßziffern für Betriebsvergleiche. Sie sagen lediglich etwas darüber aus, mit welchen Relationen zwischen ständigem Personal und Mitgliedern bei Kassen einer bestimmten Art und Größe in etwa zu rechnen ist. Sie lassen nicht erkennen, ob die eine Kasse hinsichtlich des Personaleinsatzes wirtschaftlicher als die andere arbeitet. Derartige Untersuchungen lassen sich nur mit Hilfe von Meßziffern durchführen, die eigens für Betriebsvergleiche entwickelt werden müßten. Dabei wäre die Zahl der Geschäftsvorfälle, ihr Umfang, ihr Schwierigkeitsgrad u. dergl. ebenso zu berücksichtigen wie die unterschiedliche Struktur der Kassen selbst. So müßte man beispielsweise bei der AOK Hamburg u. a. einen rechnerischen Ausdruck dafür finden, daß der Arbeitsaufwand für die Krankenversicherung der Rentner — sie machen einen beträchtlichen Teil des Mitgliederbestandes aus — geringer ist als für die Mitglieder der allgemeinen Krankenversicherung. Bei der See-Krankenkasse wäre zu berücksichtigen, daß sie sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben außerhalb Hamburgs entsprechend § 483 RVO weitgehend der Orts- und Landkrankenkassen sowie der Betriebskrankenkassen der Reedereien bedient. Auf die Bedeutung der Zahl der Zweig- und Nebenstellen in diesem Zusammenhang wurde bereits hingewiesen. Meßziffern für Betriebsvergleiche lassen sich daher ohne sehr eingehende Kenntnisse der Struktur der einzelnen Kassen nicht entwickeln; ihre Erarbeitung liegt nur am Rande statistischer Tätigkeit. Dieser kurze Hinweis auf das Problem als solches möge hier genügen.

<sup>1)</sup> d. h. Personen, die neben der Beschäftigung bei einer Krankenkasse noch einer anderen Tätigkeit nachgehen.

## Übersicht 5

**Personal der Krankenkassen Ende 1952**  
 (Kassen mit Hauptsitz Hamburg)

Kassenart — Personalgruppe	Personal insges.	davon			Son- stige Be- dien- stete
		Verwaltungspersonal			
		insges.	Innen- dienst	Au- ßen- dienst	
<b>Ortskrankenkasse</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	792	792	720	72	—
Lehrlinge	32	32	.	.	—
Arbeiter	33	12	.	.	21
nicht vollbeschäftigtes Personal	81	7	7	—	74
<b>Betriebskrankenkassen</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	132	132	122	10	—
Lehrlinge	6	6	.	.	—
Arbeiter	3	2	.	.	1
nicht vollbeschäftigtes Personal	53	53	50	3	—
<b>Postbetriebskranken- kasse</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	15	15	15	—	—
Lehrlinge	—	—	—	—	—
Arbeiter	—	—	—	—	—
nicht vollbeschäftigtes Personal	—	—	—	—	—
<b>Innungskrankenkasse</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	32	32	32	—	—
Lehrlinge	5	5	5	—	—
Arbeiter	1	—	—	—	1
nicht vollbeschäftigtes Personal	—	—	—	—	—
<b>See-Krankenkasse</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	61	61	61	—	—
Lehrlinge	—	—	—	—	—
Arbeiter	—	—	—	—	—
nicht vollbeschäftigtes Personal	—	—	—	—	—
<b>Ersatzkassen f. Arbeiter</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	171	171	170	1	—
Lehrlinge	21	21	21	—	—
Arbeiter	1	1	1	—	—
nicht vollbeschäftigtes Personal	16	11	11	—	5
<b>Ersatzkassen für Angestellte</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	5 483	5 459	5 364	95	24
Lehrlinge	593	593	593	—	—
Arbeiter	52	35	35	—	17
nicht vollbeschäftigtes Personal	40	7	7	—	33
<b>Zusammen</b>					
vollbeschäft. Personal					
Angestellte u. Beamte	6 686	6 662	6 484	178	24
Lehrlinge	657	657	.	.	—
Arbeiter	90	50	.	.	40
	7 433	7 369	.	.	64
nicht vollbeschäftigtes Personal	190	78	75	3	112
<b>insgesamt</b>	<b>7 623</b>	<b>7 447</b>	.	.	<b>176</b>

Um einwandfreie Personal-Vergleiche zwischen den gesetzlichen Krankenkassen mit Hauptverwaltung Hamburg und den Krankenkassen des Bundesgebiets anstellen zu können, kann nur auf die Ergebnisse des Jahres 1951 zurückgegriffen werden; ein späteres Bundesergebnis liegt noch nicht vor.

Bei einem Gesamtmitgliederbestand in der gesamten sozialen Krankenversicherung (also einschließlich der Krankenversicherung der Rentner) des Bundesgebiets im Jahre 1951 von 21 583 241 betrug der Anteil der Kassen mit Hauptsitz Hamburg 2 625 557 Mitglieder. Das heißt, 12,2 v. H. aller Mitglieder in der Bundesrepublik waren in „Hamburger Kassen“ versichert. Dagegen beträgt der Anteil des Gesamt-Personals der in Hamburg ansässigen Kassen im Vergleich zum Bundesgebiet 17,5 v. H., der des vollbeschäftigten Personals 18,8 v. H. Bei einem Vergleich des vollbeschäftigten Verwaltungspersonals steigt der Prozentsatz noch stärker an und erreicht 21,4 v. H. Da der Anteil der Mitglieder der in Hamburg ansässigen Kassen sich in keinem Falle mit dem Anteil des verwendeten Personals deckt, ergibt sich, daß bei diesen Kassen ein relativ stärkerer Personaleinsatz erfolgt. Führt man die gleiche Berechnungsmethode unter Ausschaltung der Ersatzkassen durch, erhält man folgendes Bild:

- Anteil der bei Kassen mit Hauptsitz Hamburg versicherten Mitglieder, gemessen am Mitgliederbestand des gesamten Bundesgebiets ohne Ersatzkassen = 3,9 v. H.
- Anteil des bei diesen Kassen eingesetzten vollbeschäftigten Personals = 3,7 v. H.

Es ist also festzustellen, daß sich die v. H.-Sätze im letzten Fall nahezu gleichen. Die schon aufgestellte These, daß der erhöhte Personaleinsatz zu Lasten der Ersatzkassen geht, wird hierdurch noch einmal bestätigt. Diese in Hamburg ansässigen Ersatzkassen tragen allein 14,4 v. H. des Gesamtpersonals aller gesetzlichen Krankenkassen der Bundesrepublik.

## C. Die Mitglieder

### 1. Allgemeine Krankenversicherung

Die allgemeine Krankenversicherung unterscheidet zwischen den versicherungspflichtigen und versicherungsberechtigten (freiwilligen) Mitgliedern.

Die **Versicherungspflicht** besteht für Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Hausgehilfen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Arbeitsverdienstes. Angestellte und ihnen Gleichgestellte sind nur bis zu einem regelmäßigen Jahresarbeitsverdienst von 6000 DM versicherungspflichtig. Hierzu gehören auch Hausgewerbetreibende, selbständige Lehrer und Erzieher, die selbst keine Angestellten beschäftigen, Artisten und Hebammen mit Niederlassungserlaubnis. Seeleute sind ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Jahreseinkommens bei der See-Krankenkasse versicherungspflichtig.

Wer aus der Versicherungspflicht ausscheidet, wird **versicherungsberechtigt** und kann sich unter bestimmten Voraussetzungen freiwillig weiterversichern. Die freiwillige Mitgliedschaft endet wieder durch die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Tätigkeit.

Neben diesen beiden Versicherungsarten besteht die **Versicherungsfreiheit** bei den in §§ 168 ff. RVO näher bezeichneten Fällen. Die bekannteste Regelung ist die Versicherungsfreiheit für Beamte und Gleichgestellte. Diesen Personengruppen ist aber z. T. die Möglichkeit gegeben, sich freiwillig in gesetzlichen Krankenkassen zu versichern.

### a) Mitglieder in Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg

Die Summe der versicherungspflichtigen und versicherungsberechtigten Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen ergibt sich bereits aus den Übersichten 3 und 4. Die Übersicht 5 unterteilt diese Mitglieder nach Geschlecht und Versicherungsart. Der Anteil der Frauen an dem Gesamtmitgliederbestand der berichtenden Kassen beträgt 42,7 v. H. Dieser Prozentsatz entspricht aber nicht dem Anteilssatz der Frauen an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Bundesgebiets, der mit 31 v. H. errechnet wurde:

### Übersicht 6

#### Mitglieder in der allgemeinen Krankenversicherung im Jahresdurchschnitt 1952 (Kassen mit Hauptsitz Hamburg)

Kassenart	Mitglieder insgesamt			davon					
	Männer	Frauen	zusammen	versicherungspflichtige Mitglieder			versicherungsberechtigte Mitglieder		
				Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
1. Ortskrankenkasse . . .	244 289	139 450	383 739	228 149	129 606	357 755	16 140	9 844	25 984
2. Betriebskrankenkassen	83 168	33 179	116 347	72 747	28 096	100 843	10 421	5 083	15 504
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hamburg)	7 364	6 378	13 742	6 618	5 210	11 828	746	1 168	1 914
4. Innungskrankenkasse .	12 180	10 441	22 621	10 740	9 841	20 581	1 440	600	2 040
5. See-Krankenkasse . . .	32 105	368	32 473	28 812	142	28 954	3 293	226	3 519
6. Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	51 917	16 508	68 425	37 111	12 952	50 063	14 806	3 556	18 362
7. Ersatzkassen für Angestellte . . . . .	1 101 881	937 570	2 039 451	577 423	753 719	1 331 142	524 458	183 851	708 309
<b>zusammen 1952 . . . . .</b>	<b>1 532 904</b>	<b>1 143 894</b>	<b>2 676 798</b>	<b>961 600</b>	<b>939 566</b>	<b>1 901 166</b>	<b>571 304</b>	<b>204 328</b>	<b>775 632</b>
dagegen:									
Bundesgebiet 1952 <sup>1)</sup> . .	10 901 838	5 620 154	16 521 992	9 264 617	4 591 135	13 855 752	1 637 221	1 029 019	2 666 240
„Hamburger Kassen“ 1951 . . . .	1 418 300	1 020 780	2 439 080	928 720	836 241	1 764 961	489 580	184 539	674 119
Bundesgebiet 1951 . . . .	10 690 889	5 465 051	16 155 940	9 187 110	4 408 308	13 595 418	1 503 779	1 056 743	2 560 522

<sup>1)</sup> Auf Grund der Monatsstatistiken in den „Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen“ errechnet.

Die hohe Zahl der weiblichen Mitglieder in den Kassen mit Hauptsitz Hamburg ist wiederum durch die Ersatzkassen bedingt, deren Anteil der Frauen sich auf 46 v. H. beläuft. Werden die Ersatzkassen bei dieser Berechnung außer acht gelassen, gleicht sich der Prozentsatz der Frauen dem des Arbeitsmarktes wesentlich an und erreicht 32 v. H.

Die versicherungspflichtigen Mitglieder nehmen in der allgemeinen Krankenversicherung naturgemäß den überwiegenden Raum ein. Auf 100 Mitglieder in der allgemeinen Krankenversicherung fallen 71 Versicherungspflichtige. Auffällig ist, daß der Anteil der Frauen bei den Pflichtversicherten mit 49,4 v. H. fast dem Anteilssatz der Männer entspricht, während der Anteil der weiblichen versicherungspflichtigen Mitglieder im Bundesgebiet mit 33,1 v. H. errechnet wurde. Der Anteil der Frauen an den versicherungsberechtigten Mitgliedern beläuft sich auf 26,3 v. H. und liegt erheblich unter dem Bundesdurchschnitt, der mit 38,6 v. H. errechnet wurde. Die Durchschnittssätze sagen aber noch nichts über die Verhältnisse bei den verschiedenen Kassenarten, die innerhalb der Gruppen wechseln, jedoch bei einzelnen Gliederun-

gen den entsprechenden Anteilssätzen des Bundesgebiets näher rücken.

### Übersicht 7

#### Anteil der weiblichen Mitglieder in v. H. der jeweiligen Gesamtzahl der Mitglieder von Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg

Kassenart	Versicherungspflichtige und versicherungsberechtigte	Versicherungspflichtige	Versicherungsberechtigte
1. Ortskrankenkasse . . .	36,3	36,2	37,9
2. Betriebskrankenkassen . . . . .	28,5	27,9	32,8
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.) . . . . .	46,4	44,0	61,0
4. Innungskrankenkasse . . . . .	46,2	47,8	29,4
5. See-Krankenkasse . . . . .	1,1	0,5	6,4
6. Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	24,1	25,9	19,4
7. Ersatzkassen für Angestellte . . . . .	46,0	56,6	26,0
<b>zusammen 1952 . . . . .</b>	<b>42,7</b>	<b>49,4</b>	<b>26,3</b>
dagegen:			
Bundesgebiet 1952 . . . . .	34,0	33,1	38,6
„Hamburger Kassen“ 1951 . . . . .	41,9	47,4	27,4
Bundesgebiet 1951 . . . . .	33,8	32,4	41,3

Bei einer Unterteilung der Versicherten nach dem **allgemeinen und ermäßigten Beitragssatz** ist festzustellen, daß mit Ausnahme der Angestellten-Ersatzkassen der allgemeine Beitragssatz in allen übrigen Kassen den weitaus größten Raum für sich in Anspruch nimmt. Auf Grund dieses Beitragssatzes erwirbt das Mitglied im Krankheitsfalle nach dreitägiger Wartezeit einen sofortigen An-

spruch auf Krankengeld. Bei den Ersatzkassen für Angestellte ist naturgemäß das Verhältnis ein anderes, da Angestellte in der Regel bei Erkrankung eine Zeitlang eine Gehaltsfortzahlung erhalten und erst später den Anspruch auf Krankengeld erwerben. Diese Minderung der Kassenleistung wird durch den ermäßigten Beitragssatz des Versicherten ausgeglichen.

## Übersicht 8

### Mitglieder der allgemeinen Krankenversicherung in Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg nach Beitragssätzen

(Jahresdurchschnitt 1952)

Kassenart	Versicherungspflichtige		Versicherungsberechtigte		Von 100		
	allgemeiner	ermäßigter	allgemeiner	ermäßigter	Ver-sicherungs-pflichtigen	Ver-sicherungs-berechtigten	Ver-sicherungs-pflichtigen und -berechtigten
1. Ortskrankenkasse . . . . .	299 007	58 748	4 882	21 102	83,6	18,8	79,2
2. Betriebskrankenkassen . . . . .	74 319	26 524	1 285	14 219	73,7	8,3	65,0
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.) . . . . .	8 354	3 474	—	1 914	70,6	—	60,8
4. Innungskrankenkasse . . . . .	15 909	4 672	906	1 134	77,3	44,4	74,3
5. See-Krankenkasse . . . . .	28 954	—	1 071	2 448	100,0	30,4	92,5
6. Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	45 308	4 755	10 327	8 035	90,5	56,2	81,3
7. Ersatzkassen für Angestellte . . . . .	57 468	1 273 674	—	708 309	4,3	—	2,8
<b>zusammen 1952 . . . . .</b>	<b>529 319</b>	<b>1 371 847</b>	<b>18 471</b>	<b>757 161</b>	<b>27,8</b>	<b>2,4</b>	<b>20,5</b>
dagegen							
Bundesgebiet 1952 <sup>1)</sup> . . . . .	10 651 144	3 204 608	455 943	2 210 297	76,9	17,1	67,2
„Hamburger Kassen“ 1951 . . . . .	528 088	1 236 873	15 018	659 101	29,9	2,2	22,3
Bundesgebiet 1951 . . . . .	10 516 557	3 078 861	498 635	2 061 887	77,4	19,5	68,2

<sup>1)</sup> Auf Grund der Monatsstatistiken in den „Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen“ errechnet.

### b) Mitglieder der allgemeinen Krankenversicherung im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg<sup>1)</sup>

Die Übersichten 4 und 9 geben einen Überblick über die im ganzen Hamburger Staatsgebiet in 56 Kassen versicherten Mitglieder, deren Gesamtzahl am 1. Dezember 1952 mit 711 286 angegeben wird und seit Kriegsende einen steten Anstieg erfahren hat. Von den Versicherten entfallen auf:

Versicherungspflichtige . . . . .	631 350 Mitglieder
davon Männer . . . . .	392 074 „
Frauen . . . . .	239 276 „
Versicherungsberechtigte . . . . .	79 936 „
davon Männer . . . . .	55 123 „
Frauen . . . . .	24 813 „

Ein Vergleich der Zahlen über die Versicherungspflichtigen und die unselbständigen Erwerbspersonen in Hamburg führt zu folgendem Ergebnis über die Verdienstschichtung in den Angestellten-Berufen:

Die Gesamtzahl der bei den Hamburger Arbeitsämtern gemeldeten beschäftigten Arbeitnehmer wurde für Dezember 1952 mit 601 000 Personen angegeben. Unter Hinzurechnung von 52 300 Einpendlern und Abzug von 1300 Auspendlern wird eine Zahl von 652 000 Arbeitnehmern ermittelt, die in Hamburg beschäftigt werden. Außerdem waren zu diesem Zeitpunkt in Hamburg 109 000 Arbeitslose gemeldet, so daß sich eine Gesamtzahl von

761 000 unselbständigen Erwerbspersonen ergibt. Diese Zahl muß um die Zahl der im gesamten Hamburger Staatsgebiet tätigen Beamten (also Hamburger Verwaltung, Post, Bahn u. a. m.), die nach Schätzung 45 000 beträgt, ermäßigt werden. Damit verbleiben an Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen . . . . . 716 000

Demgegenüber steht die Zahl der Versicherungspflichtigen in der Krankenversicherung von . . . . . 631 350

Es verbleiben somit für das Jahresende 1952 . . . . . = 84 650

**Angestellte** und ihnen gleichgestellte Personen, die ein Monatseinkommen von mehr als 500 DM (ohne Zuschläge, die mit Rücksicht auf den Familienstand — z. B. Kinderzuschläge — gezahlt werden) bezogen haben. Dieses Ergebnis wurde mit den Ergebnissen der repräsentativen Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1951/52<sup>2)</sup> verglichen. Danach können unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Löhne und Gehälter seit dem Erhebungszeitpunkt (November 1951) leicht angestiegen sind, etwa 14 v. H. aller beschäftigten Angestellten und Arbeiter in die Brutto-Monatsverdienst-Gruppe über 500 DM eingereiht werden. Umgerechnet ergibt sich damit eine vergleichende Kontrollzahl von 91 280. Die verbleibende Differenz dürfte durch die

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die laufenden Veröffentlichungen in den Hamburger Statistischen Monatsberichten.

<sup>2)</sup> Vgl. „Hamburg in Zahlen“ Heft Nr. 14/1953.



Zahl der Arbeiter entstehen, die über der Verdienstgrenze von 500 DM liegen<sup>1)</sup>; diese Gruppe kann bei der oben angestellten Berechnung nicht ermittelt werden, da die Arbeiterschaft auch bei Überschreiten dieser Verdienstgrenze krankenversicherungspflichtig bleibt.

Die Gruppe der Versicherungspflichtigen beträgt 88,8 v. H. aller in der allgemeinen Krankenversicherung stehenden Mitglieder. Der Anteil der Frauen entspricht, zwar auch innerhalb Hamburgs nicht dem Bundesdurchschnitt, weicht aber nicht mehr so stark von den in Übersicht 7 errechneten Zahlen ab.

<sup>1)</sup> Vgl. „Hamburg in Zahlen“ Heft Nr. 38/1952.

	Hamburg		Bund	
	1. 12. 1952	1. 12. 1951	1. 12. 1952	1. 12. 1951
Versicherungspflichtige Frauen	37,9 v. H.	38,2 v. H.	33,4 v. H.	32,4 v. H.
Versicherungsberechtigte Frauen	31,0 v. H.	30,0 v. H.	39,9 v. H.	41,3 v. H.
<b>zusammen</b>	<b>37,1 v. H.</b>	<b>37,0 v. H.</b>	<b>34,3 v. H.</b>	<b>33,8 v. H.</b>

Während im Bundesgebiet der Anteil der versicherungsberechtigten Frauen gegenüber dem der versicherungspflichtigen höher liegt, überwiegen in Hamburg die pflichtversicherten Frauen; damit bestätigt sich die überdurchschnittlich starke Erwerbstätigkeit der Frauen in der Hafen- und Handelsstadt Hamburg.

### Übersicht 9 In Hamburg Versicherte der allgemeinen Krankenversicherung am 1. 12. 1938 und vom 1. 12. 1946 bis 1. 9. 1953

Stichtag	Geschlecht der Versicherten	In Hamburg Versicherte (einschließlich der freiwillig Versicherten) bei						zusammen
		der Ortskrankenkasse	den Betriebskrankenkassen	der Innungskrankenkasse	der Sek.-Krankenkasse	den Ersatzkassen für Arbeiter	den Ersatzkassen für Angestellte	
1. 12. 1938	männlich	212 756	122 330	12 030	.	85 165		.
	weiblich	145 542	31 443	8 932	.	39 764		.
	zusammen	358 298	153 773	20 962	24 840 <sup>1)</sup>	124 929		682 802
1. 12. 1946	männlich	190 594	98 556	8 750	4 104	2 167	50 890	355 061
	weiblich	92 976	44 491	7 449	166	480	45 141	190 703
	zusammen	283 570	143 047	16 199	4 270	2 647	96 031	545 764
1. 12. 1947	männlich	202 151	110 660	10 297	3 970	2 665	47 421	377 164
	weiblich	99 099	46 088	7 908	132	623	41 815	195 665
	zusammen	301 250	156 748	18 205	4 102	3 288	89 236	572 829
1. 12. 1948	männlich	247 823	81 810	9 896	4 288	3 051	53 836	400 704
	weiblich	115 133	34 898	7 827	118	691	47 109	205 776
	zusammen	362 956	116 708	17 723	4 406	3 742	100 945	606 480
1. 12. 1949	männlich	260 282	78 918	10 163	5 133	3 680	59 813	417 989
	weiblich	130 080	33 739	8 158	121	743	50 563	223 404
	zusammen	390 362	112 657	18 321	5 254	4 423	110 376	641 393
1. 12. 1950	männlich	262 397	82 959	11 066	7 588	4 477	68 177	436 664
	weiblich	142 644	35 427	9 070	125	933	57 267	245 466
	zusammen	405 041	118 386	20 136	7 713	5 410	125 444	682 130
1. 12. 1951	männlich	247 349	82 304	12 014	10 531	5 026	75 744	432 968
	weiblich	141 815	34 855	9 923	119	1 062	66 644	254 418
	zusammen	389 164	117 159	21 937	10 650	6 088	142 388	687 386
1. 12. 1952	männlich	238 449	92 699	12 395	13 969	6 183	83 502	447 197
	weiblich	140 044	35 882	10 760	140	1 237	76 026	264 089
	zusammen	378 493	128 581	23 155	14 109	7 420	159 528	711 286
1. 9. 1953	männlich	247 612	96 173	13 070	15 623	7 755	88 492	468 725
	weiblich	144 387	36 029	11 894	173	1 538	82 613	276 634
	zusammen	391 999	132 202	24 964	15 796	9 293	171 105	745 359

<sup>1)</sup> Durchschnittsmitgliederzahl 1938.

## 2. Krankenversicherung der Rentner

Auf Grund der Verordnung über die Krankenversicherung der Rentner vom 4. November 1941 ist jeder Empfänger einer Invaliden- oder Angestelltenversicherung in einer der gem. § 1 a. a. O. zugelassenen Kassen auf Kosten der Rentenversicherungsträger krankenversichert. Das Gros der Rentner wird sowohl im Bundesgebiet als auch in Hamburg von den Ortskrankenkassen getragen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Hamburg meldete als Jahresdurchschnitt für 1952 = 197 648 Mitglieder (zum Jahresende = 203 296) in der Krankenversicherung der Rentner. Damit erreicht die Allgemeine Ortskrankenkasse auch in der Rentnerversicherung die Spitze unter den Ortskrankenkassen. Überflügelt wird diese nur durch die Rentnerversicherung bei der Betriebskrankenkasse der Deutschen Bundesbahn, deren Versichertenzahl sich

im Jahresdurchschnitt 1952 auf 249 000 (am Jahresende 251 890) belief. Davon hatten am Jahresende 1952 = 7049 Rentner ihren ständigen Wohnsitz in Hamburg. Die Summe der in der AOK und in der BKK der Deutschen Bundesbahn in Hamburg versicherten Rentner ergibt jedoch kein exaktes Bild über die Zahl der Rentenempfänger im Land Hamburg. Die Unterlagen gehen stets auf die Rentenzahlungsfälle zurück, so daß Fälle, in denen mehrere Renten nebeneinander bezogen werden, auch mehrfach gezählt werden. Angaben über den Kreis der Doppenrentenbezieher sind jedoch nicht beschaffbar. Ebenfalls sind in den Meldungen die Fälle der freiwilligen Weiterversicherungen enthalten. Damit kann die Summe der Fälle in der KV der Rentner nur als Anhalt, aber nicht als Grundlage zur Ermittlung der genauen Zahl der Rentner dienen.

Zur Ergänzung der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg durchgeführten Rentnerversicherung soll hinzugefügt werden, daß 20,7 v. H. der Rentner Zusatzversicherungen auf Sterbegeld und 5,4 v. H. Zusatzversicherungen auf andere Leistungen abgeschlossen hatten.

## D. Die Leistungen

### 1. Allgemeine Krankenversicherung

In diesem Abschnitt werden zeitweilig Vergleiche mit der Summe der Leistungsarten aus allen Krankenkassen der sozialen Krankenversicherung im Bundesgebiet aufgestellt. Da bisher noch keine endgültigen Bundes-Jahresergebnisse für 1952 vor-

liegen, wurde die Zusammenstellung der vierteljährlichen Rechnungsergebnisse (veröffentlicht in den „Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen“ des Bundesministeriums für Arbeit) als Jahresergebnis verwendet.

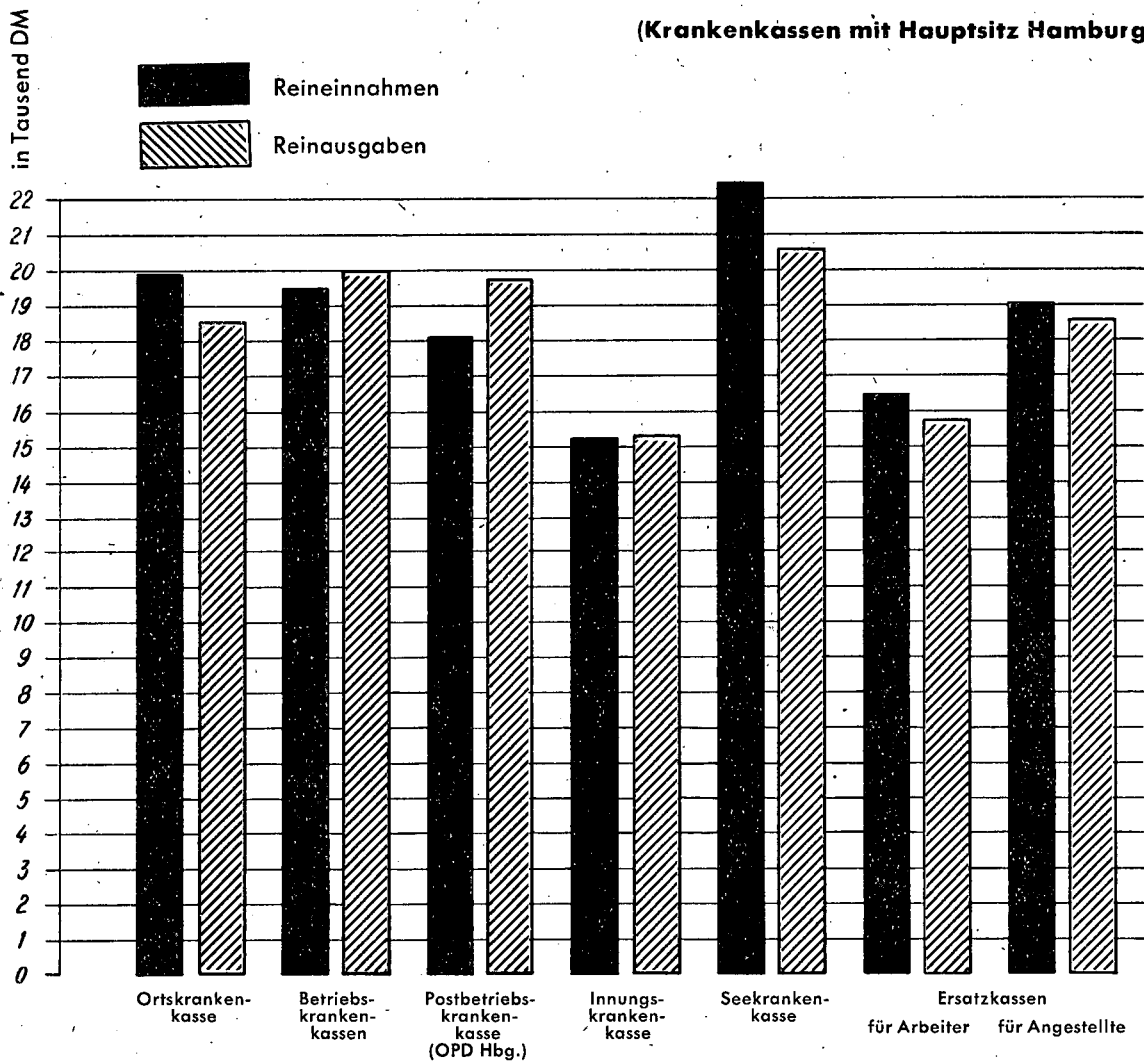
#### a) Ärztliche Behandlung

Das Problem der Honorierung der Vertragsärzte in der gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht nur in der Nachkriegszeit, sondern eigentlich schon seit der Schaffung dieser Versicherungseinrichtung im Jahre 1883 ein immerwährender Spannungspunkt zwischen den beiden Parteien Krankenkassen und Ärzteschaft gewesen.

Schaubild 2

### Die erfolgswirksamen Reineinnahmen<sup>1)</sup> und Reinausgaben in der allgemeinen Krankenversicherung 1952 je 100 Mitglieder

(Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg)



<sup>1)</sup> Die Reineinnahmen bestehen im Durchschnitt aus rund 99 v. H. Beiträgen. Die Beitragssätze sind von Kasse zu Kasse verschieden hoch.

Im gesamten Bundesgebiet wurde für die **ambulante Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte** durch die Kassen eine von Jahr zu Jahr sich erhöhende Summe ausgegeben und erreichte im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr einen noch nie dagewesenen Stand:

1949 = 354,5 Millionen DM  
 1950 = 411,5 Millionen DM  
 1951 = 486,8 Millionen DM  
 1952 = 572,9 Millionen DM

Das letzte Jahr brachte damit auf diesem Sektor

eine Leistungszunahme von 17,7 v. H. und gegenüber 1949 eine Steigerung von 61,6 v. H.<sup>1)</sup>

Eine ähnliche Aufwärtsentwicklung zeigt sich bei den mit ihrer Hauptverwaltung in Hamburg ansässigen Kassen:

1949 =	72,6 Millionen DM
1950 =	94,2 Millionen DM
1951 =	115,8 Millionen DM
1952 =	137,2 Millionen DM

Von 1951 zu 1952 errechnet sich damit eine Mehrleistung von 18,5 v. H. und von 1949 zu 1952 eine Steigerung von 89,0 v. H.<sup>1)</sup>

Unter Zugrundelegung der Ausgaben für Krankenbehandlung im Jahre 1952 im Bundesgebiet würde das bedeuten, daß nahezu ein Viertel dieser Leistungen von den „Hamburger Kassen“ getragen wurde. Die berichtenden Kassen zusammen gaben damit im ganzen Jahr 1952 für jedes Mitglied einschließlich deren mitversicherten Familienangehörigen einen Durchschnittsbetrag von 51,26 DM (Bundesgebiet 34,68 DM) für ärztliche Behandlung aus. Den Durchschnitt überragende Ausgaben haben die Ersatzkassen für Angestellte geleistet, indem sie 57,09 DM je Mitglied für Krankenbehandlung an approbierte Ärzte bezahlten, das sind bei dieser Kassenart 78,3 v. H. der Ausgaben für ärztliche Behandlung überhaupt.

#### Übersicht 10

#### Ärztliche Behandlung für Mitglieder und Familienangehörige

Kassenart		Kranken- behandlung durch approbierte Ärzte	Vertrauens- ärztliche Tätigkeit	Zahn- behandlung
a) in 1000 DM				
b) DM je Mitglied				
1. Ortskrankenkasse	a)	12 060	840	2 888
	b)	31,43	2,19	7,53
2. Betriebskrankenkassen	a)	3 881	216	1 235
	b)	33,35	1,86	10,61
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.)	a)	561	26	148
	b)	40,81	1,89	10,77
4. Innungskrankenkasse	a)	604	48	204
	b)	26,72	2,11	9,01
5. See-Krankenkasse	a)	1 237	97	343
	b)	38,11	2,99	10,56
6. Ersatzkassen für Arbeiter	a)	2 440	75	612
	b)	35,66	1,09	8,94
7. Ersatzkassen für Angestellte	a)	116 435	1 411	30 771
	b)	57,09	0,69	15,09
<b>zusammen 1952</b>	<b>a)</b>	<b>137 218</b>	<b>2 713</b>	<b>36 201</b>
<b>dagegen:</b>	<b>b)</b>	<b>51,26</b>	<b>1,01</b>	<b>13,52</b>
Bundesgebiet 1952	a)	572 940	21 617	139 581
	b)	34,68	1,31	8,45
„Hamburger Kassen“ 1951	a)	115 848	2 251	29 561
	b)	47,50	0,92	12,12
Bundesgebiet 1951	a)	486 785	17 276	122 144
	b)	30,13	1,07	7,56

Die Zahnbehandlung nimmt mit 36,2 Millionen DM 20,6 v. H. der gesamten Kosten für ärztliche Behandlung ein, die vertrauensärztliche Tätigkeit fällt kaum ins Gewicht und beträgt bei 2,7 Millionen DM lediglich 1,5 v. H. Die Leistungen in diesen Posi-

tionen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 22,5 bzw. 20,5 v. H. zu.

#### b) Sonstige Krankenhilfe für Mitglieder

Die berichtenden Krankenkassen gaben 1952 für die sonstige Krankenhilfe für Mitglieder, die sich hauptsächlich aus Arznei- und Heilmitteln, Zahnersatz, Krankenhauspflege, Kuraufenthalt und Kranken-, Haus- und Taschengeld zusammensetzt, 164 Millionen DM aus, das sind 13,3 v. H. der Ausgaben für diese Zwecke im Bundesgebiet für 1952.

Die Zunahme der Ausgaben in der sonstigen Krankenhilfe bei den „Hamburger Kassen“ von 1951 zu 1952 beläuft sich auf 23 v. H. Die Übersicht 11 zeigt aber, welche Schwankungen in der Berechnung je Mitglied auftreten. Auffällig ist, daß die von den Ersatzkassen für Angestellte aufgewendeten Gelder in Verbindung mit der Krankenhauspflege, nämlich Kranken-, Haus- und Taschengeld, erheblich unter dem arithmetischen Mittelwert stehen. Verglichen mit der Ortskrankenkasse sind diese Ausgaben noch weitaus geringer. Das ist durch die Struktur der Kasse, durch die Art der Mitglieder bedingt. Die überwiegende Zahl der Mitglieder ist mit ermäßigtem Beitragssatz versichert und erwirbt damit einen Anspruch auf Geldleistungen erst nach Ablauf der Gehaltsfortzahlung durch den Betrieb.

Während im Durchschnitt bei den „Hamburger Kassen“ die prozentual größten Ausgaben der sonstigen Krankenhilfe (32,1 v. H.) auf Arznei und Heilmittel fallen, verschiebt sich das Verhältnis bei einzelnen Kassenarten erheblich zu Lasten der Ausgaben für die Krankenhauspflege und den daraus resultierenden Kosten. Auch im Gesamtergebnis aller Kassen des Bundesgebiets 1952 lag die Hauptbelastung bei den Ausgaben für Krankengeld und Krankenhausaufenthalt.

Was wurde pro Tag für die Mitglieder in der allgemeinen Krankenversicherung an Krankenhauskosten aufgewendet? Im Durchschnitt wurden von den berichtenden Kassen 10,14 DM täglich ausgegeben (vgl. Übersicht 12). Die Aufwendungen in den einzelnen Kassengruppen schwanken um diesen Betrag, da die Krankenhaustagesätze im allgemeinen einheitlich sind. Die Abweichungen vom Durchschnittsbetrag sind im wesentlichen durch die in den Krankenhäusern gewährte ärztliche Behandlung sowie durch die notwendigen Heilmittel bedingt, die in den Aufwendungen für Krankenhauspflege und Kuraufenthalt eingeschlossen sind.

Im Vergleich zu den Ausgaben im Bundesdurchschnitt, die für 1951 mit 7,35 DM pro Tag berechnet

<sup>1)</sup> Interessant wäre in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit der Kurve über die Versicherungsfälle, doch liegen hierüber keine statistischen Daten vor. Eine Gegenüberstellung mit den Arbeitsunfähigkeitsfällen erscheint nicht zweckmäßig, da es unklar ist, wieweit die nachgewiesenen Zahlen über Arbeitsunfähigkeit der Wirklichkeit entsprechen. Oft erhalten die Krankenkassen nur dann von der Arbeitsunfähigkeit eines Mitgliedes Kenntnis, wenn damit ein Leistungsanspruch auf Krankengeld verbunden ist. Besonders die Arbeitsunfähigkeitsfälle der Mitglieder in den Ersatzkassen für Angestellte werden nur lückenhaft erfaßt werden können, da hier meistens die Krankheit über die Dauer der Gehaltsfortzahlung hinaus dauern muß, um die Krankenkasse mit einer Geldleistung in Anspruch nehmen zu können.

**Sonstige Krankenhilfe für Mitglieder**  
 (Kassen mit Hauptsitz Hamburg)

Kassenart a) in 1000 DM b) DM je Mitglied	Krankenhilfe insgesamt	darunter				
		Arznei und Heilmittel	Zahnersatz	Krankenhaus- pflege und Kuraufenthalt	Krankengeld	Haus- und Taschengeld
1. Ortskrankenkasse	a) 34 734 b) 90,51	6 273 16,35	1 689 4,40	10 847 28,27	10 304 37,28	1 588 4,14
2. Betriebskrankenkassen	a) 11 814 b) 101,54	2 052 17,63	1 061 9,12	3 353 28,82	4 792 41,18	550 4,73
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hamburg)	a) 1 333 b) 96,98	227 16,50	132 9,62	434 31,55	400 29,12	57 4,14
4. Innungskrankenkasse	a) 1 688 b) 74,63	336 14,85	109 4,80	582 25,71	594 26,25	67 2,97
5. See-Krankenkasse	a) 2 931 b) 90,27	299 9,22	137 4,22	590 18,17	1 745 53,75	155 4,76
6. Ersatzkassen für Arbeiter	a) 4 040 b) 59,05	978 14,29	203 2,96	845 12,34	1 897 27,72	117 1,70
7. Ersatzkassen für Angestellte	a) 107 463 b) 52,69	42 475 20,83	13 923 6,83	33 869 16,61	15 655 7,68	1 422 0,70
<b>zusammen 1952<sup>1)</sup></b>	<b>a) 164 004 b) 61,27</b>	<b>52 639 19,66</b>	<b>17 253 6,45</b>	<b>50 518 18,87</b>	<b>39 387 14,71</b>	<b>3 955 1,48</b>
dagegen:						
Bundesgebiet 1952	a) 1 235 181 b) 74,76	240 004 14,53	73 821 4,47	272 338 16,48	599 192 36,27	46 543 2,82
„Hamburger Kassen“ 1951	a) 133 299 b) 54,65	42 769 17,53	13 397 5,49	40 479 16,60	33 040 13,55	3 478 1,43
Bundesgebiet 1951	a) 1 077 806 b) 66,71	206 215 12,76	67 446 4,17	238 665 14,77	522 182 32,32	40 194 2,49

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

worden sind, liegen die Ausgaben bei den „Hamburger Kassen“ im gleichen Jahr um 1,28 DM pro Tag höher.

## Übersicht 12

**Ausgaben für Krankenhauspflege  
und Kuraufenthalt je Aufenthaltstag in DM**  
 (Kassen mit Hauptsitz Hamburg)

Kassenart	Mitglieder		Familienangehörige	
	Krankens- u. Kuraufent- haltstage	Kosten je Tag	Krankens- u. Kuraufent- haltstage	Kosten je Tag
1. Ortskrankenkasse	983 975	11,02	624 385	10,18
2. Betriebskrankenkassen	309 589	10,83	248 514	9,42
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.)	36 429	11,90	25 309	8,78
4. Innungskrankenkasse	49 179	11,83	27 067	9,78
5. See-Krankenkasse	61 861	9,54	91 082	7,09
6. Ersatzkassen für Arbeiter	90 825	9,30	90 774	8,41
7. Ersatzkassen für Angestellte	3 450 392	9,82	2 939 635	7,48
<b>zusammen 1952</b>	<b>4 982 250</b>	<b>10,14</b>	<b>4 046 766</b>	<b>8,05</b>
dagegen 1951	4 691 482	8,63	3 876 555	7,03
Bundesgebiet 1951	32 492 234	7,35	24 895 150	6,54

**c) Sonstige Krankenhilfe für Familienangehörige**

68,2 Millionen DM kosteten den „Hamburger Krankenkassen“ die Familienangehörigen in der sonstigen Krankenhilfe. Davon wurde fast die Hälfte für Krankenhauspflege und Kuraufenthalt ausgegeben. Die durchschnittlichen Ausgaben je Mitglied lagen für die Familienangehörigen im allgemeinen wesentlich niedri-

ger als bei den Versicherten selbst. Lediglich bei der See-Krankenkasse wurde ein erhöhter Betrag von 19,88 DM für Krankenhauspflege und Kuraufenthalt (gegen 18,17 DM bei Mitgliedern) und 11,41 DM für Arznei und Heilmittel (gegen 9,22 DM bei Mitgliedern) ausgeworfen (vgl. Übersicht 13), denn auch die Zahl der Krankenhaustage (Übersicht 12) liegt bei dieser Kasse mit 91 082 Tagen für Familienangehörige um 29 221 Tage (47,2 v. H.) höher als bei den Mitgliedern.

Die Aufwendungen für Zahnersatz an Familienangehörige erforderten bei den berichtenden Kassen einen Betrag von 6,8 Millionen DM, d. h. man kam hier mit einem guten Drittel der Aufwendungen, die für Mitglieder bezahlt wurden, aus. Der Durchschnittsbetrag je Mitglied lag bei den Familienangehörigen entsprechend niedrig und betrug nur 2,52 DM.

Die Krankenhauskosten für Familienangehörige je Tag bleiben ebenfalls hinter den entsprechenden Aufwendungen für Mitglieder zurück. Die tatsächlichen Aufwendungen je Tag werden im Durchschnitt aber etwas höher liegen. Bei der Berechnung der Tagesausgabe für Familienangehörige mußten die Verpflegungstage in Erholungs- und Genesungsheime mit einbezogen werden. Eine getrennte Nachweisung war nicht möglich.

Die gesamten Aufwendungen für die sonstige Krankenhilfe an Familienangehörige durch die „Hamburger Krankenkassen“ stellen 19,3 v. H. der Ausgaben für diese Zwecke im Bundesgebiet dar.

Die **Aufwendungen in der Krankenhauspflege je Fall** sind naturgemäß nach der Art der Krankheit verschieden. Um jedoch einen Überblick über die

Übersicht 13

**Sonstige Krankenhilfe für Familienangehörige**  
(Kassen mit Hauptsitz Hamburg)

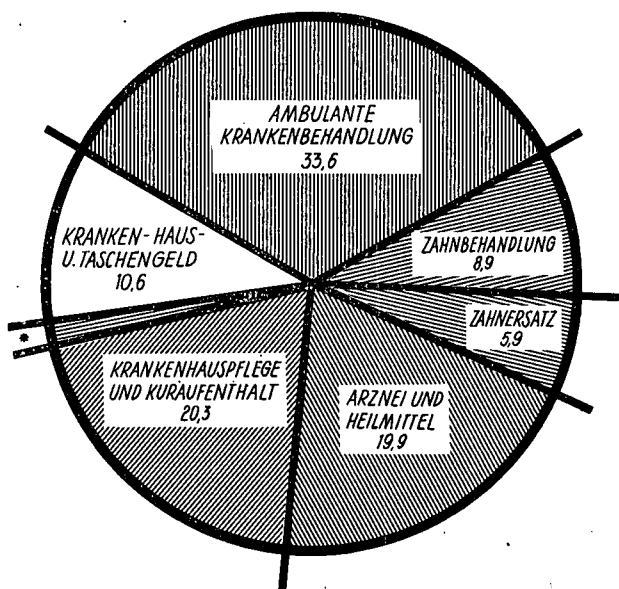
Kassenart a) in 1000 DM b) DM je Mitglied	Sonstige Krankenhilfe insgesamt	darunter		
		Arznei und Heilmittel	Zahn-ersatz	Krankenhauspflege und Kuraufenthalt
1. Ortskrankenkasse	a) 9 968 b) 25,97	3 088 8,05	511 1,33	6 359 16,57
2. Betriebskrankenkassen	a) 4 256 b) 36,58	1 451 12,47	459 3,95	2 341 20,12
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hamburg)	a) 380 b) 27,67	119 8,63	39 2,84	222 16,18
4. Innungskrankenkasse	a) 439 b) 19,40	148 6,52	26 1,16	265 11,70
5. See-Krankenkasse	a) 1 100 b) 33,86	371 11,41	81 2,50	646 19,88
6. Ersatzkassen f. Arbeiter	a) 1 497 b) 21,87	647 9,45	85 1,24	764 11,16
7. Ersatzkassen f. Angestellte	a) 50 546 b) 24,78	22 896 11,23	5 555 2,72	21 978 10,78
<b>zusammen 1952<sup>1)</sup></b>	<b>a) 68 186 b) 25,47</b>	<b>28 718 10,73</b>	<b>6 757 2,52</b>	<b>32 574 12,17</b>
dagegen:				
Bundesgebiet 1952	a) 353 030 b) 21,37	139 366 8,44	25 939 1,57	186 640 11,30
„Hamburger Kassen“ 1951	a) 56 229 b) 23,05	23 668 9,70	5 224 2,14	27 254 11,17
Bundesgebiet 1951	a) 304 610 b) 18,85	118 206 7,32	22 774 1,41	162 724 10,07

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Schaubild 3

**Die Leistungen der Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg in der Krankenhilfe in v. H.**

▨ SACHLEISTUNGEN  
□ GELDLLEISTUNGEN



\* SONSTIGE KRANKENHILFE 0,8

etwaigen Individualausgaben zu erhalten, wurde das arithmetische Mittel über die Kosten je Krankenhausfall errechnet. Das Ergebnis wies für die Mitglieder 233,26 DM je Fall und für die Familienangehörigen 175,35 DM je Fall aus (Über-

sicht 14). Die Ausgaben sind bei den einzelnen Kassenarten verschieden hoch und hängen von dem Tagesaufwand und von der Dauer der Krankheit ab. Während bei den meisten Kassenarten eine mittlere Krankheitsdauer von 22 bis 25 Tagen errechnet wurde, liegt die durchschnittliche Krankheitsdauer bei den Ersatzkassen für Arbeiter bei 18 Tagen. Dadurch wird bei dieser Kassenart der verhältnismäßig niedrige Aufwand erklärt. Auch der abweichende Leistungsaufwand zwischen Krankenhauspflege für Mitglieder und für Angehörige ist einerseits auf die durchschnittliche Dauer der Krankheit, die für Mitglieder 23 Tage beträgt und für die mitversicherten Familienangehörigen auf 22 Tage festgestellt wurde, zurückzuführen. Andererseits spielt hier die bereits bei den Berechnungen je Tag dargelegte Unebenheit in den Unterlagen eine gewisse Rolle, nämlich, daß die Fälle der Erholungs- und Genesungsfürsorge bei den Angehörigen mitgezählt werden mußten.

Übersicht 14

**Ausgaben für Krankenhauspflege und Kuraufenthalt je Fall in DM**  
(Kassen mit Hauptsitz Hamburg)

Kassenart	Mitglieder		Familienangehörige	
	Krankenhausfälle	Kosten je Fall	Krankenhausfälle	Kosten je Fall
1. Ortskrankenkasse	37 003	293,14	24 682	257,63
2. Betriebskrankenkassen	11 232	298,48	10 574	221,37
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.)	1 315	329,72	1 172	189,67
4. Innungskrankenkasse	1 952	297,98	1 111	238,21
5. See-Krankenkasse	2 604	226,58	3 508	184,01
6. Ersatzkassen für Arbeiter	4 862	173,72	4 985	153,21
7. Ersatzkassen für Angestellte	157 606	214,89	139 732	157,29
<b>zusammen 1952</b>	<b>216 574</b>	<b>233,26</b>	<b>185 764</b>	<b>175,35</b>
dagegen 1951	200 837	201,55	175 987	154,86
Bundesgebiet 1951	1 447 780	165,85	1 186 398	137,16

Bei dem Vergleich der Aufwendungen je Fall in der Krankenhauspflege zwischen den „Hamburger Kassen“ und allen Krankenkassen des Bundesgebiets für das Jahr 1951 ist die Feststellung zu treffen, daß die Ausgaben der Kassen mit Hauptsitz Hamburg sowohl für die Mitglieder als auch für die Angehörigen um 22 v. H. bzw. 13 v. H. über dem Bundesdurchschnitt lagen.

**d) Wochenhilfe**

Mit 23,4 Millionen DM für Leistungen in der Wochenhilfe sind die Ausgaben auf diesem Gebiet gegenüber dem Jahr 1951 um 4,3 Millionen DM oder 22,8 v. H. gestiegen. Fast ein Sechstel der Gesamtaufwendungen für Wochenhilfe im Bundesgebiet, die nach den vierteljährlichen Unterlagen für 1952 mit 152,1 Millionen DM ermittelt wurden, ist von den mit ihrer Hauptverwaltung in Hamburg seßhaften gesetzlichen Krankenkassen bezahlt worden.

In den statistischen Nachweisungen der Krankenkassen wird zwischen der Wochenhilfe für Mitglieder und der für Familienangehörige unter-

Übersicht 15

Von 100 DM der Ausgaben in der Krankenhilfe für Mitglieder und Familienangehörige wurden von den Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg 1952 ausgegeben:

Art der Krankenhilfe	Kassenart							zusammen DM
	Orts- kranken- kasse	Betriebs- kranken- kassen	Postbetriebs- kranken- kasse	Innungs- kranken- kasse	See- kranken- kasse	Ersatzkassen		
	DM	DM	DM	DM	DM	für Arbeiter	für Angestellte	
Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte . . . . .	19,94	18,13	22,92	20,25	21,67	28,16	37,97	33,61
Zahnbehandlung . . . . .	4,77	5,77	6,05	6,84	6,01	7,06	10,04	8,87
Zahnersatz . . . . .	3,64	7,11	6,98	4,53	3,82	3,32	6,35	5,88
Arznei und Heilmittel . . . . .	15,48	16,37	14,13	16,22	11,74	18,76	21,32	19,92
Krankenhauspflege und Kuraufenthalt . . . . .	28,44	26,60	26,80	28,39	21,65	18,57	18,21	20,35
Kranken-, Haus- und Taschengeld . . . . .	26,27	24,96	18,67	22,16	33,29	23,25	5,57	10,61
Sonstige Leistungen in der Krankenhilfe . . . . .	1,46	1,06	4,45	1,61	1,82	0,88	0,54	0,76
<b>zusammen</b> . . . . .	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>

schieden. Etwa zwei Drittel der Gesamtleistungen in der Wochenhilfe (14,9 Millionen DM) kam den Mitgliedern zugute. Die rechnerischen Durchschnittsbeträge ergeben für die Mitglieder eine Leistung von 5,58 DM je Mitglied, für die Familienangehörigen 3,15 DM je Mitglied. Diese Beträge stellen selbstverständlich keinen Anhalt für die tatsächlichen Leistungen pro Fall in der Wochenhilfe dar, sondern lediglich eine fiktive Vergleichszahl, die bereits eine Minderleistung für die Familienangehörigen erkennen läßt. Eine Umrechnung ergibt bei 31 891 Wochenhilfsfällen der Mitglieder einen Mittelwert von 468,24 DM je Fall; bei 44 185 Wochenhilfsfällen der Familienangehörigen wurden je Fall im Durchschnitt 190,90 DM aufgewendet.

Die stark auffallende Differenz zwischen den Leistungen in der Wochenhilfe für Mitglieder und denen für Familienangehörige ist im wesentlichen auf die unterschiedliche Höhe des Wochengeldes zurückzuführen. Bei den Hebammenkosten und der Heimpflege treten keine bedeutenden Abweichungen auf. Das **Wochengeld** dagegen wird für Mitglieder in Höhe des Krankengeldes (halber Grundlohn) bezahlt; bei Nichtbeschäftigung erhöht sich dieser Betrag sogar auf 75 v. H. des Grund-

lohns. In der Familienwochenhilfe beträgt das tägliche Wochengeld nur 0,50 DM, wird aber bei 9 Kassen als satzungsmäßige Mehrleistung erhöht. Als **Stillgeld** wird für Mitglieder bis zu einem halben Wochengeld bezahlt (bei der AOK Hamburg 1 DM), für Familienangehörige werden im allgemeinen täglich 50 Pfennig gewährt. — Über Einzelheiten, wie z. B. über die Dauer der Leistungen, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht berichtet werden.

e) Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge

Die Aufwendungen zur Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge stellen im Verhältnis zu den gesamten Leistungen mit 4,4 Millionen DM oder 1 v. H. einen nur geringen, aber bedeutsamen Punkt in der Gesundheitspolitik dar. Die für diese Zwecke aufgewendeten Beträge schwanken bei den Kassenarten stark, sie erreichten mit 4,1 Millionen DM oder 2,02 DM je Mitglied bei den Ersatzkassen für Angestellte ihren Höchststand und lagen bei den Ersatzkassen für Arbeiter mit 8869 DM oder 0,13 DM je Mitglied am niedrigsten.

Der Anteil der durch die „Hamburger Kassen“ für die Krankheits- und Gesundheitsfürsorge aufgewendeten Kosten betrug im Jahre 1952 24,1 v. H.

Übersicht 16

Sterbegeld für Mitglieder und Familienangehörige absolut und je Sterbefall (Kassen mit Hauptsitz Hamburg)

Kassenart	Mitglieder			Familienangehörige		
	Sterbefälle	Sterbegeld		Sterbefälle	Sterbegeld	
		in 1000 DM	je Fall DM		in 1000 DM	je Fall DM
1. Ortskrankenkasse . . . . .	1 552	229	147,75	1 190	114	95,79
2. Betriebskrankenkassen . . . . .	739	136	184,22	435	59	135,57
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.) . . . . .	47	14	304,89	31	7	230,68
4. Innungskrankenkasse . . . . .	69	11	158,52	43	4	95,88
5. See-Krankenkasse . . . . .	155	30	191,92	73	13	180,68
6. Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	341	62	181,48	206	22	105,94
7. Ersatzkassen für Angestellte . . . . .	7 697	2 152	279,55	5 511	638	115,70
<b>zusammen 1952</b> . . . . .	<b>10 600</b>	<b>2 634</b>	<b>248,49</b>	<b>7 489</b>	<b>857</b>	<b>114,42</b>
dagegen						
Bundesgebiet 1952 . . . . .		14 504			8 769	
„Hamburger Kassen“ 1951 . . . . .	9 864	2 185	221,47	7 437	710	95,50
Bundesgebiet 1951 . . . . .	60 174	11 795	196,01	58 997	7 117	120,63

der Gesamtausgaben für diesen Zweck in der allgemeinen Krankenversicherung des Bundesgebiets.

#### f) Sterbegeld

Bei 10 600 Sterbefällen von Versicherten und 7489 Sterbefällen von Familienangehörigen wurden von den erfaßten Krankenkassen 2,6 Millionen DM bzw. 0,9 Millionen DM an Sterbegeld ausbezahlt. Damit entfallen auf jeden Sterbefall der Mitglieder 248,49 DM, auf jeden Sterbefall der Familienangehörigen 114,42 DM. Die Leistungen im Sterbefall sind aber bei den einzelnen Kassengruppen recht unterschiedlich. Die höchsten Leistungen wurden bei der Postbetriebskrankenkasse mit einem durchschnittlichen Sterbegeldsatz von 304,89 DM für Mitglieder erzielt (vgl. Übersicht 16).

Gemessen an den Bundes-Gesamtleistungen an Sterbegeld wurden von den in Hamburg ansässigen gesetzlichen Krankenkassen 15,0 v. H. bezahlt.

#### 2. Krankenversicherung der Rentner

Seit Beginn des Jahres 1952 führt als einzige soziale Krankenversicherungsanstalt mit ihrem Sitz in Hamburg die Allgemeine Ortskrankenkasse die Krankenversicherung der Rentner durch. Ohne die Leistungen, die auf Zusatzversicherungen basieren, wurden in der K. V. der Rentner im Jahre 1952 für Krankenhilfe, Wochen- und Sterbegeld 19,4 Millionen DM ausgegeben. Die Hauptaufwendungen wurden, wie auch in der allgemeinen Krankenversicherung, für die Anstaltspflege (45,7 v. H.) gemacht.

#### Übersicht 17.

**Leistungen in der Krankenversicherung der Rentner 1952**  
(ohne Zusatzversicherungen)

Leistungsart	Fälle	Leistungen 1952		dagegen Leistungen 1951 <sup>2)</sup> in 1000 DM
		in 1000 DM	je Fall DM	
Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte <sup>1)</sup> . . . . .		3 498	.	2 534
Zahnbehandlung . . . . .		436	.	405
Arznei u. Heilmittel . . . . .		5 997	.	4 640
Zahnersatz . . . . .		1	.	—
Anstaltspflege . . . . .	18 654	8 887	476,42	7 400
Wochenhilfe . . . . .	95	4	44,33	5
Sterbegeld . . . . .	8 842	626	70,82	534
<b>zusammen</b> . . . . .		<b>19 449</b>		<b>15 518</b>

<sup>1)</sup> einschließlich vertrauensärztliche Tätigkeit.  
<sup>2)</sup> nur AOK. Hamburg

Die Kosten in der Anstaltspflege je Fall liegen mit 476,42 DM mehr als doppelt so hoch wie bei den Mitgliedern der allgemeinen Krankenversicherung. Das ist eine erklärliche Tatsache, denn die Rentner bedürfen leichter und öfter einer Krankenhauspfllege. Sehr niedrig liegen im Vergleich zu der allgemeinen Krankenversicherung die Leistungen in der Wochenhilfe (44,33 DM je Fall) und für Sterbegeld (70,82 DM je Fall<sup>1)</sup>). Zum Ausgleich solcher niedrigen Leistungen wurden aus den von Rentnern abgeschlossenen Zusatzver-

<sup>1)</sup> Das Sterbegeld beträgt für Versicherte in der Krankenversicherung der Rentner bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 40 DM, für Versicherte über 14 Jahre 75 DM; beim Tode des Ehegatten erhält der Rentner ein Sterbegeld von 40 DM, beim Tode eines Kindes 25 DM (VO. über die Krankenversicherung der Rentner).

sicherungen weitere Beträge gewährt. Die meisten Zusatzversicherungen bezogen sich, wie im Abschnitt C, 2 erwähnt, auf zusätzliche Leistungen an Sterbegeld: Die Höhe der Zusatzleistungen hängt natürlich von der Art der Versicherung ab, ergab aber im Schnitt für den Einzelfall 347,13 DM Sterbegeld. Zusammen mit der Pflichtleistung wurde damit im Sterbefall für die Mitglieder einer Zusatzversicherung ein Betrag ausgezahlt, der nahezu das dreifache der durchschnittlichen Pflichtleistung bei den Mitgliedern der allgemeinen Krankenversicherung der Ortskrankenkasse erreichte.

Aus den Zusatzversicherungen wurden im Jahre 1952 folgende Leistungsbeträge verausgabt:

Sterbegeld . . . . .	784 512 DM
Arznei und Heilmittel . . . . .	4 163 DM
Zahnersatz . . . . .	53 506 DM
Wochengeld . . . . .	279 DM

#### E. Bilanz der Einnahmen und Ausgaben

Neben den im vorhergehenden Abschnitt über die Leistungen dargestellten Ausgaben bestehen noch einige beachtliche Posten, die die Waagschale auf der Passivseite erheblich belasten. Dabei stellen die Verwaltungskosten ein beträchtliches Gewicht dar. Daneben nehmen die Verluste durch Minder- eingeänge aus Forderungen und Mehrbedarf bei Verpflichtungen nicht zu unterschätzenden Raum ein.

Leistungen und sonstige Ausgaben zusammen ergaben für die „Hamburger Kassen“ in der allgemeinen Krankenversicherung Gesamtreinausgaben von 497 Millionen DM (vgl. hierzu auch die Beilage zum Juni-Heft „Hamburger Statistische Monatsberichte“, Übersicht 3), in der Krankenversicherung der Rentner (einschließlich Zusatzversicherungen) 21,7 Millionen DM, insgesamt 518,7 Millionen DM. Dieser Summe stehen 526,8 Millionen DM als Gesamtreineinnahmen gegenüber, die sich aufteilen in 512,9 Millionen DM für die allgemeine Krankenversicherung und 13,9 Millionen DM für die Krankenversicherung der Rentner.

**Es ergibt sich somit für die gesetzlichen Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg zusammen ein Überschuß der Reineinnahmen im Jahr 1952 von 8,1 Millionen DM.**

Im einzelnen werden folgende Salden ausgewiesen:

Kassenart	Reineinnahmen in 1000 DM	Reinausgaben in 1000 DM	Überschuß d. Einnahmen (+) der Ausgaben (-) in 1000 DM
1. Ortskrankenkasse	90 446	92 572	-2 126 <sup>1)</sup>
2. Betriebskrankenkassen . .	22 681	23 259	- 578
3. Postbetriebskrankenkasse (OPD Hbg.) . . . . .	2 492	2 720	- 228
4. Innungskrankenkasse . . .	3 456	3 459	- 3
5. See-Krankenkasse	7 926	6 698	+ 628
6. Ersatzkassen für Arbeiter . . . . .	11 270	10 818	+ 452
7. Ersatzkassen für Angestellte .	389 138	379 210	+9 928
<b>zusammen</b> . . . . .	<b>526 809</b>	<b>518 736</b>	<b>+8 073</b>

<sup>1)</sup> Darunter 2 095 942,80 DM Mehreinnahme (= Beitragsnachforderung in der K.V. der Rentner für 1951 2 341 857,00 DM abzüglich Nachzahlungen in der K.V. der Rentner für 1951 an Ärzte und fremde Kassen 245 914,20 DM), die gemäß Rd. Erl. des Bundesarbeitsministers vom 11. 10. 1952 — Ib 2/1984/658/52 — auf die Rechnungsergebnisse 1951 zurückgebucht wurden.

Für sämtliche gesetzlichen Krankenkassen des Bundesgebietes wurde für 1952 auf Grund der vierteljährlichen Rechnungsergebnisse ein Einnahme-Überschuß von 119,4 Millionen DM ermittelt, d. h. die „Hamburger Kassen“ trugen zu diesem Überschuß 6,8 v. H. bei.

Die spezifizierte Zusammensetzung der erfolgswirksamen Reineinnahmen und Reinausgaben ergibt sich aus der Übersicht 18. Dazu muß auf folgendes hingewiesen werden: Die Verwaltungskosten der Betriebskrankenkassen stellen nur einen Anteil von 0,7 v. H. der Reinausgaben dieser Kassengruppe dar, während bei den übrigen Kassenarten die Verwaltungsausgaben durchschnittlich 10,5 v. H. der Ausgaben ausmachen. Die Begründung liegt in § 362 RVO, wonach das Personal von Betriebskrankenkassen auf Kosten des Be-

triebes zu stellen ist. Dadurch werden die Gesamtverwaltungskosten um weniges unter der tatsächlichen Höhe liegen.

Die Trennung der Verwaltungskosten zwischen solchen für die allgemeine Krankenversicherung und denen für die Krankenversicherung der Rentner entspricht nicht einwandfrei dem wirklichen Aufwand in diesen Sparten. Aus der Rechnungsführung lassen sich nur die Gesamtverwaltungskosten ersehen. Zur Ermittlung dieser Kosten in der Krankenversicherung der Rentner ging man von der Annahme aus, daß 100 Rentner 30 Mitgliedern in der allgemeinen Krankenversicherung entsprechen. Dadurch kann sich gerade in der Krankenversicherung der Rentner ein Bild ergeben, daß die Relation von Verwaltungskosten zu Gesamtreinausgaben nicht wirklichkeitstreu erscheinen läßt.

Übersicht 18

**Bilanz der Reineinnahmen  
und Reinausgaben der gesetzlichen Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg im Jahre 1952  
in 1000 DM**

Einnahmen	Allg. KV.	KV. der Rentner	KV. insgesamt	Ausgaben	Allg. KV.	KV. der Rentner <sup>2)</sup>	KV. insgesamt
Beiträge der Arbeitgeber u. versicherungspflichtigen Mitglieder . . . . .	362 285	13 841 <sup>1)</sup>	376 126	Ärztliche Behandlung für Mitglieder und Familienangehörige . . . . .	176 132	3 934	180 066
der versicherungsberechtigten Mitglieder . . . . .	146 834	—	146 834	Sonstige Krankenhilfe f. Mitglieder	164 004	14 943 <sup>2)</sup>	178 947
Krankenscheingebühren . . . . .	703	—	703	Sonstige Krankenhilfe für Familienangehörige . . . . .	68 186	—	68 186
Kapitalerträge . . . . .	1 667	—	1 667	Wochenhilfe für Mitglieder . . . . .	14 932	4 <sup>3)</sup>	14 936
Gewinne . . . . .	1 346	—	1 346	Wochenhilfe für Familienangehörige	8 435	—	8 435
Sonstige Einnahmen . . . . .	29	104	133	Krankheitsverhütung usw. . . . .	4 418	—	4 418
				Sterbegeld für Mitglieder . . . . .	2 634	1 411 <sup>3)</sup>	4 045
				Sterbegeld für Familienangehörige . . . . .	857	—	857
				Verwaltungskosten . . . . .	52 236	1 143	53 379
				Verluste . . . . .	3 653	—	3 653
				Sonstige Reinausgaben . . . . .	1 530	284	1 814
Reineinnahmen insgesamt . . . . .	512 864	13 945	526 809	Reinausgaben insgesamt . . . . .	497 017	21 719	518 736
Überschuß der Reinausgaben . . . . .	—	7 774	7 774	Überschuß der Reineinnahmen . . . . .	15 847	—	15 847
Summe . . . . .	512 864	21 719	534 583	Summe . . . . .	512 864	21 719	534 583

<sup>1)</sup> darunter 1 073 334 DM Beiträge zur Zusatzversicherung.

<sup>2)</sup> einschließlich Zusatzversicherung.

<sup>3)</sup> einschließlich Ausgaben für Familienangehörige.

Aus der Gegenüberstellung der Reineinnahmen und Reinausgaben läßt sich die Zusammensetzung des Einnahmeüberschusses ersehen. Die allgemeine Krankenversicherung schloß mit einem Überschuß von 15,8 Millionen DM ab, doch, die Krankenversicherung der Rentner wies einen Fehlbetrag von 7,7 Millionen DM auf. Eine weitere Detaillierung dieses Fehlbetrages läßt erkennen, daß nahezu der gesamte Fehlbetrag zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung der Rentner geht, während die Ausgaben in der Zusatzversicherung mit einem Ausgabensaldo von 54 542 DM fast durch die Beitragseinnahmen gedeckt werden.

**F. Abschließende Betrachtung**

Die Anteile der von den Krankenkassen mit Hauptsitz Hamburg gewährten Leistungen wurden bei den bedeutendsten Positionen des Abschnitts D im Vergleich mit den entsprechenden Aufwendungen der sozialen Krankenversicherung im Bundesgebiet

herausgestellt. Eine zusammenfassende Gegenüberstellung der Gesamtausgaben, Einnahmen und der Mitgliederzahlen führt zu folgenden Ergebnissen:

Die bei den „Hamburger Krankenkassen“ Versicherten in der allgemeinen Krankenversicherung stellen einen Anteil von 16 v. H. aller Mitglieder im Bundesgebiet dar. Der Anteil der Einnahmen und Ausgaben beläuft sich jedoch auf je 18 v. H. Das heißt: der Durchschnittssatz der Beiträge lag zwar um 2 Punkte über dem Bundesdurchschnitt, die Leistungen paßten sich aber mit einer gleichzeitigen Steigerung um 2 Punkte dieser Erhöhung an.

In der Krankenversicherung der Rentner beträgt der Anteil der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg Versicherten 3,3 v. H., die Einnahmen belaufen sich auf 3,0 v. H., für die Ausgaben ergibt sich jedoch ein erhöhter Satz von 4,8 v. H. Diese überdurchschnittlichen Ausgaben sind in erster Linie auf besonders hohe Leistungen in der Anstaltspflege für Rentner zurückzuführen.

S c h m u d e

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

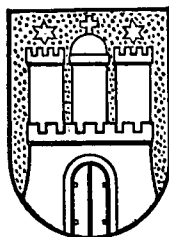


# Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 18. Dezember 1953

Jahrgang 1953 — Heft Nr. 28



- INHALT: 1. Die Art der Raumbeheizung im Wohnungsbau 1952  
in der Freien und Hansestadt Hamburg  
2. Die Preisindexziffer für den Wohnungsbau  
in Hamburg nach dem Stande von Mitte November 1953

## Die Art der Raumbeheizung im Wohnungsbau 1952 in der Freien und Hansestadt Hamburg

Den modernen Ansprüchen an Größe und Ausstattung konnte bei den in den ersten Nachkriegsjahren errichteten Wohnungen nur in bescheidenem Umfange Rechnung getragen werden. Der Zwang, möglichst schnell und möglichst viele Wohnungen zu bauen, die nach Größe, Ausstattung und Miete für die breiten Schichten des Volkes geeignet und bestimmt sind, führte zunächst zu einer Einschränkung des entbehrlichen Komforts, besonders im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau, der in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich zwei Drittel der Wohnungsbautätigkeit umfaßte. Eine Folge war unter anderem ein beachtlicher Rückgang der mit Zentral- oder Etagenheizung ausgestatteten neu errichteten Wohnungen gegenüber den Vorkriegsjahren.

Durch die Neufassung des ersten Wohnungsbaugesetzes wird unter anderem eine Auflockerung der Richtsatzmieten vorgenommen. Danach sind Zuschläge bis zu 30 v. H. zu den Mietrichtsätzen zugelassen, wenn die Wohnungen entweder besondere Lagevorteile oder eine überdurchschnittliche Ausstattung aufweisen. Im sogenannten „Gehobenen sozialen Wohnungsbau“ ist eine selbstverantwortlich gebildete Miete zugelassen, bei der die Mietrichtsätze bis zu 50 v. H. überschritten werden dürfen. Inwieweit die Neuregelung des Mietpreisrechts für neu geschaffenen Wohnraum, vor allem aber die Auflockerung der Richtsatzmieten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau, eine angemessene Verbesserung der Ausstattung bewirken, muß abgewartet werden.

Um diese Entwicklung verfolgen zu können, hat das Statistische Landesamt Hamburg im Jahre 1952

im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik bereits die Art der Raumbeheizung erfragt. Ab 1953 hat auch das Statistische Bundesamt einheitlich für das Bundesgebiet die Frage nach der Raumbeheizung, gekoppelt mit der Frage nach dem Vorhandensein einer Badeeinrichtung, in ihr Programm aufgenommen. Die Ergebnisse dieser Statistik werden Aufschluß geben,

### Übersicht 1

Der Bruttozugang an Wohnungen im Jahre 1952  
nach der Art der Raumbeheizung und der Art der  
Baumaßnahme  
(Normalwohnungen)

Baumaßnahmen	Brutto- zugang	davon mit			
		Ofen- heizung	Zentral- heizung	Etagen- heizung	Fern- heizung
<b>Grundzahlen</b>					
Neubau . . . . .	12 792	10 329	1 878	558	27
Wiederaufbau . . . . .	9 296	7 011	1 608	620	57
Umbau ganzer Gebäude . . . . .	72	67	5	—	—
Wieder- herstellung . . . . .	224	153	35	32	4
Um-, Ausbau, Erweiterung } . . . . .	625	439	130	54	2
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>23 009</b>	<b>17 999</b>	<b>3 656</b>	<b>1 264</b>	<b>90</b>
<b>Verhältniszahlen</b>					
Neubau . . . . .	100	80,7	14,7	4,4	0,2
Wiederaufbau . . . . .	100	75,4	17,3	6,7	0,6
Umbau ganzer Gebäude . . . . .	100	93,1	6,9	—	—
Wieder- herstellung . . . . .	100	68,3	15,6	14,3	1,8
Um-, Ausbau, Erweiterung } . . . . .	100	70,2	20,8	8,7	0,3
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>78,2</b>	<b>15,9</b>	<b>5,5</b>	<b>0,4</b>

in welchem Umfange die höheren wohnungskulturellen Ansprüche beim künftigen Wohnungsbau zum Zuge kommen.

Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik zeigen in der Übersicht 1, daß 1952 von 23 009 neuerrichteten Wohnungen nur 3656 oder 16 v. H. mit Zentralheizung und 1264 oder 5,5 v. H. mit Etagenheizung (Narag) ausgestattet sind, der Anteil der mit Fernheizung beheizten Wohnungen ist mit 0,4 v. H. ohne Bedeutung. **Vorherrschend ist demnach mit rund 18 000 Wohnungen oder 78 v. H. die Ofenheizung.** Gegenüber den Vorkriegsverhältnissen hat sich der Anteil erheblich zu Ungunsten der Zentral- bzw. Etagenheizungen verschoben; wie die nachstehenden Zahlen zeigen — die allerdings nur den Wohnungsbau der Stadt

#### Zugang an Wohnungen

Jahr	überhaupt	davon mit
		Sammelheizung v. H.
1938	4 261	46,0
1937	5 182	47,7
1936	6 511	54,3
1935	4 062	56,9

Hamburg in seinen alten Grenzen berücksichtigen —, betrug **der Anteil der Wohnungen mit Sammelheizung in den Jahren 1935 — 1938 durchschnittlich etwa 50 v. H. gegenüber 22 v. H. im Jahre 1952.**

#### Übersicht 2

#### Der Bruttozugang an Wohnungen im Jahre 1952 nach der Art der Raumbeheizung und der Art der Gebäude (Normalwohnungen)

Art der Gebäude	Bruttozugang an Wohnungen	davon mit			
		Ofen-	Zentral-	Etagen-	Fern-

#### Grundzahlen

Einfamilienhäuser . . . . .	1 921	1 494	228	197	2
Mehrfamilienhäuser . . . . .	20 830	16 454	3 260	1 041	75
Nichtwohngebäude . . . . .	258	51	168	26	13
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>23 009</b>	<b>17 999</b>	<b>3 656</b>	<b>1 264</b>	<b>90</b>

#### Verhältniszahlen

Einfamilienhäuser . . . . .	100	77,7	11,9	10,3	0,1
Mehrfamilienhäuser . . . . .	100	79,0	15,6	5,0	0,4
Nichtwohngebäude . . . . .	100	19,8	65,1	10,1	5,0
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>78,2</b>	<b>15,9</b>	<b>5,5</b>	<b>0,4</b>

Die Gliederung nach der Art der Gebäude läßt in der Übersicht 2 erkennen, daß der Anteil der Zentralheizungs- und Etagenheizungswohnungen bei den Einfamilienhäusern und den Mehrfamilienhäusern etwa gleich hoch ist. Bei den

Mehrfamilienhäusern tritt die Zentralheizung etwas mehr in Erscheinung, dafür ist bei den Einfamilienhäusern der Anteil der Etagenheizung höher; in der Regel besteht hier nur eine Sammelheizung für die im Erdgeschoß gelegenen Räume.

**Die meisten der 5010 Wohnungen mit Sammelheizung, nämlich 3610 oder 72 v. H., sind von Privaten Bauherren errichtet worden.** Der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen beträgt nur 26 v. H. Die Übersicht 3 zeigt weiter, daß der Anteil der Wohnungen mit Sammelheizung bei den von Privaten

#### Übersicht 3

#### Der Bruttozugang an Wohnungen im Jahre 1952 nach der Art der Raumbeheizung und der Art der Bauherren (Normalwohnungen)

Bauherren	Bruttozugang	davon mit			
		Ofen-	Zentral-	Etagen-	Fern-

#### Grundzahlen

Private Bauherren . . . . .	11 443	7 833	2 625	899	86
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen . . . . .	11 185	9 901	928	356	—
Behörden und öffentl.-rechtl. Körperschaften . . . . .	381	265	103	9	4
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>23 009</b>	<b>17 999</b>	<b>3 656</b>	<b>1 264</b>	<b>90</b>

#### Verhältniszahlen

Private Bauherren . . . . .	100	68,4	22,9	7,9	0,8
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen . . . . .	100	88,5	8,3	3,2	—
Behörden und öffentl.-rechtl. Körperschaften . . . . .	100	69,5	27,0	2,4	1,1
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>100</b>	<b>78,2</b>	<b>15,9</b>	<b>5,5</b>	<b>0,4</b>

Bauherren errichteten Wohnungen 32 v. H. ausmacht, dagegen bei den von Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichteten Wohnungen nur 12 v. H.

Ein aufschlußreicher Überblick über die Art der Raumbeheizung wird durch eine Untersuchung der Heizungsverhältnisse beim öffentlich geförderten Wohnungsbau und bei den frei finanzierten bzw. nur steuerbegünstigten Wohnungsbauten vermittelt. Aus der Übersicht 4 ist ersichtlich, daß **im öffentlich geförderten Wohnungsbau 13 785 Wohnungen oder 89 v. H. mit Ofenheizung ausgestattet sind;** mit Zentralheizung werden hier nur knapp 8 v. H. und mit Etagenheizung sogar nur 3 v. H. beheizt. **Dagegen entspricht der Anteil der Wohnungen mit Sammelheizung im frei finanzierten oder nur steuerbegünstigten Wohnungsbau mit 44 v. H. annähernd den Vorkriegsverhältnissen.**

Pöhls

## Übersicht 4

**Der Bruttozugang an Wohnungen im Jahre 1952 nach der Art der Raumbeheizung, der Art der Bauherren und nach der Art der Finanzierung**  
(Normalwohnungen)

Bauherren	Art der Finanzierung	Bruttozugang insgesamt	davon mit			
			Ofen-	Zentral-	Etagen-	Fern-
Grundzahlen						
Private Bauherren . . . .	a) öffentlich gefördert	4 459	3 921	367	136	35
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	6 984	3 912	2 258	763	51
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	a) öffentlich gefördert	10 769	9 641	819	309	—
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	416	260	109	47	—
Behörden u. öffentlich- rechtl. Körperschaften	a) öffentlich gefördert	242	223	15	4	—
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	139	42	88	5	4
<b>Zusammen . . . . .</b>	a) öffentlich gefördert	<b>15 470</b>	<b>13 785</b>	<b>1 201</b>	<b>449</b>	<b>35</b>
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	<b>7 539</b>	<b>4 214</b>	<b>2 455</b>	<b>815</b>	<b>55</b>
Verhältniszahlen						
Private Bauherren . . . .	a) öffentlich gefördert	100	87,9	8,2	3,1	0,8
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	100	56,0	32,4	10,9	0,7
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	a) öffentlich gefördert	100	89,5	7,6	2,9	—
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	100	62,5	26,2	11,3	—
Behörden u. öffentlich- rechtl. Körperschaften	a) öffentlich gefördert	100	92,2	6,2	1,6	—
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	100	30,2	63,3	3,6	2,9
<b>Zusammen . . . . .</b>	a) öffentlich gefördert	<b>100</b>	<b>89,1</b>	<b>7,8</b>	<b>2,9</b>	<b>0,2</b>
	b) frei finanziert <sup>1)</sup>	<b>100</b>	<b>55,9</b>	<b>32,6</b>	<b>10,8</b>	<b>0,7</b>

<sup>1)</sup> und steuerbegünstigt

## Die Preisindexziffer für den Wohnungsbau in Hamburg nach dem Stande von Mitte November 1953

Eine Preisstatistik muß in lebhaftem Kontakt zum Markt stehen, über den sie aussagt. Von der Hamburger Statistik der Preise für Baustoffe und Handwerkerleistungen im Wohnungsbau kann gesagt werden, daß ihr diese Marktverbundenheit eigen ist. Seit Jahrzehnten nehmen Baustoffhandel und Bauhandwerk an der Preisberichterstattung für das Statistische Landesamt unmittelbar teil. Gegenwärtig sind es 11 Firmen des Großhandels mit Baustoffen (hauptsächlich Ziegelei- und Betonerzeugnissen), 5 Firmen, die Handel mit Kies und Sand betreiben, 8 Betriebe für Erdabfahren, 3 Zementfabriken durch ihre Verkaufsniederlassungen in Hamburg, 12 Holzeinfuhr- und Holzgroßhandlungen, 10 Bauklempnereien und Dachdeckereien, 8 Tischlereien, 11 Malerwerkstätten, 6 Töpfermeister (Ofensetzer), 5 Glasereien, 6 Elektroinstallateure, 8 Linoleumleger, schließlich 10 Firmen des Tapetenhandels. Insgesamt berichten also 103 Firmen an das Statistische Landesamt.

Auf dieses Meldematerial, das kraft Erfahrung als eine ausreichende Kennzeichnung des Preisverlaufs am Baumarkt angesehen werden kann, beruhen die Mittelwerte der Preisstatistik, die wiederum gemeinsam mit den übrigen Baukostenelementen, vor allem den Bäuarbeiterlöhnen nebst den Unternehmerzuschlägen, sodann den Planungskosten, den Baupolizeigebühren und den Baugeldzinsen, in die Indexberechnung einmünden. Die durchschnittliche Höhe der Unternehmerzuschläge

in v. H.-Sätzen auf die Lohnsumme, die durchschnittlichen Kosten der Planung und Bauleitung in v. H.-Sätzen auf die Bausumme sowie den jeweiligen Zinssatz für Zwischenkredite ermittelt in Hamburg die Baubehörde aus ihrer Praxis der Bauleitung.

Die Erhebungen sind vierteljährlich. Die letzte fand gegen Mitte November 1953 statt. Sie ergab, daß im großen und ganzen die **Preisindexziffer für den Wohnungsbau mit 238,1 (1936 = 100) etwa die gleiche geblieben ist wie im August 1953 (238,6)**. Für August hatten wir im Vergleich zur Spitze von Mai 1952 eine Senkung der Indexziffer um 4,2 v. H. festgestellt. Dieser Rückgang hat sich also behauptet, aber so gut wie nicht fortgesetzt.

Von den einzelnen Kostenbereichen sind in den letzten 3 Monaten die Bauarbeiterlöhne, und gemäß Erfahrung der Baubehörde auch die kalkulatorischen Zuschläge darauf unverändert geblieben. Ebenso hat sich an den auf die Bausumme bezogenen prozentualen Sätzen für Planung und Bauleitung und für baupolizeiliche Gebühren sowie an dem Zinssatz für Baugeld nichts geändert.

Einige Preisbewegungen hat es bei den Baustoffen und den Ausbaurbeiten gegeben; per saldo sind allerdings auch sie nicht von Belang.

Immerhin fällt auf, daß die Preise für die roten Steine, die schon seit Frühjahr 1953 im Anstieg waren, weiter angezogen haben.

## Übersicht 1

Preisindexziffer für den Wohnungsbau  
1936 = 100

Indexgruppe	1950	1951	1952	1953				Veränderung in v. H. November 1953 gegenüber			
	Okt.	Okt.	Nov.	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Aug. 1953	Nov. 1952	Okt. 1951	Okt. 1950
Baustoffe, frei Bau	224,1	289,0	278,2	272,0	268,9	263,1	261,9	-0,5	- 5,9	- 9,4	+16,9
Erdabfuhr	316,7	363,3	386,7	386,7	396,7	400,0	400,0	—	+ 3,4	+10,1	+26,3
Handwerkerarbeiten	197,8	240,9	234,3	228,9	226,5	227,2	227,1	-0,1	- 3,1	- 5,7	+14,8
Löhne + Unkosten und Verdienst	186,7	196,3	206,7	206,7	214,7	214,7	214,7	—	+ 3,9	+ 9,4	+15,0
Gebäudekosten	202,5	239,2	238,2	234,7	236,3	234,7	234,2	-0,2	- 1,7	- 2,1	+15,7
Kosten für Planung und Bauleitung	224,3	265,0	263,8	260,0	261,7	259,9	259,5	-0,2	- 1,6	- 2,1	+15,7
Baupolizeiliche Gebühren	253,1	299,0	297,7	293,4	295,3	293,3	292,8	-0,2	- 1,6	- 2,1	+15,7
Zinsen für Baugeld des Bauherrn	404,9	574,1	524,0	492,8	496,1	469,3	468,5	-0,2	-10,6	-18,4	+15,7
Gesamtindex	205,8	244,1	242,6	238,8	240,4	238,6	238,1	-0,2	- 1,9	- 2,5	+15,7

## Gesamtindex umbasiert auf 1938 bzw. 1913 = 100

Basis	1950	1951	1952	1953				Veränderung in v. H. November 1953 gegenüber			
	Okt.	Okt.	Nov.	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Aug. 1953	Nov. 1952	Okt. 1951	Okt. 1950
1938 = 100	202,6	240,3	238,8	235,0	236,6	234,8	234,3	-0,2	-1,9	-2,5	+15,7
1913 = 100	269,8	320,0	318,0	313,1	315,2	312,8	312,1	-0,2	-1,9	-2,5	+15,7

## Übersicht 2

Entwicklung des Index einiger Baustoffe und  
einiger Rohbau- und Ausbauarbeiten

1936 = 100

Indexgruppe	Okt. 1950	Okt. 1951	Nov. 1952	Nov. 1953
<b>Baustoffe</b>				
Mauersteine, frei Bau	221,3	247,6	235,7	234,7
Bau- und Schnittholz, frei Bau	262,7	403,0	370,7	326,8
Baueisen, frei Bau	237,9	292,6	351,9	326,8
<b>Rohbau</b>				
Maurerarbeiten	195,4	211,9	213,7	218,3
Beton- u. Stahlbeton- arbeiten	195,8	218,6	234,1	234,3
Zimmererarbeiten	235,6	330,3	311,9	286,3
Klempnerarbeiten	310,2	357,5	301,2	284,7
<b>Ausbau</b>				
Tischlerarbeiten	193,4	233,7	229,6	225,0
Öfen- und Herde (Töpferarbeiten)	167,6	208,4	218,2	215,4
Rohrleitungen und sanitäre Anlagen	214,3	269,3	248,0	238,3

## Entwicklung des Index der Lohnkosten (1936 = 100)

Tariflöhne (Maurer, Gipser, Zimmerer- Bauhilfsarbeiter, Dachdecker und -hilfsarbeiter)	184,8	207,0	218,3	226,7
Löhne plus Unkosten und Verdienst	186,7	196,3	206,7	214,7

Hintermauerungssteine kosten heute 75 DM je Tausend gegen 73 im Mai dieses Jahres. Anders beim Bauholz; hier waren die Preise vordem rückläufig und bei der Rückläufigkeit ist es seit August geblieben. Eine sinkende Tendenz war auch bei den Preisen für Baueisen zu beobachten. Hingegen haben sich die in unserem letzten Bericht hervorgehobenen Preisermäßigungen bei den Lieferungen und Leistungen der Klempner, Mechaniker und Dachdecker nicht fortgesetzt, sondern leicht ins Gegenteil gekehrt, wobei im Hintergrunde steht, daß sich die Preise für NE-Metalle wieder aufgefangen haben und zum Teil im Anziehen sind.

Das sind die wesentlichsten Veränderungen. Eine vollständigere Darstellung möchten wir uns in diesem Rahmen versagen. Wir geben dafür zum Abschluß eine sich auf die Jahre 1950 — 1953 erstreckende Übersicht über die Entwicklung der Spezialindizes für einige Baustoffe frei Bau, wie sie dem Baunternehmer berechnet werden, und für einige Rohbau- und Ausbauarbeiten (Material + Löhne usw.), wie sie der Bauherr vom Baunternehmer in Rechnung gestellt bekommt; außerdem bringen wir Meßzahlen über die Entwicklung der Löhne und Lohnkosten. Alles bezogen jeweils auf Oktober/November, damit der Vergleich saisonal nicht gestört wird.

Dr. Urban / Jüterbock

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet